This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Aus 2265.3

Harvard College
Library

THE GIFT OF
Archibald Cary Coolidge
Class of 1887
PROFESSOR OF HISTORY

Pelisola

VERLAG VON VEIT & COMP. IN LEIPZIG.

FRANZ PAUL FREIHERR VON LISOLA

— 1613—1674 —

UND DIE POLITIK SEINER ZEIT.

VON

ALFRED FRANCIS PRIBRAM,

PRIVATDOCENTEN AN DER WIENER UNIVERSITÄT.

MIT DEM BILDNISS LISOLA'S.

LEIPZIG,
VERLAG VON VEIT & COMP.
1894.

Aus 2265.3

Harvard College Library
DEC 17 1919
Gift of
Prof. A. C. Coolidge

DEM ANDENKEN MEINES VATERS

HEINRICH

GEWIDMET.

Vorwort.

Das Werk, das ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe, soll einem doppelten Zwecke dienen. Es soll von den Lebensschicksalen und von der Wirksamkeit eines Mannes berichten, der in der österreichischen Geschichte nicht viele seinesgleichen hat; es soll aber auch die österreichische und in Verbindung mit derselben die europäische Politik jener Tage schildern. Ich habe mich zu diesem Unternehmen entschlossen, ohne mich einen Augenblick über die Schwierigkeit desselben zu täuschen. Ein Diplomatenleben, insbesondere ein deutsches Diplomatenleben zu schildern, das in ernster Arbeit verfliesst, bedarf, zumal in unseren Tagen, wo das Interesse der Forscher wie der Leser sich immer mehr von diplomatischen Fragen ab- und sozialen zuwendet, einer besonderen Rechtfertigung. Ich glaube dieselbe zu finden in der seltenen Begabung des Mannes, den ich zum Mittelpunkte meiner Darstellung gemacht habe und in der Fülle neuer Gesichtspunkte, die sich aus einem eingehenden Studium der österreichischen Politik jener Zeit für die Beurtheilung derselben ergeben hat. Dass meine Auffassung von der herrschenden, wie sie in den Werken deutscher und französischer Autoren — eine tiefer begründete Darstellung von österreichischer Seite hat bisher gefehlt — zum Ausdrucke gelangt, wesentlich abweicht, weiss ich sehr wohl; gerade in der Berichtigung dieser Auffassung, die erst in jüngster Zeit von competentester Seite als dringend nothwendig bezeichnet wurde, dürfte der Werth meiner Arbeit liegen. Ich brauche wohl nicht erst zu versichern, dass ich nicht zum Zwecke der Begründung einer solchen neuen Auffassung die Arbeit unternommen habe, dass sich dieselbe mir vielmehr erst im Laufe meiner Studien — oft zu meinem eigenen Erstaunen — ergeben hat.

Das Aktenmaterial, das ich meiner Darstellung zu Grunde legen konnte, ist ein ausserordentlich umfangreiches und zum grössten Theile bisher gänzlich unbenutztes. Ich habe vor allem die un-

erschöpflichen Schätze des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchives (St.-A.) durchforschen und verwerthen können. Die Bedeutung dieser Quellen im einzelnen zu schildern, würde zu weit führen; der geneigte Leser wird den Werth derselben im Laufe der Lectüre zu schätzen wissen. Nur darauf möchte ich mir hinzuweisen erlauben, dass ich erst nach gänzlicher Durcharbeitung aller Abtheilungen dieses Archives zu jener Ansicht von den leitenden Motiven der Wiener Regierung und des Kaisers Leopold I. gelangt bin, die in dem vorliegenden Werke ihren Ausdruck findet. Neben den Akten des Staatsarchives, die den Ausgangspunkt meiner Studien bildeten, habe ich auch die des Kriegsarchives (K.-A.), des Archives des Ministeriums des Inneren (A. d. M. d. I.), der ehemaligen Hofkammer (H.-K.-A.), sowie die der Privatarchive der Fürsten Portia, Lobkowitz und Schwarzenberg benutzen können; dazu von auswärtigen Archiven jenes des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Paris (P. A.) und das „Recordoffice" (Rec. Off.) in London. Die Akten des Berliner Archives sind jetzt in den „Urkunden und Akten zur Geschichte Friedrich Wilhelms" gedruckt.

Mit den Hinweisen auf diese Materialien, die ja doch nur zur Controlle des im Texte Gesagten dienen sollen, habe ich möglichst gespart, um nicht den Umfang des Werkes zu vermehren; aus demselben Grunde habe ich mich bei der Wiedergabe der bezeichnendsten Stellen aus den Briefen und Gutachten der leitenden Persönlichkeiten auf das Nothwendigste beschränkt. Um nicht die Lectüre des Buches überflüssiger Weise zu erschweren, habe ich bei Mittheilung dieser Stellen eine der modernen Orthographie sich nähernde zur Anwendung gebracht. Für die Ausführungen S. 75—152 konnte ich die von mir im Jahre 1887 verfasste Einleitung zur Herausgabe der Briefe Lisola's (Arch. f. K. öst. Gesch. Bd. 70) benutzen; sie wurde aber selbstverständlich im Hinblicke auf die erweiterte Aufgabe umgearbeitet.

Schliesslich erfülle ich nur eine angenehme Pflicht, wenn ich allen jenen zahlreichen Männern, die mich im Laufe der Jahre bei meinen Forschungen selbstlos unterstützt haben, an dieser Stelle meinen wärmsten Dank ausspreche.

Wien im Februar 1894.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

Erstes Kapitel.
Jugend. Eintritt in den kaiserlichen Dienst. Erste Mission nach England. 1613—1640 5

Zweites Kapitel.
Zweite Mission nach England. Die pfälzische Restitutionsfrage. 1641—1645 20

Drittes Kapitel.
Diplomatische Wanderjahre. 1645—1654 53

Viertes Kapitel.
Der schwedisch-polnische Krieg bis zum Abschlusse des österreichisch-polnischen Vertrages vom 1. December 1656 75

Fünftes Kapitel.
Am Hofe des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Die Polenfrage bis zum Tode Ferdinand III. 101

Sechstes Kapitel.
Die Allianz Österreichs mit Polen. Die Verträge von Wehlau und Bromberg 118

Siebentes Kapitel.
Die Wahlfrage. Das österreichisch-brandenburgische Bündniss vom 9. Februar 1658 134

Achtes Kapitel.
Vor der Entscheidung 152

Neuntes Kapitel.
Politische Wandlungen während der Kriegsjahre 1658 und 1659 . . . 174

Zehntes Kapitel.
Der Friede von Oliva 201

Elftes Kapitel.
Die polnische Successionsfrage. 1660—1662 220

Seite

Zwölftes Kapitel.
Dritte Mission an den Hof Friedrich Wilhelms von Brandenburg 1663—1664 236

Dreizehntes Kapitel.
Die Mission nach Spanien. 1665—1666 255

Vierzehntes Kapitel.
Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des Friedens von Breda 293

Fünfzehntes Kapitel.
Lisola als Schriftsteller. Der „Bouclier d'état" 351

Sechzehntes Kapitel.
Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des österreichisch-französischen Theilungsvertrages vom 19. Januar 1668 366

Siebzehntes Kapitel.
Lisola und die Tripleliga. 1668—1670 413

Achtzehntes Kapitel.
Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des zweiten österreichisch-französischen Theilungsvertrages vom 1. November 1671 . 479

Neunzehntes Kapitel.
Die österreich-staatische Allianz vom Jahre 1672. 530

Zwanzigstes Kapitel.
Die Entscheidung am Wiener Hofe und der zweite staatisch-österreichische Vertrag vom 30. August 1673 594

Einundzwanzigstes Kapitel.
Der Kölner Congress und die Einigung Deutschlands gegen Frankreich. 1673—1674 636

Zweiundzwanzigstes Kapitel.
Lisola's Ende. Rückblick 682

Anhang.
Der österreich-spanische Vertrag vom 28. August 1673. Original im Staatsarchive zu Wien 699

Personenregister 704

Berichtigungen 714

Einleitung.

Die Weltherrschaft, wie sie das römische Reich in den Zeiten seiner Blüthe ausgeübt hat, war die letzte, von der uns die Geschichte Kunde giebt. Niemals wieder ist es einem Volke gelungen, in dem Sinne, wie es nacheinander Assyrer, Babylonier, Perser, Macedonier und Römer gewesen sind, alleinige Träger der Cultur zu werden, alles, was zur Entwickelung der Menschheit, wie wir sie von dem Gesichtspunkte des Westeuropäers aus zu betrachten gewohnt sind, in einem bestimmten Zeitraume beigetragen hat, in eine gewisse Beziehung zu sich gesetzt zu sehen. Nicht in dem Mangel an bedeutenden Persönlichkeiten wird man die Ursache dieser Erscheinung finden. Karl der Grosse und Napoleon I. sind nicht weniger hervorragende Männer gewesen, als Kyros, Alexander und Caesar. Dass jenen trotzdem nicht gelang, was diesen glückte, hatte seinen Grund darin, dass nur in jenen frühen Zeiten der Sieger dem Unterlegenen seine staatliche Organisation und seine Cultur aufzunöthigen vermochte, oder selbst empfänglich genug war, die des Besiegten anzunehmen und weiter zu entwickeln. Seit dem Untergange des römischen Reiches sind alle Versuche, Weltherrschaften in diesem Sinne zu gründen, gescheitert. Die staatliche Organisation und die Cultur der einzelnen Völker hatten sich im Laufe dieser letzten Weltherrschaft zu sehr entwickelt, als dass nach dem Untergange des römischen Reiches — der wieder in erster Linie durch diese Entwickelung herbeigeführt worden war — eine gänzliche Unterdrückung oder eine vollkommene Verschmelzung der verschiedenen Staatengebilde hätte stattfinden können.

Als dann Karl der Grosse im Namen des Christenthums und der romanisch-germanischen Cultur an die Errichtung einer Art

Weltherrschaft schritt, scheiterte dieser Versuch, weil der Orient bereits eine staatliche Organisation besass, die viel zu tiefe Wurzel gefasst hatte, um beseitigt zu werden, aber auch viel zu fremdartig war, um das Frankenreich zu erobern, und weil die Cultur der Araber viel zu bedeutend war, um vernichtet zu werden, aber auch viel zu eigenartig, um in der aus der Mischung des germanischen und romanischen Geistes entstandenen karolingischen Cultur aufzugehen.

Es geschah daher nicht ohne Grund, dass die deutschen Kaiser, indem sie sich anschickten, das römische Imperium fortzuführen, die Verbindung mit dem Osten und die Herrschaft über Rom suchten. Sie wussten recht gut, dass nur der Herr des Westens und des Ostens sich als Herrscher der Culturwelt bezeichnen dürfe, dass es auch nicht genüge, die christliche Religion dem Besiegten gewaltsam aufzunöthigen, sondern dass mit dem Glauben Christi auch die christliche Cultur erobernd fortschreiten müsse. In Erfüllung ist dieser Weltherrschaftstraum der deutschen Kaiser niemals gegangen; niemals hat Deutschland auch nur annähernd in dem Sinne wie einst Rom sich als den alleinigen Träger der Cultur betrachten können; für keine einzige Periode der Geschichte wäre es möglich, die Entwickelung der Menschheit lediglich um die Geschicke des deutschen Volkes zu gruppiren; zu allen Zeiten haben vielmehr neben den Deutschen andere materielle und geistige Potenzen zum Fortschritte der Menschheit beigetragen.

Und ebensowenig als dem weltlichen Haupte der Christenheit gelang es dem geistlichen, dem Papste, die Weltherrschaft zu erringen. Das Papstthum kam dem Ziele näher, als das Kaiserthum, weil es einheitlicher organisirt war und zielbewusster Jahrhunderte hindurch, von der Bedeutung seiner geistigen Mission getragen, zu Werke ging. Aber selbst in den Zeiten grösster Machtentfaltung ist die römische Kirche nicht einmal auf geistigem Gebiete Alleinherrscherin gewesen; auch in den Tagen Innocenz III. haben Völker anderen Glaubens und anderer Cultur hervorragenden Antheil an der Weiterentwickelung der Menschheit genommen.

Ungleich schwieriger wurden aber noch diese Versuche nach einer Erneuerung der Weltherrschaft, seitdem die Vorstellung von den zwei Gewalten, die einander ergänzend die Welt beherrschen, — eine Vorstellung, die Jahrhunderte lang einer grossen Zahl der Lebenden die europäische Culturwelt als eine Einheit erscheinen

liess, — durch die grosse Kirchenspaltung und durch die nationale Sonderentwickelung, wie sie sich im 14. und 15. Jahrhunderte vollzog, geschwunden war. Aufgehört haben diese Bemühungen nicht. In dem Streben der einzelnen Nationen die weltbeherrschende Stellung im Sinne früherer Zeiten zu erlangen und in dem Kampfe der übrigen Culturvölker gegen ein solches Beginnen bewegte sich vielmehr Jahrhunderte lang die Geschichte Europa's. Aber das immer sichtbarer hervortretende Widerstreben der einzelnen Völker sich irgend einer Cultur oder einer staatlichen Organisation vollkommen zu unterwerfen, hat alle noch so kühn geplanten und noch so glänzend in Scene gesetzten Versuche einer Weltherrschaft zunichte gemacht. An dieser Abneigung gegen jede Uniformirung scheiterten die Bestrebungen des Hauses Habsburg, wie jene der Franzosen, die zweimal, im Laufe des 17. und zu Beginn des 19. Jahrhundertes, das kühne Wagniss unternahmen, sich eine weltbeherrschende Stellung zu erobern. Ludwig XIV. wie Napoleon I. mussten erkennen, dass mit dem Siege über die Herrscher nicht jener über die von diesen beherrschten Völker errungen sei, dass es nicht anging, einer durch Jahrhunderte fortgesetzte Arbeit reif gewordenen Nation eine fremde Cultur aufzunöthigen. In seinem ganzen Leben hat sich Napoleon I. keiner grösseren Täuschung hingegeben als in dem Momente, da er mit dem Siege über die verschiedenen europäischen Fürsten den Erfolg seines Strebens für gesichert hielt. Dass hinter den Herrschern die Völker standen und dass diese sich weigern könnten so zu leben, wie er befahl, daran hatte er niemals gedacht. Und doch war dem so, und doch waren es gerade die von der französischen Cultur am wenigsten beeinflussten Völker und zugleich jene, bei denen das Nationalitätsgefühl am stärksten ausgeprägt war, Spanier und Russen, die nebst den Engländern am erfolgreichsten die Weltherrschaftspläne Napoleon I. durchkreuzt haben. An diesem Widerwillen, sich einer fremden, wenn auch höher stehenden Cultur zu unterwerfen, ist auch der Versuch Ludwig XIV. gescheitert, der weniger kühn aber nicht minder gefährlich war, als jener des grossen Emporkömmlings unseres Jahrhundertes; da es den Franzosen jener Zeit vortrefflich gelang, die Welt über die Gefahr zu täuschen, die ihr drohte. Es hat lange gedauert, bis die Mehrzahl der Gebildeten, irregeführt durch den verhältnissmässig kleinen Besitz der Franzosen und durch die scheinbar grosse Macht des Hauses Habsburg, einen klaren Einblick in die Geschehnisse erlangte, die sich

rund um sie herum zutrugen, bis die wenigen, die ihren Zeitgenossen voraus die Grösse der Gefahr erkannten, die Allen von dem allerchristlichsten Könige drohte, die Völker Europa's zum gemeinsamen Kampfe für die Freiheit und für das Recht zu bewegen vermochten. Die Geschichte nennt die Namen jener Männer, die am erfolgreichsten zu dieser für die Weiterentwickelung der Menschheit so wichtigen That beigetragen haben, mit dem höchsten Lobe. Wilhelm von Oranien, Prinz Eugen von Savoyen und Friedrich Wilhelm von Brandenburg erscheinen an erster Stelle. Sie sind Staatsmänner und Feldherrn; sie kämpfen an den Höfen und im Felde für die grosse Sache, die sie vertreten. Neben diesen hochstehenden Persönlichkeiten, deren Namen in Aller Munde sind, hört man seit einiger Zeit auch den des Mannes nennen, mit dem sich das vorliegende Buch beschäftigt. Es befremdet, wenn man Franz von Lisola in dieser Gesellschaft begegnet. Nicht nur wegen seiner geringen Herkunft, sondern auch wegen der niederen Stellung, die er bekleidete. Er war kein Feldherr, er hat niemals ein leitendes Amt innegehabt, niemals seine Kräfte frei zu entfalten vermocht. Und doch wagen wir die Hoffnung zu hegen, dass auch die Leser dieses Buches nach beendigter Lectüre desselben nicht zögern werden, der Ansicht jener beizupflichten, die behaupten, dass Franz von Lisola es verdient, zu jenen gesellt zu werden, deren Namen zuerst genannt werden müssen, so oft man von den Führern in dem bedeutungsvollen Kampfe um die europäische Freiheit gegen Ludwig XIV. spricht.

Erstes Kapitel.

Jugend. Eintritt in den kaiserlichen Dienst. Erste Mission nach England.

1613—1640.

Am 23. Juni 1592 legte Jerôme Lisola, der Sprosse einer italienischen Familie, die sich im 16. Jahrhunderte in Lyon niedergelassen hatte, den Eid als Bürger der Stadt Besançon in die Hände der leitenden Persönlichkeiten ab.[1] Er war in diese Stadt in der Erwartung gekommen, daselbst einen geeigneteren Schauplatz seiner Thätigkeit zu finden, als in Lyon. Seine Hoffnung erwies sich als eine begründete. In verhältnissmässig kurzer Zeit gelang es dem klugen, geschäftskundigen Manne, sich in der erwählten neuen Heimath eine gesicherte, behagliche Existenz zu schaffen. Sein Ehrgeiz ging aber weiter; er wollte eine politische Rolle in dem Gemeinwesen spielen, dem er angehörte. Eine Reihe glücklicher Unternehmungen brachte ihm die dazu nöthigen Mittel, seine guten Beziehungen zum Erzbischofe von Besançon halfen ihm sein Ziel erreichen. Er wurde geadelt, erhielt Ehrenämter und wurde bezüglich wichtiger Angelegenheiten um Rath gefragt. Sein Haus, in welchem Susanne

[1] Für die Familien- und Jugendgeschichte Lisola's sind, neben vereinzelten Actenstücken, auf die besonders verwiesen ist, die Mittheilungen H. Reynalds in seinem Aufsatze „Le Baron de Lisola, sa jeunesse et sa première ambassade en Angleterre" Revue historique XXVII. 300ff. heranzuziehen, der die im Archive von Besançon befindlichen Documente benützen konnte. Vergl. auch Ferd. Hirsch: „Der österreichische Diplomat Franz von Lisola und seine Thätigkeit während des nordischen Krieges in den Jahren 1655—1660." Hist. Zeitschrift. N. F. Bd. 24. 468 ff.

Rezy als liebenswürdige Wirthin waltete,[1] ward bald ein Sammelpunkt der besten Gesellschaft. Seinen Kindern liess er die sorgfältigste Erziehung zu Theil werden. Zumal der älteste Sohn, Franz Paul, der spätere Diplomat, zu Salins am 22. August 1613 geboren, scheint vom Vater frühzeitig zu grossen Dingen ausersehen worden zu sein. Mit der weitgehendsten Umsicht leitete er die Erziehung dieses Sohnes. Seine Bemühungen trugen reichliche Früchte. Kaum zwanzigjährig, wurde dem Sohne eine besondere Auszeichnung zu Theil. Der junge Doctor der Rechte — er hatte zu Dôle seine Rechtsstudien vollendet — ward ausersehen, die Leichenrede bei der feierlichen Bestattung der Infantin Isabella zu halten. Er zeigte sich bei dieser Gelegenheit als Meister der Rede. Der Dank der Gemeinde und ein Ehrengeschenk — der Lohn seiner Mühe — legen Zeugniss davon ab. Er durfte einer glänzenden Laufbahn in seiner Heimath entgegensehen, und dies umsomehr, als die Stadt Besançon dringender als je der Mitwirkung bedeutender Persönlichkeiten bedurfte.

Besançon gehörte damals, obgleich Hauptort der unter Spaniens Hoheit stehenden Franche-Comté, nicht den Spaniern. Es anerkannte zwar in dem Könige von Spanien seinen Schutzherrn, wahrte aber seine im Jahre 1184 erlangte Reichsunmittelbarkeit. Auf die Dauer war dieses Verhältniss jedoch nicht aufrecht zu erhalten. Der Krieg, in dem sich seit Jahren die beiden mächtigsten Herrscherhäuser Europa's befehdeten, musste für die Stadt Besançon entscheidend werden. Die Spanier wünschten und hofften die Hauptstadt der ihnen unterthänigen Freigrafschaft für sich zu gewinnen, die Franzosen dachten Stadt und Land zu erobern und ihrem Besitze einzuverleiben.[2] Seit

[1] Es ist begreiflich, dass am Hofe Ludwig XIV., wo Lisola, zumal in den sechziger und siebziger Jahren des 17. Jahrhundertes, zu den bestgehasstesten Persönlichkeiten zählte, jede Nachricht mit Jubel aufgenommen wurde, die zur Herabsetzung Lisola's beitragen konnte. Nur so erklärt es sich, dass ein so ernster Mann wie Hugues de Lionne mit einer gewissen Befriedigung an Gremonville schrieb: „Mr. le Prince a appris à Besançon une chose curieuse de sa (Lisola's) naissance. Il est petit fils d'un Chanoin et de sa servante, qui s'appelloit Louyse et parce qu'on l'entendoit souvent l'appeller par sa fenestre Louysola on nomma le fils Lisola." Ich habe geglaubt, dass dies ein Märchen sei, fährt Lionne fort, aber ein Mann aus Besançon hat mich versichert, dass es wahr sei. Lionne an Gremonville 21. März 1668. P. A. (Corresp. de Vienne.)

[2] Vergl. über diesen Kampf die Mittheilungen bei Rudolf Maag: Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft vom Tode Karl des Kühnen bis zum Frieden von Nymwegen 1477—1678. 80 ff.

langem war Besançon Gegenstand der militärischen Pläne Frankreichs gewesen und seit dem Frühjahre 1638 bedrohten die mit den Schweden vereinigten französischen Truppen ernstlich die Stadt, zu deren Vertheidigung sich die Befestigungswerke als ungenügend erwiesen. Sie zu bessern, beschloss der Rath der Stadt — aus den Gouverneuren, den 28 Notabeln und anderen Mitgliedern bestehend und von den Spaniern berathen — den Bewohnern eine ausserordentliche Steuer aufzuerlegen. Zahlreiche Bürger weigerten sich, diese Umlage zu leisten. Unter ihnen auch Franz von Lisola. Was ihn bewogen haben mag, gegen eine Massregel Protest zu erheben, deren Zweck die Wahrung der Selbständigkeit der Stadt dem drohenden Feinde gegenüber war, wissen wir nicht; vielleicht seine später immer deutlicher hervortretende Opposition gegen jeden Zwang, wahrscheinlicher Gründe privater Natur. Gewiss ist aber, dass ihm, sobald er sich für den Kampf entschieden hatte, die Führerrolle in demselben zufiel.[1] Es kam zu Tumulten. Lisola und seine Genossen unterlagen. Der Nachsicht ihrer Gegner verdankten sie die milde Strafe, die sie traf. Lisola und Nardin wurden als nachweisbare Führer der Bewegung zum Hausarreste verurtheilt. Die Milde des Rathes war übel angewendet; sie erhöhte den Muth seiner Gegner. Lisola fügte sich zwar dem Gebote, verliess sein Haus nicht, aber er versammelte in demselben die Führer der Unzufriedenen und traf mit ihnen Maassregeln zu erneuertem, heftigerem

---

Neuestens: Louis XIV. et la Franche-Comté par Mis de Bled 1893. Die Histoire de dix ans de la Franche-Comté par Girardot de Noseroy (citiert bei Ch. Weiss: L'Espagne depuis le règne de Philippe II. jusqu'a l'avènement des Bourbons) habe ich nicht zu Gesichte bekommen; Auszüge bei Ch. Weiss. l. c. I. 349 ff.

[1] Diese Ereignisse und die Stellung, welche Lisola zu denselben genommen hat, blieben im Gedächtnisse der Zeitgenossen. Wilhelm Fürstenberg, einer der heftigsten Gegner Lisola's, unter dessen Angriffen er furchtbar zu leiden hatte, meinte in der Erwiderung auf eine Schmähschrift Lisola's, der sich aber nicht genannt hatte: „Vielleicht seid ihr noch derjenige, den man allenthalben findet, der ihr, nachdem ihr euch habt zu einem kleinen Könige machen wollen, durch einen Aufstand des Volks in euerer Landschaft endlich dahin gebracht seid worden, dass ihr nun anders nicht regieren könnet, als durch allerhand Schriften, die Fürsten in der Christenheit zu verwirren und gegen einander aufzuhetzen." Antwort Fürstenbergs vom 25. März 1672 auf das „Send-Schreiben eines Lüttich'schen Edelmanns vom 24. Febr. 1672." Vergl. Joh. Haller. Die deutsche Publizistik in den Jahren 1668—1674. Ein Beitrag zur Geschichte der Raubkriege Ludwig XIV. 30f. (Anm.)

Kampfe. Die Furcht seiner Gegner, die sich in dem Befehle kundgab, durch den dem Bruder Lisola's, der Canonicus an der Metropolitankirche und sein Parteigänger war, untersagt wurde, dem versammelten Volke zu predigen, steigerte seine Kühnheit. Am 24. Juni 1638 sollten die Neuwahlen der 28 Notabeln stattfinden. Lisola setzte alle Hebel in Bewegung, seine und die Wahl seiner Genossen durchzusetzen. Die Gegner erhielten Kenntniss von diesem Plane. Die Wahlen zu verschieben, wagten sie nicht; sie erklärten also, Lisola und dessen Freunde seien im Hinblicke auf das Geschehene von der Wahl ausgeschlossen. Um so sicherer erfolgte dieselbe in den betreffenden Bezirken. Lisola zog in's Rathhaus ein. Ein Versuch, die Neugewählten zur Ungiltigkeitserklärung der Wahl Lisola's zu vermögen, scheiterte. Die Mehrzahl, eines Sinnes mit ihm, anerkannte die Rechtmässigkeit derselben und wählte Lisola zu ihrem Präsidenten. Dieser, stolz auf den errungenen Erfolg, beschloss einen Schritt weiterzugehen. Als am Tage nach seiner Wahl die 28 Notabeln an die Erwählung der 14 Gouverneure schritten, erklärte Lisola, das Scrutinium nicht vornehmen zu wollen, bis die 9 Männer, die gegen seine Wahl protestiert hatten, ihre Ansicht geändert haben würden. Seiner Sache gewiss, appellierte er an das Volk. Am 4. Juli wälzte sich die bewaffnete Menge gegen das Rathhaus; die Gefahr einer offenen Fehde war drohend. Da entschloss sich der Erzbischof von Besançon zu vermitteln. Die Dissidenten gaben nach, anerkannten die Wahl Lisola's, worauf dieser das Scrutinium vornahm. Lisola's Erfolg schien ein ganzer zu sein. Allein es schien nur so. Die neugewählten Gouverneure waren ihm und seiner Sache nicht hold. Sie verboten den Notabeln, Lisola und dessen Genossen die Theilnahme an den Berathungen zu gestatten. Die Weigerung der Notabeln, diesem Befehle Folge zu leisten, führte zum Bruche. Die Gouverneure erklärten, mit den Notabeln nicht verhandeln zu wollen, so lange Lisola und zwei seiner Genossen unter ihnen weilten. Diese widerum hielten an ihren Entschlüssen fest und legten, als der Versuch misslang mit Gewalt in den Sitzungssaal einzudringen, auf das entschiedenste Protest gegen das Vorgehen der Gouverneure ein. Damals — Mitte August 1638 — wurde zum ersten Male von Lisola's Anhängern die Drohung ausgesprochen, an den Kaiser, als obersten Herrn, zu appelliren. Die Gouverneure nahmen diesen Plan auf, einer derselben — Franz von Orival — verliess Mitte September 1638 Besançon, um dem

Kaiser ein Bild der Lage zu entwerfen und seine Entscheidung anzurufen. Zwei Wochen später trat Franz von Lisola, willens seine Sache selbst zu vertreten, dieselbe Reise an. Sie sollte entscheidend für sein Leben werden

Unter allen Fürstenhöfen Europa's hätte zu jener Zeit, da Lisola in Wien eintraf, wohl keiner es wagen können, dem Wiener den Rang der Internationalität streitig zu machen. An Glanz und Pracht von mehreren übertroffen, übertraf er alle in der Stammesverschiedenheit der Männer, die an demselben lebten und wirkten. Nirgends waren wie in Wien Angehörige fast aller Nationen im Dienste eines Herrn. Dem Böhmen wie dem Ungarn, dem Deutschösterreicher wie dem Reichsdeutschen, dem Franzosen wie dem Italiener, dem Spanier wie dem Holländer, dem Türken wie dem Russen, ihnen allen konnte man in der Umgebung und im Dienste des Kaisers begegnen. Was diese nach Neigungen und Sitten so verschieden gearteten Menschen an diesen Hof führte und an demselben festhielt, war nicht das Band gemeinsamer Interessen, nicht der Wunsch einer grossen, allgemein nützlichen Idee zu dienen. Was die Mehrzahl derselben veranlasste, Haus und Hof zu verlassen und in den Dienst des Kaisers zu treten, war nicht Rücksicht auf die katholische Religion, nicht der Gedanke nach Kräften zur Wiederherstellung der alten deutschen Kaiserherrlichkeit beizutragen. Fortune zu machen, zu Macht und Ansehen zu gelangen, wie so mancher Landsgenosse, der unbekannt ausgezogen war und dessen Ruhm bald darauf aus der Ferne in die Heimat drang, das war der Wunsch der die unendliche Ueberzahl jener beseelte, die an des Kaisers Hofe erschienen. Und zur Erfüllung dieses Wunsches gab es in der That kaum einen geeigneteren Ort. Hier erwartete den Fremden nicht jenes Misstrauen, das ihm an anderen Höfen entgegentrat, hier durfte er vielmehr, sofern er nur über entsprechende Verbindungen, über reichliche Geldmittel, wo möglich auch über etwas mehr als den gewöhnlichen Verstand verfügte, mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit auf eine erfolgreiche Bethätigung seiner Kräfte rechnen. Und mochte man über den Kaiser und über seinen Hof, über die Hilflosigkeit des Reichsoberhauptes, über das Missverhältniss zwischen äusserem Glanze und innerer Ohnmacht spotten, so viel man wollte, der Herrscher Deutschlands war doch noch immer der erste Fürst der Christenheit und ihm zu dienen, in seiner Armee, an seinem Hofe eine einflussreiche Rolle zu spielen, galt, zumal

für die Angehörigen kleinerer Staaten, noch immer als ein Ziel, dem nachzustreben die Mühe lohne. Fortune zu machen und eine Rolle am kaiserlichen Hofe zu spielen, das dürften denn auch die Gründe gewesen sein, die Franz von Lisola vermocht haben seinen Aufenthalt in Wien zu verlängern, und sich ohne Rücksicht auf seine Heimat und seine Familie, ohne Rücksicht auf die Sache, die ihn an den kaiserlichen Hof geführt hatte, in das Getriebe der grossen europäischen Politik zu stürzen, in einen Kampf, der ihm Ehren und Erfolge bringen, aber auch unsägliche Leiden und Qualen bereiten sollte. Ueber die nöthigen Mittel, die Laufbahn eines kaiserlichen Diplomaten zu betreten, verfügte er. Wenn auch nicht reich, durfte er sich doch wohlhabend nennen. Er besass Haus und Gut in seiner Heimat und konnte für die erste Zeit auf die Unterstützung seiner Verwandten rechnen. Dass es ihm nicht an dem erforderlichen Verstande und Wissen fehle, durfte er sich, ohne unbescheiden zu sein, zugestehen. Und auch für die entsprechenden Verbindungen wusste er zu sorgen. Am Hofe Ferdinand III. gab es damals keinen Staatsmann, der es an Bedeutung und an Ansehen mit dem Grafen Maximilian Trauttmannsdorff hätte aufnehmen können. Sein lebhafter Geist, sein klarer, durchdringender Verstand, seine im Laufe der Jahre erworbene Kenntniss des vielgestalteten, verwickelten Geschäftsganges hatten ihn dem Kaiser werth gemacht; seine trefflichen Umgangsformen, sein unversiegbarer Humor, sowie die Uebereinstimmung in den wichtigsten Fragen des Lebens und der Politik, das auf Achtung gegründete Verhältniss zu einem freundschaftlichen gestaltet. Trauttmannsdorff war einer der wenigen Menschen, denen es gelang, den von Natur misstrauischen, durch frühzeitige trübe Erfahrungen noch misstrauischer gewordenen Herrscher von der Ehrlichkeit seiner Rede, von der Uneigennützigkeit seiner Handlungen zu überzeugen. Die hohe Achtung Ferdinand III. vor dem Geiste und der Energie, wie vor dem Charakter seines Ministers erklärt allein die den Zeitgenossen unverständliche Thatsache, dass dieser Fürst, der den Entschluss, von keinem Menschen abhängen, sein eigener erster Minister sein und bleiben zu wollen, als Thronerbe wiederholt in unzweideutigster Weise betont hatte,[1] kurz nach seinem Regierungsantritte,

[1] Vergl. für Trauttmannsdorff und dessen Stellung zu Ferdinand III. den Bericht Gio. Grimani's vom 13. März 1641, abgedruckt bei Fiedler „Venetianische Gesandtschaftsberichte I". Fontes rerum austriacarum II 26; p. 281; ferner M. Koch, Ge-

obgleich körperlich und geistig frisch und thatendurstig, sich Trauttmannsdorff unterordnete, kaum eine Handlung von Bedeutung ohne dessen Rath vollzog und in der Mehrzahl der Fälle seine Meinung zu Gunsten jener seines Ministers aufgab, wenn er denselben nicht von der Richtigkeit der eigenen zu überzeugen vermochte.

Auf Wegen, die zu verfolgen wir nicht mehr in der Lage sind, verstand es Lisola die Aufmerksamkeit dieses Mannes auf sich und auf seine ungewöhnliche Begabung für diplomatische Verhandlungen zu lenken. Eine Gelegenheit seine Talente zu erproben, bot sich alsbald. Die Beziehungen zwischen den Regierungen von Wien und London erforderten gerade damals dringend die Anwesenheit eines klugen kaiserlichen Gesandten am englischen Hofe. Denn trotz allem, was sich ereignet hatte, trotz der Vertreibung Friedrich V. von der Pfalz, des Schwiegersohnes König Jakob I. von England, aus Böhmen, trotz der Besitzergreifung der Stammländer dieses Fürsten durch das Haus Habsburg und dessen Verbündete, trotz der Uebertragung der pfälzischen Kurwürde auf Baiern, und obgleich Karl I. nach dem Tode seines Vaters die Rolle eines Vertheidigers der pfälzischen Interessen auf sich genommen hatte, bestand beiderseits die principielle Geneigtheit, auf gütlichem Wege einen Ausgleich zu erzielen. Die wiederholten Versuche Ferdinand II. mit Karl I. zu einer Dauer versprechenden Einigung zu gelangen, waren denn auch nicht an principiellen Bedenken, sondern vornehmlich daran gescheitert, dass die englische Regierung sich im Hinblicke auf ihre verschiedenartigen Interessen zu offenen Feindseligkeiten gegen Frankreich und gegen dessen Verbündete nicht verstehen wollte, während der Kaiser nur unter dieser Bedingung die aller Voraussicht nach überaus schwierige Restitution des Pfälzers Karl Ludwig — der nach dem 1632 erfolgten Tode seines Vaters als Vertreter seines Hauses galt — versuchen wollte.[1] Zumal bei den Verhandlungen, welche die Abgesandten

schichte des deutschen Reiches unter Ferdinand III. I 14ff; dessen Darstellung im allgemeinen eine einseitige genannt werden muss.

[1] Für die Beziehungen Ferdinand II. und Ferdinand III. zu Karl I. sind die verschiedenen Theile von Gardiners grossem Werke „History of England from the accession of James I"; für die pfälzische Frage neben dem bekannten Werke von Häusser Geschichte der Pfalz II. 592 ff. 2 neue Dissertationen zu vergleichen: Erhard Blesch, „Die Restitution der Pfalz und die Beziehungen Karl Ludwigs zu England" und Arthur Jüdel „Verhandlungen über die Kurpfalz und die pfälzische Kurwürde von October 1641 bis Juli 1642."

Karl I., Taylor und Graf Arundel, im Sinne einer Vereinbarung in den Jahren 1636 und 1637 mit Kaiser Ferdinand II. geführt hatten, war es deutlich zu Tage getreten, dass nicht principielle Gründe, sondern die Unmöglichkeit, sich über die gegenseitigen Zugeständnisse zu einigen, den Abschluss der Verhandlungen verhinderten. Denn während die Engländer die Restitution des Pfälzers Karl Ludwig in sein Land und in seine Würden forderten und erst nach Erfüllung dieser Wünsche den Abschluss eines Defensivbündnisses in Aussicht stellten, ging das Bestreben des Kaisers und seiner Minister dahin, den König von England zur Aufstellung einer grossen Armee in Deutschland und zur Unterstützung der Spanier zur See zu vermögen.[1] Eine Einigung war unter diesen Umständen nicht zu erzielen;[2] Mitte des Jahres 1637 wurden die Verhandlungen abgebrochen. Karl I. zeigte sich über das Vorgehen des Wiener Hofes entrüstet und näherte sich wieder einmal den Franzosen, die geneigt schienen, für die Restitution des Pfälzers einzutreten. Aber auch sie forderten als unerlässliche Vorbedingung ihrer Thätigkeit im Interesse des Pfälzers, den offenen Bruch Englands mit Frankreichs Feinden. Allein ebensowenig wie gegen die Franzosen, dachte Karl I. gegen die Spanier Krieg zu führen. Die Erklärungen des Grafen Leicester in Paris lauteten daher ebenso unbestimmt, wie jene Arundels in Linz gewesen waren.[3] Dass trotz der gleich zu Beginn wahrnehmbaren Aussichtslosigkeit der Verhandlungen, Ludwig XIII. und sein massgebender Minister Richelieu die Berathungen fortsetzten, geschah aus demselben Grunde, aus dem auch die Wiener Regierung immer wieder ihre Geneigtheit kund gab, mit Karl I. bezüglich der pfälzischen Frage zu einem erfreulichen Ausgleiche zu gelangen. Man wünschte eben in Wien und in Paris Englands Bundesgenossenschaft oder wenigstens dessen Neutralität, und glaubte diese letztere am sichersten durch die Fortführung der Verhandlungen erhalten zu können. Diesem Wunsche, einen offenen

[1] Vergl. für diese Verhandlungen Gardiner l. c. VIII 158 ff., Blesch l. c. 5 ff.

[2] Lord Arundel hat nach seiner Rückkehr nach London als eine der wichtigsten Ursachen des Scheiterns der Verhandlungen — wie mir scheint mit Recht — die verschiedenen Interessen der beiden habsburgischen Linien bezeichnet. Vergl. die Berichte des kaiserlichen Residenten Radolt aus dem Anfange des Jahres 1637. St. A. (Angl.)

[3] Ueber diese englisch-französischen Beziehungen vergl. Gardiner l. c. VIII. 161 ff.

Bruch zu vermeiden, England von dem Anschlusse an den Gegner abzuhalten, verdankten wohl auch die Versammlungen zu Hamburg und zu Brüssel ihr Zustandekommen. Sie verliefen resultatlos wie zu erwarten und vielleicht auch manchen Ortes geplant war. Die Bemühungen der Franzosen und der Schweden in Hamburg, Karl I. zur Theilnahme an dem Kriege gegen das Haus Habsburg gegen das Versprechen der Alliirten zu vermögen, für die Restitution des Pfälzers garantieren zu wollen, waren ebenso wenig von Erfolg gekrönt, als jene des Kaisers, der die Engländer zu Brüssel zum offenen Bruche mit Frankreich zu treiben suchte.[1] Karl I. blieb nach wie vor dabei, sich in den continentalen Krieg nicht einzumengen. Die Restituirung seines Neffen in Amt und Würden mit der Theilnahme an dem grossen Kampfe zu erkaufen, der halb Europa in Athem hielt, schien ihm, zumal im Hinblicke auf den Zustand des von ihm beherrschten Landes, zu gewagt. Vergebens bemühten sich daher die Vertreter der Spanier und der Franzosen in London im Laufe des Jahres 1639 Karl I. zu einem entscheidenden Schritte zu vermögen. Karl hörte diese wie jene an, führte mit beiden Theilen Verhandlungen, entschied sich aber weder für den einen noch für den andern. Er zeigte Verständniss für die Bedürfnisse der Spanier, die seine Unterstützung in dem bevorstehenden Seekampfe mit den Niederländern wünschten, er erklärte sich bereit ihre Flotte, die sich vor der niederländischen in die englischen Häfen zurückgezogen hatte, zu schützen, falls man ihm 150000 Pfund Sterling erlege, allein er verhandelte zu gleicher Zeit auch mit den Franzosen und mit den Niederländern und schien gewillt, die spanische Flotte dem holländischen Admiral Tromp auszuliefern, falls die französische Regierung sich bereit finden sollte, dem Prinzen Karl Ludwig das Commando über die weimarische Armee zu übertragen. Das Zögern Karl I. und sein allerdings mit in erster Linie durch die inneren Verhältnisse verursachtes Schwanken führten auch in diesem Falle zu keinem Resultate. Die Niederländer, des Wartens müde, entschlossen sich, auf eigene Faust zu handeln, zerstörten die spanische Flotte, während Karl Ludwig, der französischen Regierung verdächtig, beim Versuche durch Frankreich zur weimarischen Armee zu gelangen, bei Moulins gefangen genommen und in Vincennes, später in Paris, in leichter Haft gehalten wurde.

[1] Vergl. Koch l. c. 98ff.

In diese Zeit nun, da England von Spaniern und Franzosen in gleich eifriger Weise um eine energische Unterstützung angegangen wurde, fällt der erste Aufenthalt Lisola's in London. Die Instruktion, die er für diese auf eigene Kosten unternommene Reise mitbekam, ist uns nicht erhalten. Nur vermuthen lässt sich, dass ihm bereits damals die Aufgabe zu Theil wurde, den König von England zum Anschlusse an den Kaiser und an die Spanier oder mindestens zur Neutralität zu vermögen, mit Sicherheit behaupten, dass er bereits in einem Berichte vom Jahre 1639 auf die Möglichkeit hingewiesen hat, in Verbindung mit den in England weilenden und mit Hilfe der in Nordfrankreich thätigen Gegner Richelieu's, diesen in Frankreich selbst anzugreifen und zum Frieden zu zwingen. Gewiss ist ferner, dass das Ergebniss seiner Mission die Wiener Regierung vollauf befriedigte. Denn Johann Tasselt, der vor Lisola's Ankunft in London den Kaiser daselbst vertreten hatte und der von Lisola mit einem ausführlichen Gutachten an den Wiener Hof abgesendet wurde, erhielt von Kaiser Ferdinand III. den Befehl, so rasch als möglich zu Lisola zurückzukehren und diesem die Fortführung der begonnenen Verhandlungen auf das wärmste zu empfehlen.

Mit der ihm eigenen ungewöhnlichen Fähigkeit hatte sich Lisola unterdess mit allen auf eine gedeihliche Entwickelung der österreich-englischen Beziehungen einflusshabenden Verhältnissen vertraut gemacht. Die Berichte, die er zu Beginn des Jahres 1640 an seinen Gönner Trauttmannsdorff und an den Kaiser abgehen liess, verrathen bereits die vollste Kenntniss der zur Verfügung stehenden Kräfte, die klarste Einsicht in die zum Ziele führenden Wege. Und das, was als ein besonderes Merkmal seiner diplomatischen Thätigkeit bezeichnet werden muss, der Blick für das Entscheidende, tritt gleich Anfangs auf das deutlichste hervor. Das grosse Streben seines Lebens, den durch Egoismus bestimmten Nationen die Ueberzeugung aufzunöthigen, dass es in ihrem Interesse liege, mit den in gleicher Weise Bedrohten, mögen dieselben auch sonst ihre entschiedensten Gegner sein, gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen, leitet ihn bereits in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit. Dieser gemeinsame Gegner ist schon in dieser Zeit für Lisola der König von Frankreich. Bereits damals hat er in dem allerchristlichsten Könige nicht allein den übermächtigen Gegner des Hauses Habsburg, sondern, seinen Zeitgenossen weit voraus, den gefährlichsten Feind des europäischen Gleichgewichtes erkannt. Nicht die Aus-

söhnung des Kaisers mit dem Könige von England, nicht die Ordnung der pfälzischen Restitutionsfrage, sondern die Einigung aller Franzosenfeinde bezeichnete der junge Diplomat zu Beginn des Jahres 1640 als das Ziel, dem nachzustreben seine Aufgabe sei. Auf das deutlichste ist diese Auffassung der Verhältnisse dem ausführlichen Gutachten zu entnehmen, das Lisola zu Beginn des Jahres 1640 an den Kaiser gerichtet hat. Was all' seinen Berichten einen so ausserordentlichen Werth verleiht, die Fülle der Gedanken, die Weite des Blickes und die Kraft der Darstellung, ist bereits diesem Schriftstücke — dem ersten der uns erhaltenen — eigen.[1] Er geht in demselben von dem Gesichtspunkte aus, dass das Ziel, welches Ferdinand III. im Auge habe, — der allgemeine Friede — nicht zu erreichen sein werde, solange in Frankreich der Mann herrsche, der den Kampf gegen das Haus Habsburg als seine Lebensaufgabe auffasse und durch seine geistige Ueberlegenheit den König wider dessen Willen zur Gutheissung seiner Massregeln nöthige. Richelieu muss bekriegt werden, wenn man einen dauernden Frieden will und Richelieu ist nur durch einen Bürgerkrieg zu vernichten; das ist der leitende Gedanke der Auseinandersetzungen Lisola's. Die Gelegenheit einen solchen Krieg zu erwecken, ist — meint er — ungemein günstig. König Ludwig XIII. verabscheut Richelieu, aber er wagt nicht ihn zu entlassen; die Höflinge und das Volk von Paris hassen den Minister, aber sie fürchten ihn. Je grösser die Entfernung von Paris, desto grösser der Hass, desto geringer aber auch die Furcht. In der Normandie ist der Aufstand bereits erfolgt.[2] Poitou, Bretagne, Saintonge sind bereit zu folgen. Hier einzugreifen ist das Recht, ja die Pflicht des Kaisers. Er muss die Unzufriedenen unterstützen, französische Generäle und französische Soldaten zum Kampfe gegen die Regierung zu gewinnen wissen. Der Antheilnahme eines grossen Theiles des französischen Adels glaubte Lisola sicher zu sein. Zwei der einflussreichsten und mächtigsten Vertreter desselben, die sich damals in

[1] Grosse Bruchstücke aus demselben in französischer Uebersetzung bei Reynald l. c. 310ff. Die Datirung der Lisola'schen Berichte bei Reynald ist meist eine unrichtige; ich verbessere sie für jene Schriftstücke, deren ich in diesem Zusammenhange Erwähnung thue. Der Irrthum bei Reynald dürfte darauf zurückzuführen sein, dass er den Druck seiner Schrift nicht erlebte, daher die Correctur von fremder Hand besorgt werden musste.

[2] Vergl. Bazin, Histoire de France sous Louis XIII. IV 89ff.

London aufhielten, hatten ihm bereits in der unzweideutigsten Form das Versprechen gegeben, mit Leib und Seele an der Seite des Kaisers zu fechten, falls derselbe ihnen nur genügende Garantieen dafür biete, dass auch ihre Interessen in diesem Kampfe berücksichtigt werden sollten. Und an der Aufrichtigkeit ihrer Erklärungen zu zweifeln lag kein Grund vor. Sie hatten sich beide schon wiederholt als Feinde Richelieu's erprobt und dieser Feindschaft das Ungemach der Verbannung zu danken. Der eine derselben, der Graf von Soubise, war in der Welt als einer der hartnäckigsten Gegner des grossen Staatsmannes bekannt.[1] Er hatte mit und neben seinem Bruder, dem Herzoge von Rôhan, die Hauptrolle in den religiösen Kämpfen gespielt, die seit dem Beginne der zwanziger Jahre des 17. Jahrhundertes Frankreichs inneren Frieden störten, hatte allen Bemühungen des französischen Hofes, ihn zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, Widerstand geleistet, alle noch so lockenden Anträge, wie solche ihm auch als Besiegtem gemacht wurden, zurückgewiesen, hatte von England aus, wohin er schon zu Beginn der zwanziger Jahre geflohen war, wiederholt den Kampf gegen Richelieu aufgenommen und lebte, seit der gänzlichen Unterwerfung der Protestanten im Jahre 1629, von der ihm zugesicherten Amnestie keinen Gebrauch machend, in England, ununterbrochen mit Plänen gegen den verhassten Mann beschäftigt, dem er den Tod seines Bruders zuschrieb, den zu stürzen er als den heissesten Wunsch seines Lebens bezeichnete.

Und mit ihm wetteiferte in Hass und Feindschaft gegen Richelieu der Herzog von La Valette,[2] der Sohn des Herzogs von Epernon, kein untadeliger Charakter, leichtlebig und frivol, ein echter Vertreter des entarteten Adels jener Zeit, der den Kampf gegen Richelieu mit dem Verluste seiner Güter und mit der Verbannung bezahlt hatte, wie Soubise von dem sehnlichsten Wunsche beseelt, an dem grossen Gegner seines Hauses Rache zu nehmen.

Von ihnen vernahm Lisola den Plan einer grossen, allgemeinen Action gegen die in Frankreich herrschende Regierung. In England sollte eine Armee von 10 000 Mann geworben und auf Schiffen nach der Insel Rhé gebracht werden, woselbst man sich ohne viele

[1] Vergl. über Benjamin de Rohan, Seigneur de Soubise Bazin l. c. IV; daneben das Werk des Duc d'Aumale: Histoire des Princes de Condé pendant les XVI. et XVII. siècles, III. Band; unter den Memoiren der Zeit vornehmlich jene Rohans, Richelieu's und insbesondere die des Mis. François-Paul de Montglat a. v. O.

[2] Vergl. die Schilderung d'Aumale's l. c. III 386; Ranke, Franz. Gesch. II 171 f.

Mühe St. Martins bemächtigen könne; von dort sollte man sich gegen La Rochelle wenden, mit dessen Bewohnern gute Verbindungen angeknüpft seien. Dieser Stadt werde man sich, da sie ohne Garnison und ohne Munition sei, leicht bemächtigen können, ebenso Bec-d'Ambès, das Guyenne und die Umgebung der Garonne beherrsche. Von dort bis Toulouse sei an einen Widerstand nicht zu denken. Soubise und Epernon, die das Land kennen, werden dort den Krieg mit Erfolg führen. An dem Wiederbeginne des Kampfes der Nu-Pieds[1] sei nicht zu zweifeln. Gelingt aber, wie zu erwarten, dieser Aufstand und fällt zu gleicher Zeit die kaiserliche Armee in Burgund, die spanische in Artois ein, dann wird der König Richelieu fallen lassen oder Frieden schliessen. Der König von England, so berichteten die beiden Männer, habe das Unternehmen gebilligt, mit den deutschen Fürsten könnte eine Vereinbarung getroffen werden; auch die Niederländer zu gewinnen werde nicht schwer fallen. Nur eins thue Noth: Geld; fürs erste 500000 Gulden, die der Kaiser oder der König von Spanien zur Verfügung stellen müssten. Lisola billigte den Plan der beiden Männer in allem und jedem. Dass gegen dieselben, zumal gegen La Valette so manches einzuwenden war, kümmerte den kaiserlichen Gesandten nicht; wählerisch in seinen Mitteln war er damals ebensowenig als jemals später: ein echter Vertreter der Lehre, dass der Zweck die Mittel heilige. Mit Begeisterung spricht er in dem Berichte an den Kaiser von den wesentlichen Folgen, die sich bei entsprechender Durchführung dieses Planes ergeben würden; mit berechnender Ausführlichkeit schildert er die Wahrscheinlichkeit des Erfolges. Sich selbst für die Sache mit dem ganzen Aufgebote seiner Kräfte einzusetzen, zögert er keinen Augenblick. Er ist gewillt nach Brüssel zu eilen, um von dem Gouverneure der spanischen Niederlande, dem Kardinalinfanten Ferdinand, die zur Inangriffnahme des Werkes nöthigen Gelder zu erwirken; er erklärt sich bereit in die Höhle des Löwen zu treten, sich nach Paris zu begeben, um dort mit den massgebenden Vertretern der anti-richelieu'schen Richtung zu einer Vereinbarung zu gelangen. Dass Schwierigkeiten sich der Durchführung dieses Planes in den Weg stellen würden, verhehlte sich Lisola keineswegs; allein das grosse Ziel im Auge, das er erreichen will, lässt er sich durch dieselben nicht beirren. Die Lau-

[1] So hiessen die Bauern der Normandie, die barfuss in den Kampf zogen.

heit Karl I. hofft er durch ein Entgegenkommen des Kaisers in der pfälzischen Frage, die Zurückhaltung der Niederländer durch Zugeständnisse und durch Einflussnahme auf den Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien, die Sparsamkeit der Spanier durch den Hinweis auf die Vortheile überwinden zu können, welche ihnen durch den Bürgerkrieg in Frankreich erwachsen müssten. Allein nur zu bald sollte sich Lisola überzeugen, dass er sich die Aufgabe mit den durch die verschiedensten Interessen bestimmten Mächten zu einer Einigung zu gelangen, zu leicht vorgestellt hatte. Die Spanier zeigten durchaus nicht die erhoffte Bereitwilligkeit, sich für das allgemeine Wohl, das zugleich das ihre bedeutete, einzusetzen. Tasselt, der mit Weisungen des Wiener Hofes an Lisola über Brüssel nach London reiste, fand den Kardinalinfanten kränklich, kühl, energischen Massregeln auf das entschiedenste abgeneigt.[1] Der Zwiespalt unter den Räthen des Infanten, sowie die Weigerung Soubise's und La Valette's in eigenem Namen die Verhandlungen mit den Spaniern zu führen, erschwerte die ohnehin mühevolle Aufgabe. Lisola konnte nicht leugnen, dass des Kardinalinfanten Behauptung, er sei im Hinblicke auf die von Frankreich und von den Niederländern drohende Gefahr,[2] mehr berechtigt Hilfe zu fordern als in der Lage eine solche zu leisten, eine begründete sei. Und nicht viel günstiger verliefen die Unterhandlungen, welche Lisola mit den in London anwesenden Vertretern des Königs von Spanien pflog. Sie erklärten sich wohl mit seinem Plane einverstanden, dessen Vortheile ihnen einleuchtend schienen, zeigten aber, sobald es sich um eine entscheidende Aeusserung handelte, eine ausserordentliche Zurückhaltung, wollten mit dem Protestanten Soubise nicht verhandeln, den König von England nicht um Stellung einer entsprechenden Truppenzahl angehen. Allein nicht das Benehmen der Spanier, sondern das Karl I. von England war es, was Lisola nöthigte, seine Erwartungen um ein wesentliches herabzustimmen. Wie anders, als Soubise und La Valette ihn geschildert, fand der kaiserliche Gesandte den König von England. Keine Spur von Begeisterung für das allgemeine Interesse, von ernstem Willen die Sache des Kaisers zu unterstützen. „Den König von England, schrieb Lisola im Mai 1640 an seinen Gönner Trauttmannsdorff, nimmt die innere Politik

[1] Vergl. d'Aumale l. c. III 433f.

[2] Vergl. ebendaselbst.

vollauf in Anspruch. Die Schotten sind in England eingebrochen und kämpfen hier. Das Parlament weist jede Unterstützung des Königs zurück, bevor es Abstellung der Beschwerden erhält. Der König ist genöthigt das Parlament aufzulösen, allein er fordert vergebens von allen Mächtigen Geld. In seiner Verzweiflung dringt er in den König von Frankreich um Hilfe; er fordert 4 Millionen gegen Bedingungen, die Frankreich stellen soll. Richelieu hat unterdess den jungen Pfälzer in Freiheit gesetzt, König Karl hat sich darüber sehr ergriffen gezeigt. Für den Augenblick haben die Gegner Frankreichs von dieser Seite her nichts zu hoffen."[1] Was Lisola in diesem Schreiben mittheilte, entsprach der Wirklichkeit. Karl I. hatte, gedrängt durch die Haltung des Parlamentes, neuerdings eine Schwenkung im Sinne einer Annäherung an Frankreich vollzogen. An eine Förderung der Pläne Ferdinand III. war nicht zu denken. Lisola wusste dies und fand es daher nutzlos, noch länger in England zu verweilen. Was er mit dieser Reise bezweckt hatte, Verbindungen mit den in England weilenden Franzosen anzuknüpfen, war erreicht worden, mehr zu erzielen im Hinblicke auf die unterdess eingetretenen Ereignisse nicht möglich. Von dem Gange der Begebenheiten und von den Entschliessungen des Wiener Hofes musste es abhängen, ob und wie man auf dem von Lisola betretenen Pfade weitergehen wollte. Für Lisola lag übrigens auch ein persönlicher Grund vor, seinen Aufenthalt in London abzubrechen und nach Wien zurückzukehren. Er hatte diese Mission unternommen, um seine Talente für die diplomatische Laufbahn zu erproben, er durfte annehmen die Probe bestanden zu haben. Die Ausgaben waren recht bedeutende gewesen; ohne Gefährdung seines Vermögens glaubte er nicht länger ohne Entschädigung das Amt eines kaiserlichen Vertreters ausüben zu dürfen. So entschloss er sich zur Heimkehr. Nach mehrmonatlicher Reise, die ihn, wie es scheint, durch Paris geführt hat, langte er am Kaiserhofe an. Die Aufnahme, die er daselbst fand, entsprach seinen Erwartungen. Ferdinand III. anerkannte seine Leistung, rühmte sein Talent und ernannte ihn zu seinem Rathe mit einem jährlichen Gehalte von 700 Gulden. Lisola's Schicksal war entschieden, er war Diplomat geworden.

[1] Schreiben Lisola's vom 18. Mai an den Kaiser, vergl. Reynald l. c. 317.

Zweites Kapitel.

Zweite Mission nach England. Die pfälzische Restitutionsfrage.

1641—1645.

Die Anregung, welche Lisola gegeben hatte, indem er auf die Möglichkeit hinwies, sich der Kräfte zu bedienen, die innerhalb Frankreichs zum Kampfe gegen Richelieu bereit waren, fiel auf fruchtbaren Boden. Ferdinand III. zeigte sich im Principe geneigt, in diesem Sinne zu handeln. Aber nicht mit Soubise und La Valette, sondern mit noch mächtigeren, einflussreicheren Persönlichkeiten wollte er den Versuch wagen, den gewaltigen Gegner zu bekriegen.

Seit Jahren weilte Louis de Bourbon, Graf von Soissons,[1] ein alter, zäher Feind des Cardinals, mit der Gloriole des Märtyrthums umgeben, tapfer, edelmüthig, aber unzuverlässig und misstrauisch, in Sedan, Rachepläne gegen Richelieu schmiedend, zu deren Durchführung ihm die Unterstützung des Kaisers und des Königs von Spanien unerlässlich schien. Die grossen Erfolge, die Frankreichs Heer und Flotte im Laufe des Jahres 1640 davontrugen, der Sieg der französischen Flotte vor Cadix, die Einnahme von Turin und Arras, die Verbindung der aufständischen Katalonier mit den Franzosen und der Abfall der mit Frankreich in den besten Beziehungen stehenden Portugiesen von Spanien, ermöglichten es ihm, die beiden Mächte für das geplante Unternehmen zu gewinnen. Zu Beginn des Jahres 1641 wurde das Abkommen getroffen. Der Graf von Soissons, der Herzog von Bouillon,[2] Besitzer von Stadt und Schloss Sedan und Heinrich von Guise,[3] Erzbischof von Reims, der mit Richelieu verfeindet nach Sedan gekommen war, verbanden sich mit den habsburgischen Herrschern zu gemeinsamer Kriegsführung. Der kaiserliche General Lamboy[4] erschien mit einer stattlichen Truppenzahl an der Maas und rückte, verstärkt durch die Truppen der Verschworenen, über die Grenzen der Champagne. Bei Marfée kam es zur Entscheidung. Der Sieg neigte sich bereits auf die Seite

[1] Louis de Bourbon, Cte de Soissons, geb. 1604, † 1641; vergl. über ihn d'Aumale l. c. III 442; Mém. de Montglat; Petitot II Serie IL. 315ff.

[2] Frédéric-Maurice de la Tour d'Auvergne, duc de Bouillon; geboren zu Sedan 1605, † 9. Aug. 1652.

[3] Henri de Lorraine, duc de Guise; geb. 1614, † 1664.

[4] Wilhelm Graf Lamboy, † 1659; vergl. Allg. deutsche Biographie 17. 557ff.

der tapfer kämpfenden Verschworenen, da fiel der Graf von Soissons, von einer feindlichen Kugel getroffen. Sein Tod nahm den Verbündeten den Muth. So endete der Tag von Marfée mit dem vollständigen Siege Richelieu's.[1] Der Herzog von Guise wendete sich nach Brüssel, der Herzog von Bouillon bat um Verzeihung und Frieden, Richelieu stand mächtiger da, als je zuvor. Auch an diesem Kampfe gegen den gewaltigen Kanzler Frankreichs hat Lisola Antheil genommen, in welchem Masse, ist leider nicht mehr festzustellen. Was wir wissen, ist nur, dass er im Laufe des Jahres 1641 mit dem Grafen von Traun in Sedan erschien und daselbst im Interesse des Kaisers zu wirken suchte. Dass seine Bemühungen erfolglos geblieben sind, hat Lisola selbst zugegeben; als sein Verdienst aber glaubte er bezeichnen zu können, dass der Muth der Besiegten gehoben, und der Plan der Franzosen, die im kaiserlichen Dienste stehenden Truppen zu gewinnen, vereitelt worden sei.[2] Seine Beziehungen zu Soubise und La Valette hatte er während dieser Zeit aufrechterhalten. Ein Schreiben Lisola's, gegen Mitte des Jahres 1641 verfasst, lässt erkennen, dass an eine Verbindung der beiden Unternehmungen gedacht worden ist,[3] ein anderes zeigt, dass er aus London genaue Nachrichten über die unveränderte Gesinnung seiner beiden vertrauten Freunde besass.[4] Aber erst gegen Ende des Jahres gestatteten die Beziehungen zwischen dem englischen und dem Wiener Hofe, zumal die wieder auftauchende pfälzische Frage, dem kaiserlichen Gesandten, sich persönlich von der Richtigkeit der ihm zugekommenen Mittheilungen zu überzeugen. Die Verhandlungen über die Ordnung der pfälzischen Frage hatten seit der Abreise Lisola's von London nicht geruht. Auf dem Kurfürstentage zu Nürnberg 1640 waren dieselben von neuem aufgenommen worden, ohne zu einem Resultate zu führen.[5] Doch lag ein Fortschritt darin, dass man die pfälzische Frage von den Universaltractaten weg und auf eine separate Verhandlung verwies, dem Könige Christian IV. von Dänemark und dem Kurfürstencollegium die Vermittelung anbot. Den Bemühungen dieser Mächte gelang es, Regens-

[1] Für diese Dinge vergl. Ranke l. c. II 393ff; Bazin l. c. IV. 139ff.

[2] Eingabe Lisola's vom 25. August 1651 bei Pribram, Berichte Lisola's. Archiv für Kunde oest. Gesch. LXX. 88 Anm.

[3] Vergl. Reynald l. c. 310.

[4] Ebendaselbst.

[5] Vergl. Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg. 168ff, 227f.

burg, wo die Reichsversammlung tagte, als Ort, den 6. Mai 1641 als Tag für die Wiederaufnahme der Verhandlungen durchzusetzen. Das englische Parlament und König Karl I., denen von diesem Entschlusse Mittheilung gemacht wurde, zeigten sich bereit, in Verhandlungen einzutreten. Thomas Roe, ein von Karl I. hochgeschätzter Diplomat, erschien in Regensburg. Aber auch hier ergaben sich grosse, für den Augenblick nicht zu überwindende Schwierigkeiten.[1] Dass Roe in der Audienz bei Ferdinand III. die volle Restitution des Pfälzers als unerlässliche Vorbedingung einer Einigung bezeichnete, verstimmte die Anhänger der Spanier in des Kaisers Umgebung, dass dieser, gerade im Hinblicke auf den Pfälzer, die von Roe geplante allgemeine Amnestie zurückwies, erregte Roe's heftigsten Unwillen. Die eigentlichen Verhandlungen, die im September 1641 begannen, liessen die Schwierigkeit einer Einigung noch deutlicher hervortreten. Die Forderungen der Pfälzer — Restitution des Landes nach dem Bestande von 1618 und Schadloshaltung des Kurfürsten für die im Laufe der Kriegsjahre an Land und Leuten erlittenen Verluste — wurden von den Baiern auf das Schroffste zurückgewiesen. An eine baldige Ordnung der Angelegenheit war unter diesen Umständen nicht zu denken. Sie fallen zu lassen, schien aber Ferdinand III. gegen sein Interesse zu verstossen. So entschloss er sich, die Betheiligten zu neuer Berathung nach Wien einzuladen. Am 1. November 1641 sollte die Wiederaufnahme der Verhandlungen stattfinden. Dieses Entgegenkommen des Kaisers in der pfälzischen Frage war, daran wird man nicht zweifeln können, mit in erster Linie aus Rücksicht auf den König von England erfolgt, dessen Antheilnahme am Kriege gegen Frankreich oder wenigstens dessen Neutralität in demselben Ferdinand III. nach wie vor wünschte. Die Versprechungen in Regensburg sollten ein Gegengewicht gegen die Bemühungen der Franzosen sein, von denen man am Hofe des Kaisers auf das genaueste unterrichtet war. Und in eben diesem Sinne wurde die neuerliche Sendung Lisola's nach London beschlossen. Sein Auftrag lautete ausdrücklich dahin, dem Könige von England die Versicherung zu geben, dass der Kaiser es mit seinen Anerbietungen ehrlich meine. Nicht er, sondern die Verhältnisse, liess er Lisola erklären, hätten die Verzöge-

[1] Blesch l. c. 33ff. Urk. und Act. zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. I. Bd. passim; Koch l. c. 329f.

rung in dem Beginne der Verhandlungen über die pfälzische Frage veranlasst. Zu weitgehenden Zugeständnissen hatte Lisola aber keine Vollmacht. Bezüglich der Freilassung des im Jahre 1638 von den kaiserlichen Truppen gefangen genommenen Prinzen Ruprecht — eines Sohnes des verstorbenen Winterkönig es —, die immer wieder begehrt worden war, sollte er nur gefragt und auch dann ausweichend antworten, nach keiner Richtung hin sich binden.[1] Im Uebrigen sollte seine Aufgabe auch in diesem Falle vornehmlich darin bestehen, sich über die Stimmung und über die Gesinnung des Königs von England, sowie der Führer der französischen Adelspartei in London zu orientiren.

Lisola fand, als er zu Beginn des Monates October 1641 in England landete, ganz andere Verhältnisse vor, als jene waren, da er London vor mehr als einem Jahre verlassen hatte. Der glorreiche Kampf, den das englische Volk um die Erhaltung seiner in schweren Kämpfen und unter grossen Opfern errungenen Freiheit gegen das nach absoluter Gewalt strebende Königthum geführt hat, erfüllte das ganze Land. Das Parlament, das bestimmt war, Karl I. und die Revolution zu überleben, das vertriebene Herrschergeschlecht zurückkehren zu sehen, tagte fast seit Jahresfrist und war bereits wiederholt der Schauplatz stürmisch-bewegter Scenen gewesen. John Hampden, im ganzen Lande ob seines mannhaften Widerstandes gegen ungerechtfertigte Besteuerung gekannt und geehrt, hatte bereits in ebenso massvoller als entschiedener Weise die Regierung vor weiteren Missbräuchen gewarnt; John Pym, der glänzendste unter den vielen bedeutenden Politikern dieser Versammlung, hatte mit beissendem Spotte die Mängel der Regierung gerügt, dem Könige ein langes Sündenregister vorgehalten, die vornehmsten Mitglieder des englischen Cabinets in Anklagezustand versetzt, die Verhaftung des streng anglikanisch gesinnten klugen Erzbischofes von Canterbury — Laud —, die Hinrichtung des gewaltigen, geistig hoch begabten, königstreuen Thomas Wentworth — Earl of Strafford — durchgesetzt und den König zur Gutheissung jener Bill vermocht, durch die einer parlamentslosen Regierung in England für alle Zeiten vorgebeugt werden sollte. Die hochgehende Bewegung unter dem Volke hatte freilich auch eine Gegenströmung zur Folge gehabt. Je weiter sich das Unterhaus, durch staatliche und

[1] Instruction vom 28. August 1641. St. A. (Pal.)

religiöse Motive bestimmt, von dem Könige entfernte, desto enger schlossen sich diesem alle sonst noch so verschieden gesinnten Gegner der Volksherrschaft an. Karl I. selbst, unerschütterlich in der Ueberzeugung die rechten Wege zu wandeln und fest entschlossen, mit dem Aufgebote aller ihm zur Verfügung stehenden Kräfte für sein gutes Recht zu kämpfen, war dem Sturme, der ihm drohte, ausgewichen, nach Schottland gereist und traf hier die Vorbereitungen für den Kampf gegen seine Unterthanen, der für ihn so verhängnissvoll, für die englische Nation nicht nur, sondern auch für das ganze europäische Staatensystem so folgenschwer werden sollte. Für Lisola und für die Sache, die er vertrat, war dieser Wechsel in den Verhältnissen von der grössten Bedeutung. Nicht in der dauernden Abwesenheit Karl I. von der Hauptstadt, sondern in dem sinkenden Ansehen jener Männer, von deren Freundschaft für den Kaiser und für dessen Sache Lisola überzeugt war, und in dem wachsenden Einflusse der Puritaner, die aus religiösen und handelspolitischen Gründen Gegner des Hauses Habsburg waren und in dem freigebigen französischen Gesandten einen entschiedenen Förderer ihrer Pläne fanden,[1] bestand die Gefahr. Unter diesen Umständen war äusserste Vorsicht für Lisola dringend geboten. Er musste, wollte er nicht sein Leben und die Sache, die er vertrat, auf's Spiel setzen, jeden Schritt vermeiden, der ihn als Anhänger Karl I. erwiesen hätte, zu gleicher Zeit aber war er bestrebt, die alten Verbindungen zu erneuern und neue anzuknüpfen. Seine Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Soubise und La Valette zeigten dieselbe Geneigtheit wie vor Jahresfrist gegen Richelieu zu kämpfen, nur hatten ihre Pläne eine etwas andere Richtung genommen. La Valette empfahl jetzt dringend eine Unternehmung gegen Metz; er habe daselbst gute Freunde, getraue sich mit 3000 Mann zu Fuss und 500 zu Pferde die Stadt zu nehmen.[2] Lisola erklärte sich bereit, den Vorschlag zu prüfen und zu befürworten. Zu gleicher Zeit suchte er in directe Beziehungen zu dem Pfalzgrafen Karl Ludwig zu treten. Dass Ferdinand III., trotz des Widerspruches des Kurfürsten Maximilian von Baiern, noch im Herbste 1641 den Prinzen Ruprecht aus seiner Haft entliess, erleichterte dem kaiserlichen Gesandten seine Aufgabe. Er konnte mit

[1] Vergl. Reynald l. c. 321.

[2] Schreiben vom 20. Nov. 1641 an Trauttmannsdorff, Reynald l. c. 323f.

umso grösserer Hoffnung auf Glaubwürdigkeit von der Geneigtheit des Kaisers sprechen, dem Pfälzer unter die Arme zu greifen, die Selbstsucht der Franzosen betonen — die durch ihren Gesandten La Ferté zu Ungunsten Lisola's Einfluss auf Karl Ludwig zu nehmen trachteten — und ihre Erklärungen in der pfälzischen Frage als unaufrichtige bezeichnen. Unterdess war Karl I. aus Schottland zurückgekehrt. Lisola hatte seiner Ankunft mit Sehnsucht entgegengesehen; hing doch, wie er wusste, im Hinblicke auf die feindselige Haltung des Parlamentes die Entscheidung der pfälzischen Frage nicht nur, sondern jene der Beziehungen der englischen zur Wiener Regierung überhaupt von den Entschliessungen Karl I. ab. Trat derselbe ehrlich und offen für des Kaisers Interessen ein, dann durfte Lisola hoffen, die geplante Einigung den Gegenbemühungen des Parlamentes zum Trotze zu Stande zu bringen; war auch Karl I. von der Aufrichtigkeit der kaiserlichen Erklärungen nicht zu überzeugen oder trotz dieser Ueberzeugung zu einer entschiedenen Aeusserung nicht zu vermögen, dann war von England nichts für das Haus Oesterreich zu hoffen. Die Möglichkeit für Karl I. der Opposition in England Herr zu werden, schien Lisola in diesem Augenblicke gegeben. Die Heftigkeit, mit der die puritanische Mehrheit des Parlamentes auf die Nachricht von den Gräueln hin, welche die Katholiken Irlands gegen die Andersgläubigen verübt, gegen die bischöfliche Kirche vorgegangen war, die Rücksichtslosigkeit, mit der die Anhänger der „Remonstranz" die Annahme derselben im Parlamente durchgesetzt hatten, führten Karl I. neue Verbündete zu. Er wurde in London mit Jubel empfangen, ein anglicanischer Lord-Mayor gewählt, die Uebertragung der wichtigsten Hofämter an gemässigte royalistische Mitglieder des Adels von einem grossen Theile des Volkes gutgeheissen. Verstand es Karl, den Zwiespalt zwischen Anglicanern und Puritanern auszunützen, die beiden Parteien gegen einander zu gebrauchen, dann war an seinem Siege — so meinte Lisola — nicht zu zweifeln.[1] Umso nothwendiger hielt er es, schon im Hinblicke auf die von ihm den beiden Parteien gegenüber zu beobachtende Haltung, sich über die Ansichten des Königs Klarheit zu verschaffen. Wenige Tage nach Karls Ankunft in London hatte Lisola die erste Unterredung mit demselben. Er verliess ihn sehr enttäuscht. Er fand Karl I., wie alle, die ihn richtig be-

[1] Für die Situation in England vergl. Gardiner l. c. 284ff; 337.

urtheilten, unaufrichtig und unzuverlässig. In eine nähere Erörterung der pfälzischen Frage liess sich Karl nicht ein; im übrigen zeigte er Zuversicht in den Sieg der Sache, die er vertrat und nicht die geringste Neigung, seine Erfolge in England durch offene Feindschaft mit Frankreich zu gefährden. Lisola empfing den Eindruck, als sei von Karl I. vorerst wenig zu hoffen. Neue Unterredungen mit demselben, zu denen die Freilassung Ruprechts den erwünschten Anlass gaben, bestärkten ihn in dieser Ansicht. Karl wich jeder bindenden Erklärung auf das geschickteste aus, betonte immer wieder seine Neigung nach vollzogener Restitution des Pfälzers für den Kaiser zu thun, was in seiner Macht stehen würde, ohne aber, wozu Lisola drängte, diese allgemein gehaltenen Reden durch detaillirtere Aeusserungen zu ergänzen.[1] Unter diesen Umständen hielt es Lisola für angezeigt, vorerst von weiteren Versuchen abzustehen, den König zu einer entscheidenden Erklärung zu vermögen, den Kampf gegen Richelieu und gegen das von diesem vertretene Princip vielmehr mit Hilfe der unzufriedenen Franzosen zu führen und sich vor allen Dingen der Unterstützung des Pfälzers zu vergewissern. Soubise und La Valette gingen gerne auf diese Pläne ein. Und zu ihnen gesellte sich als dritter im Bunde der mächtige Herzog von Vendôme, der Sohn Heinrich IV. und der schönen, geistreichen Gabriele d'Estrée, der Gemahl der reichsten Erbin Frankreichs, ein alter Gegner des Herzogs von Richelieu, nach dem Tode des Grafen von Soissons der Führer der Unzufriedenen, den Richelieu durch die Anklage eines an ihm versuchten Mordes zur Flucht nach England genöthigt hatte.[2] Sein Plan, in wesentlichen Stücken von dem der Mitverschworenen abweichend, ging dahin, mit 10000 Mann, die zum Theil der Kaiser zur Verfügung stellen sollte, von Burgund aus gegen Paris vorzudringen, während eine zweite Armee zu Besançon bereit stehen sollte, die Entscheidung des Kampfes zu beschleunigen. Lisola billigte die Absichten Vendôme's, wie er die der beiden anderen Männer billigte, wie er überhaupt jeden Plan guthiess, der dazu dienen konnte, dem erstrebten Ziele näher zu kommen; er meinte sogar, beide Pläne zu gleicher Zeit durchführen und um so sicherer den Untergang Richelieu's bewirken zu können. Unterdess

[1] Lisola's Schreiben vom 27. December 1641. St. A. (Angl.) Vergl. Reynald l. c. 332.

[2] Vergl. Bazin l. c. IV 134f.

war es ihm auch gelungen, den Pfälzer Karl Ludwig zu einem Schritte von weittragender Bedeutung zu vermögen. Er wusste dem ehrgeizigen Manne die Ueberzeugung beizubringen, dass nicht von den selbstsüchtigen Franzosen, sondern nur von dem Reichsoberhaupte die Rettung des pfälzischen Besitzes für ihn und seine Familie zu hoffen sei. Ja er stellte ihm die Wiederherstellung in Land und Würden in sichere Aussicht, falls er sich dem Kaiser unterwerfen, mit den Gegnern Richelieu's eine Allianz schliessen, für eine Verbindung des englischen und des Wiener Hofes thätig sein und Dänemark von Frankreich loszulösen versuchen wollte. Und Karl Ludwig, der an Frankreichs Wohlwollen schon lange zweifelte und auf eine wesentliche Unterstützung seiner Sache durch die Franzosen und Schweden nicht rechnete, war nicht allzu schwer zu überreden. Er unterzeichnete am 19./29. December 1641 den Vertrag, durch den er sich verpflichtete, in allem und jedem die Interessen des Kaisers zu vertreten und mit dessen Gegnern weder direct noch indirect Verträge zu schliessen, wogegen ihm volle Restitution in Amt und Würden versprochen wurde. Sollte innerhalb zweier Monate die Gutheissung dieses Vertrages seitens des Kaisers nicht erfolgen, dann blieb es dem Gutdünken Karl Ludwigs vorbehalten, in jeder ihm zweckmässig erscheinenden Weise im Interesse seiner Restitution zu wirken.[1] Lisola glaubte mit diesem Vertrage einen grossen Sieg errungen zu haben. „Alles ist hier zum Vortheile Er. Maj. — schreibt er dem Kaiser —; wenn die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschlusse gelangen, wird der Pfalzgraf völlig von Er. Majestät abhängen. Er wird in Zukunft ein Feind Frankreichs und vor allem des Cardinals sein; die Könige von England und Dänemark aber werden keinen Grund mehr haben, den Kaiser zu bekämpfen, sie werden vielmehr mit dem Pfälzer die Allianz des Kaisers suchen müssen. Mit dem Pfälzer aber werden Er. Maj. auch die Protestanten Deutschlands gewinnen und alle Pläne Frankreichs durchkreuzen."[2] Auf das lebhafteste empfiehlt er daher dem Kaiser, seine Abmachungen gutzuheissen. Die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Restitution entgegenstellen, übersieht er nicht; allein er hält sie

[1] Die Actenstücke bei Reynald l. c. 334. Jüdel l. c. 15 f.

[2] Schreiben Lisola's an den Kaiser vom 27. December 1641. St. A. (Angl.) Reynald l. c. 334.

nicht für unüberwindlich; zur Beseitigung des grössten Hindernisses, der Wiederherstellung der pfälzischen Kurwürde, scheint ihm — der auch darin wieder seinen Weitblick bekundete — die Schaffung einer neuen Kurwürde, die einem Anhänger des Hauses Oesterreich zufallen müsste, das beste und einfachste Auskunftsmittel.

Allein in wesentlich anderem Lichte als Lisola, sah der Wiener Hof die Verhältnisse. In der Zeit, da des Gesandten Berichte aus London in Wien einliefen, befand man sich daselbst mitten in den Verhandlungen über die pfälzische Frage und konnte daher auch die Grösse der Schwierigkeiten, die sich einer gütlichen Beilegung derselben in den Weg stellten, besser beurtheilen als der in der Ferne weilende Lisola. Schroffer als jemals vorher standen sich zu Beginn des Jahres 1642 die beiden Parteien gegenüber.[1] Die Vertreter des Pfälzers und Thomas Roe forderten auch in Wien die Restitution des Pfalzgrafen in sein Land und in seine Kurwürde, fanden aber auch jetzt entschiedenen Widerspruch. Die Spanier, von vorneherein einer Einigung auf diesem Wege abgeneigt, weigerten sich in Verhandlungen einzutreten und stellten die Restitution der von ihnen besetzten Gebiete überhaupt nur im Falle der Friede Spaniens mit Frankreich zu Stande kommen sollte und auch dann nur gegen entsprechende Entschädigung in Aussicht. Der Kurfürst Maximilian von Baiern dagegen, einem Ausgleiche im Principe nicht abgeneigt, erklärte sich bereit auf seinen Besitz der Unterpfalz unter gewissen Bedingungen zu verzichten, widersetzte sich aber auf das entschiedenste der Forderung Roe's und der Pfälzer auch bezüglich der Oberpfalz und der Kurwürde bindende Erklärungen abzugeben. Kaiser Ferdinand III. aber, von dem nicht nur die Pfälzer und Roe, sondern auch die Abgesandten der vermittelnden Herrscher von Dänemark, Mainz, Sachsen und Brandenburg die Ausgleichung der Gegensätze und die energische Fortführung der Verhandlungen forderten, sah sich mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Interessen, die er zu wahren hatte, in eine überaus schwierige Lage versetzt. Er wünschte aufrichtig die Ordnung und Lösung der pfälzischen Frage, daran wird man nach dem, was uns an

[1] Für die folgenden Auseinandersetzungen habe ich eine grössere Anzahl unbenützter Documente heranziehen können, mit deren Hilfe ich eine, wie ich hoffe, richtigere Anschauung von den Beweggründen der kaiserlichen Politik werde vertreten können. Das Urtheil Jüdel's ist wohl als ein dem Kaiser zu ungünstiges, das Kochs l. c. 415ff als ein zu günstiges zu verwerfen.

Aeusserungen von ihm vorliegt, nicht zweifeln können; allein er wünschte dieselbe in einer seinen weitumfassenden Plänen entsprechenden Weise vollzogen zu sehen. Nicht allein der Pfälzer, sondern auch der König von England sollte als Bundesgenosse für den schweren Kampf gegen Frankreich und Schweden gewonnen und der Kaiser trotzdem der Unterstützung der Spanier und des bairischen Kurfürsten nicht beraubt werden. Aus diesem Grunde und nicht etwa, wie behauptet worden ist, weil Ferdinand III. der pfälzischen Frage gleichgültig gegenübergestanden, lauteten die Antworten, die er dem englischen Gesandten und den Vertretern der vermittelnden Mächte gab, Anfangs so allgemein und nichtssagend; aus diesem Grunde that der Kaiser den ersten entscheidenden Schritt in dem Augenblicke, als die Aeusserungen Roe's erkennen liessen, dass Karl I. geneigt sei, nach Ordnung der pfälzischen Frage in ein Bundesverhältniss zu Ferdinand III. zu treten. Nur in dieser Erwartung erfolgte das Versprechen des Kaisers noch vor Einlangen der durch den Tod des Kardinalinfanten nothwendig gewordenen neuen Instruction für den spanischen Gesandten, auf eigene Verantwortung die Verhandlungen fortzuführen und mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, im Sinne der pfälzischen Ansprüche auf Maximilian von Baiern einzuwirken. Dass aber diese Versprechen aufrichtig gemeint waren, zeigt auf das schlagendste der uns noch erhaltene Briefwechsel Ferdinand III. mit dem Vertreter Spaniens[1] und mit dem Kurfürsten von Baiern. Leicht wurde es dem Kaiser nicht den Widerstand der beiden zu brechen. Castel-Rodrigo, — der neue Gouverneur der spanischen Niederlande — wollte im Interesse des Gesammthauses von einer Rückstellung des pfälzischen Besitzes an die ehemalige Herrscherfamilie nichts wissen; er meinte, es wäre das beste, die Verhandlungen abzubrechen, oder hinauszuziehen, bis die Verhältnisse es gestatten würden, unter günstigeren Bedingungen zum Abschlusse zu gelangen.[2] Erst auf vielfaches

[1] In einem Schreiben an den spanischen Gesandten hat Kaiser Ferdinand III. ausdrücklich hervorgehoben, dass er die Verhandlungen trotz des Drängens Dänemarks und anderer Mächte erst begonnen habe, als er erkannt, dass England ein dem Hause Habsburg günstiges Bündnis schliessen wolle. Schreiben vom 7. April 1642; St. A. (Pal.)

[2] Die Behauptungen Kochs von dem geringen Einflusse der Spanier auf den Kaiser sind cum grano salis aufzunehmen; richtig ist aber, dass die Venetianer in ihren Berichten, die dann immer wieder citirt worden sind, die Abhängigkeit des

Drängen des Kaisers, aber auch dann nur mit mühsam unterdrücktem Grimme, gab Castel-Rodrigo seine Einwilligung zur Aufnahme der Verhandlungen, während der Kurfürst von Baiern sich nur durch die Versicherung der Schadloshaltung für den Fall der Restitution der Oberpfalz zur Fortsetzung der Verhandlungen und zu gleichzeitiger Erörterung der Frage über die Kurwürde wie über die Restitution der oberen und der unteren Pfalz bewegen liess, auf der Roe im Interesse der pfälzischen Familie bestehen zu müssen glaubte. Zu einer Einigung kam es aber auch dann nicht; der Egoismus der einzelnen Parteien hinderte dieselbe. Die Spanier fanden an dem von des Kaisers Räthen entworfenen Projecte die geringe Berücksichtigung der spanischen, die Baiern die Ausserachtlassung der bairischen Interessen zu tadeln. Vergebens bemühten sich des Kaisers Vertreter nach allen Seiten hin ausgleichend einzuwirken; sie fanden unüberwindlichen Widerstand. Unter diesen Umständen half es wenig, dass die vermittelnden Fürsten auf die Nothwendigkeit einer Entscheidung im allgemeinen Interesse hinwiesen. Da Ferdinand III. sich genöthigt sah, den Wünschen der Spanier und der Baiern Rechnung zu tragen, seinerseits aber zu einem grossen Opfer nicht die geringste Neigung besass, wurde es ihm unmöglich einen Vertragsentwurf fertigzustellen, der den Wünschen der Engländer und der Pfälzer hätte entsprechen können. In der That zeigten sich dieselben mit den Erklärungen Ferdinand III., wie sie in dem am 6. Mai 1642 vorgelegten Projecte zum Ausdrucke kamen,[1] keineswegs befriedigt. Der Kaiser erklärte sich bereit, den Kindern des verstorbenen Pfalzgrafen Friedrich nach stattgehabter Unterwerfung derselben und gegen Verzichtleistung auf alle gegen Kaiser und Reich gerichteten Bündnisse, die untere Pfalz, soweit dieselbe von Spaniern und Baiern besetzt sei, als Reichslehen zu verleihen; er knüpfte aber die Restitution der oberen Pfalz an die Erlegung einer Summe von 13 Millionen Gulden Rheinisch zu seinen Händen, die zur Entschädigung des bairischen Kurfürsten dienen sollte, schloss die Grafschaft Cham von der Restitution aus, for-

Kaisers von den Spaniern übertreiben. Die vernünftigen Elemente der kaiserlichen Regierung haben frühzeitig erkannt, dass die Interessen Oesterreichs und Spaniens nicht die gleichen seien; doch nöthigte die leidige Geldfrage immer wieder zur Berücksichtigung der spanischen Forderungen.

[1] Die Erklärung des Kaisers ist gedruckt u. a. im Theatrum Europ. V 8., Londorp Acta publica V. 785.

derte bedeutende Zugeständnisse zu Gunsten der römisch-katholischen Kirche, während er die Wiedererlangung der Kurwürde seitens des pfälzischen Hauses in weite Ferne rückte.[1] Roe, aufbrausenden Temperamentes, konnte seinen Unwillen über diese Erklärungen nicht zurückhalten. Er äusserte sein entschiedenes Missfallen über das wenig entgegenkommende Benehmen des Wiener Hofes und stellte, als Antwort auf die kaiserliche Proposition, von Neuem die Forderung der völligen Restitution der Pfalz mit allen Rechten und Privilegien, die im Jahre 1618 im Besitze der Herrscherfamilie gewesen waren, indem er zugleich im Namen Karl I. die Erklärung abgab, nur von einer gleich beginnenden und regelmässigen Alternirung in der Ausübung der kurfürstlichen Rechte hören zu wollen.[2] Der Versuch der vermittelnden Fürsten beide Theile zu entgegenkommenden Vorschlägen zu vermögen scheiterte. Roe drohte mit der Abreise.

Unterdes hatte in England der Kampf zwischen Karl I. und seinem Volke seinen Fortgang genommen, hatten die Gegensätze sich verschärft. Der Versuch des Monarchen durch ungesetzliche Mittel seine Gegner zu vernichten hatte zu stürmischen Parlamentsscenen, zu entschiedenen Erklärungen im Sinne der Aufrechterhaltung aller Rechte und Privilegien und zur Aufstellung eines Parlamentsheeres; die Abreise Karl I., der sich in der Mitte der tumultuarischen Volksmenge nicht sicher fühlte, von London nach Windsor, zu der Erklärung des Parlamentes geführt, dass von nun an königlichen Befehlen nur nach erfolgter Beistimmung des Parlamentes Folge geleistet werden sollte. Die zwischen den Parteien gepflogenen Verhandlungen, von beiden Seiten nicht aufrichtig gemeint, führten

[1] Die Kurwürde soll mit allen ihren Pertinentien, Rechten und Annexen bei Maximilian und seinen männlichen Nachkommen bleiben; wenn aber kein männlicher Sprössling aus dieser maximilianischen Linie mehr lebt, sollen 3 andere männliche Abkömmlinge, die von Herzog Wilhelm von Baiern abstammen, in der Kurwürde mit allen Rechten und Annexen nach dem Rechte der Erstgeburt folgen und erst nach dem Tode dieser 3 Nachfolger soll eine Alternirung zwischen der übrigen wilhelminischen Linie und dem pfälzischen Hause beginnen und die Ausübung der kurfürstlichen Functionen auf den Nachfolger des Pfalzgrafen Friedrich übertragen werden. Nach seinem Tode wird sie zum nächsten Nachfolger der wilhelminischen Linie zurückkehren und auf Lebzeiten bei diesem verbleiben und so immer abwechseln zwischen den beiden Linien, bis eine überlebend bleibt; bei dieser soll dann die Kurwürde bleiben. Vergl. Jüdel l. c. 36.

[2] Roe's Erklärung vom 30. April/10. Mai 1692. St. A. (Pal.)

zu keinem Ergebnisse, erweiterten vielmehr die Kluft, die den König von seinem Volke trennte. Schon im März 1642 konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass die Entscheidung in dem Bürgerkriege durch die Waffen erfolgen werde. Lisola war dem Gange der Begebenheiten mit Aufmerksamkeit gefolgt. Die Schreiben, die er in dieser Zeit an seinen Hof richtete, geben ein klares, richtiges, von der Schärfe seines Blickes zeugendes Bild der Verhältnisse. Schon zu Beginn des Jahres 1642 spricht er von dem Kriege als einer unvermeidlichen Nothwendigkeit. „Die Ansichten des Königs von England und jene des Parlamentes zu erforschen, schreibt er am 24. Januar an Trauttmannsdorff,[1] ist schwer. Was den König betrifft, ist es wahrscheinlich, dass er mit dem gesammelten Heere der Stadt London die Zufuhr abschneiden und auf diesem Wege die Stadt innerhalb 4—5 Wochen durch Hunger und Pest zu bezwingen suchen wird.' Was das Parlament betrifft, gibt es verschiedene Meinungen. Es gibt Leute, welche glauben, nach Abdankung Karl I. werde dessen ältester Sohn gekrönt werden . . . , andere sagen, die Wittwe des Pfälzers, welche die Schotten für sich habe, werde gewählt werden; wieder andere, das Reich werde in eine aristokratische Republik verwandelt werden, was aber viele Schwierigkeiten in der Eifersucht der Adeligen und in der Freiheitsliebe des Volkes fände. Ich glaube, sie wirken nicht alle für ein bestimmtes gemeinsames Ziel, sie stürmen nur so darauf los und werden je nach dem Ausgange des Krieges ihre Entschlüsse fassen, während sie bislang kein anderes Ziel haben, als das, die königliche Autorität zu vernichten." Den Ausgang des Kampfes hielt Lisola für zweifelhaft, er glaubte daher auch sich vorerst nicht allzutief mit einer der beiden Parteien einlassen zu dürfen, zumal weder der König noch das Parlament sich geneigt zeigten vor der Entscheidung des Bürgerkrieges über Fragen der auswärtigen Politik eingehendere Berathungen zu pflegen. Da traf die Nachricht von den Beschlüssen des Kaisers in der pfälzischen Frage ein, die Lisola nöthigte, Stellung zu nehmen zu den beiden Gewalten, die sich befehdeten. Dass die Vorschläge des Kaisers von Karl I. nicht gebilligt werden würden, darüber bestand für Lisola, sobald er sie gelesen, kein Zweifel. Beharrte aber Ferdinand III. auf denselben, dann war, zumal im Hinblicke auf die finanzielle Nothlage Karl I.

[1] Lisola an Trauttmannsdorff, 24. Januar 1642; St. A. (Angl.)

und auf die immer erneuerten Anträge Frankreichs, eine entschiedene Wendung in der Haltung des englischen Königs zu Ungunsten des Hauses Habsburg zu befürchten. „Ich muss gestehen, schrieb er unter dem ersten Eindrucke der Wiener Entschlüsse an Trauttmannsdorff,[1] ich hätte im allgemeinen Interesse gewünscht, dass die Pläne der einzelnen Betheiligten eine erfreuliche und beide Theile befriedigende Beendigung dieser Streitfrage gestattet hätten. Denn die Lage ist so, dass wir uns, wie ich fest überzeugt bin, den König von England und das deutsche Reich durch die Restitution des Pfälzers in entschiedener Weise verpflichtet hätten. Da aber die Sache so erledigt worden ist, müssen wir alles thun, damit der König von England nicht feindlich von uns scheidet und von jeder Hoffnung auf gütliche Beilegung ausgeschlossen bleibt. Denn in diesem Falle würde er zu verderblichen Bündnissen schreiten, zumal es Leute in seiner Umgebung gibt, die ihn dazu drängen. Auch würde sich das Parlament in diesem Punkte leicht mit dem Könige einigen, um einen Vorwand zu müheloserer Durchführung ihrer dem Hause Habsburg feindlichen Pläne in Indien zu erlangen. Und wenn auch die Engländer jetzt genug im Inneren zu thun haben, sich in äussere Kriege daher nicht werden einlassen wollen, so ist doch bekannt, dass die Kriege in England, je heftiger sie geführt, desto eher beendet werden. Ja es ist zu fürchten, dass sie sich in diesem Kriege zu unserem Nachtheile üben, um nach Beilegung ihres Zwistes gegen den gemeinsamen Feind — denn so nennen die Engländer gewöhnlich das Haus Habsburg — um so heftiger loszuziehen. Der König von England war uns sehr geneigt, den Franzosen feindlich gesinnt und dies aus vielen Gründen, vornehmlich aber mit Rücksicht auf die intimen Beziehungen des französischen Gesandten zu den Mitgliedern des Parlamentes; der Pfälzer misstraute den Franzosen ob ihrer List und hatte auf die Milde des Kaisers die Hoffnung seiner Wiedereinsetzung gebaut. Wenn er sich aber getäuscht sieht, wird er sich unseren Feinden anschliessen und das Schlimmste gegen uns in's Werk setzen. Deshalb muss ihm der Weg zu einem gütlichen Vergleiche offen gelassen und Hoffnung auf das Betreten desselben durch den Kaiser gemacht werden . . . . Die Lage im Inneren ist so, dass Hoffnung vorhanden ist, der König werde das Uebergewicht behaupten, wenn

[1] Lisola an Trauttmannsdorff, 6. Juni 1642. St. A. (Angl.)

er die günstige Gelegenheit zu nützen versteht; ist dies aber der Fall, dann liegt es in unserem Interesse den König von England zu rechter Zeit zu versöhnen, oder wenigstens die Angelegenheit so zu ordnen, dass er stets auf einen neuen Vertrag hoffen kann. Unter allen Umständen aber ist darauf zu sehen, dass die Schuld an dem Scheitern des Vertrages nicht auf den Kaiser fällt." Das Schreiben Lisola's verfehlte nicht Eindruck auf die massgebenden Wiener Räthe zu machen und bestärkte dieselben in dem bereits vor Einlangen desselben gefassten Beschlusse, den Fehler, der durch die Erklärung vom 6. Mai gemacht worden war, so gut als möglich auszubessern.[1] Freilich waren die Wege, auf denen man dieses Ziel zu erreichen hoffte, nicht die einfachsten und entsprechendsten. Es hiess die ganze Sachlage verkennen, wenn man hoffte, den Pfälzer und den König von England zu weitgehenden Zugeständnissen in der Frage der Alternirung der kurfürstlichen Rechte durch die Aussicht einer Verminderung der von Baiern gestellten Entschädigungsansprüche zu vermögen. Und ebenso unzureichend waren die Mittel, durch die man auf den Kurfürsten von Baiern einzuwirken dachte. Liest man die Berathungen, die in jenen Tagen seitens der kaiserlichen Minister gepflogen worden sind, dann gewinnt man die Ueberzeugung, der Wiener Hof habe die neuen Verhandlungen weniger geführt, um einen Ausgleich zu erzielen, als um den Vorwurf von sich abzuwenden, als sei der Kaiser Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen, als sei er der Idee eines Ausgleiches nicht einmal im Principe geneigt. War dies der Fall, dann haben die kaiserlichen Räthe ihr Ziel erreicht. Denn Roe erklärte in der ihm gewährten Abschiedsaudienz am 27. Juli 1642 ganz ausdrücklich, er habe erkannt, dass die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht an dem Kaiser und dessen Hause, sondern an Kurbaiern hafte, er erachte die Verhandlungen nicht für abgebrochen, sondern rechne auf eine baldige Wiederaufnahme derselben und sei bereit, in England für die gütliche Erledigung der Frage zu wirken.[2] Und in dieser günstigen Auffassung konnte der eng-

[1] In den entscheidenden Berathungen des Reichshofrathes, die zu Ende des Monates Juni stattfanden, wurde ganz ausdrücklich die Nothwendigkeit betont, den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Gutachten vom 29. Juni 1642. St.-A. (Pal.)

[2] Ich sehe keinen Grund an der Glaubwürdigkeit der Ueberlieferung dieser Abschiedsaudienz zu zweifeln, die in dem Gutachten des Reichshofrathes vom 8. Juli ihre Bestätigung findet.

lische Gesandte nur bestärkt werden, als der Reichsvicekanzler Graf Ferdinand Khurtz ihm die Geneigtheit Ferdinand III. kundgab, dem Pfälzer die peinliche Unterwerfung nachzusehen und die Restitution Germersheims erfolgen zu lassen. Für den Kaiser aber war diese neuerliche Verzögerung der Entscheidung vorerst die beste Lösung der schwierigen Frage. Die unsicheren Verhältnisse in England liessen ihm den Werth eines Bündnisses mit Karl I. fraglich, den Abbruch der Beziehungen nicht räthlich, ein weiteres Hinausschieben der endgiltigen Ordnung der strittigen Frage, die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu gelegenerer Zeit — womöglich nach Klärung der englischen Zustände — wünschenswerth erscheinen.

Ferdinand III. säumte nicht, seinem Vertreter in London alsogleich Kunde von dem Geschehenen zukommen zu lassen. Lisola zeigte sich nicht übel zufriedengestellt, denn auch er war der Ansicht, dass in dem gegenwärtigen Momente an eine Unterstützung der habsburgischen Pläne durch Karl I. nicht zu denken sei, dass daher der Abschluss des Vertrages zu gelegenerer Zeit erfolgen könnte. Dazu kam, dass Lisola noch aus einem anderen Grunde die Verbindung mit dem Könige von England hinausgeschoben wissen wollte. Er glaubte hoffen zu dürfen, dass sein langgehegter Wunsch sich erfüllen, die Fehde gegen Richelieu in Frankreich begonnen werden und damit der Anschluss an das Haus Habsburg dem englischen Könige um so wünschenswerther erscheinen würde.

Der im November 1641 gefasste Plan, sich der Stadt Metz zu bemächtigen und von hier aus den Kampf gegen den allmächtigen Minister zu führen, näherte sich dank der unermüdlichen Thätigkeit Lisola's der Verwirklichung. Den Wiener Hof von der Nützlichkeit desselben zu überzeugen war dem kaiserlichen Gesandten unschwer gelungen. Ferdinand III. erklärte sich gleich auf die erste Mittheilung Lisola's hin bereit, 9000 Mann für dieses Unternehmen zur Verfügung zu stellen und empfahl dem Herzoge von La Valette nach Köln zu reisen, um dort mit dem Generalwachtmeister Enkevort alles weitere zu berathen.[1] Schwierigkeiten verursachten dagegen die egoistischen Bestrebungen La Valette's und der Spanier. Der erstere zeigte sich principiell sehr geneigt zur Verwirklichung des Planes

[1] Weisung Ferdinand III. an Lisola 31. Jan. 1642. St A. (Pal.) Adrian Graf von Enkevort; vergl. Allg. Deutsche Biographie 6, 148f.

beizutragen. Er liess durch vertraute Personen mit dem Commandanten der Festung Metz über die Wege berathen, auf denen die Uebergabe der Stadt an die Feinde des Kardinals erfolgen sollte; er that selbst in Frankreich, wohin er im Frühjahre 1642 zurückkehren musste, um die ihm durch den Tod seines Vaters, des Herzogs von Epernon, zugefallenen Güter zu retten, alle Schritte, um sich der Unterstützung seiner Freunde zu versichern und übertrug vor seiner Rückkehr nach England einem überaus eifrigen, geschickten Manne, Foisotte, die Fortführung der begonnenen Verhandlungen, über deren günstigen Verlauf er Lisola berichtete. Allein je weiter die Unterhandlungen gediehen, je mehr sich La Valette von seiner Unentbehrlichkeit überzeugt hielt, desto grösser wurden auch seine Forderungen, desto schroffer die Form, in der er ihre Bewilligung begehrte. Es bedurfte der grossen Kunst der Menschenbehandlung, in der sich Lisola bereits damals als ein Meister erwies, um den wankelmüthigen, ehrgeizigen, frivolen Mann zum Ausharren und zur Herabminderung seiner Forderungen zu vermögen. Und diese Aufgabe war für Lisola eine um so schwierigere, als die Spanier, statt ihn zu unterstützen, seine Pläne zu durchkreuzen suchten. Dem Unternehmen als solchem standen zwar auch sie freundlich gegenüber; der Gouverneur der spanischen Niederlande und der spanische Gesandte in Wien hatten in diesem Sinne unzweideutige Erklärungen abgegeben.[1] Allein sie forderten den Besitz der Stadt Metz für sich und weigerten sich von diesem Begehren abzustehen, als La Valette sich auf das entschiedenste gegen die Besitzergreifung der Stadt Metz durch die Spanier aussprach.[2] Dazu kamen, um Lisola's Bestrebungen zu erschweren, die Nachstellungen der Franzosen, die bereits damals in dem kaiserlichen Gesandten einen gefährlichen Gegner erblickten, kamen die Intriguen Variceville's, der den Herzog von La Valette in seinem Widerstande bestärkte, kam der Einfluss hervorragender Mitglieder des englischen Parlamentes, welche franzosenfreundlich gesinnt, eine Verbindung La Valette's und seiner Genossen mit den Feinden Ludwig XIII. ungerne sahen. Doch alle diese Hindernisse wurden durch die aussergewöhnliche Klugheit und die Ausdauer Lisola's überwunden. Seine Kunst nach verschiedenen Seiten hin zu gleicher Zeit

[1] Vergl. die Schreiben Tasselts vom 28. März und 4. April. St. A. (Angl.)
[2] Berichte Lisola's vom 9. Mai und 18. Juli 1642. St. A. (Angl.)

zu verhandeln, durch geschickte Benutzung der gegebenen Verhältnisse dem nie aus dem Auge verlorenen Ziele sich zu nähern, zeigte sich in diesen Monaten in der glänzendsten Weise. Die offenkundige Feindschaft zwischen La Valette und den Spaniern ermöglichte es ihm, den letzteren das Versprechen zu geben, der Kaiser werde, sobald er sich im Besitze der Stadt Metz befinde, ihre Wünsche berücksichtigen, zu gleicher Zeit aber sich La Valette gegenüber im Namen seines Herrn bindend gegen die Uebergabe der Stadt Metz an die Spanier zu verpflichten. Auf diesem Wege gewann er die Zusage des Gouverneurs der spanischen Niederlande, die Unternehmung gegen Metz mit Waffen und mit Geld zu unterstützen, sowie die La Valette's den Vertrag mit Ferdinand III. abzuschliessen. Gegen Ende des Monates August 1642 lag der Vertragsentwurf vor. Die Forderungen La Valette's waren zwar noch immer sehr bedeutende,[1] doch fehlte unter denselben die am schwersten zu bewilligende, der dauernde Besitz der Stadt Metz. Auch zeigten die Unterhandlungen, in die sich Lisola auf Grundlage dieses Projectes mit La Valette einliess, dass dieser sich mit noch geringeren Zugeständnissen zufrieden geben werde, zumal es Lisola gelang den unheilvollen Einfluss zu beseitigen, den Variceville auf den Herzog gewonnen hatte. Ende September 1642 glaubte Lisola mit Bestimmtheit einen erfreulichen baldigen Abschluss voraussagen zu können. „La Valette, schreibt er in diesen Tagen an Trauttmannsdorff, ist jetzt sehr gut gesinnt; wunderbar ist auch, wie sehr die Spanier jetzt diese Expedition wünschen. Melo[2] empfiehlt dieselbe sehr und verspricht seinerseits nichts zur Förderung derselben zu unterlassen; er glaubt, dies sei in der That das einzige Mittel gegen Frankreich vorzugehen, daher dürfe man auch weder Mühe noch Geld scheuen. Die Nachricht, dass Perpignan genommen,

[1] 4000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter aus des Kaisers Heere, überdies Geld zur Werbung weiterer 3000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter; Bereithaltung eines grossen Truppencorps im Luxemburg- und Trier'schen; Titel eines Reichsfürsten für La Valette, den er auch behalten soll, wenn der Plan scheitert. Im Falle des Gelingens Besitz der Stadt Metz mit allen Rechten in Civil- und politischen Dingen bis entsprechender Ersatz in Geld oder Gütern erfolgt. Unterhalt einer grösseren Besatzung in Metz durch den Kaiser, Versprechen der Unterstützung La Valette's bei eventueller Belagerung der Stadt, Pensionen für Foissote, Variville und Andere. Schreiben Lisola's an Trauttmannsdorff und an den Kaiser 29. August 1642. St. A. (Pal.)

[2] Der spanische Gouverneur der Niederlande, Don Francisco de Melo.

ist sehr unangenehm, denn die Macht Richelieu's wird dadurch um ein wesentliches befestigt. Jetzt beginnen die Spanier die Augen zu öffnen; der hiesige spanische Gesandte erklärt, die Metzer Angelegenheit sei das einzige Mittel zur Besserung. Gott sei Dank, dass es dem Hause Oesterreich an Kräften nicht fehlt. Was die Franzosen bisher erreicht, ist mehr dem Unverstande der Spanier zuzuschreiben, als der Tüchtigkeit der Franzosen; die Entscheidung beruht jetzt darauf, dass wir ihnen zuvorkommen und innerhalb ihrer Grenzen Aufstände bewirken, um sie auf diese Weise zum Frieden zu zwingen. Das war stets meine feste Ueberzeugung. Die Franzosen leiden übrigens sehr durch diese inneren Kämpfe, ihr Reich ist erschöpft, das Volk unterdrückt, der Adel empört sich, so dass diesem Staatswesen die grösste Gefahr droht, sobald diese üble Gesinnung zum Ausbruche kommt. Gelingt der Anschlag auf Metz, dann werden die Franzosen nicht verhindern können, dass unsere Soldaten in Frankreich Winterquartiere nehmen, alle Pläne der Franzosen für die nächste Campagne werden vernichtet, während sie dieselben, wenn ihnen Zeit und Musse gelassen wird, zum Ruine des Reiches verwirklichen werden."[1] Diese Pläne der Franzosen zu durchkreuzen ist und bleibt nach Lisola's Anschauung das wichtigste, was der Kaiser zu thun hat. Um Frankreich und die mit demselben verbündeten Niederländer zu treffen, empfiehlt er dringend die Unterstützung der Irländer, die sich sonst in die Arme der Feinde des Hauses Habsburg werfen könnten. „Diese Angelegenheit, schreibt er, ist meiner Ansicht nach von solcher Wichtigkeit, dass ich keine sehe, die das Haus Oesterreich näher berührte, sowohl um England im Zaume zu halten, als auch um den holländischen Handel in Indien zu stören. Denn wenn Irland sich dem Hause Oesterreich verpflichtet, wird ohne Schwierigkeit der ganze indische Handel der Holländer unterbrochen werden, was nie geschehen wird, wenn Irland sich in den Schutz Frankreichs begibt. In Katalonien dürfte Richelieu im nächsten Sommer nicht viel wagen; was Deutschland anlangt, wird er den Frieden, da er weiss, dass die Spanier nichts gegen Frankreich ohne Hilfe des Kaisers wagen werden, so sehr er auch denselben zu wünschen vorgibt, zu verhindern suchen und die Schweden unterstützen, um das Reich ungestört verwüsten zu können. Deswegen setze ich sehr geringe

[1] Schreiben Lisola's an Trauttmannsdorff vom 19. September 1642. St. A. (Angl.)

Hoffnungen in die Verhandlungen zu Münster und Frankfurt, wenn nicht Deutschland und Schweden getrennt verhandeln mit Ausschluss der auswärtigen Mächte, da Richelieu, der einen allgemeinen Frieden nicht will, consequenter Weise auch keinen deutschen wünschen darf, da er nach Abschluss eines solchen binnen Kurzem zur Annahme eines allgemeinen genöthigt werden würde. Das wird aber Richelieu niemals zugeben, wenn Frankreich nicht in Frankreich angegriffen wird. Die ganze Sorge des Hauses Oesterreich muss daher darauf gerichtet sein, so bald und so stark als möglich in Frankreich einzufallen." Die siegesgewissen Berichte Lisola's trafen am Wiener Hofe in einer Zeit ein, da man für dieselben sehr empfänglich war. Mit ungewöhnlicher Eile wurden die nothwendigen Befehle nach Brüssel und nach Madrid gesendet, nach den Weisungen Lisola's alle zur Durchführung der Metzer Unternehmung nothwendigen Massregeln getroffen. Lisola erhielt den Auftrag, mit La Valette und Melo weiter zu verhandeln, alles zur Entscheidung vorzubereiten. Dies geschah, trotz mancher neuauftretender Schwierigkeiten, mit Erfolg. Melo versprach 20 000 Mann — nebst 24 grossen Kriegsgeschossen — zu geeigneter Zeit an den Grenzen Frankreichs bereit zu halten, die nach dem Wunsche der Verbündeten nach Frankreich marschiren, oder in die belgischen Festungen gelegt werden sollten.[1] Das Entgegenkommen der Spanier ermuthigte widerum die Führer der französischen Unzufriedenen. Zu Anfang des Monates December 1642 war alles zum Ausbruche reif. Da trat ein Ereigniss ein, das mit einem Schlage die ganze Situation veränderte. Der grosse Staatsmann, der ein Menschenalter hindurch die Geschicke Frankreichs mit so ungewöhnlichem Erfolge geleitet, der den König, welcher ihn hasste, zum mächtigsten Herrscher, das Volk, das ihn fürchtete und verabscheute, zum ersten Europa's gemacht hatte, starb. Mit Jubel begrüsste Lisola die Nachricht von dem Ende des grossen Mannes.[2] Er glaubte jetzt den richtigen Augenblick gekommen, den Eroberungsgelüsten der Franzosen mit Erfolg entgegenzutreten.

[1] Lisola an Trauttmannsdorff, 9. October 1642. St. A. (Angl.)

[2] Tandem Deus iterum consuetam suam, quam habebat de augustissima domo Austriaca curam ac providentiam testatus est, viamque aperuit Eae Vae qua sua prudentia ad pacem, cui per tot annos insudavit, contingat, amoto obstaculo, quod effectus ac laborum suorum fructus retardabat. Lisola an Ferdinand III., 12. December 1642. St. A. (Angl.)

In einem ausführlichen Gutachten, das er direct an den Kaiser richtete, hat er seine Anschauungen niedergelegt. „Die Aenderung welche der Tod Richelieu's hervorrufen wird, schreibt er, dürfte eine sehr wesentliche sein. Der Cardinal musste, um der inneren Wirren Herr zu werden, mit dem Auslande Krieg führen; so hat er die Protestanten gegen das Haus Oesterreich gehetzt, zu diesem Behufe die Schweden nach Deutschland gerufen, geheime Abmachungen mit deutschen Fürsten getroffen, um das Reich zu trennen; dasselbe that er auch in Spanien und in England, wo er alle Parteien gegen einander aufhetzte und die Unterthanen aneiferte, gegen die Regierungen vorzugehen. Der ihm folgende Minister wird entweder dieselbe Politik verfolgen, oder die entgegengesetzte. In dem ersteren Falle wird er im In- und im Auslande grossen Widerstand finden. Die Schweden werden auf ihn niemals so bauen, wie auf Richelieu; in Frankreich wird er den König gegen sich haben, der wiederholt, noch bei Lebzeiten Richelieu's, behauptet hat, den Frieden zu wollen. Der Tod Richelieu's hat ihn sehr gefreut, er ist heiterer als je, wird also seine Freiheit nicht wieder verlieren wollen. Die Grossen des Reiches werden insgesammt, wie sie sonst auch gesinnt sein mögen, gegen den neuen Minister vorgehen, damit er nicht zu mächtig werde. Die Königin Anna wird aller Voraussicht nach grossen Einfluss am Hofe haben, zumal ihr körperliches Befinden ein gutes, das des Königs ein schlechtes ist. Die Mitglieder des Hauses Lothringen, die sehr heruntergekommen sind, werden auch den Frieden wollen. Condé, der seine Hoffnung auf den Cardinal gesetzt hat, wird ein Feind Mazarins sein; der Herzog von Orleans steht im schlechtesten Rufe beim Könige, der Herzog von Longueville dürfte Frieden wünschen, könnte aber als Verwandter des Prinzen Thomas für die Fortsetzung des Krieges gewonnen werden. Die dem Könige nahe stehen, wollen insgesammt den Frieden. Das Volk ist sehr aufgeregt, selbst Richelieu hätte es auf die Dauer nicht beruhigen können; viel weniger der neue Minister. Nur die Krankheit und das vorauszusehende Ende Richelieu's haben das Volk zurückgehalten. . . . .

Was Mazarin anlangt, wird er als ein Mann von grossem Geiste geschildert, aber mehr geeignet für Schliche und Subtilitäten, als zur Durchführung gewaltiger Unternehmungen und alle, die ihn sehr genau durchschauen, halten dafür, er werde nicht genügend starke Schultern haben, die Last einer solchen Staatsmaschine zu

tragen. Ferner wird er als Fremder und als Sprosse einer den Franzosen verhassten Nation um so grössere Vorsicht anwenden müssen, um sich vor den vielen Gefahren zu schützen, welche auf ihn von allen Seiten anstürmen werden. . . .

Will also der Kaiser aus der gegenwärtigen Lage Vortheil ziehen und wünschenswerthe Erfolge erzielen, dann ist es vor allem nothwendig, dahin zu wirken, dass Mazarin nicht allzugrossen Einfluss in Frankreich gewinne, und den Nachweis zu erbringen, dass das Haus Habsburg es mit seinen Betheuerungen, den Frieden zu wollen, ehrlich meine. Eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne würde sich am meisten empfehlen; desgleichen die Absendung einer geeigneten Persönlichkeit nach Frankreich, um Ludwig XIII. Waffenstillstand anzukündigen."

Dem dauernden Aufenthalte eines wohlunterrichteten und klugen Mannes am Hofe des Franzosenkönigs spricht Lisola besonders das Wort. „Diese Person, meint er, könnte die Gelegenheit, die sich bietet, wahrnehmen, um die Stimmung des Hofes, die Gesinnung des Adels und seiner Neigungen zu erforschen, dem Einflusse Mazarins entgegenzuarbeiten, mit den ihm feindlich Gesinnten Bündnisse zu schliessen, vor allem aber, um dem Volke darüber die Augen zu öffnen, dass das Haus Habsburg es mit seinen Friedenserklärungen aufrichtig meine."[1]

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Lisola sich selbst für die geeignete Persönlichkeit gehalten und seine Sendung an den französischen Hof sehnsüchtig gewünscht hat. Er wagte diese Bitte nicht offen vorzubringen; allein er liess sie deutlich genug durch die Erklärung durchscheinen, dass sein Aufenthalt in England augenblicklich überflüssig, an einem anderen Orte dagegen von grossem Vortheile sein könnte.[2] Und er hatte nicht Unrecht mit seinen Behauptungen. Der Tod Richelieu's hatte eine wesentliche Aenderung in den Plänen der in London weilenden Franzosen hervorgerufen; fehlte doch das leitende Motiv, der Hass gegen den übermächtigen Mann, der sie gezwungen, Haus und Hof zu verlassen und in der Fremde, fern von den Ihren, ihr Dasein zu fristen. La Valette — nach Soubise's im October 1642 erfolgten Tode der Führer der Unzufriedenen — verhielt sich denn auch, sobald Lisola an ihn herantrat, zurückhaltend, betonte zwar seine Neigung, für den Kaiser zu wirken, ohne

[1] Lisola an Trauttmannsdorff, 19. Dec. 1642. St. A. (Angl.)
[2] Schreiben Lisola's vom 19. Dec. 1642. St. A. (Angl.)

aber auf den Vertragsentwurf zurückzukommen. Von den weiteren Schritten der französischen Regierung wollte er seine Entscheidung abhängen lassen. Dieselben waren nicht sehr entgegenkommend. Ludwig XIII. schien durchaus nicht geneigt, La Valette gegenüber besondere Milde walten zu lassen. Da starb der König von Frankreich, nur wenige Monate nach seinem gefürchteten und doch unersetzlichen Minister. La Valette schwankte nicht mehr. Zu Beginn des Monates Juni 1643 verliess er, dem Kaiser für seine Theilnahme in den Tagen des Unglückes bestens dankend, die Verbannung. An eine Fortsetzung der früheren Pläne war nicht mehr zu denken; nur im Sinne der Herstellung eines allgemeinen Friedens bot er dem Kaiser seine Dienste an.[1] Und dahin ging auch Lisola's Streben. Immer wieder hat er in seinen Berichten aus jenen Tagen die Nothwendigkeit betont, in Paris ernstlich für den Frieden zu wirken. Aber nicht als Bettler, sondern mit den Waffen drohend, den Friedensprojecten durch ein kriegsbereites Heer Nachdruck gebend, sollte man seiner Ansicht nach in Paris auftreten. Dass die Spanier im Jahre 1643 den Krieg gegen Frankreich eröffneten, missbilligte er.[2] „Es war die Zeit," schrieb er Ende Mai 1643 an Trauttmannsdorff, „die Franzosen mit den Waffen zu schrecken, nicht aber, sie anzugreifen; denn es ist unsere Aufgabe, die Franzosen zu trennen; indem wir sie aber angreifen, einigen wir sie im Kampfe gegen uns und nöthigen sie, von der Fehde unter einander abzulassen; auch machen wir, falls wir siegen, die uns gut gesinnte Königin verdächtig, als sei sie spanisch gesinnt."[3] Die Frage, ob es möglich wäre, in Frankreich eine mächtige Friedenspartei zu bilden, beschäftigte ihn in dieser Zeit unaufhörlich. Er glaubte auf die Unterstützung La Valette's, auf die der geistreichen, intriguanten Herzogin von Chévreuse, auf die des Präsidenten Coigneux und auf die des Grafen von Montresor rechnen zu können.[4] Mit Hilfe dieser Personen wollte er den Kampf gegen Mazarin und Condé aufnehmen. Sein Verlangen, nach Frankreich zu reisen und dort im Interesse des Kaisers zu wirken, trat von Monat zu Monat deutlicher hervor.[5] Allein die Wiener Regierung

[1] Berichte Lisola's vom 29. Mai und 6. Juni 1643. St. A. (Angl.)

[2] Für diesen Feldzug Ranke l. c. II 16ff; d'Aumale l. c. IV. 1ff.

[3] Schreiben vom 29. Mai 1643. St. A. (Angl.)

[4] Für die Zustände am französischen Hofe vergl. Chéruel, Hist. de France pendant la minorité de Louis XIV. I 29ff.

[5] Vergl. seine Briefe an Trauttmannsdorff und Ferdinand Grafen Khurtz. 19. Juni, 26. Juni 1643. St. A. Fried. Act. 85a.

theilte seine Anschauung nicht. Man glaubte nicht an die Wahrscheinlichkeit einer gütlichen Lösung, an die rasche Beendigung des Jahrzehnte währenden Krieges durch directe Verhandlungen am Hofe Ludwig XIV. und hielt die Anwesenheit Lisola's in England im Interesse einer friedlichen Lösung der pfälzischen Frage um so dringender geboten, als dieselbe gerade damals wieder Anlass zu ernsten Conflicten gab. Ferdinand III. hatte, bald nach der Abreise Roe's, ganz im Sinne der mit ihm getroffenen Vereinbarung an die betheiligten und vermittelnden Fürsten die Aufforderung ergehen lassen, am 10. Januar 1643 in Wien die Berathungen über die Ausgleichung der pfälzischen Frage von Neuem zu beginnen. Dieselben waren aber an dem festgesetzten Tage nicht eröffnet worden, vornehmlich deshalb, weil die vermittelnden Mächte an einen Erfolg nicht glaubten, solange der Kurfürst von Baiern sich nicht zu wesentlichen Zugeständnissen bereit erkläre. Im Sinne dieser Forderung entschloss sich Ferdinand, mit Maximilian von Baiern und zugleich mit Karl I. in Verhandlungen zu treten.[1] Lisola erhielt Befehl, dem Könige von England einen klaren Bericht über des Kaisers Bemühungen zu geben und eine Aeusserung Karl I. über die Höhe des Betrages zu fordern, den er, gegen Ueberlassung der pfälzischen Besitzungen an Karl Ludwig, dem Kaiser zu erlegen bereit sei.[2] Eine Abschrift dieser Erklärung wurde Maximilian von Baiern mit der Bitte übersendet, auch seinerseits dem Kaiserhofe durch bedeutenden Nachlass seiner Forderungen den Ausgleich zu ermöglichen. Das Schreiben Ferdinand III. gelangte Mitte Februar 1643 in die Hände Lisola's. Kurz zuvor hatte dieser mit König Karl zu Oxford eine Unterredung gehabt. Was er von ihm und seinen Räthen erfuhr, klang nicht sehr erbaulich. Sie zeigten insgesammt wenig Neigung sich in diesem Augenblicke eingehend mit einer Frage zu beschäftigen, die sie nicht unmittelbar berührte.[3] Dazu kam, dass die Abreise Karl Ludwigs nach Holland den englischen König verletzt,[4] bedenkliche Conflicte zwischen beiden hervorgerufen hatte, von denen Lisola gelegentlich seiner Anwesenheit zu Oxford Kunde erhielt. Mit überaus geringen Erwartungen entschloss er sich daher, dem Befehle seines Herrschers Folge leistend,

[1] Gutachten der Räthe vom 17. Januar 1643. St. A. (Pal.)
[2] Weisung an Lisola vom 20. Januar 1643. St. A. (Pal.)
[3] Vergl. für die Zustände in England Gardiner „The great civil war" I 94ff.
[4] Vergl. Blesch l. c. 41ff.

die pfälzische Frage zum Gegenstande neuerlicher Unterhandlungen zu machen. Dass er sich nicht getäuscht hatte, zeigten die Erklärungen Roe's. Nichts als Klagen und Vorwürfe über den Kurfürsten von Baiern, nichts als Betheuerungen der Undurchführbarkeit der kaiserlicherseits gestellten Forderungen bekam Lisola zu hören; dazu aber auch die ihn am empfindlichsten berührende Mittheilung, König Karl habe sich entschlossen, zu Frankfurt, wo im Sinne eines allgemeinen Friedens Berathungen gepflogen wurden, auch die pfälzische Angelegenheit ordnen zu lassen. Lisola erkannte sofort, dass diese Uebertragung der Verhandlungen von Wien nach Frankfurt einen entschiedenen Sieg der Franzosen bedeute, die, in Frankfurt vertreten, die Möglichkeit gewannen, die Beilegung dieses Streites nach ihrem Interesse zu beschleunigen oder zu verzögern. Seine Bemühungen, Roe von der Schädlichkeit dieses Entschlusses zu überzeugen, blieben ohne Erfolg. Und ebenso ergebnisslos verliefen die Unterhandlungen Lisola's mit Karl I. Dieser hatte, was der kaiserliche Gesandte wohl begriff, für diese Frage in den Tagen der grössten Sorge um sein eigenes Schicksal nicht viel Zeit, sprach viel vom Danke, den er dem Kaiser für seine Vermittelung in dieser Frage schulde, betonte aber im Uebrigen seine gänzliche materielle Hilflosigkeit, die es ihm unmöglich mache, des Kurfürsten von Baiern Forderungen zu erfüllen.[1] Bezüglich der Wiederaufnahme der Verhandlungen versprach er schriftlichen Bescheid. Derselbe liess lange auf sich warten. Lisola versuchte unterdess auf Roe einzuwirken, da er wusste, dass Karl I. demselben in der pfälzischen Frage vollkommen vertraue. Es gelang ihm, sich dessen principieller Geneigtheit zu versichern, die Schwierigkeit der Geldfrage war aber nicht zu überwinden. Ende April 1643 traf die ersehnte Erklärung Karl I. ein. Sie enthielt neben Worten des Dankes für die Bemühungen Ferdinand III., die Forderung des Wechsels in der Bekleidung der Kurwürde zwischen den Nachkommen Maximilian I. von Baiern und Friedrich V. von der Pfalz mit dem Tode Maximilian I. beginnend, und die Bereitwilligkeit, im Falle Maximilian I. dieser Ordnung der Kurfrage beistimmen und auf seine Besitzungen in der Pfalz und in Oberösterreich Verzicht leisten wollte, demselben eine Million Imperialen[2] zu erlegen und die Forderungen der pfäl-

[1] Schreiben Lisola's vom 13. März 1643. St. A. (Pal.); Auszug bei Koch l. c. I. 431 f.

[2] Imperialen = Reichsgulden.

zischen Familie an die brabantischen und flandrischen Stände — im Betrage von 100000 Pfund Sterling — zu übertragen. War Lisola schon mit diesen Erklärungen Karl I. nichts weniger als einverstanden, so beunruhigte ihn noch bei weitem mehr, dass der englische König auf der Fortführung der Verhandlungen zu Frankfurt bestand.[1] Wie der Kaiser darüber dachte, wusste er nicht. „Will der Kaiser, so äusserte er sich, lediglich den Schein wahren, als verhandle er über die pfälzische Frage, in der That aber sie unentschieden lassen, dann empfiehlt sich die Fortsetzung der Verhandlungen in Frankfurt; ist aber eine wirkliche Lösung der strittigen Angelegenheit geplant, dann würde die Uebertragung der Verhandlungen von Wien nach Frankfurt einen schweren Nachtheil für den Kaiser und für seine Sache bedeuten; denn in diesem Falle ist der Anschluss der Engländer an die Protestanten Deutschlands und die Einmengung der Franzosen mit Bestimmtheit vorauszusehen."[2] Mit seiner Meinung hielt Lisola nicht zurück. Er empfiehlt auf das dringendste die Fortführung der Verhandlungen in Wien und ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen des Kaisers und des Kurfürsten von Baiern, damit die Einigung mit Karl vollzogen werden könne, bevor dessen Sieg über das Parlament — an dem Lisola in dieser Zeit nicht zweifeln zu können glaubte — erfolgt sei. Die Wiener Regierung war nicht so entschlossen, als Lisola; sie schwankte zwischen Wien und Frankfurt, und wollte vor ihrer Entscheidung die Meinungen der übrigen betheiligten Regierungen einholen. Dieselben lauteten in ihrer Mehrzahl für Wien; zumal Maximilian I. protestirte auf das lebhafteste gegen Frankfurt, zu gleicher Zeit freilich auch gegen einen Nachlass von den 13 Millionen, die er als Entschädigung für die Rückgabe des von ihm in Besitz genommenen pfälzischen Gebietes gefordert hatte.[3] Ferdinand III. entschied sich hierauf gleichfalls für Wien und setzte den 17. September 1643 als Tag des Beginnes der neuerlichen Verhandlungen fest. Lisola erhielt Befehl, jede weitere Unterhandlung in der pfälzischen Frage einzustellen, den König von England zur Absendung eines Bevollmächtigten nach Wien zu bestimmen.[4] Allein wenige Wochen später änderte der Kaiser in Folge der bestimmten

[1] Schreiben Lisola's vom 24. April 1643. St. A. (Angl.)
[2] Ebendaselbst.
[3] Schreiben Maximilian I. an Ferdinand III. 26. Juni 1643. St. A. (Pal.)
[4] Weisung an Lisola. 11. August 1643. St. A. (Angl.)

Weigerung des Dänenkönigs, an den Wiener Berathungen theilzunehmen, seinen Entschluss. Lisola erhielt jetzt die Weisung, die Verhandlungen bezüglich der pfälzischen Frage wieder aufzunehmen,[1] über die Sendung eines Bevollmächtigten nach Wien aber kein weiteres Wort zu verlieren.[2] Des Kaisers Vertreter in London hatte, während diese Verhandlungen am Wiener Hofe stattfanden, nur wenig Gelegenheit gehabt, mit Karl und mit dessen Räthen zu verkehren. Der Kampf gegen das Heer des Parlamentes erfüllte sie ganz. Die Sache des Königs gestaltete sich immer günstiger; seine Truppen, vornehmlich die Reiter, denen der Gegner überlegen, erfochten Siege über das Heer des Parlamentes;[3] die königliche Partei gewann neue Anhänger; John Hampden, eine der stolzesten Säulen des Parlamentes, starb; auf dem Schlachtfelde von Edgehille führte Königin Marie Henriette ihrem Gemahle Truppen und Kriegsbedarf in Menge zu. Der Stern Karls war im Steigen. Ende Juli wurde Bristol genommen, zur selben Zeit kam man royalistischen Complotten in London und anderen grösseren Städten auf die Spur. Der Gedanke, Frieden mit dem Herrscher zu schliessen, gewann immer weitere Kreise des Volkes. August 1643 schätzte man die Zahl der Königsfreunde im Unterhause so hoch als die seiner Gegner.[4] Pym und seine Genossen hatten alle Mühe, sich zu behaupten, die Menge von einem demüthigenden Frieden abzuhalten. Wie alle Welt, hielt auch Lisola, der dem Gange der Begebenheiten mit Interesse gefolgt war und manche werthvolle Mittheilung über Personen und Ereignisse seinem Hofe übermittelte, gegen Ende August 1643 den Sieg Karls für bevorstehend.[5] Dass Karl I. dann nicht direct gegen London, sondern nach Glocester zog, hat Lisola, wie alle einsichtigen gleichzeitigen und späteren Beurtheiler der Dinge, für einen schweren Fehler gehalten,[6] den er allerdings im eigenen Interesse nicht ungern sah. Denn er fürchtete einen entscheidenden Sieg Karl I. mehr als er ihn wünschte. Nur bei dem hilfsbedürftigen Könige glaubte er auf ein Entgegenkommen rechnen zu können.[7]

[1] Weisung an Lisola. 25. September 1643. St. A. (Pal.)
[2] Weisung an Lisola. 10. October 1643. St. A. (Pal.)
[3] Vergl. Gardiner l. c. I 175ff.
[4] Ebendaselbst. I. 216ff.
[5] Lisola's Schreiben vom 28. August 1643. St. A. (Angl.)
[6] Schreiben Lisola's vom 4. September 1643. St. A. (Angl.)
[7] Ebendaselbst.

Daher auch sein immer wieder erneuerter Rath, mit Karl abzuschliessen, solange er mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt sei. Die Weisung, dem englischen Könige die Absendung eines Bevollmächtigten nach Wien zu empfehlen, kam ihm jetzt ungelegen. Er fürchtete, König Karl, des Sieges sicher, werde die Weigerung Ferdinand III., in Frankfurt verhandeln zu lassen, benützen, um den Werbungen der Franzosen mit einem Scheine von Berechtigung Folge zu leisten.[1] Eine ausführliche Unterredung mit Roe bestärkte ihn in dieser Meinung. Roe leugnete nicht, dass die glänzenden Anerbietungen der Franzosen Karl I. Sinn geändert hätten,[2] dass er seinerseits dem Könige die Fortführung der Verhandlungen in Wien nicht empfehlen könne,[3] dass mit Rücksicht auf Frankreichs Anerbietungen und im Hinblicke auf die Aussichtslosigkeit, eine besondere Einigung zu erzielen, die Fortführung der Verhandlungen am Congressorte die grösste Hoffnung auf Erfolg biete. Und das, was Lisola in Oxford erfuhr, woselbst Karl I. weilte, klang noch weniger erfreulich, als die Auseinandersetzungen Roe's. Von seinen Vertrauten, zumal von Cottington,[4] erfuhr der kaiserliche Gesandte, dass Harcourt, Frankreichs Vertreter, einen Ausgleich zwischen König und Parlament plane, im Falle des Misslingens dem Könige die Unterstützung seines Herrschers in Aussicht stelle; dass die Königin Marie Henriette, von dem Wunsche beseelt, den Frieden in England hergestellt zu sehen, die Verbindung mit dem mächtigen Frankreich auf das eifrigste fördere. Ueber des Königs Gesinnung gab es verschiedene Meinungen, doch überwog die Ansicht, dass er einer Verbindung mit Frankreich nicht abgeneigt sei. Gerade ein französisch-englisches Bündniss glaubte Lisola aber im Interesse des Hauses Habsburg verhindern zu müssen. Seine Abneigung gegen dasselbe offen zu bekennen, wagte er im Hinblicke auf die ihm bekannte Gesinnung der einflussreichen Königin nicht, allein er suchte dem Könige den Nachweis zu führen, dass er sein Ziel viel leichter mit Hilfe des Hauses Habsburg als mit der Frankreichs erreichen könne. Betonte er aber am Hofe die Nothwendigkeit des

[1] Schreiben Lisola's vom 19. September 1643. St. A. (Angl.)

[2] Ueber die Person Harcourts, des französischen Gesandten in England, vergl. weiter unten; über diese Mission Gardiner l. c. 319ff.

[3] Schreiben Lisola's vom 23. October 1643. St. A. (Angl.)

[4] Ueber Cottington, der Lordschatzmeister war, und dessen Gesinnung vergl. Gardiner l. c. I. 288.

Friedens zwischen Herrscher und Unterthanen, so suchte er im eigenen Interesse die Gegner des Ausgleiches in ihrer Ansicht zu bestärken, während der spanische Gesandte, von dem Stande der Dinge durch Lisola orientirt, es auf sich nahm, einige der einflussreichsten Mitglieder der parlamentarischen Opposition von der Eigennützigkeit und Unzuverlässigkeit der französischen Erklärungen zu überzeugen. Zu gleicher Zeit war Lisola bestrebt, auch die pfälzische Frage zu fördern, dem Könige nachzuweisen, dass in Wien die Lösung derselben geringere Schwierigkeiten machen würde, als am Congressorte. Karl schien den Auseinandersetzungen Lisola's Gehör zu schenken; er meinte, der Hauptgrund seiner Weigerung sei die Erkenntniss gewesen, augenblicklich nicht leisten zu können, was man von ihm fordere. Sogleich benützte Lisola das königliche Wort, um einen Plan zu äussern, den er schon lange gefasst hatte. Man könnte sich — meinte er — in Wien vorerst über die Bedingungen einigen, unter denen die Beilegung der pfälzischen Frage erfolgen sollte, sobald der König von England in London als Sieger einziehe und über die nöthigen Gelder verfüge. Karl I. ging darauf ein, versprach, unter diesen Bedingungen in Wien verhandeln zu lassen; doch traute Lisola dem Versprechen des unzuverlässigen Monarchen so wenig, dass er dem Kaiser rieth, die Verhandlungen am Congressorte zuzugestehen.[1] Wie wir wissen, hatte der Wiener Hof bereits vorher den Beschluss gefasst, von einer neuerlichen Berathung in Wien abzusehen und Lisola die entsprechenden Befehle zukommen lassen. Mit der Uebertragung der pfälzischen Frage auf den allgemeinen Friedenscongress hatte Lisola's Thätigkeit in der zweiten der Angelegenheiten, um derentwillen er nach London gesendet worden war, ihr Ende gefunden. Es blieb ihm noch eine Aufgabe: Die Bemühungen der Franzosen zu durchkreuzen, die dahin gingen Karl I. mit seinem Volke auszusöhnen und die bedeutenden Kräfte, über die beide verfügten, im Interesse Frankreichs zu verwenden. Es wurde ihm nicht schwer, sein Ziel zu erreichen. Auf die Dauer konnte dem Parlamente die Doppelzüngigkeit Harcourts nicht verborgen bleiben; mit dem Wachsen der militärischen Erfolge schwand überdies die Sehnsucht der Parlamentarier nach dem Frieden. Zu Beginn des Jahres 1644 hielt Lisola die Gefahr eines englisch-französischen Bündnisses für beseitigt,[2] ein Eingreifen Karls in die conti-

[1] Schreiben Lisola's vom 23. November 1643. St. A. (Angl.)
[2] Vergl. Gardiner l. c. 319.

nentalen Verhältnisse für unmöglich. „Was uns betrifft, schrieb er dem Kaiser, haben wir von England nichts zu fürchten, aber auch nichts zu hoffen. Nur darüber haben wir zu wachen, dass das Parlament nicht siegt, oder mit dem Könige abschliesst.“ Sein ferneres Verbleiben in London hielt er für zwecklos. Wiederholt hat er in diesen Monaten um eine anderweitige Verwendung gebeten. Allein die Wiener Regierung hielt sein weiteres Verweilen in der englischen Hauptstadt für dringend geboten, um möglichst rasch und genau über die Ereignisse des Inselreiches unterrichtet zu werden. Diese lediglich referirende Thätigkeit entsprach aber dem beweglichen Geiste und der Arbeitslust Lisola's keineswegs. Er gehörte zu den Naturen, die sich eine Arbeit schaffen, wenn man ihnen keine überträgt. So sehen wir ihn auch im Jahre 1644 nach allen Seiten hin verhandeln. Freilich ohne wesentliche Erfolge. Die Spanier, an die er immer wieder mit der Forderung herantrat, die Engländer durch grössere Anerbietungen zu gewinnen, entschuldigten sich mit mangelndem Gelde; seine Bemühungen, das englische Parlament zu entschiedenen anti-französischen Massregeln zu veranlassen, scheiterten an dem Widerstande der Franzosenfreunde und an dem Misstrauen der Anhänger des Hauses Habsburg in die Aufrichtigkeit der Erklärungen der kaiserlichen und der spanischen Vertreter. Und ebensowenig war es Lisola vergönnt, Karl I. für eine Allianz mit dem Kaiser zu gewinnen. Für seine Eigenart ist das Schreiben durch das er Lord Digby, den Vertrauten Karl I., für diesen Plan einzunehmen sucht, von höchstem Interesse. Liest man dasselbe, so sollte man meinen, Lisola sei nicht nur von dem Nutzen, sondern auch von der Möglichkeit eines habsburgisch-englischen Bündnisses überzeugt gewesen.[1] Und doch hat derselbe in eben diesen Tagen in einem ausführlichen, wohldurchdachten und glänzend motivirten Berichte[2] dem Kaiser den Nachweis zu liefern unternommen, dass an eine Verbindung zwischen Karl I. und Ferdinand III. nicht zu denken, dass der Anschluss des ersteren an Frankreich im Falle weiterer Niederlagen unausweichlich sei, dass die Fortdauer des Krieges ohne entscheidenden Sieg einer der beiden Gewalten dem Interesse des Kaisers am besten entspreche. „Für uns ist es am vortheilhaftesten,

[1] Schreiben Lisola's an Digby, 5. Aug. 1644, abgedruckt bei Reynald l. c. 343 ff.

[2] Schreiben Lisola's an Ferdinand III., 12. August 1644. St. A. (Angl.) Reynald l. c. 346 ff.

schrieb er damals nach Wien, wenn die beiden Parteien den Kampf mit ungefähr gleichen Kräften fortsetzen; daher werde ich mit allen Mitteln eine Einigung zwischen König und Parlament zu verhindern suchen. Soll aber der Kampf mit dem Untergange einer der Gewalten enden, dann müssen wir den Sieg des Königs wünschen, denn die Puritaner würden uns feindlich gesinnt sein. Der Untergang des Königs würde den Ruin der Katholiken mit sich bringen, England würde eine Republik und damit ein trauriges Beispiel für alle Monarchieen bilden; das Parlament würde mit Holland und Schweden Verträge schliessen, Frankreich denselben beitreten... Irland würde unterdrückt, England Herr des Meeres und der Krieg nach Westindien getragen werden.... Wahr ist, dass das Parlament, sobald es über den König triumphirt haben wird, in viele Gruppen sich auflösen dürfte, vornehmlich im Hinblicke auf die religiösen Differenzen. Die Schotten sind natürliche Feinde der Engländer, eine dem Vortheile und dem Reichthume ergebene Race, lügnerisch, beweglich, an Geist den Engländern weit überlegen. Herren der Grafschaft York, werden sie versuchen, ihre Eroberungen auszudehnen. Irland wird genöthigt sein, sich den Spaniern in die Arme zu werfen; das Parlament wird sich mit den Holländern nicht verstehen können, denn zwei benachbarte Republiken, die beide die Herrschaft auf dem Meere beanspruchen, werden sich nicht einigen . . . .[1]

Viel von dem, was Lisola im Sommer 1644 voraussah, ist eingetroffen. Der Kampf zwischen Karl I. und dem Parlamente endete mit dem Siege des letzteren; England wurde eine Republik, die Katholiken wurden unterdrückt; zwischen Schotten und Engländern, zwischen England und Holland kam es zum Kriege. Was aber Lisola trotz seiner hohen Begabung, seines seltenen Scharfblickes, seiner umfassenden Bildung und seiner aussergewöhnlichen Fähigkeit, in der Flucht der Erscheinungen das Wesentliche zu erkennen, nicht durchschaute, war der hohe ethische Werth des Kampfes, dessen Augenzeuge er war. Für die grosse Frage, die damals das Inselreich aufrüttelte und die für die weitere staatliche Entwickelung nicht nur Grossbritanniens, sondern der gesammten Culturwelt von so ausschlaggebender Bedeutung geworden ist, hatte auch Lisola kein rechtes Verständniss. Vergebens sucht man in seinen Berichten nach einer Würdigung der Männer, die ihrem Zeitalter voraus, für

[1] Schreiben Lisola's vom 12. August 1644. St. A. (Angl.) Reynald l. c. 348.

die grossen Interessen der Menschheit Gut und Blut eingesetzt haben. Für ihn war der Kampf, der England erschütterte, nicht ein Kampf um die Freiheit, um die Selbstbestimmung, sondern ein Ringen um die Macht; er sah auf beiden Seiten nicht Vertreter zweier Ideen, die nebeneinander nicht bestehen konnten, sondern Menschen, die um den Besitz der höchsten Gewalt kämpften. Für ihn sind Pym und Hampden nicht Vorkämpfer der Freiheit, sondern ehrgeizige Männer, die eine leitende Rolle im Staatswesen spielen wollen, die mitten in der allgemeinen Bewegung ihre besonderen Interessen verfolgen.[1] Dass dieselben eine bedeutende Macht repräsentirten, hat er frühzeitig erkannt und darum zögerte er nicht, obgleich entschiedener Anhänger des Gottesgnadenkönigthums und begeisterter Lobpreiser der katholischen Religion, mit den puritanischen Führern der parlamentarischen Opposition zu verkehren, so oft ihm dies im Interesse der habsburgischen Pläne empfehlenswerth schien. Der beschränkte Gesichtskreis, von dem aus Lisola die grossen Kämpfe des damaligen England betrachtete, macht es auch begreiflich, dass für ihn das Interesse an den Ereignissen in dem Momente aufhörte, da er an eine unmittelbare Einwirkung derselben auf die Geschicke des Hauses Habsburg nicht mehr glaubte. Nur so erklärt es sich, dass er seit dem Herbste 1644 immer wieder seine Abberufung forderte, obgleich gerade damals der Conflict zwischen dem Könige, der absolut regieren, und dem Volke, das nur selbst gegebenen Gesetzen gehorchen wollte, das grösste Interesse für den Beobachter haben musste; nur so erklärt es sich, dass er die erste günstige Gelegenheit ergriff, die sich ihm bot, das Inselreich zu verlassen, bevor er noch die Erlaubniss dazu von seiner Regierung erlangt hatte.

Gegen Ende des Jahres 1644 erhielt er ein Schreiben Castel-Rodrigo's,[2] des Gouverneurs der spanischen Niederlande, nach Brüssel zu kommen, um an den Berathungen über die Frankreich gegenüber im folgenden Jahre zu beobachtende Haltung theilzunehmen. Ohne die Weisung seiner Regierung abzuwarten, verliess

[1] Vergl. z. B. sein Schreiben vom 1. Aug. 1642, in dem er eine ausführliche Darstellung der Ziele der einzelnen Parteien versucht. Ueber die Bedeutung der Berichte Lisola's aus London ist auch der treffliche Aufsatz vom Ottokar Lorenz Analecten zur englischen Geschichte des 16. und 17. Jahrh. Hist. Zeitschr. XXI. 335 ff zu vergleichen.

[2] Don Manuel de Moura, Markgraf von Castel-Rodrigo.

Lisola den englischen Hof. Zu Beginn des Jahres 1645 war er in Brüssel. Die Berathungen, an denen er sich betheiligte, führten zu keinem Ergebnisse; wohl ersann man Pläne über Pläne, aber der Durchführung derselben stellte sich immer dasselbe Hinderniss, der Geldmangel, in den Weg. Lisola erkannte, dass sein Verbleiben in Brüssel nicht minder zwecklos sei, als sein Aufenthalt in London. Dazu kam, dass seine Schulden immer grösser, die Hoffnung, sie bezahlen zu können, immer geringer wurde. Er wartete nur auf eine Gelegenheit, dem Kaiser die Nothwendigkeit seiner Abberufung von Neuem vorzuhalten. Da kam die Nachricht, dass sein Haus in London durch Bevollmächtigte des Parlamentes geplündert worden sei. Der französische Gesandte, empört über die gelungenen Bemühungen Lisola's Stimmung gegen die Franzosen in England zu machen, hatte den Führern des Parlamentes mitgetheilt, er wisse bestimmt, dass sich in der Wohnung Lisola's 80000 Pfund Sterling befänden, die zu Gunsten des Katholicismus Verwendung finden sollten. Kein Wunder, dass die geldbedürftigen Puritaner, die von den traurigen pecuniären Verhältnissen der habsburgischen Höfe keine Ahnung hatten, sich zu dem Versuche bewegen liessen, mit Waffengewalt in den Besitz des Geldes zu gelangen. Lisola's Diener, von der Grundlosigkeit der Behauptung fest überzeugt, weigerten den bewaffneten Schaaren des Parlamentes den Eintritt in das Haus. Dasselbe wurde gestürmt, die erwartete Summe fand sich nicht; um so gründlicher ward alles, was sich vorfand, vernichtet.[1] Castel-Rodrigo forderte von Brüssel aus Genugthuung, desgleichen Lisola, der nach England zurückkehrte. Sie wurde ihm insoweit gewährt, als das Parlament sein Bedauern über den Vorfall aussprach; eine Entschädigung für den erlittenen Verlust erhielt der kaiserliche Gesandte nicht. Dagegen ermöglichte ihm das Geschehene, seine Abberufung von Neuem und dringender als je zu fordern.

„Es sind jetzt sieben Jahre, schrieb er an Trauttmannsdorff,[2] dass ich mich dem Dienste des Kaisers geweiht habe; 5 Jahre, dass ich den Kaiserhof, mein Haus, mein Weib, meine Freunde verlassen habe, um inmitten eines fremden Volkes zu leben, dessen Glieder an nichts anderes denken, als sich gegenseitig zu vernichten, das den Katholiken feindlich gesinnt ist, so dass ich unsicher lebe und dem

[1] Vergl. Reynald l. c. 350.
[2] Vergl. Reynald l. c. 350.

Zufalle preisgegeben bin. . . . . Ich habe die deutsche Sprache erlernt und könnte anderswo nützliche Dienste leisten, ... hier in England weiter zu leben, ist mir unmöglich."

Dieses Mal blieb seine Bitte nicht unerfüllt. Im September 1645 erhielt er Befehl, sich zum Anschlusse an den Grafen Trauttmannsdorff bereit zu halten, der als Generalbevollmächtigter des Kaisers nach Münster gehen sollte. Die Freude Lisola's kannte keine Grenzen. „Sie sind es, schreibt er unter dem ersten Eindrucke der Nachricht an Trauttmannsdorff, der mir nebst Gott und dem Kaiser seine mächtige Hilfe zu Theil werden lässt. Ich sehne mich nach Ihrer Gegenwart, um zu Ihren Füssen niederfallend Ihre wohlthätigen Hände küssen zu dürfen. Mit Gottes Hilfe hoffe ich dies bald thun zu können; ich reise, sobald ich von einem meiner Freunde das nöthige Geld erhalte."[1] Zu Beginn des Monates October war er im Besitze einer genügenden Summe; gegen Mitte des Monates verliess er das Inselreich, das er erst mehr als zwanzig Jahre später unter gänzlich veränderten Verhältnissen wiedersehen sollte. —

Drittes Kapitel.

Diplomatische Wanderjahre

1645-1654.

Die Hoffnung an der Seite seines Gönners an den grossen Ereignissen, die sich in Münster abspielen sollten, hervorragenden Antheil zu nehmen, erfüllte Lisola mit grosser Freude. In seinen Berichten aus London hatte er wiederholt auf die Nothwendigkeit hingewiesen, durch ein entschiedenes Vorgehen die Friedensliebe der Franzosen, an die er nicht recht glaubte, auf die Probe zu stellen, sie zum Abschlusse eines allgemeinen, die Interessen des Hauses Habsburg berücksichtigenden Friedens, oder zum Abbruche der Verhandlungen zu nöthigen. Trauttmannsdorff schien ihm der

[1] Lisola an Trauttmannsdorff. September 1645. St. A. (Angl.) Reynald l. c. 350.

rechte Mann das schwere Werk zu vollbringen und Lisola durfte nach den wiederholten Betheuerungen seines Gönners annehmen, dass derselbe seinen Rathschlägen ein williges Ohr schenken werde. Dazu kam, um Lisola's Erwartungen noch zu steigern, die Aussicht auf nähere Bekanntschaft mit den zahlreichen interessanten Persönlichkeiten, die sich in jener Zeit in Münster und Osnabrück aufhielten, die Freude, seinen Gesichtskreis durch die Beschäftigung mit einer Fülle neuer, schwieriger Materien erweitern zu können.

Der Anfang war vielverheissend. Trauttmannsdorff entfaltete sogleich nach seiner Ankunft in Münster eine staunenswerthe, allgemein bewunderte Thätigkeit im Interesse der kaiserlichen Pläne.[1] Er verband Energie mit weitgehender Liberalität, Strenge mit milden Formen; liess seine Ueberlegenheit, wo er ihrer sicher war, nicht fühlen und verstand es vortrefflich, das allgemeine mit dem besonderen Interesse zu vereinen. So gelang es ihm in kurzer Zeit eine Reihe von Hindernissen zu beseitigen, die zu überwinden vorher nicht möglich gewesen war. Alle Umschweife vermeidend, ging er direct auf sein Ziel los, die Franzosen zu offenen Erklärungen zu nöthigen; zu gleicher Zeit begann er mit den Schweden zu verhandeln, weil, wie er dem Kaiser schrieb, „durch die Protestanten bei den Schweden, durch die Schweden und die Protestanten bei Frankreich der Friede befördert werden müsse".[2]

Lisola setzte zu Beginn des Jahres 1646 die grösste Hoffnung in den Erfolg der Verhandlungen. „Ich kann nur das eine sagen, schrieb er in dieser Zeit an den Reichsvicekanzler Ferdinand Khurtz, dass die Ankunft des Grafen Trauttmannsdorff die Lage der Dinge von Grund aus verändert hat und dass die Autorität eines solchen Ministers und seine ausserordentliche Geschicklichkeit in der Behandlung der Geschäfte, in so kurzer Zeit die Hoffnung, den Frieden zu erlangen, um ein wesentliches gesteigert hat. Seine Klugheit, sein entschiedenes und doch freisinniges Benehmen erregt — wie ich aus bester Quelle weiss — die Bewunderung aller, auch seiner Feinde. Gebe Gott, dass so viele Mühen auch von dem Erfolge gekrönt werden, den wir mit Recht erhoffen dürfen".[3] Dem günstigen

[1] Vergl. Koch l. c. II. 172ff.; Trauttmannsdorff langte in Münster incognito am 19. Nov. 1645 an; Meiern Acta pacis westphal. II. 79; daselbst finden sich auch 103ff. u. a. O. über seine Wirksamkeit ausführliche Mittheilungen.

[2] Koch l. c. II 174.

[3] Schreiben Lisola's d. d. Münster 5. Jan. 1646. St. A. (Fried. Act. 85a.)

Beginne entsprach der weitere Verlauf der Begebenheiten nicht. Die Aussicht auf einen baldigen Friedensschluss erfüllte sich ebensowenig, als die Hoffnung, das ungerechte, selbstsüchtige Vorgehen der Franzosen erweisen zu können und einen allgemeinen Kampf gegen diese, als die eigentlichen Friedensstörer, zu eröffnen. Dazu kam, dass Trauttmannsdorff in bedenkliche Conflicte mit dem spanischen Gesandten Penneranda gerieth, der von Mässigung, zumal in religiösen Fragen, nichts wissen wollte; dass die Spanier über Trauttmannsdorff um so lauter klagten, je grösser die Hoffnung auf eine Einigung der Oesterreicher mit den Franzosen wurde, dass sich Kaiser Ferdinand III., insbesondere nach dem Tode des Erbprinzen von Spanien, im Hinblicke auf eine mögliche Erwerbung der spanischen Reiche seitens der österreichischen Linie, genöthigt sah, Trauttmannsdorff, mit dem er im übrigen vollkommen einverstanden war, zur Mässigung aufzufordern und an die Wiederaufnahme des Kampfes an der Seite der Spanier zu denken. An den Unterhandlungen, die zu diesem Zwecke zwischen dem Wiener und dem Brüssler Hofe stattfanden, hat auch Lisola theilgenommen. Näheres über das Ergebniss seiner Wirksamkeit wissen wir nicht; er selbst hat später auf die Bedeutung dieser Missionen hingewiesen. Gewiss ist aber, dass die mehrfache Unterbrechung seines Aufenthaltes in Münster ihn hinderte sich in die Friedensangelegenheit zu vertiefen. Es mag auch sein, dass Trauttmannsdorff sich zu dieser Abordnung Lisola's nicht in letzter Linie durch die vielfachen Klagen bewogen fühlte, die in Münster über das Benehmen desselben laut wurden. Denn Feinde hatte Lisola sich in Münster ebenso rasch gemacht, als an allen übrigen Orten, wo er erschien. Er verletzte auch hier durch die Schärfe seines Urtheils, durch die Schonungslosigkeit, mit der er seine Gegner behandelte, durch die Rücksichtslosigkeit, mit der er seine geradezu staunenswerthen Kenntnisse über Leben und Pläne der einzelnen Persönlichkeiten für seine Zwecke verwerthete. Aber lächerlich war es, wenn seine Feinde, um ihn bei Trauttmannsdorff zu discreditiren, zugleich mit der Behauptung, er strebe den Gesandtschaftsposten in Frankreich an, das Gerücht verbreiteten, er zeige besondere Neigung für Frankreich und für dessen Interessen. Lisola konnte mit Recht diesen Verdächtigungen gegenüber darauf hinweisen, dass sein Benehmen in den letzten Jahren keine Zweifel über seine Gesinnung aufkommen lasse, dass seine ganze politische Vergangenheit der deutlichste Beweis für die Lügenhaftigkeit dieser

Behauptungen sei.[1] Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese und ähnliche Ausstreuungen seine Stellung schwer schädigten und mit dazu beigetragen haben, dem Grafen Trauttmannsdorff, den ein unbedachtes Wort Lisola's in der Frage der Uebergabe Breisachs an die Franzosen verletzt hatte,[2] eine anderweitige Verwendung seines Günstlings wünschenswerth erscheinen zu lassen. Lisola wusste dies und empfand darüber um so grösseren Kummer, als ihm für die Mühe und Plage, die ihm die vieljährige Thätigkeit im Dienste des Kaisers verursacht hatte, kein entsprechender Lohn geworden war. Seit dem Jahre 1645 war ihm sein ohnehin geringes Gehalt nicht mehr ausbezahlt worden; ein Avancement war nicht erfolgt, ebensowenig eine andere Auszeichnung. Dagegen wuchsen seine Schulden und das Drängen seiner Gattin, zu ihr, in die Heimat zurückzukehren. Noch war er in dem Alter, sich einem anderen Berufe zuzuwenden; aber lange durfte er nicht mehr zögern; er musste sich Gewissheit darüber verschaffen, ob man am Kaiserhofe sich seiner zu entledigen entschlossen sei. Zu Beginn des Jahres 1647 verliess er Brüssel; im Mai war er in Wien. Er überzeugte sich leicht, dass man seine Tüchtigkeit zu schätzen wusste, dass man an seine Entlassung nicht dachte. Nun begann

[1] Schreiben Lisola's vom 7. Juli 1646. St. A. (Fried. Act. 85 a) Dass Lisola mit dieser Behauptung Recht hatte, beweisen die Bemerkungen Mazarins über Lisola. In einem für die Deputirten Frankreichs in Münster bestimmten Memoire: Nég. secrètes III 12; d. d. 12. Jan. 1646 schreibt Mazarin: Un, nommé Isola, en qui Trauttmannsdorff a confiance est valet à gage des Espagnols, qui s'en servent utilement près de lui; und in einem Schreiben d. d. 13. Jan. 1646 an den Herzog von Longueville, mit dem Lisola gesprochen hatte, um ihn auszuholen, heisst es: Cet Isola a esté de tout temps un brouillon. Il a fait plusieurs voyages de Londres à Bruxelles, lorsqu'il y avoit en ces deux villes-là beaucoup de François exilez, pour essayer de faire quelque party capable de nous faire de la peine, et dernierement sous pretexte d'aller en Bourgogne, il passa icy et nous sceusmes, que son intention estoit de faire quelque tentative dans l'esprit de M[r] le président Le Coigneux, qu'il avoit autresfois cognu en Angleterre et de voir s'il pourroit engager Mr de Guyse . . .

[2] Meiern, Acta pacis westph. publica III 28 f. „wobey sie (die Franzosen) auch den Mediatoren fast empfindlich zu vernehmen gaben, warum sie in diesem Werck so grosse Difficultäten vorbrächten, da doch der in Engeland gewesene Kayserliche Resident Isola ihnen ausdrücklich gesagt habe, dass die kayserliche Gesandten die Ueberlassung Breysachs nicht difficultiren würden. Trauttmannsdorff entgegnete sogleich, es wäre dem Lisola das geringste in dieser Materie nicht communiciret noch befohlen worden und käme es ja nicht auf dasjenige an, was Isola sagt, sondern was der Kayser befohlen."

ein ununterbrochenes Rennen und Jagen nach einer Stellung. Seinen rastlosen Bemühungen und dem Einflusse seiner Gönner, vor allem dem des Reichsvicekanzlers Khurtz, gelang es, die Aufmerksamkeit des Kaisers auf Lisola zu lenken, als es galt, eine für den schwierigen Posten eines kaiserlichen Residenten am Hofe des Sultans geeignete Persönlichkeit in Vorschlag zu bringen. Nur der Noth gehorchend, erklärte sich Lisola bereit, dieses schwere und seiner Begabung wenig entsprechende Amt zu übernehmen. Stand ihm doch eine neuerliche vieljährige Trennung von seinem Weibe, von seinen Freunden, von den Verhältnissen bevor, in denen allein er seine Wirksamkeit voll zu entfalten vermochte.[1] Um Abschied von seinen Lieben zu nehmen und seine in Verwirrung gerathenen Finanzen zu ordnen, unternahm er eine Reise in seine Heimat; im Juli 1647 betrat er dieselbe nach 9jähriger Abwesenheit. Die Streitfrage, um derentwillen er nach Wien gereist war, hatte längst ihre Erledigung gefunden: die Stadt hatte die Kosten zu zahlen gehabt, sie war verpflichtet worden, eine bedeutende Abgabe zu leisten. Das Schicksal Besançons hatte sich dagegen noch nicht entschieden. Erst durch den Friedensschluss des Jahres 1648 wurde die Stadt den Spaniern zugesprochen. Lisola dachte nur wenige Tage in Besançon zu bleiben Krankheit und Schwierigkeiten in der Ordnung seiner Finanzen verzögerten seine Abreise. Erst gegen Ende des Monates October war er wieder in Wien. Frohen Muthes war er nicht. Er konnte sich noch immer nicht mit dem Gedanken aussöhnen, in einem fernen Lande, in einer ihm gänzlich unbekannten Umgebung sein Leben zu verbringen, zumal er fest davon durchdrungen war, dass er an einem anderen Orte, im Westen Europa's, eine grosse Mission zu vollziehen habe. Er unterliess es auch nicht, in wiederholten Bittschriften diesen Bedenken Ausdruck zu verleihen.[2] Freilich ohne Erfolg; seine Sendung an den Hof des Sultans galt als eine abgemachte Sache. Lisola begab sich nach Prag, um daselbst die Vorbereitungen für die Reise zu treffen. Allmählich söhnte er sich mit dem Gedanken aus, in Konstantinopel die Interessen seines Hofes zu vertreten. Zu Beginn des Jahres 1648 erwartete er den Befehl, die Reise anzutreten; derselbe blieb aus. Lisola's Ungeduld wuchs von Tag zu Tag; seine Mittel waren erschöpft; er drängte seine

[1] Schreiben Lisola's an Trauttmannsdorff und Khurtz d. d. Besançon 12. Aug.; Passau 26. Sept. 1647. St. A. (Fried. Act. 85 a.)

[2] Schreiben Lisola's an Khurtz 26. Oct. 1647. St. A. (Fried. Act 85a.)

Freunde die Entscheidung des Hofes zu beschleunigen. Da erhielt er die Nachricht, dass ein anderer die ihm zugedachte Mission erhalten habe. Der Schlag traf ihn auf das empfindlichste. Nicht dass er jetzt gerne nach Konstantinopel gereist wäre; im Gegentheil. Man kann den Schreiben, die er in jenen Tagen an seinen Gönner, den Grafen Khurtz, richtete, auf das deutlichste entnehmen, dass er bereit war, die Wendung in seinem Geschicke als ein unverhofftes Glück zu bezeichnen, wenn ihm alsbald Gelegenheit geboten werden sollte, im Westen Europa's eine seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Thätigkeit zu entfalten. Aber Eile that Noth und er fürchtete eine neuerliche längere amts- und verdienstlose Zeit. „Ich bin beim äussersten angelangt, schreibt er im März 1648; die Mittel und der Credit, mich und meine Familie zu erhalten, fehlen mir; ich bin auf dem Punkte unterzugehen, wenn mir nicht rasch geholfen wird. Und fürwahr, es würde nicht zum Ruhme meines Herren gereichen, wenn ich jetzt zu Grunde ginge, nachdem ich ihm ungefähr 10 Jahre treu gedient habe in gefährlichen und entlegenen Gegenden, nachdem ich mir jede andere Möglichkeit eines Fortkommens versperrt, mich um meine häuslichen Angelegenheiten nicht gekümmert, von meinem Weibe 6 Jahre entfernt gelebt, die schönsten Jahre meines Lebens in schwierigen und gefährlichen Reisen zugebracht habe, ohne irgend welchen materiellen Erfolg.[1]

Die Rettung kam; freilich nicht wie Lisola sie erhoffte. Weder nach Brüssel noch nach Paris, wohin gesendet zu werden er jetzt in ganz offener Weise verlangte, erhielt er eine Mission; er wurde ausersehen, am Hofe der Wasa's zu Warschau die Interessen Oesterreichs zu vertreten, welche durch den damals erfolgten Tod Wladislaw IV. in merklicher Weise berührt wurden.

In Mürzzuschlag, im Begriffe eine Reise nach Italien anzutreten, hatte Johann Casimir, der älteste Bruder des verstorbenen Polenkönigs, die Nachricht von dessen Hinscheiden erhalten. So rasch als möglich kehrte er nach Warschau zurück; wusste er ja, dass ihm nicht nur in seinem jüngeren Bruder Karl, sondern auch in so manchem der katholischen und akatholischen Fürsten Europa's Nebenbuhler im Kampfe um die polnische Krone erstehen würden. Von Wien aus richtete er an Ferdinand III. ein Bittschreiben, für ihn zu wirken,[2] im voraus besten Dank und die Fortdauer der innigen

[1] Lisola an Khurtz. 8. März 1648. St. A. (Fried. Act 85 a.)

[2] Schreiben Joh. Casimirs an Ferd. III. 4. Juni 1648. St. A. (Pol.)

Beziehungen zwischen beiden Höfen versprechend. Der Kaiser antwortete freundlichst[1] und entschloss sich alsbald Lisola an den Warschauer Hof zu senden.[2] Ein bindendes Versprechen sollte er Johann Casimir nicht geben; wohl aber ihn, wie seinen Bruder Karl, in allgemein gehaltenen Reden der Neigung des Kaisers versichern, überdies aber möglichst bald eine umfassende Schilderung der polnischen Zustände geben und die Chancen der einzelnen Thronandidaten erörtern.[3]

Lisola machte sich sofort auf den Weg. Gegen Mitte August 1648 traf er in Warschau ein. Unterdess hatte Johann Casimir dem Wiener Hofe genauere Mittheilungen über die Verhältnisse in Polen zukommen lassen. Giovanni Baptista Visconti, der in seinem Auftrage in Wien erschien,[4] meldete, dass nebst Johann Casimir, dessen Bruder Karl, ferner Georg Rákóczy, Fürst von Siebenbürgen, Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg, und Alexei, Grossfürst von Moskau, sich um die Krone Polens bewürben,[5] und forderte, indem er die Berechtigung der Ansprüche Johann Casimirs hervorhob, offene und rückhaltslose Unterstützung desselben durch den Wiener Hof. Dieser war der Candidatur Johann Casimirs geneigt und entschlossen, nicht theilnahmslos den Ereignissen in Warschau zuzuschauen. Auf das entschiedenste haben die Räthe Ferdinand III. dies in ihrem Gutachten betont. Dagegen glaubten sie zu einer rückhaltslosen Unterstützung der Wahl Johann Casimirs nicht rathen zu dürfen, da man im Hinblicke auf die Mittheilungen über die Stärke der Partei Karls auch mit der Möglichkeit rechnen musste, dass dieser die Krone errang. Es hiess also in diesem Falle, wie in so vielen anderen, beide Theile von der Aufrichtigkeit der kaiserlichen Erklärungen überzeugen, beide mit allgemein gehaltenen Versprechen hinziehen, bis die Verhältnisse sich geklärt und mit grösserer Bestimmtheit über die Aussicht der Thronandidaten geurtheilt werden konnte.[6] In diesem Sinne war Lisola bereits im Juni instruirt worden, in diesem Sinne erging, als Nachrichten von der Verstärkung

[1] Schreiben Ferd. III. an Joh. Casimir. 25. Juni 1648. St. A. (Pol.)

[2] In dem Schreiben Ferd. III. an die Stände Polens d. d. 2. Juli 1648 wird auf Lisola's Absendung hingewiesen. Rudawski, Historiarum Poloniae ab excessu Vlad. IV. ad pacem Oliv. usque libri LX. p. 12.

[3] Instruction für Lisola vom 28. Juni 1648. St. A. (Pol.)

[4] Instruction vom 1. Juli 1648. St. A. (Pol.)

[5] Memoire Visconti's vom 11. Juli 1648. St. A. (Pol.)

[6] Gutachten der Räthe vom 16. Juli 1648. St. A. (Pol.)

der Partei Karls in Wien einliefen,[1] eine neuerliche Weisung an ihn. Es ist für die Ansicht, die man am Wiener Hofe von Lisola's Charakter hatte, von Interesse zu vernehmen, dass man besorgte, Lisola werde „das richtige Temperament" nicht finden und sich übereilen.[2] Die Befürchtungen der Wiener Regierung entbehrten diesmal jeglicher Begründung. Lisola verstand es meisterlich zu gleicher Zeit den Wünschen seines Herrschers und denen Johann Casimirs gerecht zu werden, obgleich dieselben sich keineswegs deckten. Er vermochte Johann Casimir die Ueberzeugung beizubringen, dass der Kaiser entschlossen sei, seine Candidatur zu fördern und lediglich um ungehinderter die dazu nothwendigen Schritte thun zu können, eine offene Erklärung unterlasse; er vermied es aber sich im Namen Ferdinand III. irgendwie zu binden. Und dies umsomehr, als er über den Ausgang des Wahlkampfes kein sicheres Urtheil abzugeben wagte. Dass einer der Brüder gewählt werden würde, schien ihm zweifellos; er hielt von allem Anfange an nichts von den Aussichten der auswärtigen Fürsten; aber welchem der beiden Brüder der Sieg zufallen werde, schien ihm in diesem Augenblicke eine unentschiedene Sache. In einem ausführlichen Gutachten, das mit einer für die kurze Zeit seines Warschauer Aufenthaltes ungemein genauen Kenntniss der Verhältnisse geschrieben ist, hat er die Chancen derselben einer kritischen Erörterung unterzogen. Dass ein Uebereinkommen zwischen den Brüdern die beste Lösung der Frage wäre, hat er gleich damals betont, zugleich aber auch hervorgehoben, dass ein solches, wenn überhaupt, erst unmittelbar vor der Wahl zu erhoffen sei. Er empfahl dem Kaiser vorerst von einer Entscheidung abzusehen, dieselbe von der weiteren Entwickelung der Begebenheiten abhängen zu lassen.[3] Sie erfolgte langsamer, als Lisola gehofft hatte. Noch Mitte October 1648 hielt er es für unmöglich eine bestimmte Meinung zu äussern.[4] Die Nothwendigkeit, die Polen für den Kampf gegen die aufständischen Kosaken zu einigen, sprach zwar laut genug für die Wahl Johann Casimirs und vermochte auch einen nicht geringen Theil der Anhänger Karls in das Lager des älteren Bruders überzugehen, allein

[1] Schreiben Allegretti's vom 12. Juli 1648. St. A. (Pol.)

[2] Weisung an Lisola vom 24. Juli 1648. St. A. (Pol.)

[3] Schreiben Lisola's an den Kaiser und an Trauttmannsdorff vom 29. Aug. 1648. St. A. (Pol.)

[4] Schreiben Lisola's vom 17. Oct. 1648. St. A. (Pol.)

die Macht Karls war doch noch viel zu gross, als dass an einen freiwilligen Verzicht seinerseits zu denken gewesen wäre. Trotzdem wäre Lisola bereit gewesen, schon damals in diesem Sinne zu wirken, wenn ihm nicht seine Instruction die Hände gebunden hätte. Der Marquis Grana de Caretto aber, dem die Rolle des kaiserlichen Principalcommissärs bei der Wahl in Polen bereits Ende August zugetheilt[1] und an den Lisola gewiesen worden war, zögerte ungebührlich lange mit der Abreise und war auch Ende October in Warschau nicht angelangt, als durch den Wechsel der Ereignisse, — vornehmlich durch die Niederlage der Polen seitens des Kosakenhetmannes Chmielnicki,[2] — die Partei Johann Casimirs derartig an Macht gewonnen hatte, dass Lisola die Wahl desselben mit Bestimmtheit voraussagen zu können glaubte.[3] Lisola sah sich aber zur Unthätigkeit verdammt und bedauerte dies umsomehr, als er den gegenwärtigen Moment für überaus geeignet hielt, ohne grosse Gefahr und Anstrengung die beiden Brüder für ihr ganzes Leben dem Kaiser zu verpflichten. Johann Casimir war Ferdinand III. günstig gesinnt und glaubte an dessen aufrichtige und tiefe Zuneigung. Gelang es, denselben mit einer österreichischen Prinzessin zu vermählen, so stand nach Lisola's Ansicht einer engen Verbindung der beiden Häuser, die dem Habsburger nur zum Vortheile gereichen konnte, nichts im Wege.[4] Aber Eile that Noth. Denn schon bemühten sich die Franzosen Johann Casimir für sich zu gewinnen. Sie versprachen Unterstützung im Kampfe gegen die Kosaken; Geld zur Befriedigung der Wahlberechtigten und stellten die Vortheile einer Verbindung mit einer französischen Prinzessin in's rechte Licht.[5] Lisola

[1] Man hatte ursprünglich an den Statthalter von Niederösterreich Grafen Trautson und an den Abt von Admont gedacht; Gutachten vom 12. Aug. 1648. (Pol.); sich dann aber für Grana de Caretto entschieden. Credenzschreiben für denselben vom 24. Aug.; Instruction vom 26. Sept. 1648. St. A. (Pol.)

[2] Vergl. Rudawski l. c. 26.

[3] Schreiben Lisola's vom 24. und 30. October 1648. St. A. (Pol.)

[4] Die Idee, Johann Casimir mit einer österreichischen Prinzessin zu vermählen, war keine neue; als Ferd. III. wenige Monate nach seiner Thronbesteigung seine Schwester Caecilia Renata mit Wladislaw vermählte, hatte die österreichische Prinzessin einer Verbindung Casimirs mit einer Tochter der Erzherzogin Claudia von Tirol das Wort geredet.

[5] Schreiben Lisola's vom 31. Oct. 1648. St. A. (Pol.) Frankreichs Vertreter in Polen war damals Louis Graf später Herzog von Arpajon vergl. Recueil des Instructions données etc. Pologne. Bd. IV. 3 ff.

bemühte sich, von den Plänen seiner Gegner genau unterrichtet, Johann Casimir von jedem entscheidenden Schritte bis nach erfolgter Ankunft Grana's abzuhalten. Seine Auseinandersetzungen machten Eindruck auf Johann Casimir; er erklärte sich zu einer neuerlichen Verzögerung der Antwort auf die französischen Anerbietungen bereit. Wie aber, wenn Grana wiederum nicht kam? „Ich befinde mich hier in einer schrecklichen Lage, schreibt Lisola Ende October 1648 an Trauttmannsdorff, ohne Instruction, ohne Befehl, ohne Geld. Sie können sich denken wie mir zu Muthe sein muss, wenn ich sehe, welche Künste und Schliche von den Gegnern angewendet werden, ohne dass ich etwas dagegen thun kann.“[1] Am Tage nach der Absendung dieses Schreibens traf Grana in Warschau ein.[2] Lisola beeilte sich, demselben ein Bild der Verhältnisse zu entwerfen; sie beschlossen alsogleich zu dem Prinzen Karl zu eilen, um mit demselben über die Bedingungen eines Vergleiches zu verhandeln. Es war zu spät. In seinem Hause fand Lisola ein Schreiben vor, in dem ihm berichtet wurde, dass Prinz Karl mit seinem Bruder bereits ein Abkommen getroffen habe; der Beichtvater des Prinzen bestätigte die Mittheilung. Um wenigstens den guten Willen zu zeigen, begab sich Lisola im Einvernehmen mit Grana zu Karl. Er fand ihn bei Tische, in bester Laune, lachend auf den Antrag der kaiserlichen Vermittelung mit der Bemerkung erwidernd: er danke bestens, er habe vor einer Stunde mit seinem Bruder abgeschlossen.[3] Damit war der Thätigkeit der kaiserlichen Gesandten in dieser Frage eine Grenze gesetzt; was folgte war nichts mehr als leere Formalität. Noch im Jahre 1648 wurde Johann Casimir zum Könige von Polen gewählt. Ferdinand III. nahm die Nachricht mit Freuden auf. „Es hätte nichts besseres geschehen können,“ schrieb er an Lisola.[4] Zu gleicher Zeit griff er den Plan des Gesandten auf, Johann Casimir mit einer österreichischen Prinzessin zu vermählen und befahl demselben sich über die Neigungen des jungen Königs zu informiren. Was Lisola erfuhr, klang nicht sehr Hoffnung erweckend. Man sprach ziemlich allgemein davon, dass Johann Casimir sich mit der

[1] Schreiben Lisola's vom 31. Oct. 1648. St. A. (Pol.) Frankreichs Vertreter in Polen war damals Louis Graf später Herzog von Arpajon vergl. Recueil des Instructions donnés etc. Pologne. Bd. IV. 3 ff.

[2] Grana an den Kaiser. Warschau 2. Nov. 1648. St. A. (Pol.)

[3] Lisola's Bericht vom 14. Nov. 1648. St. A. (Pol.)

[4] Ferd. III. an Lisola. 30. Nov. 1648. St. A. (Pol.)

Wittwe seines Bruders, mit der klugen, ehrgeizigen Maria Louise vermählen werde.[1] Anfänglich wollte Lisola dieser Mittheilung keinen Glauben schenken. Die Königin war ältlich und kränklich, Johann Casimir in früheren Jahren ein Verehrer der Frauenschönheit gewesen. Auch hielt Lisola die vorauszusehende Kinderlosigkeit dieser Ehe für ein in den Augen der Polen schwerwiegendes Argument gegen die Gutheissung derselben.[2] Dazu kam, dass Johann Casimir, so oft Lisola das Gespräch auf diesen Gegenstand lenkte, mit besonderer Wärme von der Königin von Schweden, Christine, sprach; dass er neben dieser wohl der Prinzessin von Montpensier, niemals aber der Königinwittwe von Polen Erwähnung that.[3] Allein schon wenige Wochen später sah sich Lisola genöthigt, dem Kaiser die Mittheilung zu machen, dass das Unwahrscheinliche zur That geworden, dass Johann Casimir sich entschlossen habe, Maria Louise zu heirathen.[4] Für den kaiserlichen Gesandten blieb nach diesen beiden Ereignissen, der Wahl und der Heirath Johann Casimirs, in Warschau nichts wesentliches mehr zu thun übrig. Wiederum begann er die Qualen eines zwecklosen und dabei kostspieligen Aufenthaltes in fernen Ländern zu empfinden; wiederum ergriff ihn Verzweiflung über sein Schicksal, das ihn zur Thatenlosigkeit verdammte, während er vor Begierde brannte, seine Kraft an den grössten Dingen zu erproben. Der Gedanke am Hofe Ludwig XIV. eine segensreiche Thätigkeit nicht nur im Interesse des Hauses Habsburg, sondern auch in dem Europa's entfalten zu können, hatte ihn keinen Augenblick verlassen. Immer wieder kommt er in seinen Schreiben an Trauttmannsdorff und Khurtz auf die ihm in dieser Hinsicht gegebenen Versprechen zurück. „Ich glaube, schrieb er Mitte September 1648,[5] als die Nachricht von der bevorstehenden Unterzeichnung der Friedenstractate zu Münster in Warschau einlangte, mir einen kleinen Antheil an dem Erfolge zuschreiben zu können und hoffe, dass man das erwägen wird. Ich habe zehn Jahre mit geringem Gehalte und unter grossen Mühen in der Hoffnung auf eine Beförderung gedient. Man hat mir Hoffnung auf die Residentschaft in Frankreich gemacht, wenn der Friede zu Stande kommen sollte.

[1] Lisola an den Kaiser. 18. Dec. 1648. St. A. (Pol.)
[2] Lisola an den Kaiser. 2. Jan. 1649. St. A. (Pol.)
[3] Lisola an den Kaiser. 18. Dec. 1648. St. A. (Pol.)
[4] Lisola an den Kaiser. 2. Jan. 1649. St. A. (Pol.)
[5] Lisola an Trauttmannsdorff. 12. Sept. 1648. St. A. (Fried. Act. 85a.)

Jetzt ist die Zeit da, das gegebene Versprechen zu erfüllen. Ich hoffe, man wird an mich denken, an meine grossen Leistungen, an meine Verluste, an meine Kenntnisse der Sprache, Gesetze, Gewohnheiten des Landes, an meine Beziehungen zu den Grossen. Niemand wäre geeigneter als ich für diesen Posten, weil ich in alle Details der zu Münster geführten Verhandlungen eingeweiht bin. Euere Excellenz möge bedenken, dass von allen, welche die Ehre gehabt haben, zu fremden Missionen verwendet zu werden, ich der älteste bin und am meisten gelitten, am wenigsten dafür erhalten habe, dass die anderen, die der deutschen Sprache mächtig sind, im Reiche besser verwendet werden können, während für mich die Sendung nach Frankreich die einzige Rettung ist." Seine Bitten blieben auch diesmal unerhört, seine Gönner mögen, unparteiischer wie er, es nicht gewagt haben, dem Kaiser einen Mann für die Residentschaft in Paris zu empfehlen, der, wie sie wussten, schon damals zu den von Mazarin und von der französischen Regierung bestgehasstesten Menschen zählte. Lisola aber empfand die neuerliche Ausserachtlassung seiner Wünsche überaus schwer. Missmuthig begab er sich zur Krönung Johann Casimirs nach Krakau. Ein mehrwöchentlicher Aufenthalt daselbst zehrte mit Rücksicht auf die in Folge des gesteigerten Bedarfes eingetretene Theuerung seine letzten Mittel auf.[1] Er beschloss daher persönlich um seine Versetzung anzuhalten.[2] Mitte Februar 1649 war er in Wien. Was er daselbst erfuhr blieb noch weit hinter seinen geringen Erwartungen zurück. Er erhielt die erwünschte Residentschaft in Paris nicht; auch nicht die in Brüssel; dagegen vernahm er, dass sein Posten in Polen bereits besetzt sei; das hiess, statt Verbesserung seiner Lage, Brodlosigkeit. Lisola war nicht der Mann das ruhig hinzunehmen. Er forderte eine öffentliche mit aller Strenge geführte Untersuchung. „Denn meine Ehre, schrieb er, die ich höher als mein Leben schätze, gestattet nicht, dass ich ohne Angabe der Gründe abgesetzt werde."[3] Die Energie, mit welcher Lisola für sein gutes Recht eintrat, hatte Erfolg. Seine Bittschrift wurde dem Kaiser vorgetragen und im günstigen Sinne erledigt.[4] Im Juni 1649 wurde er von Neuem mit der Vertretung

[1] Schreiben Lisola's vom 16. Jan. 1649. St. A. (Pol.)
[2] Schreiben Lisola's vom 23. Jan. 1649. St. A. (Pol.)
[3] Memoire Lisola's vom 16. April 1649. St. A. (Pol.)
[4] Erklärung des Kaisers vom 14. Mai 1649. St. A. (Pol.)

des Kaisers am Warschauer Hofe betraut.[1] Gegen Ende des Jahres traf er an demselben ein und verblieb daselbst bis zum Sommer 1651. Zu entscheidenden Verhandlungen ist es in dieser Zeit nicht gekommen. Trotzdem entbehren seine Berichte aus jenen Tagen nicht des Interesses. Für die Kenntniss der inneren polnischen Verwickelungen, wie für die Beziehungen Johann Casimirs zu den verschiedenen europäischen Mächten enthalten sie eine Fülle interessanter Mittheilungen. Sie beweisen aber auch, wie richtig Lisola die polnischen Verhältnisse vom Gesichtspunkte der kaiserlichen Interessen aus beurtheilte. Immer wieder drängt er den Wiener Hof, den Polenkönig im Kampfe gegen die Kosaken zu unterstützen, ihn als Bundesgenossen gegen die anstürmenden Türken, gegen den rachegierigen Georg Rákóczy II. zu betrachten.[2] Und ganz vortrefflich hat er, das Zukünftige vorhersehend, auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die sich für den Kaiser ergeben müsste, falls, wie zu erwarten, die Schweden, Rákóczy, Russen und Kosaken zu gleicher Zeit über das durch innere Kämpfe geschwächte Polen herfallen sollten. Man wird daran nicht zweifeln dürfen, dass Lisola's Berichte Eindruck auf den Wiener Hof gemacht haben; zu entsprechenden Entschlüssen haben sie aber keinen Anlass gegeben. Die Räthe Ferdinand III. sahen nicht so weit, wie der kaiserliche Gesandte; sie erklärten, die Befürchtungen Lisola's hätten keine Realität und wiesen seinen Vorschlag zurück, mit dem polnischen Hofe ein Vertheidigungsbündniss zu schliessen. So sah sich Lisola neuerdings zur Unthätigkeit verdammt. Ertragen wollte er sie jetzt noch weniger als vorher. Seit dem Frühjahre 1651 drängte er auf seine Abberufung. Da er sich bereit erklärte für die Kosten einer entsprechenden Stellvertretung aufzukommen, wurde ihm ein Urlaub gewährt. Im Sommer 1651 war er wieder in Wien. Seine Hoffnung jetzt nach Frankreich gesendet zu werden, erfüllte sich nicht. Dagegen fand er alsbald Gelegenheit seine Kräfte an einer Aufgabe zu versuchen, die sein Interesse vollauf in Anspruch nahm.

Verhältnissmässig rasch haben die Franzosen ihre Forderungen, soweit diese sich auf den materiellen Gewinn bezogen, auf dem Friedenscongresse zu Münster durchgesetzt. Schon im Herbste 1646 hatten die Bevollmächtigten Frankreichs der Regentin die Freuden-

[1] Creditiv vom 26. Juni 1649. St. A. (Pol.)

[2] Schreiben Lisola's vom 27. Nov. 1650. St. A. (Pol.)

botschaft übermitteln können, dass der Rheinstrom Frankreichs Grenze bilden werde. Alle Bemühungen der Kaiserlichen, das was damals festgesetzt worden war zu ändern, scheiterten. Weder mit den Waffen, noch mit Reden vermochten die Vertreter der habsburgischen Interessen etwas durchzusetzen. In derselben Form, in der die Abtretung 1646 beschlossen worden war, ist sie dem Münsterer Vertragsdocumente einverleibt worden. Diese Form zu finden, war nicht leicht gewesen, vornehmlich deshalb, weil beide Theile eine deutliche Vereinbarung nicht wünschten. Auch hat das, was dann als Ergebniss der vielfachen Berathungen in den Artikeln 73, 74 und 87 des Vertragsschlusses zum Ausdrucke gelangte, den heftigen Streitigkeiten kein Ende gemacht, zu denen die Form, in welcher die Abtretung der Reichsgebiete an Frankreich stattfinden sollte, vor und nach der Formulirung der betreffenden Paragraphen Anlass gegeben hatte.[1] Weder über die Stellung des Königs von Frankreich als Oberherrn der ihm im Frieden abgetretenen Reichsgebiete,[2] noch über die der jetzt unter Frankreichs Oberhoheit gelangenden Reichsstände zum Reiche war eine unzweideutige Erklärung erfolgt. Frankreich hatte wohl den Willen gezeigt, als Mitstand des Reiches in den Reichsverband einzutreten; allein die kaiserlichen Gesandten hatten, allzugrosse Beeinflussung der kleinen und kleinsten unter den Reichsständen durch das übermächtige Frankreich fürchtend, auf das entschiedenste dagegen protestirt. Den unmittelbaren Ständen im Elsass waren andererseits ihre Reichsrechte ausdrücklich gewahrt, zu gleicher Zeit aber hervorgehoben worden, dass durch alle besonderen Bestimmungen des Vertrages dem eingeräumten vollen Souveränetätsrechte der französischen Krone nichts entzogen werden solle. An diesem ganzen Vertrage war also, soweit er die elsässische Frage betraf — wie ein neuerer Schriftsteller treffend bemerkt[3] — nur das eine klar, dass weder der Kaiser noch der König von Frankreich eine klare Auseinandersetzung wünschten, dass beide auf die Zukunft hofften, dass der Kaiser an einen dauernden Verlust der an Frankreich überlassenen Länder nicht glauben wollte, während der König von Frankreich das gewonnene Land fester, als es in diesem Augenblicke möglich war,

[1] Die wichtigste Literatur über diese heute noch nicht erledigte Streitfrage ist zu finden bei Lorenz und Scherer, Geschichte des Elsass. III. Aufl. 555 f.

[2] Lorenz und Scherer l. c. 362.

[3] Lorenz. l. c. 363.

an sich zu ketten und als Ausgangspunkt weiterer Eroberungen und wachsenden Einflusses im deutschen Reiche zu betrachten entschlossen war. Gelegenheit zu beiderseitigem Eingreifen ergab sich alsbald. Schon die ersten Schritte der französischen Regierung den 10 Städten gegenüber waren darauf berechnet, die reichsständischen Rechte der neu erworbenen Gebiete zu vernichten.[1] Der neue Gouverneur des Elsass, Heinrich von Lothringen, Graf von Harcourt, vertrat auf das entschiedenste die Rechte der französischen Krone, während die Bedrückten, zum Widerstande gegen jede Gewalt und zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien entschlossen, beim Kaiser, als dem Oberhaupte des Reiches, Zuflucht suchten. Gegen Ende des Jahres 1651 hatten sie ihre in diesem Sinne abgefasste Bittschrift dem Kaiser überreicht.[2] Zu gleicher Zeit hatte Castel-Rodrigo, Spaniens Gesandter, den Kaiser davon verständigt, dass die Garnison von Breisach und deren Commandant Charlevois, der nach dem Tode des früheren Gouverneurs, Jean Louis d'Erlach, in Breisach die entscheidende Rolle spielte,[3] in Conflicte mit dem französischen Hofe gerathen seien und daran die Bemerkung geknüpft, er hoffe, der Kaiser werde die mit Rücksicht auf den in Frankreich wüthenden Bürgerkrieg überaus günstige Gelegenheit sich des Elsass wieder zu bemächtigen nicht unbenützt vorüber gehen lassen. Ferdinand III. war diesem Plane im Principe nicht abgeneigt; allein er glaubte im Hinblicke auf den Zustand seines Reiches und auf die mit Frankreich getroffenen Vereinbarungen äusserst vorsichtig sein zu müssen. Nicht in seinem, sondern im Namen Castel-Rodrigo's wurde daher Lisola, auf den der spanische Gesandte als auf den zur Durchführung dieser Aufgabe geeignetesten Mann hingewiesen hatte, beauftragt, nach dem Elsass zu reisen, über die Stimmung zu berichten, die in den verschiedenen Städten herrsche und sich ein klares Bild über die Verhältnisse in Breisach und von der Zweckmässigkeit einer Verbindung mit den Unzufriedenen zu verschaffen.[4] Voll Eifer für die Sache machte sich Lisola auf den

[1] Vergl. nebst den bei Lorenz l. c. erwähnten Schriften, X. Mossmann, La France en Alsace après la paix de Westphalie. Revue hist. 1893 LI. 26 ff.

[2] Mossmann l. c. 35 f.

[3] Nachfolger Erlachs in der Stelle eines Gouverneurs war Gabriel de Cassagnet Mis de Tilladet, gegen den sich Charlevois, auf die Garnison sich stützend, erhob: vergl. Lettres de Mazarin l. c. IV. 235 ff.

[4] Für das folgende ist zu vergleichen die Denkschrift Lisola's: Relatione del Baron di Lisola di quanto ha operato nella negociatione di Brisach dall anno 1651

Weg. Er besuchte Strassburg, Freiburg, Basel, fand überall Missstimmung über Frankreichs Verhalten, Anhänglichkeit an das Reich. Ueber Charlevois erfuhr er, dass derselbe mit der Regierung Frankreichs wirklich in bedenkliche Conflicte gerathen sei, dass sich die Wittwe des Marschalls Guébriant,[1] der Charlevois immer besonders ergeben gewesen war, bisher vergebens bemüht habe, ihn zur Unterwerfung zu vermögen. An Charlevois persönlich heranzutreten, schien dem Gesandten aber nicht angezeigt, zumal dessen Freunde, an die sich Lisola gewendet hatte, berichteten, Charlevois traue Lisola nicht und wage vorerst nichts entscheidendes zu versprechen. Dagegen eröffnete sich an einem anderen Orte ein erfreulicher Ausblick. Gaspar de Champagne, Graf von Susa,[2] dessen Gemahlin, als Dichterin hoch geschätzt, durch ihre Liebesabenteuer viel von sich reden machte, gehörte zu den vielen Unzufriedenen, welche die in Frankreich herrschende Verwirrung zu benutzen wünschten, um sich eine unabhängigere und glänzendere Stellung zu schaffen. Als Besitzer zweier an der Grenze Frankreichs und Burgunds liegender Plätze, Béfort und Dôle, deren Lage zur Absperrung des Verkehres zwischen Frankreich und dem Elsass überaus geeignet war, schien er Lisola der richtige Mann, die Wiedereroberung des Elsass vorzubereiten. Der Graf von Susa zeigte grosse Neigung sich mit dem Hause Habsburg in Verhandlungen einzulassen; jedoch weigerte er sich, Bedingungen zu stellen; er wünschte dieselben von der Gegenseite zu vernehmen. Lisola begab sich alsogleich zu Castel-Rodrigo nach Regensburg. Er fand ihn etwas kühler; die Lage der Dinge — meinte er — ermögliche es Spanien nicht, bedeutende

---

sin al fine dell anno 1654, die sich in einem Lisola'sche Documente enthaltenden Bande des Staatsarchives in italienischer und spanischer Sprache geschrieben vorfindet. Die italienische Darstellung 497 ff.

[1] Rénee du Bac-Crépin, 1632 vermählt mit Jean-Baptiste Budes Cte de Guébriant. Eine Fülle von Nachrichten über sie, wie über alle in diese Angelegenheit verwickelten Personen findet sich in den Briefen Mazarins, herausgegeben von Chéruel in der Collection de Documents inédits sur l'histoire de France Bd. 3—5.

Ueber die Madame de Guébriant schreibt Mazarin unter dem 29. Mai 1651 Lettres IV. 234: C'est une personne capable de bien servir . . . et asseurement elle est fort fidelle, fort bonne amye, tres-courageuse et a toute la suffisance necessaire pour bien respondre de ce qu'on luy commettra. Vergl. für diese Dame auch Chéruel Hist. de Mazarin II. 65 f. u. a. O.

[2] Erwähnt findet er sich in den Memoiren von Richelieu, Montglat und jenen der Herzogin von Nemours.

Concessionen zu machen, eine grössere Truppenzahl in jene Gegenden zu dirigiren. Vergebens betonte Lisola die Rückwirkung des Abschlusses mit diesem Unzufriedenen auf die übrigen, vor allem auf Charlevois, über dessen schwankende Haltung er ausführlich berichtete. An der Schwerfälligkeit der Spanier, die ihm so oft hindernd in den Weg getreten war und noch öfter seine Pläne durchkreuzen sollte, scheiterte sein Bemühen. Während aber die Spanier zögerten für den Wiedergewinn des Elsass einzutreten, hatten die Franzosen bereits für die Erhaltung der gewonnenen Besitzungen ihre Massregeln getroffen. Insbesondere Mazarin, der über die Vorgänge im Elsass auf das genaueste unterrichtet war und im eigenen Interesse — strebte er ja das Gouvernement von Breisach an[1] — dem Einflusse des Kaisers in diesen Gegenden entgegenzuarbeiten entschlossen war, drängte auf schleuniges, energisches Vorgehen. Es galt vorerst sich Charlevois' zu bemächtigen, von dessen Neigung auf die Seite des Kaisers zu treten und Herr Breisachs zu werden man sich fest überzeugt hielt. Die kluge, intriguengewandte Madame Guébriant, nach vieljähriger Feindschaft mit Mazarin ausgesöhnt, übernahm es, Charlevois, dessen Schwächen sie sehr wohl kannte, unschädlich zu machen.

Auf Wegen, über die zu berichten Aufgabe eines Romanschriftstellers wäre, gelang es ihr über Erwarten schnell, sich des arglosen Mannes zu bemächtigen, der nach Philippsburg geschleppt und dort in Haft gehalten wurde.[2] Der Plan war geglückt. Aber eines hatte man nicht bedacht, den Eindruck, den Charlevois' Gefangennahme auf die Garnison machen werde. Dieselbe empörte sich und forderte, von Lisola, der herbeieilte, angeeifert, die sofortige Freilassung Charlevois'. Dieser hatte unterdess, empört über die ihm angethane Schmach, Mazarin und dessen Helfershelfern Rache geschworen und in der Erkenntniss der eigenen Schwäche sich zum Werkzeuge eines mächtigeren zu machen beschlossen. Es war ein offenes Geheimniss, dass Heinrich von Lothringen, Graf von Harcourt, mit dem Gebahren des französischen Hofes unzufrieden, die günstige Gelegenheit der inneren Verwickelungen zu benutzen dachte, um sich an den Grenzen Frankreichs ein selbständiges Reich zu gründen. Wir sind dem Grafen von Harcourt bereits begegnet; als

[1] Vergl. Lettres de Mazarin l. c. V 87, er erhielt dasselbe im April 1652.

[2] Vergl. die Mémoires de la duchesse de Nemours, Collection Petitot XXXIV. 523 ff.

Gesandter der französischen Regierung erschien er im Jahre 1643 am englischen Hofe, mit allem Eifer thätig, Karl I. zum Vergleiche mit seinem Volke und zur Theilnahme an dem Kriege gegen das Haus Habsburg zu bewegen. Bereits damals konnte er auf eine mit besonderer Auszeichnung zurückgelegte Laufbahn als Heerführer blicken; er hatte wiederholt die Spanier besiegt; hatte vor Casale und Turin Beweise aussergewöhnlicher Tapferkeit und Unerschrockenheit gegeben, und galt am Hofe Ludwig XIII. für eine der hervorragendsten Persönlichkeiten. Von England zurückgekehrt, ohne grössere Erfolge errungen zu haben, hatte er sich von neuem im Kriege ausgezeichnet, war nach dem Abschlusse des westphälischen Friedens dazu ausersehen worden, in Flandern den Kampf gegen die Spanier zu führen und hatte sich in den ersten Jahren der Wirren der Fronde als treuer Anhänger der Königin-Regentin erwiesen. Der französische Hof hatte nicht gezögert, diese Verdienste zu belohnen. 1643 war er Oberststallmeister geworden, nach dem Friedenschlusse von Münster Gouverneur im Elsass und von Philippsburg. Aber dies genügte dem ehrgeizigen Manne nicht; er klagte ununterbrochen über Zurücksetzung, und forderte dringend die Stellung eines Gouverneurs von Breisach. Mazarin, der, wie bereits erwähnt, dieselbe Stelle anstrebte und ihrer Erlangung gewiss war, suchte Harcourt durch Schmeicheleien und anderweitige Anerbietungen von dieser Forderung abzulenken. Harcourt aber blieb fest und trat, von Charlevois aufgefordert, gerne in Unterhandlungen mit diesem, die zur Uebergabe der Stadt Breisach an Harcourt gegen das Versprechen führen sollten, Charlevois in seiner Stellung als Commandanten der Festung zu belassen. Die Drohungen der Breisacher Garnison und der Wunsch Mazarins, jede gewaltsame Ordnung der Dinge zu vermeiden, hatten unterdess zur Freilassung Charlevois', zu seiner Wiedereinsetzung geführt. Um so leichter wurde es ihm, dem Grafen Harcourt die Stadt in die Hände zu spielen. Dem kaiserlichen Gesandten kam diese unerwartete Lösung der Frage sehr ungelegen. Er hatte Breisach den Spaniern in die Hände spielen wollen und sah nun einen Franzosen als Herrn der Stadt, von dessen Unzufriedenheit mit dem französischen Hofe er wohl Kunde hatte, an dessen Geneigtheit, für die Sache des Hauses Habsburg zu wirken, er aber zweifelte. An ihn heranzutreten, wagte er vorerst nicht; es galt Erkundigungen einzuziehen, Harcourts nächste Massregeln abzuwarten, um dann nach dem Stande der Begebenheiten mit ihm

oder wider ihn den Kampf aufzunehmen. Unterdess suchte Lisola die mit dem Grafen von Susa begonnenen Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen. Dies gelang; der Graf verpflichtete sich, seine Plätze und seine Truppen den Spaniern zu übergeben, bei dem Versuche mitzuwirken sich Breisachs zu bemächtigen und die Pässe gegen jedes französische Heer zu vertheidigen. Was er als Ersatz forderte, war nebst Unterstützung mit Geld und Truppen die Garantie seines Besitzes. Lisola eilte mit dem Vertragsprojecte zu Castel-Rodrigo. Aber auch diesmal kam es zu keiner sofortigen Entscheidung; Castel-Rodrigo billigte den Plan, fand aber die Durchführung desselben vorerst zu schwierig; erst als der Graf von Susa, der den Bemühungen Harcourts, ihn für sich zu gewinnen, entschiedenen Widerstand geleistet und mit ausserordentlicher Tapferkeit die gegen ihn heranziehenden Truppen Harcourts zurückgewiesen hatte, neuerdings in Lisola drang, den bereits entworfenen Vertrag zu unterzeichnen und den Anmarsch der spanischen Truppen zu beschleunigen, gab Castel-Rodrigo seine Einwilligung. Die Massregeln zur Durchführung der beschlossenen Unternehmungen wurden getroffen. Lisola wendete sich mit Genehmigung Castel-Rodrigo's an den Generalcapitain der spanischen Niederlande, François Perez Cte de Fuensaldagne, mit der Bitte, eine entsprechende Truppenzahl abzuordnen; zu gleicher Zeit gab er dem Grafen von Susa die besten Hoffnungen. Aber wiederum zeigte sich die Unzuverlässigkeit der Spanier. Der spanische Gouverneur erklärte, nicht einen Mann entbehren zu können. Was half es unter diesen Umständen, dass der Graf von Susa, als Beweis seiner guten Gesinnung, Einfälle nach Frankreich unternahm? Lisola erkannte, dass auf diesem Wege nicht zum Ziele zu gelangen sei. Aufgeben wollte er seinen Plan deswegen nicht. Wollten die Spanier nicht für die Wiedereroberung des Elsass eintreten, so sollte dieselbe mit Hilfe der unzufriedenen französischen Grossen erfolgen.

Während Lisola für den Abschluss mit dem Grafen von Susa thätig war, hatte er seiner Verpflichtung nicht vergessen, auf Harcourt ein scharfes Auge zu haben. Was er über dessen Gesinnung erfuhr, eröffnete ihm die Aussicht auf eine erfolgreiche Verhandlung. Die Uebergabe Breisachs an Harcourt hatte den französischen Hof in grosse Aufregung versetzt. Die Lage der Stadt, die den Schlüssel zum Elsass bildete, gab ihr eine besondere Bedeutung. Schloss sich Harcourt den vielen Feinden an, die Frankreich im inneren

und von aussen her bedrängten, dann drohte der Staatsleitu
Mazarins ernstliche Gefahr. Es lag also ganz in seinem Interes
dass Mazarin immer wieder mit Harcourt in Verhandlungen tr
sich im Laufe des Jahres 1653 zu wiederholten Sendungen
denselben entschloss, ihm grosse Anerbietungen machen lies
Harcourt wies vorerst die Anträge Mazarins zurück. Nicht d
er im Principe einem Vergleiche mit demselben abgeneigt
wesen wäre; allein die Anerbietungen der französischen Kr
waren ihm noch nicht hoch genug; sein Vertrauen in die A
richtigkeit der Erklärungen Mazarins sehr gering. Ihn in die
Ansicht zu bestärken, war daher die wesentlichste Aufgabe,
Lisola zufiel. Es gelang ihm nicht ganz; doch vermochte er H
court zu lebhafterer Führung der Verhandlungen mit Spanien u
mit dessen Verbündeten zu vermögen. In kurzer Zeit hatten
sich über die wesentlichsten Punkte eines Vertrages geeinigt. H
court sollte sich auf die Seite des Kaisers schlagen, sein Regim
und das seines Sohnes aus Frankreich kommen lassen, sich an
Spitze eines Armeecorps von 12000 Mann stellen, — zu dem
Kaiser 4000 Mann und das zur Werbung weiterer 4000 Ma
nöthige Geld hergeben sollte — in Lothringen einfallen, währe
die Spanier und deren Verbündete in den Niederlanden und
Italien den Kampf gegen das durch die Thätigkeit der verbünde
französischen Unzufriedenen geschwächte Frankreich aufnehm
sollten. Ueber die Bedingungen, unter denen Harcourt in
Lager der Verbündeten übertreten sollte, war eine Einigu
vorerst nicht zu erzielen. Mit den Anerbietungen Lisola's w
Harcourt nicht zufrieden, des Letzteren Forderungen dagegen
Besitz des Elsass, Breisachs, Philippsburgs, in unmittelbarer A
hängigkeit vom Hause Habsburg — konnte Lisola, obgleich er
seine Person, im Hinblicke auf die allgemeine Sache, selbst die
Opfer nicht für zu gross gehalten hätte, ohne Einwilligung Cast
Rodrigo's nicht gutheissen. Dieser war über die Erfolge Lisol
hoch erfreut; sein Entgegenkommen bewies er, indem er Harcou
Forderungen, soweit sie nicht das Interesse Spaniens schädigten,
Principe zu billigen erklärte. Breisach aber wollte er nicht im I
sitze Harcourts lassen; was er dafür anbot, war für Harcourt
Fürstenthum in Schwaben, mit Sitz und Stimme am Reichstage, 2

[1] Vergl. dafür die Lettres de Mazarin, Tom V. a. v. O., und die Darstell
bei Chéruel Hist. de Mazarin II 128 ff.

geständnisse auf Kosten des Reiches, deren Früchte in erster Linie den Spaniern zu Gute kommen sollten. Aber auch das genügte dem Ehrgeize Harcourts nicht; er beharrte auf seinen früheren Forderungen, als Zeichen seiner aufrichtigen Gesinnung Weib und Sohn als Geisel anbietend. Wie wenig ernst aber diese Erklärungen waren, wird man am besten daraus entnehmen, dass Harcourt zu eben der Zeit, da er Lisola gegenüber von seinem festen Entschlusse sprach, sich bei genügender Berücksichtigung seiner Sonderinteressen an das Haus Habsburg anzuschliessen, bereits in erneuerte Verhandlungen mit Mazarin getreten war, der, besorgt durch die immer wachsende Zahl von Frankreichs Gegnern, wiederholte ernstliche Versuche machte, Harcourt zur Umkehr zu bewegen, Bitten und Drohungen in geschickter Weise verbindend. Besmaux, der Capitain der Garde Mazarins, brachte die weitgehendsten Zugeständnisse,[1] zugleich aber auch die Nachricht, dass ein starkes Heer bereits im Marsche begriffen sei, das sich zunächst gegen den Grafen von Susa wenden sollte. Harcourt wurde ängstlich; Geld zur Besoldung der Besatzungen von Breisach und Philippsburg besass er nicht, und was das bedeutete, bekam er eben in dieser Zeit zu spüren. Die Breisacher begannen zu murren, die Philippsburger dagegen, durch geschickte Unterhändler Mazarins gewonnen,[2] erklärten sich für Frankreich. Harcourt musste fürchten, dass die Breisacher in Kürze diesem Beispiele folgen würden. Dazu kam, dass das französische Heer gegen den von den Spaniern im Stiche gelassenen Grafen von Susa mit Erfolg vorging, das glänzend vertheidigte Béfort nach dreimonatlicher Belagerung zu Beginn des Februar 1654 zur Uebergabe nöthigte und dann seinen Marsch in der Richtung nach Breisach fortsetzte. Harcourt sah sich genöthigt, eine Entscheidung zu treffen. Nochmals suchte Lisola ihn der allgemeinen Sache zu erhalten, zu einer neuerlichen Verzögerung seiner endgültigen Entschliessung zu vermögen. Harcourt gewährte den Spaniern 3 Wochen Bedenkzeit; zu einer Ermässigung seiner Forderungen war er nicht zu bewegen. Mit diesen Erklärungen eilte Lisola zu Castel-Rodrigo. Er fand ihn wie immer; dem Unternehmen günstig gesinnt, die Verantwortung von sich ablehnend. Fuensaldagne, an den sich Lisola wendete, antwortete gleichfalls wie früher, mit Betheuerungen

[1] **Lettres de Mazarin**, Tom V und VI a. v. O.
[2] **Chéruel** I, c. II. 137.

des guten Willens und mit Bekenntnissen der Unvermögenheit. So verstrichen die 3 Wochen, die zu warten Harcourt versprochen hatte. Nach Verlauf derselben beschloss er, um nicht das Schicksal des Grafen von Susa zu theilen, mit Mazarin sein Abkommen zu treffen. Am 21. Mai 1654 wurde zu Basel der Friede geschlossen.[1] Harcourt erhielt für sich und für seine Genossen Amnestie, 220000 Livres für die Breisacher Besatzung, 100000 für Charlevois, der seine Demission als Lieutenant des Königs geben musste und 150000 Livres jährlich für sich, dazu provisorisch die Stelle eines Gouverneurs im Elsass und von Philippsburg.[2] Den Plänen der Wiedereroberung des Elsass war damit ein Ende gesetzt. Die Durchführung eines bedeutenden Planes war wieder einmal an der Energielosigkeit und an dem Egoismus der verbündeten Gegner Frankreichs gescheitert.[3] Für Lisola aber bedeutete die Beendigung dieser Verhandlungen die Rückkehr nach Wien und damit neuerliche Kämpfe um ein Amt, um eine entsprechende Beschäftigung. Wie oft mag er in dieser Zeit bedauert haben, Heimath und sichere Laufbahn verlassen, der Eingebung gefolgt zu haben, welche ihn glauben liess, dass sein Talent ein zu grosses sei, um im Kampfe um's tägliche Brod zu verkümmern; dass er vom Schicksale dazu ausersehen sei, zum Wohle der Gesammtheit, im Interesse einer grossen Idee zu wirken. 15 Jahre waren vergangen, seit er in den Dienst des Kaisers getreten war und noch immer konnte er auf keinen grossen Erfolg hinweisen. Sollte es ihm nicht beschieden sein, einen solchen zu erringen? Sollte ihm niemals Gelegenheit gegeben werden, zu beweisen, wozu er die Kraft in sich fühlte, dass er die Fähigkeiten besitze, ein hohes Ziel allen Hindernissen zum Trotze zu erreichen, wenn er nur bei seiner Regierung Unterstützung fand? Wie die

[1] Chéruel l. c. 138f.

[2] Er erhielt in der Folge das Gouvernement von Anjou; Mazarin die von ihm abgetretenen, dazu jenes von Breisach, wohin er als Commandanten Henri de Montault, Mis de Saint-Geniez, sendete. Chéruel l. c. 139.

[3] Die Franzosen hatten von der Theilnahme Lisola's an diesen Verhandlungen Kenntniss; so schreibt Mazarin Lettres VI. 152; er hoffe, Harcourt werde mit Freuden die Anerbietungen des Königs annehmen, d'autant plus que tout ce que Lisola, qui est un brouillon, luy peut avoir promis de la part de Castel-Rodrigo, avec qu'il a traité à Ratisbonne, ne peut estre executé, les Espagnols n'ayant ny troupes ny argent, à donner à M. le comte d'Harcourt. Dieses, wie auch die übrigen Schreiben Mazarins beweisen übrigens, wie ausgezeichnet Mazarin über den Gang der Verhandlungen unterrichtet war.

Verhältnisse lagen, schien keine Aussicht dazu vorhanden. Und doch war die Zeit, wo sich sein heissester Wunsch erfüllen sollte, näher als er ahnen konnte. Die grosse Umwälzung, die sich als eine Folge des 30jährigen Krieges im Nordosten Europa's bereits zu vollziehen begann, sollte ihm die Gelegenheit bieten, sein ganzes Können an eine grosse Aufgabe zu setzen, eine Probe seiner Leistungsfähigkeit zu geben. Und diese Probe, er hat sie glänzend bestanden.

Viertes Kapitel.

Der schwedisch-polnische Krieg bis zum Abschlusse des oesterreichisch-polnischen Vertrages vom 1. December 1656.

Wohl selten mag ein Herrscher die Nothwendigkeit, einen theuer erkauften Frieden dauernd zu erhalten, lebhafter empfunden haben, als Kaiser Ferdinand III. in dem Momente, da er durch die Unterzeichnung der Friedensschlüsse zu Münster und Osnabrück dem Kriege, der ein Menschenalter gewährt hatte, ein Ende machte. Denn darüber konnte sich dieser Fürst keinen Augenblick täuschen, dass der kühne Plan einer wirklichen Herrschaft über Deutschland und der Ausübung der Herrscherrechte im alten Sinne ebenso ein Ding der Unmöglichkeit sei, als der von seinem Vorgänger unternommene Versuch, dem habsburgischen Hause die präponderirende Stellung in Europa wieder zu verschaffen, die es einst unter Karl V. innegehabt. Die Geltung aber, die Ferdinand als Kaiser auch nach diesen Einbussen an Macht und Ansehen im Reiche und unter den Grossmächten Europa's besass, konnte er nicht besser wahren und mehren als durch Stärkung seiner Macht als Herrscher Oesterreichs. Und zu einer solchen war wiederum nichts unerlässlicher als ein dauernder Friede. Wie hatten des Kaisers Lande in diesen jammervollen dreissig Kriegsjahren gelitten! Welche Summe von Elend und Entsetzen hatte der Krieg in seinem Gefolge gehabt! Verwüstete Landschaften, verlassene Städte und Dörfer, Strassen, in denen das Gras wuchs, ohne dass Vieh zur Weide vorhanden gewesen wäre; Menschen, die, durch Gewohnheit gegen alle Gräuel abgestumpft, durch Noth und Elend zu Thieren erniedrigt, den tiefsten sinnlichen Genüssen hingegeben, die unbestimmte Lebensfrist

zu geniessen suchten, das war der Anblick, der sich dem Auge des Beobachters bot, der die vom Kriege heimgesuchten Länder betrat. Und wer hätte mehr Gelegenheit gehabt, die verderblichen Folgen des Krieges kennen zu lernen, als Ferdinand III., der, noch ein Jüngling, an die Spitze der kaiserlichen Heere getreten war, der in den Lagern geweilt hatte, wo die nach Abstammung, Sprache, Sitten und Kleidung verschiedenen, nur durch die Hoffnung auf Sold und Kriegsbeute zusammengehaltenen Truppen ihr wildes Leben führten; wer hätte das Unglück eines Krieges tiefer fühlen können als Ferdinand, der Tausende und aber Tausende auf dem Schlachtfelde verbluten oder dem Siechthum anheimfallen gesehen, den selbst ein vieljähriges Lagerleben in jungen Jahren zum Greise gemacht hatte.

Man müsste in der Geschichte Oesterreichs weit vor- oder rückwärts blättern, um zu einem Momente zu gelangen, wo ein ähnlich dringendes Bedürfniss der Ruhe sich bei einem Fürsten geltend gemacht hätte. Am ehesten noch liesse sich die Lage Kaiser Ferdinand III. mit jener vergleichen, in die Maria Theresia gerathen war, als sie nach zwei vieljährigen vergebens geführten Kriegen sich entschloss, dem Plane der Wiedereroberung Schlesiens zu entsagen und ihren Völkern den lang ersehnten dauernden Frieden zu geben.

Aber wie ungleich günstiger stellt sich doch bei näherer Betrachtung die Lage der Kaiserin dar! Indem sie Schlesien aufgab, hatte sie dem Streben ihres feindlichen Nachbars Genüge gethan und nur an ihr lag es, von nun an im Frieden mit ihm zu leben. Von Preussen und den übrigen Grossmächten Europa's in ihrer Existenz nicht mehr bedroht, konnte sie sich ungehindert der inneren Ordnung ihrer Länder zuwenden.

Wie anders Ferdinand! Durch die Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück war keineswegs eine sichere Basis geschaffen, auf der ein friedliches Nebeneinanderleben und Wirken der beiden mächtigsten Fürstenhäuser Europa's hätte stattfinden können. Frankreich hatte mit Spanien keinen Frieden geschlossen. Der Kampf der beiden Nationen dauerte fort und Ferdinand konnte keinen Augenblick sicher sein, ob ihm nicht ein allzu bedrohliches oder siegreiches Vordringen Frankreichs von neuem die Waffen in die Hände drücken werde. Und wie nach aussen hin brachte der westphälische Friede auch für die inneren Verhältnisee keine entgültige Erledigung der strittigen Fragen. Indem der Kaiser die

Aussicht auf eine unumschränkte Herrschaft über Deutschland verlor, wurde er um so eifersüchtiger auf die Wahrung des ihm gebliebenen Ansehens, und die Versuche der bedeutendsten unter den Territorialfürsten, ihr Gebiet zu vergrössern und ihre Macht innerhalb desselben zu stärken, mussten bei ihm auf principiellen Widerstand stossen und konnten in jedem Momente Anlass zu ernsten Conflicten geben. Und dazu kommt noch, dass die Ferdinand drohende Türkengefahr, wie nicht weniger die Vergrösserungsgelüste des Siebenbürger Fürsten für Maria Theresia nicht in Frage kamen, dass diese, durch die von Friedrich II. gewonnene Zusage, ihrem Sohne seine Wahlstimme zu geben, in dieser wichtigen Angelegenheit von vorneherein des Erfolges sicher war, während Ferdinand III. wenige Jahre, nachdem Hippolithus a Lapide an die Deutschen die Mahnung gerichtet hatte, die Waffen gemeinsam gegen das die Freiheit Deutschlands bedrohende Haus zu wenden, es aus den deutschen Landen zu verjagen und sein Besitzthum dem Reichsfiscus zuzueignen, sich auf einen schweren Kampf gefasst machen musste, wenn er seinem Hause die Kaiserwürde erhalten wollte.

Trotz all dieser Schwierigkeiten schien es, als sollte des Kaisers Streben, den Frieden zu erhalten und doch zugleich seinen lebhaftesten Wunsch erfüllt zu sehen, von Erfolg gekrönt werden. Es gelang ihm, die Wahl seines Sohnes zum Reichsnachfolger, allen Bemühungen Frankreichs zum Trotze, wenn auch mit grossen Opfern, durchzusetzen. Da traf ihn der furchtbare, unerwartete Schlag.

Der junge König, der ihm die Last der Regierungsgeschäfte tragen helfen sollte, starb. Anfangs schien die Kraft des Kaisers ganz gebrochen. Ein Venetianer, der uns ein Bild desselben aus diesen Tagen entwirft, schildert ihn, den sonst arbeitsfrohen, wie er, jede Thätigkeit meidend, zurückgezogen, nur durch Musik seine Schwermuth bekämpfend, seine Tage verbringt.[1]

Aber diese Apathie, die den Vater bei dem herben Verluste überfiel, musste der Herrscher überwinden, dem die Sorge um eine grössere Gemeinschaft zukam. Ferdinand hat diese schwere Pflicht des Regenten geübt. Noch bevor die Thränen getrocknet waren, die er um den Verstorbenen geweint, hat er alle Massregeln getroffen, um seinem jüngeren Sohne die Krone zu verschaffen, die das Schicksal dem älteren zu tragen nicht vergönnt hatte.

[1] Relation des Girolamo Giustiniani 1655. Fiedler, F. R. A. II. 26, 387.

Mitten in den Vorbereitungen für diese Angelegenheit lang die Kunde in Wien ein, dass Marie Christine abgedankt und K Gustav den schwedischen Thron bestiegen habe. Um von dem Ei drucke, den diese Nachricht daselbst machte, eine richtige Vorst lung zu gewinnen, ist es unerlässlich, sich den Ruf zu vergege wärtigen, in dem schwedische Soldaten jener Zeit bei den übrig Nationen standen. Es würde schwer zu entscheiden sein, ob d Oesterreicher mit grösserem Grausen von dem Türken als von de Schweden gesprochen hat. Denn mit der Tapferkeit derselben we eiferte seit den Tagen, da Gustav Adolf die Schaaren nicht mehr Zaume hielt, ihre Grausamkeit und bezeichnend genug sang d Volk auf der Strasse das Lied:

Der Schwed ist kumme,
Hat Alles mitg'numme,
Hat d'Fenster 'neing'schlage,
Hat 's Blei davon trage,
Hat Kugle d'raus 'gosse,
Und d'Bauere verschosse.[1]

Und nun die Nachricht, dass ein junger, ehrgeiziger Fürst, ein der Führer des schwedischen Heeres im letzten grossen Kamp Zeuge und Theilnehmer an der schrecklichen Plünderung Prags, d Thron bestiegen.

Der Kaiser fürchtete in erster Linie für die Ruhe des Reich Hatte Karl Gustav ja doch mit der Herrschaft in Schweden au den bremischen Krieg übernommen,[2] und wenn er in jenem Schr ben, in dem er dem Kaiser von dem erfolgten Regierungsantri Kunde gab, von seinem festen Entschlusse sprach, seine Rec nöthigenfalls mit Gewalt durchzusetzen, so konnte das nur dazu b tragen, die Beunruhigung Ferdinands zu steigern.[3] Man begr daher, wie erwünscht es diesem sein musste, als er kurze Zeit rauf die Nachricht empfing, dass Karl Gustav sich mit den Vert tern Bremens geeinigt habe, dass die schwedischen Truppen auf d Rückzuge begriffen seien. Aber er wie seine Räthe täuschten si wenn sie den Rückzug Karl Gustavs für ein Zeichen seiner Fr densliebe ansahen. Er hatte sich blos einen anderen, geeigneter Schauplatz für seine Eroberungspläne gewählt. Mit dem Scha blicke, der ihn auszeichnete, hatte er bald genug herausgefund

[1] Hanser, Deutschland nach dem dreissigjährigen Kriege, 1862, S. 134.
[2] Vergl. Carlson, Gesch. Schwedens IV. 37 f.
[3] Bericht Nani's. Dispacci, St.-A., 26. Januar 1655.

dass für die Stellung Schwedens im europäischen Staatensysteme und insbesondere für die Erhaltung und Erweiterung seiner continentalen Besitzungen nichts wichtiger sei als die völlige Beherrschung des baltischen Meeres. Und zugleich erkannte er, dass der Augenblick gekommen sei, seine Pläne zur Durchführung zu bringen. Polen, in dessen Besitze sich einige der wichtigsten Häfen befanden, hatte mit Russland und mit den Kosaken Krieg zu führen begonnen. Durch innere Parteiungen geschwächt, war es nicht fähig, energischen Widerstand zu leisten. Gleich im ersten Feldzuge fielen nicht nur Smolensk und Mohilew, sondern auch Polotzk, Witepsk und ganz Weiss-Russland in die Hände der Russen. Wie gefährlich aber der Machtzuwachs dieser Nation den Schweden werden musste, war Niemandem klarer als Karl Gustav. Und wenn die Polen sich in ihrer Noth an die Niederlande um Hilfe wendeten, wenn Johann Casimir mit dieser Macht ein Bündniss zu schliessen anstrebte, so konnte das die Furcht Karl Gustavs nur noch steigern, dass ein Anderer die Beute — denn als solche wurde Polen schon damals betrachtet — davontragen werde. Er war aber umsoweniger geneigt, dies zuzugeben, als ihm der Stand der europäischen Verhältnisse günstig wie nur möglich schien, seine Pläne zur Durchführung zu bringen. Den Kaiser wusste er durch die Wahlangelegenheit und durch die Verschärfung des französisch-spanischen Conflictes vollauf beschäftigt; die Niederlande hoffte er durch England im Schach zu halten, den Brandenburger für sich zu gewinnen. So entschloss er sich zum Kampfe. Ein Vorwand für denselben war leicht gefunden. Die polnischen Wasa's hatten es noch nicht über sich bringen können, auf das Erbrecht zu verzichten, das sie auf Schwedens Thron zu haben behaupteten, und die Republik Polen wollte Livland nicht für ewige Zeiten verloren geben. Alle Versuche, die seit dem Waffenstillstande von 1635 unternommen worden waren, auf gütlichem Wege eine Einigung zu erzielen, waren gescheitert. Nur das Schwert konnte in dieser Frage entscheiden. Aber ein unverzeihlicher Fehler Johann Casimirs war es, dass er diesen Kampf gerade in einem Momente zum Austrage kommen liess, wo Russen und Kosaken das Land angegriffen und er selbst sich mit den Grossen seines Reiches überworfen hatte. Er hat dadurch dem Schwedenkönige den erwünschten Anlass geboten, dem Kriege, den er zu beginnen entschlossen war, einen Schein von Berechtigung zu geben.

Als der Kampf der beiden Mächte unvermeidlich gewor war, wendete sich Johann Casimir an den Kaiser. Ein vornehi Officier, Don Diego da Villalobos, erschien in Wien und überreic ein Schreiben seines Herrn, in welchem dieser die unberechtig Forderungen Karl Gustavs schilderte und den Kaiser um s Unterstützung für den in Aussicht stehenden Krieg bat.[1] Al der Kaiser weigerte sich, obgleich die Bitte blos die Erlaubniss zweckte, zwei Regimenter in Deutschland und in den Erbländ werben zu dürfen, auf das entschiedenste, diesem Verlangen entsprechen.[2] Ja noch mehr. Er forderte seinen Gesandten Stockholm ausdrücklich auf, von diesem Entschlusse dem Kör von Schweden Mittheilung zu machen.[3] Er wünschte jeden V dacht zu vermeiden, als ob er sich in den Streit zwischen I Gustav und Johann Casimir mischen wolle. So weit ging s Friedensliebe. Mag sein, dass ihn zu solchem Benehmen auch Hoffnung bewogen hat, dass es doch zuletzt gelingen werde, schwedisch-polnischen Conflict gütlich beizulegen. War dies aber Fall, dann folgte bald die Enttäuschung. Im Siegeszuge führte Schwedenkönig in kürzester Zeit seine Truppen in das Innere Pol Eine Stadt nach der anderen ergab sich. Ganz Europa staunte und schrak über diese Erfolge. Dass Karl Gustav den polnischen Th gewinnen werde, daran zweifelte kaum Jemand mehr. Aber i sprach von mehr. Man dachte an einen Eroberungszug nach R land, ähnlich dem, den sein Enkel dann unternommen hat. A ein Kampf gegen den Kaiser lag nicht ausser dem Bereiche Möglichkeit. Für diesen nun war die Lage nur noch schwier geworden. Dem siegreichen Könige offen entgegenzutreten, sc Ferdinand noch gewagter als vorher. Aber andererseits durfte schon aus Rücksicht auf seine Erbländer der Ausbreitung schwedischen Macht nicht ruhig zusehen, denn mit dem Falle Pol mit der Besitzergreifung dieses Landes durch Karl Gustav wu der Schwede der unmittelbare Nachbar des Kaisers von einer S her, wo keine starken Festungen den Eintritt in das österreichis Gebiet erschwerten und wo die mit der kaiserlichen Regierung zufriedene, zum grossen Theile protestantische Bevölkerung l flüssen von aussen her um so zugänglicher war. In der That w

[1] Schreiben Johann Casimirs vom 16. März 1655. St.-A. (Pol.)

[2] Antwortschreiben Ferdinands an Villalobos, 12. April 1655. St.-A. (Pol

[3] Leopold an Plettenberg, 13. April 1655. St.-A. (Suecica.)

es denn auch diese Rücksichten und nicht die Bittgesuche des Königs und der Republik Polen, welche die Politik des Wiener Hofes bestimmten, ihn zur Rüstung und zu gleicher Zeit zu aufmerksamer Beobachtung der Verhältnisse bewogen.

Karl Gustav hatte unmittelbar bevor er seinen Siegeszug durch Polen antrat, dem Kaiser eine Mittheilung über den Ausbruch des Streites zwischen ihm und Johann Casimir zukommen lassen, sein Benehmen zu rechtfertigen gesucht und im Uebrigen der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass dieses Ereigniss das gute Verhältniss Schwedens zu Kaiser und Reich nicht stören werde.[1] Darauf hatte Ferdinand dem Schwedenkönige seine Vermittelung zur gütlichen Beilegung des Conflictes anbieten lassen. Karl Gustav aber erklärte, er wolle überhaupt keine Mediation. Es geschah nur in der Absicht, diese bittere Pille zu versüssen, dass er zu gleicher Zeit den Kaiser versicherte, er würde, wenn er sich überhaupt zu einer Mediation verstehen könnte, die des Kaisers jeder anderen vorziehen.[2] Das wusste man in Wien. Die Antwort des Schwedenkönigs befriedigte Ferdinand keineswegs. Er schob einen Theil der Schuld seinem Gesandten in Stockholm zu, mit dessen Benehmen er schon seit langem unzufrieden und dessen Abberufung seit einiger Zeit beschlossene Sache war.[3] In der That war Plettenberg nicht der Mann, unter diesen schwierigen Verhältnissen die Interessen seiner Regierung in entsprechender Weise wahrzunehmen. Er war alt und kränklich, auch sonst viel zu wenig geschmeidig, um am Hofe Karl Gustavs, wo der Vertreter des Kaisers ohnehin mit scheelen Augen angesehen wurde, eine hervorragende Rolle spielen und die nothwendigen Kenntnisse von den Plänen des Königs und seiner Rathgeber sich verschaffen zu können.

Lisola, der damals in Wien beschäftigungslos weilte, erfuhr, was der Wiener Hof plante. Sein Entschluss war gefasst. Noch im März 1655 wendete er sich an den Kaiser mit der Bitte, ihm, im Hinblicke auf seine bisherigen Leistungen an Stelle des er-

[1] Das Schreiben ddo. Wolgast, 18. Juli 1655 abgedruckt im Theatrum Europ., VII. 780ff.

[2] Bericht Plettenbergs ddo. Hamburg, 7. August 1655. St.-A. (Pol.)

[3] Die Klagen über Plettenbergs ungenügende Berichterstattung reichen in das Jahr 1654 zurück. Wiederholte Mahnungen hatte der Gesandte mit der Behauptung erwidert, im Hinblicke auf seine Kränklichkeit und des Kanzlers Oxenstjerna Vorgehen nicht mehr erforschen zu können.

krankten Plettenberg mit der Vertretung Oesterreichs am Hofe Karl Gustavs zu betrauen.[1] Zugleich mit diesem Ersuchen legte er seinem Herrn ein ausführliches Gutachten vor, in dem er die Grösse der Gefahr auseinanderzusetzen sich bemühte, die des Schwedenkönigs Vorgehen für Kaiser und Reich in sich berge. „Der Schwede, so lautet seine Behauptung, strebt die Herrschaft über das baltische Meer an. Der Weg, den er jetzt eingeschlagen hat, ist der zweckmässigste. Lässt man ihn gewähren, so erreicht er sein Ziel. Einmal Herr des Meeres, wird er nicht zögern seine Macht über Deutschland auszubreiten, Oesterreich zu überfallen. Alle Verträge werden dagegen nichts helfen. Der Schwede bindet sich an dieselben nur so lange es seinem Vortheile entspricht. An Freunden und Bundesgenossen wird es ihm nicht fehlen. Religiöse Gründe werden die Protestanten Deutschlands, politische Frankreich an seine Seite führen. Wie Richelieu und Oxenstjerna werden sich Mazarin und Karl Gustav im Hasse gegen das Haus Habsburg treffen. Schon scheuen sie sich nicht, offen zu gestehen, was sie wünschen. „Folge Deinem Vater, ruft Gramont seinem Könige zu, wandle unerschrocken den Weg, den er Dir gewiesen und Du wirst Kaiser werden.“ Und Schweden und Protestanten suchen seit langem nach einen Reichsoberhaupte, das ihre religiösen und politischen Ueberzeugungen vertritt. Zaudern heisst in diesem Falle unterliegen. Noch sind die Verhältnisse nicht ungünstig. Aber Eile thut Noth“.[2] Das Gutachten Lisola's machte Eindruck. Sein Anerbieten wurde acceptirt, doch verzögerte sich seine Abreise. Erst Mitte August erhielt er seine Instructionen.[3] Dieselben lauteten nicht so, wie er wünschte. Vom Kampfe gegen Schweden, vom Abschlusse mit Polen, war keine Rede. Der officielle Zweck seiner Mission sollte sein, dem Könige von Schweden die Mittheilung zu machen, dass der Kaiser mit Rücksicht auf die von verschiedenen Seiten seinen Erbländern drohende Gefahr sich entschlossen habe, eine Anzahl kriegsbereiter Truppen an die Grenzen Schlesiens zu senden, zugleich aber im Namen des Kaisers die Versicherung zu geben, dass dieser damit durchaus keine Feindseligkeit gegen den

[1] Memorial Lisola's vom März 1655 s. d. Berichte l. c. 87ff.

[2] Discursus de praesentibus molitionibus Suedorum ac protestantium et sociorum, scriptus Viennae postr. Cal. Martii 1655. St.-A. (Pol.)

[3] Instruction vom 17. August 1655, St.-A., nach den Beschlüssen der Conferenz vom 14. August 1655.

Schwedenkönig bezwecke.[1] In Wirklichkeit aber sollte es seine vornehmste Aufgabe sein, sich über die Pläne Karl Gustavs zu orientiren und darüber nach Wien zu berichten.

Lisola begab sich sofort auf den Weg. Ueber Breslau und Frankfurt an der Oder reiste er nach Stettin, wo er den Schwedenkönig zu finden hoffte. Allein Karl Gustav hatte diese Stadt bereits wieder verlassen, und die Unkenntniss, in der man sich lange Zeit über seinen Aufenthaltsort befand, nöthigte Lisola, einige Zeit in Stettin zu verweilen. Seine Berichte aus diesen Tagen entbehren nicht des Interesses. Ausgebreitete Bekanntschaften verhalfen ihm auch hier zu guten Nachrichten. Vornehmlich war es Graf Benedict Oxenstjerna, mit dem er bereits zu Osnabrück in vertrautem Verkehre gestanden hatte, den er über die Pläne Karl Gustavs auszuforschen suchte. In der That gelang es ihm auch durch geschickte Fragen und durch die ihm eigene Verstellungskunst von Oxenstjerna und von den übrigen in Stettin weilenden schwedischen Ministern und Staatsmännern die eigentlichen Ziele der schwedischen Politik zu erfahren. So gab er denn schon Mitte September dem Wiener Hofe seine Ansicht dahin kund, dass es die Schweden zweifelsohne auf die gänzliche Vernichtung Polens abgesehen hätten, dass die vom Kaiser angebotene Mediation zur gütlichen Beilegung des ausgebrochenen Streites keine Aussicht auf Erfolg habe,[2] und dass es für Ferdinand III. keinen anderen Ausweg gebe, als sich mit Polen und Brandenburg zu verbinden und mit gemeinsamen Kräften den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen;[3] oder aber, falls Ferdinand der Feindschaft Karl Gustavs unter jeder Bedingung aus dem Wege gehen wolle, sich wenigstens durch ein entschiedenes Eintreten für Schweden die Wahl seines Sohnes zum Reichsnachfolger zu sichern.[4] Denn darüber täuschte sich Lisola keinen Augenblick, dass das freundschaftliche Benehmen dem Kaiser gegenüber, das die Schweden zeigten und dessen sie nicht müde wurden sich zu rühmen, nur der Angst einer Verbindung Oesterreichs mit Polen entspringe und nur so lange währen werde, bis Polen gänzlich vernichtet und der Schwedenkönig die Maske ohne Gefahr vom Gesichte werde nehmen können.

[1] Relatio conferentiae 14. August 1655. St.-A.
[2] Bericht vom 13. September 1655, Berichte 100ff.
[3] Bericht vom 6. October 1655, Berichte 110ff.
[4] Bericht vom 19. September 1655, Berichte 106ff.

Und in dieser Ansicht wurde er nur bestärkt, als er Gelegenheit hatte, mit Karl Gustav selbst zu verkehren.

Auf die Schreiben an diesen, in welchen er von seiner Absicht berichtete, an den Hof desselben zu kommen, war keine Antwort erfolgt. Lisola begann seines Aufenthaltes in Stettin überdrüssig zu werden, und da er trotz aller Erklärungen Oxenstjerna's, ihm bei seiner Reise behilflich sein zu wollen, nichts als Verzögerungen durch diesen sich erwachsen sah, beschloss er, allen Gefahren zum Trotze, die ihm in diesen kriegerischen Zeiten drohten, sich auf den Weg zu machen. Ueber Danzig und Marienburg, wo er einen kurzen Aufenthalt benutzte, um verschiedene neue Verbindungen anzuknüpfen, kam er nach Thorn, wo der Schwedenkönig damals weilte. Mit unglaublicher Schnelligkeit hat sich Lisola in die Verhältnisse des Hofes eingelebt. Auch hier kamen ihm seine ausgebreiteten Bekanntschaften sehr zu statten, vor allem die mit dem zu Karl Gustav übergetretenen ehemaligen polnischen Unterkanzler Radziejowski, der am Hofe des Schwedenkönigs seines Ansehens und seiner Bedeutung wegen eine hervorragende Rolle spielte.

Was er von diesem erfuhr, konnte ihn in seiner bereits gefassten Meinung von der Abneigung Karl Gustavs gegen den Kaiser nur bestärken. Zugleich entnahm er aber den offenen Erklärungen Radziejowski's und den mehr verhüllten des schwedischen Kanzlers, dass Karl Gustav den Kaiser nicht nur hasse, sondern auch fürchte und in ihm das bedeutendste Hinderniss bei der Durchführung seiner Pläne erblicke. Diese auf das Genaueste zu erforschen, war nun das Ziel, dass sich Lisola setzte. Es wurde ihm nicht leicht; denn Karl Gustav und die Mehrzahl seiner Räthe suchten ihn über ihre Pläne zu täuschen und ihre Macht als viel grösser darzustellen, als sie in Wirklichkeit war. Allein das gelang ihnen nicht. Viel mehr der Wahrheit entsprechend als der Bericht des französischen Gesandten, der ungefähr zur selben Zeit seinem Hofe von den Plänen des Schwedenkönigs und von den ihm zu Gebote stehenden Mitteln Kunde gab,[1] ist, was Lisola über Karl Gustav und sein Heer berichtete. Seine Schilderung gibt ein klares und zugleich richtiges Bild der grossen Gefahren, denen der kühne Wittelsbacher ausgesetzt war, wenn, was Lisola bezweckte, der Kaiser sich zu einem energischen Eingreifen entschliessen wollte.[2] Und in dieser

[1] Vergleiche Carlson, Geschichte Schwedens, IV., 114.

[2] Bericht vom 18. December 1655, Berichte 120 ff.

Ansicht liess sich der kaiserliche Gesandte auch nicht durch die imponirende Sicherheit irreführen, mit welcher der Schwedenkönig auftrat und der er so viele seiner Erfolge verdankte. Hier war er eben auf einen Mann gestossen, der ihn ganz durchschaute und dessen scharfem Blicke auch die geheimsten Pläne nicht verborgen blieben.

Mit wenig Strichen lieferte Lisola eine meisterhafte Charakteristik Karl Gustavs. Er fand bei ihm, wie Alle, die mit dem eigenartigen Manne verkehrten, glänzende Anlagen und deutliche Zeichen eines hervorragenden Geistes. Er schätzte an ihm sein hochherziges Gemüth, die Ausdauer, mit der er an einmal gefassten Plänen festhielt; er bewunderte an ihm die unermüdliche Schaffenskraft und den im Unglück ungebrochenen Muth. Aber ihm entging nicht, dass hinter der Ruhe, mit der Karl Gustav dem Gange der Ereignisse zu folgen schien, eine glühende Leidenschaft, dass hinter dem Gleichmuthe, den er in seinem Gesichte zur Schau trug, ein verzehrender Ehrgeiz verborgen lag. Und wie den König, so durchschaute der kaiserliche Gesandte auch dessen Räthe und gab dem Kaiser ein getreues Bild der Parteiungen, die unter ihnen bestanden, und der Interessen, die das Thun und Lassen derselben bestimmten.

Während Lisola so damit beschäftigt war, seinem Hofe genaue Kunde über die Pläne des Schwedenkönigs zukommen zu lassen, war es in Wien unter der Einwirkung fremder, ganz verschiedenartiger Einflüsse zu neuen Berathungen gekommen. Einerseits setzte Karl Gustav seine Bemühungen fort, Ferdinand von einem entscheidenden Eingreifen zu Gunsten Polens abzuhalten. Er sandte dem Kaiser zu Ende des Monates October einen Bericht über die Erfolge des Feldzugs und rieth demselben, mehr fordernd als bittend, von jeder Einmischung in die nordischen Conflicte abzustehen.[1] Und ähnlich lauteten die Reden seines Residenten, der nicht genug von den Siegen seines Herrn zu erzählen wusste und nicht müde wurde, die Macht desselben zu preisen.[2] Andererseits bemühten sich die Polen[3] und der Kurfürst von Brandenburg, den Kaiser für eine anti-schwedische Politik zu gewinnen; die Polen, indem sie

[1] Schreiben Karl Gustavs vom 25. October 1655, abgedruckt bei Pufendorf, De rebus gestis Caroli Gustavi, L. II, §. 73, S. 112.

[2] Bericht Löbens 13./23. October 1655, Urkunden und Acten VII. 420.

[3] Nicht nur Johann Casimir, sondern auch eine Reihe der hervorragendsten Grossen forderten in immer neuen Schreiben die Hilfe des Kaisers. St. A. (Pol.)

auf die Gefahren hinwiesen, die den Erbländern aus dem Untergange ihres Staates erwachsen würden und indem sie dem Kaiser für seine Hilfe die Krone anboten;[1] der Kurfürst von Brandenburg, indem er für den Fall der Weigerung Ferdinands mit dem Anschlusse an Schweden drohte. Für die Wiener Regierung war es unter solchen Verhältnissen nicht leicht, eine Entscheidung zu treffen. Zwar über die wahren Absichten der Schweden täuschte sich dieselbe nicht. Sie war empört über die Kühnheit, mit der Karl Gustav vom Kaiser sogar Freude über seine Erfolge forderte.[2] Für einen offenen Krieg mit Schweden jedoch hielt sich die Wiener Regierung, trotz aller Anstrengungen, die gerade in diesen Jahren gemacht wurden, das Heer zu verstärken, nicht genügend gerüstet, und das Land war zu verwüstet, die Bewohner waren zu arm, die Staatscassen zu erschöpft, als dass man für die nächste Zeit auf eine bedeutende Besserung hätte rechnen dürfen.[3] Und dazu kam, dass die französisch-spanischen Verwickelungen immer grössere Dimensionen annahmen, dass auch Cromwell zu Spaniens offenen Feinden sich gesellte, dass Ferdinand durch ein entschiedenes Eintreten für die Polen in deren Conflicte mit Schweden sich eines Bruches des Osnabrücker Friedens schuldig zu machen und dadurch eine Spaltung im Reiche und unter den Kurfürsten hervorzurufen fürchtete, was er gerade damals im Interesse der Wahl seines Sohnes zu vermeiden wünschte. Keinesfalls aber konnten die leitenden Minister in Oesterreich sich verhehlen, dass die Gefahren für Kaiser und Reich, von denen Polen und Brandenburger und alle die sprachen, welche den Anschluss Oesterreichs an Polen wünschten, wirklich

[1] Veranlassung dazu gab der kurz zuvor erfolgte Tod Karl Ferdinands, des einzigen Bruders des kinderlosen Johann Casimir. Es wurde am Wiener Hofe ernstlich über diese Angelegenheit berathen, die Gründe für und wider erwogen. Ein „Estratto del parere sopra l'accettare ò repudiare la corona e protettione del Regno di Polonia. Graz 17. August 1655" kommt zu dem Ergebnisse, für die Annahme zu stimmen. St. A. (Pol.) Für diese polnische Successionsfrage vergl. die Literatur bei O. Krebs, Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl im Jahre 1669. Zeitschrift der hist. Gesellschaft der Provinz Posen, III. Bd. 1888. p. 152, Anm. Dazu Urk. u. Act. VII—IX, insb. IX 355 f. und die Arbeit K. Waliszewski's: Les relations diplomatiques entre la Pologne et la France au XVII. siècle. Paris 1889.

[2] Gutachten vom 11. Nov. 1655. St. A. (Pol.)

[3] Auf alle diese Dinge wurde in den Conferenzen vom 5., 16. Sept. und in den Antworten hingewiesen, die man Johann Casimir und seinen Vertretern gab.

drohten, und dass die Versprechungen der Polen, insbesondere das Angebot der Krone, wohl eines Opfers werth waren.

In diesem Bestreben, mit Karl Gustav nicht zu brechen und Polen doch nicht gänzlich fallen zu lassen, entschloss sich die Wiener Regierung nochmals den Ausweg einer Mediation zu ergreifen.[1] Graf Pötting sollte dem Schwedenkönige, Graf Kufstein dem Könige von Polen Mittheilung von diesem Anerbieten des Kaisers machen. Kaum ist anzunehmen, dass Ferdinand und seine Räthe auf eine günstige Erklärung Karl Gustavs rechneten; vielmehr dürften sie diesen Ausweg nur ergriffen haben, weil sie die weitere Entwickelung der Verhältnisse abzuwarten wünschten, weil sie auf eine Aenderung in der Lage, auf einen Sieg der Polen, auf die Unterstützung derselben durch Brandenburg und durch die Staaten rechneten und im schlimmsten Falle durch eine Verzögerung der zu gewährenden Unterstützung nichts zu verlieren glaubten.[2] Aber eben darin lag, wie uns dünkt, der Irrthum der Wiener Regierung. Indem dieselbe hoffte, auf gütlichem Wege oder durch die Kräfte Anderer zu erreichen, was zu erzielen nur durch eigenes thatkräftiges Eingreifen möglich gewesen wäre, ging der Augenblick vorüber, in dem die Einigung der von Schweden bedrohten Mächte leicht und zum bleibenden Vortheile Oesterreichs hätte stattfinden können. Denn es unterliegt nach alle dem, was wir jetzt über die Pläne Friedrich Wilhelms von Brandenburg gegen Ende des Jahres 1655 von verschiedenen Seiten her wissen, keinem Zweifel, dass derselbe damals, wo für ihn Alles auf dem Spiele stand, mit Freuden in eine Einigung mit Oesterreich selbst unter grossen Opfern gewilligt hätte.[3] Aber auf all' die Anerbietungen, die sein Gesandter für die Gewährung einer mässigen Unterstützung machte und für die auch einige Minister Ferdinands auf das Bestimmteste eintraten,[4] erfolgten schliesslich doch

[1] Conferenzprotocoll vom 14. November 1655. St.-A.

[2] Dies war auch der Eindruck, den die Beschlüsse der Wiener Regierung auf den damals in Wien weilenden venetianischen Gesandten machten, dem einer der hervorragendsten Minister erklärte, dass diese Mission nur unternommen worden sei, um sich den Polen gefällig zu erweisen, dass man aber von der Erfolglosigkeit derselben überzeugt sei. Bericht Nani's vom 27. November 1655, Dispacci. St.-A.

[3] Ueber die Versuche Brandenburgs, den Kaiser zur Einigung gegen Schweden zu vermögen, siehe insbesondere Urkunden und Acten VII. 440 ff.; Erdmannsdörffer Deutsche Geschichte 1648—1740. 238 ff.

[4] In der Instruction für Bonin, den Friedrich Wilhelm im November 1655 nach Wien sandte, erklärte sich der Kurfürst bereit, dem Kaiser zur Krone Polens

nur ausweichende Antworten. So sah sich der Kurfürst genöthigt, um sein Reich zu retten und dem geplanten Unternehmen, der Erwerbung der Souverainetät in Preussen, treu zu bleiben, mit dem Manne, in welchem er seinen Rivalen erkennen musste, einen Vertrag einzugehen, der seine Politik an die Karl Gustavs knüpfte und derselben eine von der früheren gänzlich verschiedene Richtung gab.

Gerade in den Tagen, da die Einigung Friedrich Wilhelms mit Karl Gustav erfolgte, langte Graf Pötting in Elbing an.[1] Mit den Verhältnissen gänzlich unvertraut, überliess er Lisola die Durchführung des ihm gewordenen Auftrages. Dieser hat vom ersten Augenblicke an sich über den zu erwartenden Misserfolg keiner Täuschung hingegeben. Er wusste, dass Karl Gustav die Antwort auf das Ansuchen Ferdinand III. verzögern und nur im Falle ihn und sein Heer Unfälle ernstester Art treffen würden, die Mediation des Kaisers annehmen, dass dieser für seine Bemühungen, die streitenden Parteien zu vergleichen, nur Spott und Schande ernten werde.[2] Dass er trotzdem nicht verabsäumt hat, die Befehle des Wiener Hofes auszuführen, dass er unermüdlich im Dienste des Kaisers thätig war, zeigen seine Berichte aus dieser Zeit. Ja, er that der furchtsamen Wiener Regierung gelegentlich zu viel. In Warschau, wohin er, um dem Hofe Karl Gustavs näher zu sein, mit Pötting gereist war, gelang es ihm, Radziejowski für die Idee der kaiserlichen Mediation zu erwärmen.[3] Sobald man davon in Wien Kenntniss erlangte, erhielt er Befehl, sich ja nicht zu sehr einzusetzen, vor Allem den Anschein zu meiden, als ob der Kaiser in eigenem Interesse die Mediation suche.[4] Diese übertriebene Furchtsamkeit, diese Angst vor einem entscheidenden Schritte war aber eben das, was die kaiserliche Macht in den Augen der Schweden am meisten discreditirte. Man kann aus den Briefen Lisola's deutlich ersehen, dass Karl Gustav und seine Räthe diese friedliebende Stimmung Ferdinand III. richtig deuteten, dass sie aus den Reden der kaiserlichen Gesandten nicht auf Wohlwollen, sondern auf Schwäche schlossen und daraus für sich die Berechtigung ableiteten, die

zu verhelfen, wenn ihm im Falle des Erfolges das herzogliche Preussen überlassen werde. Urkunden und Acten VII. 424.

[1] Bericht Pöttings vom 1. Februar 1656. St.-A.

[2] Bericht Lisola's vom 1. Februar 1656. Berichte 136 f.

[3] Bericht vom 23. Februar 1656. Berichte 143 ff.

[4] Conferenzprotocoll vom 21. März, 1656. St.-A.

Oesterreicher als ungefährlich zu verspotten.[1] Allerdings, eine Zeit lang standen ihre Angelegenheiten nicht so, dass sie dies hätten thun dürfen.

Um durch einen Winterfeldzug dem Kriege ein rasches Ende zu machen, war Karl Gustav, allen Unbilden der Jahreszeit, allen vom Feinde drohenden Gefahren trotzend, mit seinem an Zahl unbedeutenden Heere nach dem Süden Polens gezogen. Hier nun gerieth er, nachdem seine Truppen durch Hunger, Kälte und Ermüdung beinahe aufgerieben waren, in die peinlichste Situation. Nur seiner ausgezeichneten Kriegskunst und der unglaublichen Nachlässigkeit der Polen, für deren Benehmen Lisola nicht Worte genug des Tadels finden kann, verdankte er seine Rettung. Während dieses Unternehmens hatte man wochenlang in Warschau, wo der König einen Theil seines Heeres und die Mehrzahl seiner Generäle zurückgelassen hatte, keine sichere Nachricht über sein Befinden. Was an Gerüchten in die Stadt drang, klang traurig genug. Bald sprach man von schweren Niederlagen, die er erlitten, bald von seinem Tode.[2]

Das war der Moment, wo Lisola an einen Erfolg seiner Mission dachte, wo er in freudiger Stimmung seinem Hofe schrieb: „Die Lage der Schweden ist eine derartige, dass sie die kaiserliche Mediation nicht nur nicht zurückweisen können, sondern dieselbe, wenn sie ihnen nicht angeboten worden wäre, selbst suchen müssten".[3]

Allein dieser günstige Augenblick ging, wie Lisola gefürchtet, unbenutzt vorüber. Schon wenige Tage darauf jubelten die Schweden, die ihren König allen Gefahren glücklich entronnen wussten, und bald keimten wieder die weitgehendsten Pläne in den Köpfen dieser nimmermüden Soldaten, denen keine Gefahren, keine Strapazen des Krieges zu viel waren, die an dem ganzen Unternehmen nur das Eine bedauerten, dass das von Freund und Feind bereits ausgesaugte Land die Mühe nicht lohne und daher ihre begehrlichen Blicke auf das fruchtbarere und zur Erhaltung grosser Heere geeignetere Deutschland richteten.[4]

---

[1] Berichte vom 23. März und 8. April 1656. Berichte 151 ff.

[2] Bericht vom 23. März 1656. Berichte 151 f.

[3] Bericht Lisola's vom 18. April 1656. Berichte 153.

[4] Bericht Lisola's vom 17. April 1656. Berichte 158 f. Ueber den Zug Karl Gustavs vergleiche die schöne Schilderung bei Lisola, Berichte 153 ff.

Mit der Rückkehr des Schwedenkönigs nach Warschau war die Möglichkeit gegeben, die Verhandlungen bezüglich der kaiserlichen Mediation wieder aufzunehmen. Die Gesandten Ferdinands unterliessen auch nicht, auf eine Entscheidung zu drängen. Zu ihrem Leidwesen wieder ohne Erfolg. Allerdings, die Audienz wurde ihnen gewährt, denn sie zu verweigern gab es keinen Grund. Im Uebrigen aber wurde seitens der Schweden wieder nach Ausflüchten gesucht, um die Entscheidung zu verzögern. Einerseits sollte der Rath der Senatoren erforderlich sein, andererseits aber eine unaufschiebbare Reise den König nöthigen, die Stadt für einige Zeit zu verlassen und diese Berathung bis nach seiner Rückkehr zu verschieben. Als ob die principielle Entscheidung in der Frage, ob man die Mediation des Kaisers zulassen wolle oder nicht, einer längeren Ueberlegung bedürftig gewesen wäre.

Die schwedischen Minister scheinen selbst die Nichtigkeit dieser Einwände erkannt zu haben, denn Björnclaw — einer der vornehmsten unter ihnen — bezeichnete in einer längeren Unterredung mit Lisola — natürlich hob er ausdrücklich hervor, es geschehe das nicht im Auftrage des Königs — als vornehmstes Bedenken gegen die Annahme der kaiserlichen Mediation die Furcht Frankreich und Holland zu beleidigen, die sich schon früher zur Vermittelung des Friedens erboten und denen man dieses Amt bereits übertragen hätte. Lisola wusste, was die Rede Björnclaw's besagte. Er war sich keinen Augenblick darüber im Unklaren, dass die Schweden die Mediation des Kaisers mehr wie die irgend eines anderen Fürsten zu vermeiden wünschten. Er wusste ja, dass sie fürchteten, der Kaiser könnte sich dadurch die Polen verpflichten und von diesen um so leichter das Zugeständniss der Nachfolge in ihrem Reiche erwirken, welche, wie man damals allgemein — wenn auch mit Unrecht — annahm, der Kaiser auf's Sehnlichste erstrebe. Nichts aber hätte die Pläne der Schweden mehr durchkreuzen können als die Herrschaft des Kaisers in Polen. Ein schwaches Polen war ja die unerlässliche Bedingung einer gedeihlichen Entwickelung der schwedischen Herrschaft auf dem Festlande, und Polen schwach zu erhalten, dazu gab es kein besseres Mittel, als das Königthum gänzlich abzuschaffen, oder einem von Schweden abhängigen Fürsten die Krone zuzuwenden. Es hat daher einen hohen Grad innerer Wahrscheinlickeit in sich, was Lisola in diesen Tagen seinem Hofe meldete, dass Karl Gustav daran gedacht hat, falls der Krieg zu

seinen Ungunsten ausfallen sollte, sich nach Preussen zurückzuziehen, um dort mit den Polen über einen Frieden zu verhandeln, dessen vornehmste Bedingung die Abschaffung des Königthums oder mindestens die Absetzung Johann Casimirs bilden sollte.[1]

Allein trotzdem Lisola, wie wir gesehen, die Absichten des Schwedenkönigs und seiner Räthe durchschaute, durfte er mit Rücksicht auf die ihm ertheilten Befehle und auf den Stand der Dinge nicht wagen, seine wahren Gefühle und Neigungen zum Durchbruche kommen zu lassen. So wurde denn auch von den beiden Vertretern Kaiser Ferdinand III. der Beschluss gefasst, sich den verletzenden Bestimmungen Karl Gustavs zu fügen und die Rückkehr desselben in Warschau abzuwarten. Dieser beeilte sich nicht allzusehr, seinem Versprechen nachzukommen. Er hatte zwar von einem kurzen dringenden Geschäfte gesprochen, begab sich aber weit von Warschau weg, mit dem Vorsatze, in erster Linie die Eroberung Danzigs zu versuchen, während er seinen Bruder, von einigen der tüchtigsten Generäle der Armee umgeben, in Warschau zurückliess. Gegen dieses rückte das Heer der Polen heran. Es kam zur Belagerung der Stadt. Man lese, um eine richtige Vorstellung von der trostlosen Lage der Schweden und von dem Elend zu erhalten, das unter den Soldaten und unter den Bewohnern herrschte, den Bericht, welchen Lisola, wenige Tage, nachdem er Warschau verlassen, an seinen Hof gesendet hat.[2] Siebzehn Tage hindurch waren die Vertreter Ferdinands Zeugen und Theilnehmer der Qualen gewesen. Verschimmeltes Brod, gedörrtes Fleisch war ihre Nahrung, theuer erkauftes Wasser ihr Getränk. Der Kriegslärm und das Stöhnen der Sterbenden hinderte sie am Schlafe und ihre ersten Blicke am frühen Morgen fielen auf entstellte Leichname. Einige ihrer Leute raffte das ‚schwedische Fieber' dahin, andere waren dem Tode nahe; ihre Pferde gingen — soweit sie ihnen nicht gestohlen wurden — aus Mangel an Nahrung zu Grunde.

So gross aber auch diese Mühen waren, die Gesandten hätten sie willig noch ferner ertragen, wenn es im Interesse ihres Herrn gelegen wäre. Allein dem war nicht so. Karl Gustav kehrte nicht zurück und die Gesandten waren daher, von allem Verkehre abgeschlossen, ohne Nachrichten von ihrer Regierung, zu einer Un-

[1] Bericht Lisola's vom 22. April 1656. Berichte 161 ff.
[2] Bericht Lisola's vom 3. Juni 1656. Berichte 170 ff.

thätigkeit verdammt, welche dem Kaiser nichts nützen konnte, und ihnen unerträglich wurde. So entschlossen sie sich, die Stadt zu verlassen, sich in's Lager der Polen zu begeben, um von dort, sobald sie Näheres über den Aufenthaltsort Karl Gustavs in Erfahrung gebracht, zu ihm zu eilen. Hier nun, im polnischen Lager, erhielt Lisola Kunde von einem Ereignisse, das ihm von der grössten Bedeutung zu sein schien und die Ueberzeugung aufnöthigte, dass nur durch ein energisches Eingreifen des Kaisers in die Verhältnisse die grosse Gefahr abgewendet werden könne, die dem Reiche und Ferdinand insbesondere drohte. Es war dies die Nachricht von den Bemühungen Frankreichs, auf den Gang des schwedisch-polnischen Krieges einen massgebenden Einfluss auszuüben. Das Unternehmen Karl Gustavs hatte von allem Anfange an nicht den Beifall der französischen Regierung gefunden. Es stimmte zu den Plänen nicht, welche der Leiter der französischen Politik gefasst hatte. Mazarin hatte dem Schwedenkönige in dem grossen Streite, den er mit dem Hause Habsburg auszutragen im Begriffe stand, eine entscheidende Rolle zugedacht, und das selbstständige Vorgehen des jungen Fürsten, der durch den Krieg im Nordosten Euopa's eine bedeutende Kraft dem französischen Unternehmen entzog, entsprach daher seinen Wünschen nicht.[1] So war es denn auch das Bestreben Mazarins seit dem Ausbruche des schwedisch-polnischen Conflictes gewesen, denselben in einer beiden Mächten genehmen Weise beizulegen und die Thätigkeit Karl Gustavs auf das deutsche, speciell auf das österreichische Gebiet zu lenken. Welchen Erfolg diese Bestrebungen haben würden, das hing einzig und allein vom Gange der Ereignisse ab. Karl Gustav war gewiss kein Freund der Franzosen. Ihm behagte vor Allem die abhängige Stellung nicht, in die ihn diese zu bringen wünschten. Im Bunde mit ihnen einen Krieg zu führen, sich von ihnen mit Geld oder Truppen unterstützen zu lassen, wie Gustav Adolf gethan, dazu

[1] Unmittelbar nach dem Tode Karl Gustavs äusserte sich Mazarin über denselben in einem Schreiben an Gravel. Paris, 29. März 1660: Vous sçavez combien de peines, d'embarras et quelquefois de mauvaises satisfactions l'humeur du feu roy nous a donné; combien peu il deferoit à ses amis et à leurs conseils et encore plus qu'elle difficulté on remontroit à le pouvoir jamais contenter quelque chose qu'on fit à son avantage. Je dis tout cecy sans reproche et au contraire j'auray tousjours beaucoup de respect pour la memoire d'un Prince, à qui on ne peut nier, que le ciel n'eut donné de grandes qualités personelles et entre autres d'un esprit sublime, d'une valeur extreme et d'une ame enfin née aux grandes choses. P. A.

wäre er gerne bereit gewesen. Aber als Gleichberechtigter, nicht als Untergebener, wollte er mit den Franzosen verkehren. Ihm schien das Verhältniss, in dem die Heere der Königin Christine zu denen Frankreichs in der Zeit des grossen Krieges gestanden, ein schmähliches, unerträgliches.[1] Man begreift, wenn man sich dieser Thatsache bewusst wird, das Benehmen Karl Gustavs in den ersten Zeiten des Krieges, als er Sieg auf Sieg erfocht. D'Avaugour, Frankreichs Vertreter, der ihm noch vor Ausbruch des Kampfes eine Einigung mit Polen vergebens vorgeschlagen hatte, fand auch im Lager nicht die Beachtung, die er beanspruchen zu können meinte. ‚Der König theilt seine Pläne seinen Freunden nicht mit,' schreibt er nach Paris; ‚er hört kaum ihre Vorstellungen, sieht nur auf sein Interesse und auf das derjenigen, welche ihm dienen wollen.'[2] Allein bald darauf änderte sich die Lage der Dinge. Ereignisse traten ein, die dem Schwedenkönige, der, durch die zu Beginn des Krieges leicht erfochtenen Siege getäuscht, sich immer tiefer in die Kriegswirren eingelassen hatte, zeigten, dass es doch nicht so angehe, auf die schwachen Kräfte Schwedens allein gestützt, die Welt erobern zu wollen. Die Verlegenheiten, in die er gerieth, mehrten sich zusehends. Der Feldzug nach dem Süden Polens war, so viel Ruhm ihm derselbe auch einbrachte, missglückt. Karl Gustav hatte bei demselben den grössten Theil seiner Truppen eingebüsst, die zu ersetzen bei dem herrschenden Geldmangel unmöglich war. Er hatte den Polen Gelegenheit gegeben, sich zu stärken und sich selbst die Feindschaft des Grossfürsten von Moskau zugezogen, dem seine weitgehenden Pläne gefährlich schienen und der gerade in dieser Zeit, nicht zum Wenigsten durch die Bemühungen der kaiserlichen Gesandten, offen gegen Schweden Stellung nahm.[3] ‚Das ist ein schwerer Schlag,' schrieb Erich Oxenstjerna, der Reichskanzler, ‚der trifft bis auf die Haut.'[4] Und in der That ist nicht abzusehen, wie Karl Gustav den ihm drohenden Gefahren hätte begegnen können, wenn ihm nicht die verschiedenen Interessen der Gross- und Klein-

[1] Ueber Frankreichs Stellung im schwedisch-polnischen Kriege vergl. Cheruel, Histoire de France sous le ministère de Mazarin, II. 273 ff. und III. 350 ff., leider ohne entsprechende Benutzung des vorhandenen Materiales.

[2] Carlson, Geschichte Schwedens, IV. 111.

[3] Ueber diese österreichisch-russischen Beziehungen in der Zeit des schwedisch-polnischen Krieges vergl. Pribram: „Die österreichische Vermittelungspolitik im polnisch-russischen Kriege." A. f. K. ö. G. LXXV. 415 ff.

[4] Carlson l. c. IV. 145.

staaten Europa's einen mächtigen Rückhalt in den Zeiten der Noth geboten hätten.

Das war es aber eben, was er gleich anfangs erkannt und was ihn vermocht hatte, sich mit seinen geringen Mitteln in einen so gefahrvollen Krieg einzulassen. Er zweifelte nicht daran, dass er Frankreich zu einer kräftigen Unterstützung bereit finden werde, wenn er sich zum Frieden mit Polen, zum offenen Kriege gegen Oesterreich entschliessen wollte. Er kannte auch das Zugeständniss, gegen das Holland seine Feindschaft gegen Schweden aufgeben, gegen das der Brandenburger zu einer energischen Theilnahme an den Operationen Schwedens sich verstehen würde. Und noch weilten die Gesandten Kaiser Ferdinand III. in seinem Lager, bereit auf seine zustimmende Erklärung das Friedenswerk sofort in die Hand zu nehmen.

Solange es möglich schien, ohne die Hilfe einer dieser Parteien die gefassten Pläne zur Durchführung zu bringen, hatte Karl Gustav gezögert, die Entscheidung zu treffen. Jetzt aber nöthigte ihn die Gewalt der Verhältnisse, sich einer derselben anzuschliessen. Für den Fortgang des Krieges nicht nur, sondern auch für die Entwickelung der europäischen Verhältnisse überhaupt war es von der grössten Bedeutung, wie diese Entscheidung ausfiel.

Keinem war dies klarer als Lisola. Daher seine Besorgniss, als er erfuhr, dass einer der Vertreter Frankreichs, der Ritter Terlon, auf dem Wege in's polnische Lager sei, um hier im Namen seines Königs die Friedensvermittelung anzubieten, als er zugleich die Sehnsucht der Polen nach Frieden und ihre Unzufriedenheit über das zögernde Benehmen des WienerHofes zu erkennen Gelegenheit fand, als er nicht mehr daran zweifeln konnte, dass sie es mit ihrer Drohung ernst meinten, wenn sie vom Kaiser keine Unterstützung erhoffen könnten, selbst mit der Aufopferung Preussens Frieden zu schliessen. Deutlicher als die meisten Rathgeber des Kaisers sah er die verderblichen Folgen voraus, welche eine derartige Ausbreitung der schwedischen Macht und die damit verbundene Stärkung derselben für das Reich und dessen Oberhaupt insbesondere haben musste. Und doch durfte er nicht hoffen, dass die Wiener Regierung sich zu dem einzigen Schritte entschliessen werde, der unter den gegebenen Verhältnissen die Möglichkeit bot, den Gefahren zu entrinnen, welche der Herrschaft des habsburgischen Hauses drohten, der allein auch der Stellung würdig gewesen wäre, die Ferdinand im Reiche und unter den Fürsten Europa's einnahm.

Wäre Lisola ein Höfling gewesen, wäre ihm in erster Linie die eigene Beförderung am Herzen gelegen, so hätte er sich gefügt und eine Politik gutgeheissen, die, wie er wusste, der friedlichen Gesinnung des Kaisers entsprach. Aber so hoch schätzte er den Werth persönlicher Gunstbezeugungen nicht, dass er das Staatswohl dem persönlichen Interesse geopfert hätte. Von dem Augenblicke an, da er einsah, dass an eine gütliche Beilegung des schwedisch-polnischen Conflictes nicht zu denken sei, hat er ununterbrochen und mit rühmenswerthem Freimuthe für den offenen Krieg gegen Karl Gustav gesprochen. Wie auch die Lage in Polen sich gestaltete, vor und nach der Schlacht bei Warschau, immer schliessen die Betrachtungen Lisola's über die Politik, die seiner Ansicht nach der Kaiser im Interesse Europa's und des Reiches befolgen müsse, mit der Aufforderung, Schweden den Krieg zu erklären und denselben im Bunde mit Polen und Brandenburg und mit den übrigen Fürsten, so viel deren sich dem Unternehmen anzuschliessen willens wären, mit aller Kraft zu führen.[1]

Der schönste Lohn für sein Streben ist ihm schliesslich geworden. Die Politik, für die Lisola eintrat, drang durch. Aber es mussten erst Ereignisse betrübendster Art eintreten, Ereignisse, die des Kaisers Gesandter vorausgesehen und durch eine rasche Entscheidung seiner Regierung zu vermeiden gewünscht hatte, bis dies geschah.

Vorerst die förmliche Ablehnung der kaiserlichen Mediation, um die seit einem halben Jahre verhandelt wurde. Für jeden Denkenden hätte das Benehmen Karl Gustavs in Warschau genügen müssen, um über die Absichten desselben in's Klare zu kommen. Der Wiener Regierung aber fehlte diese Erkenntniss und so erhielten ihre Vertreter Befehl, die Unterhandlungen über diesen Punkt von Neuem aufzunehmen. Das Benehmen der Schweden war, als Lisola, dem diese undankbare Mission zufiel, in Marienburg eintraf, das gleiche wie zu Warschau. Freundliche Aufnahme seitens des Königs, welcher die Sache in kürzester Frist zu erledigen versprach, Lisola im Uebrigen an seine Minister wies, von diesen aber Verzögerungen und Ausflüchte, und als Ergebniss nach langen Verhandlungen, in denen der kaiserliche Gesandte die Nichtigkeit der von den Schweden

[1] Bericht Lisola's vom 3. Juni 1656. Berichte 170ff.

vorgebrachten Bedenken in schlagender Weise nachwies, die Ablehnung in einer den Kaiser überaus beleidigenden Form.[1]

Sie erfolgte in den Tagen, da der König von Schweden mit dem Brandenburger die seit Langem gepflogenen, doch von beiden Seiten bisher hingehaltenen Verhandlungen durch den Marienburger Vertrag beendigt und den Kurfürsten Friedrich Wilhelm zu einer energischen Theilnahme an seinen Kriegsplänen vermocht hatte.[2] Das war die zweite Niederlage, welche die kaiserliche Politik erlitt. Und bald kamen neue Schläge: die völlige Besiegung der Polen bei Warschau, der Abschluss des holländisch-schwedischen Vertrages,[3] der nähere Anschluss Schwedens an England und Frankreich, die Annahme der Mediation, der letzteren Macht, die Verbindung Karl Gustavs mit Rákóczy, dem Fürsten von Siebenbürgen.[4]

Fast über all' diese Ereignisse hat sich Lisola auf das Genaueste zu unterrichten, mit einer seltenen Virtuosität die geheimsten Pläne der Feinde Oesterreichs zu erforschen gewusst, und die intime Kenntniss von den Plänen Karl Gustavs und von dem Stande der Begebenheiten, welche auf diese Weise dem Wiener Hofe zukam, hat nicht in letzter Linie dazu beigetragen, denselben endlich aus seiner zögernden Haltung herauszureissen.

Der erste Ansatz zu einer energischen Politik liegt, wie uns scheint, in den Beschlüssen, die zu Beginn des Monates August unter dem Eindrucke der Antwort Karl Gustavs auf die von Ferdinand angetragene Mediation, sowie des Schreibens, durch das Friedrich Wilhelm seinen Anschluss an den Schwedenkönig anzeigte und zugleich zu rechtfertigen suchte, wie nicht weniger auf die Nachricht von der Entscheidung bei Warschau hin, gefasst wurden. In der Berathung der kaiserlichen Minister wurde darauf hingewiesen, dass das Vorgehen Karl Gustavs, die schmachvolle Behandlung des Kaisers durch

[1] Schreiben Karl Gustavs vom 24. Juni ddo. Wolgast. Rudawski l. c. 260ff. Für die Thätigkeit Lisola's in dieser Zeit vergleiche insbesondere die Berichte vom 27. Juni und 17. Juli 1656. Berichte 175ff.

[2] Vergleiche die interessanten Mittheilungen Lisola's vom 27. Juni 1656; der Vertrag ist abgedruckt bei Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, 201ff.

[3] Vergleiche die Mittheilungen Lisola's vom 7. und 15. September 1656. Berichte 190ff; der Abschluss des Vertrages erfolgte am 11. September.

[4] Für die Beziehungen Rákóczy's zu Karl Gustav, wie für die Theilnahme des Siebenbürgenfürsten an dem schwedisch-polnischen Kriege im allgemeinen vergl. das Urkundenwerk A. Szilágyi, Siebenbürgen und der nordöstliche Krieg, Briefe und Acten. (Erdély ès az északkeleti háború.) 2 Bände, 1890—1891.

denselben, unzweifelhaft dargethan habe, „dass unangesehen, was Majestät auch zur Stillung in der Güte dieses Unwesens und Verhütung aller Ruptur mit Schweden gethan, jedoch endlich in dasselbe entweder mit oder nach Polen werden kommen müssen", und dass es sich unter diesen Umständen empfehle, den bis dahin unberücksichtigt gebliebenen Bittschreiben und Gesandtschaften der Polen, welche sich gerade in diesen Tagen erneuerten,[1] eine grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Soweit allerdings war man am Wiener Hofe damals noch nicht, dass man sich zu einer energischen Hilfeleistung bereit erklärt hätte. Noch immer wünschte der alternde Kaiser, dem die Wahl seines Sohnes zum Nachfolger im Reiche in erster Linie am Herzen lag, und der gerade damals wieder durch die von Osten und Westen zu gleicher Zeit drohenden Gefahren beunruhigt wurde, wenn irgend möglich, den Bruch mit Karl Gustav zu vermeiden. Keinen sprechenderen Beweis für die Friedensliebe Ferdinands könnte es geben, als die Instruction, welche in diesen Tagen von Wien aus den in Russland weilenden kaiserlichen Gesandten ertheilt wurde, die von der Bereitwilligkeit des Czaren gemeldet hatten, die Mediation des Kaisers in dem Streite mit Polen anzunehmen. Sie erhielten gemessenen Befehl, nur die Friedensvermittelung zwischen Russland und Polen im Auge zu behalten, keineswegs aber Beschlüsse gegen Schweden gutzuheissen oder gar zu unterstützen.[2] Und dieser friedliebenden Stimmung des Kaisers entsprachen auch die Entscheidungen der Wiener Regierung in der schwedisch-polnischen Frage. Man beschloss, Karl Gustav auf sein beleidigendes Schreiben nicht zu antworten, dem polnischen Gesandten aber mündlich anzudeuten, „wann er oder jemand ander wegen des Königs und Cron Polen oder dero Senatoren mit genuegsamber Vollmacht und Instruction versehen einige engere Verstendtnus pro mutua conservatione et secura pace restauranda et stabilienda mit Ewer Kay. M^t und dero hochlöb. Haus einzugehen, so werden Ewer Kay. M^t sich alsdann also erklären, dass der König und Cron Polen dessen würklichen Genuss sollen zu empfinden haben", unterdessen aber Alles für einen wirklichen Feldzug in Bereitschaft

[1] Vergleiche Rudawski, Hist. Poloniae, 256.

[2] Weisung an Allegretti und Lorbacher vom 20. Juli und die Secretinstruction vom 25. Juli 1656. Russica, St.-A. Vergl. Pribram, Oest. Vermittel., l. c. 21 ff.

zu setzen und über die Bedingungen zu berathen, unter denen man sich zu einem näheren Anschlusse an Polen entschliessen könnte.[1]

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange diese Verhandlungen zu verfolgen.[2] Von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang derselben wurde, dass das Streben Johann Casimirs dahin ging, eine feste Einigung mit Ferdinand gegen Karl Gustav und Friedrich Wilhelm von Brandenburg zu Stande zu bringen, welche die völlige Vertreibung des Schwedenkönigs aus Polen und die Zurückführung des abgefallenen Vasallen unter die Herrschaft seines alten Herrn bezweckte und zu deren Stärkung auch andere Fürsten und Mächte, in erster Linie der Dänenkönig, die Niederländer und der Pfalz-Neuburger, des Brandenburgers grösster Feind, herangezogen werden sollten. Die Wiener Regierung hatte damals dagegen noch nichts Anderes als eine durch eine starke Militärmacht unterstützte Mediation im Auge. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, muss der Allianzvertrag vom 1. December 1656 ein entschiedener Sieg der kaiserlichen Politik genannt werden. Denn wenn der Kaiser dem Polenkönige versprach, 4000 Mann österreichischer Truppen unter polnischen Fahnen kämpfen zu lassen, wenn er ihm die Versicherung gab, seine ganze Kraft dafür einsetzen zu wollen, die Kosaken und Brandenburger zur Anerkennung der Herrschaft Polens zu vermögen, wenn er sich ferner bereit erklärte, keine Mühe zu scheuen, um die Verbindung Rákóczy's mit Karl Gustav zu verhindern, wenn er Russland in dem gefassten Beschlusse zu bestärken versprach, sich mit den Polen auszusöhnen und seine Waffen gegen den gefährlicheren Schwedenkönig zu wenden, so geschah doch dies Alles unter der ausdrücklichen Verwahrung, durch diese Bestimmungen irgend etwas gutheissen zu wollen, was den Satzungen der Verträge von Münster und Osnabrück zuwiderlaufe[3] und unter der Bedingung, dass Johann Casimir, wenn Karl Gustav und Friedrich Wilhelm die kaiserliche Mediation acceptiren sollten, durch niemand Anderen als den Kaiser den Frieden vermitteln lassen werde.

---

[1] Conferenzprotocoll vom 7. August 1656. St.-A. (Pol.)

[2] Das Aeusserliche bei Rudawski l. c. 282; von Seite des Kaisers waren in erster Linie Auersperg und Oettingen, von Seite Polens Morstein und Leszczynski thätig.

[3] Die Worte lauten: protestatur et cavet se per haec vel ulla alia ratione non posse nec velle a pace Monasteriensi vel Osnaburgensi recedere vel eidem ullatenus contravenire. St.-A. (Pol.)

Kaiser Ferdinand III. ist ob seiner zögernden Politik in dem schwedisch-polnischen Conflicte oft getadelt worden und insbesondere dieser Vertrag vom 1. December 1656 hat immer als ein beschämendes Zeichen kaiserlicher Schwäche und Ohnmacht gegolten. Und in der That, vom Standpunkte der deutschen Reichspolitik ist Ferdinands Benehmen nicht zu rechtfertigen. Was er that, entsprach der Würde nicht, die er im deutschen Reiche bekleidete, und konnte nur dazu beitragen, die Missachtung zu steigern, in welche die kaiserliche Gewalt gerathen war. Eine Beleidigung, wie sie dem Kaiser durch die Abweisung seiner Mediation zugefügt worden war, durfte nicht anders als mit einer offenen Kriegserklärung beantwortet, der Abfall des Brandenburgers, der Anschluss desselben an Karl Gustav musste strenge bestraft werden und den flehentlichen Bitten des bedrängten Freundes und Glaubensgenossen durfte der Kaiser sein Ohr nicht verschliessen.

Allein man war in Wien weit entfernt davon, sich durch die Rücksicht auf die Stellung des Habsburgers als Haupt des Reiches leiten zu lassen. Für die Beschlüsse des Kaisers und seiner Räthe war vielmehr einzig und allein das habsburgische Hausinteresse massgebend, und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet zeigen uns die Bestimmungen des Vertrages vom 1. December 1656 den Wiener Hof doch in etwas anderem Lichte. Denn wie die Verhältnisse in diesem Momente lagen, war es für das Interesse des ganzen habsburgischen Hauses von der grössten Bedeutung, dass die von Cromwell und Mazarin sehnlichst gewünschte Verbindung mit Karl Gustav nicht zu Stande komme. Allerdings hindern konnte sie der Kaiser nicht und eine Zeitlang, gegen Ende des Jahres, als Karl Gustav durch den Abschluss des russisch-polnischen Waffenstillstandes, durch den drohenden Anschluss Dänemarks an Schwedens Gegner beunruhigt und zugleich mit seinem einzigen Bundesgenossen, dem Kurfürsten von Brandenburg, zerfallen, fremder Hilfe dringend bedürftig war, hatte es geschienen, als ob die Einigung der drei Mächte zum Schrecken ganz Europa's, insbesondere aber des Hauses Habsburg, zu Stande kommen werde. Aber die Unterhandlungen scheiterten am Ende doch; vornehmlich daran, dass Karl Gustav sich nicht in's Schlepptau der Franzosen und Engländer nehmen lassen und unter den von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen den Frieden mit Polen nicht schliessen wollte.

Nichts hätte der Wiener Regierung erwünschter sein können als diese selbstständige Politik des Schwedenkönigs, und nichts hätte

den Interessen Oesterreichs weniger entsprochen, als durch unvorsichtiges Gebahren den Schwedenkönig in die Arme der verbündeten Westmächte zu treiben. Niemand hat dies deutlicher und rücksichtsloser zugleich ausgesprochen als der kaiserliche Gesandte. „Wenn der Schwedenkönig nicht zugleich aus Polen und aus Deutschland überhaupt vertrieben wird," schreibt er im Herbste 1656 seiner Regierung, „so scheint es mir angezeigter, dass er in Polen geschwächt, als dass er aus Polen vertrieben wird. Denn je schwieriger seine Lage sich gestaltet, desto mehr wird er den Franzosen verpflichtet und desto eher wird er geneigt sein, mit Polen, unter welchen Bedingungen auch immer, Frieden zu schliessen. Nichts Schlimmeres aber," fährt er fort, „könnte es für den Kaiser geben. Denn aus Preussen und Livland vertrieben, verliert Karl Gustav jede Hoffnung, die Herrschaft im Norden zu erreichen, und wird nothgedrungen seine Blicke auf Deutschland richten."[1] In der That, darin lag's. Die Fortsetzung des schwedisch-polnischen Krieges, so schrecklich dieser für die Bewohner der Länder war, in denen er geführt wurde, bot dem Herrscher Oesterreichs mehr Gewähr für die Erhaltung des eigenen Friedens als die Beilegung des Streites, wenn nicht durch dieselbe der Kaiser vor jedem Angriffe seitens der Schweden sichergestellt wurde. Dieser letztere Umstand allein erklärt die Besorgniss, mit der Lisola von der Möglichkeit sprach, dass Karl Gustav sich aus freien Stücken zum Frieden mit Polen, selbst unter ungünstigen Bedingungen, bestimmen lassen könnte.[2] Nicht dass der Friede zu Stande kommen, sondern dass er geschlossen werden könnte ohne Vermittelung des Kaisers und ohne dass in demselben für die Sicherheit der österreichischen Erblande Vorsorge getroffen würde, das war es, was Lisola ängstigte. Und darum hat er seiner Regierung so eifrig zum Abschlusse des Vertrages mit Polen gerathen, weil er voraussetzte, dass in demselben die Versicherung der Polen Aufnahme finden werde, nur durch die Vermittelung des Kaisers Frieden zu schliessen, und weil er in dieser Bestimmung allein einen genügenden Schutz der österreichischen Interessen erblickte. Die Wiener Regierung hat sich darin von Lisola belehren lassen. Wir haben gesehen, dass in dem Vertrage vom 1. December 1656 eine derartige Forderung von Seite des Kaisers gestellt und

[1] Bericht Lisola's vom 27. September 1656. Berichte 201 ff.
[2] Bericht Lisola's vom 5. October 1656. Berichte 211 ff.

n Johann Casimir acceptirt worden war. Soweit stimmte Ferdinand it seinem Gesandten überein. Der wesentliche Unterschied zwischen iden bestand aber darin, dass der Letztere an eine friedliche Beigung des Conflictes nicht glaubte und den Ausbruch der Feindligkeiten nur so lange verzögert wissen wollte, bis es dem Kaiser lungen sei, eine Allianz zu Stande zu bringen, welche die gänzhe Vernichtung des kühnen Schwedenkönigs mit Sicherheit erarten liess, während Ferdinand noch immer den Krieg mit Schweden rmeiden und den Streit gütlich beilegen zu können hoffte. Es llte sich in Bälde zeigen, wer die Verhältnisse richtiger beurtheilte. ir's Erste aber entsprachen die Schritte, zu denen sich die Wiener gierung in Folge der Einigung mit Polen entschloss, auch den änen Lisola's.

Fünftes Kapitel.

m Hofe des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Die Polenfrage bis zum Tode Ferdinand III.

Unter all' den Fürsten, die mitten in den Stürmen, welche uropa damals durchtobten und die bestehenden Zustände von Grund is umzugestalten drohten, ihr specielles Interesse wahrzunehmen chten, hat dies keiner mit grösserer Standhaftigkeit und mit mehr rfolg gethan als Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Mit nspannung aller Kräfte, mit rücksichtsloser, kein Mittel scheuender nergie hat er dem vom Beginne der Verwickelung an in's Auge fassten Ziele nachgestrebt und sein kleines Schifflein mitten durch e hochgehenden Wogen der europäischen Bewegungen mit grosser schicklichkeit und zugleich von seltenem Glücke begünstigt in n Hafen zu lenken gewusst, wo ihm die volle Souveränetät in eussen als Lohn für seine Mühe winkte.

Man würde vergebens in der labyrinthartigen Politik Friedrich ilhelms in diesen Jahren zurechtzufinden sich bemühen und zweifel- ; ein ungünstiges Urtheil über dieselbe fällen müssen, würde nicht s persönliche, dem augenblicklichen Bedürfnisse Rechnung tragende teresse, das ihn beherrschte, seine scheinbar so inconsequente Politik klären und uns hinter dem von der Strömung getriebenen, wankel-

müthigen Fürsten den schlauen, die Verhältnisse geschickt benützenden Mann zeigen. Allerdings, den Interessen des deutschen Reiches hat sein Vorgehen ebenso wenig entsprochen wie das des Kaisers. Ein deutscher Reichsfürst hätte sich nun und nimmermehr mit dem Könige von Schweden oder dem von Frankreich verbinden, diesen Feinden Deutschlands immer weiter gehenden Einfluss auf das Schicksal des Reiches gewähren dürfen. Was Friedrich Wilhelm that, entsprach überdies nicht der Vergangenheit seines Landes. Diese, wie auch der Hinblick auf die Zukunft Brandenburgs mussten ihn zu Schwedens Gegner machen. Denn für einen protestantischen Herrscher, der sich im Gegensatze zum katholischen Oesterreich emporzuschwingen bemüht war, konnte es keinen gefährlicheren Nebenbuhler geben als diesen jungen, ehrgeizigen Fürsten, der gleicher Confession war und durch den Rückhalt an seinem grossen ausserdeutschen Besitze viel leichter den Kampf mit Ferdinand aufnehmen konnte als Friedrich Wilhelm, den seine Stellung zu grösserer Beachtung des Kaisers nöthigte.

Aber so stark war nun einmal der Drang nach Befriedigung des augenblicklichen Bedürfnisses, dass gegen dieses die Rücksichtnahme auf Vergangenheit und fernste Zukunft zurücktreten musste. Klar und deutlich hat Friedrich Wilhelm in dem Augenblicke, als der Krieg im Nordosten Europa's ausbrach, erkannt, dass unter den obwaltenden Verhältnissen für Brandenburg der günstigste Moment gekommen sei, sich im Osten Europa's durch den dauernden Besitz Preussens eine feste Position zu gründen, die für die weitere Entwickelung des brandenburgischen Staates von kaum zu überschätzender Bedeutung werden musste. Die Souveränetät in Preussen wollte der Kurfürst unter jeder Bedingung erlangen. Das stand fest. Das „Wie" war eine Frage, welche daneben erst in zweiter Linie in Betracht kam. Gewiss, er hätte lieber als Feind denn als Freund Schwedens sein Ziel erreicht. Auch kann darüber kein Zweifel bestehen, dass seine Politik im ersten Jahre des schwedisch-polnischen Krieges gegen Karl Gustav gerichtet war. Dass er die Verhandlungen mit diesem Fürsten nicht gänzlich abbrach, trotzdem er nach den ersten Besprechungen, die gepflogen wurden, wahrnehmen musste, dass derselbe keineswegs geneigt sei, auf gleichem Fusse mit ihm zu verkehren, hatte damals nur den Zweck, sich den Rückzug zu decken; seine wahre Absicht ging dahin, sich mit Schwedens Gegnern zu einigen. In diesem Sinne hatte er nach einem Abkommen mit

den preussischen Ständen gesucht,[1] war er mit dem Kaiserhofe in Verbindung getreten, hatte er von den Generalstaaten energisch die Absendung der durch den Vertrag festgesetzten Streitkräfte gefordert. Aber soweit ging seine Rücksichtnahme auf die Interessen des Reiches nicht, dass er an dieser Politik noch festgehalten hätte, als er sein Land durch das unerwartet schnelle Vordringen des jungen Schwedenkönigs bedroht sah und ihm bei dem zögernden Benehmen des Kaisers, der gänzlichen Hilflosigkeit Polens und dem eigennützigen Vorgehen der Generalstaaten wenig Aussicht auf erfolgreichen Widerstand gegen den eindringenden Feind blieb.

Freilich so war die Lage der Dinge damals nicht, dass der Kurfürst hätte hoffen dürfen, bei den Verhandlungen, die ihn in's Lager des Schweden führten, zugleich das Ziel zu erreichen, das er sich gesteckt. Durch den Königsberger Vertrag,[2] der ihm im Allgemeinen wenige Vortheile und viele Lasten brachte, hatte er nur für den schwachen polnischen Lehensherrn den mächtigeren schwedischen eingetauscht. Und doch war, wie uns scheinen will, der Anschluss Friedrich Wilhelms an Karl Gustav der einzige Weg, der zur Erwerbung der Souveränetät in Preussen führen konnte. Denn bei der Hartnäckigkeit, mit welcher die Polen auf ihren alten Rechten bestanden, bei der Mannigfaltigkeit der Interessen, die in diesem Staatswesen zu berücksichtigen waren, konnte man auf freiwilligen Verzicht ihrer Rechte im herzoglichen Preussen von Seite der Polen nicht rechnen. Dagegen liessen sich wohl Verhältnisse denken, unter denen Friedrich Wilhelm bei Karl Gustav auf Erfüllung seiner Wünsche hoffen durfte. Einmal in dem Falle, wenn der Schwedenkönig seinen Eroberungszug ungehindert fortsetzte, die Krone Polens gewann, das Land zerstückelte und mit seinen Bundesgenossen theilte. Dann aber auch, wenn Karl Gustavs kühner Plan misslang, wenn er bei seinem Unternehmen auf heftigen Widerstand stiess, wenn er in schwere Verlegenheit gerieth und, um sich zu befreien, der Unterstützung des Brandenburgers dringend bedurfte. In beiden Fällen war aber die unerlässliche Voraussetzung für einen Erfolg, dass Friedrich Wilhelm im Stande sei, seinem Begehren durch die Entfaltung einer bedeutenden Streitmacht Nachdruck zu

[1] Ueber diese Verhandlungen Lengnich, Gesch. Preussens VII. 140 ff., Urk. und Act. VII. 195 ff., Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. I. 239 ff., Waldeck 326 ff.

[2] Mörner l. c. 195 ff.

verleihen. Und darin lag nun der grosse Vortheil des Bundes, welchen der Kurfürst mit dem Schwedenkönige geschlossen hatte, dass ihm durch denselben die Möglichkeit geboten wurde, die begonnenen Rüstungen ungehindert fortzusetzen und sein Heer, von dem das Schicksal seines Landes abhing, auf eine für die damaligen Verhältnisse ausserordentliche Höhe zu bringen.[1] Gerüstet aber und in der Lage, durch seinen Anschluss an eine der beiden Parteien dem Kampfe eine entscheidende Wendung zu geben, durfte er hoffen, sein Wort bedeutend mehr beachtet zu finden als vorher. Das hat sich denn auch in der That bei der ersten Gelegenheit gezeigt. Bald nach dem glänzenden Siege, welchen Karl Gustav, von Friedrich Wilhelm unterstützt, Ende Juli 1656 bei Warschau errungen hatte, war der Schwedenkönig in eine äusserst kritische Lage gerathen. Mit den Generalstaaten hatte er sich nur schwer geeinigt, Russland war bereits in offenem Kampfe mit ihm und von Dänemark drohte jeden Augenblick der Ausbruch der Feindschaft, während zu gleicher Zeit die Polen sich von den erlittenen Schlägen zu erholen begannen. Dazu kam, dass die Mittel zur Fortsetzung des Krieges fehlten, dass die Aussicht auf Unterstützung durch Rákóczy und durch die Kosaken in der Ferne lag, dass aus Schweden beunruhigende Nachrichten über Bewegungen der Unzufriedenen einlangten. Wie unentbehrlich in diesem Augenblicke dem Schwedenkönige, der sich weder den Westmächten gänzlich in die Arme werfen, noch mit Polen Frieden schliessen wollte, die Unterstützung des Brandenburgers war, hat Niemand besser gewusst als dieser selbst. Und Friedrich Wilhelm war nicht der Mann, eine solche Gelegenheit unbenutzt vorübergehen zu lassen. Kaum war der Sieg bei Warschau erfochten, als er auch schon von Neuem die Frage der Souveränetät in Anregung brachte, die er bei den Verhandlungen, die zum Marienburger Vertrag geführt, nur ungern unentschieden gelassen hatte. Karl Gustav zögerte auch jetzt noch, das Begehren des Kurfürsten zu erfüllen. ‚Das Wort Souveränetät habe ich nicht einmal beantworten wollen,‘ schrieb er in dieser Zeit.[2] Aber so standen die Dinge nicht mehr, wie vor Jahresfrist. Der Schwedenkönig musste sich jetzt bequemen, mit dem Kurfürsten auf gleichem Fusse zu verhandeln. Dieser zögerte auch nicht, dem Vertreter Karl Gustavs,

[1] Vergl. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I. 242f.
[2] Carlson, l. c. 178.

dem Grafen Schlippenbach, ausdrücklich zu erklären: ‚Der Herr Graf weiss auch, wann eine Freundschaft fest und beständig sein soll, so muss sie auf billigen und solchen Conditionen gegründet sein, dass man Belieben haben könne, stets dabei zu verbleiben und solche nicht allmal zu Verwirrungen Ursach geben können;'[1] und wie sehr sich auch der Schwedenkönig gegen dieses Zugeständniss sträubte, durch das die Macht seines Nebenbuhlers eine Erweiterung erfuhr, die auch ihm und seinem Lande gefährlich werden konnte, er musste sich endlich doch dazu entschliessen, dem Kurfürsten die volle Souveränetät in Preussen zuzugestehen.

Lisola hatte dies Alles kommen sehen. Er hatte von Beginn des Kampfes an für eine Einigung mit Brandenburg gewirkt. Als dann durch das zögernde Benehmen des Kaisers der Kurfürst sich an Schweden anschloss und immer tiefer in die Pläne Karl Gustavs verwickelt wurde, hatte der kaiserliche Gesandte, der mit seinem Scharfblicke richtig erkannte, dass Friedrich Wilhelm nur gezwungen das Bündniss mit Schweden aufrecht erhalte, und dass es nur von dem günstigen Momente und von entsprechenden Zugeständnissen abhängen werde, ihn wieder auf die Seite des Kaisers zu bringen, unaufhörlich in den Wiener und Warschauer Hof gedrungen, sich mit dem Brandenburger auszusöhnen. Er selbst wurde nicht müde, Mittel und Wege vorzuschlagen, wie man zu einer Einigung gelangen könnte. Zu den für seinen Charakter bezeichnendsten Vorschlägen gehört wohl jener, den er in seinem Schreiben vom 15. September dem Wiener Hofe machte und an dessen Durchführbarkeit er keinen Augenblick zweifelte.

In Preussen, wo die ganze Bevölkerung, Adel, Bürger und Bauern, in gleich heftiger Weise sich gegen das Vorgehen Friedrich Wilhelms aussprachen, dessen Erpressungen sie mit verbissenem Grolle hatten dulden müssen, dem man Schuld gab, die Krankheiten, die Tausende dahinrafften, in's Land gebracht zu haben, und dessen strenge Zucht und persönliches Regiment man hasste, hatte sich im Geheimen eine Verschwörung gebildet, an deren Spitze eine Reihe dem Kaiserhofe wohl bekannter Männer stand, die nur eine günstige Gelegenheit abwarteten, um die mit Mühe zurückgehaltene Kampfeslust des Volkes auf eine entsprechende Weise zum Durchbruche gelangen zu lassen.[2] Dieser geeignete Moment schien nun

[1] Urkunden und Acten, VIII. 122.

[2] Bericht Lisola's vom 15. September 1656. Berichte 196 ff.

den Führern der Bewegung gekommen, als die aller Orten mit grosser Bestimmtheit auftauchende Nachricht von dem Zuge des Erzherzogs Leopold Wilhelm nach Preussen auch zu ihren Ohren drang.[1] Sie wendeten sich an Lisola und erklärten ihm, sie seien bereit, beim Anmarsche der kaiserlichen Truppen loszuschlagen. Der Gesandte befand sich in einer schwierigen Lage. Streng an seine Vorschriften gebunden und über den Zug des Erzherzogs Leopold Wilhelm nicht unterrichtet, konnte er den Führern der Bewegung kein bindendes Versprechen geben. Aber es schien ihm auch nicht angezeigt, sie jeder Hoffnung auf Unterstützung zu berauben; denn er wusste, dass ihnen zahlreiche Truppen zur Verfügung standen, die mit allem, was zum Kriege nothwendig, auch mit Geld, reichlich versehen waren, und er hielt den Ausbruch der Verschwörung für den Fall, dass wirklich, wie das Gerücht meldete, von Seite Oesterreichs etwas gegen Schweden und Brandenburg geplant war, für ausserordentlich zweckmässig. Er hoffte von einem derartigen gemeinsamen Angriffe entweder die Besiegung des Kurfürsten oder die freiwillige Unterwerfung desselben unter die kaiserliche Gewalt. Aber selbst für diesen letzteren Fall, für den Fall einer friedlichen Abmachung hielt er die von Preussen drohende Gefahr für ein passendes Mittel, den Brandenburger zu wesentlicher Herabsetzung seiner Forderungen zu bewegen.

Und was für die Folge von der grössten Bedeutung wurde, Lisola erklärte auch jetzt, dass er keinen Augenblick zweifle, der Kurfürst werde die Hand mit Freuden zu einer Aussöhnung bieten, durch welche er sich auf ehrenhafte Weise aus der peinlichen Situation befreien könne, in die er gerathen. Was ihm die Zuversicht zu diesen Aussprüchen gab, war, dass er wie kein Zweiter über die Stimmung am kurfürstlichen Hofe, über den Kampf der an demselben wirkenden Parteien unterrichtet war, und dass, was er von dorther erfuhr, nur dazu beitragen konnte, ihn in seiner Ansicht zu bestärken, dass das Bündniss Friedrich Wilhelms mit Karl Gustav kein aufrichtig gemeintes sei. Um so peinlicher berührte es ihn, dass gerade in diesen Tagen der neue Verbündete Polens im Kampfe gegen Schweden, der Grossfürst von Moskau, durch sein brutales Vorgehen durch die Forderung, Friedrich Wilhelm möge sich als Herzog von

[1] Vergleiche darüber unter anderem den Bericht des brandenburgischen Residenten A. Neumann vom 14./24. Juni 1656. Urkunden und Acten, VII. 621.

Preussen in die Schutzherrlichkeit Russlands begeben, diesen auf das Tiefste kränkte. Lisola wusste, dass der Kurfürst trotz aller Abneigung gegen Schweden, sich, wenn auch widerwillig, zu einem engen Anschlusse an Karl Gustav werde entschliessen müssen, wenn man ihm die Aussicht benahm, beim Kaiser Unterstützung zu finden, wenn ihm die Polen nur lässig entgegenkamen, wenn ihm von Russland mit völliger Unterwerfung gedroht werde. Und er konnte umsoweniger daran zweifeln, dass dies geschehen werde, als er über die Massregeln auf das Genaueste unterrichtet war, welche vom Kurfürsten in Folge des Auftretens des russischen Gesandten getroffen worden waren, als er wusste, dass Schwerin zum Schwedenkönige geschickt worden sei, dass dieser den Kurfürsten durch den Grafen Schlippenbach zu energischem Widerstande gegen Russland, zu engerer Verbindung und zu gemeinschaftlichem Kampfe gegen die gemeinsamen Gegner habe auffordern lassen und den Grafen Waldeck, den Führer der Schwedenpartei am kurfürstlichen Hofe, durch reichliche Belohnungen immer tiefer in sein Interesse zu ziehen suche. Diese genaue Kenntniss der Lage war es auch, welche Lisola bewog, bei seiner Ansicht, dass nur durch ein energisches Eingreifen des Kaisers oder Polens der Kurfürst von einer weiteren Einigung mit Schweden abgehalten werden könnte, auch dann zu beharren, als in seiner Umgebung von sonst tüchtigen, weitblickenden Männern die Unwahrscheinlichkeit eines engeren Anschlusses Friedrich Wilhelms an den Schwedenkönig betont wurde. Und je mehr er von der Nothwendigkeit eines raschen Vorgehens durchdrungen war, desto betrübender war es für ihn, als er sah, dass weder von der einen noch von der anderen Seite etwas geschah, was den Bedürfnissen auch nur halbwegs entsprochen hätte. Die Verhandlungen des polnischen Generals Gonsiewski, mehr auf eigene Faust begonnen und mitten unter dem Kriegslärme fortgeführt, endeten mit einem Waffenstillstande, die Sendung des kurbrandenburgischen Rathes Dobrczenski an den Kaiserhof blieb gänzlich ohne Erfolg.[1] So geschah, was Lisola vorausgesehen hatte. Friedrich Wilhelm einigte sich mit Karl Gustav und dieser, an den Kurfürsten durch die kritische Lage gebunden, in der er sich befand, erfüllte dessen sehnlichsten Wunsch, indem er ihm im Labiauer Vertrage — Nov. 1656 — die Souveränetät in Preussen zusprach. Nicht

[1] Vergleiche Urkunden und Acten, VII. 621 ff.

aus Neigung für den Brandenburger. Gerade damals hat Karl Gustav über sein Verhältniss zu Friedrich Wilhelm die bezeichnenden Worte geäussert: ‚Dieser Kurfürst ist zu mächtig, man muss seinem Ehrgeiz, dessen Grösse Niemand so gut kennt wie ich Grenzen setzen, man muss sich den Plänen eines Fürsten entgegen stellen, der sich einst furchtbar machen wird, wenn man nicht vor ihm auf seiner Hut ist.'[1] Aber er benöthigte ihn und seine Truppen. Er hoffte mit ihnen, den Soldaten Rákóczy's und mit den Kosaken durch einen entscheidenden Schlag den ihm von Russland, von Polen und von dem Kaiser drohenden Gefahren zu entrinnen und die Stellung wieder zu gewinnen, die er zu Beginn des Krieges sich errungen hatte.

Ganz anders aber lagen die Verhältnisse für Friedrich Wilhelm. Mit der Erwerbung der Souveränetät in Preussen hatte er, was er angestrebt, erreicht. Ein Mehreres von Karl zu hoffen, war nicht möglich, wohl aber an seiner Seite so Manches zu fürchten. Und wozu sich der Gefahr eines Verlustes aussetzen einem Fürsten zuliebe, mit dem ihn kein Band gemeinsamer Interessen verknüpfte, dem er nur der Noth gehorchend sich angeschlossen hatte, auf dessen wahre Freundschaft er niemals zählen durfte. Allerdings, so lange er nicht von Schwedens Gegnern, vor Allem von den Polen selbst, eine sichere Gewähr der Anerkennung des errungenen Vortheils erhalten, wäre es thöricht von ihm gewesen, mit Karl Gustav zu brechen. Aber so standen nun einmal die Dinge, dass er jetzt auf eine solche rechnen durfte. Denn bei der eigenthümlichen Gestaltung der europäischen Verhältnisse, bei den Verwickelungen im Westen, welche vornehmlich durch den Kampf des mit England verbündeten Frankreichs gegen Spanien hervorgerufen wurden, bei der schwierigen Lage, in der sich der Kaiser befand, welchem die von Nord und Süd, von West und Ost drohenden Gefahren die Hände banden, musste die Entscheidung des Kurfürsten für den weiteren Verlauf des nordischen Krieges von ausschlaggebender Bedeutung werden. Keiner der beiden Parteien durfte daher ein Preis so leicht zu hoch erscheinen, um diese Macht zu gewinnen, die in dem grossen Kampfe, der ganz Europa erzittern machte, das Zünglein an der Wage war.

In der That war denn auch der Hof Friedrich Wilhelms im Laufe des Jahres 1657 der Schauplatz diplomatischer Kämpfe,

[1] Droysen, Geschichte der preussischen Politik, III 2. 332.

die wohl zu den interessantesten gehören, die jemals ausgefochten wurden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange dem Gange derselben bis ins Einzelne zu folgen;[1] aber das mag uns wenigstens gestattet sein, die ans Unglaubliche grenzende Thätigkeit Lisola's in diesen Monaten zu betrachten, dem man, wie uns dünkt, kein grösseres Lob spenden kann als durch die Bemerkung, dass er fast allein es gewesen, dem es zuzuschreiben ist, dass die Partei des Kaisers am Ende doch den Sieg davontrug.

Zu Beginn des Jahres 1657 kam er an den Hof des Kurfürsten. Die Aufnahme, die er fand, war die freundlichste. Sogleich schaarten sich alle die um ihn, welchen die Allianz Friedrich Wilhelms mit dem Schwedenkönige ein Dorn im Auge war: Hoverbeck, des Kurfürsten Vertreter in Polen, Schwerin, der Gegner der Waldeckschen Politik, die Kurfürstin. Lisola suchte sich zuerst vorsichtig über die Stimmung des Kurfürsten zu orientiren. In der Audienz, die ihm zwei Tage nach seiner Ankunft gewährt wurde, hat er des Planes der Trennung Friedrich Wilhelms von Karl Gustav nicht Erwähnung gethan. Er wollte alles vermeiden, was den Anschein erwecken konnte, als wünsche der Kaiser im eigenen Interesse die Umkehr des Kurfürsten. So bewegte sich denn der Beginn des Gespräches in allgemeinen Erörterungen, von Seite Friedrich Wilhelms dem Versuche gewidmet, seine Politik zu rechtfertigen Erst als dieser von der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens sprach, zugleich aber seine Klagen vorbrachte, die Ungebührlichkeit der polnischen Forderungen hervorhob und die Schwierigkeit betonte, in Kürze, mit Hilfe der vom Kaiser angetragenen Mediation, den sehnlichst erwünschten Frieden zu schliessen, erst dann hat der kaiserliche Gesandte als einziges Mittel, aus dieser peinlichen Situation befreit zu werden, dem Kurfürsten den Rücktritt von der Waffengemeinschaft mit Schweden und die Aussöhnung mit Polen vorgeschlagen.

Was er vorbrachte, wirkte. Noch am selben Tage liess ihn der Kurfürst zu sich rufen und erzählte ihm von seinen bisher mit den Polen gepflogenen Unterhandlungen. In der Hitze des Gespräches entschlüpften ihm die Worte: ‚Was wollen die Polen für mich thun, wenn ich mich mit ihnen aussöhne?' Lisola erwiderte, er habe es

[1] Vergl. insbesondere die Darstellung bei Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte 269ff; Waldeck; l. c. 406ff.

nicht für zweckmässig gehalten, so lange er über die principiell Geneigtheit des Kurfürsten nicht im Klaren gewesen, die Pole näher auszuforschen. Friedrich Wilhelm wurde zutraulicher. E versuchte dem Gesandten darzulegen, in welche Gefahr er sich be gebe, wenn er, ohne des Erfolges sicher zu sein, seine Ansich äussere. Das wusste Lisola auch. Er zögerte daher nicht, di Schwierigkeit der Situation anzuerkennen. Zugleich bot er sein Dienste als Vermittler an. Aber all' dies kühl, ohne im Geringsten z verrathen, wie heiss er begehrte, was der Kurfürst selbst vorschlu Friedrich Wilhelm versprach, die Sache überlegen zu wollen und wie den Gesandten an seine Räthe, die mit den weiteren Verhandlunge beauftragt werden würden. Schon am nächsten Tage erschien den auch Hoverbeck, Lisola's alter Freund — der seiner Abneigung gege die brandenburgisch-schwedische Allianz wegen auf Drängen Ka Gustavs vom Hofe entfernt worden war und dessen Wiedereinsetzun in seine frühere Stellung dem kaiserlichen Gesandten ein deutliche Zeichen der schwedenfeindlichen Gesinnung des Kurfürsten schien - und bestätigte den tiefen Eindruck, welchen Lisola's Unterredung m Friedrich Wilhelm auf diesen gemacht hatte. Trotzdem wurde Liso einige Tage später von den Ministern des Kurfürsten zugleich mit de Versicherung des Dankes für die angebotene Mediation und der G neigtheit, unter annehmbaren Bedingungen Frieden mit den Polen z schliessen, das Bedauern Friedrich Wilhelms ausgedrückt, unter de gegebenen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die innige Verbindun mit Schweden vorerst auf die von Lisola angebotene Vermittelun zwischen ihm und den Polen verzichten zu müssen. Das war da erste Mal, dass der kaiserliche Gesandte die Folgen der Thätigke seiner Gegner zu spüren bekam. Es waren die Schweden, denen d Anwesenheit des verhassten Mannes, dessen Bedeutung seine Feind immer besser erkannten als seine Freunde, höchst ungelegen kam und die Lisola dem Kurfürsten, dessen Misstrauen gegen den Wi ner Hof sie kannten, als einen Spion schilderten, dessen Missio nichts Anderes als die Trennung der beiden verbündeten Fürste bezwecke.

Das aber war nicht die Art, Lisola beizukommen. Er wusst wie heftig die Abneigung des Kurfürsten gegen die vom Schweden könige befolgte Politik war und wie gerne er sich den gewaltige Armen entrissen hätte, die ihn umklammert hielten. Um so leichte wurde es ihm, den Streich der Schweden zu pariren. Er that die

indem er einfach um seinen Abschied bat. Das wirkte. Hoverbeck bat den Gesandten, zu bleiben. Erst nach längerem Zögern fügte sich dieser. Noch am selben Abend liess ihn dann der Kurfürst wiederum zu sich rufen. Zwischen beiden Männern entwickelte sich ein interessantes Gespräch. Friedrich Wilhelm betheuerte von Neuem seine Friedensliebe, sprach von seiner demnächst stattfindenden Zusammenkunft mit Karl Gustav und von der Hoffnung, diesen zum Frieden zu bewegen. Lisola antwortete in ganz allgemein gehaltener Rede. Der Separatverhandlungen mit Polen that er keine Erwähnung, obgleich der Kurfürst ihn durch Blicke und Mienen dazu aufforderte. Seine Methode in der Behandlung des Brandenburgers bewährte sich auch diesmal. Der Kurfürst begann selbst von dieser Angelegenheit zu sprechen und forderte den Gesandten auf, indem er zugleich seine principielle Geneigtheit betonte, sich in Verhandlungen einzulassen, Mittel und Wege vorzuschlagen, wie diese ohne Gefahr für ihn geführt werden könnten. Lisola sträubte sich. Er wies auf Hoverbeck hin, der in dieser Sache gewiss am besten Bescheid wisse. Erst auf neues Drängen des Kurfürsten begann er etwas freier zu sprechen. Der Eindruck seiner Rede war ein bedeutender. Nach der Mahlzeit hat sich Friedrich Wilhelm durch volle drei Stunden mit dem Gesandten über alles Mögliche ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit im Eifer der Rede so manche Aeusserung gethan, die Lisola in seiner Ansicht bestärkte, dass das Bündniss zwischen Brandenburg und Schweden nur ein gezwungenes sei — *merum commercium non amicitia*, wie er treffend sich ausdrückt — und seine Hoffnungen auf eine erfolgreiche Thätigkeit im Sinne der Aussöhnung des Kurfürsten mit den Polen um ein Bedeutendes steigerte.

In der That liess ihm der Kurfürst am folgenden Tage durch den Grafen Schwerin die Mittheilung zukommen, er sei bereit, seine Vermittelung zu acceptiren, die in erster Linie dahin gerichtet sein möge, die Stimmung der Polen zu erforschen und sich darüber zu orientiren, was für Zugeständnisse diese dem Kurfürsten für seinen Uebertritt zu machen bereit wären. Seinerseits versprach Friedrich Wilhelm, bis zur Rückkehr des Gesandten den Schweden keine Truppen senden und selbst gegen Polen nicht offensiv vorgehen zu wollen.

Wenige Tage, nachdem diese Abmachungen getroffen worden waren, verliess Lisola den Hof des Kurfürsten. Er nahm gerade kein glänzendes Bild von der Persönlichkeit desselben mit. „Fried-

rich Wilhelm", schrieb er, „ist weder ein Mann von hervorragende noch von ganz unbedeutenden Anlagen; schwankend, unbeständi und nicht ausdauernd genug in der Verfolgung eines Zieles. E strebt nach Grossem, gibt sich bisweilen den Schein eines ede müthigen und kriegerischen Mannes, ist begierig sein Reich z vergrössern und sein Ansehen unter den protestantischen Fürste zu mehren, hierin ein Nebenbuhler des Schwedenkönigs, den er u gern von Franzosen und Protestanten als das Haupt der protesta tischen Partei anerkannt sieht. Im Uebrigen hegt er für d Kaiser kein Wohlwollen, doch gönnt er dessen Hause eher Frankreich, Schweden oder Baiern die Kaiserkrone." Und dies Ansicht von der Person und von den Plänen Friedrich Wilhel entsprachen auch die Vorschläge, welche der Gesandte seinem H machte. Sie gingen dahin, dem Kurfürsten nicht allzusehr zu trau in den Verhandlungen mit ihm fortzufahren, unterdess aber d Polen die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen Friedrich Wilhe zu empfehlen, um ihn zu schwächen und auf diese Weise um so g neigter für eine Einigung zu stimmen.[1] Er selbst begab sich auf d Weg, seine Vermittlerrolle weiter zu spielen, vorerst beim Schwed könige, an den ihn der Befehl seines Hofes wies. Er hoffte anfan denselben in Preussisch-Holland anzutreffen; allein dieser Wuns erfüllte sich nicht, und in Elbing, wohin er sich begab, um über d Aufenthaltsort Karl Gustavs Nachrichten einzuziehen, fand er d Grafen Schlippenbach, der ihm rund heraus erklärte, die Mediati des Kaisers sei überflüssig, da der Friede, falls die Polen sich z Ueberlassung Preussens an Schweden bereit zeigen sollten, au ohne Mediation, sonst aber überhaupt nicht zu Stande komm werde. Diese Erklärungen des mächtigen schwedischen Minist brachten bei Lisola den Entschluss zur Reife, die Reise zum Schw denkönige, von der er sich keinen Erfolg, wohl aber neue Belei gungen versprach, aufzugeben und sich direct an den Hof Joha Casimirs nach Danzig zu verfügen.[2] Hier traf er gerade zu rech Zeit ein.

Auf die Nachricht von den Verhandlungen der Polen mit d Kaiser hatten die Franzosen, die Succession eines Habsburgers Polen fürchtend, von Neuem und eifriger als vorher Karl Gust

[1] Bericht Lisola's vom 13. Januar 1657. Berichte 212 ff.
[2] Bericht Lisola's vom 27. Januar 1657. Berichte 229 ff.

und Johann Casimir für den Friedensschluss zu gewinnen gesucht. Am Hofe des Letzteren war D'Avaugour, Frankreichs geschickter Vertreter, unablässig in diesem Sinne thätig. Was ihn dabei vornehmlich begünstigte, war, dass es in der Umgebung des Polenkönigs eine Partei gab, die principiell für den Frieden mit Schweden eingenommen war. Es fehlte derselben auch nicht an Gründen gewichtigster Art, dies ihr Streben zu rechtfertigen. Sie konnte auf die Erschöpfung der Mittel, auf die ungenügende Unterstützung durch den Kaiser, auf die Macht der Gegner und auf die von Kosaken und Siebenbürgern drohende Gefahr hinweisen. Lisola begann sogleich nach seiner Ankunft den Kampf. Er konnte sich in demselben glücklicher Weise der Unterstützung zweier mächtiger Parteien am polnischen Hofe erfreuen, von denen die eine für den Abschluss des Friedens mit Russland und für ein energisches Vorgehen gegen Schweden eintrat, während die andere die Verzögerung des Abschlusses mit Russland bis nach erfolgter Vernichtung Schwedens und dann ein kräftiges Auftreten gegen den Czaren forderte, die beide aber ein gutes Einvernehmen mit dem Kaiserhofe für unerlässlich hielten. Anfänglich ging Alles nach Wunsch. Es gelang dem Gesandten, den König und die Senatoren fast in allen Punkten zu weitgehenden Concessionen zu vermögen. Vorerst in der Frage der Aussöhnung mit Brandenburg. Lisola's Vorgehen wurde gebilligt, er selbst aufgefordert, die Verhandlungen mit dem kurfürstlichen Hofe fortzusetzen und ihm die Vollmacht ertheilt, dem Kurfürsten für den Fall des Bruches mit Schweden und der Einigung mit Polen weitgehende Zugeständnisse zu machen. Er wurde ermächtigt, die Errichtung eines obersten Gerichtshofes in Preussen, — von dem eine Appellation an den König von Polen nicht stattfinden sollte, dessen Mitglieder vom Kurfürsten gewählt, von dem Polenkönige nur bestätigt werden sollten — ferner den Erlass der persönlichen Huldigung, sowie jeder Geldleistung an den Lehensherrn, den Besitz Elbings, sobald dasselbe erobert, und bis dahin den der beiden Städte Braunsberg und Allenstein anzutragen. Aber auch in einer Reihe anderer, höchst wichtiger Angelegenheiten drang Lisola durch. Es gelang ihm, Johann Casimir zur Verzichtleistung auf die beabsichtigte Zusammenkunft mit Karl Gustav zu bewegen, die Lisola mit Rücksicht auf die Schwäche des Ersteren und auf den gewaltigen Eindruck fürchtete, den des Letzteren Person auf die ihm Begegnenden ausübte. Es gelang ihm überdies, den König und

die Senatoren bezüglich der Ratification des Vertrages vom 1. December, in welchem Punkte er heftigere, durch den Wunsch nach weitgehender Unterstützung hervorgerufene Opposition fand, zu Massregeln zu vermögen, die einen sicheren Erfolg in Aussicht stellten.

Aber noch ehe die hier gefassten Beschlüsse zur Durchführung gelangen konnten, trat der Umschwung ein. Die Nachricht von dem Einfalle Rákóczy's und weitgehende neue Anerbietungen des französischen Vermittlers, der nicht nur die völlige Restitution Preussens gegen eine mässige Geldentschädigung, sondern die Beschaffung dieser Summe ohne Belastung der Republik in Aussicht stellte, führten denselben herbei. Selbst die besten Freunde des Kaisers wurden schwankend. Die Franzosen frohlockten über den unausbleiblichen Sieg. Aber so leicht gab sich Lisola nicht gefangen. Wir können ihm glauben, wenn er versichert, er habe kein Mittel und keine Mühe gescheut, die Angriffe seiner Gegner abzuwehren. Bitten, Drohungen, Gründe, Verdächtigungen, Alles, was zum Ziele führen konnte, wurde aufgeboten. Er hat den Polen in Stunden der Gefahr gedroht, falls sie sich, auf die von Frankreich vorgeschlagenen Bedingungen hin, in Friedensunterhandlungen einlassen würden, sogleich zu Karl Gustav zu eilen und mit ihm im Namen seines Herrn, der ihn dazu ermächtigt habe, ein Bündniss zu schliessen; er hat sich den Zutritt zur Versammlung erzwungen, in welcher die Senatoren über die den Franzosen zu ertheilende Antwort beriethen, und von seinem Verstecke aus die Beschlüsse derselben zu leiten verstanden.[1] Auf diesem Wege gelang es ihm schliesslich sein Ziel zu erreichen. Der Polenkönig versprach von Neuem keinen Congress zulassen, mit Karl Gustav nicht zusammentreffen und den mit dem Kaiser geschlossenen Vertrag ratificiren zu wollen. Allerdings, ganz ohne ein Entgegenkommen seinerseits war dieser Erfolg nicht errungen worden. Für den gänzlichen Anschluss an die vom Kaiser vertretene Politik forderten die Polen eine Erhöhung der im Vertrage vom 1. December von Seite des Wiener Hofes in Aussicht gestellten Unterstützungen. Ein bindendes Versprechen in diesem Sinne hat ihnen der Gesandte nicht gegeben, schon deshalb nicht, weil er die wenig kriegerische Stimmung seiner Regierung kannte. Aber ihnen Hoffnung auf E

[1] Rede vom 3. Februar. Beilage zum Bericht vom 10. Februar 1657. Berichte 237 ff.

füllung ihrer Wünsche zu machen, hat er nicht gezögert. Ja, als der König und die Senatoren zu wiederholten Malen in ihn drangen, selbst nach Wien zu reisen und vor dem Kaiser und vor dessen Räthen ihre Sache zu vertreten, hat er diesen Antrag mit Freude begrüsst[1] und wirklich, nachdem es ihm noch gelungen war, die Ratification des Vertrages vom 1. December zu erwirken,[2] ohne die Weisung und Ermächtigung seiner Regierung abzuwarten, diese Mission übernommen.

Ueber seine Thätigkeit am Wiener Hofe sind wir nicht bis in's Einzelne unterrichtet; aber so viel steht fest, dass es den ausgezeichneten Auseinandersetzungen Lisola's mehr als den Bitten Miaskowski's, des Vertreters Johann Casimirs, zu danken war,[3] dass die österreichische Regierung sich wirklich zu einer für den weiteren Verlauf des Krieges entscheidenden Mitwirkung entschloss. Und fürwahr, nicht leicht hätten die Polen einen beredteren Anwalt ihrer Sache finden können als diesen kaiserlichen Gesandten, der in einem tiefe Kenntnisse, Scharfblick und folgerichtiges Denken verrathenden Memoire mit einer Wärme, die noch heute den Leser ergreift, für ein energisches Vorgehen im Interesse der Polen eintrat. Welch' treffendes Bild entwirft uns der Verfasser dieses Gutachtens von dem Schwedenkönige, von seinen Plänen, Bemühungen, Hoffnungen und Befürchtungen. Wie wahr ist, was er von der Stellung des Kurfürsten von Brandenburg, von den Absichten der europäischen Grossmächte mittheilt. Und nicht leicht vermöchte man mit weniger Worten das ganze Mitleid erregende Elend des damaligen Polens, die unhaltbaren, unerträglichen Zustände im Inneren dieses unglücklichen Landes so treffend und lebendig zu schildern, als Lisola dies gethan hat. Was aber diesem Memoire seine Bedeutung gibt, das ist in erster Linie die Folgerichtigkeit, mit welcher der Autor die Schlüsse aus den gesetzten Prämissen zieht. „Die Polen wollen und können sich nicht allein vertheidigen," schreibt Lisola. Nicht im Stande die Lasten des Krieges zu tragen, werden sie, falls ihnen

[1] Bericht Lisola's vom 5. März 1657. Berichte 241 f.

[2] Ebenda.

[3] Ueber dessen Sendung liegen Acten im St.-A. (Pol.) Auch die damals erfolgte schriftliche Erklärung Johann Casimirs und einer grossen Anzahl seiner Räthe, dem Bruder Leopolds, dem Erzherzoge Karl, die Nachfolge in Polen zu sichern (vergl. Krebs l. c. 155 f.), hat weniger, als im allgemeinen angenommen wird, die Entschlüsse des Wiener Hofes beeinflusst.

nicht eine ausgiebige Unterstützung von aussen her zu Theil
wenn auch unter grossen Opfern, mit Schweden Frieden schli
Wie immer dies nun geschehen mag, sei es mit Hilfe Russlands
durch Uebergabe des Thrones an Rákóczy, in jedem Falle w
nach Beendigung des polnischen Krieges die freigewordenen s
dischen Truppen, die zu verabschieden Karl Gustav sich nicht
schliessen wird und die im eigenen Lande zu erhalten seine K
übersteigt, die Erbländer überschwemmen. Rákóczy, vermu
auch der Brandenburger, ja selbst die Polen werden sich dem
ternehmen gegen den Kaiser und sein Reich anschliessen. D
folgt, dass den Polen schon im eigenen Interesse geholfen w
muss. Aber wie? Das war die schwer zu beantwortende F
Lisola wusste, dass er bezüglich derselben einen anderen Stand
einnahm als die Mehrzahl der kaiserlichen Räthe, deren Werk
Vertrag vom 1. December 1656 war, ein sprechendes Zeugniss
Politik, die es liebte, „auf halben Wegen und zu halben Thate
halben Mitteln zauderhaft zu streben".

Meisterhaft hat Lisola die Blössen dieser Politik aufzud
verstanden. Treffend weist er nach, dass eine unbedeutende U
stützung, mehr auf Verschleppung als auf Beendigung des K
berechnet, in diesem Momente übel angewendet sei, da es nic
Interesse des Kaisers liege, dass beide Mächte geschwächt, so
dass Polen in seinem Besitze belassen, Schweden aber unterd
werde. Und es entsprach der Wahrheit, wenn er meinte, ein
bedeutende Unterstützung werde nicht einmal die mit derselbe
absichtigte Verschleppung des Krieges bewirken, da die Pole
geachtet derselben mit Karl Gustav Frieden schliessen dürfte
der Kaiser als Verbündeter Johann Casimirs nichts Andere
zweckt haben werde, als dem Schwedenkönige einen erwüns
Vorwand zum Kampfe gegeben zu haben. Durch ein energ
Eingreifen in die Verhältnisse, durch die Unterstützung des K
königs mit einer entsprechenden Truppenzahl bemächtige sic
Kaiser dagegen der Entscheidung im Kriege, werde Karl G
entweder gänzlich unterdrückt oder zu einem die Sicherhe
Erbländer völlig garantirenden Frieden genöthigt werden, s
sich der Kaiser, wenn es zur Zerstückelung Polens kommen
wenigstens einen Antheil an der Beute, was vortheilhaft
mit Rücksicht auf den Glauben der anderen Betheiligten zu
ein Werk der Frömmigkeit sei. „Aus alle dem," fährt Lisola

„folgt, dass der Kaiser, da der Friede mit Schweden nicht mehr möglich ist, nur zu wählen hat zwischen einem Offensivkriege an der Seite Russlands, Dänemarks und Polens und einem Defensivkriege nicht nur gegen Schweden, sondern auch gegen dessen Verbündete und des Kaisers jetzige Freunde. Das Schicksal," schliesst er, „hat uns unsere Feinde, den Schweden und den Siebenbürger, als Beute in fremdem Lande vorgeworfen; benützen wir die günstige Gelegenheit und führen wir den Krieg nicht, um den Feind zu reizen und zu quälen, sondern um auf fremdem Boden den Gegner niederzuwerfen, der unser Land bedroht."[1]

Der überzeugungsvolle Ton, in dem das ganze Memoire gehalten ist, verfehlte nicht die entsprechende Wirkung auszuüben. In der Sitzung, die zwei Tage darauf seitens der für die Verhandlungen mit den Polen bestimmten Commission gehalten wurde, deren vornehmste Mitglieder die Grafen Kurtz und Oettingen waren, kam Lisola's Gutachten zur Verlesung. Man merkt es den Beschlüssen der Conferenz an, wie sehr die Theilnehmer derselben unter dem Eindrucke der Lisola'schen Auseinandersetzungen standen. Was sie als Ergebniss ihrer Berathungen bezeichneten, war im Wesentlichen nichts Anderes, als was Lisola in seinem Memoire geäussert hatte. Auch sie betonten in ihrem Gutachten an den Kaiser die Unmöglichkeit, einem Kriege mit Schweden zu entgehen, und wie sehr ein im Bunde mit den übrigen Gegnern Schwedens geführter Offensivkrieg jedem anderen vorzuziehen sei. Und wenn der Gesandte am Schlusse seiner Auseinandersetzungen als die geeignetesten Mittel zur Durchführung der von ihm vorgeschlagenen Pläne ein engeres Bündniss mit Polen, den Abschluss einer Allianz mit Dänemark, ein gutes Einvernehmen mit Brandenburg, mit Russland und mit den Generalstaaten bezeichnet hatte, so stimmten ihm auch in diesem Punkte die Räthe Ferdinands bei. Zwei Tage nach Abfassung ihres Votums ist dasselbe dem Kaiser vorgelegt worden. Eine schriftliche Aeusserung desselben in dieser Frage besitzen wir zwar nicht, aber nach dem, was wenige Wochen nach seinem Tode Graf Rothal als die Absichten und Entschlüsse Ferdinand III. in der polnischen Frage bezeichnete,[2] dürfen wir wohl mit Bestimmtheit an-

[1] Gutachten vom 23. März 1657. Berichte 242 ff.

[2] Conferenzprotocoll vom 25. April 1657. St.-A. (Pol.) Rothal sagt: Die Sache sei vom verstorbenen Kaiser gut ausgedacht gewesen, er habe den Polen zu Hilfe kommen wollen, und zwar mit ganzer Kraft.

nehmen, dass sich Ferdinand wenige Tage vor seinem Tode von der Nothwendigkeit des Krieges hat überzeugen lassen und für die energischen Vorschläge Lisola's gewonnen war. Wie mag dieser sich gefreut haben, als er Kunde von den kriegerischen Plänen des Kaisers erhielt. War es ja der erste grosse Erfolg seines Lebens; wie er hoffen durfte, der Ausgangspunkt weiterer, grösserer. Allein das Schicksal hat ihm niemals eine Sache leicht gemacht. Er gehört zu denen, die in mühsamem Ringen die Erfolge ihres Lebens zu erkämpfen haben, die anderen mühelos in den Schoos fallen. Kaum hatte Ferdinand sich von der Nothwendigkeit des Krieges gegen Schweden überzeugt, kaum hatte man die Verhandlungen in diesem Sinne zu führen begonnen, da starb der Kaiser. Das ganze Gebäude Lisola'scher Politik gerieth damit in's Schwanken. Niemand konnte wissen, welche Interessen zu vertreten dem neuen Herrscher am nothwendigsten und am zweckmässigsten erscheinen würde. Es waren auch für Lisola Wochen der Angst und der Erwartung, die dem Tode Ferdinand III. folgten.

Sechstes Kapitel.

Die Allianz Oesterreichs mit Polen. Die Verträge von Wehlau und Bromberg.

Wer ruhig und ohne Voreingenommenheit die Lage des jungen Herrschers betrachtet, der das Erbe Ferdinand III. antrat, wird zweifelsohne zu dem Ergebnisse gelangen, dass für diesen der Entschluss an dem nordischen Kriege in rückhaltsloser Weise theilzunehmen ungleich schwerer zu fassen war, als für seinen Vorgänger. Denn für ihn lag nebst allen jenen Momenten, welche Ferdinand III. so lange von entscheidenden Massregeln zurückgehalten hatten, noch ein besonders schwerwiegender Grund vor, jeden Conflict mit den Schweden zu vermeiden. Es war Ferdinand III. trotz vielfacher Bemühungen nicht gelungen, seinem Sohne Leopold die deutsche Königskrone auf's Haupt zu setzen und man wusste am Wiener Hofe, dass Cromwell, Mazarin und Karl Gustav dem Hause Habsburg die Krone nicht gönnten, dass sie entschlossen waren, Leopolds Wahl, wenn irgend möglich, zu hintertreiben. Durfte dieser unter

solchen Umständen wagen, durch eine energische Unterstützung der Polen gegen die Schweden den Uebelgesinnten eine Handhabe zu bieten, ihn mit einem Scheine von Berechtigung des Friedensbruches anzuklagen? Musste man nicht vielmehr Alles zu vermeiden suchen, was Leopold in den Verdacht eines Friedensstörers bringen konnte? Unter den Grossmächten Europa's war keine einzige, auf welche das Haus Habsburg in diesem Kampfe zählen durfte, mehr als jemals kam es daher darauf an, die Fürsten des Reiches zu gewinnen. Was aber konnte diese missmuthiger stimmen als die Wiederaufnahme des Krieges, der zur grossen Freude der Nation vor wenigen Jahren erst beendet worden war? Allein trotz all' dieser und anderer Bedenken, die von verschiedenen Seiten vorgebracht und deren Berechtigung allerseits anerkannt wurde, haben sich fast alle Mitglieder der Conferenz, die zu Ende des Monates April 1657 unter dem Vorsitze des Erzherzoges Leopold Wilhelm abgehalten wurde, für den Abschluss einer engeren Allianz mit Polen ausgesprochen. Und diejenigen, welche dies am entschiedensten thaten, haben in ihren Gutachten immer wieder die Gründe geltend gemacht, durch die Lisola sie und ihren Herrscher überzeugt hatte. Sowohl Portia, dessen Bedeutung seit dem Regierungsantritte Leopolds um ein wesentliches gestiegen war,[1] als die Grafen Trautson, Kinsky, Nostitz, Starhemberg und Gonzaga, betonten in ihren Auseinandersetzungen die Nothwendigkeit den Schweden zuvorzukommen, deren Friedensbetheuerungen man keinen Glauben schenken dürfe. Am schärfsten aber hat ganz im Sinne der Erklärungen Lisola's Graf Oettingen dem Kriege das Wort geredet. „Wenn es in unserer Gewalt stünde, zwischen Frieden und Krieg zu wählen, meinte er, so würde natürlich jeder für den Frieden sein. Allein all' unsere Bemühungen, die Schweden zum Frieden zu vermögen, sind gescheitert. Es kann nur noch die Frage sein, ob es zweckmässiger ist, den Feind zu erwarten, oder ihm zuvorzukommen. Jetzt kämpfen wir mit den Polen und mit deren Verbündeten gegen nicht so mächtige Gegner, später aber werden die Feinde

[1] Leopold zeigte Portia in einem höchst anerkennenden Schreiben unmittelbar nach seinem Regierungsantritte an, dass er ihn zu seinem ersten geheimen Rathe ernannt habe. Leopold an Portia s. d. (St.-A. aus dem Portiaarchiv): „Nachdeme Ich mich resolvirdt hab, die geweste Kay. Gehaimbe Rath in Mein neues Jurement aufzunemben und considerirdt Eure Mir von Jugend auf treu geleiste Dienst, also zeige Ich Euch himitt an, dass Ihr vor allen Rathen den Vorzug und Preeminentz alss eltester Geheimber Rath haben sollet und verbleibe“ ....

durch die Polen verstärkt sein, und wir allein zu kämpfen haben."[1] Ja selbst Fürst Weichard Auersperg, der sich anfänglich entschieden gegen die Verbindung mit den Polen ausgesprochen hatte, liess sich von dem Erzherzoge Leopold Wilhelm und von den übrigen Rathgebern der Krone überzeugen, dass der Bruch mit den Schweden unabwendbar sei. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass zu diesem Entschlusse, den Kampf mit den Schweden zu beginnen, in erster Linie die Ansicht geführt hat, Karl Gustav werde das in jahrelangem Kampfe ausgesogene Polenland verlassen und sei es als Gegner, sei es als Verbündeter der Polen, in jedem Falle als Freund und Begünstigter der Franzosen in die Erblande einfallen. Gegen einen solchen Einbruch gerüstet zu sein, schien mit keinem Opfer zu theuer bezahlt. Gewiss ist aber auch, dass zur entscheidenden Aeusserung der massgebenden Persönlichkeiten die Ueberzeugung beigetragen hat, dass die von Lisola in seinem Gutachten betonte Bereitwilligkeit so vieler Mächte, sich dem Kaiser anzuschliessen, auf Wahrheit beruhe. Seit Beginn des Jahres weilte ein Vertreter König Friedrich III. von Dänemark in Wien, der von dem festen Entschlusse seines Herrschers berichtete, den Kampf gegen Karl Gustav zu beginnen und der dem Kaiser unter überaus günstigen Bedingungen den Abschluss eines Bündnisses antrug. Die Zurückhaltung des Wiener Hofes, die ausweichenden Reden, welche Auersperg gebrauchte, so oft Sehestedt ihn um eine bestimmte Erklärung bat, hatten diesen nicht abgeschreckt. Immer wieder lag er den kaiserlichen Ministern in den Ohren, forderte er im Hinblicke auf das gemeinsame Interesse den Abschluss des Bündnisses.[2] Und ähnlich, wie der Däne, drängten auch die Staaten den Kaiser zum Kampfe. An der Möglichkeit, den Brandenburger gegen entsprechende Zugeständnisse zu gewinnen, brauchte man nach Lisola's Mittheilungen nicht zu zweifeln. Schon waren auch die Gesandten aus Russland zurückgekehrt, die den Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen Russen und Polen meldeten und von der Geneigtheit des Grossfürsten sprachen, sich mit den Gegnern Schwedens zu einigen.[3]

[1] Conferenzprotocoll vom 25. April 1657. St.-A. (Pol.)

[2] Im Wiener Archive liegen in der Abtheilung „Danica 1657. Jan. — März" eine Reihe von Berichten Auerspergs über seine Verhandlungen mit Sehestedt. Ueber Dänemarks Haltung in dieser Zeit: Carlson, Gesch. Schwedens, IV. 231 ff.

[3] Vergl. Pribram l. c. 30 ff.

Und die Mittheilungen des Freiherrn Peter von Parcevich liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das Heer der Kosaken unter Chmielnicky's tapferer Führung unter Umständen für den Kampf gegen Karl Gustav zu gewinnen war.[1] Gelang es, alle diese Mächte zu einheitlichem Vorgehen zu vermögen, dann war an dem Siege über Karl Gustav nicht zu zweifeln. Die Schwierigkeit, den Bruch der Friedensschlüsse von 1648 zu rechtfertigen, blieb freilich auch dann bestehen. Allein auch dafür glaubte man einen Ausweg gefunden zu haben. Von dem Entschlusse, eine grosse Liga gegen Schweden zu Stande zu bringen, bis zur Unterzeichnung aller Verträge und von da zur Erfüllung aller in den Verträgen festgestellten Verpflichtungen war ein weiter Weg. Unterdessen konnte die Wahlfrage längst entschieden sein. Fiel sie zu Gunsten Leopolds aus, dann hatte dieser an den Verbündeten einen sicheren Rückhalt gegen die Schweden und Franzosen und brauchte die Verletzung des Reichsfriedens nicht zu scheuen; fiel sie gegen Leopold aus, dann bot die Einigung mit einer so grossen Zahl einflussreicher Fürsten die beste Gelegenheit, den Kampf gegen den neuen Herrscher mit bedeutenden Mitteln zu versuchen. Zog sich aber die Entscheidung in der Wahlfrage über alles Erwarten hinaus, ohne dass Karl Gustav den Frieden mit dem Reiche brach, so standen dem oesterreichischen Herrscher Vorwände genug zu Gebote, um seinerseits den Ausbruch des Krieges mit den Schweden hinauszuschieben. Denn das wird man immer wieder in Betracht zu ziehen haben, wenn man der Politik des Wiener Hofes in dieser Zeit gerecht werden will: Ausgangspunkt und Ziel jeder Verhandlung war und blieb die Vermeidung eines offenen Reichsfriedensbruches seitens Leopolds, solange er der Kaiserkrone nicht sicher war. Eröffnete Karl Gustav den Krieg auf dem Reichsboden, dann war Leopold bereit, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen, wendete aber Karl Gustav seine Schritte anderswohin, dann war der oesterreichische Herrscher entschlossen, bis nach erfolgter Königswahl den beschworenen Reichsfrieden zu wahren. In diesem Sinne erhielt der Freiherr Johann von Goess, der beauftragt war, die bis dahin nur lau geführten Verhandlungen mit den Dänen in Kopenhagen zu einem erwünschten Ende zu bringen, den Befehl, jede

[1] Vergl. Peter, Freiherr von Parcevich, Erzbischof von Martianopel, von Julian, Grafen Pejacevich. A. f. K. ö. G. LIX. 282 ff.

Verpflichtung Leopolds an einer Operation gegen Bremen theilz nehmen, zurückzuweisen;[1] in diesem Sinne wurde Johann Friqu der in Rom und später im Haag die Schritte der Wiener Regieru rechtfertigen sollte, wurde Isaac Graf Volmar, dem die Aufgabe Theil wurde, den Kurfürsten das Vorgehen Leopold I. zu erlä tern,[2] wurde Fragstein, der die Russen zum Kampfe gegen Schv den bewegen,[3] wurde Peter Freiherr von Parcevich, der den jung Chmielnicky zu weiterem Entgegenkommen vermögen sollte,[4] s das schärfste eingeprägt, immer und immer wieder zu betonen, d des österreichischen Herrschers Bestreben lediglich auf die Zurü weisung unberechtigter und gefährlicher Eingriffe des Schwed königs gerichtet sei.

Und in diesem Sinne sind auch die Verhandlungen mit d Polen am Wiener Hofe zu Ende geführt worden. Auf das so fältigste wurde in dem Vertrage vom 27. Mai 1657[5] jedes W vermieden, das den Schein hätte erwecken können, als ob Leop dem Reichsfrieden zuwider sich zum Angriffe auf Schwed deutsche Besitzungen verpflichtet hätte. Ganz allgemein wurde Unterstützung des Polenkönigs ‚gegen dessen Feinde' als Zweck Verbindung bezeichnet und ausdrücklich hervorgehoben, dass Kaisers Truppen vornehmlich gegen den Fürsten von Siebenbürg gegen Rákóczy, Verwendung finden sollten. Ergänzt und erläut aber wurde diese Bestimmung des Vertrages durch die Betonu der Nothwendigkeit, Brandenburg und Dänemark zum Eintritte das Bündniss zu vermögen. Dem Dänen, dem Brandenburger u den Polen dachte die Wiener Regierung bis nach erfolgter W Leopolds zum Kaiser den Kampf gegen Karl Gustav zu überlass während Oesterreichs Truppen bis dahin den Krieg gegen Schwed Verbündete führen sollten.

Es geschah auch im Sinne dieser Pläne, dass Melchior G Hatzfeld, der Führer der Truppen Leopolds, den Befehl erhielt, s

[1] Instruction für Goess. 2. Mai 1657. St.-A. (Dan.)

[2] Inst. vom 16. Mai 1657. St.-A. (Pol.)

[3] Vergl. Pribram l. c. 36 f.

[4] Pejacevich l. c. 402.

[5] Vertrag vom 27. Mai 1657 St. A. Vgl. Rud. l. c. 330; für die Verhandlun der Polen in Wien im allgemeinen, die neben Visconti, dem ständigen Resident erst Andreas Miaskowski, dann Graf Morstein und endlich Bog. Leszczynski führt vergl. Rud. l. c. 329f; Wagner, Hist. Leop. Mag. I. 15.

langsam gegen Polen hin in Bewegung zu setzen.[1] Die Polen und den Brandenburger liess der Herrscher Oesterreichs freilich diese Absichten nicht merken. Ihnen gegenüber musste er, so lange und so weit es anging, die Rolle des Kampfbereiten spielen. Und es wurde ihm um so leichter, dies zu thun, als vorerst die Aussöhnung des Kurfürsten von Brandenburg mit dem Könige und mit der Republik Polen — die nothwendige Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung — die Möglichkeit bot, im Interesse der allgemeinen Sache zu wirken, ohne bestimmte, gegen den Reichsfrieden gerichtete Verpflichtungen einzugehen. Unterdessen musste es sich entscheiden, ob Karl Gustav seine Waffen wirklich gegen Oesterreich wenden, mit ganzer Kraft den Kampf gegen Leopold führen wollte. Die Unterstützung der Polen hatte sich der Herrscher Oesterreichs für diesen Fall bereits durch den Vertrag vom 27. Mai gesichert, die der übrigen Mächte durfte er nach den eingelangten Mittheilungen bei entsprechendem Entgegenkommen zu gewinnen hoffen.

Die schwierige Aufgabe, das Werk der Aussöhnung zwischen dem Kurfürsten von Brandenburg und dem Polenkönige durchzusetzen, war Lisola zu Theil geworden. Er hatte sich durch seine bisherigen Leistungen ein Anrecht darauf erworben.

Noch bevor der Vertrag mit Polen unterzeichnet war, hatte man ihn zu Johann Casimir mit dem Befehle gesendet, demselben von dem Stande der Allianzfrage, von den Bedingungen, unter denen der Kaiser zur Unterzeichnung des Vertrages bereit sei, Kunde zu geben, überdies aber die von den Franzosen gerade damals wiederholten Versuche zu vereiteln, die Polen zum Frieden zu vermögen, und dem Könige von Polen, falls er sich von den redlichen Absichten desselben überzeugen sollte, von den weiteren Plänen des Kaisers Mittheilung zu machen und auch der im Interesse der Verbündeten nothwendigen Aussöhnung Polens mit Brandenburg Erwähnung zu thun.[2] Lisola fand, als er in Warschau ankam, den König und seine Umgebung in überaus freundlicher Stimmung. Es gelang ihm auch mühelos, die Annahme der kaiserlichen Forderungen durchzusetzen und die Gegenbemühungen des französischen Gesandten de Lumbres zu durchkreuzen. Ja, Lisola ging weiter. Er wollte den unange-

[1] Auf eine Schilderung der militärischen Theilnahme Oesterreichs an diesen Kämpfen lasse ich mich in diesem Zusammenhange nicht ein.

[2] Instruction vom 5. Mai 1657. St.-A. (Pol.)

nehmen und bei dem Wankelmuthe der Polen immerhin auch ge-
fährlichen Mann entfernt wissen. Unaufhörlich forderte er daher
von Johann Casimir und von dessen Gemahlin, der klugen, damals
noch ganz der kaiserlichen Partei geneigten französischen Prinzessin
Louise Marie, den Vertreter Ludwigs heimzusenden. An Gründen
diese Forderung zu rechtfertigen, fehlte es ihm nicht. Er hielt
ihnen vor, welches Misstrauen die Anwesenheit de Lumbres' im polni-
schen Lager in Moskau und Kopenhagen erregen müsse, und betonte
wie nöthig es sei, einmal die Maske abzuwerfen und offen Farbe
zu bekennen. Und wenn Johann Casimir sich weigerte, Frankreich
durch eine förmliche Entlassung seines Vertreters zu beleidigen,
so wusste der kaiserliche Gesandte auch dieses Bedenken zu beheben,
indem er als Ausweg die Ausfertigung einer Antwort vorschlug,
aus der de Lumbres ersehen konnte, was die wahre Gesinnung der
Polen sei. In der That liess sich der König überreden. Er wollte
nur noch die Nachricht von der in Wien erfolgten Unterzeichnung
des Vertrages abwarten, die nach Lisola's und Hatzfelds Mit-
theilungen innerhalb weniger Tage einlangen musste, um dem fran-
zösischen Gesandten den Bescheid zu übergeben, den Lisola auf
Bitten der Polen zu formuliren übernommen hatte. Leider ver-
zögerte sich aber, vornehmlich in Folge der üblichen langsamen
Geschäftsgebahrung am Wiener Hofe, die Unterzeichnung des Ver-
trages und dies, wie der unglückliche Zufall, der gerade in diesen
Tagen de Lumbres weitergehende Anerbietungen aus Paris empfangen
liess, brachten die Sache der Wiener Regierung von Neuem in
grosse Gefahr. Mit dramatischer Lebendigkeit erzählt der Gesandte
diesen Zwischenfall. De Lumbres, der seit Lisola's Ankunft sich
nicht gezeigt hatte, erscheint plötzlich am Hofe und begibt sich zur
Königin. Heiteren Blickes kehrt er von ihr zurück. Das ist für
den kaiserlichen Gesandten Anlass genug, etwas Böses zu wittern.
Sofort werden seine guten Freunde in Anspruch genommen, und
er erfährt, dass neue Briefe König Ludwigs und Mazarins an Karl
Gustav den Anlass zur Freude de Lumbres' gegeben hätten. Bald
äussert sich die Wirkung dieser Schreiben. Johann Casimir, beun-
ruhigt über das Ausbleiben der aus Wien erwarteten Antwort, lässt
Lisola zu sich rufen. Er betheuert seine Neigung für den Kaiser, hält
heftig weinend dem Gesandten die Mühen und Vorwürfe vor, die
er Oesterreichs wegen erdulde und die Gefahr, in welche er und
sein Reich gestürzt würden, wenn der Kaiser ihn im Stiche liesse

Lisola sucht ihn zu beruhigen, es gelingt ihm aber nur halb. Man beschliesst einen Eilboten nach Wien zu senden, die sofortige Unterzeichnung des Vertrages zu fordern, unterdess mit der Antwort an Frankreich zu zögern.[1] Mit Sehnsucht wird nun die Botschaft aus Wien erwartet. Dass die nächste Post die erwünschte Nachricht nicht bringt, ruft die grösste Bestürzung hervor. Man beräth schon am Hofe Johann Casimirs, was im Falle des Abbruches der Verhandlungen zu thun sei. Man spricht von Verbindung mit den Schweden, von Aussöhnung der Tartaren mit dem Siebenbürger, der Polen mit den Kosaken und von gemeinsamen Zügen gegen den Grossfürsten von Moskau, im Nothfalle auch gegen Oesterreich.[2] Die Gerüchte, dass der Wiener Hof die Verhandlungen nur zum Scheine führe, um die Polen von dem Anschlusse an Schweden abzuhalten, fassen immer fester Wurzel. Nun vermag auch Lisola nichts mehr auszurichten. ‚Nur die Thatsachen werden die Polen überzeugen,' schrieb er in diesen Tagen. Da trifft denn auch nach langem Harren die ersehnte Nachricht von der erfolgten Unterzeichnung des Vertrages und von dem an Hatzfeld gegebenen Befehl, mit seinen Truppen aufzubrechen, in Warschau ein.[3] Mit einem Schlage ist die Scene verwandelt, die Sorgen der Polen sind verschwunden, freundliche Blicke begegnen wieder dem kaiserlichen Gesandten und alle Bemühungen des französischen Vermittlers, der jetzt den letzten Pfeil entsendet, indem er bedingungslose Unterwerfung Schwedens unter die von Polen festzusetzenden Vergleichspunkte anträgt, bleiben ohne Erfolg. Wenige Tage darauf erhält er die von Lisola verfasste Anwort, die sein weiteres Verbleiben am Hofe Johann Casimirs unmöglich machte.[4] Damit war der Sieg der kaiserlichen Partei entschieden. Lisola's nächste Aufgabe war, ihn festzuhalten und ihn entsprechend auszunützen. Der Augenblick war gekommen, den Plan der Aussöhnung zwischen Polen und Brandenburg zu verwirklichen. Johann Casimir hatte sich demselben gleich anfangs sehr gewogen gezeigt. Was Gonsiewski, der die Unterhandlungen mit dem Kurfürsten, wenn auch oft genug unterbrochen, fortgeführt hatte, von der Neigung Friedrich Wilhelms berichtete, mit den Polen sich zu einigen, gab Hoffnung

[1] Berichte Lisola's vom 16., 18. und 19. Mai 1657. Berichte 204ff.
[2] Bericht Lisola's vom 29. Mai 1657. Ber. 277ff.
[3] Bericht Lisola's vom 6. Juni 1657. Ber. 281f.
[4] Bericht Lisola's vom 16. Juni 1657. Ber. 282ff.

auf eine erfolgreiche Thätigkeit in diesem Sinne.[1] Und gerade in diesen Tagen langte ein Brief der Kurfürstin Mutter an die Königin von Polen ein, worin jene von ihren Bemühungen Nachricht gab, den Sohn für die Aussöhnung mit Johann Casimir zu gewinnen, und in einem eigenhändigen, diesem Briefe beigegebenen Schreiben versuchte der Kurfürst seine bisher befolgte Politik zu rechtfertigen und schloss mit der Erklärung, er habe keinen sehnlicheren Wunsch, als mit dem polnischen Hofe zu einer Einigung zu gelangen.[2] Kurze Zeit nach Lisola's Ankunft waren denn auch die Vollmachten für ihn und für den Palatin von Posen, für den später der Bischof von Ermeland, gleichfalls aus dem Hause Lesczynski, eintrat, ausgefertigt worden. Da trat der oben geschilderte Zwischenfall ein. Sofort gab der König Befehl, die Ausfolgung der Vollmachten zu verschieben. In einem Gespräche mit Lisola hat er sich ganz ausdrücklich dahin vernehmen lassen, wenn die erhoffte Einigung mit dem Wiener Hofe nicht erfolge, werde er eine ganz andere Verbindung mit Friedrich Wilhelm suchen müssen.[3] Kaum war aber die ersehnte Nachricht eingelangt, so wurden die Vollmachten ausgefertigt und Lisola ging, ein in der Diplomatie seltenes Ereigniss, als Hauptbevollmächtigter Johann Casimirs, allein in die geheimsten Pläne desselben eingeweiht, mit der Ermächtigung, im Nothfalle, wenn alle übrigen Mittel nicht verfangen sollten, die volle Souveränetät in Preussen dem Kurfürsten anzubieten, an dessen Hof.[4] Zu Beginn des Monates Juli traf er in Begleitung des Bischofs von Ermeland in Königsberg ein. Er fand Friedrich Wilhelm in

[1] Bericht Lisola's vom 16. Mai 1657. Ber. 264ff.

[2] Urkunden und Acten zur Geschichte des Grossen Kurfürsten, VIII. 202 ff. und Einleitung 192. Es erscheint uns als ein bemerkenswerthes Zeichen für die besondere Stellung Lisola's am Warschauer Hofe und als ein Beweis der Würdigung seiner Talente, dass die Königin, die ihm diese Schreiben zu lesen gab, ihn zugleich bat, ihr das Antwortschreiben zu concipiren.

[3] Bericht Lisola's vom 23. Mai 1657. Ber. 275ff.

[4] Es ist bezeichnend, dass Lisola es war, welcher gegen die anfängliche Absicht des Polenkönigs und seiner Räthe die Belassung Gonsiewski's als Mitgesandten durchgesetzt hat. Freilich sicherte sich der kaiserliche Gesandte vor jedem unerwünschten Eingreifen desselben durch die ausdrückliche Erklärung Johann Casimirs, dass Gonsiewski nur mit Wissen und Willen Lisola's zu verhandeln und abzuschliessen ermächtigt sein sollte, während es dem kaiserlichen Gesandten freistand, auch ohne Gonsiewski's Wissen, ja gegen dessen Willen endgiltige Abmachungen zu treffen. Siehe die Instruction als Beilage des Ber. vom 16. Juni. Ber. 283, Anmerkung.

der denkbar grössten Verlegenheit. Die Stunde der Entscheidung rückte heran. Die schwankenden Verhältnisse, die zu Beginn des Jahres geherrscht und ein Zögern gestattet hatten, bestanden nicht mehr. Die Ansichten der Grossmächte in der nordischen Frage hatten sich geklärt. Gegen Frankreich, England, Schweden und den Siebenbürger Fürsten standen Oesterreich, Polen und Dänemark. Zwischen diesen beiden Parteien musste der Kurfürst wählen. Neigung zog ihn weder zu der einen noch zu der anderen. Er missgönnte der einen wie der anderen einen entscheidenden Sieg. Hätten die Verhältnisse es gestattet, er wäre am liebsten neutral geblieben. In seinem Interesse lag es überhaupt nicht, dass der Krieg fortgeführt wurde. Was er von demselben erhoffen konnte, er hatte es erreicht. Wenn der Friede geschlossen und ihm seine Erwerbung gesichert wurde, durfte er frohlocken. So lange noch einige Hoffnung hiezu vorhanden war, hat er denn auch seinen ganzen Einfluss dahin geltend gemacht. Er hat den Schwedenkönig ernstlich ermahnt, Frieden zu schliessen, ihn in seinen Unternehmungen gegen die Polen nur lau unterstützt und wiederum Friedrich III. von Dänemark vom Losschlagen gegen Karl Gustav abzuhalten sich bemüht. Allein mit dem Abzuge des Schwedenkönigs aus Polen, mit seinem Zuge nach Dänemark, mit den Bündnissen, die Oesterreich mit Polen, Frankreich mit England geschlossen hatten, wurden diese Hoffnungen auf eine gütliche Beilegung des Conflictes zu Grabe getragen. Der Krieg dauerte nicht nur fort, sondern es drohte aus dem schwedisch-polnischen Kampfe ein Weltkrieg zu entbrennen. In dieser Lage, ausser Stande, zwischen den beiden mächtigen Parteien hindurch das Staatsschiff zu lenken, gab es für Friedrich Wilhelm bei seiner Entscheidung nur eine Erwägung: von welcher Seite er grössere und sicherere Vortheile zu erwarten hatte. Nicht das Herz, einzig und allein der kalte, nüchterne Verstand musste hier den Ausschlag geben. Die grösseren Vortheile bot unzweifelhaft der Schwedenkönig und dessen Partei. Karl Gustav stellte dem Kurfürsten für den Fall seines Eintrittes in die grosse, vor Allem gegen Oesterreich gerichtete Allianz, bedeutende Ländererwerbungen, in erster Linie die Ueberlassung Schlesiens in Aussicht.[1] Dass die Souveränetät in Preussen ihm gewahrt blieb, war eine selbstverständliche Voraussetzung. Dazu kamen die Anerbietungen der Vertreter Ludwig XIV., die, um sich Friedrich Wilhelms Kur-

[1] Carlson, l. c., 242.

stimme zu sichern, mit Versprechungen nicht sparten und durch Bestechungen die Umgebung des Kurfürsten zu gewinnen suchten.[1] Von Polen und dessen Verbündeten hatte dieser nicht so viel zu erhoffen. Was er im günstigsten Falle von denselben als Zugeständniss erlangen zu können glaubte, war die Anerkennung dessen, was er bereits besass, die Anerkennung der vollen Souveränetät in Preussen. Diese aber, von Seite des Polenkönigs, des alten Lehensherrn, und von Seite des muthmasslichen Oberhauptes des deutschen Reiches bestätigt zu sehen, war ein unvergleichlicher Gewinn, der wohl die grösseren Anerbietungen der Feinde Polens aufwiegen konnte. Man begreift, wie schwer es dem Kurfürsten wurde, in dieser Lage, wo auf der einen Seite der grössere, auf der anderen Seite der sicherere Gewinn lockte, sich für eine der beiden Parteien zu entscheiden. Es war ein Moment, in dem auch minder bedeutende Ereignisse den Ausschlag geben können, ein Moment zugleich, wo durch die Fähigkeit und durch das geschickte Vorgehen eines Einzelnen Grosses erreicht werden kann. Uns dünkt, dass wirklich durch das Zusammentreffen dieser beiden Momente der Sieg der österreichischen Partei entschieden wurde.

Wenige Tage nach seiner Ankunft hatte Lisola die erste Audienz beim Kurfürsten. Er verhielt sich diesem gegenüber der Ansicht entsprechend, die er sich im Verlaufe seines Verkehres mit Friedrich Wilhelm von dessen Charakter gebildet hatte. Bald bittend, bald drohend — sein grosser Gegner, der Schwedenkönig, hatte ihn gelehrt, welchen Eindruck eine zu richtiger Zeit angewendete Strenge auf den Kurfürsten machte — suchte er diesen von der Nothwendigkeit der Trennung von Schweden und der Einigung mit Polen und Oesterreich zu überzeugen. Es gelang ihm nicht ganz. Aber so viel erreichte er, dass Friedrich Wilhelm sich bereit erklärte, die Unterhandlungen im tiefsten Geheimnisse — nur Schwerin sollte eingeweiht werden — fortzusetzen.[2] In der That wurden die Verhandlungen wenige Tage darauf begonnen. Dass die ersten Anerbietungen des Bischofs von Ermeland vom Kurfürsten und von seinem Minister zurückgewiesen wurden, beunruhigte Lisola nicht. Er wusste, dass man mit diesen unbedeutenden Zugeständnissen nicht an's Ziel gelangen werde, aber er hielt es für nothwendig, diesen Weg einzu-

[1] Vergleiche Urkunden und Acten. II. 126 ff.

[2] Bericht Lisola's vom 9. Juli 1657. Ber. 286 ff.

schlagen, um die hohen Forderungen des Kurfürsten ein wenig herabzudrücken und er wünschte überdies eine Verzögerung in den Verhandlungen, um das gute Verhältniss, in welchem er zu einer grossen Reihe einflussreicher Persönlichkeiten des kurfürstlichen Hofes stand, zu erneuern und um sich über die Pläne der Gegner zu orientiren. Beides gelang über die Massen gut. Die Kurfürstin liess ihm wiederholt Zeichen ihrer Theilnahme an seinen Bemühungen zukommen, mit der am Hofe weilenden einflussreichen Herzogin von Kurland hat er vertrauliche Correspondenz gepflogen und durch sie so manchmal Kunde von wichtigen Ereignissen erhalten. Insbesondere aber mit dem Grafen Schwerin, der beim sinkenden Einflusse Waldecks immer mehr an Bedeutung gewann, trat er in das intimste Verhältniss. Durch ihn in erster Linie wurde er von den Plänen seiner Gegner in Kenntniss gesetzt, von ihm erfuhr er, was D'Avaugour am kurfürstlichen Hofe geäussert hatte, dass des Königs von Böhmen und Ungarn Vorgehen dem Franzosenkönige unerträglich, dass dieser entschlossen sei, die Wahl Leopolds zum Kaiser, wenn es sein müsse auch mit Gewalt, zu hindern, dass er den Kurfürsten auffordere, auf seine Seite zu treten und ihm für seinen Beitritt Truppen und Geld, in welcher Höhe auch immer, zur Verfügung stelle.[1] Er staunte daher nicht, als sich die Wirkungen dieser neuen Anerbietungen Ludwig XIV. äusserten, als der Kurfürst, der bis dahin auf den Plan einer Einigung mit den Polen freudig eingegangen war, ihm mittheilen liess, dass er mit dem besten Dank für Leopolds gute Intention sich genöthigt sehe, von einer Fortsetzung der Verhandlungen abzustehen, da des Bischofs von Ermeland Reden jede Hoffnung auf das Zugeständniss der Souveränetät in Preussen auszuschliessen scheinen. Lisola wusste, worauf das hinausging. Er dachte keinen Augenblick daran, dass es dem Kurfürsten mit diesen Erklärungen Ernst sei, dass er wirklich die Verhandlungen abzubrechen wünsche. Auch daran zweifelte er nicht, dass die Einigung zwischen Brandenburg und Polen zu Stande kommen werde; nur konnte er jetzt nicht mehr daran denken, unter so günstigen Bedingungen das Ziel zu erreichen als vorher. Und das war es, was ihn verdross. Lisola hatte niemals eine besondere Sympathie für Friedrich Wilhelm empfunden. Er hätte ihm gerne eine Demüthigung, eine Verringerung

[1] Ueber diese Sendung D'Avaugours siehe Urkunden und Acten, II. 118 ff. Terlon, Mémoires, Bd. I. 105 ff.

seiner Macht gegönnt. Aber wie vor Jahresfrist glaubte er auch jetzt, dass das allgemeine Interesse nicht gestatte, diesen Gefühlen zu folgen. Für die Wahl Leopolds zum Kaiser, für die Unterdrückung Karl Gustavs und zur baldigen Beendigung des Krieges war die Mitwirkung des Kurfürsten unerlässlich, und gegen diese Rücksicht mussten alle übrigen Interessen zurücktreten. All' dies hinderte aber nicht, dass er so lange als möglich mit den letzten Zugeständnissen zurückhielt. Als der Kurfürst ihm von seinem Entschlusse Mittheilung machte, die Verhandlungen abzubrechen, erwiderte er mit berechneter Kälte, es thue ihm leid, dass das egoistische Interesse gewisser Personen bei Friedrich Wilhelm mehr Gewicht habe, als die ehrbaren Rathschläge seiner Freunde. Im Uebrigen sei jeder seines Glückes Schmied. Zugleich bereitete er sich, ähnlich wie vor Monaten, zur Abreise vor.[1] Allein diese Mittel verfingen nicht mehr. Die Gegenpartei wurde von Tag zu Tag mächtiger. Einerseits lagen dem Kurfürsten die Vertreter Frankreichs und Schwedens in den Ohren, andererseits wurden die von diesen gewonnenen Minister Friedrich Wilhelms nicht müde, ihrem Herrn von der ewig währenden Rache Schwedens, von dem Untergange der protestantischen Partei, von der Treulosigkeit Polens und von des Kaisers bedrängter Lage zu sprechen und ihm die Vortheile eines Anschlusses an Karl Gustav vor Augen zu halten.[2] Lisola aber war, wie er klagend dem Kaiser berichtete, in dieser Lage ohne Vollmacht, ohne Instruction, ohne genauere Kenntniss über die Berechtigung der kurfürstlichen Forderungen, ohne alle Mittel, ja ohne die Ermächtigung Versprechungen zu machen, allein auf seine eigene und seiner Freunde Thätigkeit angewiesen. Er hat trotz alledem den Muth nicht sinken lassen. Immer von Neuem hat er den Kurfürsten zur Herabminderung seiner Forderungen zu bewegen gesucht. Allein vergebens. Friedrich Wilhelm blieb standhaft und erklärte schliesslich, von der Souveränetät in Preussen unter keiner Bedingung abstehen, lieber den Untergang seines Landes dulden zu wollen. Unter solchen Umständen hielt sich Lisola für verpflichtet, einen Schritt weiter zu gehen. Er bot dem Kurfürsten die Souveränetät in Preussen an, aber nicht ohne gewisse Einschränkungen und Gegenforderungen, trotzdem mit der erhofften Wirkung. Er konnte am letzten Julitage

[1] Bericht Lisola's vom 22. Juli 1657. Ber. 301 ff.
[2] Bericht Lisola's vom 20. Juli 1657. Ber. 309.

seinem Hofe berichten: „Ich hoffe, dass heute oder morgen die Unterzeichnung des Tractates erfolgen wird. Der Kurfürst wird sich mit Polen aussöhnen, das Bisthum Ermeland und Alles, was er sonst in Polen besetzt hält, zurückgeben, auf Elbing und Pillau, wie auf die Erwerbungen in Pomerellen verzichten, sich zur Waffengemeinschaft mit Polen und mit dessen Verbündeten gegen Schweden und gegen die anderen Feinde Polens verpflichten. Alles gegen das Zugeständniss der vollen Souveränetät in Preussen."[1] Die noch vorhandenen Differenzen, die dem Wunsche Friedrich Wilhelms entsprangen, Braunsberg zu behalten und beim Aussterben seiner männlichen Nachkommenschaft Preussen auf seine Verwandten übertragen zu dürfen, hoffte Lisola ohne viele Mühe zu beheben. Das Benehmen des Kurfürsten gab ihm Berechtigung dazu, denn dieser willigte jetzt darein, dass, dem seit langem und wiederholt ausgesprochenen Wunsche Lisola's entsprechend, der französische Gesandte mit einer nichtssagenden Erklärung verabschiedet wurde.[2]

So standen die Dinge, als noch einmal durch die Thätigkeit des ränkevollen, gewandten Schlippenbach die Gefahr einer Umstimmung des Kurfürsten und mit derselben die des Abbruches der Verhandlungen mit Polen eintrat. Lisola suchte sofort derselben zu begegnen. Als er erfuhr, dass der schwedische Minister von der Treulosigkeit der Polen und Oesterreicher gesprochen und den Kurfürsten auf die üblen Folgen aufmerksam gemacht habe,[3] die für ihn aus seinem Anschlusse an Johann Casimir und an dessen Bundesgenossen erwachsen könnten, verfasste er ein Memoire, in welchem er die Behauptungen des Schweden zu widerlegen suchte, liess dasselbe in's Französische übersetzen und auf geheimen Wegen der Herzogin von Kurland zukommen, die es dem Kurfürsten geschickt in die Hände zu spielen wusste. Lisola's Schrift machte Eindruck auf Friedrich Wilhelm und verscheuchte die Zweifel, die er in die ehrlichen Absichten des kaiserlichen Gesandten gesetzt hatte; aber das hinderte nicht, dass er, aus diesen ihm günstigen Verhältnissen Vortheil ziehend, seine Forderungen steigerte. So lange die Franzosen an seinem Hofe weilten, wagte Lisola nicht ernstlich zu opponiren.

[1] Bericht Lisola's vom 31. Juli 1657. Ber. 310 f.

[2] Urkunden und Acten, VIII., 230 ff., und Orlich, Geschichte Brandenburgs im XVII. Jahrhundert, I., 190 ff.

[3] Das Nähere im Berichte vom 10. August 1657. Berichte 311 ff.

Sobald sie aber verabschiedet waren, trat er entschiedener auf. Na
langen Verhandlungen wurde dann endlich gegen Mitte des Monat
August 1657 das Instrument aufgesetzt, durch das sich der Kurfür
zur Rückgabe von Ermeland und zur Waffengemeinschaft geg
Schweden bereit erklärte, wogegen ihm die volle Souveränetät i
Preussen, Elbing und die beiden Präfecturen in Pomerellen zug
standen wurden. Nun aber weigerte sich der Bischof von Ermela
ohne Zustimmung Gonsiewski's zu unterzeichnen. Wieder muss
Lisola vermitteln. Er eilte zu Gonsiewski und bewog ihn, wer
auch erst nach langen Unterhandlungen, seine Einwilligung
geben.[1] Wenige Tage später war er wieder in Königsberg. Zuglei
mit ihm traf daselbst die Kunde ein von der Uebergabe des v
den Schweden besetzt gehaltenen Krakau an die Oesterreicher[2] u
von der zwischen den Truppen Karl Gustavs und Friedrich W
helms herrschenden Feindschaft.[3] Beide Nachrichten haben nic
wenig dazu beigetragen, den Kurfürsten ganz für den Ausgleich n
Polen zu gewinnen. Für Lisola aber war das Maass seiner Leid
noch nicht voll. Als er voller Zuversicht von Gonsiewski, fr
diesen gewonnen zu haben, nach Königsberg zurückkehrte, fand
eine Weisung Johann Casimirs vor, in welcher dieser das früh
gewährte Zugeständniss der vollen Souveränetät in Preussen der
restringirte, dass an eine Annahme seitens des Kurfürsten nicht
denken war. Man begreift, in welche Aufregung und Erbitteru
dieses Schreiben den Gesandten versetzte. Er hatte unter unglau
lichen Schwierigkeiten die Verhandlungen zu einem Abschlusse g
bracht und nun sollte durch das thörichte Verlangen des Polenköni
alles rückgängig gemacht und seinem Herrn der fast gewonne
Freund zum Feinde werden. Lisola war keinen Augenblick i
Zweifel darüber, wie er sich in dieser Lage zu benehmen habe.
unterdrückte einfach die ihm zugegangene Weisung, brachte die V
handlungen mit Friedrich Wilhelm zum Abschlusse und schrieb d
Polenkönige, die Angelegenheit sei beim Einlangen seiner Weisu
bereits abgemacht, eine Abänderung nicht mehr möglich gewese
So gelang es ihm in der That am 8. September den Abschluss d

[1] Bericht Lisola's vom 28. August 1657; Berichte 315.

[2] Wagner, Hist. Leopoldi Magni, I. 19.

[3] Droysen, l. c., III 2. 349.

[4] Bericht Lisola's vom 11. September 1657. Berichte 317.

Verhandlungen zu ermöglichen. Am 13. September erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages durch den Bischof von Ermeland, durch die Vertreter Friedrich Wilhelms und durch Lisola, und wenige Tage darauf, nachdem auch Gonsiewski seine Einwilligung gegeben hatte, wurden die endgiltigen Abmachungen zu Wehlau getroffen.[1] Man kann sich die Freude vorstellen, die Lisola über das glücklich vollführte Werk empfand. „Gelöst ist," schrieb er in diesen Tagen, „jene verderbliche Einigung, von welcher Euerer Majestät so viel Unheil drohte, und in Kürze werden mit Gottes Hilfe die beiden Fürsten sich derart begegnet haben, dass für eine Aussöhnung und für ein gegenseitiges Vertrauen kein Raum mehr übrig bleiben wird."[2] Aber mitten in diesem Freudentaumel vergass er nicht seiner Pflicht. Betreffs einiger Fragen hatte man in Wehlau zu einer Einigung nicht gelangen können. Um den Abschluss des Vertrages nicht zu verzögern, hatte man sich entschlossen, dieselben in suspenso zu lassen. Gelegentlich der Ratification der Verträge sollten sie geordnet werden. Lisola drängte unaufhörlich dazu. Er fürchtete noch immer den Wankelmuth Friedrich Wilhelms und wünschte diesen definitiv von seinem früheren Bundesgenossen getrennt zu sehen. Dass man sich dann seitens der beiden Fürsten zu einer persönlichen Zusammenkunft entschloss, war ihm ausserordentlich erwünscht. Er hat es in Bromberg, wo die beiden Herrscherpaare sechs Tage unter unaufhörlichen Freudenfesten verbrachten, an Bemühungen nicht fehlen lassen.[3] Und sie thaten Noth, denn die Franzosen boten nochmals ihre ganze Kunst und ihren ganzen Einfluss auf, um den Brandenburger zu gewinnen oder die Polen von der Ratification der Wehlauer Verträge abzuhalten. Es war gewiss nicht in letzter Linie das Verdienst Lisola's, dass all' diese Anstrengungen scheiterten. Graf Hatzfeld, der an diesen Berathungen theilnahm, hat neidlos anerkannt, dass es vornehmlich der unermüdlichen Thätigkeit des kaiserlichen Gesandten im Dienste der gemeinschaftlichen Sache zugeschrieben werden müsse, dass König und Königin, sowie die Mehrzahl der polnischen Grossen, trotz der lockenden Anerbietungen und Bestechungsversuche der

[1] Vertrag vom 19. September 1657 bei Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, 220 ff.

[2] Bericht Lisola's vom 3. October 1657. Berichte 321 ff.

[3] Vergleiche für die Zusammenkunft in Bromberg Berichte 328 ff., woselbst auch die Literatur verzeichnet ist.

Franzosen, der kaiserlichen Sache treu blieben und am 6. Novem die zu Wehlau getroffenen Vereinbarungen durch die Ratification Vertragsinstrumentes guthiessen.[1]

Siebentes Kapitel.

Die Wahlfrage. Das österreich-brandenburgische Bündnis vom 9. Februar 1658.

Man würde ein nur unvollständiges Bild der Thätigkeit Lisc in diesen Monaten gewinnen, wollte man annehmen, dass die A söhnung des Kurfürsten mit dem Polenkönige die einzige Aufg gewesen sei, welcher der kaiserliche Gesandte seine Kräfte gewid hat. Neben den Verhandlungen, die dieser unermüdlich wirke Mann in erster Linie im Interesse der Polen führte, hat er s eine andere Angelegenheit zur Sprache gebracht, die das Inter der Welt damals im höchsten Maasse in Anspruch nahm. Es dies die Frage, ob es den vereinten Bemühungen einer ganzen R hervorragender Fürsten gelingen werde, den oft unternomme bisher immer gescheiterten Versuch, das habsburgische Haus dem Kaiserthrone auszuschliessen, diesmal zur Durchführung bringen, oder ob der Sprosse jener Familie, die nun durch mehr 200 Jahre die höchste Würde im deutschen Reiche bekleidete, Thron seiner Vorfahren besteigen werde. Dem Gange jener m würdigen Kämpfe zu folgen, die unter wechselndem Glücke mehr ein Jahr lang nicht nur in Frankfurt, dem für die Wahl bestimm Orte, sondern an den meisten grossen und vielen der klein Höfe Europa's ausgefochten worden sind und die, wie bekannt, dem allerdings theuer erkauften Siege des österreichischen Für geendet haben, kann nicht unsere Aufgabe sein.[2] Nur der Stell des Kurfürsten von Brandenburg und der Antheilnahme Lisola's hier mit wenigen Worten gedacht. So weit wir mit Hilfe der

[1] Mörner, l. c. 226 f.

[2] Die wichtigsten unter den neueren Arbeiten sind Heide, „Die Wahl pold I.", Forsch. zur deutschen Geschichte, Bd. 25, p. 1 ff., Pribram, „Zur ' Leopold I." A. f. K. ö. G. Bd. 73, p. 149 ff.; die betreffenden Abschnitt Valfrey's Hugues de Lionne, Bd. II.; und die schöne zusammenfassende Darste bei Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte, 293 ff.

jetzt reichlich zur Verfügung stehenden Documente die Thätigkeit Friedrich Wilhelms in der Wahlfrage zu beurtheilen in der Lage sind, scheint derselbe beim Tode Kaiser Ferdinand III. keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen zu sein, wem er seine Stimme zuwenden solle.[1] Rücksicht auf das Wohl des Reiches und persönliches Interesse gingen hier Hand in Hand, um ihn zu Gunsten des Habsburgers zu stimmen. Er wusste so gut wie irgend Einer, welche Gefahr die Herrschaft eines Ausländers, wem auch immer unter den vielen Candidaten diese zufallen sollte, dem Reiche bringen und von welch' üblen Folgen dieselbe auch für sein eigenes Land begleitet sein musste; er wusste aber auch, dass die deutschen Fürsten, die als Gegencandidaten des Habsburgers aufgestellt wurden, viel zu unbedeutend waren, um mit Erfolg gegen das Ansehen der österreichischen Herrscherfamilie und gegen die Macht der Gewohnheit anzukämpfen, und dass auch unter ihnen keiner war, dem er die Krone lieber hätte gönnen dürfen als dem jungen Könige von Böhmen.

In der That hat denn Lisola am kurfürstlichen Hofe, so oft er die Wahlangelegenheit zur Sprache brachte, das freundschaftlichste Entgegenkommen gefunden. Nicht nur Graf Schwerin, sondern Friedrich Wilhelm selbst betheuerte wiederholt seine feste Absicht, Leopold nicht blos seine Stimme zuwenden, sondern überdies Alles, was in seiner Macht stehe, im Interesse des Habsburgers aufbieten zu wollen. Und in dieser günstigen Stimmung blieb der Kurfürst fast die ganze Zeit. Er hat bei einem Gelage, das zur Feier der Geburt eines Prinzen — es war der nachmalige erste König von

[1] Hatte der Kurfürst schon in seiner Instruction für die nach Frankfurt bestimmten Räthe erklärt: „So ofte des Haus Oesterreich gedacht wird, so ofte hat er desselben allezeit zum favorabelsten Unsertwegen zu gedenken und dass Wir auf dasselbe ein sonderbares Absehen gerichtet und dasselbe bei Uns in grosser Consideration wäre" (Instruction vom 27. April, Berliner Archiv. Bei Erdmannsdörffer ist dieselbe in den Urkunden und Acten, VIII. 437 wohl erwähnt, aber nicht wiedergegeben; vergleiche übrigens den gleichlautenden Passus in der Instruction für Johann Freiherrn von Löben an den Kurfürsten von Sachsen, p. 447); so schrieb er im August dem Kurfürsten von Köln: „Soviel das Subjectum eligendum betrifft, muss ich gestehen, dass die Zeiten so gar gefährlich und die Motus in ganz Europa so gross und dem Röm. Reich so nachtheilig scheinen, dass ich fast sehr bei mir anstehen muss, ob man anietzo auf einige Veränderung gedenken könne und ob man nicht vielmehr ein solches Haus wiederum zu erwählen, welches an eigenen Kräften bastant das Röm. Reich zu mainteniren." Urkunden und Acten, VIII. 452.

Preussen — stattfand, als der Wein die Zungen gelöst hatte, dem kaiserlichen Gesandten gesagt: „Böhmen, Sachsen und Brandenburg werden dem Reiche den Frieden geben und Euer König erkennen, wie ergeben ich ihm bin."[1] Und als bei Unterzeichnung des Wehlauer Vertrages die Polen auf Bitten und nach Anweisung Lisola's die Erklärung abgaben, sie hätten sich zu dem Zugeständnisse der Souveränetät in Preussen nur in der Voraussetzung entschlossen, dass Friedrich Wilhelm seine Stimme dem Könige von Böhmen und Ungarn geben werde, wurden diese Eröffnungen vom Kurfürsten und von seinen Vertretern mit Wohlwollen aufgenommen und mit den besten Versicherungen erwidert.[2]

Diese principielle Geneigtheit des Brandenburgers in der Wahlfrage für Leopold einzutreten, hinderte aber nicht, dass er für diesen Schritt zugleich einen entsprechenden Lohn forderte. Das war nun so einmal Brauch geworden bei den Kaiserwahlen. Ohne mehr oder minder bedeutende Zugeständnisse waren in der Regel die Stimmen der Kurfürsten nicht zu gewinnen. Friedrich Wilhelm hatte schon bei der Wahl Ferdinand III. seine Wünsche vorgebracht; er hatte schon damals die Abtretung Jägerndorfs oder eines äquivalenten Besitzes und die Begleichung der Breslauer Schuld gefordert.[3] Wie bekannt, ohne Erfolg. Er begann jetzt, durch die verwickelte Lage, in der sich Leopold befand, zuversichtlicher geworden, von Neuem Kammerrath Kittelmann, den er vornehmlich um dieser Sache willen nach Wien sendete, forderte unablässig von dem jungen Könige und von dessen Räthen die Erledigung dieser so lange schwebenden Angelegenheit,[4] und der Kurfürst und seine Räthe begehrten in Königsberg von dem kaiserlichen Gesandten ein Gleiches. Dieser befand sich in einer äusserst unangenehmen Lage. Er war von seinem Hofe nicht instruirt, wie er sich in dieser Frage verhalten solle, ja er war über den Stand derselben nicht genügend unterrichtet worden. Was er wusste, war nur, dass Leopold und die Mehrzahl seiner Minister jeder Gebietsabtretung principiell abhold waren. Hier in

[1] Bericht Lisola's vom 31. Juli 1657. Berichte 311.

[2] Bericht Lisola's vom 3. October 1657. Berichte 321 ff.

[3] Vergl. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. l. c. 150. Jägerndorf war 1620 von Ferdinand II. eingezogen worden. Ueber die ganze Streitfrage Pribram, „Oesterreich und Brandenburg 1685—1686", 24 ff. und Grünhagen, Gesch. des ersten schlesischen Krieges. I. Bd.

[4] Ueber die Sendung Kittelmanns siehe Urkunden und Acten l. c. VIII. 339.

Königsberg aber sah er, wie sehr diese Dinge dem Kurfürsten am Herzen lagen und welche Gefahr für den ganzen weiteren Verlauf der Verhandlungen aus der Zurückweisung dieser Ansprüche erwachsen konnte. Es ist, wie uns dünkt, ein Zeichen seiner auf das Grosse gerichteten Politik, dass er trotz seiner Abneigung gegen jede Vergrösserung des kurfürstlichen Besitzes, für eine, wenn auch möglichst geringe und vom Herrscher Oesterreichs leicht zu gewährende Entschädigung eintrat.[1] Allein auf seine diesbezüglichen Anfragen erfolgte keine Antwort, und was Kittelmann in Wien von den verschiedenen Ministern vernahm, war deutlich genug, um auch diesen Mann von der gänzlichen Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen zu überzeugen. Wer weiss, welche Folgen die Hartnäckigkeit des Wiener Hofes noch hätte haben können, wenn nicht in den Tagen, da die endgiltigen Abmachungen in Wehlau getroffen werden sollten, eine Frage aufgetaucht wäre, von deren Entscheidung die Stellung des Kurfürsten zum Wiener Hofe überhaupt abhing und neben der die Prätensionsangelegenheit für's Erste gänzlich in den Hintergrund trat.

Für Friedrich Wilhelm war es, indem er sich entschloss, dem Bunde mit Schweden zu entsagen und sich dessen Gegnern zuzugesellen, eine Frage von der allerwesentlichsten Bedeutung, ob er darauf rechnen könne, dass seine neuen Verbündeten, wenn ein vortheilhafter Friede nicht erreichbar sein sollte, bereit sein würden, unverzüglich und mit Anspannung aller Kräfte gegen Karl Gustav in's Feld zu ziehen. Denn nur durch ein solches rasches, energisches Vorgehen durfte Friedrich Wilhelm hoffen, der ihm und seinem Lande von der Rache des beleidigten Freundes drohenden Gefahr begegnen zu können. Der Kurfürst hat wirklich eine bindende Zusicherung in diesem Punkte als eine unerlässliche Bedingung für seinen Eintritt in die polnisch-österreichische Liga bezeichnet. In Wehlau, mitten in den Unterhandlungen über seine Einigung mit Johann Casimir, brachte er sein Begehren vor. Er forderte Gutheissung seiner Pläne und Verpflichtung der Theilnahme an dem beabsichtigten Zuge nach Pommern und nach Holstein. Die Polen waren gerne bereit, auf seine Pläne einzugehen. Begreiflich, denn auch für sie gab es keine andere Rettung, als einen günstigen Frieden oder

[1] Ueber diese Vorschläge, vornehmlich Draheim in Pomerellen betreffend, vergleiche den Bericht Lisola's vom 13. September 1657. Berichte 318 ff.

einen energisch geführten Krieg, und was der Kurfürst ihnen als Lohn für einen kühnen Angriff in Aussicht stellte, war verlockend genug, um selbst bedächtige Köpfe in Aufregung zu versetzen; ganz abgesehen davon, dass eine Verlegung des Kriegsschauplatzes von Polen nach Pommern ihnen nur vortheilhaft sein konnte. Allein mit der Zustimmung Polens begnügte sich Friedrich Wilhelm nicht. Er hatte niemals eine besonders günstige Meinung von der Tüchtigkeit der polnischen Soldaten gehabt und glaubte mit ihnen allein den Kampf wider den mächtigen Gegner nicht aufnehmen zu können. Von dem Könige von Dänemark aber, mit dem in jenen Tagen ein gegen Schweden gerichtetes Bündniss geschlossen wurde,[1] war keine Hilfe zu erwarten; ihm eine solche zu bringen vielmehr die dringendste Aufgabe. Es blieb also lediglich der österreichische Herrscher übrig. Friedrich Wilhelm erklärte daher auch gerade heraus, sich ohne die Unterstützung Leopolds zum Offensivkriege gegen Karl Gustav nicht verstehen zu wollen. Zugleich beauftragte er zwei seiner Räthe, Schwerin und Sparr, dem kaiserlichen Gesandten von dem Stande der Dinge Mittheilung zu machen und eine kategorische Erklärung über die Intentionen des Wiener Hofes zu fordern. Was diese beiden Männer vorbrachten, verfehlte nicht, auf Lisola Eindruck zu machen. Allerdings noch mehr als ihre Worte wirkte auf ihn die Gewalt der Verhältnisse. Nicht dass er die Gefahren, die ein Vorgehen im Sinne des Kurfürsten mit sich bringen konnte, übersehen oder nicht genügend zu würdigen verstanden hätte. Er wusste so gut wie einer der Räthe Leopolds, welches Wagniss darin lag, in dem Momente, wo Franzosen und Engländer vereinigt in den Niederlanden operirten, wo in der Wahlangelegenheit die Entscheidung bevorstand, wo die Bewegungen des vom Schwedenkönige angeeiferten Sultans eine immer bedrohlichere Gestalt annahmen, den Offensivkrieg gegen Karl Gustav in Deutschland zu beginnen und den Feinden des habsburgischen Hauses dadurch eine Handhabe zu bieten, Leopold mit einem Scheine von Berechtigung des Friedensbruches anzuklagen. Wenn Lisola trotz alledem für den Krieg eintrat, so geschah dies einzig und allein, weil er der festen Ueberzeugung war, dass sich die Verhältnisse in den nächsten Monaten keinesfalls zu Gunsten, wohl aber möglicherweise zum Nachtheile Leopolds ändern könnten und weil ihm zugleich der gegenwärtige

[1] Brand.-dänisches Bündniss vom 30. Oct. 1657. Mörner, l. c. 228.

Moment über die Maassen günstig schien, um durch einen entscheidenden Sieg über Karl Gustav den Krieg in einer den Interessen Oesterreichs entsprechenden Weise zu Ende zu führen.

Noch hatte ja der Schwedenkönig die Dänen nicht völlig besiegt, noch war es den Engländern und Franzosen nicht gelungen, Dünkirchen in ihre Gewalt zu bringen, während Russland siegreich vordrang, Polen besser gerüstet denn je zum entscheidenden Schlage ausholte und Holland zu den Verbündeten neigte. Und nun erbot sich der Kurfürst von Brandenburg an der Spitze einer Armee von 30,000 Mann, gebildet aus seinen eigenen Truppen und aus denen Polens und Oesterreichs, den gegen Dänemark operirenden Karl Gustav im Rücken zu fassen. Durfte man bei einem solchen plötzlich und kräftig geführten Schlage nicht mit Zuversicht auf Erfolg rechnen? Und wer wollte, wenn der Zug gelungen, wenn der Schwedenkönig zu Fall gebracht war, den vereinigten Kräften der Verbündeten Widerstand leisten? wer dem Könige von Böhmen und Ungarn, wenn er als Sieger in Frankfurt einzog, den Thron streitig machen? Man begreift, wie gewaltig solche Erwägungen — und kaum dürften es andere gewesen sein — auf einen Mann, wie Lisola war, einwirken mussten. Dass der Kurfürst ein gewagtes Spiel vorschlug, dass man Alles auf eine Karte setzte, hat der kaiserliche Gesandte gewiss nicht geleugnet, aber er hatte in einem an Erfahrungen reichen Leben sich davon zu überzeugen Gelegenheit gehabt, dass nur ein frisches, wenn auch gewagtes Zugreifen im rechten Momente zum Ziele führe. Und weil er glaubte, dass dies ein solcher Moment sei, hätte er, wäre es in seiner Macht gelegen, keinen Augenblick gezögert, im Namen seines Herrn die Zustimmung zu dem von Friedrich Wilhelm geplanten Unternehmen zu geben. Allein er war durch seine Instruction gebunden, und was er auf Grundlage dieser dem Kurfürsten anbieten konnte, den Eintritt in die oesterreichisch-polnische Liga, genügte diesem nicht. So geschah, was geschehen musste. Friedrich Wilhelm, dem es ein allzu kühnes Wagniss schien, ohne den Rückhalt an Leopold sich in den Kampf mit Karl Gustav einzulassen, verzichtete für's Erste auf ein offensives Vorgehen gegen diesen und dies um so mehr, als ihm der zur Täuschung der Uneingeweihten verfasste Neutralitätsvertrag mit Polen die Möglichkeit bot, das freundschaftliche Verhältniss zu Schweden fortzusetzen, beschränkte die Wehlauer Abmachungen auf eine Defensivallianz und beschloss, von dem wei-

teren Verlaufe der Verhandlungen, die er nach beiden Seiten hin zu führen willens war, es abhängen zu lassen, welcher der beiden Parteien er sich zuwenden und seine bedeutende Kriegsmacht zuführen werde.[1]

Jenes Schreiben, in welchem Lisola seiner Regierung von all' diesen Vorfällen Kunde gab, langte erst gegen Ende October in Wien ein. Er konnte daher in den Tagen, da der Kurfürst mit dem Könige von Polen in Bromberg zusammentraf, von seinem Hofe noch keine Antwort erhalten haben. Friedrich Wilhelm aber und Johann Casimir, die hinter dieser Verzögerung feindliche Absichten vermuthen zu müssen glaubten, forderten immer dringender die Entscheidung Leopolds und drohten, als ihnen in Bromberg von dem Vertreter Frankreichs glänzende Friedensanerbietungen gemacht wurden, dem Gesandten Leopolds mit dem völligen Abbruche der Verhandlungen, wenn die Wiener Regierung sich nicht zum Frieden unter den vorgeschlagenen Bedingungen oder zur Theilnahme an dem Offensivkriege in Pommern und in Holstein bereit erkläre. Es gehörten die ganze Geschicklichkeit, der rastlose Eifer und die bewunderungswürdige Ausdauer Lisola's dazu, all' dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, die Pläne der Franzosen zu durchkreuzen und den Kurfürsten zur Ratification des Vertrages mit den Polen zu vermögen, ohne dass von Seite der Vertreter Leopolds — neben Lisola wohnte auch der kaiserliche Feldherr Melchior Hatzfeld dieser Zusammenkunft bei — eine bestimme Erklärung über die Theilnahme Oesterreichs an dem Offensivkriege gegen Karl Gustav abgegeben worden wäre. Und dabei bedenke man, um die Qualen, die Lisola in diesen Tagen litt, ermessen zu können, dass er gegen seine eigene Ueberzeugung handelte, indem er jeder bestimmten Erklärung aus dem Wege ging, dass, während sein Auftrag ihn nöthigte, das zögernde Benehmen seiner Regierung zu rechtfertigen, er selbst der entschiedenste Gegner desselben war. Keinen besseren Beleg für seine wirkliche Auffassung der Dinge könnte es geben als die Berichte,

[1] Es ist für die Schaukelpolitik Friedrich Wilhelms in diesen Tagen bezeichnend, dass das Schreiben an Karl Gustav, in welchem er diesem den Abschluss des Neutralitätsvertrages mit Polen zugleich mit der Versicherung des Fortbestandes der alten Freundschaft meldete, dasselbe Datum trägt wie die Instruction für Hoverbeck, in welcher dieser aufgefordert wurde, mit Lisola zu verhandeln, „weil die Noth erfordert, das wir Uns itzo mit dem Hause Oesterreich alliiren" (Urkunden und Acten, VIII. 219), ddo. 24. September 1657.

die er damals an seinen Hof gerichtet hat. Was er dem Kurfürsten gegenüber nicht äussern durfte, findet hier klaren, präcisen Ausdruck. Mit unerbittlicher Consequenz weist er seinem Herrn die Nothwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen Karl Gustav nach, mit berechneter Breite schildert er die Folgen der Unterdrückung dieses ruhelosen Kriegsfürsten. „Es scheint mir," ruft er aus, „zweckmässiger, ruhmreicher, sicherer und leichter zu sein, den Krieg gegen Karl Gustav bis zu dessen Vernichtung zu führen, als durch Verhandlungen mit ihm zu einem Abschlusse zu gelangen, der doch niemals die Gewähr eines dauernden Friedens bieten würde."[1]

Wenige Tage, nachdem er diesen Bericht abgesendet hatte, langte eine Weisung aus Wien ein. Sie war die Antwort auf des Gesandten Schreiben vom 3. October. Mit welchen Erwartungen mag dieser sie zur Hand genommen, mit welcher Enttäuschung aus der Hand gelegt haben. Nicht dass der Wiener Hof von dem Zuge nach Pommern abgerathen hätte. Beileibe nicht, gerade im Gegentheil. Man sprach nicht blos im Allgemeinen von der Zulässigkeit des Offensivkrieges gegen Schweden, sondern man beauftragte Lisola, seinerseits Alles, was in seiner Macht liege, zu thun, um die beiden Fürsten zu einer schleunigen, entsprechenden Unterstützung des arg bedrohten Dänenkönigs zu vermögen. Aber selbst bei dem Unternehmen mitzuhalten, das war es, was man weigerte. Der Gesandte wurde ausdrücklich angewiesen, die Verwendung der kaiserlichen Truppen ausserhalb Polens rundweg abzuschlagen.[2] Und in eben diesem Sinne ward Goess, der seit Monaten in Kopenhagen mit ernstem Bestreben für den Abschluss des Vertrages zwischen Leopold und Friedrich III. wirkte, und Sehestedt, der immer von Neuem in Wien die Nothwendigkeit betonte, dem Dänen durch eine Diversion in Pommern Luft zu schaffen, die bestimmte Erklärung zu Theil, dass die Wiener Regierung sich zur Antheilnahme an einer Expedition gegen Pommern nicht entschliessen könne.[3]

Es ist unschwer zu erkennen, was die Urheber dieser Beschlüsse mit denselben bezweckten. Sie wollten die Früchte eines eventuellen

[1] Bericht Lisola's vom 9. November 1657. Ber. 330 f.

[2] Weisung vom 22. October 1657. St.-A. (Pol.)

[3] Sehestedt schrieb 13. Oct. 1657, St.-A. (Dan.), an seinen Herrscher: „Meines Theiles erkläre ich inskünftig meinen Fleiss für ganz unkräftig das geringste mehr bei hiesiger Regierung zu E. M. und aller Unterthanen Dienst zu verrichten, dann mir die Diversion durch hiesige Völker, darin doch das Fundament meines ganzen Ansinnens besteht, rund abgeschlagen wurde."

Sieges geniessen, aber die Folgen einer möglichen Niederlage nicht tragen; sie wollten den übermüthigen, Oesterreich feindlich gesinnten Schwedenkönig gedemüthigt sehen, aber ohne durch ein offensives Vorgehen ihrerseits Uebelgesinnten die Möglichkeit zu geben, Leopold vor den zu Frankfurt versammelten Kurfürsten des Friedensbruches anzuklagen. Niemand wird leugnen wollen, dass eine solche Politik, wäre sie durchführbar gewesen, den Interessen der österreichischen Regierung am besten entsprochen hätte. Allein so standen nun einmal die Dinge nicht, und nur Männer, denen jeder Sinn für die realen Verhältnisse abging, konnten auf diesem Wege an's Ziel zu kommen hoffen. Glaubten die Räthe Leopolds vielleicht, der Kurfürst werde sich auf die blossen Ermunterungen Oesterreichs hin in den Kampf mit dem mächtigen Schwedenkönige stürzen, oder meinten sie etwa, die Polen würden ganz ruhig die kaum erschwingbaren Lasten tragen, die ihnen aus der Erhaltung der kaiserlichen Truppen erwuchsen, und diese von der Theilnahme an dem entscheidenden Schlage dispensieren, der gegen den gemeinsamen Gegner geführt werden sollte? Auf diese Weise die Schwierigkeiten beseitigen zu wollen, die unleugbar in Folge der eigentümlichen Stellung Leopolds in diesem Momente bestanden, bewies offenbaren Mangel an staatsmännischer Einsicht. Das war denn auch der Eindruck, den die Schreiben seiner Regierung auf Lisola gemacht haben. Er war in Posen, als er das zweite derselben erhielt.[1] Es wurde ihm darin aufgetragen, dem Kurfürsten, falls derselbe, wie zu vermuthen, die Rückreise nach Berlin schon angetreten haben sollte, dahin zu folgen, ihm für seine Erklärungen in der Wahlangelegenheit den Dank Leopolds auszusprechen, von dem Stande der österreichisch-dänischen Allianzverhandlungen Kunde zu geben, zu energischen Massregeln gegen Karl Gustav aufzufordern überdies den Abschluss eines Defensivbündnisses anzutragen, die Theilnahme Leopolds am pommerischen Kriege aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl abzulehnen.

Sofort erkannte Lisola, wie gänzlich verfehlt das Vorgehen des Wiener Hofes sei, welche Gefahren Leopold und dem Reiche drohten, wenn diese Politik zur Durchführung kam. Aber was sollte er nun thun? Dem Befehle gehorchen, sich nach Berlin begeben,

[1] Weisung vom 3. November nach dem Gutachten der Conferenz vom 30. October 1657. St.-A. (Pol.)

mit den seiner Ansicht nach ganz ungenügenden Zugeständnissen an den Kurfürsten herantreten, an ihn, den Franzosen und Schweden in Versprechungen sich überbietend zu gewinnen suchten, an ihn, von dessen Theilnahme an dem Kampfe, wie er wusste, die Entscheidung abhing, an ihn, den er mit so grosser Mühe den Armen des Schwedenkönigs entrissen und für die Verbündeten fast völlig gewonnen hatte, das wollte er unter keiner Bedingung. Vielleicht konnte doch ein nochmaliges eindringliches Schreiben den Wiener Hof auf andere Gedanken bringen. Und so entschloss er sich — selbstständig zu handeln war er von jeher gewohnt — nach vorhergegangener Berathung mit dem Polenkönige und mit Hatzfeld, seine Reise an den Berliner Hof, trotz des ausdrücklichen Befehls, der ihm zugegangen war, zu verzögern und seiner Regierung nochmals die Pläne des Kurfürsten, die Lage der Dinge und die Nothwendigkeit eines energischen Vorgehens vor Augen zu führen. Von diesen Gedanken ist denn auch sein Bericht vom 18. November 1657 getragen. „Der Kurfürst fordert", heisst es in demselben, „ein Offensivbündniss gegen Karl Gustav, den man in Holstein oder Pommern aufsuchen und vernichten muss. Er erbietet sich zu diesem Zwecke, 10,000 seiner besten Soldaten zur Verfügung zu stellen, jedoch nur unter der Bedingung, dass der Kaiser gleichfalls mit 10,000 oder mindestens 8000 Mann seiner in Polen befindlichen Truppen an diesem Zuge theilnimmt. Im Uebrigen soll jeder volles Verfügungsrecht über seine Truppen haben, die Lasten des Krieges gleich tragen, die Operationen sollen nach gemeinsam gefassten Beschlüssen geführt, Friede oder Waffenstillstand nur mit Zustimmung aller Betheiligten geschlossen werden und nach Beendigung des Krieges durch zehn Jahre ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniss bestehen. Geht der Kaiser auf diese Vorschläge nicht ein, besteht er vielmehr auf der Defensivallianz, so ist der Kurfürst bereit dieselbe abzuschliessen, erklärt aber zu gleicher Zeit, dass er Alles aufbieten werde, mit dem Schwedenkönige zu einem Ausgleiche zu gelangen. Das Beste, Zweckmässigste wäre es, fährt Lisola fort, wenn Leopold sich entschliesen könnte, offen auf die Pläne des Kurfürsten einzugehen. Glaubt er dies aber mit Rücksicht auf anderweitige Interessen nicht thun zu dürfen, dann muss man nach Mitteln suchen, das kurfürstliche Begehren zu erfüllen und doch zugleich auf die Lage Leopolds Rücksicht zu nehmen. Und Lisola giebt selbst solcher gleich die Menge an. Wie, wenn man den Kurfürsten bewegen

könnte, zuerst in Pommern einzufallen, die kaiserlichen Truppen unterdess an den Grenzen aufstellte, und die Friedrich Wilhelm dann zu gewährende Unterstützung als einen Ausfluss des Defensivbündnisses darstellte? Oder wie, wenn man die österreichischen Truppen dem Könige von Polen überliesse und dieser sie unter seinem Namen dem Kurfürsten zur Verfügung stellen würde?[1]

Das Schreiben Lisola's erregte den heftigsten Unwillen der kaiserlichen Minister.[2] Sie tadelten sein selbständiges Vorgehen, die Ueberschreitung seiner Aufträge, und dies um so mehr, als das Programm, für das er eintrat, mit ihrem nicht stimmte. Denn sie waren, wie aus den Verhandlungen, die in diesen Tagen gepflogen wurden, unzweifelhaft hervorgeht, noch immer der Ansicht, dass es für Leopold nicht nur zweckmässig, sondern dass es auch möglich sei, Schweden zu einem für alle Betheiligten günstigen Frieden zu bewegen, und dass es, wenn dies misslingen sollte, keine allzugrosse Mühe verursachen werde, die Verbündeten auch ohne Theilnahme Oesterreichs zum Angriffe auf Pommern zu vermögen. Nichtsdestoweniger hat die Schilderung, die Lisola von den Verhältnissen gab, einen tiefen Eindruck auf sie gemacht und mehr als irgend eines der vielen anderen Schreiben, die in diesen Tagen einliefen und die insgesammt in gleichem Sinne lauteten,[3] dazu beigetragen, dass wenigstens die Mehrzahl unter ihnen sich zu einem, wenn auch un-

[1] Bericht Lisola's vom 18. November 1657. Berichte 333 ff.

[2] Conferenzprotocolle vom 1. und 6. December 1657. St.-A. (Pol.) Die betreffende Stelle lautet: ‚Es will den Räthen verdächtig vorkommen, nachdem dem Lisola durch Ew. Maj. Schreiben vom 22. October angedeutet worden, er hätte Recht gethan, dass er sich in die zwischen Polen und Brandenburg bei der Conjunction der Waffen vorgegangenen Verhandlungen nicht eingemischt, Ew. Maj. ersehen sich auch, es werde von dem Könige von Polen so wenig als von ihm Ew. Maj. wegen, dass sie ihre Waffen mit denselben extra Polen und Preussen coniungiren, einige Expression geschehen sein, dass Lisola, ob er zwar in seinem letzten Schreiben vermeldet, dass er das Schreiben Ew. Maj. erhalten, doch mit Stillschweigen den jetzt angedeuteten Passus übergehen thut, und will den Räthen um soviel glaublicher vorkommen, dass dem Kurfürsten wegen Ew. Maj. einige Versicherung gegeben worden'.

[3] Unter anderen ein Bericht Hatzfelds vom 9./19. November aus Bromberg; ein Schreiben Columni's, der Polen in Wien damals vertrat, vom 19. November; eines von Johann Casimir vom 7. November; eines vom spanischen Gesandten vom 28. November; eines von Montecuccoli vom 26. November und ein Memoriale Kittelmanns vom 19./29. November 1657. Das letztere in Urkunden und Acten, VIII. 350, alle übrigen St.-A. (Pol.)

genügenden Entgegenkommen entschloss. Allerdings, es gab auch jetzt noch solche, die sich entschieden gegen jedes Zugeständniss an Friedrich Wilhelm in diesem Punkte aussprachen. Zumal Auersperg, der von seinen Collegen in der entscheidenden Berathung überstimmt, in einem besonderen, wie es scheint für den Druck bestimmten umfangreichen Memoire mit allen Künsten der Dialektik die Gefahren und zugleich die Nutzlosigkeit eines Offensivbündnisses darzulegen und Leopold von jedem Zugeständnisse in diesem Sinne abzuhalten suchte.[1] Das gelang ihm nun nicht. Wohl aber führte die Friedensliebe Leopolds und die Uneinigkeit seiner Räthe dazu, dass die Unterstützung, zu der sich die Wiener Regierung, wenn der Kurfürst von Brandenburg sonst nicht zu gewinnen sei, bereit erklärte, wie schon erwähnt, eine überaus unbedeutende war. Und bei dieser friedliebenden Stimmung blieb man auch, als der Polenkönig[2] und Friedrich Wilhelm[3] im Laufe des Monates December durch ihre Vertreter von Neuem zu einem energischen Vorgehen drängten. Man hat dem Einen wie dem Anderen nur ausweichende Antworten zukommen lassen und den Gesandten, welche in Berlin die entscheidenden Verhandlungen führen sollten, nochmals ausdrücklich eingeschärft, unter halbwegs günstigen Bedingungen für den Frieden mit Schweden zu stimmen.[4]

Es muss eigentlich Wunder nehmen, dass trotz ihrer friedliebenden Stimmung die Wiener Regierung sich entschloss, Lisola, der in so entschiedener Weise seine gegentheilige Ansicht geäussert hatte, mit der Mission an den Berliner Hof zu betrauen. In der That erschien derselbe der Mehrzahl der kaiserlichen Räthe nicht in jeder Beziehung der geeignetste Mann dazu zu sein. Nicht dass man in seine Treue Zweifel gesetzt hätte. Aber man meinte, es werde diesem Heissporne an der nöthigen Ruhe und an der Lust mangeln,

[1] Dieses Auerspergische Memoriale vom 6. December 1657 ist gedruckt im Diarium Europaeum, II. 420 ff.

[2] Für die Mission Masini's vergleiche Rudawski a. a. O. 388 ff.

[3] Für die Mission Löbens vergleiche Urkunden und Acten, VIII. 351 ff. In seiner Instruction vom 25. November wurde ihm aufgetragen, am Hofe Leopolds zu erklären, falls dieser sich zu energischem Kampfe gegen Karl Gustav nicht entschliessen wolle, werde Friedrich Wilhelm mit Schweden ein Abkommen treffen.

[4] Vollmacht für Montecuccoli und Lisola vom 23. December 1657. St.-A. (Brandenburgica.) Auch das Verhalten der Wiener Regierung Habbaeus gegenüber, der in diesen Tagen in Prag war, zeigt deutlich ihre Friedensliebe.

das beliebte Versteckenspielen mit den letzten Anerbietungen in ordnungsgemässer Weise durchzuführen, und man fürchtete bei seiner kriegerischen Stimmung ein allzu bereitwilliges Eingehen auf die Forderungen des Kurfürsten. Doch über alle diese Bedenken musste schliesslich die Erkenntniss siegen, dass die Mitwirkung Lisola's, wollte man nicht von vorneherein auf Erfolg verzichten, unentbehrlich sei. Wo wäre auch im Rathe Leopolds ein Mann zu finden gewesen, der in dieser wichtigen Angelegenheit die Interessen der österreichischen Regierung so gut zu vertreten vermocht hätte, wie Lisola, der wie kein anderer in die Details der Frage eingeweiht war, der die Wandlung in der kurfürstlichen Politik zum guten Theil sein Werk nennen durfte, der Friedrich Wilhelm und seine Umgebung besser als irgend einer der kaiserlichen Diplomaten kannte und bewiesen hatte, dass er in hohem Grade die Fähigkeit besass, eine Sache, allen Hindernissen zum Trotz, zu einem erwünschten Ende zu führen.

Nöthigte aber die Unentbehrlichkeit des kaiserlichen Gesandten die österreichische Regierung seine Dienste anzunehmen, so hinderte das nicht, dass dieselbe, um einem allzu eiligen Entgegenkommen seinerseits vorzubeugen, sich entschloss, ihn von diesen letzten Zugeständnissen, zu denen man sich nicht zum Mindesten durch sein Drängen herbeigelassen hatte, nicht in Kenntniss zu setzen. So wurde denn nur dem Grafen Montecuccoli, der als Hauptvertreter Leopolds nach Berlin gesendet wurde, in einer Nebeninstruction die Befugniss ertheilt, im äussersten Falle die Ueberlassung einer grösseren Anzahl kaiserlicher Truppen — bis zu 6000 Mann — durch die Vermittelung Polens dem Kurfürsten anzutragen,[1] während die officielle Weisung, die auch Lisola zuging, von dieser weitgehenden Concession nichts enthielt.[2] Es wäre nicht leicht, die tiefe Bekümmerniss zu schildern, die Lisola beim Empfange dieser Weisung empfand. Was seit dem Tage, an dem er so offen für die Theilnahme

[1] Nebeninstruction für Montecuccoli vom 25. December 1657. St.-A. (Wahlacten Leopolds.) Montecuccoli erhielt Befehl, von dieser Weisung Niemandem, auch nicht Lisola oder Hatzfeld — damals noch Obercommandant der Armee (was Adam Wolf, Lobkowitz 106, von Montecuccoli's Commandoübernahme im Juli 1657 sagt, ist unrichtig) — Mittheilung zu machen und erst wenn der Fall eintrete, Hatzfeld davon Kunde zukommen zu lassen, jedoch so, als ob er aus Eigenem sich zu diesem Schritte entschlossen hätte und Hatzfeld bitte, sein Vorgehen bei Leopold zu vertreten.

[2] Instruction Lisola's vom 12. December 1657. St.-A.

an der pommerischen Expedition eingetreten war, sich ereignet hatte, war nicht darnach, ihn von seiner Ansicht abzubringen. Immer drängender wurde das Begehren des Polenkönigs und seiner Gemahlin nach einer bestimmten Aeusserung Leopolds, immer missmuthiger wurden die Senatoren und die übrigen Vertreter der polnischen Nation, als sie die Hoffnung schwinden sahen, durch die Verwendung der kaiserlichen Soldaten ausserhalb Polens von den Lasten befreit zu werden, die ihnen der Unterhalt derselben auferlegte; immer kühner die Franzosen, als sie merkten, dass ihre Friedensanträge jetzt nicht mehr wie früher zurückgewiesen wurden, vielmehr freundliche Aufnahme fanden. Mit Schmerz sah der kaiserliche Gesandte, wie Marie Louise, die bisher fest zur Partei des Kaisers gestanden hatte, sich von ihm abwendete, den Franzosen ihr Ohr lieh, wie die Zahl seiner Anhänger von Tag zu Tag abnahm und der lang verhaltene Groll der Polen immer rückhaltsloser zum Ausdrucke kam.[1] Was ihn in dieser fast unerträglichen Lage aufrecht erhalten hatte, war die Hoffnung gewesen, dass sein letzter Bericht doch Eindruck machen und den Hof zu weiter gehenden Concessionen vermögen werde. Und nun kam das Schreiben, das ihm jede Hoffnung nahm, aus dem er ersehen musste, wie wenig seine Regierung gewillt war, von der einmal eingeschlagenen Richtung abzuweichen. Kann es Wunder nehmen, wenn auch er jetzt den Muth sinken liess? „Der Ruin Karl Gustavs," schrieb er an Portia, seinen Gönner, „war unvermeidlich, aber Gott will denselben nicht mehr um unserer Sünden willen. Ich werde versuchen, den Kurfürsten zu vermögen, den Streit zu beginnen, aber ich rechne nicht auf Erfolg. Gebe Gott, dass nicht in Kürze ein gewaltiger Umschwung erfolgt."[2] Bald darauf trat er seine Reise nach Berlin an.

Die Verhandlungen daselbst begannen um die Jahreswende. Noch einmal ward der kurfürstliche Hof der Schauplatz eines erbitterten Kampfes. Die Vertreter Leopolds hatten im Allgemeinen ein leichteres Spiel als Lisola im Vorjahre zu Königsberg. Für sie wirkten jetzt in erster Linie die Vertreter Polens und Dänemarks, da für diese Mächte die Einigung Oesterreichs und Brandenburgs eine Lebensfrage war. Dazu kam, dass Waldeck, der Freund Karl Gustavs, gefallen, Schwerin, jetzt weitaus der einflussreichste Rath-

[1] Vergleiche unter Anderem Des Noyers, Lettres, 366.

[2] Schreiben Lisola's an Portia vom 23. December 1657. St.-A. Siehe Ber. 348. Anm.

geber des Kurfürsten, gänzlich für den Anschluss an Oesterreich gewonnen war und dass die übrigen Freunde Lisola's, Hoverbeck, die Kurfürstin und die Herzogin von Curland auch jetzt bereit waren, für die Einigung der beiden Fürsten ihren ganzen Einfluss aufzubieten. Dazu kam ferner, dass das schroffe Benehmen Schlippenbachs, seine plötzliche Abreise von Berlin,[1] die üble Behandlung, die sich des Kurfürsten Gesandter in Wismar vom Schwedenkönige und von dessen Räthen hatte gefallen lassen müssen,[2] wie nicht weniger die scharfe Kritik der brandenburgischen Politik durch Karl Gustav[3] Friedrich Wilhelm auf das Tiefste verletzt hatten. Und zugleich liess das Vorgehen des Schwedenkönigs — er hatte seine Truppen, nachdem sie Friedrichsödde, den letzten festen Platz der Dänen auf Jütland, erstürmt hatten, nach Pommern überschiffen lassen und die Holländer aufgefordert, den Frieden zwischen ihm und Dänemark zu vermitteln — deutlich erkennen, wie gering, trotz aller gegentheiligen Versicherungen, die Aussicht war, mit ihm zu einem Abschlusse zu gelangen. Wie leicht wäre es unter diesen Umständen den kaiserlichen Gesandten geworden, den Kurfürsten, allen Bemühungen der Franzosen zum Trotze, zur Abgabe seiner Stimme im Interesse der österreichischen Candidatur zu bewegen, wie leicht, ihn ganz und gar für Leopold zu gewinnen und zur Verzichtleistung auf seine Prätensionen in Schlesien zu vermögen, wenn sie nur durch ein rückhaltsloses Eintreten für den Offensivkrieg in Pommern dem Brandenburger ein unzweideutiges Zeichen der freundschaftlichen Gesinnung Leopolds hätten geben können.

So aber, da der Wiener Hof in keiner Angelegenheit den Wünschen Friedrich Wilhelms vollkommen entsprach, da Leopold weder einen genügenden Ersatz für Jägerndorf und für die Breslauer Schuld anbot, noch sich zu einer entsprechenden Theilnahme an dem pommerischen Feldzuge bereit fand, geschah, was Lisola vorhergesehen hatte. Der Kurfürst, der wohl wusste, wie viel in diesem Momente dem Kaiser an einem rückhaltslosen Eintreten Brandenburgs für ihn in der Wahlfrage gelegen sein musste, weigerte sich hartnäckig, auf die von den Vertretern Leopolds ihren Instructionen gemäss vorgebrachten Anerbietungen hin die Verhandlungen aufzunehmen,

[1] Vergleiche Acten und Urkunden, VIII. 233.

[2] Ueber Ledebaur's Sendung siehe Acten und Urkunden, VIII. 236 ff.

[3] Vergleiche Pufendorf, De rebus gestis Fr. Wilh., lib. VIII, § 4.

zögerte mit seinem Votum in der Wahlangelegenheit, brachte seine Prätensionen in Schlesien aufs Neue vor und nöthigte durch sein stetes Weigern von dem Abschlusse einer Offensivallianz abzustehen, schliesslich auch Montecuccoli die Ueberzeugung auf, dass ohne Eingehen auf des Kurfürsten Politik in diesem Punkte auf einen Erfolg bei den Unterhandlungen nicht zu rechnen sei.[1] So entschloss sich denn der kaiserliche General, bevor noch die Defensivallianz — über die vorerst zu verhandeln der Kurfürst nur nach längerem Zögern und unter der Verwahrung gestattet hatte, dass dieselbe erst nach erfolgtem Abschlusse des Offensivbündnisses Geltung haben sollte — in allen Punkten durchberathen war, auf das wiederholte Drängen der kurfürstlichen Minister hin, in die Aufnahme der Verhandlungen über die gemeinsam gegen Schweden vorzunehmenden Operationen zu willigen. Aber nun zeigte sich sofort die Unzulänglichkeit der kaiserlichen Instruction. Die kurfürstlichen Minister forderten wie in Bromberg 10,000 Mann. Montecuccoli wagte unter solchen Umständen nicht, mit den Gegenanerbietungen zu antworten, zu denen ihn die officielle Weisung ermächtigte. Er sah ein, dass der Moment gekommen sei, von seiner Nebeninstruction Gebrauch zu machen. Er bot gleich Anfangs 4000 Mann, bald darauf 5000, auf weiteres Drängen der dänischen und polnischen Gesandten 6000 Mann an. Vergebens. Der Kurfürst beharrte unerschütterlich auf seinen Forderungen. Er glaubte schon mehr als einen Schritt des Entgegenkommens gethan zu haben, wenn er auf des kaiserlichen Gesandten unaufhörliches Drängen hin sich endlich bereit erklärte, nach Ablauf der ersten sechs Wochen des Krieges sich mit 6000 Mann zu begnügen. Dass unter solchen Umständen Montecuccoli den Abschluss des Vertrages nicht wagte, ist begreiflich. Er bat um Aufschub, bis die Antwort seiner Regierung auf die neuen Erklärungen erfolgen könne.[2]

[1] Für die Details vergleiche die Berichte vom 9. und 16. Januar 1658, 352 ff. Für den Charakter Lisola's ist die Rede bezeichnend, mit der er auf die Anklagen der kurfürstlichen Minister über das unziemliche und den gegebenen Versprechen zuwiderlaufende Benehmen der Wiener Regierung antwortete. Vergebens würde man in derselben nach einem Worte suchen, durch das die Politik seines Hofes gerechtfertigt werden sollte — das vermochte oder wollte er nicht. Nur gegen die Behauptung, der Wiener Hof oder er hätten mehr versprochen, als sie jetzt zu halten willens seien, richtet sich seine Rede.

[2] Berichte der Gesandten vom 16. und 19. Januar 1658. Berichte 361 ff.

Leopold und seine Räthe hielten sich in Prag auf und waren mit den letzten Vorbereitungen für die Reise nach Frankfurt beschäftigt, als die Schreiben der Gesandten aus Berlin einliefen. Welchen Verlauf die Berathungen genommen haben, die unmittelbar nach Einlangen derselben gepflogen wurden, welche Kämpfe zwischen den beiden noch immer ungeeinigten Parteien ausgefochten worden sind, das lässt sich aus den uns spärlich erhaltenen Nachrichten mehr vermuthen als erweisen. Aber unzweifelhaft ist, dass der Sieg schliesslich der kriegerisch gesinnten Partei zufiel, deren Haupt, der spanische Gesandte Penneranda, seinen ganzen Einfluss — und dieser war mit Rücksicht auf die Gelder, die er dem jungen Könige zur Beförderung seiner Wahl zur Verfügung stellte, ein ungemein grosser — aufgewendet hat, um den König und seinen Oheim, den Erzherzog Leopold Wilhelm, zur Annahme der kurfürstlichen Propositionen zu vermögen.[1] Am 29. Januar, einen Tag vor seiner Abreise nach Frankfurt, hat Leopold seine Gesandten ermächtigt, in den wesentlichsten aller Streitpunkte, welche die Absendung eines Hilfscorps von 10,000 Mann und die Verwendung desselben in Pommern betrafen, die Forderungen des Kurfürsten gutzuheissen.[2] Man wird keinen Augenblick darüber im Zweifel sein können, dass es in erster Linie, ja man wäre fast versucht zu sagen einzig und allein die Rücksicht auf die Wahl war, welche den jungen König bewog, sich den Wünschen des Kurfürsten zu fügen. Er befand sich seit Monaten in Prag, seiner Abreise nach Frankfurt, die von Woche zu Woche verschoben wurde, mit Sehnsucht entgegensehend. Zehn Monate waren schon seit dem Tode Ferdinand III. verflossen, ohne dass, trotz aller Bemühungen der kaiserlichen Partei, die Frage entschieden worden wäre, wer ihm als Kaiser folgen werde. Und wenn auch zu Ende Januar 1658, trotz all' der Anstrengungen Frankreichs und Schwedens, die Hoffnung Leopold von der Wahl auszuschliessen, beinahe geschwunden war, so waren doch noch langwierige Verhandlungen vorauszusehen, wenn es nicht gelang, die Kurfürsten zu einem energischen Eintreten für die Sache des Böhmenkönigs zu vermögen. Ein langes Interregnum aber bedeutete einen

[1] Penneranda an Leopold, Prag, 21. Januar 1658. St.-A. (Brandenburgica.)

[2] Die Weisung vom 29. Januar ist nicht erhalten; ich entnehme ihren Inhalt der Relation der Gesandten vom 15. Februar, Ber. 369 ff., und einem Schreiben Leopolds an Penneranda vom 14. Februar. St.-A. (Wahlacten Leopolds.)

ungeheuren Nachtheil für Leopold, der, so lange ihn die Kaiserkrone nicht schmückte, nicht wagen durfte, nach allen Richtungen hin in einer den Interessen seines Hauses entsprechenden Weise aufzutreten, und einen grossen Vortheil für die Feinde des Habsburgers, denen die verworrenen Verhältnisse des deutschen Reiches die Möglichkeit boten, ihre eigenen Interessen auf Kosten desselben zu fördern. Man begreift daher, wie viel Leopold daran gelegen sein musste, den Kurfürsten von Brandenburg, der unleugbar der mächtigste unter den Wählern war und dessen Stimme, bei der ausgesprochenen Neigung der Kurfürsten von Sachsen und Baiern für Leopold, von ausschlaggebender Bedeutung werden musste, zu einer bestimmten Erklärung in dieser Angelegenheit zu vermögen. Und was auch immer Auersperg und seine Anhänger von der Nothwendigkeit, den Frieden und die Wahl „conjunctim" und nicht „disjunctim" anzustreben, und von den Gefahren reden mochten, in die man sich durch die Theilnahme an des Kurfürsten aggressiver Politik eben mit Rücksicht auf die Wahl stürze, darüber konnte kein richtig Denkender im Unklaren sein, dass der Gewinn Brandenburgs ein sicherer, unmittelbarer, bedeutender war, und dass man das grössere Uebel für das kleinere gewählt hätte, wenn man um der von Schweden am Wahltage drohenden Gefahren willen auf Friedrich Wilhelms Mitwirkung hätte verzichten wollen.

Mit der Absendung der Weisung vom 29. Januar war die Allianz mit Brandenburg so gut wie abgeschlossen. Nicht dass es an Bedenken und Differenzen auch dann noch gefehlt hätte. Man kann aus den Berichten der Gesandten ersehen, dass es solcher die Menge und unter ihnen einige von Belang gegeben hat, und welcher Mühe und Nachgiebigkeit es von beiden Seiten bedurfte, bis endlich am 15. Februar die Unterzeichnung der Verträge erfolgen konnte.[1] Aber so gross war die Freude, die Friedrich Wilhelm bei der Kunde von der Entschliessung der Wiener Regierung empfand an der pommerischen Expedition in einer seinen Wünschen entsprechenden Weise theilzunehmen, dass die Vertreter Leopolds von vorneherein nicht daran zweifelten, dass ungeachtet all' der bestehenden Differenzen die Einigung erfolgen werde. Er, der ihnen in den letzten Wochen misstrauisch entgegengetreten war, nichts als Klagen und

[1] Der Vertrag wurde um einige Tage, auf den 9., zurückdatirt. Vergleiche den Bericht vom 15. Februar. Berichte 369 ff.

Beschwerden über die Rücksichtslosigkeit Leopolds, über die schmähliche Behandlung geäussert hatte, die er dulden müsse, empfing sie jetzt mit der freundlichsten Miene und betheuerte bestimmt, rückhaltslos und ohne Hinzufügung irgend welcher Forderung, dass er ohne Rücksicht auf die von Frankreich von Neuem gemachten Versuche, ihn für die Ausschliessung Leopolds zu gewinnen, seine Stimme dem Böhmenkönige geben und im Uebrigen Alles thun werde, um die Wahl desselben zu fördern. Und an diesem freundschaftlichen Verhältnisse konnten die im Laufe der Verhandlungen hervortretenden Differenzen nichts ändern. Die Gesandten verliessen vielmehr den Kurfürsten von Brandenburg gegen Ende des Monates Februar in der festen Zuversicht, derselbe werde, wenn die Ratification der geschlossenen Verträge bald erfolgen und den Bestimmungen derselben nachgelebt werden sollte, mit aller Kraft sich dem Kampfe gegen Karl Gustav zuwenden und in der Wahlfrage entschieden für ihren Herrn eintreten.

Achtes Kapitel.

Vor der Entscheidung.

Durch den Abschluss des Vertrages vom 9. Februar 1658 hatte sich die Wiener Regierung zweifellos einen grossen Schritt weiter auf der Bahn bewegt, die zum entscheidenden Kampfe mit dem kühnen Schwedenkönige führte. Von der Mediation zwischen den kriegführenden Mächten war man ausgegangen, hatte sich dann zur Ueberlassung einiger Truppen an die Polen entschlossen, im weiteren Verlaufe der Begebenheiten die Theilnahme an dem Kampfe zugesagt, nicht ohne in unzweideutiger Weise die Mitwirkung beim Angriffe der schwedischen Besitzungen auf des Reiches Boden zurückzuweisen. Nun war durch den Vertrag vom 9. Februar 1658 auch dazu die Einwilligung der Wiener Regierung erfolgt; allerdings nicht ohne Hintergedanken. Es war ein grober Irrthum Friedrich Wilhelms, wenn er im Hinblicke auf die Bestimmungen des getroffenen Uebereinkommens und auf die Erklärungen Montecuccoli's an die Bereitwilligkeit Leopolds glaubte, allsogleich den Kampf mit Karl Gustav

in Pommern zu beginnen. Leopold hatte seine Zustimmung zu diesem Unternehmen gegeben, weil er in diesem Augenblicke der Stimme des Brandenburgers für seine Wahl zum römisch-deutschen Kaiser sicher zu sein wünschte, und weil im Hinblicke auf das Drängen der Gesandten Polens und Dänemarks eine weitere Verzögerung ihm hätte verhängnissvoll werden können. Aber weit entfernt war die österreichische Regierung von dem Gedanken, den Kampf gegen Karl Gustav in Pommern sogleich wirklich zu beginnen. War ja eines der wirksamsten Mittel, durch das Montecuccoli seinen Herrn zur Gutheissung des österreich-brandenburgischen Vertrages bewogen hatte, die immer erneuerte Versicherung gewesen, es werde sich die Durchführung des Unternehmens gegen die Schweden in Pommern lediglich aus strategischen Gründen Monate lang verzögern lassen.[1] Denn daran hielt man in der Umgebung Leopold I. noch immer fest; solange der Wahlkampf währte, solange Leopold nicht Kaiser war, sollte jeder Anlass vermieden werden, der den Schweden die Möglichkeit hätte bieten können, den Vorwurf des Reichsfriedensbruches mit Berechtigung gegen den Mann zu erheben, der die Kaiserkrone erstrebte.

In dieser Auffassung vermochte Leopold und seine Umgebung nichts zu erschüttern, weder die Bitten Friedrich Wilhelms, noch das Drängen Friedrich III. von Dänemark, noch die Klagen Johann Casimirs. Montecuccoli, mit dem der Kurfürst von Brandenburg in lebhaftester Correspondenz stand[2] und Fernemont,[3] der Oesterreichs Interessen am Hofe Friedrich Wilhelms zu wahren beauftragt war, erhielten den Befehl, den Wünschen des Kurfürsten nur insoweit entgegenzukommen, als sich dies mit den Interessen Leopolds vereinbaren lasse, und Goess wurde ganz besonders dahin verpflichtet, bei seinen Verhandlungen mit den Dänen jeden Schritt zu vermeiden, der Leopold in die Gefahr stürzen könnte, von seinen

[1] Die Correspondenz zwischen Leopold I. und Montecuccoli in jener Zeit ist zum Theile abgedruckt in den Act. und Urk. a. a. O. VIII. 365 ff. Zahlreiche Briefe beider Personen befinden sich überdies im Archive des Kriegsministeriums in Wien. Eine neue Biographie Montecuccoli's mit Zugrundelegung dieses handschriftlichen Materiales thäte Noth, da die Ausführungen Ces. Campori's „Raim. Montecuccoli, la sua famiglia e i suoi tempi (1876)" nicht genügen.

[2] Act. und Urk. VIII. 365 ff.

[3] Franz von Barwitz, Freiherr zu Fernemont. Er blieb nur einige Monate in Berlin, seine Berichte sind gedruckt in Act. und Urk. XIV. 76 ff.

Gegnern des Reichsfriedensbruches angeklagt zu werden.[1] Und ganz gleich lautete auch die Weisung, die dem Vertreter Oesterreichs am Hofe Johann Casimirs zuging.[2] Der Widerspruch zwischen den Bestimmungen der Allianz vom 9. Februar 1658 und den Thaten der Wiener Regierung, konnte unter diesen Umständen auf die Dauer den Verbündeten nicht verborgen bleiben. Nur zu bald musste Friedrich Wilhelm erkennen, dass es eitle Täuschung gewesen, wenn er sich eine Zeitlang der Hoffnung hingegeben hatte, dass Oesterreich den Kampf in Pommern mit aller Macht sogleich beginnen werde. Immer zahlreicher langten die Mittheilungen von Oesterreichs Friedensbetheuerungen an seinem Hofe ein, immer lauter wurden die Stimmen, die ihn warnten, sich Oesterreich anzuvertrauen, den unzuverlässigen Bundesgenossen im Rücken, den Kampf gegen den überlegenen Gegner zu wagen. Der Kurfürst vermochte die Berechtigung dieser Warnungen nicht zu leugnen Er begann zu überlegen. Gerne wäre er dem allzukühnen Schwedenkönige mit den Waffen in der Hand entgegengetreten. Allein der Dänen wegen sich der Gefahr der Ueberschwemmung seiner Länder durch den Feind auszusetzen — und diese Gefahr drohte, wenn er den Kampf ohne die Unterstützung der Oesterreicher aufnahm — war er durchaus nicht gewillt. Und schon wäre es auch zu spät gewesen, für ihre Rettung einzutreten. Während Friedrich Wilhelm überlegte, hatte Karl Gustav gehandelt, das unmöglich scheinende gewagt und gewonnen; war mitten im Winter über den gefrorenen Belt marschirt, hatte die Insel Fünen genommen, Kopenhagen belagert, den Dänenkönig zum Abschlusse eines den Schweden günstigen Friedens genöthigt.[3] Die Ueberlegenheit Karl Gustavs hatte sich wieder einmal in glänzendster Weise bewährt. Dem unaufhaltsam Vordringenden sich entgegenzustellen, schien unmöglich. Wie die meisten Fürsten Europa's, ward auch Friedrich Wilhelm durch die Gewalt des Geschehenen gelähmt. Er begann einzulenken. Aufgegeben hatte er in kluger Vorsicht die Unterhandlungen mit den Schweden nicht. Auch nach dem Ab-

[1] Weisungen Leopolds an Goess vom Febr. und März und Gutachten der Räthe vom 20. März 1658. St.-A. (Dan.)

[2] Während der Abwesenheit Lisola's führte Girardin die Geschäfte eines österreichischen Residenten; seine nicht uninteressanten Berichte befinden sich im St.-A. (Pol.)

[3] Vergl. Carlson, a. a. O. 258 ff.

schlusse der Verträge von Wehlau und Bromberg hatte er, immer mit der Möglichkeit rechnend, zu seinem früheren Bundesgenossen zurückkehren zu müssen, Beziehungen zu Karl Gustav zu erhalten verstanden.[1] Jetzt begann er einen regeren Verkehr zu suchen, schickte Botschaften an den König und verhandelte eifrigst mit den von dem Schwedenkönige nach Berlin gesendeten Staatsmännern. Die Rückwirkung dieses Wechsels in der Haltung des Kurfürsten auf die getroffenen militärischen Massnahmen blieb nicht aus. Mit dem Geständnisse der Friedensliebe waren Kriegsoperationen gegen Karl Gustav nicht zu vereinbaren. Montecuccoli wurde seit dem Ende des Monates März 1658 nicht mehr mit der Forderung bestürmt, vorzurücken, seine Mittheilung marschbereit zu sein, wochenlang unbeantwortet gelassen. An die Möglichkeit, nach Pommern zu marschiren, dachte man in Berlin nicht mehr. „Die früher vorgeschlagene Cavalcada wird jetzt nicht thunlich sein", schrieb Friedrich Wilhelm an Leopold[2] und Fernemont meldete: „Das fürnehmste, so man sowohl aus J^r. D. als dero ministris Discursen abnehmen können, ziehlen sie nunmehr nicht dahin, dass man anfänglich offensive gegen den Feind agiren würde können, weil sie ihn gar zu mächtig hielten und er den Vortheil hätte, sie leichtlich zu Wasser von einem Ort zum andern zu praeoccupiren."[3] Man war am Wiener Hofe über Friedrich Wilhelms und des Gesandten Mittheilungen durchaus nicht ungehalten; man glaubte vielmehr im Hinblicke auf die Lage der Dinge es als ein besonderes Glück bezeichnen zu müssen, dass es gelang, die nothwendige Verzögerung des Angriffes auf Pommern als eine dem Brandenburger beizumessende Schuld zu erweisen. Dass Fernemont von Klagen Friedrich Wilhelms über des Kaisers Haltung berichtete, störte den Gleichmuth der Wiener Räthe nur wenig. Beunruhigender klangen dagegen die Mittheilungen des kaiserlichen Gesandten von dem Plane des Kurfürsten, sich neuerdings in die Arme des siegreichen Schwedenkönigs zu werfen, zumal die von allen Seiten einlaufenden Berichte die Aeusserungen Fernemonts zu bestätigen schienen. Denn nichts hätte dem Interesse des Kaisers weniger entsprechen können, als der Abschluss eines brandenburg-schwedischen Bündnisses. Dass

[1] Vergl. Act. und Urk., VIII. 234 f.

[2] Friedrich Wilhelm an Leopold 19./29. März 1658. Act. und Urk. VIII. 374.

[3] Urk. und Act. XIV. 79; ähnlich in den folgenden Berichten, a. a. O. 82 f.

ein solches den Bestimmungen des Vertrages vom 9. Februar widersprochen hätte, reichte nicht hin, die Wiener Regierung zu beruhigen. Wie oft hatte der Brandenburger während der letzten Jahre die Partei gewechselt, obgleich ihm kaum jemals so triftige Gründe zu Gebote gestanden waren, sein Verfahren zu rechtfertigen, als in diesem Falle. Wollte man aber den Uebertritt Friedrich Wilhelms in das Lager des Schwedenkönigs hintertreiben, dann musste er von der Ehrlichkeit der Absichten, von der Aufrichtigkeit des Entschlusses Leopolds überzeugt werden, an dem Vertrage festzuhalten. Aus diesem Grunde betheuerte Leopold — jetzt wo er den sofortigen Marsch der Brandenburger nach Pommern nicht mehr befürchten musste — in wiederholten Schreiben an den Kurfürsten, dass er durch den Wechsel der Ereignisse nicht einen Augenblick in seinen Entschlüssen schwankend geworden, dass er nach wie vor gesonnen sei, im Bunde mit dem Brandenburger die Interessen des deutschen Reiches zu wahren,[1] aus diesem Grunde drängte er, — unterrichtet von der Abneigung Friedrich Wilhelms, den Zug gegen Karl Gustav zu beginnen[2] — auf die Ratification des Vertrages;[3] aus diesem Grunde erhielt Montecuccoli den Auftrag, den Kurfürsten von seiner Bereitwilligkeit zu verständigen, wann und wohin auch immer den Marsch anzutreten; aus diesem Grunde wurde der Gesandte Leopolds in Polen, wurde Franz von Lisola angewiesen, den König Johann Casimir und alle der gemeinsamen Sache ergebenen Männer zu bitten, mit dazu beizutragen, Friedrich Wilhelm von dem verhängnissvollen Schritte eines Abfalles abzuhalten. Wahrlich ein merkwürdiger Wechsel in so kurzer Zeit. Zu Beginn des Jahres war es Friedrich Wilhelm gewesen, der Johann Casimir aufforderte, dahin mitzuwirken, dass Leopold sich zum Zuge nach Pommern entschliesse, jetzt war es der österreichische Herrscher, der den Polenkönig um seine Unterstützung anging, den Kurfürsten von Brandenburg zum Ausharren an der Seite der Gegner Schwedens zu vermögen. Für Leopold war diese unvermuthete Wendung in den Verhältnissen ein grosses Glück. Denn eine Zeitlang hatte es ausgesehen, als werde das eigennützige Vorgehen der Wiener Regierung die Polen zum Frieden mit den Schweden, zum gänzlichen Wechsel ihrer bisherigen

[1] Vergl. Act. und Urk. VIII. 375, Schreiben vom 11. April.
[2] Act. und Urk. XIV. 82.
[3] Act. und Urk. XIV. 88 f.

Haltung veranlassen. Es war in der Zeit, da Lisola in heissem Kampfe den Abschluss des österreichisch-brandenburgischen Vertrages durchsetzte, dass in Polen eine die Interessen Oesterreichs gefährdende Aenderung in der Gesinnung des Warschauer Hofes eintrat, wohl geeignet alle Pläne des unermüdlich wirkenden Staatsmannes zu vernichten.

Nur ungern und nach langem Zögern hatte sich Johann Casimir zu den grossen Opfern verstanden, durch die er Oesterreichs Theilnahme am Schwedenkriege erkaufte. Er hatte dies in der Erwartung eines energischen Eingreifens der österreichischen Truppen, in der Hoffnung auf die baldige gänzliche Vertreibung der Schweden aus Polen, in der Aussicht auf einen günstigen Frieden gethan. Allein ganz anders, als die Polen gedacht, war es gekommen. Dem glänzenden Beginne entsprach der Verlauf des Feldzuges vom Jahre 1657 keineswegs. Die Einnahme Krakau's, vornehmlich Montecuccoli's Werk,[1] blieb das einzige bedeutende Ergebniss des Krieges. Pommern anzugreifen hatten die Oesterreicher sich geweigert, in Preussen war es zu keinem entscheidenden Unternehmen gekommen.[2] Dagegen hatten die Truppen des Kaisers monatelang auf Kosten der Polen gelebt, das zur Existenz nothwendige, oft auch etwas darüber, wenn es nicht anders ging, mit Gewalt erpresst. Dann war es Winter geworden und die Oesterreicher hatten, den Bestimmungen des Vertrages gemäss, entsprechende Winterquartiere gefordert. Vergebens wiesen die Polen auf die ungeheueren Verluste hin, die sie im Laufe der Jahre erlitten, vergebens forderten sie den Abzug eines grösseren Theiles der kaiserlichen Truppen. Leopold beharrte, unfähig in den erschöpften Erbländern die Truppen zu verpflegen und im Hinblicke auf die allgemeine Lage nicht Willens, sie abzudanken, auf seinem Scheine. Der tiefe Groll, der darüber die Gemüther der Polen ergriff, die kaum Lebensmittel und

[1] Die Thätigkeit Montecuccoli's in diesem Feldzuge, zumal vor Krakau, ist nicht genügend gewürdigt worden. Sein Tagebuch, im Wiener Kriegsarchive aufbewahrt, giebt erschöpfende Mittheilungen darüber.

[2] Eine entsprechende Schilderung der Theilnahme Oesterreichs an diesem Kriege fehlt noch; vergl. Wagner: Historia Leopoldi Magni, I. 19 f. u. a. O. Priorato Gualdo: Historia di Leopoldo I., I. 27 ff. u. a. O. und die gedrängte Uebersicht in dem Aufsatze: „Bericht über die Operationen der kaiserlichen Armee unter Montecuccoli im polnischen Kriege 1657 bis zum Frieden von Oliva." Oest. Mil. Zeitschrift 1813, Heft 11, 85 ff.

Geld genug hatten, für die Ihren zu sorgen und sich nun genöthig sahen, den schmalen Bissen Brod mit den Fremden zu theilen, die für sie so wenig gethan, wird Niemanden befremden. Und nicht einmal den Trost hatten sie, dass die schweren Opfer, zu denen sie von Neuem verpflichtet wurden, entsprechenden Dank finden würden. Denn was im Laufe des Winters an Nachrichten über die Pläne der Wiener Regierung in Warschau einlief, konnte nur dazu beitragen, die Polen in der Ansicht zu bestärken, dass Oesterreich sich lediglich die Hilfe der Polen und deren Verbündeten sichern wolle, um auf die Unterstützung derselben für den Fall eines Schwedeneinfalles rechnen zu können, dass es aber zu Gunsten der Verbündeten nicht das geringste zu thun vorhabe, was der Wahl Leopolds hinderlich werden könnte.

Und in der Umgebung Johann Casimirs gab es Leute genug, die nicht müde wurden, zu immer weiteren Kreisen von der Eigennützigkeit der Wiener Politik und von dem Vortheile einer friedlichen Abmachung mit dem Schwedenkönige zu sprechen. Allen voran die Vertreter des Königs von Frankreich,[1] der im eigenen Interesse nichts sehnlicher wünschte, als dass der Friede zwischen den Schweden und den Polen geschlossen und dem ersteren dadurch die Gelegenheit geboten werde, mit ganzer Kraft gegen den Erbfeind des Hauses Bourbon vorzugehen. Solange Lisola am Hofe Johann Casimirs geweilt hatte, war es den französischen Vermittlern nicht gelungen, grössere Erfolge zu erzielen. Vergebens hatten sie alles versucht, um Lisola's Einfluss zu untergraben, ihn am Hofe Johann Casimirs unmöglich zu machen. Nicht nur dieser hielt an Lisola und an den ihm gegebenen Versprechungen fest, sondern auch Marie Louise, dessen hochbegabte Gattin, die Seele aller Unternehmungen, der eigentliche König Polens, setzte den kaiserlichen Gesandten von allem und jedem in Kenntniss und billigte seine Pläne, durch die sie auch die ihren zu fördern meinte. Das war nun freilich anders

[1] In erster Linie Antoine de Lumbres; vergl. Urk. und Act., II., 35 f. Des Noyers a. a. O. 393 ff.; Terlon Mémoires, I. 150 ff.; dazu die Lisolapapiere. Mir liegen auch Auszüge aus den im Pariser Archive aufbewahrten Aufzeichnungen de Lumbres' vor, der seine Thätigkeit in Polen zusammenfassend geschildert hat. Diese Aufzeichnungen de Lumbres' (2 Bände) sind, wie ich bei Vergleichung derselben mit den gleichfalls erhaltenen Originalberichten de Lumbres' ersehen habe, mit Benutzung der Berichte gearbeitet, mit denen sie oft wörtlich übereinstimmen, und verdienten wohl herausgegeben zu werden.

geworden, seitdem die machtvolle Persönlichkeit Lisola's in der Umgebung Johann Casimirs fehlte, seitdem untergeordnetere, unbedeutendere Männer das Interesse des Wiener Hofes in Warschau zu wahren hatten. Jetzt wurde es den Franzosen nicht schwer, dem wankelmüthigen Könige die Ueberzeugung beizubringen, dass Frankreich einzig und allein das Wohl der Polen im Auge habe, wenn es denselben zum Frieden mit den Schweden rathe, dass Oestereichs Politik die eigennützigste, rücksichtsloseste von allen sei, dass Johann Casimir bei Leopold nie auf eine selbstlose Förderung seiner Interessen zu rechnen habe, wie eine solche ihm von Frankreichs grossmüthigem Könige angeboten werde. Und was noch viel mehr bedeutete als die Umkehr Johann Casimirs; auch Marie Louise liess sich, verletzt durch das geringe Entgegenkommen der österreichischen Regierung[1] und geblendet durch die Versprechungen der französischen Gesandten bewegen, die Partei Leopolds zu verlassen, deren feste Stütze sie bis dahin gewesen war, um mit demselben Eifer, mit dem sie bislang die Sache des Kaisers vertreten, gegen ihn zu wirken.

Nicht so sehr der Nachricht von dem Siegeszuge Karl Gustavs und von der zweideutigen Haltung der österreichischen Regierung bei den Verhandlungen in Berlin, als ihrem Einflusse wird es denn auch zugeschrieben werden müssen, dass es dem Vertreter Ludwig XIV. gelang, Johann Casimir zur Annahme der französischen Vermittelung zwischen den Polen und Schweden zu vermögen,[2] obgleich er im Grunde seines Herzens den Oesterreichern noch immer freundlich gesinnt war, obgleich der Wortlaut des mit Oesterreich geschlossenen Vertrages nur zu deutlich gegen eine derartige Abmachung sprach und obgleich er Lisola wiederholt gelobt hatte, sich zu einem solchen Schritte niemals hinreissen zu lassen. De Lumbres eilte mit dieser Nachricht jubelnd in's Lager der Schweden, in der sicheren Erwartung, mühelos die zur Fortführung der Verhandlungen nothwendigen Vollmachten zu erwirken. Er war von dieser Reise noch nicht zurückgekehrt, als Lisola nach mehrmonatlicher Abwesenheit am Hofe Johann Casimirs erschien.

[1] Aus den Briefen, welche Marie Louise in jenen Monaten an Friedrich Wilhelm gerichtet hat, Urk. und Act. VIII. 271 ff., ist zu entnehmen, wie sehr bei ihr allgemeine und besondere Interessen zusammengingen, um sie gegen das Haus Habsburg einzunehmen. Vergl. auch die trefflichen Auseinandersetzungen Lisola's in seinem Berichte vom 18. März 1658. Berichte a. a. O. 387 f.

[2] Vergl. Berichte Lisola's a. a. O. 388.

Es hätte keines solchen Scharfsinnes bedurft, als dessen sie Lisola erfreute, um den Wiederkehrenden den Wechsel der Gesinnung erkennen zu lassen. Männer, die wenige Monate vorher sich an den kaiserlichen Gesandten herangedrängt, ihn um Förderung ihrer Pläne gebeten, sich seiner Freundschaft laut gerühmt hatten wichen ihm aus; seine Gegner zeigten frohe Mienen, seine Freunde tiefe Trauer und Bekümmerniss.

Von diesen erfuhr er, was sich in seiner Abwesenheit zugetragen hatte, dass der König schwankend geworden, die Königin ganz in's Lager der Franzosen übergegangen sei, dass der Hass der Polen gegen Oesterreichs Politik sich täglich steigere, der Ruf nach Frieden immer lauter erschalle. An eine Wendung zum Besseren glaubten sie nicht; sie erklärten, die Stellung Leopolds in Polen sei unhaltbar. Verzweifeln war aber Lisola's Sache nicht. Die Schwierigkeit der Lage anerkannte er; mit derselben wuchs aber sein Verlangen, den Kampf zu führen. Er begann beim Könige. Er kannte das weiche, leicht entflammbare, jeder Regung zugängliche Herz Johann Casimirs. Hier galt es einzusetzen. Der Empfang liess freilich zu wünschen übrig. Lisola musste schwere Vorwürfe — von deren Berechtigung er selbst überzeugt war — vernehmen und nicht leicht wurde es ihm, den polternden König zu beruhigen. Was ihn tröstete, was ihm den Muth gab, auszuharren, war die aus des Königs Reden gewonnene Ueberzeugung, dass Johann Casimir im Grunde seines Herzens ein Freund Oesterreichs und seines Herrschers geblieben sei. Der wiederholte Hinweis auf das gemeinsame Interesse in Fragen des Glaubens und der Politik, auf die alte, oft erprobte Freundschaft der beiden Herrscherhäuser that seine Wirkung. Schritt vor Schritt wich Johann Casimir zurück. Er drückte sein Bedauern über das Geschehene aus, versprach auch auf Oesterreichs Interessen achten zu wollen und erklärte sich zu jedem Schritte bereit, den er mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Das den Franzosen gegebene Wort zu brechen weigerte er sich dagegen auf das bestimmteste; wie Lisola meinte, weniger aus Gewissensscrupeln, als im Hinblicke auf die ausgesprochene Neigung der Polen, die französische Vermittelung anzunehmen. Um so mehr hielt sich Lisola für verpflichtet, durch ihm günstig gesinnte Männer in der Umgebung Johann Casimirs auf diesen einzuwirken.

Seinem frischen Muthe war es gelungen, ihre Apathie zu besiegen. Der päpstliche Nuntius, die Mehrzahl der hohen Geistlichen

viele der vornehmsten Senatoren stellten sich ihm zur Verfügung. Ihren gemeinsamen Bemühungen gelang es, Johann Casimir zu einem neuerlichen Schritte des Entgegenkommens zu vermögen. Er erklärte sich bereit, von jeder weiteren Berathung der Friedensfrage absehen zu wollen, falls Leopold den zu Berlin getroffenen Verabredungen gemäss innerhalb 2—3 Wochen seine Truppen nach Pommern oder Holstein marschiren lasse. Lisola sah sich ausser Stande, ein solches Versprechen zu geben, allein er hielt sich für berechtigt, dem Könige im eigenen Namen die grössten Hoffnungen auf Gutheissung dieses Begehrens zu machen. Denn von den Hintergedanken des Wiener Hofes wusste er nichts. Er hatte vielmehr Berlin in der sicheren Erwartung verlassen, dass Leopold den eingegangenen Verpflichtungen gemäss den Kampf gegen Karl Gustav alsogleich beginnen werde. Und ebenso fest beharrte er bei der Ansicht, dass ein energisch geführter Krieg gegen den König von Schweden den Interessen Leopolds am besten entspräche. „Meine Ansicht von der gegenwärtigen Lage, schrieb er in diesen Tagen nach Wien, ist, dass, wenn die Verhältnisse im Reiche oder jene Er. M. nicht gestattet haben, die zu diesem Unternehmen nothwendigen Befehle rechtzeitig an Montecuccoli ergehen zu lassen, so dass eine neuerliche Verzögerung eingetreten ist, ich kein Mittel und keine Möglichkeit sehe, die Freundschaft und Einigung mit dem Brandenburger aufrecht zu erhalten, oder die Vornahme der Friedensverhandlungen unter Vermittelung der Franzosen, ja selbst den Abschluss des Friedens zu verhindern oder zu verzögern. . . . Wenn aber E. M., wie zu hoffen, schon Massregeln getroffen haben, auf dass das Beschlossene zur Durchführung gelange, dann zweifle ich keineswegs, dass die Lage der Dinge sich gänzlich ändern wird und alle Verhandlungen durch den Krieg abgebrochen werden."[1] Am Wiener Hofe war man, wie wir wissen, anderer Ansicht. Auch diesmal trat der Gegensatz zwischen den kühnen, vorwärtsstrebenden, mit den grössten Problemen sich befassenden Bestrebungen Lisola's und den vorsichtigen, mehr die Erhaltung als die Mehrung des Einflusses und des Besitzes bezweckenden Plänen seiner Regierung deutlich hervor. Für Lisola war der Erfolg, den Karl Gustav errungen, nur ein Grund mehr, die mit den Verbündeten begonnenen Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen und

[1] Lisola an Leopold, 18. März 1658. Berichte a. a. O. 393.

gegen den Schwedenkönig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften vorzurücken.

An die Möglichkeit einer Verständigung mit dem ehrgeizigen Karl Gustav glaubte er ebensowenig, als an die Aufrichtigkeit der englischen und französischen Erklärungen. Er war der festen Ueberzeugung, dass die Kräfte des österreichischen Herrscherhauses, falls es der Unterstützung der Niederländer, des Brandenburgers, der Polen und der Russen sicher war, hinreichten, um den Kampf gegen die verbündeten Feinde mit Erfolg zu führen; und er glaubte nach alle dem, was er vernahm, keinen Augenblick daran zweifeln zu müssen, dass es dem Herrscher Oesterreichs gelingen werde, alle diese Mächte zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vermögen, wenn derselbe durch entschlossenes Vorangehen jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Erklärungen beseitigte.

Für die Wiener Regierung blieb dagegen Ausgangspunkt aller Erwägungen die Sicherung des derzeitigen Besitzstandes. Man war einem Kampfe gegen Karl Gustav nicht principiell abgeneigt, man war bereit, an einem solchen theilzunehmen, nach erfolgter Wahl Leopolds auch in Pommern gegen Karl Gustav zu operiren. Aber weit entfernt davon war Leopold, die Initiative zu ergreifen. Noch immer rechnete er mit der Möglichkeit, auf gütlichem Wege zu einem Ausgleiche zu gelangen, noch immer wünschte er alles zu vermeiden, was den Eindruck hätte hervorrufen können, als suche Oesterreich den Krieg. Und dies umsomehr, als in den Tagen, da Lisola's Berichte in Frankfurt einliefen, daselbst bereits die Kunde verbreitet war, dass Frankreich mit England ein neues Abkommen getroffen habe, dass beide Mächte gegen Dünkirchen vorgegangen seien, während Reninger, des Kaisers Resident bei der Pforte, aus Konstantinopel von bedrohlichen Rüstungen der Pforte und von den Bemühungen der Franzosen und der Schweden berichtete, diese Macht zum Einfalle in Ungarn zu vermögen.[1]

Wenn daher Lisola's Bestreben in Warschau vorerst dahin gerichtet war, das Zustandekommen eines Friedenscongresses zu verhindern, so fand er für diese Pläne beim Wiener Hofe nicht das geringste Entgegenkommen. Auch hier hatte die Nachricht von den Friedensbestrebungen der Franzosen grosse Bestürzung hervorgerufen. Wusste man ja nur zu gut, dass Oesterreich nicht auf die geringste

[1] Berichte Reningers vom Januar und Februar 1658. St.-A. (Turcica.)

Berücksichtigung seiner Interessen seitens der Franzosen rechnen konnte, dass Frankreichs Streben lediglich dahin gerichtet sein werde, die beiden sich jetzt befehdenden Mächte für den Kampf gegen das Haus Habsburg zu gewinnen. Man war denn auch am Wiener Hofe ebenso fest entschlossen, als es Lisola war, in Warschau die Pläne der Franzosen zu durchkreuzen.

Während dieser aber die Wiederaufnahme der Waffen als die nothwendige Folge eines solchen Entschlusses bezeichnete, glaubte man in der Umgebung Leopolds, die Absichten Frankreichs nur dann verhindern zu können, wenn man Geneigtheit zeigte, der Friedensliebe der Polen Rechnung zu tragen. Auch kam es Leopold gerade in diesem Augenblicke sehr gelegen, den Ständen des Reiches den Nachweis zu liefern, dass die Franzosen und Schweden Unrecht hatten, wenn sie nicht müde wurden zu behaupten, die Wiener Regierung wolle von einer Beilegung der nordischen Wirren nichts wissen, sie sei vielmehr lediglich darauf bedacht, die Entscheidung bis nach erfolgter Wahl zu verzögern. Der Absicht, diese gewiss nicht ganz unbegründeten Gerüchte zu zerstreuen, entsprach es, dass Leopold für die zu Braunsberg geplante Friedensverhandlung die Bevollmächtigten ernannte[1] und Lisola den Befehl ertheilte, weder offen noch im geheimen gegen die Abhaltung derselben zu agitiren. Wie wenig aber im Uebrigen der Wiener Hof gewillt war, seine Interessen denen der Polen zu opfern, auf Bedingungen einzugehen, unter denen die Schweden aller Voraussicht nach bereit sein konnten, den Frieden zu schliessen, wird man daraus erkennen, dass den Bevollmächtigten auf das strengste eingeschärft wurde, die Mediation der Franzosen unter allen Umständen zurückzuweisen, den Abschluss von Sonderverträgen zwischen Polen und Schweden zu hindern, die Aufnahme des Kaisers in den Vertrag als eines Bundesgenossen und — um jeder Täuschung vorzubeugen — die Vornahme der Verhandlungen zwischen allen am Kriege betheiligten Mächten an einem Orte, sowie die Abfassung eines einzigen, die Angelegenheiten aller Staaten berücksichtigenden Documentes zu fordern. Dass die Durchführung dieser Pläne den österreichischen Interessen vollauf entsprochen hätte, wird man nicht leugnen können. Gelang

[1] Graf Franz Karl Kolowrat, Franz von Lisola, Georg Abraham von Thiren. Ueber Instruction und Stellung der einzelnen Mitglieder vergl. Berichte Lisola's 407 Anm.

es unter diesen Bedingungen den Frieden zu Stande zu bringen, dann konnte sich der Wiener Hof nur Glück wünschen, einen Krieg beendigt zu sehen, in den man nur widerwillig eingetreten war, von dem man keine wesentliche Gebietserweiterung erwartete, dessen Fortführung höchst gefährlich werden konnte. Scheiterten aber die Friedensverhandlungen, dann durfte man hoffen, den von den Verbündeten geplanten Angriff auf die deutschen Besitzungen Schwedens wenigstens bis nach erfolgter Kaiserwahl hinauszuschieben. Dass es nicht leicht halten werde, die Polen zum Beginne der Verhandlungen auf dieser Grundlage zu vermögen, erkannten die Wiener Räthe, allein sie glaubten mit unzulänglichen Mitteln diesen Widerstand beseitigen zu können. Sie versprachen volle Theilnahme an dem Kampfe gegen die Schweden, falls diese sich nicht zur Rückgabe aller im Laufe des Krieges den Polen entrissenen Gebiete verstehen sollten, vergassen aber, dass alle übrigen Massnahmen, die sie trafen, ihre geringe Geneigtheit bewiesen, sich in einen entscheidenden Kampf mit dem Schwedenkönige einzulassen.

Gegen Ende März 1658 war Johann Casimir in Begleitung seines Hofes und Lisola's von Warschau nach Posen gereist, um hier die Entscheidung bezüglich der den Schweden gegenüber zu beobachtenden Politik zu treffen. Noch auf dem Wege erreichte ihn de Lumbres. Er brachte die glänzendsten Anerbietungen der Schweden, ihre Bereitwilligkeit mit den Polen, wenn es sein müsse auch mit deren Verbündeten, zu verhandeln, das Versprechen, Preussen gegen eine mässige Entschädigung zurückzustellen, Thorn bis zum Friedensschlusse sequestriren zu lassen, wesentliche Zugeständnisse in Bezug auf Titel- und Ceremonienfragen und die Garantie Frankreichs für die Einhaltung der Vertragsbestimmungen. Zu gleicher Zeit aber drohten die Schweden, mit ihrer ganzen Kriegsmacht gegen die Polen vorzugehen, falls diese ihre Anerbietungen zurückweisen sollten.

Johann Casimir gab de Lumbres vorerst keinen Bescheid; er hiess ihn nach Posen reisen, dort wolle er seine Entschlüsse fassen. Bevor diese Stadt aber erreicht war, traf ein Vertreter des Czaren Alexei im Lager der Polen ein. Auch er brachte glänzende Versprechen, falls die Polen mit Russland gegen die Schweden kämpfen wollten, auch er drohte mit einem furchtbaren Kriege im Falle der Weigerung.

Es war für Johann Casimir nicht leicht, eine Entscheidung zu treffen. Mehr als ein Grund sprach dafür, die Anerbietungen der

Schweden denen der Russen vorzuziehen. Karl Gustav hatte soeben durch einen glänzenden Sieg über die Dänen seine Ueberlegenheit im Felde gezeigt und man war am Hofe Johann Casimirs getheilter Ansicht darüber, ob die Unterstützung Oesterreichs und Brandenburgs, selbst im Falle man auf dieselbe rechnen könne, im Hinblicke auf Frankreichs und Englands Haltung hinreichen würde, den Kampf mit den Schweden erfolgreich zu führen. Dagegen winkte den Polen sicherer und reicher Gewinn, wenn es ihnen gelang, Karl Gustav zum Frieden und zur Theilnahme an dem Kriege gegen Russland zu vermögen. Auch gab es in der nächsten Umgebung Johann Casimirs eine mächtige Partei, die auf das lebhafteste gegen die Allianz mit Oesterreich agitirte, und in einem gänzlichen Wechsel der Politik, im innigen Anschlusse an Frankreich und an dessen Verbündete das Wohl des Landes und der Herrscherfamilie erblickte. Dazu kam die Abneigung Johann Casimirs und der Mehrzahl der Polen gegen die Russen, die Furcht, durch einen Vergleich mit diesen, die Tartaren und Kosaken zu verletzen, deren Hilfe man sich soeben versichert hatte und die vor Begierde brannten, den Kampf mit den Russen aufzunehmen.[1] Dazu kam ferner, dass Franzosen und Engländer ununterbrochen für den Abschluss mit Schweden eintraten, dass auch die Niederländer sich diesem Plane geneigt zeigten, dass die von de Lumbres vorgeschlagenen Friedensbedingungen selbst von Schwedens Gegnern als überaus günstige bezeichnet werden mussten. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass Johann Casimir sich trotz seiner persönlichen Abneigung gegen die Schweden und trotz der Bemühungen der zahlreichen Anhänger Oesterreichs entschlossen haben würde, mit den Schweden abzuschliessen, wenn er an die Aufrichtigkeit der schwedischen Erklärungen geglaubt hätte. Allein das konnte er nicht nach allem, was ihm von dieser Seite her widerfahren war. Für ihn stand vielmehr fest, dass Karl Gustav die Verhandlungen nur beginnen werde, um die Russen zum Abschlusse eines günstigen Vertrages mit Schweden zu vermögen und um dann mit diesen über das wehrlose Polen herzufallen. In diesen Bedenken in die Aufrichtigkeit der schwedischen Erklärungen wurde Johann Casimir von Niemandem mehr bestärkt, als von Lisola, der, fest entschlossen, das schwedisch-polnische Bündniss zu hintertreiben

[1] Kochowski, Annalium Poloniae ab boitu Vladislai IV. Climater II. 273.

dem Könige die Einigung mit den Russen empfahl.[1] Freilich forderte Alexei als unerlässliche Vorbedingung einer Allianz die Sicherung der Thronfolge seines Hauses in Polen nach dem kinderlosen Tode Johann Casimirs und nach alle dem, was österreichische und polnische Gesandte aus Moskau berichtet hatten, durfte man nicht hoffen, dass halbe Massregeln, ausweichende Erklärungen, oder allgemein gehaltene Versprechen bei diesem Fürsten hinreichen würden. In der Erkenntniss der Nothwendigkeit sich Russlands Hilfe im Kampfe gegen Karl Gustav zu sichern, zögerte Lisola denn auch keinen Augenblick, dem Könige von Polen, der dem Plane abgeneigt schien, die Berücksichtigung dieser russischen Forderungen zu empfehlen.

Zu gleicher Zeit begehrte er von seiner Regierung entsprechende Weisungen. Leopold und seine Räthe waren von der Nothwendigkeit durchdrungen Russland für die gemeinsamen Interessen zu gewinnen, den Abschluss eines russisch-schwedischen Bündnisses zu hintertreiben. Sie billigten daher alle Massregeln, welche Lisola getroffen hatte, um die Russen von einem Uebereinkommen mit Karl Gustav abzuhalten, und forderten ihn auf das dringendste auf, mit allen Kräften die russisch-polnische Einigung zu fördern.

Zur Unterstützung der russichen Thronfolgepläne die Hand zu reichen, lehnte aber die Wiener Regierung auf das entschiedenste ab. Lisola wurde auf das nachdrücklichste ersucht, sich in dieser Frage nur durch die Erwägung leiten zu lassen, dass Russlands Thronfolge in Polen für Oesterreich unübersehbare Gefahren mit sich bringen könnte. Man sieht, wohin die Pläne der Wiener Regierung zielten. Man wollte die Polen von dem Abschlusse eines Separatvertrages mit den Schweden abhalten, die Russen zur Theilnahme an dem Kriege gegen Karl Gustav bewegen, aber weder zur Mediation der Franzosen, noch zum sofortigen Kampfe, noch zur Förderung der russischen Thronfolge in Polen wollte man die Einwilligung geben.

Die Aufgabe Lisola's war unter diesen Umständen eine überaus schwierige, und Niemand, der dieselben kennt, wird zögern, seine Thätigkeit in dieser Zeit zu bewundern. Denn nur seiner

[1] Für Lisola's Thätigkeit in dieser Frage vergl. Pribram, „Die österreichische Vermittelungspolitik im polnisch-russischen Kriege 1654—1660." Archiv für K. ö. G. LXXV. 456 ff.

unvergleichlichen Fähigkeit im Ersinnen neuer Auswege und seiner unermüdlichen Ausdauer in der Bekämpfung der zahlreichen Gegner Oesterreichs wird man es zuschreiben dürfen, dass es gelang, Johann Casimir Monate lang von dem Beginne der Separatverhandlungen mit den Schweden abzuhalten, ohne dass den Russen das Zugeständniss der Thronfolge in Polen gemacht worden, ohne dass der von den Polen geplante Angriff auf Pommern zur Durchführung gelangt wäre. Um Frankreichs Mediation zu hintertreiben, schlug Lisola jene der Kurfürsten des Reiches vor, um Alexei von dem Abschlusse mit den Schweden abzuhalten, empfahl er Johann Casimir, den Russen ein allgemein gehaltenes Versprechen bezüglich der Thronfolge zu geben, zu gleicher Zeit aber das Zusammentreten der Reichsversammlung, welche die endgiltigen Abmachungen in dieser Frage treffen sollte, hinauszuschieben und das Zustandekommen derselben als von der nur mit Russlands Hilfe zu erhoffenden Vertreibung der Schweden aus Polen abhängig zu bezeichnen. Und es gelang ihm um so eher den König von Polen und den grössten Theil des polnischen Volkes von der Geneigtheit Oesterreichs zu überzeugen, für die Interessen der Polen einzutreten, als der Zug der kaiserlichen Truppen nach Preussen wirklich erfolgte, als er ferner, im Vertrauen auf Brandenburgs dem sofortigen Beginne des Kampfes in Pommern abgeneigte Stimmung, sich in die Lage versetzt sah, im Namen Leopolds dessen Mitwirkung bei der pommerschen Expedition zu versprechen, während die Abreise der österreichischen Bevollmächtigten für den Friedenscongress von Wien ihm die erwünschte Gelegenheit bot, am Hofe Johann Casimirs den Nachweis zu führen, dass Oesterreich im Principe vollständig mit der Friedensneigung der Polen einverstanden sei. Der Erfolg, den Lisola von dieser Haltung erhoffte, blieb nicht aus. Johann Casimir erklärte sich bereit, die Mediation der Reichsfürsten anzunehmen, schickte Bevollmächtigte nach Frankfurt, um daselbst über die Wege zu berathen, auf denen die Vermittelung der Reichsfürsten erfolgen sollte, hielt die Russen durch allgemein gehaltene Versprechungen hin, setzte den Reichstag für den Juli fest, verhielt sich der von Frankreichs Vertretern immer wieder beantragten Mediation gegenüber zurückhaltend und zeigte ebensowenig Neigung, den Niederländern die Rolle zuzusprechen, die er den Franzosen, trotz früherer Zusage, nicht übertrug. Dass aber alle diese Massregeln nur eine vorübergehende Wirkung äussern, sich zur endgiltigen Ordnung der stritti-

gen Frage als unzulänglich erweisen würden, darüber war sich Lisola keinen Augenblick im Unklaren. Er hatte sie auch nur getroffen, weil ihm die Weisungen seiner Regierung jede Hoffnung benahmen, seine Pläne zur Durchführung zu bringen, weil er auf diesem Wege allein den Anschluss der Polen an die Schweden und Franzosen vermeiden zu können glaubte. Wie wenig er aber selbst mit dem was er gethan zufrieden, wie wenig er ferner mit den Absichten der Wiener Regierung einverstanden war, kann man auf das genaueste den überaus klaren Erörterungen entnehmen, in denen er mit rückhaltsloser Offenheit auseinandersetzte, wie er über die Situation und über die von dem Wiener Hofe zu befolgende Politik dachte. Insbesondere das ausführliche Gutachten, das er Mitte des Monates Mai 1658 niederschrieb, ein Meisterstück diplomatischer Berichterstattung, lässt keinen Zweifel daran übrig, dass er mit der Haltung des Wiener Cabinettes durchaus nicht einverstanden, vielmehr noch immer der Ansicht war, dass man selbst unter Opfern den Ausgleich der Russen mit den Polen zu Stande bringen und dann mit ganzer Kraft sich gegen den gemeinsamen Gegner wenden müsse.[1] Dazu aber war man am Hofe Leopold I. durchaus nicht geneigt; man glaubte daselbst noch immer nicht eine offene Erklärung wagen zu dürfen, noch immer den Schein wahren zu müssen, als liege dem österreichischen Herrscher nichts ferner, als durch den offenen Kampf gegen Schweden dem Reiche den Frieden zu rauben, den man mit so schweren Opfern erkauft hatte. Ja mehr als je vorher sahen sich Leopold und seine Räthe im Laufe des Frühjahres 1658 genöthigt, jeden Schritt zu vermeiden, der sie in den Verdacht hätte bringen können, als planten sie wirklich nach dem Abschlusse der Wahlverhandlungen Deutschland in die nordischen Wirren zu verwickeln.

Als ein warnendes Beispiel standen dem Wiener Hofe die üblen Folgen vor Augen, die aus seinen Bestrebungen erwachsen waren, die Spanier im Kampfe gegen die überlegene Macht der Franzosen und Engländer zu unterstützen. Denn nichts hatte mehr dazu beigetragen, die Bemühungen Mazarins zu fördern, die auf eine wesentliche Einschränkung der kaiserlichen Macht gerichtet waren, als die Furcht der deutschen Fürsten, durch die Hauspolitik der Habsburger in neue Kriege verwickelt zu werden. Mit Staunen und mit tiefem

[1] Lisola's Memoire vom 16. Mai; vergl. Berichte a. a. O. 410ff.

Grolle nahm der Wiener Hof wahr, wie unerschütterlich der grössere Theil der Reichsstände, mehr oder minder durch persönliche Interessen bestimmt, von den Franzosen durch Geld gewonnen, die Nothwendigkeit betonte, dem Reiche den theuer erkauften Frieden zu erhalten und als eine unerlässliche Bedingung der Wahl Leopolds dessen bindendes Versprechen forderte, Spanien in dem Kampfe gegen die verbündeten Franzosen und Engländer nicht zu unterstützen. Weder der Hinweis auf die bedeutende Stärkung Frankreichs durch die Schwächung der habsburgischen Macht, noch die bedrohlichen Erfolge der vereinigten französisch-englischen Truppen vermochten einen Wechsel in der Anschauung der widerstrebenden Fürsten hervorzurufen.

Nach wie vor erklärten die Kurfürsten von Mainz, Köln und Pfalz, nur nach erfolgter Einwilligung in eine solche seine Actionsfreiheit beschränkende Clausel ihre Wahlstimme Leopold zuwenden zu können. Und schon wurde der Ruf laut, dass der Schwede nicht minder Berechtigung habe zu fordern, dass sich der Kaiser in seine Angelegenheiten nicht mische, dass die Ruhe des Reiches die Verpflichtung Leopolds, sich in die nordischen Wirren nicht einzumengen, ebenso dringend erheische, als die Zusicherung, den Spaniern nicht zu Hilfe zu eilen.

Leopold war damals noch fest entschlossen, solche Forderungen zurückzuweisen, lieber auf die Krone zu verzichten, als ihre Annahme mit der Schmach derartiger Bedingungen zu erkaufen. Aber gerade deshalb hielt er sich für verpflichtet, der Friedensneigung der Reichsfürsten Rechnung zu tragen. Es geschah aus diesem Grunde, dass er sich bereit zeigte, mit dem Mainzer und mit dem Sachsen über die Mittel zu berathen, mit deren Hilfe der Friede zu erreichen wäre, dass er in den Beginn der Verhandlungen mit den Schweden willigte. Freilich hatte Leopold noch ein anderes Ziel im Auge, als er diesen entgegenkommenden Schritt that. Es galt auf diesem Wege einen Druck auf den Kurfürsten von Brandenburg auszuüben, dessen Stimme in allen Fragen — im Hinblicke auf die Geneigtheit der Kurfürsten von Baiern, Sachsen und Trier, sich Oesterreichs Wünschen zu fügen — von ausschlaggebender Bedeutung war und der gerade in diesen Tagen den Beweis geliefert hatte, wie wenig geneigt er sei, seine Interessen denen Leopolds aufzuopfern. Man hatte am Wiener Hofe noch zu Beginn des Frühjahres 1658 mit Sicherheit auf die Wahlstimme des Brandenburgers gerechnet.

Die Erklärungen seiner Bevollmächtigten, seine eigenen Aeusserungen liessen das beste hoffen. Als die Frage der Theilnahme Oesterreichs an dem spanisch-französischen Kriege zum ersten Male in Frankfurt zur Erörterung kam, war er auf Oesterreichs Seite gestanden. Dann aber war er mit einer raschen, bei ihm nicht ungewöhnlichen Wendung in das Lager der Gegner Leopolds übergegangen und nach der denkwürdigen Sitzung vom 13. Mai 1658 konnte man am Wiener Hofe darüber nicht im Zweifel sein, dass der Brandenburger in der Wahlcapitulationsfrage ganz andere Ideen vertrat, als Leopold und seine Anhänger. Was er mit dieser Schwenkung bezweckte, war klar. Nicht um Frankreich zu nützen, sondern im eigenen Interesse war sie vollzogen worden. Durch das bindende Versprechen, das Leopold leisten sollte, Spanien im Kampfe gegen Frankreich und England nicht zu unterstützen, sollte der österreichische Herrscher zu energischem Eingreifen in die nordischen Wirren vermocht werden.

Die Heftigkeit, mit der Kurbrandenburgs Vertreter in derselben Sitzung, in der sie gegen die Theilnahme Oesterreichs am spanisch-französischen Kriege sprachen, gegen die pfälzischen Räthe auftraten, als diese eine ähnlich bindende Erklärung Leopolds bezüglich der nordischen Wirren forderten, liess darüber keinen Zweifel aufkommen. Und wenn die Brandenburger am Schlusse ihrer Auseinandersetzungen über die spanische Assistenzfrage sich dahin äusserten, „dass sie sich nicht gänzlich wollten herauslassen, sondern die rechte formelle Erklärung bis in's künftige vorbehalten haben", so geschah dies in der Absicht, durch ein zurückhaltendes, die Entscheidung hinausschiebendes Votum die Reichsfürsten und Leopold zu weitergehendem Entgegenkommen in der nordischen Frage zu vermögen.

Nur eines bedachte Friedrich Wilhelm nicht; dass dieselben Mittel, durch die er auf Leopold und auf dessen Räthe zu wirken hoffte, von diesen gegen ihn angewendet werden konnten. Denn wenn der Herrscher Oesterreichs durch die Rücksicht auf die entscheidende Stimme des Brandenburgers in der niederländisch-italienischen Assistenzfrage bewogen werden sollte, des Kurfürsten Wünsche in der nordischen Frage zu berücksichtigen, konnte es dem Wiener Hofe gut dünken, Friedrich Wilhelm fühlen zu lassen, dass es noch immer im Belieben Leopolds stehe, sich über den Kopf des Brandenburgers hinweg mit den Schweden zu einigen und den ungetreuen Reichsfürsten der Rache des beleidigten Gegners zu überlassen. Nichts hat mehr dazu beigetragen, den Beziehungen der beiden

Höfe in diesen Monaten das Gepräge der Unsicherheit und des Widerspruches zu geben, als dieser beiderseitige Wunsch, durch eine Mischung von Furcht und Hoffnung, von Zugeständnissen und Zurückweisungen, von Bitten und Drohungen, die andere Macht zu weiterem Entgegenkommen zu vermögen.

Wir wissen heute, dass man am Wiener Hofe die Verhandlungen mit den Schweden nicht ernst nahm, dass man an den Erfolg einer friedlichen Abmachung mit ihnen nicht glaubte. Aber auch den schärfer blickenden Zeitgenossen konnte dies schon daraus ersichtlich sein, dass Leopold und seine Räthe die Mediation Frankreichs, auf welcher die Kurfürsten von Mainz und Sachsen, unterstützt von dem zu Frankfurt weilenden Vertreter Johann Casimirs, beharrten, zurückwiesen und als unerlässliche Vorbedingung der Verhandlungen begehrten, dass Schweden sich bereit erkläre, mit Oesterreich, Polen und Brandenburg zugleich zu verhandeln und alle im Laufe der Kriegsjahre den Polen abgenommenen Besitzungen zurückzustellen. Friedrich Wilhelm aber fürchtete trotz alledem einen Sondervertrag der Oesterreicher mit den Schweden, und bat Leopold, als die Gefahr eines Schwedeneinfalles in Brandenburg näher rückte, auf das lebhafteste, sich von Karl Gustav nicht bethören zu lassen; ja er liess sich, um Leopold zu gewinnen, herbei, den Standpunkt anfzugeben, den seine Bevollmächtigten am 13. Mai in der Assistenzfrage eingenommen hatten. Auf das genaueste vermögen wir jetzt an der Hand der uns vorliegenden Documente zu verfolgen, wie die aus dem Lager Karl Gustavs einlaufenden Nachrichten von dessen Entschlusse, sich auf des Brandenburgers Länder zu werfen und die aus Frankfurt eintreffenden Mittheilungen von den Bemühungen der schwedischen Minister, Leopold zum Abschlusse eines Separatvertrages zu vermögen, auf die Entschliessungen Friedrich Wilhelms eingewirkt haben. Denn in denselben Tagen, da man in Berlin alle Vorbereitungen zur Befestigung der Hauptstadt traf, da an Montecuccoli und Czarnecki die Befehle ergingen, sich zum Marsche nach Berlin bereit zu halten, erhielten die Vertreter des Kurfürsten in Frankfurt die Weisung, die Reciprocitätsclausel vorzuschlagen, durch welche die Franzosen und Engländer in der Assistenzfrage zu einer ähnlichen Verpflichtung wie der zu wählende Kaiser genöthigt werden sollten.[1] Viel gewann Leopold durch diese

[1] Vergl. Heide, Die Wahl Leopold I. a. a. O. 64 ff.

Erklärung der Brandenburger nicht und man könnte es unbegreiflich finden, dass er sich, zumal mit Rücksicht auf die bedrängte Lage des Kurfürsten, mit diesem geringen Zugeständnisse zufrieden gab, wenn nicht ein tieferes Erfassen der Umstände, unter denen Oesterreichs Herrscher die Sache seines Hauses zu vertreten hatte, uns die Ueberzeugung aufnöthigen würde, dass Leopold im eigenen Interesse handelte, wenn er den Bogen nicht zu straff spannte.

Denn an eine vollständige Beseitigung der Oesterreichs Freiheit lähmenden Bestimmungen der Wahlcapitulation war doch nicht zu denken. In zu entschiedener Weise hatte der König von Frankreich mit dem Kriege gedroht, falls ihm in dieser Frage nicht Genugthuung werden sollte, hatten die Kurfürsten von Mainz und Köln ihre Absicht kundgethan, lieber von der Wahl Leopolds als von dieser Forderung abzustehen. Die Ueberlegenheit der Franzosen und Engländer im Felde, von der die Einnahme Dünkirchens, Gravelingens, Yperns neue Beweise lieferte, trug dazu bei, die kleinen und kleinsten unter den Fürsten Deutschlands für die Ideen Frankreichs zu gewinnen. Dazu kam, dass die Verhandlungen über die Gründung des Rheinbundes in dieser Zeit so weit gediehen waren,[1] dass das Zustandekommen desselben gesichert war, dass man in der Umgebung Leopolds Kenntniss von den Bemühungen der Franzosen hatte, den Brandenburger für den Eintritt in diese ihrem Wesen nach gegen Oesterreich gerichtete Verbindung zu gewinnen. Und darüber konnte kein Zweifel bestehen, dass Friedrich Wilhelm, falls er sich bereit erklären wollte, in allen Fragen der Politik mit Frankreich zu gehen, dem Rheinbunde beizutreten, eine anti-habsburgische Haltung anzunehmen, noch immer auf die volle Unterstützung des Franzosenkönigs rechnen konnte, dass dieser keine Mühe scheuen werde, die Schweden — wenn nöthig auch mit Gewalt — zum Ausgleiche mit dem Brandenburger zu vermögen. Gegen wen anders als gegen Leopold konnte aber dann Karl Gustav sich wenden? Man wusste am Hofe Leopolds, dass die Franzosen seit Jahren in diesem Sinne thätig waren, dass die Hoffnung einer Antheilnahme Schwedens am Kampfe gegen das Haus Habsburg sie in erster Linie zu der schwierigen Vermittelung zwischen Karl Gustav und Johann Casimir veranlasst

[1] Vergl. E. Joachim, „Die Entwickelung des Rheinbundes von 1658"; Pribram, „Beitrag zur Geschichte des Rheinbundes von 1658". Sitz. der W. A. d. W. CXV. 99ff.

habe. An wem sollte aber in diesem Falle der österreichische Herrscher eine Stütze finden, wenn er durch allzu schroffes Benehmen den Brandenburger nöthigte, sich in die Arme der Franzosen zu werfen, ihn, der einer der wenigen Fürsten war, die sich bereit zeigten, dem Rheinbunde entgegenzuarbeiten, Hand in Hand mit Leopold die deutschen Interessen den vielen inneren und äusseren Feinden gegenüber zu vertreten? Hatte man nicht vielmehr in diesem Falle zu fürchten, dass die Polen, statt sich in aussichtslosem Kampfe gegen einen überlegenen Feind für die Interessen eines verhassten Bundesgenossen zu verbluten, den Entschluss fassen würden, die glänzenden Anerbietungen anzunehmen, die ihnen gemacht wurden, und an der Seite der Freund gewordenen Feinde gegen ihren früheren Verbündeten zu fechten? Dass es so weit gekommen war, dass man sich nicht im geeigneten Momente, zu Beginn der nordischen Wirren, an die Spitze aller zum Kampfe gegen Schweden geneigten Fürsten gestellt hatte, war der grosse Fehler, den die Wiener Regierung sich hatte zu Schulden kommen lassen. In diesem Augenblicke aber, unter den gegebenen Verhältnissen, war die Annahme der Wahl unter den vorgeschlagenen Bedingungen der einzige Ausweg aus der schwierigen Lage, in die Leopold durch das zögernde Benehmen seines Vaters und durch die geringe Energie seiner Minister im Anfange seiner Regierung gerathen war. Denn wenngleich die Wahlcapitulation ein energisches directes Eintreten Leopolds für die Interessen seines Hauses unmöglich machte, so eröffnete sich ihm doch die Aussicht, durch einen mit aller Macht gegen die Schweden geführten Kampf die Franzosen und deren Verbündete zu treffen. Und wer wollte, wenn es gelang, den Schweden zu besiegen, Oesterreichs Stellung zu befestigen, eine Reihe mächtiger Staaten zu verpflichten, den jungen Kaiser daran hindern, den Bestimmungen der Wahlcapitulation zum Trotze, für die Interessen seines Hauses einzutreten? Nicht nur Oesterreichs Staatsmänner, sondern auch die Freunde dieser Macht haben, als es galt, Leopold zur Gutheissung der Wahlcapitulation zu bewegen, immer wieder auf die Möglichkeit hingewiesen, nach errungenem Siege über die Schweden die Waffen gegen den übermüthigen Nachbar im Westen zu kehren. Aber Eile that Noth. Das Friedensbedürfniss war aller Orten ein grosses, am grössten an den Höfen Philipp IV. und Johann Casimirs. Sollte der König von Spanien bewogen werden, den überlegenen Feinden gegenüber auszuharren, sollte die immer deutlicher zu Tage tretende

Friedensneigung der Polen nicht zum Abschlusse eines Separatvertrages führen, so durfte der Kaiser, nach erfolgter Wahl, keinen Augenblick zögern, die Versprechungen zu erfüllen, die er gegeben hatte. Kaiser Leopold musste zeigen, dass er entschlossen sei, keine wichtige Frage der europäischen Politik ohne seine Mitwirkung entscheiden zu lassen, die Stellung, die er mit so grossen Opfern erkauft, mit dem Bewusstsein der mit ihr verbundenen Rechte und Pflichten auszufüllen.

Neuntes Kapitel.

Politische Wandlungen während der Kriegsjahre 1658 und 1659.

In den ersten Wochen nach der Wahl Leopold I. zum römisch-deutschen Kaiser hatte es den Anschein, als werde Karl Gustav dem Wiener Hofe den Entschluss erleichtern, wo der Kampf gegen die Schweden aufzunehmen sei. Die Vorbereitungen, die Karl Gustav im Laufe des Monates Juli traf, schienen keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass er entschlossen sei, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften gegen das Reich zu wenden, vorerst den ungetreuen Brandenburger zu züchtigen und dann in die Erbländer Leopolds einzufallen. Dass er zu gleicher Zeit durch Björnclaw dem Kaiser Friedensanerbietungen machen liess[1] und veranlasste, dass auch von anderer Seite dem jungen österreichischen Herrscher die Vortheile eines freundschaftlichen Verhältnisses mit dem grossen Kriegsmanne im Norden klargelegt wurden, konnte darüber nicht täuschen. Man wusste in der Umgebung Leopolds, dass Karl Gustav mit all' diesen Anerbietungen nichts anderes bezwecke als die Verbündeten zu trennen, den Wiener Hof von einer energischen Unterstützung des Brandenburgers abzuhalten, bis dieser besiegt sein würde und dem Einmarsche der schwedischen Truppen in des Kaisers Erbländer kein erhebliches Hinderniss in den Weg gelegt werden könnte. Es geschah nur, um die Kurfürsten von Mainz und Sachsen nicht zu kränken und um noch in letzter Stunde einen Beweis der friedlichen Gesinnung zu geben, dass man Björnclaws Anerbietungen

[1] Zahlreiche Acten über diese Verhandlungen finden sich in den Wahlacten des St.-A.

nicht kurzweg zurückwies.[1] Wie wenig man aber an einen Erfolg der nur lässig betriebenen Verhandlungen dachte, ist am besten daraus zu ersehen, dass man zur selben Zeit, da man mit den Vertretern Karl Gustavs berieth, mit den Bevollmächtigten Friedrich Wilhelms auf das eifrigste nach einer Vereinbarung über die Wege suchte, auf denen man den Schweden mit Erfolg werde begegnen können. Allein es war den Brandenburgern erst viele Jahre später vergönnt sich für die vielen von den Schweden erlittenen Unbilden durch entscheidende Siege im eigenen Lande zu rächen. Während man in Frankfurt und am Hofe Friedrich Wilhelms die entscheidenden Massregeln gegen einen Einfall der Schweden in Brandenburg traf, enthüllte Karl Gustav seinen Räthen den Plan, mit dem grössten Theile seiner Truppen einen neuen Feldzug gegen die Dänen zu beginnen. Es war einer jener kühnen, rasch zur Durchführung gebrachten Entschlüsse, wie man solchen im Leben Karl Gustavs so oft begegnet, die seine Eigenart ausgemacht, und ebenso oft zu ungeahnten Erfolgen, als zu entscheidenden Niederlagen geführt haben. Er hatte den Feldzug gegen Friedrich Wilhelm und Leopold geplant, als er hoffen konnte, sich mit den Dänen zu einigen, sich durch ein mit ihnen geschlossenes Bündniss den Rücken zu decken und durch einen rechtzeitigen Einfall in des Brandenburgers Besitzungen, die Wahl in einer Oesterreich ungünstigen Weise zu beeinflussen oder hinauszuschieben, um nach errungenem Siege die Krone auf sein oder auf das Haupt eines entschiedenen Gegners der Habsburger zu setzen. Nun hatten sich aber seine Hoffnungen nicht erfüllt; die Einigung mit den Dänen kam nicht zu Stande und des Brandenburgers Erklärungen zu Beginn des Monates Juli beraubten ihn der Hoffnung, bei seinen Plänen gegen Kaiser und Reich von den Franzosen und Engländern directe Unterstützung zu erhalten. So entschloss er sich zu einem neuerlichen Zuge gegen den geschwächten Dänenkönig, Willens ihn zu besiegen, bevor ihm Hilfe zu Theil werden konnte, Dänemark aus der Liste der europäischen Mächte zu streichen, das Gebiet der dänischen Krone mit dem seinen zu vereinigen, um dann, im Rücken gedeckt, mit vermehrten Kräften den Kampf gegen die Verbündeten aufzunehmen. Dass er zu gleicher Zeit den Polen bessere Friedensanerbietungen machen liess, die Russen zum Abschlusse eines Bündnisses aufforderte, mit England von Neuem

[1] Vergl. Urk. u. Act. XIV., 102; Lisola's Berichte 448 ff.

in Unterhandlungen trat, geschah wohl in der Absicht, sich für den künftigen Feldzug gegen den Kaiser und gegen den Brandenburger vor unliebsamen Zwischenfällen zu sichern. Denn nur aufgeschoben wollte er den Kampf mit dem übermüthigen Kurfürsten und mit dem feindlich gesinnten Kaiser wissen. Aber eben die Erkenntniss der Ziele Karl Gustavs veranlasste die von ihm bedrohten Mächte, ohne jedes Säumniss die Anstalten zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zu treffen. Jetzt lähmten die Mittheilungen von Karl Gustavs Plänen nicht mehr wie früher die Kräfte der Verbündeten, jetzt spornte die Ueberzeugung, dass das letzte Ziel des schrankenlos ehrgeizigen Königs die Errichtung eines grossen nordischen Reiches sei, das Schweden, Dänemark, einen grossen Theil des nördlichen Deutschlands, Polens und Russlands umfassen und dem Leiter desselben die unumschränkte Herrschaft über den Sund und damit über den Handel im Nordosten Europa's gewähren sollte, die in ihren vitalsten Interessen getroffenen Mächte zur Anspannung aller Kräfte.

Die Kaufleute von Amsterdam, die bisher gezögert hatten, sich in einen Kampf mit dem Schwedenkönige einzulassen, eilten jetzt, wo es sich um reale Interessen handelte, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine grosse Flotte in's Meer zu schicken, die das Ansehen der holländischen Seemacht wahren, dem bedrohten Könige von Dänemark durch rechtzeitige Verproviantirung der dänischen Hauptstadt Muth einflössen und ihn zum Ausharren im Kampfe gegen den übermächtigen Gegner veranlassen sollte.[1] Und nicht minder eifrig als die Holländer war der Brandenburger darauf aus, den Kampf gegen Karl Gustav aufzunehmen. Auch er hatte Handelsinteressen an der Ostsee zu wahren und war fest entschlossen, dieselben keinen Augenblick aus dem Auge zu verlieren.[2] Dringender als je schien es ihm damals durch ein energisches Vorgehen Schwedens Uebermacht im nördlichen Deutschland zu brechen, es, wenn irgend möglich, vom Reichsboden zu verdrängen. In der entschiedensten Weise hat dies der „Ehrliche Deutsche" gefordert — der wohl im Auftrage, gewiss im Sinne des Kurfürsten schrieb —, der zugleich mit der Betonung des deutschen Interesses, das den

[1] Vergl. für die Haltung der Holländer Lefèvre-Pontalis I 253 ff.

[2] Vergl. für die Handelspolitik des grossen Kurfürsten: R. Schück, „Brandenburg-preussische Colonialpolitik unter dem grossen Kurfürsten und seinen Nachfolgern 1647—1721"; dazu die Mittheilungen von Heyck: „Brandenburg-deutsche Colonialpolitik". Zeitschrift f. d. G. des Oberrheins, N. F. II 129 ff.

Kampf gegen Karl Gustav zu einer zwingenden Nothwendigkeit mache, die Vortheile der Vertreibung der Schweden von dem Reichsboden hervorhob.[1] Weniger begeistert, aber immerhin mit grosser Bereitwilligkeit, erklärte sich auch der Wiener Hof für den Krieg gegen die Schweden. Für Leopold hatte die Niederwerfung des mächtigen nordischen Fürsten eine andere Bedeutung als für den Brandenburger und für die Niederländer. Er hatte nicht wie diese Handelsinteressen an der Ostsee zu wahren, er plante auch nicht, wie Friedrich Wilhelm, grössere Reichsgebiete, die bislang den Schweden gehörten, mit den seinigen zu vereinen; ihm kam es lediglich darauf an, eine weitere Ausdehnung der schwedischen Macht zu verhindern, weil ein starkes Schweden den Interessen widersprach, die Oesterreich im Reiche und in Europa zu vertreten hatte. Er wünschte eine Niederlage Karl Gustavs, weil er in den Schweden die Bundesgenossen der Franzosen erblickte und durch einen gegen Karl Gustav geführten Schlag indirect Frankreich zu treffen hoffte. Und dazu kam noch ein anderes. Wollte der Wiener Hof die Polen nicht in die Arme der Schweden treiben, wollte er sie nicht zu einem Vertrage nöthigen, der den österreichischen Interessen durchaus nicht entsprechen konnte, dann musste er seine Bereitwilligkeit zeigen, in den Kampf mit den Schweden mit voller Kraft einzutreten. Denn darüber liessen die Nachrichten, welche die Vertreter Leopolds im Laufe des Sommers 1658 ihrer Regierung übermittelt hatten, keinen Zweifel, dass ein weiteres Zögern den sicheren Untergang der österreichischen Partei am polnischen Hofe zur Folge haben werde. Nur mit dem Aufwande aller Kräfte hatte Lisola die letzten Monate hindurch den immer erneuerten Angriffen seiner Gegner zu widerstehen vermocht.[2] Die Bemühungen der Franzosen und Niederländer zu durchkreuzen, die nicht müde wurden, den Plan der Aufnahme der Friedensverhandlungen unter ihrer Vermittelung zu empfehlen, bot verhältnissmässig geringe Schwierigkeiten. In diesem Punkte kam nicht nur Johann Casimir, sondern auch ein grosser Theil des polnischen Adels dem Gesandten entgegen. Zumal in den Tagen, da Karl Gustav seinen festen Entschluss kund that, de Lumbres' Erklärungen zum Trotze auf der Abtretung Preussens zu bestehen,

[1] Vergl. Münzer, Die brandenburgische Publicistik unter dem Grossen Kurfürsten in: Märkische Forschungen XVIII. 237; Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I. 234 f.

[2] Für diese Verhältnisse vergl. die Berichte Lisola's 423 ff.

steigerte sich der Hass der Polen gegen den mächtigen Nachbar ins Ungeheuere. Johann Casimir erklärte damals, er werde bis aufs äusserste für die Erhaltung Preussens kämpfen; und die Reise Marie Louisens nach Berlin, wie die mit den Generalstaaten und mit den Kosaken eingeleiteten Verhandlungen liessen erkennen, dass die kriegerischen Aeusserungen ernst gemeint seien. Allein gerade aus der Neigung der Polen den Kampf mit Karl Gustav aufzunehmen, erwuchsen dem kaiserlichen Gesandten die grössten Schwierigkeiten. Wohl besass er Vollmacht, die Kriegspläne der Polen gutzuheissen, sie zu fördern und die Bedeutung eines energisch geführten Krieges den widerstrebenden Elementen darzuthun; allein Verpflichtungen einzugehen, Zugeständnisse zu machen, dazu fehlte ihm jede Ermächtigung. Nichts hat die Bestrebungen Lisola's mehr erschwert, als die Weigerung seiner Regierung, den Bitten der Polen Rechnung zu tragen und jene Forderungen zu billigen, ohne deren Erfüllung die Fortführung des Kampfes den Polen eine Unmöglichkeit schien. Von Woche zu Woche mehrten sich die Klagen über die Ausschreitungen der österreichischen Truppen, und was Lisola mit eigenen Augen sah und von vertrauenswürdigen Zeugen vernahm, konnte ihn nur in seiner Ansicht bestärken, dass die Beschwerden der Polen der Wahrheit entsprachen, dass die jahrelange Plünderung des Landes durch Freund und Feind dasselbe so aller Mittel entblösst hatte, dass die Polen nicht in der Lage waren, auf die Dauer die übergrossen Kosten zu tragen, welche die Erhaltung der eigenen und der im Lande lebenden fremden Truppen in Anspruch nahmen. „Wir können Er. M. nicht verhehlen," heisst es in einem Ende des Monates August abgefassten Schreiben,[1] „dass die Dinge sich, sowohl im Hinblicke auf die Gesinnung der Bewohner, als auch durch die Noth der Verhältnisse, so gestaltet haben, dass nach einem Mittel gesucht werden muss, die Polen von diesen übermässigen Lasten zu befreien, denn sonst haben wir den Untergang unseres Heeres und die Vernichtung Grosspolens zu erwarten und laufen Gefahr, dass die Polen sich zu einem äussersten Schritte entschliessen und dem Feinde Gehör schenken. Den Rest ihrer Hoffnung setzen sie auf die Beantwortung der Schreiben des Königs und der Stände durch E. M. Wird diese Hoffnung vernichtet, dann sehen wir nicht, durch welche Erklärungen oder Beschwichtigungen wir sie in Zu-

[1] Schreiben Lisola's vom 25. August 1658. Berichte 440 ff.

kunft werden beruhigen können. Unterdess verfliesst die zur Kriegsführung geeigneteste Zeit; das feindliche Heer wird von Tag zu Tag mächtiger, Dänemark unterdrückt, Preussen durch neue Hilfskräfte vom Meere her gestärkt, Polen aufgezehrt; die Gemüther werden erregt, die Ideen der Trennung greifen um sich und bei den Uneingeweihten gewinnt die Ansicht an Boden, dass wir nichts bezwecken wollen als den Krieg hinauszuschieben, um unser Heer zu erhalten und Polen zu schwächen, um es dann um so leichter mit unseren Reichen zu vereinigen." Kein Wunder, dass im Hinblicke auf diese Verhältnisse und auf die Schwierigkeit für Lisola, den Wünschen der Polen nur irgendwie Rechnung zu tragen, Franzosen und Niederländer mit ihren vermittelnden Vorschlägen besseres Gehör fanden, zumal Karl Gustav, seitdem er den Gedanken des Reichskrieges aufgegeben hatte, den Polen günstigere Bedingungen stellte, den Vertretern der Franzosen und der Niederländer, de Lumbres und Ysbrandt, Vollmacht ertheilte, Johann Casimir seine Geneigtheit kund zu thun, die Friedensverhandlungen zu beginnen und gegen eine entsprechende Entschädigung Preussen an die Polen zurückzustellen. Johann Casimir erklärte sich, allen Bemühungen Lisola's zum Trotze, bereit, die Verhandlungen zu beginnen. Um des Kaisers Interesse zu wahren sah sich Lisola genöthigt, mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen. Er entschloss sich, die Bedingungen kundzugeben, unter denen Leopold an den Berathungen Theil nehmen wolle.[1] Da erhielt er die Nachricht von dem Entschlusse des jungen Herrschers, mit dem Brandenburger den Kampf gegen die Schweden aufzunehmen. Sofort verständigte er Johann Casimir und dessen Räthe. Der Erfolg war ein überraschender. Die Polen beschlossen, ihre Antwort auf die Anerbietungen de Lumbres' erst nach vorheriger Besprechung mit den Vertretern der Verbündeten zu geben. Das war Hilfe zu rechter Zeit. Denn bereits hatten die Franzosen mit ihren Erklärungen Eingang gefunden, dass man im Interesse der Polen von der Einschliessung Dänemarks in den Friedensvertrag Abstand nehmen, vorerst die schwedisch-polnischen Differenzen ausgleichen und dann erst eine Einigung bezüglich der Forderungen der Verbündeten

[1] Declaration vom 4. September 1658. Lisola forderte: Mittheilung alles dessen, was seitens der Polen mit den Schweden verhandelt werden sollte, an des Kaisers Vertreter; Aufnahme des Kaisers als Hauptbundesgenossen in den Friedenstractat; Führung der Verhandlungen zwischen Schweden und allen Verbündeten an einem Orte und Beendigung derselben durch einen Tractat. Vergl. Ber. 448.

Polens versuchen solle. Was die Franzosen mit diesen Rathschlägen bezweckten, war klar. Gelang es, die Polen für dieselben zu gewinnen, dann hatte man das Mittel in der Hand, den Kaiser und den Brandenburger zu einem ungünstigen Frieden, oder zur Fortsetzung des Kampfes gegen die vereinigte Macht der Franzosen und der Schweden zu zwingen. Je klarer aber Lisola die Pläne de Lumbres' und seiner Genossen durchschaute, je unzweifelhafter es für ihn wurde, dass die Polen, sobald einmal die sie betreffenden Streitfragen in einer ihren Wünschen entsprechenden Weise geordnet sein sollten, sich — wenn nöthig auch ohne, ja auch gegen den Willen ihrer bisherigen Verbündeten — zum Frieden entschliessen würden, desto wichtiger schien es ihm, rechtzeitig Vorkehrungen gegen eine derartige Wendung der Dinge zu treffen.[1] In immer neuen Unterredungen suchte er dem Könige Johann Casimir die Ueberzeugung beizubringen, dass er nach all den übernommenen Verpflichtungen und mit Rücksicht auf das eigene Interesse in diesem Punkte den Wünschen der Verbündeten willfahren müsse und in gleichem Sinne wirkte Hoverbeck, der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg.[2] Aber nicht so sehr ihren Ueberredungskünsten und den Bemühungen der österreichischen Partei am Hofe Johann Casimirs, als den Erfolgen der Verbündeten im Felde dürfte es in erster Linie zugeschrieben werden, dass die Polen sich thatsächlich zu einer neuerlichen Verzögerung der Friedensverhandlungen entschlossen. Karl Gustav sah sich das erste Mal fast auf allen Punkten geschlagen.[3] Die erhoffte rasche Erstürmung Kopenhagens war abgewehrt worden, der König von Dänemark hatte, von den Generalstaaten unterstützt, seine Hauptstadt muthig vertheidigt, die staatische Flotte, von den Engländern wenig gehindert, hatte im Sund zu Beginn des Monates November einen grossen Sieg erfochten, durch den Kopenhagen entsetzt, der Sund der Alleinherrschaft der Schweden entrissen wurde.[4] Womöglich noch glänzender waren die Erfolge der vereinigten brandenburgischen,

[1] Berichte Lisola's vom 11. September und 5. October 1658; Ber. 447 ff.

[2] Berichte 447 ff.

[3] Für diesen Kriegszug Carlson a. a. O. 314 ff.; Pufendorf, De rebus a Carolo Gustavo gestis liber V. § 96 ff. p. 472 ff.; für die Operationen der Verbündeten Droysen a. a. O. III 2. 413 ff.; Urk. u. Act. VIII. 358 ff.; Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I. 320 ff.; Campori a. a. O. 336 ff.

[4] Vergl. Lefèvre a. a. O. I. 254; De Jonge, Histoire de la Marine néerlandaise I. 363 ff.

kaiserlichen und polnischen Truppen. Im Siegeszuge durcheilten diese unter Friedrich Wilhelms Führung Holstein, den tapferen Pfalzgrafen von Sulzbach, dem Karl Gustav mit ungenügenden Kräften die Vertheidigung übertragen hatte, vor sich hertreibend. Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp, der Schwiegervater und Verbündete Karl Gustavs, wurde zur Uebergabe Gottorps und zum Versprechen genöthigt, nicht gegen die Verbündeten zu kämpfen; noch vor Schluss des Jahres gelang die Eroberung der Insel Alsen und zu gleicher Zeit musste sich auch Thorn, das Oesterreicher und Polen gemeinsam belagerten, den Siegern unterwerfen. Mit der fast sprichwörtlich gewordenen Ueberlegenheit der Schweden war es vorüber. Karl Gustav war überall zurückgedrängt, ein weiterer Feldzug, so schien es, konnte genügen, die Schweden gänzlich vom Reichsboden zu vertreiben, ihrem Einflusse auf die Geschicke Deutschlands ein für allemal ein Ende zu machen. So mancher der kleinen deutschen Fürsten, der noch vor Jahresfrist um die Freundschaft des mächtigen Schwedenkönigs gebuhlt hatte, begann schon die begehrlichen Blicke auf dessen deutsche Besitzungen zu richten, von unerträglicher Ehrsucht des Pfalz-Zweibrückners zu sprechen, die man exemplarisch bestrafen müsse. Ja auch an den Höfen zu Berlin und Wien gab es der Heissporne genug, welche die Zeit gekommen wähnten, den Ruhm der deutschen Waffen über das Meer zu tragen, dem Schwedenkönige und seinem stolzen Volke in Stockholm demüthigende Friedensbedingungen vorzuschreiben. Freilich, wer schärfer zusah, sich durch den äusseren Schein nicht blenden liess, konnte bereits damals erkennen, dass Karl Gustavs Lage durchaus nicht so trostlos war, als sie auf den ersten Blick erschien. Der Feldzug war zu seinen Ungunsten entschieden; aber ganz ohne Erfolg für Karl Gustav war er nicht gewesen; Kurland war erobert, Herzog Jakob gefangen genommen worden. Was aber vielmehr bedeutete, war der Abschluss des dreijährigen Waffenstillstandes mit den Russen. Karl Gustav war durch denselben eines mächtigen Gegners ledig geworden, der unter Umständen auch sein Verbündeter werden konnte. Der gesunkene Muth der Schweden hob sich wieder; ihr Widerstand gegen die Fortsetzung des Krieges minderte sich, zumal als die Hoffnung wuchs, England und Frankreich als Verbündete der Schweden im nächsten Feldzuge begrüssen zu können. Aber mehr Trost noch als in dem Vertrauen auf seine eigene Kraft und auf die zu erhoffende Unterstützung befreundeter Mächte durfte Karl Gustav

in der Uneinigkeit seiner Gegner finden. Nur eine kurze Spanne Zeit hatte des Schwedenkönigs rücksichtsloses Vorgehen die durch so verschiedenartige Interessen bestimmten Mächte zu einigen vermocht. Mit der ersten Niederlage, die er erlitt, mit der Abwendung der Allen drohenden Gefahr traten die Gegensätze wieder in ihrer ganzen Schroffheit zu Tage. Die holländischen Kaufleute hatten ein Interesse daran, dass Karl Gustav ihnen die Schiffahrt im Sund nicht sperre; sie waren bereit, für die Wahrung ihrer Handelsinteressen in der Ostsee ihr Letztes zu wagen. Aber nicht ein Schiff, nicht einen Mann wollten sie opfern, um dem Brandenburger die Eroberung Pommerns zu erleichtern, um des Kaisers Macht in Deutschland und in Europa zu stärken, um den Dänen das Uebergewicht im Norden Europa's zu sichern. Sie wussten auch, dass England und Frankreich im folgenden Feldzuge ernstlicher gegen sie vorgehen würden, als im vergangenen. Die Erfolge, die sie im Sund errungen, hatten die Eifersucht der Engländer wachgerufen, die Wirren, die dem Tode des grossen Protectors gefolgt waren, schienen beigelegt, die Engländer bereit, dem Schwedenkönige zu Hilfe zu kommen, im eigenen Interesse einer weiteren Ausbreitung der holländischen Seemacht entgegenzutreten. An einer energischen Unterstützung der Schweden durch die Franzosen war nach den Erklärungen des im Haag weilenden Vertreters Ludwig XIV. nicht zu zweifeln. Wozu aber sollten sich die Niederländer der Gefahr eines solchen Krieges aussetzen, wenn der Zustand, wie er durch die letzten Niederlagen Karl Gustavs sich herausgestellt hatte, ihren Interessen am besten entsprach? Die Verbündeten bekamen den Wechsel in der Gesinnung der Niederländer alsbald zu spüren. Alle Bemühungen Friedrich Wilhelms, sie für seine grossen Pläne zu interessiren, zu deren Durchführung er ihre Flotte benöthigte, blieben vergebens.[1] Mit Hilfe einiger dänischer Schiffe hatte die Eroberung Alsens erfolgen müssen, während die starke holländische Flotte unthätig geblieben war. Und was auch die Vertreter Leopold I.[2] und Friedrich Wilhelms im Haag von der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, von der Bedeutung eines weiteren Sieges über die Schweden für die besonderen Interessen der Niederländer reden

[1] Für die brandenburg-staatischen Beziehungen, Urk. u. Act. III. 90 ff. VII. 1 ff.

[2] Vertreter Leopolds im Haag war Johann Friquet, Vertreter Friedrich Wilhelms Weimann, dessen Berichte, Urk. u. Act. VII. 1 ff., bei weitem inhaltsreicher sind, als jene Friquets, die sich im St.-A. (Holl.) vorfinden.

mochten, die Generalstaaten waren von ihrer Ansicht nicht abzubringen, dass der Kampf lediglich im Sinne der Herstellung eines Friedens zu führen sei, durch den Schwedens Uebermacht gebrochen, sein ehemaliger Besitzstand aber erhalten werden sollte.

Nicht minder schroff ablehnend als die Niederländer zeigten sich die Polen. Johann Casimir hatte sich im Sommer des Jahres 1658 zur Antheilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen Karl Gustav und zur Verschiebung der Friedensverhandlungen in der Hoffnung entschlossen, durch dieses neuerliche Entgegenkommen den Kaiser zu grösserer Berücksichtigung seiner Forderungen zu bewegen und nach errungenem Siege um so rascher den sehnlichst erwünschten Frieden schliessen zu können. Allein gerade das Gegentheil des Erhofften war eingetroffen. Je erfreulicher die Nachrichten vom Kriegsschauplatze lauteten, desto hartnäckiger weigerte sich der Wiener Hof, die von den Polen begehrten Erleichterungen eintreten zu lassen, desto stärker betonte man in Wien die Nothwendigkeit, den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner bis zu dessen völliger Erschöpfung zu führen. Immer wieder erhielt der kaiserliche Gesandte den Befehl, Johann Casimir jede Hoffnung auf Abführung österreichischer Truppen aus Polen zu nehmen, die Räumung Krakau's rundweg abzuweisen, auf dem Ausschlusse der französischen Mediation zu beharren. Dass die Noth in den polnischen Quartieren den Höhepunkt erreichte, dass die Leute Hungers starben, wie Lisola nicht müde wurde zu berichten, vermochte den Wiener Hof nicht umzustimmen. Das harte Gesetz der Noth gebot, und ihm zu folgen hielt man in Wien für eine Pflicht, die man schweigend erfüllen müsse. Wozu sollten aber die Polen kämpfen, wenn ihnen der Sieg, den ihre Truppen in Gemeinschaft mit denen des Brandenburgers und des Kaisers erfochten hatten, nicht die geringste Erleichterung verschaffte; wozu sollten sie sich den Mühen und Gefahren eines neuen Kampfes aussetzen, der die Verlängerung des Krieges nothwendig machte, den zu beenden ihr sehnlichster Wunsch war? Dazu kam die Furcht, im folgenden Jahre unter ungünstigeren Bedingungen den Kampf führen zu müssen, als im letzten. Die Polen besassen Kunde von der Zurückhaltung, welche die Niederländer in den letzten Wochen gezeigt hatten, sie wussten, dass die Franzosen sich entschieden für die Unterstützung der Schweden ausgesprochen hatten, dass die Engländer nicht zögern würden dem bedrängten Karl Gustav zu Hilfe zu eilen, dass Czar Alexei sich mit den Schweden ausgesöhnt und seine

Truppen gegen die Polen und Kosaken gesendet habe. Nichts hat mehr dazu beigetragen, den Gegnern Oesterreichs am Warschauer Hofe ihre Sache zu erleichtern, als die auch den Widerstrebenden einleuchtende Thatsache, dass der Krieg gegen Russen und Schweden zu gleicher Zeit nicht geführt werden, im Hinblicke auf das Geschehene aber der Ausgleich mit den Schweden schneller und unter vortheilhafteren Bedingungen als jener mit den Russen erfolgen könne. Nur diese Erwägungen machen es verständlich, dass die Zahl der Gegner Oesterreichs in Warschau gerade in den Monaten am schnellsten wuchs, in denen die verbündeten Truppen Sieg über Sieg erfochten. An der Spitze aller Feinde Leopolds stand damals bereits Marie Louise, die mit Leib und Seele gegen den Kaiser und gegen dessen Interessen kämpfte und nicht müde wurde, was irgendwie zu Ungunsten der österreichischen Politik sprach, für ihre Zwecke auszunützen. Sie war es, welche die Schwankenden von der Eigennützigkeit der kaiserlichen Politik, von der Unersättlichkeit der österreichischen Soldaten zu überzeugen wusste, die auf die Gefahren hinwies, in die sich die Polen stürzen würden, falls sie, auf die Warnungen der Franzosen nicht hörend, sich von Neuem zum Kampfe gegen Karl Gustav entschliessen sollten, während der vornehmlich durch Oesterreichs Einwirkung übelgesinnte Grossfürst von Moskau als Bundesgenosse Karl Gustavs gegen Warschau's Mauern anrücke. Mit ausserordentlicher Geschicklichkeit verstand sie es, die Differenzen zu vergrössern, die sich schon durch die Natur der Sache zwischen den österreichischen und polnischen Truppen ergaben, die Thorn belagerten, die österreichischen Generäle zum offenen Bruche zu reizen. Es bedurfte der unerschöpflichen Geduld Lisola's und seiner immer wieder zu rechter Stunde angewendeten Schlauheit, um den leicht aufbrausenden kaiserlichen General de Souches[1] von unbedachten Schritten abzuhalten und die Pläne de Lumbres' und der Königin zu durchkreuzen, die nicht müde wurden, ihn beim Könige zu verdächtigen, seine Boten abzufangen, um ihn durch seine Correspondenz zu compromittiren. Lisola täuschte sich über die Schwierigkeit der Lage keinen Augenblick. „Ich kann Er. M., schreibt er gegen Ende des Jahres 1658, nicht bergen, dass hier das Misstrauen und die gegen uns gerichteten Machinationen von Tag zu Tag

[1] Vergl. dafür das bezeichnende Schreiben de Souches' an den Kaiser d. d. Lager vor Thorn, 22. Nov. 1658. St.-A. (Pol.)

zunehmen, sowohl aus den so oft angeführten Gründen, als auch durch neue Künste, durch die der Ruhm unserer Waffen verringert, die Aufrichtigkeit unserer Rathschläge in Zweifel gezogen wird. Auch kann man der Unmässigkeit der Truppen nicht solche Zügel anlegen, dass sich nicht Tag für Tag neue Klagen ergeben würden, durch welche die Völker aufgeregt werden und durch die den Uebelwollenden Gelegenheit gegeben wird, den Hass des Volkes gegen uns zu erregen."[1] Die Polen noch länger von dem Beginne der Friedensverhandlungen abzuhalten, hielt er für unmöglich; dass sie gelegentlich der Uebergabe von Thorn ohne Theilnahme der kaiserlichen Feldherren einen Waffenstillstand mit den Schweden schlossen, bewies auf das deutlichste, was sie planten. Sie forderten denn auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen, doch erklärten sie sich bereit, vorher mit den Vertretern des Kaisers und Friedrich Wilhelms, sowie mit jenen der Dänen und der Staaten über die Wege zu berathen, auf denen man das erwünschte Ziel zu erreichen suchen solle. An einen erfolgreichen Verlauf dieser zu Thorn geplanten Berathungen hat Lisola bereits damals nicht geglaubt; allein er hielt die Abhaltung derselben für ein geeignetes Mittel, die Friedenssehnsucht der Polen auf gefahrlose Weise zu stillen. Daher empfahl er seiner Regierung dringend, dem Wunsche der Polen zu willfahren, nicht ohne, wie so oft, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, die Forderungen Johann Casimirs bezüglich der Verminderung der in Polen einquartirten Truppen und bezüglich der Evacuation Krakau's, wenn irgend möglich, zu erfüllen.[2]

Lisola's Berichte verfehlten nicht Eindruck in Wien zu machen. An der Richtigkeit dessen, was er meldete, war nicht zu zweifeln. Zahllose Briefe der ergebensten Anhänger des Kaisers in Polen bestätigten seine Mittheilungen,[3] und zu Beginn des Jahres 1659 erschien am Wiener Hofe Olszewski, um im Namen Johann Casimirs den mit den Schweden gelegentlich der Uebergabe Thorns geschlossenen Waffenstillstand zu rechtfertigen, die Gerüchte von einem bereits getroffenen Separatabkommen der Polen mit den Schweden zu widerlegen, zugleich aber die Evacuation Krakau's und die Ab-

[1] Vergl. Berichte 459.

[2] Berichte 463 f.

[3] Im St.-A. (Pol.) finden sich zahlreiche Schreiben polnischer Magnaten aus dieser Zeit.

berufung des kaiserlichen Heeres zu Beginn des Frühlings zu fordern.[1] Nicht so schnell als Olszewski es gewünscht, erfolgte der Entschluss der Wiener Regierung. Dann entliess man ihn mit nichtssagenden Erklärungen und verwies Johann Casimir auf Lisola. Allein man verhehlte sich am Hofe Leopolds doch nicht, dass eine schroffe Abweisung der Forderungen Johann Casimirs diesen zum Abschlusse mit den Schweden treiben müsste. Nichts aber hielt man am Wiener Hofe für dringender geboten, als einen Separatvertrag zwischen den Schweden und den Polen zu verhindern. Einem allgemeinen Frieden war man dagegen auch in dieser Zeit in der Umgebung Leopolds nicht abgeneigt. In diesem Sinne wurde den österreichischen Friedensbevollmächtigten die Weisung ertheilt, zu Thorn je nach der Haltung der Verbündeten für Krieg oder Frieden zu stimmen, auf das nachdrücklichste aber darauf zu achten, dass es zu keinem Separatvertrage zwischen den Polen und den Schweden komme. Wie wenig man aber in Wien daran glaubte, dass Karl Gustav oder die Franzosen, deren Vermittelung man nach wie vor zurückwies, sich unter diesen Bedingungen bereit finden würden, den Abschluss des Friedens zu fördern, wird man am besten daraus ersehen, dass gerade in diesen Tagen der Befehl der Wiener Regierung an Goess erging, die seit langem mit den Dänen geführten Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen, dass Friquet, Leopolds Gesandter im Haag, dringend aufgefordert wurde, den Staaten die Nützlichkeit eines Bündnisses mit dem Kaiser vorzuhalten, dass man mit dem Vertreter Brandenburgs bindende Abmachungen über die Kriegsoperationen traf und auch im Reiche Stimmung für den Krieg gegen Karl Gustav zu machen bestrebt war. Unter diesen Umständen schien es den Ministern Leopold I. nicht rathsam, die Forderungen der Polen rundweg abzuweisen. Zwar auf die Winterquartiere wollte man unter keinerlei Umständen verzichten. Lisola erhielt Befehl, auf die richtige Einhaltung der von den Polen diesbezüglich übernommenen Verpflichtungen zu achten. Dagegen machte man Johann Casimir Hoffnung, im Frühjahre einen Theil der kaiserlichen Truppen abzuführen und Krakau zu evacuiren. Irre ich nicht, so ist das immer stärker hervortretende Bestreben des Wiener Hofes, die Expedition nach Pommern in diesem Jahre zu unternehmen, in erster Linie durch das Verlangen bestimmt gewesen, auf diese

[1] Vergl. Berichte 471 Anm.

Weise das bezüglich der Abführung kaiserlicher Truppen den Polen gegebene Versprechen zu erfüllen.[1] Zu einer bindenden Erklärung kam es in diesem Augenblicke aber noch nicht; nochmals erhielt Lisola den Auftrag, Johann Casimir von diesen schwer zu erfüllenden Forderungen abzubringen; nochmals begann derselbe auch, obgleich von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen überzeugt, seine Thätigkeit im Dienste der kaiserlichen Pläne.

Er war zu Beginn des Jahres 1659 in Krakau gewesen; gegen Ende Februar kehrte er an den Hof Johann Casimirs zurück. Er fand die Lage noch schlechter als zur Zeit, da er ihn verlassen hatte. Marie Louise und der Reichsmarschall Lubomirski hatten Johann Casimir vermocht, der zu Warschau tagenden Reichsversammlung Mittheilung von der Annahme der französischen Mediation zu machen, sie zur Gutheissung des Geschehenen und für den Plan zu gewinnen, die in's Land rückenden neuen österreichischen Truppen zurückzuweisen. Welche Gefahr für den Kaiser aus der Durchführung dieser Pläne erwachsen musste, war klar. Wurde die Mediation der Franzosen angenommen, dann war an eine entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Interessen beim Friedensschlusse nicht zu denken. Lisola hatte gerade damals Gelegenheit, die feindselige Gesinnung des französischen Hofes genauer kennen zu lernen. Von seinen vertrautesten Freunden vernahm er die höhnischen und hochmüthigen Worte de Lumbres', durch die dieser die Polen zum Verzichte auf die österreichische Bundesgenossenschaft zu bewegen suchte, erfuhr er, wie beträchtlich die Geldsummen waren, durch die der Vertreter Frankreichs den Werth seiner Worte zu erhöhen verstand. „Wir haben am Hofe des Königs, schrieb Lisola zu Beginn des Monates März 1659, Niemanden, der uns günstig gesinnt ist; denn wir haben Niemanden durch Geld, durch Hoffnungen, durch irgend welche Belohnungen gewonnen, während die Franzosen sich durch Versprechungen, durch Geld und durch andere Künste die grösste Autorität zu verschaffen gewusst haben. Jene aber, die, lediglich durch die Gebote der Billigkeit und der Vernunft bestimmt, Neigung für uns haben, werden durch die Furcht erschreckt, ihren Herren zu missfallen oder wenigstens verdächtig zu erscheinen."[2]

[1] In den Schreiben Leopolds an Montecuccoli tritt diese Auffassung auf das klarste hervor. Vergl. z. B. das Schreiben vom 27. Mai, Kriegsarchiv.

[2] Berichte Lisola's 478.

Die gesunkene Hoffnung dieser Leute zu heben schien Lisola die dringendste Aufgabe. Er eilte von Senator zu Senator, hielt ihnen die Gefahr vor, die ihnen von dem falschen Freunde drohte, eiferte sie zum Ausharren an der Seite der Verbündeten an. Seine Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Die schwankend Gewordenen fassten wieder Muth; der Bischof von Krakau, Andreas Trzebicki, versprach, auf den König einzuwirken, der Vicekanzler Littauens, fest darauf beharren zu wollen, dass ohne die Dänen der Friede nicht geschlossen, die directe Herrschaft über Livland den Schweden nicht zugestanden werde. Und wie diese beiden sprachen viele andere Grosse, sprachen in erster Linie die zahlreichen katholischen Geistlichen, die an Oesterreich hingen, nur im Bunde mit dem Hause Habsburg eine gedeihliche Entwickelung Polens erhofften. Dann begab sich Lisola zum Könige. Johann Casimir konnte seinen Unwillen nicht verhehlen; er klagte über den Eigennutz und über die Härte der kaiserlichen Beschlüsse, er forderte ungestüm die Berücksichtigung seiner Wünsche, im Falle der Weigerung mit dem gänzlichen Bruche drohend. Lisola suchte zu erwidern, sich und seine Regierung zu rechtfertigen, Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken. Wie wenig Werth er selbst aber diesen Vertröstungen beimass, wie unerlässlich ihm die Erfüllung der polnischen Forderungen schien, ist auf das deutlichste dem ausführlichen Gutachten zu entnehmen, das er zu Anfang des Monates März 1659, noch vor dem Beginne der Thorner Verhandlungen, abfasste und in dem er sich über die Lage der Dinge in Polen und über die seitens des Wiener Hofes zu beobachtende Politik aussprach. In seiner Gänze wird man dasselbe wohl als eines der vortrefflichsten Memoire's des ausserordentlichen Mannes bezeichnen dürfen. Alles, was von den Parteiungen am polnischen Hofe, von den Gründen der Abneigung der Königin Marie Louise gegen das Haus Habsburg, von der Stellung Lubomirski's, von der Haltung der polnischen Truppen, von dem voraussichtlichen Gange der Thorner Verhandlungen mitgetheilt wird, zeigt, wie genau er die geheimsten Pläne aller Betheiligten kannte und wie unvergleichlich er befähigt war, die richtigen Wege zu finden, auf denen unter den schwierigen Verhältnissen die Interessen des Kaisers wahrgenommen werden konnten. Für ihn stand fest, dass die Polen willens seien, den Frieden zu schliessen und dass sie die Interessen Oesterreichs nur insoweit berücksichtigen würden, als diese die ihren nicht kreuzten; dass daher das einzige Mittel, den Vortheil des Kaisers bei den

Friedensverhandlungen zu wahren, eine wenigstens theilweise Erfüllung der polnischen Forderungen sei. Daher richtete er nochmals an seine Regierung das dringende Begehren, einen Theil der Krakauer Besatzung abziehen zu lassen oder die Rückgabe Krakau's gegen entsprechende Entschädigungen anzubieten, eine grössere Anzahl der in Polen einquartirten österreichischen Truppen abzuberufen oder dieselben in Pommern zu verwenden.[1]

Unterdess war der Tag herangenaht, an dem die Berathungen zu Thorn eröffnet werden sollten. Als Lisola am 22. März 1659 daselbst anlangte, fand er seinen Collegen Kolowrat und die Vertreter Brandenburgs, Polens und Dänemarks bereits versammelt. Die ersten Nachrichten, die er empfing, klangen beruhigend. Ein Theil der polnischen Verordneten war für die Fortsetzung des Kampfes, die anderen anerkannten die Schwierigkeiten der Friedensverhandlungen. Naruczewicz aber, Littauens Vicekanzler, ein erprobter Freund Lisola's, gestand diesem im Vertrauen, sein Auftrag laute lediglich dahin, die Festsetzung des Tages, an dem der Friedenscongress zusammentreten sollte, zu erwirken, eine Berathung über wesentliche Dinge aber zu vermeiden. Es wird wohl richtig sein, was Lisola vermuthete, das Geldschwierigkeiten, die Furcht zur Zeit der tagenden Reichsversammlung mit den Schweden zu verhandeln und der Wunsch, sich bezüglich Dänemarks nicht zu binden, die Ursachen dieses Entschlusses gewesen sind. Gewiss ist aber, dass diese Mittheilung Lisola überaus erwünscht war und seine und der Verbündeten Bemühungen, die Auflösung des Congresses durch die Polen erfolgen zu lassen, wesentlich erleichterten. Während der Vertreter Dänemarks, im Einverständnisse mit den Verbündeten, an diese und an die Polen die präcise Frage richtete, ob sie sich zur Festsetzung des Congresstages und zum Austausche der Geleitsbriefe verstehen wollten, bevor Karl Gustav seinem Herrscher den Geleitsbrief gegeben, verstand es Lisola, den Polen, von deren Abneigung, den Dänen ein bestimmtes Versprechen zu geben, er überzeugt war, in privaten Unterredungen die Gefahr vorzuhalten, die aus der förmlichen Ablehnung des dänischen Begehrens erwachsen könnte, sie auf die Stellung Friedrich Wilhelms aufmerksam zu machen, dessen Beziehungen zu den Dänen die Rücksichtnahme auf diese zum Gebote mache und sie im eigenen Interesse zu bitten, lieber eine Verzögerung in ihrer Entscheidung eintreten zu lassen, als in diesem

[1] Gutachten vom März 1659, Berichte 465 ff.; insb. 486.

Polens versuchen solle. Was die Franzosen mit diesen Rathschlägen bezweckten, war klar. Gelang es, die Polen für dieselben zu gewinnen, dann hatte man das Mittel in der Hand, den Kaiser und den Brandenburger zu einem ungünstigen Frieden, oder zur Fortsetzung des Kampfes gegen die vereinigte Macht der Franzosen und der Schweden zu zwingen. Je klarer aber Lisola die Pläne de Lumbres' und seiner Genossen durchschaute, je unzweifelhafter es für ihn wurde, dass die Polen, sobald einmal die sie betreffenden Streitfragen in einer ihren Wünschen entsprechenden Weise geordnet sein sollten, sich — wenn nöthig auch ohne, ja auch gegen den Willen ihrer bisherigen Verbündeten — zum Frieden entschliessen würden, desto wichtiger schien es ihm, rechtzeitig Vorkehrungen gegen eine derartige Wendung der Dinge zu treffen.[1] In immer neuen Unterredungen suchte er dem Könige Johann Casimir die Ueberzeugung beizubringen, dass er nach all den übernommenen Verpflichtungen und mit Rücksicht auf das eigene Interesse in diesem Punkte den Wünschen der Verbündeten willfahren müsse und in gleichem Sinne wirkte Hoverbeck, der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg.[2] Aber nicht so sehr ihren Ueberredungskünsten und den Bemühungen der österreichischen Partei am Hofe Johann Casimirs, als den Erfolgen der Verbündeten im Felde dürfte es in erster Linie zugeschrieben werden, dass die Polen sich thatsächlich zu einer neuerlichen Verzögerung der Friedensverhandlungen entschlossen. Karl Gustav sah sich das erste Mal fast auf allen Punkten geschlagen.[3] Die erhoffte rasche Erstürmung Kopenhagens war abgewehrt worden, der König von Dänemark hatte, von den Generalstaaten unterstützt, seine Hauptstadt muthig vertheidigt, die staatische Flotte, von den Engländern wenig gehindert, hatte im Sund zu Beginn des Monates November einen grossen Sieg erfochten, durch den Kopenhagen entsetzt, der Sund der Alleinherrschaft der Schweden entrissen wurde.[4] Womöglich noch glänzender waren die Erfolge der vereinigten brandenburgischen

[1] Berichte Lisola's vom 11. September und 5. October 1658; Ber. 447 ff.

[2] Berichte 447 ff.

[3] Für diesen Kriegszug Carlson a. a. O. 314 ff.; Pufendorf, De rebus a Carolo Gustavo gestis liber V. § 96 ff. p. 472 ff.; für die Operationen der Verbündeten Droysen a. a. O. III 2. 413 ff.; Urk. u. Act. VIII. 358 ff.; Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I. 320 ff.; Campori a. a. O. 336 ff.

[4] Vergl. Lefèvre a. a. O. I. 254; De Jonge, Histoire de la Marine néerlandaise I. 363 ff.

kaiserlichen und polnischen Truppen. Im Siegeszuge durcheilten diese unter Friedrich Wilhelms Führung Holstein, den tapferen Pfalzgrafen von Sulzbach, dem Karl Gustav mit ungenügenden Kräften die Vertheidigung übertragen hatte, vor sich hertreibend. Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp, der Schwiegervater und Verbündete Karl Gustavs, wurde zur Uebergabe Gottorps und zum Versprechen genöthigt, nicht gegen die Verbündeten zu kämpfen; noch vor Schluss des Jahres gelang die Eroberung der Insel Alsen und zu gleicher Zeit musste sich auch Thorn, das Oesterreicher und Polen gemeinsam belagerten, den Siegern unterwerfen. Mit der fast sprichwörtlich gewordenen Ueberlegenheit der Schweden war es vorüber. Karl Gustav war überall zurückgedrängt, ein weiterer Feldzug, so schien es, konnte genügen, die Schweden gänzlich vom Reichsboden zu vertreiben, ihrem Einflusse auf die Geschicke Deutschlands ein für allemal ein Ende zu machen. So mancher der kleinen deutschen Fürsten, der noch vor Jahresfrist um die Freundschaft des mächtigen Schwedenkönigs gebuhlt hatte, begann schon die begehrlichen Blicke auf dessen deutsche Besitzungen zu richten, von unerträglicher Ehrsucht des Pfalz-Zweibrückners zu sprechen, die man exemplarisch bestrafen müsse. Ja auch an den Höfen zu Berlin und Wien gab es der Heissporne genug, welche die Zeit gekommen wähnten, den Ruhm der deutschen Waffen über das Meer zu tragen, dem Schwedenkönige und seinem stolzen Volke in Stockholm demüthigende Friedensbedingungen vorzuschreiben. Freilich, wer schärfer zusah, sich durch den äusseren Schein nicht blenden liess, konnte bereits damals erkennen, dass Karl Gustavs Lage durchaus nicht so trostlos war, als sie auf den ersten Blick erschien. Der Feldzug war zu seinen Ungunsten entschieden; aber ganz ohne Erfolg für Karl Gustav war er nicht gewesen; Kurland war erobert, Herzog Jakob gefangen genommen worden. Was aber vielmehr bedeutete, war der Abschluss des dreijährigen Waffenstillstandes mit den Russen. Karl Gustav war durch denselben eines mächtigen Gegners ledig geworden, der unter Umständen auch sein Verbündeter werden konnte. Der gesunkene Muth der Schweden hob sich wieder; ihr Widerstand gegen die Fortsetzung des Krieges minderte sich, zumal als die Hoffnung wuchs, England und Frankreich als Verbündete der Schweden im nächsten Feldzuge begrüssen zu können. Aber mehr Trost noch als in dem Vertrauen auf seine eigene Kraft und auf die zu erhoffende Unterstützung befreundeter Mächte durfte Karl Gustav

in der Uneinigkeit seiner Gegner finden. Nur eine kurze Spanne Zeit hatte des Schwedenkönigs rücksichtsloses Vorgehen die durch so verschiedenartige Interessen bestimmten Mächte zu einigen vermocht. Mit der ersten Niederlage, die er erlitt, mit der Abwendung der Allen drohenden Gefahr traten die Gegensätze wieder in ihrer ganzen Schroffheit zu Tage. Die holländischen Kaufleute hatten ein Interesse daran, dass Karl Gustav ihnen die Schiffahrt im Sund nicht sperre; sie waren bereit, für die Wahrung ihrer Handelsinteressen in der Ostsee ihr Letztes zu wagen. Aber nicht ein Schiff, nicht einen Mann wollten sie opfern, um dem Brandenburger die Eroberung Pommerns zu erleichtern, um des Kaisers Macht in Deutschland und in Europa zu stärken, um den Dänen das Uebergewicht im Norden Europa's zu sichern. Sie wussten auch, dass England und Frankreich im folgenden Feldzuge ernstlicher gegen sie vorgehen würden, als im vergangenen. Die Erfolge, die sie im Sund errungen, hatten die Eifersucht der Engländer wachgerufen, die Wirren, die dem Tode des grossen Protectors gefolgt waren, schienen beigelegt, die Engländer bereit, dem Schwedenkönige zu Hilfe zu kommen, im eigenen Interesse einer weiteren Ausbreitung der holländischen Seemacht entgegenzutreten. An einer energischen Unterstützung der Schweden durch die Franzosen war nach den Erklärungen des im Haag weilenden Vertreters Ludwig XIV. nicht zu zweifeln. Wozu aber sollten sich die Niederländer der Gefahr eines solchen Krieges aussetzen, wenn der Zustand, wie er durch die letzten Niederlagen Karl Gustavs sich herausgestellt hatte, ihren Interessen am besten entsprach? Die Verbündeten bekamen den Wechsel in der Gesinnung der Niederländer alsbald zu spüren. Alle Bemühungen Friedrich Wilhelms, sie für seine grossen Pläne zu interessiren, zu deren Durchführung er ihre Flotte benöthigte, blieben vergebens.[1] Mit Hilfe einiger dänischer Schiffe hatte die Eroberung Alsens erfolgen müssen, während die starke holländische Flotte unthätig geblieben war. Und was auch die Vertreter Leopold I.[2] und Friedrich Wilhelms im Haag von der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, von der Bedeutung eines weiteren Sieges über die Schweden für die besonderen Interessen der Niederländer reden

[1] Für die brandenburg-staatischen Beziehungen, Urk. u. Act. III. 90 ff. VII. 1 ff.

[2] Vertreter Leopolds im Haag war Johann Friquet, Vertreter Friedrich Wilhelms Weimann, dessen Berichte, Urk. u. Act. VII. 1 ff., bei weitem inhaltsreicher sind, als jene Friquets, die sich im St.-A. (Holl.) vorfinden.

mochten, die Generalstaaten waren von ihrer Ansicht nicht abzubringen, dass der Kampf lediglich im Sinne der Herstellung eines Friedens zu führen sei, durch den Schwedens Uebermacht gebrochen, sein ehemaliger Besitzstand aber erhalten werden sollte.

Nicht minder schroff ablehnend als die Niederländer zeigten sich die Polen. Johann Casimir hatte sich im Sommer des Jahres 1658 zur Antheilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen Karl Gustav und zur Verschiebung der Friedensverhandlungen in der Hoffnung entschlossen, durch dieses neuerliche Entgegenkommen den Kaiser zu grösserer Berücksichtigung seiner Forderungen zu bewegen und nach errungenem Siege um so rascher den sehnlichst erwünschten Frieden schliessen zu können. Allein gerade das Gegentheil des Erhofften war eingetroffen. Je erfreulicher die Nachrichten vom Kriegsschauplatze lauteten, desto hartnäckiger weigerte sich der Wiener Hof, die von den Polen begehrten Erleichterungen eintreten zu lassen, desto stärker betonte man in Wien die Nothwendigkeit, den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner bis zu dessen völliger Erschöpfung zu führen. Immer wieder erhielt der kaiserliche Gesandte den Befehl, Johann Casimir jede Hoffnung auf Abführung österreichischer Truppen aus Polen zu nehmen, die Räumung Krakau's rundweg abzuweisen, auf dem Ausschlusse der französischen Mediation zu beharren. Dass die Noth in den polnischen Quartieren den Höhepunkt erreichte, dass die Leute Hungers starben, wie Lisola nicht müde wurde zu berichten, vermochte den Wiener Hof nicht umzustimmen. Das harte Gesetz der Noth gebot, und ihm zu folgen hielt man in Wien für eine Pflicht, die man schweigend erfüllen müsse. Wozu sollten aber die Polen kämpfen, wenn ihnen der Sieg, den ihre Truppen in Gemeinschaft mit denen des Brandenburgers und des Kaisers erfochten hatten, nicht die geringste Erleichterung verschaffte; wozu sollten sie sich den Mühen und Gefahren eines neuen Kampfes aussetzen, der die Verlängerung des Krieges nothwendig machte, den zu beenden ihr sehnlichster Wunsch war? Dazu kam die Furcht, im folgenden Jahre unter ungünstigeren Bedingungen den Kampf führen zu müssen, als im letzten. Die Polen besassen Kunde von der Zurückhaltung, welche die Niederländer in den letzten Wochen gezeigt hatten, sie wussten, dass die Franzosen sich entschieden für die Unterstützung der Schweden ausgesprochen hatten, dass die Engländer nicht zögern würden dem bedrängten Karl Gustav zu Hilfe zu eilen, dass Czar Alexei sich mit den Schweden ausgesöhnt und seine

Truppen gegen die Polen und Kosaken gesendet habe. Nichts hat mehr dazu beigetragen, den Gegnern Oesterreichs am Warschauer Hofe ihre Sache zu erleichtern, als die auch den Widerstrebenden einleuchtende Thatsache, dass der Krieg gegen Russen und Schweden zu gleicher Zeit nicht geführt werden, im Hinblicke auf das Geschehene aber der Ausgleich mit den Schweden schneller und unter vortheilhafteren Bedingungen als jener mit den Russen erfolgen könne. Nur diese Erwägungen machen es verständlich, dass die Zahl der Gegner Oesterreichs in Warschau gerade in den Monaten am schnellsten wuchs, in denen die verbündeten Truppen Sieg über Sieg erfochten. An der Spitze aller Feinde Leopolds stand damals bereits Marie Louise, die mit Leib und Seele gegen den Kaiser und gegen dessen Interessen kämpfte und nicht müde wurde, was irgendwie zu Ungunsten der österreichischen Politik sprach, für ihre Zwecke auszunützen. Sie war es, welche die Schwankenden von der Eigennützigkeit der kaiserlichen Politik, von der Unersättlichkeit der österreichischen Soldaten zu überzeugen wusste, die auf die Gefahren hinwies, in die sich die Polen stürzen würden, falls sie, auf die Warnungen der Franzosen nicht hörend, sich von Neuem zum Kampfe gegen Karl Gustav entschliessen sollten, während der vornehmlich durch Oesterreichs Einwirkung übelgesinnte Grossfürst von Moskau als Bundesgenosse Karl Gustavs gegen Warschau's Mauern anrücke. Mit ausserordentlicher Geschicklichkeit verstand sie es, die Differenzen zu vergrössern, die sich schon durch die Natur der Sache zwischen den österreichischen und polnischen Truppen ergaben, die Thorn belagerten, die österreichischen Generäle zum offenen Bruche zu reizen. Es bedurfte der unerschöpflichen Geduld Lisola's und seiner immer wieder zu rechter Stunde angewendeten Schlauheit, um den leicht aufbrausenden kaiserlichen General de Souches[1] von unbedachten Schritten abzuhalten und die Pläne de Lumbres' und der Königin zu durchkreuzen, die nicht müde wurden, ihn beim Könige zu verdächtigen, seine Boten abzufangen, um ihn durch seine Correspondenz zu compromittiren. Lisola täuschte sich über die Schwierigkeit der Lage keinen Augenblick. „Ich kann Er. M., schreibt er gegen Ende des Jahres 1658, nicht bergen, dass hier das Misstrauen und die gegen uns gerichteten Machinationen von Tag zu Tag

[1] Vergl. dafür das bezeichnende Schreiben de Souches' an den Kaiser d. d. Lager vor Thorn, 22. Nov. 1658. St.-A. (Pol.)

zunehmen, sowohl aus den so oft angeführten Gründen, als auch durch neue Künste, durch die der Ruhm unserer Waffen verringert, die Aufrichtigkeit unserer Rathschläge in Zweifel gezogen wird. Auch kann man der Unmässigkeit der Truppen nicht solche Zügel anlegen, dass sich nicht Tag für Tag neue Klagen ergeben würden, durch welche die Völker aufgeregt werden und durch die den Uebelwollenden Gelegenheit gegeben wird, den Hass des Volkes gegen uns zu erregen."[1] Die Polen noch länger von dem Beginne der Friedensverhandlungen abzuhalten, hielt er für unmöglich; dass sie gelegentlich der Uebergabe von Thorn ohne Theilnahme der kaiserlichen Feldherren einen Waffenstillstand mit den Schweden schlossen, bewies auf das deutlichste, was sie planten. Sie forderten denn auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen, doch erklärten sie sich bereit, vorher mit den Vertretern des Kaisers und Friedrich Wilhelms, sowie mit jenen der Dänen und der Staaten über die Wege zu berathen, auf denen man das erwünschte Ziel zu erreichen suchen solle. An einen erfolgreichen Verlauf dieser zu Thorn geplanten Berathungen hat Lisola bereits damals nicht geglaubt; allein er hielt die Abhaltung derselben für ein geeignetes Mittel, die Friedenssehnsucht der Polen auf gefahrlose Weise zu stillen. Daher empfahl er seiner Regierung dringend, dem Wunsche der Polen zu willfahren, nicht ohne, wie so oft, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, die Forderungen Johann Casimirs bezüglich der Verminderung der in Polen einquartirten Truppen und bezüglich der Evacuation Krakau's, wenn irgend möglich, zu erfüllen.[2]

Lisola's Berichte verfehlten nicht Eindruck in Wien zu machen. An der Richtigkeit dessen, was er meldete, war nicht zu zweifeln. Zahllose Briefe der ergebensten Anhänger des Kaisers in Polen bestätigten seine Mittheilungen,[3] und zu Beginn des Jahres 1659 erschien am Wiener Hofe Olszewski, um im Namen Johann Casimirs den mit den Schweden gelegentlich der Uebergabe Thorns geschlossenen Waffenstillstand zu rechtfertigen, die Gerüchte von einem bereits getroffenen Separatabkommen der Polen mit den Schweden zu widerlegen, zugleich aber die Evacuation Krakau's und die Ab-

[1] Vergl. Berichte 459.

[2] Berichte 463 f.

[3] Im St.-A. (Pol.) finden sich zahlreiche Schreiben polnischer Magnaten aus dieser Zeit.

berufung des kaiserlichen Heeres zu Beginn des Frühlings zu fordern.[1] Nicht so schnell als Olszewski es gewünscht, erfolgte der Entschluss der Wiener Regierung. Dann entliess man ihn mit nichtssagenden Erklärungen und verwies Johann Casimir auf Lisola. Allein man verhehlte sich am Hofe Leopolds doch nicht, dass eine schroffe Abweisung der Forderungen Johann Casimirs diesen zum Abschlusse mit den Schweden treiben müsste. Nichts aber hielt man am Wiener Hofe für dringender geboten, als einen Separatvertrag zwischen den Schweden und den Polen zu verhindern. Einem allgemeinen Frieden war man dagegen auch in dieser Zeit in der Umgebung Leopolds nicht abgeneigt. In diesem Sinne wurde den österreichischen Friedensbevollmächtigten die Weisung ertheilt, zu Thorn je nach der Haltung der Verbündeten für Krieg oder Frieden zu stimmen, auf das nachdrücklichste aber darauf zu achten, dass es zu keinem Separatvertrage zwischen den Polen und den Schweden komme. Wie wenig man aber in Wien daran glaubte, dass Karl Gustav oder die Franzosen, deren Vermittelung man nach wie vor zurückwies, sich unter diesen Bedingungen bereit finden würden, den Abschluss des Friedens zu fördern, wird man am besten daraus ersehen, dass gerade in diesen Tagen der Befehl der Wiener Regierung an Goess erging, die seit langem mit den Dänen geführten Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen, dass Friquet, Leopolds Gesandter im Haag, dringend aufgefordert wurde, den Staaten die Nützlichkeit eines Bündnisses mit dem Kaiser vorzuhalten, dass man mit dem Vertreter Brandenburgs bindende Abmachungen über die Kriegsoperationen traf und auch im Reiche Stimmung für den Krieg gegen Karl Gustav zu machen bestrebt war. Unter diesen Umständen schien es den Ministern Leopold I. nicht rathsam, die Forderungen der Polen rundweg abzuweisen. Zwar auf die Winterquartiere wollte man unter keinerlei Umständen verzichten. Lisola erhielt Befehl, auf die richtige Einhaltung der von den Polen diesbezüglich übernommenen Verpflichtungen zu achten. Dagegen machte man Johann Casimir Hoffnung, im Frühjahre einen Theil der kaiserlichen Truppen abzuführen und Krakau zu evacuiren. Irre ich nicht, so ist das immer stärker hervortretende Bestreben des Wiener Hofes, die Expedition nach Pommern in diesem Jahre zu unternehmen, in erster Linie durch das Verlangen bestimmt gewesen, auf diese

[1] Vergl. Berichte 471 Anm.

Weise das bezüglich der Abführung kaiserlicher Truppen den Polen gegebene Versprechen zu erfüllen.[1] Zu einer bindenden Erklärung kam es in diesem Augenblicke aber noch nicht; nochmals erhielt Lisola den Auftrag, Johann Casimir von diesen schwer zu erfüllenden Forderungen abzubringen; nochmals begann derselbe auch, obgleich von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen überzeugt, seine Thätigkeit im Dienste der kaiserlichen Pläne.

Er war zu Beginn des Jahres 1659 in Krakau gewesen; gegen Ende Februar kehrte er an den Hof Johann Casimirs zurück. Er fand die Lage noch schlechter als zur Zeit, da er ihn verlassen hatte. Marie Louise und der Reichsmarschall Lubomirski hatten Johann Casimir vermocht, der zu Warschau tagenden Reichsversammlung Mittheilung von der Annahme der französischen Mediation zu machen, sie zur Gutheissung des Geschehenen und für den Plan zu gewinnen, die in's Land rückenden neuen österreichischen Truppen zurückzuweisen. Welche Gefahr für den Kaiser aus der Durchführung dieser Pläne erwachsen musste, war klar. Wurde die Mediation der Franzosen angenommen, dann war an eine entsprechende Berücksichtigung der österreichischen Interessen beim Friedensschlusse nicht zu denken. Lisola hatte gerade damals Gelegenheit, die feindselige Gesinnung des französischen Hofes genauer kennen zu lernen. Von seinen vertrautesten Freunden vernahm er die höhnischen und hochmüthigen Worte de Lumbres', durch die dieser die Polen zum Verzichte auf die österreichische Bundesgenossenschaft zu bewegen suchte, erfuhr er, wie beträchtlich die Geldsummen waren, durch die der Vertreter Frankreichs den Werth seiner Worte zu erhöhen verstand. „Wir haben am Hofe des Königs, schrieb Lisola zu Beginn des Monates März 1659, Niemanden, der uns günstig gesinnt ist; denn wir haben Niemanden durch Geld, durch Hoffnungen, durch irgend welche Belohnungen gewonnen, während die Franzosen sich durch Versprechungen, durch Geld und durch andere Künste die grösste Autorität zu verschaffen gewusst haben. Jene aber, die, lediglich durch die Gebote der Billigkeit und der Vernunft bestimmt, Neigung für uns haben, werden durch die Furcht erschreckt, ihren Herren zu missfallen oder wenigstens verdächtig zu erscheinen."[2]

[1] In den Schreiben Leopolds an Montecuccoli tritt diese Auffassung auf das klarste hervor. Vergl. z. B. das Schreiben vom 27. Mai, Kriegsarchiv.

[2] Berichte Lisola's 478.

Die gesunkene Hoffnung dieser Leute zu heben schien Lisola die dringendste Aufgabe. Er eilte von Senator zu Senator, hielt ihnen die Gefahr vor, die ihnen von dem falschen Freunde drohte, eiferte sie zum Ausharren an der Seite der Verbündeten an. Seine Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Die schwankend Gewordenen fassten wieder Muth; der Bischof von Krakau, Andreas Trzebicki, versprach, auf den König einzuwirken, der Vicekanzler Littauens, fest darauf beharren zu wollen, dass ohne die Dänen der Friede nicht geschlossen, die directe Herrschaft über Livland den Schweden nicht zugestanden werde. Und wie diese beiden sprachen viele andere Grosse, sprachen in erster Linie die zahlreichen katholischen Geistlichen, die an Oesterreich hingen, nur im Bunde mit dem Hause Habsburg eine gedeihliche Entwickelung Polens erhofften. Dann begab sich Lisola zum Könige. Johann Casimir konnte seinen Unwillen nicht verhehlen; er klagte über den Eigennutz und über die Härte der kaiserlichen Beschlüsse, er forderte ungestüm die Berücksichtigung seiner Wünsche, im Falle der Weigerung mit dem gänzlichen Bruche drohend. Lisola suchte zu erwidern, sich und seine Regierung zu rechtfertigen, Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken. Wie wenig Werth er selbst aber diesen Vertröstungen beimass, wie unerlässlich ihm die Erfüllung der polnischen Forderungen schien, ist auf das deutlichste dem ausführlichen Gutachten zu entnehmen, das er zu Anfang des Monates März 1659, noch vor dem Beginne der Thorner Verhandlungen, abfasste und in dem er sich über die Lage der Dinge in Polen und über die seitens des Wiener Hofes zu beobachtende Politik aussprach. In seiner Gänze wird man dasselbe wohl als eines der vortrefflichsten Memoire's des ausserordentlichen Mannes bezeichnen dürfen. Alles, was von den Parteiungen am polnischen Hofe, von den Gründen der Abneigung der Königin Marie Louise gegen das Haus Habsburg, von der Stellung Lubomirski's, von der Haltung der polnischen Truppen, von dem voraussichtlichen Gange der Thorner Verhandlungen mitgetheilt wird, zeigt, wie genau er die geheimsten Pläne aller Betheiligten kannte und wie unvergleichlich er befähigt war, die richtigen Wege zu finden, auf denen unter den schwierigen Verhältnissen die Interessen des Kaisers wahrgenommen werden konnten. Für ihn stand fest, dass die Polen willens seien, den Frieden zu schliessen und dass sie die Interessen Oesterreichs nur insoweit berücksichtigen würden, als diese die ihren nicht kreuzten; dass daher das einzige Mittel, den Vortheil des Kaisers bei den

Friedensverhandlungen zu wahren, eine wenigstens theilweise Erfüllung der polnischen Forderungen sei. Daher richtete er nochmals an seine Regierung das dringende Begehren, einen Theil der Krakauer Besatzung abziehen zu lassen oder die Rückgabe Krakau's gegen entsprechende Entschädigungen anzubieten, eine grössere Anzahl der in Polen einquartirten österreichischen Truppen abzuberufen oder dieselben in Pommern zu verwenden.[1]

Unterdess war der Tag herangenaht, an dem die Berathungen zu Thorn eröffnet werden sollten. Als Lisola am 22. März 1659 daselbst anlangte, fand er seinen Collegen Kolowrat und die Vertreter Brandenburgs, Polens und Dänemarks bereits versammelt. Die ersten Nachrichten, die er empfing, klangen beruhigend. Ein Theil der polnischen Verordneten war für die Fortsetzung des Kampfes, die anderen anerkannten die Schwierigkeiten der Friedensverhandlungen. Naruczewicz aber, Littauens Vicekanzler, ein erprobter Freund Lisola's, gestand diesem im Vertrauen, sein Auftrag laute lediglich dahin, die Festsetzung des Tages, an dem der Friedenscongress zusammentreten sollte, zu erwirken, eine Berathung über wesentliche Dinge aber zu vermeiden. Es wird wohl richtig sein, was Lisola vermuthete, das Geldschwierigkeiten, die Furcht zur Zeit der tagenden Reichsversammlung mit den Schweden zu verhandeln und der Wunsch, sich bezüglich Dänemarks nicht zu binden, die Ursachen dieses Entschlusses gewesen sind. Gewiss ist aber, dass diese Mittheilung Lisola überaus erwünscht war und seine und der Verbündeten Bemühungen, die Auflösung des Congresses durch die Polen erfolgen zu lassen, wesentlich erleichterten. Während der Vertreter Dänemarks, im Einverständnisse mit den Verbündeten, an diese und an die Polen die präcise Frage richtete, ob sie sich zur Festsetzung des Congresstages und zum Austausche der Geleitsbriefe verstehen wollten, bevor Karl Gustav seinem Herrscher den Geleitsbrief gegeben, verstand es Lisola, den Polen, von deren Abneigung, den Dänen ein bestimmtes Versprechen zu geben, er überzeugt war, in privaten Unterredungen die Gefahr vorzuhalten, die aus der förmlichen Ablehnung des dänischen Begehrens erwachsen könnte, sie auf die Stellung Friedrich Wilhelms aufmerksam zu machen, dessen Beziehungen zu den Dänen die Rücksichtnahme auf diese zum Gebote mache und sie im eigenen Interesse zu bitten, lieber eine Verzögerung in ihrer Entscheidung eintreten zu lassen, als in diesem

[1] Gutachten vom März 1659, Berichte 465 ff.; insb. 486.

Augenblicke durch eine schroffe Erklärung den Bruch des Bundes herbeizuführen. Der Palatin von Posen und der littauische Vicekanzler waren leicht zu überreden, nur Prazmowski leistete verzweifelten Widerstand, und betonte, von de Lumbres angeeifert, in immer erneuerten Unterredungen mit Kolowrat und Lisola die Nothwendigkeit des Friedensschlusses. Aber auch er musste sich endlich fügen. Am 7. April 1659 verliessen die Polen Thorn. Die Auflösung des Congresses, die damit erfolgte, bedeutete insofern einen Sieg der Gegner Schwedens, als wiederum Zeit gewonnen, die Möglichkeit geboten war, durch ein energisches Vorgehen gegen Karl Gustav und durch eine weitergehende Berücksichtigung der polnischen Forderungen die Polen umzustimmen. Und diesmal hatte es den Anschein, als sollte es nicht bei Worten sein Bewenden haben.

Es herrschte am Hofe Leopold I. im Frühjahre 1659 eine kriegerischere Stimmung als je vorher. Alles, was in dieser Zeit geschah, lässt mit Sicherheit behaupten, dass man in der Umgebung des Kaisers entschlossen war, den Krieg gegen Karl Gustav mit Energie zu führen, selbst auf die Gefahr hin, zum offenen Kampfe mit den Franzosen und mit deren Verbündeten genöthigt zu werden. Denn so hatten sich im Laufe der Zeit die Verhältnisse gestaltet, dass die Fortsetzung des mit Karl Gustav geführten Krieges zum offenen Bruche zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich führen zu müssen schien. Nur mit schlecht verhülltem Zorne hatte Mazarin im Herbste 1658 die Nachrichten von den Erfolgen der Verbündeten vernommen. Dass sich dieselben zu Beginn des Jahres 1659 erneuerten, hielt er für eine dringende Mahnung, energischer als bisher in die Verhältnisse einzugreifen.[1] Und umsomehr glaubte er dies wagen zu dürfen, als er auf das Entgegenkommen der Engländer rechnen konnte, als es ihm unzweifelhaft schien, dass die Generalstaaten, falls nur ihren besonderen Interessen Rechnung getragen, die Sperrung des Sundes den Schweden nicht gestattet werden sollte, auf seine Seite treten würden, als er im Hinblicke auf die Berichte Gravels und der anderen in Deutschland weilenden Gesandten auf eine Cooperation vieler Reichsfürsten hoffte, als in den Berichten Terlons und de Lumbres' von der entschiedenen Neigung der Polen

[1] Die Stimmung in Paris war zu Beginn des Jahres 1659 eine um so gereiztere, als gerade damals die Nachricht eintraf, dass der Wiener Hof mit einer grossen Truppenzahl den Spaniern zu Hilfe eilen wolle. Briefe Mazarins vom 19. Jan., 14. März 1659. P. A.

gesprochen wurde, sich unter halbwegs günstigen Bedingungen zum Frieden zu bequemen. In der That begannen mit dem Jahre 1659 erneuerte Versuche der Franzosen, den Kaiser als den eigentlichen Urheber aller Zwistigkeiten, als den gemeinsamen Feind Aller hinzustellen, inn- und ausserhalb des Reiches gegen denselben Stimmung zu machen. Die Bemühungen Mazarins blieben nicht ohne Erfolg. Vor allem in England. Die öffentliche Meinung, dort einflussreicher als sonstwo in der Welt, forderte dringend Schutz des arg bedrohten Schwedenkönigs. Mit grossem Geschicke verstand man auch die religiöse Frage gegen Leopold auszuspielen. Die Ausrüstung einer bedeutenden Flotte wurde — allerdings gegen eine starke Opposition — beschlossen. Ende März segelten 36 Schiffe unter Montagu's Leitung nach dem Sund. Die Haltung Englands verfehlte nicht im Haag Eindruck zu machen. Die Generalstaaten, die noch wenige Wochen zuvor sich für den Kampf gegen Karl Gustav ausgesprochen, dem Könige Friedrich III. Mittheilung von der beabsichtigten Absendung der Flotte gemacht hatten,[1] zeigten sich nun bereit, auf die Pläne der vereinigten Westmächte einzugehen. Am 21. Mai erfolgte die Unterzeichnung des ersten Haager Concertes, in dem sich die drei Mächte — Frankreich, England und die Niederländer — verpflichteten, den Frieden zwischen Schweden und Dänemark auf Grundlage des Roeskilder Vertrages vom Jahre 1658 herzustellen; 3 Wochen wurden als Frist zur Durchführung der Beschlüsse festgesetzt. Um die Generalstaaten zu gewinnen, hatten Franzosen und Engländer sich verpflichtet, bei Karl Gustav durchzusetzen, dass den fremden Flotten der Sund nicht gesperrt werden sollte. Dass die Spitze des Vertrages sich gegen den Kaiser richtete, darüber konnte an und für sich kein Zweifel bestehen. Mazarin unterliess aber auch sonst nichts zu thun, was geeignet sein konnte, die Interessen Leopold I. zu durchkreuzen. Auf den Einfluss Gravels hin erfolgte die Mahnung der Reichsdeputation an den Kaiser, Spanien im Kampfe gegen die Franzosen nicht zu unterstützen; von Mazarin aufgefordert, verhandelte der Rheinbund über die Wege, auf denen des Kaisers Absichten bezüglich der spanischen Niederlande hintertrieben werden könnten. Zu gleicher Zeit unterhandelten die Vertreter Ludwig XIV. an den verschiedenen deutschen Höfen mit mehr oder weniger Erfolg im Sinne einer Bundesgenossenschaft oder einer Frankreich günstigen Neutralität. Auch an Fried-

[1] Vergl. Urk. und Acten VII. 174; Erdmannsdörffer I. 332 f.

rich Wilhelm ist Mazarin in dieser Zeit herangetreten, auch ihn wollte man zum Verbündeten gegen Oesterreich.[1] Am Wiener Hofe hatte man von all' diesen Bestrebungen der Franzosen Kunde. Man kannte daselbst auf das genaueste die Ziele der französischen Politik, und wenigstens einer beträchtlichen Ueberzahl der Räthe erschien bewaffnete Abwehr das einzige Mittel, ein weiteres Umsichgreifen französischer Macht im Reiche und in Europa zu verhindern. Auch glaubte man in diesem Augenblicke den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Noch hatte Spanien mit den Franzosen nicht abgeschlossen, noch hielt man es für möglich, die Dänen, die Polen, den Brandenburger, vielleicht auch andere Fürsten zu einem energischen Vorgehen gegen Karl Gustav zu vermögen, nach dessen leicht zu bewerkstelligender Unterwerfung dem Kampfe gegen Frankreich kein Hinderniss im Wege lag. In diesem Sinne wurden die Verhandlungen mit den Dänen, die der Wiener Hof, sehr zum Verdrusse seines Gesandten, so lange hingezogen hatte,[2] zu Ende geführt. Nicht mehr verhüllt wie früher geplant gewesen, sondern offen wurde in dem zweiten Artikel des Vertrages Schweden als der gemeinsame Feind bezeichnet, gegen den sich die Allianz richte. Eine gegenseitige Unterstützung mit 4000 Mann zu Fuss und 2000 zu Pferde wurde zugesagt; der Abschluss eines Friedens oder Waffenstillstandes sollte nur mit beiderseitiger Genehmigung stattfinden.[3] Um den in seiner Existenz bedrohten und schwankend gewordenen König Philipp IV. von Spanien zu gewinnen, versprach Leopold dessen Gesandten am Wiener Hofe, La Fuente, 4—5000 Mann nach den spanischen Niederlanden zu senden.[4] Zu gleicher Zeit erhielt Montecuccoli den Befehl, mit dem Kurfürsten von Brandenburg über den Marsch der verbündeten Heere nach Pommern zu verhandeln.[5] Wie der Zug nach den Niederlanden

[1] Der damalige Unterhändler war Frischmann. Vergl. Urk. u. Act. II. 215 ff.; VIII. 682 ff.

[2] Vergl. die sehr bezeichnende Instruction Leopold I. für Goess vom 14. Mai 1659. St.-A. (Dan.)

[3] Das Bündniss ist datirt 30. April 1659. St.-A.

[4] Wenige Wochen später erhöhte er die Zahl auf 8000. Welche Aufregung diese Nachricht in Frankfurt, insbesondere beim Mainzer hervorgerufen hat, ist dem Berichte Gravels vom 10. April 1659 zu entnehmen. (P. A.)

[5] Weisung Leopolds an Montecuccoli 17. März 1659 (K. A.). Wenn Montecuccoli in seinen Memoiren Amst. 1752 p. 88 behauptet, dass er den Plan der Expedition nach Pommern ersonnen habe, so wird dies seine Richtigkeit haben; schon in der Instruction, die er Caprara mitgab, als er denselben nach Wien sandte, Februar 1659, gedenkt er dieser pommerschen Expedition (K. A.).

die Spanier, so sollte die Expedition nach Pommern die Dänen zur Fortsetzung des Kampfes vermögen, die Polen aussöhnen[1] und vom Abschlusse des Separatfriedens abhalten, zu dem die Vertreter Frankreichs ununterbrochen riethen und für den auch der König und ein grosser Theil des Adels eingenommen waren. Während der Wiener Hof in langwährenden Berathungen zu diesen Entschlüssen gelangte, hatte Lisola dem Ansturme der Polen und aller am Warschauer Hofe weilenden Gegner Oesterreichs Stand zu halten. Er that dies mit dem ganzen Aufwande seines Talentes. Kein Mittel, das Erfolg versprach, blieb unversucht. Eine Flugschrift, die er unter der Maske eines polnischen Edelmannes in die Welt gehen liess, mass die Schuld an dem ergebnisslosen Verlaufe der Thorner Verhandlungen den Franzosen bei. Im gleichen Sinne sprach Lisola in Warschau zu den versammelten Führern des polnischen Adels. Auch mit seinen entschiedenen Gegnern, mit Lubomirski und Marie Louise, scheute er den Kampf nicht. Leicht wurde es ihm freilich nicht, seine Behauptungen von der Selbstlosigkeit des Kaisers, von der Uneigennützigkeit der österreichischen Politik zu rechtfertigen. Denn auch er vermochte nicht zu leugnen, dass die Lasten der Erhaltung der österreichischen Truppen unerschwingliche seien, dass der Kaiser den Kampf gegen die Schweden im Reiche noch immer nicht aufgenommen habe, dass die Erfolge der kaiserlichen Waffen den Kosten nicht entsprächen, die sie dem Polenkönige verursachten. Und wenn die Reichsstände, der König, ja selbst die treuesten Anhänger Oesterreichs als unerlässliche Vorbedingung jeder weiteren gemeinsamen Unternehmung die Evacuation Krakau's und die Verminderung der in Polen stationirten kaiserlichen Truppen hinstellten, konnten Lisola und Kolowrat im Hinblicke auf ihre Weisungen nur ausweichend erwidern, nur allgemein gehaltene Versprechen geben, die auf das klarste bewiesen, wie wenig Neigung der Wiener Hof besass, den Wünschen der Polen Rechnung zu tragen. Dass bei dieser Lage der Dinge die wiederholten Conferenzen der Vertreter Leopolds mit den polnischen Bevollmächtigten zu keinem Siege der Oesterreicher führen konnten, wird man begreiflich finden. Die Polen gaben bezüglich der Sicherung der Oesterreicher in dem geplanten Friedenstractate nur allgemeine Versprechungen, setzten ihre Verhandlungen mit den Schwe-

[1] Vergl. Urk. und Akt. VIII. 604 Anm. Sehr richtig beurtheilt Molin in seiner Relation vom 26. Juli 1659 die Motive der Wiener Regierung. St.-A. (Dispacci.)

den unter französischer Vermittelung fort und zeigten nach wie vor geringe Neigung, sich der Dänen halber neuen Gefahren auszusetzen Unter diesen Umständen war den österreichischen Bevollmächtigten die Weisung vom 30. Mai 1659 ausserordentlich willkommen, in welcher der Kaiser seinen festen Entschluss kundgab, energisch gegen Schweden vorgehen, in Preussen und Pommern den Kampf aufnehmen zu wollen, und seine Vertreter aufforderte, von den Polen die Förderung der beiden Unternehmungen zu begehren, deren Durchführung ihnen die erwünschte Erleichterung verschaffen werde. Allerdings wurde die Freude Lisola's um ein wesentliches durch den Befehl seiner Regierung gemindert, die Evacuation Krakau's nur gegen die Besetzung Posens für die Dauer des Krieges durch die Kaiserlichen zu versprechen, zumal die Ansprüche der Polen um so grösser wurden, je dringender die Vertreter Leopold I. die Unterstützung der pommerschen Expedition durch Johann Casimir begehrten. Sie forderten jetzt Sicherstellung vor grösserer Belastung durch kaiserliche Truppen, genaue Angaben über den Antheil, den sie an dem zu erobernden Gebiete haben sollten, die Evacuation Krakau's und Nachlass eines Theiles der Subsidien, zu deren Zahlung sie sich verpflichtet hatten. Die halben Erklärungen Lisola's, seine Gegenforderungen, insbesondere das Begehren, die Polen möchten Posen für die Kriegszeit den Kaiserlichen überlassen, erregten den heftigsten Unwillen Johann Casimirs und trugen dazu bei, die Zahl jener zu vermehren, die der Ansicht waren, der Kaiser beabsichtige nach und nach das ganze Polen zu besetzen und nicht mehr herauszugeben.[1] Lisola sah mit Bangen der Zukunft entgegen. Auf das Drängen der brandenburgischen und der dänischen Gesandten hin hatte er seine Einwilligung zur Aufnahme der Verhandlungen über die Friedenspräliminarien gegeben. Gleich die ersten Berathungen liessen erkennen, wie wenig den Polen an den Interessen ihrer Verbündeten lag. Und schon war ein neuer Abgesandter Ludwig XIV. am Hofe Johann Casimirs erschienen, eifrig bestrebt, die Polen von der Theilnahme an der pommer'schen Expedition abzuhalten, und in gleichem Sinne wirkte Honart, der staatische Vertreter, der den Abschluss des schwedisch-dänischen Friedens als bevorstehend, die Wiederaufnahme des Kampfes gegen Karl Gustav als ein nutzloses Opfer bezeichnete. Es war unter diesen Umständen ein wahres Glück, dass zu Beginn des Monates Juli 1659 die Weisung der Wiener Regierung in Warschau einlief,

[1] Vergl. Hoverbecks Berichte, Urk. u. Akt. VIII. 701 ff.

durch die den Bevollmächtigten der Auftrag ertheilt wurde, im Namen des Kaisers den Polen die Evacuation Krakau's ohne jede Entschädigung zu versprechen, sobald die pommer'sche Expedition mit der Unterstützung der Polen begonnen haben würde.[1] Es kann wohl kein Zweifel über die Gründe dieses neuerlichen Entgegenkommens des Wiener Hofes bestehen. Die Kunde von der Unterzeichnung des ersten Haager Concertes hatte einen tiefen Eindruck auf die Wiener Staatsmänner gemacht, zumal sie von der ablehnenden Haltung, die Karl Gustav demselben gegenüber einnahm, noch keine Kenntniss hatten. Man fürchtete, dass die Dänen, der Uebermacht weichend, den Frieden mit den Schweden — auch ohne Berücksichtigung der kaiserlichen Wünsche — schliessen, dass dann auch die Polen sich zum Abschlusse eines Separatvertrages unter französischer Vermittelung verstehen würden. Die pommer'sche Expedition sollte die Dänen zum Ausharren bewegen, die Polen von einem übereilten Friedensschlusse abhalten. Und noch hatten auch die Spanier sich nicht mit den Franzosen geeinigt; noch war es möglich, dass ein grosser Erfolg der Verbündeten Philipp IV. zur Fortführung des Kampfes ermuthigte.

Die Wirkung der kaiserlichen Erklärung zeigte sich alsbald. Johann Casimir gab seine Einwilligung, polnische Truppen nach Pommern zu senden und that noch ein übriges, indem er eine beträchtliche Anzahl kriegsgeübter Soldaten für die in Westpreussen geplanten Unternehmungen zur Verfügung stellte. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange die Kriegsereignisse des Jahres 1659 zu verfolgen.[2] Sie verliefen in einer den Verbündeten überaus günstigen Weise. Im August 1659 drang die unter de Souches' Führung stehende kaiserliche Armee in Pommern ein, und wendete sich der Belagerung Stettins zu. Bald darauf begann Friedrich Wilhelm, der seine Interessen auch damals vortrefflich zu wahren verstand,[3] mit Montecuccoli und mit dem grössten

[1] Die Evacuation erfolgte erst im September. Berichte 532.

[2] Vergl. für den Krieg von 1659 Carlson 342 ff.; Droysen III 2. 463 ff.; für die Operationen der Verbündeten insbesondere Urk. und Act. VIII. 390 ff.

[3] Friedrich Wilhelm wollte längere Zeit von dieser Expedition nichts wissen, obgleich er im Frühjahre für dieselbe eingetreten war. (Vergl. sein Schreiben an Montecuccoli vom 27. Mai.) Der Grund dieses Wechsels lag in der Schwierigkeit, den Kaiser zu einem entsprechenden Entgegenkommen bezüglich der Vertheilung der zu erobernden Gebiete zu bewegen. Vergl. ihre Correspondenz Urk. u. Act.

Theile der verbündeten Truppen den Marsch aus Jütland nach Pommern. Einen erfolgreichen Widerstand vermochten die Schweden, die einen Angriff an dieser Stelle nicht erwartet hatten, nicht zu leisten. Eine Stadt nach der anderen ergab sich; bald waren nur Stettin, Stralsund und einige wenige Plätze im Besitze der Schweden. Ungefähr zu gleicher Zeit fiel ein grosser Theil der westpreussischen Besitzungen Karl Gustavs in die Hände der Verbündeten. Auch Kurland, das der tapfere Douglas im Vorjahre erobert hatte, ging verloren. Schliesslich gelang auch die Eroberung Fünens, als die Niederländer, verletzt durch des Schwedenkönigs Weigerung einem neuen Vertragsentwurfe zuzustimmen, den man im Haag ersonnen hatte, ihre Flotte den verbündeten Truppen zur Verfügung stellten. Gegen Ende des Jahres war fast alles, was man durchzuführen geplant hatte, geschehen; die Einnahme Stettins konnte nicht lange auf sich warten lassen. Hielten die Verbündeten fest zusammen, dann durfte man für das nächste Jahr das Beste hoffen. Allein das war nun nicht der Fall. Derselbe Wechsel der Haltung, der den Kriegsereignissen des Jahres 1658 gefolgt war, trat auch jetzt, nur in erhöhtem Maase, ein. Wiederum zeigte es sich, dass nur die höchste allgemeine Noth die durch so verschiedenartige Interessen bestimmten Fürsten zu gemeinsamem Vorgehen bewegen konnte. Der Abwendung der äussersten Gefahr folgte sofort das Hervorkehren der persönlichen Interessen. An die Selbstlosigkeit der Niederländer hatte man allerdings weder in Berlin noch in Wien geglaubt. Man wusste an beiden Orten, dass die Generalstaaten den Sieg bei Nyborg nicht erfochten hatten, um des Brandenburgers Pläne im nördlichen Deutschland zu fördern, um des Kaisers Einfluss in Europa zu steigern. Man wunderte sich daher auch nicht, als die Niederländer gegen Ende des Jahres 1659 jede weitere Unterstützung weigerten und ihre Bemühungen fortsetzten, Dänen und Polen zum Frieden zu vermögen.[1] Viel bedenklicher war es schon, dass Friedrich III. sich nicht mehr so recht standhaft zeigte als im Sommer, als er den Niederländern auf ihre Friedensanträge mit den

VIII. 385 ff. Für den Kaiser hatte die Theilnahme des Brandenburgers neben der materiellen Unterstützung noch einen anderen Werth. Er wollte, wie er Montecuccoli schrieb — 27. Mai und 13. Juli 1659 (K. A.) — dadurch den Hass der Franzosen und der übrigen Gegner von sich ablenken.

[1] Vergl. Lefèvre-Pontalis I. 258, mit dessen begeistertem Lobe der staatischen Politik ich mich nicht einverstanden erklären kann.

Worten erwiderte: „Weder die Staaten noch der Teufel können mich zwingen. Wenn ich zu Grunde gehe, werde ich zu Grunde gehen als ein Mann von Ehre und von Muth; aber indem ich mich verderbe, werde ich mit mir euere Herren als die ersten in den Abgrund mitziehen," dass er vielmehr den immer erneuerten Einflüsterungen der Generalstaaten, zu denen jene der Engländer und der Franzosen traten, Gehör zu schenken begann. Schon Ende des Jahres 1659 glaubte Goess, des Kaisers Vertreter in Kopenhagen, die Befürchtung aussprechen zu müssen, dass Friedrich III. sich, ohne auf die Interessen der Verbündeten zu achten, zum Frieden mit den Schweden entschliessen werde, wenn die vermittelnden Mächte eine entsprechende Berücksichtigung seiner Wünsche erwirken sollten. Am empfindlichsten aber berührte es Leopold und Friedrich Wilhelm, dass die Polen, um derentwillen man doch den Krieg begonnen hatte, sich immer entschiedener gegen die Fortsetzung desselben aussprachen, immer deutlicher ihre Neigung kundgaben, selbst unter grossen Opfern mit den Schweden abzuschliessen. Trotzdem wird man wohl behaupten dürfen, dass weder die Haltung der Niederländer, noch die Neigung der Dänen und Polen, Frieden zu schliessen, den Ausschlag in der Frage der Fortführung des Krieges gegeben haben. Denn auch ohne diese Fürsten durften die zwei mächtigsten Herrscher Deutschlands hoffen, den Kampf gegen den geschwächten Karl Gustav mit Erfolg zu führen. Das Kriegsjahr 1659 hatte den Beweis dafür geliefert, dass ihre gemeinsamen Kräfte denen der Schweden weit überlegen waren, dass sie, sobald sie einig waren, nur eine Macht in Europa zu scheuen hatten. Allein gerade diese war es, welche den Verbündeten ein kräftiges Halt entgegenrief. Und ganz anders als bisher klangen jetzt die Mahnungen und Drohungen Frankreichs. Jetzt sprach nicht mehr ein mit den Spaniern in schwere Kriegswirren verwickelter Fürst, dessen Truppen bereit sein mussten, dem Feinde in Belgien oder in Spanien zu begegnen, jetzt sprach ein Herrscher, der seine Ueberlegenheit über Spanien nicht nur, sondern auch über das ganze Haus Habsburg in unwiderleglicher Weise dargethan, der den König von Spanien zur Uebergabe kostbarer Provinzen, zur Verehelichung seiner Tochter, Maria Theresia, mit dem Sieger und zu dem Versprechen genöthigt hatte, mit ihm die Ordnung der nordischen Verhältnisse zu versuchen.[1] Im Namen der Ordnung

[1] Vergleiche Paragraph CI des pyrenäischen Friedenstractates bei Dumont VI 2. 278.

und des Rechtes konnte Mazarin jetzt in die nordischen Wirren eingreifen,[1] und den beiden Mächten, — deren Plan kein anderer sei, als die Schweden in ihre Höhlen zurückzujagen[2] — mit dem Kriege drohen; im Namen des Rechtes konnte er daran gehen, dem Brandenburger die Beute zu entreissen, die dieser bereits für gesichert hielt; dem österreichischen Herrscher zum Trotze als Schiedsrichter Europa's die widerstrebenden Parteien zu einem ihm genehmen Frieden nöthigen und dafür Sorge tragen, dass Schweden nicht allzu schwer getroffen, dass dieses Reich, dessen Erhaltung er im eigenen Interesse wünschte, nicht von den überlegenen Gegnern erdrückt werde.[3] Es kann nicht unsere Aufgabe sein den zahlreichen Wegen zu folgen, auf denen Mazarin sich seinem Ziele zu nähern verstand, die Verhandlungen zu erörtern, durch die seine Vertreter in Deutschland Stimmung für die Interessen Frankreichs zu machen wussten. In ihrer Gesammtheit verrathen sie das hohe Talent Mazarins, auf verschiedenen Wegen einem Ziele mit Muth und Beharrlichkeit zuzustreben. Gegen den Brandenburger trat der französische Staatsmann sehr energisch auf, denn die Milde hatte nichts gefruchtet.[4] Friedrich Wilhelm wurde angeklagt, den westphälischen Frieden verletzt zu haben; zugleich sprach Gravel von beabsichtigter Sammlung französischer Truppen an der lothringischen Grenze, während von anderen Orten her sich das Gerücht verbreitete, dass Frankreich einen Einfall in die clevischen Länder plane.

Und nicht minder drohend wie gegen Brandenburg lauteten die Erklärungen Mazarins gegen Oesterreich. Wie Friedrich Wilhelm wurde auch Leopold I. mit dem Einmarsche französischer Truppen gedroht, falls bis zum letzten Februar 1660 eine Einigung nicht er-

[1] Vergl. das Schreiben Ludwig XIV. an die Reichsdeputirten in Frankfurt d. d. 1. Dec. 1659; und die Instruction für den nach Wien gesendeten Colbert-Croissy: Rec. des Inst. I Autriche (Sorel) 41 ff. Den wahren Grund gibt Mazarin in dem Schreiben an die Bevollmächtigten an, „de ne souffrir pas un agrandissement de la maison d'Autriche, qui fût capable de lui donner moyen de mettre en servitude toute l'Allemagne. (P. A.)

[2] Que jusqu'ici ni l'un ni l'autre n'en ont osé publier le véritable motif, qui est sans doute de rechasser s'ils pouvoient, comme a accoutumé de dire Volmar, les Suedois dans leurs rochers.

[3] Vergl. die sehr bezeichnenden Bemerkungen des damals in Paris weilenden brandenburgischen Gesandten Christof v. Brandt d. d. 21./31. Januar 1660. Urk. und Act. IX. 575 ff.

[4] Vergl. Urk. und Act. II. 215 ff.; VIII. 661 ff.

folgt sei. Den Polen und Dänen zeigte sich Frankreichs leitender Minister dagegen als Friedensfreund, der das schwere und verantwortungsvolle Amt eines Mittlers in völlig uneigennütziger Weise, dem allgemeinen Wohle dienend, zu führen entschlossen sei. Mit keinem Worte gedachten die verschiedenen Vertreter Ludwig XIV. der Vortheile, die den Franzosen aus der Vernichtung des österreichischen Einflusses in Polen erwachsen mussten und wenn die Reichsfürsten, soweit sie Mitglieder des Rheinbundes waren, Befehl erhielten, sich marschbereit zu halten, so geschah auch dies nur im Interesse der Erhaltung des Friedens gegen die Friedensstörer, im Interesse der bedauernswerthen kleinen Fürsten, die ohne den Schutz des mächtigen Franzosenkönigs der Ehrsucht Oesterreichs zum Opfer fallen würden.

Auf Leopold und seine Umgebung blieben die Maassregeln Ludwig XIV. nicht ohne Einfluss. Der Wiener Hof konnte sich nicht verhehlen, dass die Gefahr eines Krieges mit Frankreich bedeutend grösser geworden sei, seitdem der pyrenäische Friede Frankreich gegen Oesterreich freie Hand gab, seitdem man auf die Unterstützung des spanischen Hofes nicht mehr rechnen durfte. Dazu kam, dass die Reichsfürsten seit dem Herbste 1659 eifriger als vorher die Beendigung der nordischen Wirren vom Kaiser forderten, dass insbesondere Johann Philipp von Mainz eine rege Thätigkeit als Friedensstifter entfaltete. An ihn hatte sich Björnclaw gewendet, als er über das aggressive Vorgehen des Kaisers Klage führte, seine Vertreter waren es, die in Wien ununterbrochen im Interesse des Reiches dem Frieden das Wort redeten. Ende August hatte Leopold denselben noch mit den Worten erwidert: „er habe bei der abgenöthigten Defensionsverfassung von Anfang bis auf gegenwärtige Stunde keine andere Intention gehabt und habe noch jetzt keine andere, als gerade das heilige römische Reich und dessen getreue Kurfürsten und Stände, auch die Erbkönigreiche und Länder vor angedrohter Vergewaltigung zu schützen und zu retten."[1] Jetzt zu Beginn des Jahres 1660 wagte man auf die erneuerten Forderungen des Mainzers und des Kölners nicht mehr so entschieden zu erwidern, zumal diese den kaiserlichen Räthen gegenüber immer wieder darauf hinwiesen, dass Leopold seine Neigung, Frieden zu schliessen, wiederholt betont habe. In der That durfte Leopold,

[1] Erklärung Leopolds vom 25. August 1659. Pressburg. St.-A. (Friedensacten.)

wollte er seinen Grundsätzen nicht untreu werden, kein principielles Bedenken gegen den Abschluss eines Friedens äussern. Auch lag es in seinem Interesse, dass ein solcher zu Stande kam. Leopold zeigte sich denn auch nicht im geringsten ungehalten, als La Fuente, im Namen seines Herrn und in dem der Franzosen, den Wiener Hof um die Förderung des Friedenswerkes anging.[1] Mit gutem Gewissen konnte der Kaiser in seiner Antwort an den spanischen Hof betheuern, dass er dem Frieden niemals abgeneigt gewesen, dass er auch in diesem Augenblicke bereit sei, für das Zustandekommen desselben zu wirken.[2] Worauf es Leopold ankam, war, dass Oesterreichs Interessen in diesem Frieden genügende Berücksichtigung fanden, dass die Erbländer vor schwedischen Einfällen gesichert wurden, den Polen die Möglichkeit benommen wurde, stille zu sitzen, falls sich Karl Gustav nach Beendigung dieses Krieges gegen des Kaisers Besitzungen wenden sollte. Ob es möglich sein werde, diese Wünsche durchzusetzen, war zweifelhaft, dass man entschlossen war ohne die Gutheissung derselben nicht abzuschliessen, ist gewiss. Die Vorbereitungen, die im Laufe des Winters 1659/60 getroffen wurden, die Verstärkung und Vermehrung der Regimenter,[3] die Verhandlungen mit Friedrich Wilhelm, sowie zahllose Aeusserungen des Kaisers und seiner Räthe beweisen auf das schlagendste, dass man in dieser Zeit am Wiener Hofe sehr ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich gerechnet hat.[4] Von dem Verlaufe der Verhandlungen, die gerade damals in Oliva ihren Anfang nahmen, musste es abhängen, ob der allerseits ersehnte Friede zu Stande kommen werde, oder ob von Neuem das Kriegsglück versucht werden sollte.

[1] La Fuente an Leopold. Wien, 9. Dec. 1659. St.-A. (Pol.)

[2] Leopold an Philipp IV. von Spanien, 16. Dec. 1659; in gleichem Sinne die Schreiben Leopolds an Montecuccoli, 16. Dec. 1659 (Pol.) und an die Kurfürsten von Mainz und Köln, 10. Dec. Vergl. auch die characteristischen Aeusserungen Molins vom 20. Dec. 1659. St.-A. (Dispacci.) Chiaro esprimendosi li Ministri tutti di questa corte, non esser questa casa mai stato in angustie maggiori costituita se con la pace delle corone, con la guerra di Suetia, di Francia e li mal contenti d'Imperio, ne seguisse una guerra con Turchi; che perciò dicono à piena bocca, che à tutto costo non bisogna romper da quella parte, ma tutto cedere e tutto sofferire. Am 27. Dec. berichtet Molin ausführlich über die ehrliche Friedensneigung Leopolds.

[3] Zahlreiche Acten dafür im Kriegsarchive; vergleiche auch Urk. und Act. VIII. 419.

[4] Vergl. Urk. und Act. VIII. 413 ff.; XIV. 113 ff.

Zehntes Kapitel.

Der Friede von Oliva.

Gegen Ende des Jahres 1659 hatte man sich unter den betheiligten Mächten endlich über die Friedenspräliminarien geeinigt. Wir sind dem Gange der Verhandlungen, die zu diesem Resultate geführt haben, nicht gefolgt. Auch den geduldigsten Leser würde eine Wiedergabe der mit peinlichster Gewissenhaftigkeit und mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer gepflogenen Berathungen über alle diese Fragen der Titulatur, der Geleitsbriefe, über Zeit und Ort des Congresses, über all' das, was man sehr bezeichnend „Etceterationen" genannt hat, ermüden.[1] Geist und Mühe hat Lisola auch bei der Erörterung dieser Fragen aufwenden müssen, die vom Wiener Hofe nicht weniger ernst genommen wurden, als von allen anderen. Mit der Abneigung der Polen sich dem Kaiser zu Liebe in Ungelegenheiten zu stürzen, hatte er auch bei dieser Gelegenheit zu kämpfen, den übermächtigen Einfluss des französischen Geldes bekam er hier so gut als anderswo zu spüren. Kein Wunder, dass er unter diesen Verhältnissen den Wünschen Leopolds in allen Stücken gerecht zu werden nicht vermochte. Doch gelang es ihm wenigstens die Berücksichtigung jener Forderungen Leopolds zu erwirken, deren Ausserachtlassung ihm eine schwere Schädigung der kaiserlichen Interessen und der Ehre seines Herrschers dünkte, und die Concessionen, zu denen er sich genöthigt sah, in einer das Ansehen Oesterreichs möglichst schonenden Weise zu machen. Er widersetzte sich aus diesem Grunde nur wenig, als man auf die vom Wiener Hofe vorgeschlagenen Congressorte nicht eingehen wollte, allein er opponirte auf das entschiedenste gegen die Annahme der von Schweden genannten Städte. Er zeigte sich nachgiebig, so oft es sich darum handelte in den Fragen der Geleitsbriefe und Vollmachten Zugeständnisse zu machen, er mässigte im Laufe der Zeit seine Klagen über die Anwesenheit des französischen Gesandten und fügte sich — als seine vermittelnden Vorschläge abgewiesen waren —

[1] Alle diese Fragen, wie auch den äusseren Gang der Verhandlungen zu Oliva hat K. Friese in seiner Schrift „Ueber den äusseren Gang der Verhandlungen beim Frieden von Oliva" 1890 erörtert; vergl. auch F. H. Schultz, „Geschichte des Friedens von Oliva vom 3. Mai 1660." Labiau 1860. 12 ff.

darein, die Franzosen als Mittler zwischen den übrigen Mächten zu dulden; allein er setzte es durch, dass die Polen es übernahmen, den Oesterreichern die Theilnahme am Congresse ohne directen Verkehr mit den Franzosen zu ermöglichen, die Ordnung aller Angelegenheiten an einem Orte und in einem Vertragsinstrumente zu fordern und für die Sicherheit des Erzhauses entsprechend zu sorgen. Erst dann haben die Vertreter Oesterreichs ihre Zustimmung zu den Friedensverhandlungen gegeben, die in den ersten Tagen des Jahres 1660 zu Oliva begonnen haben.[1]

Es war eine stattliche Versammlung zum Theile hochbedeutender Männer, die sich hier zusammenfanden, um die nordischen Wirren zu lösen, das grosse Friedenswerk zu Stande zu bringen. Unter den polnischen Abgeordneten ragte der Reichsmarschall Lubomirski hervor, ein characteristischer Kopf, den man nicht vergass, wenn man ihm einmal begegnet war; angesehen bei seinem Volke durch Adel, Reichthum und eigenes Verdienst, einer der wenigen, die an Polens Grösse glaubten, auch unter den schwierigsten Verhältnissen das Haupt hoch trugen, ein Mann von hoher Begabung, von grösserem Ehrgeize, unruhig, unbeständig und unzuverlässig, den Kopf stets mit grossen Plänen erfüllt, bereit jeden Weg zu betreten und kein Mittel zu scheuen, um an's Ziel zu gelangen; damals ein entschiedener Gegner Leopold I., in dem er einen Werber um die polnische Krone sah, die er in seinen Träumen das eigene Haupt schmückend erblickte; ein persönlicher Feind Lisola's, den er ob seines Geistes und ob des Eifers hasste, mit dem derselbe Interessen vertrat, die den seinen widersprachen. Neben ihm wirkten der Wojwode von Posen, Johann Lesczinski — das Haupt der polnischen Gesandtschaft, — gleich Lubomirski einer der vornehmsten Familien des Reiches angehörend, ein Mann von reicher Erfahrung und gutem Urtheile, dessen Oesterreich ursprünglich günstige Gesinnung bedeutend nachgelassen hatte, als seine persönlichen Wünsche keine Berücksichtigung fanden; der Hofkanzler Prazmowski, ein entschiedener Gegner des Kaisers und dessen Politik, der hochstrebende, kluge Kanzler von Littauen, Christof Pac, der

[1] Für die Verhandlungen, die zu Oliva geführt wurden, vergl. Böhm: Acta pacis Olivensis. Wratislaviae 1763; ferner die erwähnten Schriften von F. H. Schultz, „Geschichte des Friedens von Oliva vom 3. Mai 1660", Friese „Ueber den äusseren Gang" etc.; Urk. und Act. VIII. 687 ff. Berichte 536 ff.

Günstling der Königin, Rey, und der tüchtige Morstein. Die Vertreter der Schweden standen hinter denen der Polen an Ansehen und Bedeutung nicht zurück. Der Führer der Gesandtschaft, Graf Magnus de la Gardie, Schatzmeister des Königs und Statthalter von Livland durfte sich, ohne hochmüthig zu erscheinen, mit jedem der anwesenden Polen messen. Er war der Schwager seines Herrschers und hatte einige Zeit hindurch mit grösserer Berechtigung als Lubomirski hoffen können, eine Königskrone auf seinem Haupte zu sehen. Sein Kriegsruhm war so gross als der des polnischen Reichsmarschalls, sein Ansehen und sein Reichthum nicht geringer. Und kaum einer unter den Polen hätte wagen können zu behaupten, dass er sich dem Grafen Benedict Oxenstjerna an Geist überlegen fühle, der mit einer seltenen Kenntniss der Reichsangelegenheiten, ausserordentlichen Scharfsinn und eine aussergewöhnliche Kunst der Verstellung verband, die nicht in letzter Linie ihm die grossen Erfolge seines Lebens erringen half.[1] Mit solchen Grössen konnten sich die Bevollmächtigten des Kaisers und des Brandenburgers nicht messen. Friedrich Wilhelm hatte zwei sehr verdienstvolle, unterrichtete, adelige, aber keineswegs durch Stellung besonders hervorragende Mitglieder seiner Beamtenschaft mit der Leitung der Geschäfte beauftragt[2] und auch unter den kaiserlichen Gesandten gehörte nur einer dem höheren Adel an. Fast wäre man geneigt anzunehmen, dass der Wunsch des Wiener Hofes, dem zweiten und, wie man wohl wusste, begabtesten unter den kaiserlichen Vertretern den Verkehr mit den adelsstolzen Schweden und Polen zu erleichtern, nicht weniger als die ausgezeichneten Dienste Lisola's dazu beigetragen hat, dass gerade in diesen Tagen seine Erhebung in den Freiherrnstand erfolgte.[3]

Gewiss ist aber, dass der junge Baron sich neben den hohen Herren vollauf zu behaupten wusste. Freunde besass er freilich nur wenige unter den Anwesenden; kaum einer von all' denen, mit denen er täglich verkehrte, scheint das Bedürfniss empfunden

---

[1] Neben diesen beiden waren noch thätig Graf Christian von Schlippenbach und Andreas Güldenclaw.

[2] Johann von Hoverbeck stammte aus einer adeligen, aus Brabant nach Preussen eingewanderten Familie, Lorenz Christof v. Somnitz aus einer adeligen Familie Hinterpommerns; vergl. Schultz 23 f. Neben ihnen wirkte in zweiter Reihe Albert von Ostau, gleichfalls Sprössling einer adeligen Familie.

[3] Das Diplom vom 8. Nov. 1659 befindet sich im Adelsarchive in Wien.

zu haben in nähere Beziehungen zu ihm zu treten. Und dies nicht allein, weil er ein politischer Gegner der Meisten war, weil er rücksichtslos die Interessen seines Herrn vertrat; sondern auch, weil es ihm ein Vergnügen bereitete die Schwächen seiner Mitmenschen aufzudecken, weil er durch seine scharfen, spottenden Reden auch da verletzte, wo eine ruhige Auseinandersetzung möglich gewesen wäre. Man wird denn auch vergebens in den Berichten und Aufzeichnungen der in Oliva versammelten Männer nach freundschaftlichen Aeusserungen über Lisola suchen. Aber nicht einen gab es, der seine ausserordentlichen Fähigkeiten geleugnet, der ihm nicht Geist, Witz, Wissen, List und ungewöhnliche Arbeitskraft zugesprochen hätte. Alle diese Eigenschaften thaten dem kaiserlichen Gesandten in diesen Monaten Noth; denn Kolowrat war wiederholt durch Krankheit verhindert an den Berathungen theilzunehmen und überliess dieselben Lisola, zumal seitdem die Polen auf den wiederholt geäusserten Wunsch der Franzosen hin sich entschlossen hatten, in Oliva die Verhandlungen mit den Verbündeten zu führen. Da nun die kaiserlichen Gesandten die Vermittelung der Franzosen nicht anerkannten, musste Lisola zu jeder Besprechung mit den Verbündeten nach Oliva reisen, seine Ansichten über alle Punkte äussern, die in der unter dem Vorsitze der Franzosen stattfindenden Conferenz zur Sprache kommen sollten und dann ruhig das Ende der Sitzung abwarten, um den Verlauf derselben Kolowrat zu melden.

Liest man die Berichte Lisola's und die Tagebücher, welche Polen, Schweden und Dänen über die in jenen Monaten gepflogenen Berathungen geführt haben, dann gewinnt man ein richtiges Bild von der staunenswerthen Thätigkeit des kaiserlichen Gesandten. Man begreift kaum, wie die Zeit zu so vielen Fahrten, Sitzungen, Unterredungen, Berichterstattungen hinreichte. Dabei bedenke man aber, dass seine hauptsächliche Thätigkeit ausserhalb der erwähnten Beschäftigung lag; dass er viel mehr Zeit und Mühe darauf verwenden musste, auf geheimen Wegen den Franzosen und Schweden entgegenzuarbeiten, die Anhänger des Hauses Oesterreich in guter Stimmung zu erhalten, die Thätigen anzueifern, die Verzagenden zu ermuthigen und zwischen den Verbündeten vermittelnd und besänftigend einzugreifen, so oft die verschiedenartigen Interessen zu Conflicten Anlass gaben. So erscheint denn auch in diesem Momente Lisola a lsdas treibende Element, als der Mittelpunkt jenes Kreises,

dessen Bestreben dahin ging, die immer weiter um sich greifenden Franzosen zurückzudrängen. Denn je länger der Congress tagte, desto klarer wurde es, dass die führende Rolle auf demselben nicht den Schweden, noch den Polen, sondern den Franzosen zufiel, dass nicht Lubomirski oder Lesczinski, nicht Gardie oder Oxenstjerna, sondern de Lumbres und Akakia die leitenden Persönlichkeiten waren. Auch wird man nicht leugnen können, dass die Vertreter Ludwig XIV. es meisterhaft verstanden, unter dem Scheine der vollkommenen Unparteilichkeit und Uneigennützigkeit die Interessen Frankreichs zu wahren, den ohnehin starken Hass der Polen gegen die Oesterreicher zu steigern, diese als die Urheber jeder Verzögerung, als die bewussten Störer jeder Einigung hinzustellen. Man wird es wohl als ein besonderes Zeichen der staatsmännischen Befähigung Lisola's ansehen dürfen, dass er — der stete Fürsprecher entschiedenen, selbstbewussten Vorgehens, — in der Erkenntniss dieser Thatsachen seiner Regierung Nachgiebigkeit und Entgegenkommen empfahl, dass er auf die ausserordentlich grosse Gefahr hinwies, die dem Kaiser drohe, falls er, sei es auch ungerechtfertigter Weise, als Störer des Friedens bezeichnet werden sollte. „Unsere Aufgabe muss darin bestehen, schreibt er Mitte Februar 1660 seiner Regierung, unsere Handlungsweise so einzurichten, dass dem ganzen Reiche und selbst den Franzosen die ehrliche Neigung Er. M., Frieden zu schliessen, einleuchten muss und damit klar dargethan wird, dass Mazarin den Krieg, den er durch einen ehrenhaften Frieden hätte beendigen können, ohne Nöthigung, lediglich aus persönlichem Ehrgeize, wieder aufgenommen und das kaum dem Frieden wiedergegebene Frankreich den Aufregungen und der sicheren Gefahr eines neuen Krieges ausgesetzt hat."[1] Von dieser Ansicht, den Franzosen jeden Vorwand zur Rechtfertigung eines Krieges gegen den Kaiser zu nehmen, liess sich Lisola bei der Erörterung all' der Fragen leiten, die im Laufe der zu Oliva geführten Verhandlungen zur Sprache kamen. Wo er es nur immer mit seiner und der Ehre des Herrschers, den er vertrat, vereinbar hielt, wich er vor den Franzosen zurück, zeigte er sich bereit, ihre Wünsche zu erfüllen. Nicht nur in allen ceremoniellen Fragen, sondern auch in vielen wichtigen politischen Angelegenheiten entschloss er sich nachzugeben, oft ohne die Einwilligung seines Hofes abzu-

[1] Bericht Lisola's vom 18. Februar 1660. Berichte 545.

warten.[1] Er fügte sich der Forderung der Franzosen, die Verhandlungen mündlich zu führen,[2] er verzichtete auf die Theilnahme des spanischen Gesandten de Lutiani[3] an den Berathungen, er brach die Verhandlungen nicht ab, als der Tod Karl Gustavs die Möglichkeit dazu bot und die Vertreter Friedrich Wilhelms für eine Unterbrechung stimmten.[4] Als die Polen, allem Widerstande der Verbündeten trotzend, vorerst an die Erledigung ihrer Angelegenheiten schritten, fügte sich Lisola unter gewissen Bedingungen auch diesem Wunsche der Franzosen. Er verpflichtete sich nicht nur im Namen des Kaisers, die von demselben in Pommern und in anderen schwedischen Gebieten eroberten Plätze an die Schweden zurückzustellen, sondern er suchte auch die Brandenburger von der Nothwendigkeit zu überzeugen, den Wünschen der Polen und der Franzosen in diesem Punkte Rechnung zu tragen.[5] Ja er empfahl sogar seiner Regierung sich mit dem Vorschlage der Polen einverstanden zu erklären, durch den diese den Wünschen der Verbündeten hinsichtlich des Dänenkönigs, wenn auch in einer wenig entsprechenden Weise, Rechnung zu tragen suchten und fügte sich endlich auch darein, den von den Polen drohend geforderten Waffenstillstand mit den Schweden einzugehen. Dass sich Lisola zu diesen Opfern nicht leichten Herzens verstand, dass er nicht unempfindlich gegen die Schläge war, die de Lumbres den Oesterreichern versetzte, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Vielleicht keiner der österreichischen Minister hat die Demüthigung, die der Kaiser dulden musste, indem er aus der Hand des Franzosenkönigs, gleichsam als eine Gnade, die Garantirung seines Besitzes gegen Einfälle des beutelustigen

[1] Es ist jedenfalls unrichtig, wenn Carlson 369 behauptet, Oesterreich hätte sich dem polnisch-schwedischen Frieden principiell widersetzt.

[2] Vergl. Böhm I. 110 ff., Schultz 34 f., Friese 44 ff., wo auch die Bedeutung dieser Frage ausführlich erörtert wird.

[3] Die Einigung erfolgte dahin, dass de Lutiani der Zutritt zu den Berathungen gestattet wurde; doch hat er an den Berathungen nicht theilgenommen. Vergl. Berichte 557. Urk. und Act. IX. 54. Böhm, Acta pacis Oli. I. 238 ff., ausführlich bei Friese 52 ff.; Schultz 62.

[4] Vergl. Böhm I. 143 ff.; Urk. und Act. VIII. 727; Berichte 554.

[5] Lisola hatte grosse Mühe Hoverbeck, der bis in den Februar hinein Nachrichten von der Kriegslust Friedrich Wilhelms hatte, dafür zu gewinnen. Vergl. Berichte 540; Urk. und Act. VIII. 424 ff., XIV. 114 ff. Ueber die gleichzeitigen Bemühungen der Königin von Polen auf Friedrich Wilhelm zu wirken vergl. Urk. und Act. VIII. 322 ff.

Schwedenvolkes empfing, tiefer empfunden als Lisola. Und wahrlich nicht seine Schuld war es, dass der Franzose statt des Kaisers als Herr der Situation erschien, dass nicht Leopold den Schweden und ihren Helfershelfern die Friedensbedingungen vorschreiben konnte. Allein soweit war es nun einmal durch die Unentschlossenheit des Wiener Hofes, durch die Unfähigkeit der Wiener Regierung gekommen, im rechten Augenblicke die Ruder zu ergreifen und sich zu Lenkern des Schiffes zu machen, dass nur durch ein überaus vorsichtiges, lediglich den nothwendigsten Bedürfnissen Rechnung tragendes Vorgehen, Oesterreich vor grösseren Gefahren behütet werden konnte. Und darauf allein war jetzt Lisola's Bestreben gerichtet. Wenn er in allen Fragen der Etikette, in so vielen politischen Angelegenheiten dem Drängen der Polen und der Franzosen wich, so geschah dies lediglich um jene wenigen Forderungen, deren Gewährung ihm im Interesse der Erhaltung des österreichischen Staates unerlässlich schien, durchzusetzen, oder im Falle die Verhandlungen scheitern sollten, die Franzosen und deren Genossen der Möglichkeit zu berauben, das Reichsoberhaupt mit einem Scheine von Berechtigung der beabsichtigten Friedensstörung anzuklagen. Denn dass Schweden keinen wesentlichen Machtzuwachs durch polnisches Gebiet erhalten dürfe, dass alle Differenzen zwischen Schweden und Oesterreich in Oliva beigelegt werden sollten, dass der Friedensbruch durch die Schweden den Krieg aller Verbündeten gegen diese Macht zur Folge haben müsste, waren Forderungen, ohne deren Gutheissung die Vertreter des Kaisers niemals in den Frieden gewilligt hätten, deren Gewährung der Wiener Hof — wenn nöthig auch mit Waffengewalt — durchzusetzen entschlossen war. Und ebenso unverrückbar stand die Absicht Lisola's fest, alle Begehren der Schweden zurückzuweisen, deren Billigung er mit des Kaisers Interessen unvereinbar hielt. Er erklärte in diesem Sinne nichts davon wissen zu wollen, dass Schweden für den im Kriege erlittenen Schaden Satisfaction erhalte, dass den Akatholischen in den Erbländern Erleichterungen gewährt, den Schweden gestattet werden sollte, in Deutschland Truppen zu werben und nach Schweden zu führen. Alle Bemühungen der Franzosen und der Schweden ihn in diesen Fragen zur Nachgiebigkeit zu vermögen, oder durch klug gestellte Hindernisse zu Fall zu bringen, scheiterten an seiner Standhaftigkeit und Wachsamkeit. Er wusste recht wohl, was die Schweden bezweckten, als sie die Reichsangelegenheiten vorbrachten, bezüglich welcher

zwischen ihnen und den Oesterreichern Differenzen bestanden, und den Antrag stellten im Hinblicke auf deren schwierige Lösung, die Entscheidung einer anderen Versammlung zu überweisen. Er zweifelte keinen Augenblick daran, dass Oesterreichs Feinde dieses zum Abbruche der Verhandlungen nöthigen oder den Schweden durch die einem zweiten Congresse überantwortete Erörterung der deutschen Frage die Möglichkeit geben wollten, dem mit den Polen getroffenen Uebereinkommen zum Trotze, den Kaiser mit Krieg zu überziehen.[1] Und ebenso klar war es ihm, dass die von den Franzosen geplante Beilegung der schwedisch-polnischen Differenzen, bevor noch über die österreichisch-schwedischen ein Abkommen getroffen war, keinen anderen Grund hatte, als den Kaiser, zumal wenn es unterdess gelingen sollte den dänisch-schwedischen Frieden zu Stande zu bringen, zum Abschlusse eines ungünstigen Vertrages zu nöthigen oder dem sich Weigernden den Vorwurf der beabsichtigten Verzögerung der Verhandlungen machen zu können. Auf das entschiedenste hat sich Lisola geweigert den Wünschen der Franzosen zu willfahren und wenn er schliesslich doch seine Einwilligung dazu gab, dass vorerst die Ordnung der schwedisch-polnischen Differenzen versucht werde, so geschah dies unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die in diesen Fragen getroffenen Abmachungen erst dann ihre Giltigkeit haben sollten, wenn auch die österreichischen und brandenburgischen Angelegenheiten geordnet seien; und auch dann nur, weil er der Ueberzeugung war, dass ihm noch andere Mittel zu Gebote standen, die Pläne der Franzosen zu durchkreuzen. Denn darüber wird man sich nicht täuschen dürfen, dass die Haltung der Wiener Regierung und ihrer Vertreter in den Fragen der Zulassung Dänemarks zum Congresse[2] und der Restituirung der pommer'schen Besitzungen ausschliesslich durch ihr eigenes Interesse bestimmt wurde. Mochte Goess in Kopenhagen noch so warm von dem heroischen Entschlusse des Kaisers sprechen, den eingegangenen Verpflichtungen gemäss für die Dänen zu sorgen; mochte Lisola in Warschau noch so pathetisch die moralische Grösse Leopolds hervorheben; mochte dieser selbst dem französischen Gesandten Colbert-Croissy und vielen anderen Männern gegenüber noch so stark die Uneigennützigkeit seines Vorgehens betonen, für uns kann kein

[1] Vergl. Berichte 541 ff., 549.

[2] Vergl. dafür das Diarium danicum bei Böhm II. 512 ff.

Zweifel darüber bestehen, dass Oesterreichs zähes Festhalten an der Zulassung Dänemarks zum Congresse in erster Linie der Furcht entsprang, Friedrich III. könnte, von seinen Verbündeten im Stiche gelassen, dem unaufhörlichen Drängen der vermittelnden Mächte nachgeben, sich zum Friedensschlusse mit den Schweden verstehen, bevor noch zu Oliva die Oesterreich berührenden Abmachungen getroffen waren, die Schweden aber dann die erschreckten Polen zu einem Separatfrieden bewegen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften, von Frankreich unterstützt, gegen den Kaiser und dessen Erbländer vorrücken.[1] Und ebensowenig wie der Wiener Hof seine Entscheidung in der dänischen Frage aus Rücksicht auf das specielle Interesse Friedrich III. getroffen hat, ebensowenig hat er sich in der Frage der Restituirung der von ihm und dem Brandenburger eroberten Plätze von den besonderen Wünschen seines Verbündeten mehr bestimmen lassen, als ihm im eigenen Interesse gelegen schien. Wenn Leopold, trotz seiner Neigung auf die pommerischen Erwerbungen zu verzichten, lange Zeit keine dem Schwedenkönige genügende Erklärung abgab, so geschah dies, weil er Friedrich Wilhelm nicht vor den Kopf stossen wollte, der, wie er wohl wusste, Ludwig XIV. sehr leicht zur Vermittelung eines schwedisch-brandenburgischen Separatfriedens bewegen konnte, während es für Oesterreich eine Sache von der allerwesentlichsten Bedeutung war, im Hinblicke auf den möglichen Abbruch der Verhandlungen und auf die Wiederaufnahme der Waffen gegen Schweden und Franzosen, der Unterstützung des Brandenburgers sicher zu sein.[2] Von diesen Gesichtspunkten aus muss man Lisola's Thätigkeit betrachten, wenn man zu einem richtigen Urtheile über seine Leistungen gelangen will. Er hat die Erklärung von den Geneigt-

[1] Auch die Weisungen an die Gesandten aus den Monaten Februar und März 1660 enthalten den Befehl, in der dänischen Frage fest zu bleiben, den Polen vorzuhalten, sie möchten zusehen, durch ein Fallenlassen der Dänen nicht zu bewirken, dass man ihnen gegenüber in ähnlicher Lage ähnlich handle. Der Vorwurf Friedrich Wilhelms, „dass E. K. Gesandte mehrers als Polen und Schweden selbsten um Dänemark in polnischen Tractaten nicht einzuverleiben ersuchet" (Strozzi an den Kaiser, 28. Februar 1660. Urk. und Act. XIV. 119), war also nicht begründet, wenn auch nicht geleugnet werden kann, dass Lisola mehr als seine Regierung befahl die Vertreter Brandenburgs drängte.

[2] Ganz vortrefflich hat Lisola die differirenden Interessen Friedrich Wilhelms und Leopolds in seinem Schreiben vom 27. Februar 1660, Berichte 552, auseinandergesetzt.

heit des Kaisers, die eroberten pommerischen Plätze zurückzustellen, an die Bedingung geknüpft, dass vorher eine Vereinbarung über alle Forderungen des Kaisers, der Polen und Friedrich Wilhelms erfolgt sei[1] und in den Ausschluss des Dänenkönigs Friedrich III. von den Verhandlungen erst gewilligt, als für ihn kein Zweifel bestand, dass der dänisch-schwedische Vertrag erst nach dem von Oliva abgeschlossen werden würde.[2] Was er mit diesen und mit allen übrigen Massregeln bezweckte, gelang. Mochte de Lumbres, sobald eine Vereinbarung über die polnisch-schwedischen Differenzen erfolgt war, noch so laut mit dem Abbruche der Verhandlungen drohen, falls der Kaiser sich Frankreichs Wünschen nicht füge, mochten die Vertreter Johann Casimirs sich bemühen, die Franzosen in Drohungen und Klagen zu übertreffen,[3] Lisola liess sich nicht irre machen. Er setzte List der List, Drohung der Drohung entgegen und entwaffnete alle seine Feinde durch den unerschütterlichen Gleichmuth, mit dem er selbst während der bewegtesten Debatten das Interesse seines Herrschers vertrat. Er setzte es auch durch, dass die Sicherstellung des Kaisers gegen die Einfälle der Schweden als erster Gegenstand zur Debatte kam; dass des Kaisers Wünschen in dieser Frage Rechnung getragen, den Schweden jede Möglichkeit benommen wurde, durch geschickte Deutung der Vertragsbestimmungen einen Vorwand zu erneuertem Kampfe zu finden.[4] Seinem energischen, zielbewussten

[1] Vergl. Berichte 550.

[2] Als Lisola seine Einwilligung gab, dass unter einer entsprechenden Clausel ohne die Dänen abgeschlossen werde, hatte er bereits Kenntniss von dem Schreiben des Goess an Kolowrat d. d. 3. April 1660 (Pol.) St.-A., in dem dieser berichtete, dass Friedrich III. im Hinblicke auf die aus Oliva eingelangten Nachrichten sich zu einem Separatvertrage mit den Schweden entschlossen habe. Vergl. auch die Schreiben vom 23. Februar und 28. März, St.-A. (Dan.) und die Berichte 556, Anm. Es ist bemerkenswerth, dass Friedrich Wilhelm auf gleichlautende Bemerkungen aus Kopenhagen hin an den Kaiser die Anfrage richtete, d. d. 10. April 1660, ob das nicht ein Anlass sei, ohne Rücksicht auf die Dänen abzuschliessen. Urk. und Act. VIII. 427. Zu Beginn des Monates Mai hat auch Leopold, der von dem erfolgten Abschlusse noch keine Kenntniss hatte, den Gesandten die Erlaubniss ertheilt, unter der von ihnen vorgeschlagenen Clausel ohne die Dänen abzuschliessen. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Urk. und Act. VIII. 728 ff.; Berichte 536 ff.

[4] Vergl. die Formel, über die man sich einigte, bei Böhm l. c. 257 f. Sie entsprach nicht ganz den Wünschen Lisola's. Doch war in derselben ausdrücklich betont, dass die deutschen Angelegenheiten nicht Anlass eines neuen Congresses bilden sollten und das war das Wesentliche.

Vorgehen wird es auch zugeschrieben werden müssen, dass die Schweden sich bereit fanden, von ihren Forderungen bezüglich der Verzichtleistung des Kaisers auf die von ihm geschlossenen Bündnisse ein Wesentliches nachzulassen, sich mit dem Versprechen zu begnügen, dass die früheren Verträge dem gegenwärtigen nicht praejudicirlich sein sollten;[1] dass sie von ihrem ursprünglichen Begehren, die pommerischen Besitzungen noch vor der Ratification der Verträge geräumt zu sehen, Abstand nahmen;[2] dass die Fragen über die Stellung der Protestanten in den Erbländern, über die schwedisch-bremischen Differenzen mit keinem Worte in dem Friedensinstrumente erwähnt wurden. Und wenn Lisola sich auch im Hinblicke auf das immer erneuerte Drängen der Polen zur Billigung eines Waffenstillstandes bis zu dem für die Ratification der Vertragsurkunden festgesetzten Termine entschloss, so geschah dies mit der ausdrücklichen Erklärung, dass Leopold sich nur dann an dieses Versprechen gebunden erachten wolle, falls bezüglich der übrigen Angelegenheiten, auch der dänischen, eine Einigung erfolge.[3] In allen diesen Fragen hatte Lisola sich der Unterstützung der brandenburgischen Vertreter zu erfreuen gehabt. Nicht so aber, als es sich um die Bestimmung der Friedensgaranten handelte. In diesem Punkte hatte Lisola nicht nur mit den Polen und Schweden, sondern auch mit dem Brandenburger heftig zu kämpfen. Aber auch ihm gegenüber wusste er das kaiserliche Interesse zu wahren und gab seine Zustimmung zur Aufnahme Frankreichs unter die Garanten nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, dass diese Garantie des französischen Königs nicht auf den Kaiser ausgedehnt, demselben vielmehr freigestellt werden sollte, dieselbe zuzulassen oder abzuweisen.[4]

Am Wiener Hofe harrte man mit Sehnsucht auf Nachrichten aus Oliva. Man war daselbst im Laufe der ersten Monate des Jahres 1660 immer mehr zur Erkenntniss gelangt, dass im Hinblicke auf

[1] Vergl. Berichte 557.

[2] Vergl. Berichte 558; Böhm l. c. I. 272 ff.

[3] Vergl. Berichte 552 ff. Der Paragraph 39 des Olivaer Vertrages enthält die Bestimmung, dass der dänisch-schwedische Vertrag, an dessen baldigem Abschlusse nicht zu zweifeln sei, so gehalten werden solle, als wenn er bereits in diesem Vertrage enthalten wäre.

[4] Vergl. Berichte 558. Die endgiltige Form § 35 des Vertrages. Böhm l. c. I. 180.

die Macht Frankreichs, auf die zweideutige Haltung der Engländer und der Generalstaaten, auf die friedliche Gesinnung der Spanier, auf die Abneigung der Polen gegen die Fortführung des Krieges, auf die voraussichtlich geringe Unterstützung des Kaisers durch die Reichsstände, vor allem aber mit Rücksicht auf die von Osten her immer näher rückende Gefahr, der Abschluss eines ehrbaren Friedens der Entscheidung mit den Waffen vorzuziehen sei. Dass Leopold ununterbrochen mit Friedrich Wilhelm über den künftigen Feldzug berieth und sehr eifrig die Completirung seiner Armee betrieb, darf uns nicht irre machen. Man rüstete und conferirte, man arbeitete Pläne aus,[1] und suchte die Zahl der Verbündeten zu vermehren,[2] weil man mit der Möglichkeit des Krieges rechnen musste, aber man wünschte von Herzen, dass es zu dieser Entscheidung mit den Waffen nicht komme. Selbst bei den Verhandlungen mit dem Brandenburger trat die Furcht des Wiener Hofes wider Willen hervor. Man blieb zwar Friedrich Wilhelm gegenüber dabei, dass der Kaiser Frankreichs Einfall in das Elsass als Kriegserklärung auffassen werde, dass er entschlossen sei, dem Verbündeten mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu Hilfe zu kommen, falls Ludwig XIV. Truppen, den ausgestreuten Gerüchten entsprechend, ins Clevische einmarschiren sollten, aber man betonte zugleich die ausserordentliche Gefahr eines solchen Krieges und die Vortheile einer gütlichen Vereinbarung.[3] Und ebensowenig als die Rüstungen und die mit Brandenburg geführten Verhandlungen können die den Vertretern der Kurfürsten von Mainz und Köln[4] und dem französischen

[1] Urk. und Act. VIII. 423 f., viele Acten im K. A.

[2] In diesem Sinne erfolgte die Sendung Gonzaga's nach Dresden; Instruction vom 1. März. Der Kurfürst Johann Georg II. stand damals in regem brieflichen Verkehre mit dem Kaiser und betheuerte wiederholt seine Neigung, für Oesterreich einzutreten; vergl. z. B. sein Schreiben vom 26. April st. v. 1660. St.-A. (Sax.) Für Sachsens Politik in dieser Zeit Bertrand Auerbach, „La diplomatie française et la cour de Saxe" (1648—1680). Paris 1888. 124 ff.; dazu Hassel „Zur Politik Sachsens in der Zeit vom westphälischen Frieden bis zum Tode Johann Georg II." N. A. Sächs. Gesch. 1888. 117 ff. Die ältere Schrift von K. G. Helbig, „Die diplomatischen Beziehungen Johann Georg II. von Sachsen zu Frankreich." Arch. f. sächs. Gesch. 1865 ist durch Auerbachs Werk überholt.

[3] Vergl. Urk. und Act. VIII. 428 ff.

[4] Ich gehe auf diese Verhandlungen nicht näher ein, über die mir ein reichliches handschriftliches Material vorliegt. St.-A. (Friedensacten.) Vergl. auch die Berichte Wreichs. Urk. und Acten VIII. 420.

Gesandten Colbert-Croissy gegenüber geäusserten kriegerischen Erklärungen unsere Ansicht von der ehrlichen Friedenssehnsucht des Kaisers erschüttern. Leopold und seine Räthe mussten so sprechen; sie wollten die Franzosen und deren Helfershelfer nicht merken lassen, wie stark ihr Bedürfniss nach Ruhe war, wie sehr sie die Waffen fürchteten, an die sie immer appellirten. Allein auch in diesem Falle gelang ihnen die Täuschung nicht. Weder Fürstenberg noch Meel, welche die Kurfürsten von Köln und Mainz vertraten, nahmen die Drohungen Leopolds ernst und Colbert-Croissy, der Anfangs an die Friedensneigung des Kaisers trotz aller Versicherungen La Fuente's nicht recht glauben wollte,[1] berichtete schon eine Woche später seiner Regierung: „In Oesterreich ist kein Geld vorhanden, die Truppen sind nicht bezahlt und leben in grösster Unordnung; ich glaube daher jetzt, dass man hier den Frieden will."[2] Zu einer entscheidenden Erklärung vermochte er den Wiener Hof aber nicht zu vermögen. Auch er erhielt nur allgemein gehaltene Versicherungen der Friedensneigung und der Bereitwilligkeit in Oliva den Abschluss des Friedens zu beschleunigen; dagegen erklärte man von einem Separatvertrage zwischen Oesterreich und Frankreich, zumal man an die Aufrichtigkeit der französichen Erklärungen keinen Augenblick glaubte, mit Rücksicht auf die den Verbündeten gegebenen Versprechungen nichts wissen zu wollen.[3] Colbert sah sich genöthigt, die Reise nach Oliva anzutreten. Am Abend des zweiten Mai kam er in Danzig an.[4] Am folgenden Tage ist der Vertrag zu Oliva unterzeichnet worden. Ein Eilbote brachte die Nachricht von der Beendigung des Krieges nach Wien. Ueber den Jubel, der nach seinem Eintreffen am Wiener Hofe herrschte, berichten die Gesandten der fremden Mächte übereinstimmend. Und diese Freude verminderte sich nicht, als man die Bedingungen genauer kennen lernte, unter denen die Einigung erzielt worden war. Man zeigte sich auch dann mit den Ergebnissen des Krieges zufrieden und fuhr fort dieselben als einen Sieg

[1] Colbert-Croissy an Mazarin. Wien, 24. März 1660. P. A. (Autriche). La Fuente suchte ihn in diesen Tagen vergebens von der Aufrichtigkeit der kaiserlichen Erklärungen zu überzeugen.

[2] Colbert-Croissy an Mazarin. 31. März 1660. P. A. (Autriche).

[3] Colbert-Croissy an Mazarin. 11. April 1660. P. A. Vergl. auch das Schreiben Leopolds an Harrach. 7. April 1660. St.-A. (Pol.)

[4] Kolowrat an Portia. Danzig, 5. Mai 1660. St.-A. (Pol.)

der österreichischen Diplomatie zu feiern. Will man diese Auffassung der Verhältnisse, die mit jener späterer Geschlechter so wenig übereinstimmt, begreifen, so wird es gut sein sich zu vergegenwärtigen, was die Wiener Regierung bezweckte, als sie in die nordischen Wirren eingriff, und in welcher Lage sie sich befand, als denselben ein Ende gemacht wurde. An einen Ländergewinn hatte man nur Anfangs und auch damals nur vorübergehend gedacht. Auch dem Plane, die Thronfolge in Polen dem Hause Habsburg zu sichern, war man am Wiener Hofe kühler gegenübergestanden, als gemeiniglich angenommen wird. Es geschah mehr, um die Absichten der Franzosen zu durchkreuzen und den Wünschen eines grösseren Theiles der polnischen Nation zu entsprechen, als in der Erwartung eines Erfolges, dass man im Laufe der Jahre, zumal gegen Ende des Krieges, diese Frage eingehender Erörterung unterzog. Was Kaiser Ferdinand III. in erster Linie erstrebte, als er sich entschloss in die nordischen Wirren einzugreifen und was Leopold I. als erwünschtes Ergebniss aller Mühen und Kosten des mehrjährigen Krieges bezeichnete, war die Abwendung der aus einer bedeutenden Machterhöhung Schwedens dem Kaiser und dem Reiche drohenden Gefahr. Der König von Schweden, dessen deutsche Besitzungen ohnehin eine drückende Fessel für Kaiser und Reich waren, durfte nicht durch die Eroberung Polens Nachbar des österreichischen Herrschers von einer Seite her werden, wo weder Natur noch Kunst schwer zu überwindende Hindernisse gegen feindliche Einfälle boten, wo im Hinblicke auf die religiöse Gesinnung der Bevölkerung eher an eine Förderung als an eine Bekämpfung der Eroberungsgelüste eines protestantischen Fürsten gedacht werden konnte. Diese Gefahr die einige Jahre hindurch den Erbländern ernstlich gedroht hatte, war durch den Frieden von Oliva glücklich beseitigt. Die Schweden hatten keinen wesentlichen Machtzuwachs in Polen erlangt, waren nicht Nachbarn der Oesterreicher geworden, vielmehr hatten die empfindlichen Niederlagen, die sie in der zweiten Hälfte des Krieges erlitten, ihren Ruhm und zugleich ihre Kriegslust wesentlich gemindert und die bedenklichen Unruhen, die in dem von Parteiungen heimgesuchten Lande als nothwendige Folge der Niederlagen im Felde ausgebrochen waren, gaben — zumal Karl Gustavs Tod die Wirren zu dauernden zu gestalten versprach — dem österreichischen Herrscher die berechtigte Hoffnung, dass die Schweden für einige Zeit auf den Kampf mit dem Kaiser und mit dessen Verbündeten

verzichten würden. Als einen weiteren grossen Erfolg dieses Krieges hat man es am Hofe Leopolds angesehen, dass es gelungen war, die Truppen, die zu entlassen mit Rücksicht auf die von allen Seiten drohende Gefahr bedenklich, deren Erhaltung in den Erbländern aber im Hinblicke auf die immer zunehmende Geldnoth unmöglich war,[1] in fremden Ländern, auf Kosten fremder Fürsten zu ernähren[2] und für den Moment bereit zu halten, wo man ihrer für den Kampf gegen die Ungläubigen bedurfte. Die Rücksicht auf diese östlichen Staaten Europa's, auf das immer deutlicher hervortretende Bestreben der Pforte den Kampf mit Oesterreich wieder aufzunehmen, war ein weiterer Grund der Freude, mit der man die Nachricht von der Beendigung der nordischen Wirren in Wien aufnahm. Hier wird man auch einsetzen müssen, wenn man zu einer richtigen Würdigung der Bedeutung des Oliva'er Vertrages gelangen will. Denn für uns kann kein Zweifel darüber bestehen, dass das Resultat des Friedens durchaus nicht so erfreulich war, als es dem Wiener Hofe unter dem Drucke der Verhältnisse erschien. Es ist wahr, Oesterreich verlor keine Quadratmeile seiner Besitzungen; aber es musste ruhig zusehen und seine Einwilligung dazu geben, dass die Schweden, deren verstorbener Herrscher Jahre lang die Waffen gegen Leopold geführt, an allen Enden Europa's gegen ihn geschürt und intriguirt, seine Wahl zum deutschen Kaiser hatte verhindern wollen und dann als eines der thätigsten Mitglieder des Rheinbundes gegen das Reichsoberhaupt gearbeitet hatte, ungestört in den vollen Besitz ihrer Reichsländer gelangten, die ihnen in schweren Kämpfen und mit dem Blute so viel Tausender entrissen worden waren. Es ist wahr, die kaiserlichen Truppen hatten Jahre lang auf Kosten der Polen gelebt; aber Leopold bezahlte die Erhaltung dieser Truppen

[1] Auf die Bedeutung der Finanzlage für die auswärtige Politik jener Zeit kann nicht oft genug hingewiesen werden. Ich habe diese Dinge in anderem Zusammenhange betont. Vergl. „Die niederösterreichischen Stände und die Krone in der Zeit Leopold I." Mitth. des Inst. f. österr. Gesch. XIV. 588 ff.; woselbst auch die einschlägige Literatur verzeichnet ist.

[2] In seiner Finalrelation erklärt E. Pufendorf, — Helbig, der Bericht des Esaias Pufendorf, p. 25, — der in den siebziger Jahren am Wiener Hofe verweilte, es sei „principale arcanum dominationis Caesareae, einen starken Exercitum in Imperio zu haben und man es zu unsern Zeiten bei den polnisch-dänischen Kriegen gesehen, dass der Kaiser niemals gemeinet, einige Occasion, selbiges ins Werk richten zu können, zu verabsäumen". Nur waren es ebenso Gründe financieller als politischer Natur, die Leopold I. dazu veranlassten.

mit der Neigung und dem Vertrauen der polnischen Nation. Der Name, der zu Beginn des Krieges von dem grössten Theile des Volkes und von der Mehrzahl der Adeligen mit Bewunderung und Ehrfurcht ausgesprochen worden war, galt jetzt als der gehassteste in Polen. Es ist wahr, Leopold setzte es durch, dass er als Bundesgenosse der Polen Aufnahme in das Vertragsdocument fand, dass ihm Garantie gegen Einfälle der Schweden in die Erbländer geleistet wurde; aber dieser Schutz gegen die Schweden wurde bezahlt mit den vielfachen Demüthigungen, die man erdulden musste, mit dem steigenden Ansehen Frankreichs. In diesem Sinne wird man den Frieden von Oliva als eine schwere moralische Niederlage des Hauses Habsburg bezeichnen müssen. Hatte der Friede von Vervins (1598) das Uebergewicht Frankreichs über Spanien, jener von Münster das Frankreichs über den Kaiser entschieden, so bestätigten die Verträge von 1659 und 1660 die Ergebnisse der früheren und sicherten dem Hause Bourbon die leitende Stellung in der europäischen Staatenwelt. Die Suprematie des Hauses Habsburg war an die Bourbonen übergegangen; die Aufgabe, die Heinrich IV. begonnen, hatte Mazarin zu Ende geführt. Man wird die österreichischen Herrscher nicht von der Schuld freisprechen können, zu diesem Ergebnisse beigetragen zu haben. Weder Ferdinand III. noch Leopold I. besassen die Energie und den Muth des Wagens, ohne die man nun einmal in der Welt nichts Grosses erreichen kann. Sie hatten beide in allzu ängstlicher Besorgniss vor möglichen Gefahren und Verlusten den günstigen Augenblick vorübergehen lassen, in dem durch ein zielbewusstes, energisches Vorgehen bedeutende Erfolge hätten errungen werden können. Erfüllt von der Verpflichtung, das von den Vätern übernommene Besitzthum unvermindert ihren Nachfolgern zu hinterlassen, hatten sie das leichte Blut und den frischen Wagemuth nicht, das Erworbene auf's Spiel zu setzen, um Grösseres zu gewinnen.

Freilich wird man, um nicht ein ungerechtes Urtheil über die Politik der deutschen Habsburger zu fällen, gut thun, zu erwägen, dass es keinen Fürsten der Welt gab, dem es so schwer geworden wäre, wie dem Herrscher Oesterreichs, nach einer Richtung hin mit dem Aufwande aller ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zu wirken. Seine Stellung als weltliches Haupt der Christenheit und die Verpflichtungen, die er als König von Ungarn hatte, machten es ihm unmöglich, mit seiner ganzen Macht gegen die Franzosen zu streiten;

seine Würde als deutscher Kaiser und seine westlichen Erbländer hielten ihn davon ab, den Krieg im Osten Europa's als alleinige Aufgabe seines Lebens aufzufassen. Der Herrscher Oesterreichs musste immer damit rechnen, dass die Türken eine entschiedene Niederlage des Kaisers durch die Franzosen zu einem neuen Vorstosse gegen Ungarn benützen, dass die Franzosen keinen Augenblick zögern würden, den durch den Kampf mit den Osmanen geschwächten österreichischen Fürsten in seinen westlichen Erbländern anzugreifen. Diesen verschiedenartigen Ansprüchen zu genügen, wären, wie ein neuerer Schriftsteller treffend bemerkt hat, eine fortdauernd überlegene Staatsleitung und die Mittel einer machtvoll geschlossenen Monarchie nothwendig gewesen. Ueber die letzteren verfügten die Herrscher Oesterreichs aber nicht und darum glaubten sie ihre Kräfte schonen zu müssen, nicht alles auf eine Karte setzen zu dürfen, sich mit halben Erfolgen begnügen und die endgiltige Austragung der grossen Streitfragen, die Oesterreichs Stellung in Europa bedingten, der Zukunft überlassen zu sollen. Diese Rücksicht auf ihre schwierige Stellung, auf ihre geringen Mittel, und auf die Bedürfnisse des Augenblickes war es, die Ferdinand III. und Leopold I. zu jener zaghaften Haltung im nordischen Kriege bewogen hat, diese Rücksicht war es auch, die Leopold die Resultate des Oliva'er Congresses in so rosigem Lichte erscheinen liess. Und wie Leopold dachte die Mehrzahl seiner Räthe, der grösste Theil seines Volkes. Die wenigen aber, die einen klaren Einblick in die Verhältnisse besassen, hielten es nicht für angezeigt, ihren Bedenken in einem Augenblicke Ausdruck zu verleihen, wo nur die feste Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Haltung dem jugendlichen Kaiser den Muth verleihen konnte, die kaum aus der Hand gelegten Waffen zum Kampfe gegen die Ungläubigen zu ergreifen.

Zu diesen letzteren Männern hat unzweifelhaft auch Lisola gehört. Wir haben seine Thätigkeit in Oliva, wenn auch nur in Umrissen kennen gelernt; wir haben gesehen, wie er gegen seine sonstige Gepflogenheit mit dem Wiener Hofe in dem Wunsche übereinstimmte, den Frieden geschlossen zu sehen; wie er unablässig darauf bedacht war den Ausbruch eines österreichisch-französischen Krieges zu verhindern. Niemand, der Lisola kennt, wird behaupten können, er habe dies gethan, weil er kein Verständniss für die Demüthigungen besass, die der Kaiser dulden musste, oder weil er die Schmach, die Frankreichs Vorgehen für Oesterreich bedeutete, weniger hart

empfunden hätte als irgend ein anderer. Wie kaum ein Zweiter wusste Lisola, wie unbillig nicht nur die Gegner, sondern auch die Freunde und Bundesgenossen des Kaisers über diesen und seine Regierung sprachen, wie kaum ein Zweiter hatte er eine klare Vorstellung von den grossen Einbussen, die des Kaisers Ansehen in diesen wenigen Jahren in ganz Europa erlitten hatte. Und wie hätte er, der immer einem energischen Vorgehen das Wort geredet hatte, der für den Krieg eingetreten war, dem es des Lebens grösste Freude gewesen wäre, seinen Herrn als Leiter der europäischen Politik zu sehen, nicht bitteren Schmerz darüber empfinden sollen, dass nicht er, sondern de Lumbres der Held des Congresses war, dass er nur nach schweren Kämpfen und gleichsam als ein Geschenk aus der Hand des freigebigen Franzosen die für die Sicherheit der Erbländer unentbehrlichen Zugeständnisse erhielt. Wer war ferner besser als Lisola davon unterrichtet, dass der Schwede durch den Frieden nicht versöhnt war, dass der Brandenburger dem Kaiser grollte, dessen Missgunst er den üblen Ausgang der Verhandlungen zuschrieb, dass der Däne dem österreichischen Herrscher zürnte, in dessen zögerndem Vorgehen er die Ursache seiner Niederlage erblickte, dass der Russe von dem tiefsten Hasse gegen Leopold erfüllt war, weil derselbe seine Erbfolge- und Eroberungspläne durchkreuzt hatte.

Wenn trotz alledem auch Lisola mit Freuden die Nachricht von dem Abschlusse des Friedens an seine Regierung übermittelte, so geschah dies, weil auch er im Hinblicke auf die von Osten drohende Gefahr den Friedensschluss für dringend geboten und weil er es für zwecklos hielt, den ohnedies schwankenden Herrscher durch eine zu scharfe Betonung der trotz des Friedens vom Nordosten und Westen Europa's den Oesterreichern drohenden Gefahren einzuschüchtern. Nur darin unterschied er sich von den Uebrigen, die in diesem Punkte mit ihm einer Meinung waren, dass er sich nicht damit begnügte von den Schäden zu schweigen, die der Kaiser erlitten hatte, sondern im Interesse des kaiserlichen Ansehens nach Gründen suchte, die der Welt das Zurückweichen seiner Regierung als etwas anderes als Schwäche und Furcht erscheinen lassen konnten. Seinem erfinderischen Geiste wurde es nicht schwer solche zu entdecken. Sollte der Friede nicht als das erscheinen, was er war, als das nothwendige Ergebniss einer überaus zaghaften, lediglich die Erhaltung des Ererbten in's Auge fassenden, durch die stete Rücksicht auf die verschiedenen Interessen bedingten Politik der Herrscher Oester-

reichs, so musste man denselben von einem höheren Gesichtspunkte aus zu rechtfertigen suchen. Nicht für sich, sondern für den katholischen Glauben, für seine Freunde und für die Unterdrückten musste Leopold gekämpft haben, wenn das Ergebniss des mehrjährigen Krieges als ein Sieg der Kaiserlichen bezeichnet werden sollte. Dahin war denn auch das Streben Lisola's in erster Linie gerichtet.[1] Indem er der Welt laut und vernehmlich verkündete, dass Leopold durch sein Vorgehen bewiesen habe, dass Aufopferung zu Gunsten einer grösseren Gemeinschaft nicht bei Ludwig XIV., sondern beim Kaiser zu finden sei, indem er das Resultat des Friedens von Oliva als eine Grossthat kaiserlicher Gesinnung hinstellte, wurde es ihm möglich, den Verbündeten gegenüber von ihrer moralischen Verpflichtung zu sprechen, bei Gelegenheit durch entschiedenes Eintreten für die Interessen Leopolds wenigstens theilweise den Dank abzutragen, den sie dem Kaiser schuldeten. Was Lisola sich unter dieser entsprechenden Gelegenheit dachte, ist unschwer zu errathen. Gab es ja doch nur einen Gedanken, der seinen Geist beschäftigte, nur einen Wunsch, der seine Seele erfüllte: Rache zu nehmen an dem Manne, vor dem er sich hatte beugen müssen, den König und das Volk zu demüthigen, die sich die ersten der Welt dünkten, deren Hochmuth immer sichtbareren Ausdruck erhielt; des Kaisers Truppen siegreich im Herzen Frankreichs, sich selbst beschäftigt zu sehen, den Vertrag zu unterzeichnen, der dem Uebergewichte Frankreichs in Europa ein Ende machen sollte. Jahre vergingen, ohne dass Lisola seinen Wunsch der Verwirklichung näher kommen sah; noch manche Enttäuschung war ihm beschieden, noch manche bittere Erfahrung musste er machen, bis der Tag erschien, an dem er die Mehrzahl der europäischen Fürsten geeinigt sah in dem Entschlusse, das französische Joch abzuschütteln, die Ketten zu zerreissen, durch die der stolze König seine zahlreichen Gegner gefesselt hielt. Aber die Ueberzeugung, dass er dazu bestimmt sei, an diesem grossen Werke mitzuwirken, dass er den ersehnten Tag der Rache erleben werde, gab ihm den Muth, allen Gefahren und Mühen zu trotzen und unentwegt auf der betretenen Bahn fortzuschreiten; auch dann, als die eigene Regierung, in ihrer Kurzsichtigkeit und in ihrem Unverstande die Bedeutung seines Wirkens verkennend, sich von ihm abwendete. Er sah sein Ziel vor Augen und strebte demselben rastlos und muthvoll entgegen.

[1] In diesem Sinne schrieb er auch dem Kaiser am 5. Mai 1660. St.-A. (Pol.)

Elftes Kapitel.

Die polnische Successionsfrage.

1660—1662.

Mit zu den traurigsten Erfahrungen, die ein Diplomat machen kann, gehört es wohl, an dem Hofe, an dem man mit Jubel empfangen wurde, mit scheelen Augen angesehen zu werden, zumal wenn dieser Wechsel der Gesinnung nicht eigenem, sondern dem Verschulden dritter Personen zugeschrieben werden muss. In diese peinliche Situation des ungern Geduldeten war im Laufe der Jahre Franz von Lisola gerathen. Er war im Frühjahre 1657 von Johann Casimir und von dessen Gemahlin, wie von der Mehrzahl der polnischen Adeligen, als der Retter in der Noth begrüsst worden, man hatte ihn mit Ehren überhäuft, seinen Rath in allen verwickelten Fragen der Politik gesucht, man hatte ihm die Ordnung der schwierigsten Angelegenheiten anvertraut und sich seinen Verfügungen auch dann unterworfen, als man den eigenen Vortheil durch dieselben nicht entsprechend berücksichtigt fand. Dieser Periode des unbedingten Vertrauens war eine des Schwankens gefolgt. Das zögernde Benehmen der Wiener Regierung, die geringe Geneigtheit derselben, den Kampf gegen die Schweden im ausschliesslichen Interesse der Polen zu führen, der immer deutlicher hervortretende Egoismus der oesterreichischen Politik halfen den Wechsel in der Gesinnung der Polen beschleunigen. Mit tiefem Kummer musste Lisola wahrnehmen, wie durch das Verschulden des Wiener Hofes die Freundschaft des Königs und des Volkes in Polen in entschiedene Feindschaft umschlug, wie die auf eine günstige Gelegenheit lauernden Gegner des Kaisers die Fehler desselben geschickt zu benützen, sich das Vertrauen und die Neigung Johann Casimirs und seiner Umgebung zu erwerben wussten. Es war der unermüdlichen Thätigkeit des kaiserlichen Gesandten gelungen, dem Ansturme der zahlreichen Feinde lange Stand zu halten, ihnen den Sieg, den sie oft schon errungen zu haben wähnten, streitig zu machen. Allein darüber täuschte er sich keinen Augenblick, dass nicht Neigung für das Haus Habsburg, sondern politisch gebotene Rücksichtnahme auf dasselbe die polnische Nation davon abgehalten hatte, den gänzlichen Bruch mit dem Kaiser herbeizuführen, und dass er selbst jeden Er-

folg mit der Freundschaft einer grösseren Anzahl hervorragender Männer bezahlen musste. Auf Dankbarkeit eines Einzelnen oder einer Nation zu rechnen, fiel Lisola übrigens gar nicht ein. Er gehörte nicht zu der grossen Zahl jener, die von anderen mehr als von sich selbst fordern; und er selbst vertrat den Grundsatz, dass die Politik nicht Gefühlssache sei, dass das Herz in Fragen des öffentlichen Interesses schweigen müsse. Auch hatte er bei dem, was er zu Gunsten der Polen gethan, wahrlich nicht an deren besonderes, sondern an das allgemeine und an das speciell oesterreichische Interesse gedacht. Die Polen zu opfern, wenn ihr Untergang zu einem merklichen Machtzuwachse des Hauses Habsburg führen konnte, hätte Lisola gewiss keinen Augenblick gezögert. Er war es ja, der in einer Zeit, als der Schwedenkönig im Siegeszuge Polen durcheilte, da jeder Widerstand gegen den Eroberer unmöglich schien, seiner Regierung vorschlug, sich mit den Siegern in die Beute zu theilen; er war es, der im Jahre 1659, als die Gefahr eines schwedisch-polnischen Bündnisses drohte, seiner Regierung in einem breit ausgeführten Gutachten eine Einigung mit dem Grossfürsten von Moskau empfahl, deren Endziel die Theilung Polens bilden sollte.[1] Alles, was sich dann im Laufe des Winters 1659/60 ereignete, konnte nur dazu beitragen, die Abneigung der Polen gegen Lisola zu steigern, der ihre Pläne so klar durchschaute, so meisterhaft durchkreuzte, der weder durch Drohungen, noch durch Bitten zu bewegen war, von dem Wege abzuweichen, auf dem zu verharren das Interesse seiner Regierung erheischte. So war es gekommen, dass Lisola nach dem Abschlusse der zu Oliva gepflogenen Berathungen der bestgehassteste Mann in Polen war, dass die in ihren Interessen schwer geschädigte Nation nicht die Schweden, die den Krieg begonnen und mit seltener Grausamkeit geführt hatten, sondern den Kaiser, der doch in erster Linie den Untergang Polens verhindert hatte, insbesondere aber jenen Mann hasste, der durch seine unermüdliche Thätigkeit am meisten dazu beigetragen hatte, seine Regierung schrittweise zur Theilnahme an dem Kriege zu bewegen und der ebenso entschieden als die Polen selbst die Ausschreitungen der oesterreichischen Truppen und die starke Belastung des polnischen Volkes verurtheilte.

[1] Vergl. auch Puf. De rebus gestis a Carolo Gust., VII. § 4; Fried. Wilhelm VIII. § 48.

Persönlich hat Lisola den Hass der Polen nicht bitter empfunden. Er trug denselben ebenso geduldig als ihre Neigung in früherer Zeit und blieb nach wie vor darauf bedacht, das Interesse seiner Regierung zu wahren und den weitaussehenden Plänen der Feinde Oesterreichs in Polen entgegenzuarbeiten. Es waren vornehmlich zwei Ereignisse, die Lisola fürchtete, den Abschluss eines schwedisch-polnischen Bündnisses und die Erledigung der polnischen Successionsfrage zu Gunsten eines französischen oder franzosenfreundlichen Prinzen. Er wusste, dass der Friede diese Gefahren nicht beseitigt hatte, dass die Verhandlungen über ein polnisch-schwedisches Bündniss seit langem im Zuge waren, dass Mazarins Bemühungen, die Thronfolgefrage zu Gunsten der Franzosen zu ordnen, bereits zu manchem Erfolge geführt hatten. Die Grösse der Gefahr, die dem deutschen Reiche, zumal aber dem oesterreichischen Herrscher aus einer dauernden Einigung der Schweden und der Polen erwachsen musste, wenn ein Franzose den polnischen Königsthron einnehmen sollte, hatte Lisola seiner Regierung im Laufe der Jahre wiederholt vorgestellt. Jetzt, nachdem der Friede geschlossen war, hielt er es für seine Pflicht, den Nachweis zu liefern, dass die Gefahr nicht beseitigt, dass es vielmehr Aufgabe Leopolds und seiner Minister sei, durch geschickte Massregeln die von langer Hand her geplanten Unternehmungen der beiden Erbfeinde des Hauses Habsburg zu durchkreuzen. In diesem Sinne verfasste er noch im Laufe des Monates Mai 1660 ein ausführliches Memoire über die Zustände und Pläne des polnischen Hofes, ein publicistisches Meisterwerk, geeignet, die seltene Fähigkeit Lisola's, verwickelte Stoffe klar zu behandeln, in's rechte Licht zu setzen.

„Die Polen streben jetzt, äussert sich Lisola, ein Bündniss mit den Schweden an, um gegen die Russen zu kämpfen; die Anhänger der französischen Partei unterstützen diese Bestrebungen in der Hoffnung, durch das schwedische Bündniss Waffen für ihre Pläne in der Thronfolgefrage zu gewinnen. Auch die Schweden sind für das Bündniss, nur wünschen sie, dass dasselbe nicht allein gegen die Russen, sondern gegen Jedermann gerichtet sei, da sie auf diese Weise die Polen zu Feinden Oesterreichs machen zu können hoffen. Die Königin ist sehr für das Bündniss eingenommen, denn sie misstraut uns jetzt und fürchtet, falls sie sich jetzt für einen Oesterreicher entscheiden würde, von Frankreich in einen neuen Krieg mit den Schweden verwickelt zu werden. Schlippenbach, Schwedens

Vertreter und Akakia, Frankreichs Abgesandter, trachten mit allen Mitteln die Oesterreicher hier unmöglich zu machen und glauben dies am ehesten zu erreichen, indem sie meine Stellung hier untergraben. Der König hat mir im Vertrauen mitgetheilt, was sie alles gegen mich vorgebracht haben. Ich weiss nun, dass die Schweden jetzt unmöglich gegen Russland kämpfen können wegen des Vertrages von 1658, wegen der Stände und im Hinblicke auf den Zustand ihres Reiches; aber Schlippenbach sucht geschickt die Polen hinzuhalten; denn der Schweden und der Franzosen Hauptbestreben ist dahin gerichtet, Oesterreich von der Nachfolge in Polen auszuschliessen. Die Franzosen wollten ursprünglich, dass die Polen den Schweden eine Geldentschädigung für die Rückstellung Preussens anbieten und erklärten sich ihrerseits bereit, die Summe zu erlegen, wogegen die Polen ihnen einige Orte in Preussen überlassen sollten. Auf diese Weise dachten sie in Polen festen Fuss zu fassen. Wir haben dies zu ihrem grossen Verdrusse zu verhindern gewusst. Dass die Königin sich mit der Nachfolgefrage beschäftigt, ist gewiss; sie will den Beschluss durchsetzen, dass jeder, der gewählt werden will, sich verpflichten muss, ihre Nichte zu heirathen; dadurch hofft sie sich alle zu verbinden und sich dann für den geeignetesten entscheiden zu können. Sie hat zu diesem Zwecke schon die Senatoren bearbeitet. Ihr müssen wir entgegenarbeiten, denn jeder, der die Verhältnisse genau kennt, wird wissen, dass für Oesterreich nichts wichtiger ist, als den Rücken sicher und gute Freundschaft mit den Polen zu haben. Denn wenn die Herrschaft in Polen auf das französische oder auf ein anderes Oesterreich feindliches Haus übergeht, werden ungeheuere Schwierigkeiten daraus für uns entstehen; sowohl in Ungarn, Siebenbürgen, in der Moldau und bei der Pforte wird dies Anlass zu neuen Parteiungen gegen uns geben, so dass wir unfähig werden, dem gemeinsamen Feinde Widerstand zu leisten. Die Macht Frankreichs wird aber ungemein wachsen und da es im Hinblicke auf die gegenwärtigen Verhältnisse wahrscheinlich ist, dass wir freiwillig oder gezwungen mit den Türken werden kämpfen müssen, liegt ausserordentlich viel daran, dass wir für diesen Fall der treuen Nachbarschaft der Polen sicher sind, auf dass sie mit uns den Kampf gegen die Ungläubigen führen, oder uns wenigstens in diesen Kämpfen nicht hinderlich im Wege stehen. Gelingt es aber den Franzosen, sich hier festzusetzen, oder einen ihrer Anhänger einzuführen, dann hat der Kaiser von Polen aus immer Feindseligkeiten zu fürchten und

kann sich nie sicher in den Krieg mit den Türken einlassen, wenn er Frankreich von Polen, Schweden von Pommern aus für seine Erbländer zu fürchten hat. Denn da diese beiden Mächte sich leicht bei dieser Gelegenheit einigen können, würde unsere Ruhe von ihrem Wohlwollen abhängen; überdies aber würde diesen Mächten stets die Gelegenheit geboten sein, im Hinblicke auf die Nachbarschaft des Besitzes die Andersgläubigen in Schlesien und Ungarn aufzureizen, die Unzufriedenen zu unterstützen, die Flüchtlinge aufzunehmen, Zwiespalt in die Erbländer zu bringen und auf diese Weise den Untergang des Hauses Habsburg im deutschen Reiche zu bewirken, was sie durch so viele blutige Kriege nicht vermocht haben. Darin aber besteht die grösste Sicherheit E^r^ M., dass Franzosen und Schweden, durch so viele Länder von einander getrennt, keine Verbindung unter sich haben, durch die sie im Stande wären mit vereinten Kräften in die Besitzungen E^r^ M. einzufallen. Jetzt kann Frankreich in die österreichischen Provinzen nicht einfallen, ohne das Reich und die Gebiete der meisten Reichsfürsten und den deutschen Frieden selbst zu verletzen, so dass in einem solchen Falle Alle kraft der eingegangenen Verpflichtungen und ihres eigenen Interesses wegen sich genöthigt sehen werden, dem Kaiser Hilfe zu leisten. Gelingt es aber den Franzosen, in Polen festen Fuss zu fassen, dann wird es ihnen leicht sein, ohne Verletzung des Reichsfriedens und der Besitzungen der übrigen Reichsfürsten mit den Schweden vereint in Schlesien und Ungarn einzudringen und die Reichsfürsten werden in diesem Falle sich in den Krieg einzumischen unterlassen. Auch der Brandenburger wird nicht in der Lage sein, eine so gefährliche Freundschaft mit dem Kaiser zu pflegen, vielmehr nolens volens sich im Hinblicke auf die Lage des Herzogthums Preussen den Franzosen anschliessen müssen, so dass dem Kaiser von allen Seiten Gefahren drohen, denen alsogleich und mit der grössten Kraftentfaltung begegnet werden muss.

Wir müssen also ernstlich berathen, was in der Thronfolgefrage zu thun ist; Gefahr ist im Verzuge; wir müssen den Anderen zuvorkommen."

Die Frage der Entscheidung für oder wider einen österreichischen Candidaten will Lisola nicht erörtern. Er hatte schon so oft seine Ansicht kundgethan, für die Annahme, aber zugleich für eine entsprechende Bethätigung in diesem Sinne geschrieben, dass er es für zwecklos hielt der Wiener Regierung nochmals ausführlich darüber zu berichten.

„Nur das bemerke ich, fährt er fort, als eine unbestreitbare Wahrheit, dass es nothwendig ist, entweder energisch dafür einzutreten, dass ein Oesterreicher gewählt wird, oder wenigstens durchzusetzen, dass die Wahl auf keinen Franzosen und auf keinen Clienten der Franzosen fällt.[1] Um dies zu erreichen ist es nothwendig, eine starke Partei in Polen zu bilden. Die Königin muss entweder gewonnen werden, — in diesem Falle haben wir keinen weiteren Widerstand zu fürchten — oder es muss — falls dies zu erreichen sich als undurchführbar erweisen sollte — darauf bestanden werden, dass zu Lebzeiten des Königs kein Nachfolger gewählt wird, da nach dem Tode des Königs die Macht der Königin unter allen Umständen um ein bedeutendes sinken wird.

Die Ansammlung eines starken Truppencorps an den Grenzen Polens, wozu die mit den Türken drohenden Kämpfe den erwünschten Vorwand geben könnten und die Verhinderung des polnisch-schwedischen Bündnisses sind nach Lisola's Ansicht weitere Mittel zur Beseitigung der von Frankreich und Schweden drohenden Gefahr.[2]

Lisola täuschte sich nicht, als er in seinem Gutachten von der Nothwendigkeit sprach, sich in der Thronfolgefrage baldigst zu entscheiden. Noch bevor Kolowrat, Oesterreichs erster Gesandter auf dem Congresse zu Oliva, Polen verliess, hatten sowohl Marie Louise

[1] Lisola erörtert in diesem Gutachten auch die Chancen der Fürsten, die ausser den österreichischen und französischen für diese Stelle in Betracht gezogen werden könnten. Unter den Deutschen kennt er keinen, der von Oesterreich ohne Gefahr unterstützt werden könnte; den Herzog Jakob von York hält er im Hinblicke auf die Abstammung von einer Französin und mit Rücksicht auf die eigene Gesinnung für gefährlich. Bezeichnend ist, dass er bereits damals darauf hingewiesen hat, dass der Wiener Hof, falls er nicht die Candidatur eines Oesterreichers wolle, am sichersten die eines Polen fördern könnte. „Viele aus den ersten Familien, schreibt er, welche sowohl das öffentliche Wohl als auch den Privatvortheil im Auge haben, scheinen dahin zu neigen und auf geheimem Wege dafür zu wirken, dass ein Pole gewählt werde, indem sie behaupten, ein Pole werde mehr Herz für die Polen haben als ein Fremder, auch sei bei ihm mehr als bei einem Fremden auf Dankbarkeit für das Gethane zu rechnen." Es wird dies, meint Lisola, voraussichtlich auch das beste sein; denn es ist das einzige Mittel, die Theilung des Reiches zu verhindern, die Franzosen zu schädigen und dem Kriege vorzubeugen, welcher unzweifelhaft der Wahl eines Fremden folgen würde. Lubomirski erscheint dem kaiserlichen Gesandten damals als der allein mögliche polnische Candidat. Memorial Lisola's vom Mai 1660. (Pol.)

[2] Ebendaselbst.

als auch ihr Gemahl die Gelegenheit wahrgenommen, eine bestimmte Erklärung von Leopold I. darüber zu fordern, ob er für seinen Bruder Karl die Krone Polens anstrebe und ob er bereit sei, diesen seinen Bruder zur Erziehung nach Polen zu senden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Marie Louise mit dieser Anfrage an den Kaiser nichts anderes bezweckte, als durch die voraussichtliche Weigerung Leopold I. eine Erklärung zu unterzeichnen, die dem freien Wahlrechte der Polen entschieden widersprochen hätte, ihren Gemahl von der Aussichtslosigkeit seiner Idee einer österreichischen Candidatur zu überzeugen. Ihr Plan glückte. Dass Kolowrat und Lisola mit einer bestimmten Erklärung bis nach Erhalt der kaiserlichen Weisung verziehen wollten, reichte hin, dem ohnehin schwankend gewordenen Könige die Ueberzeugung beizubringen, dass es Oesterreich mit der Candidatur Karls nicht ernst meine. Zu gleicher Zeit gelang es der Königin, vornehmlich mit Hilfe der von Frankreich reichlich zur Verfügung gestellten Gelder, eine grosse Zahl der Adeligen für ihre Pläne zu gewinnen, vor allem für die Abschaffung des liberum Veto und für die Einführung einer Majoritätsabstimmung, worauf die Königin drang, da sie wusste, dass es ihr niemals gelingen werde, alle stimmberechtigten Mitglieder des Reichtages für ihre Anschauungen zu gewinnen. Lisola, der sich der Weisung seines Hofes entsprechend von Oliva nach Warschau begab, um daselbst die Interessen des Kaisers wahrzunehmen, wusste sich über all' diese Pläne der Königin und ihres Anhanges genau zu orientiren. Es überraschte ihn daher nicht, als er am Hofe des Königs sogleich die schärfste Oppositon fand, als nicht nur Marie Louise und deren entschiedene Anhänger, sondern auch eine Reihe bis dahin gut Gesinnter jeden Verkehr mit ihm abbrachen, sich zu seinen Feinden gesellten. Seiner Gewohnheit treu, war er sofort darauf aus, den Kampf gegen die überlegenen Gegner aufzunehmen. Die mit der Ratification des Olivaer Vertrages in Verbindung stehenden Verhandlungen[1] gaben ihm die erwünschte Gelegenheit, sich über den Stand der Dinge zu informiren. Lisola fand, dass noch immer eine recht grosse Zahl der massgebenden Persönlichkeiten, dem Bündnisse mit Schweden abgeneigt, von entschiedener Feindschaft gegen den Kaiser und gegen das Haus Habsburg nicht wissen wollte.

[1] Vergl. Schultz, l. c. 78 ff. und die Acten bei Böhm, l. c. II. a. v. O.

Ueberaus geschickt wusste er die Polen durch die Hindeutung auf die Gefahr zu reizen, die ihrer Freiheit durch die Beseitigung des liberum Veto drohe, sie für die Idee eines entschiedenen Widerstandes gegen die absolutistischen Gelüste der Königin zu gewinnen Marie Louise merkte alsbald den Wechsel und kannte dessen Urheber. Sie trat von Neuem an Lisola heran, forderte von Neuem eine bestimmte schriftliche Erklärung des Kaisers, ob er für Karl die Krone erstrebe. Lisola weigerte sich auch diesmal aus den bekannten Gründen ihr Begehren zu erfüllen. Allein jetzt traten auch seine Freunde mit derselben Forderung an ihn heran; auch sie wollten wissen, wofür sie kämpften. Lisola gewann aus ihren Reden die Ueberzeugung, dass sie es mit einer österreichischen Candidatur ernst meinten. Aber Eile und Geld thaten Noth. In diesem Sinne schrieb er nach Wien. Seine Berichte verfehlten nicht, Eindruck zu machen. Man war daselbst mit Lisola einer Ansicht, dass den Worten der Königin nicht zu trauen, dass von ihr nichts Gutes zu hoffen sei, dass man aber im Hinblicke auf die von Frankreich drohende Gefahr die Anerbietungen derselben nicht ablehnen, vielmehr Geneigtheit zeigen müsse, dieselben zu acceptiren. Lisola erhielt daher Befehl, Johann Casimir und dessen Gemahlin mündlich zu erklären, der Kaiser danke für die gute Gesinnung, freue sich über die Sehnsucht der Polen seinen Bruder Karl zu sehen; er wünsche dem Könige ein langes Leben, begehre aber zu vernehmen, wie dieser über die Nachfolge in Polen denke.[1] Nur für den Fall einer directen Anfrage sollte Lisola im Namen des Kaisers der drei Prinzen aus dem Hause Habsburg Erwähnung thun, die für die Wahl in Betracht kämen,[2] über Karl nur bemerken, dass er jung und unerfahren, zur Heirath mit der Nichte der Königin aber am geeignetesten sei.

Die Weisung seines Hofes traf den kaiserlichen Gesandten im Bette; eine hartnäckige Krankheit, die ihn schon oft in der Ausübung seines Berufes gestört hatte, hielt ihn an's Haus gefesselt, ein Zwischenfall, den er um so lebhafter bedauerte, als gerade damals in Folge neu eingetretener Differenzen zwischen der Königin und Mazarin, der nicht in allen Stücken die Pläne der ehr-

[1] Weisung vom 15. Sept. 1660. St.-A. (Pol.)

[2] Die drei Prinzen waren Leopold Wilhelm, des Kaisers Oheim, Sigmund von Tirol und Karl.

geizigen Dame gutheissen wollte,[1] die Aussichten auf ein erfolgreiches Wirken sich wesentlich gebessert hatten. Kaum gesundet, begab sich Lisola an den Hof. Seine Aufnahme war freundlicher als seit langem. Dass die Königin im Eifer des Gespräches in heftige Vorwürfe gegen ihn ausbrach, ihm die Schuld daran beimass, dass die günstige Gelegenheit, die Wahlfrage im Sinne der Oesterreicher zu erledigen, vorüber gegangen sei, sah Lisola mit Recht als einen Beweis dafür an, dass sie der Franzosen nicht so sicher war, als vorher. Er gab sich auch gar keine Mühe, ihre Beschuldigungen zu widerlegen; für ihn war nur wichtig, dass sie ihm Kunde von ihren Plänen gab, dass sie als ihr Programm für den künftigen Reichstag die Durchsetzung des Beschlusses bezeichnete, dass die Wahl zu Lebzeiten ihres Gemahls erfolgen, der Erwählte ihre Nichte heirathen und der Wahltag auf dem Reichstage festgesetzt werden sollte. Dass Marie Louise in diesem Falle ihre wahren Absichten kund gab, glaubte Lisola annehmen zu dürfen; die Kenntniss von dem, was sie bezweckte, wurde für ihn eine glänzende Waffe in dem Kampfe, der bevorstand. Um für denselben vollkommen gerüstet zu sein, hielt er es für angezeigt, mit den kaiserlichen Räthen persönlich Rücksprache zu nehmen. Es galt, ihnen die Bedeutung des Kampfes auseinanderzusetzen, sie zur Anspannung aller Kräfte zu vermögen. Auch hielt Lisola seine Reise an den Wiener Hof im Hinblicke auf die polnisch-russischen Beziehungen für dringend geboten. Durch die Siege, welche die Polen über die Russen erfochten hatten, waren die Letzteren für die Idee eines friedlichen Ausgleiches gewonnen worden und die Franzosen hatten die günstige Gelegenheit benützt, um ihre Vermittelung anzutragen. Lisola fürchtete im Falle der Annahme derselben für den Kaiser und hatte seinem Hofe dringend gerathen, den Polen die Selbstsucht und den Eigennutz der Franzosen vorzustellen und die Mediation Oesterreichs anzutragen. Seine Auseinandersetzungen hatten dem Wiener Hofe eingeleuchtet; er war beauftragt worden, die Vermittelung des Kaisers in dem russisch-polnischen Conflicte anzubieten.[2]

---

[1] Vergl. dafür die interessanten Mittheilungen in den Mem. de Lumbres' im Par. Archiv, II. Bd. Der Wechsel erfolgte Ende October; bald darauf hatten neue Nachrichten und Versprechungen de Lumbres' den Zorn der Königin gedämpft.

[2] Diese Nachrichten überbrachte der kaiserliche Resident Trachstein. Urk. und Act., IX. 164 f.

Johann Casimir zeigte sich aber der Idee eines Ausgleiches mit den Russen nicht sonderlich geneigt. Gegen die Mediation Leopolds hatte er seinerseits nichts einzuwenden, doch sprach er, die bereits angenommene Vermittelung Frankreichs erwähnend, Zweifel darüber aus, ob die Russen, die sich so oft auf das entschiedenste gegen die kaiserliche Vermittelung ausgesprochen hätten, dieselbe diesmal annehmen würden.[1] Die zahlreichen Gegner Lisola's aber waren, sobald sie Kunde von seinen neuen Anerbietungen erhielten, darauf aus, ihn und seine Sache beim Könige zu verdächtigen. Dass er mit dem Antrage der kaiserlichen Mediation die Bitte verband, Johann Casimir möge, wie die übrigen katholischen Fürsten, seine Unterstützung im Kampfe gegen die Ungläubigen versprechen, benützten sie, um den wankelmüthigen König zu überzeugen, dass des Kaisers Anerbietungen auch in diesem Falle lediglich selbstsüchtigen Motiven entsprungen seien.

Glücklicher Weise erhielt Lisola rechtzeitig von diesen Ausstreuungen Kunde und verfasste sogleich eine Schrift, in der er auf das klarste den Nachweis führte, dass die beiden Fragen gar nichts mit einander zu thun hätten. So gelang es ihm, die Mehrheit der Berathenden zu einer freilich bedingungsweisen Annahme der kaiserlichen Mediation zu vermögen.[2] Unterdess hatten die Minister Leopold I. mit seltener Einmüthigkeit beschlossen, dem Begehren des kaiserlichen Gesandten zu willfahren.[3] Er erhielt den Befehl, so bald als möglich die Reise nach Wien anzutreten. Noch im Dec. 1660 traf er daselbst ein. Wir sind über die Berathungen, die in Wien seitens der Minister und des Herrschers gepflogen worden sind, nicht unterrichtet. Was uns vorliegt ist lediglich ein ausführliches Gutachten Lisola's, in dem er auf die Nothwendigkeit einer Gesandtschaft nach Russland hinweist, für deren baldige Absendung eintritt[4] und alle Gründe anführt, durch die man am russischen Hofe die Annahme der kaiserlichen Mediation erwirken könne. Für die

---

[1] Bericht Lisola's d. d. Krakau 1. Dec. 1660. St.-A. (Pol.)

[2] Die Bedingung lautete dahin, die Polen sollten zur Annahme der kaiserlichen Mediation nur verpflichtet sein, wenn die Russen sie annehmen würden. Zugleich forderten sie, der Kaiser solle den Russen die Mediation nicht im Namen der Polen anbieten, sondern bewirken, dass die Russen den Kaiser ersuchen, die Polen zur Annahme aufzufordern.

[3] Gutachten vom 17. Nov. 1660. St.-A. (Pol.)

[4] Nonnulla advertenda circa missionem in Moscoviam. St.-A. (Russica.)

Bedeutung, die man den Auseinandersetzungen Lisola's beimass, giebt es wohl kein besseres Zeugniss als die Thatsache, dass nicht nur seinem Rathe entsprechend zu Beginn des Jahres 1661 August von Mayern an den Hof Alexei's gesendet wurde, sondern, dass die Instruction, die derselbe erhielt, im wesentlichen nichts als ein Auszug des von Lisola zur Orientirung der kaiserlichen Minister verfassten Gutachtens war. Von Erfolg war die Mission Mayerns allerdings nicht gekrönt; Johann Casimir behielt mit seinem Zweifel an der Geneigtheit der Russen, die kaiserliche Mediation anzunehmen, Recht.

Zu gleicher Zeit mit Lisola war, sehr zu dessen Erstaunen, auch ein Abgesandter des polnischen Königs, Graf Lanckoronski, in Wien erschienen. Er überbrachte dem Kaiser die Versicherung, dass sein Herr von den besten Intentionen für das Haus Oesterreich beseelt sei, ihn jedoch im Interesse der Erhaltung dieser Beziehungen bitten müsse, von einer neuerlichen Absendung Lisola's nach Warschau abzusehen. Als Grund dieses Begehrens bezeichnete Lanckoronski das strafwürdige Vorgehen Lisola's, der einen bei den Salzgefällen beschäftigten Mann, Jaroschin, der sich geweigert hatte, eine dem Könige gebührende Summe zu zahlen, seine Macht als Gesandter missbrauchend, der gerechten Strafe entzogen habe.[1]

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Johann Casimir durch die Königin und deren Anhänger beeinflusst sich entschlossen hat, auf diesem Wege sich Lisola's zu entledigen.

Der Kaiser forderte seinen Gesandten auf, sich zu rechtfertigen. Dies geschah und zwar mit solchem Erfolge, dass die Räthe Leopolds einhellig für die Abweisung des polnischen Begehrens und für die neuerliche Sendung Lisola's nach Polen eintraten.

Zu Beginn des Monates Februar 1661 war dieser wieder in Warschau. Er fand noch kältere Mienen als vorher. Insbesondere Marie Louise vermochte ihre Abneigung nicht zu verhehlen. Sie fasste die Wiederkunft Lisola's als eine persönliche Beleidigung auf, hielt einen Sieg über ihn für eine Ehrensache, und schien bereit, alles zu opfern, um ihr Ziel zu erreichen. Während seiner Abwesenheit war sie, unterstützt durch die Franzosen, unermüdlich in dem Bestreben thätig gewesen, für sich und ihre Sache Anhänger zu werben und es war ihr auch gelungen, zu Czenstochau eine

[1] Memorial Lanckoronski's d. d. 7. Dec. 1660. St.-A. (Pol.)

ganze Reihe bis dahin gut kaiserlich gesinnter Männer zur Unterzeichnung eines Reverses zu vermögen, durch den diese sich zur Förderung der Wahlsache im Sinne Marie Louisens verpflichteten.[1] Lisola wurde, sobald er in Warschau anlangte, von all' dem, was geschehen war, in Kenntniss gesetzt. Nochmals versuchte er auf die Königin einzuwirken, der Versöhnung das Wort zu reden; er bot die weitgehendsten Zugeständnisse an;[2] wie er vorausgesehen, ohne Erfolg. Sprach Marie Louise ihm gegenüber zweideutig, so erklärte sie dem Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg, sie bedürfe der Geschenke des Wiener Hofes nicht.[3] Unter diesen Umständen hielt der kaiserliche Gesandte die Thronfolge eines österreichischen Candidaten für undurchführbar, und beschloss mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften dahin zu wirken, dass von der Wahl vorerst überhaupt Umgang genommen werde. Es gelang ihm den Bischof von Krakau zu gewinnen,[4] mit dessen Hilfe andere. Um die öffentliche Meinung gegen die Königin und deren Pläne einzunehmen, verbreitete er ein aus Paris datirtes Schreiben, in dem die guten Beziehungen Marie Louisens zu Frankreich betont, die Wahl des Herzogs von Enghien[5] als eine bereits abgemachte Sache bezeichnet war. Seine Bemühungen hatten Erfolg; eine bedenklich erregte Stimmung gegen die Königin ward bemerkbar, die auch ihr nicht verborgen blieb.

Sie kannte den Urheber dieses neuen Wechsels; ihr Hass gegen denselben wuchs. Von Neuem drängte sie den König, die Abberufung Lisola's zu fordern. Auf ihren Rath erfolgte diese neuerliche Bitte nicht direct an den Kaiser, sondern an Leopold Wilhelm, den Oheim Leopold I.[6] Aber auch diesen Schlag wusste Lisola zu pariren.

---

[1] Vergl. Urk. und Act. IX. 198 f.

[2] Bericht Lisola's vom 21. Februar 1661. St.-A. (Pol.)

[3] Vergl. für Hoverbecks Thätigkeit Urk. und Act. IX. 236 ff.

[4] Vergl. Urk. und Act. IX. 214. De Lumbres berichtet, (P. A.) l. c., II. der Bischof von Krakau habe sich ihm gegenüber verpflichtet, nicht gegen Frankreich zu agitiren; versprochen mag er das haben, gehalten hat er dann aber das Versprechen gewiss nicht.

[5] Der Herzog Heinrich Julius von Enghien war der Sohn des Prinzen von Condé und hat im Jahr 1663 Anna Henriette Julie, Tochter des Pfalzgrafen Eduard von Pfalz-Simmern und Anna's von Gonzaga, geheirathet.

[6] Johann Casimir an Leopold Wilhelm 11. Juni 1661, St.-A. (Pol.) Für die Klagen der Königin gegen Lisola auch Urk. und Act. IX. 227.

So blieb Marie Louisen nichts übrig, als den Kampf mit ihm auf dem Reichstage aufzunehmen. Sie unterlag in demselben; nicht einen ihrer vielen Pläne hat sie durchzusetzen vermocht. Denn indem Lisola die Eifersucht der Adeligen auf ihre Privilegien ausnützte, gelang es ihm die Mehrzahl derselben gegen die Idee der Vornahme der Wahl zu Lebzeiten des regierenden Königs einzunehmen; indem er die Polen an die nächste Vergangenheit erinnerte und an ihren Patriotismus appellirte, wurde es ihm nicht schwer, den Eigennutz der französischen[1] und der schwedischen Politik nachzuweisen und den Abschluss des polnisch-schwedischen Bündnisses zu verhindern. Der Hass der Königin gegen Lisola kannte jetzt keine Grenzen. Die Begierde sich an dem Manne zu rächen, der ihr so bedenkliche Niederlagen beigebracht hatte, erfüllte ihre Seele ganz. Und wiederum vermochte das rachedürstende Weib den schwachen Gemahl zu bestimmen. Gegen Mitte des Monates Juni 1661 erhielt Lisola den Befehl, den Hof zu meiden; den Senatoren wurde der Umgang mit ihm verboten. Eine Audienz, um die er im Namen des Kaisers bei Johann Casimir ansuchte, wurde ihm verweigert, die Gründe dieser Massregel zu widerlegen untersagt.[2] Dem Zorne der Königin genügte aber das Geschehene nicht. Sie hatte sich seine Ausweisung in den Kopf gesetzt und wollte nicht ruhen, bis es ihr gelungen sei, dieselbe zu erwirken. Eine Gelegenheit, sie neuerdings von Johann Casimir zu fordern, bot sich alsbald. Durch einen seiner Secretäre hatte Lisola dem Landboten Burchacky aus der Bernikow'schen Woiwodschaft einen Theil jener Geldsumme auszahlen lassen, durch die dieses Mitglied des Reichstages bewogen werden sollte, gegen das Wahldecret zu protestiren, ein Vorgang, der gewiss den strengen Grundsätzen der Moral widerspricht, damals aber nicht nur in Polen sondern in ganz Europa gang und gäbe war und von Niemandem weniger hätte beanstandet werden sollen, als gerade von

[1] Es ist übrigens bezeichnend und verdient erwähnt zu werden, dass de Lumbres nach dem Tode Mazarins der Königin Marie Louise gegenüber betonte, der Tod des Ministers werde keine Aenderung in der polnischen Thronfrage zur Folge haben; mais, meinte er, que le Roy s'y porteroit avec d'autant plus d'application, que S. M. prenoit seule tout le gouvernement de sa Monarchie et qu'elle comprenoit combien il luy estoit glorieux et avantageux d'unir en quelque façon ce Royaume au sien, puisque celuyla passant a un Prince de son rang elle pouvoit se promettre de luy la même liaison avecque la France, qui se voit entre la branche d'Allemagne et celle d'Espagne. Mem. de Lumbres, II.

[2] Vergl. Urk. und Act., IX. 202.

Marie Louise, die weniger ihre als die reichlichen Geldmittel Frankreichs dazu verwendete, den Hang des polnischen Adels zum Luxus und zur Ausschweifung für ihre politischen Zwecke auszunützen. Die Königin von Polen veranlasste nun Lubomirski, der Lisola zürnte, da dieser — im Auftrage Johann Casimirs — ihn beim Kaiser in Miscredit gebracht hatte, den Secretär des kaiserlichen Gesandten durch seine Leibgardisten gefangen zu nehmen. Darauf forderte Marie Louise die Entsetzung Burchacky's von allen Aemtern und die Ausweisung Lisola's aus Polen. Im Namen der Senatoren und der Landboten erging das Ersuchen an Johann Casimir, den kaiserlichen Gesandten alsbald auszuweisen.

In einer „brevis informatio, warum Lisola nicht an den Hof kommen darf" wurden die Gründe dieses Vorgehens angeführt. Manches von dem, was in dieser Schrift behauptet wird, entspricht der Wahrheit, vieles erscheint entstellt wiedergegeben, einiges erfunden; aber gewiss ist, dass seitens der Franzosen und ihrer Anhänger noch ungleich grössere Ausschreitungen stattgefunden hatten, ohne dass es dem Könige von Polen eingefallen wäre, von Ludwig XIV. die Abberufung seiner Vertreter zu fordern. Allein gerade das Gegentheil von dem, was Marie Louise mit ihrem Antrage bezweckte, trat ein. Es wurde Lisola nicht schwer den Nachweis zu führen, dass das Vergehen, um dessentwillen sein Secretär getangen genommen worden war, von den Franzosen zu seinem grössfen Bedauern in ungleich erhöhtem Masse begangen werde. Und wie ein Hohn auf Marie Louisens Pläne sah es aus, dass auf Antrag Lisola's gerade die Vertreter Ludwig XIV. den Auftrag erhielten, im Sinne der allen Gesandten und deren Begleitern gewährleisteten Sicherheit die Freilassung des gefangenen Secretärs Lisola's zu fordern So hatte der Pfeil, durch den die Königin Lisola zu treffen meinte, sie selbst getroffen. David, der Secretär, wurde freigelassen; die Adeligen aber murrten über die alles Mass überschreitende Ausnützung der königlichen Praerogative seitens der Königin. „Die Verhaftung des Hofmeisters Lisola's, schrieb Hoverbeck in diesen Tagen seinem Herrn, haben noch gestern verschiedene vornehme Senatoren und viele Landboten sehr übel aufgenommen und sich gar bedenklich beklaget, dass der Erzbischof, wie auch der Landbotenmarschall und zwar jener im Namen sämmtlicher Senatoren, dieser im Namen aller Landboten, auf blosses Anrathen des Hofes sich unterstanden haben, beim Könige um Remotion Lisola's anzuhalten, worauf gegen jene

ein so heftiger Unwille entstanden, dass, wenn die beiden Majestäten sich ihrer mit so grossem Eifer nicht angenommen hätten, ihnen viel Ungelegenheit daraus erwachsen wäre. Da nun durch dergleichen Casus die Confusion mehr und mehr zunimmt und die Gemüther von einander getrennt werden, muthmassen viele, dass die Königin ihre Intention wegen des Wahlnegotiums auf diesem Reichstag schwer wird erreichen können."[1]

Was Hoverbeck vorausgesehen hatte, trat ein. Der Reichstag löste sich auf, ohne dass in der Wahlfrage eine Entscheidung getroffen, ohne dass das Bündniss mit Schweden geschlossen worden wäre. Vergebens sprach der Grosskanzler im Namen Johann Casimirs von ungerathenen Kindern, vergebens suchte Pac durch den Hinweis auf die Zersplitterung der Stimmen, falls erst nach des Königs Tode die Nachfolge geregelt werden sollte, auf die Widerstrebenden einzuwirken; mehr als 30 Landboten blieben bei ihrem Veto.[2] Lisola's Triumph war ein vollständiger. „Die Wahlsache, schrieb er Mitte Juli 1661 an den Kaiser, ist gänzlich abgethan. Die Königin konnte nicht einmal durchsetzen, dass die Frage einer anderen Versammlung zugewiesen wurde. Auch das Bündniss mit den Schweden ist gescheitert, so dass der schwedische Gesandte, an einem Erfolge verzweifelnd, dem in Livland weilenden schwedischen Vertreter geschrieben hat, er möge den Friedensschluss mit den Russen beschleunigen. Den Polen sind die Augen geöffnet, der Grossmarschall verliess, beim Hofe in Ungnade gefallen, die Stadt; der Name Frankreichs ist hier schon verhasst, grosse Bestürzung herrscht bei jener Partei; um so grösser ist daher der Hass gegen mich, dem sie alles zuschreiben. Sie haben mich auch verdächtigt, Reden gehalten zu haben über Dinge, welche ich niemals, obgleich ich gereizt worden bin, berührt habe; allein ich erachte es als ein Glück für mich für E. M. diese Schmach zu ertragen."[3] Kaiser Leopold und seine Räthe schenkten dem Berichte Lisola's mehr Glauben als den Ausstreuungen seiner Gegner am Warschauer Hofe und entschieden sich für ein weiteres Verbleiben des Gesandten in Polen. Zu einer gedeih-

[1] Vergl. Urk. und Act. IX. 270; Schreiben vom 28. Juni 1661.

[2] Urk. und Act. IX. 282.

[3] Lisola's Schreiben vom 18. Juli 1661. St.-A. (Pol.) Wie sehr Lisola's Vorgehen die Franzosen traf, zeigt u. a. das Schreiben Lionne's an Louis de Haro vom 4. Aug. 1661, in dem er sich über das Verhalten Lisola's und des Kaisers in Polen bitter beklagt. Vergl. Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne, I. 33.

lichen Entfaltung seiner Kräfte kam es freilich nicht mehr. Vergebens bemühte er sich auf directen und indirecten Wegen Verzeihung zu erlangen. Das Herz der Königin blieb unerweichlich.

Lisola empfand das traurige seiner Lage bitter; nicht weil er den Hass der Königin und die Verachtung der Höflinge schwer ertragen hätte, wohl aber weil er sich nicht verhehlen konnte, dass seine Stellung der Sache des Kaisers schade. Er entschloss sich daher, sobald seine Ehre dies gestattete, selbst um seine Abberufung einzukommen. Zu Beginn des Jahres 1662 richtete er an Montecuccoli, mit dem ihn Interessen- und Ideengemeinschaft verband, ein Schreiben, in dem er die Nothwendigkeit einer Vertretung des Kaisers auf dem bevorstehenden Warschauer Reichstage betonte, seinen Kummer darüber aussprach, dass all' seine Bemühungen, seine Anwesenheit daselbst zu ermöglichen, gescheitert seien[1] und um seine Abberufung bat.

Noch einmal hat der Wiener Hof sich gegen dieselbe ausgesprochen.[2] Erst auf sein neuerliches Gesuch im Spätsommer 1662 wurde seinem Begehren stattgegeben.[3] So verliess Lisola den Hof Johann Casimirs, ohne von dem Könige Abschied zu nehmen, der ihn vor 5 Jahren mit Jubel empfangen hatte, mit dem Fluche einer Nation beladen, die in ihm einige Zeit hindurch ihren Retter erblickt, später aber ihn gehasst hatte, weil er die Interessen der Allgemeinheit und die seiner Regierung mehr im Auge behielt als die ihren. Erfahrungen dieser Art hatte Lisola schon oft gemacht und sollte sie noch öfter

[1] In der That erliess Johann Casimir im Sinne der Königin zu Beginn des Monates März ein Schreiben, durch das bei hoher Strafe jedem untersagt wurde, Lisola zu beherbergen, und forderte zu gleicher Zeit vom Wiener Hofe die Abberufung Lisola's. 10. März 1662. St.-A. (Pol.) Vergl. Urk. und Act. IX. 323.

[2] Vielleicht mag dazu auch der Brief Masini's an Portia beigetragen haben, in welchem der erstere, ein Augenzeuge der Wirksamkeit Lisola's, versicherte, niemals aufgehört zu haben, einer der begeistertesten Anhänger Lisola's zu sein. Jo l'hò stimato e riverito come soggeto che pochi e forsi niuno pari habbia, cosi ben informato com'egli é delli stati di Europa, dei governi di essi, delli Regnanti supremi e dipendenti, interessi, parentelle, confederationi et fattioni di ciascuno, con la quasi particolarissima notitia dell' inclinationi dei Prencipi e loro Ministri. È di non ordinario studio, e di massima eruditione, di applicatione indefessa, mai otioso, facillissimo e chiaro nel discurso, abbondante di ragioni e quel che più rileva nello spirito di un Ministro, prontissimo alli mezzi per superare quelle difficoltà le quali intoppano il corso degl'affari. Masini an Portia v. 11. Juni 1661. St. A. (Pol.)

[3] Ein Schreiben an Lobkowitz vom 11. August ist aus Breslau; eines vom 9. Sept. 1662 aus Olmütz datirt. Raudnitzer Archiv.

machen. Die Idee aber, für die er in den letzten Jahren seines Aufenthaltes in Polen eingetreten ist, blieb schliesslich siegreich. Nicht ein Günstling Marie Louisens, nicht der Herzog von Enghien, nicht der Prinz von Condé, sondern ein Pole „von dem die Polen auf grössere Dankbarkeit rechnen können", hat nach dem Tode Johann Casimirs den Thron der Jagellonen bestiegen.

Zwölftes Kapitel.

Dritte Mission an den Hof Friedrich Wilhelms von Brandenburg.

1663—1664.

Die Erfahrungen, die Franz von Lisola während seines mehr als fünfjährigen Aufenthaltes am Hofe Johann Casimirs gesammelt hat, sind in mehr als einer Hinsicht von Bedeutung für seine künftige Thätigkeit geworden. Die Bekanntschaft mit einer Reihe historisch hervorragender Persönlichkeiten, die Anknüpfung eines regelmässigen Briefwechsels mit vielen wohlunterrichteten Männern ist ihm im Laufe der Jahre sehr zu statten gekommen und hat es ihm ermöglicht, auch aus Madrid, London und Brüssel seiner Regierung wohlbegründete Rathschläge für die im Osten und Norden Europa's zu beobachtende Politik zu ertheilen. Der wesentliche Antheil, den er in diesen Jahren an wichtigen Ereignissen genommen, hatte seine Menschenkenntniss vermehrt, ihm einen noch genaueren Einblick in die Triebfedern menschlicher Handlungen gewährt, ihn gelehrt, wie entscheidend eine mächtige Persönlichkeit bei richtiger Ausnützung der Gelegenheit in den Gang der Begebenheiten einzugreifen vermöge. Viel bedeutender aber als alles dies erscheint uns die Klärung, die sich in diesen Jahren in Lisola über eine Reihe principieller Fragen der Politik vollzogen hat. Als er in England Augenzeuge der grossen Bewegung gewesen war, die sich gegen das nach Absolutismus strebende Königthum richtete, hatte er sich nicht recht hineinzuleben gewusst in den Gedankengang jener Männer, die, ihrem Zeitalter voraus, eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse planten. Erst in Polen, wo er neuerdings einem Kampfe zwischen Herrscher und Beherrschten beiwohnte, begann er zu begreifen, wie berechtigt doch das Streben der Engländer gewesen, die

den Kampf um ihre Freiheit führten, um die Beseitigung der absolutistischen Gelüste eines Einzelnen, um eine Freiheit, die nicht in zügelloser Herrschaft Vieler, sondern in dem Gehorsam gegen die selbstgegebenen Gesetze bestehen sollte; während in dem unglücklichen Polen keine der vielen Parteien, in die das Reich zerfiel, an irgend etwas anderes, als an die eigene Gewaltherrschaft dachte.

Die grossen Männer der englischen Revolution, die er nicht zu würdigen verstand, solange er unter ihnen weilte, erschienen ihm jetzt, wo er Gelegenheit hatte, den Egoismus und die niedrige Gesinnung der polnischen Parteiführer kennen zu lernen, in wesentlich vortheilhafterem Lichte. Mit einem Lubomirski, Opalinski oder Pac verglichen, gewannen die Eliot, Hampden, Pym und Cromwell in den Augen des scharfblickenden Staatsmannes eine andere Bedeutung als vorher. Man wird es daher auch begreiflich finden, dass Lisola um so widerwilliger am Hofe Johann Casimirs verweilte, je mehr sich in das Gefühl des Mitleides, das er für die unglückliche von äusseren und inneren Feinden gleich arg bedrohte polnische Nation empfand, die Verachtung der massgebenden Persönlichkeiten mischte. Nur der festen Ueberzeugung, dass seine und die Ehre des Herrschers, den er vertrat, seinen ferneren Aufenthalt in Polen erheische, dürfte es denn auch zugeschrieben werden, dass Lisola nicht gleich nach dem Abschlusse des Friedens von Oliva seine Rückberufung forderte, sondern noch 2 Jahre lang an dem Hofe Johann Casimirs verweilte, bis die Verhältnisse seine fernere Anwesenheit in Polen unzweckmässig, ja gefährlich erscheinen liessen.

Lisola hatte, als er Polen im Spätsommer 1662 verliess, keine Kenntniss darüber, wie Kaiser Leopold sich die weitere Beschäftigung des oft belobten Diplomaten dachte. Seinen Plan von Alters her verwirklicht zu sehen, in Paris, das ihm das geistige Centrum Europa's dünkte, wo er die grösste Bereicherung seiner Kenntnisse erwarten konnte, dauernd Aufenthalt zu nehmen, durfte er nicht mehr hoffen. Was er im Laufe der letzten 5 Jahre als Gegner der Franzosen geleistet, sicherte ihm den Hass dieser Nation für sein ganzes Leben. Es wäre eine nicht zu begreifende Thorheit gewesen, wenn sich Lisola, der auf das genaueste von den Bemühungen der Franzosen unterrichtet war, sich seiner Person zu bemächtigen, freiwillig in die Höhle des Löwen begeben hätte. Auch dachte Lisola keinen Augenblick an die Möglichkeit der Beilegung des Streites, den er in gewissem Sinne persönlich mit Ludwig XIV. und mit dessen Ministern

führte. Sein Sinnen und Trachten war vielmehr damals wie später ausschliesslich darauf gerichtet, seinem Herrscher und der grossen Mehrzahl der europäischen Fürsten die Binde von den Augen zu reissen, die sie die Gefahr nicht sehen liess, die ihnen von dem jungen, ehrgeizigen, mächtigen Könige von Frankreich drohte. Diesen Kampf zu führen, seine Stimme am weitesten vernehmbar zu machen, war kein Ort geeigneter, als Regensburg, wohin gerade damals der Reichstag zusammenberufen wurde, der im Laufe der Zeit den Namen des „immerwährenden" erhalten sollte.

Hier im Angesichte von ganz Europa glaubte Lisola der guten Sache, die er vertrat, am ehesten zum Siege verhelfen zu können. Auch war es keine Ueberschätzung seiner Fähigkeiten, dass er sich für geeignet hielt, die Interessen des Hauses Habsburg in Regensburg zu vertreten. Er verfügte wie wenige andere über die für dieses Amt nothwendigen juristischen und historischen Kenntnisse; er hatte, wie kaum ein Zweiter, Verbindungen mit hervorragenden Staatsmännern fast aller Nationen, die es ihm ermöglicht hätten, sich über Absichten und Gesinnungen der einzelnen Herrscher auf das genaueste zu unterrichten.

Was aber noch ungleich mehr bedeutete: Er hatte kaum einen Rivalen in der Fähigkeit, sich in Kürze in die verwickeltesten Fragen einzuarbeiten, und gewiss keinen in dem Talente, Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich der Durchführung eines gefassten Entschlusses in den Weg stellten. Und um so nothwendiger war es, einen aussergewöhnlich geschickten Mann zur Vertretung der kaiserlichen Interessen in Regensburg zu wählen, als der Entschluss Ludwig XIV. bekannt wurde, einen seiner geübtesten, scharfsinnigsten und gewandtesten Räthe, Robert Gravel, dessen Einfluss auf die verschiedenen deutschen Fürsten der Kaiser bereits zu wiederholten Malen bitter hatte empfinden müssen, zur Vertretung seiner Interessen nach Regensburg zu senden.

In der That gab es am Hofe Leopold I. eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten, die Lisola in Regensburg zu beschäftigen wünschten, vor allen der Obersthofmeister Leopold I., Portia, Lisola's Gönner und Förderer. Ein dahin gehender Antrag wurde aber von der Mehrzahl der Räthe verworfen. Insbesondere Fürst Auersperg ein persönlicher Gegner Lisola's, trat mit der ganzen Autorität, die er besass, gegen den Günstling Portia's auf. Er meinte, Frankreich werde die Beauftragung Lisola's mit der Vertretung der Interessen

des Hauses Habsburg als eine Kriegserklärung auffassen, die Anwesenheit dieses Mannes in Regensburg werde jede Hoffnung auf eine gütliche Beilegung der bestehenden Differenzen vernichten. Der Kaiser, gewohnt die Meinung aller zu hören und nicht willens, irgend wen zu verletzen, verzögerte die Entscheidung und entschloss sich dann, bevor noch diese Frage erledigt war, Lisola an den Hof Friedrich Wilhelms zu senden, an dem die Anwesenheit eines tüchtigen Mannes gerade damals im Hinblicke auf die Conflicte, die auszubrechen drohten, unerlässlich schien.

In den Beziehungen der beiden Mächte war seit dem Februar 1658, da Lisola zum letzten Male in Berlin geweilt und den Vertrag zu Stande gebracht hatte, der dem nordischen Kriege die entscheidende Wendung gab, eine wesentliche Aenderung eingetreten. Die verschiedenartigen Interessen, welche die beiden Höfe verfolgten und die geringe Fähigkeit der Wiener Regierung, sich durch Nachgiebigkeit am geeigneten Orte die Freundschaft des aufstrebenden Fürsten zu sichern, hatten, wie Lisola vorausgesehen, zu einer Lockerung des freundschaftlichen Verhältnisses geführt. Noch während des Krieges hatten sich bedenkliche Differenzen über die Ziele und über die Mittel ergeben, dieselben zu erreichen, und zu Oliva hatten die beiden Fürsten nur insoweit zusammen gehalten, als es galt, dem vordringenden Schweden gegenüber gemeinsame Interessen zu wahren. Im übrigen lag es schon damals klar zu Tage, dass der protestantische Kurfürst ebensowenig gewillt war dem katholischen Kaiser zu einem bedeutenden Machtzuwachse zu verhelfen, als dieser dem nach Selbständigkeit ringenden Reichsstande. Doch konnte sich die Wiener Regierung nach alle dem, was sich während der letzten 5 Jahre ereignet hatte, nicht mehr darüber täuschen, dass neuerliche Versuche, Friedrich Wilhelm in eine Stellung zu drängen, wie die seines Vaters in den letzten Regierungsjahren gewesen war, keinerlei Aussicht auf Erfolg haben würden. Friedrich Wilhelm hatte sich als ein viel zu gewandter, die Verhältnisse viel zu geschickt ausnützender Gegner, die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte als viel zu grosse erwiesen, als dass man hätte hoffen dürfen, den Brandenburger zu einem gefügigen Werkzeuge der habsburgischen Pläne zu machen. Die selbständige, den eigenen Vortheil in erster Linie im Auge behaltende Politik dieses Fürsten liess vielmehr keinen Zweifel darüber aufkommen, dass nur bei steter Berücksichtigung der brandenburgischen Sonderinteressen ein dauerndes, gemeinsames Vorgehen der

beiden Höfe werde möglich sein, dass Friedrich Wilhelm keinen Augenblick zögern werde, in einem Conflicte seiner Pflichten als Reichsfürst und als Landesherr die ersteren hintanzusetzen. Zu gleicher Zeit hatte aber die Rolle, die Friedrich Wilhelm in dem grossen Kampfe im Nordosten Europa's gespielt und der Einfluss, den er auf die Entwickelung der allgemeinen Verhältnisse geübt hatte, dem Wiener Hofe die Ueberzeugung aufgenöthigt, dass man in jeder ernsten Frage der Politik mit dem Brandenburger rechnen müsse und dass eine gänzliche Umkehr des Kurfürsten, ein Anschluss desselben an Oesterreichs Feinde für dieses von den verderblichsten Folgen begleitet sein würde. Als eine natürliche Folge dieser verschiedenartigen Erwägungen, der Besorgniss vor all zu grossem Einflusse des Kurfürsten und des Wunsches im wohlverstandenen eigenen Interesse den Brandenburger nicht zu verletzen, ergab sich für die Wiener Regierung die Nothwendigkeit, alles zu vermeiden, was eine wesentliche Mehrung der kurfürstlichen Macht und Autorität zur Folge haben musste, zugleich aber auch die guten äusseren Beziehungen zu dem Berliner Hofe aufrecht zu erhalten, um in den vielen Fragen der deutschen und europäischen Politik, die der Entscheidung harrten, an dem Brandenburger einen Förderer der habsburgischen Interessen zu gewinnen. Es war ein Glück für die österreichische Regierung, dass ähnliche Erwägungen wie die ihren die Entschlüsse des Kurfürsten von Brandenburg bestimmten, dass auch ihn die Verhältnisse nöthigten, auf das Reichsoberhaupt, das zugleich österreichischer Herrscher war, eine gewisse Rücksicht zu nehmen. Denn noch drohte der Schwede, der den Kurfürsten der Treulosigkeit zieh, noch murrten die Polen, die den Verlust Preussens nicht verschmerzen konnten, noch zürnten die vereinigten Staaten der Niederlande, die Friedrich Wilhelm die Schuld an der Verzögerung der Friedensverhandlungen beimassen, noch grollte Ludwig XIV. dem Brandenburger, der sich nicht zum Vasallen herabdrücken liess, sondern energisch und zielbewusst den Kampf gegen überlegene Gegner geführt hatte. Und schon bekam Friedrich Wilhelm den Neid seiner Mitstände im Reiche, der protestantischen wie der katholischen, zu fühlen, die ihm die errungenen Erfolge nicht gönnten, während die Verständnisslosigkeit, welche die Stände seiner Länder seinen Plänen entgegenbrachten, die Hoffnung auf eine energische Unterstützung durch dieselben fast gänzlich vernichtete. Es wäre unter diesen Umständen ein Zeichen ge-

ringer staatsmännischer Begabung gewesen, wenn Friedrich Wilhelm die ihm dargebotene Hand des Kaisers zurückgewiesen, die günstige Gelegenheit, sich das Haus Habsburg zu verpflichten, hätte vorübergehen lassen. Seinem Interesse entsprach es vielmehr, den Wünschen des Kaisers in jenen Fragen entgegenzukommen, bezüglich welcher des Kaisers Vortheil auch der seine war, oder wenigstens seinem nicht widersprach, dort aber, wo seine Verpflichtungen als brandenburgischer Landesfürst ein gemeinsames Vorgehen mit dem katholischen Reichsoberhaupte unmöglich machten, seiner Opposition durch Betonung seiner guten Gesinnung und durch möglichst weitgehende Zugeständnisse den Stempel der Nothwendigkeit aufzudrücken.

Aus diesem Grunde hat Friedrich Wilhelm den Kaiser in seinen Bemühungen unterstützt, die Verlegung der wider des Kaisers Wunsch in Frankfurt tagenden Deputationsversammlung nach Regensburg durchzusetzen; aus diesem Grunde hat er es unterlassen, mit der Opposition die Einberufung des Reichstages energisch zu fordern — obgleich er das Zustandekommen desselben wünschte und mehreren Fürsten das Versprechen gegeben hatte, dafür bei Leopold I. zu wirken —, sobald ihm der Kaiser seine Abneigung gegen eine derartige Berathung kundgethan hatte.[1] Und selbst, als der Reichstag zusammentrat, zu dessen Berufung Leopold erst spät und auch dann widerwillig seine Zustimmung gab, zeigte sich Friedrich Wilhelm bereit, des Kaisers Wünschen Rechnung zu tragen.

Weniger entgegenkommend als in diesen Reichsfragen erwies sich der Brandenburger bezüglich seiner Stellung zum Rheinbunde, der im August 1658 geschlossen worden war und Frankreichs Uebergewicht in Deutschland so sehr vermehrte. Friedrich Wilhelm war im Jahre 1658 nicht Mitglied des Rheinbundes geworden. Sein feindseliges Verhalten zu dem gleichfalls zum Beitritte geladenen Karl Gustav von Schweden, die enge Verbindung, die er mit dem Kaiser einzugehen dachte, gegen den doch der Rheinbund in erster Linie gerichtet war, hatten Friedrich Wilhelm — der sich Anfangs nicht abgeneigt gezeigt hatte, dem Bunde beizutreten — bewogen, den rheinischen Alliirten den Rücken zu kehren und im Vereine mit Leopold gegen das Zustandekommen des Bündnisses zu wirken. Je weniger aber das Vorgehen

[1] Vergl. die Einleitung zum Kapitel III der Urk. und Act. XIV. 127ff; wo auch die auf diese Fragen Bezug habende Literatur verzeichnet ist.

der Oesterreicher im Laufe der nächsten Jahre seinen Erwartungen entsprach, je grösser die Gefahr wurde, die ihm von den mit dem Schwedenkönige verbündeten Fürsten drohte, desto wünschenswerther schien es Friedrich Wilhelm, sich durch den Eintritt in den Rheinbund gegen die Uebergriffe einzelner Mitglieder desselben zu schützen. Noch während des nordischen Krieges war ihm ein dahin zielender Vorschlag seitens der braunschweigischen Fürsten gemacht worden[1] und er hatte denselben nicht sogleich und unbedingt oder aus principiellen Gründen, sondern erst dann zurückgewiesen, als der Kaiser sich auf das Entschiedenste gegen den Eintritt des Brandenburgers in den Rheinbund verwahrte. Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass Friedrich Wilhelm, als nach dem Abschlusse des Friedens von Oliva die braunschweigischen Fürsten und später die Franzosen von Neuem mit derartigen Vorschlägen an ihn herantraten,[2] sich schliesslich bereit erklärte, Verhandlungen über diesen Punkt zu führen und dass er gegen Ende des Jahres 1662, als er die Hilfe Ludwig XIV. im Hinblicke auf die in Polen, in Preussen und in seinen westlichen Besitzungen bestehenden Conflicte dringend bedurfte, sich dazu verstand, seinen Eintritt in die rheinische Liga zu versprechen, falls ihm die Beseitigung der gegen ihn gerichteten Stellen des Vertrages zugesagt und freigestellt werden sollte, vor seinem Beitritte mit den einzelnen Mitgliedern des Bundes zu verhandeln.

Am Wiener Hofe rief die Nachricht von dem Entschlusse Friedrich Wilhelms die grösste Bestürzung hervor. Man wusste daselbst, dass Franzosen, Schweden und die französische Partei in Polen alles aufbieten würden, Friedrich Wilhelm zu gewinnen, um an demselben nicht nur in den Reichsangelegenheiten, sondern auch in der polnischen Successionsfrage eine wesentliche Stütze zu finden; man wusste daselbst auch, dass die Furcht vor feindlichem Eingreifen der Franzosen und Schweden in die zwischen dem Kurfürsten und seinen Ständen im Osten und Westen seiner Besitzungen bestehenden Conflicte im Falle der Weigerung, die Hoffnung auf Unterstützung im Falle der Zusage, in den Rheinbund treten zu wollen, Friedrich Wilhelm in erster Linie für den Gedanken gewinnen könnte, sich Oesterreichs Gegnern anzuschliessen. Diesen Wechsel der brandenburgischen Politik zu verhindern war aber ein um so

[1] Vergl. A. Köcher, Geschichte von Hannover und Braunschweig. I. 283 ff.
[2] Vergl. Urk. und Act. II. 243 ff., IX. 599 ff.

dringenderes Bedürfniss für den Wiener Hof, als derselbe die Unterstützung des Kurfürsten nicht allein bei eventuellen Conflicten mit Frankreich und Schweden, wie in der polnischen Successionsfrage nicht entbehren konnte, sondern auch in diesem Momente die energische Antheilnahme des Brandenburgers an dem Kampfe gegen den Erbfeind wünschte. Zu einer solchen hatte sich aber Friedrich Wilhelm noch nicht verstehen wollen, obgleich er schon zu Beginn des Jahres 1661, als die Feindseligkeiten zwischen Leopold und dem Sultan ausbrachen, dem kaiserlichen Gesandten Collalto gegenüber seine Bereitwilligkeit kundgethan hatte, des Kaisers Pläne in Ungarn zu fördern[1] und obgleich er später, als das geplante Unternehmen, nicht an seiner, sondern an seiner Mitkurfürsten ablehnenden Haltung scheiterte, die Forderungen des Kaisers in lebhaftester Weise unterstützt hatte. Denn er selbst wollte zu dieser von Reichswegen zu gewährenden Hilfeleistung gegen den Erbfeind nichts beitragen und bedang sich ausdrücklich als Lohn für die Förderung der Pläne Leopolds das Zugeständniss aus, seinerseits von jeder Verpflichtung einer Unterstützung befreit zu bleiben.[2] Mit in erster Linie waren es die geringe Geneigtheit der deutschen Fürsten, sich im Interesse der Allgemeinheit dem Kaiser zu unterordnen, und die Unfähigkeit der Erbländer die zur Fortführung des Kampfes gegen die Ungläubigen nothwendigen Summen zu erschwingen, die Leopold bestimmten, mit der Pforte Friedensverhandlungen anzuknüpfen und dieselben auch dann fortzusetzen, als die ungeheueren Rüstungen des Sultans keinen Zweifel darüber aufkommen liessen, dass dieser den Krieg im kommenden Jahre mit noch grösserer Macht als in den verflossenen zu führen entschlossen sei.

Einen Augenblick — zu Beginn des Jahres 1663 — hatte es auch den Anschein gehabt, als werde es den Bemühungen des Kaisers gelingen, die seinem Staate und dem Reiche drohende Gefahr durch geringe Zugeständnisse zu beseitigen. Im Auftrage des Sultans hatte Ali Pascha mit den Bevollmächtigten Leopolds zu Temesvar einen Praeliminarvertrag unterzeichnet, nach dem der Kaiser gegen Anerkennung Apaffy's als Herrscher von Siebenbürgen und gegen Schleifung der Festung Serinvar die 7 oberungarischen

[1] Puf. l. c. IX., 77; Urk. und Act. XI. 288.
[2] Vergl. Urk. und Act. XI. 294ff.

Comitate zurückerhalten sollte, welche die Türken nach der Besiegung Rákóczy's den früher eingegangenen Verpflichtungen zuwider an sich gezogen hatten. Der Kaiser ratificirte den Vertrag und gab seinen Bevollmächtigten Auftrag, sich zum Grossvezier Achmed Köprili zu begeben, um bei ihm die Auswechselung der Documente zu erwirken. Dieser aber war an der Spitze eines grossen Heeres bis nach Belgrad vorgedrungen und empfing die Vertreter Leopold I. mit hochmüthigen Worten, verweigerte die Ratification des Vertrages, stellte neue, den Kaiser demüthigende Bedingungen und nahm die Abgesandten des Kaisers gefangen, als diese sich weigerten, den von Köprili eigenmächtig geänderten Vertrag zu unterzeichnen. Der Wiederausbruch des Krieges war damit unvermeidlich geworden; die Gefahr für Leopold aber eine um so grössere, als er durchaus nicht gerüstet und ausser Stande war, den 120000 Mann starken Türken mit entsprechender Truppenmacht entgegenzutreten. In seiner Noth wandte sich der Kaiser, wie in früheren Zeiten, an die Fürsten des Reiches, die durch das Vorgehen der Türken gleichfalls bedroht und durch die Reichsgesetze verpflichtet waren, ihrem Oberhaupte beizustehen. Am Hofe Friedrich Wilhelms in diesem Sinne zu wirken, wurde Lisola ausersehen, der, bevor noch seine Absendung beschlossen war — vielleicht um sie zu bewirken — in einem breit ausgeführten Gemälde seiner Regierung den Zustand und die Verhältnisse des Berliner Hofes vorführte.[1] Auch in diesem Schriftstücke zeigt sich Lisola als weitblickender, das Wesentliche immer im Auge behaltender Mann, als scharfer Beobachter und glänzender Stilist. Alles, was er in dieser Denkschrift über die Stellung Friedrich Wilhelms und über die von den verschiedenen Mächten aufgewendeten Bemühungen mittheilt, denselben zu gewinnen, zeigt von einer seltenen Kenntniss der an den verschiedenen Höfen herrschenden Meinungen und geführten Verhandlungen. Und kaum vermögen wir heute mit allen uns zur Verfügung stehenden Documenten die Dinge richtiger zu beurtheilen, um die es sich dem Kurfürsten von Brandenburg in diesem Augenblicke handelte, als Lisola es in seinem Gutachten gethan hat. Auf das schärfste kennzeichnet er die Grenze, bis zu der man in den Forderungen an Friedrich Wilhelm gehen dürfe; die Gefahr, die aus einem Wechsel der brandenburgischen Politik für Oesterreich erwachsen müsste; die Mittel, durch

[1] Urk. und Act. XIV. 134ff.

die es gelingen könnte, den Kurfürsten für die Sache des Kaisers zu gewinnen. Denn von der Nothwendigkeit, den gänzlichen Abbruch der österreichisch-brandenburgischen Beziehungen zu verhindern, war Lisola durchdrungen. Daher auch seine wesentlich andere Auffassung von den Zugeständnissen, die man demselben machen müsse, die den Gegensatz der auf das Grosse gerichteten Politik des Gesandten und der kleinlichen, engherzigen der leitenden Minister Leopold I. auf das klarste vergegenwärtigt. Lisola war durchaus kein Freund Friedrich Wilhelms. Schon als eifriger Katholik stand er ihm kühl gegenüber und Niemand war weniger als Lisola im unklaren über die ehrgeizigen Pläne des Brandenburgers, Niemand weniger geneigt zur Mehrung der Macht und des Ansehens Friedrich Wilhelms beizutragen, als des Kaisers Gesandter. Trotzdem ist er in seinem Gutachten auf das entschiedenste für die Beilegung der Jägerndorfer Streitfrage, für eine den kurfürstlichen Wünschen entsprechende Vermittelung Leopold I. in der Jülich-Cleve'schen Angelegenheit eingetreten. Allein am Hofe des Kaisers war man durchaus nicht gewillt, die Freundschaft des Kurfürsten von Brandenburg mit dem Verzichte auf Jägerndorf oder mit der Abtretung eines entsprechenden Gebietes zu bezahlen. Man wünschte Friedrich Wilhelm vom Eintritte in den Rheinbund abzuhalten, ihn zur Unterstützung Leopold I. gegen die Türken, zur Förderung der österreichischen Pläne in Polen zu vermögen, allein man glaubte all' dies auch ohne Berücksichtigung der kurfürstlichen Forderungen erreichen zu können. Daher erhielt Lisola den Auftrag, der Jülich-Cleve'schen und der Jägerndorfischen Angelegenheit keine Erwähnung zu thun, in dem vorauszusehenden Falle der Betonung dieser Dinge durch Friedrich Wilhelm sich mit mangelnder Instruction zu entschuldigen, und die Erklärungen des Kurfürsten und seiner Räthe lediglich zur Kenntniss zu nehmen.[1] Lisola traf gegen Ende Juni 1663 in Königsberg ein, woselbst sich Friedrich Wilhelm, mit der endgiltigen Ordnung der preussischen Angelegenheiten beschäftigt, aufhielt. Er fand den Kurfürsten besser gesinnt, als er gehofft hatte. „Ich kam, sah, habe aber noch nicht gesiegt, schrieb er sogleich seinem Freunde Walderode, doch ist die Lage der Dinge wenigstens nach dem äussern Scheine zu urtheilen eine sehr günstige; was dahinter steckt, habe ich noch nicht genügend ergründen können. Gewiss ist, dass

[1] Instruction für Lisola; Urk. und Act. XIV. 144 ff.

der Kurfürst ausserordentlich gut gesinnt ist, doch ängstigt ihn die Furcht vor Schweden und Frankreich und das Misstrauen in unsere Kräfte. Dazu kommen die ungeheueren Versprechungen der Franzosen an die brandenburgischen Minister, vor allem an Anhalt und Radziwill."[1]

In dieser Ansicht, zu der ihn die erste Unterredung mit Friedrich Wilhelm geführt hatte, wurde er bestärkt, als er zum öfteren Gelegenheit fand, mit dem Kurfürsten und mit dessen Räthen zu verkehren. Friedrich Wilhelm zeigte sich geneigt, auf Leopold I. Pläne einzugehen, mit ihm gemeinsam den Kampf gegen die Ungläubigen zu führen, die zur Wahrung der beiderseitigen Interessen in Polen nothwendigen Massnahmen zu treffen, und in den Fragen der Reichspolitik die Sache des Kaisers zu vertreten, aber nur dann, wenn auch seine Interessen berücksichtigt, seine Forderungen bezüglich Jägerndorfs und Jülich-Cleve's erfüllt werden sollten.[2] Und ebenso wie der Herrscher sprachen dessen Rathgeber, zumal der Fürst von Anhalt, ein verlässlicher Freund des österreichischen Hauses. „Die Lage ist eine weit bessere, schrieb Lisola unter dem Eindrucke dieser Auseinandersetzungen, als ich gehofft habe, und wenn wir unsererseits uns willfährig zeigen, werden sie sich ganz auf unsere Seite schlagen." Aber Thaten, nicht Worte, deren man genug gewechselt, seien nothwendig, meint Lisola.[3] Denn dieser Fürst ist empfindlich und reizbar, und will nicht zum Gespötte dienen. „Ich bitte Euch, fährt Lisola fort, auf das eifrigste dahin zu wirken, dass mein Secretär nicht mit leeren Worten, mit halbgekochten und unverdauten Instructionen zurückgesendet werde, oder mit ausweichenden und halben Mitteln; denn schon sind ihre Ohren allen solchen Dingen verschlossen und ich werde den Franzosen, die sofort zu erlegende reale Geschenke anbieten, mit zukünftigen und ungewissen nicht mehr zu widerstehen vermögen."[4]

Und nicht so gross, als man vermuthen sollte, waren die Zugeständnisse, die Lisola im Hinblicke auf die Noth der Zeiten für Friedrich Wilhelm von seiner Regierung forderte.

---

[1] Statthalter von Preussen. Urk. und Act. XIV. 146.

[2] Auszug aus dem Bericht Lisola's an den Kaiser vom 6. Juli 1663. St.-A. Urk. und Act. XIV. 149ff.

[3] „Sed realitatibus opus est, non verbis." Bericht Lisola's an Walderode. St.-A. Urk. und Act. XIV. 147.

[4] Lisola an Walderode. 6. Juli 1663. Urk. und Act. XIV. 147f.

Er war durchaus nicht der Ansicht, dass man ohne weiteres dem Brandenburger das Fürstenthum Jägerndorf abtreten oder in der Jülich-Cleve'schen Streitfrage von vornherein ganz entschieden gegen den Neuburger Stellung nehmen solle. Was er forderte war lediglich das Anerbieten der kaiserlichen Mediation in der letzteren und das Bekenntniss der principiellen Geneigtheit, etwas thun zu wollen, in der ersteren Frage.

Lisola's Berichte erweckten am Wiener Hofe gemischte Empfindungen. Man freute sich über die Bereitwilligkeit des Kurfürsten an dem Kampfe gegen die Türken theilzunehmen,[1] fand aber die Zahl der von ihm zur Verfügung gestellten Truppen viel zu gering. Lisola erhielt den Auftrag, eine Erhöhung und die Erhaltung derselben auf Kosten Friedrich Wilhelms zu fordern. Im Uebrigen sprach Leopold in seiner Weisung von der Nothwendigkeit, den Rheinbund aufzulösen, von der Nützlichkeit eines gemeinsamen Vorgehens in der lothringischen und in der polnischen Frage. Von Zugeständnissen findet sich aber in diesen Schriftstücken nichts als die Geneigtheit Leopold I., in der Jülich-Cleve'schen Streitfrage die Mediation anzunehmen. „Die Jägerndorfer Sache zu ordnen, hiess es weiter, sei ein alter Wunsch des Kaisers, der gegenwärtige Moment aber keineswegs dazu geeignet."[2]

Lisola war mit den Erklärungen seiner Regierung durchaus nicht einverstanden.

Was dieselbe begehrte, überstieg so weit die Kräfte des Kurfürsten, dass dieser auch bei voller Billigung seiner Forderungen nicht in der Lage gewesen wäre, des Kaisers Wünschen ganz zu entsprechen. Besass er ja kaum genügende Mittel, die zur Wahrung seiner Rechte und zum Schutze seines Landes nothwendigen Truppen zu erhalten und war ja doch eines der wesentlichsten Momente bei all seinen Erwägungen der Wunsch, mit Hilfe fremden Geldes der sonst unerlässlichen Verabschiedung seiner Truppen vorzubeugen. Zu wiederholten Malen hatte dies Friedrich Wilhelm Lisola gegenüber betont, und so oft auch dieser darauf hinwies, dass die Pflichten als Reichsfürst und das eigene Interesse den Kurfürsten zwingen müssten, dem Kaiser in der Stunde der Gefahr zu Hilfe zu kommen, so oft

[1] Vergl. den Briefwechsel der beiden Herrscher in Urk. und Act. XI. 294 ff. Die Zustimmungserklärung des Kurfürsten ist datirt 17. Juli, die Befehle an August von Holstein und Sparr vom 20. Juli. Urk. und Act. XI. 296 f.

[2] Weisung Leopold I an Lisola. 26. Juli 1663. St.-A. (Brand.)

er an den Edelmuth des Kurfürsten appellirte und reichliche Belohnung für eine bedingungslose Erklärung in Aussicht stellte, immer wieder war er dem Misstrauen Friedrich Wilhelms in die allgemein gehaltenen Versprechungen des Kaisers, der Klage über oftmalige Täuschung und dem festen Entschlusse desselben begegnet, sich ohne genügende Berücksichtigung seiner besonderen Interessen zu keinem weiteren Schritte zu verstehen.

Nur widerstrebend und der Noth gehorchend entschloss sich Lisola unter diesen Umständen den Kurfürsten von dem Inhalte der kaiserlichen Weisung zu verständigen. Die Klagen und Beschwerden, die er erwartet, blieben nicht aus. Friedrich Wilhelm zeigte sich über das Vorgehen des Wiener Hofes entrüstet, nahm seine früher gegebenen Versprechungen zurück und erklärte, im Hinblicke auf die ihm von allen Seiten drohende Gefahr, die Verwendung seiner Truppen in Ungarn nicht gestatten zu können. Geld zur Besoldung seiner Truppen, deren Marsch nur bis zu den schlesischen Grenzen erfolgen sollte, besitze er keins; alles, was er für den Kaiser zu thun in der Lage sei, bestehe darin, demselben die ihm von Spanien versprochenen Gelder abzutreten.

Lisola nahm die von tiefer Erbitterung zeugende Erklärung des Kurfürsten mit Gleichmuth auf. Er kannte das leicht erregbare Gemüth Friedrich Wilhelms und begriff die schlechte Stimmung desselben. Er erwiderte dem Fürsten von Anhalt, der ihm die Entschlüsse des Kurfürsten mittheilte, er habe alles verstanden, werde aber von dem, was ihm Anhalt im Namen seines Herrn mitgetheilt habe, kein Wort dem Kaiser melden; er wisse sehr wohl, der Kurfürst werde bei ruhiger Ueberlegung anders urtheilen. Er täuschte sich auch nicht. Schon am folgenden Tage erschien Anhalt mit besseren Erklärungen, die dann die Grundlage für die Verhandlungen gebildet haben, die ihren vorläufigen Abschluss am 23. August 1663 fanden, an welchem Tage Lisola, obgleich von seiner Regierung keineswegs dazu bevollmächtigt, das Abkommen über die Truppensendung unterzeichnete. Friedrich Wilhelm verpflichtete sich in diesem Vertrage, dem Kaiser 1000 Mann zu Pferd und 1000 zu Fuss zu überlassen, beschränkte aber die Theilnahme der Reiter auf Kämpfe am linken Donauufer, während er den Marsch der Fusssoldaten nur bis an die schlesische Grenze gestattete. Von eigener Besoldung der Truppen war keine Rede, vielmehr sollte der Kaiser verpflichtet sein, die Soldaten Friedrich Wilhelms auf eigene

Kosten den seinen gleich zu halten, die in der Schlacht fallenden zu ersetzen, freie Religionsübung zu gestatten und der Rückberufung der Truppen durch den Kurfürsten im Falle dringenden Bedürfnisses keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.[1]

Lisola täuschte sich keinen Augenblick darüber, dass dieses Uebereinkommen dem Kaiser schwere Opfer auferlege; allein es gab seiner Ansicht nach keine Wahl. Aus Ungarn kam die Nachricht von dem unglücklichen Gefechte des Grafen Forgatsch, von der Belagerung Neuhäusls, von der Vereinigung der Tartaren, Wallachen und Moldauer mit dem türkischen Heere. In Berlin erschien im Auftrage des Kaisers Freiherr von Fernemont und forderte dringend die sofortige Absendung eines Truppencorps zur Rettung Deutschlands,[2] Leopold selbst stellte in seinen Briefen an den Kurfürsten den Marsch eines beträchtlichen Corps als eine unumgängliche Nothwendigkeit hin. Unter diesen Umständen entschloss sich Lisola, das Abkommen zu unterzeichnen, nicht ohne die Gutheissung desselben seiner Regierung vorzubehalten.[3] Diese zeigte sich diesmal nicht ungehalten über das selbständige Vorgehen des kaiserlichen Gesandten. Man unterdrückte auch den Tadel über zu weitgehendes Entgegenkommen, erklärte sich mit der unterzeichneten Convention einverstanden und forderte nichts anderes als freie Verfügung über die Reiterei und den Marsch der Fusstruppen nach Ungarn.[4] Es gelang den Bemühungen Lisola's, den Kurfürsten auch zu diesen Zugeständnissen zu vermögen.[5] Aber immer wieder betonte Friedrich Wilhelm, dass ihm bezüglich der Jägerndorfer Frage Satisfaction zu Theil werden müsse. Lisola war kaum mehr im Stande, ein Gespräch mit ihm zu führen. Auf alles, was der kaiserliche Gesandte vorbrachte, erwiderte Friedrich Wilhelm mit der Frage, ob er Befehl habe, ihm Jägerndorf oder ein entsprechendes Aequivalent zu geben. Dass Lisola nur ausweichend antworten konnte, steigerte die Gereiztheit des Kurfürsten, die von den zahllosen Anhängern und Söldlingen Frankreichs benützt wurde, um

[1] Lisola berichtet unter dem 24. August, Urk. und Act. XIV. 159, von 500 Reitern und 700 Dragonern, doch dürfte dies ein Irrthum sein, da in dem Vertrage bloss von 400 Reitern und 600 Dragonern die Rede ist.

[2] Urk. und Act. XI. 303 f.

[3] Die Convention ist gedruckt, Urk. und Act. XI. 298 ff.

[4] Urk. und Act. XI. 304 Anm.

[5] Die Verhandlungen in Urk. und Act. XI. 308 ff.

Friedrich Wilhelm für den Anschluss an Ludwig XIV. zu gewinnen. Zumal seitdem der Kurfürst aus Königsberg nach Berlin zurückgekehrt war, wurde das Drängen der Franzosen und ihrer Genossen von Tag zu Tag lebhafter und Friedrich Wilhelm verhielt sich ihren Lockungen gegenüber nicht mehr so zurückhaltend als vorher. Dass sich Differenzen über die Einquartierung und Verwendung der brandenburgischen Truppen in Ungarn ergaben, trug nur dazu bei, den Worten der Feinde Oesterreichs Nachdruck zu verleihen.

Mit tiefem Kummer nahm Lisola diesen Wechsel in der Gesinnnng des Kurfürsten wahr. Er wusste besser, wie irgend einer, wie mannhaft derselbe eine geraume Zeit hindurch die Anerbietungen der Franzosen zurückgewiesen hatte, deren hochmüthiges Benehmen ihn verletzte, über deren selbstsüchtige Absichten er sich keinen Augenblick täuschte. Lisola hat denn auch nicht gezögert, seiner Regierung gegenüber auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den Wünschen Friedrich Wilhelms entgegenzukommen und war unablässig bemüht, nach einem Mittel zu suchen, das dem Kurfürsten genügen und dem Kaiser genehm sein könnte. Es geschah in einer der vielen Unterredungen, die Lisola über die schlesische Angelegenheit mit dem Fürsten von Anhalt hatte, dass zum ersten Male jenes Besitzthums Erwähnung gethan wurde, durch dessen scheinbare Abtretung Jahrzehnte später die langschwebende Streitfrage eine allerdings nicht endgiltige Lösung fand.[1] Am Wiener Hofe wollte man aber damals von der Abtretung eines wenn auch noch so kleinen Besitzthumes nichts wissen. Ja man weigerte sich sogar im Hinblicke auf die Noth der Zeiten, dem Kurfürsten die ehedem versprochenen 180000 Reichsthaler als Entschädigung anzubieten, verbot dem kaiserlichen Gesandten, sich überhaupt in Verhandlungen bezüglich dieser Frage einzulassen und glaubte genug gethan zu haben, wenn man dem Kurfürsten das Versprechen gab, mit ihm persönlich zu Regensburg, wohin zu kommen der Kaiser Friedrich Wilhelm dringend einlud, die Sache zu ordnen. So geschah, was geschehen musste. Friedrich Wilhelm weigerte sich nach Regensburg zu reisen und wendete sich, an der Möglichkeit eines Ausgleiches mit dem Kaiser verzweifelnd, den Franzosen zu. Gegen Ende des Jahres waren die Verhandlungen mit dieser Macht so weit gediehen, dass Lisola das äusserste befürchten zu müssen glaubte. Er hielt sich für verpflichtet, noch-

[1] Vergl. Pribram, Oesterreich und Brandenburg 1688—1700, 214.

trals seiner Regierung die grosse Gefahr vor Augen zu halten, die ihr drohte. In einem ausführlichen Berichte gab er dem Kaiser zu Beginn des Jahres 1664 eine eingehende Schilderung der Bemühungen, die Frankreich seit dem Beginne des Jahres 1662 aufgewendet hatte, um Friedrich Wilhelm zu gewinnen, nicht ohne mit schlecht verhülltem Grolle der Thatenlosigkeit des Wiener Hofes zu gedenken. Noch, meint er, sind trotz der an Blumenthal abgegangenen Weisungen unter gewissen Bedingungen mit Frankreich abzuschliessen, die Pläne der Franzosen zu durchkreuzen. Will der Kaiser sich bereit erklären, für Jägerndorf Satisfaction zu geben, so verpflichtet sich Lisola, den Abschluss des Vertrages zu hintertreiben.

„Aber Eile thut Noth; denn die Angelegenheiten befinden sich in den letzten Stadien und ich kann kaum den Mund öffnen, ohne dass mir sogleich Jägerndorf entgegengehalten wird. Und gerade die Er. M. am besten Gesinnten dringen am meisten in mich."[1] Zu Beginn des Monates Februar 1664 erhielt er die Antwort auf sein Schreiben. Sie enthielt die Aufforderung, nach wie vor mit dem so oft bewiesenen Eifer dem Abschlusse eines brandenburgisch-französischen Bündnisses entgegenzutreten. „Was aber Jägerndorf anlangt, heisst es in dieser Weisung, wirst Du jede Verhandlung so gut als möglich zu vermeiden und wenn trotzdem weiter in Dich gedrungen wird, mit dem Hinweise auf die Schwierigkeit der Lage und auf die bestehenden Gefahren abzulehnen wissen."[2] Mit dieser Erklärung war das Schicksal Lisola's und der von ihm vertretenen Sache entschieden. Blumenthal erhielt den Befehl mit den Franzosen abzuschliessen und unterzeichnete am 6. März 1664 den Vertrag mit den Bevollmächtigten Ludwig XIV.[3] Ungefähr 4 Wochen früher hatte Lisola seinem Freunde Walderode geschrieben: „Der Kurfürst ist ganz in den Netzen der Franzosen; gebe Gott, dass wir nicht genöthigt werden, Jägerndorf auf den Wink der Franzosen zurückzustellen, wie die Spanier Jülich dem Neuburger.[4] Hätten wir über die Sache verhandelt, so hätten wir gute Bedingungen und eine entsprechende Zeit zur Erfüllung derselben erlangt und viele andere Unannehmlichkeiten vermeiden können." Zu spät sollte Leopold erkennen, wie richtig Lisola die

[1] Lisola an Leopold d. d. 2. Januar 1664. Urk. und Act. XIV. 183.
[2] Leopold an Lisola. 3. Februar 1664. Urk. und Act. XIV. 187.
[3] Mörner l. c. 258.
[4] Lisola an Walderode. 13. Februar 1664. Urk. und Act. XIV. 188.

Verhältnisse beurtheilt hatte. Den Hof des Kurfürsten zu verlassen wurde ihm damals, obgleich er dringend darum bat, nicht gestattet; er musste bis in den Juni 1664 hinein in Berlin verweilen. Zu einer erfolgreichen Action vermochte er es aber nicht zu bringen; er musste sich damit begnügen, die Interessen seiner Regierung so gut es ging zu wahren. Vornehmlich war es eine Vermehrung der an der Seite des Kaisers in Ungarn kämpfenden brandenburgischen Truppen, für die er thätig war. Aber auch bei dieser Gelegenheit erklärte Friedrich Wilhelm, dass er zwar trotz der mit Frankreich getroffenen Vereinbarung in den polnischen, türkischen und in den Reichsfragen die allgemeinen Interessen zu vertreten denke, gerade deshalb aber des Kaisers Benehmen in der Jägerndorfer Frage unbegreiflich finde. Schwerin aber, einer der vertrautesten Rathgeber des Kurfürsten, verstieg sich sogar zu der Erklärung, man dürfe und werde sich nicht weiter hinhalten lassen, sondern gegen Lichtenstein als unrechtmässigen Besitzer vorgehen.[1] Aber auch dieses Mittel schlug fehl. Leopold und seine Minister liessen sich nicht einschüchtern und blieben den Vertretern Friedrich Wilhelms in Regensburg gegenüber nicht minder zurückhaltend, als Lisola gegen den Kurfürsten. In der entscheidenden Resolution vom 6. Mai 1664, die nach langen Verhandlungen erfloss, äusserte sich der Kaiser dahin, er erinnere sich wohl seines früheren Versprechens, dem Kurfürsten 180000 Reichsthaler als Ersatz für Jägerndorf freiwillig, nicht als Anerkennung eines Anspruches, zahlen zu wollen, müsse aber Friedrich Wilhelm bitten, im Hinblicke auf die Noth der Zeiten sich zu gedulden.[2]

Und bei dieser Erklärung blieb es auch, als der Kurfürst — August 1664 — die neuerliche Forderung des Kaisers um eine entsprechende Verstärkung der in Ungarn kämpfenden Brandenburger mit der Bemerkung erwiderte, er müsse den Abmarsch der bereitstehenden Truppen von der Billigung seiner Satisfactionsansprüche abhängig machen.[3]

Lisola war während dieser letzteren Verhandlungen nicht mehr in der Umgebung Friedrich Wilhelms. Es war ihm endlich gelungen, seine Abberufung durchzusetzen. Sein Ziel ging wie vor Jahresfrist[4] auch jetzt noch dahin, in irgend einer Form die Vertretung

[1] Urk. und Act. XI. 325 f. und XIV. 186 f.
[2] Urk. und Act. XI. 339.
[3] Urk. und Act. XI. 337 f.
[4] Vergl. seine Schreiben an Walderode. Urk. und Act. XIV. 146 ff.

der habsburgischen Interessen in Regensburg zu übernehmen. Es schien einige Zeit, als würden seine Bemühungen endlich von Erfolg gekrönt sein. Nicht als Vertreter des Kaisers, sondern als Commissär für Burgund dachte man ihn nach Regensburg zu schicken.[1] Aber auch dieser Plan scheiterte, vornehmlich deshalb weil Lisola's Gegner — unter ihnen, wie es scheint, auch der Erzbischof von Salzburg, Leopold I. Principalcommissär in Regensburg — dem Kaiser die Absendung dieses Mannes als eine Gefahr für das Haus Habsburg bezeichneten. Und darin hatten sie nicht Unrecht, wenn sie die Vermuthung aussprachen, Lisola werde, einmal in Regensburg, sich nicht mit der Rolle eines Anwaltes für Burgund begnügen, sondern hier wie überall der Führer der auf den Kampf gegen Frankreichs Uebermacht gerichteten Ideen werden. Uebergrosser Eifer und der Muth, offen für das als richtig erkannte einzutreten, schadeten dem kaiserlichen Gesandten in diesem, wie in manchem anderen Falle. Der so oft Getäuschte ertrug diesmal schwerer als je die unverdiente Zurücksetzung. Tiefer Groll gegen seine persönlichen Feinde, die in ihrem Hasse soweit gingen, Lügen in die Welt hinauszuposaunen und Interessen des Staates, dem sie angehörten, zu verletzen, spricht ebenso aus seinen Briefen als bittere Klage über die Energielosigkeit seiner Freunde. „Ich bedauere, schreibt er einmal gegen Ende des Jahres 1663,[2] das Loos und die Lage unseres Herrn, dem diese Menschen nicht bloss Minister aufnöthigen für die geheimsten Pläne des Hofes, sondern die auch jene auszuschliessen vermögen, die ihnen nicht genehm sind. Fern sei es von mir, der Anlass eines Scandals sein zu wollen; ich weiche freiwillig dem Wohle des Staates, dem wahren oder vorgegebenen. Diejenigen, welche den Franzosen dienen wollen, thuen gut, mich aus ihrem Rathe zu halten. . . . Was aber wird aus mir werden, wenn Ihr die Franzosen hört oder jene, durch die sie Euch verspotten. Ich werde als ein unnützer Leichnam zu der gemonischen Treppe geschleift werden.[3] Denn wenn ihr die Ansicht

[1] Er sollte Stockmann, der bis dahin dieses Amt provisorisch bekleidet hatte, ersetzen. Der König von Spanien hatte seine Einwilligung bereits gegeben; vergl. Urk. und Act. XIV. 170.

[2] Lisola an Walderode, 12. November 1664. Urk. und Act. XIV. 168f.

[3] „Trahendus ero ad Gemonias tanquam inutile cadaver". Gemoniae scalae, eine Art Treppe am nordwestlichen Abhange des Capitolin, wohin die Leichname der im Carcer Mamertinus Hingerichteten an einem Haken geschleift wurden.

meiner Gegner hören wollet, so wisset, dass sie mich nirgends haben wollen, nicht in Polen, nicht im Reich, nicht beim Kurfürsten von Brandenburg. Gebe Gott, dass sie mir wenigstens gestatten, ruhig zu leben, Bäume zu pflanzen, was ich gewiss als das grösste Glück bezeichnen würde. Gott weiss, dass ich dies vorbringe, nicht aus Bekümmerniss der Seele oder aus Arbeitsüberdruss. Vielmehr wenn einige dafür halten, dass durch Nachgiebigkeit, Ausweichen und der Zeit Rechnung tragen unsere Sache gestärkt werden kann, dann ist es wirklich besser, dass ich eine Zeit lang ganz beseitigt werde, bis die Zeit — die gewiss nicht mehr fern ist, — Euch diejenigen ungestraft zu verwenden gestattet, welche den Franzosen und ihren Miethlingen nicht genehm sind. Ich habe den ganzen Hass der Franzosen auf mich geladen, um dem Hause Habsburg in einer Sache zu dienen, in der es sich um dessen wichtigste Interessen handelte. Denn was wäre aus uns geworden, wenn der Franzosen Pläne in Polen geglückt wären. Ich habe nicht gezögert, mir die Königin, die mir einst ihre Freundschaft geschenkt, zu entfremden; ich habe Anerbietungen zurückgewiesen, die man für unmöglich erachten würde; ich habe Verfolgungen erduldet, welche selbst einen stoischen Gleichmuth stören würden. Am schwersten ist mir aber zu ertragen, dass ich ob dieser Dinge von jenen geschlagen werde, um derentwillen ich diese Uebel erduldet habe. Mich erschüttert dies nicht, denn ich kenne die menschliche Natur; aber seht nur zu, dass der Kaiser nicht an Ansehen verliere, und dass ihr nicht durch dieses Beispiel die übrigen Diener des Kaisers belehret, wie gefährlich es sei, den Franzosen zu missfallen. . . ."

Die Klagen über ungerechtfertigte Zurücksetzung, die diesen Worten zu entnehmen sind, waren von Lisola aufrichtig gemeint; dagegen wird man den wiederholten Betheuerungen seiner Sehnsucht nach dem Leben eines Landmannes nur geringen Glauben schenken dürfen; denn in eben dem Schreiben, in dem er die Freuden des Landlebens schildert, spricht er die Hoffnung aus, sich in Kürze dem spanischen Könige nützlich erweisen zu können, z. B. in England, wie er meint, „wo der König keinen Gesandten haben kann, während es seinem Interesse entsprechen würde, daselbst durch eine vertrauenswürdige Person vertreten zu sein. Wenn ich unter dem Vorwande, von den Engländern Hilfe gegen die Türken zu fordern, vom Kaiser nach London geschickt würde, hielte ich das für nicht minder erwünscht, als eine Mission nach Regens-

burg."[1] Auch diese Hoffnung Lisola's ging nicht in Erfüllung; es war ihm überhaupt nicht bestimmt, im Dienste Philipp IV. dessen Interessen zu wahren. Aber früher, als er vermuthen, und in höherem Masse, als er hoffen konnte, sollte er in die Politik Westeuropa's eingreifen; sollte es ihm vergönnt sein, den grossen Kampf gegen Ludwig XIV. aufnehmen, den er als seine Lebensaufgabe auffasste, für den er sich genügend vorbereitet hatte, und dessen Beginn ihm unaufschiebbar dünkte.

Dreizehntes Kapitel.

Die Mission nach Spanien. 1665—1666.

Am 25. October 1664 ertheilte Leopold I. seinem am Hofe zu Madrid weilenden Gesandten, dem Grafen Eusebius Pötting, den Auftrag, dem Könige Philipp IV. die Mittheilung zu machen, dass der Kaiser mit den Türken Frieden geschlossen habe „und sie (die Spanier) wohl capace zu machen, dass Ich diesen Frieden maxime et ex hoc solo respectu gemacht habe, weillen Ich den statum selbiger monarchiae und folglich unsers ganzen Haus gesehn habe und dass Ich freier sein kan, Ihn in alwege zu assistiren, so Ihr auch Ihn also offeriren könntet."[2] Es lag eine gewisse Uebertreibung in diesen Worten. Dass Leopold lediglich im Hinblicke auf den Zustand der spanischen Monarchie den Frieden mit dem Erbfeinde unter Bedingungen geschlossen hat, wie sie der besiegte Grossvezier[3] niemals hätte hoffen dürfen, wird Niemand glauben, dem die Verhältnisse jener Tage bekannt sind. Aber ebenso gewiss ist, dass neben vielen anderen Gründen, unter denen die Unmöglichkeit von den erschöpften Erbländern noch länger die ausserordentlich drückenden

---

[1] Lisola an Walderode, 12. November 1663. Urk. und Act. XIV. 170f.

[2] Leopold an Pötting, 25. Oct. 1664. St.-A. (Pött. Corr.) So bezeichne ich im Folgenden den Briefwechsel Leopold I. mit Pötting, eine für die Erkenntniss der Motive der Handlungen Leopold I. unvergleichliche Briefsammlung.

[3] An einen Sieg der kaiserlichen Truppen in der Schlacht bei St. Gotthard wird man auch nach alledem, was Nottebohm „Montecuccoli und die Legende von St. Gotthard" (Programm des Friedrich-Werderschen Gymnasiums in Berlin 1887) beigebracht hat, nicht zweifeln dürfen. Vergl. auch Zwiedineck-Südenhorst: Die Schlacht bei St. Gotthard. (Mitth. des Inst. f. öst. Gesch. X, 443 ff.

Lasten zu fordern, der schwerwiegendste war, die Rücksicht auf die spanische Frage und auf alles, was mit derselben zusammenhing, zu dem Entschlusse Leopolds beigetragen hat, den Frieden mit den Türken zu schliessen. Seitdem er seinem Vater in der Regierung der Erbländer gefolgt war, hatte Leopold der spanischen Frage ein reges Interesse entgegengebracht. Er hatte keinen Augenblick die Bedeutung derselben unterschätzt, hatte wiederholt die Absicht geäussert, zur Wiederherstellung guter Beziehungen sein Theil beizutragen. Aber immer wieder hatten andere dringendere Geschäfte ein entscheidendes Eingreifen Leopold I. verhindert. Und doch konnte er nicht verkennen, dass ein solches dringend geboten war, sollten nicht die Interessen der deutschen Linie des Hauses Habsburg eine empfindliche Schädigung erfahren. Denn die Beziehungen zwischen den beiden Höfen hatten sich seit dem Regierungsantritte Leopold I. wesentlich verschlechtert. Der sprichwörtlich gewesene Einfluss der spanischen Minister am Kaiserhofe bestand nicht mehr. Seitdem die Spanier nicht mehr Geld spendeten, sondern Hilfe forderten, seitdem die Pensionen für Minister und andere einflussreiche Persönlichkeiten aufhörten, sank ihr Ansehen rascher, als es gestiegen war. Man drängte sich nicht mehr an sie heran, man warb nicht mehr um ihre Freundschaft, fragte sie auch nicht mehr um Rath in allen Staatsangelegenheiten, man glaubte vielmehr des Guten mehr als genug gethan zu haben, wenn man auf ihre besonderen Interessen irgendwelche Rücksicht nahm. Der leitende Minister Portia, der das Vertrauen seines Herrn im vollsten Maasse besass, war ein offener Gegner der Spanier; der Vertreter der spanischen Interessen, Auersperg, dem Kaiser persönlich verhasst. So war es möglich geworden, dass die Abneigung der Deutschen gegen die Spanier sich am Wiener Hofe unverhüllt äusserte, dass die Spanier nicht nur im Reiche, sondern auch in den Erbländern zu den bestgehasstesten Nationen zählten.[1]

Am Hofe Philipp IV. machten sich dagegen die Feinde des deutschen Einflusses, die Anhänger und Förderer der Franzosen, an ihrer Spitze Graf Penneranda, breit, und des Kaisers Vertreter bekam so manches Wort zu hören, das ihm die oft und laut betonte Neigung des spanischen Volkes für die deutsche Linie des Hauses

[1] Die Venetianer berichten wiederholt über die Abneigung der Bevölkerung gegen die Spanier. (Dispacci) St.-A.

Habsburg sehr fraglich erscheinen lassen musste. Es wird nicht geleugnet werden können, dass die Schuld an diesen dem Gesammthause nachträglichen Erscheinungen zum grossen Theile den beiden Regierungen beizumessen ist. Sie hatten beide in den 7 Jahren, die seit dem Regierungsantritte Leopold I. verflossen waren, eine Reihe von Fehlern begangen, die zu vermeiden gewesen wären. Sie hatten es beide an Aufrichtigkeit und Opferwilligkeit fehlen lassen und dadurch dem gemeinsamen Feinde die Gelegenheit geboten, die Keime der Zwietracht zwischen ihnen zu säen, die ihm später so reiche Früchte tragen sollten. Als Ferdinand III. starb, waren die Beziehungen zwischen den beiden Höfen noch freundschaftliche gewesen. Das Wort des Grafen Trauttmannsdorff, es wäre das beste, wenn die beiden Linien des Hauses sich gänzlich trennen würden, war am Hofe Philipp IV. zwar nicht vergessen, der Abschluss des Friedens mit den Franzosen dem Kaiser nicht vergeben, aber Ferdinand III. Bemühungen, den überaus drückenden Bestimmungen des westphälischen Friedens zum Trotze den Spaniern in ihrem Kampfe gegen den mächtigen Gegner beizustehen, hatten Philipp IV. versöhnt und der Einfluss der zweiten Gemahlin dieses Fürsten, einer Tochter Ferdinand III., hatte dazu beigetragen, das gute Einvernehmen der beiden Linien des Hauses Habsburg zu befestigen. Die Verlobung Ferdinand IV. mit Maria Theresia von Spanien und das Versprechen Philipp IV., diese Prinzessin, als Ferdinand IV. plötzlich starb, dem Thronfolger Leopold zur Frau zu geben, waren Zeichen dieser Oesterreich freundlichen Gesinnung des spanischen Königs und wohl geeignet, den Fortbestand guter Beziehungen zwischen den beiden Höfen zu sichern. Es schien, als sollten sie sich nochmals im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zusammenfinden. Allein gleich nach dem Tode Ferdinand III. zeigte sich, wie verschieden doch die Interessen der beiden Mächte waren. Leopold I. hatte den Antrag, Maria Theresia zu heirathen, freudig begrüsst, und die sofortige Abschliessung des Ehecontractes verlangt. Er wünschte als Gemahl der spanischen Königstochter in den Wahlkampf einzutreten, er glaubte durch die Verbindung mit dem spanischen Hofe seine Macht in Deutschland wesentlich zu mehren. Philipp IV. lag dagegen sein Wohl und sein Interesse am Herzen und dieses widerrieth die Heirath der Prinzessin mit dem jugendlichen Herrscher, solange derselbe nicht deutscher Kaiser war. Denn welche Unterstützung konnte Philipp IV. von Leopold erwarten, wenn es Lud-

wig XIV. gelang, seine oder die Wahl eines ihm ergebenen Fürsten zum Herrscher in Deutschland durchzusetzen? Musste ihm nicht in diesem Falle die Hand seiner Tochter, um die für Ludwig XIV. wiederholt angehalten worden war, als das einzige Mittel erscheinen, die von Frankreich seinem Staate drohende Gefahr abzuwenden? Das Interesse Philipp IV. forderte die weitgehendste Unterstützung der Candidatur Leopold I., es forderte aber auch die Verzögerung der Entscheidung in der Heirathsangelegenheit bis nach erfolgter Kaiserwahl.

Dass diese zu Gunsten Leopold I. ausfallen, diesem aber durch die Bestimmungen der Wahlcapitulation und durch die Gründung des Rheinbundes die Theilnahme an dem spanisch-französischen Kriege unmöglich gemacht werden würde, daran hatte Philipp IV. damals nicht gedacht. Als aber das unerwartete geschehen war, als Leopold, der Noth gehorchend, seine Einwilligung gegeben hatte, unter diesen drückenden Bedingungen die ihm angetragene Krone anzunehmen, bestand für Philipp IV. kein Zweifel mehr, dass er gegen die Uebermacht Frankreichs nicht werde ankämpfen können, dass die Hand seiner Tochter der Preis des von ihm sehnlichst erwünschten, von seinem Volke dringend geforderten Friedens sein werde. Vergebens brachte daher Leopold, kaum zum Kaiser gekrönt, die Heirathsfrage im Sinne einer Stärkung des Hausinteresses von Neuem zur Sprache, vergebens gab er immer deutlichere Beweise dafür, dass er den in der Wahlcapitulation enthaltenen, von ihm beschworenen Bestimmungen und dem Rheinbunde zum Trotze entschlossen sei, seinem Verwandten in Spanien mit den Waffen in dem Kampfe gegen den König von Frankreich beizustehen. Philipp IV. sah in dem Verhalten Leopolds in der Wahlfrage ein unzweideutiges Hinwegsetzen über die Interessen der Spanier und glaubte den späteren Versicherungen desselben nicht trauen zu dürfen. Den Zweck, den er bei der Förderung der Wahl Leopold I. im Auge gehabt, hatte er nicht erreicht, der Friede mit Ludwig XIV. schien ihm jetzt dringender geboten als vorher. Und da er sich von dem Kaiser verlassen glaubte, schloss er mit Ludwig XIV. ein Abkommen, durch das der Friede zwischen den beiden Staaten hergestellt und die Heirath des jungen Königs von Frankreich mit der spanischen Prinzessin festgestellt wurde. Für die deutsche Linie des Hauses Habsburg ein herber Schlag, der um so empfindlicher traf, als man daselbst die Vermählung Maria Theresia's mit Leopold für eine ausgemachte Sache gehalten hatte. Der erste Schritt zur Entfremdung

der beiden Höfe war damit gethan, das gemeinsame Vorgehen der Franzosen und der Spanier in der nordischen Frage die erste sichtbare Folge der Einflussnahme Frankreichs auf die Entschliessungen des spanischen Hofes. Fast scheint es übrigens, als habe Philipp IV. eingesehen, wie wenig doch ein solches Vorgehen dem Interesse seines Hauses entsprach. Denn kaum war die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt, als er aus freien Stücken dem jungen Herrscher Oesterreichs seine Zweitgeborene anbot, deren Hand, mit Rücksicht auf den von Maria Theresia geleisteten Verzicht auf die Erbfolge in Spanien, einen besonderen Werth besass. Kaiser Leopold I. nahm, die erlittene Unbill vergessend, das Anerbieten an. Die Verlobung wurde beschlossen, die näheren Bestimmungen durch die Ehecontracte aber im Hinblicke auf die Jugend der Prinzessin späteren Zeiten vorbehalten. Es war ein grober Fehler des österreichischen Hofes, dass er seine Einwilligung zu dieser Verschiebung gab, ein noch viel gröberer aber, dass er den spanischen Gesandtschaftsposten zwei Jahre lang unbesetzt liess. Ludwig XIV. nützte diese Zeit auf das trefflichste für seine Zwecke aus, knüpfte eine Reihe sehr bedeutungsvoller Verbindungen an und beeinflusste das spanische Volk bereits damals in einer Oesterreich und den Deutschen überaus feindseligen Weise.[1] Und zu gleicher Zeit waren am Wiener Hofe die Beziehungen der leitenden Kreise zu dem spanischen Gesandten immer gespanntere geworden. Hatte Castel-Rodrigo in Wien noch eine entscheidende Rolle gespielt, hatte La Fuente wenigstens bezüglich aller Spanien betreffenden Angelegenheiten bereitwilligst Auskünfte erhalten, so wurden seinem Nachfolger Mancera auch diese versagt. So oft er genauere Mittheilungen über den Stand der mit den Türken geführten Verhandlungen forderte — denn einen Krieg zwischen dem Kaiser und den Türken zu verhindern galt als seine wichtigste Aufgabe — wurde ihm die Antwort zu Theil, man wisse sehr wohl, was man zu thun habe und bedürfe nicht seines Rathes.[2] Man liess ihn sogar nicht undeutlich fühlen, dass man ihn zu ent-

[1] Ueber die Thätigkeit des französischen Gesandten Mis de la Feuillade, Erzbischofes von Embrun, vergl. Mignet, Négociations rélatives etc. I. 87 ff.; Legrelle „La Diplomatie française et la succession d'Espagne," I. 28 ff. und die interessanten Bemerkungen in der von Lisola herrührenden Flugschrift „Appel de l'Angleterre touchant la secrete cabale ou assemblée à Withall" etc. 1678. 20 ff.; über die Person des Erzbischofes von Embrun speciell 25 f. und Saint-Simon, Mem. I. 418 f.

[2] Bericht Sagredo's vom 2. April 1662. Dispacci. (St.-A.)

fernen wünsche und Mancera that, statt durch conciliantes Benehmen die Abneigung zu mindern, alles sie zu steigern. Oeffentliche Conflicte, die im Laufe der Zeit nicht ausblieben, nöthigten Philipp IV., dem Wunsche der Wiener Regierung willfahrend, Mancera abzuberufen.[1] Die Feinde Leopold I. aber benützten diese Missachtung des spanischen Gesandten, sowie die ausweichenden Erklärungen der Wiener Regierung, so oft Philipp IV. um Hilfe in Italien und gegen die Portugiesen bat, um den König in seiner ohnehin ungünstigen Meinung von der kaiserlichen Politik zu bestärken.

Der kaiserliche Gesandte, Graf Eusebius Pötting, der zu Beginn des Jahres 1663 in Madrid erschien, bekam den Wechsel der Gesinnung bald zu spüren. Es gelang ihm zwar eine bestimmte zusagende Erklärung in der Heirathsangelegenheit zu erzielen, allein er konnte schon bei diesen Verhandlungen erkennen, dass Philipp IV. und seine Räthe eifrigst darauf bedacht waren, die Interessen Ludwig XIV. wahrzunehmen und jedes Wort zu vermeiden, das diesen Fürsten verletzen konnte. In allen übrigen Fragen trat dieses Bestreben und die Unzufriedenheit des spanischen Hofes noch viel deutlicher zu Tage. Wir haben bereits der Forderungen der Spanier gedacht, welche die Ueberlassung bedeutender Streitkräfte seitens des Kaisers an Philipp IV. zum Schutze des spanischen Italiens und zum Kampfe gegen die Portugiesen zum Ziele hatten und erwähnt, dass Leopold, der damals einen seine Kräfte in ganzem Umfange in Anspruch nehmenden Krieg gegen die Türken führte, nicht in der Lage war die Wünsche der Spanier vollauf zu befriedigen, zumal es Philipp IV. mit der Subsidienzahlung nicht recht ernst nahm. Die Niederlagen, welche nun die von den Franzosen unterstützten Portugiesen den Spaniern beibrachten, liessen die Unterstützung dieser durch die Oesterreicher immer dringender erscheinen und da an eine solche nicht zu denken war, so lange der Türkenkrieg des Kaisers Kräfte ganz in Anspruch nahm, forderten die Spanier von Leopold I. immer von Neuem den Abschluss des Friedens mit dem Erbfeinde auch unter wenig günstigen Bedingungen und benützten den Wunsch Leopold I. seine Braut in seiner Nähe zu haben, um von ihm als Beweis der Rücksichtsnahme auf die spanischen Bedürfnisse den Friedensschluss mit den Osmanen zu fordern. Leopold I. hingegen sah die Nothwendigkeit des gegen die Portugiesen

[1] Bericht Sagredo's vom 23. April 1662. Dispacci. (St.-A.)

geführten Kampfes nicht ein und glaubte im Interesse des Gesammthauses von Philipp IV. die Beilegung des portugiesischen Conflictes und eine entsprechende Unterstützung im Kampfe gegen die Ungläubigen fordern zu dürfen. Die gegenseitige Unzufriedenheit nahm unter diesen Umständen immer zu und trat bei den Verhandlungen deutlich hervor, die am Madrider Hofe in den Jahren 1663 und 1664 geführt wurden. Leopold beschwerte sich über die geringe Geldunterstützung seitens des spanischen Hofes, liess durch Pötting die Vortheile einer Niederlage der Türken für die Spanier auseinandersetzen und versuchte den Nachweis, dass die von Philipp IV. gewünschte Einigung gegen den gemeinsamen Feind, gegen den König von Frankreich, erst dann sicheren Erfolg verspreche, wenn Leopold keine Gefahr im Osten zu fürchten habe. Er unterliess auch nicht zu betonen, dass der Friede mit den Portugiesen eine unerlässliche Vorbedingung für eine gedeihliche Entwickelung der Verhältnisse, für die Sicherung der übrigen spanischen Besitzungen sei. Philipp IV. dagegen wollte von einer Beilegung des Conflictes mit Portugal auf Kosten Spaniens nichts wissen und forderte immer dringender den Friedensschluss mit den Türken, indem er hervorhob, nur zur Erzielung des Friedens Subsidien geleistet zu haben. Seine Bemühungen hatten endlich Erfolg. Im August 1664 schloss Leopold mit den Türken den Frieden von Vasvar. Es war, wie bereits erwähnt, nicht ausschliesslich aber doch zum guten Theil Rücksicht auf die Wünsche der Spanier und die Erkenntniss von der Nothwendigkeit den Verhältnissen im Westen Europa's seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, die den Kaiser zu diesem Frieden veranlasst haben. Aber nicht um Spanien gegen die Portugiesen zu unterstützen, nicht um dem Wohle Philipp IV. das seine zu opfern, sondern um das eigene Interesse in Spanien wahrzunehmen, hatte Leopold I. diesen Schritt gethan. Man hatte von den Bemühungen des Erzbischofes von Embrun, Frankreichs Gesandten in Madrid, genaue Kenntnisse, man wusste, dass er darauf bedacht war, die Verzichtleistung Ludwig XIV. auf die spanischen Besitzungen rückgängig zu machen,[1] dass der junge König, während er in Madrid durch Versprechungen zu wirken suchte, mit den Niederländern in Verbindung trat;[2] dass er, um Spanien zu schwächen, die Portugiesen

[1] Legrelle l. c. I. 45 ff.
[2] Ebenda 67 ff.

in dem Kampfe um ihre Selbständigkeit unterstützte. Leopold liess seinen Verwandten in Spanien auch keinen Augenblick darüber im Unklaren, dass er nicht ohne entsprechende Gegenleistungen für die Interessen Spaniens eintreten wolle. In demselben Schreiben, in dem er seinem Gesandten die Gründe auseinandersetzte, die ihn zum Friedensschlusse mit den Türken vermocht hatten, und seine Gedanken darüber mittheilte, wie er sich ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte dachte, hat er hervorgehoben, dass er auf der raschen Durchführung der Heirathsangelegenheit, auf dem Erscheinen einer bedeutenden Persönlichkeit in Wien als Vertreter der spanischen Interessen und auf dem Abschlusse des spanisch-portugiesischen Friedens bestehen müsse.[1] Und wie ernst es Leopold I. mit diesen Dingen nahm, zeigt der Umstand, dass er in richtiger Würdigung der schwierigen Stellung, die sein Vertreter in diesem von verschiedenen Parteien beherrschten Lande hatte, den Entschluss fasste, seinen fähigsten Diplomaten gegen Ende des Jahres 1664 mit dem Befehle nach Madrid zu senden, daselbst neben Pötting die kaiserlichen Interessen wahrzunehmen. Die Anwesenheit Lisola's am spanischen Hofe war in der That dringend geboten, denn Pötting hatte trotz besten Willens den richtigen Weg nicht einzuschlagen gewusst, auf dem man am spanischen Hofe allein an's Ziel gelangen konnte. Es fehlte ihm an der entsprechenden geistigen Begabung, noch mehr aber an der Festigkeit des Characters, um die vielen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die ihm entgegentraten. Es war ihm in den zwei Jahren, die er am Hofe Philipp IV. zugebracht hatte, nicht geglückt, die Gegner des Kaisers zu gewinnen oder zu unterdrücken, er war nicht im Stande gewesen eine feste im Interesse des Kaisers geschlossen auftretende Partei zu bilden, die unter einander verfeindeten Persönlichkeiten zu gemeinsamem Vorgehen zu vermögen. Und doch war nur, wenn dies gelang, auf eine gedeihliche Entwickelung der Verhältnisse, auf eine entsprechende Berücksichtigung der Interessen des Gesammthauses zu hoffen. Es ist das grosse Verdienst Lisola's dies erkannt und mit allen Mitteln seines Geistes und seiner reichen Erfahrung in der Kunst der Menschenbehandlung an die Durchführung dieser Aufgabe geschritten zu sein. Sein klarer Blick liess ihn sogleich den Punkt erkennen, wo der Hebel angesetzt werden musste.

[1] Für die spanisch-portugiesischen Verwickelungen u. a. Rosseeuw-St. Hilaire, Histoire d'Espagne, XI. 250 ff.

Es galt die kurze Zeit, die nach den Aussagen aller Erfahrenen dem Könige Philipp IV. zu leben noch vergönnt sein konnte, zur Bildung einer starken Partei auszunützen, die widerstrebenden Elemente zu gewinnen oder zu vernichten, der Königin die Stellung einer Regentin nach dem Tode ihres Gemahles zu sichern und diese Stellung zu einer möglichst selbständigen zu gestalten, die Abreise der kaiserlichen Braut zu erzwingen, Spanien zum Frieden mit Portugal und zu gemeinsamem Vorgehen mit dem Kaiser in allen Fragen der Politik zu vermögen, vor allem aber den Einfluss der Franzosen am Madrider Hofe zu brechen.

Lisola verkannte keineswegs die Schwierigkeit der ihm übertragenen Aufgabe und dies umsoweniger, als er sich, seiner Gewohnheit entsprechend, alsbald ein klares Bild von den Zuständen am spanischen Hofe verschafft hatte, von den ihm zur Verfügung stehenden Kräften und von der Zahl und Bedeutung seiner Gegner. Philipp IV. war alt und schwach, kaum fähig sich zu bewegen und die stete Sorge für seinen gebrechlichen Körper, dem er in der Jugend zu viel zugetraut hatte, hinderte ihn sich ernstlich mit den Staatsgeschäften zu befassen.[1] Dazu kam, dass die Selbständigkeit, mit der seine leitenden Minister bis zum Tode Don Louis de Haro's die Geschäfte besorgt hatten, ihn Jahrzehnte lang der Mühe enthoben hatte, in politischen Fragen persönlich die Entscheidung zu treffen, so dass er nun am Ende seines Lebens, genöthigt unter den verschiedenen Meinungen zu wählen, die an seinem Hofe und in seinem Staatsrathe zu Tage traten, wie ein schwaches Rohr bald dahin, bald dorthin neigte, jedem Drucke nachgebend. Und neben ihm lebte Maria Anna; ein engelreines, sinniges Wesen, voll Güte und Geduld, eine ausgezeichnete Gattin eines energischen Herrschers, der in seiner Häuslichkeit Erholung von den Staatsgeschäften sucht, aber keineswegs geeignet, bestimmend auf ihren Gatten einzuwirken, sich mit dem Staate zu identificiren, ohne die entsprechende Begabung schwierige politische Fragen zu erfassen und noch vielmehr ohne das robuste Gewissen, dessen es bedurfte, um in diesem Staate das Beschlossene durchzuführen. Der Erbe des Thrones aber war ein kleines, schwaches, krankes Kind, das nach der Ansicht aller Ver-

[1] Für die Charakteristik des spanischen Hofes habe ich neben den Relationen Lisola's die Finalrelationen der Venetianer Zorzi, Bellegno, Contarini u. a. m. bei Barozzi et Berchet „Relazioni degli stati Europei." Ser. I. Spagna. Bd. II. 331 ff., 359 ff., 382 ff. benützen können.

ständigen nur sehr geringe Aussichten hatte zu Jahren zu kommen, während Don Juan, der natürliche Sohn Philipp IV., tapfer, gefallsüchtig, rücksichtslos in der Wahl seiner Mittel, ein echter Spanier von Gesinnung und Gewohnheiten, beim Volke beliebt, von den Soldaten vergöttert, mit vielem Eifer und grossem Geschicke für seine Nachfolge zu wirken suchte.

Die Schwäche Philipp IV. und seine unausgesprochene politische Gesinnung, — Nachtheile für den Staat, den er beherrschte — boten einer machtvollen Persönlichkeit die Gelegenheit, bestimmend auf die Entschliessungen dieses Herrschers einzuwirken, und Lisola verhehlte sich keinen Augenblick, dass es am spanischen Hofe Niemandem leichter war, das Interesse Oesterreichs zu vertreten, als dem Pater Neidhart, dem Beichtvater Philipp IV., der gleich seiner Gemahlin den Geistlichen einen grossen Einfluss gestattete. Allein nur zu bald musste er zu seinem tiefen Kummer erfahren, dass Neidhart durchaus nicht die Persönlichkeit war, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, mit der jeder, zumal ein Fremder, am spanischen Hofe zu kämpfen hatte. Nicht einen einzigen Moment hat es Neidhart verstanden, die Spanier vergessen zu machen, dass er ein Fremder war, in keiner einzigen Frage hat er sich mit dem Staate identificirt, den er beherrschen sollte und doch konnte er nur dann, wenn er dies that, darauf rechnen, dass die jedem Fremden abgeneigte Nation seine Herrschaft ertragen werde. Neidhart war eine durchaus kleinliche, egoistische Natur; unfähig die Bedeutung des Augenblickes zu erfassen; hochfahrend gegen seine Freunde und zögernd, so oft es galt seine Feinde empfindlich zu treffen; dem Kaiser und seiner Sache ergeben, aber keineswegs geneigt, mit seiner Person für die deutsche Linie des Hauses Habsburg einzutreten.

Unter den Grossen des Reiches aber, die stolz auf ihre Geburt und ihre Bedeutung überschätzend sich nur ungern fremdem Einflusse fügten, gab es nur wenige, die bereit waren für die Interessen Leopold I. einzustehen, und der mächtigste unter ihnen, der Herzog von Medina, ein mittelmässiger Kopf, wankelmüthig, nicht untadeligen Rufes, eifersüchtig auf seinen Einfluss, trieb so manchen, der nicht abgeneigt schien für die Sache des Kaisers einzutreten, in die Arme der Feinde Leopold I., unter denen Graf Penneranda, neben dem Vertreter Ludwig XIV., dem klugen, mit den Künsten der Diplomatie wohl vertrauten Erzbischofe von Embrun, der durch Geld und durch andere Mittel im Sinne Frankreichs wirken liess,

die grösste Rolle spielte. In Staatsgeschäften viel erfahren, geistig höher veranlagt, als die meisten seiner Genossen, von grimmigem Hasse gegen den Kaiser erfüllt, war er unermüdlich thätig und scheute kein Mittel Leopold I. und seiner Sache zu schaden. Aber nicht nur mit dem Hasse der Mehrzahl der Adeligen hatte Lisola zu rechnen; immer wieder bekam er die tiefe Abneigung des spanischen Volkes gegen die Herrschaft eines Deutschen zu spüren, und die zahlreichen Franzosen, die in jener Zeit an den Madrider Hof gezogen wurden, wie jene, die als Handelsleute mit den Bürgerkreisen in Berührung traten, trugen dazu bei das arbeitsscheue Volk, das Fremden die Ursache seines Unterganges zuzuschreiben nur zu geneigt war, in diesem Hasse zu bestärken.

Trotz alle dem gelang es Lisola einen grossen Theil der Aufgaben, die er sich gestellt, vortrefflich durchzuführen. Philipp IV., der ungeachtet seiner Neigung für die deutsche Linie seines Hauses, sich immer wieder durch die Gegenpartei hatte beeinflussen lassen, zeigte sich zuversichtlicher, betonte freimüthig die Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens der beiden Zweige des Hauses Habsburg. Auch der Königin Stellung zu bessern, gelang dem kaiserlichen Gesandten. Denn er war es, der sie bewog an den Staatsgeschäften Theil zu nehmen, der ihr eine richtige Auffassung von den dringendsten Bedürfnissen der Monarchie beibrachte, der die verschiedenen Männer, welche die Königin zu beeinflussen im Stande waren, bewog, sie anzueifern in dem Bestreben die Sache des Kaisers zu der ihren zu machen. Zu gleicher Zeit war der kaiserliche Gesandte aber auch bestrebt die Minister, die am Hofe Philipp IV. eine hervorragende Rolle spielten, für die Interessen Leopold I. zu gewinnen; bei einigen mit Erfolg. Der Herzog von Medina, der bereits geschwankt und zu Don Juan — dem natürlichen Sohne Philipp IV. — in nähere Beziehungen getreten war, schlug sich, von Lisola mit besonderer Achtung behandelt, wieder ganz auf die Seite des Kaisers und auch der Graf von Castrillo, der als Leiter der Finanzen und durch seinen Einfluss auf Caracena, den Führer der spanischen Truppen, eine der wichtigsten Personen des spanischen Hofes war, zeigte sich geneigt, die Pläne Lisola's zu fördern. Aber auch andere Männer, zumal solche, die den Grafen Pötting nicht für fähig gehalten hatten energisch vorzugehen, bekannten jetzt, wo sie Lisola's zielbewusstes Handeln sahen, offen ihre kaiserfreundliche Gesinnung. So gelang es ihm eine Partei zu bilden, stark genug, um den Kampf gegen

die mächtigen Feinde mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Denn es war seine feste Ueberzeugung, dass man jene, die auf gütlichem Wege nicht zu gewinnen waren, mit Gewalt zur Umkehr nöthigen müsse. Biegen oder brechen war seine Losung, für halbe Maassregeln hatte er nur ein mitleidiges Lächeln. Und an diesem Grundsatze hielt er auch dann fest, als ihn die Feindschaft so vieler hochstehender Männer in grosse persönliche Gefahren stürzte, als insbesondere die Franzosen kein Mittel unversucht liessen, ihn zu beseitigen. Immer wieder fasste er in Memorialien und in mündlichen Gesprächen mit Philipp IV. und mit dessen Ministern seine Meinung dahin zusammen, man müsse den Frieden mit Portugal schliessen und die Hand des Königs von England ergreifen, um gemeinsam mit diesem und mit dem Kaiser den Uebergriffen Ludwig XIV. energisch entgegenzutreten; immer wieder betonte er die Nähe der von dem Franzosenkönige drohenden Gefahr, dessen geheimste Pläne er dem spanischen Könige zu enthüllen wusste. Und Lisola's Thätigkeit war um so nothwendiger, als es sich gerade damals wieder zeigte, wie bedeutend der Einfluss der Franzosen in Spanien war, wie sehr sich der todtkranke König bemühte Conflicte mit Ludwig XIV. hintanzuhalten.

Leopold hatte um seine Erbländer zu entlasten nach dem Friedensschlusse mit den Türken eine Reduction seiner Truppen vorgenommen, dem Könige von Spanien die Ueberlassung von 6000 Mann zugesagt, die nach den spanischen Niederlanden geführt werden sollten. Kaum hatte aber Ludwig XIV. Kunde von diesem Plane erhalten, so trat er auf das entschiedenste gegen die Absendung einer so beträchtlichen Truppenzahl nach den spanischen Niederlanden auf, erhob laute Klage über Castel-Rodrigo's Maassnahmen zur Befestigung dieser Provinz und drohte mit den schwersten Strafen, falls der König von Spanien nicht alsbald Genugthuung gewähre. Die Mahnung Ludwig XIV. hatte den gewünschten Erfolg; die Spanier liessen eingeschüchtert den Kaiser bitten, blos 2500 Mann nach den spanischen Niederlanden, die übrigen aber nach Italien zu senden.[1]

Das feige Benehmen der spanischen Regierung steigerte die ohnehin tiefe Erbitterung des Kaisers gegen Philipp IV. und gegen dessen Räthe. Er hatte seit dem Abschlusse des Friedens mit den Türken

[1] Schreiben Leopolds an Pötting. 4. Mai 1665. St.-A. (Pött. Corr.)

immer dringender von den Spaniern die Abreise seiner Braut, den Frieden mit Portugal, ein kräftiges Eingreifen in die allgemeinen politischen Verhältnisse gefordert, aber erfahren müssen, dass man zu Madrid in keiner dieser Fragen mit ihm eines Sinnes war. Seinem lebhaften Wunsche die Königstochter „über das grosse Wasser" zu wissen, war nicht Rechnung getragen, Ausflucht über Ausflucht ersonnen worden, um die Abreise der Prinzessin zu verzögern. Die Erklärungen Pöttings und seine zahlreichen Memorialien wurden mit allgemein gehaltenen Versprechungen, die directen Schreiben Leopold I. an Philipp IV. gar nicht beantwortet. Und nun erfuhr der Kaiser von den demüthigenden Zugeständnissen, die Spaniens König den Franzosen auf ihre Drohungen hin gemacht hatte. Sein Zorn entlud sich in seinen Briefen an Pötting. Hatte er auf die Nachricht von der neuerlichen Verzögerung der Abreise seiner Braut, Pötting gegenüber die Ansicht geäussert, es zeige sich, was er immer gesagt, dass die Spanier es nicht ernst mit ihm meinen, hatte er die Mittheilung von der Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Portugiesen mit heftigen Klagen darüber erwidert, dass man ihn zum Frieden mit den Türken gedrängt habe, jetzt aber die damals gegebenen Versprechen bezüglich Portugals nicht erfülle, so lautete die Antwort auf die Bitte der Spanier betreffs der Verminderung der nach den spanischen Niederlanden bestimmten Truppen dahin, der Kaiser halte den Beschluss der Spanier für sehr gefährlich und praejudicirlich, denn es dürfe den Franzosen das Recht nicht eingeräumt werden zu bestimmen, ob es Spanien gestattet sei, Truppen nach seinen Niederlanden zu senden, da damit gleichsam der Krone Spanien Gesetze vorgeschrieben würden. Dass Leopold sich dann schliesslich doch den Wünschen Philipp IV. in dieser Frage fügte, hatte seinen Grund nicht so sehr in der Furcht, durch starres Festhalten sich die Feindschaft der Franzosen zuzuziehen, als in der Absicht, durch Nachgiebigkeit in diesem Punkte Philipp IV. für des Kaisers Pläne zu gewinnen, die gerade damals ein energisches Einschreiten gegen Frankreichs Uebergriffe bezweckten.

Der junge Herrscher Oesterreichs war durch den im Februar 1665 erfolgten Tod seines ehemaligen Erziehers und späteren ersten Ministers frei geworden und hatte, durch die Erfahrungen der letzten acht Jahre belehrt, den Entschluss gefasst, in Zukunft keinem seiner Räthe mehr einen übergrossen Einfluss zu gestatten, seinem Vetter in Frankreich gleich die Zügel der Regierung zu ergreifen und im vollen

Bewusstsein seiner Verantwortung nach reifem Erwägen dem eigenen Ermessen zu folgen. Leopold war damals 25 Jahre alt, kaum zwei Jahre jünger als Ludwig XIV.; er wusste, dass er seinen Vetter an Wissen weit überrage, er konnte nicht ahnen, dass dieser ihm an Geist überlegen sei. Warum sollte er nicht leisten, was der Franzose leistete, von dessen wenig sittlichem Lebenswandel in der Umgebung Leopolds nur allzuviel gesprochen wurde, von dessen unvergleichlicher Arbeitskraft aber kein Wort dem jungen Herrscher Oesterreichs zu Ohren kam? Hatte Ludwig XIV. Mazarin, der ihn in die Politik eingeführt, keinen Nachfolger gegeben, den überraschten Vertretern der fremden Nationen angekündigt, dass er von nun an sein eigener erster Minister sein werde, warum sollte Leopold nicht das gleiche thun? Der Brief, in dem er seinem Freunde diesen Entschluss mittheilt, lautet folgendermaassen: „Lieber Pötting. Der schon vor geraumber Zeit vertröstete Curier kombt dermaleins mit diesen meinen Schreiben. Causa huius morae sat tragica fuit; indeme gleich als Ich diesen Curier habe expediren wollen, der Fürst v. Portia erkrankt und also übel mit ihm worden, dass er endlich gestern umb 9 Uhr Vormittag seliglich verschieden ist. Wie mir bei diesen Fall umb das Herz, köndt Ihr leicht Euch einbilden, dann Ich ihn alzeit sehr geliebt und vor ein gar treuen aufrichtigen ministro erkennt habe; ma patientia, omnes sumus mortales. Wie Ich aber iezo meine negotia recht bestellen werde, bin Ich noch nit völlig resolvirt. Euch zur Nachricht aber muss Ich etliche meiner intentiones eröffnen. Primo bin Ich entschlossen, kein primo ministro oder valido zu haben, sondern mein eigen primada selbst zu sein, doch etlich Räthe zu den meisten oder allen Negotien zu ziehen, et hoc ex multis causis; 1° bin Ich noch jung und kann wol arbeiten; 2° bleibe Ich Herr und kann ein ander nicht vantiren, dass alles von ihm dependire; so kann Ich es besser verantworten, dann alles Ich mir selbst attribuiern muss.“[1]

Der entschiedenste Wille selbst zu herrschen, die Politik seines Reiches zu bestimmen, spricht aus diesen Worten. Welch ein Glück für Oesterreich, wenn Leopold diesem Vorsatze treugeblieben, wenn er seiner Natur so hätte Herr werden können, um die Unent-

[1] Leopold an Pötting 18. Februar 1665; der Brief ist datirt 18. Februar 1664; es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, dass er 1665 geschrieben ist. St.-A. (Pött. Corr.)

schlossenheit und Zaghaftigkeit zu überwinden, die ihm von der Geburt her anhaftete und die durch Erziehung nur gesteigert worden war. Ueber die Richtung seiner selbständigen Politik liess der Kaiser seinen Gesandten keinen Augenblick im Zweifel. In demselben Schreiben, das den Ausdruck seines Willens zu herrschen enthielt, hat er Pötting aufgefordert, die Spanier an ihre Versprechen bezüglich energischer Abwehr der französischen Uebergriffe zu erinnern und bald darauf erklärte er, es sei die höchste Zeit sich in Bereitschaft zu setzen; nur bewaffnet könnte man hoffen Eindruck auf die Franzosen zu machen; er sei zur Rüstung bereit, aber Geld benöthige er, das müsse Spanien geben. Im übrigen war sein Bestreben vornehmlich darauf gerichtet, dem Könige Philipp IV. die Scheinheiligkeit der Franzosen nachzuweisen, ihm zu zeigen, dass dieselben bei ihrem Vorgehen nur ihr besonderes Interesse im Auge hatten, dass sie den Spaniern die Vermittelung zur Herstellung des Friedens mit den Portugiesen nur angeboten, um die Verbindung der Spanier mit den Engländern zu verhindern, dass an ein aufrichtig gemeintes Eintreten Ludwig XIV. für die Interessen Philipp IV. nicht zu denken sei. Gerade darauf war aber auch die Thätigkeit Lisola's von Anfang an gerichtet gewesen. Mochte es sich um die directen Verhandlungen der Franzosen mit den Spaniern handeln, von deren Inhalt sich Lisola alsbald Kenntniss zu verschaffen wusste, mochte es die Haltung der Franzosen in den deutschen, polnischen oder türkischen Fragen betreffen, immer suchte der kaiserliche Gesandte dem Könige und den Ministern Spaniens den Egoismus und die Unehrlichkeit Ludwig XIV. in allen Dingen nachzuweisen. Leicht wurde es ihm nicht. Selbst die dem Kaiser gut gesinnten Räthe forderten unanfechtbare Beweise der Richtigkeit dieser Behauptungen. Lisola gab sie; er bat den Herzog von Medina, die aus Frankreich an die Anhänger der Franzosen am Madrider Hofe einlaufenden Briefe zu öffnen, er garantire in diesem Falle für den Erfolg. Es machte auf den mit derlei Mittel wohl vertrauten Mann einen eigenthümlichen Eindruck, dass Medina sich weigerte auf diesem Wege sich Kenntniss von den Plänen der Franzosen zu verschaffen und erst auf wiederholtes Zureden Lisola's seine Einwilligung gab. Der Erfolg war aber ein um so grösserer.[1] Medina erklärte wenige Tage darauf, er habe sich überzeugt, dass nicht nur Lisola's Behauptungen

[1] Bericht Lisola's an den Kaiser. 18. Mai 1665. St.-A. (Hisp.)

richtig seien, sondern dass in Katalonien, in den Hafenstädten und in Madrid, ja am Hofe selbst eine Verschwörung zu Gunsten der Franzosen bestehe. Um über die Pläne und Beschlüsse dieser Verbindung genau orientirt zu sein, wurde eines ihrer Mitglieder durch Geld gewonnen. Tags über im vertrautesten Verkehre mit dem Erzbischofe von Embrun und mit allen Anhängern der Franzosen, berichtete dieser Mann des Nachts dem kaiserlichen Gesandten alles was vorgefallen war. Von ihm erfuhr Lisola, welche Personen der Erzbischof von Embrun bereits gewonnen hatte, welche er zu gewinnen vorhabe, dass Don Juan d'Austria mit den Franzosen in Verbindung getreten, dass Ludwig XIV. entschlossen sei, falls der Friede zwischen Spanien und Portugal zu Stande kommen sollte, den Krieg gegen Philipp IV. zu beginnen. Zu gleicher Zeit berichtete der Graf von Chavagnac, der auf Lisola's Bitten hin nach Katalonien geeilt war auf das genaueste über die Absichten der Franzosen, die dahin gingen die Reise der Infantin über das Meer zu hintertreiben.[1] Die Bemühungen Lisola's blieben nicht ohne Erfolg. Es wurde dem Gesandten Ludwig XIV., dem klugen Erzbischofe von Embrun, immer schwerer, die Rolle des gutgesinnten Förderers spanischer Interessen zu spielen; es gelang den Franzosenfreundlichen Räthen immer weniger Unparteilichkeit zu heucheln; zumal als Philipp IV. erfuhr, dass die Franzosen, die Fürsprecher des Friedens, die Portugiesen mit Schiffen und mit Proviant unterstützten.[2] Die Erkenntniss von der Falschheit der französischen Erklärungen, die empfindliche Niederlage, die das spanische Heer bei Villa Viciosa im Juni 1665 erlitt, der gänzliche Mangel an Geld und der Unwille des Volkes über den nutzlos geführten Krieg machten den kranken König dem Friedensschlusse mit den Portugiesen geneigter und ermöglichten es Lisola zu Beginn des Monates September 1665 bei Philipp IV. die lang ersehnte Billigung der Inangriffnahme der Friedensverhandlungen mit den Portugiesen durch den englischen Gesandten durchzusetzen. In aller Eile wurden die Bedingungen eines Waffenstillstandes mit den Portugiesen und jene einer Allianz mit England festgesetzt. Mitte des Monates hatte man sich bereits über die Erneuerung der englischen Verträge geeinigt, während Sandwich — der Gesandte Englands — das Project eines portugiesisch-spanischen Friedens zur Begutachtung vorlegte.

[1] Bericht Lisola's vom 15. August 1665. St.-A. (Hisp.)

[2] Schreiben Leopold I. an Pötting. 5. Juni 1665. St.-A. (Hisp.)

Und gerade in diesen Tagen war es den vereinten Bemühungen der kaiserlichen Gesandten geglückt, auch in der Heirathsangelegenheit eine günstige Entscheidung des Königs zu erlangen.[1] Eine neue Aera in der Geschichte der spanisch-österreichischen Beziehungen schien begonnen zu haben. Da trat das Ereigniss ein, das Lisola, und mit ihm alle, die es mit der kaiserlichen Sache ehrlich meinten, am meisten gefürchtet hatten: Philipp IV. starb. Die Nachricht davon verursachte, obgleich man auf dieselbe gefasst sein musste, eine ungeheuere Erregung nicht nur in Spanien, sondern auch in ganz Europa. Man wusste nicht, was Philipp IV. in seinem Testamente bestimmt hatte; wie sich das spanische Volk den Bestimmungen desselben gegenüber verhalten werde. Die Aufregung erreichte den höchsten Grad, als der Inhalt des Testamentes bekannt wurde. Dasselbe enthielt in klaren unzweideutigen Worten die Anerkennung der Erbrechte der jüngeren Tochter, der Gemahlin Leopold I. und war im übrigen im Sinne einer engen Verbindung der beiden Linien des Hauses Habsburg abgefasst. Die Gewalt, die Philipp IV. in die Hände seiner Gattin gelegt hatte, an deren deutscher Gesinnung Niemand zweifeln konnte, war eine ausserordentlich grosse und gestattete ihr ganz nach ihrem Ermessen vorzugehen. Die Staatsräthe, deren Meinung sie in allen wichtigen Angelegenheiten einzuholen hatte, besassen blos berathende Stimmen, auch stand es der Regentin frei, das im Testamente eingesetzte Collegium durch neue Staatsräthe zu ergänzen.

Lisola war denn auch mit dem Testamente des verstorbenen Königs sehr zufrieden. Wohl beunruhigte ihn die Aufnahme Penneranda's in den Staatsrath und die Ausschliessung der Herzoge von Medina und Alba aus demselben, allein er hoffte den Einfluss des ersteren zu untergraben, jenen der letzteren zu steigern. Alles hing, wie er bereits damals betonte, von der Haltung der Königin ab. Erwies sie sich stark genug, dem ersten Anpralle der vereinigten Gegner Stand zu halten, dann durfte man das beste hoffen; wich sie aber den Drohungen und Bitten der Feinde Oesterreichs, dann war zu fürchten, dass alle unzufriedenen, bislang schwankenden Elemente von ihr abfallen und sich auf die Seite Don Juans schlagen würden. Von der Königin aber war, das wusste Lisola, nur dann ein energisches Vorgehen zu hoffen, wenn es gelang den Beichtvater

[1] Vergleiche Pribram „Die Heirath Leopolds", a. a. O. 356 f.

des verstorbenen Königs, Neidhart, der einen unbeschränkten Einfluss auf sie übte, für ein energisches zielbewusstes Handeln zu gewinnen. In der That war denn auch das Streben Lisola's und Pöttings darauf gerichtet, diesen Mann für die Idee des Kampfes gegen Frankreich und gegen dessen spanische Anhänger zu gewinnen, leider ohne besonderen Erfolg. Neidhart fürchtete die Vorwürfe der Königin, falls seine Rathschläge nicht das erwartete Resultat haben sollten und die Kämpfe mit den zahlreichen Feinden Oesterreichs, die er, lediglich die Stärkung seiner Macht im Auge behaltend, zu vermeiden wünschte. Aus diesem Grunde protestirte er auf das entschiedenste gegen den Vorschlag Lisola's, der durch die Heranziehung bedeutender franzosenfeindlicher Männer zu den Sitzungen des Staatsrathes den Einfluss Penneranda's brechen wollte. Lisola liess den Muth nicht sinken. Er versuchte Medina mit Neidhart auszusöhnen, tröstete den ersteren über die durch die Ausschliessung vom Staatsrathe erlittene Zurücksetzung und war darauf bedacht, die Königin in ihren guten Vorsätzen zu bestärken. „Von der Königin, schreibt er am 28. October 1665, kann man keine bessere Intention, noch eine grössere Application in den Geschäften wünschen; auf sie bauen wir all unsere Hoffnungen. Fast alle wünschen, dass sie sich unabhängig mache, ich würde ihr nur eine grössere Entschlossenheit wünschen, denn sonst wird sie von den anderen ganz abhängig werden."[1] Seine Hauptaufgabe sah Lisola aber darin, jede Uebervortheilung der Königin durch Ludwig XIV. und durch dessen Gesandte zu verhindern. Was der junge König von Frankreich plante, als er die Nachricht vom Tode Philipp IV. erhielt, wissen wir aus seinen Aufzeichnungen. Er hatte sich in Verhandlungen mit der republikanischen Partei der vereinigten Niederlande eingelassen, die ihn zum Bruche mit England drängte und er musste auf den Sieg der oranischen Partei und mit demselben auf die Stärkung der spanisch Gesinnten im Haag gefasst sein, falls er das gegebene Versprechen nicht hielt. Er hatte daher in dem Momente,

[1] Lisola's Bericht vom 18. Oct. 1665. St.-A. (Hisp.) An Lobkowitz schrieb Lisola in dieser Zeit: „Dalli principii del suo governo (nämlich der Königin) possiamo sperare che le cose pigliaranno miglior piegho che nelli tempi passati, però riesce difficile di poter rimediare in una volta a tante confusioni radicate da tanti anni e la Ser: piglia la buona strada suaviter et fortiter per non cascare con la precipitatione in maggiori inconvenienti col voler troppo abbracciare." Lisola an Lobkowitz, 19. Oct. 1665. Raudn. Arch.

als die Nachricht vom Tode Philipp IV. in Paris einlangte, nur die Wahl, den Krieg mit den Engländern und Spaniern zu gleicher Zeit zu führen, oder mit den letzteren vorerst den Frieden aufrechtzuerhalten, sie über seine Absichten zu täuschen und erst nach beendigtem englisch-niederländischen Kriege den Kampf gegen sie zu beginnen.

„Ein Krieg gegen beide Mächte zu gleicher Zeit hätte, meint Ludwig XIV., eine Allianz derselben hervorgerufen, die später nicht zu sprengen gewesen wäre und diese Allianz hätte den Frieden zwischen Spanien und Portugal nach sich gezogen; dagegen gab mir die Kriegserklärung an England allein die Gelegenheit unter diesem Vorwande meinen Angriff auf die spanischen Niederlande desto besser vorzubereiten, Streitkräfte zu sammeln und für den gegebenen Fall Verbindungen anzuknüpfen."[1] Am Hofe zu Madrid kannte man aber damals die geheimen Pläne Ludwig XIV. nicht, man hielt selbst in den gutunterrichteten Kreisen den baldigen Beginn des Krieges für unvermeidlich. Und ganz derselben Ansicht waren auch die maassgebenden Persönlichkeiten am Hofe Leopold I. Dieser richtete sofort ein Schreiben an seine Gesandten, bei der Königin energisch für die Abreise Margaretha Theresia's, für den Abschluss des Friedens mit den Portugiesen[2] und für die Uebermittelung bedeutender Subsidien zu wirken, deren er bedürfe, um die zum Schutze der spanischen Niederlande nothwendigen Truppen in Bereitschaft zu halten.[3] Allein bald genug liess Ludwig XIV. in Madrid auf das entschiedenste seine Neigung betonen, auf friedlichem Wege den Streit auszutragen, in den er, ganz gegen seinen Willen, mit der spanischen Nation verwickelt worden sei. Lisola war über diese Verzögerung der Entscheidung nicht ungehalten; er hielt das Haus Habsburg augenblicklich noch nicht für gerüstet, den Kampf mit Ludwig XIV. aufzunehmen und glaubte daher im Interesse seines Herrn zu handeln, wenn er das seinige dazu beitrug, den Krieg mit

[1] Oeuvres de Louis XIV. II., 5 f.

[2] Auf seine Thätigkeit in dieser Frage kommt Lisola in einem Schreiben aus London an Lobkowitz vom Jahre 1667 zurück und betont, che nisuno ha portato quel negotio con maggiore vigore ch'io, per il quale son quasi venuto in rotura con il confessore, e son stato il primo che hebbe l'ardire di parlare chiaramente al Rè di Santa Memoria; gli scritti ch'ho dato sopra di cio potrebono fare un voume piu grosso della soma di Santo Thomaso. Lis. an Lob. 27. Aug. 1667. R. A.

[3] Schreiben Leopold I. vom 25. Oct. und 25. Nov. 1665. St.-A. (Hisp.)

den Franzosen solange hinauszuschieben, bis die Infantin in Sicherheit gebracht war, bis in Belgien, Katalonien und Italien genügende Vorbereitungen zur Zurückweisung jedes Angriffes getroffen, Friede oder wenigstens Waffenstillstand mit den Portugiesen geschlossen, der Kaiser gerüstet, Verbündete gewonnen sein würden.[1] Insbesondere war es die Einigung der Engländer mit den Spaniern und mit Leopold I., die dem kaiserlichen Gesandten zu einer erfolgreichen Action unerlässlich schien, auf deren Zustandekommen er auch mit grösserer Bestimmtheit rechnen zu können glaubte, seitdem das rücksichtslose, hinterlistige Vorgehen Ludwig XIV. dem Könige von England, Karl II., die Augen geöffnet hatte.

Schon gegen Ende des Jahres 1665 konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass der König von Frankreich die Niederlande im Kampfe gegen England unterstützen werde; alle Bemühungen, den offenen Conflict hintanzuhalten, erwiesen sich als vergeblich. Im Januar 1666 erfolgte die Kriegserklärung. Ludwig XIV. begann den Feldzug, indem er seine Truppen gegen den Verbündeten der Engländer, gegen den ehrgeizigen Bischof von Münster, Christof Bernhard von Galen, marschieren liess und ihn zum Frieden nöthigte. Zu gleicher Zeit liess er die Irländer gegen Karl aufreizen, setzte sich mit Dänemark in Verbindung und suchte an den Höfen der deutschen Fürsten im Sinne einer anti-englischen Allianz zu wirken. Wie von selbst richteten sich die Blicke des bedrohten Königs von England nach Wien und Madrid; hier allein bot sich die Aussicht auf eine die Möglichkeit eines Erfolges versprechende Verbindung. Karl II. zögerte auch nicht lange. Zu Beginn des Jahres 1666 erschienen bereits seine Vertreter an den Höfen zu Wien und Madrid.

Kaiser Leopold I. befand sich damals in einer der Förderung der englischen Interessen sehr geneigten Stimmung. Die Mittheilungen von der für Ende Februar 1666 endgiltig festgesetzten Abreise Margaretha Theresia's und von dem Entschlusse der Spanier, durch die Engländer mit den Portugiesen Frieden zu schliessen, liessen ihn hoffen, dass Maria Anna und ihre Räthe sich für ein energisches Vorgehen gegen Frankreich bestimmen lassen würden. Und eine derartige Politik musste Leopold um so mehr wünschen, als man am Wiener Hofe zu Beginn des Jahres 1666 an dem baldigen Ausbruche des Krieges mit Frankreich nicht zweifeln zu können glaubte,

[1] Lisola an den Kaiser, Madrid 16. Nov. 1665. St.-A. (Hisp.)

während die Nachrichten aus Berlin und Warschau den Abschluss eines grossen Bündnisses gegen Frankreich dringend zu fordern schienen. Mit vollem Freimuthe ist diese Auffassung der Verhältnisse in der Conferenz zum Ausdrucke gebracht worden, die am 2. Januar 1666 in Wien gehalten wurde.

„Da es unzweifelhaft ist, lautet der Inhalt des über diese Conferenz geführten Protocolles, dass wir bald Krieg haben werden, ebenso gewiss aber auch, dass wir denselben allein nicht würden bestehen können, ist es zweckmässig, Bündnisse mit jenen Mächten zu schliessen, welchen dieselbe Gefahr droht wie uns. Vorerst müssen wir Defensivbündnisse mit den Grossmächten, mit Spanien, England, Schweden schliessen. Ist dies geschehen, so werden die kleineren Fürsten folgen, vornehmlich die des Reiches, welche sonst nicht wagen werden, den Hass der Franzosen durch ein mit uns geschlossenes Bündniss auf sich zu laden.“ Es ist für die Beurtheilung der österreichischen Politik in den folgenden Jahren von hohem Werthe zu vernehmen, wie sich die maassgebenden Kreise des Wiener Hofes diese Einigung dachten.

Mit den Spaniern müsse man beginnen, erklärten die Minister, das Bündniss mit denselben schliessen; nicht als ob die verwandtschaftlichen Beziehungen augenblicklich keine guten wären, sondern um jede Ausrede in der Zukunft, als habe man nicht gewusst, in welcher Weise die gegenseitige Unterstützung stattfinden solle, zu verhindern und damit die zur Vertheidigung der spanischen Niederlande nothwendigen Maassregeln mit Entschiedenheit ergriffen werden. In diesem Sinne wurde auch der Beschluss gefasst, durch Pötting und Lisola in Madrid den Abschluss des Friedens mit den Portugiesen und die Uebersendung beträchtlicher Subsidien für die Kosten der Truppenwerbung zu fordern und den Gouverneur der spanischen Niederlande, Castel-Rodrigo, zur Unterstützung dieser Begehren zu bewegen. Zu gleicher Zeit sollte eine geeignete Persönlichkeit dem Könige von England die Lage der Christenheit, insbesondere aber die Uebergriffe des Königs von Frankreich und die der ganzen Kulturwelt von demselben drohenden Gefahren vorhalten. Der König von Frankreich, sollte der Abgesandte Leopold I. in London sagen, hat überall seine Leute, die seine Interessen vertreten und im Trüben fischen; er mischt sich nicht nur in die Angelegenheiten des Reiches, sondern auch in die entfernter Nationen ein, er trachtet nach dem Besitze der spanischen Niederlande, strebt

den polnischen Thron an; er sucht überall Bündnisse und Verbündete, hat in Gedanken bereits ganz Europa erobert und sieht sich als König des Erdballes; er rüstet Flotten aus und strebt die Herrschaft über das Meer und über den Handel an, er fordert von den Handeltreibenden bereits unbedingten Gehorsam und auch England hat nichts anderes zu erwarten, wenn man Ludwig XIV. nicht mit vereinten Kräften entgegentritt. Im übrigen sollte der Vertreter Leopold I. des Kaisers Mediation zwischen England und den Generalstaaten anbieten, die Unterstützung des Bischofes von Münster wenigstens nicht als eine unmögliche, wenn auch als eine durchaus nicht empfehlenswerthe Sache hinstellen, und die Geneigtheit des Kaisers betonen, in eine enge Verbindung mit Karl II. zu treten.

In ebenso entschiedener Weise wurde die Absicht ausgesprochen, mit den Schweden und mit dem Brandenburger zu einer Einigung zu gelangen;[1] ja auch mit dem Papste und mit einigen der kleineren italienischen Staaten sollten Verhandlungen geführt werden.[2] Wie man sieht, Pläne, die eine grosse Action gegen Ludwig XIV. zum Ziele hatten und zur Durchführung gebracht, den Kaiser berechtigt hätten, auf einen erfolgreichen Kampf gegen den westlichen Nachbar zu rechnen.

In dieser einer Einigung mit England überaus geneigten Stimmung befand sich Leopold, als der Gesandte Karl II., Theobald Taaffe, Earl of Carlingford, zu Beginn des Jahres 1666 in Wien eintraf.[3] Auf seiner Reise dahin hatte er bei verschiedenen Fürsten vorgesprochen, um ihre Ansichten zu vernehmen. Den Pfalzgrafen von Neuburg, Philipp Wilhelm, hatte er furchtsam, ohne Vertrauen in die Kraft der Engländer und daher wenig geneigt gefunden, alsogleich auf deren Seite zu treten; dagegen hatte sich derselbe bereit erklärt, zur Sicherung der spanischen Niederlande mitzuwirken, falls Spanien, England und der Kaiser ihm vorangehen sollten. Aehnlich hatte sich auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg und sein Minister, Graf Schwerin, geäussert; auch sie hatten als unerlässliche Vorbedingung ihrer Mitwirkung eine bestimmte Aeusserung des

[1] Conferenzprotocoll vom 2. Januar 1666. St.-A. (Vorträge.)

[2] Gutachten Gonzaga's vom 12. Januar 1666. St.-A. (Vorträge.)

[3] Die Instruction vom 22. August 1665 ist abgedruckt in den „Memoirs of the Family of Taaffe." Vienna 1856. 31 ff.; für Carlingfords Aufenthalt in Wien liegen mir nebst den in den Memoirs veröffentlichten Schriftstücken die Berichte Carlingfords, im Record-Office in London erhalten, und die im Wiener Staatsarchive verwahrten Memorialien Carlingfords und die Conferenzprotocolle vor.

Kaisers gefordert. Der Mainzer Kurfürst, Johann Philipp von Schönborn, war nicht einmal so weit zu bringen. Er schwieg, als Carlingford an ihn die Frage richtete, ob er sich auf die Seite der Engländer schlagen wolle, falls die Generalstaaten billige Friedensbedingungen zurückweisen sollten und gerieth in grosse Verlegenheit, als der Gesandte Karl II. die Möglichkeit eines Einfalles französischer Truppen in die spanischen Niederlande betonte. Das werde nicht geschehen, versetzte Johann Philipp. Wenn aber doch, fragte Carlingford. Das wäre eine schwierige Sache, lautete die Antwort. Schliesslich erklärte Johann Philipp, er werde sich mit Ludwig XIV. nicht verbinden und weder er noch der Brandenburger würden gestatten, dass den Franzosen die spanischen Niederlande zufallen.

Wie viel auf diese Betheuerungen zu geben war, wusste Carlingford. Gute Nachrichten brachte er aber von den braunschweigischen Fürsten. Nicht nur der Herzog von Wolfenbüttel, sondern auch der Herzog von Celle und der Bischof von Osnabrück, die ihre Truppen den Generalstaaten gegen die Engländer zur Verfügung gestellt hatten, versicherten, sie würden niemals dulden, dass Frankreich sich der spanischen Niederlande bemächtige.[1]

In Wien erwarb sich der Gesandte Karl II. sofort die Sympathieen des Kaisers und seiner Umgebung. „Carlingford hat schon bei mir Audienz gehabt, schreibt Leopold I. unter dem 20. Januar 1666 an Pötting, ist gar lieber Cavalier . . . .; aber scheint doch nit gar zu pfeilfindig zu sein, welches Ich lieber habe, als wann diese ministri gar zu furbi sein, als wie Gremonville".[2]

In dieser ersten Conferenz hat Carlingford sich ziemlich deutlich über die Pläne seines Herrn geäussert. Karl II., meinte er, könne sich im Hinblicke auf die gegebenen Verhältnisse leicht vorstellen, dass der Kaiser für ein Defensivbündniss gegen die Ruhestörer werde gewonnen werden können. Ein solches werde dem allgemeinen und dem besonderen österreichischen Interesse entsprechen, da die Gefahr, die heute England drohe, morgen auch dem Kaiser drohen könne.

Die Hauptsache sei, energisch den Bestrebungen Frankreichs entgegenzutreten, die in erster Linie auf die Erwerbung der spani-

[1] Vergl. auch Memoirs l. c. 45 ff.

[2] Leopold an Pötting 20. Januar 1666. St.-A. (Pött. Corr.) Carlingford seinerseits berichtete entzückt über seinen Empfang in Wien. Carlingford an Arlington 21. Januar 1666. Record-Office.

schen Niederlande zielen. Er habe Vollmacht, zu verhandeln und wisse, wie weit sein Herr gehen wolle; er wünsche aber vorerst die Pläne des Kaisers zu vernehmen, könne aber gleich jetzt die Versicherung geben, dass Karl II. kein Bedenken tragen werde, zu Wasser und zu Land gegen Ludwig XIV. — falls er feindlich vergehen sollte — zu kämpfen, wenn der Kaiser sich zu einem gleichen Vorgehen entschliessen wollte. Im übrigen forderte er schleunige Unterstützung des Bischofes von Münster. Von einer Offensivallianz war also damals — Frankreich hatte, als Carlingford seine Instruction empfing, den Engländern den Krieg noch nicht erklärt — keine Rede.

Der Kaiser billigte in seiner Antwort die Idee eines Defensivbündnisses, bot seine Mediation zwischen den Generalstaaten und England an, forderte bezüglich der Einrichtung der Allianz Bedenkzeit bis nach Einlangen der Nachrichten aus Madrid und ersuchte um Fortsetzung der Berathungen.[1]

Von der Unterstützung des Bischofes von Münster schwieg man. Carlingford nahm diesen Mangel sofort wahr und betonte dem Fürsten Lobkowitz gegenüber die Bedeutung der Sache.[2] Der kaiserliche Minister erwiderte mit allgemeinen Worten; man habe darüber nach Berlin geschrieben; man könne ohne Gutheissung der Reichsstände nichts thun; die Stellung eines Mediators gestatte dem Kaiser nicht, eine der Parteien offen zu unterstützen. Carlingford meinte, Frankreich habe, trotz des Kampfes an der Seite der Generalstaaten, diesen und den Engländern seine Mediation angetragen. Die Engländer haben sie aber auch aus diesem Grunde zurückgewiesen, erwiderte Lobkowitz. Allein Carlingford gab sich nicht zufrieden. In einer neuerlichen Conferenz kam er auf diese Forderung zurück und liess allmählig durchblicken, dass die Theilnahme Leopold I. an dem Kriege gegen die Generalstaaten der Hauptzweck seiner Mission sei. Zu einer solchen wollte und konnte es aber der Kaiser im Hinblicke auf die unvollendete Rüstung und auf den Zustand seiner Finanzen nicht ankommen lassen. Was man in Wien erstrebte, war nicht die Fortsetzung, sondern die Beendi-

[1] Leopold an Carlingford 30. Januar 1666. (Vorträge) St.-A. und 4. Februar 1666. Record-Office. In dieser letzteren Erklärung spricht Leopold bereits von der Sendung eines Bevollmächtigten nach London.

[2] Vergl. auch den Briefwechsel Christof Bernhards mit Carlingford in den Memoirs l. c. 89 ff.

gung des staatisch-englischen Krieges, war die Versöhnung dieser beiden Mächte, die Ausgleichung des spanisch-portugiesischen Conflictes und die Einigung all dieser Staaten zum eventuellen Kampfe gegen Ludwig XIV. Daher die Weigerung Leopold I. auf Karl II. Pläne einzugehen, zugleich aber der Wunsch, Carlingford in Wien zurückzuhalten, bis aus Madrid eine bestimmte Nachricht über die Gesinnung des dortigen Hofes eingelaufen sei. Denn von Spanien musste auch der Kaiser seine Entscheidung abhängen lassen.[1] Wie aber Leopold diese Entscheidung des spanischen Hofes wünschte, darüber geben seine vertraulichen Schreiben an Pötting Auskunft. Immer wieder betont er in denselben, dass ein energisches Vorgehen Maria Anna's Ludwig XIV. zur Besinnung bringen werde, dass ein festes Auftreten allein einen lang dauernden Krieg verhindern könne.[2] Einige Zeit hindurch schien es auch, als würden die gemeinsamen Bemühungen der kaiserlichen und der englischen Gesandten von Erfolg gekrönt werden.

Die Königin raffte sich auf, die Freunde der Oesterreicher gewannen im Rathe an Macht und Ansehen;[3] Medina, der Gönner Lisola's, erhielt nicht in letzter Linie durch die Thätigkeit der kaiserlichen Gesandten den Befehl, an Stelle Penneranda's die Verhandlungen über den mit den Portugiesen abzuschliesenden Waffenstillstand zu Ende zu führen;[4] das Project eines spanisch-englischen Bündnisses wurde fertiggestellt.

„Die Königin beginnt jetzt zu begreifen, schrieb Lisola am 9. Nov. 1665 an Leopold I., dass sie nur eine Zuflucht hat, den Kaiser, und dass sie nur dann Aussicht auf Hilfe hat, wenn man E. M. mit Geld unterstützt, um rüsten zu können."[5] Und schon wenige Wochen später konnte er mittheilen, dass die von der Königin eingesetzte Commission sich einstimmig für die einmalige Unterstützung Leopold I. mit 1000000 Imperialen zum Zwecke der Truppenwerbung und für eine dauernde Subsidie zur Erhaltung dieser Truppen ausgesprochen habe.[6] Allein bald genug zeigte sich die geringe Verlässlichkeit der Spanier. Die Königin vermochte auf die Dauer

[1] Vergl. Memoirs l. c. 91.
[2] Schreiben Leopolds an Pötting vom Aug. — Oct. 1665. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Schreiben Lisola's vom 9. und 20. Nov. 1665. St.-A. (Hisp.)
[4] Lisola's Bericht vom 20. Nov. 1665. St.-A. (Hisp.)
[5] Lisola's Schreiben vom 9. Nov. 1665. St.-A. (Hisp.)
[6] Lisola's Schreiben vom 3. Dec. 1665. St.-A. (Hisp.)

nicht energisch genug die von allen Seiten auf sie anstürmenden Gegner des Kaisers zurückzuweisen und begann, die Drohungen der Franzosen fürchtend, diesen bedenkliche Zugeständnisse zu machen Neidhart, der sich als Leiter der spanischen Politik ausgab, besass weder die nothwendige geistige Begabung noch den Character, um unter so schwierigen Verhältnissen die Interessen des Staates zu wahren,[1] ganz abgesehen davon, dass sein Wunsch, Grossinquisitor zu werden, ihn in seinen Maassnahmen hemmte und zur Berücksichtigung der Franzosenfreunde nöthigte. Castrillo war alt, zögernd und hielt nicht, was er versprach, Medina war unzufrieden und schwankend. Dagegen arbeiteten die Anhänger Frankreichs, von dem Gesandten Ludwig XIV. mit Rath und That unterstützt, unter Penneranda's glänzender Führung energisch in ihrem Interesse. Kaum hatte der Erzbischof von Embrun Kunde von dem englisch-spanischen Allianzprojekte erhalten, so eilte er zur Königin, klagte über ihr und der Spanier treuloses Vorgehen und drohte mit dem Kriege, falls das Bündniss zu Stande käme. Penneranda widerum stellte, um die Abreise Margaretha Theresia's zu hintertreiben, auf der Lisola dringend bestand, an die Königin die Forderung, von Leopold zu begehren, er möge, bevor die spanische Prinzessin Spanien verlasse, das bindende Versprechen geben, die spanischen Niederlande zu schützen und an einem eventuellen spanisch-französischen Kriege theilzunehmen. Lisola war auf das eifrigste bemüht, gegen diese und alle übrigen Umtriebe der Franzosen und ihrer Anhänger anzukämpfen. Er wies der Königin die Unverschämtheit der Forderung Penneranda's, die nicht zu ertragende Despotie Frankreichs nach, das unaufhörlich Bündnisse mit allen möglichen Fürsten schliesse und den Spaniern nicht gestatten wolle, für ihre Sicherheit durch eine Verbindung mit England zu sorgen. Auch diesesmal blieben die Reden Lisola's nicht ohne Wirkung auf die Königin; sie ernannte neue Staatsräthe, deren Mehrzahl als Freunde Leopold I. gelten konnte. Durch den Erfolg ermuthigt ging Lisola um einen Schritt weiter. Er versuchte den Nachweis zu liefern, dass die friedlichen Erklärungen der Franzosen, an denen sie es auch damals nicht fehlen liessen, nicht wahr, sondern nur dazu bestimmt seien, die Spanier von der Abwehr des zu besorgenden Einfalles der Fran-

[1] Lisola hat keineswegs, wie Legrelle, l. c. 162, behauptet, gemeinsame Sache mit Neidhart gemacht.

zosen abzuhalten. Ein Brief Lionne's, des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, an den französischen Gesandten in Madrid, in dessen Besitz sich Lisola durch Bestechung eines Dieners des französischen Gesandten zu setzen wusste, bewies die Richtigkeit seiner Behauptungen. Die Spanier, hiess es, hätten von den Oesterreichern nichts zu hoffen, Frankreich werde, um den Krieg gegen Spanien ungestört führen zu können, alles thun, um den Kaiser zu beaufsichtigen.[1] Ein Schreiben Castel-Rodrigo's, das in diesen Tagen in Madrid einlief, sprach mit Bestimmtheit von dem im Frühjahre 1666 erfolgenden Einfalle der Franzosen in die spanischen Niederlande und dasselbe meldeten gut Unterrichtete aus Paris. Beweise genug, um die Behauptungen Lisola's zu erhärten und die Stellung des Erzbischofes von Embrun in Madrid zu erschüttern. Allein alle Bemühungen des kaiserlichen Gesandten, Neidhart zu einem solchen Entschlusse zu vermögen, blieben erfolglos. Die gänzliche Unfähigkeit dieses Mannes, den Staat zu leiten, zeigte sich von Tag zu Tag deutlicher. Statt Penneranda zu unterdrücken, suchte er sich demselben zu nähern, ihn durch Güte und Zugeständnisse zu gewinnen; statt die Freunde Oesterreichs zu fördern, beleidigte er sie durch hochmüthiges Benehmen und nöthigte so manchen kaum für den Kaiser Gewonnenen in die Arme der Franzosen zurückzukehren. Mit tiefem Kummer sah Lisola durch die Unfähigkeit Neidharts die Zahl seiner Anhänger sinken, die Sache des Kaisers in Gefahr gerathen.

„Es ist hier, schrieb er am 12. Januar 1666 seinem Herrn, ein wahres Babylon; der Respect, der Gehorsam hört auf; die Rechtspflege liegt darnieder; es giebt keine Strafe mehr; die Schatzverwaltung ist ein unendliches Wirrsal. Alle Schuld schreibt man einem Manne, dem Pater Neidhart, zu, der bei all seiner Ehrbarkeit und Frömmigkeit nicht fähig ist, die ihn umgebenden Tücken zu besiegen, dessen Ansichten aber auch den Verhältnissen nicht entsprechen. Sein Sturz wird früher oder später unzweifelhaft erfolgen, zugleich wird aber auch die Autorität der Königin sinken. Denn schon verbreitet man im ganzen Lande die Nachricht, die Königin kümmere sich nicht um die spanischen Interessen, habe nur für die Geschicke Deutschlands ein Herz und sende alles Geld dem Kaiser. Solche Nachrichten werden nicht nur von dem niederen

[1] Schreiben Lisola's, Madrid 29. Jan. 1666. St.-A. (Hisp.)

Volke, sondern auch von den Ministern und von den höheren Ständen verbreitet. Sie sagen, das Geld, das für die Reise der Prinzessin bestimmt war, müsse zur Stärkung des Heeres verwendet werden, das sei der einzige Weg zur Rettung."[1]

So war die Lage der Dinge, als die Nachricht des englischen Vermittlers Sandwich in Madrid einlief, die Portugiesen seien nicht willens, einen Waffenstillstand zu schliessen und beständen darauf, mit Spanien nur von Krone zu Krone zu verhandeln.[2] Die Gründe dieses unerwarteten Wechsels in der Anschauung der Portugiesen sind leicht zu finden. Wenige Tage vor Sandwich war ein Vertreter Ludwig XIV. in Lissabon erschienen, mit glänzenden Anerbietungen für den Fall, dass die Portugiesen den Krieg gegen Spanien beginnen wollten, der mit Rücksicht auf Spaniens Schwäche den Erfolg verbürge. Dass in denselben Tagen der Erzbischof von Embrun in Madrid von der Friedensliebe Ludwig XIV. sprach und in dessen Namen von Neuem sich erbot, zwischen Spaniern und Portugiesen zu vermitteln, konnte nur dazu beitragen, jedem, der die Verhältnisse nur halbwegs kannte, die Ueberzeugung aufzudrängen, dass der König von Frankreich ein zweideutiges Spiel treibe, dass es daher im Interesse der Spanier liege, mit den Engländern abzuschliessen, an deren Willen gegen Frankreich vorzugehen nicht gezweifelt werden konnte.

Am Madrider Hofe war aber die Mehrzahl der Räthe gerade der entgegengesetzten Ansicht, und zwar nicht nur jene, welche durch Geld oder andere Mittel gewonnen, im Dienste Frankreichs standen, sondern auch eine ganze Reihe von Männern, die es im Grunde ihres Herzens mit dem Hause Habsburg ehrlich meinten und die Interessen Spaniens in erster Linie berücksichtigen zu müssen glaubten.

Nur darin gingen die Ansichten auseinander, dass die Anhänger Frankreichs für einen vollkommenen Systemwechsel, für den Bruch mit England und für den Anschluss an Ludwig XIV. eintraten, die übrigen bloss den Ausschluss der Engländer von der Friedensvermittelung wünschten. Lisola erkannte sogleich die Grösse der den Spaniern und dem ganzen Hause Habsburg drohenden Gefahr und

[1] Lisola an Leopold, 12. Januar 1666. St.-A. (Hisp.)

[2] In dem Berichte vom 12. März 1666. St.-A. (Hisp.) theilte Lisola mit, die Idee, die directe Verhandlung von Krone zu Krone zu fordern, sei von Penneranda ausgegangen.

beschloss, in einem ausführlichen Memoire alle gegen das Eingehen auf Frankreichs Anerbietungen sprechenden Gründe zusammenzufassen. Seine Auseinandersetzungen zeigen, wie genau er Ludwig XIV. Pläne kannte, wie richtig er den Werth jener Friedensbetheuerungen zu schätzen wusste. Auf das schlagendste weist er in diesem Schriftstücke nach, dass Frankreichs Erklärungen nicht aufrichtig gemeint, dass sie nur bestimmt seien, Spanien im Kriege mit den Portugiesen aufzureiben, um es für den Moment kampfunfähig zu machen, wo es Ludwig XIV. belieben werde, in Belgien einzufallen. „Der König von Frankreich, heisst es in diesem Gutachten, will sich zum Herrn der spanischen Niederlande machen, um dieselben nach Neigung zu züchtigen oder für seine Pläne zu verwerthen, den Spaniern will er jeden Weg zur Verständigung mit den Portugiesen ohne Frankreichs Mitwirkung unmöglich machen, die Engländer mit dem Hause Habsburg verfeinden." Lisola's Blick reichte aber noch weiter. Ihm war es klar, dass Ludwig XIV. den Krieg gegen die Engländer nur nothgedrungen führe, um die gegen die Generalstaaten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, dass er daher gerne bereit sein werde, die erste Gelegenheit zu benützen, sich mit Karl II. zu einigen. Für eine englisch-französische Allianz gab es aber kein anderes Mittel, als die Lösung der freundschaftlichen Beziehungen, die damals noch zwischen dem Stuart und dem Hause Habsburg bestanden. Wollte man also die Pläne Ludwig XIV. durchkreuzen, dann gab es kein dringenderes Geschäft, als offen und unzweideutig die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit England zu betonen.

Es dauerte länger als man vermuthen sollte, bis es Lisola gelang, die Mehrzahl der maassgebenden Persönlichkeiten von der Richtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen und die Rücknahme des Beschlusses durchzusetzen, nach welchem Sandwich eine Audienz in der spanisch-portugiesischen Friedensfrage verweigert werden sollte. Aber auch dann, als vornehmlich durch Lisola's unausgesetzte Bemühungen, Sandwich empfangen ward, die Verhandlungen mit ihm begonnen wurden, gab es der Schwierigkeiten die Menge. Die Erklärungen an Sandwich lauteten sehr allgemein, die intimen Berathungen mit dem französischen Gesandten dauerten fort, ja man schien nicht abgeneigt, die von Neuem angebotene Mediation Ludwig XIV. anzunehmen. Es bedurfte der ganzen Energie Lisola's, diese äusserste Gefahr abzuwenden. Er drohte mit sofortigem Ab-

bruche aller Beziehungen zwischen Oesterreich und Spanien, falls die Vermittelung des Franzosenkönigs nicht rundweg zurückgewiesen werde und traf alle Anstalten zur Abreise. Das wirkte; der Erzbischof von Embrun wurde mit dem Danke für die gute Absicht seines Herrn, aber mit entschiedener Ablehnung der französichen Mediation abgefertigt. Mehr zu erreichen war aber für den Moment nicht möglich, zumal gerade damals Penneranda und Castrillo, bis dahin leidenschaftliche Gegner, sich sehr zum Nachtheil der kaiserlichen Sache aussöhnten und die Unterstützung Leopolds mit Subsidien vortrefflich zu hintertreiben wussten.[1]

Kaiser Leopold war der Entwickelung der Begebenheiten mit der grössten Spannung gefolgt. Für ihn war es immer klarer geworden, dass Frankreich nichts gutes beabsichtige, dass Ludwig XIV. die beiden Linien des Hauses Habsburg trennen wolle, um sie um so leichter zu besiegen. Der zu Beginn des Jahres 1666 erfolgte Tod der Mutter Ludwig XIV. liess ihm die Gefahr näher scheinen, als sie wirklich war. „Für unser Haus wäre es wohl besser gewesen, wenn sie noch ein etlich Jahr gelebt hätte, schreibt er seinem Freunde Pötting;[2] jetzt wird Frankreich handeln können, wie es wird wollen.“ Um so dringender schien es ihm, die Königin von Spanien für ein energisches Vorgehen zu gewinnen. Immer wieder forderte er Pötting und Lisola auf, in diesem Sinne bei Maria Anna und bei deren Ministern zu wirken, und erwartete mit Sehnsucht die Nachricht von dem Abschlusse des spanisch-portugiesischen Friedens, von dem Ergebnisse der englisch-spanischen Allianzverhandlungen. Die Mittheilungen seiner Gesandten lauteten durchaus nicht so, wie er gehofft und gewünscht hatte. Als ihm Pötting das Project der englisch-spanisch-portugiesischen Allianz übersendete, war er bestürzt, demselben zu entnehmen, dass eigentlich nur Handelsfragen den Gegenstand der Berathungen gebildet hatten.

„Weillen ich aber sehe, schreibt er darüber an Pötting am 3. März 1666, dass selbes fast in lautern comerciis bestehe, so kann Ich mich nit genug wundern, dass man . . . nit Acht gehabt, ut etiam aliquid circa communem defensionem et guarantiam aggiustirt und kündte es noch sein, wär es köstlich guette, dann ich

[1] Ueber Lisola's damalige Bemühungen, die Abreise Margaretha Theresia's zu erwirken, vergl. Pribram, Heirath Leopold I. l. c. 362.

[2] Leopold an Pötting. 3. März 1666. St.-A. (Pött. Corr.)

fürchte, die Ruptur Frankreich mit Engeland werde ehestens wieder verglichen sein."

In der That drängte Carlingford auf eine bestimmte Erklärung und drohte mit der Abreise. Nur mit Mühe vermochte ihn Leopold mit der Hoffnung auf eine baldige zusagende Antwort zu längerem Verweilen zu bewegen. Was der Kaiser abwarten wollte, bevor er sich bezüglich der englischen Allianz entschied, war die Erklärung der Spanier. Der ersehnte Bote kam, aber die Nachrichten, die er brachte, lauteten trostlos: Die Portugiesen hätten die englische Vermittelung zurückgewiesen, die Spanier den Gedanken, Frieden mit Portugal zu schliessen, aufgegeben. „Hingegen hat mich nicht minder sehr bestürzt, schreibt Leopold am 14. April 1666, die üble Zeitung von zerschlagen Tractaten mit Portugal; ego a tanta mora Hispanorum semper aliquid simile praevidebam. Nun erwarte Ich wol mit grosser Verlangen die particularia zu vernehmen, auch wie die mit Euch vorhabende Conferenzen ablaufen wird, quod magnum nostris rebus solamen dabit. Ich besorge malas consequencias et quod me maxime cruciat ist, dass ich es nit remediren kann, weillen selbe ministri (sich) von unser Remensalien und consiliis nicht viel hindern lassen.[1] . . .

So sehr aber das Scheitern der spanisch-portugiesischen Friedens- und der spanisch-englischen Allianzverhandlungen den Kaiser bekümmerte, so sehnlich derselbe das Zustandekommen der beiden Verträge erhoffte, um an all diesen Fürsten Bundesgenossen zu finden, falls die Pläne Ludwig XIV. die Entscheidung mit den Waffen nothwendig machen sollten, so wenig wünschte er seinerseits den Krieg mit Ludwig XIV. zu beginnen. Die Friedensliebe Leopold I. und des grössten Theiles seiner Minister war vielmehr eine so grosse, dass dieselben mit nicht geringerem Eifer als das Zustandekommen einer Defensivallianz zum Schutze des überkommenen Besitzes die Vermeidung jeder Verpflichtung anstrebten, die den König von Frankreich veranlassen konnte, den Kaiser mit einem Scheine von Berechtigung aggressiver Pläne zu beschuldigen. Sowohl in den Verhandlungen mit Carlingford als auch in den Weisungen, welche an die in Spanien weilenden Vertreter Oesterreichs gesendet wurden, tritt dieser Gesichtspunkt auf das deutlichste her-

[1] Leopold an Pötting. 14. April 1666. St.-A. (Pött. Corr.) Aehnlich im Schreiben vom 28. April.

vor. Ganz ausdrücklich wurden Pötting und Lisola angewiesen, darauf zu achten, dass Leopold, falls ein Bündniss zwischen Spanien und England zu Stande kommen sollte, in dasselbe aufgenommen, dagegen in keiner Weise durch dasselbe zu einem offensiven Vorgehen genöthigt werde.[1] Wenn der Kaiser in diesen Weisungen die Furcht vor Ueberschreitung der seiner Wirksamkeit durch die Wahlcapitulation gesteckten Grenzen als Ursache dieser Zurückhaltung angab, so bezeichnete er damit wohl einen, aber gewiss nicht den gewichtigsten der vielen Gründe seines Verhaltens. Mehr als die Rücksichtnahme auf die Reichsfürsten mussten ihn seine Interessen in Polen, in Schweden, in Dänemark und in Ungarn, vor allem aber auch die ungemein ungünstigen finanziellen Zustände, unter denen Oesterreich damals litt, zu vorsichtigem Vorgehen bestimmen. Begreiflich aber, dass Oesterreichs zögerndes Benehmen nicht dazu beitrug, die Spanier zur schleunigen Billigung der kaiserlichen Wünsche anzueifern. Sie erwiderten vielmehr, aufmerksam geworden durch das Benehmen des Kaisers, die immer erneuerten Forderungen Lisola's[2] mit dem Begehren, der Kaiser möge offen mit Frankreich brechen[3] und dadurch alle üblen Reden widerlegen, die gegen die Oesterreicher im Umlaufe seien und sie des Eigennutzes beschuldigen.

Lisola hatte unter diesen Verhältnissen einen überaus schwierigen Stand. Vergebens suchte er den Spaniern klar zu machen, dass eine derartige Erklärung Leopold I. auch ihnen nicht förderlich sein könnte, dass der Kaiser im Hinblicke auf seine Stellung als Oberhaupt des Reiches den Vorwurf, einen Krieg zwischen Frankreich und dem Reiche heraufbeschworen zu haben, von sich abhalten müsse; vergebens wies er auf das Vorgehen der Franzosen während des 30jährigen Krieges hin, die Jahre lang den Kampf im Reiche geführt hätten, ohne sich als Feinde desselben zu bekennen; vergebens betonte er die grossen Erfolge, die des Kaisers Feldherrn und Diplomaten in dem polnisch-schwedischen Kriege errungen hatten, bevor noch ein offener Bruch mit Karl Gustav erfolgt war. Penneranda und die zahlreichen Anhänger Frankreichs blieben dabei, dass nur die feierliche rückhaltslose Erklärung Leopold I. an einem Offensivkriege gegen Ludwig XIV. theilnehmen zu wollen, den Spaniern

[1] Weisung Leopold I. vom 3. Februar 1666. St.-A. (Hisp.)
[2] Berichte Lisola's vom 6. und 10. Mai 1666. St.-A. (Hisp.)
[3] Bericht Lisola's vom 4. Juni 1666. St.-A. (Hisp.)

genügen könnte. Was sie mit diesen Erklärungen bezweckten, war klar. Gelang es, den Kaiser zu einer solchen Aeusserung zu vermögen, dann brauchte man nicht daran zu zweifeln, dass Frankreich dem Kaiser zuvorkommen und in die Erbländer einfallen werde. Weigerte sich aber, wie vorauszusehen war, Leopold I., den Franzosen das Mittel an die Hand zu geben, den Kaiser ehrgeiziger Pläne zu zeihen, dann war ein Vorwand gegeben, die Hand von Oesterreich abzuziehen und nach einem gütlichen Vergleiche mit Frankreich zu suchen. Lisola wusste dies und darum war er gegen das Offensivbündniss in der Form wie Penneranda es wünschte, aber auch gegen eine entschiedene Weigerung, den Kampf mit den Franzosen gegebenen Falles aufzunehmen.

„Ich glaube, schrieb er Anfang Juni 1666 an Leopold I., E. M. sollten eine so gefährliche Erklärung abzugeben unterlassen, und Ihren Gesandten in Madrid den Befehl ertheilen, der Königin zu sagen, E. M. würden niemals fehlen, ihr zur Seite zu stehen; im übrigen aber sollten E. M. bei den früheren Erklärungen bleiben. Sollten aber die Spanier auf ihrer Forderung bestehen, dann müssten E. M. von den Spaniern eine bindende Erklärung darüber begehren, ob sie in dem Falle, dass Frankreich zuerst gegen E. M. die Waffen ergreifen sollte, auch mit Frankreich brechen wollten. Ich bin überzeugt, dass diese Forderung ihnen den Mund verschliessen und sie so verwirrt machen wird, dass sie nicht mehr wagen werden, diese Frage zu stellen. Oder wenn E. M. dies nicht thun wollten, fährt Lisola fort, könnten E. M. dem spanischen Gesandten in Wien sagen, es möge, bevor eine derartige Erklärung abgegeben wird, eine Vereinbarung darüber getroffen werden, mit welchen Mitteln und in welcher Weise man den Krieg mit den Fransosen führen wolle. Denn die Beschlüsse sind hier so schwankend, die Gemüther durch so verschiedenartige Interessen bestimmt, dass es gefährlich wäre, sich ohne gewisse Abmachungen ihrer Discretion anzuvertrauen. Es wäre daher nothwendig, sie durch gegenseitige und klare Verträge zu binden, damit nicht E. M. immer von ihrem Urtheile abhängen, wie dies Penneranda zu bezwecken scheint, indem er E. M. die Subsidien verweigert, damit E. M. immer als Hilfesuchender in Abhängigkeit gehalten werden. Wenn aber ein gegenseitig bindender Vertrag geschlossen würde, dann würden wir nicht als eine Gnade, sondern als rechtmässige Verpflichtung die Hilfsmittel fordern, und E. M. wären, falls dieselben nicht geleistet werden,

von jeder Verpflichtung frei und könnten nach eigenem Belieben vorgehen; auch würde es den Spaniern nicht freistehen, uns zu verlassen oder ohne unser Wissen Frieden zu schliessen, wie sie dies im pyrenaeischen Frieden gethan haben."[1] Jeder, der vorurtheilsfrei an die Prüfung der Ereignisse herantritt, wird die Nützlichkeit dessen erkennen, was Lisola seinem Herrn rieth. Ein Vertrag mit Spanien, auf dieser Grundlage geschlossen, musste der Gegenpartei in Madrid ein Ende machen und bot genügende Sicherheit für den Fall, dass Frankreich, vor der Macht des geeinigten Hauses Habsburg nicht zurückschreckend, den Kampf beginnen sollte.

Allein Leopold I. theilte die Ansicht seines Gesandten nicht; er wollte überhaupt kein Offensivbündniss, auch dann nicht, wenn Spanien die zur Führung des Krieges nothwendigen Gelder anbieten sollte. Er erklärte, er wolle die Spanier „auf alle Nothfälle und nach aller Möglichkeit, soviel immer die Kräfte und die ihm verhoffentlich von Spanien subministrirenden Hilfsmittel zulassen werden, zu des Gesammthauses und Status Conservation unfehlbar assistiren"; könne aber auf die Idee eines Offensivbündnisses nicht eingehen.[2] Diese halben Maassregeln konnten dem spanischen Hofe aber umso weniger genügen, als gerade damals Ludwig XIV., auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam geworden, mit neuen lockenden Anträgen an sie herantrat. Um die spanisch-portugiesischen Friedensverhandlungen unter englischer Vermittelung zu durchkreuzen, bot der König von Frankreich, wenige Monate, nachdem er den Portugiesen Hilfe im Kampfe gegen die Spanier zugesagt hatte, der Königin Maria Anna ein Offensivbündniss gegen die Portugiesen an. Er wusste recht wohl, dass einsichtige Leute, wie er später bemerkte,[3] bei der Prüfung seines Anerbietens leicht durchschauen würden, dass es nicht ernst gemeint sein könne, da es allzusehr im Widerspruche mit seinen Interessen stand; allein er rechnete darauf, dass es der Einsichtigen nicht all zu viele geben und dass eine gewisse Zeit verstreichen werde, bis es diesen gelungen sein dürfte, die Dummen zu überzeugen. Er täuschte sich auch nicht. So plump der Versuch Ludwig XIV. war, die Spanier gingen ihm doch in die Falle; ein Theil aus Unfähigkeit, die Pläne der Franzosen zu durchschauen,

[1] Lisola an Leopold. 4. Juni 1666. St.-A. (Hisp.)
[2] Leopold an Pötting. 25. Juni 1666. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Oeuvres l. c. II. 216.

ein anderer in der Hoffnung, durch die Annahme der französischen Allianz Ludwig XIV. von jedem feindlichen Vorgehen gegen die spanischen Niederlande abzuhalten. Lisola merkte alsbald, dass etwas geschehen war, an dem Stolze Penneranda's, an dem zögernden Benehmen Neidharts, der im Hinblicke auf die Grossinquisitorstelle, die er erstrebte, die Ideen Penneranda's guthiess. „Die Lage hier ist eine sehr schlechte, schreibt er am 25. Juni dem Kaiser, die Macht Penneranda's wird immer grösser, er hat den Beichtvater auf seine Seite gezogen; die Autorität der Königin wird geringer, die der französischen Partei grösser; der Friede mit den Portugiesen wird verschoben, die Mediation Englands zurückgewiesen, die der Franzosen scheint angenommen zu sein".[1] Was in diesem Falle den Spaniern drohte, war klar; Ludwig XIV., genöthigt officiell mit den Spaniern gegen die Portugiesen zu kämpfen, musste diese insgeheim unterstützen, um sie zu erhalten und Spanien so zu schwächen, dass es dem Einfalle Ludwig XIV. in die spanischen Niederlande keinen erheblichen Widerstand leisten konnte. Lisola wusste das und deswegen berührte es ihn so peinlich, dass auch die gut Gesinnten auf seine Mahnungen nicht hörten, an solche Gefahren nicht glauben wollten.

Ein glücklicher Zufall bot ihm endlich das Mittel, auch die Kurzsichtigsten zu überzeugen. Ein Brief des portugiesischen Gesandten in Paris an seine Regierung fiel in die Hände der Spanier. Derselbe berichtete von dem Hohne, mit dem Ludwig XIV. von den Spaniern sprach, von der Bereitwilligkeit der Franzosen die Portugiesen in dem Kampfe gegen die Spanier zu unterstützen, zu dessen Fortführung sie dieselben dringend aufforderten. Auf Lisola's Rath wurde die Verlesung dieses Schreibens im Staatsrathe beschlossen. Medina übernahm es, die Sache der Spanier zu vertreten; er brandmarkte das Vorgehen Ludwig XIV. und forderte offene Abwendung von dem verrätherischen Fürsten. Dann erhob sich Penneranda. Der Brief, meinte er, sei verdächtig, wahrscheinlich gefälscht, um Ludwig XIV. wohlgemeinte Absichten zu durchkreuzen; er beantragte den Uebergang zur Tagesordnung. Die Mehrzahl der Räthe, unter ihnen auch Neidhart, stimmte zu.[2] Damit war nach Lisola's Ansicht die Entscheidung gefallen. Er gab jede Hoffnung

[1] Lisola an Leopold. 25. Juni 1666. St.-A. (Hisp.)
[2] Lisola an Leopold. 25. Juni 1666. St.-A. (Hisp.)

auf, den spanisch-portugiesischen Krieg zu verhindern, die Macht der Franzosen in Madrid zu brechen und hatte nur einen Wunsch, die Abreise der spanischen Prinzessin aus dem Hafen zu Denia durchzusetzen und damit die Sehnsucht seines Herrn zu stillen, den die lange Verzögerung der Abreise seiner Frau in einen Zustand höchster Aufregung versetzt hatte. Nach Ueberwindung zahlloser Hindernisse, die der Abreise seitens der Gegner Oesterreichs in den Weg gelegt wurden und die zu beseitigen Lisola sein reichlich Theil beigetragen hat,[1] konnte Margaretha Theresia am 16. Juli das Schiff besteigen, das sie ihrer neuen Heimath zuführen sollte.

Als die Abreise der jungen Herrscherin gesichert war, hatte Lisola nur einen Wunsch: aus Spanien abberufen zu werden. Nicht etwa weil er des Kämpfens müde geworden wäre oder verzweifelt hätte, seiner Gegner Herr zu werden. Lisola war nicht der Mann, dem Feinde zu weichen; er hatte schon unter ungünstigeren Verhältnissen und mit grösserer Gefahr die Sache des Kaisers zum Siege geführt. Er sehnte sich weg aus Madrid, weil er sich in seiner Thätigkeit durch den zweiten Vertreter Leopold I. gehindert sah, der ihm von vorneherein mit jenem Misstrauen entgegengekommen war, das der Minderbegabte aber Höhergestellte dem begabteren Untergeordneten entgegen zu bringen pflegt. Pöttings Briefe sind in der That voll von Klagen über Lisola, dessen leichtbeweglicher, die Verhältnisse mit einem Blicke erfassender Geist dem seinen so durchaus entgegengesetzt war. Immer wieder hatte Leopold den ehrgeizigen Mann seiner unwandelbaren Gnade und seines ungetrübten Vertrauens versichert, um denselben zum Ausharren auf seinem Posten zu vermögen, ohne zur Abberufung Lisola's genöthigt zu werden, dessen Anwesenheit in Madrid ihm unerlässlich schien, so lange sein Weib den spanischen Boden noch nicht verlassen hatte. Sobald dies aber geschehen war, sobald der Kaiser die ihn beglückende Nachricht erhalten hatte, dass Margaretha „über das grosse Wasser" sei, entschloss er sich, den immer erneuerten Bitten Pöttings zu willfahren, zumal sich für Lisola ein neuer, bedeutungsvollerer Wirkungskreis bot, als jener zu Madrid. Die Verhandlungen, die Leopold mit Carlingford in Wien im Laufe des Jahres 1666 geführt

[1] Für diese Dinge vergl. die ausführlichen Mittheilungen bei Pribram „Heirath Leopold I, l. c. 44ff.

hatte, liessen ihm die Anwesenheit eines tüchtigen Gesandten am Hofe Karl II. dringend geboten erscheinen. Wir erinnern uns, dass Carlingford, nachdem er in den ersten Monaten des Jahres 1666 den Kaiser vergebens zum Abschlusse eines Offensivbündnisses zu bewegen gesucht, sich zur Abreise entschlossen und nur auf besonderes Bitten des Kaisers seinen Aufenthalt in Wien verlängert hatte. Leopold hatte ihn dazu in der Hoffnung bewogen, aus Madrid bestimmte, günstig lautende Nachrichten zu erhalten. Statt dieser trafen aber Mittheilungen ein, die jede Aussicht auf eine baldige Besserung in Spanien, auf eine energische Förderung der allgemeinen Interessen durch diese Macht benahmen. Leopold wagte unter diesen Verhältnissen auch seinerseits nicht auf die Anerbietungen der Engländer einzugehen und entliess Carlingford, nicht ohne demselben nochmals seine principielle Bereitwilligkeit auszusprechen, sich mit Karl II. zur Vertheidigung der beiderseitigen Besitzungen zu einigen. Carlingford trat Ende April 1666 die Rückreise an.[1] Auf dem Wege erhielt er eine neue Weisung seiner Regierung. Sie enthielt den Befehl, nach Wien zurückzukehren.[2] Karl II. glaubte jetzt auf die Hilfe Oesterreichs nicht verzichten zu können. In der ersten Hälfte des Monates Mai war Carlingford wieder in Wien. Er fand den Kaiser und dessen Räthe in derselben Stimmung, in der er sie verlassen hatte; bereit, eine Allianz zu beiderseitiger Sicherheit einzugehen, aber fest entschlossen, das bindende Versprechen erst zu geben, wenn aus Madrid die Nachricht von dem Abschlusse des englisch-spanischen Vertrages eingelaufen sei.[3] Carlingford bat um die Absendung einer geeigneten Persönlichkeit nach London, um daselbst die Verhandlungen fortzuführen, und wiederholte diese Bitte, als die Nachricht vom Siege der holländischen Flotte über die englische in Wien einlief. Er schlug den Fürsten Johann Adolf Schwarzenberg und den Grafen Leslie vor.[4] Leopold entschloss sich aber, Lisola als den geeignetesten Mann mit dieser wichtigen Mission zu beauftragen. Noch im Juli erging an ihn der

[1] Schreiben Carlingfords d. d. Prag 28. April. Rec. Off. Carlingford betont, wie schwer er vom Kaiser den Abschied erhalten.

[2] Vergl. Memoirs l. c. 114.

[3] Protocolle und Vorträge vom 28. April, 16. Mai und 27. Juni 1666. St. A. Schreiben Carlingfords d. d. 16. und 27. Mai Rec. Off. In dem Schreiben vom 16. Mai berichtet Carlingford von dem Aerger Gremonville's über seine Rückkehr.

[4] Schreiben Carlingfords d. d. 27. Juni. 1666 Rec. Off.

Befehl, Spanien zu verlassen und so schnell als möglich nach London zu eilen. Die Freude des Gesandten über die ihm zugedachte Aufgabe äusserte sich in der Wärme, mit der er dem Kaiser dankte. Er versprach in 8 bis 10 Tagen Spanien zu verlassen. Zugleich schilderte er seinem Herrn in einem ausführliches Berichte die spanischen Zustände. „Die Lage der Dinge, heisst es in diesem Schreiben, hat sich wo möglich noch verschlimmert. Penneranda bemächtigt sich der Herrschaft, die Königin duldet es und Neidhart unterstützt ihn dabei; seine (Penneranda's) Absicht geht dahin, die Verhandlungen mit den Engländern abzubrechen und die Vorschläge Frankreichs anzunehmen. Neidhart scheint diesem Plane zuzustimmen und hat sein Votum im Staatsrathe, wie ich erfahren habe, dahin abgegeben, dass die französische Mediation der englischen vorzuziehen sei. Ob das Er. M. förderlich sein kann, weiss ich nicht; Er. M. Gesandte denken anders und ich auch, aber Neidhart spricht nicht mit uns über diese Sache. Geht dies so weiter, dann wird die Anwesenheit eines kaiserlichen Gesandten hier bald überflüssig sein und alles dem Untergange entgegeneilen. E. M. wird gehört haben von dem Vorschlage des französischen Gesandten, Spanien möge mit Frankreich ein Bündniss gegen England schliessen; es dürfte dies nur ein Vorwand sein, um die Verhandlungen zwischen England und Spanien zu unterbrechen und uns mit den Engländern zu verfeinden. Der englische Gesandte versichert mich, dass zur selben Zeit, da Frankreichs Vertreter den Spaniern diesen Vorschlag gemacht, Ludwig XIV. dem Könige von England ein Bündniss gegen Spanien angetragen habe, so dass ich keineswegs zweifle, dass der König von England, falls wir die englischen Vorschläge zurückweisen oder den geringsten Verkehr mit den Franzosen beginnen, sei es aus Not, sei es aus Zorn über unser Vorgehen, sei es durch seine Mutter bestimmt, sich mit den Franzosen einigen wird. Und dahin scheinen mir auch die grossen Anerbietungen gerichtet zu sein, welche die Franzosen den Spaniern gemacht haben und die Penneranda, wie man mir mittheilt, im Staatsrathe lobt und preist. Die französische Partei wächst von Tag zu Tag, bald wird Niemand gefunden werden, der es wagt, für Deutschland einzutreten."[1] Das war das letzte Schreiben, das Lisola aus Spanien an Leopold I. richtete. Noch im August trat er die Reise von Madrid aus an. Er liess manchen Freund hier zurück; manchem wurde der Ab-

[1] Lisola an Leopold 13. Aug. 1666. St.-A. (Hisp.)

schied von dem geistesstarken Manne schwer, der auch in den schwierigsten Situationen seine gute Laune nicht verlor und für jeden guten Spass zu haben war. Die Mehrzahl derjenigen aber, die er kennen gelernt, dürfte erleichtert aufgeathmet haben, als die Thore der Stadt sich hinter ihm geschlossen hatten. Und nicht allein die Feinde Oesterreichs jubelten, nicht nur Penneranda und die Anhänger der Franzosen freuten sich, des lästigen Gegners ledig zu sein. Es gab auch Anhänger des Kaisers und des Hauses Habsburg, die dem Scheidenden keine Thräne nachweinten; unter ihnen sein College Pötting. Er fasste die Abberufung Lisola's als einen Sieg auf, dankte dem Kaiser für die besondere Gnade, die er ihm habe zu Theil werden lassen und betonte, wie sehr diese Maassregel auch im Interesse des Kaisers gelegen sei, „denn einmal dieser Mensch allhier dermassen übel angesehen ist gewesen, dass ex hoc solo motivo er ganz untauglich geworden E[r]. M. Dienst der Notdurft nach zu beobachten; wie dann seine Abreis hier generaliter et ab omnibus mit scheinbarem Gusto vernommen ist worden."[1]

Vierzehntes Kapitel.

Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des Friedens von Breda.

Eine Reise von Spanien nach England war in der Zeit, da Lisola sie, dem Befehle seines Herrschers folgend, antrat, an und für sich keine einfache Sache. Sie kostete viel Geld und war, zumal wenn man nicht mit Bedeckung reisen konnte, mit mancherlei Gefahren verbunden. Für den kaiserlichen Gesandten trat aber zu all den gewöhnlichen Schwierigkeiten eine weitere hinzu; er durfte, wollte er sich nicht dem sicheren Verderben preisgeben, den Weg über Frankreich nicht wählen, der nicht nur der nächste, sondern auch der bei weitem sicherste und angenehmste war. Der Hass der Franzosen gegen ihn war zu gross, ihr Bemühen, sich seiner zu bemächtigen, ihn unschädlich zu machen, viel zu deutlich hervor-

[1] Pötting an Leopold 12. August 1666. St.-A. (Hisp.)

getreten, als dass Lisola hätte hoffen dürfen, ihnen in diesem Falle zu entgehen. Er entschloss sich denn auch, die Reise von Barcelona aus nach Italien anzutreten, um dann durch Deutschland und Belgien reisend den Ort seiner Bestimmung zu erreichen. Eine günstige Gelegenheit schien sich ihm zu bieten. Als er mit seiner Familie in Barcelona anlangte, lag ein Schiff segelfertig im Hafen, das eine vornehme spanische Dame nach Italien bringen sollte. Lisola bat um die Erlaubniss, das Schiff benützen zu dürfen, erhielt aber eine abschlägige Antwort, mit der ausdrücklichen Erklärung, die Gefahr, welche die Dame durch die Aufnahme Lisola's auf sich lade, wäre im Hinblicke auf den unversöhnlichen Hass der Franzosen gegen ihn eine allzu grosse. So sah sich der Gesandte Leopold I. genöthigt, mit schweren Geldopfern ein Schiff zu miethen, durchfuhr in Begleitung des Grafen von Chavagnac das Meer und landete nach beschwerlicher und gefährlicher Fahrt in Italien.[1] Von hier trat er die Landreise an, verweilte einige Zeit in Brüssel[2] und langte im December 1666 in London an.

Die politische Lage hatte sich unterdess in manchen Stücken geändert. Die Engländer und die Niederländer waren kriegsmüde geworden; die wiederholten Kämpfe zur See hatten keine Entscheidung gebracht, wohl aber die Kräfte beider Staaten empfindlich geschwächt. Man begann in London und im Haag einzusehen, dass die Fortsetzung des Krieges nur einem Fürsten vortheilhaft sei, dem Könige von Frankreich. Was die Ausgleichsverhandlungen erschwerte, war in erster Linie das gegenseitige Misstrauen. Erst im Sommer 1666 gelang es den Schweden, ihre Vermittelung durchzusetzen. Die Verhandlungen wurden begonnen, führten aber zu keinem Ergebnisse, vornehmlich deshalb, weil de Witt, der Leiter der niederländischen Politik, Karl II. misstraute, Ludwig XIV. aber einem Frieden entgegenarbeitete, der nicht durch ihn vermittelt war und seinen Interessen nicht ganz entsprach. Unter diesen Umständen gab es für England nur eine Rettung, eine enge, aufrichtig gemeinte Verbindung mit dem Hause Habsburg. Wir wissen bereits, dass Karl II. in diesem Sinne in Wien und in Madrid wirken liess, dass aber die Verhandlungen mit den Spaniern zu keinem Ergebnisse geführt

[1] Ueber diese Fahrt berichtet ausführlich Chavagnac in seinen Memoiren I. 229 ff. Chavagnac zählte zu den begeistertesten Anhängern Lisola's; er nennt ihn „un des plus habiles politiques du siècle"; p. 229.

[2] Am 4. Nov. theilt er Lobkowitz seine Ankunft in Brüssel mit. R.-A.

hatten. Um so eifriger suchte Karl II. mit dem Wiener Hofe zu einer Einigung zu gelangen. Carlingford erhielt im Sommer 1666 von Neuem die Weisung, vom Kaiser den Abschluss eines Bündnisses zu fordern.[1] Die Minister Leopold I. nahmen seine dahin gerichteten Erklärungen mit Freuden auf, wünschten aber genauere Mittheilungen über den Inhalt dieser geplanten Einigung. Carlingford zögerte nicht sich zu erklären; sein Herrscher, meinte er, begehre weder Truppen noch Geld, sondern eine Liga, durch die bestimmt werde, dass Leopold, falls die Franzosen in die spanischen Niederlande, in andere Spanien zugehörige Länder oder in das Reich einfallen sollten, mit Frankreich brechen und Gewalt mit Gewalt vertreiben helfen solle.[2] Allein auch diese Erklärungen genügten der Wiener Regierung nicht. Carlingford erhielt den Auftrag, in einem ausführlichen Memoire die Beweggründe Karl II. und die Ziele der beabsichtigten Allianz mitzuteilen. Dies geschah; Carlingford betonte, dass sein Herrscher wohl wisse, wie wenig aufrichtig es die Spanier mit den Engländern meinen; dass dieselben noch Jahrelang mit Frankreich in Frieden leben, unterdess die Entwickelung der Dinge beobachten und sich erst dann je nach dem Stande der Begebenheiten für die eine oder die andere Partei entscheiden wollen. Er hob auch hervor, dass es Karl II. leicht geworden wäre, mit Ludwig XIV. Frieden zu schliessen, wenn er nur hätte versprechen wollen, nicht zu verhindern, dass Frankreich die spanischen Niederlande in Besitz nehme. Die Ansicht der Spanier, Frankreich werde noch Jahrelang den Frieden wahren, sei eine irrige, an dem Plane Ludwig XIV., sich alsbald in den Besitz der spanischen Niederlande zu setzen, nicht zu zweifeln. Die verderblichen Folgen der spanischen Politik lägen zu Tage; Karl II. könne aber unmöglich ausharren, wenn er nicht wisse, was der Kaiser zu thun willens sei. Entschliesse sich Leopold I. mit Karl II. ein Offensivbündniss einzugehen, dann wolle dieser sich bindend verpflichten, für die Interessen des Hauses Habsburg einzutreten.[3] Man sieht, der König von England wollte unter allen Umständen ein bestimmtes Versprechen des Kaisers erzielen, an dem Kampfe gegen Frankreich in offener Weise mitzuwirken. Ein solches zu geben waren aber

[1] Weisung vom 22. Juni 1666; Rec. Off. Vergl. Memoirs l. c. 127 ff.

[2] Erklärung Carlingfords d. d. 30. Juli 1666. St.-A. (Vorträge); vergl. auch Gualdo Priorato l. c. III. 252 ff.

[3] Erklärung Carlingfords 4. Aug. 1666. St.-A. (Vorträge); auch im Rec. Off.

weder Leopold I. noch seine Räthe gewillt. Man betonte daher auch jetzt wieder, wie gerne man in ein Bundesverhältniss zu England treten würde, dass aber das Interesse des Hauses eine vorhergehende Verständigung mit Spanien erfordere.[1] Carlingford war mit diesen Erklärungen nicht zufrieden; er begehrte bei neuerlicher Berathung eine sofortige bestimmte Antwort, ob Leopold I. bereit sei, unter gewissen Umständen mit Frankreich zu brechen.[2] Des Kaisers Räthe antworteten auch jetzt noch ausweichend; man wolle gegen Ludwig XIV. den Krieg führen, halte es aber für angezeigt, in dem Vertrage bloss von Feinden im Allgemeinen zu sprechen. In der That lautete das Vertragsproject Carlingfords dahin, „ob, im Falle die spanischen Niederlande oder ein anderes Spanien oder dem Kaiser zugehöriges Land von Jemandem, wer der auch sei, feindlich attaquirt werden sollte, alsdann, auch vermittels bis eine Erklärung aus Spanien darüber erfolgt, der Kaiser mit dem Könige sich conjungiren, und wenn auch die spanische Erklärung sobald nicht einlaufe, mit demselben bis zur Einlangung der Nachrichten aus Spanien kämpfen wolle." Aber auch zur Billigung dieses Projectes waren Leopold I. und seine Räthe nicht zu bewegen. Sie erwiderten mit der Versicherung, die besten Beziehungen zu England aufrecht erhalten und zum Zwecke der Förderung dieser Absicht Lisola nach London senden zu wollen, das von Karl II. gewünschte Offensivbündniss aber ohne Spaniens Einwilligung nicht schliessen zu können.[3] Unter Einem schlugen sie vor, diese Verhandlungen mit den Ver-

[1] Carlingford schreibt an Arlington am 1. August: Lobkowitz und Lamberg versichern mich, der Kaiser sei geneigt, mit dem englischen Könige eine Allianz zu schliessen. That he (the emperor) had noo beliefe of the french, who expected but a seasonable opportunity to attaque some of the dominions of the king of Spaine, to prevent which, coniunction between the king and him was the only visible meanes, wherein the king of Sweden might be involved, the security would be much the greater; but that the manner of makeing this agreement was difficult: that for the Emperors part he was ready to engage against any to the house of Austria, in the meantime to make such a defensive allyance as is between you and Swede. Rec. Off.

[2] Verhandlungsprotokoll vom 6. Aug. 1666, St.-A. (Vorträge). Carlingford berichtet über diese Unterredung in seinem Schreiben vom 8. Aug. 1666. Rec. Off.

[3] Leslie, der gerne nach London gesendet worden wäre, wie er denn auch von Carlingford vorgeschlagen war, schreibt am 29. Sept. 1666 an Arlington, Lisola werde nach England geschickt; ich hoffe aber, dass „a man of greater quality may follow". Rec. Off.

tretern Spaniens in London zu führen.[1] An der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen wird nicht gezweifelt werden können. Leopold I. war damals wirklich bereit den Kampf gegen Ludwig XIV. aufzunehmen, aber nur dann, wenn Ludwig XIV. ihn begann und wenn Spanien sich entschloss, mit ganzer Kraft an diesem Kriege theilzunehmen und dem Kaiser die zur Kriegsführung unerlässlichen Gelder zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne erhielt Pötting den Auftrag, den leitenden Kreisen am Hofe zu Madrid in des Kaisers Namen zu sagen, er begreife nicht, warum Spanien Englands Anerbietungen nicht annehme; der Königin und den Räthen die Gefahr vorzuhalten, die im Falle des Anschlusses Englands an Frankreich den spanischen Niederlanden drohe;[2] ihnen vorzustellen, wie verfehlt ihr Plan sei, den Friedensschluss zwischen den Generalstaaten und England in der Voraussetzung hintanzuhalten, dass Frankreich, so lange dieser Krieg währe, gegen die spanischen Niederlande nichts unternehmen werde. Es entsprach der Wirklichkeit, wenn Leopold der Königin von Spanien den Nachweis führen liess, dass Ludwig XIV. seit dem Friedensschlusse zwischen dem Bischofe von Münster und den Staaten wenig oder nichts für letztere gethan habe, dass die Fortdauer des englisch-staatischen Krieges von Ludwig XIV. nur zur Schwächung der Kräfte dieser beiden Mächte gewünscht werde, um dieselben bei dem geplanten Ueberfalle der spanischen Niederlande nicht fürchten zu müssen.[3] Bald darauf theilte Leopold I. den Spaniern mit, dass er mit Schweden verhandle, dass er Aussicht habe, diese Macht und eine Reihe deutscher Fürsten zu gewinnen.[4] Wie man sieht, Pläne, deren Ziel nichts anderes sein konnte, als eine grosse gegen Frankreich gerichtete Allianz. Es kam nur darauf an, wie sich Spanien zu derselben verhielt. Allein jetzt zeigte sich, wie richtig Lisola die Verhältnisse beurtheilt hatte, als er ein stetes Anwachsen der Macht der Franzosenfreunde in Madrid vorausgesagt. Pötting, der nach Lisola's Abreise eifriger denn je darauf aus war, die Interessen seines Herren zu wahren, musste bald genug erkennen, dass er sich geirrt, als er dem Kaiser gegenüber Lisola die Schuld an der sichtbaren Abnahme des österreichischen Einflusses am Madrider Hofe

[1] Antwort des Kaisers auf Carlingfords Memorial d. d. 25. Juni 1666. St.-A. (Vorträge); Leopolds Schreiben an Karl II. d. d. 12. Aug. 1666. Memoirs l. c. 133 f.

[2] Leopold an Pötting d. d. 12. Aug. 1666. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Leopold an Pötting d. d. 15. Sept. 1666. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Leopold an Pötting d. d. 18. Sept. 1866. St.-A. (Pött. Corr.)

zugeschrieben hatte. Seine Bemühungen, denselben zu mehren, blieben ohne jeden Erfolg; des Kaisers Anhänger zeigten sich vielmehr von Tag zu Tag kleinmüthiger.[1] Don Juan liess sich seit Lisola's Abreise immer deutlicher vernehmen, und Penneranda entwickelte jetzt, nicht mehr durch den überlegenen Gegner gehemmt, eine fieberhafte und erfolgreiche Thätigkeit im Interesse der Franzosen.[2] Die Verhandlungen mit den Engländern und mit den Portugiesen kamen nicht vom Fleck und noch weniger als Lisola gelang es Pötting, den Beichtvater der Königin, Neidhart, von der Ansicht abzubringen, dass der englische Hof es mit seinen Erklärungen nicht ehrlich meine und dass es im Interesse Spaniens liege, durch die Annahme der französischen Mediation den Franzosen jeden Eingriff in die spanischen Rechte unmöglich zu machen. Sein Versuch, einem neuerlichen kaiserlichen Befehle gemäss für den Abschluss der Allianz mit England und für den Frieden mit Portugal zu wirken, hatte unter diesen Verhältnissen nicht den geringsten Erfolg. Man warf vielmehr dem englischen Gesandten Doppelzüngigkeit vor, und wies darauf hin, dass die Engländer seit dem Siege über die Holländer ihr Benehmen gänzlich geändert und in den indischen Gewässern offene Feindseligkeiten verübt hätten. Pötting aber vermochte umsoweniger diese Behauptung zu widerlegen, als er selbst nicht an ein ehrliches Vorgehen der Engländer glaubte.[3] Der ungünstige Verlauf der spanisch-englischen Verhandlungen wirkte begreiflich auf die in Wien Geführten zurück. Carlingford erhielt im September 1666 den Befehl abzureisen. Wiederum suchten Herrscher und Minister ihn zur Verzögerung dieses Vorhabens zu bewegen; jeder bindenden Erklärung gingen sie aber auch jetzt sorgfältig aus dem Wege. So geschah es, dass Carlingford sich nicht länger halten liess. Noch in einer letzten Conferenz wurde der Versuch gemacht eine Einigung zu erzielen, allein vergebens. Der englische Minister erklärte ohne eine Offensivallianz könne Karl II. nicht abschliessen, die kaiserlichen Räthe blieben dabei, dass Leopold sich ohne Spanien nur zu einer Defensivliga verstehen könne.[4] Und dies umsomehr, als die aus Madrid einlaufenden Nachrichten immer ungünstiger lauteten. Pötting musste selbst eingestehen, dass er keinen Einfluss

[1] Bericht Pöttings vom 12. August 1666. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Bericht Pöttings vom 22. August 1666. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Bericht Pöttings vom 8. October 1666. St.-A. (Pött. Corr.)
[4] Conferenz vom 13. Oct. 1666. St.-A. Auszug daraus im Rec. Off.

besitze; über die Absichten der Franzosen und ihrer Freunde liess er sich täuschen, sein Urtheil über die maassgebenden Persönlichkeiten wechselte rasch. Auch blieb es ihm nicht erspart zu erkennen, dass Lisola in allen Stücken Recht gehabt, dass derselbe sich nicht getäuscht hatte, als er behauptete, Neidhart lasse sich von Penneranda hinter's Licht führen, dass Pötting es war, der falsch geurtheilt hatte, als er die Aeusserungen der Engländer für lügenhafte erklärte. Das Schreiben, in welchem Pötting seinem Herrn von diesen Verhältnissen Mittheilung machte, liest sich wie ein Brief Lisola's. „Die neuen Erklärungen Sandwichs, heisst es in demselben, zeigen, dass der Engländer es gut meint, es scheinet aber andertentheils nur allzu klar, dass man hierinnen und insonderheit ex parte Penneranda unter dem Hütel spielen wollen, so einmal vor Gott und der ganzen Welt unverantwortlich und höchst strafmässig wäre. Neidhart lässt sich von Penneranda ganz hinter's Licht führen. Pötting wird trachten Sandwich zu unterstützen, aber bei dem Stande der Regierung hier ist nicht viel zu hoffen, wenn der Kaiser nicht eine entscheidende Wendung herbeiführt. Die Königin ist allzu gütig, Penneranda malitiös und Neidhart ist unerfahren und unfähig einen so grossen Staat zu leiten."[1] Jetzt forderte auch Pötting von Leopold ein energisches zielbewusstes Vorgehen; die Umtriebe der Gegenpartei erschienen auch ihm jetzt eine grosse Gefahr für den Kaiser und für die Interessen des Hauses Habsburg. Allein jetzt war die Umkehr schon viel schwerer zu erzielen. Die Verwirrung am Hofe zu Madrid war so gross, der Einfluss der Franzosen und ihrer Anhänger so bedeutend, dass innerhalb einer kurzen Zeit auf eine wesentliche Aenderung nicht zu rechnen war. Frankreich hatte sein Ziel erreicht, die Spanier hatten weder den Frieden mit den Portugiesen noch die Allianz mit den Engländern geschlossen und keine Anstalten getroffen, um die spanischen Niederlande gegen einen Ueberfall der Franzosen zu sichern. Den Einsichtigen musste schon damals einleuchten, dass die grosse Frage, um die es sich handelte, nicht in Madrid zum Austrage kommen werde. Immer mehr richteten sich denn auch die Blicke der Gegner Frankreichs auf den englischen Hof, woselbst Lisola Ende des Jahres 1666, sehnsüchtig erwartet,[2] eintraf.

Mehr als zwanzig Jahre waren seit dem Tage verstrichen, an dem Lisola zum letzten Male englischen Boden betreten hatte. Wie

[1] Pötting an Leopold. 6. Nov. 1666. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Schreiben Arlingtons an Temple d. d. 21. Sept. 1666. Lettres l. c. 127 f.

gewaltig hatten sich unterdess die Verhältnisse geändert. Der grosse Kampf, den in jenen Jahren das Volk Englands gegen den königlichen Absolutismus geführt hatte, schien ein vergeblicher gewesen zu sein. Nach einem kurzen Uebergangsstadium, innerhalb dessen sich, zumal nach dem Tode des grossen Führers, die Unfähigkeit der englischen Nation sich selbst zu leiten deutlich genug gezeigt hatte, war das alte Herrscherhaus nach England zurückgeführt worden und hatte, ähnlich wie 154 Jahre später die Bourbonen in Frankreich, von dem Throne in einer Weise Besitz genommen, als sei alles, was sich unterdessen zugetragen, nur ein beängstigender Traum gewesen. Lisola war seiner ganzen Anlage, Erziehung und Geistesrichtung nach kein Freund der Republikaner; ihm galt, wie den meisten seiner Zeitgenossen, die Monarchie selbst in ihrer absolutistischen Form als die einzig mögliche, berechtigte Regierungsweise. Ueberzeugungstreuer Anhänger des Papstthums, ergebener Diener eines Monarchen, dem er die strengste Wahrung seiner Rechte empfahl, konnte er sich nicht für ein Regierungssystem begeistern, das in weltlichen Dingen die Stimme des Volkes in ihren Vertretern als ausschlaggebende anerkannt wissen wollte, in kirchlichen Dingen den Glauben an die Befähigung jedes von Gott Ergriffenen zum priesterlichen Amte forderte. Er sah daher in der Rückkehr der Stuarts die naturgemässe Reaction gegen ein verbrecherisches Beginnen, ein reuiges Bekenntniss begangener Fehler. Und doch konnte Lisola nicht verkennen, wie nothwendig in einem Staate, wo kein energischer Monarch herrschte, wo der Hof die Brutstätte tausender Cabalen war, die Mitwirkung einer die Interessen der Nation in bewusster Weise vertretenden Körperschaft sei. Er kam aus Spanien, einem Lande, in dem damals den Vertretern des Volkes nur überaus geringe Bedeutung beigemessen werden konnte, in dem die Entscheidung aller wichtigen Fragen der Politik von der Königin und von dem sie beeinflussenden Staatsrathe abhing. Was hatte er dort alles erleben müssen; wie oft hatte er sich nach einer Körperschaft gesehnt, wie das englische Parlament eine bildete, der die Macht zustand und die den Willen besass, den Herrscher zu bestimmten, die Interessen der Nation, der er vorstand, berücksichtigenden Handlungen zu nöthigen.

Anfangs freilich dachte er keineswegs daran seine Hauptaufgabe in den Verhandlungen mit dem Parlamente zu suchen. Er stand einem neuen Monarchen, neuen Ministern gegenüber; sie

kennen zu lernen, ihre Schwächen und Tugenden zu ergründen schien ihm sein dringendstes Geschäft.

König Karl II. war, das konnte Lisola alsbald merken, in vielen Dingen das Ebenbild seines Vaters; nur dass er von demselben lediglich die schlechten Eigenschaften geerbt zu haben schien. Er war unwahr, wie Karl I. gewesen; es haftete ihm jene Unaufrichtigkeit an, jene Unzuverlässigkeit, die seinem Vater so viele Gegner erweckt hatte. Während dieser aber unaufrichtig und unzuverlässlich war, weil er ein grosses Ziel vor Augen hatte, das zu erreichen ihm eine heilige Aufgabe schien; während Karl I. die Volksrechte verletzte, um als absoluter Regent voll und ganz den Interessen des von Gott ihm anvertrauten Volkes zu leben, war Karl II. König von Gottes Gnaden, um ohne Widerspruch der Nation seinen persönlichen Neigungen zu folgen. Hatte Karl I. nach dem Grundsatze Richelieu's zu regieren gedacht, alles für und nichts durch das Volk zu thun, so schien Karl II. die Maxime Ludwig XIV., das Aufgehen des Staates in seiner Person, zum Muster nehmen zu wollen. Und auch darin glich Karl II. seinem Vater, dass er Minister fallen liess, ohne an ihre Verdienste zu denken, ohne sich der ihnen gegebenen Versprechen zu erinnern; aber auch in diesem Falle waren es andere Motive, die zum selben Ergebnisse führten, politische Gründe bei dem einen, Launenhaftigkeit bei dem anderen.

Das englische Volk kannte damals die Fehler Karl II. noch nicht so genau; auch nahm es viele derselben noch für Vorzüge. Dass er leichtlebig war, den Frauen huldigte und dem Weine zusprach, schien ihnen nach den überstrengen Maassregeln der puritanischen Herrschaft kaum als Fehler. Es kam wieder Leben in die Gesellschaft, man konnte sich wieder an dem Glanze erfreuen, der am Hofe herrschte, an der Pracht, die bei den zahlreichen Festlichkeiten entfaltet wurde. Künste und Wissenschaften blühten wieder auf und zahlreiche Dichter, die sich jetzt in der Sonne königlicher Huld wärmten, posaunten das Lob des Herrschers aus, der wie wenige die Fähigkeit besass zu unterhalten, Abenteuer zu erzählen, zu tanzen, der das Muster eines heiteren Cavaliers war. Die Einsichtigeren freilich konnten schon damals erkennen, wie anders dies England in der Welt geachtet gewesen, als der finstere Puritaner Cromwell die Zügel der Regierung geführt hatte.

Damals hatte es keine wichtige Frage gegeben, bezüglich welcher nicht England um Rath oder Unterstützung angegangen worden

war. In den Verwickelungen, die dem Ueberfalle Polens durch Karl Gustav von Schweden gefolgt waren, hatte England eine bedeutsame Rolle gespielt; dem spanisch-französischen Kriege hatte Cromwell die Entscheidung gegeben; der allerchristlichste König hatte mit dem Emporkömmling und Andersgläubigen Freundschaft geschlossen; die Könige von Schweden, Dänemark, und zahllose andere Fürsten hatten um die Gunst Cromwells gebuhlt; die stolzen Niederländer hatten die Ueberlegenheit Englands, die Herrschaft dieses Staates auf dem Meere anerkennen müssen.

Wie anders, seitdem Karl II. die englische Königskrone trug. Jetzt befand sich nicht mehr eine englische Flotte im Sund, bereit, ihre Ueberlegenheit den Niederländern zu erweisen, jetzt lagen niederländische Schiffe vor London; jetzt unterhandelten nicht mehr Englands Staatsmänner um die Bedingungen, unter denen England seine vielumworbene Hilfe zuzusagen bereit sei; jetzt suchten die Engländer bittend und flehend an den verschiedensten Orten Unterstützung im Kampfe gegen die Niederländer, denen sie zu unterliegen fürchten mussten. England war in diesen wenigen Jahren um ein bedeutendes von der Höhe herabgestiegen, die es unter Cromwells Herrschaft erklommen, es drohte noch tiefer zu stürzen, aus einer Macht ersten, eine dritten Ranges zu werden, vollkommen abhängig von den Launen Ludwig XIV., dessen Einfluss am Hofe des englischen Königs von Jahr zu Jahr in bedenklicher Weise stieg.

An diesem Hofe und mit diesem Fürsten hatte Lisola die Maassregeln zur Durchführung jener grossen Pläne zu ergreifen, die ihm seit Jahrzehnten vorschwebten und für deren Realisirung er den günstigen Zeitpunkt für gekommen erachtete. Seine Instruction — vom Juli 1666 datirt — enthielt freilich der zurückhaltenden Art des Wiener Hofes entsprechend nur den Befehl, dem Könige von England die Vermittelung Leopold I. in dem niederländisch-englischen Kriege anzutragen;[1] eine zweite, später abgefasste, bevollmächtigte ihn, auch dann, wenn der Vertreter Spaniens keinen Auftrag haben sollte mit den Engländern zu verhandeln, mit denselben ein defensives Bündniss zu schliessen, den Spaniern aber den Eintritt in dasselbe freizustellen.[2] Lisola hatte noch am Festlande diese Weisung erhalten, gerade in den Tagen, da Pötting

[1] Instruction für Lisola 7. Juli 1666. St.-A. (Anglica.)
[2] Instruction für Lisola 23. Sept. 1666. St.-A (Anglica.)

ihm berichtete, dass die Aussichten, das spanisch-englische Bündniss zu Stande zu bringen, überaus geringe seien, dass dagegen die Königin die Einigung der Engländer mit dem Kaiser als wünschenswerth bezeichnet habe und dem von ihr beherrschten Staate die Möglichkeit des Beitrittes gewahrt wissen wolle. „Es wäre zu wünschen gewesen, schrieb Lisola unter dem Eindrucke dieser Nachrichten, eben im Begriffe sich nach England einzuschiffen, dass dieses Band auf einmal das ganze Haus Oesterreich umfasst hätte, denn in diesem Falle wäre das Bündniss kräftiger und ruhmvoller gewesen, die Reichsfürsten hätten sich auch eher entschlossen, demselben beizutreten. Das ist aber unter den gegebenen Verhältnissen jetzt und solange nicht zu hoffen, solange die Partei Penneranda's das Uebergewicht hat. . . .

Ich habe immer geglaubt, heisst es an einer anderen Stelle dieses Schreibens, der König von England werde sich nicht zu einem solchen Bündnisse mit E[r]. M. bereit erklären, wegen der grossen Entfernung der beiden Staaten, die eine entsprechende gegenseitige Unterstützung auszuschliessen scheint, in jedem Falle aber erschwert. Da er aber ein solches Bündniss selbst beantragt und für den Augenblick weder Geld noch Truppen von E[r]. M. fordert und uns nicht mit den Franzosen oder Niederländern in Krieg bringen will, ausser in dem Falle, dass diese die spanischen Niederlande angreifen sollten, ist kein Grund vorhanden, warum E. M. diese günstige Gelegenheit vorübergehen lassen sollten, sich mit den Engländern zu verbinden. Denn wir halten dadurch die Engländer ab, sich mit den Franzosen zu einigen. Auch werden sich die Fürsten Deutschlands und die Niederländer, sobald sie mit den Engländern Frieden gemacht, gerne anschliessen und die Spanier werden sich mit oder gegen ihren Willen genöthigt sehen, gleichfalls beizutreten."[1] Man sieht, indem sich Lisola scheinbar gleichen Sinnes zeigt wie sein Herrscher, spricht er Ideen aus, die weit über das hinausgingen, was Leopold I. und seine Regierung bezweckten. Während für diese die Vermeidung eines Conflictes mit Frankreich, die Erhaltung der Ruhe im Reiche die Hauptsache war, während sie lediglich auf dem Wege einer starken Verbindung Ludwig XIV. von jedem Uebergriffe abzuhalten bestrebt waren, ist Lisola der Vertreter des Gedankens, eine feste Einigung möglichst vieler Fürsten zu

[1] Schreiben an Leopold. 3. December 1666 St.-A. (Angl.)

Stande zu bringen und dann dem Könige von Frankreich zuvorzukommen, um in seinem Lande und auf seine Kosten den Krieg zu führen, der ihm unausbleiblich schien.

Die Aussöhnung der Engländer mit den Generalstaaten war der erste Schritt zu diesem Plane. In der Erkenntniss der Nothwendigkeit diese beiden Völker zu einigen, stimmte der Wiener Hof mit seinem Gesandten überein; Lisola konnte sich daher ohne Zögern an's Werk machen. Er fand Karl II. in einer diesem Versuche günstigen Stimmung. Der englische König betonte ihm gegenüber, wie sehr ihm schon die Rücksicht auf die Haltung des Parlamentes, das jede Subsidie mit einer des Königs Autorität schwächenden Forderung begleite, den Frieden wünschenswerth erscheinen lasse; er sprach auch in erbittertem Tone von der Treulosigkeit der Franzosen und empfahl Lisola mit de Witt über die Ausgleichung der englisch-staatischen Differenzen zu verhandeln. Und ähnlich, wie der König, sprach auch dessen Kanzler, Eduard Hyde, Earl of Clarendon, ein alter Parteigänger des Hauses Stuart, hochbegabt, einer der ersten, die sich durch Rednertalent in England emporgeschwungen haben, ein trefflicher Kenner des englischen Rechtes; als Politiker aber in den Fehler verfallend, an den einmal als richtig erkannten Grundsätzen auch dann festzuhalten, wenn dieselben durch den Wechsel der Begebenheiten ihre Berechtigung verloren haben. Auch Clarendon zählte zu denen, die nicht erkennen wollen, dass ein Politiker, um consequent zu sein, sehr oft inconsequent erscheinen, dass er in verschiedenen Zeiten ein verschiedener sein, der Wandlung der allgemeinen Auffassung Rechnung tragen müsse, um seinem Volke und seinem Herrn zu dienen. Er hatte in den vielen Jahren der Verbannung nichts gelernt und kam an den Hof Karl II. mit denselben Ideen, die er zu Zeiten Karl I. vertreten hatte. Des Königs Neigung verschaffte ihm die einflussreichste Stellung im Staate, trug jedoch auch wesentlich dazu bei, dass die Bevölkerung alle Schuld an den Fehlern Karl II. und seiner Regierung dem Kanzler beimass, dem man einen unumschränkten Einfluss auf den König zuschrieb, den man für die Seele der Regierung, für das Haupt der ganzen Verwaltung hielt.

Zur Zeit, da Lisola an ihn herantrat, war sein Einfluss auf die Nation wohl nicht mehr so gross, als einige Jahre vorher; immerhin aber im Hinblicke auf das Vertrauen, das Karl II. ihm schenkte, ein sehr bedeutender. Ein Freund des Hauses Habsburg

war er nicht; er hatte wiederholt eine Annäherung an Frankreich gesucht und war auch jetzt für die Idee einer englisch-französischen eingenommen.

Lisola liess sich, über diese Dinge genau unterrichtet, durch Clarendons Reden nicht täuschen; er misstraute der Versicherung desselben die Idee der kaiserlichen Vermittelung zu billigen und zur Führung der Verhandlungen mit de Witt bereit zu sein, und entschloss sich Karl II. von den üblen Folgen eines Anschlusses an Frankreich zu überzeugen, ihm persönlich die Zweckmässigkeit der kaiserlichen Mediation zu beweisen. Seine Bemühungen schienen von Erfolg begleitet zu sein. Der König liess bei de Witt anfragen, ob er verhandeln wolle und beauftragte, als dessen Antwort zustimmend lautete, Lisola mit Clarendon über die weiteren Maassregeln zu berathen. Als Lisola Bedenken bezüglich der Gesinnung Clarendons äusserte, suchte Karl dieselben zu beseitigen;[1] er erklärte sich auf des kaiserlichen Gesandten Wunsch hin sogar bereit, schriftlich seine Genehmigung zum Beginne der Verhandlungen mit de Witt zu geben. Lisola war mit seinen ersten Erfolgen zufrieden; er hielt die Gesinnung Karl II. für eine aufrichtige und glaubte nach den Berichten, die ihm Friquet aus dem Haag hatte zugehen lassen, an der Friedensneigung der niederländischen Staatsmänner nicht zweifeln zu müssen. Dagegen fürchtete er den Einfluss der Franzosen und ihrer Anhänger. Er hatte Kenntniss davon, dass Albans nach Paris gegangen war,[2] dass die Franzosen sich bereit zeigten, unter gewissen Bedingungen mit Karl abzuschliessen; er konnte nach den ihm zugehenden Nachrichten nicht daran zweifeln, dass Ludwig XIV. alles aufbieten werde, um den König von England für sich zu gewinnen[3] und dass er dabei an Clarendon und an dem Staatssecretär Arlington eifrige Unterstützer finden werde. Um so dringender schien es ihm, die Verhandlungen zwischen den Engländern und den Generalstaaten zum Abschlusse zu bringen. Daher seine immer

[1] Bericht Lisola's vom 7. Febr. 1667. St.-A. (Angl.)

[2] Vergl. Mignet, l. c. II. 41 ff.; Lettres d'Arlington, l. c. 152 ff., Ranke, Engl. Gesch., V. 28 ff.; Priorato l. c. III. 255.

[3] Am 4. Feb. 1667 schrieb Lionne an d'Estrades: „Le roi croit, que les Anglois ne se presseront pas tant de faire la paix, qu'il sembleroit, que le besoin qu'ils en ont leur dût conseiller, tant ils espèrent de leur jonction avec la maison d'Autriche que l'Isola qui joue à Londres ses derniers tours d'adresse, leur donne pour infaillible. Lettres et Mém. d'Estrades IV. 25.

erneuerten Versuche auf Karl II. persönlich einzuwirken und die Bemühungen der Franzosenfreunde zu durchkreuzen. In der That gelang es Lisola, dem Könige den Nachweis zu führen, dass die Friedensbetheuerungen Frankreichs nicht aufrichtig gemeint seien, dass Ludwig XIV. den Frieden erst angeboten habe, als er von den Verhandlungen zu Madrid gehört hatte, dass Frankreich lediglich die Einigung Englands mit dem Hause Habsburg hintertreiben, keineswegs aber Karl II. helfen wolle.[1] Der König konnte die Berechtigung dieser Aeusserungen nicht leugnen, er erwiderte vielmehr mit weiteren Beschwerden über Ludwig XIV. eigennütziges Vorgehen und erklärte, als Lisola und Spaniens Vertreter Molina über die Unterredungen Albans mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lionne, klagten, er habe Albans ohne den Befehl in Verhandlungen einzutreten, lediglich in der Absicht nach Paris gesendet, Ludwig XIV. Pläne zu erforschen.[2] Und wenige Tage nach dieser Unterredung liess Karl II. Lisola zu sich rufen und forderte ihn auf, so rasch als möglich nach dem Haag zu eilen, um dort mit de Witt über die Bedingungen des Friedens zu verhandeln, den einzugehen er fest entschlossen sei. Lisola war über diese Aeusserung Karl II. hocherfreut; wusste er ja, dass das einzige Mittel, die Mediation Frankreichs zu verhindern, die baldige Herstellung des Friedens sei. Nach genommener Abrede mit Karl II. sollte er im Haag mit de Witt die Verhandlungen so weit als möglich führen, damit die Engländer und die Generalstaaten am Friedenscongresse gemeinsam vorgehen und rasch die Ordnung der Angelegenheit erzielen könnten.[3]

Lisosa verliess den Hof Karl II. in der Ueberzeugung, dass der König und der grösste Theil des Volkes den Friedensschluss mit den Staaten durch Vermittelung des Kaisers und die Einigung

[1] Bericht Lisola's vom 25. Febr. 1667. St.-A. (Angl.)

[2] Bericht Lisola's vom 18. März 1667. St.-A. (Angl.)

[3] Bericht Lisola's vom 19. März 1667. St.-A. (Angl.) Seine Instruction enthielt die Vollmacht, mit de Witt über alle Artikel des Friedens zwischen England und den Staaten übereinzukommen und eine bestimmte Erklärung darüber zu fordern, ob die Staaten, falls England sich mit denselben über alle Punkte einigen würde, Frankreich aber die Durchführung hindern wollte, den Krieg fortführen, oder sich ohne und selbst gegen den Willen Frankreichs mit England einigen wollten. In diesem Falle hatte er dem Pensionär nicht nur den Frieden, sondern auch Freundschaft und Bündniss gegen jeden Angriff, mit Einschluss Belgiens, anzutragen.

mit dem Hause Oesterreich wünschten. „Ich kann nicht genügend hervorheben, welchen Eifer fast alle Engländer zeigen, diese Krone mit dem Hause Oesterreich vereint zu sehen, sowohl im Hinblicke auf den Handel, als auch aus angeborenem Hasse gegen Frankreich.“[1]

Nicht von den Engländern, sondern von den Spaniern fürchtete er für das Zustandekommen des Vertrages; denn ihre Forderungen schienen auch ihm unerfüllbar. Sie begehrten die Theilnahme der Engländer an einem Angriffskriege gegen die Portugiesen, falls der Friede mit diesen nicht sollte geschlossen werden, weigerten sich aber, ein ebenso bindendes Versprechen den Engländern zu geben.[2]

Die Zustände am Hofe zu Madrid verschlechterten sich überhaupt zusehends. Der Einfluss der Königin wurde immer geringer; Neidhart neigte mehr und mehr zu den Franzosen, ohne jedoch den Schlag abwenden zu können, zu dem Penneranda damals gegen ihn ausholte. An eine Einigung mit den Portugiesen war unter diesen Verhältnissen nicht zu denken; des langen Verhandelns müde, beschlossen dieselben mit den Franzosen einen Vertrag einzugehen, der ihnen die Hilfe dieser mächtigen Nation im Kampfe mit den Spaniern sicherte.[3] Die Verwirrung und die Rathlosigkeit am Madrider Hofe wuchs dadurch noch um ein wesentliches.

Weniger der Unfähigkeit als der Unehrlichkeit der dortigen leitenden Staatsmänner wird es aber zugeschrieben werden müssen, dass am spanischen Hofe in einer Zeit, da man in ganz Europa an dem bevorstehenden Ueberfalle der spanischen Niederlande durch die Franzosen nicht mehr zweifelte, die Nachricht von derartigen Plänen Ludwig XIV. als Fabel bezeichnet werden konnte.[4] Mit Kummer und Schrecken sah Kaiser Leopold den Verfall der deutschen Sache am spanischen Hofe. Immer wieder machte er durch Pötting oder in directen Schreiben an Maria Anna auf die Grösse der Gefahr aufmerksam, die aus einer weiteren Verzögerung der englisch-spanischen Verhandlungen für Spanien entstehen könnte. Zu Beginn

[1] Ganz in diesem Sinne schreibt auch Arlington an Temple, 24. Mai 1667, Lettres 210. L'on ne sçauroit s'imaginer avec combien de zèle les personnes de tous rangs embrassent le service d'Espagne et se declarent ouvertement contre la France.

[2] Schreiben Lisola's vom 11. März 1667. St.-A. (Angl.)

[3] Schreiben Pöttings vom 3. März 1667. St.-A. (Hisp.)

[4] Schreiben Pöttings vom 6. März 1667. St.-A. (Hisp.)

des Monates März 1667 erhielt Pötting ausdrücklichen Befehl, den Spaniern mitzutheilen, der Kaiser habe gewisse Nachricht, dass Frankreich im Frühjahr mit Spanien brechen und Belgien angreifen werde. „Caveant ergo sibi, ne praeveniantur: ich melde es redlich; Deus det, ne tardent.“[1] Dass trotzdem kein Schritt zum Vergleiche mit den Engländern geschah, brachte ihn zur Verzweiflung. „Mich schmerzt es, schreibt er Ende März an Pötting,[2] in mein Seel, dass das Werk in solche Standen sei. Undecim horis laborare et nihil capere ist abgeschmackt.“

Während auf diese Weise Spanien, dem eigenen Interesse zuwider, sich gegen den Frieden und gegen die englische Allianz aussprach, hatte Lisola in Brüssel mit aller Kraft für den englisch-niederländischen Frieden, als dem Ausgangspunkte aller weiteren gegen Frankreich gerichteten Maassregeln, zu wirken gesucht. Er fand in Brüssel Castel-Rodrigo, einen trefflichen Mann, einen zielbewussten und energischen Gegner der Franzosen.[3] Die Ansichten des Gouverneurs der spanischen Niederlande stimmten freilich nicht in allen Stücken mit denen Lisola's überein. Castel-Rodrigo wollte nicht glauben, dass die Franzosen in Belgien einfallen würden, solange der niederländisch-englische Krieg währe; dagegen fürchtete er den Ueberfall unmittelbar nach erfolgtem Frieden zwischen diesen beiden Nationen und forderte aus diesem Grunde die Verzögerung des Friedensschlusses. Alle Bemühungen Lisola's, ihn von der Unrichtigkeit dieser Behauptungen zu überzeugen, blieben erfolglos und führten nur dahin, dass Castel-Rodrigo sich zur Billigung des Friedensplanes bereit erklärte, falls Oesterreich und Spanien in den Vertrag aufgenommen und dadurch Engländer und Niederländer zur Führung des Kampfes gegen Frankreich verpflichtet werden sollten, sobald die letztere Macht in die spanischen Niederlande einfalle.[4] Lisola zeigte sich nicht abgeneigt auf diese Bedingungen hin die Verhandlungen mit de Witt zu versuchen. Er wusste, dass Ludwig XIV. in die spanischen Niederlande einfallen werde und erblickte daher in der Verpflichtung der Seemächte an der Seite des Hauses Habsburg und für dessen Interessen zu kämpfen, einen

[1] Leopold an Pötting 3. März 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Leopold an Pötting 31. März. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Vergl. Mignet l. c. I. 319.

[4] Vergl. für diese Dinge Mém. de Cte de Guiche II. 253, Mém. de Pomponne II. 383 f.

für den Kaiser, dem er in erster Linie dienen wollte.[1] In
des Haag fand die Zusammenkunft Lisola's mit de Witt
r niederländische Staatsmann zeigte sich in hohem Grade
rieden mit den Engländern eingenommen, nicht so sehr
ıt vor der Macht Karl II., als aus Misstrauen gegen Lud-
., dessen Freundschaft er für eine unaufrichtige, auf die
ht aufrecht zu erhaltende erklärte. Er versprach, sobald der
vischen den Seemächten geschlossen sei, für eine engere
ng der Versöhnten eintreten zu wollen. Den Vorschlag,
schen Niederlande in dieses Bündniss einzuschliessen, lobte
eifelte aber die Möglichkeit bei Frankreich die Aufnahme
hs in den zu Breda zu unterzeichnenden Vertrag durch-

ı bezüglich der Friedensbedingungen gelang es Lisola, de
einigen Zugeständnissen zu bewegen.[2] Er durfte daher mit
ıltate seiner Unterredung zufrieden sein. Es lag jetzt
acht Karl II. zu zeigen, ob er es mit dem Gedanken eines
in seiner Politik ehrlich meine. Allein gerade in den
ı des Kaisers Gesandter mit einem gewissen Stolze nach
on seinen Erfolgen berichtete, erhielt er die Nachricht aus
rl II. habe daselbst in bestimmtester Weise das Versprechen
ein Jahr hindurch das Haus Habsburg nicht zu unter-
Sein Zorn entlud sich in einem überaus heftigen Schrei-
len englischen Staatssecretär Arlington, den er dringend
ärung bat.[4] Diese kam nicht, wohl aber neue Mittheilun-
Paris, die das früher Berichtete bestätigten. Es war in der
wig XIV. gelungen, Karl II. zu dieser dem Interesse des
beherrschten Landes so wenig entsprechenden Verpflichtung
gen. Mit voller Offenheit hat sich Ludwig XIV. über seine
g und über die seine Handlungsweise bestimmenden Gründe
„Ich erwog, sagt er in seinen Unterweisungen für den
die günstige Lage, in der ich mich befand. Die spanischen
de waren ohne Truppen und ohne Geld, Spanien von einer

icht Lisola's vom 28. April 1667. St.-A. (Angl.)
cht Lisola's vom 3. Mai 1667. St.-A. (Angl.) W. Temple berichtet an
29. Mai 1667 von dieser Unterredung. Lettres de Mr le Chev. Temple.
gabe 1711, 119 ff.
rato l. c. 268.
gl. Klopp, Gesch. des Falles des Hauses Stuart I. 166.

fremden Fürstin regiert, der Kaiser ein unentschlossener Herr; das Haus Oesterreich bestand aus ihm und dem siechen Königskinde in Spanien; seine Anhänger waren lau, meine Unterthanen voller Eifer für die Sache. Eine so günstige Gelegenheit zur Ausführung meiner Pläne glaubte ich nicht versäumen zu dürfen. So opferte ich die entfernten Inseln und verpflichtete den König von England, ein Jahr lang keine Feindseligkeit gegen mich zu beginnen."[1]

Schon Anfang des Monates Mai 1667 bestand für Lisola kein Zweifel mehr an dem bald erfolgenden Ueberfalle der spanischen Niederlande durch Ludwig XIV. Gewohnt, der Gefahr muthig in's Auge zu schauen, erwog er sogleich die Mittel, die dem Hause Habsburg zu Gebote standen, dem Könige von Frankreich zu begegnen. Er fand die Lage schlecht, aber nicht verzweifelt. „Die Dinge befinden sich in einem Zustande, schrieb er zu Beginn des Monates Mai dem Kaiser, dass wir nicht gleich stark zum Widerstande, aber auch nicht so schwach sind, um den Angriff, wenn entsprechende Unterstützung erfolgt, nicht aushalten zu können. Castel-Rodrigo arbeitet unablässig mit unermüdlicher Ausdauer daran, das Volk zu begeistern, die in der Umgebung der Städte Wohnenden hereinzuziehen, die befestigten Plätze mit Proviant zu versehen, neue Truppenaushebungen vorzunehmen und sieht darauf, dass alles vorhanden sei, was zum Gebrauche nützlich sein könnte. Er hat Vorsorge getroffen, dass alles Getreide, das im Lande und in den Städten von Privaten aufbewahrt wird, in feste Orte kommt, um die Bewohner derselben zu ernähren und den Feinden diesen Raub zu entreissen". Vor allem galt es nach Lisola's Ansicht, Zeit zu gewinnen, bis der Friede mit den Engländern geschlossen sei, die Generalstaaten sich zu Gunsten Spaniens einsetzen, die übrigen Mächte gewonnen werden konnten. Um Ludwig XIV. vom sofortigen Beginne der Feindseligkeiten abzuhalten, suchte Lisola im Einverständnisse mit Castel-Rodrigo den Grosspensionär zu bewegen, an den König von Frankreich mit dem Ersuchen heranzutreten, auf gütlichem Wege eine Einigung über die Ansprüche zu versuchen, die Ludwig XIV. als Gemahl Maria Theresia's kraft des Devolutionsrechtes auf die spanischen Niederlande machte.[2] Allein bevor noch

[1] Oeuvres l. c. II. 286.

[2] Berichte Lisola's vom 1. und 11. Mai 1667. St.-A. (Anglica.) Sehr interessant ist auch das Schreiben Lisola's an Lobkowitz, dessen bekannte franzosenfreundliche Gesinnung Lisola nicht abhielt, zu betonen „Dalle cose che riferira

de Witt Ludwig XIV. einen derartigen Antrag stellen konnte, hatte dieser Saint-Germain verlassen und war an der Spitze seiner Truppen gegen die spanischen Niederlande gezogen. Lisola's Auffassung der Verhältnisse wurde durch diese That Ludwig XIV. eine wesentlich andere. Hatte er, solange die Möglichkeit bestand, die Gefahr eines Einfalles abzuwenden, den Verhandlungen mit Frankreich — freilich bei steter Rüstung zum Kriege — das Wort geredet, so war er jetzt der vollzogenen Thatsache gegenüber für ein entschiedenes und unzweideutiges Vorgehen, für den Widerstand bis zum äussersten.

„Ich masse mir nicht an, schreibt er am 18. Mai, über die Frage zu urtheilen, ob es dem Gesammtinteresse Er. M. entspricht, mit einzutreten in den Krieg. Ich kann nur die Frage aufwerfen, ob E. M. unbeschadet Ihrer Ehre und Würde, einen minderjährigen König, der Ihr Neffe und Schwager ist, der ungerechtesten Unterdrückung preisgeben dürfen. Die Folge würde sein, dass die Bande der Freundschaft, welche bisher die beiden Linien des Gesammthauses geeinigt haben und von den beiderseitigen Vorfahren als der Eckstein des gemeinsamen Heiles betrachtet wurden, sich lösen würden. Eine weitere Folge würde sein, dass die Hoffnung auf die Erbfolge n Spanien, die E. M. unmittelbar angeht, für immer entschwände. Auch wird man die Frage aufwerfen dürfen, ob E. M., wenn Belgien von Frankreich annectirt wird, Spanien am Boden liegt, gegen jenen unersättlichen Ehrgeiz sicher sein werden im Besitze der Kaiserwürde; ja, ich gehe weiter, im Besitze Ihrer Erbländer. Ich hebe dies umsomehr hervor, da die Ansicht besteht, dass der König von Frankreich gerade auf die Person Er. M. eine besondere Eifersucht zeigt, und in seiner Seele nach der römischen Kaiserkrone trachtet. Ich vermag nicht die Mittel Er. M. richtig zu schätzen; ich kann nicht beurtheilen, ob die Ruhe in Ungarn erhalten bleiben würde, ob ein Einbruch der Schweden zu fürchten sei, ob die Fürsten des Reiches die Pläne Er. M. fördern oder sich denselben wider-

V. E. riconoscera la perfidia e sfregiata ambitione delli Francesi; questo non mi riesce nuovo e V. E. si ricordara che non ho mai cantato altra cosa, pero en Madrid hanno dato piu fede a quelli che gli lusingavano e a huomini o ingannati o corrotti che agli sinceri ricordi de ministri fedeli, hora si trovaranno bene con le lor massime fiacche e irresolute, senza pace con Inglaterra, senza tregua con Portugallo, con una guerra nelle viscere loro in Spagnia, senza esercito in Fiandra, senza amici e lighe e quel che peggio senza danari. . . .

setzen würden. Aber eines wage ich in aller Unterthänigkeit auszusprechen: das Heil des Hauses Oesterreich liegt einzig und allein in einem muthigen und thatkräftigen Vorgehen. Der Einmarsch der Franzosen in Belgien ist für alle diejenigen, die mit vorschauendem Blicke auch die Consequenzen der Erscheinungen zu prüfen pflegen, nichts anderes, als der Beginn des Marsches der Feinde gegen die Thore Wiens. Daher sind denn auch dieselben Heilmittel anzuwenden, wie bei der unmittelbaren, eigenen, äussersten Gefahr. Anderseits weiss ich ganz gewiss, dass die Franzosen so unzufrieden mit dem herrschenden Regimente sind, dass man mit Grund sich der Hoffnung hingeben darf, ein schnelles und kräftiges Handeln unsererseits werde dieses Reich binnen kurzem in die grösste Verwirrung stürzen. Auch kann ich nicht glauben, dass die Fürsten des Reiches thörichter Weise mit gleichgültigen Augen zuschauen werden, dass der burgundische Kreis dem Reiche genommen werde und unter fremde Botmässigkeit gerathe. Ich kann endlich mit Gewissheit behaupten, dass England und die Generalstaaten geneigt sind, sich mit uns zu verbinden."[1] Würdiger, ernster und freimüthiger kann ein Gesandter seine Ansicht nicht äussern, als es Lisola in diesem Schreiben gethan hat. Und zur selben Zeit übersandte er gleichsam als eine Ergänzung des in dem Schreiben vom 18. Mai Angedeuteten ein Memoire, in dem er insbesondere auf die Wege hinwies, auf denen man dem von ihm bezeichneten Ziele zustreben müsse. Dass die Dinge in Belgien sich nicht in einem erwünschten Zustande befinden, sei bekannt. Die Zahl der Truppen — 16000 Mann zu Fuss, 4000 Reiter — sei eine zu geringe, der Sold, den sie erhalten, ungenügend; von Spanien aus erfolge nur geringe Unterstützung. Die Festungen und die Hauptstadt sind genügend mit Wällen und Proviant versehen, aber es fehlt an Truppen. . . . Es giebt kein besseres Mittel, die spanischen Niederlande zu unterstützen, als eine schleunige Diversion, da die Franzosen ihren König zum Kampfe gegen die Spanier aneifern, um unterdess um so sicherer sich von dem Joche befreien zu können, das sie drückt. Aber sie werden nichts wagen, wenn sie nicht an der Grenze ein Heer sehen, bereit, ihnen zu helfen. Gestattet man den Franzosen jetzt, Belgien anzugreifen, dann wird man bloss die

[1] Schreiben Lisola's vom 18. Mai 1667. St.-A. (Angl.) Vergl. Klopp. l. c. I. 178f.

Erhaltung der festen Plätze durchsetzen können, aber unterdess werden Charleroy, Mecheln . . . . und viele andere Städte unterliegen; gelingt es aber den Feldzug für diesen Sommer zu verhindern, dann werden indessen die Dinge sich so gestaltet haben, dass es Ludwig XIV. schwer fallen wird, den Einfall zu wagen. Man muss daher den Angriff durch eine vorgeschützte Verhandlung hinausschieben, wozu der Kurfürst von Mainz und die übrigen Fürsten des Rheinbundes das meiste thun könnten; doch darf keine Zeit vergeudet werden, dies in Scene zu setzen. Auf die Schweden muss in erster Linie Rücksicht genommen, die Bemühungen der Franzosen, sie zur Theilnahme an dem Einfalle in Belgien zu vermögen, müssen durchkreuzt werden. Die Generalstaaten, heisst es weiter, haben das heimliche Vorgehen der Franzosen sehr bitter empfunden und geben uns den Rath, uns sobald als möglich mit den Engländern zu verbinden und eifrig darauf zu sehen, dass England auch mit den Generalstaaten eine enge Allianz schliesse und zwar bevor noch der Friedensvertrag unterzeichnet ist, wozu Karl II. vollkommen bereit sei. Lächerlich ist jedoch, zu hoffen, dass Karl II., wie man von ihm fordert, mit den Portugiesen brechen werde. Steht man spanischerseits von dieser Forderung ab, dann ist auf die Einigung mit England zu rechnen. Der Kaiser kann auf England und Holland zählen; sollte er jedoch die Friedens- und Handelsbündnisse zurückweisen, dann ist für sicher anzunehmen, dass die Engländer andere Wege gehen und andere Maassregeln ergreifen werden, wozu sie von den Franzosen sehr angeeifert werden und was sie auch bereits gethan hätten, wenn es Lisola nicht bisher verhindert haben würde. Sollte der Kaiser die Diversion, die unerlässlich sei, unter seinem Namen zu thun für unmöglich halten, dann könnte Karl von Lothringen, der in Wien weile, sich dieser Aufgabe unterziehen. Im übrigen empfiehlt Lisola, in Spanien im Sinne des spanisch-portugiesischen Friedens wirken zu lassen, den Prinzen von Condé durch scheinbare Gutheissung seiner polnischen Kroncandidatur zu gewinnen, mit dem Brandenburger, den Braunschweigern und anderen deutschen Fürsten Verträge abzuschliessen und zu gleicher Zeit in Regensburg die Ansprüche und das Vorgehen Frankreichs auf das entschiedenste zurückzuweisen.[1]

[1] Secretae pro Sacra Caesarea Mte. Baronis a Lisola admonitiones. Mai 1667. St.-A. (Angl.)

Das Programm, das Lisola in diesen beiden Schriftstücken aufstellte, würde, zur Durchführung gebracht, wohl den Sieg der gemeinsamen Sache gegen Frankreich entschieden haben. Die Frage war nur, ob die Verhältnisse dem Herrscher Oesterreichs in diesem Sinne vorzugehen gestatteten. Es war gewiss einer der entscheidenden Momente seines Lebens, als Leopold I. in dieser Angelegenheit sich entschliessen musste. Die Nachricht von dem Einfalle Ludwig XIV. kam, obgleich nicht unerwartet, doch überraschend. Seit 2 Jahren wurde Leopold I. von allen Seiten auf die Kriegspläne Ludwig XIV. aufmerksam gemacht, die spanischen Niederlande als das nächste Object seines Ehrgeizes bezeichnet; seit dem Beginne des Jahres 1667 verging kaum eine Woche, ohne dass von irgend einem der Gesandten, sei es aus Paris oder aus dem Haag, aus Brüssel oder Berlin eine Mittheilung von dem bevorstehenden Abmarsche der Truppen Ludwig XIV. in Wien eingelangt wäre. Trotzdem glaubte man am Wiener Hofe nicht an einen so baldigen Beginn der offenen Feindseligkeiten; vornehmlich deshalb, weil Ludwig XIV. Gesandter, Jacques Bréthel Chevalier de Gremonville, ein Meister der Verstellung, nicht müde wurde, die Friedensneigung seines Herrn zu betonen und alle gegentheiligen Nachrichten als böswillige Erfindungen zu bezeichnen. Leopold I. war kein Freund Gremonville's. Das selbstbewusste Auftreten, die leichte Lebensauffassung desselben widersprachen der bescheidenen, ernsten, gewissenhaften Natur des Kaisers. Er misstraute auch dem Vertreter Ludwig XIV.; viel früher, als gemeiniglich angenommen wird, durchschaute er den ränkesüchtigen Mann, beargwohnte er dessen Verkehr mit seinen Räthen.[1] Wenn Leopold I. trotzdem den Worten Gremonville's insoweit Glauben schenkte, dass er die Möglichkeit ihrer Berechtigung zugab, so geschah dies sowohl deshalb, weil eine Reihe seiner Räthe, an deren guter Gesinnung er nicht zweifeln zu können glaubte, derselben Ansicht war, als auch, weil er im Hinblicke auf die Haltung der Spanier und auf die Zustände im Reiche und in Oesterreich an

[1] Für die Ansicht, die Gremonville von der Leichtgläubigkeit des Wiener Hofes hatte, ist es bezeichnend, dass er der Meinung war, der Wiener Hof werde das Märchen glauben, die Idee von den Rechtsansprüchen Ludwig XIV. auf Brabant und Hennegau sei nicht von diesem, sondern von Castel-Rodrigo ausgegangen, der auf diese Weise einen spanisch-französischen Krieg, der Oesterreichs Theilnahme zu Gunsten Spaniens zur Folge haben müsste, heraufbeschwören wollte. 13. Januar 1667. Gr. an Lionne. P.-A. Gremonville rechnete bei all diesen Erklärungen auf den Zwiespalt innerhalb der Wiener geheimen Conferenz.

den Ausbruch des Kampfes gegen Frankreich nicht glauben wollte. Nur diesem Umstande hatte es Gremonville zuzuschreiben, dass seine mit frecher Stirne vorgetragenen Behauptungen, obgleich dieselben durch die Thatsachen Lügen gestraft wurden, solange angehört worden waren, bis er im Stande war, die bereits vollzogene Thatsache des Einmarsches der französischen Truppen in die spanischen Niederlande dem Kaiser zu melden. Der Kaiser erbleichte, wie Gremonville mittheilt, als er die Nachricht von dem Geschehenen erhielt, fasste sich jedoch rasch und erwiderte mit allgemein gehaltenen Worten; er werde über diese Mittheilungen ernstliche Berathungen pflegen, er ziehe den Weg der Güte dem der Gewalt vor, doch verpflichte ihn Ehre und Gewissen, die Interessen seines Hauses zu wahren.[1] An Berathungen mit seinen Ministern

[1] Berichte Gremonville's d. d. 25. und 31. Mai 1667. P.-A. Interessante Ergänzungen zu dem von Mignet Mitgetheilten enthält das Schreiben Gremonville's vom 19. Mai 1667. Noch viel deutlicher, als in den beiden späteren Schreiben tritt in diesem das Bestreben Gremonville's hervor, seine Leistungen als bedeutende hinzustellen. Ich möchte gleich hier darauf aufmerksam machen, dass man gut thun wird, seinen Berichten weniger Glauben zu schenken, als dies bisher geschehen ist. Gremonville erhielt zweifellos ausgezeichnete Mittheilungen von gut unterrichteten Leuten und verstand es auch untergeordnetere Organe, zumal Canzleibeamte, durch Geld zu gewinnen, so dass er sehr häufig die Instructionen und Weisungen der an den verschiedenen Höfen wirkenden österreichischen Gesandten früher in die Hände bekam, als diese selbst. Allein zum grossen Theil waren die Männer, die mit ihm verkehrten, im Grunde ihres Herzens seine Gegner, zum Theil verleitete ihn das sichtbare Bestreben, seine Thätigkeit in's beste Licht zu stellen und sein Verdienst zu vergrössern, eine der Wahrheit keineswegs entsprechende Darstellung der Verhältnisse zu geben. Es ist z. B. ganz unrichtig, wenn Gremonville 30. Juni 1667 behauptet, die Mehrzahl der kaiserlichen Räthe habe erklärt, die Verzichtleistung Maria Theresia's habe auf die Erbschaft in Brabant und im Hennegau keinen Bezug gehabt, auch sei Ludwig XIV. berechtigt, die Erbansprüche seiner Gemahlin auf Spanien aufrecht zu erhalten, wenn der König stürbe; es ist ebenso unrichtig, wenn er behauptet, Leopold habe der Königin von Spanien in dieser Zeit den Rath gegeben, sich den Sommer über zu vertheidigen und dann sich mit Frankreich so gut es gehe auszugleichen. Wir haben gesehen und werden noch sehen, wie energisch vielmehr man am Wiener Hofe die Berechtigung der Erbansprüche Ludwig XIV. auf die spanischen Niederlande leugnete und wie ernstlich Leopold I. die Spanier zur Fortführung des Krieges gegen Ludwig XIV. aufgefordert hat. Ebenso unglaublich klingt, was Gremonville nach Mittheilungen Lambergs berichtet, Leopold habe, als ihm zum ersten Male die Idee der Theilung des spanischen Besitzes mitgetheilt wurde und einige seiner Räthe meinten, Gremonville könnte die Sache vielleicht nur vortragen, um sich über den Wiener Hof lustig zu machen, geantwortet „ich kann mir nicht einbilden, dass ein Fürst, wie der König von Frankreich „doué d'une si belle ambition" jemals im Stande sein

und an eigener Ueberlegung der gegebenen Verhältnisse hat es Leopold I. in den nächsten Wochen auch nicht fehlen lassen. Es gab zwei Wege, die zu betreten möglich war; man konnte im Sinne Lisola's mit dem Aufgebote aller Kräfte und ohne Rücksicht auf die mögliche Gefahr sich zur Vertheidigung der spanischen Niederlande entschliessen, die dem Kaiser zur Verfügung stehenden Truppen nach dem Elsass senden; mit einem Worte den Kampf gegen Ludwig XIV. sogleich mit ganzer Kraft aufnehmen, oder aber auf dem bisher eingeschlagenen Wege der Verhandlungen und des Zuwartens ausharren, den anderen Mächten den Vortritt lassen und erst nach dem Resultate der Verhandlungen und der ersten Kriegsereignisse sich zu entscheidenden Maassregeln entschliessen. Es gab am Hofe Leopold I. eine ziemlich grosse Partei, die für den ersteren Weg eingenommen war, an ihrer Spitze der siegreiche Führer der österreichischen Truppen in den Türkenkriegen, Raimond Montecuccoli.[1] Und Niemand, weder der Kaiser noch seine Räthe, haben zu leugnen gewagt, dass ein Sieg über Frankreich Oesterreichs wirkliche und ideelle Macht um ein wesentliches steigern, und dass es der Stellung Leopold I. als Kaiser entsprechen würde, die

könnte, jemanden zu täuschen." 15. März 1667. P.-A. Was wir von Leopold I. Meinung über Ludwig XIV. wissen, ist mit einer solchen Aeusserung unvereinbar; dagegen lässt Gremonville's Charakter und seine Kenntniss von Ludwig XIV. Eitelkeit sehr wohl die Ansicht als eine berechtigte erscheinen, dass Gremonville diese und ähnliche Behauptungen einfach erfunden hat.

[1] Nach Gremonville's Bericht vom 2. Juni war damals die Stimmung eine sehr kriegerische. „Der ganze Hof, schrieb er, spricht von der Nothwendigkeit, die Vertheidigung der Niederlande zu versuchen; man geht so weit, zu sagen, es wäre eine Schwäche und eine Feigheit, wenn man dies nicht thun würde; auch könnte es im Hinblicke auf die spanische Succession von den verhängnissvollsten Folgen sein. Auersperg und Gonzaga sagten mir damals, es werde zum Kriege kommen." P.-A. Der Venetianer Bernardo schildert in seinem Berichte vom 29. Mai 1667, St.-A. (Disp.) die Verhältnisse so: Le risolutioni si dicono costanti di assistere agl'interessi della casa, ma non si scuopere gran vigore; tardamente si opera e malamente sono sentite da questi ministri le moleste voci di guerra. Nel consiglio interviene Locoviz, Auspergh, Sforzemburg e Gonzaga alcune volte; Montecucoli non si chiama, audienza breve se li concede dubitand oai forse che insinui massime troppo risolute e pregiudiciali alla quiete. Per hora non si crede l'Imperatore faccia grandi risolutioni e possono consister queste in spedir qualche reggimento verso l'Alsatia per far diversione. Per passar poi a diritura in Fiandra con un soccorso, ricercarsi piu mesi di tempo per allestirlo; non si sa' quanto sia l'amicitia de Prencipi della Lega del Rheno, che oppositione possi esser fatta, il capo per condurlo non vedersi ancora etc. . . .

sichtbaren Uebergriffe des Franzosenkönigs energisch zurückzuweisen. In der That ist man in jenen Tagen diesem Gedanken der Abwehr der französischen Eroberungsgelüste nicht so fremd gegenüber gestanden, als gemeiniglich angenommen wird. Wir haben gesehen, wie Leopold schon zu Beginn des Jahres 1666 eine grosse Allianz der europäischen Fürsten gegen Frankreich geplant hat, wie im Laufe dieses Jahres seine Vertreter an den verschiedenen Fürstenhöfen in diesem Sinne thätig waren.[1] Freilich war es fast nirgends geglückt zu einem erwünschten Ziele zu gelangen. Welche Umstände eine Einigung Leopold I. mit den Spaniern verhinderten, haben wir bereits gehört. Wir wissen, dass des Kaisers Forderungen nur allzu berechtigte waren, dass Leopold I. mit vollem Rechte jeden Vorwurf zurückweisen konnte, als habe er die Spanier im Stiche gelassen.

Nicht Leopold konnte man die Schuld daran beimessen, dass in Folge der Parteiungen am Madrider Hofe und der kleinlichen Politik desselben der Friede mit den Portugiesen nicht zu Stande gekommen war, dass die Millionen, die vollauf genügt hätten, dem Kaiser die Aufstellung eines grossen Heeres zum Schutze der spanischen Niederlande zu ermöglichen, in nutzlosem Kampfe mit den Portugiesen aufgewendet wurden; nicht der Kaiser trug daran Schuld, dass die Verhandlungen mit den Engländern noch immer zu keinem Ergebnisse geführt hatten. Dass Leopold I. von Spanien, der eigentlich zunächst bedrohten Macht, in deren Interesse doch in erster Linie die Erhaltung der spanischen Niederlande lag, ein energisches, zielbewusstes Vorgehen forderte, wird Niemand, der unbefangen die Verhältnisse beurtheilt, ungerechtfertigt finden können. Dass dies nicht geschehen war, dass Leopold nicht mit Sicherheit auf die Unterstützung der Spanier rechnen zu können glaubte, hatte widerum den Abschluss des von England geforderten Offensivbündnisses unmöglich gemacht, zumal Leopold von der Treue Karl II. durchaus nicht überzeugt war. Denn was sollte der Kaiser thun, wenn er sich in offene Feindseligkeiten mit Ludwig XIV. einliess, während Karl II. sich mit demselben aussöhnte, die Spanier sich ruhig verhielten? Welche Kräfte standen ihm dann zu Gebote, sein eigenes Land vor feindlichen Ueberfällen zu schützen? Man hat von verschiedener Seite in erster Linie an die Schweden gedacht.

[1] In dem Schreiben vom 7. April 1668 an Pötting (Hisp.) hat sich Leopold sehr eingehend über seine Haltung in diesen Tagen ausgesprochen.

In der That war in der Haltung derselben seit dem Frieden von Oliva ein sichtbarer Wechsel eingetreten. Es entsprach ihrem besonderen Interesse — und nur von diesem liessen sie sich leiten — nicht mehr, sich, wie in den Zeiten des dreissigjährigen Krieges und während des Kampfes gegen die Polen und deren Verbündete, enge an Frankreich anzulehnen. Der Einfluss, den Ludwig XIV. in Deutschland besass, drohte den Bestrebungen der Schweden, die gleichfalls auf Erweiterung ihrer Macht im Reiche gerichtet waren, hinderlich zu werden; zumal seitdem der Plan einer französischen Kroncandidatur in Polen immer deutlicher hervortrat.[1] Schon zu Beginn des Jahres 1664 war in Regensburg, zur Zeit, da Kaiser Leopold I. daselbst weilte, um die Fürsten Deutschlands zu einer energischen Antheilnahme an dem Türkenkriege zu vermögen, ein Defensivbündniss zwischen Oesterreich und Schweden verabredet, ein Vertragsproject entworfen worden. Gegen Ende des Jahres 1665 hatte dann der schwedische Gesandte in Polen Palbitzki[2] dem dortigen kaiserlichen Vertreter, Mayernberg, von dem Wunsche der Schweden mit dem Kaiser in freundschaftliche Beziehungen zu treten Mittheilung gemacht[3] und war im Sommer 1666 am Wiener Hofe erschienen, nachdem die Franzosen neuerlich versucht hatten die Schweden zu gewinnen. Er bot ein Bündniss an; ein Bündniss, durch das der Friedensschluss von 1648 von Neuem bestätigt, beiden Theilen der Besitzstand und gegenseitige Hilfeleistung garantirt werden sollte. Palbitzki erklärte zwar von seinem Herrscher zu solchen Anerbietungen nicht bevollmächtigt zu sein; doch kann kein Zweifel bestehen, dass er im Einvernehmen mit seiner Regierung vorging, der es damals in erster Linie darauf ankam, Sicherheit darüber zu erlangen, wie sich der Kaiser zu einem Angriffe der Schweden auf Bremen stellen würde.

Erfolgt war der Einfall damals noch nicht; vielmehr hatte Palbitzki ausdrücklich betont, dass die Truppen, die Schweden nach Deutschland überführt habe, lediglich zum Schutze, nicht zum Angriffe bestimmt seien.[4] Trotzdem hielt es die Wiener Regierung,

[1] Vergl. Carlson l. c. IV, 480 ff.; Urk. und Act. II, 304 ff.

[2] Vergl. Carlson l. c. IV, 467.

[3] Schreiben Leopolds vom 2. Januar 1666 an Hocher. St.-A.

[4] Memoriale Palbitzki's vom 2. Juli 1666. St.-A. (Suec.) Ueber diesen schwedisch-bremischen Conflict, vergl. Duntze, Geschichte der freien Stadt Bremen, IV. 165 ff. Carlson, IV. 489 f; Köcher l. c., I. 483 ff.; und Urk. und Akt., XII. 59 ff.

der die Pläne der Schweden nicht unbekannt waren, für unzweckmässig, sich allzufest zu binden, erklärte sich aber im Principe zu einer Einigung mit den Schweden gerne bereit und gewillt, das alte Vertragsproject vom Jahre 1664 dem Schwedenkönige zu übersenden.[1] Es war dies ein Defensivbündniss zwischen Spanien und dem Kaiser einer-, Schweden andererseits; die Wahrung des Friedens und die Garantirung des gegenwärtigen Besitzes die wesentlichen Punkte desselben; 20000 Mann sollten zu diesem Behufe marschbereit gehalten werden und den Schweden sollte, falls sie mehr als 4000 Mann, zu deren Stellung sie verpflichtet seien, in's Feld stellen sollten, eine jährliche Unterstützung, je nach der Höhe der Truppenzahl — als Maximum wurden 24000 Mann bezeichnet — zugesprochen werden.[2] Allein bevor noch die Verhandlungen auf Grundlage dieses Projectes begonnen werden konnten, hatte der Angriff der Schweden auf Bremen Conflicte hervorgerufen, während deren Dauer die Frage eines österreich-schwedischen Bündnisses gar nicht erörtert werden konnte. Erst als diese Angelegenheit beigelegt war, begann Leopold I., von den Engländern und Friedrich Wilhelm von Brandenburg dazu angeeifert, von Neuem sich mit dem Gedanken einer Allianz mit den Schweden zu beschäftigen. Im April 1667 erhielt Herrmann von Basserode den Befehl nach Stockholm zu eilen,[3] um sich über die Gesinnung der Schweden zu informiren. Was er von dort aus nach Wien bis zu dem Momente berichtet hatte, da Ludwig XIV. in die spanischen Niederlande einfiel, liess kein sicheres Urtheil über die Absichten der schwedischen Regierung zu. Eine endgiltige Abmachung war nicht getroffen worden und wenn auch ein grosser Theil der Räthe von der Nothwendigkeit einer Allianz mit Oesterreich sprach, so meinten andere wieder, das Interesse Schwedens fordere die Unterstützung Frankreichs.[4]

Viel weniger aber noch als auf Schweden konnte Leopold im Mai 1667 auf eine der anderen Grossmächte Europa's rechnen. An eine Unterstützung seitens der Polen war nicht zu denken; vielmehr nöthigte die polnische Wahlfrage und die Bedeutung derselben für Oesterreich den Kaiser, sein Augenmerk ununterbrochen auf diese Dinge zu richten

[1] Bescheid für Palbitzki 1. Sept. 1666. St.-A. (Suec.)

[2] Ebendaselbst.

[3] Instruction für Herrmann von Basserode d. d. 6. April 1667. St.-A. (Suec.)

[4] Ueber die schwedisch-französischen Beziehungen dieser Zeit Mignet, l. c., II. 309 f.

und eine beträchtliche Truppenzahl für einen eventuellen Einmarsch in Polen bereit zu halten. Mit den Russen stand der Wiener Hof auf gespanntem Fusse. Die Versuche des Kaisers, zwischen ihnen und den Polen zu vermitteln, hatten Anlass zu bedenklichen Erörterungen gegeben und die beginnenden Interessenconflicte deutlicher gezeigt, als es damals nöthig gewesen wäre. Von den Türken aber war mit grosser Wahrscheinlichkeit im Augenblicke eines österreich-französischen Krieges auf einen feindlichen Einfall in Ungarn zu rechnen.

Unter diesen Umständen hätte Leopold nur dann leichten Herzens den Krieg mit Ludwig XIV. aufnehmen können, wenn er auf eine ausgiebige Unterstützung der Reichsstände hätte zählen dürfen. Aber auch davon war nicht die Rede. Offene Gegner oder unzuverlässige Freunde, das war es, was Leopold erblickte, wenn er sich in Deutschland umsah. Nach den Bestimmungen des westphälischen Friedens war es den Fürsten des Reiches freigestellt worden, mit fremden Mächten Verträge zu schliessen und sie hatten von dieser Erlaubniss reichlichen Gebrauch gemacht. Derselbe Friedensschluss verfügte aber auch, dass diese Bündnisse nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet sein sollten und die Stände hatten diese Bestimmung entweder gar nicht, oder durchaus ungenügend berücksichtigt. Von ausserdeutschen Mächten, wie Frankreich und Schweden, beeinflusst, hatten sie Leopold zur Gutheissung der überaus drückenden Bestimmungen der Wahlcapitulation genöthigt, seine ohnehin nicht allzugrosse Autorität um ein wesentliches vermindert. Dann hatte ein grosser Theil der Reichsstände, nicht zufrieden mit dem errungenen Erfolge und geblendet durch die Versprechungen der Franzosen, den Rheinbund gegründet, der scheinbar zur Wahrung des Friedens, in der That aber zur Förderung der Interessen Frankreichs in Deutschland bestimmt, seine Spitze gegen das Reichsoberhaupt, als gegen den einzigen Fürsten richtete, der den ehrgeizigen Plänen der Bourbonen Widerstand zu leisten vermochte. Und diesem Bunde waren im Laufe der Jahre auch Fürsten beigetreten, die anfänglich gegen denselben gewirkt hatten, vor allen der Brandenburger, dessen Haltung in allen Fragen der europäischen Politik, zumal in Kriegsfragen, im Hinblicke auf die Stärke seiner Truppenmacht von weittragender Bedeutung war. Konnte Leopold I. es wagen, gegen den Willen dieser Fürsten, von denen ein Theil in näheren Beziehungen zur französischen Krone stand, den Kampf mit Ludwig XIV. aufzunehmen? Die Wiener Regierung wenigstens

glaubte dies nicht thun zu dürfen; sie war vielmehr der festen Ueberzeugung, dass nur dann, wenn es gelänge, den Rheinbund zu sprengen, oder die Erneuerung desselben zu verhindern, wenn es gelänge, ein bindendes Versprechen der Reichsstände zu erwirken an dem Kampfe gegen Ludwig XIV. mit all ihnen zur Verfügung stehenden Kräften theilzunehmen, die Aussicht auf einen erfolgreichen Feldzug sich eröffnen würde. Der Kaiser hat es auch an Bemühungen nicht fehlen lassen, eine dahin gerichtete Einigung mit den Ständen zu erzielen. Nicht nur an den Höfen sämmtlicher Kurfürsten, sondern auch an denen kleinerer Herrscher hat Leopold Verhandlungen führen lassen, die auf eine feste Einigung gegen Frankreich hinausliefen. Aber mit welchem Erfolge! Kaum auf einen der vielen deutschen Fürsten konnte der Kaiser im Mai 1667 mit Sicherheit rechnen. Der Kurfürst von Mainz, der Erzkanzler des Reiches, Johann Philipp von Schönborn, war nicht nur Mitglied des Rheinbundes, sondern auch Verbündeter Ludwig XIV.[1] Furcht vor dem überlegenen Nachbar, Misstrauen in die Kraft des Kaisers, Eifersucht auf die Mitkurfürsten und das Geld der Franzosen hatten ihn in die Arme Ludwig XIV. geführt, vor dessen Freundschaft ihm doch einigermaassen graute.[2] Von der Friedensliebe dieses Fürsten, die mit Eigenliebe auf das innigste verknüpft war, konnte Leopold daher im besten Falle eine wohlwollende Vermittelung, keineswegs aber eine energische Unterstützung erwarten. Noch weniger aber als auf den Mainzer konnte der Kaiser auf den Kölner rechnen. Maximilian Heinrich war wie Johann Philipp von Schönborn Verbündeter Ludwig XIV.,[3] sein leitender Staatsmann Franz Egon v. Fürstenberg, ein unbedingter Verehrer des grossen Franzosenkönigs, der so weitaussehende Pläne und eine so freigebige Hand hatte. Der ehrgeizige Bischof von Münster, Christof Bernhard von Galen, der Soldat in der Soutane, der eben

[1] Vertrag vom 28. Febr. 1667. Mignet l. c. II. 35.

[2] Ueber die Stellung des Mainzers in dieser Zeit kann wohl kein Zweifel bestehen. Wenn Ranke (Franz. Gesch. III, 281) über ihn urtheilt: „Er war fast mehr der Kanzler des Königs von Frankreich als des Kaisers", so ist dies vielleicht etwas zu stark, oder passt nur für gewisse Perioden seines Lebens; aber ganz unrichtig ist es, wenn Guhrauer in seinen Bemühungen, Johann Philipp als einen glänzenden Vertreter deutscher Ideen hinzustellen (Kurmainz in der Epoche von 1672 I, 42), behauptet, Johann Philipp habe bereits 1667 sehr energisch im Sinne einer Reichspolitik gewirkt.

[3] Vertrag vom 22. Oct. 1666. Mignet l. c. II, 28 ff.

noch als Verbündeter Englands, Gegner Ludwig XIV. gewesen war, hatte sich gleichfalls, auf eine Förderung seiner besonderen Interessen rechnend, mit dem Franzosenkönige geeinigt.[1] Und nicht weniger bemühte sich Philipp Wilhelm, der Herzog von Neuburg, der ehrgeizige Werber um die polnische Krone, die Gunst Ludwig XIV., um welchen Preis auch immer, zu erkaufen.[2] Am bairischen Hofe besassen die Vertreter Frankreichs das Ohr des Kurfürsten; allen voran die intriguante, geistesstarke Kurfürstin Adelaide, eine entschiedene Gegnerin Leopold I., dem sie es nicht verzeihen konnte, dass er die Krone trug, mit der sie ihren Gatten geschmückt zu sehen einstens geträumt hatte.[3] Ja auch der Kurfürst von Sachsen, Johann Georg II., obgleich im Grunde seines Herzens gut kaiserlich gesinnt, sah sich genöthigt, mit dem französischen Hofe möglichst gute Beziehungen zu erhalten, da er nur von dieser Seite her die Gelder zu erlangen hoffen konnte, die er zur Erhaltung seiner Truppen dringend bedurfte. Alle Bemühungen Plettenbergs, der als Vertreter Leopold I. seit dem Herbste 1665 in Dresden weilte, den Kurfürsten Johann Georg II. von der Eigennützigkeit der Franzosen zu überzeugen, blieben erfolglos. Und ebensowenig gelang es Burkersrode, der zu Beginn des Jahres 1667 in Wien weilte, eine Einigung zu Stande zu bringen.[4] Johann Georg II. gab zu, dass Frankreichs Vorgehen in mehr als einer Hinsicht den Interessen des Reiches widerspreche, behauptete aber zu gleicher Zeit, die Allianz, die er mit Schweden und Frankreich geschlossen, könne dem Kaiser ebenso wenig Anlass zur Klage geben, als die Anwesenheit der Vertreter jener beiden Staaten an dem sächsischen Hofe.[5] Es blieben also von allen einflussreichen Fürsten des deutschen Reiches dem Kaiser bloss das Haus Braunschweig und der Brandenburger. Die Politik der Braunschweiger war nun ebenso eigennützig, als die der anderen Fürsten; ein Theil dieser Herrscher verzehrte das den Völkern erpresste Geld im Auslande, dem Luxus fröhnend, kümmerte sich um die Geschäfte nur soweit es unumgänglich nothwendig war

[1] Vertrag vom 4. Mai 1667. Mignet l. c. II, 36 ff.

[2] Vertrag vom 21. Juli. Mignet l. c. II, 22 ff.

[3] Ueber diese Fürstin und ihren Einfluss auf Ferdinand Maria vergl. die neueren Schriften von Claretta: Adelaide di Savoia e i suoi tempi (Turin 1877). Heide: Adelaide von Savoyen. (Cotta'sche Zeitschrift für Gesch. und Lit. II. Bd.)

[4] Vergl. Auerbach l. c. 244 ff.

[5] Erklärung Burkersrode's 15. März 1667; vergl. Auerbach l. c. 245 ff.

und erklärte sich bereit, sich dem Höherbietenden zu verkaufen; die übrigen streckten dem, der bitten kam, die Hand entgegen, als Zeichen, dass sie wohl nehmen aber nicht geben könnten.

Goess, der zu Ende des Jahres 1666 an dem Hofe des Herzogs von Hannover geweilt hatte und Sinzendorf, der im Februar 1667 daselbst verkehrte, berichteten von der Möglichkeit die Braunschweiger zu gewinnen, betonten aber zugleich, dass grosse Geldmittel dazu nothwendig wären.

Ueber nichts aber konnte Leopold weniger verfügen als über baares Geld, das er nicht einmal für die dringendsten eigenen Bedürfnisse besass. Trotz alledem wäre es dem Kaiser vielleicht doch möglich gewesen den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen, wenn es ihm gelungen wäre, mit jenem Fürsten zu einem Abschlusse zu gelangen, der bereits in jener Zeit, durch die Bedeutung seines Heeres und durch seine Fähigkeiten als Staatsmann, sowie durch seine Beziehungen zu den verschiedenen Fürsten Europa's, eine entscheidende Rolle in der europäischen Staatenwelt spielte. Die Möglichkeit dazu war vorhanden. Friedrich Wilhelm von Brandenburg hatte den Kaiser zwar durch seinen Beitritt zum Rheinbunde, durch den innigeren Anschluss an Frankreich empfindlich getroffen, er hatte auch in den herrschenden Wirren andere Ziele zu verfolgen als Leopold I., allein das Unrecht, das er des Kaisers Ansicht nach durch den freundschaftlichen Verkehr mit den Franzosen begangen hatte, war wieder gut zu machen und es gab eine ganze Reihe von Fragen, bezüglich welcher sein und das Interesse des Wiener Hofes ein gemeinsames Vorgehen gestatteten; in erster Linie die polnische Successionsfrage.

In Berlin und in Wien empfand man gleich drückend die immer erneuerten Umtriebe der Franzosen, die, von der Königin Maria Louise unterstützt, die Aechtung des Fürsten Lubomirski, des Hauptes der Opposition, durchgesetzt hatten und nun darauf aus waren, den schwankenden, arbeitsmüden König zur Abdankung zu bewegen. Man wusste am Hofe Leopold I. wie an dem Friedrich Wilhelms, dass der Sieg der französischen Partei, dass die Wahl Condé's oder Enghiens nicht nur für Polen, sondern auch für das Reich, insbesondere aber für Oesterreich und Brandenburg von den verderblichsten Folgen begleitet sein musste. Und man zweifelte keinen Augenblick daran, dass nur durch ein energisches, gemeinsames Vorgehen der Vertreter Leopold I. und Friedrich Wilhelms am polnischen

Hofe der französischen Partei mit Erfolg werde begegnet werden können. Der Einigung bezüglich der polnischen Wahlfrage hätte aber auch die bezüglich der Frankreich gegenüber zu beobachtenden Politik folgen können. Denn obgleich mit Frankreich verbündet und Mitglied des Rheinbundes, war Friedrich Wilhelm durchaus nicht gewillt, sich Ludwig XIV. in die Arme zu werfen. Mit wachsender Besorgniss sah er das Umsichgreifen des Königs von Frankreich, der seine Stellung innerhalb des Rheinbundes missbrauchte, sich in den Erfurter Wirren die Rolle eines Schiedsrichters zwischen deutschen Fürsten beigemessen, England gegen Holland, Schweden gegen Dänemark gereizt hatte und nun darauf aus war, jede Unterstützung der spanischen Niederlande zu verhindern, um dann nach Eroberung derselben gegen einen oder den anderen seiner jetzigen Verbündeten loszuziehen. Dieser Erkenntniss von der eigennützigen Politik Ludwig XIV., an der Friedrich Wilhelm trotz der lockenden Anerbietungen der Franzosen festhielt, entsprang der Wunsch des Kurfürsten sich, wenn die Verhältnisse es irgendwie gestatten würden und Leopold sich bereit erklären sollte, die Sonderinteressen Brandenburgs genügend zu berücksichtigen, mit dem Reichsoberhaupte zu gemeinsamem Kampfe gegen die Franzosen und gegen deren Verbündete zu einigen. Und da Leopold gleichfalls von dem wesentlichen Vortheile eines Bündnisses mit Friedrich Wilhelm überzeugt war, kam es nicht nur zu einer Vereinbarung bezüglich der polnischen Wahlangelegenheit, sondern auch zu einem Vertrage, durch den sich die beiden Mächte zu gegenseitiger Unterstützung gegen jeden Angriff verpflichteten, er erfolge von wem und unter welchem Vorwande auch immer.[1] Im übrigen bedeutete dieses Bündniss freilich nur den Ausgangspunkt für eine Verständigung, nicht die Verständigung selbst. Denn da Friedrich Wilhelm sich nicht mit Leopold allein in ein Bündniss einliess, da er vielmehr zu gleicher Zeit mit Schweden und Dänemark Verträge schloss, Bundesgenosse Ludwig XIV. und Mitglied des Rheinbundes blieb, hatte die Erneuerung und Modification des Vertrages von 1658 für den Wiener Hof nur einen problematischen Werth. Und so sehr auch der Brandenburger gegen Ende des Jahres 1666 und zu Beginn des Jahres 1667 in der Erkenntniss dessen, was ihm wie allen anderen Fürsten von Frankreich drohte, den Wiener Hof zu energischer Abwehr aneiferte, so

[1] Vertrag vom 10. Mai 1666; abgedruckt in Acten und Urk. XII, 569 ff.

lebhaft er auch das Vorgehen Sachsens verurteilte,[1] so sehr er bemüht war, mit verschiedenen deutschen und ausserdeutschen Fürsten Vereinbarungen einzugehen, die auch gegen Frankreich gerichtet waren, so wenig wollte er vorangehen, den ersten entscheidenden Schritt thun. Die Interessen, die er als deutscher Reichsfürst zu vertreten hatte, deckten sich eben nicht mit jenen, die ihn als brandenburgischen Landesherrn bestimmen mussten und er hatte es stets als einen der leitenden Grundsätze seiner Politik bezeichnet, bei Conflicten dieser verschiedenartigen Stellungen, die er inne hatte, den landesherrlichen Verpflichtungen den Vorrang zu gewähren. Seine Stellung als Führer der deutschen protestantischen Reichsfürsten hätte ihn verpflichtet, ungesäumt und rückhaltslos den Kampf gegen den Katholiken und Reichsfeind zu beginnen; seine Stellung als brandenburgischer Landesherr, der kostbare Besitzungen am Rheine zu schützen hatte, nöthigte ihn zur Vorsicht und zur Vermeidung eines Schrittes, der ihn der Gefahr des Kampfes gegen den übermächtigen Gegner aussetzte, bevor er einer entsprechenden Unterstützung sicher war. Und hatte er nicht im nordischen Kriege die Ueberzeugung gewonnen, dass die Fähigkeit des Politikers darin bestehe, für den Beitritt zu einer der sich befehdenden Parteien den richtigen Zeitpunkt abzuwarten? Hatte er nicht gerade in den letzten Jahren den besten Beweis dafür erhalten, dass ein freundschaftliches Verhältniss zu Leopold I. und ebenso zu Ludwig XIV. seinen besonderen Interessen am förderlichsten sei? Dem Systeme der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu allen Staaten und dem Abschlusse von Bündnissen nach allen Seiten hin, hatte er die grossen Erfolge des Jahres 1666, die Erbhuldigung Magdeburgs und die Ordnung der Jülich-Cleve'schen Angelegenheit zu danken gehabt. Lag es da nicht nahe, auf den Wegen, die ihn soweit geführt, fortzuschreiten, anderen Mächten den Vortritt zu lassen? Auch er wollte abwarten, dem Kaiser die Führung überlassen und seine Theilnahme an dem begonnenen Kampfe von einer genügenden Berücksichtigung seiner besonderen Interessen abhängig machen. So war auch des Brandenburgers Unterstützung dem Kaiser nicht sicher und an Bedingungen geknüpft, die Leopold nur schwer hätte erfüllen können; so hatte Leopold auch vom Reiche nicht auf entsprechende Hilfe zu hoffen, wenn er sich entschloss, den Fehdehand-

[1] Ueber die Haltung Sachsens in dieser Zeit Auerbach l. c. 238 ff.

schuh aufzunehmen und den Kampf gegen Ludwig XIV. zu beginnen. Blieben also nur noch seine Erbländer. Gelang es, von diesen die zur Führung des Krieges nothwendigen Gelder zu erlangen, dann durfte der Kaiser das Wagniss unternehmen, lediglich auf seine Kraft vertrauend, den Kampf gegen den westlichen Gegner zu beginnen, um durch sein Beispiel die übrigen Fürsten anzuspornen und zu energischem Vorgehen zu vermögen. Allein dem war nicht so. Leopold konnte die Kräfte seines Reiches nicht in Anspruch nehmen, ohne seinen Unterthanen Rechenschaft über den Zweck der geforderten Summen zu geben. Durch jährliche Bewilligungen musste Leopold I. sich die zur Erhaltung des Hofes, zur Bezahlung der Beamten, zur Werbung und Ernährung der Truppen unerlässlichen Summen zu verschaffen suchen. Und wie schwer wurde es ihm nur das allerdringendste zu erhalten. Wer sich die Mühe giebt, den Landtagsverhandlungen irgend einer Provinz in irgend einem Jahre zu folgen, wird mit Staunen wahrnehmen, wie heftig hier nicht um hunderttausende, sondern um hunderte von Gulden gestritten wurde, wie genau die Stände darauf sahen, den Grund jeder neuen Auflage zu kennen und wie geschlossen die sonst durch verschiedenartige Interessen bestimmten Mitglieder der Ständeversammlungen vorgingen, wenn es galt, unnöthige oder nicht dringende Forderungen der Regierung zurückzuweisen.[1] Und dazu kam in diesem Falle noch etwas. Wenn der Krieg, zu dessen Führung die einzelnen Provinzen die Mittel hergeben sollten, ein Vertheidigungskrieg gewesen wäre, wenn Leopold seine Unterthanen zum Kampfe für die katholische Religion, zum Schutze der bedrohten Erbländer hätte auffordern können, dann durfte er immerhin auf die Opferwilligkeit der Stände einzelner Länder rechnen. Was kümmerte aber die Er-

[1] Ich habe in meiner Schrift „Die niederösterreichischen Stände und die Krone in der Zeit Leopold I.", Mittheilungen des Institutes für österreichische Geschichtsforschung, XIV, 589 ff., diese Verhältnisse wenigstens für eine Provinz zu schildern versucht. Nicht oft genug kann die Einwirkung der finanziellen Lage auf die auswärtige Politik der Habsburger betont werden. Was Gremonville übrigens von dem Befehle Leopold I. an seine Beamten mittheilt, ihm die Wege zu weisen, auf denen Ersparungen im Haushalte erzielt werden könnten (Bericht Gremonville's d. d. 30. Juni 1667. P.-A.) ist richtig; nur waren derartige Bestrebungen schon früher, besonders in den ersten Jahren nach der Thronbesteigung Leopold I. hervorgetreten; doch waren die Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Nähere Mittheilungen über diese Dinge hoffe ich nach den zahlreichen Documenten des Archives des Reichsfinanzministeriums in anderem Zusammenhange zu geben.

haltung der spanischen Niederlande den Steiermärker oder den Böhmen. Für die weitreichenden Interessen des Staates hatte der gewöhnliche Mann damals noch weit weniger Verständniss als heute, er wusste nichts von der grossen Politik und sie interessirte ihn auch nicht. Er sah nur das nächstliegende; er begriff, dass er sich opfern müsse, den Türken vom Einfalle in Ungarn abzuhalten, weil ihm sonst der Untergang drohte, dass er den Schweden nicht in's Land lassen durfte, der ihn vor Jahren so jämmerlich geschädigt und zu Grunde gerichtet hatte. Aber wie wollte man ihm begreiflich machen, dass er sein letztes hergeben müsse, um den Spaniern ihre Niederlande zu erhalten; wie wollte man ihm klar machen, dass er in Brüssel Wien vertheidige. Leopold würde zweifellos die Entrüstung seiner Unterthanen hervorgerufen haben, wenn er den Kampf gegen Ludwig XIV. aufgenommen hätte, ohne den Nachweis führen zu können, dass es ein specielles österreichisches Interesse sei, das ihn dazu veranlasse. Dazu kam, dass man am Hofe Leopold I. ganz genau die Gesinnung der Ungarn, ihre Abneigung gegen die Deutschen kannte. Wie weit verzweigt die Verschwörung war, die sich gegen Leopold I. und gegen die österreichische Herrschaft richtete, wusste man damals noch nicht; dass sie aber bestand und dass die Franzosen ihre Hand auch hier im Spiele hatten, daran konnte ebensowenig gezweifelt werden,[1] wie dass Ludwig XIV. die Türken zum Einfalle in das aufrührerische Ungarn auffordern werde, sobald Kaiser Leopold den Kampf gegen ihn eröffnete.

Wer daher ruhig die Umstände erwägt, unter denen Leopold im Mai 1667 eine Entscheidung zu treffen hatte, wird demselben nicht leicht einen Vorwurf daraus zu machen wagen, dass er nicht gleich mit dem ganzen Aufgebote seiner Kräfte gegen Ludwig XIV. vorging, sondern im Hinblicke auf die besonderen österreichischen Interessen, die er zu vertreten hatte, sich bewogen fühlte, den offenen Bruch mit dem überlegenen Gegner zu vermeiden. Was man aber von ihm fordern konnte, war, dass er mit Rücksicht auf die drohende Gefahr die mit den verschiedenen Fürsten begonnenen Verhand-

[1] Ludwig XIV. hat selbst erklärt, er habe die Verhandlungen mit den Ungarn geführt, um sie in Conflicte mit Leopold I. zu bringen, so dass dieser sich in die Angelegenheiten des Franzosenkönigs nicht mischen könne. Oeuvres II. 35 f.; zum Jahre 1666. Die Berichte Gremonville's enthalten reichliches Material zur Geschichte der ungarisch-französischen Beziehungen jener Zeit; vieles davon ist von ungarischen Forschern bereits benützt worden.

lungen fortsetzen und durch ein klares, zielbewusstes Vorgehen auch die schwankenden mit sich reissen möge. Leopold war auch entschlossen, dies zu thun. Das beweisen die Verhandlungen, die er in jenen Monaten mit unermüdlichem Eifer nach allen Seiten hin führen liess, das beweisen die Anstrengungen, die er machte, seine Unterthanen zur Bewilligung möglichst grosser Geldsummen zu vermögen, das beweist auch die Haltung, die Leopold bezüglich der von Ludwig XIV. und seinen Anhängern geplanten gütlichen Vereinbarung zwischen Frankreich und Oesterreich betreffs der eventuellen spanischen Erbschaft einnahm.

Es geschah zu Beginn des Jahres 1664 in jenen Monaten, da Kaiser Leopold I. sich in Regensburg aufhielt, um die deutschen Fürsten zum Kampfe gegen die Ungläubigen anzueifern, da auch Ludwig XIV. als christlicher Herrscher seine Unterstützung anbot, dass — vermuthlich zum ersten Male — die Frage einer gütlichen Ordnung der spanischen Successionsangelegenheit ernstlich erwogen wurde.

Ein ausführliches Memoire, das gewiss nicht ohne die Einflussnahme des Kurfürsten von Mainz im Jahre 1665 abgefasst wurde, gestattet uns, diese ersten Pläne einer gütlichen Beilegung der Conflicte, die im Falle des Aussterbens der spanischen Linie des Hauses Habsburg zu gewärtigen waren, genauer zu verfolgen. Der Gedanke, so wird erzählt, diese grosse Frage zu lösen, kam dem Kurfürsten von Mainz im Jahre 1663, als die schwache Gesundheit des spanischen Königs und des spanischen Prinzen seine Aufmerksamkeit auf diese Dinge lenkte und ihn veranlasste, an die Rechtsansprüche zu denken, die sowohl der König von Frankreich, als der Kaiser im Falle der Erledigung der spanischen Krone machen würden.[1] Der Wunsch, einem Kriege zwischen den beiden Mächten vorzubeugen, der als unvermeidlich angesehen wurde, war der leitende Gesichtspunkt bei den Erwägungen Johann Philipps. Nach längeren Erörterungen mit seinem vertrauten Rathe, Johann von Saal, und mit seinem Bruder Melchior Friedrich von Schönborn fand er, dass

[1] Es kann wohl kein Zweifel bestehen, dass der Abschluss des Heirathscontractes zwischen Leopold und Margaretha Theresia von Spanien und die Gerüchte von einer Besitzergreifung der spanischen Niederlande oder der ganzen spanischen Monarchie durch den Zweitgeborenen aus dieser Ehe (Gaedeke, Oesterreichs Politik im spanischen Erbfolgekriege I. 9; Klopp, I. 96) den Anlass zur energischeren Inangriffnahme dieser Verhandlungen gegeben haben. Vergl. Legrelle 101 f. Pribram, Heirath Leopold I. l. c. 346 f.

die Theilung des spanischen Besitzes das einzige Mittel sei, diese Frage auf gütlichem Wege zu ordnen. Allen Gefahren und üblen Ausdeutungen, die er vorhersah, trotzend, beschloss er an's Werk zu schreiten. Die Anwesenheit des Kaisers in Regensburg zu Beginn des Jahres 1664 gab ihm die erwünschte Gelegenheit dazu. Er theilte seinen Plan dem Fürsten Portia mit, dessen Gesinnungen er kannte und der gerade damals seine Zulassung zu den Berathungen des Fürstenstandes erstrebte. Portia gab seine Zustimmung und das um so eher, als er nichts wagte, da der Erzbischof es auf sich nahm, das Eis allerseits zu brechen, dem Kaiser und dem Könige von Frankreich selbst die Mittheilung zu machen. Der Kaiser hörte, als der Mainzer ihm Kunde von seinem Plane gab, sehr gerne davon; er bat nur darauf zu achten, dass die Spanier nichts erfahren; auch — meinte er — sei es augenblicklich nicht an der Zeit, eine so delicate Angelegenheit zu behandeln, erst müsse seine Heirat mit der Infantin Margaretha stattgefunden haben. Im übrigen lobte er den Gedanken, der dem Mainzer nur von Gott habe eingegeben werden können. Der Kurfürst unterliess nicht, Leopold I. darauf aufmerksam zu machen, dass ein Streit zwischen Oesterreich und Frankreich anderen Fürsten Gelegenheit geben würde, sich zu bereichern; dass ferner, wenn die beiden Schwiegersöhne in einen Kampf mit einander gerathen sollten, es sich ereignen könnte, dass die Spanier, die ihre Nation ehren und die übrigen verachten, sich für einen Spanier entscheiden, dass auch von dem römischen Hofe eine Einmischung zu befürchten sei; dass die Provinzen der spanischen Niederlande sich vielleicht, dem Beispiele der vereinigten Niederlande folgend, frei machen würden, dass Indien den Engländern und den Generalstaaten zum Opfer fallen dürfte; dass dagegen im Falle einer Einigung durch eine Theilung, der Papst sich würde fügen müssen, die Deutschen sehr unterthänig, die Schweden zurückhaltend sein, die Bewohner der spanischen Niederlande und die Westindiens ihren Herren den Gehorsam leisten würden. Portia war ausserordentlich für den Plan eingenommen und da auch der König von Frankreich die besten Erklärungen gab, so richtete der Kurfürst von Mainz sein Augenmerk darauf, auch mit Spanien in Unterhandlungen zu treten. Don Christoval de Roxas, ein Spanier, Geistlicher des heiligen Franciscus, Bischof von Stephania in Ungarn, sollte sein Mittler sein. Derselbe befand sich damals am kurfürstlichen Hofe, um im Namen des spanischen Königs bei Johann Philipp

für die Bildung einer indischen Handelscompagnie im Reiche unter dem Schutze des Königs von Spanien zu wirken. Es gelang dem Kurfürsten den eitlen Mann für die Sache zu gewinnen. Mit entsprechenden Vollmachten versehen, trat er seine Reise nach Spanien an. Unterdess aber hatte Boyneburg[1], der, obgleich noch der erste Minister des Kurfürsten von Mainz, nicht mehr von ihm geschätzt wurde, der aber von den Verhandlungen seines Herrn wusste, aus Ehrgeiz dem Fürsten Auersperg Mittheilung von diesen Plänen gemacht, auch einige Theilungspläne seinerseits vorgelegt und Auersperg, eifersüchtig auf Portia, dem das Verdienst der grossen That zufallen sollte, gab dem Cardinal Caraffa, dem römischen Nuntius und anderen Personen Kenntnis von dem, was geplant wurde, durch deren Vermittelung es zu den Ohren des Königs von Spanien kam. Inzwischen war Roxas, von Johann Philipp mit klar lautender Instruction und Credenzbriefen an Philipp IV. versehen, nach Spanien gereist.[2] Der Kurfürst dagegen kehrte von Regensburg nach Mainz zurück, liess Boyneburg verhaften uud unter dessen in Beschlag genommenen Papieren fand man verschiedene Theilungsprojecte von seiner Hand geschrieben. Der Kurfürst theilte dies dem Kaiser mit. Von Roxas aber kam lange gar kein Bericht; erst zu Beginn des Jahres 1665 schrieb er aus Wien, er habe gute Nachrichten, die er dem Kurfürsten mittheilen wolle. Als er dann Ende April 1665 in Mainz erschien, erklärte er, er besitze weder von dem spanischen Könige noch vom Kaiser Vollmacht weiter zu verhandeln und berichtete über seinen Aufenthalt in Spanien: Es habe ihn Niemand sehen oder sich ihm nähern wollen, wie wenn er ein Pestkranker gewesen wäre und das habe seinen Grund darin gehabt, dass man dem Könige von Spanien gesagt, Ludwig XIV. sei mit Leopold I. bereits übereingekommen das spanische Reich zu theilen, der Vertrag sei bereits geschlossen, der Mainzer hätte die Sache geleitet. Dann zeigte man ihm die von Boyneburg verfassten Theilungsprojecte. Der König von Spanien habe dadurch einen tiefen Groll gegen den Kaiser und gegen den Kurfürsten gefasst, Roxas unter keinerlei Umständen empfangen wollen. Er — Roxas — habe sich dann vergeblich bemüht, dem Könige von Spanien nachzuweisen, dass dem nicht so sei. Seine Erklärungen sowie das

[1] Johann Christian von Boyneburg; einer der begabtesten, einflussreichsten deutschen Staatsmänner jener Zeit, vergl. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. I. 461 f.

[2] Das ist auch wahrscheinlicher, als dass der Kaiser, wie Legrelle 108 glaubt, Roxas nach Spanien geschickt hat.

Versprechen, den Credenzbrief vorzuweisen, blieben ohne Erfolg. Der Kurfürst von Mainz aber war dessen ungeachtet der Ueberzeugung, dass der Kaiser für einen Theilungsplan gewonnen werden könne und hatte zu diesem Zwecke bereits im Frühjahre 1665 seinen Rath Jodoci nach Wien geschickt, um Leopold I., der damals mit dem Könige von Frankreich wegen Absendung von 6000 Mann nach den Niederlanden in Conflicte gerathen war, für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die geplante Theilung zu gewinnen, von demselben aber die Antwort erhalten: er könne nicht an die Succession in Spanien denken, da der König von Spanien einen legitimen Sohn habe und noch andere bekommen könnte, die nach dem Laufe der Natur ihn — den Kaiser — überleben dürften.[1]

Soweit das Memoire.[2] Es mag sein, dass einzelnes, worüber es berichtet, sich in Wirklichkeit nicht ganz so zugetragen hat; in allen wesentlichen Stücken entspricht dasselbe gewiss der Wahrheit. Die Mittheilung von dem Verlaufe der österreich-französischen Verhandlungen an Philipp IV. war, wie aus Pöttings Berichten hervorgeht, zuerst durch Penneranda erfolgt. Bald darauf berichtete La Fuente ein gleiches aus Paris. Doch gelang es Pötting den Nachweis zu führen, dass Leopold seinerseits den Verhandlungen ferne gestanden und dieselben nicht gebilligt habe. Die bestimmte Form, in der die Wiener Regierung im Jahre 1665 das Anerbieten Johann Philipps zurückwies, die Wiederaufnahme der Verhandlungen bei Spanien zu erwirken, hatte wohl auch den Zweck, die Wahrheit der von Pötting in Madrid gegebenen Erklärungen zu erhärten.

Die Erfolglosigkeit dieser ersten Versuche hielten den französischen Hof nicht ab, unmittelbar nach dem Tode Philipp IV. die Frage von neuem aufzuwerfen. Im October 1665 erhielt Wilhelm Fürstenberg, der Vertraute des Kurfürsten von Köln, ein Schreiben Lionne's, durch das er aufgefordert wurde, mit dem Mainzer über die Wiederaufnahme der Verhandlungen in dieser Frage zu berathen. Der Tod Philipp IV. und die schwache Gesundheit König Karl II. würden, wie er meinte, den Ausgleich nur erleichtern können. Wenn der französische Staatsmann zu gleicher Zeit behauptete, Leopold I. habe früher eine starke Neigung gezeigt, auf derartige Vorschläge einzugehen, so entsprach das den Thatsachen zwar nicht, trug aber

[1] Legrelle l. c. 109.

[2] Estat de la negociation d'un partage eventuel entre la France et l'Autriche jusques à la fin du mois de may 1665. P.-A.

wesentlich dazu bei, den ehrgeizigen Mann zu raschem Vorgehen zu bewegen.[1] Johann Philipp von Schönborn griff den Gedanken mit Freuden auf,[2] Fürstenberg sollte in Paris, Greiffenclau, der Vertreter des Mainzer Kurfürsten in Wien, beim Kaiser die Sache führen. Ludwig XIV. war leicht gewonnen.[3] Bereits im März 1666 konnte Fürstenberg aus Paris zurückkehrend von der principiellen Geneigtheit des Königs von Frankreich berichten, die weit aussehende Frage der spanischen Succession auf gütlichem Wege zu ordnen und auf die noch nicht erfolgte Abreise Greiffenclau's dringen. Johann Philipp aber, der nicht ausschliesslich seine persönlichen Interessen zu berücksichtigen vorhatte, forderte von Fürstenberg genauere Mittheilungen über Ludwig XIV. Ansicht von der Art und Weise, wie dieser drohende Conflict vermieden werden könnte. Was er auf seine directe Anfrage von Fürstenberg erfuhr, lautete nicht allzu günstig. Der Vertreter des Kölner Kurfürsten glaubte nicht einmal das bestimmte Versprechen geben zu können, dass Ludwig XIV. von dem Einfalle in die spanischen Niederlande abstehen werde, wenn auch eine Einigung über die eventuelle Theilung des gesammten spanischen Besitzes erfolgen sollte. Wenn ferner Johann Philipp, durchdrungen von der Unmöglichkeit die Abtretung der ganzen spanischen Niederlande an Frankreich vom Kaiser zu fordern, eine Aufklärung darüber wünschte, wie sich der König von Frankreich die Auftheilung dieses Gebietes denke, so erhielt er die wenig hoffnungerweckende Antwort: Ludwig XIV. würde sich lieber mit einem Dritttheil des Landes zufrieden erklären, falls die zwei anderen Dritttheile nicht an den Kaiser, sondern an andere Fürsten kämen, als mit zwei Dritttheilen, wenn das dritte in den Besitz Leopold I. übergehen sollte. Ueber die Theilung des ganzen spanischen Besitzes in der Zukunft vermochte Fürstenberg gar keinen Aufschluss zu geben. Johann Philipp glaubte unter solchen Umständen auf eine

[1] Vergl. Legrelle: „La diplomatie française et la succession d'Espagne" I. 109

[2] Für diese Verhandlungen Legrelle l. c. 111 ff.

[3] Legrelle l. c. 115. Ludwig XIV. hat sich über seine Absichten bei diesen Verhandlungen später dahin geäussert „J'écoutai aussi les propositions du traité, que les électeurs de Mayence et de Cologne projetoient de faire dès à présent entre l'Empereur et moi sur le partage des états du roi d'Espagne pour être exécuté, s'il arrivoit ouverture à sa succession; car quoique la chose me parût peu faisable, je voulois laisser former toutes les difficultés, pour faire tomber sur lui tout le dépit que les auteurs de cette pensée pouvoient prendre à la voir rejeter. Oeuvres, l. c. II. 36.

erfolgreiche Bethätigung Greiffenclau's in Wien nicht rechnen zu können. Trotzdem entschloss er sich, um nichts unversucht zu lassen, bei Leopold und bei dessen Räthen anzufragen. Die Erklärungen lauteten wie zu erwarten war. Graf Sinzendorf, an den sich der Vertreter Johann Philipps zuerst wandte, versprach Anfangs beim Kaiser die Idee des Kurfürsten zu vertreten, mied aber die Gesellschaft Greiffenclau's, sobald die Nachricht von der erfolgten Abreise der Infantin eingelaufen war.[1] Vom Kaiser selbst erfolgte nicht das geringste Zeichen der Einwilligung. Die Verhandlungen schienen, wie im Vorjahre, im Sande zu verlaufen. Das war aber nicht die Meinung des Fürstenbergers, der von unermesslichem Ehrgeize getrieben, die günstige Gelegenheit, sich die beiden mächtigsten Fürsten Europa's zu verbinden, nicht wollte vorübergehen lassen. Er beschloss einen neuerlichen Versuch zu wagen. Zu Beginn des Jahres 1667 erschien er am Wiener Hofe.[2] Die Gesinnung einzelner einflussreicher Männer mehrte seine Hoffnung auf Erfolg. Es gab in der That bereits damals eine grosse Partei in der Umgebung Leopold I., die, den Spaniern abhold, für einen Ausgleich, ja sogar für einen engeren Anschluss an Frankreich eintrat. An ihrer Spitze stand Fürst Eusebius Lobkowitz, seit Jahren einer der mächtigsten Männer in Oesterreich; geistreich, geschickt, kenntnissreich, aber auch listig, verschmitzt und rücksichtslos in der Wahl seiner Mittel, der entschiedenste Gegner des Fürsten Auersperg und schon aus diesem Grunde ein Feind der Spanier, als deren Vertreter Auersperg nicht ganz mit Recht am Hofe Leopold I. galt.[3] Andere wieder, wie Graf Lamberg, ein persönlicher Freund des Kaisers, von diesem ob seiner Gesinnung hoch geschätzt, wünschten theils im Hinblicke auf die ablehnende Haltung der Spanier, theils mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse eine gütliche Vereinbarung Leopold I. mit Ludwig XIV. bezüglich der spanischen Thronfolge.[4]

[1] Legrelle l. c. 118 f.

[2] Mignet l. c. II. 325 ff.; Legrelle l. c. 120 ff.

[3] Auersperg war bereits damals bei den Spaniern sehr verhasst und klagte seinerseits über deren Vorgehen. Vergl. die Corr. Leopolds mit Pötting aus dieser Zeit; auch Gremonville's Berichte, insbesondere den vom 24. März 1667. P.-A. (Autr.)

[4] Lamberg non ben conviene con Spagnuoli, berichtet der Venetianer Allessandro Bernardo 3. April 1667. St.-A. (Disp.) Ueber die Haltung und Gesinnung der einzelnen Minister werden wir eine klare Vorstellung erst gewinnen, wenn die betreffenden Privatarchive der Forschung zugänglich gemacht sein werden. Die Berichte Gremonville's enthalten dafür noch viele interessante von Mignet nicht mitgetheilte

Allein selbst Lobkowitz wagte damals, dem Könige von Frankreich und dem Vertreter des Kölners misstrauend, nicht offen einem Ausgleiche das Wort zu reden, zumal Auersperg auf das entschiedenste gegen eine Einigung mit Frankreich sprach und die üblen Folgen betonte, die aus einem Bekanntwerden einer derartigen Absicht Leopold I. für diesen erwachsen müssten.[1] Der Kaiser selbst trat ganz der Ansicht Auerspergs bei und erklärte sich gegen jedes Theilungsproject, liess Fürstenberg lange auf die ihm zugesagte zweite Audienz — in der ersten hatte er ganz allgemein gesprochen — warten und äusserte sich schliesslich dahin, ein solches Project würde nicht nur mit Recht die Unzufriedenheit der Spanier hervorrufen, sondern auch den Spott der ganzen Welt, weil man einen Besitz theilen wolle, auf den keiner vor dem Tode des regierenden Herrschers, der sich einer guten Gesundheit erfreue, Anspruch habe. Dass Leopold zu gleicher Zeit mit dieser abweisenden Antwort dem Wunsche Ausdruck verlieh, das gute Einvernehmen zwischen ihm und Ludwig XIV. möge deshalb keinen Abbruch erleiden, bedeutete in diesem Falle keine leere Phrase. Leopold wollte sich wirklich die Möglichkeit wahren, mit Frankreich abzuschliessen; aber nur dann, wenn alle übrigen Bemühungen scheitern würden, kein anderer Ausweg übrig bleiben sollte. Auf das deutlichste tritt die Absicht Leopold I., die Vertheidigung der Niederlande allen Anerbietungen Ludwig XIV. zum Trotze zu versuchen, falls ihm genügende Unterstützung zu Theil werden sollte, in den Briefen hervor, die er in jenen Tagen an seinen Freund in Spanien gerichtet

Bemerkungen. Ich weiss bestimmt," schreibt er z. B. am 10. Februar an Lionne, dass die Minister des Kaisers sich in grosser Verlegenheit befinden, ob sie diese Proposition annehmen oder zurückweisen sollen. Die Mehrzahl der Minister findet es im Interesse des Kaisers gelegen, sich einen Theil der Succession zu sichern, welche ja ganz verloren gehen könnte; auch um Zeit zu gewinnen und den Krieg hinauszuschieben; bezüglich dessen ich mich ununterbrochen bemühen werde, sie einzuschläfern, indem ich soweit gehe, ihnen zu sagen, dass die Vorbereitungen Ludwig XIV im Allgemeinen die Succession und nicht die besonderen Ansprüche desselben auf Brabant und Flandern betreffen. Gremonville an Lionne am 10. Febr. 1667. P.-A. (Autr.)

[1] Gremonville berichtet unter dem 31. Jan. 1667. P.-A. (Autr.) Auersperg sei der einzige, der es wage, öffentlich gegen die Pläne Ludwig XIV. aufzutreten; doch fügte er bald darauf hinzu, er habe aus den Unterredungen mit Auersperg ersehen, dass dieser alles opfern werde, um Cardinal zu werden, so dass man sich seiner zu gelegener Zeit werde bedienen können, wenn man ihm in dieser Hinsicht bindende Versprechen geben würde. 3. Febr. 1667. P.-A. (Autr.)

hat. „Der Magen ist mir sehr verderbt heut, schreibt er am 25. Mai,[1] indem Gremonville heut mir angedeut nomine sui regis, wie er resolvirt seie den Possess von Brabant und Hennegau zu nehmen, als welches Ihme von Rechtswegen gebürte. Wollte sonsten mit mir et cum Hispanis bestendigen Frieden halten. Der Teufel dank Ihm umb diesen Frieden. Bin also ganz ohnlustig .... Ich habe Euch so viel erinnern wollen, dass wann Castel-Rodrigo und Castelar hierin vorpraesentirten, dass man von dieser Seiten nit helfen wollte, Ihr praecaviret. Dann sie haben gewollt, man sollte alsbald mit 15 000 Mann ein Diversion machen im Elsass; wie wenig Frucht es aber schaffen und was Reydo es machen würde, wie Ich mich auch untüchtig machte Hispanis nit succuriren zu können, quilibet sanae mentis leicht iudiciren kann." Und in einem Schreiben, das wenige Tage später abgefasst worden ist,[2] entwirft der Kaiser ein noch eindringlicheres Bild dessen, was er zu gewärtigen habe, wenn er dem Wunsche Castel-Rodrigo's willfahren wollte. „Dann Galli nähmen alsbald diese Ruptur vor bekannt an, fielen mir in tirolische und schwäbische Vorländer, in Breisgau und weillen auch selbe nit in besten Stand sein, nähmen sie mir solche alsbald auf's wenigste guetten theils weg. Was das der Kron Spanien vor ein schlechter Dienst seie! Taceo, dass wir noch nit wissen, was die Schweden in Sinn haben und wann wir mit der meisten Armada aus der Erblanden wären, so fielen sie bis auf der ander Seiten in Boheimb und Schlesien. Wie würde sodann es unser armben Landsleuten gehen. Wollet also dies gar energetive aller Orten repraesentiren, weillen Ich wohlen weiss, dass nit werden allda critici manglen, so alle mein actiones genugsamb iudiciren werden. Und absonderlich traue Ich in hoc punto dem Penneranda nit viel gutes zu. Er wird uns mächtig die laudes singen .... Eben dieses wollet Ihr Euer petitum hauptsächlich auf 2 membra stellen, dass zuvorderst man alsbald ein gute rimessa herausschicke, aber nit ad manus meas sondern a la Embaxada, damit man allda alles anlege und sehe quid faciendum; in 2do membro, ut mittant legato plenipotentiam et instructionem, damit man sich aggiustire, quid et qualiter operandum sit, auch sich verbinde de guarantia ...

Zu gleicher Zeit erging an die Vertreter des Kaisers an allen jenen Höfen, wo eine Einigung überhaupt möglich schien, der be-

[1] Leopold an Pötting, 25. Mai 1667. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Leopold an Pötting, 6. Juni 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

stimmte Befehl für den Abschluss zu wirken. Basserode erhielt den Auftrag am schwedischen Hofe die Behauptung zu widerlegen, dass Leopold den Schweden nicht freundschaftlich zugethan sei, dass er den Brandenburger und den Sachsen gegen Schweden aufzureizen suche. Unter einem sollte der kaiserliche Gesandte von der Erneuerung der rheinischen Liga abrathen und ein Defensivbündniss im Namen des Kaisers antragen.[1] Ein gleichlautender Befehl erging auch an den Freiherrn von Blum, bei Johann Georg II. von Sachsen und bei den braunschweigischen Fürsten, an den Grafen Sinzendorf bei den geistlichen Kurfürsten, an Goess am Hofe Friedrich Wilhelms von Brandenburg die Interessen des Kaisers wahrzunehmen, eine Aeusserung all dieser Fürsten über ein gemeinsames Vorgehen gegen Frankreich zu erzielen „und da aus allen Umständen klar herfürkommt, dass die Kron Frankreich zu dergleichen widerrechtliche, unfreundliche und unnachbarliche Impresa fast durch nichts anders mehrers als durch die Sicherheit und Vorschub, so sie von gedachter rheinischer Allianz haben, animirt werden und nun die in derselben bedingte Zeit in dem nächst bevorstehenden Monat Augusto zu Ende läuft, ob nicht zu erhalten sein möchte, dass selbe weiter nicht prorogirt, sondern wenigstens mit Verschiebung oder Verweigerung der Renovation tacite gleichsam aufgehebt und cassirt werde."[2]

Wie unter diesen Verhältnissen die Antwort Leopold I. auf die beiden Gutachten Lisola's lauten musste, ist klar. Der Kaiser befahl dem Gesandten, dem Gouverneur der spanischen Niederlande Castel-Rodrigo auseinanderzusetzen,[3] aus welchen Gründen er in eine sofortige Absendung einer grösseren Armee nicht willigen könne, für das Zustandekommen des englisch-holländischen Friedens zu wirken, nach dem Abschlusse desselben aber schleunigst nach London zurückzukehren, um daselbst ein Bündniss Karl II. mit dem Gesammthause Habsburg zu Stande zu bringen.[4] Lisola hatte mit der grössten Spannung auf die Beantwortung seiner Schreiben gewartet; er wusste wie viel von der Entscheidung Leopold I. abhing und was er aus London von dem spanischen Gesandten erfuhr, konnte ihn nur in seiner

[1] Instruction für Basserode d. d. 30. Mai 1667. St.-A. (Suec.).

[2] Instruction für Sinzendorf vom 30. Mai 1667. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Das Schreiben Castel-Rodrigo's und des Kaisers Antwort bei Priorato, l. c. III, 333 ff.

[4] Instruction für Lisola 30. Mai 1667. St.-A. (Angl.)

Ansicht bestärken, dass ohne ein energisches Vorgehen des Kaisers auch von England nichts zu hoffen sei. Denn Molina berichtete, Clarendon habe ihm gesagt, Lisola möge nach London gar nicht zurückkehren, wenn er keine Vollmacht mitbringe abzuschliessen, da seine Anwesenheit in diesem Falle nur dazu führen könnte, den Verdacht der Franzosen zu erwecken.[1] Andererseits gingen Lisola von verschiedenen Seiten Berichte über die starke Abneigung der Engländer gegen die Franzosen zu, von dem sehnlichen Wunsche der englischen Nation gegen Ludwig XIV. zu kämpfen.[2] In dieser Stimmung erhielt er die Weisung Leopold I. Wie wenig entsprach sie den Erwartungen, die er gehegt hatte. Seinen Unwillen über das zurückhaltende Benehmen der Wiener Regierung deutlich zu äussern, wagte er nicht, aber er hielt sich für verpflichtet, nochmals seinen Standpunkt zu vertreten. „Es ist zu bedauern, schreibt er, dass der gegenwärtige Zustand E^r. M. und die Lage der Dinge nicht gestatten, dass E. M. die ausgezeichneten Maassregeln zur Erhaltung dieser Provinz (Belgien) mit der Schnelligkeit, die Noth thäte, zur Durchführung bringen. Es ist nur zu fürchten, ja für gewiss anzusehen, dass dieser Staat, wenn Gott nicht durch ein Wunder eingreift, zu Grunde gerichtet wird, bevor die nothwendigen Vorbereitungen getroffen sind und bevor die Einigung der dabei Interessirten zu Stande gekommen sein wird. Auch ist von all' diesen Fürsten keine Hilfe zu hoffen, denn alle rechnen auf E. M. und erwarten, dass E. M. das Eis brechen."[3] Er berichtet sodann von dem niederschmetternden Eindrucke, den die Nachricht von dem Entschlusse Leopold I. auf Castel-Rodrigo gemacht, von der Muthlosigkeit der Bevölkerung, die mit Sicherheit auf den Anmarsch der kaiserlichen Truppen gerechnet habe; er theilt dem Kaiser mit, wie eifrig in England für den Kampf gegen Frankreich gearbeitet werde, jedoch immer in der Voraussetzung einer energischen Antheilnahme des Kaisers und bestreitet auf das entschiedenste die Möglichkeit mit den Franzosen auf gütlichem Wege zu einem Ausgleiche zu gelangen. Gremonville's Erklärungen, meint er, verdienen nicht den geringsten Glauben. „Ich würde gegen Pflicht und Gewissen handeln, wenn ich nicht gegen Gremonville's Behauptungen bestimmtes Zeugniss ablegte. Ich stütze mich nicht auf Ver-

[1] Temple hatte den Auftrag, Lisola's Reise nach London bis nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages zu Breda zu verzögern. Temple an Arlington 19. Juni 1667.

[2] Bericht Lisola's vom 11. Juni 1667. St.-A. (Angl.)

[3] Bericht Lisola's vom 2. Juli 1667. St.-A. (Angl.)

muthungen; ich kenne die Pläne der Franzosen. Wenn meine Vorhersagungen sich als unwahr erweisen sollten, dann mögen E. M. mir das herbste Leid zufügen, das mich treffen kann, mir fortan den Glauben versagen. Und auf diese Gefahr hin erkläre ich, dass all' diese und ähnliche Worte der Mässigung nur Täuschungen sind, berechnet E. M. und andere Fürsten von der Unterstützung Belgiens abzuhalten. Erfolgt eine solche Hilfe nicht, so ist es der feste Wille des Königs von Frankreich nicht bloss das ganze Belgien zu erobern, sondern seinen Glückslauf fortzusetzen, soweit er kann." Lisola betont dann ganz im Sinne seiner früheren Erklärungen, wie zerrüttet Frankreich im Inneren sei, wie schwierig für Ludwig XIV. der Kampf gegen die Verbündeten unter solchen Umständen werden müsste. „Das einzige Mittel den Frieden herzustellen besteht für die deutschen Fürsten darin, sich im Vereine mit Er. M. zu rüsten und dann fest und bestimmt zu erklären, dass sie eine Vergewaltigung des Königs von Spanien nicht dulden." Am sichersten hoffte aber Lisola auf den Kaiser zu wirken, wenn er als letzte Folge eines zögernden Benehmens Leopold I. die freiwillige Abtretung der spanischen Niederlande seitens der Spanier und deren innigen Anschluss an Ludwig XIV. bezeichnete.

Während Lisola in dieser Weise auf seine Regierung zu wirken suchte, war er unaufhörlich darauf bedacht, sein nächstes Ziel, die Einigung Englands und der Generalstaaten, zu erreichen. Da er erfuhr, dass die Franzosen im Hinblicke auf die spanischen Niederlande den Einschluss des Kaisers in den Friedensvertrag nicht zugeben wollten, stand er von dieser Forderung ab. Der Friede sei nothwendig, erklärte er; für das gemeinsame Interesse aber werde durch die Allianz zwischen dem Kaiser, den Generalstaaten und England besser gesorgt werden. Denn dass Leopold ein solches Bündniss schliessen müsse, und zwar möglichst bald, das war und blieb der leitende Gesichtspunkt des kaiserlichen Gesandten bei all' seinen Betrachtungen. Immer wieder bat er um eine in diesem Sinne lautende Instruction, immer wieder betonte er die Aussichtslosigkeit England zu einem entscheidenden Vorgehen gegen Frankreich zu vermögen, wenn dasselbe nicht der kaiserlichen Unterstützung sicher sei.[1] „Der König von England, schreibt er Mitte Juli an den Kaiser, wird seine Ansicht nicht äussern, wenn ihm nicht ein Project zu gemeinsamer

[1] Berichte Lisola's vom 2. und 10. Juli 1667. St.-A. (Angl.)

Vertheidigung vorliegt, durch das für seine Sicherheit Vorsorge getroffen wird und aus dem die Wahrscheinlichkeit hervorleuchtet, die Sache mit Erfolg durchzuführen. Er wird aber sofort erkennen, dass ich dazu nicht mit entsprechenden Vollmachten versehen bin." Und wie Lisola dachte auch Castel-Rodrigo, der in jenen Wochen wiederholt mit dem kaiserlichen Gesandten Rücksprache pflog und auf das entschiedenste einer Einigung des Gesammthauses Habsburg mit England das Wort redete.[1]

Lisola's Berichte verfehlten auch diesmal nicht Eindruck auf Leopold und auf dessen Umgebung zu machen; aber ausschlaggebend für die Entschliessungen der Wiener Regierung konnten nicht sie, sondern musste das Verhalten der verschiedenen europäischen Fürsten sein, mit denen der Kaiser seit längerer Zeit Verhandlungen führen liess; in erster Linie das der Spanier. Rafften sich diese der vollendeten Thatsache gegenüber auf, sendeten sie dem Kaiser das zur Rüstung nothwendige Geld, dann war Leopold entschlossen das seinige zu thun, für die Erhaltung der spanischen Niederlande mit den Waffen in der Hand einzutreten. Wir erinnern uns in welch' unzweideutiger Weise er diesem Gedanken in seinen vertraulichen Schreiben an Pötting Ausdruck verliehen hatte. Ebenso bestimmt lauteten die officiellen Weisungen nach Madrid. Der spanische Hof werde sich erinnern, wie oft und vor wie langer Zeit schon der Kaiser das vorausgesagt habe, was jetzt eingetreten sei, wie oft er um Geld zur Rüstung gebeten und wie wenig die diesbezüglich gegebenen Versprechen gehalten worden seien. „So ist es geschehen, dass, obgleich wir den florum unserer Truppen bewahrt haben, dies doch eine so geringe Zahl ist, dass wir mit denselben nicht eine der vielen Gefahren bestehen können. Und wenn selbst die Zahl gross genug wäre, so würde der Zugang zum Elsass nicht

[1] Schreiben Lisola's vom 27. Juli 1667. St.-A. (Angl.). Für die Eigenart Lisola's ist es höchst bezeichnend, dass er in diesen Tagen an Lobkowitz schrieb, Castel-Rodrigo habe Nachricht erhalten aus Wien, dass Lobkowitz gagliardamente s'opponeva alli soccorsi, di che l'ho trovato tanto piu alterato quanto piu fondamento havia riaposto nel suo affetto. Ho procurato, fügt er hinzu, con ogni sforzo levargli quella impressione e per farlo meglio, li ho letto la lettera di V. E..... Lo vedo imbutus di questa opinione, che l'Imperatore sta ben disposto, che V. E. puol tutto, e per consequencia, che tutto il bene ò il male sarà dovuto à V. E. Das ist so recht Lisola'sche Manier, dem Gegner auf diese Weise zu erkennen zu geben, dass er von dessen Absichten unterrichtet ist. Lisola an Lobkowitz 1. Aug. 1667. R. A.

möglich sein, wegen des Durchzuges durch die Länder, deren Beherrscher uns feindlich gesinnt sind." Der Kaiser habe es mit Rücksicht auf diese Umstände für das sicherste gehalten, durch das den Franzosen gemachte Anerbieten von Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Vor allem aber müsse der Kaiser wissen, wie die Königin gesinnt ist; denn man könne von ihm nicht fordern, sich in einen Krieg mit Frankreich einzulassen, solange er nicht wisse, was die Königin zu thun Willens sei und bis sie ihm Geld übersende.[1] Allein alle Aufforderungen des Kaisers und alle Bemühungen seiner Minister die Spanier zu energischem Vorgehen gegen Frankreich, zur Uebersendung bedeutender Subsidien nach Wien zu vermögen, blieben erfolglos.[2] Pöttings Berichte spiegeln das vergebliche seiner Anstrengungen wieder. Sein Ansehen sank von Woche zu Woche; von der Antwort, die man dem Erzbischofe von Embrun auf seine Erklärung über den Einfall Ludwig XIV. in die spanischen Niederlande gegeben hatte, machte man ihm keine Mittheilung,[3] auf seine Klagen erwiderte man mit Worten der Rechtfertigung, änderte aber nichts. Die Abneigung der Spanier gegen die Franzosen Krieg zu führen, nahm sichtbar zu. „Es wird allhier keine Maxime besser observirt, schreibt Pötting, als nichts ohne äusserste Noth zu operiren." Dazu wuchs die Uneinigkeit unter den Rathgebern, der Hass gegen Neidhart, dem man alle Schuld beimass. „Ich kann nicht von der geringsten Besserung der gegenwärtigen grossen Angelegenheiten vermelden, berichtet Pötting am 12. Juni 1667,[4] indeme alles und jedes iuxta antiqua principia dissensionum allgemach darnieder sinket. Der Königin Autorität in dies impune decrescit, cum Anglis de liga tam necessaria vix est qui cogitat, mit Portugal will man noch gleichwohl antiquo fumo decertiren, die uns besorglich in Kurzem ein paar Plätze überrumpeln dürften; den Kaiser zu succurriren non nisi valde remota spes affliget, opponente se in id Penneranda plenis velis in dies non sine omnium bonorum extremo scandalo, maxime cum videant reginam et Neidhart ad id si non consentientes, saltem conniventes; dahero er sein Gift täglichen ganz unverschämt exoneriren thut. Neidhart getrauet sich in Nichten rechtschaffen und mit Resolution

[1] Weisung Leopold I. an Pötting 30. Mai 1667. St.-A. (Hisp.)
[2] Vergl. Mignet l. c. II. 56 ff.
[3] Vergl. Mignet l. c. II. 109 f.
[4] Bericht Pöttings vom 12. Juni 1667. St.-A. (Hisp.)

anzubeissen, gibt durchgehends vor, er thue bei der Königin inständig um Erlaubniss anhalten, sich in sein Jesuiter Zelle zu retiriren, und habe beim Kaiser um ein gleichmässiges gebeten, welches keiner glaubet, sondern allenthalben darüber Dichos und Gespött celebriret wird. Und also ist kein Hoffnung übrig, aus diesen gefährlichen Labyrinthen herauszukommen."[1]

Und an diesen Verhältnissen änderten auch die fortschreitenden Eroberungen der Franzosen nichts. Penneranda stellte vielmehr das Begehren, Leopold möge offen mit Frankreich brechen auch ohne von Spanien unterstützt zu werden, protestirte lebhaft gegen jede Geldsendung nach Wien und wurde um so prövocirender, je weniger energisch der Widerspruch der Königin und Neidharts lautete: „er zielet handgreiflich ad separationem ambarum augustissimarum linearum et est corde, animo ac lingua Gallus."[2] Unter diesen Umständen hätten nur entschiedene Erklärungen des am Wiener Hofe weilenden spanischen Gesandten zu Gunsten des Kaisers einen Wechsel der Gesinnung der Madrider Regierung hervorzurufen vermocht. Statt dessen berichtete Mis de Malagon, Cte de Castelar, ein entschiedener Gegner des Kaisers, es sei nicht die geringste Aussicht, dass Leopold etwas zu Gunsten der Spanier thun werde.[3]

Freilich entsprach das, was Castelar meldete, nicht der Wahrheit. Kaiser Leopold betonte dem spanischen Gesandten gegenüber lediglich das, was er der Königin von Spanien und seinem in Madrid weilenden Vertreter schrieb, dass ohne eine feste Verbindung mit Spanien und ohne entsprechende Gelduntersützung der Kampf gegen Frankreich aussichtslos sei. „Was anlangt die rupturam gallicam, schreibt er am 21. Juli 1667 an Pötting, habe Ich durch Euch et alias schon 2 Jahr den Spaniern davon predigen lassen, sed omnia frustra. Was mich kränkt, ist, dass sie so gar nil thun und wollen per farla, ich sollte alsbald mit Frankreich brechen.... Castel-Rodrigo schreit auch, als wann er unsinnig wär, als ist wol auch gut auszukommen. Ich will zwar alzeit das meinige gern pro possibile thun; allein zwei Sachen sein von Nöthen, als dineros und dass man sich recht wol mit einander verstehet; wie Ich es gar

[1] Bericht Pöttings vom 12. Juni 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Bericht Pöttings vom 25. Juni 1667. S.-A. (Pött. Corr.)

[3] Bericht Pöttings vom 9. Juli 1667. St.-A. (Pött. Corr.) Vergl. auch Mignet l. c. II. 203.

klar der Königin schreibe, dann sonsten werden wir gar arglich in politicis fahren."[1]

Und ganz in diesem Sinne sprach er auch zu Castelar. Trotzdem blieben die Bemühungen Pöttings, die leitenden Madrider Kreise von der Unrichtigkeit der Behauptungen Castelars zu überzeugen, vergebens. Vielmehr verstand es Penneranda, seinem Gegner an Begabung weit überlegen, vortrefflich, die Mittheilungen aus Wien zur Stärkung des französischen Anhanges im spanischen Volke zu benützen.

Schon sprach man in den Strassen Madrids davon, dass dem Hause Oesterreich, das sich so egoistisch erwiesen, die Krone Spaniens im Falle des frühzeitigen Todes Karl II. nicht zufallen dürfe; und im Staatsrathe erklärte Penneranda, „der Kaiser thut nichts im Dienste dieser Monarchie, nicht einmal zu seinem eigenen Vortheil, daher wird er auch die Nachfolge in diesem Reiche verlieren, die er auch nicht verdient."[2]

Auch die Kriegserklärung Spaniens an Frankreich änderte an diesen Verhältnissen nur wenig, denn zu gleicher Zeit äusserte die Königin ihre Bereitwilligkeit, einen Ausgleich versuchen, den Papst als Vermittler anerkennen zu wollen.[3] Pöttings neuerliche Bemühungen blieben erfolglos. „Die Verhältnisse verschlechtern sich von Tag zu Tag. Ausser Gottes Hilfe ist keine zu erwarten, schreibt er am 30. Juli 1667; dann die Confusion bei theils Ministern dermaassen zunimmt, dass sie einander selbsten nicht verstehen und gleichsam magnitudine mali erstarrter sich bezeigen, bei denen übrigen aber die ungleichen Intentiones also zunehmen, dass sie sich über ihr Vaterlands Unglück selbsten innerlich vergnügt bezeigen: schreien alle unanimi voce «nos perdemos» und keiner legt die Hand an zur nothwendigen Remedirung. Neidhart beginnet auch allgemach kleinmüthig zu werden und verlanget, sich aus dieser Confusion retiriren zu können; interea regina sancta cum rege innocente damna sentient."[4] Die Ansicht, man werde sich den Franzosen auf Gnade und Ungnade ergeben müssen, gewann immer zahlreichere Anhänger. Der Erzbischof von Embrun, dessen Entfernung bereits beschlossene Sache gewesen war, blieb in Madrid und die Spanier fuhren fort dem

[1] Leopold an Pötting 21. Juli 1667. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Bericht Pöttings vom 16. Juli 1667. St.-A. (Hisp.)
[3] Vergl. für diese Dinge Mignet l. c. II. 197 ff.
[4] Bericht Pöttings vom 30. Juli 1667. St.-A. (Hisp.).

Kaiser den offenen Bruch mit Frankreich zu empfehlen, ohne ihrerseits sich zu entscheidenden Maassregeln im Sinne einer Abwehr der französischen Uebergriffe zu bequemen. Aber wie hätte Leopold sich dazu verstehen sollen. Die Verhandlungen in Wien und an den Höfen der verschiedenen Fürsten waren zwar nicht ohne Erfolg geblieben, hatten aber keineswegs zu Abmachungen geführt, die bedeutsam genug gewesen wären, um ohne Spaniens Mitwirkung den Krieg gegen Ludwig XIV. zu beginnen.

Von den Schweden war eine bestimmte Erklärung noch nicht erfolgt. Basserode fand zwar in Stockholm einiges Entgegenkommen, man betonte die Möglichkeit einer Einigung mit dem Kaiser, da man keineswegs an Frankreich gebunden sei, man sprach sich entschieden gegen das Vorgehen der Franzosen in der polnischen Wahlfrage und gegen den Einfall derselben in die spanischen Niederlande aus, man erklärte sich bereit, die vor langer Zeit mit Oesterreich geführten Verhandlungen fortzusetzen.[1] Allein der stete Zweifel, ob England sich nicht doch auf die Seite Frankreichs schlagen werde, hielt die Schweden, an deren Hofe ja eine starke mit reichen Geldmitteln ausgestattete französische Partei im Sinne der Verschleppung und Vereitelung aller schwedisch-österreichischen Verträge zu wirken bestrebt war, von jeder entscheidenden Erklärung zurück.[2] Basserode glaubte im Juni 1667 nach allen ihm gegenüber gethanen Aeusserungen und nach alle dem, was er auf Umwegen erfahren hatte, nicht zweifeln zu dürfen, dass im Falle einer englisch-französischen Verbindung die Schweden sich auf die Seite der Verbündeten schlagen und mit ihnen gegen die vereinigten Niederlande kämpfen würden.[3] Die Abwesenheit des Kanzlers Gardie schien ihm eine beabsichtigte, bestimmt Abmachungen irgend welcher Art bis nach erfolgter Entscheidung in anderen Ländern hintanzuhalten.[4] Als dann Magnus de la Gardie, auf das Drängen aller Parteien hin,[5] nach der Hauptstadt zurückkehrte, war er zu keinen bestimmten Aeusserungen zu vermögen. Auch

[1] Vergl. Carlson l. c. IV. 498 ff. Bericht Basserode's vom 4. Juni 1667. St.-A. (Suec.)

[2] Berichte Basserode's vom 11. und 15. Juni 1667. St.-A. (Suec.)

[3] Bericht Basserode's vom 18. Juni 1667. St.-A. (Suec.)

[4] Bericht Basserode's vom 25. Juni 1667. St.-A. (Suec.)

[5] Auch Pomponne, Frankreichs Vertreter in Stockholm, klagte über de Gardie's Abwesenheit. Vergl. Mém. de Pomponne, II. 375 ff.

er betonte, dass Schweden nicht an Frankreich gebunden sei, sprach der Allianz mit Oesterreich das Wort, die man beschleunigen müsse, damit nicht der Ausspruch des Tacitus sich erfülle, dass zu spät das als das beste erscheine, dessen Zeit vorüber;[1] auch er brachte aber gelegentlich der Verhandlungen so viele schwer erfüllbare Forderungen vor, — u. a. Berücksichtigung der schwedischen Handelsinteressen und energische Antheilnahme der Spanier an dem Kriege, — dass Basserode an eine rasche günstige Beendigung der Verhandlungen nicht glauben wollte, zumal Björnclaw, der ihm genaue Mittheilungen von den Bemühungen der Franzosen machte, auf das entschiedenste betonte, dass die Entscheidung der Schweden von dem Ausgange der niederländisch-englischen Friedensverhandlungen abhängen werde.[2] Und noch weniger günstig als Basserode's Berichte lauteten die der kaiserlichen Gesandten an den deutschen Fürstenhöfen. Von Mainz aus meldete Sinzendorf, dass Johann Philipp das Vorgehen Ludwig XIV. strafwürdig finde, mit Rücksicht auf die Verhältnisse aber für eine gütliche Beilegung des Conflictes eintrete.[3] Das Reich wird sich, meinte er im Laufe seiner Auseinandersetzungen, wegen der spanischen Niederlande oder wegen des burgundischen Kreises in den Krieg nicht mengen, die Stände aber, die den kaiserlichen Truppen den Durchzug nach Belgien gestatten sollten, würden zweifellos der Rache des beleidigten Franzosenkönigs zum Opfer fallen. Auch für die Aufhebung der rheinischen Allianz war Johann Philipp nicht zu gewinnen. Dazu sei es schon zu spät, äusserte er sich; im übrigen sei dieses Bündniss durchaus nicht gegen Leopold gerichtet, bezwecke vielmehr lediglich die Erhaltung des Friedens. Sollte Frankreich etwas gegen das Reich wagen, dann würden die Alliirten, ihrer Verpflichtung gemäss, gegen Ludwig XIV. mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften vorgehen. Die spanischen Niederlande den Franzosen in die Hände zu spielen, sei durchaus nicht ihre Absicht; sie wüssten wohl, dass sie damit ihr eigenes Verderben beschleunigen würden; aber Vorsicht thue Noth.[4] Alle Bemühungen, ihn von dieser Ansicht abzubringen, blieben erfolgslos. Wenn der Kaiser, so lautete

[1] Bericht Basserode vom 4. Juli 1667. St.-A. (Suec.)
[2] Vergl. Mém. de Pomponne l. c. II. 377 ff.
[3] Vergl. auch Johann Philipp an Lobkowitz, 26. Mai 1667. St.-A.
[4] Bericht Sinzendorfs vom 15. Juni 1667. St.-A. (Friedensacten.)

seine entscheidende Aeusserung,[1] die spanischen Niederlande unterstützen, durch das Reich Truppen in jene Gegenden senden, und so, dem münsterischen Frieden zum Trotze, mit Frankreich öffentlich brechen will, „so hätten E. M. zuförderist Ihrer Erblanden Mittel und Vermögen zu ermessen und sodann (sich) der spanischen grossen Geldhilfen mit Millionen — und ein solches jährlichen und auf die Dauer und Continuation — sehr wohl zu versichern und anbei noch zu überlegen, ob diese all sufficient oder was für Freunde E. K. M. haben würden, so mit ihnen ihre Land und Leute, Gut und Blut und all das ihrige sammt ihrer Posterität redlich und aufrecht aufzusetzen gedächten. Da dann S. Ch. D. nit unbillig sehr anstehen müssen, ob sich deren viel finden würden und wüssten E. K. M. selbsten am besten, wie sie mit auswärtigen Gewalten stünden. Von Engelland hätte man gewisse Nachricht, zwar durch den Gaumont, so er aber au parolle de Cavallier versichert, dass es mit Frankreich völlig verglichen seie. Schweden stünde so, dass ehe ein wideriges zu praesumiren; Holland würde es gewiss auch ganz auf die Extremität kommen lassen und sich bloss auf ihre gute Hut stellen und das ihrige zu erhalten suchen, ehe es sich offensive zu gehen resolviren würde. Zumahlen aber wäre sich auf das römische Reich nicht zu verlassen, weillen dessen Stände insgesammt den so theuer erworbenen Frieden aus allen Kräften mit Beobachtung der Neutralität zu erhalten suchen werden; in welchem Stück dann Er. K. M. zu schmeicheln, noch etwas zu bemanteln, S. Ch. D. als ein treuer Churfürst dero wahrhafter Dienst zu sein nit erachten können; herentgegen der König in Frankreich omnem lapidem bei Heiden, Türken und Christen moviren wird, um Er K. M. von Siebenbürgen, Polen, Schlesien und allen Orten, so ihme möglich, einige Kriegsdiversion und Tumultus zu erwecken, wodurch dann die Erbländer, das römische Reich, ganze Christenheit in augenscheinlichen Hazard und Gefahr könnte gesetzt und E. K. M. noch dazu allein gelassen werden."

Und ähnlich wie der Mainzer, dessen franzosenfreundliche Gesinnung aus diesen Worten deutlich hervorleuchtet, äusserten sich Max. Heinrich von Köln und die beiden Fürstenberg, die immer sichtbarer als Vertreter der Interessen Ludwig XIV. auftraten.[2]

---

[1] Sinzendorf an Leopold, d. d. Würzburg 25. Juni 1667. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Bericht Sinzendorfs vom 3. Juli 1667. St.-A. (Friedensacten.)

Der Neuburger aber, den der Wunsch leitete von Frankreich in seiner polnischen Throncandidatur unterstützt zu werden, erklärte, Leopold müsste, selbst in dem Falle, als Spanien auf des Kaisers Aufforderung hin, zu der Philipp Wilhelm entschieden rathe, sich nicht zum Friedensschlusse mit Ludwig XIV. bereit erklären sollte, ohne die Spanier und auf Kosten derselben sich mit den Franzosen einigen, da Spanien es, wie er wohl wisse, mit der Erhaltung der spanischen Niederlande nicht ernst meine, vielmehr entschlossen sei, gegebenen Falles die Erbschaft des gesammten spanischen Besitzes nicht auf den Kaiser, sondern auf einen Spanier übergehen zu lassen.[1] Auch erklärte der Neuburger auf das bestimmteste für die Verlängerung der rheinischen Liga eintreten zu wollen. Nur der Kurfürst von Trier, Karl Kaspar von der Leyen, liess sich etwas besser vernehmen. Zwar nöthigte ihn die bestimmte Weisung des Mainzers zur Vorsicht und bewog ihn, Sinzendorf gegenüber anfänglich die Vortheile des Friedens zu betonen; allein im weiteren Verlaufe der Berathungen trat seine Neigung deutlich hervor, wenn irgend möglich, auf des Kaisers Seite zu treten. Ein Heer von 20000 Mann würde wohl den Beifall des Reiches finden, meinte er; der Kaiser möge nur den Anfang machen, Verträge schliessen; er sei gezwungen inne zu halten nolens volens, weil er keine Hilfe sehe, sonst würde er sich anders äussern; er verlange nichts mehr als des Kaisers Ansicht zu vernehmen, er sei gut gesinnt, Mainz und Köln aber seien Parteigänger Frankreichs.[2] Die Prorogation des rheinischen Bundes zu verhüten, zeigte er sich principiell geneigt, verpflichtete sich, seine Entscheidung so lange als möglich hinauszuschieben und erklärte, falls Schweden, Brandenburg und Braunschweig gegen die Prorogation eintreten sollten, sich diesen Mächten offen anschliessen zu wollen.

Die principielle Geneigtheit mit dem Kaiser in bessere Beziehungen zu treten und die Erneuerung des Rheinbundes zu verhindern, zeigten auch die braunschweiger Fürsten, mit denen im Namen Leopold I. Julius Heinrich Freiherr von Blum verhandelte. Allein wie die Furcht des Trierers vor Frankreich, so hinderte die der Braunschweiger vor den Schweden, ein energisches Eintreten dieser Fürsten für die Interessen des Reiches; sie erklärten ihre Entschlüsse von jenen

[1] Bericht Sinzendorfs vom 6. Juli 1667. St.-A. (Friedensacten.)
[2] Bericht Sinzendorfs vom 30. Juni 1667. St.-A. (Friedensacten.)

der Schweden und des Brandenburgers abhängig machen zu müssen.[1] Und nicht viel anders stand es mit dem Kurfürsten von Sachsen. Was nützte es, dass Blum von den dem Kaiser günstig gesinnten Räthen Johann Georg II. immer wieder zu hören bekam, der Kurfürst sei im Grunde seines Herzens Oesterreich freundlich gesinnt; er trinke, so oft er sich unbeachtet wisse, auf die Gesundheit des Kaisers;[2] die Macht der Franzosen am Hofe zu Dresden wurde immer grösser; Chassan, der Vertreter Ludwig XIV., verfügte immer unumschränkter über die Stimmen der Minister, die Anhänger des Kaisers wurden immer kleinmüthiger.[3] Und schon vernahm Blum, dass Burkersrode Befehl erhalten habe, nach Paris zu eilen, um aus der Hand Ludwig XIV. die Gelder zu empfangen, die Johann Georg II. zur Erhaltung seiner Armee dringend bedurfte.

Etwas freundlicher und hoffnungsvoller, wenngleich durchaus nicht so, wie man wünschte, lauteten die Mittheilungen des kaiserlichen Vertreters in Berlin. Friedrich Wilhelm war für eine Abwehr der Uebergriffe Ludwig XIV. eingenommen. Die Erklärungen Millets, der im Auftrage des Königs von Frankreich Ende Juni 1667 in Berlin erschien, liessen ihn die Grösse der Gefahr erkennen, die dem Reiche von Frankreich drohte[4] und bestärkten ihn in dem Entschlusse, wenn irgend möglich, den Eroberungsplänen Ludwig XIV. entgegenzutreten. Hatte Goess, des Kaisers Gesandter, noch im Juni den Eindruck empfangen, als wolle man brandenburgischerseits merken lassen, dass man sich in diesen Streit, „man sehe denn zuvor eine starke Partei gemacht," nicht einlassen werde,[5] so glaubte er schon zu Beginn des Monates Juli berichten zu können: „soviel ich alle diese Tagen observiren können, zeigen J. Ch. D. fast mehr Eifer als vorhin ihre und des Reichs Libertät zu beobachten und zu vertheidigen und begreifen sie gnug, wohin des Königs aus Frankreich vasti diseigni hinauswollen. Auch die Namen der Servitut und der Sclaverei können sie ohne Entrüstung nit hören, beklagen sich darbei zum höchsten, dass Chur- und Fürsten des Reichs und zwar die geistliche

[1] Bericht Blums vom 14. Juli 1667. St.-A. Vergl. auch Köcher l. c. I. 527.

[2] Bericht Blums vom 29. Juni 1667. St.-A. (Sax.) Vergl. auch Auerbach l. c. 269.

[3] Ebendaselbst.

[4] Vergl. Mignet, l. c. II. 277 ff.

[5] Bericht des Goess d. d. 17. Juni 1667; Urk. und Act. XIV. 310.

zuforderist das edle Kleinod ihrer Freiheit nit besser in Acht nehmen."[1] In der That wurden die Vertreter Friedrich Wilhelms instruirt, an den Höfen der Herzoge von Braunschweig und an anderen Orten energisch gegen die Prorogation der rheinischen Allianz zu wirken. Zugleich erging an die kurfürstlichen Räthe in Breda der Befehl, die Forderung des Kaisers bezüglich Einschlusses des burgundischen Kreises in den Frieden mit aller Energie zu unterstützen. Aber ebenso entschlossen wie Friedrich Wilhelm war in den Krieg gegen Frankreich einzutreten, wenn sein specielles Interesse dabei gefördert oder wenigstens nicht geschädigt wurde, ebenso entschlossen war er, sich neutral zu halten, ja selbst mit Frankreich sich zu einigen, falls die Verhältnisse ihn dazu nöthigen sollten. Die geringe Thätigkeit des Wiener Hofes beunruhigte ihn sehr; er forderte von Goess Aufklärungen über die Wege, auf denen Leopold I. seine und die Interessen des Reiches vertreten wolle. Goess konnte aber auf die immer erneuerten Fragen nur mit allgemeinen Worten erwidern. „Ich antworte generalia; dass S. Ch. D. leicht erachten können, was man zu thun, wenn man einem sein und seines Haus Matrimonium mit Gewalt hinwegnimmt; ein mehrers gebührt mir ohne gnädigste Ordre nit zu sagen; darbei ich an meinem geringen Ort sehr zweiflen muss, ob's Er. K. M. Diensten vorträglich, dass bis dato im Reich gleichsam dubitirt werde, ob E. K. M. sich der niederländischen Provinzen annehmen werden oder nicht."[2] Wir sehen, der Brandenburger forderte den Vortritt des Kaisers, auch er glaubte, wie alle übrigen deutschen Fürsten, seine Entscheidung erst fällen zu können, wenn Leopold seinen Entschluss mit Frankreich zu kämpfen in unzweideutiger Weise kundgethan haben würde.

Dieses Streben, sich zu schützen, keinen Schritt zu thun, der zum Schaden der eigenen Interessen gereichen konnte, gab auch den zu Regensburg gepflogenen Berathungen das Gepräge. Ja hier, von wo eigentlich die Initiative hätte ausgehen müssen, war man stiller und zurückhaltender als sonstwo in deutschen Landen. Erschwerte der weitläufige Geschäftsgang selbst bei gutem Willen eine rasche Entscheidung, so bot derselbe den vielen Fürsten, die eine Verzögerung der Verhandlungen wünschten, ein geeignetes Mittel, ihr Ziel zu erreichen. Dazu kam, dass Gravel, der geschickte Vertreter Lud-

[1] Bericht des Goess d. d. 1. Juli 1667; Urk. und Act. XIV. 313.

[2] Ebendaselbst.

wig XIV., es an Mühe und Geld nicht fehlen liess die französisch-gesinnten in ihren Vorsätzen zu bestärken, schwankende zu gewinnen, die Pläne der Franzosenfeinde zu durchkreuzen.[1] So vergingen Monate, ohne dass man in Regensburg eine entscheidende Maassregel getroffen hätte, mit mündlichen und schriftlichen Erklärungen der Franzosen und Erwiderungen der Oesterreicher.[2] Die Vertreter des burgundischen Kreises erschienen erst am 17. Juli 1667 in Regensburg. Ihre Anwesenheit hatte aber vorerst keinen anderen Erfolg, als dass der Federnkrieg von Neuem und heftiger als zuvor geführt wurde. Und was half es, dass nach der Ansicht unbefangener, unparteiischer Zeitgenossen die Sache der Gegner Frankreichs die gerechte war? In den Verhandlungen des Reichstages wurde nach dem Rechte nicht gefragt, hier wurde blos erörtert, wie sich das Reich im eigenen Interesse zu dieser Angelegenheit stellen solle. Nach alle dem aber was wir aber von der Gesinnung der einflussreichsten unter den deutschen Fürsten vernommen haben, waren als Ergebnis der Reichstagsverhandlungen vorerst nichts mehr als Friedensanträge und Vermittelungsversuche zu erwarten. Vergebens bemühte sich der Erzbischof von Salzburg und Principalcommissär Leopold I., Graf Thun, in öffentlichen und geheimen Verhandlungen die günstig Gesinnten für ein energisches Vorgehen, die Schwankenden für den Anschluss an des Kaisers Freunde zu gewinnen; vergebens sprachen die Vertreter Brandenburgs und Braunschweigs von der Neigung ihrer Herrscher, für den burgundischen Kreis einzutreten. Die Mehrzahl der Fürsten, mehr oder minder durch persönliche Interessen beeinflusst, stimmte für die gütliche Beilegung der bestehenden Conflicte; einzelne, allen voran der Kurfürst von Baiern, wollten von Reichswegen den Durchzug kaiserlicher Truppen zum Schutze der spanischen Niederlande verboten wissen.[3] Der Vortheil, den Ludwig XIV. aus diesem Schwanken und Zagen der Reichsfürsten zog, war ein überaus bedeutender. Er konnte ruhig den Kampf gegen die spanischen Niederlande fortsetzen, Festung

[1] Vergl. Mignet l. c. II. 139 ff. u. a. O.

[2] Ebendaselbst.

[3] Auf dem zu gleicher Zeit in Köln abgehaltenen westdeutschen Fürstencongresse wurde der Beschluss gefasst, überhaupt Durchzüge nach den spanischen Niederlanden zu verhindern; dass dieser Beschluss trotz seiner Allgemeinheit sich gegen Leopold richtete, ist schon daraus zu ersehen, dass Wilhelm Fürstenberg für denselben eintrat.

auf Festung nehmen, während man in Wien auf die Nachricht wartete, dass die Spanier sich zur Unterstützung des Kaisers bereit erklärt hätten, dass der Friede zwischen England und den Niederländern geschlossen sei, dass die Reichsfürsten für den Kaiser und seine Interessen eintreten wollten.

Wenigstens auf eine dieser Botschaften sollte der Kaiser nicht lange mehr harren. Am 31. Juli wurde zu Breda, nicht in letzter Linie durch die Bemühungen Lisola's der englisch-niederländische Vertrag unterzeichnet;[1] der erste grosse Erfolg derjenigen Männer, denen ein gemeinsamer Kampf aller Mächte gegen Frankreich als Endziel ihrer Bestrebungen galt. Denn jetzt erst konnte man von den beiden Mächten, die bis dahin durch den geführten Krieg in Anspruch genommen waren, ein energisches Eintreten für die allgemeinen Interessen hoffen; jetzt erst war Aussicht vorhanden, die Schweden zum Abschlusse mit dem Kaiser zu vermögen. Gelang es aber, diese Macht und die Spanier mit den Engländern und Niederländern in einem Bunde zu vereinen, dann war die Sicherheit des Erfolges eine so grosse, dass der Kaiser den offenen Kampf gegen Ludwig XIV. wagen konnte. Schon in einer Weisung vom 24. Juli — also bevor der Vertrag von Breda unterzeichnet war — hatte Leopold I. in diesem Sinne Lisola die Vollmacht ertheilt, mit Karl II. in Unterhandlung zu treten; in der Weisung vom 3. August gab er ein anschauliches Bild dessen, was ihm erstrebenswerth und durchführbar erschien. Der König von England, betonte er, zieht ein Offensivbündniss vor, hat aber seine Bereitwilligkeit kundgethan, sich mit einem Defensivvertrage zu begnügen, falls in demselben bestimmt werden sollte, dass die Verbündeten entschlossen seien, in das Gebiet des Feindes einzufallen, wenn die Vertheidigung des eigenen Besitzes anders nicht zu erwirken sein sollte. Der Kaiser müsse auf die Vermeidung des Ausdruckes „Offensivbündniss" im Hinblicke auf die Stände des Reiches und auf deren Erklärungen bestehen. Er selbst strebe keine Gebietserweiterung an, er wolle lediglich das von Frankreich widerrechtlich in Besitz Genommene zurückerobern und denen überweisen, die darauf berechtigte Ansprüche hätten; den Zustand wieder herstellen, wie er 1648 und 1659 gewesen. Eine bestimmte Vorschrift über die Einrichtung der geplanten Allianz erhielt Lisola nicht; er sollte nach eigenem Ermessen vor-

[1] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. I. 398 ff.

gehen, in jedem Falle aber darauf achten, dass keiner der Verbündeten Frieden oder Waffenstillstand ohne Wissen und Willen der anderen schliessen könne. Wie man sieht, entsprach die Weisung Leopold I. nicht in allen Punkten den Wünschen des Gesandten. Das unentschiedene, das fast allen Entschliessungen des Wiener Hofes anhaftet, trat auch bei dieser Gelegenheit hervor. Und das nicht allein in der Beschränkung der Verbindung auf ein Defensivbündniss, sondern vielleicht mehr noch durch die der Instruction beigefügte Bemerkung, Lisola möge seine Vollmacht zu verhandeln nur dann vorweisen, wenn Spaniens Vertreter eine ähnliche erhalten hätte und kein wie immer geartetes Versprechen ohne vorherige Einwilligung des Kaisers geben.

Die Weisung Leopold I. traf den Gesandten nicht mehr am Continente. Gegen Ende des Monates Juli hatte er das Festland verlassen, um am Hofe Karl II. weiter im Interesse der Sache zu wirken, die ihn ganz erfüllte, die zum Siege zu führen er als die grosse Aufgabe seines Lebens betrachtete.

Wie heilig ihm dieser Kampf und wie gerne er bereit war, sein Bestes für den Sieg der kaiserlichen Sache, die zugleich die gerechte war, einzusetzen, hatte er gerade damals auf das glänzendste bewiesen. Es geschah in den Tagen, da zu Breda die letzten Verhandlungen geführt wurden, die England und die Niederlande einigen sollten, dass Lisola jene Schrift in die Welt sendete, welche die glänzendste Widerlegung der Erbansprüche Ludwig XIV. enthielt und ihren Autor für einige Zeit zum gefeiertesten Schriftsteller Europa's machte.

Fünfzehntes Kapitel.

Lisola als Schriftsteller. Der „Bouclier d'état".

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange die schriftstellerische Thätigkeit Franz von Lisola's des näheren zu beleuchten. Nicht den Schriftsteller, sondern den Diplomaten und seine Leistungen auf diesem Gebiete im Zusammenhange der Begebenheiten zu schildern, ist der Zweck des vorliegenden Buches. Aber unmöglich ist es doch, über jene seiner Schriften hinwegzugehen, die einen so

bedeutenden Einfluss auf die Auffassung der Verhältnisse seitens seiner Zeitgenossen geübt und mehr als irgend eine der vielen in dieser das Schicksal Spaniens und Europa's entscheidenden Frage erschienenen Publicationen dazu beigetragen hat, dass wenigstens ein kleiner Theil der politischen Laien jener Zeit einen klaren Einblick in die geringe Berechtigung der französischen Ansprüche und in die wirklichen Pläne der französischen Staatsmänner und Ludwig XIV. erhielt. Wüsste man es nicht, so müsste man vermuthen, dass Lisola sich eines so ausserordentlichen geeigneten Mittels, wie das der Flugschriften eines war, bedient haben wird, weitere Kreise für seine Ideen zu gewinnen. Der Kampf gegen die Franzosen war ja seiner Ansicht nach eine Sache, die jeden interessiren musste und den Wissensbedürftigen die nothwendigen Kenntnisse zu vermitteln konnte ihm, dem Anwalte der gerechten Sache, nicht anders als eine heilige Pflicht erscheinen. Und der Drang dem gebildeten in politischen Dingen unerfahrenen Manne ein selbständiges Urtheil zu ermöglichen, wurde in Lisola um so stärker, je deutlicher er wahrnahm, dass nicht nur die Franzosen bestrebt waren, die im Unklaren Wandelnden von dem rechten Wege zu entfernen und die Wenigen, welche die drohende Gefahr erkannten, zum Schweigen zu bringen, sondern dass auch unter den bedrängten Nationen, zumal unter den Deutschen, eine grosse Zahl der fähigsten Köpfe in unbegreiflicher Verblendung oder aus unlauteren Motiven, die Macht der Franzosen zu mehren, den Einfluss derselben zu einem dauernden zu gestalten bestrebt war.

Den Werth der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch eine dem Publicum geschickt vermittelte Kenntniss der leitenden Motive der einzelnen Mächte oder Parteien hatte Lisola schon in früher Jugend kennen gelernt und sich dieses Mittels frühzeitig bedient. Schon während seines ersten längeren Aufenthaltes in England hatte er zur Feder gegriffen, um die Nachtheile einer engen Verbindung der Engländer mit den Franzosen für die ersteren zu schildern; und von da an hat er keine Gelegenheit, die sich ihm bot, weitere oder engere Kreise für seine Ideen zu gewinnen, unbenützt vorübergehen lassen. Wie oft hat er in den Jahren, da er in Polen die Interessen seines Herrschers vertrat, durch geschickt in die Hände der Schwankenden gespielte Flugschriften deren Gemüth zu stärken verstanden, wie oft hat er durch eine scharfe Widerlegung der von seinen Gegnern verbreiteten Gerüchte über die Eigennützigkeit der kaiserlichen Politik den des Sieges gewissen

eine empfindliche Niederlage beigebracht. Alle diese zum grössten Theile nicht mehr nachweisbaren Schriften hatten aber im Hinblicke auf den Gegenstand, den sie betrafen, nur einen beschränkten Leserkreis und vermöchten auch heute nur ein beschränktes Interesse zu erregen. Erst in dem Augenblicke, da Lisola auch als Schriftsteller sich mit der grossen Frage beschäftigen durfte, deren Lösung er als seine Lebensaufgabe ansah, gewannen die Schriften, in denen er seine Ideen zum Ausdrucke brachte, an Bedeutung, erst in diesen Jahren drang auch in weitere Kreise der Ruf seiner ungewöhnlichen schriftstellerischen Begabung.

Und mit der Grösse der Aufgabe wuchs seine Kraft. Was Lisola in den letzten 8 Jahren seines Lebens in dieser Hinsicht geleistet hat, wird stets das Staunen und die Bewunderung des Betrachtenden erwecken. Mitten unter den schwierigsten diplomatischen Verhandlungen, unter Aufregungen, die einen anderen aufgerieben hätten, und obgleich von Krankheit gequält und an der vollen Entfaltung seiner Kräfte gehemmt, hat er wohl über 20 grössere Schriften verfasst;[1] eine wie die andere gleich ausgezeichnet durch

[1] Die Feststellung der von Lisola verfassten Schriften wird immer eine überaus schwierige Sache bleiben, da er dieselben theils ohne Autornamen, theils unter falschem Namen veröffentlichte. Ich gebe im Folgenden ein Verzeichniss der Schriften, die meiner Ansicht nach von Lisola herrühren; näheres findet sich gelegentlich im Texte. Belegen lässt sich die Autorschaft Lisola's bei den Nachfolgenden: 1) Bouclier d'Estat et de Iustice. 1667. 246 p. 2) Remarques sur le procedé de la France touchant la negociation de la paix. 1668. 54 p. 3) Suitte des fausses demarches de la France sur la negociation de la paix. 1668. 92 p.; darin ist auch enthalten 4) Remarques sur la lettre de Monsieur de Lyonne. 1668. 5) Reflexions sur la triple ligue, 1670 erschienen, 1669 verfasst. 4 Bl. 6) Discours touchant les pretentions de la France sur les places de Condé, Linck etc. 1671; 74 p. 1668 verfasst, dazu eine Continuation von 33 Seiten. 7) Dénoument des intrigues du temps. 1673. Brüssel; geschrieben Anfang 1672. 222 p. 8) Sauce au Verjus. 1674. 87 p. Ende 1673 verfasst. 9) Lettre d'un gentilhomme flammand. 1674. 5 Bl. 10) Détention de Guillaume Prince de Fürstenberg. 1674. 144 p. Ferner rühren von Lisola aller Wahrscheinlichkeit nach her: 11) La France démasquée. 1670. 28 p. 12) Traité politique sur les mouvemens présens de l'Angleterre contre ses intérêts. 1671. 13) Conférence infructueuse de Windischgrätz; Ende 1671. 120 p. 14) Sendschreiben eines lüttichschen Edelmannes an die Herren von Lüttich. 1672. 24. Febr. 15) Remarques sur le discours du Commandeur de Gremonville. 1673; verfasst 1672. 108 p. 16) Considerations politiques au Sujet de la guerre presente entre la France et la Hollande. 1673. 43 p. 17) Appel de l'Angleterre touchant la secrete cabale ou assemblée a Withael etc. 1673. 93 p. 18) Memoire du roy Tres-Chrestien a l'abbé de Gravel . . . avec la

die Fülle der Kenntnisse, durch die Klarheit der Auffassung, durch den Schwung der Darstellung. Es hat gewiss Diplomaten gegeben, die den Vergleich mit Lisola nicht zu scheuen brauchen, Schriftsteller, die ihm überlegen waren, aber ein Mann, der in so hervorragender Weise als activer Staatsmann und als Publicist zu gleicher Zeit eine so lange Reihe von Jahren hindurch gewirkt hat, wird wohl schwerlich noch einmal zu finden sein. Diese Thatsache allein macht es aber auch erklärlich, dass Lisola in verhältnismässig unglaublich kurzer Zeit so umfangreiche Schriften verfassen, dass er den Bouclier d'état et de justice innerhalb weniger Monate,[1] die Sauce au Verjus oder den Dénoûment des intrigues du temps in wenigen Wochen, die Lettre d'un conseiller d'état, oder die Détention de Guillaume de Fürstenberg in wenigen Tagen fertig stellen konnte. Der Diplomat Lisola stellte dem Publicisten die ganze Fülle seiner Kenntnisse zur Verfügung und dieser machte von dieser Erlaubniss den weitgehendsten Gebrauch. Daher auch der aussergewöhnlich starke Eindruck, den Lisola mit den besten seiner Schriften auf seine Zeitgenossen gemacht hat. Für uns, die wir seine Berichte kennen, in denen die in den Flugschriften entwickelten Ideen bereits deutlich vorgetragen erscheinen, die wir die Klärung verfolgen können, die sich bei Lisola im Laufe der Jahre vollzog, haben diese Schriften nicht mehr jene hohe Bedeutung, wie für die Zeitgenossen des seltenen Mannes. Man muss vergessen, was man weiss, man muss sich auf den Standpunkt des von den grossen Staatsactionen abseits stehenden Mannes des 17. Jahrhundertes stellen, der aus inhaltslosen Zeitungen und unver-

lettre d'un conseiller d'Estat. 1673. August. 63 p. 19) L'orateur françois 28 p. 20) L'Apologiste refuté 56 p. 21) Entretien sur les affaires du temps. 1674. 47 p. 22) Eclaircissements sur les affaires de Lorraine 1671. (Letztere Schrift habe ich nicht gefunden.) Die Gründe, welche für Lisola's Autorschaft der letzten 10 Schriften sprechen, hat Haller in seiner Schrift: „Die deutsche Publicistik in den Jahren 1668 bis 1674", angeführt; ich kann mich seiner Ansicht vollkommen anschliessen und möchte nur hervorheben, dass die eine oder andere dieser Schriften vielleicht von Kramprich oder von einem anderen Freunde Lisola's nach dessen Angaben niedergeschrieben wurde, z. B. die Schrift gegen Gremonville. Die Schriften 2—4, 6, 16 finden sich in dem Sammelbande der Wiener Univ. Bibl., der den Titel führt: „Plusieures pièces sur l'an 1671 et 1672" (H. Brit. M. I. 490.); die Schriften 8, 17—18, 21 in einem zweiten Sammelbande derselben Bibliothek (H. Franc. I. 1120). Beide Bände stammen aus der Bibliothek der Jesuiten. Eine Entscheidung, ob der „Veridicus Gallicus", 1671 erschienen, von Lisola verfasst ist, wage ich nicht zu fällen. Die von Grossmann „Lisola," l. c. 105. Anm. citirten Schriften No. 2 und 3 sind identisch.

[1] Vergl. Klopp l. c. I. 387 f.

ständlichen gelehrten Tractaten seine Kenntnisse von den politischen Bewegungen schöpfen musste,[1] um die tiefgehende Bewegung zu begreifen, die sich kundgab, so oft eine Schrift erschien, die durch ihren Inhalt auf Lisola als Verfasser hinwies. Denn das musste den Mitlebenden sogleich klar werden, dass hier nicht ein Mann schrieb, der seine Kenntnisse aus dritter Hand bezog, der das schlecht gehörte in unverständlicher Weise wiedergab, dass vielmehr hier ein Mann das Wort ergriff, der mitten in den Bewegungen stand, der nach allen Seiten hin thätig war, der von den geheimsten Plänen der grossen und der kleinen Höfe auf das genaueste unterrichtet war und mit rücksichtsloser Energie im Sinne der grossen Idee arbeitete, die er vertrat; selbst auf die Gefahr hin, von dem einen oder dem anderen des Treubruches — oft nicht ohne Berechtigung — beschuldigt zu werden. Was Lisola in diesen Flugschriften den Zeitgenossen mittheilte, geht weit über das hinaus, was heut zu Tage unsere Blau- und Gelbbücher von den Geheimnissen der diplomatischen Welt verrathen. Das Publikum, zu dem Lisola sprach, erhielt nicht nur Kenntniss von den Verhandlungen, die den kurz zuvor abgeschlossenen Verträgen vorangegangen waren, sondern auch von dem unmittelbar bevorstehenden Abschlusse solcher Bündnisse, von der Bedeutung derselben und von den Zielen der vertragschliessenden Mächte. Es erfuhr von den Plänen der vermittelnden Friedensmächte mehr, als diesen lieb sein konnte,[2] es wurde in Kenntniss gesetzt von den immer erneuerten Bemühungen der Franzosen, den Austausch der spanischen Niederlande zu erwirken,[3] von den verrätherischen Umtrieben der Franzosen in Ungarn, von der Betheiligung derselben an dem Mordversuche an Leopold I.,[4] von ihrer gleichzeitigen Förderung der Wahl des Neuburgers und des Prinzen von Condé in Polen, von bereits erfolgten und noch zu gewärtigenden Abmachungen Ludwig XIV. mit den verschiedenen Fürsten Europa's.[5] Und das alles in der leicht fasslichsten, hinreissendsten Form. Denn was alle Schriften Lisola's auszeichnet, was sie von den meisten der gleich-

[1] Ueber diese Verhältnisse vergl. die einleitenden Bemerkungen bei Haller: „Die deutsche Publicistik in den Jahren 1668—1674" und bei Zwiedineck-Südenhorst: „Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwig XIV."

[2] Entretien sur les affaires du temps.

[3] Remarques sur le procedé de la France.

[4] La France démasquée.

[5] Detentio Fürstenbergii.

zeitig erschienenen unterscheidet, was gestattet, sie den besten aller Zeiten an die Seite zu setzen, ist die begeisternde Beredsamkeit und Ueberzeugungskraft, die aus ihnen spricht. Es war bei Lisola, wie Rousseau es von sich schildert; auch ihn überkam ein unwiderstehlicher Trieb die Feder zu ergreifen, um des drückenden Gefühles ledig zu werden, das ihn erfasste und erfüllte, bis er sich davon frei geschrieben. Daher der wahrhaft grossartige Schwung, der seine Schriften auszeichnet, die Kraft der Ueberzeugung, die ihnen innewohnt und keinen Zweifel an der Richtigkeit des Gesagten bei dem Leser aufkommen lässt, so lange er unter dem Banne des Schriftstellers steht. Lisola verfasste seine Bücher mit der ganzen Begeisterung des Mannes, der von der Bedeutung seiner Mission erfüllt ist und die Kraft in sich fühlt, sie zu vollbringen. Er gehört zu den wenigen Auserlesenen, die mit dem Herzen schreiben, deren Schriften man auch mit dem Herzen lesen muss. Die Bedeutung des Inhaltes und die Schönheit der Form, in der er geboten wird, machen es begreiflich, dass Lisola's Schriften, wenngleich der Autor sich nicht nannte, leicht erkannt und mit Eifer gelesen wurden.[1] Ein neue Flugschrift Lisola's war ein Ereigniss, ein freudiges für seine Anhänger, ein trauriges für seine Feinde. Zumal die Franzosen fürchteten den Publicisten Lisola nicht minder als den Diplomaten. Die Vertreter Ludwig XIV. berichteten sogleich das Erscheinen einer neuen „fliegenden Scharteke"[2] nach Paris und die Schläge, die Frankreichs König und dessen Minister in diesem Federkampfe erhielten, werden nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, dass Ludwig XIV. die Gefangennahme Lisola's gleichwertig mit einem Siege bezeichnete. Aber auch nach dem Tode Lisola's wurden seine Schriften gelesen, von Neuem aufgelegt und kein glänzenderes Zeugniss für die Anerkennung, deren sie sich bei den besten der Zeitgenossen erfreuten, dürfte es geben, als die Thatsache, dass Leibniz, der selbst in dieser Richtung thätig gewesen ist und eine feine Empfindung für solche Dinge besass, noch 20 Jahre nach Lisola's Tode seiner als eines Meisters in dieser Kunst gedachte.[3] Und auch heute sind alle seine Schriften lesenswerth, ob-

[1] Im Dénoûment spricht Lisola von der Gier der Buchhändler, die seine Schriften ohne seine Erlaubniss in noch unfertigem Zustande in Druck legen.

[2] Haller, Franz von Lisola. Preuss. Jahrb. 1892. p. 534.

[3] Leibniz, Deutsche Schriften ed. Guhrauer II. 466. 1694. „Zwar dass man nicht nur mit dem Degen ficht, sondern auch die Schärfe einer wohlgespitzten

gleich unser Interesse an den in denselben behandelten Gegenständen ein weit geringeres ist, als das seiner zeitgenössischen Leser gewesen sein muss. Jede Waffe für den Kampf — und einen Kampf bedeutete jede seiner Schriften — steht ihm zu Gebote: Witz, Ironie, Zorn und Leidenschaft, alles weiss er zu gelegener Zeit und am rechten Orte zu verwenden. Er wird nie langweilig, auch da nicht, wo er schwierige Probleme erörtert; immer weiss er ein treffendes Wort einzufügen, das den Leser erfreut und ihm eine Erholung gönnt. Die zahlreichen juristischen Auseinandersetzungen lassen die Schärfe seines Verstandes erkennen. Da ist alles klar und deutlich zum Ausdrucke gebracht, was zum Vortheile seiner Sache dienen kann, alles widerlegt, was gegen dieselbe spricht. Er umzingelt seinen Gegner von allen Seiten und nöthigt ihn zur Capitulation. Das aggressive Vorgehen, das Lisola seiner Regierung in der Politik empfahl, das ihm im Kriege gegen Frankreich das einzig zweckmässige schien, hat er auch im geistigen Kampfe zur Anwendung gebracht. Er weist nicht nur die Angriffe seines Feindes zurück, sondern er schleudert ihm eine ganze Flut von Beschuldigungen an den Kopf. Seine ausserordentliche dialectische Fertigkeit ermöglicht es ihm auch schwer zu vertretenden Dingen eine gute Seite abzugewinnen[1] und noch heute ergeht es einem bei der Lecture solcher Stellen, dass man unter dem unmittelbaren Eindrucke seiner Auseinandersetzungen an die Berechtigung derselben glauben muss, obgleich man von ihrer Haltlosigkeit überzeugt ist.

Die Stärke Lisola's liegt aber in seinen persönlichen Angriffen; da ist er Meister. Man lese, um sich davon zu überzeugen, nur den Angriff gegen den Erzbischof von Embrun, dessen Servilismus in der treffendsten Weise gegeisselt wird,[2] oder die köstliche Sauce au Verjus, dessen Brief Lisola mit grösserer Aufmerksamkeit gelesen haben will, als er es verdiente, um schliesslich nach Entfernung

---

Feder brauchet, ist wohl und gut; allein es muss Art haben, so doch bey wenig neuen Büchern, die über die Staatsgeschäfte und gegenwärtige Läufte herauskommen, zu spüren. Denn fast nur allein diejenigen jetzo davon schreiben, die nichts davon wissen und siehet man jetzt unter den Scribenten keinen Lisola noch Verjus mehr."

[1] So z. B. in der Detentio Fürstenbergii, wo er versucht über die Verletzung der Neutralität Kölns hinwegzukommen; oder im Bouclier, wo er nachweisen will, dass Karl V. und Philipp II. niemals aggressiv gewesen sind.

[2] Der französische Redner.

alles überflüssigen Beiwerkes zu finden, „dass es nur ein armer kleiner Igel gewesen, der voller Stacheln war, um die Mängel eines abscheulichen und ungestalteten Leibes zu bedecken.“ Der französische Hof dulde ihn als einen waghalsigen Prahler, der jeden Auftrag übernimmt. Seine Behauptungen sind um so bewunderungswürdigere Früchte seines Genies, weil sie lediglich dem Verfasser ihre Realität verdanken; sein Buch schlägt man mit ähnlichen Empfindungen zu, wie jene braven Leute haben, die mit leeren Börsen nach Hause gehen, nachdem sie sich einige Zeit mit den Spielereien der Charlatane auf dem Pont-Neuf unterhalten haben. Oder man vergleiche die meisterhafte Schilderung der Grafen Fürstenberg, der Egonisten, „welche immerdar schwören candida de nigris et de candentibus atra“,[1] zumal Wilhelms, der so viele Personen darstellt und mehr Formen annimmt als Proteus, um Kaiser und Reich zu verhöhnen, der bald als französischer Oberst, beim Marsch der Truppen, bei Recrutirungen und Kriegsvorbereitungen thätig ist, und weit und breit den Schrecken des französichen Namens verbreitet, bald in der Gewandung eines Geistlichen das Kölner Kapitel mit heftigen Reden zum Frieden aneifert, der oft im Gewande eines deutschen Fürsten mit geheimer Kunst die Rolle eines französischen Emissärs spielt, die deutschen Fürsten durch verschiedenartige Täuschungen auf die Seite der Franzosen zu locken sucht, der nicht selten im Friedenskleide aufrührerische Schriften gegen den Kaiser im Volke verbreitet, häufig als Parlamentär, unter der Maske eines Friedensvermittlers, durch neue Bündnisse dem Kaiser neue Feinde zu erwecken sucht; immer ein anderer und doch stets derselbe.[2]

Dabei ist Lisola nicht blind für die Gaben seiner Gegner; er hebt die grosse Fähigkeit Gravels in der Kunst der Menschenbehandlung hervor;[3] er weiss die Vorzüge des Erzbischofes von

[1] L'Apologiste réfuté.

[2] Vergl. Detentio Fürstenbergii. 36 ff. In dem Sendschreiben an die Herren von Lüttich heisst es von Wilhelm: „Der in seiner Prälatur kein anderes Brevier, denn eine Flasche, keinen anderen Altar, denn eine Tafel von seiner Ueppigkeit und liederlichen Lebens hat.“

[3] In der Conférence Infructueuse de Windischgrätz p. 98 ff. heisst es: Gravelle a toutes les qualitez necessaires pour conduire une negociation importante; est tousiours actif et jamais surpris; il sçait l'air de donner une couleur fausse ou apparente au mensonge pour en faire une verité qui éblouisse, parce qu'il la voile et qu'il en couvre tous les endroits defectueux avec une éloquence et une présence admirable, qui entraîne les moins éclairez dans ses sentimens. A ce charme, qui est grand, il

Embrun zu schätzen, und mehr als man vermuthen sollte wird er der Bedeutung Ludwig XIV. gerecht. Freilich sind die Lobsprüche, die er dem Könige von Frankreich zu Theil werden lässt, in erster Linie dazu bestimmt, den Kaiser zu energischem Vorgehen zu bewegen und meist von den bittersten Vorwürfen über den unersättlichen Ehrgeiz Ludwig XIV. begleitet.[1] Aber man fühlt doch heraus, dass Lisola nicht unempfänglich für die Eigenschaften seines hochstehenden Gegners war, dass er die Grösse desselben verstand und würdigte. Und ebensowenig wie die Vorzüge seiner Gegner verkennt Lisola die Schwächen seiner Freunde und Gönner. Er lobt und preist Leopold I. ob seiner Gerechtigkeit und seiner Milde, er ruft dem Erzbischofe von Embrun zu: „wir haben nicht nöthig uns einen Kaiser zu wünschen, der die gerechte Sache vertritt, weil wir ihn haben, der alle Drangsal der Ungläubigen erduldet, darbei aber kein anderes Absehen hat als die Erhaltung der christlichen Religion";[2] aber er steht auch nicht an Leopold I. zu tadeln, der sich durch eine verderbliche Gutmüthigkeit die Verachtung der Seinen und der Fremden zugezogen habe, der sich nicht stark genug fühle seine eigenen Wege zu wandeln, auf den man im Reiche durch das Schicksal und durch eigenes Verschulden nur wenig hört.[3] Dass Lisola mit diesen Vorwürfen, die sich in den Flug-

en adjoûte un autre merveilleux, qui est la corruption qui porte coup et penetre, où il n'avoit fait qu'effleurer et s'arréter à la superficie. Et en cette face il romp les mesures saines que l'on prend pour le bien general de la Germanie; l'Empire et sa gloire touchent peu et on ne fait que deliberer sur une chose qui exige une diligence ailée; la conjoncture passe avec l'occasion et au lieu de prevenir, qui est le secret des estats et l'ame des expeditions, on attend et loin de faire une liaison utile, on souffre qu'un autre la brise et que sous main ayant attiré des princes dans le parti, il tende le piege et qu'il revienne avec les fers dont l'on a est échargé autrefois.

[1] Man vergl z. B. die Art, wie sich Lisola im französischen Redner über das „omnium clementissimus" Ludwig XIV. lustig macht; in der Conf. infructueuse heisst es p. 48: Il prend le ton de maistre e comme il sçait qu'on le craint, il pousse plus loin cette crainte, sur ce qu'elle imprime de la retenue et du respect pour sa démarche; andere Stellen im Texte.

[2] Der französische Redner. Vergl. auch L'Apologiste réfuté p. 35. „Leopold, qui ne pretend de l'acquerir que par les voyes honestes et dont le coeur est le thrône de la justice et de la pieté etc.

[3] Conf. infr. de M. Windischgrätz. ‚Et si l'Emperur parle on l'écoute peu, le destin et luy le voulant ainsi.' Die grosse Ehrfurcht Lisola's vor den Tugenden Leopold I. tritt am deutlichsten in einem Schreiben Lisola's an Grana vom 19. März 1670 hervor, als die Nachricht von der schweren Erkrankung Leopold I. im Haag bekannt wurde. Lisola schrieb damals: J'en suis si hors de moy, que je ne sçay ce que je fay.

schriften wie in seinen Berichten öfters nachweisen lassen und die, wie er wohl wusste, von seinen zahlreichen Gegnern dem Kaiser zugetragen wurden, dasselbe bewirken wollte, wie mit den wiederholten Lobeserhebungen Ludwig XIV., ist gewiss. Aber eben darum verdient Lisola unsere höchste Anerkennung und Bewunderung, weil ihm kein persönliches Opfer zu bedeutend schien, wenn dasselbe dem grossen Zwecke diente, der ihm stets vor Augen stand und dem allein er leben wollte. Und dieses Ziel, die Bekämpfung der Franzosen und ihres Königs, hat er in keiner der zahlreichen Schriften, die er in jenen Jahren in die Welt sandte, ausser Acht gelassen. Wie verschieden auch der Anlass und der Inhalt der einzelnen Flugschriften sein mag, die Lisola verfasst hat, wie verschieden auch die Kampfesmittel, deren er sich bediente, der tiefe Hass gegen die Franzosen, „deren Gewohnheit es ist, einen Freund mit einer Hand zu umarmen und mit der anderen zu ermorden,[1] die Angreifer sein und sich doch als Vertheidiger geben wollen,[2] die keinen grösseren Spott kennen, als ihre Gegner pour des Allemans zu nehmen,"[3] spricht aus jeder Zeile, die er geschrieben hat. Und immer wieder hat er in diesen für das grosse Publikum bestimmten Schriften den Grundsatz vertreten, der in all' seinen Memoiren an den Kaiser erscheint, dass es nur ein Mittel gebe, dieser stolzen Nation zu begegnen: die Waffen. „Francum amicum habeas non vicinum,"[4] „In ferro omne salus" und „Extremis malis extremum remedium adhibere"[5] ist seine Losung. „Lasst Euch nicht zu Sclaven machen, ruft er den Völkern zu, erhebt Euch, kämpft für die Freiheit. Lieber sterben als Freie, denn leben als Sclaven."[6] „Wenn

Bon Dieu, qu'est cecy que de malheurs l'un sur l'autre a des princes si vertueux en mesme temps que d'autres d'une vie si scandaleuse prosperent en toutes choses. Les jugements de Dieu sont toujours adorables, mais il faut esperer, qu'après avoir bien exercé la vertu de nos princes, il la couronnera non seulement en l'autre monde mais en celuy-cy. Lisola an Grana, 18. März 1670. St.-A. (Kriegsact.)

[1] L'Apologiste réfuté p. 25. Coutûme ordinaire de la France, qui en embrassant son amy d'une main, l'assassine de l'autre.

[2] Lettre d'un conseiller d'Estat p. 30, estant l'Agresseur il veut le nom de defenseur.. Schon 1668 hat Lisola in den Remarques sur le procedé de la France p. 25 behauptet: que leur (der Franzosen) dessein est de rendre la paix impossible dans l'effét, en mesme temps qu'ils témoignent de la vouloir faciliter en paroles.

[3] Ebd. p. 11.

[4] Dieser Satz findet sich in verschiedenen Schriften.

[5] Detentio Fürstenbergii.

[6] L'Apologiste réfuté.

wir nicht, schreibt er ein andermal, den Untergang unseres Staates, unserer Freiheit und unserer Ehre vorziehen, blos weil es Frankreich so gefällt, dann ist es nothwendig für das Wohl des Staates alle Kräfte zu einigen und gegen die zu marschiren, die uns mit so grosser Grausamkeit unterdrücken und die fürchterlichen Bestien zu erwürgen, die uns geschwächt haben, ohne dass wir ihnen Anlass dazu gegeben. Wir haben zum Widerstande nur zuviel Grund. „Fortitudo qua patria tuetur iustitia est." Und herrlich sind die Worte, die er unter der Maske eines Holländers den Deutschen zuruft: Sie mögen sich erinnern, an das, was Terlon gesagt hat, die deutschen Fürsten würden auf den Knieen mit dem Könige von Frankreich sprechen müssen; sie mögen zeigen und sie müssten es thun, dass sie noch Sorge tragen für die Freiheit, dass sie stark genug seien eine französische Armee zu bekriegen, wie sie dies früher gethan. „An uns aber ist es — fährt er fort — dieselbe Entscheidung zu treffen und zu bedenken, dass es sich hier nicht um Beugung des Kniees handelt, sondern um Haus und Altar, um die wahre Religion, um die Freiheit, um den Gewinnst unserer Arbeit, um die Ehre unserer Weiber und Töchter, um unser Glück und um unser Leben. Also betet, opfert, kämpft und zweifelt nicht an einem glücklichen Ende."[1]

Nicht als die glänzendste, wohl aber als die bedeutendste aller in diesem Sinne verfassten Schriften Lisola's wird man auch heute den „Bouclier d'état" bezeichnen müssen. Denn in dieser Schrift hat Lisola zum ersten Male mit rückhaltsloser Offenheit den Zeitgenossen die Ziele der französischen Politik, die aus der Durchführung der Pläne Ludwig XIV. für Europa erwachsende Gefahr und die Mittel kund gethan, derselben zu begegnen. Und darin, nicht in den juristischen Auseinandersetzungen werden wir die Bedeutung des „Bouclier" erkennen müssen. Oft genug sind die Gründe, die Lisola zur Abfassung seiner Schrift veranlasst haben, mitgetheilt worden. Man weiss, dass Ludwig XIV. bald nach seiner Verheirathung mit der spanischen Infantin Maria Theresia trotz der erfolgten Verzichtleistung derselben auf das spanische Erbe sich mit dem Gedanken beschäftigte, sobald als möglich in den Besitz der spanischen Niederlande zu gelangen, als jenes Theiles der spanischen Erbschaft, dessen

[1] Considerations politiques au Sujet de la guerre presente entre la France et la Hollande. Amsterdam, selon la copie flammande. 1673 p. 43.

er zur Durchführung seiner Pläne am dringendsten bedurfte; man weiss auch, dass er, um dieses Ziel zu erreichen, vorerst mit Philipp IV. über einen friedlichen Austausch verhandelte, dass er, von diesem abgewiesen, mit den Generalstaaten Verhandlungen anknüpfte und sich dann, als auch dieser Versuch gescheitert war, mit dem Kaiser, als dem Nächstinteressirten, über die Theilung des ganzen Besitzes zu einigen suchte. Erst nachdem auch dieser Plan gescheitert war, entschloss sich Ludwig XIV. gewaltsam vorzugehen und benützte, um dieser Gewaltthat einen Schein des Rechtes zu geben, eine alte brabantische Rechtssatzung, nach der Erbgüter eines Hauses immer den Kindern erster Ehe zustehen, so dass der in zweiter Ehe verheirathete Vater nur noch das Recht der Nutzniessung für Lebenszeit besitzt. Da nun Maria Theresia das einzige Kind Philipp IV. aus seiner ersten Ehe mit Elisabeth war, so war sie, da ihr Vater sich wieder vermählt hatte — unter der Annahme, dass dieses Localrecht in diesem Falle seine Geltung hatte — schon bei Lebzeiten ihres Vaters Rechtsinhaberin der betreffenden Gebiete und nach dem Tode desselben musste der Besitz ganz auf sie übergehen. Es wurde Ludwig XIV. begreiflicher Weise nicht schwer beredte Anwälte und Vertreter seiner auf dieser schwachen Grundlage aufgebauten Rechtsansprüche zu finden, unter denen Aubery am weitesten in der Geltendmachung der vermeintlichen Ansprüche Ludwig XIV. auf die spanisch-niederländischen Besitzungen, auf das Reich und auf die Kaiserkrone ging. Vornehmlich gegen Aubery ist denn auch die in wenigen Monaten mitten unter den schwierigsten Verhandlungen abgefasste Schrift Lisola's, sein „Schild des Staates" gerichtet. Auf das, was den eigentlichen Kern des Buches bildet, braucht hier nicht eingegangen zu werden;[1] wir wissen, dass Frankreichs Ansprüche unberechtigte waren, wir wissen aber auch, dass die spanische Successionsfrage nicht durch Rechtssprüche, sondern durch Waffengewalt entschieden worden ist. Aber auch den Zeitgenossen schien an Lisola's bald in allen Weltgegenden verbreiteter, in viele Sprachen übersetzter Schrift das werthvollste, die Offenheit, mit der

[1] Breite Auszüge aus dem Bouclier d'état gab Heinlein in seiner Schrift „Einige Flugschriften aus den Jahren 1667—1678 betreffend den zweiten Raubkrieg Ludwig XIV. Programm des Realgymn. in Waidhofen a. d. Thaya. II. und III. Theil 1880 und 1882. Vergl. auch Lefèvre-Pontalis l. c. I. 420 f. Zwiedeneck-Südenhorst: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gründung des preussischen Königthums. 286 ff.

hier zum ersten Male Frankreichs ehrgeizige Pläne klargelegt wurden und die Entschiedenheit, mit der Lisola im Namen des Rechtes und der Freiheit zum Kampfe gegen Ludwig XIV. aufforderte. Gleich im ersten Kapitel fand der Leser die Grundsätze ausgesprochen, die dann fast ein halbes Jahrhundert maassgebend gewesen sind für alle Gegner Ludwig XIV., vornehmlich jenen, dass Frankreich nicht für die Freiheit, sondern für die Sclaverei kämpfe, dass nicht das Haus Habsburg, sondern das der Bourbonen das Gleichgewicht Europa's störe.[1] „Alle Handlungen und das ganze Verfahren der Franzosen, schreibt er,[2] sind auf ein weites und hohes Ziel gerichtet; diese kostbare Rüstung, diese ausserordentlichen Ausgaben, diese enorme Verschwendung bei den Verhandlungen im Auslande, dieser Eifer Bündnisse zu schliessen, Minister zu gewinnen, jene zu beschäftigen, die Misstrauen gegen sie erwecken könnten, die wiederholten Versuche und die grossen Anerbietungen, die sie den Schweden gemacht haben, um das Reich zu zerstören, ihre ausserordentlichen Anstrengungen, die Polen durch Corruption oder durch Gewalt zur Wahl eines Nachfolgers den

[1] Sowohl im Bouclier, als auch in anderen Schriften hat Lisola, um Ludwig XIV. Haltung scharf genug kritisiren zu können, ohne die Wiener Regierung, die jeden Conflict mit Ludwig XIV. zu vermeiden wünschte, in Angst und Schrecken zu versetzen, das Mittel angewendet, zu behaupten, er könne nicht glauben, dass all dies von Ludwig XIV. selbst ausgegangen sei. So heisst es im Bouclier, Ludwig XIV. kann nicht die Schriften Aubery's und anderer veranlasst haben, „denn er habe doch mehr Genie, mehr Edelmuth, mehr Liebe für seine Gemahlin, als dass er erlaubt hätte, dass man das Andenken seines Schwiegervaters so entehrt; er habe mehr Sinn für die Sache der Könige, um es ruhig hingehen zu lassen, dass seine Schriftsteller sich an der Person der Könige vergreifen. Sodann hat er auch zu viel Gerechtigkeitssinn um zuzulassen, dass man den zärtlichen Vater als einen Tyrannen hinstellt, der seine Tochter enterbt und ihr eine eingebildete Mitgift gibt." Man kann sich denken, dass jeder wusste, wie fest Lisola davon überzeugt war, dass Ludwig XIV. den Auftrag ertheilt hat. Ebenso in anderen Schriften; im Dénoûment; in den Remarques sur le discours de Gremonville, wo es heisst: Il est vray, que l'on ne peut pas avoir trop bonne opinion des eminentes qualités du roy Trés-Chrestien; mais je ne sçay pas comment l'auteur du discours a eu le front d'alleguer au conseil de l'Empereur comme une preuve de l'affection et de la tendresse du roy son maistre envers le mesme Empereur et le roy d'Espagne une action, dont les ministres de la maison d'Aûtriche tant en Allemagne qu'en Espagne ont parlé comme d'une action perfide et abominable et dont ils se sont plaints comme d'un outrage si atroce, que ne voulant pas en accuser le roy, qui a trop de generosité pour y avoir voulu prendre part, ils se sont contentés d'en convaincre ses ministres.

[2] Bouclier d'éstat, franz. Ausgabe, 1667. p. 22.

Fundamentalgesetzen zum Trotze zu bewegen, sind Thatsachen, wohl geeignet auch die wenig Aufgeklärten davon zu überzeugen, dass dieser ganze grosse Apparat von Waffen und Intriguen etwas mehr bezweckt als die Eroberung einiger Provinzen, und sich nicht auf den einfachen Wunsch beschränkt, bloss einige Stücke durch einen Vertrag davon herauszureissen. Diese grossen Berge sind nicht dazu da, um Mäuse zu gebären, sondern um Flammen hervorzubringen, wie der Vesuv geeignet die ganze Nachbarschaft zu erfassen." Und am Schlusse der Abhandlung, nachdem er den Beweis geliefert, dass der Verzicht der Königin von Frankreich ein rechtmässiger und unwiderruflicher gewesen,[1] dass die Erbfolge in der Herrschaft von Brabant und anderer Provinzen nicht nach privatrechtlichen Gesichtspunkten in Anspruch genommen werden dürfe, dass, falls das Devolutionsrecht überhaupt gelten würde, nicht Ludwig XIV., sondern die Herzogin von Savoyen und deren Nachkommen die allein berechtigten Erben wären, dass Frankreichs Vorgehen einen Friedensbruch bedeute, dass Ludwig XIV., falls seine Ansprüche auch begründet gewesen wären, nicht so hätte vorgehen dürfen, sondern das competente Gericht um eine Entscheidung hätte anrufen müssen, fordert er in der ernsthaftesten Weise die Fürsten Deutschlands und Europa's auf, im Interesse des Rechtes und der Freiheit die Waffen zu ergreifen. „Denn unsere Sache, meint er als Spanier, ist auch die ihre, unserer Unruhe würde ihre Bestürzung, unserem Untergang ihr Ruin folgen. Es handelt sich hier darum, das Völkerrecht zu schützen, welches

[1] Es sei gestattet, die schöne Stelle hier einzufügen, p. 146, que s'ils veulent reduire contre toute sorte de raison les traittez publics entre les roys aux formes et subtilitez de chicane, ils doivent suivre les mesmes regles dans leur procedé. S'ils en veulent faire un procez, ils n'en peuvent pas faire une guerre. On n'a jamais veu pretendre des legitimes ou des reliefs le poignard sur la gorge, ny rescinder des contracts à coups d'espée, ny que les premieres citations se fassent avec quarante mille hommes. Ou decidons cette affaire par le droit public et par la foy d'un traitté solennel de couronne à couronne, ou si l'on veut la reduire aux formalitez du barreau, ne nous escartons point de son style, qui ne permet pas que la force entreprenne sur la justice . . . . . Aber man ist weit entfernt von der Gerechtigkeit; man will keinen anderen Richter als die Waffen. L'on employe ses propres loix contre elle-mesme, l'on luy fait mouvoir les difficultez, mais on ne luy permet pas de les resoudre; on veut qu'elle plaide, mais non qu'elle decide et en mesme temps qu'on la fait entrer au combat on luy lie les mains, on luy ferme toutes les avenues, on ne permet pas qu'elle prononce et l'on pervertit tellement l'ordre des choses que pour fonder un droit chimerique on en fait une cause particuliere et pour l'executer on en fait une d'Estat.

allen gemeinsam ist und zu verhindern, dass Grundsätze in die Welt eingeführt werden, die allen menschlichen Verkehr zerstören und die menschliche Gesellschaft so gefährlich machen würden, wie jene der Löwen und Tiger. Es handelt sich darum, den öffentlichen Glauben an Verträge zu vertheidigen gegen die Listen der Spitzfindigkeit, das Recht der Waffen zu erhalten in jenen Regeln und Formen, die durch die Uebereinstimmung aller Nationen aufgestellt worden sind und aus den Augen der Christenheit ein scandalöses Beispiel zu beseitigen, das durch traurige Schlussfolgerungen die Schwächsten der Discretion der Stärksten überantworten und die Gewalt zum alleinigen Richter in allen Fragen machen würde. Es handelt sich darum aufzuhalten den Lauf eines reissenden Stromes, gegen dessen Ungestüm der Friede, Heirath, Schwüre, Blut, Verwandtschaft, Freundschaft, Ergebenheit nicht genügend feste Dämme sind. Es handelt sich darum zu vertheidigen die gemeinsame Schutzwehr gegen ein weitgehendes Vorhaben, dessen Ursache die Gier nach Eroberungen, dessen Ziel die Herrschaft ist, dessen Mittel Waffen und Intriguen sind und das keine anderen Grenzen kennt, als jene, die das Schicksal ihm setzt. Es handelt sich hier endlich darum, das Geschick Europa's zu entscheiden, über seine Freiheit oder seine Sclaverei das Urtheil zu sprechen."[1]

Nicht als Spanier hat Lisola in dieser Schrift gesprochen, auch nicht als Unterthan des Kaisers; was er vorbringt ist seine Meinung als Weltbürger; als solcher verwahrt er sich auf das entschiedenste gegen die Behauptung der Franzosen, dass das Haus Habsburg das Gleichgewicht Europa's bedrohe, als solcher weist er auf das unwiderleglichste nach, dass gerade im Interesse des europäischen Gleichgewichtes der Kampf gegen Frankreich geführt werden müsse.[2] „Das einzige Mittel, darin gipfeln seine Auseinandersetzungen, besteht in sofortigem Ergreifen geeigneter Maassregeln gegen die Bestrebungen der Franzosen. Sie haben ein in allen Theilen geeinigtes Königreich, einigen wir uns und unsere Macht; ihre Ruhe beruht auf unserer Unruhe, suchen wir unsere Sicherheit in der Erniedri-

[1] Bouclier l. c. 223.

[2] Aehnliches findet sich auch in anderen Schriften Lisola's, z. B. Considerations etc. Il a de tout temps esté une maxime d'Estat de balancer les Estats de l'Europe de telle maniere qu'aucun d'entre eux ne vint à telle grandeur qu'il fut redoutable aux autres; oder im Appel de l'Angleterre l. c. 15.

gung ihres Stolzes; sie wirken durch die That, weisen wir die Gewalt mit Gewalt zurück; sie täuschen uns mit leeren Friedenshoffnungen, setzen wir uns in den Stand, sie zu verpflichten den Frieden ernst zu wollen; endlich sie fordern dies von allen, machen wir also auch unsererseits aus dieser Sache eine gemeinsame und setzen wir nicht unsere ganze Hoffnung auf die Gnade des Cyclopen, die nur durch ein unerhofftes Glück dem Ulysses vortheilhaft war."

Sechzehntes Kapitel.

Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des österreichisch-französischen Theilungsvertrages vom 19. Januar 1668.

Am Abend des dritten August 1667 traf Lisola nach einer gefährlichen Reise in London ein. Er hatte, als er das Festland verliess, Kunde davon erhalten, dass die Franzosen darauf aus seien, ihn zu fangen. Ihn zu schützen wurden mehrere Schiffe von den Niederländern zur Verfügung gestellt. Trotzdem entging er nur mit Mühe den Nachstellungen der Franzosen. Die ersten Unterredungen, die er auf englischem Boden führte, liessen ihn das beste hoffen. Er fand die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder geneigt, sich mit dem Hause Habsburg gegen Ludwig XIV. zu verbinden. Umso lebhafter bedauerte der kaiserliche Gesandte den Mangel einer entsprechenden Vollmacht. Unthätig zu bleiben war er aber nicht gewillt. Im Einvernehmen mit Molina, dem Gesandten Spaniens, suchte er die günstig gesinnten Parlamentsmitglieder für die Abfassung einer Bitte an den König zu gewinnen, durch die dieser zum Abschlusse eines Bündnisses mit dem Hause Habsburg aufgefordert werden sollte. Der Plan Lisola's gelang; die Vorbereitungen wurden getroffen.[1] Was Lisola fürchtete, war die Opposition Clarendons, dessen Feindschaft gegen das Parlament, die Auflösung der Versammlung. „Es ist zu bedauern, schrieb er in diesen Tagen, dass der König von England sich von so schlechten Principien leiten lässt und seine Beschlüsse nicht dem Wohle des Staates entsprechend, sondern nach Privat-

[1] Ruvigny berichtet von den intimen Beziehungen Lisola's zu den Parlamentsmitgliedern; vergl. Mignet l. c. II. 516.

rücksichten fasst, was ihn unzweifelhaft einst verderben wird.[1]" Was Lisola befürchtete, trat ein; der König vertagte, von den Plänen des Parlamentes in Kenntniss gesetzt, die Versammlung, bevor der zur Ueberreichung der Petition festgesetzte Tag erschienen war. Der kaiserliche Gesandte empfand tiefen Kummer über das Vorgehen Karl II. Bei der französischen Gesinnung Clarendons, bei dem Einflusse, den Ludwig XIV. Geld auf den König von England hatte, fürchtete Lisola, trotz des Friedens von Breda, eine weitere Annäherung Karl II. an Frankreich. Die Verpflichtung, die derselbe eingegangen war, ein Jahr lang Frankreichs Unternehmungen in den spanischen Niederlanden nicht zu hindern, konnte der Beginn einer engeren Verbindung sein. Und seine Befürchtungen mussten sich steigern, als er aus aufgefangenen Briefen, die ihm Castel-Rodrigo zusandte, und aus Mittheilungen, die ihm von anderer Seite her zukamen, ersah, dass Ludwig XIV. darauf aus war, den König von England mit dem Parlamente zu verfeinden, um dann den von ihm ganz abhängigen Karl II. nach Belieben zu leiten; dass zu diesem Behufe Ruvigny nach London befehligt und bevollmächtigt sei, dem englischen Könige die Mittel zur Erhaltung eines Heeres gegen die rebellischen Unterthanen zur Verfügung zu stellen, zu gleicher Zeit aber von demselben ein energisches Einschreiten im Sinne der Einsetzung Wilhelms von Oranien in Amt und Würden zu begehren, um auf diesem Wege neue Differenzen zwischen England und den vereinigten Niederlanden hervorzurufen.[2]

Umso dringender schien dem kaiserlichen und dem spanischen Gesandten eine directe Einwirkung auf den König von England. Lisola unternahm es, die Verhandlungen mit ihm zu führen. Die ersten Unterredungen liefen glatter ab, als er erwartet hatte. Er empfing den Eindruck, als sei Karl II. im Grunde seines Herzens dem Hause Habsburg nicht feindlich gesinnt, als freue er sich über die Schlappe der Franzosen, als sei die Abneigung des Königs gegen de Witt, aus der Karl II. kein Hehl machte, das Misstrauen in die Aufrichtig-

[1] Bericht Lisola's vom 5. August 1667. St.-A. (Angl.)

[2] Berichte Lisola's vom 20. August bis 19. Sept. 1667. St.-A. (Angl.) Ludwig XIV. erklärte in seinem Schreiben an Gremonville vom 22. Sept. 1667, Mignet l. c. II. 239, er wisse, dass der Kaiser Lisola nach London geschickt habe, um ein Bündniss zur Vertheidigung der spanischen Niederlande mit England, Schweden und den Generalstaaten zu schliessen; „je m'en vais m'appliquer de bonne sorte à empêcher que cette union ne se puisse faire".

keit der Generalstaaten die entscheidende Ursache seines Schwankens. Ohne die Staaten, äusserte er sich, könne er gegen Frankreich nicht kämpfen; ihnen eine gegen Ludwig XIV. gerichtete Allianz anzubieten, fürchte er aber, da er die Mittheilung dieses Planes an die Franzosen besorgen müsse.[1] Dagegen billigte er den Vorschlag Lisola's, auf indirectem Wege, durch die Vertreter des Kaisers und Spaniens, de Witt Kunde von seiner Geneigtheit zukommen zu lassen, ein Bündniss gegen Frankreich zu schliessen, allerdings nur nach erfolgter schriftlicher Erklärung des Kaisers, demselben beizutreten. Lisola war mit dem Resultate seiner Bemühungen nicht unzufrieden; die Aeusserungen Karl II. liessen die Hoffnung auf eine erfolgreiche Action zu. Dagegen zeigten die Minister des englischen Königs, zumal jene, die den auswärtigen Geschäften vorstanden, geringe Neigung auf seine Vorschläge einzugehen. Arlington, der Staatssecretär, meinte, England bedürfe der Ruhe; auch müsse man fürchten, dass Ludwig XIV. nach geschlossenem Frieden mit den Generalstaaten sich in die inneren englischen Angelegenheiten mischen werde. Lisola läugnete die Absicht der Staaten sich mit Frankreich zu einigen; dieselben würden, meinte er, vielmehr mit Ludwig offen brechen. Wohlan, erwiderte Arlington, wenn dem so ist, dann müssen sie als die mehr Interessirten das Eis brechen und uns die zur Ueberlegung nothwendige Zeit gönnen, bevor wir uns in eine so verwickelte, schwierige Angelegenheit einlassen, deren Erfolg unsicher ist.[2] Aber weniger Arlingtons als Clarendons Einfluss war es, den Lisola fürchtete. Denn Clarendon war nicht nur ein entschiedener Gegner des Hauses Habsburg, sondern seine Meinung galt noch immer bei Karl II. mehr als die jedes Anderen. Aber auch diese grösste Schwierigkeit wurde in der erwünschtesten Weise beseitigt. Der langjährige Kampf, den die englische Nation gegen den Günstling Karl II. geführt hatte, nahte seinem Ende. Der Eifer der Gegner Clarendons war durch die ihm zugeschriebene Vertagung des Parlamentes um ein wesentliches gestiegen, sein Sturz schien ihnen eine unerlässliche Vorbedingung für eine gedeihliche Fortentwickelung der Verhältnisse. Clarendon war von dem lebhaften Treiben seiner Feinde unterrichtet; er wusste, dass bei Wiedereröffnung des Parlamentes der Kampf gegen ihn erbitterter als je

[1] Bericht Lisola's vom 30. August 1667. St.-A. (Angl.) Priorato l. c. 409 f.
[2] Arlington Lettres l. c. 329.

geführt werden würde. Er suchte sich zu retten, indem er die Schuld an der missliebigen und verfehlten Politik Arlington zuschob, den sein geheimer Katholicismus ohnehin den Engländern verdächtig machte. Es wird nicht in letzter Linie den ununterbrochenen Bemühungen Lisola's zugeschrieben werden müssen, dass die Pläne Clarendons durchkreuzt wurden. Wo er nur irgendwie konnte, suchte Lisola für den Sturz des Kanzlers zu wirken, in dem er das grösste Hinderniss einer Versöhnung zwischen Karl II. und dem Parlamente sah, die er den Franzosen zum Trotze durchzusetzen entschlossen war. Den vereinten Anstrengungen seiner zahlreichen Gegner erlag Clarendon. Im September 1667 liess ihm der undankbare König die Siegel abfordern. Clarendon ging wieder in die Verbannung; diesmal nicht in der stolzen Zuversicht, glänzender zurückzukehren als er weggegangen, vielmehr tief bekümmert über den Verrath, den Karl II. an ihm geübt, er, dessen Dienste er ein Leben angestrengtester Arbeit geweiht hatte. Mit dem grossen Staatsmanne, der Karl I. berathen, mit Thomas Wentworth, durfte auch Clarendon vor dem Vertrauen in die Versprechungen eines Königs warnen.

Das englische Volk jedoch jubelte über den Sturz des verhassten Mannes, den es für die Seele einer verfehlten, die Interessen des englischen Volkes ausser Acht lassenden Politik, für den Verführer eines im Grunde seines Herzens gut gesinnten Fürsten hielt. Und mit dem englichen Volke jubelte auch Lisola. Die Vorwürfe, die er von seiner Regierung zu hören bekam, weil er sich in die inneren Angelegenheiten Englands eingemischt habe, trug er leicht;[1] er wusste, dass Leopold I. genöthigt sei, ihm solche zu machen, um sich Ludwig XIV. gegenüber zu rechtfertigen, der durch Gremonville laute Klagen über die Kühnheit des kaiserlichen Vertreters in London erhob. Im Uebrigen fuhr Lisola fort die Niederlage Clarendons als einen Sieg der Gegner Frankreichs zu feiern. „Der König und Arlington, schrieb er am 12. September an den Kaiser, sind jetzt darauf aus, die Saat der Beschwerden und des Hasses auszurotten und sich mit dem Parlamente völlig auszusöhnen. Der spanische Gesandte und ich arbeiten dafür nach Maass unserer Kräfte. Gewiss ist, dass dies sowohl dem Könige sehr lieb, als auch für unsere Sache durchaus nothwendig ist; denn solange zwischen dem Könige und

[1] Ueber die Bedeutung des Sturzes Clarendons für die allgemeine Sache vergl. auch das Schreiben Lisola's an Pötting, 24. Sept. 1667. St.-A.

dem Parlamente gegenseitiges Misstrauen herrscht, ist nicht zu hoffen, dass England sich mit Ernst und Nachdruck an den auswärtigen Angelegenheiten betheiligt."[1] Und wenige Tage darauf: „Damit ich E[r]. M. meine geringe Meinung über diese Bündnissangelegenheit vorbringe. Der Erfolg der ganzen Sache beruht auf zwei Dingen; 1° dass die Versammlung des Parlamentes gut vor sich geht und zwischen König und Parlament eine feste Verbindung stattfindet; 2° dass die Holländer diesem Bündnisse ehrlich beitreten. Geschieht dies, so zweifle ich nicht an dem Erfolge der Verhandlungen; misslingt aber eines dieser beiden Vorhaben, dann bleibt kaum Hoffnung auf Erfolg übrig."[2] Lisola hatte Recht; von dem Zusammengehen des englischen Volkes mit seinem Könige und von der Stellung der Generalstaaten zu den Allianzplänen hing der weitere Verlauf der Begebenheiten ab. Gelang es, Karl II. zu einem ehrlichen Verzichte auf unbegründete Ansprüche, die Generalstaaten und den Leiter ihrer Politik, de Witt, zu energischem Vorgehen gegen Ludwig XIV. zu vermögen, dann durfte man hoffen mit Hilfe der Spanier den Kampf gegen die Franzosen mit Erfolg zu führen. Allein in beiden Punkten entsprach das Resultat den Erwartungen nicht. Zwar die Stimmung des englischen Volkes liess nichts zu wünschen übrig. Der Hass der Engländer gegen die Franzosen nahm von Tag zu Tag zu. Leute, die französische Gewänder trugen, waren öffentlichen Insulten ausgesetzt.[3] Auch im Parlamente hatten Molina und Lisola einen starken Anhang; angesehene Mitglieder des Hauses versicherten auf Ehrenwort, gleich zu Beginn der Verhandlungen von dem Könige den Abschluss eines Bündnisses mit dem Hause Habsburg fordern, ihm die Mittel zur Kriegsführung zur Verfügung stellen zu wollen. Dagegen liess die Gesinnung des Hofes viel zu wünschen übrig. Ruvigny's Einfluss und die Wirkung des französischen Geldes machten sich von Neuem geltend. Das klingende Geld, schrieb Ruvigny nach Paris, überzeugt hier mehr als alle Gründe.[4] Was half es Lisola und Molina, dass sie die Behauptungen des französischen Gesandten zu widerlegen suchten, als seien die spanischen Niederlande nicht mehr zu retten, als sei die französische

[1] Bericht Lisola's vom 12. Sept. 1667. St.-A. (Angl.)

[2] Bericht Lisola's vom 19. Sept. 1667. St.-A. (Angl.)

[3] Bericht Lisola's vom 26. Sept. 1667. St.-A. (Angl.)

[4] Für Ruvigny's Aufenthalt in London; Mignet l. c. II. 518 ff.; Lefèvre-Pontalis I. 443 f.; 525.

Partei in Madrid stärker als die des Kaisers. Ruvigny's Goldstücke siegten. Dass Karl II. dem französischen Gesandten seine Vermittelung in dem spanisch-französischen Conflicte anbot, hätte Lisola nicht erheblich beunruhigt, wohl aber die Bereitwilligkeit, mit der Ruvigny, die Friedensliebe seines Herrschers betonend, darauf einging. „Ich zweifle nicht, schrieb er am 3. October an Lamberg, dass die Franzosen die Vermittelung annehmen werden, um den Winter vorübergehen zu lassen und dann loszubrechen. Das grösste Unglück meines Lebens ist aber, dass man meinen Behauptungen keine Beachtung schenkt, bis der Ausgang die Richtigkeit derselben erweist. Und wenn auch diesmal die Angelegenheit nicht so ausgehen wird, wie ich behaupte, falls wir nicht vorsichtig einer Katastrophe vorbeugen, will ich niemals mehr Glauben verdienen. Denn ich behaupte nicht bloss vermuthungsweise, sondern auf Grund bestimmter und zuverlässiger Informationen und Documente, dass die Franzosen nimmer ernstlich an den Frieden denken werden, wenn sie nicht eine starke bewaffnete Macht gegen sich vereinigt sehen."[1] Die Befürchtung Lisola's bezüglich Karl II. zeigte sich alsbald als eine berechtigte. Als das Parlament zusammentrat, das über die mit dem Hause Habsburg zu schliessende Allianz berathen sollte, waren die Führer der Bewegung, unter ihnen der mit durch Lisola's Bemühungen emporgekommene Buckingham, bereits auf die Seite der Franzosen getreten, hatte Karl II. in geheimen Abmachungen mit Ruvigny neuerlich seine Bereitwilligkeit erklärt, in dem Kampfe der Franzosen gegen die Spanier neutral zu bleiben. Von diesem Wechsel der Gesinnung Karl II. hatte Lisola vorerst keine Kenntniss erhalten; er rechnete noch im Laufe des Monates October mit der Möglichkeit eines Erfolges.[2] Nicht von England, sondern von den Niederlanden her glaubte er vorerst für seine Pläne fürchten zu müssen.

Denn de Witt zeigte nur geringe Neigung, sich im Interesse der allgemeinen Sache in einen weitaussehenden Krieg einzulassen. Für ihn persönlich hatte der Friede einen ganz besonderen Werth. Er hatte durch das Zustandekommen desselben seine Stellung befestigt, die Engländer hatten es nicht gewagt, für die Statthalterschaft Wilhelms von Oranien einzutreten. Nur ein Krieg, nur eine entscheidende Niederlage der Generalstaaten konnte die

[1] Bericht Lisola's an Lamberg, 3. Oct. 1667. St.-A.

[2] Berichte Lisola's vom 17. und 24. Oct. 1667. St.-A. (Angl.)

zahlreichen Feinde de Witts zum Siege führen. Um sich nach allen Seiten hin zu sichern, verhandelte er mit allen Mächten. Er gab Lisola und den Vertretern des Königs von England das bestimmte Versprechen, auf das entschiedenste gegen das Vorgehen der Franzosen zu protestiren[1] und berieth zu gleicher Zeit mit den Abgesandten Ludwig XIV. über die Bedingungen, unter denen der Franzose die Waffen niederlegen würde.[2] Spanien verlassen, hiesse Frankreich die Niederlande zum Geschenke machen, allein für dieselben kämpfen, wäre Wahnsinn; es bleibt also nichts als die Aussöhnung vorzuschlagen; das war bereits damals de Witts ehrliche Ueberzeugung.[3] Der Gedanke, Spanien zum Frieden zu zwingen, falls Ludwig XIV. sich mit einem Theile der spanischen Niederlande, etwa mit dem bereits in Besitz genommenen, begnügen wollte, war bereits bei diesen ersten Verhandlungen geäussert worden.[4] Den Plänen Lisola's entsprach derselbe durchaus nicht. Ueberhaupt bereitete ihm de Witts Vorgehen eine unerwartete Enttäuschung. Wie wenig entsprachen seine jetzigen Erklärungen seinen früheren Versprechungen; wie lange liess er sich bitten, bis er die Absendung zweier Deputirter nach London versprach, um dann nur einen mit unzulänglichen Vollmachten dahin zu senden.[5] Karl II. Misstrauen gegen de Witt musste unter diesen Umständen wachsen. Er forderte, dass die Staaten sich zuerst erklären mögen. „Wenn der König von Frankreich Herr der spanischen Niederlande ist, hat er noch eine grosse Festung, das Meer, welches ihn von England trennt; es sind also die Staaten, die zuerst den Tanz beginnen müssen."[6] Karl II. forderte auch schriftliche Propositionen der Staaten, um sich gegen etwaigen Verrath sicher zu stellen. Meermann — der staatische Deputirte — weigerte sich, eine solche zu

---

[1] Vergl. für die Verhandlungen mit William Temple; Courtenay, Life of Sir Will. Temple I. 118; und Lefèvre-Pontalis l. c. I. 444 ff.

[2] Viele Mittheilungen darüber. sowie das Project vom 18. Nov. 1667 in den von Lisola verfassten „Remarques sur le procedé de la France touchant la negociation de la paix.

[3] De Witt an die staatischen Deputirten in London. 6. April 1668; vergl. Lefèvre-Pontalis I. 430 f.

[4] Vergl. Mignet l. c. II. 487 ff.; Lefèvre-Pontalis I. 432 ff.; Mém. d'Estrades IV. 384 ff.; Mém. de Pomp. 415 ff.

[5] J. Meermann.

[6] Meermann an de Witt, 27. Nov. 1667; vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. I. 443. Die Darstellung Lefèvre-Pontalis ist meiner Ansicht nach etwas zu günstig für de Witt und für die Staaten.

geben; er wolle, erklärte er, die Ankunft seines Collegen abwarten. Bis diese erfolgte, verstrichen Wochen. Die Ungeduld Lisola's wuchs. Er wusste, dass die Entscheidung über das Schicksal Europa's in den Händen de Witts lag, dass Karl II. ohne der Unterstützung der Staaten sicher zu sein niemals seine Einwilligung zum Kampfe gegen Ludwig XIV. geben werde, dass die Schweden, deren Vertreter in London erwartet wurden, ohne Sicherstellung der von ihnen geforderten Geldsummen seitens der Staaten die Waffen niemals ergreifen würden. Und um so peinlicher war dem kaiserlichen Gesandten das Vorgehen de Witts, als die Haltung der Spanier die Bedenken Karl II., sich mit dem Hause Habsburg zu verbinden, nur mehren konnte. Noch Mitte November musste Molina erklären, er besitze keine Vollmacht zum Abschlusse eines Bündnisses mit England, und als dann Karl II. auf Lisola's Drängen seine Einwilligung dazu gab, mit Molina als Abgesandten Castel-Rodrigo's zu verhandeln, zeigte es sich, dass die Spanier durchaus nicht gewillt waren, die Forderungen der Engländer zu billigen, die neben Handelsvortheilen, Subsidien zur Erhaltung der nach den spanischen Niederlanden zu sendenden Truppen begehrten. Lisola war über die Haltung der Spanier entrüstet; er wusste was auf dem Spiele stand. „Die Lage der Dinge ist so", schrieb er, „dass wir zwar nicht verzweifeln müssen, aber keineswegs vertrauensvoll in die Zukunft blicken können; zumal seitens des spanischen Hofes so langsam und lau vorgegangen wird, während die Noth der Zeiten erforderte, dass wir uns so oder so entscheiden, keineswegs aber uns mit leeren Hoffnungen täuschen. Denn es ist Zeit sich für den Krieg oder für den Frieden zu entschliessen. Den letzteren aber ohne Bündniss und Waffenbereitschaft zu erhoffen, ist lächerlich. Wenn also die Engländer innerhalb kurzer Zeit zu einer bestimmten Aeusserung nicht gebracht werden können, bleibt kein anderes Mittel übrig, als mit den Schweden und mit den Staaten zu verhandeln, denen sich zweifellos viele Fürsten des Reiches anschliessen werden." Und schon war es den immer erneuerten Bemühungen Lisola's gelungen, die Vertreter der Staaten zu etwas besseren Erklärungen zu vermögen. Sie äusserten ihre Bereitwilligkeit in Verhandlungen einzutreten, wenn sie nur darüber Sicherheit erlangen könnten, dass England unter keinerlei Umständen gegen sie kämpfen werde. Castel-Rodrigo dagegen beharrte auf seiner Forderung, dass zunächst mit England verhandelt werde. „Wie sich die Dinge aber auch gestalten mögen, schliesst Lisola diese Auseinandersetzungen, gewiss ist, dass

weder die Engländer, noch die Schweden, noch Brandenburg, selbstlos einen so gefährlichen und kostspieligen Krieg führen werden, sondern dass jeder einzelne von den Spaniern etwas fordern wird."[1]

Als dieses Schreiben in die Hände der Wiener Räthe gelangte, hatten diese bereits Gelegenheit gehabt sich zu überzeugen, wie richtig der Gesandte in London die Verhältnisse beurtheilte. Die Bemühungen, eine starke Einigung gegen Ludwig XIV. zu Stande zu bringen, waren seit dem Ende des Monates Juli rastlos fortgesetzt worden;[2] auch in diesen Monaten freilich mit geringem Erfolge. In Stockholm hatte die Nachricht von dem zu Breda erfolgten Friedensschlusse wohl einen rascheren Verlauf der Verhandlungen zur Folge;[3] allein der Eigennutz und das Misstrauen der Mehrzahl der schwedischen Räthe traten Basserode bei jedem Schritte hinderlich in den Weg. Magnus de la Gardie, der das Verdienst in Anspruch nehmen konnte, aus seiner Abneigung gegen Oesterreich kein Hehl zu machen, wagte es, dem Vertreter Leopold I. in's Gesicht zu sagen, er sei nur nach Stockholm gesendet worden, um die Schweden auszukundschaften, nicht um einen Vertrag zu schliessen; Lisola thue an anderen Orten dasselbe; es geschehe dies nur, um Schweden der Freunde zu berauben, die es noch habe.[4] Er klagte über Leopold I. Vorgehen in Polen und Dänemark, betonte, dass das unter Wrangel stehende Heer auf Schwedens Kosten nicht erhalten werden könne, aber ebenso wenig verabschiedet werden dürfe. Es sei Sache des Kaisers, sich zu äussern, den Schweden Anerbietungen zu machen; denn die Gefahr drohe in erster Linie Leopold I. und seinem Hause. Und als es endlich zu den Verhandlungen über die Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens kam, reihten die Schweden Forderung an

[1] Bericht Lisola's vom 18. November 1667. St.-A. (Angl.)

[2] Dass Leopold in dieser Zeit entschlossen war, energisch vorzugehen, wenn er auf eine entsprechende Unterstützung rechnen konnte, bezeugt auch Gremonville; vergl. seine Schreiben vom 21. Juli und 7. August 1667. P.-A. Unrichtig ist jedoch, wenn Mignet II. 224, Gremonville vertrauend, die Ansicht ausspricht, der Kaiser habe sich durch Gremonville's Drohungen veranlasst gefunden, von weiteren Rüstungen abzusehen. Der Einfluss Gremonville's auf Leopold I. ist von Mignet und anderen Forschern sehr überschätzt worden. Auch die Venetianer berichten von der kriegerischen Gesinnung, die im Laufe des Herbstes 1667 am Wiener Hofe herrschte; Berichte vom 17. Juli, 14. Aug., 19. Sept. 1667. St.-A. (Dispacci.)

[3] Bericht Basserode's vom 6. Aug. 1667. S.-A. (Suec.); vergl. auch Mignet l. c. II. 311.

[4] Bericht Basserode's vom 20. Aug. 1667. St.-A. (Suec.)

Forderung. Es gab kaum einen Artikel in dem kaiserlichen Projecte, an dem sie nicht etwas auszusetzen hatten.[1] Sachliche und formelle Bedenken wechselten mit einander ab. Die wesentlichsten betrafen die Höhe der von beiden Theilen zu stellenden Truppenzahl, die von den Schweden begehrten Subsidien und die denselben in der bremischen Angelegenheit zu gewährenden Begünstigungen. Die Schweden fanden es ungerecht, dass sie 4000, die ungleich mächtigeren Herrscher von Österreich und Spanien bloss je 8000 Mann der gemeinsamen Sache zur Verfügung stellen sollten; sie fanden es unbegreiflich, dass man ihnen keine Subsidien zahlen wollte und forderten als eine conditio sine qua non Berücksichtigung ihrer Wünsche bezüglich Bremens, Förderung ihrer Handelspolitik und Wahrung ihrer religiösen Interessen.[2]

Und je häufiger Basserode mit ihnen berieth, je eifriger er bestrebt war, die Unerfüllbarkeit solcher Forderungen zu betonen, desto schroffer beharrten sie auf denselben, indem sie zu den alten neue hinzufügten.[3] Trotzdem glaubte Basserode, ein begeisterter Vertreter der Lisola'schen Ideen, nicht verzweifeln zu müssen. Er erkannte ganz richtig, dass die Hauptschwierigkeit in der Ordnung der Subsidienfrage bestehe. Er empfahl daher seinem Hofe auf das dringendste ein Entgegenkommen in diesem Punkte. Seine Mahnung machte Eindruck. Man ertheilte ihm Vollmacht, 100 000 Gulden für 4000 Mann, 600 000 Gulden jährlicher Subsidien für 24 000 Mann anzubieten und gestattete ihm, gradatim für die erstere Zahl bis zum sechsten Theile einer Million, für die letztere bis zu einer Million Gulden zu gehen. Aber nicht der Kaiser wollte sich zur Leistung dieser Summe verpflichten, sondern lediglich versprechen, bei Spanien für die Gewährung zu wirken. Eine Zusage bezüglich der bremischen Angelegenheit zu geben, hielt die Wiener Regierung für unerlaubt, doch wurde Basserode beauftragt, den Schweden nicht jede Hoffnung auf Berücksichtigung ihrer diesbezüglichen Wünsche zu nehmen. Bevor aber diese Weisung in Basserode's Hände gelangen konnte, war in Stockholm eine Wendung zum Schlechteren eingetreten. Die Schweden traten mit immer neuen Einwendungen gegen das österreichische Project hervor und drängten

[1] Bericht Basserode's vom 7. Sept. 1667. St.-A. (Suec.)

[2] Bericht Basserode's vom 10. Sept. 1667. St.-A. (Suec.)

[3] So sollte z. B. den Dänen der Eintritt in das Bündniss nicht gestattet werden, weil sie sich den Schweden gegenüber nicht freundlich genug aufgeführt hätten. Basserode, 10. Sept. 1667. St.-A. (Suec.)

durch ihr Benehmen dem kaiserlichen Gesandten die Ueberzeugung auf, dass es ihnen lediglich um das Geld zu thun sei.[1] Zu gleicher Zeit erfuhr Basserode, dass die Schweden sich bereit erklärt hätten, zwischen Frankreich und Spanien zu vermitteln, eine Aufgabe, die mit einem offenen Kampfe gegen Frankreich, der doch das Endziel der Einigung mit dem Kaiser bilden sollte, nicht vereinbar war. Wenn Basserode trotzdem in seinen Berichten immer wieder für den Abschluss der Verhandlungen eintrat, so geschah dies, weil er der festen Ueberzeugung war, dass nur auf diesem Wege der Uebertritt Schwedens in's Lager der Franzosen verhindert werden könne.[2] Um so peinlicher musste es ihn daher berühren, als er aus des Kaisers Weisung ersah, dass dieser die zur Befriedigung der Schweden nothwendigen Gelder keineswegs selbst zur Verfügung stellen, sondern blos bei den Spaniern für die Uebernahme dieser Verpflichtung wirken wolle. Unter diesen Umständen hielt er es für unerlässlich, seine Regierung auf die aus einem weiteren Zögern zu befürchtenden Gefahren aufmerksam zu machen und nochmals für den sofortigen Abschluss unter günstigen Bedingungen in Stockholm oder für die Fortführung der Verhandlungen in London einzutreten.[3] „Gewiss ist, so fasste Basserode Ende November 1667 sein Urtheil zusammen, dass die wenigsten Schweden für die Franzosen sind, da alle die drohende Gewalt derselben fürchten. Pomponne klagt selbst darüber; trotzdem aber, obgleich die Schweden wiederholt ihre gute Absicht betonen, halte ich jenes Wort des Tacitus für überaus wahr: quod nihil rerum mortalium tam instabile ac fluxum sit quam fama potentiae non sua vi nixae. Ich könnte daher im Hinblicke auf die wechselnde Stimmung dieses Hofes und auf dessen von dem Winke anderer abhängigen Beschlüssen nicht rathen, andere Wege der Vertheidigung einzuschlagen; denn es könnte leicht geschehen, dass Frankreich für die Mediation Geld

[1] Was N. Brahe am 1. Oct. 1667, vergl. Carlson l. c. IV. 494, im Rathe sagte: „Lasst uns thun, wie Kaufleute, die ihren Gewinn suchen; lasst uns nach den Bedingungen, welche die vortheilhaftesten sein können, trachten; Geld genug zu bekommen und nichts dafür zu thun, als stille zu sitzen, doch so, dass wir unsere Truppen, wie sie jetzt stehen, für alle Fälle bereit haben;" war die allgemeine Ansicht. Vergl. auch Mignet II. 318 ff.; wo zu ersehen, dass die Schweden auch Frankreich gegenüber vornehmlich die Geldfrage im Auge hatten.

[2] Bericht Basserode's vom 26. Oct. 1667. St.-A. (Suec.)

[3] Bericht Basserode's vom 16. Nov. 1667. St.-A. (Suec.)

anbietet und die Partei Gardie's, wenn sie auch schwach ist, andere an sich zieht."[1]

Man sieht, auch in dieser Zeit war auf die Schweden kein Verlass; Bedenken und Zweifel jeder Art machten sich geltend; sie lehnten nicht ab, sagten aber auch nicht zu. Mit einem solchen Freunde liess sich der Kampf gegen Ludwig XIV. nicht wagen. Und ähnlich wie mit den Schweden hatten sich die Verhandlungen mit Friedrich Wilhelm von Brandenburg gestaltet. An der aufrichtigen Gesinnung des Kurfürsten wird sich zwar auch in den Herbstmonaten des Jahres 1667 nicht zweifeln lassen. Nicht nur Goess, sondern alle jene Männer, die in jenen Tagen Gelegenheit hatten, mit Friedrich Wilhelm zu sprechen, empfingen den Eindruck, als denke er ernstlich an die Abwehr der französischen Uebergriffe.[2] In diesem Sinne waren die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Sachsen zu Zinna, seine Bemühungen, die Schweden zu gewinnen, gedacht; in diesem Sinne zeigte er sich geneigt, die Prorogation der rheinischen Allianz zu verhindern, die braunschweigischen und andere Fürsten von der Nothwendigkeit einer bewaffneten Abwehr der französischen Uebergriffe zu überzeugen. Aber auch er war, so sehr er auch im Interesse des Reiches den Kampf gegen Ludwig XIV. wünschte, und so zweifellos er seinerseits bereit gewesen wäre, sich mit einer entsprechenden Truppenzahl an demselben zu betheiligen, keineswegs geneigt, sich in den Kampf mit dem übermächtigen Gegner zu stürzen, wenn er nicht mit grösster Wahrscheinlichkeit auf einen Erfolg und auf die Berücksichtigung seiner besonderen Wünsche rechnen konnte. Wie alle anderen Fürsten Deutschlands fürchtete auch er durch eine entschiedene, vorzeitige Erklärung die Rache des Mannes auf sich zu laden, der ihn noch immer unter glänzenden Bedingungen zum Bundesgenossen zu gewinnen suchte.

---

[1] Bericht Basserode's vom 23. Nov. 1667. St.-A. (Suec.)

[2] Vergl. dafür neben der bereits erwähnten Literatur, Droysen, Pufendorf, Urkunden und Acten etc., neuestens Arthur Strecker, „Franz von Meinders" 1892, der auch Acten des Arolsner Archives benutzen konnte. Wenn Strecker p. 22 meint, Lisola habe auch wie Waldeck für eine Balance zwischen Frankreich und Spanien gewirkt, so irrt er. In seinen Berichten wie in den von ihm verfassten Flugschriften hat Lisola vielmehr ausdrücklich betont, dass Spanien nicht im entferntesten Frankreich die Wage halten könne. Mit Waldeck, dessen Ansichten in dieser Zeit Strecker eingehend erörtert, p. 23 f., ist Lisola damals in regem Verkehre gestanden.

Als daher Goess an Friedrich Wilhelm mit der Forderung herantrat, er möge das im Vorjahre geschlossene Bündniss erweitern, die spanischen Niederlande in dasselbe aufnehmen, begehrte der Kurfürst, in dem er seine dem Kaiserhause treue Gesinnung betonte, Zeit zur Ueberlegung. Goess aber glaubte nach den weiteren Eröffnungen Friedrich Wilhelms und seines leitenden Ministers Schwerin, die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, „dass der Churfürst, es werde dann eine gute Partei gemacht, sich nit leichtlich in einen Krieg wider Frankreich einlassen werde; wann aber die Party gemacht künnte werden, sehe ich wohl, dass er für seine Person darzu inclinirt; die Räthe aber werden sehr langsam darin gehen, maassen ich verspüre, dass ihre consilia auf Dilatation und Gewinnung der Zeit gehen und wanns auch endlich darzu kommen solle, so werden alsdann die propositiones, von welchen ich zum öfftern geschrieben, wegen der Conditionen, so man dem Churfürsten zu machen, herfürkommen. Jnterim inculcirt man, dass der Churfürst liberas manus zu behalten[1]."

Vergebens bemühte sich Goess, dem Kurfürsten und Schwerin den Nachweis zu führen, dass die Mittheilungen von den grossen Erfolgen der Franzosen übertrieben seien, dass eine Allianz des Kaisers mit Brandenburg, Braunschweig und mit den Generalstaaten, denen sich wohl auch die Engländer anschliessen würden, vollauf genüge, um den Franzosen eine empfindliche Niederlage beizubringen. Er erhielt zur Antwort, der Kurfürst sei bereit, falls eine genügend starke Partei zur Erhaltung der spanischen Niederlande gebildet werden könnte, derselben beizutreten; er könne sich aber, wie die Dinge gegenwärtig stünden, hierin nicht einlassen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass einer der maassgebenden Gründe für das Vorgehen Friedrich Wilhelms seine feste Ueberzeugung war, Leopold I. wolle selbst nichts für die spanischen Niederlande thun. In Berlin wurden öffentlich alle Mittheilungen von Recrutirung und Verstärkung der kaiserlichen Armee als leere Erfindungen bezeichnet; am Rheine wurde behauptet, Leopold I. habe selbst nichts mehr als die Mediation begehrt; ja es gab sogar Fürsten, die erklärten, des Kaisers sehnlichsten Wunsch durch die Weigerung des Durchmarsches seiner Truppen durch deutsches Gebiet erfüllt zu haben. Goess Entgegnungen vermochten des Kurfürsten Misstrauen nicht

[1] Bericht des Goess vom 8. Aug. 1667; Urkunden und Acten XIV. 318.

zu bannen.[1] Ihm und dem Grafen Maximilian Mansfeld gegenüber, der damals nach Berlin kam, um des Kaisers Beileid über den Tod der Gemahlin des Kurfürsten auszudrücken, sprach dieser offen von seiner Befürchtung. Erst unter dem Eindrucke der neuerlichen gegentheiligen Betheuerungen Mansfelds, schien Friedrich Wilhelms Misstrauen zu weichen. „Der Kurfürst, berichtete Mansfeld, bezeugt eine grosse Freude, versichert seine Treue und vermeint, wenn alle Kurfürsten des Reiches sich ihrer Pflicht und ihres Nutzens erinnerten, würde Frankreich dergleichen Rumor nicht machen. Er wolle mit dem Kaiser festhalten, so lange es ihm möglich sein werde, man solle ihm nur solche Bedingungen machen, dass er mit Ehre bestehen könne. Es sei nöthig, dass die geringste Zeit nicht versäumt werde, wiewohl das Spiel für jetzt gut für den Kaiser sei; denn Frankreich feiere nicht die Schweden zu gewinnen, die diesmal nicht ruhig bleiben können, vom Kaiser aber für halbes Geld gewonnen werden könnten."[2]

Was aber der Brandenburger unter den Bedingungen „die ihm gemacht werden müssten" verstand, zeigte sich, als der Markgraf Herrmann von Baden im Namen der Spanier nach den Umständen fragte, unter denen Friedrich Wilhelm seinen Uebertritt vollziehen wolle. Er forderte Subsidien oder die Abtretung eines Stückes von Gelderland seitens der Spanier; vom Kaiser Berücksichtigung seiner schlesischen Ansprüche. Dass der Markgraf von Baden die Neigung der Spanier betonte, beträchtliche Subsidien zu zahlen, dass Goess wenigstens nicht direct die Möglichkeit einer Gutheissung seiner Forderungen leugnete, bewog ihn als Zeichen des Entgegenkommens nach Zinna zu eilen. Die Einigung mit Johann Georg II. gelang nicht so, wie er gehofft hatte. Der Sachse zeigte keine Lust, sich in den Krieg zu mischen. Er erklärte dem kaiserlichen Gesandten, bevor er mit Friedrich Wilhelm zusammengekommen war, er müsse neutral bleiben, seine Kräfte seien zu gering, um dem Kaiser, wie er gerne möchte,

---

[1] Goess, der von den Verhandlungen am Wiener Hofe, soweit sie den französisch-österreichischen Theilungsvertrag betrafen, keine Kunde hatte, meinte, man greife die Reputation des Kaisers an, wenn man sich zu glauben einfallen lasse, der Kaiser werde sich ein so staatliches Patrimonium seines Hauses wegnehmen lassen, ohne einmal den Degen darum zu ziehen. Goess d. d. 18. Aug. 1667. Urkunden und Acten XIV. 321.

[2] Maximilian Graf Mansfeld an den Kaiser. Praes. 23. Aug. 1667. Urkunden und Acten XIV. 327.

zu Hilfe zu kommen[1] und in Zinna behauptete er im Beisein Friedrich Wilhelms, das Reich hätte sich in fremde Händel nicht zu mischen. Und wenn es auch schliesslich dem Brandenburger gelang, ihn zur Billigung eines Vertragsprojectes zu vermögen, durch das er sich zur Vertheidigung der beiderseitigen Besitzungen, zur Förderung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien, überdies aber verpflichtete, darauf zu achten, dass das heilige römische Reich bei seinem löblichen Herkommen und bei seiner Verfassung, seine Glieder auch bei ihren Dignitäten und Würden erhalten, und dem Reiche kein fremdes Directorium mit Gewalt aufgedrungen,[2] dem Kaiser, Schweden und Braunschweig der Eintritt in dieses Bündniss freigestellt werden möge, so war eine gänzliche Umkehr doch nicht zu hoffen, zumal die hohen Geldansprüche, die er machte, von keiner Seite erfüllt werden konnten. Die von ihm im Rausche gesprochenen Worte: „Ja, macht, dass ich 100000 Ducaten von dem Kaiser bekomme, ich würde in diesem Falle solche Dienste leisten, dass dem Kaiser die Krone, die ich ihm habe helfen auf den Kopf setzen, auch erhalten bleibe“[3] enthüllen seine tiefsten Gedanken.

Wie viele der deutschen Fürsten nicht in der Lage, sein Heer aus eigenen Mitteln zu bezahlen, und der Unterstützung zur Erhaltung seines Hofes bedürftig, sah sich auch Johann Georg II., obgleich keinen Augenblick im unklaren über die Verwerflichkeit seines Verhaltens, genöthigt, Vasall der französischen Krone zu werden. Der Brandenburger aber, der dem Sachsen gegenüber die Nothwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens im Sinne einer deutschen Politik betonte, suchte sich durch die Kölner Liga, die ihn zum Bundesgenossen der Fürsten von Mainz, Köln, Münster und Pfalz-Neuburg machte, die Möglichkeit eines Uebertrittes in's Lager der Franzosenfreunde offen zu halten und setzte die Verhandlungen mit dem Vertreter Ludwig XIV., Millet, allen Bitten des kaiserlichen Gesandten zum Trotze, fort. Leopold I. und seine Räthe waren aber um so beunruhigter, als sie durch Goess auf das genaueste darüber unterrichtet waren, wie grosse Anerbietungen Millet für eine blosse Neutralität machte, als sie ferner fürchteten, dass die Hoffnung durch ein Eingehen auf Frankreichs Wünsche in der spanischen Frage die

[1] Bericht Blums vom 24. Aug. 1667. St.-A. Berichte aus Dresden.

[2] Vergl. Auerbach l. c. 280.

[3] Für die ganzen Vorhandlungen enthalten die Berichte Blums vom August bis October 1667 viel werthvolles Material; vergl auch Auerbach l. c. 264 ff.

Stimme Ludwig XIV. für die Candidatur des Neuburgers in Polen zu gewinnen, bedeutenden Einfluss auf die Entscheidung Friedrich Wilhelms üben würde, dass die durch französisches Geld gewonnenen Anhänger der Franzosen am kurfürstlichen Hofe schliesslich das Uebergewicht erlangen könnten. Goess theilte diese Ansicht des Wiener Hofes nicht ganz; er glaubte noch immer an die Bereitwilligkeit Friedrich Wilhelms, mit dem Kaiser gemeinsame Sache zu machen. Allein gerade deshalb betonte er, wie nothwendig es sei, dass Leopold eine bestimmte Erklärung abgebe sich der spanischen Niederlande annehmen zu wollen und mit Spanien gemeinsam die Verhandlungen mit dem Brandenburger rasch zu Ende führe. „Meines Erachtens, so fasste er sein Urtheil zusammen, würde man sehr irren, wollte auch nit gern, dass E. K. M. dero consilia darnach richteten, wann man intendirte oder hoffete, den Churfürsten zu einiger Action, die Niederlande zu securiren, zu bringen, es sei dann mit Er. K. M. zuförderist und dann mit anderen eine solche Party gemacht, dass er glauben könne, genugsam darbei gesichert zu sein.“[1]

Das war es. Der Kurfürst von Brandenburg machte die Zusage seiner Theilnahme an den Unternehmungen von dem Zustandekommen eines starken Bündnisses abhängig und zog es vor, seine Entscheidung erst zu treffen, wenn dies ohne Gefahr für seine Länder geschehen konnte. Da aber die Spanier mit ihren Anerbietungen immer zurückhaltender wurden, der Sachse auf das bestimmteste erklärte, keinen Schritt thun zu wollen, durch den der König von Frankreich beleidigt werden könnte, da die Verhandlungen Leopold I. mit den Schweden und mit den Engländern zu keinem Ergebnisse führten, die Forderungen Friedrich Wilhelms bezüglich der polnischen Wahlfrage in Wien nur geringe Berücksichtigung fanden, während Frankreich immer lockendere Anträge stellte, wurde der Kurfürst mehr und mehr in jene Bahnen gelenkt, die in die Arme des mächtigen Franzosenkönigs führten. Die Absendung Blumenthals nach Wien, die Verhandlungen, die derselbe mit den Wiener Räthen führte, konnten daran nichts ändern. Bereits Mitte November musste Goess nach Wien melden, dass ein sichtbarer Wechsel stattgefunden habe, dass der Kurfürst auf das heftigste über den Kaiser und über Spanien klage, Entschuldigungen und Rechtfertigungen nicht gelten lasse, ja kaum anhöre, auf alle Erklärungen des Goess erwidere, er sei ein wackerer Mann, sage auch

[1] Goess an den Kaiser, 23. Sept. 1667. Urkunden und Acten XIV. 342.

was ihm befohlen werde, er wisse aber nicht, welche Ansichten in Wien herrschen; er sei ein halber Spanier und treibe die niederländische Angelegenheit mit grossem Eifer, zu Wien aber wären andere Gedanken; auch sehe man nicht, dass man sich daselbst der spanischen Niederlande ernstlich annehmen wolle.[1] Die Sendung eines den Franzosen so freundlich gesinnten Mannes, wie Pöllnitz war, nach Paris, von der Goess bereits Ende November 1667 sichere Kenntniss hatte, bestätigte auf das unzweideutigste die Befürchtungen des kaiserlichen Gesandten.[2]

Von den übrigen deutschen Fürsten waren es aber blos die braunschweigischen, die wenigstens im Principe sich bereit erklärten, mit dem Kaiser gemeinschaftliche Sache zu machen, aber auch sie nicht ohne entsprechende Subsidien und Sicherstellung gegen etwaige Gebietsverluste zu fordern.[3] Alle übrigen Fürsten aber hatten ihre Abneigung sich des Kaisers oder Spaniens halber in einen weitaussehenden Krieg einzulassen in mehr oder minder offener Weise kundgethan. Am freimüthigsten von allen der Kurfürst von Baiern, an dessen Hofe die Abneigung gegen den Kaiser den Höhepunkt erreichte, dessen Vertreter in Regensburg als Hauptstützen Gravels galten und in allen Fragen die Interessen Ludwig XIV. vertraten. In München war, zumal seit dem Tode der Mutter des Kurfürsten und des Herzogs Albrecht, der Einfluss der französisch gesinnten Gemahlin Ferdinand Maria's, Adelaide, ausschlaggebend; der erste Minister Herrmann Fürstenberg, wie seine Brüder ein eifriger Anhänger Frankreichs, der Nachfolger des österreichisch gesinnten Grafen Maximilian Khurtz, ihr dienstbeflissener Helfer. Trotzdem hatte Kaiser Leopold sich für verpflichtet gehalten auch bei Baiern den Versuch zu wagen, ob dasselbe sich zur Abwehr der französischen Uebergriffe bereit erklären wolle.

Aber schon die ersten Unterredungen, die mit dem Grafen Waldstein gepflogen wurden, liessen über die Ansichten des Kurfürsten und seiner Umgebung keinen Zweifel aufkommen. Ferdinand Maria blieb allen Auseinandersetzungen des kaiserlichen Gesandten gegenüber dabei, die Vertheidigung der spanischen Niederlande werde nicht nöthig sein, alles auf gütlichem Wege geordnet werden können. Die schriftliche Erklärung der baierischen Regierung besagte dasselbe mit anderen Worten. Ja nicht einmal das Versprechen, sich zu rüsten,

[1] Bericht des Goess, 25. Nov. 1667. Urkunden und Acten XIV. 357.

[2] Vergl. Mignet l. c. II. 281 ff.

[3] Vergl. Köcher l. c. 546 ff.

um mit dem Kaiser gemeinsam vorzugehen, falls Frankreich eine friedliche Vereinbarung zurückweise, gab Ferdinand Maria. Fürstenberg meinte höhnend, „der Kaiser werde mit des Kurfürsten Antwort schon zufrieden sein; Waldstein wolle nur wohl negotiirt haben, mehr aus ihnen extorquiren und erzwingen, als man zu Wien selbst verlangen thue; er solle zufrieden sein, erfahren zu haben, dass des Kurfürsten Intention jene nicht wäre, die man zu Wien vermeint, dass er sie habe; sie wüssten auch, was man zu Wien über Waldsteins Negociation geurtheilt; es wären dort nicht alle geheimen Räthe einer Meinung und würden vielleicht noch mehr sein, die zu dem Frieden rathen würden; dürfe er frei seine Meinung äussern, so glaube er an keine Allianz mit Brandenburg; die Rüstungen Brandenburgs, Braunschweigs und anderer seien nicht gegen Frankreich gemeint."[1]

Und nicht viel besser als mit Baiern stand es mit Sachsen. Johann Georg II. schritt auf der Bahn nicht fort, die er zu Zinna betreten hatte; er misstraute dem Brandenburger und fürchtete die Franzosen.[2] Dass er trotz alledem seine Neigung für Kaiser und Reich betonte, öffentlich an die Worte erinnerte, die sein Vater auf dem Totenbette ihm zugerufen: Hans Jürg, du weisst, was wir zu Prag miteinander gemachet haben, verlass du den Kaiser nicht"; worauf er geantwortet: „Herr Vater, verlass ich den Kaiser, so verlasse mich Gott" und dass er erklärte: „Dabei sollte es auch itzo bleiben",[3] half nichts. Denn auch er lebte der Ueberzeugung, dass unter den gegebenen Verhältnissen der mit Hilfe des Reiches zu erzielende Friede, selbst mit Aufopferung eines Theiles von Flandern dem Kaiser und dem Reiche am förderlichsten sei.[4]

Während Waldstein und Blum in München und Dresden vergebens die Sache des Kaisers zu fördern suchten, hatte Sinzendorf mit ähnlichem Misserfolge am Rhein sich bemüht, die Interessen seines Herrn zu wahren. Auch ihm begegneten überall Eigennutz und Selbstsucht. Die Kurfürsten von Mainz und Köln zeigten sich fest entschlossen, den Durchzug kaiserlicher Truppen nach den spanischen Niederlanden zu verhindern. Wenn ihre Vertreter in Köln nicht müde wurden zu betonen, es geschehe dies mit Rücksicht auf das Reichsinteresse, so klang dies befremdend, insbesondere aus dem Munde

[1] Bericht Waldsteins s. d. überreicht Oct. 1667. St.-A. (Bav.)
[2] Bericht Blums vom 8. Nov. 1667. St.-A. Berichte aus Dresden.
[3] Bericht Blums vom 18. Oct. 1667. St.-A. Berichte aus Dresden.
[4] Bericht Blums vom 28. Oct. 1667. St.-A. Berichte aus Dresden.

des Fürstenbergers, der seine Ansicht dahin praecisirte: „Genug ist, wenn wir nur den Kaiser aus dem Kriege halten, dass er sich nicht in das niederländische Wesen mische; so behält das Reich den Frieden und lässt andere sich darum schlagen und raufen."[1]

Vergebens bemühten sich die Vertreter des Kurfürsten von Trier, allen anderen voran der Kanzler Buschmann, im Sinne Leopold I. zu wirken; vergebens suchten die Braunschweiger wenigstens in einigen Punkten die Berücksichtigung der Wünsche des Kaisers durchzusetzen.[2]

Dass man dem Könige von Frankreich den Durchzug der Truppen nach Polen verweigerte, die zu schliessende Allianz auf die Sicherstellung des Reiches und auf den Versuch einer Mediation beschränkte, konnte den Kaiser nicht dafür entschädigen, dass durch die Kölner Einigung ein grosser Theil der deutschen Fürsten auf das bestimmteste seinen Entschluss kundthat, den offenen Kampf gegen Frankreich zu vermeiden. In Regensburg aber, wo über das Schicksal des burgundischen Kreises und über den Durchzug kaiserlicher Truppen nach den Niederlanden verhandelt wurde, herrschte dieselbe Rathlosigkeit, dieselbe Furcht vor Frankreich, dieselbe Ueberzeugung von der Zwecklosigkeit, dem überlegenen Gegner mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten.[3] Als der Erzbischof von Salzburg nach monatelangem Warten auf einen günstigen Augenblick am 9. September die Verhandlungen begann, machte sich ein entschiedener Widerspruch gegen jedes energische Vorgehen geltend. Das Gutachten der Kurfürsten berührte nicht einmal die noch immer strittige Frage der Reichsmitgliedschaft des burgundischen Kreises. Es wurde lediglich die Nothwendigkeit betont, den Frieden zu erhalten, die Entscheidung über die dazu geeignetesten Mittel aber künftigen Berathungen vorbehalten.[4]

Alle Bemühungen des kaiserlichen Principalcommissärs, einen Wechsel in der Haltung der Kurfürsten zu bewirken, blieben erfolglos. Die Fürsten von Mainz, Köln und Baiern traten offen für eine friedliche Abmachung ein, den Trierer hinderte die Nähe des

[1] Bericht Sinzendorfs vom 17. Juli 1667. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Vergl. Köcher l. c. 532 f.

[3] Vergl. Mignet l. c. 261 ff.; Auerbach l. c. 304 ff.

[4] Für das Folgende vergl. die treffliche Schrift von Fr. Meinecke. Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg; H. Z. Sybel, LX. 293; und Maag l. c. 219 f.; Acten bei Londorp.

Feindes für eine energische Abwehr der Uebergriffe Ludwig XIV. zu stimmen, der Pfälzer war durch Geld gewonnen, der Sachse verhielt sich ruhig, und selbst der Brandenburger wagte nicht gegen die Mediation zu stimmen, obgleich er wiederholt die Nothwendigkeit betonte, für den burgundischen Kreis etwas zu thun. Das Misstrauen in die Aufrichtigkeit der kaiserlichen Erklärungen und die Furcht, Leopold I. könnte die ihm zur Verfügung gestellte Truppenmacht zur Mehrung seines Ansehens im Reiche auf Kosten der ständischen Rechte verwenden, traten bei diesen Verhandlungen auf das deutlichste hervor und fanden ihren bezeichnendsten Ausdruck in den Worten, die Gottfried von Jena, der Vertreter Friedrich Wilhelms in Regensburg, später als entschiedener Gegner des Kaisers bekannt geworden, damals niederschrieb und die dahin lauteten: „Ein Kaiser, wenn er armiret, hat grosses Ansehen im Reiche und wenn er extrema, wie Ferdinand II. glücklich gethan, tentiret, verändern sich viele Anschläge und dergleichen würde man vor izo auch erfahren.“[1]

Dass die Mehrzahl der im Fürstenrath Versammelten sich am 16. September für den Vorschlag des Erzbischofes von Salzburg aussprach, nach welchem der burgundische Kreis für ein Reichsglied erklärt und der Beschluss angenommen werden sollte, darauf zu sehen, dass die Waffen niedergelegt werden, konnte nicht viel helfen, da die nothwendige Re- und Correlation nicht erfolgte.[2]

Man sieht, für Leopold standen die Dinge im November 1667 wie sie im Mai desselben Jahres gestanden hatten; er war der Hilfe keines einzigen Fürsten sicher. Viele der Grossmächte und der deutschen Reichsfürsten sprachen sich für eine gütliche Beilegung der bestehenden Conflicte aus, andere Herrscher waren mit Frankreich im Bunde, und die wenigen, die im Principe bereit waren, den Kampf an der Seite des Kaisers gegen Frankreich zu wagen, forderten für ihre Mitwirkung Geldsummen, die zu bewilligen dem Herrscher Oesterreichs unmöglich war. Unter diesen Umständen wäre es ein Wagniss für Leopold I. gewesen, sich in einen Krieg mit dem Könige von Frankreich einzulassen, auch wenn die Spanier dem Kaiser eine entsprechende Unterstützung gewährt hätten.[3] Aber davon

[1] Meinecke l. c. 222.

[2] Meinecke l. c. 212.

[3] In diesem Sinne spricht sich auch der venetianische Gesandte aus. Altra deliberatione ancora non si comprende e quando gran oro di Spagna non dia

war jetzt weniger die Rede als je zuvor. Die Beziehungen zwischen den beiden Höfen hatten sich wenn möglich noch verschlechtert. Man klagte in Madrid immer lauter über das Zögern des Kaisers,[1] forderte immer lebhafter eine bestimmte Erklärung darüber, ob Leopold I. offen mit Frankreich brechen wolle oder nicht.[2] Dass man in Wien die Geburt eines Prinzen mit grossen Festlichkeiten feierte, während das Heil des Gesammthauses auf dem Spiele stand, wurde in Madrid übel vermerkt. Man verschleudere in Wien, hiess es, das Geld haufenweise und behaupte dann aus Mangel an Geld dem Könige von Spanien nicht helfen zu können.[3] Insbesondere Penneranda war unermüdlich im Ersinnen von Behauptungen, die den Kaiser discreditiren konnten.

Pötting glaubte es seiner Pflicht schuldig zu sein, Leopold von diesen Zuständen genauen, ungeschminkten Bericht zu geben. „Man suchet hier nichts anders, schrieb er seinem kaiserlichen Freunde, als E. M. in dieses gefährliche Spiel mit einzuflechten, alsdann Gottes Providenz weiters walten zu lassen;“[4] auf eine beträchtliche Geldhilfe ist nicht zu rechnen.[5]

Pöttings Stellung in Madrid war untergraben. Es wurde ihm schwer, sich überhaupt Gehör zu verschaffen; seine Eingaben blieben wochenlang unerledigt. Leopold war über das Vorgehen der Spanier empört und entsetzt. „Dass die spanischen ministri, meinte er,[6] alda so schläfrig sein und nach vier Wochen erst von Euch Euer Anbringen schriftlich begehren, da sie es doch gleich den ersten Tag hätten thuen könnten und dass man Euch annoch kein Conferenz benennt hat, ist wol ein Elend, dahingegen Galli ein Platz und den anderen wegnehmen.... Es wird an mir nit ermanglen, aber alles ist nit genug, wann man nur einseitig procedirt, man muss von allen Seiten pari passu zugleich Zaum ziehen, sonsten wird es fürwahr nit wohl abgehen.“

---

calore alle risolutioni e stimoli a Prencipi dell Imperio, si crede, che si voglia lasciar perdere la Fiandra per non haver più tanti travagli a'quella parte. 6. Nov. 1667. St.-A. (Disp.)

[1] Bericht Pöttings d. d. 13. Aug. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Bericht Pöttings d. d. 20. Aug. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Bericht Pöttings d. d. 27. Aug. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Bericht Pöttings vom 5. Sept. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[5] Bericht Pöttings vom 11. Sept. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[6] Leopold an Pötting, 10. Sept. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

Pötting fand den Entschluss Leopold I., sich nicht blindlings in den Kampf mit den Franzosen zu stürzen, vollauf berechtigt. „E. M. vermelden höchst erleucht, schrieb er am 17. September, dass es von Nöten sein wolle, ihrerseits in dieser weitaussehenden Vorfallenheit mit möglichster Circumspection zu verfahren. Und weilen die Spanier als principales actores huius tragoediae so gar nichts wirken, wie können sie dann mit Bestand von Er. K. M. verlangen, dass sie sich ohne einiges genugsamen Fundament in diesen gefährlichen Labyrinth einwickeln sollen."[1]

Allein weder Leopold noch sein Gesandter vermochten an den Verhältnissen etwas zu ändern. Die Spanier fuhren fort darüber zu klagen, dass der Kaiser nicht operire, Gremonville nicht abschaffe, zeigten aber nicht die geringste Neigung, den Kampf mit den Franzosen energisch zu führen oder dem Kaiser die Mittel zu einem solchen zu geben. Zu Beginn des Monates October hielt Pötting eine entsprechende Unterstützung Leopold I. durch die Spanier für ausgeschlossen. „Ich muss nochmals vermelden, dass secundum presentem rerum constitutionem allhier kein natürlich Remedium zu gewarten seie; dann ungeachtet der Winter nunmehr vor der Thür, so ist dennoch bis dato so geringe Apparenz einiger Disposition zur künftigen Campagnia, als wenn kein Krieg in der Welt wäre und was meistens zu verwundern ist, so erkennen diese Descuido die ministri fast alle an, da man mit ihnen in particulari discurriret, repetendo in infinities, nos perdemos, nos perdemos, de remedio aber nemo cogitat."[2]

Zu Beginn des Monates November war dieses Schreiben in den Händen Leopold I.; wenige Tage darauf trat Gremonville von Neuem an ihn mit dem Vorschlage heran, das sichere zu wählen, die Frage, deren Lösung in der Zukunft so grosse Schwierigkeiten bieten könnte, gleich jetzt auf gütlichem Wege zu ordnen. Man wird es wohl, nach all dem was über die Verhandlungen des Kaisers im Jahre 1667 mitgetheilt worden ist, nicht unbegreiflich finden, dass Leopold jetzt nicht mehr wie im Frühjahre die Anträge Ludwig XIV. rundweg zurückwies. Das Königskind auf Spaniens Throne war schwach, von Krankheit heimgesucht. Nach den Mittheilungen Pöttings, an deren Richtigkeit Leopold I. nicht zweifelte, hatte der Kaiser nur

[1] Bericht Pöttings d. d. 17. Sept. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Bericht Pöttings vom 1. Oct. 1667. St.-A. (Pött. Corr.)

sehr wenige verlässliche Anhänger in Madrid, die Partei der Franzosen, an ihrer Spitze Penneranda, besass daselbst das Uebergewicht. Was dieselbe für den Fall eines frühzeitigen Todes Karl II. bezüglich der Erbfolge plante, konnte nicht zweifelhaft sein. Ludwig XIV. hatte die Verzichtleistung seiner Gemahlin auf das spanische Erbe für ungültig erklärt. Starb Karl II., so nahm er, wie auch immer die Verhältnisse sich gestalten mochten, den Kampf um den ganzen spanischen Besitz auf.

Auf wessen Hilfe hatte Leopold in diesem Falle zu rechnen? Die Mehrzahl der Reichsfürsten wollte von einem Kampfe gegen Frankreich nichts wissen, forderte dringend die gütliche Beilegung der bestehenden Conflicte. Ein Theil der Grossmächte war gleicher Ansicht und von Rom her legte der Papst sein schwerwiegendes Wort in ähnlichem Sinne ein. Und alle diese Rathschläge fanden am Wiener Hofe eine umso freundlichere Aufnahme, als ein nicht unbeträchtlicher Theil der maassgebenden Räthe — meist aus persönlichen Gründen — einer Vereinbarung mit Ludwig XIV. das Wort redete. Bedarf es da noch der Heranziehung anderer Motive, um den Schritt Leopold I. zu erklären, um es begreiflich zu finden, dass er seine Einwilligung gab mit Gremonville den Plan einer Theilung des ganzes spanischen Besitzes zu erörtern? Der Gedanke, durch einen Vergleich mit Ludwig XIV. dem anderthalbhundertjährigen Kampfe der beiden Dynastieen ein Ende zu machen, durch ein Bündniss mit dem katholischen Könige von Frankreich den Katholicismus und das absolute Fürstenthum zu stärken, ist Leopold I. damals wohl nicht gekommen. Vergebens sucht man in seinen Briefen nach einer Andeutung in diesem Sinne. Für Leopold war eine Einigung mit Frankreich der letzte Ausweg aus den Wirren, die ihn umgaben und noch damals war er fest entschlossen, denselben nur zu betreten, wenn jede andere Lösung der bestehenden Verwickelungen sich als unmöglich erweisen sollte. Kaiser Leopold befand sich eigentlich in keiner wesentlich anderen Lage als viele der anderen Fürsten Europa's. Wie Friedrich Wilhelm, der Kurfürst von Brandenburg, obgleich er ernstlich an den Kampf mit Frankreich dachte, sich zu keinem entscheidenden Schritte verstehen wollte, ehe er seiner Sache sicher war; wie die Schweden, trotz aller Betheuerungen ihrer Neigung für das allgemeine Interesse einzustehen, ängstlich darauf sahen, Ludwig XIV. nicht zu reizen, sich den Rückweg in's französische Lager offen zu halten; wie die

Staaten auf das sorgfältigste jeden Conflict mit Frankreich zu vermeiden strebten, wie selbst die Spanier, gegen die doch Ludwig XIV. in erster Linie seinen Angriff richtete, den Weg der Vereinbarung dem des Krieges vorzuziehen schienen, so war auch Leopold im Laufe des Jahres 1667 zu der Ueberzeugung gelangt, dass ein Ausgleich mit Frankreich, die Erhaltung des Friedens und die Sicherstellung seines Besitzes einem aller Voraussicht nach unglücklichen, in jedem Falle langwierigen Kriege vorzuziehen sei. Dass ein kühner Mann anders gedacht und anders gehandelt hätte, ist gewiss. Der Kampf gegen Ludwig XIV. war vielleicht auch unter den gegebenen Verhältnissen zu wagen. Denn es ist ja möglich, dass ein energisches Auftreten Leopold I. die Mehrzahl der schwankenden Fürsten umgestimmt, dass eine entschiedene Erklärung des Kaisers gegen die Mediation, die Engländer und die Schweden, die Generalstaaten und die Stände des Reiches vermocht hätte, sich dem Willen des Kaisers zu beugen. Es ist ja möglich, dass in diesem Falle Friedrich Wilhelm von Brandenburg die Rücksicht auf seine Interessen in Polen hintangesetzt und sich mit Leopold verbunden hätte, dass der Einigung dieser beiden Herrscher der Anschluss der Braunschweiger und anderer Fürsten gefolgt wäre. Es ist ja möglich, dass dem durch fremde Hilfe mächtigen Kaiser gegenüber die Ungarn eine Erhebung nicht gewagt, die Erbländer sich zu bedeutenden Subsidien bereit erklärt hätten.

Und darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, dass dem ersten Siege der kaiserlichen Waffen der Uebertritt aller schwankenden deutschen Fürsten, ein mächtiges Anwachsen des oesterreichischen Einflusses in Madrid gefolgt wäre. Allein den Muth des Wagens besass Leopold I. nicht; er war kein Fürst wie Gustav Adolf oder Karl X. von Schweden, wie Friedrich der Grosse von Preussen oder Napoleon I. Wie er aber von Natur geartet war und Erziehung ihn gestaltet hatte, wie sich in seinem Geiste die Ereignisse darstellten, bei der festen Ueberzeugung, die ihn beseelte, dass es die erste und letzte Aufgabe seines Lebens sei, das ihm von seinem Vorgänger übergebene Land ungeschmälert seinem Nachfolger zu übertragen, konnte Leopold nicht anders handeln als er handelte. Seine That war nicht die That eines genialen Fürsten, sie entsprach auch keineswegs der idealen Auffassung seiner Pflichten als Oberhaupt des deutschen Reiches; sie war die That eines vorsichtigen, in erster Linie das Wohl seiner Erbländer berücksichtigenden Mannes, der,

wie die besten seiner Mitfürsten, die Interessen des Reiches zu wahren entschlossen war, wenn es nicht auf Kosten seines Besitzes geschehen musste. Hält man sich dies vor Augen und erwägt man überdies, dass sich in der Umgebung des rathbedürftigen Kaisers zahlreiche einflussreiche Persönlichkeiten befanden, die für den Ausgleich mit Frankreich eingenommen waren, dann wird man die ernstliche Aufnahme der Verhandlungen mit Gremonville seitens Leopold I. zu Beginn des Monates November begreiflich finden; zumal die Franzosen ihm den entgegenkommenden Schritt überaus leicht machten.

Weder Gremonville noch seine Regierung hatten nach dem verunglückten Versuche Fürstenbergs die Hoffnung aufgegeben an's Ziel zu gelangen. Lionne in Paris und Gremonville in Wien hatten ohne Unterlass versichert, Ludwig XIV. wolle in Frieden mit dem Kaiser leben; sie hatten auch nicht vergessen, gelegentlich an die Idee der Theilung des spanischen Besitzes zu erinnern. Wiederholt wurde des Kaisers Vertreter in Paris, Wicka, in diesem Sinne angegangen,[1] wiederholt suchte Gremonville den ihm freundlich gesinnten Ministern, in erster Linie dem Fürsten Lobkowitz, die Vortheile einer solchen Vereinbarung auseinanderzusetzen.[2] Aber immer wieder hatte sich Wicka mit mangelnder Instruction, Lobkowitz mit der Schwierigkeit entschuldigt, die Sache durchzuführen.[3] Wicka war überhaupt ein entschiedener Gegner jeder friedlichen Vereinbarung mit Ludwig XIV.; seine Berichte verrathen eine tiefe Abneigung gegen den König von Frankreich und seinen Hof.

Als Wilhelm Fürstenberg, vermutlich nicht ohne Wissen Lionne's, im October 1667 von Neuem an Wicka mit der Idee der Theilung des spanischen Besitzes herantrat, wies ihn des Kaisers Vertreter an Gremonville, betonte aber in seinem Berichte an den Kaiser, dass er eine Abmachung mit Ludwig XIV. für einen schweren Fehler der kaiserlichen Politik, die Ausrüstung eines starken Heeres für das einzige Mittel halte den Franzosen Widerstand zu leisten.[4]

[1] Berichte Wicka's vom 1. April, 20. und 27. Mai 1667. St.-A. (Frankr.) Citirt bei Schleichl, Die österreichische Politik während des ersten Devolutionskrieges, 110; vergl. auch Mignet II. 151.

[2] Vergl. Mignet l. c. II. a. v. O.; Legrelle l. c. 130 ff.

[3] Als Gremonville Anfangs April 1667 über diese Angelegenheit mit Lobkowitz sprach, meinte dieser: Ich würde 1000 Pistolen den Armen gern geben, wenn ich mich in diese Sache nicht gemischt hätte."

[4] Schreiben Wicka's vom 8. Nov. 1667. St.-A. (Frankr.) Citirt bei Walewski: „Geschichte Leopold I. und der heiligen Liga" III; Anhang.

In der That erhielt Gremonville damals von Neuem Befehl, das Theilungsproject vorzunehmen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für das Zustandekommen eines Vertrages zu wirken.[1] Er wendete sich auch dieses Mal an Lobkowitz, dessen Hass gegen die Spanier ihm nur zu gut bekannt war, den er für einen ehrlichen Freund Frankreichs, für einen entschiedenen Vertreter einer gütlichen Vereinbarung zwischen Oesterreich und Frankreich hielt.[2] Und darin täuschte er sich auch nicht.

Ob Lobkowitz wirklich, wie ein neuerer Schriftsteller behauptet hat, Oesterreich in neue politische Bahnen leiten, dem Kampfe der beiden vorwaltenden Mächte Europa's gegen einander ein Ende machen und ihre Kräfte im Interesse einer gemeinsamen Sache verwerthet wissen wollte, wage ich nicht zu entscheiden. Gewiss ist aber, dass er ein heftiger Gegner des engen Anschlusses an die spanische Linie des Hauses Habsburg war, dass ihm eine Fortsetzung dieser Politik im Hinblicke auf die verschiedenartigen Interessen der beiden Zweige des Hauses höchst gefährlich schien, dass er eine regere Bethätigung des kaiserlichen Willens den aufständischen Ungarn gegenüber wünschte und aus diesem Grunde der Wiederaufnahme des Kampfes gegen Ludwig XIV. mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, entgegenarbeitete. Seine Abneigung gegen die Spanier blieb nicht verborgen; Lobkowitz zählte in Madrid zu den bestgehasstesten Männern und immer wieder wurde von dieser Seite her an Leopold die Aufforderung gerichtet, ihn zu entlassen. Die Furcht seinen Gegnern einen geeigneten Anlass zu seinem Sturze zu geben, dürfte denn auch der Grund gewesen sein, der Lobkowitz bewog,

[1] Mignet l. c. II. 337 ff.

[2] Die vielen Mittheilungen Gremonville's über Lobkowitz' Aeusserungen wird man mit Vorsicht aufnehmen müssen; Gremonville dürfte manches schärfer pointirt haben als Lobkowitz, der übrigens als ein Mann der kräftigen Ausdrücke und der Haltlosigkeit im Sprechen allgemein bekannt war. Wenn aber auch nur ein Theil dessen wahr ist, was Gremonville von Aeusserungen des Fürsten Lobkowitz mittheilt, wäre dies ein Zeichen eines starken Cynismus. Zu den vielen Mittheilungen Gremonville's, die bei Mignet gedruckt sind, nur eine. Am 28. März 1668 berichtet Gremonville, P. A. (Autriche), Lobkowitz habe auf die Nachricht von der Eroberung der Franche-Comté durch Ludwig XIV. gesagt, das sei ihm nichts Neues; s'estant bien attendu a une pareille conqueste de l'incomparable valeur de V. M. und dann meinte er lächelnd: Pouvez-vous blasmer les Espagnols de craindre de perdre tout pendant le regne d'un Roy qui n'a jamais eu son pareil en France

auch jetzt nicht an die Spitze der dem Ausgleiche freundlich gesinnten Partei zu treten, sich vielmehr vorerst im Hintergrunde zu halten und Auersperg vorzuschieben, der aus persönlichen Gründen nach einer besonders glänzenden Bethätigung seiner Talente strebte. Lobkowitz bewies in diesem Falle eine aussergewöhnliche Klugheit. Denn die Sache war heikel; misslang der Plan, dann hatte derjenige, der als Führer der Bewegung galt, die Vorwürfe Ludwig XIV. und Leopold I. zu tragen. Und bei der dem Fürsten Lobkowitz wohlbekannten Gesinnung des Kaisers war es mehr als fraglich, ob dieser sich nicht auf eine durch die Noth erzwungene Zusage der Spanier hin, bedeutende Subsidien zur Verfügung zu stellen, zum Bunde mit diesen und zum Kampfe wider Frankreich entschloss. Was hatte aber in diesem Falle Lobkowitz zu hoffen, der von den Bemühungen der Spanier ihn beim Kaiser zu verdächtigen, ihn reichsverrätherischer Pläne zu beschuldigen, genau unterrichtet war? Musste es ihm nicht unter diesen Umständen zweckmässiger erscheinen, den Fürsten Auersperg, der wenigstens officiell als Förderer der spanischen Sache galt, vorzuschieben, durch ihn vorerst die Verhandlungen führen zu lassen, bis die richtige Gelegenheit sich bot, seinerseits hervorzutreten und den mächtigen Rivalen zu vernichten? Denn als solchen sah Lobkowitz den Fürsten Auersperg noch immer an. Sie hassten sich seit langem. Auersperg hatte es Lobkowitz nie vergeben, dass er ihm die Stelle eines Obersthofmeisters und ersten Ministers nach Portia's Tode weggenommen hatte, auf die er den gerechten Anspruch zu haben meinte. Er wusste nicht, dass Leopold I. damals selbständig entschieden, dass derselbe bereits damals in Auersperg kein rechtes Vertrauen hatte, und nur auf die günstige Gelegenheit harrte, sich seiner zu entledigen. Um Auersperg für die Verhandlungen zu gewinnen, war es nothwendig, dass Lobkowitz gar nichts von den Plänen Gremonville's wusste; gerade durch die Bevorzugung vor Lobkowitz musste Auersperg gewonnen werden. Derselbe zeigte sich, als Frankreichs verschlagener Gesandter an ihn herantrat, zurückhaltender als dieser erwartet hatte. Von Natur aus misstrauisch und unterrichtet von den Plänen seiner zahlreichen Gegner fürchtete er getäuscht zu werden; auch sprach alles gegen ein Eingehen auf diese Pläne. Die Feindschaft der Spanier war ihm gewiss, wenn denselben etwas von diesen Verhandlungen bekannt wurde, im Falle des Erfolges war auf entsprechenden Lohn nicht zu rechnen. Und doch wusste ihn Gremonville zu

gewinnen; er verstand es, ihn dort zu fassen, wo er am leichtesten zu packen war. Seit langem strebte Auersperg darnach, sich mit dem Purpur bekleidet zu sehen; vielleicht um in diesem Gewande sein verlorenes Ansehen in Oesterreich wiederzugewinnen, der Richelieu Oesterreichs zu werden; vielleicht auch gelockt durch die Aussicht einst die Tiara sein Haupt schmücken zu sehen.

Gremonville versprach ihm die mächtige Unterstützung seines Herrschers; er stellte ihm den Purpur als sicheren Lohn für das Zustandebringen des Theilungsvertrages in Aussicht. Auersperg liess sich blenden. Er trat mit dem Plane der Theilung des spanischen Besitzes an Leopold heran. Derselbe zeigte sich aus den uns bekannten Gründen nicht abgeneigt, die Verhandlungen zu gestatten. Dass er aber bereits damals entschlossen war sich mit den Franzosen zu einigen, wird man nicht behaupten können. Er forderte Vorschläge seitens Gremonville's und das Gelöbniss strengster Geheimhaltung der Verhandlungen. Niemand, auch nicht Wicka, sollte Kenntniss erhalten von dem was vorging. Was Leopold mit diesen Erklärungen bezweckte, ist klar. Bis zum Einlangen der nothwendigen Vollmachten musste ein Monat vergehen, unterdess wollte er einen letzten Versuch bei Spanien und bei den anderen Mächten wagen. Von dem Ergebnisse desselben sollten seine künftigen Entschlüsse abhängen.

Ludwig XIV. und seine Räthe waren entzückt über den Erfolg Gremonville's; der erstere gab in einem Handschreiben vom 13. December 1667 sein königliches Wort, keinem anderen Herrscher oder deren Ministern etwas von diesen Verhandlungen zu sagen[1] und verpflichtete sich, dem Kurfürsten von Mainz und dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg, die von seinem neuerlichen Anerbieten Kunde hatten, mitzutheilen, dass der Kaiser seinen Antrag rundweg abgewiesen habe. Zu gleicher Zeit forderte er aber Gremonville auf, an Leopold I. die Bitte zu richten, den Schreiben der kaiserlichen Gesandten, zumal jenen Lisola's, keinen Glauben zu schenken, der um eine gute Stelle in Spanien zu erlangen, der Königin von Spanien versprochen habe, den Kaiser zum offenen Bruche mit Frankreich zu bewegen und eine enge Verbindung zwischen den Engländern, Schweden und den Niederländern zu Stande zu bringen, wozu aber nicht die geringste Hoffnung vorhanden sei.[2]

[1] St.-A., vergl. auch Mignet l. c. II. 380; Legrelle l. c. 134 ff.
[2] Mignet l. c. 384.

Ludwig XIV. wusste sehr wohl was er that; er kannte den Mann, der allein im Stande war seine Pläne zu durchkreuzen, die Eigennützigkeit seiner Erklärungen zu beweisen.

Mit Sehnsucht hatte Lisola in diesen Zeiten auf die entscheidende Weisung seiner Regierung gewartet. Ende November 1667 war sie in seinen Händen. Der Kaiser billigte im Principe das Vorgehen seines Gesandten und gab ihm Befehl, ein Bündniss mit England und mit den übrigen Mächten zur Vertheidigung der spanischen Niederlande zu schliessen. Sollte sich dies als undurchführbar erweisen, dann hatte er dafür Sorge zu tragen, dass Karl II. sich verpflichte in den Kampf gegen Ludwig XIV. einzutreten, wenn dieser nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine unzweideutige Erklärung abgebe.[1] Lisola säumte nicht zu handeln. Er begab sich zu Karl II. und forderte von diesem, nach genauer Auseinandersetzung der gegebenen Verhältnisse, eine bestimmte Aeusserung über seine Pläne. Die Antwort lautete ausweichend; der englische König versicherte gut gesinnt zu sein, hob die Schwierigkeit hervor im Hinblicke auf die Wirren im Inneren eine Entscheidung zu treffen, klagte über die Unzuverlässigkeit der Generalstaaten und vertröstete Lisola auf die bevorstehende Ankunft des zweiten staatischen Vertreters.[2] Ende November war derselbe — er hiess Boreel — angelangt. Am 26. November fand die erste Conferenz statt. Die Niederländer klagten über das Vorgehen Castel-Rodrigo's, der ihren billigen Forderungen nicht habe Gehör schenken wollen, und liessen im übrigen erkennen, dass sie für eine gütliche Beilegung des spanisch-französischen Conflictes eingenommen seien.[3] Lisola dagegen blieb dabei, dass die wesentlichste Vorbedingung für eine friedliche Abmachung mit Ludwig XIV. eine starke Armee sei und forderte die Vertreter der Generalstaaten auf durch eine entschiedene Erklärung das Misstrauen Karl II. in die Aufrichtigkeit ihrer Gesinnung zu beseitigen. Seiner Vermittelung gelang es auch, die Gesandten aus dem Haag umzustimmen. Die gewünschte Erklärung wurde abgegeben. Karl II. fasste grösseres Zutrauen und gab seine Einwilligung über die Bedingungen zu berathen, unter denen er und die Staaten den Spaniern zu Hilfe kommen sollten.

[1] Weisung an Lisola vom 25. October 1667. St.-A.

[2] Bericht Lisola's vom 25. Nov. 1667. St.-A. (Angl.) Vergl. auch Arlington Lettres 243.

[3] Es war damals bereits das Project der Alternative entworfen.

Allein jetzt zeigte sich wieder, wie wenig die Spanier den Ernst der Situation zu beurtheilen vermochten. Molina musste bekennen, dass ihm die so oft und dringend geforderte Weisung noch nicht zugekommen sei. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig, als die Forderungen der Engländer und der Niederländer in Erfahrung zu bringen, alsogleich darüber nach Madrid zu berichten, schleunigste Entschliessung zu begehren, unterdess aber den Anschluss Englands an Frankreich zu hintertreiben.[1] Die Verhandlungen nahmen im Monate December ihren Fortgang und enthüllten immer deutlicher die Eigennützigkeit der beiden Mächte. Karl II. meinte um so grössere Zugeständnisse fordern zu müssen, je weniger er an die Ehrlichkeit der staatischen Politik glaubte; die Niederländer meinten widerum um so mehr von den Spaniern begehren zu müssen, je unangenehmer ihnen eine Entscheidung mit den Waffen war. Es kam zu erregten Scenen. Die Forderung, Spanien möge die Summe sicherstellen, die man von diesem Reiche zur Erhaltung der nach Belgien bestimmten englischen Truppen begehrte, rief den heftigsten Unwillen Molina's hervor; man müsse ein königliches Wort und einen Vertrag doch für eine genügende Garantie halten, meinte er. Auch Lisola bekam das Misstrauen der Engländer und der Staaten zu spüren. Man verlangte zu wissen, was für Verbindungen Leopold im Reiche habe, in welcher Weise er an dem grossen Unternehmen sich zu betheiligen denke; erklärte aber, ohne auf Lisola's Antwort zu warten, man höre nichts von Wien, alles sei dort stille, Frankreich aber rühme sich des Kaisers und des Reiches sicher zu sein. Lisola war nicht der Mann derartige Beschuldigungen ruhig anzuhören. Nicht der Lärm, erwiderte er, mache die Harmonie aus; man thue auch nicht gut aus den Reden der Franzosen auf die Haltung des Wiener Hofes zu schliessen. Jedermann wisse, wie nothwendig es für den Kaiser sei, dass die spanischen Niederlande

[1] Lisola hat sich auch in seinen Briefen an Lobkowitz sehr über das Benehmen der Spanier beklagt; vermuthlich weil er hoffte, Lobkowitz Tadel, zu dem er als Franzosenfreund bereit sein werde, werde dazu beitragen, die Spanier zu energischerem Vorgehen zu vermögen. Am 2. Dec. 1667 z. B. schreibt er: „No so capire lo che la corte di Spagna non mostra nisuna premura per la pace né applicatione per la guerra, pero io prevedo Olandesi e Inglaterra faranno grandi sforzi per la pace primo d'impegnarsi nella guerra e se da parte della corte di Spagna trovaranno renitenza, potra facilmente accadere che s'uniranno insieme per constringere la regina di Spagna a concedere al Rè di Francia quella sodisfattione che a loro parera conveniente . . . Aehnlich am 22. Dec. R. A.

nicht verloren gehen; Leopold benöthige nur kurze Zeit zur Versammlung der Truppen, da er dieselben in Bereitschaft halte, er verfüge über 25 000 Mann alter, kriegserfahrener Soldaten, 6000 würden neu geworben. Er habe entsprechende Vollmacht mit England abzuschliessen. So sprach Lisola zu den Engländern über des Kaisers Pläne; diesem aber schrieb er: „Die Sache steht schlecht, weil ich nicht weiss, woher das Geld genommen werden soll, da Castel-Rodrigo keines hat. Das einzige Rettungsmittel würde ich darin sehen, wenn Castel-Rodrigo die mit den Staaten begonnenen Verhandlungen bezüglich Ueberlassung einer Reihe von Städten gegen entsprechende Geldsummen weiterführen würde und zwar rasch. Gegen günstige Bedingungen könnte man daselbst das ganze Geldernland verpfänden."[1] In diesem Sinne schrieb er auch an Castel-Rodrigo. Die grössten Besorgnisse aber verursachte dem kaiserlichen Gesandten das Benehmen der Generalstaaten. Denn von ihnen ging der Gedanke aus, an die Stelle eines Bündnisses, durch das man sich zur Vertheidigung der spanischen Niederlande verpflichten sollte, einen Vertrag zu setzen, durch den man den Frieden erzwingen könnte. Lisola war auf das entschiedenste gegen eine derartige Lösung der bestehenden Conflicte. Er hoffte noch immer Karl II. zum Kampfe gegen Ludwig XIV., selbst ohne die Mitwirkung der Staaten, zu vermögen, falls es gelingen sollte, die von dem englischen Könige geforderten Geldsummen aufzubringen. Er setzte sich, um den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung zu erbringen, mit einigen der einflussreichsten Mitglieder des Parlamentes in Verbindung. In der That ging im Unterhause der Beschluss durch, dem Könige die Unterstützung der spanischen Niederlande zu empfehlen; entsprechende Subsidien im Falle der Billigung dieses Planes wurden in Aussicht gestellt. Zu gleicher Zeit suchte Lisola direct auf Karl II. und auf dessen Räthe einzuwirken. Arlington, der mit der Führung der Verhandlungen betraut wurde, sprach von der principiellen Geneigtheit seines Herrn sich auch ohne die Staaten mit dem Hause Oesterreich zu verbinden; betonte aber zugleich, dass in diesem Falle weit grössere Geldsummen zur Ausrüstung von Flotte und Heer seitens der Verbündeten seinem Könige zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Ausrüstung einer Flotte von 60 Schiffen, meinte er, werde mindestens 500 000 Pfund Sterling kosten; man müsse wissen,

[1] Bericht Lisola's vom 23. Dec. 1667. St.-A. (Angl.)

was Spanien dazu beisteuern wolle; man müsse auch Kenntniss davon haben, wie viele Truppen Spanien in's Feld stellen, welche Handelsvortheile es den Engländern bieten wolle. Molina erwiderte, wie nicht anders zu erwarten war, mit allgemeinen Redensarten; wies auf die grossen Opfer hin, die Spanien seit Jahrzehnten gebracht habe und wie gerne es bereit sei den Engländern Handelsvortheile zu gewähren, falls nur nicht dadurch seinen eigenen Interessen zu nahe getreten werden sollte.[1] Schliesslich einigte man sich nochmals dahin, den Versuch mit den Staaten zu wagen. Am 17. December fand die entscheidende Sitzung statt. Lisola und Molina vertraten die Idee einer bewaffneten Zurückweisung der französischen Uebergriffe; die Vertreter der Staaten jene der gütlichen Ausgleichung der bestehenden Conflicte. Es giebt, meinten die letzteren, kein anderes Mittel als den Weg der Güte zu versuchen. In diesem Sinne hätten sie die Verhandlungen mit den Franzosen geführt und von denselben endlich Bedingungen erzielt, mit denen die Spanier sich wohl zufrieden erklären könnten; zumal die geplante Allianz gegen die überlegenen Kräfte Frankreichs nichts ausrichten würde. Lisola erwiderte in seinem und im Namen Molina's. Er wies vorerst den sichtbaren Wechsel in der Auffassung der Verhältnisse seitens der Staaten nach, den Meermann geleugnet hatte, der aber bestehe, ohne in der Natur der Verhältnisse seine Begründung zu haben. Warum sollte sich jetzt nicht ausführen lassen, was vor kurzer Zeit möglich geschienen hatte? Man möge nur das Ausgleichsproject näher betrachten; man werde erkennen, dass es voller Schliche sei und bloss dahin ziele, die Staaten zum Kampfe an der Seite der Franzosen zu vermögen oder wenigstens zu müssigen Zuschauern der Eroberung der spanischen Niederlande zu machen. Lisola ging aber noch weiter. Selbst wenn man Hoffnung hätte einen entsprechenden Frieden zu erlangen — meinte er — müsste man rüsten; mit den Waffen in der Hand den Frieden schliessen, habe noch niemals geschadet, oft aber genützt. In diesem Falle sei aber, wie aus aufgefangenen Briefen Lionne's[2] hervorgehe, an den Ernst der französischen Er-

[1] Bericht Lisola's vom 24. Dec. 1667. St.-A. (Angl.) Vergl. Priorato l. c. 417 ff., dessen Darstellung Lisola's Berichte oder Auszüge aus denselben zu Grunde gelegen sind.

[2] In diesem Sinne sind auch die, wie ich glaube zweifellos von Lisola herrührenden Remarques sur le procedé de la France touchant la negociation de la paix abgefasst; eine treffliche Schrift, deren Mittelpunkt eine geistreiche und energische

klärungen nicht zu glauben; Frankreich werde vielmehr, sobald ihm ein Vertragsproject vorgelegt werde, neue Ausflüchte suchen, oder Frieden schliessen und alsbald den Kampf von Neuem heraufbeschwören. Buckingham, der darauf in die Debatte eingriff, konnte gegen die Richtigkeit der Lisola'schen Behauptungen nichts einwenden; er wollte von Meermann wissen, ob seitens der Generalstaaten genügende Vorkehrungen zum Schutze der spanischen Niederlande getroffen seien, falls Frankreich auf ihre Anerbietungen nicht eingehen würde. Meermann bejahte, indem er auf die Garantie des Friedens hinwies. Schlagfertig erwiderte Lisola, sie selbst hätten im letzten Kriege beobachten können, wie wenig verlässlich die Garanten seien. Die Debatte wurde immer erregter, Lisola's Behauptungen immer kühner. Meermann umzustimmen vermochte er aber nicht. Da entschloss sich der kaiserliche Gesandte zu einem Schritte des Entgegenkommens; er stellte in seinem und im Namen der übrigen Verbündeten an Meermann die directe Frage, ob er sein Ehrenwort geben wolle, dass die Generalstaaten mit England und mit dem Hause Habsburg den Kampf gegen Frankreich aufnehmen wollten, falls die Spanier sich mit den Staaten über die Vertragsbedingungen, die Frankreich vorgelegt werden sollten, einigen würden, Ludwig XIV. dieselben aber zurückweisen sollte. Wie man sieht ein Vorschlag, der im wesentlichen jenem entsprach, der später die Grundlage der Tripleliga gebildet hat.[1]

Meermann antwortete ausweichend: er könne, meinte er, ein bestimmtes Versprechen nicht geben, glaube aber, dass man seitens der Niederländer auf einen solchen Vorschlag eingehen würde. Mit diesem Glauben war nichts anzufangen; so endete auch diese Be-

---

Entgegnung auf das französische Ausgleichsproject vom 18. Nov. 1667 ist. Vergl. übrigens das Kapitel 15; insbesondere p. 360, Anmerkung 3. Seite 40 dieser Schrift heisst es: en un mot, prevoyant bien, que la paix ne se peut faire aux conditions qu'elle propose, elle veut obliger les Estats à l'ayder à conquerir les Pays-Bas contre eux-mesmes; c'est avoir bien mauvaise opinion de leur prudence et de leur justice.

[1] Auch in seinen Schreiben an Lobkowitz hat sich Lisola in diesem Sinne als den eigentlichen Urheber der Tripleliga bezeichnet. Er schreibt am 27. Jan. 1668. R. A., der König habe Temple nach dem Haag geschickt, um die Einigung mit den Niederländern zu vollziehen, per la preservatione della Fiandra, o per via della Pace, o per via delli armi, concertando l'uno et l'altro con Castel-Rodrigo in conformità della pianta, che qui habbiamo projettata.

rathung ohne sichtbaren Erfolg; vielmehr übte das zurückhaltende Benehmen der Niederländer einen mächtigen Einfluss auf die Engländer.[1] Am Tage nach dieser Unterredung kam Buckingham zu Lisola und berichtete, wie bestürzt Karl II. über Meermanns Erklärungen gewesen, wie gross seine Furcht sei, die Staaten könnten sich auf die Seite Frankreichs schlagen, die Engländer aber der Rache der überlegenen Gegner preisgegeben werden.[2] Lisola suchte Buckingham zu trösten, die Aeusserungen Meermanns als durchaus günstige hinzustellen; Molina gegenüber betonte er aber die Schwierigkeit der Lage und wies darauf hin, dass es nur zwei Wege gebe an's Ziel zu gelangen, den Vertrag mit England unter den von dieser Macht vorgeschlagenen Bedingungen zu schliessen, oder aber den von Frankreich angetragenen Frieden anzunehmen. Molina versprach in diesem Sinne seiner Regierung zu berichten, Lisola schrieb an Castel-Rodrigo. In seinem Berichte an Leopold aber betonte er, dass ihm eine Kundgebung der Geneigtheit mit den Franzosen in Friedensverhandlungen einzutreten der Lage der Dinge am besten zu entsprechen scheine. „Denn wenn ich auch fürchte, dass der Franzosenkönig, wenn die Spanier diese Bedingungen zugestehen, neue Ausflüchte suchen wird; so ist doch viel gewonnen, wenn Spanien sich bezüglich dieses Punktes der Satisfaction im Principe geneigt zeigt, denn dann können wir aller Welt beweisen, dass Frankreichs Ehrgeiz und Unersättlichkeit den Frieden verhindert, dann werden auch die übrigen Mächte aufhören sich zu weigern, mit uns sich einzulassen, in der Hoffnung Frankreich wolle wirklich den Frieden. So lange sie dies aber glauben, wird kein Friede zu Stande kommen. Ich weiss übrigens auch, dass die Spanier dem Könige von Frankreich nichts angenehmeres thun können, als wenn sie sein Project zurückweisen und nichts unangenehmeres, als wenn sie es annehmen."[3]

Wie man sieht ging Lisola bei seinen Erwägungen von der Voraussetzung aus, dass Ludwig XIV. unter keinerlei Umständen Frieden schliessen werde. Da er aber fest davon durchdrungen war, dass die Engländer ohne die Staaten zum Kampfe gegen Frankreich nicht würden zu bestimmen sein, dass Spanien die von Eng-

[1] Für die Haltung de Witts und bezüglich seiner Weisungen an die in England weilenden staatischen Deputirten vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. 445 f.

[2] Bericht Lisola's vom 27. Dec. 1667. St.-A. (Angl.)

[3] Bericht Lisola's an Leopold I., 2. Jan. 1668. St.-A. (Friedensact.)

land geforderten Subsidien nicht werde aufbringen können, schien ihm das Eingehen auf die Friedensverhandlungen das einzige Mittel, nicht um den Frieden wirklich zu schliessen, — denn das wollte Lisola nicht — sondern um den Nachweis der Hinterlist und der Falschheit der Franzosen zu erbringen. Der Kaiser aber, der durchaus nicht von der Kriegslust Lisola's erfüllt war, entnahm dem Schreiben seines Gesandten nur, dass die Staaten den Frieden wünschten, die Engländer allein in den Kampf zu gehen für unmöglich hielten und wurde in seiner Ansicht, jeden blutigen Conflict zu vermeiden, durch diese Mittheilungen nur bestärkt, zumal die von anderen Orten einlangenden Berichte seine Befürchtungen zu bestätigen schienen. Aus dem Haag meldete Kramprich gegen Ende des Jahres, dass an eine Vertheidigung der spanischen Niederlande durch die Staaten kaum zu denken sei.[1] Die leitenden Staatsmänner hätten eine Einigung mit Spanien mit Rücksicht auf Englands schwankende Haltung für gefährlich, den Ausgleich mit Frankreich für zweckmässig erklärt[2] und gemeint, die Spanier sollten den Franzosen die im verflossenen Sommer von Frankreich in Besitz genommenen Orte oder statt derselben ein entsprechendes Aequivalent zu geben genöthigt werden, zumal Ludwig XIV. sich bereit erklärt habe, bis Ende März 1668 auf diese Bedingungen hin mit Spanien den Frieden zu schliessen, gegen das Versprechen der Staaten, mit ihm gegen Spanien vorzugehen, falls dieses sich bis dahin weigern sollte, mit Frankreich abzuschliesen.[3]

Und zur selben Zeit langten auch aus Stockholm Berichte ein, die bewiesen, wie eigennützig die Schweden in ihren Verhandlungen waren, wie kühl sie eigentlich der Frage gegenüber standen, um derentwillen der Kaiser sich in einen in seinen Folgen unberechenbaren Krieg einlassen sollte. Wir erinnern uns, dass Basserode, die rege Bethätigung der zahlreichen Gegner fürchtend, um eine rasche Entscheidung seiner Regierung und um Absendung

[1] Bericht Kramprichs aus dem Haag 12. Dec. 1667. St.-A. (Holl.)

[2] Bericht Kramprichs aus dem Haag, 5. Jan. 1668. St.-A. (Holl.) De Witt meinte Kramprich gegenüber, sich an Spanien zu hängen wäre nicht rathsam, weil von dort aus auf Hilfe nicht zu rechnen sei; mit Frankreich zu halten wäre gefährlich, weil es zu mächtig sei und weder Treu noch Glauben halte. Bei der Minorennetät des Königs von Spanien und im Hinblicke auf Frankreichs grosses Glück wäre es nicht übel, wenn man den Frieden gegen Cedirung der im vorigen Sommer von Frankreich genommenen Plätze erlangen könnte.

[3] Bericht Kramprichs vom 15. Dec. 1667. St.-A. (Holl.)

eines spanischen Bevollmächtigten ersucht hatte. Gegen Ende November 1667 war die Vollmacht des Kaisers, die ihn ermächtigte mit den Schweden abzuschliessen, in seinen Händen. Sofort trat er an diese mit der Bitte heran, ihm ein Vertragsproject zu überreichen. Dies geschah; dasselbe enthielt alles, was zum Schutze Schwedens, zur Anerkennung der vielen bestrittenen Rechte dieser Macht auf Reichsgebiete dienen konnte; dagegen war auf die Interessen des Kaisers und seines Hauses sehr wenig Rücksicht genommen, vor allem jedes Wortvermieden, das Anlass zu directen Conflicten mit Frankreich hätte geben können. Der Vertrag sollte sich auf die Sicherung jener Länder beschränken, welche die beiden Herrscher im Reiche und zwar im gegenwärtigen Momente friedlich besitzen; das hiess mit anderen Worten, die spanischen Niederlande, die nicht im Besitze Leopold I. sind, bleiben von dieser Garantie ausgeschlossen. Die Unterstützung des angegriffenen Theiles sollte vorerst „iuxta pacis publicae assecurationem in instrumento pacis praes craiptam" erfolgen; das hiess mit anderen Worten, wenn Frankreich den Kaiser angreifen sollte, wird gegen dasselbe auf dem Wege Rechtens vorgegangen oder eine freundschaftliche Vermittelung versucht werden. Um den von Frankreich bedrohten Ländern rechtzeitig zu Hilfe kommen zu können, sollten schwedische Truppen auf deutschem Boden auf Kosten des Kaisers in Bereitschaft gehalten werden; das hiess mit anderen Worten, um den Schweden ein entscheidendes Eintreten zu Gunsten ihrer besonderen Interessen zu ermöglichen, sollte Leopold die Kosten der Erhaltung eines bedeutenden Truppenkörpers tragen. Bezüglich der belgischen Angelegenheit aber wollte sich Schweden blos verpflichten, vorerst den Weg der Vermittelung zu betreten und zwar nicht allein als Glied des Reiches, sondern, wenn es sich als nothwendig erweisen sollte, als König von Schweden, als Wahrer und Schützer des westpälischen Friedens.[1] Man wird es begreiflich finden, dass Basserode mit dem schwedischen Vertragsentwurfe nicht einverstanden war, dass er sich über die Selbstsucht der Schweden, die aus demselben hervorscheine, bitter beklagte.[2] Allein alle seine Bemühungen eine wesentliche Aenderung desselben zu Gunsten des Kaisers zu bewirken blieben erfolglos, obgleich nicht wenige unter den Räthen

[1] Bericht Basserode's vom 30. Nov. 1667, sammt Beilage. St.-A. (Suec.)
[2] Bericht Basserode's vom 3. Dec. 1667. St.-A. (Suec.)

Karl XI. die Berechtigung der Klagen Basserode's anerkannten.[1] Es kam zu heftigen Debatten; die Partei des französisch gesinnten Kanzlers setzte alle Hebel in Bewegung, um den Sieg zu erringen. Dass sie energischen Widerstand fand, war wohl ein Zeichen der tiefen Abneigung weiter Kreise gegen Ludwig XIV., trug aber keineswegs zu einer Herabminderung der schwedischen Forderungen bei. Basserode entnahm vielmehr den Reden der Königin und Bjelke's, dass die Schweden auch für die Zeit der Mediation die Erhaltung des schwedischen Heeres seitens des Kaisers zu beanspruchen gedächten.[2] Geld in beträchtlicher Höhe und ein entschiedenes Vorgehen Leopold I. das war, wie man sieht, was die Schweden, wie die Staaten, wie die Engländer nach wie vor von dem Kaiser forderten, der selbst geldbedürftig und weder nach Veranlagung geeignet, noch im Hinblicke auf seine Interessen gewillt war, an die Spitze einer grossen Bewegung zu treten. Und in dieser Auffassung konnte er durch die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit dem mächtigsten unter den Reichsfürsten, mit Friedrich Wilhelm von Brandenburg, nur bestärkt werden. Denn was im November 1667 zu befürchten stand, war im December eingetreten; der Kurfürst hatte, um vor jeder Eventualität geschützt zu sein, mit Frankreich abgeschlossen.[3] Vergebens war es, dass der Kaiser dem kurfürstlichen Gesandten Blumenthal die Nothwendigkeit der Erweiterung des österreich-brandenburgischen Bündnisses von 1666 nachwies;[4] vergebens, dass Goess in Berlin in ähnlicher Weise sprach. Blumenthal entschuldigte sich mit mangelnder Instruction;[5] Schwerin aber erwiderte im Namen des Kurfürsten, derselbe halte es im Hinblicke auf die Lage der Dinge für das beste, vorerst den Weg der Vermittelung zu versuchen, „dies wären allzeit des Churfürsten consilia gewesen und befinde man, dass Spanien für diesmal nichts nützlichers procurirt werden könne.“[6] Die Erklärung Friedrich

[1] Vergl. das Schreiben des Herzogs Hans Adolf von Holstein an Leopold d. d. 27. Nov. st. v. St.-A. (Suec.)

[2] Bericht Basserode's vom 24. Dec. 1667. St.-A. (Suec.)

[3] Vertrag vom 5./15. Dec. 1667 bei Mörner, l. c. 321 ff.; vergl. auch Mignet l. c. II. 296 ff.; Strecker l. c. 23 ff.

[4] Für Blumenthals Mission nach Wien, Urk. und Act. XII. 585 ff. und die daselbst verzeichnete Literatur.

[5] Vergl. Urk. und Acten XIV. 365; XII. 591 f. Am 12./22. Dec. schreibt Blumenthal: „Man wird sich äusserst bemühen E. Ch. D. mit in's Werk zu ziehen; je difficiler aber Sie sich hierunter erweisen, je besser wird es für dero Interesse sein.“ l. c. 592.

[6] Ebend.

Wilhelms hat auf Leopold I. den tiefsten Eindruck gemacht.[1] Denn auf des Brandenburgers Mitwirkung hatte er das grösste Gewicht gelegt, auf sie am ehesten gehofft. Auch schwand mit der Aussicht, Friedrich Wilhelm zu gewinnen, jene mit Johann Georg II. von Sachsen abzuschliessen. Die Stimmung am Dresdner Hofe wurde in der That immer unfreundlicher. Gegen Ende December 1667 hatte die französische Partei auch dort das Uebergewicht erlangt; Gersdorf und Kanne erhielten Befehl nach Paris zu reisen, um daselbst abzuschliessen.[2] Zu gleicher Zeit langten in Wien Schreiben ein, die von dem Eifer berichteten, mit dem Johann Philipp von Mainz und die Fürstenberger für den Frieden mit Frankreich wirkten; zu gleicher Zeit empfing Leopold das Schreiben Ferdinand Maria's von Baiern, in dem dieser sich auf das entschiedenste gegen einen Krieg mit Frankreich aussprach und auf die Gefahr hinwies, die dem katholischen Glauben aus der Einigung des Kaisers mit den protestantischen Mächten erwachsen würde;[3] zu gleicher Zeit verliess Thun, der Principalcommissär Leopold I. in Regensburg, den Reichstag, ohne das Ziel seiner Wünsche, die Garantie des burgundischen Kreises seitens der Reichsstände, erreicht zu haben.[4]

Was konnte es unter diesen Verhältnissen helfen, dass die braunschweigischen Fürsten ihre Bereitwilligkeit kundgaben, 10—12000 Mann dem Kaiser zur Verfügung zu stellen, dass Sinzendorf, der an den Höfen dieser Fürsten, und Hammerstein, der in deren Auftrage in Wien verhandelte, auf die Bedeutung hinwiesen, die ihr Eintreten für die allgemeine Sache haben musste? Denn auch die Braunschweiger forderten, wie alle übrigen Fürsten, bedeutende Geldsubsidien und machten den Abschluss eines engeren Bündnisses mit dem Kaiser von dem Beitritte der Generalstaaten

[1] Droysen l. c. III. 3. 209, glaubt das Vorgehen Friedrich Wilhelms dadurch zu rechtfertigen, dass er schreibt: „Hätte er wagen wollen aus den Gesichtspunkten der europäischen Politik seinerseits die Waffen zu ergreifen, so würde, abgesehen von dem apathischen Hochmuth in Brüssel, Kaiser und Reich ihn im Stich gelassen, de Witt und sein Anhang sich mit Frankreich arrangirt haben." Allein darin bestand eben das Unglück Deutschlands, dass jeder von dem anderen den ersten Schritt erwartete, und dass keiner dem anderen traute.

[2] Berichte Blums vom Nov. und Dec. 1667. St.-A. (Sax.)

[3] Schreiben Ferdinand Maria's an Leopold d. d. 29. Nov. 1667. St.-A. (Bav.)

[4] Vergl. Mignet l. c. II. 261 ff.

und des Brandenburgers abhängig.[1] So blieb dem oesterreichischen Herrscher nur eine Hoffnung übrig: die Spanier zu energischem Vorgehen, zur Uebersendung beträchtlicher Subsidien zu vermögen. In der That hatte Leopold I. in den Tagen, da er von Ludwig XIV. Theilungsplänen neuerlich Kenntniss erhielt, ein ausführliches Schreiben an Pötting gerichtet, auf die Nothwendigkeit hingewiesen, Brandenburg und Schweden zu gewinnen und war für eine rasche Entscheidung der spanischen Regierung bezüglich dieser Angelegenheit und der englisch-niederländischen Vertrags- und Friedenspläne eingetreten. „Aber Eile thut Noth, betonte er; wenn Spanien nicht sogleich sich für eine energische Kriegsführung ausspricht, ist alles vorüber." Er habe, fuhr er fort, nicht unterlassen, die Spanier zu bitten, sich offen darüber zu äussern, was sie zu thun willens seien und dem Gesandten in Wien Befehl zu ertheilen, über die zum Kriege nothwendigen Vorbereitungen zu berathen. Aber weder das eine noch das andere sei geschehen und ebensowenig entsprechende Geldsummen gesendet worden.[2]

Grosse Hoffnung auf eine erfolgreiche Action Pöttings mag Leopold nicht gehegt haben, als er diese Worte niederschrieb. Sein Misstrauen in die Ehrlichkeit der Spanier hatte den Höhepunkt erreicht und das Benehmen Castelars konnte dasselbe nicht mindern. Durch seine Hoffahrt und Schroffheit verschärfte er vielmehr die ohnehin peinliche Situation und trieb den Kaiser schliesslich dazu, von der Königin von Spanien die Abberufung ihres Gesandten zu fordern.

Leopold hegte gegen Ende des Jahres 1667 sogar die Befürchtung, Spanien könnte sich auf Kosten des Kaisers mit Frankreich einigen, forderte von Pötting genauen Bericht darüber, was es für eine Bewandtniss mit dem spanisch-französischen Bündnisse habe und befahl ihm, im Falleein solches geschlossen werden sollte, auf das entschiedenste darauf zu sehen, dass in dasselbe nichts dem Kaiser praejudicirliches Aufnahme finde.[3] Die Befürchtungen Leopold I. entbehrten der Begründung; die Spanier hatten mit Ludwig XIV. nicht abgeschlossen;[4] zu einem energischen Widerstande waren sie aber nach wie vor nicht zu vermögen. Die Verhandlungen mit den

[1] Vergl. neben den Berichten Sinzendorfs, insbesondere für Hammersteins Mission in Wien, Köcher l. c. 558 ff.

[2] Weisung Leopold I. an Pötting. 12. Nov. 1667. St.-A. (Hisp.)

[3] Leopold an Pötting d. d. 23. Nov. 1667. St.-A. (Hisp.)

[4] Ueber die grossen Anerbietungen der Franzosen vergl. Ranke, Franz. Gesch. V. 57.

Engländern wurden hingezogen, die zum Abschlusse mit den Schweden nothwendigen Vollmachten nicht ausgefertigt, dem Kaiser die begehrten Subsidien nicht bewilligt.[1] Noch immer beherrschte Penneranda den Hof und solange daran nichts geändert werden konnte, war an ein energisches Vorgehen gegen Frankreich nicht zu denken. Es war dies die allgemeine Ansicht, der Don Juan bezeichnenden Ausdruck verlieh, als er die Meinung äusserte: „Penneranda sei extra et intus Gallus; die Lilien wären ihm allzutief in sein Herz eingewurzlet."[2] Und zu Beginn des Jahres 1668 fasste Pötting sein Urtheil über die Spanier in die Worte zusammen: „Die gegenwärtige Beschaffenheit ist so, dass niemals diese Leut ad defensionem propriam noch nicht despertiren wollen; vereor proinde lethargiam fatalem; dann keine Erinnerung, Anmahnung noch die Appretirung der Gefahr selbsten will nichts ausgeben."[3]

So war die Lage der Dinge, als Gremonville mit den Vollmachten seines Herrn ausgerüstet in den letzten Tagen des Jahres 1667 an die kaiserlichen Minister und durch diese an Leopold I. selbst mit dem Vorschlag herantrat, durch ein friedliches Abkommen nicht nur die gegenwärtigen Conflicte beizulegen, sondern auch künftigen Streitigkeiten durch die Theilung des voraussichtlich in nicht allzu ferner Zeit zur Erledigung gelangenden spanischen Besitzes vorzubeugen. Dem Gange dieser Verhandlungen, deren Verlauf in genügender Klarheit zu erkennen ist, brauchen wir in diesem Zusammenhange nicht in's einzelne zu folgen.[4] Am 31. December 1667 fand die erste Besprechung zwischen Gremonville und Auersperg statt, am 1. Januar 1668 die erste Audienz Gremonville's beim Kaiser. Die Forderungen Gremonville's waren ausserordentlich grosse; er begehrte für Frankreich die spanischen Niederlande, Franche-Comté, Mailand, Neapel, die toscanischen Plätze mit Porto-Longone, Finale, Navarra mit seinen Dependenzen, die Festung Rosas, die Philippinen; Forderungen, an deren Gutheissung seitens des Wiener

[1] Für die Stimmung am Madrider Hofe vergl. Mignet l. c. II. 601.

[2] Bericht Pöttings d. d. 7. Jan. 1668. (Pött. Corr.)

[3] Bericht Pöttings d. d. 14. Jan. 1668. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Vergl. Mignet l. c. II. 340 ff.; Legrelle l. c. I. 135 ff. Neue wesentliche Mittheilungen sind nur aus den Privatarchiven der österreichischen Staatsmänner, in erster Linie aus dem der Fürsten von Auersperg, zu erhoffen. Es darf in diesem Zusammenhange übrigens auch bemerkt werden, dass nicht nur Lobkowitz und Auersperg, sondern noch einige andere österreichische Staatsmänner, z. B. Lamberg, Kenntniss von dem Gange der Verhandlungen hatten.

Hofes er selbst nicht glaubte. Er forderte nach Kaufmannsart anfänglich recht viel, um später leichter etwas nachlassen zu können. Die kaiserlichen Minister widerum boten Anfangs zu wenig; die flandrischen Provinzen, die Philippinen, Majorca, Minorca und die afrikanischen Besitzungen. Allmählig näherte man sich. Die grösste Schwierigkeit verursachte die Frage über die Zuweisung der italienischen Provinzen; hier lag die Entscheidung. Nach vielen Verhandlungen, deren Verlauf durch Gremonville's Berichte lebhaft veranschaulicht wird, erfolgte am 19. Jan. 1668 die Einigung. Nach dem Tode Karl II. sollte Oesterreich, falls kein ehelicher Sprosse der spanischen Linie des Hauses Habsburg am Leben sein sollte, Spanien, Westindien, Mailand mit dem Rechte der Investitur über Siena, Finale, die Häfen Longone, Hercole, Orbitello und alle anderen Häfen bis zur Grenze von Neapel, die der spanischen Krone gehörten, ferner die Insel Sardinien, die balearischen und canarischen Inseln; Frankreich dagegen die spanischen Niederlande, die Franche-Comté, die Philippinen, Navarra mit den Dependenzen, Rosas, die afrikanischen Plätze, Neapel und Sicilien mit den Dependenzen erhalten. Wird in Spanien ein Thronfolger geboren und erreicht er das 6. Lebensjahr, so erlischt dieser Vertrag, sonst bleibt derselbe, allen künftigen Verfügungen zum Trotze, in Kraft. Soweit die Abmachung für die Zukunft. Für den Augenblick aber verpflichtete sich der Kaiser, Spanien zur Abtretung von Luxemburg oder der Franche-Comté, von Cambray, Douai, Aire, St. Omer, Bergues und Furnes an Frankreich zu vermögen, Ludwig XIV. dagegen zur Rückstellung aller jener Plätze zu bewegen, die er im Laufe des Jahres 1667 eingenommen, falls Spanien bis Ende März diesem Vorschlage zustimmt und mit Ludwig XIV. einen Vertrag von König zu König schliesst. Nimmt aber Spanien diese Bedingungen nicht an, dann sollen weder der Kaiser noch seine Kinder, Erben und Nachfolger directe oder indirecte Hilfe nach den spanischen Niederlanden senden, solange der gegenwärtige Krieg dauert. Greift dagegen Frankreich oder ein anderes Reich die Spanier in ihren Besitzungen ausserhalb der spanischen Niederlande an, dann können der Kaiser und seine Nachfolger den Spaniern zu Hilfe kommen, doch verpflichtet sich Leopold I. den Krieg nicht in Frankreich, Ludwig XIV. denselben nicht in den Erbländern zu führen.[1]

So klar und deutlich die einzelnen Bestimmungen dieses wichtigen Vertrages lauten, so schwer wird es doch, mit Sicherheit die

[1] Vergl. den Abdruck bei Legrelle l. c. I. 518 ff.

Motive zu bezeichnen, die Leopold zum Abschlusse desselben vermocht haben. Er selbst hat sich auch in seinen vertraulichsten Schreiben an Pötting darüber nicht geäussert; wohl nicht allein, weil er versprochen hatte, das Geheimniss zu wahren, sondern auch in der Erwägung, dass die Kenntniss dessen, was in Wien geschehen war, lähmend auf die Thätigkeit seines Gesandten in Madrid hätte wirken müssen. Ein am Tage vor der Unterzeichnung des Theilungsvertrages verfasstes Schreiben Leopold I. enthält die Mittheilung, dass die Behauptungen der Spanier, als strebe Auersperg die Stellung eines Prager Erzbischofes an, unwahr seien, dass Auersperg blos Cardinal werden wolle „nec video quomodo suo tempore nominam denegare potero; ut protrahem, in hoc unico laboro. Was sonsten die publica anlangt, fährt Leopold I. fort, weiss Ich schier nimmer, was Ich schreiben solle, dann mich dünkt es heisse, oleum et operam perdidi."[1] Die Worte Leopold I. können uns nicht die Gründe erkennen helfen, die ihn zu diesem merkwürdigen Schritte veranlasst haben, wohl aber gestatten sie einen Schluss auf die Stimmung zu ziehen, in der sich der Kaiser befand, als er seine Einwilligung zur Unterzeichung des Theilungsvertrages gab. Nicht Begeisterung, auch nicht das freudige Gefühl etwas grosses unter schweren Opfern gethan zu haben, spricht aus den Briefen Leopold I., sondern die Resignation eines Mannes, der widerwillig, durch die Unthätigkeit anderer gedrängt, einen unvermeidlichen Schritt thut, den er gerne unterlassen hätte. Wenn daher von den Lobrednern Leopold I. wiederholt behauptet worden ist, der Kaiser habe den Vertrag mit Ludwig XIV. in der festen Absicht geschlossen dem Jahrhunderte währenden Kampfe der beiden vorwaltenden Mächte Europa's ein Ende zu machen, durch die Einigung mit Frankreich dem katholischen Glauben die Weltherrschaft zu erringen und Oesterreichs Macht und Ansehen im Reiche und in Europa zu mehren, indem man sie mit Frankreich theilte, so wird man einer solchen Deutung der That nicht beipflichten dürfen.[2]

---

[1] Schreiben Leopold I. an Pötting, 18. Januar 1668. St.-A. (Pött. Corr.); am 4. Februar wiederholt Leopold diese Worte.

[2] Unter den Protestanten herrschte Furcht vor derartigen Plänen des Kaiserhofes, und gewiss wird die Rücksicht auf die Stärkung des Katholicismus mit beigetragen haben, Leopold zu diesem Entschlusse zu bringen; aber ausschlaggebend war der religiöse Gesichtspunkt in diesem Falle nicht.

Aber auch jene Ansicht, die eine Ueberrumpelung des Kaisers durch Gremonville, Auersperg und Lobkowitz zur Voraussetzung nimmt, kann einer kritischen Erörterung nicht Stand halten. Von einer Theilnahmslosigkeit Leopold I. gegenüber einer so wichtigen Angelegenheit, kann nach alledem, was wir von ihm wissen, keine Rede sein. Wenn Lobkowitz Gremonville gegenüber wirklich die Aeusserung gethan haben sollte, der Kaiser ist nicht wie euer König, der selbständig handelt, vielmehr einer Statue gleich, die dort stehen bleibt, wohin man sie stellt, dann wäre sie nicht nur frivol, wie so manche seiner Reden, sondern auch unwahr. Leopold war in jenen Jahren auf das eifrigste mit der Leitung der Staatsangelegenheiten beschäftigt; er verfolgte jede einzelne Frage der auswärtigen und der inneren Politik mit lebhaftestem Interesse, vertiefte sich in's kleinste Detail auch minder wichtiger Fragen und kannte die Gesinnung der fremden und der eigenen Minister sehr genau. Gremonville hat unter dem Eindrucke der Erklärungen Leopold I. das Bekenntniss abgelegt, der Kaiser habe sich ernstlich und eingehend mit der Theilungsfrage beschäftigt. Dass aber Gremonville ihn nicht überrumpelt oder getäuscht hat, das ist auf das deutlichste den Schreiben Leopold I. zu entnehmen, in denen er wiederholt seiner Abneigung gegen den spitzfindigen, unaufhörlich spionirenden und intriguirenden Mann Ausdruck verleiht. Männer vom Schlage Gremonville's waren die letzten, von denen sich der Kaiser beeinflussen liess. Auch kannte Leopold I. ganz genau die Gesinnungen und Bestrebungen der beiden Männer, die entscheidend in die Verhandlungen eingegriffen hatten. Er wusste, dass Lobkowitz, ein eifriger Verehrer des französischen Königs, ein entschiedener Gegner der Spanier war, dass Auersperg persönliche Interessen verfolgte, indem er sich der Sache Frankreichs so warm annahm. Also nicht Auersperg oder Lobkowitz, überhaupt nicht eine bestimmte Persönlichkeit hat in Leopold den Entschluss zur Reife gebracht, sich mit Frankreich auf friedlichem Wege zu einigen. Was ihn dazu veranlasste, wird wohl nach alledem, was wir vernommen haben, nichts anderes gewesen sein, als die Erkenntniss, dass eine friedliche Abmachung in diesem Augenblicke seinen und den Interessen seiner Erbländer am besten entspreche. Und zu dieser Erkenntniss hatten ihn in gleichem Maasse seine Natur und seine Auffassung der Verhältnisse geführt. Leopold I. war, wie bereits erwähnt, keine von Thatenlust überschäumende Natur und Erziehung und Umgang hatten

keineswegs dazu beigetragen, in ihm den Sinn für entschlossenes, energisches Handeln zu entwickeln. Er war gewiss nicht ohne Ehrgeiz; er besass solchen sogar in hohem Maasse, aber sein Ehrgeiz war ein ganz anderer, als der seines Vetters von Frankreich. Grosses zu opfern um grösseres zu gewinnen hätte ihm ein Verbrechen wider die göttlichen Satzungen geschienen. Sein Ehrgeiz war darauf gerichtet, was er von seinen Vätern geerbt hatte, ungemindert seinen Nachfolgern zu hinterlassen. Das erworbene festzuhalten, schien ihm eine heilige Pflicht, für die er alles, was er an Kraft und Energie in sich fühlte, einsetzen müsse. Vor allem, keinen Fussbreit seiner Erbländer wollte er opfern. Denn als Herrscher Oesterreichs hat sich Leopold sein ganzes Leben lang gefühlt und dieses Gefühl überwog in ihm jedes andere. Erst, wenn er sich als Beherrscher Oesterreichs genug gethan, kam der Kaiser, der Habsburger, in ihm zur Geltung. Und als Herr Oesterreichs musste Leopold zu Beginn des Jahres 1668 sich sagen, dass die Zurückweisung der französischen Anerbietungen für die Erbländer von den verderblichsten Folgen begleitet sein konnte.

Nach den Mittheilungen Gremonville's war in diesem Falle der sofortige Einmarsch der französischen Armee in die österreichischen Erbländer zu erwarten. Ihr erfolgreichen Widerstand zu leisten, konnte Leopold aber keineswegs hoffen. Er hatte von den Beziehungen Frankreichs zur Pforte genaue Kenntniss, er wusste, dass der Sultan nur auf eine günstige Gelegenheit harre, um den durch die unglückliche Schlacht bei St. Gotthard unterbrochenen Siegeslauf von Neuem zu beginnen. Ueber die bedenkliche Stimmung, die in dem österreichischen Theile Ungarns herrschte, war Leopold auf das beste orientirt; von der Abneigung der Stände aller anderen Länder sich in einen weitaussehenden Krieg einzulassen, bekam er ununterbrochen Beweise. Die in den verschiedenen Ländern im Laufe des Jahres 1667 tagenden Stände beklagten gleichmässig den Rückgang der Erträgnisse, die Erhöhung der Steuern und betonten ihre Unfähigkeit, zu leisten was der Kaiser von ihnen fordere. Die Staatskassen waren leer, kaum fanden sich Einkünfte, die man verpfänden konnte, der Staatscredit war erschöpft. Die Truppenwerbungen stockten in Folge Geldmangels; mit der ihm zur Verfügung stehenden Armee konnte Leopold aber keinen Augenblick daran denken, den Kampf auch nur im Westen seines Reiches aufzunehmen, viel weniger ihn zu gleicher Zeit gegen Türken und Franzosen zu führen. Von welcher

der auswärtigen Mächte durfte aber Leopold auf Unterstützung rechnen, wenn er sich, seiner Pflicht als Oberhaupt des Reiches und als Herrscher einer Grossmacht bewusst, allen diesen Gefahren zum Trotze zum Kampfe gegen Frankreich entschloss? Diejenigen Fürsten, denen an der Erhaltung der spanischen Niederlande zunächst gelegen sein musste, schienen bereit, sich auf gütlichem Wege und auf Kosten der Spanier mit Frankreich zu vergleichen. Weder bei den Engländern, noch bei den Schweden, noch bei den Generalstaaten glaubte Leopold auf eine entsprechende Geld- oder Truppenunterstützung rechnen zu können, wenn er sich in diesem Augenblicke zum Offensivkriege gegen Ludwig XIV. entschloss. Die deutschen Reichsfürsten aber waren zum guten Theil offene oder versteckte Anhänger Frankreichs, oder sprachen, soweit sie überhaupt eine Meinung zu haben wagten, der friedlichen Lösung der Streitfrage das Wort. Dazu kam, dass Leopold an eine baldige Besserung der Verhältnisse nicht glaubte, dass er nicht das geringste Vertrauen in die Ehrlichkeit einer dieser Mächte besass, am wenigsten in die der Spanier. Nichts hat vielleicht dem Kaiser den Schritt einer Vereinbarung mit Ludwig XIV. leichter gemacht, als seine feste Ueberzeugung, dass die Spanier in einem ähnlichem Falle auf seine Interessen nicht die geringste Rücksicht nehmen würden. Und dieser Nation zu Liebe, von der er eine Einigung mit Frankreich auf seine Kosten fürchten musste, die selbst nicht das mindeste thun wollte, um dem gewaltigen Nachbarn zu begegnen, sollte er seine Erbländer aufs Spiel setzen? Auch mag Kaiser Leopold der Ansicht gewesen sein, dass die Versprechen, die er bezüglich der spanischen Niederlande gab, nicht allzu weitgehende waren. Aus den Berichten Lisola's wusste er, dass die Staaten dem Franzosenkönige ähnliches angeboten hatten, und er durfte, nach alledem, was er vernahm, mit Sicherheit annehmen, dass die Engländer und Schweden ihre Zustimmung nicht versagen würden. Kam der Friede auf dieser Grundlage zu Stande, dann hatte Leopold nur etwas früher gutgeheissen, was die anderen etwas später billigten; misslang aber der Versuch einer friedlichen Abmachung durch das Verschulden Frankreichs, dann sollten die anderen interessirten Mächte den Kampf gegen den Störer der Ruhe beginnen.

Alle diese Gründe, denen sich mühelos andere anreihen liessen, dürften wohl hinreichen, das Vorgehen Leopold I. zu erklären, wenn auch nicht zu rechtfertigen. Wie soll man aber seine Abmachungen

bezüglich der künftigen Succession verstehen? Dass Leopold nicht gewusst haben sollte, welche Rechte er aufgab, indem er sich mit dem Manne, der seiner Ansicht nach nicht den geringsten rechtlichen Anspruch auf die spanischen Länder besass, in Verhandlungen einliess, wird man wohl nicht ernstlich behaupten wollen. Wie oft war in diesem Jahre 1667 die Rechtsfrage erörtert worden, wie oft hatten die Vertreter der österreichischen Ansprüche die ausschliessliche Berechtigung derselben nachgewiesen, wie glänzend hatte noch im Juli Franz von Lisola die Behauptungen der Gegner widerlegt. Auch in diesem Falle vermag nur die Stimmung Leopold I., in die ihn das Verhalten der verschiedenen Mächte, in erster Linie das der Spanier versetzt hatte, sein Vorgehen zu erklären. Wir haben die wiederholten Aeusserungen Pöttings vernommen, dass man in Madrid die Nachfolge Leopold I., wenn nöthig auch mit Waffengewalt; zu verhindern entschlossen war. Der junge König war krank und schwach; es verging kaum ein Monat, in dem nicht Pötting von drohender Gefahr meldete; nach dem Ausspruche der Aerzte war nur sehr geringe Aussicht vorhanden, dass Karl das Mannesalter erreichen werde. Don Juan, beim Volke beliebt, ehrgeizig und gewillt, sein Leben für so hohen Preis aufs Spiel zu setzen, arbeitete im geheimen eifrig für seine Sache. An der Abneigung der Spanier gegen die Deutschen konnte der Kaiser nicht zweifeln; wiederholt hatte man an den Strassenmauern Madrids Spottverse gegen dieselben entdeckt, die von der Bevölkerung mit sichtlichem Behagen gelesen wurden; wiederholt hatte sich dieser Hass gegen die Deutschen in Thätlichkeiten geäussert. Die Macht der Königin, an deren guter Gesinnung Leopold keinen Grund hatte zu zweifeln, war vollkommen gebrochen; Neidhart war unentschlossen, überdies aber von seinen Freunden verlassen und in seiner Stellung bedroht; die französische Partei war mächtiger denn je. Was war unter diesen Umständen für Leopold zu hoffen, wenn das wahrscheinliche eintrat, wenn Karl II. einem der vielen Krankheitsanfälle erlag? Dass Ludwig XIV. in diesem Falle seine Erbansprüche ohne Rücksicht auf Maria Theresia's Verzichtleistung geltend machen werde, daran war nach den Erklärungen Ludwig XIV., nach seinem Vorgehen in Belgien, nach den Aeusserungen Gremonville's nicht zu zweifeln. Und Ludwig XIV., musste sich Leopold sagen, verfügte über weit grössere Geldmittel, über ein weit stärkeres Heer, als er; seine Truppen konnten viel rascher in Madrid angelangt sein; seine Partei am Hofe

Karl II. war die bei weitem mächtigere. Dazu kam, dass gerade in den Tagen, da die entscheidenden Abmachungen getroffen werden sollten, das einzige Kind Leopold I. — ein viermonatlicher Sohn — starb, dass man allgemein der Ansicht war, die zarte Kaiserin werde nicht mehr im Stande sein, ein lebensfähiges Kind zu gebären.

Können wir es unbegreiflich finden, wenn im Hinblicke auf all diese Erwägungen Leopold I. endlich dem Gedanken Raum gab, sich auf friedlichem Wege, durch eine Vereinbarung mit Frankreich, den grössten Theil der spanischen Erbschaft zu sichern? Was er aufgab, waren im wesentlichen nur die spanischen Niederlande und die Königreiche Neapel und Sicilien. Dafür gewann er aber die oberitalienischen Provinzen, die ihm eine directe Verbindung mit Spanien ermöglichten; gewann er dieses Land selbst mit dem weitaus grössten Theile der überseeischen Besitzungen. An seine Verpflichtungen dem spanischen Verwandten und dem Reiche gegenüber scheint er dabei nicht gedacht zu haben; er handelte als Erbherr von Oesterreich, sicherte seine Erbländer auf Kosten allgemeiner Interessen. Der Vorwurf der Eigennützigkeit wird Leopold in diesem Falle nicht erspart bleiben können; aber er theilt ihn mit allen deutschen und ausserdeutschen Fürsten, mit den Niederländern und mit den Engländern, mit den Schweden und mit den Spaniern, mit dem Brandenburger und mit dem Sachsen, mit dem Mainzer und mit dem Kölner. Allein noch ein anderer Vorwurf trifft Leopold I. wie Ludwig XIV., an den beide Fürsten wohl schwerlich gedacht haben. Sie hatten beide über ein fremdes Land, über ein fremdes, grosses Volk verfügt, wie wenn es ihr Land, wie wenn es ihre Hörigen gewesen wären; sie hatten beide keinen Augenblick daran gedacht, dass sie keine Berechtigung besassen, die Selbstbestimmung des spanischen Volkes zu beeinträchtigen, ihnen beiden erschienen die Klagen desselben wie eine Auflehnung gegen die von Gott gegebenen Satzung von der Pflicht des schweigenden Gehorsams. Einen stärkeren Ausdruck des absolutistischen Principes, als diese Theilung eines grossen Staates, wird man in der Geschichte schwerlich nachzuweisen vermögen.

Siebzehntes Kapitel.

Lisola und die Tripleliga.

1668—1670.

Es war eine eigenthümliche Lage, in der sich Kaiser Leopold I. zu Beginn des Jahres 1668 befand. Aufgewachsen in einer Umgebung, die von dem tiefsten Grolle gegen die französische Nation erfüllt war, erzogen von Männern, die mit leidenschaftlichem Eifer den Hass gegen das gewaltig aufstrebende Haus der Bourbonen in das empfängliche Gemüth des jungen Fürsten zu pflanzen bestrebt waren, hatte Leopold I. von Jugend auf in dem Könige von Frankreich nicht blos seinen politischen, sondern auch seinen persönlichen Gegner gesehen und diese Antipathie war umso stärker geworden, je häufiger er als Herrscher Gelegenheit gehabt hatte, das feindliche Vorgehen Ludwig XIV. zu beobachten; zu sehen, wie dieser junge Fürst alle Kräfte seines weiten, mächtigen Reiches anspannte, um ihn, seinen Nebenbuhler im Kampfe um die Suprematie in Europa, zu vernichten. Und mit diesem Manne, den er im Grunde seiner Seele hasste, gegen den er eine unüberwindliche persönliche Abneigung empfand, hatte Leopold I. zu Beginn des Jahres 1668 einen Vertrag geschlossen, durch welchen Ludwig XIV. kostbare Theile der spanischen Erbschaft für den Fall ihrer Erledigung zugewiesen wurden und gleich jetzt freie Hand in seinen Kämpfen um die spanischen Niederlande gelassen ward. Wir haben die Gründe vernommen, die diesen Schritt Leopold I. zu erklären vermögen, wir haben gesehen, dass nicht eine Ueberrumpelung des mit Staatsangelegenheiten wenig vertrauten Kaisers durch die französisch gesinnten kaiserlichen Minister, nicht die Ueberlegenheit des französischen Gesandten, nicht die Idee einer Einigung der katholischen Mächte gegen den überhand nehmenden Protestantismus, dass es vielmehr die Erkenntniss der Unmöglichkeit war, unter den gegebenen Verhältnissen dem Könige von Frankreich Widerstand zu leisten, die den Kaiser zur Preisgebung der spanischen Niederlande vermocht hat.

Nichts spricht mehr für die Richtigkeit dieser Behauptung als die Kenntniss jener Maassregeln, welche die Wiener Regierung unmittelbar nach der Unterzeichnung des österreich-französischen Theilungsvertrages ergriffen hat. Hätte Leopold I. wirklich durch

den Abschluss mit Ludwig XIV. einen entschiedenen Wechsel der althergebrachten franzosenfeindlichen Politik Oesterreichs, den näheren Anschluss an die katholischen Mächte bezweckt, dann hätte er die Verhandlungen mit jenen Staaten, gegen die der Kampf der katholischen Fürsten aufgenommen werden sollte, abbrechen, die Beziehungen zu den katholischen Staaten in- und ausserhalb des Reiches freundlicher zu gestalten versuchen müssen. Aber nicht eine einzige der vielen Weisungen, die in jenen Tagen an die verschiedenen Vertreter des Kaisers erflossen, enthält auch nur eine Andeutung in diesem Sinne. Des Kaisers Wunsch ist vielmehr nach wie vor auf eine Stärkung seiner Machtstellung in- und ausserhalb des Reiches durch den Abschluss von Bündnissen mit protestantischen nicht weniger als mit katholischen Fürsten gerichtet. In diesem Sinne wurde Goess, des Kaisers Vertreter am Berliner Hofe, aufgefordert, den Kurfürsten zur Erneuerung und Erweiterung des im Jahre 1666 geschlossenen Bündnisses zu vermögen; in diesem Sinne wurde Basserode befehligt, die mit den Schweden seit langem gepflogenen Berathungen fortzusetzen; in diesem Sinne wurde der am sächsischen Hofe weilende Gesandte Blum beauftragt, auch Johann Georg II. für den Anschluss an den Kaiser zu gewinnen; in diesem Sinne wurden die Gesandten im Haag und in London, Kramprich und Lisola, aufgefordert, die Verhandlungen über die zur Wahrung der gemeinsamen Interessen nothwendigen Maassregeln zu Ende zu führen. Nach wie vor blieb freilich des Kaisers fester Entschluss, die Einigung mit diesen Fürsten nur in einer den Interessen seines Staates vorteilhaften Weise zu vollziehen und den Kampf gegen den westlichen Gegner nur dann aufzunehmen, wenn dies ohne besondere Gefährdung seiner Erbländer geschehen konnte. Der Vertrag mit Frankreich war geschlossen worden, weil Leopold I. es in diesem Augenblicke für unzweckmässig hielt, sich auf seine Kosten als Retter der spanischen Niederlande aufzuspielen und er sollte eingehalten werden, bis die Erkenntniss der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens Spanien und die übrigen von Frankreich bedrohten Länder zur Unterstützung des Kaisers und zur Berücksichtigung seiner Interessen bewegen würde. Die Geheimhaltung des mit Frankreich geschlossenen Vertrages war denn auch von Leopold I. nicht ausschliesslich gefordert worden, um einem weiteren Umsichgreifen der Oesterreich feindlichen Gesinnung des spanischen Volkes vorzubeugen, sondern auch um die fast an allen Fürsten-

höfen Europa's im Gange befindlichen Verhandlungen fortführen zu können. Dass ferner keinem einzigen der Vertreter Leopold I. an den verschiedenen Höfen eine Mittheilung oder auch nur eine Andeutung von dem gemacht wurde, was in Wien geschehen war, auch dann nicht, als Gerüchte von einer Einigung der beiden vorwaltenden katholischen Mächte an den protestantischen Höfen auftauchten, entsprang wohl der Erkenntniss, dass die mit Frankreich getroffenen Vereinbarungen keine dauernden sein würden und dem Wunsche, den Vertretern der kaiserlichen Interessen ihr ohnehin recht schwieriges Amt nicht noch schwerer zu machen, indem man sie verpflichtete, in voller Kenntniss der zu Wien zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossenen Verträge, die Sache des Kaisers als des Verfechters der allgemeinen Interessen zu führen. In der That hat die Ueberzeugung, dass Leopold I. die gerechte Sache vertrete, dass er bereit sei, bei entsprechendem Entgegenkommen mit Aufopferung seiner besonderen Interessen für jene des Reiches und Europa's zu wirken, fast alle Gesandten Leopold I. erfüllt und ihnen den Muth verliehen, unter den schwierigsten Verhältnissen auszuharren. Der einzige unter ihnen aber, den sein Scharfblick das Widerspruchsvolle der kaiserlichen Erklärungen erkennen liess, hielt es für seine Pflicht und im Interesse der heiligen Sache gelegen, die er vertrat, nach aussen hin nicht merken zu lassen, wie wenig er mit der Haltung der Wiener Regierung einverstanden war, die Bestrebungen derselben vielmehr als Ausfluss einer uneigennützigen, das allgemeine berücksichtigenden Politik zu bezeichnen.

Wir haben gesehen, wie Lisola, denn von ihm ist hier die Rede, in den Tagen, da in Wien die entscheidenden Abmachungen zwischen den beiden in das Geheimniss eingeweihten Ministern des Kaisers und dem Vertreter Ludwig XIV. gepflogen wurden, mit dem ganzen Aufgebote seiner geistigen Kraft und seiner Energie in London die letzten Versuche machte, die Engländer und die übrigen Fürsten zum Abschlusse eines Bündnisses zu vermögen, das die Erhaltung der spanischen Niederlande durch bewaffnete Intervention bezweckte. Erst als er die Ueberzeugung gewann, dass mit Rücksicht auf die ausgesprochene Friedensneigung der Generalstaaten, auf die schwankende Haltung des Königs von England, auf die unbegreifliche Zurückhaltung der spanischen Regierung, auf die Eigennützigkeit der Schweden und bei der geringen Geneigtheit des Hofes, den er vertrat, den Forderungen der Engländer und der übrigen Mächte

den Abschluss mit Ludwig XIV. einen entschiedenen Wechsel
althergebrachten franzosenfeindlichen Politik Oesterreichs, den n
ren Anschluss an die katholischen Mächte bezweckt, dann hätt
die Verhandlungen mit jenen Staaten, gegen die der Kampf
katholischen Fürsten aufgenommen werden sollte, abbrechen,
Beziehungen zu den katholischen Staaten in- und ausserhalb
Reiches freundlicher zu gestalten versuchen müssen. Aber n
eine einzige der vielen Weisungen, die in jenen Tagen an die
schiedenen Vertreter des Kaisers erflossen, enthält auch nur
Andeutung in diesem Sinne. Des Kaisers Wunsch ist vielm
nach wie vor auf eine Stärkung seiner Machtstellung in- und aus
halb des Reiches durch den Abschluss von Bündnissen mit pr
stantischen nicht weniger als mit katholischen Fürsten gerich
In diesem Sinne wurde Goess, des Kaisers Vertreter am Berl
Hofe, aufgefordert, den Kurfürsten zur Erneuerung und Erweiter
des im Jahre 1666 geschlossenen Bündnisses zu vermögen; in
sem Sinne wurde Basserode befehligt, die mit den Schweden
langem gepflogenen Berathungen fortzusetzen; in diesem Sinne
der am sächsischen Hofe weilende Gesandte Blum beauftragt,
Johann Georg II. für den Anschluss an den Kaiser zu gewi
in diesem Sinne wurden die Gesandten im Haag und in L
Kramprich und Lisola, aufgefordert, die Verhandlungen über
Wahrung der gemeinsamen Interessen nothwendigen Maassre
Ende zu führen. Nach wie vor blieb freilich des Kaiser
Entschluss, die Einigung mit diesen Fürsten nur in einer d
essen seines Staates vorteilhaften Weise zu vollziehen
Kampf gegen den westlichen Gegner nur dann aufzunehm
dies ohne besondere Gefährdung seiner Erbländer geschehe
Der Vertrag mit Frankreich war geschlossen worden, weil
es in diesem Augenblicke für unzweckmässig hielt, sich
Kosten als Retter der spanischen Niederlande aufzuspielen
eingehalten werden, bis die Erkenntniss der Nothwend
gemeinsamen Vorgehens Spanien und die übrigen von
bedrohten Länder zur Unterstützung des Kaisers und
sichtigung seiner Interessen bewegen würde. Die G
des mit Fran geschlossenen Vertrages war den
nesslich gefordert worden, um e
sterreich feindlichen Gesinnung
fast an

[illegible] Verhandlungen [illegible]
[illegible] der Vertreter Leopold I. [illegible]
[illegible] Mittheilung oder auch nur eine [illegible]
[illegible] gemacht wurde, was in Wien geschehen war, [illegible]
[illegible] Einigung der beiden vorwalten[illegible]
[illegible] protestantischen Höfen auftauchten,
[illegible] Erkenntniss, dass die mit Frankreich getroffenen
[illegible] sein würden und dem Wunsche,
[illegible] Interessen ihr ohnehin recht schwie[illegible]
[illegible] nicht noch schwerer zu machen, indem man sie ver[illegible]
[illegible] in voller Kenntniss der zu Wien zwischen Oesterreich
[illegible]ankreich geschlossenen Verträge, die Sache des Kaisers
[illegible] Verfechters der allgemeinen Interessen zu führen. In der
[illegible]t die Ueberzeugung, dass Leopold I. die gerechte Sache ver[illegible]
[illegible]ass er bereit sei, bei entsprechendem Entgegenkommen mit
[illegible]rung seiner besonderen Interessen für jene des Reiches und
[illegible] zu wirken, fast alle Gesandten Leopold I. erfüllt und ihnen
[illegible] verliehen, unter den schwierigsten Verhältnissen aus[illegible]
Der einzige unter ihnen aber, den sein Scharfblick da[illegible]
[illegible]chsvolle der kaiserlichen Erklärungen erkennen lie[illegible] hielt
[illegible] Pflicht und im Interesse der heiligen Sache gelegen,
[illegible] nach aussen hin nicht merken zu lassen, wie wenig
[illegible] Haltung der Wiener Regierung einverstanden war, die
[illegible] derselben vielmehr als Ausfluss einer uneigennützigen
[illegible] berücksichtigenden Politik zu bezeichnen.
[illegible] gesehen, wie Lisola, [illegible] die Rede,
[illegible] da in Wien die entscheidenden [illegible]
[illegible] das Geheimniss [illegible]
[illegible] Ludwig XIV. [illegible]
[illegible] geistigen Kraft [illegible]
[illegible] machte, die [illegible]
[illegible] eines Bündnisses [illegible]
[illegible] Niederlande [illegible]
[illegible] Ueberzeugung [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

Genüge zu leisten, an eine Einigung nicht zu denken sei, welche die Erhaltung der gesammten spanischen Niederlande durch den sofortigen Kampf gegen Frankreich zum Zwecke haben sollte, hiess er den Plan der Generalstaaten gut, den Weg friedlicher Vermittelung einzuschlagen und durch die Abtretung eines Theiles der spanischen Niederlande oder eines aequivalenten Besitzes dem Kriege für's erste ein Ende zu machen. Was ihm diesen Entschluss wesentlich erleichterte, war seine feste Ueberzeugung, dass Frankreich den Frieden nicht wolle, dass Ludwig XIV. die von den Generalstaaten vorgeschlagenen Bedingungen zurückweisen oder irgend einen anderen Ausweg suchen werde, um die geplante Eroberung der spanischen Niederlande zu vollenden. In der sicheren Erwartung, auf diesem Wege die Generalstaaten, die übrigen Fürsten, sowie seine eigene Regierung, wenn auch widerstrebend, in den Kampf gegen Frankreich zu ziehen, war er auf den Plan einer friedlichen Ausgleichung der herrschenden Differenzen eingegangen, freilich nicht ohne zugleich die Möglichkeit einer Zurückweisung der von den Staaten vorgeschlagenen Friedensbedingungen durch die Franzosen und die Nothwendigkeit zu betonen, gleich jetzt über die Maassregeln zu berathen, die in diesem Falle zu ergreifen wären. In dieser Absicht richtete er gelegentlich der Verhandlungen, die er gegen Ende 1667 mit den Vertretern des Königs von England und mit denen der Generalstaaten führte, an die letzteren die Frage, ob sie sich im Namen ihrer Regierung verpflichten wollten, gegen Frankreich offensiv vorzugehen, falls diese Macht den Frieden auf Grundlage der vereinbarten Bedingungen nicht schliessen wolle. Der Gedanke, der in der Tripleliga seinen Ausdruck fand, ist in dieser Forderung Lisola's bereits ausgesprochen: eine Einigung der interessirten Mächte, durch welche die bewaffnete Zurückweisung weiterer Uebergriffe der französischen Krone und ein offensives Vorgehen gegen diese Macht im gegebenen Falle in Aussicht gestellt wurde. Aber in einem wesentlichen Punkte unterscheidet sich doch der Plan Lisola's von demjenigen, der kurz darauf durch die gemeinsame Thätigkeit de Witts und William Temple's zur Durchführung gelangte.

Lisola wollte die Allianz des Königs von England mit den Generalstaaten, mit dem Kaiser und mit den Schweden nur als einen ersten Schritt betrachtet wissen. zu dem Spaniens Zögern die verbündeten Fürsten nöthige; im übrigen strebte er auch damals eine Allianz an, deren Mittelpunkt der Kaiser sein, die neben diesem

den König von Spanien, eine grosse Zahl der Reichsfürsten, England, die Generalstaaten, Schweden umfassen und die mit dem Aufgebote aller Kräfte einem weiteren Umsichgreifen der französischen Macht entgegentreten sollte. In diesem Sinne hat er denn auch während des ganzen Monates Januar 1668 mit den Engländern und mit den Generalstaaten Verhandlungen über den Abschluss einer Allianz geführt und alle möglichen Schritte gethan, die Forderungen herabzumindern, die diese beiden Mächte an die Spanier und an den Kaiser zu stellen entschlossen waren, zu gleicher Zeit aber auch den Vertreter der Königin von Spanien und den Gubernator der spanischen Niederlande von der Nothwendigkeit eines Entgegenkommens zu überzeugen gesucht; alles in der sicheren Erwartung, Ludwig XIV. werde den angetragenen Frieden nicht annehmen. Die Schlussfolgerungen, die Lisola aus diesen Erwägungen zog, sind seinem Schreiben vom 13. Januar 1668 zu entnehmen.[1] „Man kann hier nichts thun, heisst es in demselben, bis wir Antwort von Castel-Rodrigo haben; wir wissen aber, dass er nach seinen Instructionen nichts thun kann, als blosse Worte und Versprechen geben, dass die Engländer dagegen ohne reelle Unterstützung nichts thun werden; die Antwort aus Spanien können wir nicht abwarten und so haben wir keine Aussicht auf Erfolg. Das einzige Mittel wäre, die Generalstaaten zu bewegen, von ihren Ideen zu lassen; dann würden die Engländer viel weniger von uns fordern. Dies zu erreichen, scheint mir nur ein Mittel geeignet, denselben das Project eines eventuellen Bündnisses zu übersenden, welches nur dann in Geltung treten soll, wenn der Friede bis zum Ende des Monates März nicht geschlossen ist. In diesem Projecte müssten möglichst weitgehende Concessionen bezüglich der Satisfaction Frankreichs enthalten sein, jedoch Bedingungen und Clauseln hinzugefügt werden, die Frankreich, obgleich dieselben nicht unbillige wären, nicht gutheissen könnte. Ich habe diesen Plan dem spanischen Gesandten mitgetheilt, der mir rieth, ein solches Vertragsproject zu verfassen. Ich that dies; dasselbe wurde Castel-Rodrigo mit unserer Auffassung zugesendet. Unterdess haben wir, bis Castel-Rodrigo's Antwort einlangt, den Vertreter der Staaten ausgeforscht, ohne ihm das Project zu zeigen; er meinte, dies sei der einzige Weg, den Frieden zu erlangen oder die Staaten für unsere Vertheidigungs-

[1] Lisola an den Kaiser, 13. Jan. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

pläne zu gewinnen. Als er darüber dem Grosspensionär von Holland schrieb, erhielt er eine sehr günstige Antwort, die er uns mittheilte und die dahin lautete, es sei, falls Castel-Rodrigo auf die von Frankreich angetragene Alternative eingehen sollte, gegründete Aussicht, die Generalstaaten zu diesem Eventualbündnisse zu vermögen. Auch der Vertreter der Staaten glaubt, dass die Franzosen ihre Zustimmung zum Frieden unter diesen Bedingungen nicht geben, die Generalstaaten aber auf diesem Wege zur Aufrechterhaltung des Bündnisses durch die Erkenntniss würden bewogen werden, dass die Oesterreicher und die Spanier an dem Scheitern der Friedensversuche nicht Schuld seien".[1] Castel-Rodrigo erklärte sich im Principe mit dem Vorschlage Lisola's einverstanden und sendete sogleich den Baron Bergeick mit den entsprechenden Vollmachten versehen nach dem Haag; allein er änderte den Vorschlag, indem er die Frankreich zu gewährenden Zugeständnisse um ein wesentliches herabminderte.[2] Lisola war mit Castel-Rodrigo's Vorgehen durchaus nicht einverstanden. „Der König von Frankreich, schreibt er am 20. Januar an Leopold I., wird sich über Castel-Rodrigo's Vorgehen sehr freuen, weil wir ihm dadurch eine Gelegenheit bieten, von dem Frieden zurückzutreten. Wenn Castel-Rodrigo aber die Alternative unter den von mir vorgeschlagenen Bedingungen angenommen hätte, so hätten die Generalstaaten dieselben gebilligt und das Eventualbündniss geschlossen. Auch war es sicher, dass Frankreich die Bedingungen nicht angenommen hätte. Castel-Rodrigo hat aber, entweder durch den Befehl der Königin gebunden oder auf seine eigene Kraft vertrauend, dies nicht thun wollen. Doch zweifle ich nicht, dass er es thun wird, sobald er sieht, wie fest entschlossen die Generalstaaten sind, mit Frankreich Frieden zu schliessen, und wenn er, woran ich nicht zweifle, erfahren wird, dass seine Versuche, Geld von

[1] Schreiben Lisola's d. d. 13. Januar 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Die Alternative ging bekanntlich dahin: entweder Abtretung der im Feldzuge des Jahres 1667 von den Franzosen genommenen Plätze, oder Luxemburg oder Franche-Comté, Cambray, Cambresis, Douai Aire, Saint-Omer, Bergues, Furnes und Linck „et tous leur bailliages, appartenances et dépendances. Ueber diese Dinge und die ganze Frage der Alternative enthalten, die, wie ich glaube, von Lisola herrührende bereits erwähnte Schrift „Remarques sur le procedé de la France, touchant la negociation de la Paix" und die nach dem Einfalle der Franzosen in die Franche-Comté geschriebene „Suitte des fausses demarches de la France sur la negociation de la paix" höchst interessante Mittheilungen.

den Niederländern zu erlangen, vergeblich sind."[1] Unterdess unternahm es Lisola, gemeinschaftlich mit dem spanischen Gesandten Molina, die Verhandlungen mit den Engländern zum Abschlusse zu bringen. Sie begegneten denselben Schwierigkeiten wie früher. Die Engländer forderten auch jetzt bedeutendere Subsidien zur Ausrüstung der Flotte und zur Erhaltung der Armee, als der Vertreter Spaniens zuzugestehen wagte. Lisola hoffte durch persönliche Einwirkung auf Karl II. eine Ermässigung der Forderungen Englands zu erzielen. Derselbe empfing ihn freundlich, betonte seine Neigung, mit dem Kaiser in guten Beziehungen zu bleiben, erklärte aber zu gleicher Zeit, er habe sich entschlossen, mit den Generalstaaten ein Bündniss einzugehen, das auch den allgemeinen Interessen dienen werde; der Abschluss dürfte bereits erfolgt sein. Sobald diese Angelegenheit erledigt sei, werde er mit dem Kaiser und mit dem Könige von Spanien weiter verhandeln. Was Karl II. dem kaiserlichen Gesandten mittheilte, entsprach in diesem Falle der Wirklichkeit. Während Lisola bestrebt war, eine Einigung des Königs von England und der Niederländer mit dem Kaiser und Spanien zu Stande zu bringen, deren Ziel die Herstellung des europäischen Gleichgewichtes durch Zurückweisung der französischen Uebergriffe sein sollte, hatten die Generalstaaten und die Engländer sich im Haag über die Bedingungen eines Bündnisses geeinigt, das die Herstellung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien auf Kosten der letzteren Macht zum Ziele hatte. Die Gründe, die den englischen König zu diesem Schritte vermocht haben, sind unschwer zu erkennen. Karl II. war einer Einigung mit dem Könige von Frankreich eigentlich immer sehr geneigt gewesen. Sich an den Fürsten anzuschliessen, der allein ihm die Mittel bieten konnte, sein sehnliches Begehren einer parlamentslosen Regierung zu erfüllen, wäre er sogleich bereit ge-

[1] Schreiben Lisola's vom 20. Jan. 1668. St.-A. (Friedensacten.) Die Ansicht Lisola's von der geringen Neigung der Franzosen, den Frieden zu acceptiren, tritt in der Schrift: Suitte des fausses demarches etc., klar hervor, p. 3. Le mouvement qui les porte à la guerre est en eux un mouvement naturel, comme celuy d'une pierre, qui tend à son centre par son propre poids, mais celuy qui les incite à la paix est violent et contraint et n'a de force et d'activité qu'autant que dure l'impression de la cause externe, qui les pousse. Auch in seinem Schreiben vom 27. Jan. 1668 an Lobkowitz, R. A., heisst es: „Jo son sicuro che il Re di Francia non consentirà mai alle conditioni contenute nel mio progetto benche le concedesimo quelle che sono contenute nel suo, con che tutto l'odio ricaderebbe sopra di lui e la liga conditionale havrebbe il suo effetto . . ."

wesen; den Feind, der ihn gedemüthigt, ihn um die Achtung seines Volkes gebracht hatte, von dessen eigennütziger Politik er überzeugt war, zu schädigen, sich auf dessen Kosten zu bereichern, hätte ihm die grösste Freude bereitet. Aber so verblendet war Karl II. damals noch nicht, dass er die Stimmung des Volkes ganz unberücksichtigt gelassen hätte. Die Engländer waren froh, dass der Krieg mit den Niederländern, der ihren Handel auf das empfindlichste geschädigt hatte, beendet war; auf das entschiedenste sprach sich das Volk durch seine Vertreter gegen den Wiederbeginn eines Kampfes aus, der den Engländern nur nachtheilig sein konnte. Der Sturz Clarendons, der in erster Linie dessen französischer Gesinnung zuzuschreiben war, musste dem Könige zeigen, wie stark die Abneigung des Volkes gegen die Franzosen war. In der That wich Karl II. vor der entschieden geäusserten Volksmeinung um einen Schritt zurück und gestattete die Verhandlungen mit den staatischen Deputirten. Aber noch während des Monates December 1667 haben Karl II. und ein gut Theil seiner Minister mit den Franzosen unterhandelt. Am 22. December wurde das Project eines geheimen Allianzvertrages entworfen;[1] England sollte sich zur Neutralität in den Kämpfen zwischen Frankreich und Spanien, zur Theilnahme an einem eventuellen Kriege der Franzosen mit den Generalstaaten, Frankreich zur Unterstützung Englands und zur Förderung seiner Handelsinteressen verpflichten. Karl schien bereit, auf diese Bedingungen hin mit Frankreich abzuschliessen. Es war ein Glück, dass Arlington, damals ein Gegner der Franzosen, an allen Berathungen Theil nahm. Die Erklärungen Ruvigny's, Ludwig XIV. und Lionne's liessen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Franzosen es auf den Ruin der spanischen Niederlande abgesehen hatten. Von den Vertretern des Kaisers und des Königs von Spanien unterstützt gelang es ihm, Karl II. zu beweisen, dass Ludwig es nicht ehrlich meine, ihn von der Nothwendigkeit zu überzeugen, mit den Generalstaaten ein Abkommen zu treffen. Trotzdem gab Karl II. nur zögernd seine Einwilligung, denn er misstraute den Niederländern und ihrem leitenden Staatsmanne. Die Instruction, welche William Temple, der englische Gesandte in Brüssel, erhielt, lässt erkennen, dass Karl II. noch immer den Gedanken einer Einigung mit den Franzosen nicht aufgegeben hatte.[2] Dass er von de Witt den Abschluss eines Offensiv-

[1] Vergl. Mignet l. c. II. 545 ff.

[2] Vergl. Klopp l. c. I. 217. Vollmacht vom 5. Dec. 1667; bei Courtenay, l. c. II. 382.

und Defensivbündnisses forderte, trotzdem er nach den Mittheilungen der staatischen Gesandten in London davon überzeugt sein musste, dass de Witt seine Einwilligung zu einer Offensivliga niemals geben werde, geschah vermuthlich in der Absicht, seinen Anschluss an die Franzosen dem englischen Volke gegenüber durch die Zurückweisung seiner Anerbietungen seitens der Generalstaaten zu rechtfertigen. Mit um so grösserem Eifer unterzog sich aber der englische Gesandte, der von vorneherein für den Kampf mit Frankreich eingetreten war und der zu de Witt in den besten Beziehungen stand, der Aufgabe, den König von England von der Aufrichtigkeit der Gesinnung des leitenden holländischen Staatsmannes zu überzeugen.

Nicht als Urheber der Idee der Tripleallianz, wohl aber als einer der wesentlichsten Förderer derselben verdient William Temple die Anerkennung, die ihm Mit- und Nachwelt in reichlichem Maasse gezollt haben.[1] Die freundschaftlichen Bande, die ihn mit de Witt verknüpften, gestatteten ihm, ohne jeden Rückhalt mit demselben zu verkehren, ermuthigten de Witt offen Absichten und Ziele der staatischen Politik darzulegen.[2] De Witt blieb unerschütterlich dabei, sich unter keinerlei Umständen zu einem Offensivbündnisse verstehen zu können, auf die guten Beziehungen, die er bis dahin mit den Franzosen aufrecht erhalten hatte, nicht verzichten zu wollen, solange die Engländer nicht die Zustimmung zum Abschlusse eines Vertrages gegeben hätten, durch den sie den Generalstaaten ihre Unterstützung bei dem Versuche sicherten, den Frieden unter den von diesen vorgeschlagenen Bedingungen durchzusetzen.[3] Die trefflichen Auseinandersetzungen Temple's, die Einflussnahme Arlingtons, das beständige Drängen der kaiserlichen und spanischen Vertreter und der immer deutlicher vernehmbare Wille des Volkes, vermochten Karl II. auf die Vorschläge de Witts einzugehen. Mit der neuerlichen Sendung Temple's nach dem Haag mit der Vollmacht, den Vertrag unter den von de Witt vorgeschlagenen Bedingungen abzuschliessen, war die Einigung der Engländer mit den Staaten so gut als vollzogen. Denn wenn auch de Witt in den Unterredungen mit Temple nicht

[1] Für die Stellung Temple's in dieser Frage, ist neben dem älteren Werke Courtenay's, der Temple's Bedeutung überschätzt, zu vergl. die Schrift Emertons, Sir William Temple und die Tripleliga von 1668. Lefèvre-Pontalis l. c. 459 f.

[2] Ueber diese Unterredungen Lefèvre-Pontalis l. c. 456 f.; Mignet l. c. II. 547; Lettres de Temple (Franz. Ausg.) 157 ff.

[3] Lefèvre-Pontalis l. c. 451.

umhin konnte seinem Misstrauen in die Ehrlichkeit der Absichten Karl II. und seiner geringen Meinung von der Zuverlässigkeit dieses Bündnisses Ausdruck zu geben, wenn er auch von England als von einem Staate sprach, dessen Verhalten seit den Tagen Elisabeths in beständiger Wandlung begriffen sei, so gelang es Temple doch schliesslich de Witt zu überzeugen, dass die Engländer ernstlich den eingegangenen Verpflichtungen zu genügen willens seien[1] und seine Furcht vor den Schweden zu beseitigen, indem er den schwedischen Gesandten in London, Grafen Dohna, zur Billigung des Allianzprojectes und zu dem Versprechen bewog, den Beitritt seiner Krone veranlassen zu wollen.[2] Einmal mit de Witt im Reinen, gelang es ihm leicht die übrigen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Staaten gaben ihre Einwilligung, ohne weitere Befragung der einzelnen Provinzen das Bündniss abzuschliessen; am 23. Januar wurden die drei Verträge, welche die Lösung der schwebenden Streitfragen herbeiführen sollten, unterzeichnet.[3] Durch den ersten verpflichteten sich die beiden Staaten zu gegenseitiger Unterstützung im Falle eines Angriffes; durch den zweiten, im Einvernehmen mit den Schweden die Herstellung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien auf Grundlage der bereits vorgeschlagenen Bedingungen zu versuchen. Der dritte, geheim zu haltende Vertrag enthielt aber neben der Verpflichtung den Frieden zwischen Spanien und Portugal zu vermitteln, die Bestimmung, „dass im Fall gegen alles Erwarten der allerchristlichste König nicht sollte versprechen wollen den Vertrag alsogleich zu unterzeichnen, sobald die Spanier sich bereit erklärt haben würden die Plätze, welche Frankreich in der letzten Campagne genommen, oder ein Aequivalent, über das man sich geeinigt haben werde, abzutreten, oder falls derselbe sein Versprechen nicht halten, oder die in dem erwähnten Vertrage ausgesprochenen Cautionen zurückweisen sollte, welche nothwendig seien um dem vorzubeugen, was man befürchten müsse, nämlich dass der allerchristlichste König fortfahren will seine siegreichen Waffen nach den Niederlanden zu tragen; dass in allen diesen Fällen, wie auch im Falle, als durch

[1] Schreiben Will. Temple's an Bridgeman, 27. Jan. 1668; Lettres de Temple l. c. 195.

[2] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. I. 456 f.

[3] Vergl. für die letzten Verhandlungen die Briefe Temple's l. c. 160 ff.; Mignet l. c. II. 548 ff.; Lefèvre-Pontalis l. c. I. 452 ff.; Klopp l. c. I. 217 ff.; Emerton l. c. 70 ff.

andere Hinterschliche und Künste er sich bemühen würde den Abschluss des Friedens zu verhindern, die Engländer und die Generalstaaten verpflichtet sein sollten die Partei der Spanier zu ergreifen und den Krieg gegen Frankreich mit vereinten Kräften zu Land und zu Wasser zu führen, um dasselbe zum Frieden nicht nur auf Grund der erwähnten Bedingungen zu zwingen, sondern auch, wenn Gott die Waffen, die man ergreift, segnet und wenn man es zweckmässig und an der Zeit findet, den Krieg fortzusetzen bis die Angelegenheit auf den Stand gebracht, in dem sie in den Tagen des pyrenäischen Friedens gewesen."[1]

Es war in erster Linie dieser Artikel des geheimen Vertrages vom 23. Januar 1668, der die Freunde Oesterreichs mit Freude und Hoffnung erfüllte. Denn für alle, die es mit der gemeinsamen Sache der europäischen Freiheit ernst meinten und die in einer bewaffneten Abwehr der französischen Uebergriffe das alleinige Mittel zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes erblickten, bedeutete diese Vertragsbestimmung den Anfang einer neuen Politik, die Grundlage einer Allianz, die nebst den durch die Tripleliga geeinigten Fürsten, alle jene umfassen sollte, die es mit der Freiheit Europa's ehrlich meinten. Kein Wunder, dass auch Lisola die Allianz vom 23. Januar 1668 mit Freuden begrüsste. Die Bestürzung Ruvigny's, den die Nachricht „wie ein Blitzstrahl traf", die Klagen d'Estrades' gegen de Witt freuten ihn, denn sie bestärkten ihn in der Ansicht, dass Frankreich an den Frieden nicht denke und dienten dazu, auch den König von England von der geringen Geneigtheit des französischen Königs zu überzeugen, unter den vorgeschlagenen Bedingungen Frieden zu schliessen.

„Der König von England, schreibt Lisola am 4. Februar, der holländischen Hilfe sicher und überzeugt von der geringen Friedensneigung der Franzosen, denkt schon an den Krieg."[2] Die Gelegenheit seine seit langem gehegten Pläne durchzuführen schien dem kaiserlichen Gesandten sehr günstig, doch erkannte er auch, dass es nothwendig sei, die Forderungen der Engländer wenigstens theilweise zu befriedigen. Daher stellte er an Karl II. das Ansuchen im Haag für die Gewährung bedeutender Summen an Spanien gegen die Ueberlassung des Geldernlandes zu wirken,

[1] Vergl. Mignet l. c. II. 546 ff.

[2] Schreiben Lisola's vom 4. Febr. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

daher bemühte er sich auch, Castel-Rodrigo und die spanische Regierung zur Annahme der Alternative zu vermögen. „Vor allem ist eine Erklärung Castel-Rodrigo's bezüglich der Alternative nothwendig, heisst es in dem Schreiben vom 4. Februar, ohne welche die Staaten weder Geld geben noch ein Bündniss mit uns gutheissen werden. Die Entscheidung liegt in Belgien; wir haben daher dem Könige von England gesagt, er möge Temple bevollmächtigen, mit Spanien das von mir früher übermittelte Eventualbündniss abzuschliessen, was leicht geschehen wird, wenn Castel-Rodrigo die Alternative nur unter der Bedingung annimmt, dass die Staaten und die Engländer sich verpflichten ihm beizustehen, falls Frankreich die Waffen nicht gleich bei Seite legt, oder die Alternative zurücknimmt, oder aber durch Clauseln den Frieden zu hindern sucht." Karl II. versprach in diesem Sinne durch Temple verhandeln zu lassen. Dies geschah auch;[1] allein Castel-Rodrigo zögerte. Er war mit den Bestimmungen der Allianz vom 23. Januar 1668 nicht recht einverstanden. Gerade in diesen Tagen war der Krieg gegen die Portugiesen, der 28 Jahre gewährt hatte, durch die englische Vermittelung beendet worden.[2] Seit langen Jahren wäre Spanien jetzt zum ersten Male in der Lage gewesen die ganze Kraft einer einzigen Aufgabe zuzuwenden. Der Abschluss der Tripleliga lieferte den deutlichsten Beweis, dass den Seemächten im eigenen Interesse die Erhaltung der spanischen Niederlande unerlässlich schien. Was hatte also Spanien im Falle einer Niederlage von Frankreich zu fürchten? Castel-Rodrigo war überdies fest davon überzeugt, durch eine energische Zurückweisung der von Frankreich gestellten Bedingungen, die Niederländer zum Kampfe gegen Ludwig XIV. vermögen zu können. Alle Bemühungen der beiden staatischen Deputirten ihn zur Gutheissung der Alternative zu bewegen blieben daher ohne Erfolg. Und ebensowenig vermochte vor-

[1] Ueber die Verhandlungen Temple's in dieser Zeit enthalten auch die Berichte Kramprichs werthvolles Material. Temple suchte dem kaiserlichen Gesandten gegenüber das Verdienst seines Herrschers in's rechte Licht zu stellen. Er meinte, nicht nur Spanien, sondern das ganze Haus Habsburg schulde seinem Könige grossen Dank dafür, dass er die Generalstaaten bewogen habe, sich zur Rettung des Ostens der spanischen Niederlande zu verpflichten. Vergl. Berichte Kramprichs vom Januar und Februar 1668; insbesondere den vom 2. Febr. St.-A. (Holl.)

[2] Vertrag vom 13. Febr. 1668. Du Mont l. c. VII. 1. 70 f.; vergl. Mignet l. c. II. 565 ff.

erst Temple auszurichten.[1] Castel-Rodrigo gab sich vielmehr Mühe Temple von der Nothwendigkeit des Krieges und von der Vortheilhaftigkeit desselben für die Engländer zu überzeugen.[2] Der Hochmuth, mit dem er den ihm von Frankreich angetragenen Waffenstillstand zurückwies,[3] hatte nur den Zweck, Frankreich zu einem neuen Einfalle in die spanischen Niederlande zu reizen, um auf diesem Wege die Generalstaaten zur Vertheidigung derselben zu vermögen. Ludwig XIV. ging aber nicht in die Falle; er liess, um den Spaniern seine Ueberlegenheit zu zeigen, ohne aber Anlass zu weiteren Klagen zu geben, Condé in die Franche-Comté einrücken, theilte aber den Generalstaaten zu gleicher Zeit mit, dass er bereit sei die eroberte Franche-Comté herauszugeben, falls die Spanier sich dazu verstehen sollten, die ihnen im Vorjahre entrissenen Gebiete an Frankreich abzutreten.[4] Innerhalb zweier Wochen war die Franche-Comté in den Händen der Franzosen. Aber auch das reichte nicht hin, Castel-Rodrigo zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Er blieb dabei, dass es die Aufgabe der Verbündeten sei den Spaniern zu Hilfe zu eilen und unterliess nicht in Madrid für die Fortführung des Kampfes zu wirken. In der That schien man in der Umgebung Karl II. von Spanien einige Zeit lang nicht ganz abgeneigt, den Kampf mit den Franzosen aufzunehmen. Der Ueberfall der Franche-Comté hatte die spanische Regierung auf's äusserste bestürzt und verbittert. Don Juan sollte mit einer bedeutenden Truppenzahl und reichlichen Geldmitteln nach den Niederlanden eilen.[5] Lisola war über das Vorgehen Castel-Rodrigo's sehr beunruhigt. Auch er wollte die Fortsetzung des Krieges; aber er wollte Ludwig XIV. nicht die Möglichkeit bieten, die Spanier mit einem Scheine von Berechtigung als Friedensfeinde hinzustellen; er wollte der Welt zeigen, dass Ludwig XIV. maassloser Ehrgeiz die Völker nöthige, mit den Waffen in der Hand ihr Recht zu suchen. Mit Schrecken nahm er ferner wahr, wie sehr das zögernde Be-

[1] Der Marsch der Franzosen gegen die Franche-Comté wurde von Temple sehr für seine Zwecke ausgenützt. Vergl. Klopp l. c. I. 264 ff.

[2] Bericht Temple's an Arlington, 27. Febr. 1668.

[3] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. I. 461.

[4] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. 462. Lisola erklärte in seinem Schreiben vom 4. Febr. 1668 an Lobkowitz. R. A. Il re di Francia non fa questo dissegno per altro fine, che per imbarazare la pace, accio-que facendo qualche nuova conquista avanti che i Spagnuoli si siino dichiarati sopra l'alternativa habbia pretesto di dire che le cose sono mutate e che resta desimpiegnato della sua parola.

[5] Berichte Pöttings vom 11. Febr., 3. März 1668. St.-A. (Pött. Corr.)

nehmen Castel-Rodrigo's die Engländer beunruhigte. Er wusste ja, dass England ohne Geldunterstützung das Bündniss mit dem Kaiser und mit Spanien nicht schliessen werde, dass die Generalstaaten vor Annahme der Alternative durch Castel-Rodrigo sich zu keiner Geldunterstützung verstehen würden;[1] er erfuhr, dass Albans und Ruvigny heftig in Karl II. drangen, die Spanier, die sich selbst nicht helfen wollten, im Stich zu lassen, die Beute mit Frankreich zu theilen, dass der König von England schwankend geworden sei, den Franzosen und ihren Anhängern immer mehr Gehör schenke, dass die Partei des gestürzten Kanzlers an Macht und Ansehen gewinne.[2] Von allen Seiten wurde Lisola gedrängt zu Castel-Rodrigo zu reisen, um denselben zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Lisola zögerte lange, da er keinen Befehl seiner Regierung dazu besass[3] und entschloss sich erst dann die Reise anzutreten, als Karl II. versprach die Verantwortung dem Kaiser gegenüber auf sich zu nehmen. Er war im Begriffe London zu verlassen, als die Nachricht einlangte, dass sich Castel-Rodrigo endlich durch Temple, Kramprich[4] und durch die staatischen Deputirten, sowie durch Lisola's Briefe habe bestimmen lassen, die Alternative in der von Frankreich gewünschten Form anzunehmen,[5] nachdem er bereits Mitte Februar den Waffenstillstand eingegangen war, den er kurz zuvor höhnend zurückgewiesen hatte. An de Witt aber rächte sich Castel-Rodrigo dadurch, dass er sich ganz gegen dessen Erwartung für die Abtretung der von Frankreich im Vorjahre genommenen Plätze aussprach, eine Entscheidung, die de Witt höchst unerwünscht sein musste, da durch die Annahme dieses Vorschlages

[1] Bericht Lisola's vom 11. Febr. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Bericht Lisola's vom 25. Febr. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Berichte Lisola's vom 25. Februar und 5. März 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Berichte Kramprichs vom 16. und 23. Febr. 1668. St.-A. (Holl.)

[5] Bericht Lisola's vom 12. März 1668. St.-A. (Friedensacten.) Auch in seinen Schreiben an Lobkowitz betont Lisola sein Verdienst in dieser Sache. 26. März 1668. R. A. Vergl. dafür auch die „Response au second Memoire de Messieurs les embassadeurs et envoyes etc." du 9. Mars; die „Copie de la lettre de Monsieur de Lyonne à Mss. van Beuningen et Trevor," 9. März 1668 und die von Lisola herrührenden „Remarques" zu diesem Schreiben. Lisola's Autorschaft erhellt aus Inhalt und Form der Schrift und wird bestätigt durch Lionne's Schreiben an Gremonville vom 21. März 1668. P. A., in welchem er auf diese Schrift „une sanglante libelle directement contre moy", als von Lisola verfasst, aufmerksam macht. (W. Univ.-Bibl. H. Brit. M. I. 490.)

Ludwig XIV. Nachbar der Generalstaaten wurde.[1] William Temple, der während der ganzen Zeit in der Umgebung des Gouverneurs weilte und dessen Absichten auf das genaueste kannte, war übrigens der festen Ueberzeugung, dass Castel-Rodrigo sich zur Annahme dieser Form der Alternative nicht durch den Wunsch habe bewegen lassen, den Frieden geschlossen zu sehen, sondern in der Hoffnung auf diesem Wege die Fortsetzung des bereits begonnenen, oder den Beginn eines neuen Krieges im Vereine mit den übrigen benachtheiligten Fürsten durchzusetzen.[2] Seine Ansicht stimmte in diesem Punkte, wie wir wissen, vollkommen mit jener Lisola's überein,[3] der seiner Freude, als er von dem Entschlusse Castel-Rodrigo's vernahm, lebhaften Ausdruck verlieh. „Die französische Partei — meinte er — ist über die Erklärungen Castel-Rodrigo's sehr bestürzt, denn sie

[1] Vergl. das Schreiben Temple's an Bridgemann d. d. 23. März 1668; Lettres l. c. I. 307.

[2] Ebend. 314. Es war dies auch die Ansicht anderer Kreise; vergl. Urk. u. Act. XII. 664; auch Lionne hat in seiner oben erwähnten Antwort an Beuningen und Trevor dieser Ansicht Ausdruck verliehen und bei dieser Gelegenheit auf Lisola hingewiesen p. 77, „Car Mr. de Lisola — il y a long-temps — nous a posé dans ses escrits, approuvez et corrigez par les ministres d'Espagne, pour un principe infaillible de la conduite des Conseils de Madrid, que si l'Espagne sacrifie le Portugal, ce ne sera — dit-il — que pour la restauration des Pays-Bas; ou que si elle donne quelque satisfaction à la France, elle ne le fera que pour recouvrer le Portugal. Lisola erklärt in seinen Remarques 84 f: La maxime qu'il attribuë au Baron de Lisola, pour une conjecture fort mal fondée, est très-bonne en elle-mesme, et la consequence que l'on en tire, est tout à fait hors des termes du juste raisonnement etc. und fährt dann fort: „Mr. de Lisola n'est ny l'Auteur de cette maxime, ny le Directeur de celles d'Espagne, les escrits qu'on luy attribuë sans raison, ne sont pas des sanctions pragmatiques pour les Espagnols, ny un Texte sur lequel on puisse glosser, pour former les jugements de leur conduite; c'est le vouloir eslever à un honneur qu'il n'affectera jamais; il est fidelle Vassal et non ministre des Espagnols et met sa principale gloire à sçavoir bien obëir."

[3] Wenn J. Chifflet Mémoires V. 272 behauptet, Castel-Rodrigo habe in der Frage der Alternative sich durch Lisola berathen lassen, so ist dies unbedingt wahr; gewiss unwahr ist es aber, dass Lisola aus selbstsüchtigen Gründen, weil seine Tochter Besitzungen in der Franche-Comté besass, gegen die Abtretung dieses Landes gestimmt habe. In seinen Bemerkungen auf Lionne's Brief kleidet Lisola seine Ansicht in die Form: Spanien hoffe nicht auf Frieden, et qu'on ne se fie pas à leurs paroles . . . . La France qui se voit asseurée des satisfactions qu'elle desire, sur la foy et l'engagement de trois puissances considerables; qui tient en main de quoy se payer du capital et des interests, amasse neanmoins incessamment tout ce qu'elle peut de forces. Le Roy se prepare d'aller en personne en Campagne, deux princes du sang sont destinés pour commander chacun un corps separé,

hat jetzt keine Ausflucht mehr.“ Die Hauptschwierigkeit sah er jetzt in der Geldfrage. Die französischen Gesandten in London hatten, so bald sie von dem Abschlusse der Haager Allianz Kunde erhielten, einflussreiche Mitglieder des Parlamentes für den Plan zu gewinnen gesucht, dem Könige jede Subsidie zur Ausrüstung der Flotte zu verweigern. Die Bemühungen Ludwig XIV. scheiterten an der Wachsamkeit Lisola's, dem es gelang die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder für ein zähes Festhalten an den beschlossenen Maassnahmen zu gewinnen. Das Parlament votirte dem Könige eine Summe von 300 000 Pfund Sterling mit der Bemerkung, man sei bereit mehr zu bewilligen, falls das Geld zur Vertheidigung der spanischen Niederlande verwendet werden sollte. Viel schwieriger wurde es Lisola, die Vertreter der Tripleliga zu entsprechenden Maassregeln zu vermögen. Principielle Bedenken gegen die Beendigung der seit langem geführten Verhandlungen, die den Abschluss eines grossen Bündnisses dieser drei Mächte mit dem Gesammthause Habsburg bezweckten, fanden sich zwar nicht, wohl aber ergab sich eine ganze Reihe von Differenzen, die zu beseitigen für Lisola um so schwieriger wurde, als ihm jede Instruction für sein Verhalten mangelte. Von Dohna erfuhr er, dass die Schweden vom Kaiser Berücksichtigung einiger in dem westphälischen Friedensschlusse festgesetzten Bestimmungen, von Spanien die Erlegung einer zur Erhaltung der Truppen ausreichenden Summe und Handelsvortheile begehrten.[1] Die Engländer und die Staaten forderten ihrerseits eine genaue Angabe über die Ziele der habsburgischen Politik und über die Mittel, die der Kaiser zur Erreichung derselben anzuwenden gedenke. Lisola befand sich in der grössten Verlegenheit. Er wusste was auf dem Spiele stand. Dass Leopold I. den Abschluss des Bündnisses nicht wollte, konnte er damals noch nicht ahnen; die letzte Weisung, die in seine Hand gelangt war, enthielt nur den Befehl, dem spanischen Gesandten als dem Vertreter der zunächst betheiligten Macht den Vorrang zu lassen und von jedem Eingreifen in die Geldfrage abzusehen.[2]

elle assemble ses trouppes, elle fournit ses magazins, elle continuë ses courses et ses pratiques, elle fait des grandes provisions de fourages et de toutes sortes de munitions sur les frontieres, pour agir avant que la saison soit propre, elle leve des sommes exorbitantes sur son peuple, elle assigne le jour et le rendez-vous à ses trouppes et cependant il faut croire pieusement que tout cela ne tend qu'à faciliter la paix.

[1] Bericht Lisola's vom 25. Febr. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Weisung an Lisola vom 31. Jan. 1668. St.-A.

Dass aber die allgemein gehaltenen Reden, auf die er sich beschränken musste, auf die Dauer nicht ausreichen würden, stand für ihn fest. „Es wäre schon Zeit, schrieb er an Leopold, in's Einzelne einzugehen. Ich kann Er. M. aber nicht verbergen, dass die Leute hier durch die aus dem Reiche und aus Wien einlangenden Nachrichten beunruhigt, das grösste Misstrauen in die Absichten des Wiener Hofes setzen, da von verschiedenen Orten berichtet wird, dass in Wien weder Truppenaushebungen noch Rüstungen stattfinden. Es ist dies eine der grössten Schwierigkeiten bei unseren Verhandlungen, insbesondere bei denen mit den Generalstaaten; denn da sie an dem Frieden verzweifeln, fürchten sie die ganze Kriegslast tragen zu müssen. Sie begehren daher eine bestimmte Erklärung von mir; ich halte es also für nothwendig, genaue Instruction zu fordern."[1] Die gewünschte Instruction kam, aber sie lautete ganz anders als Lisola gehofft hatte. „Was das Eventualbündniss betrifft, lautet die entscheidende Stelle, halten wir es für besser, dass jetzt davon abgesehen werde, bis man erkennt, welchen Erfolg die Alternative haben wird." Sollte Lisola trotzdem es für nothwendig erachten, darüber zu verhandeln, dann hatte er vorerst an den Kaiser zu berichten; abzuschliessen erhielt er keine Vollmacht, auch keine Nachricht über die vom Kaiser für den gemeinsamen Krieg bestimmte Truppenzahl.[2] Man wird es begreiflich finden, dass diese Aeusserungen der Wiener Regierung Lisola in die grösste Aufregung versetzten.

Von Tag zu Tag mehrten sich die Zeichen, dass Frankreich den von den Alliirten gestellten Friedensantrag, wie Lisola gehofft, verwerfen werde. Van Beuningen, der Vertreter der Staaten und Trevor, der Abgeordnete Englands in Paris, berichteten gleichmässig von dem tiefen Grolle, den Ludwig XIV. gegen die Alliirten, insbesondere aber gegen die Niederländer hege;[3] d'Estrades, der das Vorgehen de Witts als eine persönliche Kränkung empfand, machte freudig von der ihm gewordenen Erlaubniss Gebrauch, den Generalstaaten zu erklären, sein Herr sei ein viel zu edelmüthiger und auf seine Ehre stolzer Herrscher, um dorthin zu gehen, wohin die Staaten wollen.[4] Dass eine mächtige Partei am Hofe Ludwig XIV., allen

[1] Schreiben Lisola's vom 12. März 1668. St.-A. (Friedensact.)

[2] Weisung an Lisola d. d. 29. Februar 1668. St.-A.

[3] Ueber diese Verhandlungen vergl. Lefèvre-Pontalis I. 471 ff.; Mignet l. c. II. 608 ff.

[4] Lefèvre-Pontalis l. c. 472.

anderen voran seine beiden grossen Generäle, Condé und Turenne, dem Könige den Krieg empfahlen,[1] dass Ludwig XIV. mit Savoyen, Baiern und anderen Mächten Unterhandlungen über die Stellung von Truppen führte, wusste man in London sehr wohl; die Bemühungen Ludwig XIV. England und die Niederlande zu trennen, die Versuche Pomponne's, die Schweden von dem Abschlusse mit den beiden Seemächten abzuhalten, sowie die Rüstungen, die an allen Enden Frankreichs mit erhöhtem Eifer vorgenommen wurden, liessen mit grösster Wahrscheinlichkeit die baldige Wiederaufnahme der Waffen vermuthen. Mitte März war man sowohl in der Umgebung Karl II. als auch in jener de Witts der Ueberzeugung, dass es zum Kriege kommen werde.[2] De Witt äusserte sich dem kaiserlichen Gesandten gegenüber, er freue sich über Castel-Rodrigo's Erklärungen umsomehr, als dieselben Frieden oder Krieg bedeuten, welch' letzterer in diesem Falle viel besser als der Friede sei.[3]

Man begann ernstlich zu rüsten; die Engländer an ihrer Flotte, die Staaten an ihrer Armee. Zugleich wurden die Vertreter Leopold I. und Karl II. von Spanien aufgefordert ihre Ansichten über die zur Führung des Krieges gegen Frankreich zweckmässigsten Maassregeln zu äussern. Molina hatte gar keine Vollmacht, Lisola den Befehl sich in nichts zu mischen, was den Kaiser in irgend einer Weise binden konnte. Beide wagten nicht offen zu bekennen, wie ihre Regierungen dachten; sie nahmen die Conferenz an. Am 18. März fand dieselbe statt. Arlington, der im Namen der Engländer das Wort führte, betonte, wie wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens und wie nothwendig daher die Vorkehrung aller Maassnahmen sei, um den Krieg gegen Frankreich mit Aussicht auf Erfolg zu führen. In erster Linie, meinte er, handle es sich darum, die Schweden, deren Beitritt zur Tripleliga noch nicht definitiv erfolgt war, zu gewinnen und damit die Pläne des Kanzlers Gardie und des französischen Botschafters Pomponne zu durchkreuzen, welche die Gutheisung des von Dohna geschlossenen Vertrages seitens der schwedischen Regierung zu ver-

[1] Mignet l. c. II. 621.

[2] Vergl. das Schreiben Trevors an Arlington d. d. 12. März 1668. Der König hat seiner Mutter gesagt, er werde am 15. April in's Feld rücken. Arlington Lettres 248.

[3] Bericht Kramprichs d. d. 15. März 1668; vergl. auch dessen Schreiben vom 19. und 22. März 1668. St.-A. (Holl.)

hindern suchten.[1] Der grössere Theil der schwedischen Minister war dem Plane einer Einigung mit den Gegnern Frankreichs geneigt, aber auch sie forderten bedeutende Subsidien. Die Engländer und die Niederländer anerkannten die Berechtigung der schwedischen Forderungen, ohne ihrerseits etwas zur Befriedigung derselben beitragen zu wollen. Arlington betonte dies in der entschiedensten Weise, indem er zugleich von Lisola und von Molina Aufklärungen darüber erbat, was Leopold I. und Karl II. zu thun entschlossen seien. Lisola erwiderte, Oesterreich befinde sich in derselben Lage wie die Engländer und die Generalstaaten; wie diese Mächte kämpfe auch Oesterreich nicht direct gegen Frankreich, man könne also ebensowenig wie von diesen Mächten von Oesterreich eine Unterstützung der Schweden fordern. Molina seinerseits erklärte, Spanien sei zur Subsidienzahlung bereit, finde aber Dohna's Ansinnen übertrieben; auch forderte er die Vertreter der Staaten auf, bei ihrer Regierung für die Beendigung der zwischen den Spaniern und den Staaten bezüglich einer Anleihe geführten Verhandlungen zu wirken.[2] Dann wurde die Frage des Kampfes gegen Frankreich erörtert; Molina musste gestehen, für dieselbe nicht instruirt zu sein; Don Juan, der auf dem Wege sei, werde darüber Auskunft ertheilen können. Lisola dagegen setzte, allerdings in seinem Namen, seine Pläne auseinander. Die spanischen Niederlande, erklärte er, befinden sich in einer solchen Verfassung, dass sie sich selbst nicht vertheidigen können; die Franzosen aber haben vor, zu Beginn des Monates April mit allen Truppen in drei Abtheilungen Flandern, Luxemburg und Brabant anzugreifen, um sich der vornehmsten Plätze in einem Zuge zu bemächtigen.[3] Dies zu verhindern gebe es nur zwei Mittel; England möge die bereitstehenden Truppen sogleich nach Belgien, die Niederländer die ihren — gegen 20000 Mann — an die flandrische Grenze schicken, um nöthigenfalls den bedrohten Plätzen zu Hilfe eilen zu können; ferner sollten die beiden Mächte ihre Flotten in die See stechen und Frankreichs Küsten angreifen lassen, um so Ludwig XIV. zur Zersplitterung seiner Kräfte zu nöthigen. Pfalzgraf Robert, welcher der Berathung beiwohnte, erklärte sich mit Lisola's Plänen einverstanden, betonte aber zugleich die Nothwendigkeit, mit einem mächtigen Heere den Franzosen entgegen-

[1] Vergl. Mém. de Pomponne l. c. II. 538; Lefèvre-Pontalis I. 475.
[2] Schreiben Lisola's vom 19. März 1668. St.-A. (Friedensact.)
[3] Vergl. für Ludwig XIV. Pläne, seine Oeuvres. Tom. III. 108 f.

zutreten. Schliesslich wurde an Lisola die Frage gestellt, ob der Kaiser zugleich mit den übrigen Fürsten ausrücken und wohin er sich wenden wolle. Der Gesandte musste im Hinblicke auf seine Instruction ausweichend antworten: da der Vertrag noch nicht geschlossen sei, äusserte er, werde der Kaiser die Truppen nicht marschieren lassen wollen.[1] Seine Antwort befriedigte nicht. In einer wenige Tage darauf gehaltenen Conferenz wurde dieselbe Frage von Neuem an ihn gestellt; dass er nochmals ausweichend erwiderte, verletzte tief[2] und dies umsomehr, als die Aussicht den Frieden zu erhalten immer geringer wurde. Es war noch ein Glück für Lisola und für die Sache, die er vertrat, dass die Aufmerksamkeit der Seemächte damals in vollstem Umfange durch ihre Bemühungen in Anspruch genommen wurde, Schweden zum Eintritte in die Tripleliga zu vermögen. Nur langsam gelang es, sich mit Dohna zu einigen; die Schweden setzten allmählig ihre Forderungen herab, die Alliirten steigerten ihre Zugeständnisse. Lisola verhielt sich bei diesen Verhandlungen, soweit dieselben die Subsidienzahlung betrafen, passiv; die Forderung der Staaten, der Kaiser möge sich verpflichten, den vierten Theil der den Schweden in Zukunft zu gewährenden Subsidien zu übernehmen, wies er mit aller Entschiedenheit zurück, wirkte aber bei Molina dahin, dass dieser die Erklärung abgab, die Spanier würden die Hälfte zahlen und liess es auch sonst nicht an Bemühungen fehlen, die Engländer und die Niederländer sowie Castel-Rodrigo für den Abschluss mit den Schweden zu gewinnen.[3] Insbesondere dem letzteren gegenüber war ein energisches Vorgehen dringend geboten. Denn Castel-Rodrigo wollte von der Uebernahme so drückender Lasten seitens der Spanier nichts wissen. Vergebens bat Molina um eine bestimmte Aeusserung, vergebens betonte Lisola die Nothwendigkeit mit den Schweden abzuschliessen, gleichviel ob der Friede mit Frankreich geschlossen werde oder nicht. Castel-Rodrigo erwiderte ihre Briefe kühl und zurückhaltend[4] und weigerte sich die Zusage, die Molina forderte, zu geben. Dohna aber wurde von Tag zu Tag ungeduldiger, drohte mit der Abreise und mit dem An-

[1] Lisola's Bericht d. d. 19. März 1668. St.-A. (Friedensact.)

[2] Bericht Lisola's d. d. 26. März 1668. St.-A. (Friedensact.)

[3] Basserode hat, wie aus seinen Berichten, z. B. 22. Febr., 28. März 1668, St.-A. (Suec.) zu entnehmen ist, Lisola auf das genaueste über den Stand der in Stockholm geführten Verhandlungen unterrichtet.

[4] Vergl. auch Priorato l. c. III. 437 f.

schlusse der Schweden an Frankreich;[1] Erklärungen, die um so bedenklicher waren, als man an der Richtigkeit derselben nicht zweifeln konnte. Wenn aber schon diese Umstände zu einem schleunigen Abschlusse drängten, so kam ein Grund hinzu, der eine weitere Verschiebung unmöglich machte. Zu Ende des Monates April waren die Friedensverhandlungen zwischen den Franzosen und den Spaniern soweit gediehen, dass an der baldigen Beendigung derselben nicht gezweifelt werden konnte. Hätte man sich nun nicht vor der ganzen Welt lächerlich gemacht, wenn Schweden einem Bündnisse zur Durchführung des Friedensgedankens beigetreten wäre, nachdem bereits der Friedensvertrag unterzeichnet war? In dieser Erkenntniss entschlossen sich die von Dohna unaufhörlich gedrängten Seemächte und auf Lisola's Anrathen hin auch Molina mit den Schweden auch ohne Castel-Rodrigo's Einwilligung abzuschliessen. Man verständigte sich dahin, den Vertrag, durch den sich die Engländer und die Niederländer für die richtige Zahlung der von Spanien übernommenen Subsidien verpflichten sollten, sogleich zu unterzeichnen, denselben aber nicht auszuwechseln, bis die Entschliessung Castel-Rodrigo's einlaufen würde. Sollte Castel-Rodrigo sich weigern diese Beschlüsse zu billigen, dann wollte man von der Garantie des Friedens solange absehen, bis die spanische Regierung sich zur Leistung der festgesetzten Subsidiengelder verpflichtet haben würde.[2] In dieser Form wurde am 5. Mai 1668 die Unterzeichnung vollzogen. Lisola war über diesen Erfolg sehr erfreut; er scheute sich auch nicht dem Kaiser gegenüber das Verfahren zu rechtfertigen, durch das man Spanien zur Unterstützung der allgemeinen Sache zwingen wollte. „Man musste, schreibt er,[3] diese Art von Gewalt und Drohung zum Vortheile und zum Heile der Spanier in Anwendung bringen, die jetzt kaum mehr anders als gezwungen zu einem Entschlusse zu bringen sind. Die Sachlage ist hier eine derartige, dass die Spanier, wenn sie für ihre Sicherheit und ihr Heil sorgen wollen und nicht den Abfall der nordischen Mächte wünschen, unbedingt den Schwe-

[1] Basserode, der die Stimmung des Stockholmer Hofes sehr genau kannte, betonte oft die Gefahr eines Anschlusses der Schweden an die Franzosen. Berichte aus dem März und April 1668. Interesse enim, schreibt er am 28. März, summe puto, ut Suecia, Gallia disiuncta, nobis ex asse accedat utpote quae tam in imperio et Belgio Hispanico, quam in Polonia V. C. Mti. favere et posse et velle videtur.

[2] Bericht Lisola's d. d. 12. Mai 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Lisola an Leopold d. d. 18. Mai 1668. St.-A. (Friedensacten.)

den in diesem Punkte werden Satisfaction leisten müssen, woraus übrigens ihnen und dem ganzen Hause Oesterreich viele Vortheile erwachsen werden."

Die Friedensverhandlungen zwischen den Franzosen und den Spaniern hatten unterdess eine entscheidende Wendung genommen. Ludwig XIV. hatte sich nach langem Zögern endlich entschlossen, den Frieden anzunehmen. Er hat die Gründe, die ihn dazu veranlasst haben, mit vollster Offenheit kundgethan. Es lag in seinem Interesse den Ruhm der Mässigung zu erwerben und dieses Ziel glaubte er nicht besser erreichen zu können, als indem er mitten im Siegeslaufe anhielt, den Bitten der Mindermächtigen nachgab und sich mit geringeren Vortheilen zufrieden erklärte, als er beanspruchen zu können meinte. Er erwog ferner, dass das, was ihm in diesem Augenblicke zufallen sollte, an und für sich nicht unbedeutend und überaus nothwendig war, um grösseres in der Zukunft zu erwerben; dass der Abschluss des Vertrages auf diesen Grundlagen zugleich das Verlassen des Standpunktes war, den die Spanier in der Successionsfrage bisher eingenommen hatten; dass der Friede, dessen Dauer er selbst werde bestimmen können, ihm die Gelegenheit bot, sich noch besser, als es bisher möglich gewesen, zu rüsten und durch Verträge ein nochmaliges Eingreifen der jetzt gegen ihn verbündeten Fürsten zu verhindern. Und vor allem darin hatte Ludwig XIV. Recht, dass er durch die Fortsetzung des Krieges die Liga zu stärken fürchtete, nach Abschluss des Friedens sie leicht zu sprengen hoffte.[1] Niemand hat dies klarer durchschaut als Lisola und darum bekümmerte es ihn auf das tiefste, als er erkennen musste, dass das laue Verhalten seiner Regierung und das unbegreifliche Zögern des spanischen Hofes[2] dem Leiter der staatischen Politik die erwünschte Gelegenheit boten, seine Friedensneigung als den Wünschen der habsburgischen Politik entsprechend zu bezeichnen.

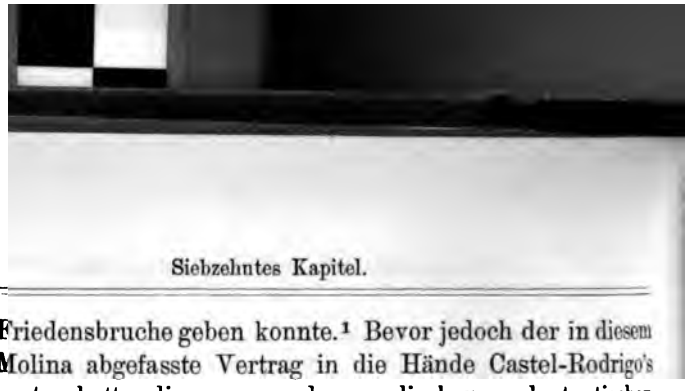
De Witt hatte, indem er Frankreich gegenüber die bestimmte Absicht äusserte, von den gefassten Entschlüssen nicht abzustehen und gegebenen Falles mit den Waffen in der Hand gegen Frankreichs Eroberungspläne zu kämpfen, alles gethan, um den Franzosen den Vorwand zu benehmen, als weiche man seitens der Spanier und der Alliirten von den eingegangenen Verpflichtungen ab. Und wie er

[1] Oeuvres de Louis XIV. II. 369 ff.

[2] Sed mira est ac stupenda Hispanorum morositas in tam vicino ac aperto discrimine, ut nec pacis nec belli consilia maturent.

von den Franzosen unablässig die Verlängerung des Waffenstillstandes forderte, um die Durchführung der Friedensidee zu ermöglichen,[1] so war er auch bereit dem Franzosenkönige gegenüber die Garantie zu übernehmen, dass Spanien zu dem von Ludwig XIV. gebilligten und von den Alliirten gutgeheissenen Friedensprojecte seine Zustimmung geben werde. Auch war es seiner Initiative zuzuschreiben, dass Karl II. von England seinerseits seinem Bevollmächtigten am französischen Hofe die Erlaubniss gab, die Garantie des Friedens im Namen des englischen Königs auszusprechen.[2] Vergebens protestirte Lisola gegen de Witts eigenmächtiges Vorgehen. Die Vertreter der Staaten erwiderten mit dem Hinweise darauf, dass ihr Verhalten lediglich eine Folge der kaiserlichen Politik sei. „Man könne, erklärten sie, in Leopold I. keine Hoffnung setzen; Belgien werde von den Spaniern im Stiche gelassen, keine Unterstützung mit Truppen, mit Geld, mit Zufuhr gewährt; Don Juan komme nicht; der Kaiser hebe keine Soldaten aus, denke nicht daran den Krieg zu führen; Englands Herrscher sei gut gesinnt, aber ohne Mittel; ebenso die Schweden; daher sei klar, dass die Staaten die ganze Last des Krieges zu tragen haben würden, wenn sie denselben heraufbeschwören sollten".[3] Es war nur eine nothwendige Folge dieser Auffassung der Verhältnisse, dass die staatischen Vertreter auf das eifrigste Molina drängten, von Castel-Rodrigo die Unterzeichnung des von Lionne entworfenen Vertragsprojectes zu fordern, dass Arlington, obgleich von der Unbilligkeit desselben überzeugt, das staatische Begehren unterstützte.[4] Molina aber zögerte, sich dem allgemeinen Drängen zu fügen, zumal er schwere Bedenken gegen so manche der Bestimmungen dieses Vertragsprojectes hatte. In wiederholten Conferenzen suchte er, von Lisola unterstützt, die Berechtigung seiner Erklärungen nachzuweisen. Die Engländer und die Vertreter der Staaten erwiderten gereizt; sie leugneten die Richtigkeit der Behauptungen Molina's nicht, wiesen aber auf die Noth der Zeiten hin. Erst nach langen Verhandlungen gaben sie, von Lisola gedrängt, ihre Einwilligung zur Abfassung eines Gegenprojectes, doch musste sich Molina verpflichten, in dasselbe die Alternative aufzunehmen und alles zu vermeiden, was den Franzosen

[1] Lefèvre-Pontalis l. c. I. 479.
[2] Ebendas. 488.
[3] Lisola's Bericht d. d. 14. April 1668. St.-A. (Friedensacten.)
[4] Eben das.



Anlass zum Friedensbruche geben konnte.[1] Bevor jedoch der in diesem Sinne von Molina abgefasste Vertrag in die Hände Castel-Rodrigo's gelangen konnte, hatte dieser, von den englischen und staatischen Gesandten gedrängt, seine Zustimmung zur Annahme des französischen Vertragsprojectes gegeben unter der Bedingung, dass die Generalstaaten die versprochene Hilfe gleich senden wollten und dieses Project nicht als ein definitives, sondern nur als ein solches aufgefasst werde, über das in Aachen weiter zu berathen wäre.[2] De Witt hatte auf diesem Wege sein Ziel erreicht; der König von Frankreich hatte seine Einwilligung gegeben den Waffenstillstand bis Ende Mai zu verlängern, dagegen das Versprechen erhalten, dass die Verbündeten Spanien, wenn nöthig auch mit Waffengewalt, zur Billigung der Alternative nöthigen würden; Spanien widerum hatte sich bereit erklärt die Alternative gutzuheissen und dagegen das Versprechen der Alliirten erhalten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften Spanien zu unterstützen, falls Castel-Rodrigo das Friedensproject unterzeichnen, Ludwig XIV. aber nichtsdestoweniger die Waffen ergreifen sollte. Beide Mächte aber konnten sich dem Wunsche de Witts fügen, ohne eine Demüthigung erdulden zu müssen. Ludwig XIV. wich nicht vor der Tripleliga, wohl aber vor der im Falle der Fortsetzung des Krieges drohenden Vereinigung fast aller grösseren Mächte Europa's zurück; Spanien fügte sich nicht aus Furcht vor den Franzosen, sondern weil es bei Erneuerung des Kampfes auf die offene Gegnerschaft der in der Tripleliga geeinigten Mächte zu rechnen hatte.

Für Lisola aber trat, sobald an dem Abschlusse des spanisch-französischen Friedens nicht mehr zu zweifeln war, die Frage der Allianz des Hauses Habsburg mit den Triplealliirten in den Vordergrund. „Alle sind der Meinung, schrieb er am 21. April dem Kaiser, in der Absicht, diesen für seine Pläne zu gewinnen, dass Ludwig XIV., falls er mit den Spaniern Frieden schliessen sollte, gegen irgend einen anderen vorgehen werde, weil er zu ehrgeizig ist, um ruhig zu bleiben. Die Meisten glauben, er werde auf Deutschland sein Augenmerk richten, andere, er werde sich in die polnischen Angelegen-

[1] Lisola's Bericht vom 16. April 1668. St.-A. (Friedensacten.) Lisola hatte in der Voraussicht, dass ein von Frankreich entworfenes Vertragsproject den Interessen der Spanier nicht entsprechen dürfte, schon im Februar 1668 an Castel-Rodrigo die Aufforderung ergehen lassen, ein Gegenproject zu verfassen.

[2] Bericht Lisola's vom 21. April 1668. St.-A. (Friedensacten.)

heiten mischen. Es ist aber auch Gefahr vorhanden, dass er sich gegen die Erbländer wendet. Daher beruht das Heil des Kaisers in einer Allianz mit den Engländern, Schweden und mit den Generalstaaten."[1] Zum Abschlusse einer solchen, fügte er hinzu, ist alles bereit; was Noth thut, ist nur eine entsprechende Weisung der Wiener Regierung. Lisola täuschte sich nicht, wenn er dem Kaiser keine Neigung zutraute energisch einzugreifen. Die Maassregeln, welche derselbe in den ersten Monaten nach dem Abschlusse des französisch-österreichischen Theilungsvertrages ergriffen hatte, beweisen auf das schlagendste, dass er entschlossen war, den Frieden zwischen Frankreich und Spanien zu fördern und jeden Conflict mit Ludwig XIV. zu vermeiden. Man darf sich in dieser Ansicht durch die Erklärungen nicht irre machen lassen, die Leopold I. am spanischen Hofe abgeben liess. Denn da er demselben von dem Vertrage, den er mit Ludwig XIV. geschlossen hatte, keine Mittheilung machte, auch den Verdacht nicht aufkommen lassen wollte, als habe er sich mit Frankreich zum Schaden der Spanier geeinigt, gebot die Rücksicht auf das eigene Interesse, den Spaniern gegenüber die Bereitwilligkeit des Kaisers zu betonen, nöthigenfalls an ihrer Seite gegen Frankreich zu kämpfen. Aber sowohl in den Gesprächen mit Gremonville[2], als auch in den Weisungen an Pötting und an den zu Beginn des Jahres 1668 an den spanischen Hof gesendeten Mis de Grana[3] tritt die Friedensliebe des Kaisers auf das deutlichste

[1] Lisola's Bericht vom 21. April 1668. St.-A. (Friedensacten.) Aehnlich in seinem Schreiben vom 7. Mai 1668 an Lobkowitz. R.-A. Ueber die Haltung Lisola's in dieser Zeit berichtet auch Brandt, Urk. und Act. XII. 668, der auf die Neigung Lisola's hinweist, ein Defensivbündniss zwischen Oesterreich, Spanien, England, Schweden und Holland zu Stande zu bringen.

[2] Nach Gremonville's Bericht vom 5. April 1668, P.-A. (Autriche), hat Leopold I., als ihm Gremonville die Mittheilung machte, dass Ludwig XIV. trotz all der Maassregeln der Engländer und der Staaten den Frieden schliessen wolle, dem französischen Gesandten für diese Erklärungen gedankt und erklärt, auch er werde keinen Wechsel in seinen Entschlüssen vor sich gehen lassen und bitte den König von Frankreich, die Friedensangelegenheit so rasch als möglich zu Ende zu führen, da dies im Interesse der Christenheit und in dem Ludwig XIV. liege.

[3] Die Sendung Grana's nach Madrid war erst nach Vereinbarung mit Gremonville erfolgt, der die Fähigkeiten dieses Mannes anerkannte, aber — wie sich später zeigte, mit Recht — die Neigung Grana's fürchtete, im Sinne der Kriegsführung zu wirken. Gremonville an Lionne, 1. Febr. 1668. P.-A. (Autriche.) Auch sonst berichtet Gremonville von dem von Tag zu Tag zunehmenden Misstrauen der kaiserlichen Minister gegen die Spanier.

hervor. Dass Grana sich für den Fall der Zurückweisung des von den Alliirten ausgearbeiteten Friedensprojectes durch die Franzosen im Namen Leopold I. zu einer energischen Antheilnahme am Kampfe gegen Ludwig XIV. verpflichtete, fand durchaus nicht die Billigung des Kaisers. Auf die Klagen Pöttings, der auf Grana ebenso eifersüchtig war als seinerzeit auf Lisola, und dessen weitgehende Zugeständnise er für zweckwidrig erklärte,[1] erwiderte Leopold: „Grana ist zurückgekehrt und die Wahrheit zu bekennen, sed sub rosa, gedünkt mich, er hat sich besser in reiten als negotiiren gehalten. Und damit Ich von Hauptwerk anlangt (rede), so hat er sich gar zu übereilt, indeme er die bewusste papeles unterschrieben hat, da doch sein Instruction e diametro deme zuwider gewest; auch mündlich hat man ihm alles wol inculcirt, also dass er wol ein schlechter Interpres mentis meae gewest ist."[2]

Am deutlichsten aber trat die geringe Geneigtheit des Kaisers sich Spaniens halber mit Frankreich in einen Kampf einzulassen, in den Verhandlungen hervor, die Castelar im Auftrage seiner Regierung am Wiener Hofe führte. Denn je heftiger dieser für den offenen Bruch des Kaisers mit Frankreich eintrat, je energischer er eine bestimmte Erklärung Leopold I. darüber forderte, wie er gegen die Franzosen vorzugehen denke, falls es zu einem Bruche kommen sollte, desto zurückhaltender wurde das Benehmen des Kaisers. Castelars drohende Reden und seine den Wiener Hof in's schlechteste Licht stellenden Berichte, die in Madrid Bestürzung hervorriefen und die Gegenpartei, an deren Spitze Penneranda unermüdlich thätig war, zu immer erneuerten Klagen gegen den Kaiser und gegen seine Räthe veranlassten, hatten nur zur Folge, dass Leopold in den für Pötting bestimmten Weisungen sein Vorgehen zu rechtfertigen, seine Haltung als eine die spanischen Interessen in weitgehendster Weise berücksichtigende hinzustellen suchte, im übrigen aber die Annahme des Friedens unter den von Frankreich vorgeschlagenen Bedingungen empfahl.[3] „Billig gehet meine Intention dahin, heisst es in einem seiner Briefe,[4] dass Pötting der Königin et aliis sagen solle, man in Aachen auf alle Weis Fried mache, damit man nit so viel Potenzen auf den Hals lade."

[1] Schreiben Pöttings vom 3. März, 6. April 1668. St.-A. (Hisp.)
[2] Leopold an Pötting, 9. Mai 1668. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Leopold an Pötting, 7. April 1668. St.-A. (Hisp.)
[4] Leopold an Pötting, 11. April 1668. St.-A. (Pött. Corr.)

Wie weit diese wiederholte Mahnung Leopold I., die Spanier mögen sich fügen und Frieden mit Frankreich schliessen, auf die Entscheidung der spanischen Regierung eingewirkt hat, wird schwer zu sagen sein. Pötting besass in Madrid nicht den geringsten Einfluss[1] und auf Penneranda, dessen Stellung eine von Tag zu Tag gesichertere wurde, wird Leopold I. wohl kaum Einfluss genommen haben. Gewiss ist aber, dass der Wiener Hof die Mittheilung von der erfolgten Annahme der Alternative durch die Spanier mit Freuden begrüsste. „Was nun aber das Hauptwerk selbst, nemblich die Alternative und was dem anhängig ist, anbelangt, so ist wol hauptsächlich wol beschehen, dass man ex parte Hispaniae alsobald hat die alternativam angenommen, den locum congressus zu Aachen aprobirt, auch die plenipotentiarien beordert".[2]

Und dieser Wunsch, den Kampf zwischen Franzosen und Spaniern gütlich beendet zu sehen, vor allem aber jeden Conflict mit Frankreich zu vermeiden, ist auch allen Weisungen zu entnehmen, welche seitens der Wiener Regierung in jener Zeit an die Vertreter des Kaisers an den verschiedenen Höfen Europa's erflossen. Immer von Neuem musste Leopold seine Gesandten, die insgesammt, ohne Kenntniss von dem österreich-französischen Theilungsvertrage, für den Abschluss entsprechender Bündnisse und für ein energisches Vorgehen gegen Frankreichs Uebergriffe eintraten, zur Mässigung mahnen. Wicka, der am Hofe Ludwig XIV. weilte und aus nächster Nähe die Rüstungen der Franzosen in den ersten Monaten des Jahres 1668 wahrnahm, von den Drohungen Turenne's wie von den Bemühungen der französischen Gesandten Bundesgenossen unter den deutschen und ausserdeutschen Fürsten zu gewinnen, genaue Kunde erhielt und dringend um Mittheilung bat, wie er sich verhalten solle,[3] wurde beauftragt, „sich ohne ausdrückliche Particularinstruction in keine Negotia einzumischen, viel weniger mit allzu heftigem

[1] Am 11. Februar schrieb Pötting darüber: „Mit mir communiciret man in wichtigen Vorfallenheiten nicht allein das geringste, sondern thuet gar auf meine schriftlichen Anbringen nichts antworten; es ist also kein Möglichkeit fortzukommen und wäre, wie E. K. M. allergnädigst melden, wohl vorträglicher gewesen, wenn Penneranda in der Frankfurter Reis anstatt des armen Kuchelbuben von der grausamen Kälten crepiret wäre; ja es wäre besser gewessen, si hic homo nunquam natus fuisset." St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Schreiben Leopold I. an Pötting, 9. Mai 1668. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Vergl. die Schreiben Wicka's aus den Monaten Januar bis April 1668. St.-A. (Gall.)

repliciren in den sich ereignenden Fällen uns etwa mehr als nöthig oder die Zeit leidet mit einem oder anderem zu impegniren.“ Seine Versuche, die beleidigenden Aeusserungen Ludwig XIV. energisch zurückzuweisen, wurden am Wiener Hofe übel aufgenommen; er wurde aufgefordert, zu bedenken, dass er als Resident an den französischen Hof gesendet worden sei, um die gegenseitigen Interessen der beiden Staaten zu wahren, nicht aber um sich in Angelegenheiten zu mischen, die ausserhalb seiner Sphäre lägen.[1]

Basserode, der in Stockholm mit dem grössten Eifer an dem Abschlusse des schwedisch-österreichischen Bündnisses arbeitete, der nicht müde wurde die Nothwendigkeit und Vortheilhaftigkeit desselben zu betonen, und dem es auch in der That nach übergrossen Mühen gelang, die Schweden zur Nachgiebigkeit in einer Reihe von Fragen zu vermögen,[2] erhielt den Auftrag, sich strengstens an die ihm zugehenden Instructionen zu halten, die Verhandlungen hinzuziehen und sich zu keinem Versprechen hinreissen zu lassen, durch das ihm irgend welche Verpflichtungen auferlegt würden, zu deren Gutheissung er keinen Befehl habe.[3] Und in ganz ähnlicher Weise wurden Kramprich und Lisola angewiesen, keinen Schritt über die ihnen zugegangenen Weisungen hinaus zu wagen, insbesondere aber alles zu vermeiden, was den Kaiser in Collisionen mit Frankreich bringen könnte, oder zur Uebernahme drückender Verpflichtungen nöthigen würde. Man begreift, das bei solcher Gesinnung des Wiener Hofes Lisola's Mittheilungen von der geplanten und seiner Ansicht nach nothwendigen Allianz keinen Beifall fanden, dass vielmehr Mitte April ein neuerlicher Befehl an ihn erging, jede Leistung des Kaisers zur Erhaltung fremder Truppen als unmöglich hinzustellen, und sich in Verhandlungen über den Garantievertrag, den die Verbündeten geschlossen hatten, um die Spanier zur Annahme der Alternative zu bewegen, unter keiner Bedingung einzulassen. Bezüglich des Vertrages aber, der die Aufrechterhaltung des abzuschliessenden Friedens zum Zwecke haben sollte, behielt sich der Wiener Hof die Entscheidung für eine gelegenere Zeit vor. Nur die Aufnahme der kaiserlichen Erbländer in diese Garantie wurde bereits damals auf das bestimmteste gefordert, und dem kaiserlichen Gesandten der

[1] Weisung Leopold I. vom 2. März 1668. (Gall.)

[2] Vergl. Basserode's sehr inhaltsreiche Berichte vom Januar bis April 1668. St.-A. (Suec.)

[3] Weisung an Basserode d. d. 16. Febr. 1668. St.-A. (Suec.)

Befehl ertheilt, zu diesem Behufe an den Congressort zu eilen.[1] Lisola war mit den Entschlüssen der Wiener Regierung durchaus nicht einverstanden, zumal er sich, während er auf die Weisungen aus Wien wartete, immer mehr davon überzeugte, dass der Friede mit Frankreich kein dauernder sein werde. „Es ist die Meinung aller, schreibt er am 12. Mai an Leopold, und die aus Frankreich einlaufenden Berichte bestätigen dieselbe, dass der allerchristlichste König die Waffen nicht nur nicht niederlegen, sondern alsbald einen neuen Krieg beginnen wird. Es steht auch fest, dass der König neuerlich an einige Officiere Befehl gesendet hat, für ihn in Deutschland Truppen zu werben und wenn dieselben gesammelt, sie nach dem Elsass zu führen, was mich in meiner Ansicht bestärkt, dass Frankreich etwas gegen das Elsass oder gegen Strassburg vor hat. Dem Könige von England wird von seinen Leuten geschrieben, dass Frankreichs Bestrebungen gegen Deutschland gerichtet sind. Ich sehe nun kein anderes Rettungsmittel, als jenes, das ich in meinen früheren Berichten angegeben habe, dass nämlich ohne irgend welche Verzögerung ein Defensivbündniss zwischen E[r]. M., England, Holland, Spanien und Schweden geschlossen werde, wozu England und Schweden überaus geneigt sind. Die Holländer zögern noch immer aus Furcht Frankreich zu beleidigen, doch gebe ich mir alle Mühe, sie langsam dazu zu vermögen, da meiner Ansicht nach darin die Sicherheit und das Heil E[r]. M. beruht."[2]

Um so empfindlicher berührte ihn in seiner Schaffensfreudigkeit der Befehl des Wiener Hofes. Er wusste alles auf's beste geordnet, zum Abschlusse bereit; er zweifelte keinen Augenblick an der Möglichkeit, eine feste, die allgemeinen Interessen berücksichtigende Verbindung zu Stande zu bringen und nun sollte er in dem Bewusstsein, das Nothwendige und Nützliche nicht nur zu wollen, sondern auch durchsetzen zu können, blindlings den Befehlen der schlecht unterrichteten oder bewusst falsch handelnden[3] Regierung

[1] Weisung an Lisola d. d. 16. April 1668. St.-A. Aehnliche Befehle ergehen an Lisola auch am 27. Mai und 8. Juni 1668. Vergl. auch Priorato l. c. 462 f.

[2] Bericht Lisola's vom 12. Mai 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Wie richtig Lisola in dieser Hinsicht die Verhältnisse beurtheilte, geht daraus hervor, dass es wirklich seine Gegner, in erster Linie Auersperg, waren, welche den Kaiser zur Sendung Lisola's nach Aachen bestimmten. Auersperg erzählte Gremonville, er habe den Brief im Namen Lambergs aufgesetzt, der geeigneter sei, Lisola zur Vorsicht zu ermahnen. Auersperg betonte ferner, wie

Folge leisten? Es entsprach ganz dem Selbstbewusstsein Lisola's und seiner Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Behauptungen, dass er dem Auftrage seiner Regierung nicht Folge leistete, die Reise nach Aachen nicht antrat, vielmehr in London blieb und in einem ausführlichen Memoire seine Haltung zu rechtfertigen suchte. Er schildert in demselben vorerst den Verlauf der spanisch-französischen Friedensverhandlungen, sein Bestreben bei denselben, die Interessen des Erzhauses zu wahren, die Mühe, die es gekostet, Castel-Rodrigo zur Annahme des Vertrages, die Mitglieder der Tripleliga zu dem schriftlichen Versprechen der Garantie des Friedens zu vermögen. „Da mir aber, fährt er fort, das Versprechen der Garantie des Friedens nicht wirksam und ausgedehnt genug schien und ich fürchten musste, dass Er. M. eher Schaden als Nutzen daraus entstehen würde, bestand ich darauf, dass nach dem früher geleisteten Versprechen ein Defensivbündniss oder ein gegenseitiger Garantievertrag geschlossen werde, in den alle Besitzungen der Verbündeten aufgenommen und ihre Sicherung gegen jeden Angriff — sei es, dass dieser aus gesuchtem Vorwande im Hinblick auf diesen Krieg oder aus anderen Gründen erfolge — durch gegenseitige Hilfeleistung festgesetzt werden sollte. Es ist also eine doppelte Art von Garantie zu unterscheiden, die eine, welche bloss mit den kriegführenden Mächten zu thun hat, denen die Vermittelnden in gleicher Weise verpflichtet sind Hilfe zu leisten gegen den von den beiden, der zuerst diesen Frieden brechen wird, während die kriegführenden Mächte nicht verpflichtet sind, den Vermittelnden Hilfe zu leisten, falls dieselben von einem der kriegführenden Theile angegriffen werden sollten. Der zweite Garantievertrag ist ein wechselseitiges Bündniss zwischen Er. M., Spanien, England, Holland und Schweden zu gemeinsamer Vertheidigung gegen jeden Angriff. Dieses haben wir stets im Auge gehabt und dies zu bewirken ist auch vermuthlich die Absicht Er. M. in der neuesten Instruction, denn aus der ersteren Garantie könnte

Gremonville berichtet, man halte Lisola am Wiener Hofe für allzu parteiisch für Spanien, für einen Mann, der unter allen Umständen den Bruch mit Frankreich wolle. „Enfin Sir, fährt Gremonville fort, ils le tiennent icy pour un homme d'esprit, mais sans aucun jugement et point du tout propre a ce gouvernement, qui ne veut pas s'engager facilement comme l'activité du dit Baron le voudroit faire; ils le comparent au soleil de Mars . . . . . et disent qu'il ne le faut pas laisser plus de deux mois dans une cour, puisqu'il advance pendant ce temps là dans de projets et dit tant de menteries, qu'on mesestime etc.“ Gremonville an Lionne, 17. Mai 1668. P.-A.

E. M. keinen Vortheil ziehen. Obgleich ich nun annehmen muss, dass diese zweite Art der Garantie Ew. M. wünschenswerth erscheinen wird, erwachsen mir doch aus der Instruction Zweifel, weil E. M. mir befehlen, mich in kein anderes Bündniss einzulassen, sondern bloss auf die Garantie des Friedens zu sehen. Diese zweite Art der Garantie ist aber nichts als ein Defensivbündniss." Dann bemüht sich Lisola, dem Kaiser ein genaues Bild von dem Stande der Verhandlungen zu geben. „Als ich und der spanische Minister dieses Bündnisses Erwähnung thaten, fährt Lisola fort, waren die Engländer sehr dafür, die Generalstaaten nicht dagegen, doch erklärten diese, man müsse sich vor Frankreich in Acht nehmen und Schweden müsse erst dem Haager Bündnisse beigetreten sein."[1] Das war nun allerdings bereits geschehen; auch hatten die Spanier sich bereit erklärt, den Schweden für die verflossene Zeit Subsidien zu zahlen, freilich nicht ohne von den Schweden den sofortigen Abschluss eines Bündnisses mit dem Hause Oesterreich zu fordern, worauf Dohna, mit den entsprechenden Befehlen versehen, eingegangen war.[2] Die Bedingungen, die er stellte, waren freilich überaus harte: Freiheit des Handels für die Schweden mit denselben Vorrechten, die Engländer und Niederländer genossen, 480000 Imperialen als Unterstützung für die verflossene Zeit, ungefähr 220000 jährlich in Friedenszeiten, 60000 monatlich in Kriegszeiten für eine Armee von 7000 Mann zu Fuss und 5000 zu Pferde, eine gleiche Truppenzahl oder eine aequivalente Geldsumme, so oft die Schweden eine solche begehren, die Verpflichtung, nur gemeinsam Frieden oder Waffenstillstand zu schliessen; von Leopold I. aber überdies das Versprechen, mit seiner ganzen Autorität bei den Reichsständen dahin zu wirken, dass den Schweden in einigen Punkten gemäss den Bestimmungen des westphälischen Friedens Rechnung getragen werde. Molina konnte eine bestimmte Zusage nicht geben; er schrieb nach Spanien und an Castel-Rodrigo; die von diesem erhoffte baldige Antwort blieb aus. Castel-Rrodigo wusste, dass er demnächst abberufen werden würde und wollte die Verantwortung in einer so schwierigen Frage nicht auf sich nehmen; aus Spanien aber kam die Nachricht, Don Juan werde mit Vollmacht nach London kommen, die Gesandten sollten unterdess vorsichtig vorgehen, die Enscheidung

[1] Bericht Lisola's vom 8. Juni 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Vergl. auch Priorato l. c. 450 f.

Don Juan überlassen. Lisola aber konnte, ohne jede Instruction, wie er war, nur allgemeine Reden halten, die das Uebelwollen Dohna's hervorriefen. Der Tod dieses Mannes, der mit vielem Eifer und grossem Glücke die Idee einer österreich-schwedischen Verbindung vertreten hatte,[1] verursachte eine neuerliche Verzögerung. Trotzdem hoffte Lisola auf Erfolg, falls die Spanier sich zu entsprechenden Concessionen bereit finden sollten. Und nicht mehr als eine Geldunterstützung schien ihm nothwendig, um England ganz für die Pläne des Hauses Habsburg zu gewinnen. „Was England betrifft, heisst es in diesem Memoire, ist der Staatssecretär, der in den Geschäften die entscheidende Stimme hat, sehr geneigt, mit uns ein Bündniss zu schliessen und gründet auf diese Einigung seine eigene Sicherheit gegenüber der Partei der Franzosen und des Kanzlers. Der Haken der Sache besteht darin, dass der König sich nicht allein baar des Geldes, sondern auch mit Schulden belastet weiss, vom Parlamente aber auf keine Unterstützung rechnen kann, sowohl wegen der Erschöpfung des Reiches, als auch wegen des Zwiespaltes im Innern, vornehmlich deshalb, weil man die Verschwendung des Geldes durch den König für seine Privatgelüste[2] und den schlechten Zustand der Flotte, die zur Erhaltung des Reiches nothwendig ist, nicht gerne erträgt. Der König sieht also, dass er ohne äussere Hilfe oder ohne die Unterstützung des Parlaments, von dem er dann abhängig sein würde, nicht leben kann. Der König von Frankreich bietet ihm nun grosse Summen an, — durch die er vom Parlamente unabhängig würde — wenn er sich mit ihm verbinden wolle. Karl II. hat sich bisher noch nicht dazu entschlossen, weil es den Interessen des Reiches und den Neigungen des Volkes widerstrebt. Es giebt aber Leute, die ihn ununterbrochen drängen und die es vielleicht durchsetzen werden, nicht aus Neigung des Königs für die Sache, sondern weil er Geld braucht. Wir haben nach reiflicher Erwägung es für das beste gehalten, dass Molina zur Beseitigung dieser Schwierigkeit seinem Herrscher rathe, er möge sich verpflichten, mit den Engländern die 50 englischen Schiffe in Kriegs-

[1] Dolendum plane, schreibt Lisola über den Tod Dohna's, nam vir erat sani maturique judicii, senatoribus qui partes nostras in Suecia fovent, praesertim Wrangelio coniunctissimus et in hoc negotio promovendo fidam sane et strenuam navarat operam, licet cunctationibus nostris foret interdum non nihil deterritus. Bericht Lisola's vom 8. Juni 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Vergl. Klopp l. c. I. 233 f.

und Friedenszeiten unter der Bedingung zu erhalten, dass dieselben gemeinsamen Interessen dienen, in Friedenszeiten zur Sicherung des Handels, ferner Truppen von Spanien nach Belgien — so oft es nöthig — zu bringen, ebenso die Silberflotte zu schützen, in Kriegszeiten den Handel Frankreichs zu schädigen und gegen die Franzosen zu kämpfen. Zur Erhaltung der Hälfte der Flotte würden von Spanien 100 000 Pfund Sterling gefordert werden. . . . . Spanien würde auf diese Weise eine stets bereite Flotte haben, in Kriegszeiten nicht so viele Schiffe brauchen, um geringeren Preis und in kürzerer Zeit Schiffe herstellen können in England als in Spanien. Dazu kommt, dass die Engländer den Spaniern in allen drei Reichen freie Werbung zugestehen, und überdies sich bereit erklären, 12000 Mann auf eigene Kosten den Spaniern zu Hilfe zu schicken, für deren Erhaltung dann die Spanier zu sorgen hätten. Dafür fordert England im Falle der Noth neben der Erhaltung der Hälfte der Flotte eine gleiche Truppenzahl oder eine entsprechende Geldsumme. Was E. M. betrifft, verlangt der König von England nichts als gegenseitige Unterstützung durch Soldaten oder in Geld für den Fall, dass einer der beiden Staaten von den Franzosen angegriffen wird; die Zahl der Truppen kann auf 8000 Mann zu Fuss und 4000 zu Pferd bestimmt werden. Ich halte diese Bedingungen um so vortheilhafter für E. M., als E. M. mehr als die Engländer dem Einfalle der Franzosen ausgesetzt sind." Am schwierigsten schien es Lisola, die Generalstaaten für die Idee eines Defensivbündnisses mit dem Kaiser zu gewinnen. Er hatte durch Kramprich die Ansichten de Witts erforschen lassen und denselben einem solchen Plane abgeneigt gefunden. De Witt hatte mit besonderer Genugthuung von seinen Erfolgen gesprochen, die starke Rüstung der Niederländer betont und hervorgehoben, es sei sein Verdienst, dass, trotz der Neigung einiger Provinzen abzurüsten, der Beschluss gefasst worden sei, eine neue Werbung vorzunehmen und die staatische Flotte zugleich mit jener Englands auslaufen zu lassen. Er hatte auch auf die Allianz der Niederländer mit Brandenburg, Dänemark und Braunschweig hingewiesen[1] und erklärt, die Niederländer könnten jetzt, wo die Tripleliga perfect, der Friede mit Frankreich geschlossen sei, sich sicher fühlen. Eine weitere Liga mit dem Kaiser und Spanien zu schliessen, wie früher projectirt gewesen, finde er nicht rathsam; „es würde

[1] Bericht Lisola's vom 8. Juni 1668. St.-A. (Friedensacten.)

dies eben ein gar zu grosses Corps, als zwischen E. M., Spanien, England, Schweden und den Holländern formiren, welches keine Activität haben und wo niemals alle eins sein würden. Damit sie sich nun nicht mit gar zu vielen Liguen embarassirten, würde es besser sein, keine mehr zu machen; sie hätten Spanien die Garantie nebst England versprochen, sie verlangten hingegen nicht, dass Spanien ihnen dieselbe reciproce angeloben solle." Als Kramprich meinte, auch die Staaten würden aus einer Verbindung mit Spanien grosse Vortheile ziehen, gab de Witt zu verstehen, die Spanier möchten vorerst zeigen, dass sie sich selbst zu helfen wüssten.[1] Lisola liess sich durch die Erklärungen de Witts nicht täuschen; er wusste, welche Gründe den Grosspensionär von Holland zu diesen Aeusserungen veranlasst hatten. „Die Holländer, schreibt er, wollen den Frieden an und für sich, sie glauben durch Mässigung die Franzosen zur Mässigung zwingen zu können. . . . . Sie wollen sich die Schiedsrichterrolle in Friedenszeiten bewahren, und die Engländer und die Schweden von sich abhängig erhalten, um künftig, falls die Franzosen oder die Spanier etwas gegen einander oder gegen andere in's Werk setzen wollten, dazwischen treten und die Gesetze des Friedens vorschreiben zu können. Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sie in diesem Falle immer den schwächeren Theil zum Frieden zwingen würden. Sie sind daher, wie ich merke, nicht sehr für den Einschluss Oesterreichs. Da sie sich aber vor den Franzosen fürchten, werden sie sich von den Engländern und Schweden nicht trennen, so dass sie, wenn wir diese beiden Mächte gewonnen haben, folgen werden. Unterdess ziehen sie uns mit süssen Worten hin, bis sie sehen werden, wohin Frankreich sich wendet; wenn aber der Sturm gegen sie oder gegen ihre Nachbarschaft losbrechen sollte, werden sie flehentlich um unsere Freundschaft und um unser Bündniss bitten; wenn aber die Franzosen gegen das Reich, Italien oder Spanien ziehen sollten, werden sie sich innerhalb der Schranken der Vermittler halten. Daher ist jetzt die beste Gelegenheit, sie zu binden, wo die Entschlüsse der Franzosen noch unsicher, gewiss aber ihre Absicht ist, den Krieg von Neuem zu beginnnen."[2] Mit seltener Klarheit hat Lisola in diesem Schriftstücke die Ziele der einzelnen Mächte und die daraus für die kaiserliche Politik sich ergebenden

[1] Bericht Kramprichs vom 21. Mai 1668. St.-A. (Holl.)
[2] Bericht Lisola's vom 8. Juni 1668. St.-A. (Friedensacten.)

Folgerungen darzulegen verstanden. Worin er irrte, war lediglich seine Auffassung von der Gesinnung Karl II. Nach wie vor hielt er diesen für einen Freund des Hauses Habsburg, während Karl II. damals wie früher eine Einigung mit Ludwig XIV. suchte.[1] Im übrigen aber entsprach das, was Lisola über die Pläne der verschiedenen Mächte berichtete, der Wahrheit und die von ihm zur Abwehr weiterer Uebergriffe Frankreichs vorgeschlagenen Mittel waren in der That die einzigen, die zum Ziele führen konnten. Nur dass der Wiener Hof jetzt weniger als je vorher gewillt war, dieselben zu ergreifen. Lisola's Auseinandersetzungen vermochten, so richtig und einleuchtend sie auch waren, nur jene zu überzeugen, die bereits seiner Ansicht waren. Und es gab am Wiener Hofe auch damals eine nicht unbedeutende Partei, welche gleich Lisola an einen dauernden Frieden mit Frankreich nicht glaubte, die für ein energisches Vorgehen und für den Abschluss einer viele Fürsten umfassenden Allianz gegen Frankreich eingenommen war. Allein die Vertreter dieser Richtung besassen damals nicht den maassgebenden Einfluss.

Es mag zwar sein, dass Leopold I. bereits in dieser Zeit die Schwere der Ketten gespürt hat, die ihn drückten. Und im Grunde seines Herzens war er gewiss ein entschiedener Gegner der Franzosen einer Einigung gegen Ludwig XIV. im Principe gewiss nicht abgeneigt. Aber viel schwieriger als vor dem Abschlusse des Vertrages mit Frankreich schien es ihm jetzt sich gegen Ludwig XIV. zu erklären. Nur wenn er mit aller Sicherheit auf einen erfolgreichen Kampf gegen diesen rechnen konnte, meinte er sich zur Umkehr verstehen zu dürfen. Dazu glaubte er aber die Zeit noch nicht gekommen. Sein Misstrauen in die ehrlichen Absichten der Engländer und Niederländer hatte sich noch nicht verloren;[2] die Eigennützigkeit, welche die Schweden bei den Verhandlungen gezeigt hatten, das ablehnende Verhalten des Brandenburgers, als Leopold ihn zur Erneuerung des Bündnisses von 1666 aufgefordert hatte, das kühle Wesen des Mainzers, die feindseligen Maassregeln des Kölners und anderer Stände des Reiches, vor allem aber die fortwährenden Berichte Pöttings von der Unzuverlässigkeit des spanischen Hofes, von dem von Tag zu Tag zunehmenden Einflusse Penneranda's, von den Machinationen Don Juans und von der Erschütterung der Stel-

[1] Mignet l. c. III. 9 ff.

[2] Leopold an Kramprich, 23. Mai 1668. St.-A. (Holl.)

lung Neidharts, liessen es ihm räthlich erscheinen, die guten Beziehungen mit Ludwig XIV. vorerst aufrecht zu erhalten. Und in dieser Auffassung der Verhältnisse wurde er von Auersperg und Lobkowitz bestärkt, die durch Gremonville aufgemuntert nicht müde wurden dem Kaiser die grosse Gefahr eines neuen Conflictes mit Ludwig XIV. vorzuhalten. Der ganze Erfolg, den Lisola und seine Anhänger unter diesen Umständen erzielen konnten, war, dass Leopold seine principielle Geneigtheit kundgab, ein Bündniss abzuschliessen, das lediglich zur Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes dienen sollte. Er erklärte daher in seiner Antwort auf Lisola's Memoire, das früher erlassene Verbot habe sich nur auf ein Offensivbündniss bezogen; zum Abschlusse eines Defensivbündnisses sei er bereit. Er forderte aber zu gleicher Zeit Lisola auf, darauf zu achten, dass er zu keiner anderen Geldunterstützung verpflichtet werde als zu jener, die er den Schweden bereits zugesagt habe; einen Beitrag zur Erhaltung der englischen Flotte sollte der Gesandte nicht versprechen. Vielmehr aber als diese und ähnliche Beschränkungen mussten andere Mittheilungen des Kaisers Lisola davon überzeugen, dass die seinen Plänen feindliche Partei in der Umgebung Leopold I. noch immer die Oberhand behaupte. Immer wieder hatte Lisola die Einigung mit den Schweden als den ersten nothwendigsten Schritt zu einer Besserung der Verhältnisse bezeichnet; immer wieder hatte er dem kaiserlichen Gesandten Basserode, mit dem er in eifriger Correspondenz stand, auf das wärmste den Abschluss des Bündnisses selbst unter Opfern empfohlen.[1] Und wirklich hatte sich Basserode, gedrängt durch die Bemühungen Pomponne's und Gardie's die Schweden zur Neutralität unter ungemein günstigen Bedingungen zu bestimmen,[2] zur Unterzeichnung des Vertrages entschlossen.[3] Lisola hatte die Nachricht davon mit Freuden begrüsst, „als das

[1] Vergl. das Schreiben Basserode's vom 2. Mai 1668. St.-A. (Suec.)

[2] Berichte Basserode's vom 11. und 21. April; 2. und 6. Mai 1668. St.-A. (Suec.)

[3] Der Vertrag wurde am 16. Mai 1668 unterzeichnet. Es ist interessant, dass Bjelke, einer der eifrigsten Förderer der Allianz und einer der wärmsten Anhänger der österreichischen Sache, dem Fürsten Lobkowitz, also jenem Minister, der am meisten an der Verzögerung Schuld war, schrieb, der Abschluss sei nur deswegen so spät erfolgt, weil Basserode so langsam und so vorsichtig vorgegangen. „Wäre der gute Herr Basserode ein wenig mehr prompt gewesen, so hätten wir schon vor 2 Monaten geschlossen, welches die Sache in England sehr hätte gefördert." Bjelke an Lobkowitz, 6. Mai st. v. St.-A. (Suec.)

einzige Fundament der Sicherheit, von dem alles andere abhänge", bezeichnet.[1] Nun wurde ihm aber gemeldet, dass Leopold I. den schwedischen Vertragsentwurf keineswegs zu ratificiren denke, dass er wohl einige Artikel desselben gebilligt, an anderen aber bedeutende Aenderungen vorgenommen habe und jetzt die Entscheidung der Schweden abwarte.[2] Treffliche Gründe, schrieb der Kaiser seinem Gesandten, hätten ihn zu diesem Schritte vermocht, sie anzuführen hat er unterlassen. Begreiflich, denn wie hätte er ihm auch mittheilen können, dass Gremonville im Auftrage Ludwig XIV. auf das entschiedenste gegen die Unterzeichnung dieses Vertrages protestirt und die Desavouirung des Gesandten gefordert habe;[3] dass Auersperg immer tiefer in die Netze Gremonville's und der Franzosen verstrickt, die ihn mit dem Cardinalshute meisterlich zu locken wussten,[4] im Namen des Kaisers um Entschuldigung gebeten, die Voreiligkeit Basserode's getadelt und das Versprechen gegeben habe, innerhalb sechs Wochen die Angelegenheit im Sinne der Franzosen zu ordnen. Wie hätte man es wagen sollen, Lisola davon zu verständigen, dass auf Gremonville's Klagen gegen Lisola, als den Urheber aller Zwistigkeiten,[5] derselbe Auersperg es als das Unglück der Wiener Regierung bezeichnet hatte, dass jeder seinem Willen folge, die kaiserlichen Befehle missachte und das bindende

[1] Schreiben Lisola's vom 18. Mai 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Weisung vom 26. Juni 1668. St.-A.

[3] Vergl. Mignet l. c. IV. 330.

[4] Die Berichte Gremonville's enthalten eine Fülle von Nachrichten, welche beweisen, wie stark der Drang in Auersperg war, diese Würde zu erlangen und wie trefflich sich Gremonville dieser Thatsache zu bedienen verstand.

[5] Das geschah im Auftrage Lionne's. „Der Baron von Lisola," schreibt derselbe am 21. März 1668 an Gremonville, „den ich gar nicht persönlich kenne und den ich niemals desobligirt habe, hat seine schöne Feder gebraucht, um ein blutiges Libell direct gegen mich zu richten — es ist dies die Schrift „Remarques sur la Lettre de M. de Lionne" — auf den Brief hin, welchen der König an die verschiedenen Provinzen geschrieben, um ihnen den Grund seines Zuges in die Franche-Comté kund zu thun, weil darin etwas steht, was Castel-Rodrigo nicht gefallen hat. Ich werde dem Baron nicht die Ehre erweisen, darauf zu antworten; es wäre dies nicht der Stellung würdig, die ich durch die Gnade des Königs bekleide. Wenn sie aber bewirken könnten, dass die zwei Minister mit Rücksicht auf die Freundschaft, die sie für mich hegen, den Baron strafen, wie er es verdient wegen seines Benehmens in London, und weil er die Kühnheit hat, zu schreiben, dass in Wien nichts gegen Frankreich geschieht, da der Hof durch französisches Geld gewonnen ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar."

Versprechen gegeben habe, alles was in seiner Macht stehe zu thun, diesem Manne, der ihm mehr Schwierigkeiten bereite, als die ganze übrige Welt, straffe Zügel anzulegen.[1] Wie gross übrigens das Unrecht war, das die beiden leitenden Minister begingen, die wetteifernd um die Gunst des französischen Königs und seines Gesandten buhlten,[2] als sie die günstige Gelegenheit, energisch aufzutreten, unbenützt vorübergehen liessen, zeigte sich alsbald. Denn Ludwig XIV. trat nun, der Unterstützung dieser beiden Männer sicher, kühn gemacht durch die Schwäche, welche der Wiener Hof zeigte und von der Ueberzeugung durchdrungen, dass der Kaiser die Uebermacht Frankreichs und die Veröffentlichung des geheimen Vertrages fürchtend den offenen Bruch nicht wagen werde, mit immer neuen Forderungen an den Wiener Hof heran. Er begehrte seine Aufnahme in die Standschaft des Reiches, und Sitz und Stimme auf dem Reichstage als Besitzer einiger Länder, die früher einen Theil Burgunds gebildet hatten und nun durch den Frieden von Aachen in seinen Besitz übergegangen waren; er stellte an Leopold das Ansuchen, sich mit ihm über die Wege zu einigen, auf denen man im vorauszusehenden Falle eines baldigen Todes des kränklichen Königs von Spanien in den Besitz des spanischen Erbes gelangen könnte und scheute weder Bitten noch Drohungen, um den Kaiser von dem Beitritte zur Tripleallianz abzuhalten. Insbesondere die erste dieser Forderungen rief am Wiener Hofe die grösste Bestürzung hervor. Denn man konnte keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, dass Ludwig XIV. mit derselben nichts anderes bezwecke, als seinen schon übergrossen Einfluss auf die verschiedenen kleinen deutschen Fürsten noch zu

[1] Gremonville an Lionne d. d. 29. März 1668. P.-A. „Da Auersperg der grösste Feind Lisola's ist," lautet die entscheidende Stelle, „habe ich mit ihm sprechen wollen; er hat aber selbst die Sache auf's Tapet gebracht und gesagt, dass Lisola ihm mehr Mühe mache, als die übrige Welt; estant comme un soleil de mars, qui fait cent propositions sans rien resoudre, que pour cela il falloit qu'il le retinst par un frein bien rude." Gremonville erwidert, „er habe Nachricht aus Brüssel. Lisola hätte in London gesagt, der Kaiser lasse sich an der Nase herumführen, n'avoist ny vigueur ny affection pour la gloire de sa maison."

[2] Ich werde in anderem Zusammenhange auf diese Dinge zurückkommen. Wenn Lobkowitz meinte, Leopold sei wie eine Statue, die man hinträgt, wohin man will und nach Belieben wieder aufstellt, Mignet l. c. II. 382, so behauptete Auersperg (Grem. Bericht d. d. 12. Juli 1668. P.-A.), der Kaiser habe für nichts Interesse, als für die Musik. M'ayant exaggeré a coeur ouvert sa foiblesse et son mauvais penchant, qui donne toutes ses pensees a la musique sans se soucier en aucune façon des plus importantes affaires.

mehren. Selbst Auersperg und Lobkowitz glaubten in diesem Punkte nicht den Wünschen Ludwig XIV. willfahren zu dürfen,[1] eine der wenigen Fragen, in denen sie mit dem kaiserlichen Gesandten übereinstimmten. Denn auch Lisola hatte bereits Kenntniss von dem Plane Ludwig XIV. erhalten und warnte seinen Hof dringend vor den Lockungen der Franzosen.[2] Im übrigen aber wichen auch jetzt die Ansichten der Wiener Herren von denen Lisola's weit ab. Während jene nach wie vor jeden Conflict mit Frankreich zu vermeiden suchten, der Tripleliga fremd gegenüber standen, betrachtete der kaiserliche Gesandte die Festigung der Tripleallianz und den Abschluss eines grossen Defensivbündnisses als seine wesentlichste Aufgabe. Was ihm dabei am hinderlichsten in den Weg trat, war die unbegreifliche Trägheit der spanischen Regierung. Monate lang liess dieselbe auf eine Erklärung bezüglich der den Schweden zu gewährenden Subsidien warten, obgleich man wusste, dass Schwedens Beitritt davon abhänge und dass ohne die Mitwirkung dieser Macht weder England noch die Niederländer verpflichtet seien, etwas zu Gunsten der Spanier zu thun.

Es mag unter diesen Umständen dem kaiserlichen Gesandten ganz recht gewesen sein, dass Ludwig XIV., kaum dass der Friede zu Aachen geschlossen war, mit neuen Forderungen an die Spanier herantrat, die Abtretung von Condé und Linck als Dependenzen von Ath und Herg begehrte.[3]

Es gelang Lisola Castel-Rodrigo aufzurütteln, zur Zurückweisung der französischen Forderungen, zur Uebertragung des Schiedsrich-

[1] Vergl. Mignet l. c. III. 382 ff.

[2] Auch an Lisola und an Castel-Rodrigo waren die Franzosen herangetreten. Wilhelm Fürstenberg forderte, gewiss mit Einwilligung Ludwig XIV., eine Unterredung. Lisola beschloss, gleich Misstrauen schöpfend, Fürstenberg auf die Probe zu stellen. Er traf mit ihm zusammen. Fürstenberg zeigte sich in dieser Unterredung sehr um das Wohl des Reiches besorgt, betonte die Nothwendigkeit, alles zu thun, um den theuer erkauften Frieden zu einem dauernden zu gestalten und rieth, eine allgemeine Garantie seitens der Stände in Regensburg zu erwirken. Burgund sollte selbstverständlich als Reichsstand betrachtet werden. Dann sprach er von Bündnissen Frankreichs mit den Reichsfürsten und ähnliches mehr. Für Lisola bestand kein Zweifel mehr, dass Fürstenberg im Auftrage Ludwig XIV. handle und nichts anderes bezwecke, als diesem Sitz und Stimme als Stand des Reiches zu verschaffen. Er brach daher die Verhandlungen ab. Berichte Lisola's vom Juli und August 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Lisola's Bericht vom 14. Juli 1668. St.-A. (Friedensacten.) Mignet l. c. III. 386.

teramtes an England und an die Staaten und zu der Versicherung zu vermögen, gegen Frankreich zu kämpfen, falls dasselbe das Urtheil der Seemächte nicht anerkennen sollte. Freilich hielt Lisola alle diese Maassregeln, auch wenn dieselben zur Durchführung gelangen sollten, für völlig unzulänglich. Er war der festen Ueberzeugung, dass auf friedlichem Wege mit Frankreich ein Abkommen nicht werde getroffen werden können. „Man muss daher, schreibt er dem Kaiser, entweder den Nacken unter das Joch beugen, oder aber beherzte Entschlüsse fassen, da es klar ist, dass die Gier der Franzosen durch keine Mässigung, durch keine Freigebigkeit zurückgehalten oder gesättigt werden kann."[1] Um so betrübender war es für ihn, dass Castel-Rodrigo, den er endlich für die Idee eines raschen Abschlusses gewonnen hatte, gerade in dem Momente sein Abberufungsschreiben erhielt, als Lisola aus den Berichten Basserode's ersehen musste, dass im Hinblicke auf die neuen Beschwerden des Kaisers über das Basserode'sche Vertragsproject der Stockholmer Hof sich abgeneigt zeigte, die mit den Spaniern begonnenen Verhandlungen fortzuführen. Wir wissen, welche Bedeutung Lisola dem Anschlusse Schwedens an das Haus Habsburg beimass. Mit Recht betonte er auch jetzt, dass dem Wiener Hofe ein grösseres Unheil nicht widerfahren könne, als der Bruch mit den Schweden.[2] Bereits damals hat er auf das bestimmteste erklärt, dem Bruche des Kaisers mit den Schweden werde nicht bloss der Anschluss dieser Macht sondern auch der Engländer an Frankreich folgen. Er hatte Kenntniss von den Bemühungen Colbert-Croissy's, der als Nachfolger Ruvigny's die Interessen Ludwig XIV. am Hofe Karl II. vertrat;[3] er wusste, wie verlockend die Anerbietungen waren, die diesem Fürsten gemacht wurden, dass derselbe auf die Dauer denselben nicht werde widerstehen können. Und um so nothwendiger schien es ihm, den Kaiser zu warnen, als er aus dessen Weisungen ersah, dass Leopold niemals der rechten Sache ferner gestanden war als damals. „Die ganze Zukunft, schreibt er seinem Herrn, beruht auf dem Bündnisse mit Schweden, welchem das mit den Staaten und mit den Engländern leicht folgen wird. Dass aber E. M. ihre Sicherheit von den Rheinbundfürsten und von den falschen Schmeicheleien der Franzosen erhoffen, das halte ich unvorgreiflicher Weise

[1] Schreiben Lisola's vom 14. Juli 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Ebenso urtheilte auch Brandt. Urk. und Act. XII. 670.

[3] Mignet l. c. II. 25 ff.

den Interessen Er. M. ganz entgegengesetzt und grosse Gefahren mit sich bringend, da die neuesten Thaten der Franzosen auf das deutlichste zeigen, wohin ihre geheimen Pläne gerichtet sind."[1] Der Lohn für seine freimüthigen Aeusserungen blieb nicht aus. Triumphirend theilte Lobkowitz dem französischen Gesandten mit, man habe Lisola eine solche Portion Prügel gegeben, dass er für längere Zeit betäubt sein dürfte und Auersperg berichtete mit ebenso grosser Freude, der Kaiser habe selbst gesagt, er wolle seine Einwilligung geben Lisola die Flügel zu stutzen.[2]

Denn beide Minister hassten Lisola vom Grunde ihres Herzens und nicht an ihnen lag es, dass er nicht bereits mit Schande und Spott aus dem Dienste des Kaisers entlassen war. Von Gremonville aufgereizt, der nicht müde wurde, gegen Lisola's Vorgehen zu protestiren und im Namen seines Herrn die Abberufung desselben zu fordern, hatten sie wiederholt offen und im geheimen den Kaiser vor dem Uebereifer seines Gesandten gewarnt und für die Entlassung desselben gestimmt. Gremonville seinerseits hatte sich in feierlicher Audienz über Lisola beklagt, der sich in London rühme der Urheber dieser Tripleallianz zu sein, der dem Könige von England gegenüber betone, Vollmacht zu jedem Vertrage zu haben und sich verpflichte, Weib und Kind als Pfand seiner Wiederkunft in London zu lassen.[3] Ja selbst der spanische Gesandte am Wiener Hofe beschwerte sich im Namen seiner Regierung über das Vorgehen Lisola's, der die Schuld daran trage, dass Castel-Rodrigo ein bindendes Versprechen bezüglich der Subsidienzahlung gegeben habe, ein Versprechen, das zu halten die Spanier sich ausser Stande sähen. Man wird es unter diesen Umständen als einen Beweis der Werthschätzung Lisola's seitens Leopold I. ansehen müssen, dass dieser sich zur Abberufung seines Gesandten durchaus nicht verstehen wollte, sondern lediglich seine Einwilligung gab, Lisola neuerdings zur strengen Beobachtung

[1] Lisola's Bericht d. d. 22. Juli 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Gremonville's Bericht vom 2. Aug. 1668. P.-A. (Autriche.)

[3] Gremonville's Bericht vom 12. Juli 1668. P.-A. (Autriche.) Wenige Tage später benützte Gremonville wieder eine Gelegenheit, gegen Lisola beim Kaiser zu sprechen; auf seine Bemerkung, Lisola habe neuerdings behauptet, Vollmacht zum Abschlusse eines Vertrages zu besitzen, habe der Kaiser stirnrunzelnd gesagt: „que les paroles de Lisola n'estoient pas celles de l'Evangile." Gremonville's Bericht vom 26. Juli 1268. Unrichtig ist, wenn Gremonville am 2. August an Lionne schreibt: Je croy, Sire, l'avoir mis icy en telle défiance, qu'il ne pourra pas faire grand mal à l'avenir.

der ihm zugehenden Weisungen und zur Unterlassung selbständiger Schritte aufzufordern. Es wurde dem kaiserlichen Gesandten nicht schwer, sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe zu vertheidigen. Er konnte den Nachweis führen, dass von einem bindenden Versprechen der Spanier bezüglich der Subsidienzahlung überhaupt niemals die Rede gewesen sei; dass die gegen ihn gerichteten Vorwürfe von jener Partei in Madrid ihren Ausgang genommen, die aus eingewurzeltem Hasse gegen alles Deutsche die gänzliche Trennung der beiden Linien des Hauses Habsburg gerne sehen würde, die aus diesem Grunde den Abschluss der Bündnisse mit den Schweden und mit den Engländern zu hindern suche; von jener Partei, die er während seines Aufenthaltes in Madrid zur Genüge kennen gelernt, die stets gegen jede Unterstützung Leopold I. gearbeitet, die Abreise der Infantin verzögert und bei jeder Gelegenheit sich bereit gezeigt habe, gegen den Kaiser vorzugehen; von jener Partei, die geheime Beziehungen zum Pariser Hofe unterhalte und den Anschluss Spaniens an Frankreich erstrebe.[1] Es entsprach der Ueberzeugung Lisola's von seiner Verpflichtung das Rechte allem Widerspruche zum Trotze zu vertreten, dass er sein Rechtfertigungsschreiben mit den stolzen Worten schloss, er werde auch in Zukunft fortfahren, die Interessen Spaniens, auch gegen den Willen dieser Nation, zu vertreten, soweit dieselben mit denen seines Herrn, des Kaisers, übereinstimmen.[2]

In der That ist in Lisola's Benehmen nicht die geringste Veränderung zu bemerken. Mit demselben Eifer, der ihn beseelt hatte, seitdem er sich der grossen Aufgabe unterzogen, die Fürsten Europa's für die Idee des Kampfes gegen Ludwig XIV. zu gewinnen, widmete er sich, unbeirrt durch alle Warnungen seiner Freunde wie durch die Drohungen seiner Feinde, unbeirrt auch durch die immer neuen Schwierigkeiten, dem grossen Werke.

Wir haben bereits erwähnt, wie hart Lisola die Abberufung Castel-Rodrigo's empfand. War er auch nicht immer einer Meinung mit demselben gewesen, so hatte er sich doch in den wichtigsten Fragen mit ihm geeinigt und niemals Grund gehabt, an dem ehrlichen Hasse desselben gegen Frankreich und gegen dessen Herrscher zu zweifeln. Der junge Connetable von Castilien, Don Inigo de Velasco,

[1] Bericht Lisola's vom 1. Sept. 1668. St.-A. (Friedensacten.)
[2] Ebendas.

aber, der an seiner Statt die Leitung der Geschäfte in Brüssel übernahm — aus Don Juans wiederholt angekündigter Reise war nichts geworden[1] — war in Staatsangelegenheiten gänzlich unerfahren und nach dem, was Lisola über seine Neigungen und Pläne erfuhr, durchaus ungeeignet in schwerer Stunde einen so bedeutungsvollen Posten zu bekleiden.[2] Lisola entschloss sich zu ihm zu reisen. Was er von ihm erfuhr klang wenig hoffnungerweckend. Denn die Befehle, die Velasco mitbrachte, lauteten auf entschiedene Zurückweisung der von den Niederländern und von den Engländern den Schweden zugesagten spanischen Subsidien.[3]

Lisola fürchtete nun, dass Velasco, muthlos und unselbständig wie er war, es nicht wagen werde auf irgend eine Weise den ungünstigen Eindruck zu vermeiden, den diese Mittheilung auf die Alliirten, zumal auf die Schweden üben musste. Und doch that dies Noth, denn die Schweden hatten, sobald sie von dem Entschlusse der spanischen Regierung Kunde erhielten, die Verhandlungen abgebrochen und sich an die Niederländer und Engländer mit der Forderung gewendet, auf anderem Wege die Geldsummen herbeizuschaffen, zu deren Gewährung sie sich verpflichtet hätten.[4] Es war unter diesen Umständen ein Glück für Spanien, dass de Witt, in der Besorgniss, die Mittheilungen von einer geplanten Abtretung Belgiens an Frankreich seitens der Spanier könnten sich bestätigen, etwas für die Kräftigung der Tripleliga thun zu müssen glaubte, dass ferner die zwischen England und Frankreich geführten Verhandlungen noch zu keinem Abschlusse gelangt waren. Gerade durch den Hinweis auf diese drohende Verbindung Karl II. von England mit Ludwig XIV. gelang es Lisola, Velasco zur Absendung einer Weisung

[1] Nach Pöttings Berichten war es Don Juan selbst, der sich weigerte nach den Niederlanden zu gehen; timeo, fügte er hinzu, ne lateat anguis in herba et venenum tandem aliquando prorumpat. 8. Aug. 1668. St.A. (Hisp.)

[2] Bericht Lisola's vom 1. Sept. 1668. Virum esse inopem et sumptuosum, mulierculis aditissimum, omni rerum Belgicarum immo et Europaearum notitia destitutum, levi tantum rei militaris tincturaa imbutum et nullum idioma praeter Hispanicum callet. Vergl. auch Basnage, Annales des provinces etc. II. 65, 109.

[3] Bericht Lisola's vom 13. Oct. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Vergl. dafür Temple's Memoiren und die Berichte Krampriche an den Kaiser vom 18., 25. Oct. und 1. Nov. Kramprich hatte wiederholte Unterredungen mit de Witt und Temple. Sie (die Staaten), schrieb er am 23. August, tringen auf die parola, so Ihnen (maassen sie sagen) von denen österreichischen Ministeren wegen der Subsidien gegeben worden.

an Molina zu vermögen, durch die dem Könige von England die Geneigtheit Spaniens kund gethan werden sollte, ein Bündniss mit England zu schliessen. Sodann vermochte er ihn, von Don Este de Gamarra unterstützt,[1] der spanischen Regierung den Nachweis zu führen, dass ihr Vorschlag, jede der drei Mächte, Spanien, England und die Staaten sollten gleich viel zur Erhaltung der schwedischen Truppen beitragen, undurchführbar sei und zugleich seiner Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, dass nur auf Grundlage des in England mit Dohna und mit den Vertretern der beiden anderen Mächte verhandelten Projectes eine Einigung erzielt werden könnte.[2] Dass Lisola gerade damals von seiner Regierung von Neuem Befehl erhielt, sich in diese spanisch-schwedischen Verhandlungen nicht einzumengen,[3] hinderte ihn nicht im geringsten in seinen Bestrebungen fortzufahren. Vielmehr überschickte er als Erwiderung auf dieses Schreiben dem Kaiser das Project eines spanisch-schwedischen Vertrages, berichtete von Briefen aus Holland, in denen de Witt und Temple von den Spaniern und von dem Kaiser den Abschluss eines Bündnisses begehrten,[4] von ähnlichen Schreiben Molina's an Velasco und theilte dem Kaiser mit, dass man Nachricht habe, England und die Staaten wären bereit, je $^1/_3$ der Subsidien für Schweden zu zahlen[5] und Velasco habe, vornehmlich auf sein — Lisola's — Drängen hin, sich entschlossen, Gamarra nach dem Haag mit dem Befehle zu senden, den dort weilenden Vertretern die Erklärung abzugeben, dass die Spanier zur Zahlung eines Drittels bereit seien.

Da unter solchen Umständen, meinte Lisola, an dem Zustandekommen des ersehnten Defensivbündnisses nicht zu zweifeln sei, bitte er um Weisung, wie er sich bezüglich des geplanten Beitrittes Leopold I. zu demselben zu verhalten habe.

„Wie weit ich mich herauslassen darf, weiss ich nicht; wenn aber deswegen etwas geschieht, wird man uns die Schuld beimessen."

[1] Lisola urtheilte über Gamarra sehr günstig; er meinte d. d. 13. Oct. 1668, constat, esse hominem maturi iudicii et rectis agendi principiis imbutum.

[2] Lisola's Bericht vom 26. Oct. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Weisung vom 9. Oct. 1668. St.-A.

[4] In diesem Sinne auch Kramprich 25. Oct. und 1. Nov. St.-A. (Holl.)

[5] William Temple hat in seinem Schreiben an Bridgemann, 2. Oct. 1668. Lettres II. 35 ff., als das geeigneteste Mittel zur Fortführung des nach seiner Ansicht unausweichlichen Kampfes gegen die Franzosen bezeichnet une alliance défensive, conjointement avec l'Espagne, la Suède et la Hollande, car en tout cas, je crois, que nous pourrions compter sur l'Empereur, quand nous en aurions besoin.

Zugleich gab er seine Ansicht über das kund, was der Kaiser thun solle: „Es giebt, schreibt er, für E. M. zwei Wege; dem Plane des Grosspensionärs folgend in die Tripleliga einzutreten, oder aber ein neues Bündniss zwischen Oesterreich und den Mitgliedern der Tripleliga zu schliessen." Das letztere schien ihm ungleich entsprechender und da er den Berichten Kramprichs entnehmen zu können glaubte, dass de Witt auch dazu geneigt sei,[1] zögerte er nicht, seiner Regierung, obgleich er von der geringen Geneigtheit derselben energisch zu handeln Kenntniss hatte, den Rath zu ertheilen, mit den Niederländern abzuschliessen, solange diese aus Furcht, Spanien könnte Belgien an die Franzosen abtreten, einer Einigung mit dem Hause Habsburg grossen Werth beimessen mussten.[2]

Das Schreiben Lisola's traf die Wiener Regierung in einer ihm und seinen Plänen überaus ungünstigen Stimmung. Sein selbständiges Vorgehen und seine scharfe Verurtheilung der Wiener und der Madrider Politik hatten den ihm feindlich gesinnten Männern eine neue Gelegenheit geboten, den Kaiser gegen ihn aufzureizen. Dass Lisola, trotz des Befehles sich in keine Angelegenheit zu mischen, die nicht direct auf Oesterreich Bezug habe, auf Bitten Castel-Rodrigo's und Velasco's ein Memoire über die Grundlosigkeit der französischen Dependenzforderungen verfasst hatte, mehrte sein Vergehen in den Augen der Höflinge.[3] Und diesmal machten ihre Klagen Eindruck auf den Kaiser, da die Beziehungen Leopold I. zum spanischen Hofe sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1668 nur noch verschlechtert hatten. Der Theilungsvertrag vom Januar 1668 legte dem Kaiser eine besondere Reserve bei den Verhandlungen mit Spanien auf und die Furcht, durch irgend eine Bemerkung das Geschehene zu verrathen, erzeugte eine Aengstlichkeit, die in den Unterredungen mit Castelar

[1] Vergl. Kramprichs Bericht vom 15. Nov. 1668. St.-A. (Holl.) De Witt erklärte bezüglich der Subsidienzahlung an Schweden: Spanien, England und die Staaten sollten je $^1/_4$ zahlen, das 4te Viertel von Spanien, England, den Staaten und dem Kaiser gezahlt werden. Dagegen war nach Temple's Ansicht bei den Niederländern nur geringe Neigung zum Bündnisschlusse; depuis le premier jour, que j'ai été ici jusqu'à present, je n'ai pû remarquer dans l'esprit des Hollandois aucune disposition à prendre ce parti.

[2] Schreiben Lisola's vom 9. Nov. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Lisola übersandte diese Schrift dem Kaiser am 9. October 1668; sie führt den Titel: „Discours touchant les pretentions de la France sur les places de Condé, Linck etc."

ihren Ausdruck fand und denselben veranlasste, Briefe boshaften, aufreizenden Inhaltes an seine Regierung zu richten. Die von Leopold I. wiederholt geforderte Abberufung Castelars aber wurde von Monat zu Monat verschoben, seine Thätigkeit sogar im spanischen Staatsrathe belobt,[1] der französische Gesandte gefeiert und öffentlich über die Vortheile einer Abtretung der spanischen Niederlande an Frankreich gesprochen.[2] Was half es unter diesen Umständen, dass Leopold Castelar gegenüber und in den Weisungen an seinen Gesandten in Madrid betonte, „dass seine Ansicht niemals eine andere gewesen, auch niemals eine andere sein werde, als beider Linien Interesse und gemeinsame Angelegenheiten mit allem Eifer und Application in alle Wege zu beobachten und deren Conservation, so in unione vornehmlich besteht, bester Maassen zu invigiliren."[3] Die Spanier forderten deutlichere Beweise der kaiserlichen Neigung sie zu unterstützen: bedeutende Truppenaushebungen und eine bestimmte Erklärung Leopold I. bezüglich der Unterstützung Spaniens, falls Frankreich gegen dasselbe weiter vorgehen sollte.[4] Man wird es begreiflich finden, dass Lisola's Vorschläge unter diesen Umständen und bei der immer erneuerten Versicherung Pöttings, dass nicht die geringste Aussicht vorhanden sei, dass Spanien die von den Mitgliedern der Tripleliga geforderten Subsidien für Schweden bewilligen werde,[5] beim Wiener Hofe keinen Anklang fanden. In der That wurde ihm ein Verweis für sein eigenmächtiges Vorgehen und der strengste Befehl ertheilt, sich niemals wieder in eine Angelegenheit zu mischen, die den Kaiser nicht direct betreffe und insbesondere jede schriftliche Aeusserung zu vermeiden.[6] Bezüglich des Beitrittes des Kaisers zu einer eventuellen Einigung der Mitglieder der Tripleliga mit dem Hause Habsburg sollte er eine Erklärung solange nicht abgeben, bis die spanische Regierung sich in bestimmter Weise in der Subsidienfrage geäussert habe.[7] Bevor diese Weisung in die Hände des kaiserlichen Gesandten gelangen konnte, war diese Erklärung der Spanier bereits erfolgt.

[1] Pöttings Bericht vom 5. Sept. 1668. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Pöttings Berichte vom 19. Sept., 13. u. 19. Nov. 1668. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Leopold an Pötting, d. d. 9. Nov. 1668. St.-A. (Hisp.)
[4] Schreiben Leopold I. vom 6. Nov. 1668. St.-A. (Hisp.)
[5] Pöttings Bericht vom 19. Sept. 1668. St.-A. (Pött. Corr.)
[6] Weisung vom 12. Nov. 1668. St.-A. (Friedensacten.)
[7] Weisung vom 4. Dec. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

Welche Gründe den spanischen Hof, insbesondere aber Penneranda dazu vermocht haben dem Baron Reede van Renswoude im Namen der Königin das bindende Versprechen der Subsidienzahlung zu geben,[1] ob er dem bestimmt ausgesprochenen Wunsche der Königin gewichen oder das Versprechen nur gegeben hat, um des Kaisers üble Gesinnung zu erweisen, wird schwer zu sagen sein. Gewiss ist aber, dass Lisola in jeder möglichen directen und indirecten Weise auf den spanischen Hof in diesem Sinne einzuwirken versucht hat.[2] Er bewog Velasco, Gamarra zu beauftragen, im Haag die Bereitwilligkeit der Spanier kund zu thun, in die Verhandlungen bezüglich eines Bündnisses einzutreten, nach Madrid aber einen Eilboten mit der Bitte zu senden, die principielle Zustimmung zur Subsidienzahlung zu geben.[3] Zu Beginn des Monates December 1668 langte der spanische Courier mit der entscheidenden zusagenden Weisung an.[4]

Lisola war über die Wendung, welche die Dinge genommen hatten, ausserordentlich erfreut; er war ganz der Ansicht der staatischen Vertreter am schwedischen Hofe, die von der Nothwendigkeit berichteten, die Schweden zu gewinnen und den Rat gaben, das Eisen zu schmieden, solange es warm sei.[5] Er sah die günstige Gelegenheit vor Augen, das lange hingehaltene Werk zu vollenden. Wie gerne wäre er sogleich nach dem Haag geeilt, um dort für den raschen Abschluss des Vertrages zu wirken. De Witt, wie Temple und Velasco baten ihn dringend darum; sie erhofften von seiner Anwesenheit die wesentlichste Förderung des geplanten Bündnisses. Was ihn davon abhielt, dieser Aufforderung Folge zu leisten, war neben der Furcht, er könnte, falls sich bezüglich der von Spanien zu zahlenden Subsidien Schwierigkeiten ergeben sollten, zu den Verhandlungen in dieser Frage herangezogen werden, die Erkenntniss, dass er ohne Instruction, ohne Ermächtigung seines Hofes sich über

[1] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 15.

[2] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 15 meint, dass Lisola's Einfluss ausschlaggebend gewesen sei. L'intervention pressante du ministre de l'Empereur à la Haye, le baron Lisola, dont Witt et Temple surent se ménager l'appui finit par triompher des irrésolutions du gouvernement espagnol.

[3] Lisola's Bericht d. d. 26. Nov. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Lisola's Bericht d. d. 3. Dec. 1668. St.-A. (Friedensacten.) Die Entscheidung war vor dem Einlangen des letzten Berichtes Inigo de Velasco's erfolgt. Vergl. Basnage l. c. II. 65 und Priorato l. c. III. 681 ff.

[5] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 16.

die Bedingungen zu äussern, unter denen auch der Kaiser bereit sei dem Bunde beizutreten, im Haag eine traurige Rolle spielen werde. Er wollte vorerst nochmals den Versuch machen von seiner Regierung entsprechende Weisungen zu erzwingen.

„Ich bitte dringend, schreibt er Ende Nov. 1668, um Instruction, denn ich befinde mich in der peinlichsten Lage; ich wage hier kaum einzugestehen, dass ich seit so langer Zeit keine Weisung in dieser Frage erhalten habe.“[1] Und diese Bitte um Angabe der Bedingungen, unter denen er über den Beitritt des Kaisers zur Tripleallianz verhandeln könne, wiederholte er in allen Schreiben, die er in dieser Zeit an den Wiener Hof abgehen liess. Allein die erwünschte Antwort kam nicht. Dagegen dauerten die Bemühungen des Gouverneurs der spanischen Niederlande und der Vertreter Englands wie der Generalstaaten fort, Lisola zur Reise nach dem Haag zu vermögen. In der That entschloss er sich gegen Ende des Jahres 1668 die Reise anzutreten, nachdem Velasco genügende Versicherungen bezüglich der Subsidienzahlung gegeben hatte,[2] vornehmlich in der Erwägung, im Falle der Weigerung, den Spaniern den erwünschten Anlass zu bieten mit einem Scheine von Berechtigung die Behauptung aufzustellen, Lisola habe sein Eingreifen auf geheimen Befehl des Kaisers unterlassen, die ihm früher übersendeten Vollmachten seien also nur zum Scheine ausgefertigt worden.[3] Der Empfang, der Lisola von seinen Freunden und Anhängern bereitet wurde, war der denkbar glänzendste. Nicht nur de Witt und Temple, auch die verwittwete Prinzessin und der Prinz von Oranien drückten ihre Freude über sein Kommen aus.[4] Doch fand Lisola den Stand der Angelegenheit nicht so günstig, als er nach den ihm zugekommenen Berichten vermuthet hatte. Die Spanier forderten ein Defensivbündniss, die Generalstaaten eine Garantie ohne irgend welche Verpflichtung seitens der Spanier. Die Gründe, welche von den Vertretern der Staaten für ihr Verhalten angegeben wurden, entbehrten nicht der Berechtigung. Dass der Abschluss eines Bündnisses die Generalstaaten in ihrer Rolle als Schiedsrichter hindern, dass dasselbe den Beitritt deutscher Fürsten zur Tripleliga erschweren würde, war ebenso richtig, als es klar war, dass die zum Abschlusse eines

[1] Lisola's Schreiben vom 26. Nov. 1668. St.-A. (Friedensacten.)
[2] Vergl. Lisola's Bericht vom 29. Dec. 1668. St.-A. (Friedensacten.)
[3] Schreiben Lisola's vom 30. Jan. 1669. St.-A. (Friedensacten.)
[4] Schreiben Kramprichs vom 24. Jan. 1669. St.-A. (Holl.)

Bündnisses erforderliche Zustimmung der einzelnen Provinzen geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Lisola zögerte auch keinen Augenblick — zumal er wusste, dass eine Garantie den Wünschen des Kaisers mehr entspreche[1] — Gamarra von der Nothwendigkeit zu überzeugen, in diesem Punkte dem Begehren der Niederländer zu genügen. Auch bezüglich des Inhaltes des Garantievertrages gelang es ihm nach langen Berathungen mit den Vertretern der übrigen Mächte zu einem Gamarra genehmen Abkommen zu gelangen. Die in der Tripleliga geeinigten Fürsten erklärten sich bereit für die Aufrechterhaltung des Aachener Friedens zu sorgen und verpflichteten sich, falls Frankreich gegen Spanien feindlich vorgehen sollte, wenn nöthig ohne weitere Erklärung, mit gesammter Macht zu Wasser und zu Lande den Spaniern zu Hilfe zu kommen und die Waffen nicht niederzulegen, bis die Schmach, die dem Könige von Spanien angethan, gerächt, und demselben entsprechende Satisfaction geworden sei. Sollten die Franzosen die Spanier in Ländern angreifen, deren allzugrosse Entfernung eine Unterstützung seitens der Verbündeten unmöglich mache, so sollten diese in Frankreich selbst einfallen. In einem besonderen Vertrage sollte die von jeder Macht zu stellende Truppenzahl fixirt werden. Zu Beginn des Monates Februar 1669 glaubte Lisola, man werde England zur Stellung von 50 Schiffen, mit allem, was zur Ausrüstung derselben nothwendig sei, die Generalstaaten zur Stellung einer gleich grossen Zahl Kriegsschiffe und von 6000 Mann zu Fuss und die Schweden zur Bereithaltung von 5000 Mann zu Pferd und 7000 Mann zu Fuss, gegen eine für die Dauer der Kriegsführung zu zahlende Summe von 60000 Imperialen monatlich vermögen können, deren Zahlung zu gleichen Theilen die Staaten, England und Spanien übernehmen sollten, während den beiden ersteren Mächten die Rückforderung der ihrerseits erlegten Summen von den Spaniern vorbehalten werden sollte.[2] Doch ergaben sich im Verlaufe der Verhandlungen nicht unbedeutende Schwierigkeiten, vornehmlich dadurch, dass die Schweden das Begehren stellten, die Niederländer und die Engländer möchten die Garantie für die Bezahlung aller Subsidien übernehmen, eine Forderung, die zumal beim

[1] Schreiben Lisola's vom 29. Dec. 1668. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Bericht Lisola's vom 7. Febr. 1669. St.-A. (Friedensacten.) Basnage schildert die Verhältnisse in einer Lisola feindlichen Weise, anerkennt aber doch „le très-grand génie et infiniment d'esprit" desselben. Basnage l. c. II. 65.

Könige von England auf heftige Opposition stiess.[1] Dagegen gelang es die einzige Schwierigkeit zu beseitigen, die den Abschluss des Garantievertrages verzögerte. Velasco hatte die im Namen der Spanier anzubietende Entschädigung für die von Schweden in verflossener Zeit geleisteten Dienste auf 300000 Imperialen festgesetzt; die Schweden aber wollten sich zu einer Herabminderung ihrer Forderungen nicht verstehen.[2] Erst den unermüdlichen Bemühungen des staatischen Abgeordneten in Stockholm, de Groot, sowie der vermittelnden Thätigkeit der im Haag weilenden schwedischen Vertreter Appelboom und Silverkron[3] gelang es schliesslich, die Schweden wenigstens zu Concessionen bezüglich der Zahlungsmodalitäten der von ihnen geforderten 480000 Thaler zu vermögen. Hierauf erklärte Velasco, von allen Seiten gedrängt und in der Erkenntniss, dass Nachgiebigkeit seinerseits unbedingt nothwendig sei, auf eigene Faust hin seine Einwilligung zum Abschlusse des Garantievertrages zu geben.[4] Das Project wurde ausgearbeitet und an die betreffenden Regierungen abgesendet. Nach und nach langten die zustimmenden Erklärungen ein. Zu Beginn des Monates Mai 1669 wurde in der Erwartung, die Königin von Spanien werde ihr in Madrid dem staatischen Gesandten und das von Velasco im Haag abgegebene Versprechen halten, von den Vertretern des Königs von England, der Niederländer und Schwedens der Vertrag unterzeichnet.[5] Spanien sollte gemäss den Bestimmungen desselben sofort 200000 Thaler, die übrigen 280000 Thaler in zwei Raten nach je 8 Monaten zahlen und bis zur Erlegung der letzten Rate sollten die Vertragsinstrumente in den Händen Temple's verbleiben.[6]

Alles schien aufs beste geordnet, nur Lisola konnte sich nicht freuen. Die Haltung des Wiener Hofes in der Frage des Beitrittes Kaiser Leopold I. zu dem Garantiebündnisse hatte ihn vielmehr in bedenkliche Conflicte mit Velasco gebracht und seine Stellung den Tripleligisten gegenüber zu einer äusserst schwierigen gestaltet.

Wir erinnern uns, dass Lisola seine Reise nach dem Haag vornehmlich aus dem Grunde verzögert hatte, weil er fürchten

[1] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. II. 17 f.

[2] Bericht Lisola's vom 30. Jan. 1669; Kramprichs vom 18. März 1669. St.-A. Vergl. auch Lefèvre-Pontalis l. c. II. 15 f.

[3] Lefèvre l. c. II. 16 f.

[4] Bericht Lisola's, 9. Febr. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[5] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 21; Dumont l. c. VII. 114.

[6] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 17.

musste, alsbald über die Neigung des Kaisers befragt zu werden der Tripleliga beizutreten und dass er sich erst dann zur Reise nach dem Haag entschlossen hatte, als es ihm gelungen war, Velasco zu dem Versprechen zu vermögen, dass Gamarra vorerst über den Eintritt Spaniens verhandeln und erst nachdem diese Angelegenheit geordnet sei, die Frage des Beitrittes Oesterreichs aufgeworfen und erledigt werden sollte. Unterdess hoffte Lisola die dringend geforderte Weisung der Wiener Regierung in Händen zu haben. In der That ging er im Haag vorerst jeder ernsten Debatte über diese Frage aus dem Wege, lediglich darauf bedacht, sich über die Absichten der Mitglieder der Tripleliga, zumal über die de Witts ein richtiges Urtheil zu bilden. Denn noch immer war er der Ansicht, dass dieser zwar den Frieden aufrecht erhalten, zugleich aber auch den Generalstaaten die Schiedsrichterrolle wahren wolle und dass derselbe daher jeder Maassregel widerstreben werde, welche die Niederländer in Conflicte mit Frankreich bringen oder die Stellung, welche jene innerhalb der Tripleliga einnahmen, schädigen könnte. De Witts eigene Erklärungen konnten Lisola in dieser Auffassung nur bestärken. Derselbe sprach sich auf das entschiedenste gegen den von Spanien gewünschten Beitritt des Kaisers zur Tripleliga aus;[1] erklärte es vielmehr als das einzig richtige, dass der Kaiser mit seinen Freunden und Verbündeten eine Einigung zum Schutze der spanischen Niederlande schliesse und dass die beiden grossen Vereinigungen sich gegenseitig zum Schutze dieser Länder verpflichten.[2] Lisola täuschte sich darüber nicht, dass der Hauptgrund für de Witts Abneigung gegen des Kaisers Beitritt zur Tripleliga in der Furcht gelegen sei, in diesem Falle in seiner Stellung innerhalb des Bundes beeinträchtigt zu werden. Wenn er trotzdem sich nicht abgeneigt zeigte, auf des holländischen Staatsmannes Pläne einzugehen, so geschah dies, weil er in vieler Hinsicht die Ideen de Witts billigte und wusste, wie sehr dieselben den Ansichten des Wiener Hofes entsprachen. Der Beitritt zur Tripleliga hätte den Kaiser verpflichtet, gegebenenfalls — wenn Spanien den Frieden zuerst brach — gegen diese Macht zu kämpfen; der Abschluss eines Bündnisses zum Schutze der

[1] Bericht Lisola's vom 24. Jan. 1669. St.-A. (Friedensacten.) Ganz unrichtig ist, wenn Basnage II. 87 behauptet, die Spanier seien gegen den Beitritt des Kaisers gewesen, und Lisola hätte denselben gewünscht, um dem Kaiser den Erwerb der spanischen Niederlande zu sichern. II. 87.

[2] Lisola's Bericht vom 30. Jan. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

nige von England auf heftige Opposition stiess.[1] Dag
die einzige Schwierigkeit zu beseitigen, die den A
arantievertrages verzögerte. Velasco hatte die im
Spanier anzubietende Entschädigung für die von Sch
flossener Zeit geleisteten Dienste auf 300000 Imperia
die Schweden aber wollten sich zu einer Herabr
Forderungen nicht verstehen.[2] Erst den unermüdlich
des staatischen Abgeordneten in Stockholm, de
vermittelnden Thätigkeit der im Haag weilenden
treter Appelboom und Silverkron[3] gelang es schlie
wenigstens zu Concessionen bezüglich der Zahl
von ihnen geforderten 480000 Thaler zu ver
klärte Velasco, von allen Seiten gedrängt un
dass Nachgiebigkeit seinerseits unbedingt noth
Faust hin seine Einwilligung zum Abschluss
zu geben.[4] Das Project wurde ausgearbeitet
Regierungen abgesendet. Nach und nach l
Erklärungen ein. Zu Beginn des Monates
Erwartung, die Königin von Spanien w
staatischen Gesandten und das von Ve
Versprechen halten, von den Vertretern
der Niederländer und Schwedens der Ve
sollte gemäss den Bestimmungen dess
die übrigen 280000 Thaler in zwei Ra
und bis zur Erlegung der letzten Rate
in den Händen Temple's verbleiben.
Alles schien aufs beste geordn
freuen. Die Haltung des Wiener H
Kaiser Leopold I. zu dem Garanti
bedenkliche Conflicte mit Velasco
Tripleligisten gegenüber zu einer
Wir erinnern uns, dass Li
vornehmlich Grunde

zuschlagen, aber nur dann, wenn er sieht, dass E. M. geneigt sind, die Freundschaft des Mainzers zu berücksichtigen, insbesondere ihn gegen die Insulten des Pfälzers zu schützen.[1] Wie nothwendig und wie vortheilhaft es aber wäre, fährt er fort, den Mainzer zu gewinnen, brauche ich nicht zu sagen. Nur das will ich erwähnen, dass er jetzt den Franzosen sehr feindlich gesinnt ist; sei es, weil er von ihnen verachtet oder unwürdig behandelt wird, sei es, weil er jetzt ihre wahren Absichten erforscht hat. Wie dem aber auch sein mag, es liegt sehr viel daran, ihn jetzt zu gewinnen, damit er nicht durch Lockungen der Franzosen zu diesen übergeht; ist er aber einmal durch einen feierlichen Vertrag an die Tripleliga und an E. M. gebunden, so ist eine Rückkehr zu den Franzosen für ihn nicht mehr möglich." Und je eingehender sich Lisola mit diesem Plane beschäftigte, desto zweckmässiger, nützlicher schien er ihm. Er säumte daher auch nicht, gewohnt, wie er war, alles bis in die letzten Consequenzen zu verfolgen, ein Project eines Garantievertrages zwischen dem Kaiser und seinen Verbündeten einer- und den Mitgliedern der Tripleliga andererseits zu verfassen und nach Wien zu senden.[2] Dasselbe langte in einer Zeit daselbst ein, da Leopold und seine Minister sich in einer überaus schwierigen Lage befanden. Seit dem Ende des Jahres 1668 hatten sich die Verhältnisse für den Wiener Hof wesentlich bedenklicher gestaltet. Denn die Spanier hatten, sobald sie entschlossen waren, der Tripleliga beizutreten, an den Kaiser die Forderung gestellt, denselben Schritt zu thun, überdies aber

[1] Es handelte sich um den Wildfangstreit. Vergl. Häusser, Geschichte der Pfalz II. 619 ff.

[2] Der Inhalt dieses Projectes lautete dahin: Lisola hat im Auftrage des Kaisers, der Frieden und Ordnung haben will, folgende Convention geschlossen. 1. Es soll zwischen dem Kaiser und seinen Verbündeten einer- und den Verbündeten der Tripleliga andererseits eine gegenseitige Einigung dahin geschlossen werden, dass einer den Vortheil des anderen sucht, Schaden vermeidet und nichts zum Präjudiz des anderen thut. 2. Der Kaiser und seine Verbündeten nehmen die Garantie Spaniens auf sich mit allen darin befindlichen Clauseln. 3. Der Kaiser verspricht mit . . . Truppen zu Hilfe zu kommen. 4. Die Kurfürsten und die übrigen Verbündeten mit . . . . Truppen. 5. Die Kurfürsten halten ihre Truppen bereit, für deren Unterhalt und Werbung ihnen . . . . gegeben wird; diese Truppen sind je nach Bedürfniss zu verwenden. 6. Wer wegen dieser Garantie angegriffen wird, muss von den übrigen, wie Spanien, unter denselben Bedingungen unterstützt werden. 7. Kein Waffenstillstand oder Friede soll ohne vorherige Billigung der Verbündeten geschlossen werden. Beilage zum Schreiben vom 7. Febr. 1669. St.-A. (Friedensact.)

im Hinblicke auf die drohende Haltung der Franzosen eine möglichst grosse Zahl kampfbereiter Truppen nach Burgund zu senden und die von Grana im Frühjahre 1668 in Madrid begonnenen Verhandlungen über ein engeres Bündniss zum Abschlusse zu bringen.[1] Es war für Leopold I. überaus schwer, auf diese Erklärung der Spanier eine richtige Antwort zu finden. Auf den von ihnen gemachten Vorschlag eingehen, bedeutete nicht viel weniger, als eine offene Kriegserklärung an Frankreich. Dies zu thun, war die Wiener Regierung aber um so weniger gewillt, als die Nachrichten, die von allen Seiten über das Verhalten des spanischen Volkes und über die Pläne der maassgebenden Persönlichkeiten am Madrider Hofe einliefen, nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen liessen, dass Volk und Regierung in Spanien dem Kaiser auf das entschiedenste widerstrebten. Der Einfluss der Königin Mutter, die im Grunde ihres Herzens dem Kaiser und der deutschen Sache treu geblieben war, war ein äusserst geringer; Neidhart, der durch Unverstand, Hochmuth und Misstrauen seine Stellung untergraben hatte, stand auf dem Sprunge, Spanien mit Schande und Schmach beladen zu verlassen, der Tod Mortara's beraubte die österreichische Partei eines ergebenen Freundes, der Einfluss der noch vorhandenen Anhänger des Kaisers, unter denen sich insbesondere Castel-Rodrigo, der ehemalige Gouverneur der spanischen Niederlande und der Cardinal von Aragon hervorthaten, reichte nicht hin, den Bemühungen ihrer Gegner erfolgreichen Widerstand zu leisten.[2] Diese aber wurden nicht müde, für die Ausschliessung des Kaisers von der Thronfolge zu arbeiten, indem sie unter dem spanischen Volke die Ansicht verbreiteten, dass Leopold niemals die geringste Sympathie für die Spanier besessen habe, dass eine solche von ihm auch nicht zu hoffen sei, dass daher dessen Thronfolge das grösste Unglück für Spanien bedeuten würde.[3] Nichts hat Don Juans Streben nach der Krone mehr gefördert als diese Furcht der Spanier vor der Herrschaft eines Deutschen, und es kann nach alle dem, was wir wissen, kaum einem Zweifel unterliegen, dass die Spanier, falls der junge König, der gerade in dieser Zeit eine neue Krankheit zu bestehen hatte, gestorben

[1] Schreiben Leopolds vom 12. Febr. 1669. St.-A. (Hisp.)

[2] Vergl. Pöttings Berichte vom Nov. 1668 bis März 1669. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Am 3. Jan. 1669 berichtet Pötting, dass Pasquille verbreitet werden, „ut non solum honestas sed et christianas aures offendunt; also ist nunmehr aller Respect, Liebe und Furcht gegen die Königin verloren."

wäre, sich wirklich für ihn entschieden haben würden.[1] Wie hätte Leopold I., der über diese Bestrebungen seiner Gegner auf das genaueste unterrichtet war, unter diesen Umständen sich weigern können, den Mahnungen Gremonville's und der Franzosenfreunde Gehör zu schenken, die ihn warnten, sich ohne irgend welche Aussicht auf eine Förderung seiner Interessen mit jenem Fürsten zu veruneinigen, mit dem er einen Vertrag geschlossen hatte, der ihm den grössten Theil des spanischen Besitzes sicherte, zumal dieser Fürst neuerdings seine Bereitwilligkeit kundgab, die zur Durchführung dieses Planes nothwendigen Maassregeln zu treffen, und dem Kaiser auf das bestimmteste versprach, energisch gegen Don Juans Bestrebungen zu wirken.[2] Man wird es vielmehr, wie uns dünkt, für einen Beweis seines starken Misstrauens in die Ehrlichkeit der Absichten Ludwig XIV. und seiner Hoffnung betrachten müssen, doch noch einmal mit den Spaniern zu einer Einigung zu gelangen, dass Leopold I. den Antrag Ludwig XIV. nicht annahm[3] und ebenso entschieden den weiteren Vorschlag des französischen Königs zurückwies, die von Spanien beantragte Abtretung der spanischen Niederlande an Frankreich gegen Ueberlassung der den Franzosen an Spaniens Grenze gehörigen Besitzungen gutzuheissen.[4] Aber ebensowenig wie zum völligen Anschlusse an Frankreich wollte sich Leopold zum offenen Bruche mit dieser Macht entschliessen. Der Wunsch, sich nach keiner Seite hin bindend zu verpflichten, weder Spanien noch Frankreich zu verletzen, ist denn auch der Antwort zu entnehmen, mit der Leopold I. auf die Erklärungen des spanischen Gesandten erwiderte. Der Kaiser betonte in derselben, dass an eine Absendung einer grösseren Truppenzahl nach Burgund mit Rücksicht auf die in Ungarn von den Türken drohende Gefahr nicht zu denken sei, dass Grana die Verhandlungen mit dem spanischen Hofe über ein engeres Bündniss zwischen Oesterreich und Spanien wohl in guter Absicht, aber ohne kaiserliche Bevollmächtigung begonnen habe; er erklärte aber auch, er wisse wohl, welche Bande ihn mit

[1] Nach Gremonville's Bericht vom 4. April 1669, citirt bei Mignet l. c. III. 431, sprachen in diesem Sinne auch die Spanier am Wiener Hofe, „que les Espagnols étaient bien résolus de ne vouloir ni Allemand, ni Français, mais seulement Don Juan.

[2] Mignet l. c. III. 391; Legrelle l. c. 164 ff.

[3] Mignet l. c. III. 409.

[4] Vergl. Legrelle l. c. I. 155 ff.

der Krone Spanien verknüpften; er sei bereit, der Garantie unter billigen Bedingungen beizutreten; auch habe er seinem Gesandten im Haag die entsprechenden Weisungen bereits zugehen lassen.[1] Wie wenig diese Mittheilungen der Wahrheit entsprachen, wissen wir; vergebens hatte Lisola seit Monaten auf eine Vollmacht zur Verhandlung gedrängt, vergebens die peinliche Lage geschildert, in die ihn das Schweigen seiner Regierung brachte. Als Antwort auf alle seine Bitten hatte er zu Beginn des Jahres 1669 die Ermächtigung erhalten, nach dem Haag zu reisen; von einer Vollmacht abzuschliessen, ja auch nur von einer Erlaubniss, Verhandlungen mit den einzelnen Staatsmännern zu führen, ist in dieser Weisung keine Rede.[2] Dass er trotzdem alles mögliche that, um den Garantievertrag zwischen Spanien und den Alliirten durchzusetzen, dass er von diesen seinen Bestrebungen der Wiener Regierung berichtete und die Aeusserungen verschiedener Staatsmänner von der Nothwendigkeit des Abschlusses eines ähnlichen Vertrages mit dem Kaiser mit zustimmenden Worten begleitete, hatte zur Folge, dass ihm Mitte Februar, also nur wenige Tage, nachdem die Antwort an den spanischen Gesandten erfolgt war, der Befehl zuging, sogleich nach Brüssel zurückzukehren und diese Stadt ohne ausdrücklichen Auftrag seiner Regierung nicht wieder zu verlassen. Im übrigen wurde ihm auf's neue eingeschärft, sich in die Subsidienangelegenheit nicht zu mischen und von dem Eintritte des Kaisers in die Tripleliga, den er selbst für unzweckmässig erklärt habe, in Zukunft vollkommen abzusehen; „bezüglich der von dir vorgeschlagenen Verbindung mit einigen Kur- und Fürsten des Reiches und der mit den Triplealliirten einzugehenden Garantie haben wir schon früher eingesehen, dass nicht nur dieselbe Schwierigkeit, welche uns von der erwähnten Tripleallianz abhalten konnte, auch dieses Bündniss schwer machen, sondern auch wie schwer es sein dürfte, gegen die Krone Frankreich, als Compaciscenten des münsterischen Friedens, mit den Fürsten des Reiches sich zu einigen und was noch schwerer wäre, die Krone Frankreich, wenn sie eingeschlossen zu sein verlangte, auszuschliessen". Doch wolle man, fügte Leopold dieser Erklärung hinzu, die Sache

[1] Leopold an Pötting, 12. Febr. 1669. Leopold meinte, „es wäre besser gewesen, wenn ermelter Botschafter — Castelar — solches sein Anbringen, welches den jetzigen Conjuncturen so gar nicht gemäss ist, entweder gar nicht oder doch nur mündlich gethan hätte."

[2] Weisung vom 8. Jan. 1669. St.-A.

zum Gegenstande weiterer Berathungen machen, sobald das von Lisola entworfene Project einlange.[1]

Wenige Tage nach Absendung dieser Weisung war das Project mit den begleitenden Erklärungen Lisola's in den Händen der Wiener Regierung. Dieselbe gerieth dadurch in neue Verlegenheit. Den Vorschlag de Witts abzulehnen schien unzweckmässig, ihn anzunehmen unmöglich. Man griff daher auch diesmal zu Ausflüchten. Principiell habe man, so lautete die Antwort der Wiener Regierung, gegen de Witts Antrag nichts einzuwenden, man müsse aber vorerst wissen, in welcher Weise sich die Alliirten die Garantie für des Kaisers und seiner Verbündeten Länder dächten, dann werde man weitere Entschlüsse fassen. Zugleich erneuerte man den Befehl an Lisola, nach Brüssel zurückzukehren, wo man seiner dringend bedürfe.[2] Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Abberufung Lisola's aus dem Haag das Werk seiner Gegner war, die seine Thätigkeit daselbst mit scheelen Augen ansahen. Allein sie täuschten sich, wenn sie glaubten, seiner Wirksamkeit durch diese Maassregel eine Grenze zu setzen. Der Gesandte nahm die Rüge seiner Regierung nicht ruhig hin,[3] fügte sich aber, wenn auch

[1] Weisung vom 19. Febr. 1669. St.-A.

[2] Weisung an Lisola vom 4. März 1669. St.-A.

[3] „Ich habe," betonte er, „in England nach den Befehlen Er. M., als wir mit den königlichen Ministern Conferenz hielten, ausdrücklich erklärt, dass E. M. dem Bündnisse beitreten würden und die mir zu diesem Behufe übersendete Vollmacht den englischen und staatischen Ministern vorgelesen. Nachdem dann der Friede geschlossen war, habe ich, als ich Befehl erhielt, allen, die es interessire, die Geneigtheit des Kaisers kund zu thun, der Garantie beizutreten, sowohl dem apostolischen Nuntius, als auch den englischen, staatischen und spanischen Ministern Mittheilung von des Kaisers Gesinnung gemacht und mich stets bereit gezeigt, an den Verhandlungen theilzunehmen, welche zur Sicherung des Friedens gepflogen werden sollten. Als nun vor kurzem die Angelegenheit zur Entscheidung kam, die Verhandlungen nach dem Haag verlegt wurden, hielt ich es für meine Pflicht, denselben beizuwohnen. Ich habe jedoch nicht behauptet, ich hätte besonderen Befehl zu dieser Reise; ich habe auch die mir von den Staaten aus freien Stücken angetragene Audienz nicht annehmen wollen, sondern ausdrücklich erklärt, ich hätte mich lediglich, die früheren Weisungen deutend, entschlossen, nach dem Haag zu reisen, um an den Verhandlungen zur Sicherung des Friedens theilzunehmen und meinerseits alles mögliche dazu beizutragen. Auf diese Erklärungen hin haben die englischen Gesandten sowohl als der Grosspensionär und die übrigen Minister begonnen, mit mir über die Sache zu berathen und mich zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen E. M. die Garantie übernehmen würden. Ich erwiderte darauf, der Kaiser werde bei einem so heilsamen Werke nichts anderes fordern,

schweren Herzens, dem Befehle den Haag zu verlassen, und kehrte nach Brüssel zurück, fest entschlossen, auch dort für die Interessen des Kaisers in dem Sinne, wie er dieselben verstand, zu wirken. Gelegenheit dazu bot sich alsbald. Velasco befand sich in furchtbarer Aufregung, als Lisola bei ihm erschien. Er war der festen Ueberzeugung gewesen, der Kaiser werde sogleich und mit Freuden seine Bereitwilligkeit erklären, dem Triplevertrage beizutreten, hatte aber statt dessen vernehmen müssen, wie wenig Leopold I. dazu neigte. Er hielt Lisola für den Schuldigen, er glaubte, seinem Einflusse die üble Wendung zuschreiben zu müssen. Er empfing ihn auch auffallend kühl und forderte von ihm — jetzt, nachdem er Lisola sieben Monate lang zu den geheimsten Berathungen herangezogen hatte — den Nachweis, dass er im Auftrage des Kaisers hier verweile.[1] Lisola ertrug auch diese Unbill mit Geduld. Er wusste, dass er nur die Abschrift seiner Briefe an den Wiener Hof vorzuzeigen brauchte, um sich zu rechtfertigen; aber die Pflicht gebot, lieber schuldig zu erscheinen, als die Wiener Regierung blosszustellen. „Mir liegt nichts daran, schreibt er dem Kaiser, wenn ich angeklagt werde, wenn nur Er. M. damit gedient ist.“[2] Und die Wiener Regierung glaubte, dass ihr damit gedient sei. Lisola erhielt eine Belobung dafür, „dass er seinen Ruf dem Wohle des Vaterlandes geopfert habe.“[3] Denn die Verhältnisse in Madrid hatten sich noch nicht so weit geklärt, als dass man sich in Wien hätte entscheiden können. Man wusste in der Umgebung des Kaisers noch immer nicht, ob es der Königin von Spanien und ihren Anhängern gelingen werde, Don Juans Pläne zu durchkreuzen, man zweifelte noch immer an der Aufrichtigkeit der Erklärungen, die in Madrid und im Haag von den Vertretern dieser Macht bezüglich der Subsidien gegeben wurden und scheute daher vor jedem Schritte zurück, der den Franzosen Anlass zu berechtigten Klagen hätte geben können. Und dies umsomehr, als Ludwig XIV. und sein Vertreter am Wiener Hofe nicht müde

als dass auch für seine Sicherheit gesorgt werde; worauf man über die Art, wie dies geschehen könnte, jedoch nur in vertraulichen Gesprächen zu verhandeln begann. Als ich dann die Ansicht de Witts und des englischen Gesandten genügend kannte, habe ich die ganze Sache in die Form eines Projectes gefasst, lediglich zur Kenntnissnahme für E. M. bestimmt, damit E. M. ein klares Bild davon erhalte.“ Lisola an den Kaiser, 16. März 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[1] Lisola's Bericht vom 4. April 1669. St.-A (Friedensacten)

[2] Ebendas.

[3] Weisung an Lisola, 6. April 1669. St.-A.

wurden, dem Kaiser die Unzweckmässigkeit seines Beitrittes zur Tripleliga vorzuhalten und Mittel und Wege zu ersinnen, um dem Kaiser auch ohne den Beitritt zur Tripleliga die Berücksichtigung der spanischen Forderungen zu ermöglichen.[1] Eingegangen war Leopold freilich auf keinen dieser Vorschläge. Vergebens entwickelte Gremonville eine fieberhafte Thätigkeit, vergebens versuchte er den beiden Ministern, mit denen er in den besten Beziehungen stand, nahe zu legen, dass der Plan des Austausches der spanischen Niederlande dem Kaiser nur förderlich sein könnte. Leopold wollte von diesen Plänen ebensowenig wissen, als von der vorzeitigen Veröffentlichung des Theilungsvertrages, zu der Gremonville im Auftrage Ludwig XIV. um so mehr drängte, je beunruhigendere Nachrichten über den Gesundheitszustand des jungen Königs und über die Bemühungen und Erfolge Don Juans in Paris und in Wien einliefen.[2] Es half Gremonville nur wenig, dass es ihm schliesslich gelang, Lobkowitz' Ehrgeiz aufzustacheln, Auerspergs Begehren nach dem Cardinalshute auszunützen. Es war nicht blosses Gerede, wenn diese beiden Männer dem französischen Gesandten von der Schwierigkeit ihres Amtes sprachen, wenn sie ihm mittheilten, man klage sie öffentlich an, mehr die Minister des Königs von Frankreich, als die des Kaisers zu sein.[3] Nicht nur der spanische Minister in Wien, sondern auch die treuesten Anhänger Leopold I. in Spanien klagten unaufhörlich über das Vorgehen Auerspergs und Lobkowitz' und forderten den Kaiser dringend auf, dem Treiben dieser Männer, das seinem Interesse ebensowenig entspreche, wie dem der Verbündeten, ein Ende zu machen. Und wenn auch Leopold damals noch nicht gewillt war, den Berichten über den Verrath dieser beiden Minister Glauben zu schenken und auf ihre Dienste zu verzichten, wenn er auch für Lobkowitz eintrat und erklärte, „ich sage nochmals, ich halte denjenigen vor keinen Franzosen, so mir so gute Dienste geleistet hat[4] . . . ." wenn er auch auf Mittheilungen von verbrecherischen Umtrieben Auerspergs erwiderte, es sei eine alte Leier, dass Gremonville durch Vermittelung Auerspergs am Wiener Hofe herrsche,[5] so zeigen doch zahlreiche Stellen seiner Briefe, dass er keineswegs in

[1] Mignet l. c. III. 408 ff.
[2] Mignet l. c. III. 423 ff.; Legrelle l. c. 168 ff.
[3] Bericht Gremonville's vom 7. Febr. 1669. P.-A. Vergl. Mignet l. c. 412.
[4] Leopold an Pötting, 27. Febr. 1669. St.-A. (Pött. Corr.)
[5] Leopold an Pötting, 22. Mai 1669. St.-A. (Pött. Corr.)

allem und jedem mit dem Vorgehen dieser beiden Männer einverstanden war.[1] Nach wie vor hielt es Leopold I. für das zweckmässigste, nach beiden Seiten hin zu verhandeln und erst zu gelegenerer Zeit seine Entscheidung zu treffen. Dass er in der Antwort auf das spanische Memoire von seiner Bereitwilligkeit sprach, mit ganzer Kraft für seinen Beitritt zur Tripleliga zu wirken, sobald er sicher sein werde, dass die Mitglieder derselben fest geeinigt seien, darf uns nicht irre machen. Denn diese Erklärung war gegeben, um den heftigen Klagen Castelars zu begegnen.[2] In seinem Schreiben an Pötting aber erklärte Leopold I., dass er nach reiflicher Erwägung gefunden, dass, „wenn auch bereits mit der von der Tripleallianz versprochenen Garantie es seine völlige Richtigkeit haben sollte, ihm gleichwohl solche auch seines Orts zu promittiren zur Zeit nicht anders als höchst gefährlich, wie nicht weniger dem Erzhause höchst nachtheilig fallen würde." Er hob zur Rechtfertigung dieser Auffassung hervor, dass er über die Haltung der Schweden bezüglich der Garantie des aachischen Friedens noch nicht sicher sei; er betonte, wie schwer die von den Alliirten gewünschte Einigung des Kaisers mit den Reichsfürsten durchzuführen sein würde und wie wahrscheinlich es sei, dass Ludwig XIV., sobald er von diesem Plane des Kaisers Kunde erhalte, versuchen werde die rheinische Allianz zu erneuern und gegen die Aufnahme Burgunds als Reichsglied zu protestiren.[3] Die Mittheilungen Leopold I. waren nicht für Pötting allein bestimmt; derselbe erhielt vielmehr ausdrücklichen Befehl, die Königin und deren Rathgeber von dem Inhalte des kaiserlichen Schreibens zu verständigen und ihnen zugleich die Versicherung zu geben, dass der Kaiser, soweit er es mit den geschilderten Gefahren für vereinbar halte, den Abschluss des geplanten Bündnisses mit den Reichsfürsten und den Garantievertrag mit den Alliirten beschleunigen wolle. Es ist fraglich, ob Leopold den Muth

[1] Am Schlusse des Schreibens v. 22. Mai 1669 heisst es: „sollete ich eine Prob haben, dass ein Minister ein Schelmb seye, so wird sein Kopff bald am Boden ligen."

[2] Es ist höchst bezeichnend, dass Leopold die Antwort, welche Castelar übergeben werden sollte, abzuändern befahl, nachdem dieselbe von der Commission bereits festgesetzt war, da er, wie er Pötting schrieb — 6. April 1669 — es für unzweckmässig gehalten habe, Castelar von den Gründen, die ihn zur Verzögerung bewogen, Mittheilung zu machen, weil derselbe diese Worte dahin deuten würde, „samb ich mich dadurch ihm, wie unseres Haus Interessse zu entziehen und davon endlich gar zu separiren gedacht."

[3] Weisung an Pötting vom 6. April 1669. St.-A. (Hisp.)

gehabt hätte, seine Bedenken gegen den sofortigen Beitritt zur Tripleliga so offen zu bekennen, wenn nicht Ludwig XIV., in dem Bestreben, den Kaiser von dem Anschlusse an die Tripleligisten abzuhalten, sich entschlossen hätte, in feierlicher Form, durch ein an den Papst gerichtetes Schreiben das bestimmte Versprechen zu geben, im Laufe des Jahres 1669 gegen die Krone Spanien in keinerlei Weise feindlich vorzugehen.[1] Diese Erklärungen Ludwig XIV. gaben Leopold I. die erwünschte Gelegenheit, sein zögerndes Benehmen zu rechtfertigen und als Ergebniss einer reifen Erwägung aller Verhältnisse hinzustellen. „Die Sache hat, meint er in einem Schreiben an Pötting, um so weniger Eile, je verlässlicher sich der König von Frankreich dem Papste gegenüber erklärt, in diesem Jahre gegen die Spanier nichts zu unternehmen. Es ist daher am zweckmässigsten für den Kaiser, vorerst die Einigung mit einigen Kur- und Fürsten des Reiches zu schliessen und sich zu rüsten.“[2]

Die Erklärungen Leopolds an Castelar bereiteten Lisola grosse Freude; nicht als ob er der Ansicht gewesen wäre, der Kaiser werde jetzt wirklich mit aller Energie für den Abschluss des Vertrages mit den deutschen Fürsten und des Garantievertrages mit den Alliirten der Tripleliga wirken; er besass ja auch das Schreiben Leopolds an Pötting, in dem enthalten war, was Leopold wirklich bezweckte. Was ihn freute, war, dass Inigo de Velasco, welchem Castelar von den Resultaten seiner Bemühungen und von dem gänzlichen Wechsel der Stimmung am Kaiserhofe schrieb, sein Misstrauen in die ehrlichen Absichten Lisola's fallen liess und dem kaiserlichen Gesandten dadurch Gelegenheit gab, die Bemühungen Ludwig XIV. und seiner Vertreter zu durchkreuzen, die darauf hinausgingen, die Verbündeten der Tripleliga unter einander in Conflicte zu bringen und zu trennen. Lisola hatte von diesen Bestrebungen des Franzosenkönigs die genaueste Kenntniss; er wusste, dass derselbe viele der bedeutendsten Fürsten Deutschlands in einem Bunde zu einigen suchte, der den Bestrebungen Ludwig XIV. noch viel vortheilhafter sein sollte, als die rheinische Allianz gewesen war, dass er zu diesem Zwecke an den Höfen der Fürsten von Braunschweig,[3] Brandenburg,

[1] Mignet l. c. III. 414.

[2] Leopold an Pötting, 6. März 1669. St.-A. (Hisp.)

[3] Vergl. neuerdings A. Köcher, Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Hause Braunschweig in der Epoche der Tripleallianz. Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen 1886, 242 f.

Pfalz, Münster, Neuburg mit Geldgeschenken und mit guten Worten nicht sparte, dass er Russland zum Kriege gegen die Schweden drängte, die Niederländer durch die Furcht vor den Verbündeten Frankreichs im Reiche in Schach zu halten, den König von England durch reichliche Geldsubsidien zu gewinnen, oder durch Unruhen im Innern zu schwächen entschlossen war.[1] Dass es Ludwig XIV. noch nicht gelungen war, an's Ziel zu kommen, dass de Witt, obgleich er die Erhaltung des Friedens schon mit Rücksicht auf seine persönlichen Interessen sehnlichst wünschte, sich mit Pomponne nicht geeinigt hatte, dass Colbert-Croissy, der in London, unterstützt von einer mächtigen Partei, für die Losreissung Englands von der Tripleallianz und für den engen Anschluss an Frankreich arbeitete, trotz der Neigung Karl II. und seines Bruders — des Herzogs von York[2] — immer wieder auf Schwierigkeiten stiess, war für den kaiserlichen Gesandten nur ein Ansporn mehr in seinen Bemühungen fortzufahren, die durch verschiedene Interessen bestimmten Mächte durch unlösliche Bande an einander zu knüpfen. Eine Gelegenheit dazu bot sich alsbald. Wir erinnern uns, dass zugleich mit dem Garantievertrage auch ein Project über Zahl und Art der Truppen entworfen worden war und dass Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Verhandlungen ergaben, vornehmlich in Folge der Weigerung Englands die Garantie für die Hälfte der an die Schweden in Kriegszeiten zu entrichtenden 60000 Reichsthaler monatlich zu übernehmen, die Ausfertigung dieses Vertrages verzögert hatten. Eine Einigung war noch nicht erfolgt, als Velasco am 5. Mai 1669 im Namen seiner Regierung den Garantievertrag unterzeichnete, durch den sich Spanien zu sofortiger Zahlung von 200000 Thalern und zur Erlegung zweier Raten von 140000 Thalern nach je acht Monaten verpflichtete. Allein kaum war die Nachricht von dem, was Velasco gethan, nach Madrid gekommen, so verbot die spanische Regierung, der die Garantierung des Aachener Friedens, — zumal seitdem der König von Frankreich das bindende Versprechen gegeben hatte, in diesem Jahre nichts gegen Spanien vorzunehmen — mit 480000 Thaler zu theuer erkauft schien, die Auszahlung der 200000 Thaler unter dem Vorwande, es müsse vorerst auch die Einigung über Zahl und Art der Truppen unterzeichnet werden. Die Mitglieder der Tripleliga waren mit Recht über das Vorgehen

[1] Berichte Lisola's vom März bis Mai 1669. Vergl. auch Mignet III. a. v. O.
[2] Klopp l. c. I. 233 ff.

· Spanier auf das heftigste empört. Gamarra, ihr Vertreter im Haag, :am die bittersten Vorwürfe zu hören, deren Berechtigung er bst anerkannte. Er wies die Klagenden an Velasco. Dieser aber igerte sich auf das entschiedenste, den Befehlen seiner Regierung vider zu handeln.[1] Lisola hatte dieser Differenz anfangs keine grössere leutung beigemessen; mit um so grösserem Kummer erfüllte es , als er im Haag angelangt, um daselbst über des Kaisers Bei- t zur Garantie des Aachener Friedens zu verhandeln, erkennen sste, wie misslich es um die Einigkeit zwischen Spanien und ı Mitgliedern der Tripleliga stand.[2] Seine Versuche, auf Gamarra d Velasco einzuwirken, blieben erfolglos. Vergebens wurden ıriften gewechselt, Vorschläge erstattet; vergebens erklärten die ıweden, unmittelbar nach Erlegung der 200000 Reichsthaler, noch · Begleichung der restlichen Summe, die Verhandlungen bezüglich · Unterstützung Spaniens im Kriegsfalle zu Ende führen zu llen;[3] vergebens war es, dass de Witt, nach langen Berathungen t Lisola, sich im Namen der Staaten bereit erklärte, unter gewissen dingungen,[4] die Garantie für die den Schweden zugesagten 000 Thaler monatlicher Subsidien zu übernehmen. Velasco lehnte ›nso höflich als entschieden alle Vermittelungsvorschläge ab und ıarrte auf der Forderung, den Vertrag über die Unterstützung der anier unterzeichnet zu sehen.[5] Die Freude der Franzosen über lasco's Benehmen war gross, Lisola sah dieselbe und hielt es um dringender geboten, in seinen Bemühungen nach einem Ausgleiche :ht nachzulassen. Er wendete sich von Neuem an die Schweden, machte ihnen den Vorschlag, einen neuen Vertrag zu schliessen, ı Auszahlung der Gelder für den bereits geschlossenen aber vor r Uebergabe des neu zu schliessenden zu fordern. Die Schweden ılärten sich bereit, darauf einzugehen; dagegen scheiterte sein an, ihre Einwilligung zu dem Vorschlage zu erlangen, dass jede r drei Mächte nur für den von ihr selbst zu leistenden Beitrag

[1] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. II. 18 f.

[2] Berichte Lisola's vom 26. Aug. und 2. Sept. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Bericht Lisola's vom 2. Sept. 1669. (Friedensacten.)

[4] Diese Bedingung war, dass Spanien die von Castel-Rodrigo mit den Staaten Abschluss des aachischen Friedens wegen Verpfändung eines Theiles von ldern gepflogenen Verhandlungen wieder aufleben lasse, oder den Staaten ge- tte, bei der indischen Compagnie ein Anlehen zu machen. Bericht Lisola's vom Sept. 1669. St.-A.

[5] Lisola's Bericht, 24. Sept. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

verpflichtet werde.[1] Es dauerte bis zum October bis ein weiterer Schritt von Bedeutung geschah, bis ein Project ausgearbeitet wurde. Die Generalstaaten und die Engländer verpflichteten sich in demselben, je 6000 Mann zu Fuss und eine Anzahl Reiter, deren Zahl später genau fixirt werden sollte, in's Feld zu stellen und auf eigene Kosten zu erhalten, überdies aber je 40 Schiffe auszurüsten; Schweden dagegen sollte gegen eine Entschädigung von 60000 Thalern monatlich 11000 Mann zu Fuss und 5000 Reiter mit allem, was zur Ausrüstung gehöre, beistellen und erhalten. Von den zur Unterstützung der Schweden bestimmten Subsidien sollten die Engländer und die Staaten je ein Viertel gegen das Versprechen der Spanier zahlen, das Geld nach geschlossenem Frieden zurückzustellen, die andere Hälfte sollten die Spanier zu zahlen haben, die Engländer und Generalstaaten aber — ebenfalls gegen ein von Spanien zu gebendes Versprechen der eventuellen Rückzahlung — für diese Summe den Schweden verpflichtet sein.[2] Das Project, das nach Ueberwindung vieler Hindernisse diese Form erhalten hatte,[3] wurde Gamarra übergeben, der auch diesmal die Vermittler an den Gouverneur wies. Dieser aber erklärte, obgleich Lisola ihm in einem ausführlichen Memoire ein deutliches Bild von dem Stande der Begebenheiten gab und die Nothwendigkeit eines Entgegenkommens betonte,[4] auf dieser Grundlage nicht abschliessen zu können und verfasste ein Gegenproject, das fast in keinem Punkte mit dem ersteren übereinstimmte. Darob neue Aufregung unter den Alliirten, zumal bei den Schweden. Wiederum vermittelte Lisola; ein neues Project, in einigen Punkten Velasco's Forderungen entsprechend, wurde verfasst und nach Brüssel gesendet.[5] Die Antwort lautete ablehnend wie vorher. Die Hände seien ihm gebunden, erklärte der Gouverneur, er könne nicht um

[1] Lisola's Bericht, 24. Sept. 1669. St.-A. (Friedensacten.) Dem kaiserlichen Gesandten war dies um so unangenehmer, als er gehofft hatte auf diese Weise die grosse Schwierigkeit zu beseitigen, die darin lag, dass die Spanier sich weigerten, die von de Witt geforderten Gegenleistungen für die Garantie des von Spanien an Schweden zu zahlenden Betrages zu erfüllen.

[2] Das Project liegt dem Berichte Lisola's vom 22. Oct. 1669 bei. St.-A. (Friedensacten.)

[3] Insbesondere de Witt machte Schwierigkeiten, vergl. Lisola's Berichte vom 7. und 14. Oct. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Lisola's Bericht vom 26. Oct. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[5] Berichte Lisola's vom Nov. 1669. St.-A. Vergl. auch Lefèvre-Pontalis l. c. II. 19.

Fingersbreite von dem ihm gewordenen Auftrage weichen. Niemand vermochte den Grund dieses Vorgehens zu erklären, zumal gerade in diesen Tagen im Haag Briefe des englischen Gesandten am spanischen Hofe bekannt wurden, welche berichteten, Penneranda habe öffentlich im Namen der Königin erklärt, Velasco habe Befehl die 200000 Thaler zu erlegen. Auch Lisola wusste nicht, wie diese sich widersprechenden Dinge zu deuten seien. „Das Vorgehen der Spanier ist unbegreiflich, schrieb er dem Kaiser, lügt Penneranda, dann wäre es unerhört, dass er so etwas zu thun wagt, spricht er die Wahrheit, dann verstehe ich Velasco nicht.“[1] Die Folgen zeigten sich alsbald; Marechal, der schwedische Präsident verliess den Haag mit der Erklärung, er finde es erniedrigend, mit einer Regierung weiter zu verhandeln, die nicht das geringste Vertrauen einzuflössen wisse.[2] Lisola war über diesen neuen Zwischenfall sehr bestürzt; er drohte sein ganzes Werk zu zerstören und das in einer Zeit, wo die Nachrichten von neuen grossen Rüstungen Frankreichs im Haag einliefen. „Ludwig XIV. scheint etwas gegen Luxemburg vorzuhaben, so wird gemeldet, um durch Eroberung dieses Landes die Verbindung zwischen des Kaisers Besitzungen und Belgien abzuschneiden.“[3] Um so dringender schien die Einigung der Gegner Ludwig XIV. Lisola glaubte auch zu bemerken, dass die Niederländer nie so eifrig darauf bedacht gewesen seien, sich der allgemeinen Sache zu widmen, wie in diesem Augenblicke.[4] Er entschloss sich daher, ein dringendes Schreiben an Pötting zu richten, mit der Bitte an diesen, von der Königin den Befehl zum Abschlusse zu fordern, falls derselbe noch nicht erflossen sei[5] und begab sich selbst, ohne eine weitere Weisung seiner Regierung abzuwarten, nach Brüssel, um Velasco umzustimmen. Der Zustand in dem er diesen fand, brachte selbst ihn ausser Fassung. Der junge Gouverneur hatte keine Ahnung von dem Inhalte des Vertrages, den er seit Jahresfrist in Händen hatte, der Anlass zu so vielen ernsten Debatten gegeben. Lisola sah sich genöthigt, ihm auseinander zu setzen, um was es sich eigentlich handelte. Der Erfolg blieb nicht aus; Velasco gab in einer Reihe von Fragen nach, doch blieb er dabei, die 200000 Thaler erst nach erfolgter

[1] Bericht Lisola's vom 12. Dec. 1669. St.-A. (Friedensacten.)
[2] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 19.
[3] Lisola's Schreiben vom 10. Dec. 1669. St.-A. (Friedensacten.)
[4] Ebendas.
[5] Schreiben Lisola's an Pötting, 12. Dec. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

Ratification des abzuschliessenden Vertrages seitens der Schweden auszahlen zu können.[1] Lisola musste von Neuem mit den Schweden verhandeln; dieselben erklärten sich bereit, in den meisten Punkten die Wünsche der Spanier zu erfüllen und verzichteten schliesslich durch die immer erneuerten Bitten de Witts bewogen,[2] auf die bindende Verpflichtung der Seemächte bezüglich der Garantie für die von Spanien zu zahlenden Subsidien während des Krieges, freilich nicht ohne sich das Recht vorzubehalten, im Falle der Nichteinhaltung der Verpflichtungen seitens der Spanier, sich ihrerseits von jeder Pflicht für entbunden zu erklären. Unterdess langte auch aus Spanien der Befehl an Velasco ein, unmittelbar nach Empfang des Vertrages über die Spanien im Kriegsfalle zu leistende Unterstützung die 200000 Reichsthaler auszuzahlen.[3] Am 31. Januar 1670 wurde darauf im Haag der Vertrag, l'acte du Triple Concert genannt, geschlossen. Die Staaten und die Engländer verpflichteten sich, im Falle der Aachener Friede gebrochen werden sollte, je 40 Schiffe, 6000 Mann zu Fuss und 2000 zu Pferd,[4] die Staaten 15 Tage nach ergangener Aufforderung, die Engländer so schnell als möglich, der König von Schweden längstens drei Monate nach Beginn der Feindseligkeiten 16000 Mann den Verbündeten zur Verfügung zu stellen, aber nur in dem Falle, dass die ihm zugesagten 60000 Reichsthaler monatlich — für drei Monate im Voraus — bezahlt werden sollten.[5] Einige von Velasco gestellte Begehren und neuerliche Bemühungen der französischen Krone hatten wohl eine kleine Verschleppung, aber auch nicht mehr, zur Folge. Im Mai 1670 waren die mit den Spaniern fast zwei Jahre lang geführten Verhandlungen über deren Beitritt zur Tripleliga beendet.

[1] Schreiben Lisola's vom 31. Dec. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 19.

[3] Ebendas.

[4] Dieselben sollten durch eine doppelte Zahl Infanteristen ergänzt werden können.

[5] Lefèvre-Pontalis l. c. II. 20 f.

Achtzehntes Kapitel.

Lisola und die österreichische Politik bis zum Abschlusse des zweiten österreich - französischen Theilungsvertrages vom 1. November 1671.

Es waren gemischte Empfindungen, mit denen der kaiserliche Gesandte das Resultat seiner mehrjährigen Bemühungen betrachtete. Dass der Abschluss der Tripleligisten mit Spanien ihn um einen Schritt dem Ziele näher brachte, das er sich gesetzt und dem er mit unermüdlicher Ausdauer und nie versagender Arbeitskraft zustrebte, musste ihn mit hoher Genugthuung und mit grosser Freude erfüllen. Er wusste ja, welche Mühe sich sein unerbittlicher Gegner gegeben hatte, der mit so weit überlegenen Kräften gegen ihn arbeitete, um die Mitglieder der Tripleliga von jedem die Stärkung dieser Einigung bezweckenden Schritte abzuhalten, er wusste, dass Ludwig XIV. das Misstrauen der Spanier in die Aufrichtigkeit der Seemächte und der Schweden zu stärken, sie durch immer erneuerte Friedensbetheuerungen und durch Hervorhebung der gemeinsamen Religionsinteressen zu gewinnen suchte, dass er ihnen den Austausch der spanischen Niederlande unter günstigen Bedingungen angetragen hatte. Einen um so grösseren Erfolg bedeutete daher der engere Anschluss Spaniens an die durch das Haager Bündniss geeinigten Fürsten für jenen Mann, der den Kampf gegen Ludwig XIV. als seine Lebensaufgabe ansah und in einem energischen Vorgehen aller durch Frankreich bedrohten Mächte das einzige Mittel einer Rettung erblickte. Allein gerade diese Erkenntniss von der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Handelns und von der Schwierigkeit, die durch verschiedene Interessen bestimmten Mächte zu einem solchen zu vermögen, liess Lisola zu keiner reinen Freude an dem errungenen Erfolge gelangen. „Endlich haben wir die Garantieangelegenheit zum Abschlusse gebracht, meldet er dem Grafen Montecuccoli, der zu seinen treuesten Anhängern zählte, alle Actenstücke sind in entsprechende Form gebracht und von allen Parteien gebilligt worden. Der ganze Ruhm, den wir in dieser Angelegenheit davon tragen, besteht darin, in fünf Monaten zu Stande gebracht zu haben, was wir in einer Stunde hätten thun können. Und diese Zeit, die wir verloren haben, ist unwiederbringlich. Ich hoffe aber, dass wir in Zukunft, die kurze Zeit, die uns noch übrig bleibt, besser verwenden werden.

um durch praktische Maassregeln alle unsere Projecte durchzuführen. Das ist es auch, wofür ich, soviel ich vermag, arbeite. Ich fürchte aber neue Schwierigkeiten beim spanischen Hofe und muss gestehen, dass alle unsere Pläne zu Nichte werden, wenn der Kaiser nicht mit Eifer darauf aus ist, ein Heilmittel zu finden, denn da ist die Wurzel alles Uebels."[1] Lisola hatte alle Ursache, so zu sprechen; das Vorgehen seiner Regierung hatte ihn in die peinlichste Lage versetzt.

Wir erinnern uns, wie lange der Wiener Hof im Hinblicke auf die unentschiedene Haltung der Spanier, auf die durch Don Juans Erhebung veranlassten Unruhen, auf Frankreichs Vorschläge und Drohungen die Entscheidung bezüglich seines Beitrittes zur Garantie des aachischen Friedens hinausgeschoben, wie vergebens sich Lisola bemüht hatte, eine Vollmacht zum Beginne der Verhandlungen über diese Frage zu erlangen. Um so freudiger hatte er daher die Weisung seines Hofes begrüsst, die ihm zu Beginn des Monates August 1669 zugekommen war und die Versicherung des Kaisers enthielt, in irgend einer Form sich mit den in der Haager Allianz geeinigten Mächte verbinden zu wollen. Lisola glaubte in diesem Entschlusse Leopold I. den Bruch mit der bisherigen zögernden Politik erkennen zu dürfen. Er eilte denn auch, so schnell er konnte, nach dem Haag und begann sofort die Durchführung seiner Pläne. Er fand die Alliirten bereit, mit dem Kaiser in ein Bündniss einzutreten. Dass sie sich weigerten, Leopold I. direct in die Tripleliga aufzunehmen, schien ihm ohne Belang; auch er hielt ein Bündniss des Kaisers und seiner Verbündeten mit den Mitgliedern der Tripleliga zur Garantie des Aachener Friedens zweckmässiger, falls in demselben die Verpflichtung gegenseitiger Hilfeleistung ausgesprochen wurde.[2] Es gelang ihm, sich rasch über die Bedingungen eines solchen Vertrages mit den maassgebenden Persönlichkeiten zu einigen. Bereits gegen Ende des Monates September 1669 konnte er Leopold I. berichten, er habe Hoffnung, einen Vertrag durchzusetzen, durch den sich der Kaiser verpflichten sollte, die Garantie des Aachener Friedens unter denselben Bedingungen wie die Tripleligisten zu übernehmen, wogegen diese sich verstehen würden, dem Kaiser zu Hilfe zu kommen, falls seine Besitzungen während des Krieges von dem Friedensbrecher

[1] Lisola an Montecuccoli, 4. Febr. 1670. W. Kriegsarchiv.

[2] Berichte Lisola's vom 26. Aug., 16. u. 24. Sept. 1669. St.-A. (Friedensact.)

angegriffen werden sollten und sich verpflichten wollten, ohne Wissen und Willen des Kaisers weder Frieden noch Waffenstillstand zu schliessen und für die Einbeziehung der kaiserlichen Länder in jeden Frieden Sorge zu tragen.[1] Lisola hielt es für überaus leicht in wenig Wochen den Vertrag abzuschliessen. Wie hätte er auch ahnen können, dass nur die unbedingte Nothwendigkeit den Kaiser zu dieser Aeusserung der principiellen Geneigtheit ein Bündniss einzugehen vermocht hatte, dass derselbe auch jetzt noch auf das entschiedenste gegen jede bindende Erklärung eingenommen war. Und doch war dem so. Die Berichte Pöttings und die Klagen Castelars hatten dem Kaiser keine Wahl gelassen. Pöttings Mittheilungen lauteten von Woche zu Woche ungünstiger; es konnte nach denselben kein Zweifel darüber bestehen, dass des Kaisers Stellung in Spanien gänzlich untergraben war, dass nur eine deutliche Erklärung im Sinne des spanischen Interesses das Ansehen Leopold I. in Madrid wieder heben, die immer drohendere Gefahr einer Einigung der Spanier bezüglich der Thronfolge mit Ausschluss Leopold I. werde beseitigen können. Die Nachricht, dass Leopold I. sich mit Ludwig XIV. über die Theilung des spanischen Besitzes geeinigt habe, die am Madrider Hofe und im Volke verbreitet wurde und Glauben fand, hatte wesentlich dazu beigetragen, die Aussichten Don Juans zu bessern, die des Kaisers zu nichte zu machen.[2] Alle Betheuerungen Pöttings, der von dem, was in Wien geschehen war, keine Ahnung hatte, blieben vergebens, Die Minister der Königin wichen ihm aus, so oft er sie, den kaiserlichen Befehlen entsprechend, aufzuklären suchte, entschuldigten sich mit Geschäftsüberhäufung, mit Krankheit, oder aber, „welches die wahrhafteste Ursache ist, sie haben keinen Lust ministros publicos und vornehmlich ob patentem aversionem, so sie wider E. K. M. nunmehro radiciter haben, vorzulassen, da es aber endlichen geschicht, so ist bei denen mehresten ausser Castel-Rodrigo kein Schatten der geringsten Confidenz zu spüren, lassen einen reden und antworten unterweilen auf 100 Wort kaum eines; also dass aus derlei Visiten nicht das geringste zu erwarten. Will man sich befleissen ihnen ihre zwar irrige impressiones zu benehmen, so fallen sie nur desto tiefer darinnen. . . . Dieses ist aber Sonnenklar zu verspüren, dass zum Fall E. M. sich zu dieser Garantie nicht erklären möchten, so

[1] Bericht Lisola's vom 24. Sept. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Pötting an Leopold I., 16. Mai 1669. St.-A. (Hisp.)

wird man diesseits des Kaisers Separation ab hac linea öffentlich inferiren."[1]

Dass Don Juans Bemühungen, vornehmlich deshalb, weil ihm der Muth des Handelns fehlte, nicht von Erfolg begleitet waren, konnte an dieser Thatsache nichts ändern. Das Leben des königlichen Kindes hing an einem Faden; kaum von einer Krankheit genesen, warf es eine andere nieder; nach der Ansicht der Aerzte war die Hoffnung eine sehr geringe, dass das schwache Königskind einen neuerlichen schweren Anfall überstehen werde.[2] In diesem Falle hatte Leopold nach Pöttings Meinung keine Aussicht, sein Thronrecht von der spanischen Nation anerkannt zu sehen. Die Erklärungen, die der Kaiser im April des Jahres 1669 Castelar gegeben, hatten nicht befriedigt, Penneranda beschuldigte Leopold in öffentlicher Sitzung des Verrathes und setzte es durch, dass der spanische Gesandte in Wien Befehl erhielt, an den Kaiser von Neuem das bestimmte Ansuchen zu stellen, dem Bündnisse der Tripleliga zur Garantie der spanischen Besitzungen beizutreten und eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass er die spanischen Niederlande gegen Frankreich schützen werde.[3] Dies geschah; die Forderung der Spanier rundweg abzuweisen, schien Leopold unmöglich; Castelar wurde vielmehr verständigt, dass sich der Kaiser mit Rücksicht auf das neuerliche Ansinnen des spanischen Hofes entschlossen habe, dem Haager Vertrage beizutreten und seine Gesandten im Haag zu beauftragen, in diesem Sinne die Verhandlungen daselbst zu führen.[4] Die Freude Castelars kannte keine Grenzen. „Ich kam um 6 Uhr zu ihm, so schildert Walderode dieses Ereigniss,[5] und fand ihn klagend über seinen Zustand. Ich sagte, ich brächte ein Papier, welches verhoffentlich ein Remedium für seine Krankheit enthalte. Er las den Bescheid Er. M. mit grosser Attention und nachdem er ihn gelesen, richtete er sich

[1] Pötting an Leopold, 29. Mai 1669. St.-A. (Hisp.)

[2] Am 12. Juni 1669 berichtet Pötting, ein Arzt habe den König genannt, ramus viridis et florens decrepitae plantae, dahero sich über dessen zarten und schwachen Complexion nicht zu verwundern wäre, seie zu seines Vaters achaques geneigt und zwar von dato an. Man muss Gott fleissig bitten, dass er in keine grosse oder gefährliche Krankheit einrinne; eo casu würden die vires nebst dem Abscheichen zu allen Medicamenten gar unglücklicher ausschlagen. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Memorial vom 1. Juli 1669. St.-A.

[4] Leopold an Pötting, 13. Juli 1669. St.-A. (Pött. Corr.)

[5] Walderode an den Kaiser, Juli 1669. St.-A.

besser auf, griff nach meinen Händen und wollte sie „bussen;“ schrie zugleich, nun hätte er Gott und Er. M. von Herzen zu danken; E. M. wären ein Vater, Herr und Patron aller Spanier, ein Gemahl der Infantin von Spanien und ihr Herr, nun hoffe er bald wieder auf zu sein und Er. M. allen schuldigen Dank zu sagen; fiel mir um den Hals und busste meinen Kopf.“ Castelars Freude wäre gewiss keine so grosse gewesen, wenn er Kenntniss von den Verhandlungen gehabt hätte, die gerade in diesen Tagen Gremonville mit den leitenden Ministern am Wiener Hofe gepflogen hat. Ludwig XIV. hatte in seinen Bemühungen, den Kaiser von dem Eintritte in die Tripleliga abzuhalten, nicht nachgelassen. Die Zurückweisung aller seiner Vorschläge hatte keinen anderen Erfolg, als dass er mit neuen an den Kaiser herantrat. Da Leopold I. weder für die Veröffentlichung des geheimen, noch für den Abschluss eines neuen zur Publicirung geeigneten Theilungsvertrages, noch für die Billigung des Austauschplanes bezüglich der spanischen Niederlande gewonnen werden konnte, ging Ludwig XIV. auf Auerspergs Vorschlag ein, nach dem der französische König unmittelbar nach erfolgtem Ableben Karl II. von Spanien an den Kaiser die Aufforderung ergehen lassen sollte, eine Einigung über die Nachfolge auf friedlichem Wege zu versuchen, worauf dann ein dem Vertrage vom 19. Januar 1668 ganz gleichlautender innerhalb 12 Tagen fertiggestellt werden sollte.[1] Zu gleicher Zeit ersuchte Ludwig XIV. den Kaiser, um seinen Beitritt zur Tripleliga unmöglich zu machen, die Schiedsrichterrolle in dem zwischen Spanien und Frankreich bezüglich der Dependenzen herrschenden Conflicte zu übernehmen, während Gremonville, von allem was vorging auf das genaueste unterrichtet, unablässig vor jedem Schritte warnte, der Ludwig XIV. zu einem entscheidenden Kampfe gegen den Kaiser nöthigen würde. Nicht in allen Stücken waren die Bemühungen der Franzosen von Erfolg begleitet. Der Kaiser weigerte sich die Schiedsrichterrolle zu übernehmen und erklärte Gremonville gegenüber, er habe Verpflichtungen, die er erfüllen müsse. Aber die Anerbietungen der Franzosen und die Drohungen und Mahnungen Gremonville's bewogen ihn doch, in denselben Tagen, da die Erklärung an Castelar erfolgte, Gremonville gegenüber zu betonen, diese Erklärungen seien nur gegeben worden, um die Spanier zu beruhigen; er werde in dieser Frage kein bindendes

[1] Mignet l. c. III. 437.

Versprechen geben, ohne vorher Ludwig XIV. zu verständigen.[1] Die beiden leitenden Minister aber wiederholten nicht nur des Kaisers Worte, sondern sie versprachen auch ihre ganze Autorität aufbieten zu wollen, den Kaiser vom Eintritte in die Tripleliga abzuhalten und berichteten ihrem Freunde Gremonville triumphirend, man habe Lisola, dem Erzfeinde, Hände und Füsse gebunden; ce qui le fera dinner au diable, en se trouvant si éloigné des belles espérances, qu'il venait de donner aux Espagnols."[2] Und so geschah es auch.

Schon die Weisung, die den Befehl für Lisola enthielt, sich nach dem Haag zu begeben und dort über den Beitritt des Kaisers zur Garantieallianz zu verhandeln, lautete nicht so bestimmt, wie nach den Castelar gegebenen Erklärungen zu vermuthen gewesen wäre. Kaum hatte aber der kaiserliche Gesandte im Haag die ersten Unterredungen gepflogen und seiner Regierung von der principiellen Geneigtheit der Haager Verbündeten berichtet, sich mit dem Kaiser zu einigen,[3] so erhielt er auch schon eine neue Weisung, die zeigte, wie wenig Leopold I. und seine Räthe geneigt waren, auf diese Pläne einzugehen. Denn was anderes, als der Wunsch, die Verhandlungen hinzuziehen und jede Entscheidung unmöglich zu machen, hätte Leopold bestimmen können, dem Gesandten, der in seinen Berichten immer wieder um Angabe der Truppenzahl bat, die der Kaiser stellen wolle, zu befehlen, jeden bestimmten Vorschlag zu vermeiden, die Neigung Leopolds, einen solchen Vertrag zu schliessen, nur gelegentlich zu erwähnen und überhaupt mehr die Ansichten anderer zu erforschen, als die eigenen kund zu thun.[4] Lisola erkannte sogleich, was der Kaiser bezweckte. Er war, wie sein aus diesen Tagen stammendes Schreiben an seinen Gönner Schwarzenberg beweisst,[4] von dem Treiben am Wiener Hofe, von den Bemühungen seiner Gegner, ihn in Misscredit zu bringen und den Kaiser von jedem Schritte abzuhalten, der Frankreich beleidigen konnte, auf das genaueste unterrichtet. Er war sich auch darüber im klaren, dass an eine entscheidende Wendung zum Besseren nicht zu denken

[1] Mignet l. c. III. 439 ff.

[2] Mignet l. c. 443.

[3] Lisola's Bericht vom 26. Aug. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Schreiben Lisola's an Johann Adolf Schwarzenberg d. d. 3. Sept. 1669. (Schwarzenbergarchiv.) Leider war die Ausbeute in diesem Archive eine sehr geringe. Der grösste Theil der Lisolapapiere muss verloren gegangen sein.

sei, so lange es nicht gelang, die Persönlichkeiten, die einen so verhängnissvollen Einfluss auf Leopold übten, durch besser gesinnte zu ersetzen. „Niemals, heisst es in diesem Schreiben, hatten wir eine günstigere Gelegenheit, das gute Einvernehmen mit der spanischen Krone wieder herzustellen; aber es ist nothwendig, die entsprechenden Maassregeln zu ergreifen. Ich sehe aber klar, dass man dies nicht thun wird und sehe voraus, dass man es auch in Zukunft nicht thun wird." Es schien ihm dringend geboten, den gutmüthigen Monarchen über das Treiben seiner Räthe aufzuklären. Er dachte sich in eine Situation hinein, wie es der Verfasser der Juniusbriefe gerade 100 Jahre später gethan, in ein Gespräch mit dem Monarchen, dem er freimüthig die Wahrheit sagen und ein energisches Vorgehen empfehlen wolle. „Ich weiss nicht, ob ich mich nicht täusche, aber ich glaube, dass ich in einer Stellung, die mir Gelegenheit böte, über alle diese Ereignisse mit dem Kaiser zu sprechen, diesem die Mittel zur Rettung wohl an die Hand geben könnte." Aber auch so fuhr er fort im Sinne der Durchführung seines grossen Planes zu wirken, ohne sich durch die Weisungen seiner Regierung irren zu lassen. Auf die immer erneuerten Befehle vorsichtig vorzugehen, sich nicht zu übereilen und sich strenge an die ihm zugehenden Weisungen zu halten, erwiderte er mit Erörterungen über die von Frankreich drohende Gefahr und über die günstige Gelegenheit, die sich biete, derselben zu begegnen.

„Wir haben geheime Nachricht, schrieb er Ende October 1669, dass die Franzosen dahin zielen, uns den Rheinübergang abzuschneiden und daselbst Truppen aufzustellen, um den Rhein zu beherrschen und um die Pläne der Tripleliga um so leichter zu durchkreuzen. Andererseits wird uns berichtet, dass bei der Würzburger Zusammenkunft der Bischof von Münster sich den Vertretern der Kurfürsten von Mainz und Trier gegenüber geäussert habe, er werde sich von diesen beiden Fürsten nicht trennen. Der Mainzer aber bleibt dabei sich mit Er. M. einigen und Greiffenclau nach Wien senden zu wollen, sobald dort alles bereit ist. Die Staaten rüsten und haben berathen, ob sie die französischen Kaufleute von ihren Provinzen ausschliessen sollen, weil die Franzosen durch den Handel das Geld erhalten den Krieg zu führen. Da aber die Staaten dies nicht thun können, ohne dass es die übrigen Fürsten auch thun und bevor der Rheinzoll, der so hoch ist, herabgesetzt wird, haben sie beschlossen ihre Nachbarn aufzufordern die geeigneten Maass-

regeln zu ergreifen. Gewiss wäre das das beste Mittel, Frankreich zu bändigen; denn nach genauer Berechnung haben die Franzosen allein aus England, aus den vereinigten und spanischen Niederlanden mehr als 40 Millionen jährlich gewonnen; welche Summen sie aus Deutschland, Spanien und aus dem Norden Europa's zusammenraffen, lässt sich nicht bestimmen."

Dass der Abschluss des Garantievertrages die nothwendige Voraussetzung dieses Planes und aller ähnlichen bilden müsste, war für Lisola klar; ebenso dass die Alliirten den Kaiser als Haupt eines grossen Bundes mehr schätzen würden, als wenn er allein mit ihnen verhandle.

„Die Alliirten wünschen dringend, schrieb er an Schwarzenberg, dass der Mainzer, Trierer und die anderen Fürsten, die uns freundlich gesinnt sind, in diese Allianz eintreten, um von dieser Seite her sicher zu sein. Auf den Kaiser allein werden sie nicht viel Werth legen. Ich begreife nicht, warum der Kaiser nicht mit Mainz und Trier abschliesst, da diese Mächte uns doch suchen und auch abgesehen von der Garantie ihre Einigung mit uns dem Reiche Not thut."[1] Die Wiener Regierung aber war weit entfernt davon in so entschiedener Weise vorgehen zu wollen. Leopold I. betonte zwar seine Bereitwilligkeit mit diesen Fürsten zu verhandeln,[2] verschob aber die Absendung seiner Vertreter von Woche zu Woche und trug Lisola Ende October 1669 auf, sich darüber zu äussern, ob man von den Alliirten die Unterstützung nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die Türken würde erhalten können, falls dieselben sich — wie nicht unwahrscheinlich — durch Frankreich gereizt, in Kriegszeiten gegen den Kaiser wenden sollten,[3] Fragen, die nur den Zweck haben konnten, die Verhandlungen zu verzögern. Lisola wusste dies. Wenn er sich trotzdem zu einer ausführlichen Beantwortung derselben bewogen fühlte, so geschah dies, weil ihm die Aeusserung seiner Regierung die ersehnte Gelegenheit bot mit aller Schärfe die Politik des Wiener Hofes zu verurtheilen. „Es handelt sich, schreibt er, in dieser Frage um nichts anderes als um die Befestigung des

[1] Lisola an Schwarzenberg, 3. Sept. 1669. St.-A. (Schwarzenbergarchiv.)

[2] Weisung vom 30. Oct. 1669. St.-A. Die Erbeinigung, welche der Mainzer mit dem Kaiser am 9. Mai 1669 schloss (St.-A. Mog.), eine Erneuerung der früheren, hatte keinen Einfluss auf die Verhandlungen bezüglich der im Texte erwähnten Liga.

[3] Ebendas.

Aachner Friedens; die Tripleliga ist auch zu keinem anderen Zwecke bestimmt; wenn also E. M. eine weitergehende Einigung mit der Tripleliga wünschen, so würden neue und besondere Verhandlungen und Bündnisse erforderlich sein. Die Mitglieder der Tripleallianz scheinen solchen nicht feindlich gegenüberzustehen, wir haben aber bisher einen solchen Vorschlag nicht machen können, da uns die dazu nothwendigen Instructionen gemangelt haben. Und da auch die Vollmachten der Vertreter der Tripleligisten sich nur auf die Corroboration des Aachner Friedens beziehen, konnten wir darüber nicht öffentlich, sondern nur privatim verhandeln. Es ist übrigens zu erwägen, dass die Vertreter der Tripleligisten im Garantievertrage ausdrücklich erklärt haben, sie würden ein besonderes Bündniss mit den Spaniern und mit deren Alliirten schliessen, sobald Frankreich den Frieden verletzt haben werde. Und der einzige Grund, warum dies nicht gleich geschah, bestand darin, dass die Holländer es für den Augenblick im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Abwendung französischer Einfälle für zweckmässiger hielten, ihre Neutralität zu wahren, um ihre Vermittlerrolle solange als möglich spielen und bei entstehenden Conflicten zwischen den beiden Kronen mit der ihnen zu Gebote stehenden Autorität und mit den geeigneten Mitteln auftreten zu können. Wird aber die Maske abgenommen werden müssen, dann werden sie nicht nur das Bündniss nicht verweigern, sondern sie werden es von selbst mit Rücksicht auf ihre eigene Sicherheit erstreben, zumal schon die meisten der Staaten ihre Mässigung reut, weil sie merken, dass ihre Vermittelung eine vergebliche ist. Da sie aber keine Vollmacht zu einem derartigen Bündnisse haben, kann ein solches nicht geschlossen werden ohne die Einberufung der Stände der einzelnen Provinzen, wozu eine bestimmte Erklärung und ein Vorschlag E^r. M. nothwendig wäre. England folgt in diesen Dingen ganz den Generalstaaten und die Schweden wünschen ausdrücklich ein Bündniss mit E^r. M. und Spanien und sind bestürzt darüber, dass Basserode's Verhandlungen so langsam vor sich gehen.

Gewiss ist, dass Velasco vor mehreren Monaten Befehl erhalten hat mit den Schweden abzuschliessen; warum er es nicht thut, wissen wir nicht. Wir haben E^r. M. dies mitgetheilt, damit E. M. einsehen, dass es leicht sein wird, sobald einmal die Garantiefrage geordnet ist, ein neues Bündniss mit den Alliirten der Tripleliga zu schliessen. Wenn dieses Bündniss aber vor Abschluss des

Garantievertrages und als eine conditio sine qua non von Er. M. gefordert würde, dürfte dies sehr übel ausgelegt und der Glaube wachgerufen werden, als sei dies ein leerer Vorwand den Garantievertrag abzulehnen. Doch werden wir versuchen, einige Worte in die Clausel, welche die gegenseitige Sicherung betrifft, einzuflechten, die nicht allein auf den Friedensbrecher, sondern auch auf seine Freunde und auf die von ihm Ausgehaltenen oder mit Geld Unterstützten bezogen werden könnten; Worte, die, wenn nöthig, auch auf die Türken gedeutet werden können, die übrigens, wie vorauszusehen, gegen die Christenheit ohne Zustimmung der Franzosen nichts vornehmen dürften. Dass E. M. aber bei währendem Türkenkriege von jeder Verpflichtung der Garantie befreit sein sollen, versteht sich von selbst, denn Niemand kann verpflichtet werden das unmögliche zu leisten. Dass aber die Generalstaaten und die Engländer durch diesen Garantievertrag genöthigt werden sollten, sich bindend zur Unterstützung Er. M. zu verpflichten, ist unter keinerlei Umständen zu hoffen, sowohl weil dies mit der Garantie nichts zu thun hat, als auch weil die Rücksicht auf den Handel, die bei ihnen maassgebend ist, nicht gestattet, dass sie sich die Türken zu Feinden machen. Wenn aber der Garantievertrag geschlossen ist, wird es im Interesse dieser Leute liegen im Falle eines Krieges zwischen Er. M. und den Türken E. M. nicht im Stiche zu lassen, sondern E. M. gegen die Türken im Geheimen zu unterstützen; übrigens wird von der Stärke oder Schwäche des Garantievertrages auch die Entscheidung der Türken in hohem Masse abhängig sein. Es könnte nun unserer Ansicht nach kein besseres Mittel für E. M. geben den Türkenkrieg zu verhindern, als wenn der Aachner Friede durch den Beitritt Er. M. und anderer deutscher Fürsten befestigt würde. Das aber halten wir für unzweifelhaft, dass der Friede gesichert werden würde, falls E. M. zugleich mit den Fürsten des Reiches, die gleicher Meinung sind, der Garantie so beitreten würden, dass den Franzosen der Uebergang über den Rhein verlegt würde, die Schweden und die Niederländer von dieser Seite nicht belästigt werden könnten. Denn in diesem Falle würden die Franzosen nicht leicht dazu gebracht werden können eine solche Last auf sich zu nehmen; im anderen Falle aber, wenn der Rhein ihnen frei steht, werden sie die benachbarten Fürsten so von sich abhängig machen, dass sie den vereinigten Staaten und den Schweden von dieser Seite her Schwierigkeiten werden bereiten können. Denn es

ist unzweifelhaft, dass die Franzosen in diesem Falle ohne Rücksicht auf die Tripleallianz den Frieden brechen und das äusserste wagen werden, welche Gelegenheit die Türken zum Einfalle in Ungarn benützen werden, was alles so miteinander zusammenhängt, dass das eine von dem anderen nothwendig abzuhängen scheint. Wenn schliesslich E. M. mit Rücksicht auf die Türken von dem bereits beschlossenen Beitritte zum Garantievertrage abstehen sollten, so würde auch der aachische Friede selbst sehr schwanken und viele Fürsten des Reiches, unter anderen Umständen bereit sich uns anzuschliessen, sich auf die Seite der Gegner schlagen; von Spanien und den Verbündeten der Tripleliga würde im Falle eines Türkenkrieges keine Hilfe zu erwarten sein und auch andere Nachtheile für den Ruhm wie für die Autorität E^r. M. würden folgen."[1]

Es ist kaum anzunehmen, dass Lisola mit seinem Schreiben besonderen Eindruck auf den Kaiser zu machen hoffte. Wie oft hatte er demselben in ebenso eindringlichen Worten ein Bild der Lage entworfen, um als Antwort neue Weisungen im Sinne eines vorsichtigen, zögernden Vorgehens zu erhalten. Er wusste recht gut, dass Leopold eine Einigung mit Spanien wünschte, aber er kannte auch viel zu gut die Schwäche dieses Herrschers und die entschiedene Abneigung der beiden leitenden Minister gegen jeden Schritt, der Frankreich verletzen konnte, um nicht das vergebliche seiner Bemühungen einzusehen. So lange ein Auersperg, ein Lobkowitz die ausschlaggebende Rolle am Hofe des Kaisers spielten, war an eine zielbewusste anti-französische Politik nicht zu denken. Gut genug, wenn es den vereinten Bemühungen aller Gegner Frankreichs gelang, den Kaiser von dem gänzlichen Bruche mit den Mitgliedern der Tripleliga abzuhalten, ihn vor einer ihn und sein Reich erniedrigenden Abhängigkeit von Frankreich zu bewahren. Da geschah, was Niemand erwartete. Leopold I. entschloss sich, den Mann, der in den intimsten Beziehungen zu Gremonville stand dessen Name am spanischen Hofe damals zu den bestgehasstesten zählte, fallen zu lassen.

Zu Beginn des Monates December 1669 erhielt Fürst Auersperg den Befehl, seine Aemter niederzulegen, sich nach Wels zu begeben und dort die weiteren Entschliessungen des Kaisers zu erwarten.[2]

[1] Bericht Lisola's an Leopold, 18. Nov. 1669. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Befehl Leopold I. vom 10. Dec. 1669. Vergl. Wolf „Wenzel Lobkowitz." 198.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die unmittelbare Veranlassung dieses Schrittes die Mittheilungen waren, die der Papst Clemens IX. dem Kaiser über die Verhandlungen zukommen liess, die Auersperg im Interesse seiner Cardinalswahl mit Gremonville und Ludwig XIV. gepflogen hat.[1] Aber ebenso unzweifelhaft ist es auch, dass die Ursachen des Falles dieses mächtigen Ministers anderswo zu suchen sind.

Persönliches Wohlwollen hatte der Kaiser für Auersperg nie besessen. Leopold I. liebte bescheidene, nicht allzu hoch veranlagte, heitere Menschen, denen es behagte über Musik und Kunst, über Jagd und Feste zu sprechen, Karten zu spielen, oder Kegel zu schieben; Leute, mit denen er auf vertraulichem Fusse verkehren konnte, ohne fürchten zu müssen, dass sie die ihm gebührende Verehrung ausser Acht lassen, einen Augenblick vergessen könnten, welche Schranken sie von der Person des Monarchen trennten. Auersperg aber war in jeder Hinsicht das Gegentheil eines solchen Mannes. Er war schroff in seinem Wesen, unbescheiden, eitel; er war gewohnt in höchstem Entzücken von seinen Verdiensten zu sprechen, die anderer herabzusetzen. Ihn von einer Ansicht abzubringen war fast unmöglich; er selbst aber begriff nicht, wenn andere sich nicht überzeugen liessen. Gewohnt überall, wo er erschien, die erste Rolle zu spielen, vergass er die Kunst des Gehorchens. Theater und Künste fanden an ihm keinen Förderer, jedes Spiel war ihm im Grunde seiner Seele zuwider; er hielt es für eine des Mannes unwürdige Sache seine Kraft in solchen Beschäftigungen zu vergeuden. Sein rastloser Fleiss und seine grosse Begabung hatten es ihm ermöglicht, sich schon in früher Jugend ausserordentliche Kenntnisse in den verschiedensten Zweigen menschlichen Wissens anzueignen, jahrzehnte lange Beschäftigung mit den Fragen der Politik hatten ihn zu einem der genauesten Kenner der europäischen Geschichte seiner Zeit gemacht. Die zahlreichen Gutachten, in denen er seine oft von allen übrigen abweichende Ansicht zu erhärten suchte, verrathen Geist, Scharfsinn und die Fähigkeit wesentliches und unwesentliches zu scheiden. Leopold kannte den Werth Auerspergs als Politiker und diese Erkenntniss war es auch, die ihn als pflichtbewussten Fürsten bewog seiner persönlichen Abneigung gegen diesen

[1] Vergl. den von Wolf im A. f. K. ö. G. Bl. XX. 331 ff. abgedruckten Bericht des kaiserlichen Residenten in Rom Freiherrn von Plittersdorf d. d. 5. Nov. 1669; Wolf Lobkowitz, 185 ff.

Mann nicht nachzugeben, denselben vielmehr allen Warnungen zum Trotze in der leitenden Stellung zu belassen, die ihm seinen Fähigkeiten nach gebührte. Schon zu Beginn der sechziger Jahre, als man behauptete, Auersperg stehe in verrätherischem Verkehre mit Ludwig XIV., schrieb Leopold seinem Freunde Portia;[1] Auersperg treibe es zu arg, „dahero Ich siehe, dass es in die Länge kein gut thuen wird und wollte Ich nur gern den modum haben, wie wir seiner mit Ehren und ohne Schaden los werden möchten. Ich versichere aber Euch, dass auf das wenigste meinerseits ihme diese machinationes nit nutzen, wol aber schaden werden; ich habe allweis sein malitia, dopiezza und Falschheit kennen lernen etc. Sollte ich auf den Grund kommen, fährt er fort, so wollte Ich gewiss ein feins Exempl statuiren."

Und in ebenso klarer, unzweideutiger Weise äusserte sich Leopold auf die ununterbrochenen Klagen Pöttings, der nicht müde wurde von den intimen Beziehungen zu berichten, in denen Auersperg mit den Feinden Oesterreichs am spanischen Hofe, mit La Fuente und Penneranda stand, und der den Sturz Auerspergs als eine unerlässliche Vorbedingung einer Einigung Oesterreichs mit dem spanischen Hofe bezeichnete. Auch Pötting gegenüber betonte der Kaiser, wie wenig er Auersperg liebe, wie gern er sich seiner entledigen würde, wie schwer es ihm aber falle, einen durch Tüchtigkeit und Kenntnisse so hervorragenden Mann zu entlassen, ohne von der Nothwendigkeit eines solchen Schrittes vollkommen durchdrungen zu sein. War aber, wird man fragen müssen, das, was Leopold von seinem römischen Gesandten über die Verhandlungen Auerspergs mit dem französischen Hof erfuhr, geeignet, den Kaiser von der Schuld seines Ministers zu überzeugen? Gewiss nicht. Dass Ludwig XIV. den Mann, der ihm so unschätzbare Dienste bei dem Zustandekommen des Theilungsvertrages geleistet hatte, für diese Mühe durch die Empfehlung zum Cardinalate belohnte, konnte dem Kaiser, der von diesen Bemühungen Auerspergs nicht nur Kenntniss besass, sondern selbst einige Zeit für ihn eingetreten war, nicht als ein Verbrechen seines Ministers erscheinen. Was Leopold veranlasst hat gerade in diesem Momente und auf die Nachrichten hin, die ihm aus Rom zugekommen waren, Auersperg zu entlassen, war, wie uns dünkt, lediglich Rücksicht auf die üblen Folgen, welche ihm drohten,

[1] Leopold an Portia s. d. St.-A. (Portia Corr.)

wenn er auf die ihm von Rom aus übermittelten Nachrichten hin Auersperg nicht entliess.

Denn in den Augen der Welt, die keine Ahnung von dem Theilungsvertrage besass, musste die Unterstützung Auerspergs durch Ludwig XIV. als ein gegen Leopold gerichteter Verrath erscheinen. Den wahren Grund dieser Empfehlung Auerspergs durch Frankreichs König kund zu thun hätte die Veröffentlichung des geheimen Vertrages nothwendig gemacht, den geheim zu halten Leopolds vornehmste Sorge war. So blieb kein anderes Mittel, als Unkenntniss zu heucheln und den Minister fallen zu lassen. Die Ueberzeugung, dass Auersperg weniger Schuld trage als die Unwissenden meinten, war es auch, die Leopold I. veranlasste, den Sturz des Ministers in der sanftesten Weise vollziehen zu lassen.

Nichts kann mehr dazu beitragen die Richtigkeit dieser Erörterungen zu beweisen, als die Art, in der Leopold seinen verschiedenen Getreuen Mittheilung von dem Geschehenen machte. Keinem hat er die Gründe dieses Entschlusses mitgetheilt, allen gegenüber hüllte er sich in ein undurchdringliches Dunkel. „Ich zweifle nit, schrieb er an Pötting,[1] dass man viel sagen wird, y con mucho reydo von einer Resolution, so Ich ganz Improviser gefasst habe und ist, dass Ich vergangen Erchtag durch den Hofcanzler dem Auersperg ein Billet geschickt habe mit Befelch, er, Auersperg, solle in gar wenig Tag sich von hier und nacher Wels begeben, alda bis ferner Befelch verbleiben und sich aller Correspondenzen enthalten. Diese Resolution ist ihme wol fremd vorkomben und hat er vor allens[2] umb die causas huius resolutionis wissen wollen. Ich habe mich mit ihme nit einlassen wollen. . . .“

Und gegen Ende Januar 1670 fügte er einer Schilderung des neuen Lebens Auerspergs: „Er sitzet ietzo labaci in vita privata, schiesset Enten und ziehet seine Kinder auf“, die Worte hinzu, er habe ihn entlassen, „weillen Ich seine errados y ambages nit mehr habe leiden mögen.“

Allein er täuschte sich, wenn er glaubte, die Mitwelt werde sich mit solchen nichtssagenden Erklärungen zufrieden geben. Mit Recht beklagten sich Anhänger und Gegner Auerpergs über des Kaisers Vorgehen; mit Recht betonten die letzteren, für einen Verräther sei

[1] Leopold an Pötting, 14. Dec. 1669. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Folgt ein für mich unleserliches Wort; vielleicht „rüd“.
[3] Leopold an Pötting, 30. Jan. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

die empfangene Strafe zu gering, die ersteren, für einen Unschuldigen sei sie zu hart. Leopold sah sich in eine peinliche Lage versetzt. „Ich habe meine Ursachen gehabt, also und nit anderst zue verfahren," schreibt er an Pötting, als dieser ihm von neuerlichen Klagen der Spanier berichtet; „allein diese Sachen lassen sich nit über Land schreiben und Ich glaube, man habe auch nit viel herausgeschrieben, warum man den Conde Duque eben also abgeschafft hat."[1]

Zu jenen Männern, die den Sturz Auerspergs mit unverhohlener Freude begrüssten, zählte Lisola. Freundschaftliche Beziehungen hatten zwischen diesen beiden Personen eigentlich niemals bestanden; als Anhänger Portia's war Lisola bereits in den ersten Jahren der Regierungsthätigkeit Leopold I. ein Gegner Auerspergs gewesen. Aber erst in dem Augenblicke, als Auersperg sich als Vertreter französischer Interessen entpuppte, war diese Gegnerschaft deutlich zum Ausdrucke gekommen. Der Minister hatte seine Abneigung gegen den Gesandten unverhohlen geäussert; der Gesandte seinen Unwillen über den Verrath des Fürsten in wenig verhüllter Form kundgethan. In wie weit Lisola an dem Sturze Auerspergs Antheil genommen hat, wird schwer zu sagen sein; dass er ihn wünschte, ist seinen Briefen an Schwarzenberg zweifellos zu entnehmen. Und er wünschte ihn nicht so sehr, weil mit Auersperg einer seiner heftigsten persönlichen Gegner aus dem Amte schied, sondern weil er hoffte, dass mit Auersperg das System fallen werde, das dieser vertreten hatte, dass sich der Wechsel in der Auffassung der Verhältnisse bei Leopold vollziehen werde, den Lisola und mit ihm alle Feinde der Franzosen seit Jahren herbeisehnten. In der That schien es, als sollte dies geschehen. Die Briefe Leopold I. aus dem Beginne des Jahres 1670 verrathen eine entschieden anti-französische Gesinnung. Dass man den Verlust Candia's in Spanien bedauert hat, schreibt er an Pötting,[3] ist leicht zu glauben. Wir haben aber jetzt die Türken und die Franzosen zu fürchten; „also man sich wol vorsehen solle. Dies ligt an deme, dass wir uns beedertheils wol mit

[1] Leopold an Pötting, 12. Febr. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Lisola schrieb am 31. Dec. 1669 an Lobkowitz, „Ahora que el Aursberg está apartido podemos decir a V. E. In te domus inclinata recumbit." Es ist dies eine der vielen Unaufrichtigkeiten, deren sich Lisola schuldig gemacht hat. Er lässt überhaupt in seinem Briefwechsel mit Lobkowitz nicht durchscheinen, dass er von dessen Gesinnung Kenntnis hat, bezeichnet ihn vielmehr immer als seinen Gönner.

[3] Leopold an Pötting, 30. Jan. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

einander verstehen. Meiner Seiten soll es nit manglen, dummodo Hispani in tempore praeveniant, et nobiscum communicent, quod pro causa communi sit agendum."

Und wenige Tage darauf, als Pötting von der Verbindung berichtete, welche die Franzosen mit den Türken zum Nachtheile des Kaisers und des ganzen Hauses suchten, wiederholte Leopold I. diese Mahnung, gemeinsam vorzugehen und versprach seinerseits, um einen Anfang zu machen, 6000 Mann zu werben.[1] Auch betonte er in diesen Tagen seine Geneigtheit, die seit langem geführten Verhandlungen bezüglich seines Beitrittes zur Tripleliga mit grösserem Eifer als bisher fortzusetzen.[2] Lobkowitz, der den Sturz Auerspergs mit Freuden begrüsst hatte, wagte vorerst nicht zu widersprechen, mied den Verkehr mit Gremonville und setzte der Neigung des Kaisers für die Spanier und deren Anhänger einen mehr passiven Widerstand entgegen. Allein nicht lange dauerte der Triumph der spanischen Partei am Wiener Hofe. Noch war die Stellung Gremonville's eine viel zu einflussreiche, noch machten die von ihm ausgestossenen Drohungen zu tiefen Eindruck, als dass es ihm nicht hätte gelingen sollen, dem einem vorschnellen Bruche mit Ludwig XIV. abgeneigten Kaiser die Ueberzeugung beizubringen, dass die Verhältnisse in Spanien viel zu wenig geklärt, die Haltung der Engländer und Schweden viel zu schwankend, das Vorgehen des grössten Theiles der Reichsstände viel zu feindselig sei, um Ludwig XIV. in dem Augenblicke zum offenen Kampfe zu zwingen, wo die Verwickelungen des Ostens den Kaiser zur weitgehendsten Rücksichtnahme auf seine Kräfte nöthigten. So geschah es, dass Leopold, der im Januar 1670 bereit schien, die Verhandlungen über seinen Beitritt zur Tripleliga mit grösstem Eifer fortsetzen zu lassen, bereits im März durch Lobkowitz dem französischen Gesandten versprechen liess, der Tripleliga nicht beizutreten[3] und in diesem Sinne an Lisola bestimmt lautende Weisungen abgehen liess. Dem Madrider Hofe gegenüber suchte aber Leopold sein Vorgehen dadurch zu rechtfertigen, dass er auf die Weigerung der Schweden hinwies, alle von den Mitgliedern der Tripleliga mit Spanien geschlossenen Verträge zu ratificiren und im Anschlusse daran die Behauptung aussprach.

[1] Leopold an Pötting, 6. Febr. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Leopold an Pötting, 12. Dec. 1669. St.-A. (Hisp.)
[3] Mignet l. c. III. 464.

„dass gleich wie er bereits von Anfang an höchst bedenklich und dem Erzhause nachtheilig zu sein befunden vor völliger Gewissheit ermelter Universalgarantie sich in dieselbe einzulassen und mithin die Gefahr eines Krieges von der Krone Frankreich unnöthig zu präcipitiren, also dasselbe jetzo absonderlich wohl zu beobachten ist, da nicht allein mit gedachter schwedischer Ratification es solche Bedenken setzt, sondern auch selbst der gemeine Ruf gelten will, dass die Kron Frankreich diesmal nicht gegen die Kron Spanien, sondern auf die Generalstaaten oder vereinigte niederländische Provinzen losgehen werde und bezüglich der Tripleliga noch unklar ist, ob ausser der Conservation der spanischen Niederlande und aachischen Friedens ein Theil dem andern in particulari beizustehen schuldig."[1] In welcher Weise sich aber Leopold I. diese gegenseitige Unterstützung dachte, geht am besten daraus hervor, dass er gerade in diesen Tagen Gremonville gegenüber sich bereit erklärte, die Generalstaaten zu opfern, falls die Spanier geschont würden.[2]

Lisola war über den neuerlichen Wechsel in der Gesinnung des Wiener Hofes tief bestürzt. Er hatte die ihm früher ertheilte Erlaubniss mit de Witt und mit den Vertretern der übrigen Mächte über den Beitritt des Kaisers zur Tripleliga zu berathen, redlich ausgenützt, die Verhandlungen um ein gutes Stück weiter gebracht, ein Project entworfen, das den Interessen Aller auf's Beste entsprechen konnte.[3]

[1] Leopold an Pötting, 4. März 1670. St.A. (Hisp.)

[2] Mignet l. c. III. 465.

[3] Der Kaiser hat vernommen, lautet der Inhalt dieses „Projectum accessionis Caesaris ad triplex foedus"; dass die Mitglieder der Tripleliga sich zur Garantie des aachischen Friedens verbunden haben und da er eine solche Einigung für sehr zweckmässig hielt, Gesandte bestimmt, welche unter den folgenden Bedingungen abgeschlossen haben. 1°. Es soll bestehen eine feste und sichere Einigung zwischen Leopold, seinen Reichen, Erbländern und seinen Bundesgenossen einer- und den verbündeten Engländern, Schweden und Generalstaaten andererseits, um den Aachner Frieden mit Rath, wenn nöthig auch mit Waffen, zu sichern oder zu erneuern, gegenseitigen Vortheil zu suchen, Schaden zu wehren und treue Freundschaft mit ernsten Verpflichtungen unter einander zu pflegen. 2°. Der Kaiser nimmt zu diesem Zwecke die Garantie mit allen Clauseln und Bedingungen auf sich und verpflichtet sich dieselbe ehrlich und in treuem Glauben für seinen Theil zu erfüllen und in jedem Falle des Bruches oder der Verletzung des Aachner Friedens, was Gott verhüte, den Verbündeten mit einer entsprechenden Truppenzahl beizustehen, auch nach gemeinsamem Beschlusse und im Hinblicke auf die Erlangung eines Friedens seine Operationen zu leiten. 3°. Dagegen erwarten der Kaiser und seine Verbündeten, den Vortheil der gemeinsamen Garantie in vollem Maasse zu geniessen,

Er hatte überdies mit den im Haag anwesenden Vertretern deutscher Fürsten Verabredungen getroffen, die den Zweck hatten, die Unternehmungen der Franzosen am Rhein zu durchkreuzen;[1] es bedurfte, wie er meinte, nur des redlichen Willens der Wiener Regierung, um die Angelegenheit in Kürze zum Abschlusse zu bringen. Um so peinlicher berührte ihn daher die Weisung seines Hofes, die ihm von Neuem die Hände band. „Der Garantievertrag ist geschlossen“: so äussert er sich in einem Schreiben an Montecuccoli, „und wir arbeiten daran, den Kaiser und seine Freunde in denselben aufzunehmen, denn die von Frankreich drohende Gefahr macht dies nothwendig. Ich erkenne aber klar, dass die alte Maxime an unserem Hofe noch immer herrscht und dass man den tötlichen Schlag festen Fusses erwarten will, ohne sich in Bereitschaft zur Abwehr zu setzen. Ich habe von allem Anfange an vorausgesehen, dass die Aufgabe, die man mir hier gestellt, nur den Zweck hatte, den Kaiser zu befriedigen, der es wünscht, und um die Spanier ein wenig zu trösten, damit sie nicht Entschlüsse fassen, die uns verhängnisvoll werden könnten, und schliesslich, um ein wenig Geschrei in der Welt zu machen und durch eine blosse Ostentation unsere Reputation wieder herzustellen, die durch unsere frühere Haltung ganz vernichtet war. Die letzte Instruction hat mir jeden Zweifel, den ich an der Richtigkeit dieser Ansicht haben konnte, genommen, denn durch dieselbe sind meine Hände gänzlich gebunden. Dass man dem M[is.] de Malagon (Castelar) gegenüber behauptet, ich hätte alle zum Abschlusse nöthigen Instructionen, um so die ganze Schuld auf mich zu wälzen, wird

nicht weniger wie die anderen Fürsten und weil es nothwendig ist, dass alle Mitglieder der Garantie durch einen gegenseitigen Vertheidigungsbund unter einander verbunden sind, damit sie sich nicht gegenseitig unterdrücken, ist vorhergesehen und durch gegenseitiges Versprechen vereinbart worden, dass die sich Verbindenden sich im Falle der Noth Hilfe leisten sollen, so dass, wenn, was Gott verhüte, geschehen sollte, dass gegen diese Garantie oder unter irgend einem Vorwande eine der Kronen, welche in diesem Aachner Frieden inbegriffen sind, selbst oder durch andere, direct oder indirect, gegen irgend einen der Staaten, die in dieser Convention begriffen sind oder später eingeschlossen sein werden, vorgeht, die übrigen die Sache nicht anders als ihre eigene auffassen und dem Angegriffenen Indemnität und volle Restitution verschaffen werden. 4°. Kriegsoperationen erfolgen nach gemeinsamen Beschlüssen; jeder steht seinen Truppen vor. 5°. Keiner schliesst ohne Wissen und Willen des anderen Frieden oder Waffenstillstand.

[1] Vergl. dafür auch seine Schreiben an Lobkowitz aus dieser Zeit. R.-A. 14. Jan., 13. Febr. und 18. März; insbesondere mit dem Mainzer waren die Verhandlungen weit gediehen.

wenig helfen; denn schliesslich wird es doch an's Tageslicht kommen, wer die Weigerer sind, und wenn dies geschieht, wird dies von viel unseligeren Folgen begleitet sein, als wenn wir niemals diese Verhandlungen begonnen hätten. Die Spanier werden sich, jede Hoffnung aufgebend, von uns trennen und excentrische Entschlüsse gegen uns fassen und wir werden der grössten Verachtung anheimfallen; unsere Freunde im Reiche, die ich mit so grosser Mühe vermocht habe dem Kaiser in dieser Angelegenheit in allen Stücken zu folgen, werden sich mit Frankreich einigen; die Tripleligisten werden mit uns nicht mehr verkehren wollen, so dass wir ganz allein bleiben und den Gefahren seitens der Türken, Franzosen und der Feinde im Reiche ausgesetzt sein werden. Was aber noch viel schlimmer ist, diejenigen Fürsten in Deutschland, die noch auf unserer Seite stehen und die allein sich den Plänen Frankreichs und Baierns in Regensburg widersetzen, werden genöthigt sein, uns zu verlassen und sich Frankreich in die Arme zu werfen, was schon geschehen wäre, wenn ich sie nicht bis jetzt mit der Hoffnung auf Besserung aufrecht erhalten hätte. Allein ich vermag sie nicht mehr mit Worten hinzuhalten und wenn wir sie diesmal fallen lassen, werden sie erkennen, dass auf uns nicht zu zählen ist und dass sie sich anderswo Hilfe verschaffen müssen."[1]

Dass die Reise Ludwig XIV. nach den spanischen Niederlanden den Wiener Hof einschüchtern werde, sah er voraus; er theilte aber keineswegs die damals in Wien herrschende Ansicht, dass man dem Falle der protestantischen Niederlande ruhig zusehen und sich einen Theil der Beute sichern solle. „Es ist besser," meinte er, „den Holländern Hilfe zu gewähren, als zu warten, bis der Feind uns an die Gurgel kommt." Und mit seltener Schärfe durchschaute er die Pläne Ludwig XIV. und seiner Rathgeber. „Der König von Frankreich will durch den Kölner Kurfürsten in Köln agiren, die Citadelle für sich nehmen und im Namen des Kurfürsten französische Truppen in Köln auf Kosten Frankreichs erhalten. Ich weiss schon lange, dass die Franzosen auf diese Weise die Plätze am unteren Rhein zu gewinnen trachten; deshalb hat man den Neuburger so gedrängt wegen Jülich zu verhandeln. Der Zweck von allem diesem ist, die Herrschaft über den Rhein zu gewinnen. Sie hoffen dann die Kaiserwahl in ihrer Hand zu haben; denn ihr Bestreben ist vornehmlich dahin

[1] Lisola an Montecuccoli, 1. April 1670. (Kriegsarchiv.)

gerichtet, den König von Frankreich zum römischen König zu machen und dieser Plan wird gelingen, wenn der Kaiser nicht andere Maassregeln ergreift; denn die Deutschen wollen ein Haupt, auf das sie sich stützen können." Dass der Wiener Hof dies nicht erkannte, dass er sich vielmehr immer wieder von Frankreich täuschen und von jedem energischen Schritte abhalten liess, empörte Lisola. Er konnte sich noch immer nicht vorstellen, was den Kaiser dazu vermochte. Von dem Abschlusse des Theilungsvertrages hatte er zwar keine Kenntniss, aber auch zu ihm waren Nachrichten von dem Anerbieten des französischen Königs gedrungen und es kränkte ihn tief, dass Leopold diese Anträge nicht rundweg abgelehnt hatte. „Dass der König von Frankreich die spanischen Besitzungen mit uns unter uns überaus günstigen Bedingungen theilen wird, ohne es zu den Waffen kommen zu lassen, das ist sehr glaublich für Leute, die Feinde des Krieges und Freunde ihrer Bequemlichkeit sind. Wie kann man aber glauben, dass Ludwig XIV., wenn er uns entwaffnet, ohne Verbindungen, ohne Freunde und ungerüstet sieht, aus Herzensgüte mit uns einen so kostbaren Bissen theilen wird. Und wenn er auch dies thun wollte, so hiesse dies die Rechnung ohne den Wirth machen; denn die Spanier würden lieber ihr ganzes Besitzthum an Frankreich übergeben, als es getheilt sehen, oder sie würden vielmehr einen König nach ihrem Geschmacke wählen und die spanischen Niederlande würden sich an die Vereinigten anschliessen. Im übrigen, von allem abgesehen, vernachlässigen wir etwas gewisses für etwas ungewisses und chimärisches und gründen neue Hoffnungen für die Zukunft auf die Freundschaft Frankreichs und dies zur selben Zeit, da es uns von allen Seiten die Grundfesten erschüttert und offene Feindseligkeiten gegen uns im Reiche übt, um uns zu entthronen. Und wir glauben, es werde uns eine Krone geben in demselben Momente, wo es uns die unserige rauben will?"[1] Nicht von diesen Verhandlungen mit Frankreich, nicht von dem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung, sondern von einem zielbewusst geführten Kampfe erhoffte Lisola nach wie vor die Rettung und das Heil des Hauses Habsburg: die Wiederherstellung des verloren gegangenen Einflusses des Kaisers in Deutschland.

Insbesondere diese letztere Erwägung schien dem kaiserlichen Gesandten in der gegenwärtigen Lage von der grössten Bedeutung.

[1] Lisola an Montecuccoli, 1. April 1670. (Kriegsarchiv.)

Je genauere Kenntniss er von den Beziehungen des Kurfürsten von Köln zum französischen Hofe besass, je tieferen Einblick er in die verrätherischen Umtriebe der Fürstenberger gewann, je unzweifelhafter für ihn die französische Gesinnung Ferdinand Maria's von Baiern und die schwankende Haltung anderer deutscher Fürsten feststand, desto nothwendiger schien es ihm bei Zeiten die zur Vertheidigung der Stadt Köln und des Rheinüberganges nothwendigen Maassregeln zu ergreifen. Seit langem hatte er in diesem Sinne auf eigene Faust mit verschiedenen Fürsten verhandelt, den Lothringer zu dem Versprechen vermocht, 3000 Reiter und 4000 Fusssoldaten auf eigene Kosten zu erhalten, den Mainzer und den Trierer verpflichtet, je 600 Mann zu stellen. Die Stadt Köln erklärte sich bereit, Truppenaushebungen zu veranstalten; von den Generalstaaten war auf eine Truppenabordnung zu rechnen. Aber Voraussetzung all dieser Abmachungen war nach den wiederholten Erklärungen dieser Mächte der Beitritt des Kaisers zur Tripleliga. Daher die Unruhe, die Lisola ergriff, als er von den Entschlüssen Leopold I. vernahm, daher der Eifer, mit dem er an Montecuccoli von der Nothwendigkeit eines energischen Schrittes schrieb.[1]

Wir besitzen leider keine Nachricht darüber, inwieweit Montecuccoli auf das Schreiben Lisola's hin sich bemüssigt fand, dem Kaiser in der von Lisola erbetenen Weise Mittheilung von dem Stande der Begebenheiten und von der dringend gebotenen Durchführung der zur Rettung dienenden Maassregeln zu machen. Wir können daher auch kein Urtheil darüber abgeben, in wie hohem Grade Lisola, dessen Berichte an Leopold aus jener Zeit uns nicht

[1] Auch in diesem Falle hat Lisola, obgleich er wohl wusste, dass Lobkowitz die meiste Schuld an der Verzögerung des Eintrittes Leopold I. in die Tripleliga trug, in seinen Berichten an Lobkowitz über das Vorgehen des Wiener Hofes geklagt und ihn um seine Unterstützung gebeten. So schreibt er z. B. am 18. März 1670, Todo el mundo ha creydo que la conclusion desta liga havia sido dilatada por las praticas de Aversberg, importa modo la gloria di V. E. que se conosza que las maximas que lleva son muy diferentes de las de a quel Ministro. R.-A. Aehnlich in dem Schreiben vom 14. März. Ebenda. Auch übermittelt er dem Fürsten alle gegen denselben gerichteten Ausserungen der Spanier; immer in der scheinbaren Voraussetzung, dass all' diese Aeusserungen unwahre seien. Als Lobkowitz endlich seiner Abneigung gegen Lisola's Vorgehen öffentlich Ausdruck gab, schrieb Lisola auf die Kunde davon an Lobkowitz, er könne sich den Grund nicht denken, „da ich versichern kann nichts gethan zu haben, was nicht zur Sicherheit, zur Ruhe und zum Credit des Kaisers und des Erzhauses gereicht hat." 24. März 1671. R.-A.

erhalten sind, Einfluss auf den neuerlichen Wechsel in der Gesinnung Leopold I. genommen hat, der seinen Ausdruck in der Sendung des Reichsvicekanzlers Walderndorf an den Mainzer Hof und in dem Befehle an Lisola fand, die Verhandlungen über den Beitritt des Kaisers zur Tripleliga wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich ist aber, dass weniger Lisola's Mittheilungen als die Kenntniss von den engen Beziehungen Ludwig XIV. zu den ungarischen Malcontenten und die Ueberzeugung von der Unehrlichkeit der Franzosen bezüglich der Theilungsfrage Leopold zu diesem Entschlusse vermocht haben. Die Aussagen der Gefangenen und die Mittheilungen aus Madrid wie aus Berlin liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Gremonville die Verschwörer in Ungarn unterstützt hatte und durch Castel-Rodrigo, der seit seiner Rückkehr nach Madrid unermüdlich im Interesse des Kaisers thätig war, erfuhr Leopold, dass Gremonville der spanischen Regierung die Mittheilung habe zukommen lassen, dass der Kaiser den Gedanken des Austausches der spanischen Niederlande billige, ja seinerseits an Spanien demnächst dieses Ersuchen stellen werde.[1] Trotzdem ist es fraglich, ob die Drohungen Gremonville's und der Einfluss seiner Anhänger am Wiener Hofe den Kaiser nicht doch von jedem entscheidenden Schritte abgehalten hätten, wenn nicht die Königin von Spanien in bestimmtester Weise einen solchen gefordert hätte. Und das mit Recht. Denn Castelar hatte, dem Kaiser und dessen Räthen misstrauend, an Penneranda berichtet, es sei auch nicht die geringste Hoffnung, dass der Kaiser der Tripleliga jemals beitreten werde, und Penneranda hatte mit Hilfe seiner Freunde das spanische Volk zu neuen bedrohlichen Erklärungen gegen den Kaiser und gegen die im Interesse desselben wirkende Königin veranlasst, die um so bedenklicher waren, da der junge König von Neuem ernstlich erkrankte.[2] Daher das Drängen Maria Anna's, Leopold möge durch eine bestimmte, rückhaltslose Aeusserung beweisen, dass er den Austausch der spanischen Niederlande nicht billige, vielmehr bereit sei, Alles zu thun, um die spanische Monarchie in dem bestehenden Umfange zu erhalten. Leopold fügte sich. Er erklärte Mitte Juni 1670, er sei bereit, das von den Seemächten geforderte Bündniss mit den Kurfürsten von Mainz und Trier, mit dem Lothringer und mit anderen Fürsten zu schliessen und über

[1] Bericht Pöttings vom 15. Mai 1670. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Berichte Pöttings vom 2. und 25. Juni 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

seinen Beitritt zur Tripleliga ernstlich zu verhandeln.[1] In der That verliess Walderndorf noch im Laufe des Juni 1670 Wien. Er fand den Erzkanzler in einer der Einigung mit Leopold nicht ungünstigen Stimmung, wenngleich der Eifer, mit dem Johann Philipp, verletzt durch Ludwig XIV. hochmüthiges Vorgehen, unmittelbar nach dem Abschlusse des Aachener Friedens gegen Frankreich aufgetreten war, um ein wesentliches nachgelassen hatte.[2] Der Kurfürst erklärte Walderndorf sogleich seine Bereitwilligkeit, mit dem Kaiser, Trier und Lothringen der Tripleliga beizutreten; niemand, meinte er, könne etwas dagegen einwenden, wenn die Verpflichtung der Garantie des aachischen Friedens gegen beide Mächte, Spanien wie Frankreich, hervorgehoben werde. Aber er betonte, diese Verbindung dürfe sich eben nur auf die Erhaltung des aachischen Friedens beziehen; alles weitere würde Sache eines besonderen Bündnisses sein, das zu schliessen in diesem Augenblicke gefährlich wäre.[3] Eine bestimmte Erklärung über die Truppenzahl, mit der er dem zwischen Leopold und den vornehmsten Reichsständen geplanten Bündnisse beitreten wolle, gab er nicht, ebensowenig der im allgemeinen gut gesinnte Karl Kaspar von Trier, mit dem der Mainzer in diesen Tagen zusammentraf.[4]

Walderndorf war mit den Erklärungen Johann Philipps durchaus nicht zufrieden; er hatte kein Vertrauen zu demselben und wagte nicht, rückhaltslos mit ihm zu verhandeln.[5] Dagegen entsprach das zögernde Benehmen des Mainzers den Anschauungen der Mehrzahl der maassgebenden Minister am Hofe Leopold I.[6] Man kann aus jeder

[1] Leopold an Pötting, 18. Juni 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Unrichtig ist, wenn Gualdo Priorato l. c. III. 689 behauptet, der Mainzer habe damals nicht ernstlich an den Beitritt zur Tripleliga gedacht. Jedoch mögen zu seiner Zurückhaltung vielleicht auch die mehrfachen Misserfolge beigetragen haben, die seine Bemühungen hatten, für seine Ideen neue Anhänger zu gewinnen. Zumal beim Brandenburger misslang dieser Versuch vollständig. Zahlreiche Acten darüber im St.-A. (Mog.)

[3] Bericht Walderndorfs d. d. 11. Juli 1670. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Bericht Walderndorfs d. d. 18. Juli 1670. St.-A. (Friedensacten) Die Zusammenkunft zu Schwalbach dürfte zwischen dem 15. und 20. Juli stattgefunden haben. Theil nahmen an derselben die Vertreter von Mainz, Trier, Sachsen, sowie jene der Staaten und Lothringens.

[5] Bericht Walderndorfs d. d. 8. Aug. 1670. St.-A. (Friedensacten.)

[6] In diesem Sinne schrieb Mitte Juni auch Boyneburg. Vergl. sein Schreiben vom 14. Juni 1670 bei Guhrauer: Leibnitz, deutsche Schriften I. 101 f. „In Wien geht alles einen intricaten und langsamen Weg und des Kaisers Gutheit miss-

Zeile des Gutachtens, das Lobkowitz, Hocher und Schwarzenberg dem Kaiser überreichten, mühelos herauslesen, dass lediglich die Furcht vor einer Verzweiflungsthat der Spanier und vor dem Abfalle der Fürsten von Mainz, Trier und Lothringen zu Frankreich sie bewogen hat, ihrem Herrn den Abschluss des Bündnisses mit den Reichsfürsten und den Beitritt zur Tripleliga zu empfehlen. Aber auch so riethen sie zu möglichst weitgehender Vorsicht. Man traut seinen Augen nicht, wenn man liest, dass die Räthe lange Zeit darüber im Unklaren waren, ob es überhaupt gestattet sei, die Frage des Beitrittes Leopold I. zur Tripleliga zu erörtern, da die Engländer und Schweden noch nicht in feierlicher Weise ihre Geneigtheit kundgethan hätten, mit dem Kaiser zu verhandeln. Ganz ausdrücklich haben die Räthe Leopold I. erklärt, dass nur die Furcht vor neuen berechtigten Klagen der Spanier sie vermocht habe, ihre Zustimmung zu geben, dass zugleich mit der Forderung die „quaestio an" zu stellen, den kaiserlichen Gesandten Mittheilung darüber gemacht werden sollte, wie man sich den Beitritt des Kaisers denke. Wie wenig sie aber gewillt waren, Leopold I. der Gefahr eines Conflictes mit Frankreich auszusetzen und wie gering ihre Meinung von der Unterstützung war, die in diesem Falle der Kaiser von seinen Verbündeten zu erwarten habe, wird man am besten daraus ersehen, dass sie den Kaiser auf das entschiedenste davor warnten, sich mit der Tripleliga weiter als zur Garantie des Aachener Friedens einzulassen, „in reifer Erwägung, dass im widrigen die Krone Frankreich, absonderlich da oberwähnte fürstenbergische Negociation angehen[1] und also dem Kaiser alle Correspondenz und Conjunction mit den Niederlanden abgeschnitten werden sollte, gar leicht daraus Anlass nehmen möchte, den Kaiser in dessen Erblanden zu attaquiren, wodurch und indem alsdann die confoederati auxiliarii sich durch das Reich bis zum Sitz des Krieges durchschlagen müssten, nichts anderes als ein blutiger und zwar generaler Krieg entstehen würde, welcher dann auf des Kaisers Seiten um so gefährlicher sein würde.

brauchen alle." „Die Tripleallianz wird durch so mannigfaltige und sich kreuzende Wünsche und Hoffnungen durchlöchert, dass über ihre Festigkeit nichts gewisses und zuverlässiges gilt."

[1] Gemeint ist damit die von Fürstenberg geplante Allianz zwischen Dänemark, Brandenburg, Münster, Neuburg, Kurköln, eventuell auch Lothringen, um eine Unterstützung der Niederlande durch den Kaiser unmöglich zu machen.

[2] Gutachten vom 8. August 1870. St.-A. (Friedensacten.)

je weniger er sonst auch auf seine Adhaerenten im Reich würde zu bauen haben; angesehen nicht allein des Herzogs zu Lothringen Volubilität und misslicher Stand von sich selbst genugsam bekannt, sondern auch beide Kurfürsten zu Mainz und Trier alt und caduc, die mit denselben habende foedera aber sich weder ad successionem weder auch ad capitula erstrecken."

Man wird es begreiflich finden, dass derartig denkenden Leuten die Forderung de Witts, der Kaiser möge sich verpflichten, falls einer der Reichsfürsten sich der Garantie widersetzen sollte, denselben mit Waffengewalt davon abzuhalten und mit demjenigen zu brechen, der einen der Verbündeten angreifen würde, als eine ungeheuerliche, niemals zu billigende erscheinen musste. In der That verfassten die Minister Leopold I. ein neues, in den wesentlichen Punkten mit dem von Lisola und de Witt entworfenen übereinstimmendes Project, das sich aber blos auf die Garantie des aachischen Friedens bezog,[1] und der Kaiser billigte die Rathschläge seiner Minister, deren Gutachten offenkundig den überwiegenden Einfluss des Fürsten Lobkowitz beweist,[2] in vollem Umfange. Walderndorf wurde angewiesen, mit Johann Philipp über das von den kaiserlichen Ministern verfasste Project zu berathen, die Truppenzahl, mit der Leopold dem mit den Reichfürsten geplanten Bündnisse beitreten wolle, auf 4000 Mann zu Fuss und 1000 zu Ross zu fixiren[3] und das neue Vertragsproject wurde Lisola übersendet.[4] Den Spaniern aber liess Leopold durch Pötting Mittheilung von diesem Entschlusse machen, der beweise, „dass wir Ernst haben und nicht uns foppen thun."[5] Mit der grössten Spannung hatte Lisola unterdess auf den Befehl seines Hofes gewartet. Seine Ungeduld wuchs von Tag zu Tag. Die Lage, in der er sich befand, war in der That eine fürchterliche. Er, der davon überzeugt war, dass nur durch ein rasches, energisches Vorgehen die von Frankreich drohende

[1] Gutachten der Räthe d. d. 8. Aug. 1670. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Gremonville erzählt, Lobkowitz hätte damals im Hinblicke auf die Pläne des Lothringers, eine Armee am Rhein zu erhalten, erklärt; il voulait renoncer à sa part du paradis et passer pour le plus grand schelme du monde, si l'empereur ne se bornait pas à écouter les propositions de cette nature sans les accepter.

[3] Weisung an Walderndorf, 12. Aug. 1670. St.-A. (Friedensacten.)

[4] Leopold an Lisola und Kramprich, 23. Sept. 1670. St.-A.

[5] Leopold an Pötting, 13. Aug. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

Gefahr abgewendet werden könne, sah sich genöthigt, ruhig zuzusehen, wie Frankreich sich bemühte, Zwiespalt unter die Mitglieder der Tripleliga zu säen. Dass es Ludwig XIV. bereits gelungen war, den König von England für sich zu gewinnen,[1] wusste Lisola damals noch nicht, aber nach den ihm aus Stockholm und aus London zugehenden Berichten konnte er nicht zweifeln, dass die Gefahr einer Umkehr eine grosse sei, dass der Unwille beider Regierungen über das zögernde Benehmen des Kaisers und der Spanier das schlimmste befürchten lasse. Die Briefe Lisola's an Montecuccoli, Lobkowitz und Grana[2] aus jenen Tagen lassen uns deutlich erkennen, wie verächtlich der kaiserliche Gesandte von der haltlosen Politik seiner Regierung dachte. „Das Schwanken unserer Regierung, schreibt er Mitte Juli 1670 an den ersteren, nach alle dem, was geschehen, setzt die ganze Welt in Erstaunen und wird zur vollständigen Verachtung unserer Regierung führen. Alle, die unseren Herrscher kennen und dem Lande wohlwollen, empfinden den heftigsten Schmerz, wenn sie von dem Verhalten unserer Regierung hören und an die Zukunft denken. Ich hoffe, Walderndorf wird bereits in Mainz angelangt sein und alles daselbst in bester Ordnung gefunden haben, ebenso in Trier. Beide Kurfürsten schreiben mir, sie könnten nicht mehr lange zögern; wenn der Kaiser sich nicht entschliessen sollte, würden sie genöthigt sein, eine andere Partei zu ergreifen. Das wäre schön für uns. Wir wären mit den Spaniern verfeindet, ohne Unterstützung gelassen vom Reich und allerseits verachtet. Ich schreibe darüber auch an den Kaiser; aber ich fürchte, Walderndorf wird Befehl haben de stile ordinarie, d. h. zu hören, zu referiren und nichts zu thun. Ist dies der Fall, dann ist es ein Irrthum, verhängsnissvoller als der frühere."[3]

Und um so schwieriger wurde es Lisola, sich in die nun einmal bestehenden Verhältnisse zu schicken, als er fest davon überzeugt war, dass Leopold nur durch seine Umgebung zu einer seiner Würde und seinem Interesse so wenig entsprechenden Haltung vermocht werde. „Ich habe Mitleid mit unserem guten Herrn, der in jene Hände gefallen ist, die ihn jetzt leiten." Er bat um die Er-

[1] Durch den am 1. Juni 1670 geschlossenen Vortrag zu Dover; vergl. Mignet l. c. III. 187 ff.

[2] Vergl. insbes. das Schreiben Lisola's vom 2. September an Lobkowitz, R.-A., und das an Grana vom 8. Aug. St.-A. (Kriegsacten.)

[3] Lisola an Montecuccoli, 14. Juli 1670. (Kriegsarchiv.)

laubniss, die Bekenntnisse Zrini's und seiner Genossen über ihre Beziehungen zu Ludwig XIV. und zu Gremonville veröffentlichen zu dürfen, nicht so sehr, um auf Europa, als um auf den Kaiser zu wirken. Vor allem aber wiederholte er seine Mahnung, Leopold I. möge mit den deutschen Fürsten und mit den zur Wahrung des aachischen Friedens verbündeten Mächten abschliessen; immer wieder die gefährlichen Folgen einer neuerlichen Verzögerung dem Kaiser und dessen Räthen vor Augen stellend. Nur zu bald sollte es sich zeigen, dass er sich nicht getäuscht hatte. Ludwig XIV. hatte die Bemühungen des Herzogs von Lothringen, sich durch den Beitritt zur Tripleliga und durch den Abschluss bedeutsamer Verträge mit den verschiedenen deutschen Fürsten der drückenden Fesseln zu entledigen, die ihm von Frankreich angelegt worden waren, mit grossem Unbehagen wahrgenommen und erblickte in der von Karl IV. geplanten Aufstellung eines grossen Heeres an den Ufern des Rheins eine schwere Schädigung seiner Interessen. So entschloss er sich, das zögerde Benehmen der Wiener Regierung benützend, gegen Lothringen zu marschiren, bevor der von Karl gewünschte Vertrag unterzeichnet war, in der Hoffnung, durch ein energisches Vorgehen die übrigen zum Abschlusse mit dem Kaiser bereiten Mächte, zumal die Kurfürsten von Mainz und Trier, zu schrecken.[1] Sein Plan gelang; in kurzer Zeit hatte Crequi das ganze Land in Besitz genommen.

Die That Ludwig XIV. empörte Lisola, aber sie überraschte ihn nicht. Er bezeichnete sogleich in seinem Schreiben an Montecuccoli als den vornehmsten Grund der Unternehmung gegen Lothringen die Hoffnung Ludwig XIV., auf diesem Wege die Verbindung des Kaisers und seiner deutschen Genossen mit den Mitgliedern der Tripleliga zu verhindern, den Mainzer und den Trierer zu beugen und den Kaiser zur Fortsetzung der bisher beobachteten Neutralität zu vermögen. Aber ebenso überzeugt war Lisola, dass bei richtiger Ausnützung des gegen Ludwig XIV. herrschenden Hasses die That Ludwig XIV. den Anlass zu einer grossen Action gegen Frankreich bieten konnte. Die Vertreter der Generalstaaten und der Schweden, mit denen er sogleich über die Maassregeln berieth, die Frankreichs Vorgehen gegenüber zu ergreifen seien, sprachen sich auf das entschiedenste für die Unterstützung des Lothringers aus, der englische Gesandte gelobte, seinem

[1] Vergl. die Auseinandersetzungen Lisola's im Appel de l'Angleterre l. c. 70 f.

Könige eindringlichst zu berichten.[1] Wie so oft, hing auch jetzt die Entscheidung von den Entschlüssen des Kaisers ab. Derselbe war durch das Verhalten Ludwig XIV., durch den Einfall in das Gebiet des Lothringers, dessen Haus mit dem der Habsburger durch vielfache verwandtschaftliche Bande verknüpft war, heftig erschüttert worden. Auf das deutlichste ist auch den Briefen Leopold I. aus jenen Tagen zu entnehmen, dass derselbe sehr wohl wusste, welche Schmach er als deutscher Kaiser durch das Vorgehen Ludwig XIV. erfuhr.[2] Zum Losschlagen kam es aber auch jetzt nicht; dazu fehlte Leopold I. der Muth. Er hielt die Kräfte, die ihm zur Verfügung standen, für ungenügend in diesem Augenblicke, wo es galt, den Ungarn gegenüber energisch aufzutreten, den Kampf gegen die Franzosen zu wagen. „Wir hätten gewünscht, schreibt er an Lisola, dass alles so wäre, dass man gleich hätte Widerstand leisten können; allein die Lage der Dinge gestattet uns keineswegs für uns selbst und allein die Vertheidigung und Erhaltung dieses Fürstenthums zu unternehmen, was jeder leicht einsehen wird."[3] Von der Geneigtheit und von dem Willen der übrigen Mächte, mit ihm gemeinsam den Kampf gegen Ludwig XIV. aufzunehmen, war er aber auch jetzt keineswegs überzeugt, am allerwenigsten von der Spaniens.

„Es wird alda (in Spanien) schreibt er an Pötting,[4] erschallen, wie Frankreich mit Lothringen procedirt hat. Was sagt man alda dazu? Was will ich wetten, sie werden sagen, der Kaiser solle mit Frankreich brechen und sie werden ihrer nit trauen, das Maul aufzuthun." Und darin täuschte sich Leopold nicht. Auch am spanischen Hofe hatte die Eroberung Lothringens die grösste Entrüstung hervorgerufen. Man fand das Vorgehen Ludwig XIV. unverzeihlich, keine Strafe hart genug; man anerkannte auch die Nothwendigkeit, Frankreichs Bestrebungen nach der Universalherrschaft entgegenzutreten und glaubte um so mehr ein energisches Vorgehen empfehlen zu müssen, als nach den Mittheilungen Castel-Rodrigo's — aus aufgefangenen Briefen Condé's an Gourville —[5]

[1] Leopold an Montecuccoli, 5. Sept. 1670. (Kriegsarchiv.)

[2] Schreiben Leopold I. an Pötting d. d. 24. Sept. und 8. Oct. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Schreiben Leopold I. an Lisola, 23. Sept. 1670. St.-A.

[4] Leopold an Pötting, 24. Sept. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

[5] Ueber Gourville's Mission vergl. Legrelle l. c. 189 ff.; Léon Lecestre „La Mission de Gourville en Espagne 1670. Revue des questions historiques. 1892. 107 ff.

als sicher anzunehmen war, dass Ludwig XIV. zu Beginn des Jahres 1671 über die Niederlande herfallen werde. Allein auch jetzt meinten die Spanier, es sei Sache des Kaisers, die Wege zu weisen.[1] Die Königin, mit der Ordnung der inneren Verhältnisse beschäftigt, erklärte Pötting, der Kaiser möge seinen Beitritt zur Tripleliga beschleunigen, „denn sonst alle und jeder widrige Effect dem Kaiser zugewiesen werden würde"[2]

Von einer Unterstützung des Kaisers, von dem Anerbieten einer grösseren Geldsumme zur Werbung und Erhaltung von Truppen war keine Rede. Aber auch auf die Unterstützung der Mitglieder der Tripleliga war nicht mit Sicherheit zu rechnen, zumal nicht auf die des englischen Königs, der seit Monaten zurückhaltend, jedem energischen Vorgehen abgeneigt, gerade in diesem Augenblicke mit neuen Forderungen an den Kaiser herantrat, die auf das deutlichste bewiesen, dass die Gesinnung des englischen Königs seit dem Abschlusse der Tripleliga eine wesentlich andere geworden war. Denn was anderes als der Wunsch, den Beitritt des Kaisers zur Tripleliga zu verhindern oder doch auf längere Zeit hinauszuschieben, hätte Karl II. veranlassen können, Temple, den Freund de Witts und Lisola's abzuberufen und durch den diesen Männern feindlich gesinnten Downing zu ersetzen und von dem Kaiser zu fordern, er möge an ihn officiell die Frage richten, ob er geneigt sei, über die Aufnahme Leopold I. in die Tripleliga verhandeln zu lassen: was anderes als die Hoffnung auf neue Verwickelungen hätte den englischen König veranlassen können, von den Spaniern vor dem Beginne der Verhandlungen die unbedingte Unterwerfung unter die von England und Schweden zu treffende Entscheidung bezüglich der zwischen Spanien und Frankreich schwebenden Streitfrage zu fordern. Und ebensowenig als das Benehmen der auswärtigen Mächte schien das der deutschen Fürsten die Gewähr einer sicheren Unterstützung im Falle des Bruches mit Ludwig XIV. zu bieten. Die Hoffnungen, die man am Wiener Hofe an die Wendung der kurmainzischen Politik im Jahre 1668 geknüpft, hatten sich nicht erfüllt. Von all jenen zur Stärkung des Reiches und der kaiserlichen Autorität in Regensburg und in Mainz ge-

[1] Vergl. Lecestre l. c. 125 f. Bonsy schreibt an Lionne „Je vous avoue que je suis ébahi de voir ce que c'est que cette monarchie et de quels sujets elle est composée. Vergl. auch den Bericht Catterino Bellegno's vom Jahre 1670. Barozzi e Berchet. l. c. II. 359 ff.

[2] Bericht Pöttings vom 17. Sept. 1670. St.-A. (Pött. Corr.)

machten Vorschlägen, war kein einziger zur Durchführung gelangt. Die Verhandlungen über die Reichskriegverfassung und über die ewige Wahlcapitulation hatten zu keinem Ergebnisse geführt; der Plan Johann Philipps auf dem Collegialtage der Kurfürsten den Kurverein zu erneuern und dem Kaiser durch die Aufnahme Böhmens innerhalb desselben die leitende Rolle zu sichern, war gescheitert. Dass der Kaiser die Werbung von Truppen in Deutschland von seinem und des betreffenden Kreisobersten Gutheissen abhängig gemacht hatte, seine Erbländer in die allgemeine Reichsgarantie aufgenommen zu sehen wünschte und die Landstände in ihren Bestrebungen gegen die Landesherrn zu unterstützen geneigt schien, konnte nur dazu beitragen, die ohnehin schon übergrosse Eifersucht der deutschen Fürsten auf ihr Oberhaupt zu steigern. Immer häufiger bekamen des Kaisers Vertreter die Ansicht zu hören, Leopold I. habe bei allen Maassregeln, die er ergreife, nicht das Reichsinteresse, sondern blos seine Wohlfahrt im Auge; immer sichtbarer äusserte sich die Furcht, der Kaiser werde sich, wenn man ihn allzumächtig werden lasse, mit Frankreich einigen und beide dann die deutschen Fürsten „als inermes unter sich theilen."[1]

Selbst jene Fürsten, welche nicht wie der Baier und Kölner zu den unbedingten Anhängern Ludwig XIV. zählten, selbst jene, die dem weiteren Umsichgreifen der Franzosen mit Bangen entgegen sahen, wagten nicht offen und laut ihre Ansicht zu bekennen und duldeten, wenn auch widerwillig, die Schmach der Bevormundung durch einen fremden Fürsten. Der Mainzer Kurfürst aber, der vermöge seines Geistes und seines Einflusses am ehesten im Stande gewesen wäre, die durch so verschiedenartige Interessen bestimmten Reichsfürsten zu einigen und zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vermögen,[2] war viel zu sehr auf die Wahrung seiner persönlichsten Interessen bedacht, um auf seine Kosten für das Wohl des Reiches zu wirken. Vergebens bemühte sich daher Walderndorf, ihn von der Nothwendigkeit zu überzeugen, durch eine bestimmte Erklärung und durch ein

[1] Bedenken etc. I. § 62; ähnlich äusserte sich noch viel später Verjus, worauf Lisola, Sauce au Verjus, Franz. Ausg. 1674 72 ff., sehr scharf antwortet.

[2] Sehr bezeichnend für die Auffassung von der Bedeutung des Mainzers ist das Schreiben Temple's an Arlington, 15. Juli 1670. Car, selon moi, c'est ce prince, qui doit donner le mouvement à tout ce que l'on negociera du côté de l'Allemagne, de sorte que tout dependra de sa conduite et des dispositions où on le trouvera. Lettres l. c. 249 f.

weitgehendes Entgegenkommen dem Kaiser den Abschluss des geplanten Bündnisses zu ermöglichen, vergebens wies er auf den Eindruck hin, den eine unumwundene Erklärung des ersten Reichsfürsten auf die übrigen Stände des Reiches machen würde. Johann Philipp und seine Räthe, in erster Linie Boyneburg, der wieder eine entscheidende Rolle am Hofe des Mainzers spielte, erklärten immer wieder, die Anerbietungen des Kaisers könnten ihnen und ihren Genossen nicht genügen.[1] Und auch dann, als die Kurfürsten von Mainz und Trier, gemäss den zu Schwalbach getroffenen Vereinbarungen,[2] Abgeordnete nach Wien sendeten, gelang es nur bezüglich des Projectes über die Art und Weise, wie der Beitritt des Kaisers und seiner Alliirten zur Garantie des Aachener Friedens erfolgen sollte, eine Einigung zu erzielen,[3] die Allianzfrage blieb aber nach wie vor unentschieden. Unter diesen Umständen glaubte der Kaiser, der gerade damals mit den ungarischen Wirren beschäftigt war und einen Einfall der Türken fürchtete, und den Lobkowitz immer wieder zur Vorsicht und zur Vermeidung jedes bedenklichen Schrittes ermahnte, seiner Pflicht vollauf zu genügen, wenn er dem Wunsche der Reichsfürsten entsprechend einen Bevollmächtigten nach Paris sandte und Lisola den Befehl gab, den Mitgliedern der Tripleliga mitzutheilen, dass Leopold I. bereit sei, ihrem Bunde beizutreten, den Engländern aber die Unbilligkeit ihrer Forderung nachzuweisen und jede bindende Erklärung bezüglich derselben solange zu vermeiden, bis die Spanier sich über die an sie seitens der Engländer gestellten Forderungen ausgesprochen haben würden.[4]

Lisola empfing die Weisungen seines Herrn mit gemischten Empfindungen. Dass Leopold I. neuerdings seine Bereitwilligkeit kundgab, dem Haager Vertrage beizutreten, erfüllte ihn mit Freude; dass er sich mit den Fürsten des Reiches über die Form geeinigt hatte, in der dieser Beitritt erfolgen sollte, glaubte er als ein Zeichen ehrlichen Wollens auffassen zu dürfen. Allein seine Freude wurde

---

[1] Berichte Walderndorfs vom 26. und 30. Aug. 1670. St.-A. (Friedensact.)

[2] Ueber die Berathungen zu Schwalbach sind wir bislang nicht genügend unterrichtet; vergl. Gehrke l. c. 13.

[3] Project vom 25. Sept. 1670. „Accessio C^{eae} M^{tis} cum suis amicis et colligatis ad triplex foedus mutatis mutandis iuxta formam a de Witte extraditam concinnata." St.-A.

[4] Leopold an Lisola, 23. Sept. 1670. St.-A.

wesentlich gemindert, als er wahrnahm, dass das Project, das der Kaiser mit den Reichsfürsten entworfen hatte, in einem der wesentlichsten Punkte von jenem de Witts abwich. Denn Leopold weigerte sich, der von de Witt gestellten Forderung entsprechend, offensiv gegen jeden Reichsstand aufzutreten, der gegen irgend ein Mitglied der Tripleliga feindlich vorgehen sollte. Der Grund, warum der Kaiser gerade in diesem Punkte die Wünsche der Verbündeten nicht erfüllen wollte, ist klar; er fürchtete, auf diesem Wege in Conflicte mit Frankreich zu gerathen, zum offenen Kampfe gegen diese Macht genöthigt zu werden. Denn von wem, als von einem der vielen Anhänger Ludwig XIV. im deutschen Reiche konnte der gefürchtete Angriff erfolgen? De Witt aber glaubte seinerseits umsomehr auf der Aufnahme dieses Artikels in den Vertrag beharren zu müssen, als der ganze Vortheil, den er aus dem Beitritte des Kaisers zur Tripleliga erhoffen konnte, eben in der Sicherung der Niederlande gegen einen Einfall von Deutschland her gelegen war.[1] Alle Bemühungen Lisola's, den holländischen Staatsmann von dieser Ansicht abzubringen, waren vergebens; er musste sich mit der Zustimmung der Schweden und der anderen Vertreter der Generalstaaten begnügen und die Entscheidung über die Form, in der diese Verpflichtung des Kaisers gegen aufständische Reichsfürsten gekleidet werden sollte, einer günstigeren Gelegenheit vorbehalten.[2] Vorerst gab es ohnehin dringendere Geschäfte zu besorgen. Die Erklärung des englischen Gesandten im Haag, die Forderungen, die er bezüglich der Aufnahme des Kaisers in die Tripleliga stellte, liessen keinen Zweifel daran aufkommen, dass Karl II. jetzt seiner Verbindung mit Frankreichs Gegnern ein ungleich geringeres Gewicht beimass, als im Vorjahre. Englands Mitwirkung war aber um so nothwendiger, als die Generalstaaten dieselbe als die unerlässliche Vorbedingung eines energischen Vorgehens ihrerseits bezeichneten. Nur diese Erkenntniss hatte Lisola veranlasst, dem Kaiser den Rath zu geben, Englands unbilligen Forderungen Genüge zu leisten; nur diese Ansicht hatte ihn vermocht, sein an Arlington gerichtetes Schreiben so entgegenkommend abzufassen. Denn auf Erfolg rechnete er weder bei Karl II. noch bei de Witt: wie sich alsbald zeigte, mit Recht. Der englische Staatssecretär blieb nach wie vor

[1] Leopold an Pötting, 19. Nov. 1670. St.-A. (Hisp.)
[2] Lisola an Arlington, 10. Dec. 1670. St.-A.

bei seiner Ansicht und forderte von Lisola energische Unterstützung seiner Pläne bei Leopold I. Die Briefe, in denen der Gesandte dies gethan hat, sind uns nicht erhalten; wie ernst er aber die Sache nahm, zeigen seine Schreiben an Montecuccoli. „Hätte man mir, schreibt er, den Brief des Kaisers bereits übersendet, so hätten wir einen Monat gewonnen; wenn man mir ihn nicht gleich schickt, sind wir verloren. Die Engländer glauben, wir thäten dies alles nur zum Schein, um die Spanier zu befriedigen, würden aber niemals uns entschliessen, etwas wirklich zu thun. Diese Ansicht kann man den Engländern nur durch Thatsachen nehmen. . . Ich fürchte, dass dieser Verdacht ihnen von dem Neuburger eingegeben ist, welcher Einfluss auf Lobkowitz zu haben behauptet. Wir haben unter Ferdinand II. geseufzt unter dem Joche Baierns, geben wir acht, dass wir jetzt nicht unter dem Joche des Pfälzers seufzen."[1] In der That entschloss sich Leopold I. merkwürdig rasch, das verlangte Schreiben an Lisola zu senden.[2] Derselbe begrüsste das Einlangen desselben freudigst. Er konnte hoffen, sich jetzt wenigstens Klarheit über die Absichten der Engländer zu verschaffen; denn von Tag zu Tag wuchsen seine Bedenken in die Aufrichtigkeit derselben. Insbesondere der Rathschlag Arlingtons, der Kaiser möge eine offene Erklärung den Mitgliedern der Tripleliga geben, dass er sich mit einer bestimmten Truppenzahl denselben zur Verfügung stellen werde, so oft der Friede von Aachen verletzt werden sollte — auf diese Weise werde der Einschluss des Kaisers erfolgen, ohne weitere Verhandlungen nöthig zu machen — gab Lisola zu denken. Denn er erkannte sofort, dass Arlington mit diesem Vorschlage nichts anderes bezwecke, als die gegenseitige Verpflichtung zur Hilfeleistung zu umgehen. Um so gelegener kam ihm daher das Schreiben Leopold I. Er erwiderte Arlington höflich aber entschieden. Er betonte, dass des Kaisers Vorgehen ein neuerlicher Beweis für die Richtigkeit der seinerseits immer wieder hervorgehobenen aber von den Engländern niemals geglaubten Bereitwilligkeit des Kaisers sei, alles, was in seiner Macht stehe, zur Aufrechterhaltung und zur Vertheidigung des Aachner Friedens beizutragen, sprach seine Geneigtheit aus, den Engländern des

[1] Lisola an Montecuccoli, 7. Nov. 1670, (Kriegsarch.); ein ähnliches vom 14. Nov. ebendaselbst. Aehnlich in seinem Schreiben an Grana vom 14. Nov. St.-A. (Kriegsacten.)

[2] Leopold — an Pötting 3. Dec. 1670 — berichtet, dass das Schreiben am 24. Nov. an Lisola geschickt wurde.

Kaisers Schreiben zu übergeben, sobald er eine bestimmte Nachricht über die Absichten König Karl II. habe und fügte im Hinblicke auf Arlingtons Vorschlag hinzu, seine feste Ueberzeugung gehe dahin, dass jedes Bündniss werthlos sei, das nicht eine gegenseitige Unterstützung zur Bedingung mache.[1] Das Entgegenkommen des Kaisers und das feste Auftreten seines Gesandten schienen einen Augenblick lang Erfolg zu haben. Risaucourt, der im Auftrage des flüchtigen Lothringers am englischen Hofe erschien und um Hilfe für seinen vertriebenen Herrscher bat, wurde freundlich aufgenommen, die Absendung einer Deputation der Tripleliga nach Frankreich gebilligt, die um Restitution des Lothringers dringend ersuchen sollte. Auch Molina und Ognate versicherten, Karl II. sei den Plänen der Alliirten gewogen.[2] Lisola aber wollte daran nicht mehr recht glauben. „Gebe Gott, dass die That die Hoffnungen bestätige", schreibt er Ende des Jahres 1670, in denselben Tagen, da die officielle französisch-englische Allianz unterzeichnet wurde, durch die sich Karl II. zum Kampfe gegen die Niederländer im Jahre 1672 verpflichtete.[3] Der Wunsch kam aus der Tiefe seines Herzens. Denn nothwendiger als je vorher schien ihm in diesem Augenblicke ein entschlossenes Vorgehen aller jener Mächte, die durch Ludwig XIV. Bestrebungen in ihren Interessen geschädigt wurden. Die von Tag zu Tag einlaufenden Nachrichten liessen keinen Zweifel daran übrig, dass Ludwig XIV. in kürzester Zeit den lange vorbereiteten Schlag gegen die mit Maximilian Heinrich von Köln in offener Fehde lebende Stadt Köln führen werde. Lisola wusste seit langem von diesen Plänen der Franzosen und war unermüdlich nach allen Seiten hin thätig gewesen, die drohende Gefahr durch energische Massregeln abzuwenden. De Witt, mit dem er oft und ausführlich die Angelegenheit besprach, hatte sich bereit erklärt, mit allem Eifer für die Erhaltung dieser Stadt Sorge zu tragen. Auf seinen Vorschlag hin hatten die Generalstaaten den Beschluss gefasst, dem Magistrate der Stadt Köln die zur Werbung von 2000 Mann nöthigen Gelder zu senden und ihnen in Pamphield einen in holländischen Diensten

[1] Lisola an Arlington, 16. Dec. 1670. St.-A. (Holl.)

[2] Vergl. Mignet l. c. III. 256 ff.

[3] Bezüglich Karl II. hat sich Lisola unbedingt täuschen lassen, indem er noch immer mit der Möglichkeit rechnete, ihn zu gewinnen; aber die im Texte citirten Worte beweisen, wie schwach diese seine Hoffnung war. Basnage l. c. II. 109, übertreibt daher, wenn er Lisola's Vorgehen Karl II. gegenüber ganz kurzsichtig nennt.

erprobten Mann zur Führung dieser Truppen zu überlassen. Eine grössere Action in Gemeinschaft mit dem Kaiser und mit den gleichgesinnten Reichsständen war in Aussicht genommen. Ermuthigt durch die letzten Erklärungen des Kaisers wagte Lisola denselben um seine Einwilligung zu bitten;[1] er glaubte auf Entgegenkommen rechnen zu dürfen. Allein er täuschte sich; er hatte die Erlaubniss des Kaisers, an Karl II. das Schreiben bezüglich der Aufnahme Leopold I. in die Tripleliga richten zu dürfen, falsch gedeutet. Leopold hatte sich zu diesem Schritte nur entschlossen, um den Spaniern nicht die erwünschte Gelegenheit zu geben, die Schuld an dem Abbruche oder an der weiteren Verzögerung der Verhandlungen dem Kaiser beizumessen. Zu einem energischen Vorgehen war Leopold aber damals ebenso wenig entschlossen, als je vorher. Gerade in den Tagen, da Lisola das Schreiben des Wiener Hofes empfing, dem er so grosse Bedeutung beilegte, fanden entscheidende Auseinandersetzungen zwischen Gremonville und Leopold I. statt, deren Resultat auf das deutlichste bewies, dass der Kaiser fest entschlossen war, den Kampf gegen Ludwig XIV. nur dann aufzunehmen, wenn eine gänzliche Umgestaltung der Verhältnisse Platz greifen sollte. Denn als Gremonville im Auftrage Ludwig XIV., der durch Lisola's Behauptungen von dem bevorstehenden Abschlusse des Vertrages zwischen dem Kaiser und den Triplealliirten beunruhigt worden war, an Leopold die Aufforderung richtete, zu erklären, ob er Freund oder Feind Frankreichs sein wolle, betheuerte der Kaiser auf das lebhafteste, seine feste Absicht sei dahin gerichtet, freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu erhalten.[2] Und bei dieser Auffassung blieb Leopold auch dann, als Ludwig XIV. dem Grafen Windischgrätz, der im Auftrage des Kaisers in Paris erschien, um dessen Vermittelung in der lothringischen Frage anzubieten, auf das deutlichste zu verstehen gab, dass er sich eine Einmengung des Kaisers und des Reiches in diese Angelegenheiten nicht gefallen lassen könne und nicht im entferntesten gewillt sei, die von Leopold angetragene Mediation anzunehmen.[3]

„Von Windischgrätz habe Ich zwar Schreiben, meldet Leopold zu Beginn des Jahres 1671,[4] und ist er gar höflich tractirt worden,

[1] Lisola an Leopold, 22. Dec. 1670. St.-A. (Holl.)
[2] Mignet l. c. III. 493 f.
[3] Mignet l. c. 494 ff.
[4] Leopold an Pötting, 14. Jan. 1671. St.-A. (Pött. Corr.)

aber in re ipsa scheint, dass Frankreich nit viel thun wird absque armorum vi. Ob aber Spanien und Kaiser in statu sein, mit selbem Krieg anzuheben quasi offensive ist ein grosse Frag.“ Und wenige Tage später: „Freilich würde Mars mehr als Mercurius gelten; ich sehe aber der Zeit die Sach annoch nit in solchen Standen, cum marte viel zu profitiren.“[1]

Man sieht; Leopold ist sich keinen Augenblick darüber im Unklaren, dass man nur mit den Waffen in der Hand den Franzosen werde Halt gebieten können; aber ebenso zweifellos ist es für ihn, dass er seine Pflicht als Herrscher Oesterreichs in unverzeihlicher Weise ausser Acht lassen würde, falls er sich zu einem Schritte entschlösse, der zum Kriege mit Ludwig XIV. führen musste, bevor er einer entsprechenden Unterstützung seitens anderer Fürsten sicher war. Nach wie vor verharrte er bei dem Entschlusse, es von dem Resultate der seit Jahren mit den verschiedensten Fürsten Europa's geführten Verhandlungen abhängen zu lassen, ob er die ihm von Ludwig XIV. zugefügten Unbillen rächen, oder mit den gegebenen Thatsachen rechnend sich mit dem überlegenen Gegner ausgleichen werde. Das Schwanken der kaiserlichen Politik, der stete Wechsel, der sich in den Entschliessungen der Wiener Regierung kund giebt, ist gewiss fast ausschliesslich auf den jeweilig verschiedenen Stand dieser Verhandlungen zurückzuführen.

Zu Beginn des Jahres 1671 waren die Aussichten auf einen erfolgreichen Widerstand gegen Ludwig XIV. ausserordentlich geringe. Lisola's Befürchtungen, Karl II. von England werde auf die Dauer den französischen Versuchungen nicht widerstehen können, hatten sich als berechtigte erwiesen. Derselbe verwarf das von Lisola und von de Witt entworfene Project und verfasste ein neues, in dem nur von der Verpflichtung des Kaisers, Hilfe zu leisten, nicht aber von jener Englands die Rede war, wenn es zum Bruche mit Frankreich kommen sollte. Karl II. hatte sich damit eigentlich auf das bestimmteste von der Tripleliga losgesagt. Das war die Ansicht Lisola's, das war auch die Ansicht des spanischen Gesandten am Wiener Hofe. Derselbe erklärte dem Kaiser, da an eine Mitwirkung Englands nicht zu denken sei, rathe er, mit dem Plane des Beitrittes Leopold I. zur Tripleliga zu brechen, und separate Bündnisse mit den Reichsfürsten, mit den Generalstaaten und mit den Schweden zu schliessen.[2] Leopold war

[1] Leopold an Pötting, 28. Jan. 1671. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Leopold an Pötting, 25. Febr. 1671. St.-A. (Pött. Corr.)

nicht in allen Stücken seiner Meinung. Dass Karl II. schlecht gehandelt hatte, war allerdings niemand bereiter zuzugestehen, als Leopold. Bot ihm ja des englischen Königs Vorgehen die erwünschte Gelegenheit, den Nachweis zu führen, dass nicht er Schuld an der Verzögerung gewesen, dass die Zweifel der Spanier in die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung und seiner Erklärungen grundlose seien. Aber die Consequenzen, die der spanische Gesandte zog, glaubte Leopold nicht ziehen zu können. Vor allem den Generalstaaten gegenüber wollte er sich nicht binden; denn aus den Erklärungen Gremonville's war zu ersehen, dass Ludwig XIV. sein Augenmerk nicht mehr auf die spanischen, sondern auf die vereinigten Niederlande gerichtet hatte. Seit dem Beginne des Jahres 1671 war Gremonville unablässig bemüht, den Kaiser zu einem bindenden Versprechen zu vermögen, von jeder Hilfeleistung an die Generalstaaten abzusehen, sich den Haager Verbündeten gegenüber, falls er überhaupt dem Bunde beitrete, lediglich auf den Schutz der spanischen Besitzungen zu beschränken. Das Versprechen Ludwig XIV., den Termin für die Beendigung der zwischen Frankreich und Spanien schwebenden Streitfragen um ein weiteres Jahr zu verschieben, konnte nur dazu beitragen, Leopold in dieser Ansicht zu bestärken. Dass die Unterwerfung der vereinigten Niederlande grosse Gefahren für die spanischen Niederlande und auch für den Besitz des Kaisers in sich berge, verhehlte sich Leopold keineswegs. Man wird auch nicht behaupten können, dass er den Gedanken einer Unterstützung der Generalstaaten von vorneherein abgewiesen habe. Allein viel weniger als wegen der spanischen Niederlande war er gewillt den Generalstaaten zu Liebe den Kampf gegen Ludwig XIV. aufzunehmen, so lange die Verhältnisse ihn nöthigten, an die Ueberlegenheit dieses Fürsten zu glauben. Es entsprach dieser Auffassung, dass Leopold seinem Gesandten am spanischen Hofe den bestimmten Auftrag ertheilte, der Königin und den die kaiserlichen Interessen vertretenden Ministern den Rath zu geben, die Verzögerung der Entscheidung, die durch Frankreichs Erklärungen eintrat, zu benützen, um die seit langem geplante Umwälzung am Madrider Hofe zu vollziehen, und um dann durch Unterstützung Leopold I. und durch eigene Rüstungen die nothwendigen Vorbereitungen zum entscheidenden Kampfe zu treffen. Es entsprach dieser Auffassung der Dinge auch, dass Leopold I. sich entschloss, die seit langem geführten Verhandlungen mit den vor-

nehmsten Reichsfürsten mit grösstem Eifer fortzusetzen. Es entsprach aber auch dieser Auffassung, dass Leopold die Erklärungen Karl II. nicht mit der gebührenden Schärfe zurückwies, sondern seinem Gesandten im Haag nur den Auftrag ertheilte, den Versuch zu wagen, Karl II. zu günstigeren Aeusserungen zu vermögen; dass er sich vorerst weigerte, die von dem spanischen Gesandten geplanten Verhandlungen mit dem Könige von Schweden und mit den Generalstaaten vorzunehmen und allen Bemühungen des spanischen Gesandten ungeachtet die Verhandlungen mit Gremonville fortführen liess. Die Ereignisse schienen Leopold I. Recht zu geben. Denn die Aussicht auf einen erfolgreichen Kampf gegen Frankreich schwand von Woche zu Woche. Die Neigung Karl II., sich in aller Form mit Ludwig XIV. zu einigen, sich durch den engsten Anschluss an denselben einen Theil der Beute zu sichern, die zu erwarten stand, trat von Tag zu Tag klarer hervor.

Nicht viel besser stand es mit den Aussichten auf eine entsprechende Unterstützung des Kaisers durch die Schweden. Die französische Partei in Stockholm, in deren Interesse der Reichskanzler Magnus de la Gardie unermüdlich thätig war, gewann von Monat zu Monat an Macht und Ansehen. Dass der Wiener Hof immer wieder mit der Ratification des Basserode'schen Vertrages zögerte, dass der spanische Hof in der Erlegung der Geldsubsidien sich lässig zeigte, dass die Niederländer mit peinlicher Genauigkeit auf die Wahrung ihrer Handelsinteressen sahen, konnte nur dazu beitragen, die Bemühungen der Franzosen zu fördern, die mit grösseren Anerbietungen an den schwedischen Hof herantraten. Die Folgen zeigten sich alsbald. Die Schweden verhielten sich immer kühler, zurückhaltender zu der Frage des Eintrittes Leopold I. in die Tripleallianz und stellten durch Esaias Pufendorf in Wien Forderungen an den Kaiser, deren Erfüllung unmöglich war.

Sehr fraglich war es auch, ob es dem Kaiser gelingen werde, im Reiche eine entsprechend feste Verbindung zum Schutze Deutschlands und zum Kampfe gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Wohl gab es zahlreiche mehr oder minder mächtige Fürsten, die durch Frankreichs schroffes Vorgehen erschreckt, bereit waren, sich dem Kaiser in die Arme zu werfen; wohl gab es eine Reihe von Politikern, die noch immer im Anschlusse an den Kaiserhof die einzige Möglichkeit einer Rettung aus den betrübenden Verhältnissen sahen, in die man gerathen war; allein ebenso wie die Mehrzahl

der Schriftsteller jener Zeit die Rettung Deutschlands in einem gemeinsamen Vorgehen der kleineren und grösseren Mächte ohne die Mithilfe des Kaisers, ja wenn nöthig auch gegen ihn erblickte, ebenso war die grösste Zahl der Staatsmänner, die auf den Gang der Ereignisse einen maassgebenden Einfluss übten, der festen Ueberzeugung, dass die Stärkung der kaiserlichen Macht, die durch eine Einigung unter Leopold I. Führung erfolgen müsste, den Interessen der einzelnen Fürsten keineswegs förderlich sein würde. Religiöse und politische Motive trugen dazu bei, die Kluft zu erweitern, die den Kaiser und viele seiner Stände trennte. Seit Jahren war an den protestantischen Höfen die Ansicht verbreitet, dass Oesterreich an eine gewaltsame Wiedereinführung des katholischen Glaubens denke. Die schwankende Haltung, welche die Wiener Regierung Frankreich gegenüber zeigte, das zögernde Vorgehen Leopold I., so oft es sich darum handelte, entscheidende Maassregeln gegen Ludwig XIV. zu ergreifen, hatte man in diesen Kreisen ebenso sehr aus religiösen als aus politischen Motiven erklärt. Man fürchtete eine Einigung Frankreichs und Oesterreichs über die Häupter der Protestanten hinweg; man besorgte im Hinblicke auf die Bekehrung des Herzogs von York, des vermuthlichen Thronfolgers in England und bei der Neigung Karl II. für den katholischen Glauben, eine Einigung Ludwig XIV. mit den Herrschern von England, Oesterreich und Spanien und ein gemeinsames Vorgehen dieser Fürsten und der zahlreichen anderen, die ihnen folgen würden, gegen die protestantischen Mächte Europa's. Und in ebenso hohem Maasse als eine religiöse Bevormundung fürchteten die Stände des Reiches die Stärkung der kaiserlichen Autorität in allen weltlichen Dingen. Dass Leopold in den Fragen, bezüglich welcher die Interessen der Fürsten und ihrer Unterthanen auseinandergingen, sich der letzteren annahm, dass er den Landständen das Recht zuerkennen wollte, über das Maass dessen zu entscheiden, was sie zur Erhaltung der Garnisonen und Festungen ihren Landesherren leisten sollten, und sie für den Fall, dass sie unbillig beschwert würden, auf den Weg Rechtens wies, konnte nur dazu beitragen, die Fürsten in ihrer Ansicht zu bestärken, dass der Kaiser es darauf abgesehen habe, sie an die Wand zu drücken und seine Autorität im Reiche in vollem Umfange wieder herzustellen. In der That war denn auch die Allianz, welche die von Frankreich angeeiferten Fürsten, in erster Linie die Kurfürsten von Baiern und Köln und die Herrscher von Pfalz-Neuburg und Mecklenburg zur

Wahrung ihrer Rechte zu gründen sich entschlossen, nicht nur gegen die Unterthanen, sondern auch gegen jene gerichtet, „welche sich derselben annehmen würden". Aber auch diejenigen Fürsten, die nicht ausgesprochene Gegner der kaiserlichen Politik waren, glaubten dem Wiener Hofe nicht trauen, sich demselben nicht rückhaltslos anschliessen zu dürfen. Die Ansicht, der Leibniz in seiner Denkschrift Ausdruck verlieh, in der er die Mittel besprach, die zur Sicherung des Reiches dienen sollten, dass man sich unter keinerlei Umständen den Oesterreichern ergeben solle, weil dann die Gefahr entstehen dürfte, „dass wenn Frankreich und Oesterreich sich einmal vertragen, sie uns als inermes unter sich theilen",[1] gehörte zu den verbreitetesten in Deutschland. Und es war nur eine selbstverständliche Folge dieser Ansicht, dass die Mehrzahl der deutschen Fürsten von einem Kampfe gegen Ludwig XIV. nichts wissen wollte. Denn in jedem Falle, mochte der Krieg mit dem Siege oder mit der Niederlage ihrer und der kaiserlichen Truppen enden, glaubten sie eine Verschlechterung ihrer Lage erwarten zu müssen. Unter diesen Umständen mussten alle Bemühungen Leopold I. von der Gesammtheit der Stände, wie sie auf dem Reichstage zu Regensburg ihre Vertretung fand, eine entsprechende Unterstützung zu erhalten, vergeblich bleiben. Und dies umsomehr, als die Furcht Frankreich zu beleidigen, die Vertreter der einzelnen Fürsten zur grössten Vorsicht nöthigte; als Gravel, Frankreichs geschickter Vertreter, unermüdlich thätig war, jede Regung der Selbständigkeit zu unterdrücken, jedes Zeichen der Hinneigung zum Reichsoberhaupte zu strafen, jede Frankreich günstige Erklärung zu belohnen. Das Scheitern des Planes, durch einen gemeinsamen Beschluss der Stände sich die zum Schutze gegen Ludwig XIV. nothwendigen Mittel zu sichern, nöthigte Leopold zu dem Versuche, sich durch Verhandlungen mit einzelnen Fürsten wenigstens der Mithilfe eines Theiles der Stände zu vergewissern. An den bairischen Hof hat er sich aber nicht einmal herangewagt. Man wusste zwar in den Kreisen der Wiener Regierung nicht, in welcher Weise Ferdinand Maria sich Frankreich gegenüber gebunden.

[1] Dass die „Bedenken" kein besonders patriotisches Werk sind, wie Guhrauer behauptet, ist klar; andererseits glaube ich aber auch nicht mit H. Breslau, „Leibniz als Politiker." Z. f. p. G. und Landeskunde VII. 337, annehmen zu können, dass die Schrift direct im Auftrage Frankreichs verfasst ist. Vielleicht war sie dazu bestimmt, die Aussöhnung mit Frankreich anzubahnen; vielleicht enthielt sie blos die Ansichten Boyneburgs und war im Sinne einer Reichsunion ohne Uebermacht des Kaisers geschrieben.

durch welche Versprechungen Ludwig XIV. den wankelmüthigen, von seiner Gemahlin beherrschten Fürsten gewonnen hatte; man hatte keine Ahnung davon, dass derselbe sich zur Förderung einer französischen Candidatur für den Kaiserthron verpflichtet hatte, wogegen dem Hause Wittelsbach seitens der Franzosen die Unterstützung bei der Geltendmachung ihrer Rechte auf Böhmen zugesagt worden war, falls Leopold ohne männliche Erben zu hinterlassen mit dem Tode abgehen sollte; allein die unzweideutige Weise, in der sich der Kurfürst auf dem Regensburger Reichstage als Vertreter der französischen Interessen benahm, die Heftigkeit, mit der er gegen des Kaisers Pläne auftrat, die auf Wiederherstellung seiner Autorität im Reiche gerichtet waren, liess jede Bemühung von vorneherein vergebens erscheinen. Und nicht viel besser als mit dem Kurfürsten von Baiern stand es mit dem von Köln. Wie dort Herrmann, so vertrat hier in entschiedenerer, rückhaltsloserer Weise Wilhelm von Fürstenberg die Interessen Ludwig XIV. und verstand es meisterlich, den wankelmüthigen Fürsten für seine Ideen zu gewinnen. Trotzdem glaubte Leopold den Versuch einer Einigung mit dem Kölner Kurfürsten im Hinblicke auf die Bedeutung desselben wagen zu müssen. Der Streit Maximilian Heinrichs mit der Stadt Köln bot ihm die erwünschte Gelegenheit dazu.[1] Der Marquis de Grana, der zu Beginn des Monates April 1671 am kurfürstlichen Hofe erschien, hatte Befehl, nichts zu unterlassen, um den Kurfürsten von der Nothwendigkeit der Umkehr, von der Schädlichkeit der von ihm bislang befolgten Politik und von der Gefahr zu überzeugen, die aus einer Fortsetzung derselben nicht nur dem Reiche, sondern ihm selber drohe.

Grana, ein eifriger Vertreter der habsburgischen Interessen, säumte nicht in entschiedenster Weise mit Maximilian Heinrich zu sprechen. Seine Auseinandersetzungen schienen auch Eindruck auf den Kurfürsten zu machen. Er betonte seine Anhänglichkeit an den Kaiser und an dessen Haus und nahm die Vermittelung Leopold I. in dem Streite mit der Stadt Köln mit Freuden an. Allein was half es, dass der Kaiser ehrlich und mit dem Aufgebote aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel auf die Aussöhnung des Kurfürsten mit der Stadt Köln hinarbeitete, dass Grana mit bewunderungswürdiger Ausdauer sich bemühte, die zahllosen Hindernisse zu beseitigen, die sich dem Ausgleiche in den Weg stellten, dass Lisola

[1] Vergl. Ennen, Frankreich und der Niederrhein I. 196 ff.

im Haag seinen ganzen Einfluss aufbot um eine Einigung der Generalstaaten mit dem Kurfürsten von Köln zu Stande zu bringen. Was half es, dass es gelang, einige der Räthe Maximilian Heinrichs zum Anschlusse an Oesterreich zu bewegen, dass selbst Franz Egon von Fürstenberg, in vielen Stücken mit seinem Bruder Wilhelm nicht einverstanden, entschlossen schien, Frankreichs Pläne zu durchkreuzen?[1] Auf die Dauer vermochte Maximilian Heinrich den Ueberredungskünsten Wilhelms von Fürstenberg und dem Gelde Ludwig XIV. nicht zu widerstehen. Der Neutralitätsvertrag vom 11. Juni 1671, durch den sich Maximilian Heinrich verpflichtete, in dem bevorstehenden Kampfe den französischen Truppen den Durchzug sowie den Kauf aller Lebensmittel in seinen Gebieten zu gestatten, durch den er Ludwig XIV. die Erlaubniss gab, eine Brücke über den Rhein zu schlagen und Magazine in dazu geeigneten Städten anzulegen, durch den er sich verpflichtete, jede fremde Werbung zu verbieten, keine Beleidigung französischer Truppen in seinem Lande zuzulassen, durch den er sich bereit erklärte, die übrigen deutschen Fürsten zum Abschlusse ähnlicher Tractate zu veranlassen und zu verhindern, dass der Kaiser oder das Reich gegen Frankreich Partei ergreife, gestattete Ludwig XIV. bedeutende Streitkräfte gegen die niederländischen Grenzen hin vorzuschieben und sich so noch vor erfolgter Kriegserklärung an die Generalstaaten die für die geplanten Unternehmungen vortheilhafteste Position zu sichern.[2]

Günstiger liessen sich dagegen die Verhandlungen Leopold I. mit den Kurfürsten von Mainz und Trier an. Grana fand Entgegenkommen, als er an diese beiden Herrscher und an ihre Räthe mit der Forderung herantrat, die seit so langer Zeit geplante Verbindung zu einem erwünschten Ende zu bringen. Johann Philipp gab in den ersten Unterredungen überaus günstige Erklärungen ab, die, ernst gemeint, ihn zu einem entschiedenen Kämpfer gegen Frankreich gemacht hätten. Denn er äusserte nicht allein ein sehnsüchtiges Verlangen nach innigem Anschlusse an das Reichsoberhaupt, sondern er betonte auch, wie nothwendig es für Deutschlands Freiheit sei, einmal die Maske abzunehmen und den Fremden zu zeigen, „dass Er. M. viele hohe Stände noch beifallen und mit einander zu Conservirung dero Länder und Leute vor einen Mann stehen wollen."

[1] Berichte Grana's vom Juli und August 1671. St.-A. (Col.)

[2] Ennen l. c. 234.

Das Vorgehen der dem Kaiser feindlichen Partei unter den deutschen Fürsten[1] verurtheilte er auf das entschiedenste; man könne, meinte er, nicht dulden, dass so verfahren werde, „man sehe gar zu klar, dass die althergebrachte Harmonie im Reiche absonderlich von Neuburg und übrigen bairischen Fürsten will umgestossen werden“ .... Er erbot sich, nach Dresden eine Gesandtschaft abgehen zu lassen, um Johann Georg II. für die mit dem Kaiser geplante Allianz zu gewinnen; er bat, den Schwedenkönig als Herzog von Pommern, die Fürsten von Württemberg, Bamberg und Kulmbach zum Beitritte einzuladen und erklärte sich bereit, auch bei diesen Fürsten wie beim Bischofe von Münster im Sinne der Einigung zu wirken. Dass Johann Philipp aber doch eine gewisse Rücksicht auf Frankreich zu nehmen entschlossen war, und sich gleich allen übrigen deutschen Fürsten durch seine besonderen Interessen bestimmen liess, wird man schon daraus erkennen, dass er in derselben Unterredung, in der er zu Grana von der Nothwendigkeit sprach, den „Fremden“ gegenüber Deutschlands Macht zu betonen, erklärte, man müsse die Verhandlungen mit den Niederländern bis nach erfolgtem Abschlusse dieses Bündnisses verschieben, unterdess aber sich darauf beschränken, die Generalstaaten von Verhandlungen mit Frankreich abzuhalten.[2] Und auch sonst liess die Art und Weise, wie der Mainzer von seiner Stellung zu diesem Bündnisse sprach, erkennen, dass er alles vermieden wissen wollte, was ihn in Conflicte mit Frankreich hätte bringen können, dass er seine Theilnahme an den Ereignissen im Hinblicke auf die ihm durch die Lage seines Besitzes drohende Gefahr möglichst zu beschränken wünschte und an ein Vorangehen seinerseits nicht im Entferntesten dachte.

Trotzdem entschloss sich Leopold, zumal der Kurfürst von Trier die besten Erklärungen gab,[3] Grana zum Abschlusse des Bündnisses zu bevollmächtigen, das zwar vorerst durch die Beschränkung auf Deutschland und durch die geringe Zahl der zur Wahrung des Friedens bestimmten Truppen ohne grösseren praktischen Werth sein musste, immerhin aber den Kern einer grösseren Einigung bilden konnte. Der Abschluss des Vertrages gelang rasch und ohne erhebliche Schwierig-

[1] Ueber die Bestrebungen dieser Partei und über ihr gegen den Kaiser gerichtetes Bündniss, Urk. und Act. XIV. 395 f.; Droysen l. c. III, 3. 356 ff. Der Vertrag vom 27. Mai st. v. 1671 bei Mörner l. c. 342 ff.

[2] Bericht Grana's, 3. Juni 1671. St.-A. (Col.)

[3] Berichte Grana's vom 15. Mai und 3. Juni 1671. St.-A. (Col.)

keiten. Die beiden Kurfürsten zeigten grosse Freude über die Energie Leopold I. Zumal der Trierer bewies den grössten Eifer für die Sache. Den „Extendisten" gegenüber, meinte er, gebe es kein anderes Mittel, als dass der Kaiser mit den Wohlmeinenden die Majorität erlange, „dazu wäre aber nichts besser als, wie E. M. vorschlagen, Schweden in eine Allianz zu bringen und sich der Generalstaaten wegen mit gesammter Hand zu vernehmen." Seine Ansicht gehe dahin, „man solle die Holländer als Mitpaciscenten in diese zu Conservirung des westphälischen Friedens vornehmlich zielende Allianz ohne Verlierung einiger Zeit und zu sicherer Defension des bedrohten Rheinstromes einnehmen." Man spüre nun, schloss er seine Auseinandersetzungen, dass der Kaiser sich der Stände annehmen wolle, wodurch das gute Vernehmen zwischen Haupt und Gliedern erneuert werden würde. Ebenso entzückt äusserte sich auch der Mainzer, nur dass er die alten Bedenken vorbrachte, sobald es galt, seinerseits etwas entscheidendes zu thun. Alle Bemühungen Grana's ihn zu einer Erhöhung der von ihm zu stellenden Truppenzahl zu vermögen, waren vergebens;[1] er gab die Nothwendigkeit einer stärkeren Rüstung zu, allein er blieb dabei, nicht mehr als 1000 Mann zu Fuss und 150 zu Pferd der allgemeinen Sache zur Verfügung stellen zu können. Immerhin aber bedeutete der am 7. Juli vollzogene vorläufige Abschluss mit dem Mainzer und mit dem Trierer einen Erfolg für den Kaiser, der um ein wesentliches gesteigert wurde, als es dem kaiserlichen Gesandten wenige Tage nachher gelang, auch den Bischof von Münster zur Unterzeichnung eines Vertrages und damit, wie man hoffte, zur Umkehr zu vermögen.[2]

Zu Beginn des Monates August war das Bündniss zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten von Mainz und Trier, wie das mit dem Bischofe von Münster fertiggestellt.[3] Dieselben waren zur Aufrechterhaltung des westphälischen Friedens und zum Schutze vor inneren Unruhen geschlossen, jedem Mitgliede war im Falle eines

[1] Ueber die Verhandlungen Grana's mit den einzelnen Fürsten geben seine ausführlichen Berichte erschöpfenden Aufschluss. Ich fasse hier nur das Resultat derselben zusammen.

[2] Vertrag d. d. Sassenberg 17. Juli 1671. St.-A. Derselbe enthielt eine Clausel bezüglich Bentheims; im übrigen war derselbe nur eine Separatausfertigung des Provisionalbündnisses.

[3] Die Vollmacht auf Grund des Projectes vom 7. Juli mit Mainz und Trier abzuschliessen, erfolgte am 19. Juli. St.-A.

Einfalles in seine Besitzungen die Hilfe der Verbündeten — 7000 Mann[1] — gesichert; bei neuerlicher Mahnung sollte ein gleiches Quantum gestellt werden; das Directorium und das Obercommando blieb dem Kaiser, doch wurde die Actionsfreiheit des leitenden Generals durch die festgesetzte Mitwirkung des angegriffenen Fürsten wesentlich beschränkt. Man sieht, diese Bündnisse waren ohne jeden grösseren praktischen Werth; viel zu unbedeutend, um in der damaligen Gestalt eine entscheidende Rolle in den Begebenheiten zu spielen. Allein der Beitritt war jedem Reichsstande ohne Unterschied der Religion freigestellt; der des Kurfürsten von Sachsen, der seit langem mit dem Wiener Hofe verhandelte, erfolgte schon Mitte August;[2] man hoffte noch mehr der deutschen Fürsten zu gewinnen.[3] Die Rückwirkung dieses Erfolges auf die Haltung der Wiener Regierung blieb nicht aus. Freilich zu einem offenen Bruche mit Frankreich, wie ein solcher dem Abschlusse mit den Generalstaaten hätte folgen müssen, war man keineswegs entschlossen. Lisola und Kramprich, die immer wieder die Nothwendigkeit betonten, in diesem Sinne eine Entscheidung zu treffen, erhielten vielmehr den strengsten Befehl, mit den Vertretern der Staaten lediglich über die zur Sicherung der Stadt Köln nothwendigen Maassregeln zu berathen, sich dagegen unter keinerlei Umständen zu irgend einer bindenden Erklärung bezüglich des von den Staaten gewünschten Bündnisses und bezüglich des Beitrittes Leopold I. zur Tripleliga verleiten zu lassen.[4] Doch deuteten manche Zeichen darauf hin, dass der Kaiser und seine Umgebung wieder einmal sich der Idee zuneigten, dem übermüthigen Franzosenkönige entgegenzu-

[1] Ich habe dabei das Quantum für Sachsen mitgerechnet.

[2] Vergl. Auerbach l. c. 330 ff. Der Vertrag ist sächsischerseits am 16. August st. n. unterzeichnet worden. St.-A. Blum schreibt unter dem 18. August dem Kaiser, der Kurfürst habe ihn aufgefordert, dem Kaiser mitzutheilen, dass er bereits das von Leopold mit dem Mainzer entworfene Project gebilligt und unterschrieben habe; keiner seiner Räthe wisse darum.

[3] Insbesondere war es auf das Haus Braunschweig abgesehen, mit dem damals der Kaiser verhandeln liess, nachdem in seinem Auftrage Mainz und Sachsen dies schon seit dem Herbst 1670 gethan hatten. Acten im Staatsarchiv; vergl. auch Auerbach l. c. 357; Urk. und Act. XIV. 490. Ueber die dem Kaiser feindselige Haltung des Herzogs von Hannover vergl. A. Köcher „Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Hause Braunschweig-Lüneburg in der Epoche der Tripleallianz." Zeitschr. des hist. Vereines für Niedersachsen. 1886, 235 ff., insb. 258 ff.

[4] Weisungen vom 10. und 21. Sept. 1671. St.-A.

treten. Denn es wird wohl nicht blosser Zufall sein, dass Lobkowitz gerade in dieser Zeit in heftige Conflicte mit Gremonville gerieth, dass dieser überall harte Worte zu hören bekam,[1] dass auf seine immer wiederholten Bitten um eine Antwort auf seine Frage, ob Leopold sich in die niederländischen Angelegenheiten mischen wolle, Hocher, der Hofkanzler, mit immer neuen Ausreden erwiderte, dass die Kriegspartei am Wiener Hofe sichtlich an Ansehen gewann.

Man hat in diesen Kreisen damals ernstlich an den Krieg gedacht; freilich ohne zu verkennen, dass, um einen solchen zu führen, in der That die Mitwirkung der Mehrzahl der deutschen Fürsten, der Spanier und der Schweden nothwendig sei. Allein nur zu bald sollte es sich zeigen, wie wenig berechtigt die Hoffnungen jener Männer waren, die in dem Bündnisse Leopold I. mit den Kurfürsten von Mainz, Trier und Sachsen und mit dem Bischofe von Münster den Kern einer grossen Verbindung aller Gutgesinnten erblickten: nur zu bald sollten sie erfahren, dass nicht nur kein wesentlicher Zuwachs zu erzielen, sondern nicht einmal auf jene zu rechnen sei, welche sich zur Unterzeichnung des Vertrages entschlossen hatten. Es war eine grobe Täuschung, der sich der Wiener Hof hingab, als er meinte, den ehrgeizigen, kriegerisch gesinnten Bischof von Münster gewonnen zu haben. Schon wenige Wochen, nachdem Christof Bernhard von Galen den Vertrag mit Leopold I. unterzeichnet hatte, hielt sich Grana für verpflichtet, seiner Regierung zu melden, er könne nicht umhin, trotz aller Versicherungen des Bischofes, der kaiserlichen Sache treu bleiben zu wollen, seine Ansicht dahin zu äussern, dass der Bischof sich, falls Ludwig XIV. sich gegen die Niederländer wenden sollte, mit Frankreich einigen und gegen die Niederländer kämpfen werde. Und wenn Grana gehofft hatte, durch sein Streben in dem Streite zwischen Maximilian Heinrich und der Stadt Köln die Rechte des ersteren so gut es ging zu wahren, den Kurfürsten zur Umkehr, zum festen Anschlusse an Kaiser und Reich zu vermögen, so sah er sich alsbald bitter enttäuscht. Denn je länger er in der Nähe des Kurfürsten weilte, desto mehr musste er sich überzeugen, dass an einen dauernden Wechsel in der Gesinnung desselben nicht zu denken sei. Das Hereinziehen französischer Truppen in kurkölnisches Gebiet, die Anlegung französischer Maga-

[1] Mignet l. c. II. 526 ff.

zine in verschiedenen Städten des kurkölnischen Besitzes, die Arbeiten französischer Ingenieure zur Befestigung der Plätze bewiesen auf das schlagendste, dass alle Aeusserungen des Kurfürsten und seiner Räthe von der dem Kaiser günstigen Gesinnung des Kurkölner Hofes nur den Zweck hatten, der Krone Frankreich die zur Beendigung der Vorbereitungen nothwendige Frist zu sichern. Die üblen Folgen der Haltung Maximilian Heinrichs zeigten sich alsbald. Der Mainzer sah mit Schrecken, in welche Gefahr er sich gestürzt, indem er den Gedanken gefasst hatte, sich an die Spitze einer grösseren Verbindung zu stellen, um die Selbständigkeit Deutschlands den Franzosen gegenüber zu wahren. Je näher der Winter rückte, desto grösser wurde seine Befürchtung, dass Ludwig XIV., der ununterbrochen um Bundesgenossen im deutschen Reiche warb und mit den härtesten Strafen für den Fall des Widerstandes drohte, in das kurmainzische Gebiet einfallen und ihn für den Versuch, selbständig handeln zu wollen, züchtigen werde. Das Schicksal Karls von Lothringen war ein warnendes Beispiel. Sollte er sich dem Reiche zu Liebe opfern? So vollzog auch er die Wandlung, die schon so viele vor ihm vollzogen hatten; auch er beugte sich vor der Macht der Franzosen, auch er demüthigte sich vor Ludwig XIV. und empfing Verzeihung für seinen Abfall, freilich nur gegen das Versprechen, den Rheinübergang den französischen Truppen zu gestatten. Dieselben Erwägungen, welche die Entschlüsse des Mainzers beeinflussten, wurden nun auch am Wiener Hofe von ausschlaggebender Bedeutung. Die geringen Erfolge der Kriegspartei gab ihren Gegnern, allen voran dem Fürsten Lobkowitz, die erwünschte Gelegenheit, von Neuem für ihre Idee von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zum Könige von Frankreich einzutreten. Lobkowitz konnte darauf hinweisen, dass die Kurfürsten von Baiern und Köln, der Herzog von Mecklenburg und der Pfalzgraf von Neuburg entschiedene Widersacher des Kaisers seien, dass der Pfälzer Kurfürst durch die Verlobung seiner Tochter Elisabeth Charlotte mit dem Bruder Ludwig XIV. auf das deutlichste seine Hinneigung zu Frankreich bewiesen, dass der Mainzer sich dem westlichen Nachbar genähert habe, dass das Vorgehen des Bischofes von Münster den deutlichsten Beweis liefere, wie wenig auf Verträge zu geben, dass auch von der Unterstützung der Kurfürsten von Trier und Sachsen nicht viel zu hoffen sei. Er konnte geltend machen, dass der Brandenburger sich

in seinen Entschlüssen schwanckend zeige, dass er das von Leopold angetragene Bündniss zurückgewiesen habe und dasselbe auch jetzt nur unter Bedingungen schliessen wolle, die zuzugestehen dem Kaiser im Hinblicke auf die financielle Lage seines Reiches unmöglich sei; dass aus dem gleichen Grunde der Vertrag mit Schweden nicht ratificirt werden könne, dass die Spanier, um derentwillen doch der Kaiser sich in erster Linie der Gefahr eines Krieges mit Frankreich aussetzen würde, wohl Vertragsprojecte zur Sicherung Spaniens zu entwerfen, aber keineswegs die zum Kampfe nothwendigen Subsidien zu leisten willens wären. In der That, nichts hat mehr dazu beigetragen der Friedenspartei am Wiener Hofe zum endlichen Siege zu verhelfen, als die Unfähigkeit Leopold I., die von den verschiedenen Mächten an ihn gestellten Forderungen zu erfüllen und die geringe Neigung des spanischen Hofes, die vom Kaiser als unerlässlich bezeichneten Geldmittel demselben zur Verfügung zu stellen. Alle Bemühungen Pöttings, an denen er es auch jetzt nicht fehlen liess, blieben vergeblich, ebenso die Castel-Rodrigo's, der am Madrider Hofe unermüdlich im Sinne einer reellen Unterstützung Leopold I. thätig war und seinen ganzen Einfluss aufbot, seiner Ansicht zum Siege zu verhelfen. Was nützte es unter diesen Umständen, dass der Vertreter Spaniens in Wien im Sommer des Jahres 1671 ein Bündnissproject vorwies, das die gemeinsame Sicherung des beiderseitigen Besitzes für ewige Zeiten bezwecken sollte. Selbst Montecuccoli, ein entschiedener Anhänger der Spanier und eifriger Vertreter der Idee einer bewaffneten Abwehr der französischen Uebergriffe, konnte nicht leugnen, dass die Forderungen der Spanier unbillige, für den Kaiser unannehmbare seien.[1] Die scharfen Erwiderungen der Spanier, wie ihre Drohungen vermochten die Räthe Leopold I. nicht umzustimmen. Einmüthig erklärten dieselben in ihrem Gutachten, „obzwar sie es mit Spanien von Herzen gut meinen und gar wohl wissen, dass Oesterreich nunmehr einem Baum von zwei Wurzeln gleich sei und dahero dessen Convenienz erfordert, dass beide Wurzeln beisamben in guten Stand erhalten werden, weilen wissentlich, wann eine zu Grunde gehen sollte, dass auch die andere und mithin der ganze Baum nach und nach niederfallen müsste, so müssten sie doch bekennen, dass .... dieses Foedus mit Spanien Ihr. K. M. sehr beschwerlich, von ein grossen onere und hin-

[1] Memoire Montecuccoli's vom 2. Sept. 1671. St.A. (Vorträge.)

gegen von kein Nutz und Vorteil seie, dann doch die Spanier mit ihrem Versprechen nicht zuhalten und wann sie es wider Verhoffen thun, solche ein pur lauter Casualassistenz sein werde."[1] Und wenn auch die Räthe Leopold I., um die Spanier nicht durch eine schroffe Abweisung zum äussersten zu treiben, für die Fortsetzung der Verhandlungen eintraten, so hinderte das nicht, dass der Sieg schliesslich doch Jenen zufiel, die mit Rücksicht auf den Zustand der oesterreichischen Erbländer und auf die geringe Aussicht einer wirksamen Unterstützung von irgend einer Seite her für den Abschluss des von Gremonville immer wieder beantragten Vertrages und damit für die Neutralität des Kaisers in dem französisch-niederländischen Conflicte eintraten.

Dass dem Kaiser und vielen seiner Räthe dieser Entschluss nicht leicht wurde, ist gewiss. Aufzeichnungen, die uns über diese letzten entscheidenden Berathungen am Wiener Hofe erhalten sind, zeigen auf das deutlichste, wie schwer man sich zu einer Einigung mit Frankreich entschloss. Die Entschiedenheit, mit der Ludwig XIV. sich jede Erwähnung der lothringischen und der elsässischen Angelegenheit in dem Vertrage verbat, verletzte den Kaiser auf das empfindlichste.

Selbst Lobkowitz, der eifrigste Förderer der französischen Sache, wagte seine Befürwortung des französischen Vertragsprojectes nur als einen Ausfluss der Noth zu bezeichnen. „Wenn E. M., meinte er, nicht mit dem Türken in Gefahr stünden und sonsten wohl armiret wären, wäre es gut und diese Sachen den Waffen anzuvertrauen; weilen aber E. M. nicht genugsam armiret und noch dazu so viel Gefahren unterworfen, auch keine Assistenz weder von Spanien noch sonsten zu hoffen und zu gewarten sein, obwohlen sie Spanier die Sachen wider Frankreich zimblich anstiften, als könnte für diesmalen nachgegeben und die Sachen dahin eingerichtet werden, dass Frankreich weder wider E. K. M. noch Spanien, noch wider das Reich was tentire und anfange, und dahero der Punkt wegen Lothringen endlich wohl ausgelassen werden." Schwarzenberg aber meinte, er kenne zwar die Macht der Franzosen und müsse die Abneigung der meisten Reichsstände, gegen Ludwig XIV. zu kämpfen, zugestehen, er müsse auch zugeben, dass Spaniens Gewalt gänzlich zu Boden geworfen, der Kaiser nicht genügend gerüstet sei, trotzdem aber

[1] Conferenzprotocoll vom 21. Oct. 1671. (Vorträge.)

beharre er bei der Ansicht, man möge auf der Erwähnung der lothringischen Sache bestehen „und selbigen Punkt, wo nicht in das Project, wenigist in ein Particularinstrumentum einverleiben, dann E. K. M. diesfalls mit dero parola der Schuldigkeit ihres kaiserlichen Amts impegnirt wären. Frankreich werde gleichwohlen nicht unterlassen, man treffe oder habe mit derselben ein Foedus, dasjenige(zu) thun, was ihr Convenienz sein wirdet. Inmittels solle man mit Holland und Schweden das Foedus reassumiren und womöglich schliessen. Wann es gleich jetzo wider Holland solle, so haben I. K. M. und die Kron Spanien dadurch nichts anderes zu gewinnen als debellatis illis das beneficium ordinis. Der Lionne wäre todt und dahero dessen successoris consilia erst zu erwarten. Frankreich werde kein Stich halten, sondern ihre Interessen per foedera, per rebelliones et aliis quibuscumque modis suchen, weniger aber ratione huius foederis das secretum halten; wie denn solches schon zu Köln beschehen und ausgesprengt worden, dass E. K. M. bereit mit Frankreich verglichen. Tentetur nochmalen incorporatio puncti Lothringici et cautissime procedatur cum hoc foedere Gallico.“ Die Gesinnung Leopold I. dürfte aber am besten der Hofkanzler Hocher wiedergegeben haben, wenn er sagte, er wage nicht zu diesem Bündnisse zu rathen, „dann solches in sich selbsten nichts nutz; doch ad evitandum majus malum zu sehen, damit man anjetzo mit Frankreich nicht breche; dann wann E. K. M. von den Türken und Frankreich zugleich angefallen werden sollten, wäre es mit uns schlecht bestellt, weilen wir weder mit den Waffen noch mit dem Geld genugsamb versehen, von Spanien und anderen confoederatis auch fast keine oder doch wenigist genugsambe Hilf zu hoffen, in gleichen von dem römischen Reich, als in partes scisso, einige Assistenz nicht zu gewarten.“ Und dieselbe Inconsequenz, die ihn dazu führte die Nutzlosigkeit des Bündnisses mit Frankreich anzuerkennen und trotzdem für den Abschluss desselben zu stimmen, zeigte sich in seinen Ansichten über die lothringische Frage. Denn er erklärte es für eine Pflicht Leopold I., Lothringen nicht preiszugeben, „dann selbiges ein Lehen und pars des römischen Reiches seie,“ meinte aber zu gleicher Zeit, „wegen Lothringen mit Frankreich einen Krieg anzufangen, haltet er nicht für rathsam.“ Dieser Auffassung, dass man Lothringens wegen einen Krieg mit Frankreich nicht wagen dürfe, dass man also, wie Hocher meinte, mit Gremonville „fein redlich und aufrichtig verhandeln und abschliessen,“ aber auch trachten solle, die Berücksichtigung der lothringischen Angelegenheit

in irgend einer Form durchzusetzen, schloss sich Leopold I. an. „Die Sache seie zwar schwer, lautete die endgiltige Erklärung, und ein Foedus mit Frankreich einzugehen hart, wenn selbige Kron solches nicht halten sollte; doch gleichwohlen der Zeit und für diesmal nicht völlig mit dem Gremonvillio abzubrechen, sondern wegen Lothringen mit demselben nochmalen beweglich zu reden. Wenigist thun E. K. M. dadurch dero Schuldigkeit.“[1] Das Endresultat konnte nach diesen Erklärungen nicht mehr zweifelhaft sein. Gremonville, von dem Verlaufe der Berathungen am Wiener Hofe auf das genaueste unterrichtet, blieb bei seiner Forderung, dass der lothringischen und der elsässischen Frage in dem Vertrage keine Erwähnung geschehen dürfe, weigerte sich auf das entschiedenste, specielle Abmachungen über diese Angelegenheiten zu treffen und liess seine Drohungen um so lauter vernehmen, je eingeschüchterter und zögernder er die Räthe des Kaisers erblickte. Ja er wagte von Neuem an den Kaiser das Ersuchen zu stellen, von der geplanten Garantirung des aachischen Friedens den Spaniern gegenüber abzusehen und stand erst dann von dieser Forderung ab, als er sich von dem ausserordentlichen Eindrucke derselben überzeugte, der seinen Ausdruck in den Worten Hochers fand, „man müsse in dieser Frage unerschütterlich bleiben, wenn anders E. M. bei Spanien, Holland, England und der ganzen Welt bei dem Credit und bisherigem guten Vernehmen verbleiben und nicht selbigen verlieren oder sich in mala fide constituiren wollen.“ Des Kaisers Widerstand war damit erschöpft; nach neuen Berathungen mit Hocher und Lobkowitz, der, wie Gremonville behauptet, dem Kaiser erklärte, „man müsse das Mittel gebrauchen, wie eine Arznei, die der Arzt vorschreibe, während alle Freunde davon abraten“, gab Leopold I. seine Einwilligung zum Abschlusse mit den Franzosen. Am 1. Nov. 1671 wurde der Vertrag unterzeichnet; der westphälische und der aachische Friede wurden bestätigt; der Kaiser versprach, sich in keinen Krieg einzumengen, der ausserhalb des deutschen und des spanischen Reiches geführt werden würde und den von Frankreich angegriffenen Mächten ein Jahr lang keinen anderen Beistand als den einer freundschaftlichen Vermittelung zu leisten.

Der Triumph Ludwig XIV. war ein vollständiger. Was ihm

[1] Protocoll der Sitzung vom 23. Sept. 1671. St.-A. (Vorträge.)

bei Karl II. von England gelungen war, was er beim Schwedenkönige durchzusetzen hoffen durfte, hatte er beim Kaiser erreicht. Wie die beiden Mitglieder der Tripleliga hatte er den Herrscher Oesterreichs von den Niederländern zu trennen und zu vermögen gewusst, das ihm verhasste Krämervolk seiner Rache zu überlassen. Dass das Vorgehen Leopold I. seiner Würde als Kaiser, dass es selbst seinen Interessen als Herrscher Oesterreichs nicht ganz entsprach, ist gewiss. Leopold I. wusste das. Aber er glaubte trotzdem der Macht der Verhältnisse weichen zu müssen. Das Schauspiel, das sich zu Ende des Jahres 1667 am Wiener Hofe abgespielt hatte, wiederholte sich jetzt. Wie damals war der Kaiser auch in diesem Augenblicke der festen Ueberzeugung, dass ein energisch geführter Krieg seinem und dem Interesse des deutschen Reiches wie demjenigen Europa's am besten entsprechen würde; wie im Jahre 1667 hatte er im Jahre 1671 sich die zur Führung des Kampfes nothwendige Unterstützung zu verschaffen gesucht; wie damals waren aber auch jetzt seine Bemühungen an dem Eigennutze der deutschen Fürsten und an dem Unvermögen des Kaisers gescheitert, die hohen Forderungen der verschiedenen Mächte zu erfüllen.

Und wie er damals nicht die Kraft in sich gefühlt hatte, das Kühnste, allen Schwierigkeiten zum Trotze, zu wagen, glaubte er auch in diesem Augenblicke die Gutheissung der französischen Forderungen dem Kampfe mit dem übermächtigen Gegner vorziehen zu müssen.

Neunzehntes Kapitel.

Die österreich-staatische Allianz vom Jahre 1672.

Von den entscheidenden Abmachungen, die der Wiener Hof zu Beginn des Monates November 1671 mit dem Vertreter Ludwig XIV. getroffen hatte, erhielt Lisola vorerst ebensowenig Kunde als seiner Zeit von dem Januarvertrage des Jahres 1668. Auch in diesem Falle meinten die maassgebenden Kreise die Mittheilung von dem was geschehen war an die verschiedenen Gesandten im Interesse einer sicheren und ungestörten Fortführung der begonnenen Verhandlungen unterlassen zu sollen. Denn auch darin war der Zustand unmittelbar

nach dem Abschlusse der beiden Verträge ein gleicher, dass die Wiener Regierung in beiden Fällen trotz der mit Frankreich getroffenen Vereinbarungen eine wesentliche Aenderung der bislang den verschiedenen europäischen Mächten gegenüber beobachteten Haltung für überflüssig erachtete. Wie vor Jahren hielt Leopold auch jetzt das Abkommen mit Frankreich für eine Massregel, die er der Noth gehorchend ergriffen hatte, um sich gegen einen unzeitgemässen Einfall des Feindes zu sichern, keineswegs aber für einen Schritt, der es ihm zur Pflicht gemacht hätte von der Fortsetzung jener Verhandlungen abzustehen, die zum Schutze des Reiches und zur Abwehr der diesem von Frankreich drohenden Gefahr geführt worden waren. Er war vielmehr auch jetzt der Ansicht, dass es seinen Interessen am besten entspreche, die mit den verschiedenen deutschen und ausserdeutschen Fürsten in dieser Absicht gepflogenen Unterhandlungen fortzusetzen und von dem Ergebnisse derselben seine künftigen Entschlüsse abhängen zu lassen. Allein Leopold und seine Räthe irrten, wenn sie wähnten, der mit Frankreich geschlossene Vertrag werde keinen wesentlichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse nehmen.

Die Haltung des Kaisers befriedigte eigentlich nur jene, die es mit dem Reiche nicht ehrlich meinten; den Engländer und den Schweden, den Kölner und den Baier, denen die schwankende Haltung des Kaisers die Möglichkeit bot, ihre Sonderpolitik zu treiben, ihre Beziehungen zu Ludwig XIV. zu ihrem Vortheile auszunützen. Von allen jenen aber, die eine Abwehr des drohenden Unheils für unerlässlich hielten und die in dem Reichsoberhaupte den Führer der Bewegung erblickten, bekamen des Kaisers Räthe und Gesandte unaufhörlich Klagen über das der Würde eines Kaisers wenig entsprechende Benehmen Leopold I. zu hören. Nicht den Schritten anderer zu folgen, sondern allen voranzugehen, meinten sie, sei die Aufgabe des Mannes, den das Schicksal an die Spitze der grossen deutschen Nation gestellt habe. Und in diesen Ruf nach einer energischen, zielbewussten Politik des Kaisers stimmten auch die Niederländer seit dem Herbste 1671 ein. Es hatte lange genug gedauert, bis der grössere Theil des Volkes die Nähe und Grösse der Gefahr erkannte, die ihm von Frankreich drohte. Vollauf beschäftigt mit Handelsplänen und blos darauf bedacht, die mit ihnen um die Herrschaft auf dem Meere wetteifernden Engländer nicht zu mächtig werden zu lassen, hatten die Niederländer den

grossen Wechsel, der sich im europäischen Staatensysteme im Laufe der letzten Jahrzehnte vollzogen hatte, nicht erfasst und den französischen König, der sie in ihrem Kampfe gegen die Habsburger so erfolgreich unterstützt hatte, noch in einer Zeit für ihren Gönner und Freund gehalten, als er bereits entschlossen war, mit ihnen zu brechen. Nur langsam gelang es den Anhängern des Prinzen Wilhelm von Oranien, die für eine energische Rüstung zu Wasser und zu Lande und für den Abschluss entsprechender Bündnisse eintraten, sich Geltung zu verschaffen, die Missgriffe der Regierung aufzudecken.[1] Noch Ende des Jahres 1671 gab es in den Niederlanden eine mächtige Parlei, die nicht daran glaubte, oder nicht daran glauben wollte, dass Ludwig XIV. die Niederlande überfallen werde.[2]

Erst nach der demüthigenden Abfertigung, die dem staatischen Gesandten de Groot von Ludwig XIV. zu Theil ward,[3] begannen auch jene Männer, die sich bis dahin aus Geiz dem Abschlusse kostspieliger Allianzen widersetzt hatten, einzusehen, dass doch mehr auf dem Spiele stand, als sie vermutet hatten. Jetzt forderten auch sie im Namen der Gerechtigkeit und zum Schutze der Freiheit den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner; jetzt waren auch sie dafür, Boten nach allen Richtungen hin auszusenden, um Truppen zu werben, Verträge zu schliessen, alle zur Rettung ihres Staatswesens nothwendigen Maassregeln zu treffen. Sie fanden bei diesen Bemühungen ihren eifrigsten Helfer und Förderer in Franz von Lisola, der seit Jahren bestrebt war die Ungläubigen und Kurzsichtigen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die ihnen drohte, und der, zumal seit dem Juli 1671, seitdem eine kaiserliche Vollmacht in diesem Sinne vorzugehen in seine Hände gelangt war, unermüdlich für eine Einigung mit dem Kaiser und für den Bruch mit Frankreich bei allen maassgebenden Persönlichkeiten eingetreten war. Allein jetzt zeigte sich sogleich die Wir-

[1] Sehr richtig bezeichnete de Witt in einem Schreiben an Groot vom 30. Oct. 1670, Lefèvre-Pontalis l. c. II. 146, den Charakter der Niederländer mit den Worten „Le caractère des Hollandois est tel qu'à moins que le péril ne leur saute aux yeux, ils ne sont pas disposés a' s'imposer des charges pour leur propre défense.

[2] Für die Gründe, welche de Witts Haltung erklären, vergl. neben Lefèvre-Pontalis, der etwas parteiisch ist, H. Peter, Johann de Witt, Sybel H. Z. XIII. 156 ff. und Erdmannsdörffer l. c. 526 ff.

[3] Mignet l. c. III 657. H. Peter, Der Krieg des Grossen Kurfürsten gegen Frankreich 1672—1675. p. 32.

kung des neuen österreich-französischen Vertrages. Im Juli 1671 hatte sich die Wiener Regierung damit begnügt, dem kaiserlichen Gesandten zugleich mit der Vollmacht zum Abschlusse mit den Generalstaaten die Weisung zukommen zu lassen, sich durchaus nicht zu übereilen und das Interesse des Kaisers nicht aus dem Auge zu verlieren; gegen Ende des Jahres hielt sie sich verpflichtet, Lisola, über dessen Gesinnung umsoweniger ein Zweifel bestehen konnte, da er gerade damals in zündenden Flugschriften für den Kampf gegen die Franzosen eingetreten war, den Auftrag zu ertheilen, sich unter keinerlei Umständen zu irgend einem Vertrage mit den Niederländern zu verstehen, durch den Leopold I. zur Unterstützung derselben in ihrem Besitzthume verpflichtet werden könnte, vielmehr blos im Sinne eines Ausgleiches zwischen den Generalstaaten und dem Erzbischofe von Köln zu wirken, um so den deutschen Fürsten den Vorwand zu nehmen, mit einem Scheine von Recht den Angriff gegen die Generalstaaten zu beginnen.

Es bedurfte für einen so scharfsichtigen und mit den Verhältnissen des Wiener Hofes so vertrauten Mann, wie Lisola es war, keines weiteren Wortes, um ihm die Ueberzeugung zu verschaffen, dass sich ein bedeutungsvoller Wechsel in der Gesinnung Leopold I. vollzogen habe. Seit Monaten hatte er auf den Befehl geharrt, mit den Generalstaaten abzuschliessen und je länger derselbe ausgeblieben war, desto dringender hatte er auf die Nothwendigkeit eines raschen Entschlusses hingewiesen, desto furchtbarere Anklagen hatte er gegen jene erhoben, die nicht sahen oder nicht sehen wollten, welche Gefahr dem Kaiser und dem Reiche drohte, wenn man die günstige Gelegenheit vorübergehen liess, sich mit den Generalstaaten zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zu einigen. Nicht nur in seinen Berichten an den Kaiser, sondern auch in all seinen Privatschreiben hatte er mit unermüdlichem Eifer die Behauptung verfochten, dass jeder Tag, den man unbenutzt vorübergehen lasse, Verderben bringen könne, dass an dem Ausbruche der Feindseligkeiten seitens der Franzosen nicht zu zweifeln sei, und dass nur in einer zielbewussten, bewaffneten Abwehr die Rettung liege. Aber auch damit begnügte sich der muthige Streiter für Recht und Gerechtigkeit nicht. Er gehörte zu denen, welche die Macht der öffentlichen Meinung sehr hoch stellten und darauf bedacht waren, nach ihren Kräften auf dieselbe einzuwirken. Wie so oft vorher, griff er auch jetzt zur Feder, um die Gebildeten Europa's von der drohenden

Gefahr und von der nothwendigen Einigung aller Freiheitsfreunde zu überzeugen. „Die unfruchtbare Conferenz des Windischgrätz" betitelt sich eine zweifellos von Lisola stammende Flugschrift,[1] in der mit unvergleichlicher Meisterschaft der Nachweis geführt wird, dass das Beispiel Lothringens geeigneter sei als irgend ein anderes, den Fürsten Europa's die Augen darüber zu öffnen, was ihnen von Frankreich drohe. „Ludwig kennt sein Spiel, heisst es an einer Stelle, und wenn Europa bereit ist, zu dienen, ist er bereit, es mit Ketten zu belasten. Diese gefallen den Fürsten, man findet darin etwas Mildes. Und wenn man die Knechtschaft Ehre, die Gewalt Milde heisst, weil er die eine wie die andere vergoldet, wie kann man sich dann wundern, wenn dieser Prinz den Lauf der Dinge verfolgt, und die Falle stets offen hält, in die man mit Herzensfreude fällt."[2]

Es entspricht ganz der Auffassung Lisola's, wenn in dieser Schrift behauptet wird, Frankreich empfange seine Kraft von seinen Feinden, das Schweigen dieser gebe ihm Muth. Und auch darin wird man eher einen Grund für als gegen die Autorschaft Lisola's finden dürfen, dass er die Hauptschuld an dem was geschehen war und was noch drohte, nicht den Engländern und den Generalstaaten, sondern den Spaniern und dem Kaiser beimass und auf das entschiedenste für die Offensive eintrat.[3] Was diese Flugschrift an solchen Aeusserungen enthält, wird man fast wörtlich in den Privatbriefen Lisola's wiederfinden. Es sind die Worte eines Mannes, der das Unglück kommen

[1] Conférence infructueuse de Windischgrätz, ou Violence de la France à retenir la Lorraine. Anno 1671. Ueber Druck und Inhalt vergl. Haller l. c. 109 ff.

[2] Conférence l. c. 48 f.

[3] Er tritt für die Offensive der Spanier gegen Frankreich ein, p. 60. C'est à dire, si Madrid appuye la demarche de Bruxelles, si ses ministres ouvrent les yeux, s'ils voyent clair et s'ils souffrent, que deux ou trois villions d'écus, qui ne sont qu'une foible partie du revenu vaste de la Monarchie sacrifiez à leur interest particulier et à l'interest general de l'Europe ramassent les vieux debris pour rebatir sur eux toute leur gloire éclypsée . . . . p. 66 f. Et ce sera aussi lorsqu'on pourra voir si la France est tout ce qu'elle veut estre en grandeur, en ambition, en gloire et à pousser loin le fil rapide de ses conquestes. Ce soleil qui represente son Prince avec ces superbes mots de „Nec pluribus impar," s'éclypsera; on n'aura pas si fort lieu d'envoyer ses rayons de respect, de crainte et de soûmission aux coeurs qui conservent ces passions empress éespour une couronne qui brille, parceque la lenteur adjoute de l'éclat à sa M^{té}., quand toutefois l'on s'en dépouïllera si on luy ôte toute sa force et son ornement, qui est de faire, qu'on la hâisse au dehors et qu'on cesse une fois de la craindre au dedans. C'est tout le secret de l'affaire.

sieht, der die Mittel kennt, es abzuwenden und durch den Egoismus und die Schlechtigkeit anderer sich ausser Stande fühlt, das, was er als recht und nothwendig erkennt, durchzusetzen. Liest man dieses zündende, so recht aus einem Gusse gearbeitete Memoire Lisola's, dann wird man eine richtige Vorstellung von dem Eindrucke gewinnen können, den die Weisung der Wiener Regierung auf ihn machen musste, aus der er ersah, dass die maassgebenden Persönlichkeiten in der Umgebung Leopold I. noch immer in dem Wahne befangen waren, durch Stillesitzen die dem Reiche und den Erbländern drohende Gefahr abwenden zu können, dass dieselben die Verpflichtung des Reichsoberhauptes blos in der Aufgabe erblickten, die zwischen den Niederländern und Kurköln bestehenden Conflicte beizulegen. Wie oft hatte Lisola darauf hingewiesen, dass an einen gütlichen Vergleich mit dem Kölner nicht zu denken sei, dass dieser von Frankreich gewonnene Fürst nicht zögern werde, allen Verhandlungen zum Trotze, zu gelegener Zeit den Kampf zu beginnen. Es half alles nichts. Die Wiener Regierung beharrte bei ihrer Ansicht. Da traf es sich für Lisola gut, dass er gerade damals einen unwiderleglichen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen seinem Hofe liefern konnte. Seit dem Beginn des Jahres 1671 hatte er mit dem Aufgebote seiner ganzen Kraft daran gearbeitet, Maximilian Heinrich den gefährlichen Banden zu entreissen, die ihn umstrickt hielten.[1] Das Streben der Fürstenberger, ihre verrätherischen Umtriebe mit dem Scheine der Reichstreue zu decken, hatte sie im Anfange des Jahres 1671 bewogen, sich an Lisola im Namen des Kurfürsten mit der Bitte um seine Vermittelung zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit den Generalstaaten zu wenden. Der kaiserliche Gesandte war, obgleich er von vorneherein den Fürstenbergern nicht traute, bereitwilligst auf diesen Vorschlag eingegangen, nicht ohne sogleich zu betonen, dass die Rückgabe Rheinbergs, die Maximilian Heinrich wünschte, von den Generalstaaten

[1] Lisola hat immer wieder, auch in der weiter unten besprochenen Flugschrift Le Dénouement etc. 86 ff betont, dass Maximilian Heinrich nur durch die Fürstenberger zu einer so schlechten Haltung veranlasst worden sei; p. 105. Je scay que c'est un prince juste, pieux, amy de la paix et zelé au bien public et que s'il escarte du bon chemin, ce ne sera jamais que par la faute de ses guides; les ames grandes et genereuses sont beaucoup plus faciles à estre seduites que les autres; parcequ'elles reglent tout le monde sur leur propre mesure et ne croyent pas facilement en autruy ce qu'elles auroient horreur de penser seulement en elles-mesmes.

lediglich aus Misstrauen in die ehrlichen Absichten des Kölner Kurfürsten verweigert werde, und dass es kein besseres Mittel gebe, diese Schwierigkeit zu beseitigen, als den Abschluss eines Defensivbündnisses zu wechselseitigem Schutze.

Maximilian Heinrich griff den von Lisola gemachten Vorschlag mit Freuden auf und die Fürstenberger leisteten vorerst keinen energischen Widerstand in der Voraussetzung, die Generalstaaten würden sich zu einem solchen Abkommen niemals bereit finden. Sobald sie aber wahrnahmen, dass die Niederländer sich den Plänen Lisola's nicht abgeneigt zeigten, änderten sie ihr Benehmen, und sandten einen ihnen ganz ergebenen Mann nach dem Haag mit der Weisung, die von Lisola geplante Allianz auf jede mögliche Art zu durchkreuzen. Eine Reise, die des Kaisers Gesandter nach Köln unternahm, um Maximilian Heinrich die Augen zu öffnen, blieb erfolglos. Die Fürstenberger versprachen die Sendung eines gutgesinnten Mannes nach dem Haag, unterliessen dieselbe aber. Dagegen drängte der Resident des Kölner Erzbischofes im Haag im Einverständnisse mit den Fürstenbergern unaufhörlich zur Aufnahme der Verhandlungen um die zur Durchkreuzung des Allianzplanes nothwendige Zeit zu gewinnen, und Lisola ging darauf ein, mehr in der Erwartung, den Generalstaaten und dem Wiener Hofe die Augen über die wahren Absichten der Fürstenberger zu öffnen, als in der Hoffnung auf Erfolg. Er verfasste ein Vertragsproject, kraft dessen sich die Generalstaaten zum Abschlusse eines Defensivbündnisses und zur Rückgabe Rheinbergs bereit erklärten und sendete dasselbe — da de Witt nur nach erfolgter privater Gutheissung durch Maximilian Heinrich den officiellen Antrag stellen wollte — nach Köln.[1] Die Antwort, die

[1] Diese rheinbergische Angelegenheit und die mit derselben in Verbindung stehenden Verhandlungen zwischen Lisola und Fürstenberg bilden den wesentlichen Inhalt der von Lisola verfassten Schrift: Le Dénouement des intriques du temps. Par la responce au Livret intitulé: Lettres et autres pièces curieuses. Fait par le S. J. P. P. B. A. Bruxelles 1673. Die Schrift entstand Mai bis Juli 1672. Ausgezeichnet ist u. a. in dieser Schrift die persönliche Abfertigung der Gegner Lisola's. Auszüge daraus bei Haller l. c. 113 ff. Ich bemerke übrigens, dass Lisola am 29. Dez. 1671 ein Schreiben an Wilhelm von Fürstenberg richtete, in dem er denselben direct als Urheber der das Reich schädigenden Conflicte bezeichnete. Grana, dem er den Brief zur Weiterbeförderung übersendete, hielt es für zu gefährlich, das Schreiben dem Adressaten zu übermitteln und behielt es zurück. Das Schreiben gipfelte in den Sätzen „que tout ce que V. A. a fait proposer icy pour moyenner un accommodement sur l'affaire de Rhinberg n'a esté

ihm zu Theil wurde, entsprach ganz seinen Erwartungen. In einem Schreiben, dass sichtlich den Einfluss einer französischen Feder verrieth, wurde Lisola darauf aufmerksam gemacht, dass die Sachlage sich geändert habe, dass der Kurfürst einen Vergleich, den er noch vor wenigen Monaten mit Vergnügen hätte eingehen können, gegenwärtig nicht gutzuheissen vermöge.[1] Einen deutlicheren Beweis für die Aussichtslosigkeit einer gütlichen Vereinbarung konnte es nicht geben.[2] Lisola meldete denn auch das Resultat seiner Bemühungen nicht ohne eine gewisse Genugthuung nach Wien. „Aus alledem, was ich diesbezüglich berichte, schreibt er am 1. Januar 1672, werden E. M. die Wahrheit alles dessen ersehen, was ich so oft und seit so langer Zeit vorhergesagt habe; nämlich, dass die Franzosen, was immer sie auch vorgeben mögen, vornehmlich die Herrschaft des Rheines anstreben, und da ihre Macht am Oberrhein sowohl durch die Orte, die sie im Besitze haben, als durch ihre Clientel und durch den Besitz Lothringens genügend gesichert erscheint, fehlte zur Vollendung des Werkes nichts, als ihre Tyrannei auch dem Niederrhein aufzubürden, wozu sie geeignete Werkzeuge in den Fürstenbergern fanden, die den Kurfürsten, indem sie ihm Schrecken und Gewissensscrupel einjagten, nach und nach in die Netze der Franzosen verwickelten, so dass sein Schicksal jetzt nicht mehr in seiner Hand liegt. Auch ist nicht zu hoffen, dass sie dabei stehen bleiben, oder von ihrem Vorhaben ablassen werden, bis sie ihr Hauptziel erreicht,

depuis le commencement iusques à la fin qu'un pur amusement .... Tout ce que je luy puis dire est, qu'il est en son pouvoir d'empescher cette guerre, que toute l'Empire apprehende avec tant de raison.

[1] Schreiben Maximilian Heinrichs an Lisola und Kramprich, 2. Jan. 1672. St.-A. (Col.) Abgedruckt im Dénouement l. c. 48 ff. Ich bemerke, dass die Darstellung dieser Verhandlungen bezüglich Rheinbergs nach den Acten sich vollkommen mit jener deckt, die der Verfasser des Dénouement giebt. Ich verweise daher auch für die Details auf diese Schrift.

[2] Mit Recht betonte Lisola im Dénouement, l. c. 118, das gänzlich unberechtigte Vorgehen des Kurfürsten, resp. seiner von Frankreich gewonnenen Räte, „Mais quand on leur accorderoit mesme que toutes ces apprehensions ont eu de justes fondemens, que les Hollandois meditoient quelques mauvais dessein contre les Estats de S. A. E., que tout cet amas de trouppes se faisoit contr'eux, l'on n'en sçauroit tirer une juste consequence, que l'on ayt deû pour cela recourir de plein saut à des secours estrangers et suspects, puisque l'on en avoit à la main de prompts, de plus seurs et de plus legitimes; il falloit communiquer auparavant ces apprehensions à l'Empereur, à la diette de Ratisbonne et aux princes voisins, qui y estoient si interessés.

das sie von Anfang an im Auge gehabt haben, nämlich Ludwig XIV. zum deutschen Könige zu machen, um, wie sie hoffen, in seinem Namen zu herrschen. Ich glaube daher, dass der Krieg nicht so gegen die Holländer, als um die Grundlage für ihre Machinationen in Deutschland zu legen, unternommen werden wird. Denn sie hoffen, dass die Holländer, wenn sie überhaupt den Kampf aufnehmen, durch den ersten Einfall der Franzosen besiegt werden, oder aber, falls die Holländer der offenen Schlacht aus dem Wege gehen, in einem Sommer Rheinberg, Utrecht und einige Städte Gelderns zu erobern und von dieser Seite sicher sich der Herrschaft des Unterrheines zu bemächtigen; oder aber, dass die Holländer des Kämpfens müde, freiwillig die Friedensbedingungen annehmen werden, was auch zweifelsohne geschehen wird, wenn sie sich von allen übrigen Mächten verlassen sehen. Es liegt aber nicht im Interesse dieser Mächte, die Holländer zu Grunde gehen zu lassen; denn ist dies geschehen, dann werden die Franzosen sobald dieses Hinderniss beseitigt ist, das dem Fortschritte der Franzosen im Reiche und in Belgien Maass und Verzögerung auferlegen kann, in gestrecktem Laufe, die Maske abwerfend, ohne dass Jemand ihnen Widerstand zu leisten wagen wird, zur Vollendung ihrer kühnen Pläne eilen, die sie vorher gefasst haben."[1]

Dieser seiner Ansicht von der Nothwendigkeit einer bewaffneten Abwehr der französischen Uebergriffe entsprach es auch, dass er, obgleich von seiner Regierung immer wieder zur Vorsicht und Zurückhaltung ermahnt, die Bemühungen der Niederländer, Bundesgenossen für den bevorstehenden Kampf zu gewinnen, auf das eifrigste förderte. Er hat dem Brandenburger zum Abschlusse mit den Niederländern das Wort geredet, er hat durch seine ausgezeichneten Verbindungen Einfluss zu nehmen gewusst auf die im Auslande lebenden Fürsten von Braunschweig, er hat, um den Beweis dafür zu liefern, dass Frankreich und die Kölner die Einigung nicht wünschten, die Generalstaaten vermocht, zu Regensburg feierlich ihre Geneigtheit kundzuthun, die rheinbergische Angelegenheit auf gütlichem Wege zu ordnen.[2] Er war es auch, der in ununterbrochenem

[1] Lisola an Leopold, 1. Januar 1672. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Es geschah dies auf den Wunsch der Wiener Regierung. Leopold I. hatte in seiner Weisung vom 8. Jan. 1672 an Lisola erklärt: „Wir sind noch immer der Ansicht, dass die Staaten, um nicht den Anlass zum Kriege zu geben, sich

Verkehre mit den Führern der parlamentarischen Opposition in England stehend den Hass derselben gegen den französisch gesinnten König zu steigern suchte; er war es auch, der unermüdlich in die Niederländer drang, die Forderungen der Schweden selbst unter schweren Opfern zu befriedigen, um dieselben nicht zum Abschlusse mit den Franzosen zu treiben; er war es auch, der unablässig die spanischen Räthe aneiferte, die seit langem mit den Niederländern geführten Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen, sich zur Beschützung des bedrohten Nachbarstaates bereit zu erklären. Seinen Bemühungen wird es denn auch nicht in letzter Linie zugeschrieben werden müssen, dass noch vor Ende des Jahres 1671 der Vertrag fertig gestellt wurde,[1] durch den sich die Spanier zur Unterstützung der Niederländer gegen jeden feindlichen Angriff verpflichteten. Freilich war all das nur ein schwacher Ersatz für den empfindlichen Schaden, den des Kaisers Zurückhaltung den Niederländern brachte. Seitdem de Witt und mit ihm die Mehrzahl der niederländischen Politiker nicht mehr daran zweifeln konnten, dass es zum Kampfe mit den Franzosen kommen werde, traten sie unablässig an Lisola mit der Bitte heran, den seit Jahren versprochenen Beweis freundschaftlicher Gesinnung zu liefern, und die Verhandlungen, zu deren Führung er sich bereits im Sommer des Jahres 1671 als bevollmächtigt erklärt hatte, endlich zu beginnen. Mit einer ungewöhnlichen Schnelligkeit wurden die Vollmachten aller Provinzen besorgt, weitgehende Zugeständnisse gemacht, das Interesse des Kaisers an den Ereignissen in's rechte Licht gestellt und der Abschluss eines Vertrages nach Art des mit Spanien eingegangenen gefordert.[2] Man wird sich die Situation, in der sich Lisola befand, nicht leicht peinlich genug vorstellen können. Er, der grosse Eiferer für den Kampf gegen Frankreich, der Vertreter der Idee von der Nothwendigkeit eines energischen Vorgehens, er, der mit Leib und Seele für die Entscheidung mit den Waffen eingenommen war, der in seinen Plänen vielleicht noch weiter ging als die zunächst betroffenen Niederländer, hatte den bestimmten Befehl, sich bezüglich der Allianz in keiner Weise zu binden und jeden Schritt zu unterlassen, der den Kaiser nöthigen

zur Restitution Rheinbergs bereit erklären sollten." Auf eine entsprechende Mittheilung Lisola's vom 25. Januar erwiderten die Staaten mit einem offenen Schreiben an den Kaiser vom 28. Januar 1672. — St.-A.

[1] Vergl. Mignet. l. c. III. 662 ff.

[2] Vergl. Lefèvre-Pontalis l. c. II. 154 ff.

konnte, gegen Frankreich zu Felde zu ziehen, falls Ludwig XIV. in die Niederlande einfallen sollte. Was sollte nun Lisola thun? Von dem Entschlusse seiner Regierung den Niederländern Mittheilung zu machen, daran dachte er nicht einmal. Das wäre ihm als ein schweres Vergehen gegen das grosse Ziel seines Lebens erschienen. Denn er zweifelte keinen Augenblick daran, dass die Niederländer sich in diesem Falle den Franzosen auf Gnade und Ungnade ergeben würden. Sich in dem Sinne zu binden, wie de Witt es forderte, konnte er aber auch nicht; er musste ja in diesem Falle seine sofortige Abberufung und strengste Bestrafung gewärtigen. In diesem Conflicte verschiedenartiger Pflichten glaubte er zu dem Mittel greifen zu müssen, das sich schon so oft bewährt hatte; er musste trachten, die Niederländer durch allgemeine Versprechen hinzuhalten, bis es ihm gelang, die Wiener Regierung von der Unstatthaftigkeit ihrer Pläne und von der dem Kaiser drohenden Gefahr zu überzeugen und zu neuen, anders lautenden Weisungen zu vermögen. Er erwiderte daher die Vorschläge der staatischen Deputirten mit der Betonung der guten Gesinnung des Kaisers und mit dem Anerbieten, die Niederländer möchten jenem Bündnisse beitreten, das der Kaiser mit verschiedenen Reichsfürsten einzugehen vorhabe und das seinem Abschlusse nahe sei. Dass dieses lediglich defensive, zum Schutze des Reiches dienende Bündniss den Wünschen und den Bedürfnissen der Niederländer nicht genügen konnte, wusste Lisola, und es wunderte ihn daher auch nicht, dass die Vertreter der Staaten wenige Wochen darauf ihre Ansicht in diesem Sinne kundgaben und nach wie vor auf den Abschluss eines Vertrages drängten, durch den sich Leopold I. zur Wahrung der staatischen Interessen gegen die Franzosen verstehen sollte. Es geschah wieder aus Rücksicht auf die ihm zugegangene Weisung seiner Regierung, dass Lisola ganz gegen seine Ueberzeugung den wesentlichen Unterschied der Stellung der Spanier und des Kaisers hervorhob und als nothwendige Grundlage eines jeden Vertrages zwischen den Niederländern und Leopold die Aufrechterhaltung der Friedensschlüsse von 1648 und 1668 bezeichnete. Seiner Regierung gegenüber betonte Lisola aber nach wie vor, wie unerlässlich der sofortige Abschluss des Vertrages mit den Generalstaaten, wie wenig dem Kaiser damit gedient sei, wenn er die Entscheidung der Zukunft anheimstelle, wie unrecht er habe, wie vor Jahren auf die Rettung der von Frankreich bedrohten Mächte durch andere Fürsten zu rechnen. Allein Lisola's Memoire vermochte die

Wiener Regierung von der einmal gefassten Ansicht nicht abzubringen. Nicht dass man in Wien einen Augenblick über die Pläne der Franzosen im Unklaren gewesen wäre, oder dass man die Gefahr verkannt hätte, die aus ihrem Vorgehen auch dem Kaiser und dem Reiche drohte. Nicht nur Lisola, sondern fast alle Vertreter Leopold I. an den verschiedenen Fürstenhöfen sprachen mit Sicherheit von dem bevorstehenden Einfalle der Franzosen in die Niederlande. Seit Monaten drängte de Grana, mit Lisola einer Ansicht, den Kaiser, energische Maassregeln zu ergreifen, warnte Goess von Berlin aus vor den Erklärungen Gremonville's. Und wie die Gesandten Leopold I. äusserten sich auch jene Fürsten, die einen genaueren Einblick in die Pläne Ludwig XIV. erlangen konnten.[1] Man gewinnt übrigens, wenn man die zahlreichen Conferenzprotocolle aus jenen Tagen liest, die Ueberzeugung, dass man auch in der Umgebung Leopold I. gewusst habe, wie wenig auf die Versprechungen der Franzosen zu geben sei. Als Gremonville zu Beginn des Jahres 1672 im Hinblicke auf Spaniens Haltung im Namen seines Herrschers an den Kaiser die Aufforderung ergehen liess, den Spaniern energisch die Unterstützung der Generalstaaten zu widerrathen, wurde in der geheimen Conferenz ausdrücklich hervorgehoben, dass dies nicht allein den geschlossenen Verträgen widersprechen, sondern auch direct dem Interesse des Kaisers zuwider sein würde, „da es doch leichtlich geschehen könnte, dass der Kaiser noch genöthigt werden könnte, die Holländer zu unterstützen".[2]

Und wenige Wochen später, als Gremonville die Erklärung abgab, sein Herr würde den Vertragsschluss zwischen den Spaniern und den Generalstaaten als Kriegserklärung ansehen, und das Versprechen des Kaisers forderte, in diesem Falle die Spanier nicht zu unterstützen, wurde in einer Conferenz, der auch Lobkowitz beiwohnte, einstimmig die Meinung geäussert, „man müsse es zum allgemeinen Leidwesen kosten, dass man sich auf das mit Frankreich allhier geschlossene Foedus nicht im geringsten zu verlassen habe und also wir ihm weder trauen noch glauben können, sondern alles einmal lauter Meineid ist". Man anerkannte auch am Wiener Hofe, dass Frankreichs Begehren eigentlich schon eine Kriegserklärung gegen den Kaiser sei, da den Spaniern kraft des pyrenäischen und

[1] Vergl. u. a. die Schreiben des Kurfürsten von Trier an Hocher vom 2. Jan., 13. und 22. Febr. 1672. St.-A. (Trev.)

[2] Conferenzprotocoll vom 9. Jan. 1672. St.-A. (Vorträge.)

des aachischen Friedenschlusses gestattet sei, die Generalstaaten zu unterstützen, Frankreich aber in dem Vertrage vom 1. November 1671 sich zur Beobachtung des Aachner Friedens verpflichtet habe. „Wenn, lautet die entscheidende Stelle des Protocolles. Frankreich dasjenige für Ruptur seitens der Spanier ausdeutet, was dies vermöge selbigen aachischen Friedens thun können, so ist dies ein Zeichen, dass Frankreich consequenterweise auch mit dem Kaiser brechen will, weil dieser Spanien in Kraft bedeuten aachischen Friedens und auch sonst zu assistiren verbunden ist und selbige Kron nicht im Stiche lassen kann. Man muss sich also in gute Postur setzen .... facere et non dicere."[1] Allein von Worten zu Thaten ist ein weiter Weg. Die meisten Mitglieder der Conferenz zeigten nur geringe Neigung, das durchzuführen, was sie als richtig anerkannten und persönliche Interessen trugen dazu bei, dass man sich aller schönen Reden ungeachtet entschloss, Gremonville's Forderungen nicht rundweg abzuweisen, sondern ausweichend zu beantworten, den Gesandten im Haag die von Frankreich drohende Gefahr als eine entfernte darzustellen, den Niederländern den Rath zu ertheilen, sich in der Rheinbergerfrage nachgiebig zu zeigen und den Ständen des Reiches die Geneigtheit kundzuthun, der allgemeinen Sache zu Liebe die Forderungen des Kurfürsten von Köln gutzuheissen. Lisola aber erhielt als Antwort auf seine Anfrage wegen sofortigen Abschlusses mit den Generalstaaten den bestimmten Befehl, da eine Aenderung der Lage noch nicht eingetreten sei, lediglich die Geneigtheit des Kaisers zu betonen, dem Vertrage zur Garantie des aachischen Friedens beizutreten; „bezüglich des Separatbündnisses aber erwarten wir Eueren Bericht, speciell was im Falle eines Krieges Schweden, Brandenburg, Braunschweig thun werden. Auch werdet Ihr einsehen, dass es für uns unzweckmässig wäre, diesem Bündnisse ohne einige Fürsten des Reiches beizutreten. Wir müssen über die Stimmung der anderen Mächte und über ihre Entschlüsse orientirt sein, bevor wir uns erklären können, damit wir uns nicht in einen Krieg stürzen, der auch die Erbländer bedrohen könnte."[2] Dass Lisola in der Zwischenzeit, wie man aus seinen Berichten erfuhr, neue Verhandlungen mit den Niederländern geführt hatte und in lebhaftester Weise für den Abschluss des Bündnisses eingetreten

[1] Conferenzprotocoll vom 26. Jan. 1672. St.-A. (Vorträge.)
[2] Weisung an Lisola, 8. Jan. 1672. St.-A. (Col.)

war, bewog den Kaiser im Februar 1672 neuerdings und wo möglich noch schärfer dem Gesandten jede bindende Abmachung zu untersagen. „Was das Bündniss anlangt . . . wollen wir, dass Ihr die grösste Sorgfalt darauf verwendet, Euch in nichts einzulassen, bevor wir wissen, was Spanier, Engländer, Schweden beschlossen haben, welche Stellung der Brandenburger und die übrigen Fürsten des Reiches einnehmen; denn sonst könnten wir in einen Krieg verwickelt werden. Wir befehlen Euch daher in dieser Angelegenheit um keinen Schritt über unsere Befehle hinauszugehen."[1]

Dass der Wiener Hof trotzdem im Laufe der ersten Monate des Jahres 1672 unablässig Verhandlungen nach allen Seiten hin führte und seine Bereitwilligkeit kundgab, etwas zu thun, darf uns nicht irre machen. Gerade das stete Streben nach neuen Bundesgenossen zeigt, wie fest entschlossen die Wiener Regierung war, nur im Falle eines mächtigen Rückhaltes den Kampf mit den Franzosen zu wagen. Diesen zu erlangen war Leopold aber auch jetzt nicht im Stande. Ueberall im Reiche und fast an allen europäischen Fürstenhöfen wurde der Wunsch ausgesprochen, den Kaiser an der Spitze der Bewegung zu sehen, aber niemand wollte die Kosten aufbringen, die zu tragen der Wiener Hof sich ausser Stande erklärte. Die Niederländer handelten und feilschten mit den Schweden und unterliessen es mit entsprechenden Anerbietungen an den Kaiser heranzutreten. Das „Marienburger Bündniss," an und für sich unbedeutend durch die Beschränkung auf die Defensive und durch die geringe Zahl der zur Wahrung des Friedens bestimmten Truppen, verlor noch an Werth, als die Bemühungen des Kaisers, neue Fürsten zum Eintritte zu bewegen, scheiterten,[2] während von den Mitgliedern des Bundes das eine bereits mit dem Feinde des Kaisers abgeschlossen hatte, das zweite schwankend, das dritte mehr Hilfe bedürftig als in der Lage war, eine solche zu leisten. Insbesondere das

[1] Weisung an Lisola, 17. Februar 1672. St.-A. (Friedensacten.)

[2] Das Marienburger Bündniss vom 10. Jan. 1672 ist auch kein Collectivbündniss, sondern lediglich die Ausfertigung des Mainzers; zu einem Collectivbündnisse, wie der Kaiser es ursprünglich geplant hatte, kam es überhaupt nicht. Sonderausfertigungen erfolgten noch seitens Triers d. d. Coblenz 18. Febr. 1672 und Paderborns d. d. Neuhaus 9. Apr. 1672 (St.-A.). Die bairische Regierung gab den zu Beginn des Jahres 1672 in München erschienenen Räthen des Kaisers (Instruction vom 27. Jan. 1672. St.-A. [Bav.]) das Versprechen „weil solche Allianz blos und allein zu des Reiches Defension und keineswegs dahin angesehen, sich fremder Händel und Unruhen mit des Vaterlandes Gefahr theilhaft zu machen, das

Benehmen des Erzkanzlers, der sich wieder bedenklich den Franzosen näherte und sich nicht scheute, dem Kaiser öffentlich zu erklären, er habe in Folge der Aeusserungen Ludwig XIV. seine Ansicht geändert und werde gegen eine Unterstützung der Generalstaaten stimmen, verfehlte nicht, nachhaltigen Einfluss auf Kaiser Leopold I. zu üben.[1]

Die Schweden aber, mit denen der Wiener Hof noch immer verhandelte, bestanden nach wie vor auf Geldforderungen, die Leopold I. beim besten Willen nicht gutheissen konnte.[2] Unter diesen Umständen hätte nur eine ausserordentlich bedeutende Geldunterstützung des Kaisers durch die Spanier dem ersteren die Möglichkeit geboten, sich für den Kampf zu entscheiden. Allein die Spanier zögerten, obgleich sie immer wieder den Kaiser drängten mit Frankreich offen zu brechen, halbwegs entsprechende Subsidien zu bewilligen, und liessen sich in dieser Auffassung der Verhältnisse weder durch die Schreiben Leopold I. noch durch die Reden seines Gesandten irre machen. Die Briefe des Kaisers an Pötting aus dieser Zeit beweisen, dass die Besorgniss bei ungenügender Rüstung und mangelnder Unterstützung durch die Mitinteressirten im Kampfe gegen die Franzosen zu unterliegen, die Haltung Leopold I. in erster Linie bestimmt hat. „Die vertröstete 100000 escudo werden wol gar wol a tempo komben, allein sorge Ich wohl, es würden meine Soldaten alle derweil Hunger sterben, wann sie darauf warten müssten."[3]

Auf die Aufforderung der Spanier, mit den Franzosen definitiv zu brechen, erwiderte Leopold I. wie seit Jahren mit der Forderung beträchtlicher Unterstützungen; er zeigte sich auch jetzt im Principe

communicirte Project seiner Wichtigkeit nach fleissig zu überlegen (Erklärung vom 12. Feb. 1672. St.-A. [Bav.]), verzögerte aber die Erklärung von Monat zu Monat. Der Brandenburger betonte die Bedeutungslosigkeit des Bündnisses; mit den Braunschweigern kam man nicht vorwärts und die Verhandlungen mit Neuburg, Strassburg, Köln konnten zu keinem Resultate führen, da diese Fürsten nur die Schwächung des Bündnisses bezweckten.

[1] Für die Ideen des Mainzers ist die aus seinem Kreise ausgehende Schrift „Considerationes politicae super praesenti statu Europae etc. 1672" sehr bezeichnend. Vergl. Haller l. c. 106 ff.

[2] Pufendorf, der in Wien die Verhandlungen führte, blieb immer dabei, das Geld müsse gegeben werden. Vergl. seinen Finalbericht; ed. Helbig, 17 ff. Leopold schreibt darüber am 25. Februar an Pötting: „Die Schweden wollen halt von allen Leutten Geldt annemben. Von Kaiser und Spanien begehren sie es, mitt Frankreich thun sie auch noch handlen, also das mann auff ihre Freundtschafft nitt gar zue viel hoffen kann. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Leopold an Pötting. 4. Jan. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

zum Kampfe bereit; er meinte, es sei eine wichtige Frage, über die deliberirt werden müsste; aber er bezeichnete nach wie vor als unerlässliche Bedingung für die Theilnahme am Kriege eine entsprechende Unterstützung und betonte dies umsomehr, je drohender im Laufe der nächsten Monate die Gefahr einer türkischen Invasion wurde, während Frankreich und dessen Verbündete eifriger als je bestrebt waren, dem Kaiser die Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen so leicht als möglich zu machen. Nur diesem Gefühle der Unsicherheit bezüglich dessen, was sich ereignen könnte und der nothwendigen Rücksichtnahme auf den Zustand der Erbländer wird es zuzuschreiben sein, dass die Wiener Regierung es nicht wagte, auf Gremonville's lügenhafte Aeusserungen, deren Zweck man wohl durchschaute, kräftiger zu erwidern, dass sie die Forderung des Kölner Kurfürsten, seinen Eintritt in das Marienburger Bündniss zu gestatten, um es zu sprengen, nicht in verdienter Art zurückwies, vielmehr dem Gesandten Ludwig XIV. friedliebende Erklärungen gab und den Vertretern Maximilian Heinrichs und diesem selbst gegenüber die principielle Geneigtheit betonte, den Kölner in das zur Wahrung des Reichsfriedens geschlossene Bündniss aufzunehmen.

Der im Sinne dieser schwankenden Ansicht an Lisola ergangene Befehl, von dem Abschlusse des Bündnisses mit den Generalstaaten vorerst abzusehen, hatte den kaiserlichen Gesandten auf das heftigste erschüttert. Der Vertrag der Spanier mit den Generalstaaten,[1] den man nur im allgemeinen kannte, war nicht nur in den Niederlanden, sondern in ganz Europa von wesentlichen Folgen begleitet gewesen. Die der Einigung mit Frankreich widerstrebende Partei des englischen Parlamentes fasste neuen Muth und begann den Kampf gegen die Franzosenfreunde; die Hoffnung auf einen günstigen Abschluss mit den Schweden nahm zu und von Tag zu Tag wuchs die Aussicht, dass es trotz vielfacher Schwierigkeiten gelingen werde, die Einigung zwischen den Generalstaaten und dem Kurfürsten von Brandenburg zu Stande zu bringen, dessen im Kampfe erprobte Truppen für den Verlauf des bevorstehenden Krieges von ausschlaggebender Bedeutung werden konnten.

Entschloss sich nun der Kaiser offen und ehrlich für den Bruch mit Frankreich, dann war — das war Lisola's Meinung — nicht daran

[1] Die Ratification erfolgte am 22. Febr. 1672. Ueber den Eindruck der Nachricht von dem Abschlusse dieses Vertrages auf die Niederländer vergl. das Schreiben Lisola's vom 18. Febr. 1672. St.-A. (Holl.)

zu zweifeln, dass andere Fürsten folgen würden, dass es den vereinten Bemühungen aller gelingen werde, die französischen Uebergriffe zurückzuweisen und die deutschen Fürsten, die sich den Franzosen angeschlossen hatten, zur Umkehr zu vermögen, oder rasch zu züchtigen. „Der Entschluss der Spanier, schrieb Lisola am 1. März 1672 an Hocher, hat bedeutende Folgen gehabt in Deutschland und in England. Alles blickt jetzt auf den Kaiserhof, mit Spannung erwartend, wozu man sich daselbst endlich entschliessen wird. Die Mehrzahl der Fürsten wird dem dort gegebenen Beispiele folgen. Niemals ist nach meiner unmaassgeblichen Ansicht eine günstigere Gelegenheit gewesen, den Ehrgeiz unserer stetigen Nebenbuhler zu unterdrücken und zu besiegen als jetzt. Lassen wir aber diese Gelegenheit vorübergehen, so sehe ich kein Mittel, durch das wir uns und das Reich dem Verderben entreissen könnten."[1] Unablässig drängte jetzt de Witt zum raschen Abschlusse des geplanten Bündnisses, lebhaft unterstützt von den Spaniern, von den Brandenburgern und von den Vertretern der übrigen Mächte im Haag, die mit Spannung der Entscheidung des Wiener Hofes entgegensahen. Unter dem Eindrucke all dieser Ereignisse und durchdrungen von der Ueberzeugung, dass der Entschluss der Wiener Regierung für Jahrzehnte die Politik des Kaisers nicht nur, sondern Europa's bestimmen werde, hielt sich Lisola für verpflichtet, nochmals in zusammenfassender Darlegung dem Kaiser ein Bild der Lage zu entwerfen, um ihn, indem er die Thatsachen sprechen liess, von der Nothwendigkeit des Krieges gegen Frankreich zu überzeugen. Neues hat er in diesem umfassenden Memoire vorzubringen nicht vermocht. Wir vernehmen auch in diesem Schriftstücke dieselben Gründe, die er so oft in's Feld geführt, dieselben Erwägungen, die er so oft zum Ausdrucke gebracht hatte, um zu beweisen, dass nur in einer energischen Abwehr der drohenden Gefahren das Heil des Kaisers und des Reiches liege.[2] Auch hat dasselbe nicht den Einfluss auf die Entscheidungen des Wiener Hofes geübt, den ein neuerer Schriftsteller ihm zusprechen will.[3] Nur

[1] Lisola an Hocher, 1. März 1672. (Holl.)

[2] An expediat S. C. Mti. propositum ab Hollandis defensivum foedus sancire nec ne. Vergl. Grossmann Franz von Lisola im Haag 1672 bis 1673. A. f. K. ö. G. LI. 11 ff.

[3] Grossmann dürfte dadurch zur Ueberschätzung dieses Schriftstückes verleitet worden sein, weil er die früheren Acten nicht gesehen hatte und daher nicht wissen konnte, dass Lisola schon zu wiederholten Malen in ebenso beredter Weise seiner Ansicht Ausdruck verliehen hatte.

jene Männer, die mit Lisola einer Ansicht waren, haben sich die Mühe gegeben, seinen Auseinandersetzungen weitere Verbreitung zu verschaffen, vor allen Markgraf Herrmann von Baden, der am Wiener Hofe eine bedeutsame Rolle spielte. In einem bald nach dem Einlangen des Lisola'schen Memoire's abgefassten Gutachten sprach derselbe auf das entschiedenste die Ansicht aus, dass das Interesse des Reiches und des Kaisers dringend den sofortigen Abschluss des Bündnisses mit den Staaten fordere, widerlegte derselbe alle Gründe, die gegen dasselbe vorgebracht worden waren und wies auf das schlagendste nach, dass trotz aller von ihm anerkannten Schwierigkeiten das Interesse des Kaisers durch die Führung des Krieges besser gewahrt werde, als durch ein zurückhaltendes Benehmen, das nur einen Aufschub, keineswegs aber die Beseitigung der Gefahr zur Folge haben könnte.[1] Aber weder der doppelzüngige, mit Frankreich tief verstrickte Lobkowitz, noch der zögernde, bedächtige Hocher änderten in Folge der Auseinandersetzungen Lisola's ihre Ansichten. Auch bestand der wesentliche Unterschied in der Auffassung der Männer, die am Hofe Leopold I. für den Krieg eintraten, von jener der Friedensfreunde nicht — wie damals und später behauptet worden ist — darin, dass die letzteren die Niederländer für mächtig genug gehalten haben, um allein den Kampf gegen Frankreich mit Erfolg zu führen. Wenn Hocher von der Undankbarkeit der Niederländer sprach, wenn er es im Hinblicke auf die Eigennützigkeit dieses Volkes als wünschenswerth bezeichnete, dass dasselbe ein wenig „zerzaust" werde, wenn er der Hoffnung lebte, die beiden kriegführenden Mächte würden sich gegenseitig und zum Vortheile des Kaisers schwächen, so war er doch weit davon entfernt, an die Möglichkeit eines siegreichen Kampfes der Niederländer gegen die Franzosen ohne wesentliche Unterstützung jener durch andere Fürsten zu glauben.[2]

Der hauptsächlichste Unterschied der beiden Anschauungen, die am Wiener Hofe vertreten waren, bestand vielmehr darin, dass die eine Partei, zu der neben Lisola, der Markgraf Herrmann von Baden, Montecuccoli, Schwarzenberg und einige wenige andere[3] zählten,

[1] Gutachten vom 26. März 1672. St.-A. (Holl.); vergl. Grossmann l. c. 19 f.

[2] Gremonville schrieb übertreibend, man habe am Wiener Hofe geglaubt, der Krieg werde lange Zeit währen, qu'elle prendrait au moins vingt-cinq ou trente années, consumerait les meilleurs moyens de la France et que pendant ce temps la maison d'Autriche pourroit se fortifier et se rétablir. Vergl. auch Haller l. c. 41.

[3] Nicht richtig ist, was Klopp l. c. I. 304 behauptet, die Mehrzahl der Gutachten habe für den Krieg gelautet; aber gleichfalls unrichtig ist, wenn Gross-

der Ansicht war, es liege im Interesse des Kaisers, trotz der von Osten her drohenden Gefahr, trotz aller Geldcalamitäten und trotz der sichtbaren Abneigung der erbländischen Bevölkerung gegen einen weitaussehenden Krieg, den Kampf gegen Frankreich zu führen, weil sie der Ueberzeugung lebten, Ludwig XIV. werde sich sogleich nach dem Falle der Niederlande gegen das Reich und gegen dessen Oberhaupt wenden, während die übrigen maassgebenden Minister, zum Theil durch persönliche Interessen bestimmt, es für zweckmässiger hielten, den Bruch mit Frankreich zu vermeiden, die Vertheidigung der Niederlande anderen Fürsten zu überlassen und nur unter vortheilhaften Bedingungen und mit Wahrung der eigenen Interessen bei günstiger Gelegenheit den Anschluss an die bereits zum Schutze des Reiches geeinigten Fürsten zu vollziehen. Während des ganzen Verlaufes der folgenden Verhandlungen standen sich diese beiden Parteien gegenüber, immer bestrebt, ihren Einfluss zu Gunsten ihrer Ansicht bei Leopold geltend zu machen. Dass die Entscheidung desselben vorerst im Sinne der Friedensfreunde ausfiel, dürfte wohl vornehmlich der Thatsache zuzuschreiben sein, dass es dem Wesen Leopold I., der auch jetzt im Mittelpunkte der Berathungen stand, mehr entsprach, die Dinge an sich herankommen zu lassen, um dann im Vertrauen auf die gerechte Sache, die er vertrat und auf den Schutz Gottes die nothwendigen Maassregeln zu ergreifen, als sich kühn an die Spitze einer grossen Bewegung zu stellen. Das Reich zu schützen, in den allgemeinen Kampf aber nur dann einzutreten, wenn dies ohne Gefahr für seine Erbländer geschehen könne, war und blieb der leitende Gesichtspunkt der Politik Leopold I. Will man sich von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugen, will man Sicherheit darüber erlangen, dass Leopold I. sich lediglich im Hinblicke auf die östlichen Verhältnisse und auf die Unzulänglichkeit der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte bewogen fühlte, den Bruch mit Ludwig XIV. zu vermeiden, dass er aber fest entschlossen war, seine Erbländer und das Reich vor feindlichen Einfällen zu schützen, dann braucht man bloss die Briefe zu lesen, die er in diesen begebnissreichen Wochen an Pötting gerichtet hat. Man wird in denselben den deutlichsten

mann Montecuccoli R. A. f. K. ö. G. LVII. 406 meint, es habe damals nur zwei Männer gegeben, die eine energische und planvolle Bekämpfung Frankreichs als einziges erstrebenswerthes Ziel der kaiserlichen Politik bezeichneten.

Beweis dafür finden, dass Leopold I. keinen Augenblick im Zweifel darüber war, dass dem Reiche und Oesterreich von den Franzosen eine grosse Gefahr drohe, dass seine Stellung als Reichsoberhaupt ihm die Pflicht auferlege, dem übermüthigen Nachbar im Westen ein energisches Halt zuzurufen, dass er aber ebenso fest von der Nutzlosigkeit und von der Gefährlichkeit eines zu frühen Losbruches überzeugt war. „Sich in eine namhafte Postur zu setzen, um etwas gutes zu verrichten, nicht aber zu leicht und vor der Zeit von Frankreich angegriffen zu werden, was dem Kaiser und den Spaniern wohl ein schlechter Dienst sein würde", das war Leopold I. Ansicht. In diesem Sinne betonte er unaufhörlich die Nothwendigkeit bedeutender Gelduntersttzungen seitens der Spanier. „Will man dem Kaiser nit helfen," heisst es in einem Schreiben vom Anfange des Mai 1672,[1] „so stehet es dahin; allein wird endlich auch der Kaiser nit alles thun können und also inhabilis sein Spaniens und Hollands Interesse zu befördern. Pötting muss dies alles wohl an gehörigen Orten repraesentiren et qui vult capere capiat." Und bald darauf erwiderte er auf die neuerliche Forderung der Spanier, er möge mit Frankreich brechen:[2] „Wann Ich aber der Königin von Spanien fernere Gedanken wissen werde, so werde ich auch schon meine billiche Mesuren nemben. Was aber anlangt, dass der Kaiser sich vor Holland mit Spanien declariren sollen, hat man Euch bei jüngsten Courier in dieser Materi gar ausfürlich informirt, warumb der Kaiser der Zeit noch impossibilitirt ist, sich vor der Zeit zu empenniren. Lasse man Frankreich und Holland ein wenig in die Har komben, dass sie einander ein wenig zausen, sodann kann man sich leichter declariren. Interim aber habe Ich es schon öfters gemeldt, die Herrn Hispani machen was sie wollen, wann sie dem Kaiser nit Mittel an die Handen geben, sich in ein noch bösser Postur zue setzen, so wird er Spanien nit dienen können, wann er auch will; dann Ihr am bösten wisset, dass die Erblanden ein solchen Last nit ertragen können."

Und diese Gesinnung trat auch zu Tage, als Bruynincx, der staatische Vertreter am Wiener Hofe, in immer neuen Gutachten für den sofortigen Abschluss einer österreich-staatischen Allianz eintrat. Die kaiserlichen Räthe erklärten ganz in Uebereinstimmung mit der Ansicht ihres Herrschers, die Lage der Dinge nöthige Leopold I. sich

[1] Leopold an Pötting, 9 Mai 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Leopold an Pötting, 18. Mai 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

für den Anschluss an die Staaten auszusprechen, aber auch nichts zu übereilen, sondern im Hinblicke auf die von den Türken drohende Gefahr und auf die ungenügenden Rüstungen mit der Entscheidung zu zögern.[1] Und in einer ganz diesen Intentionen entsprechenden Art erfolgte auch die Weisung an Lisola, im Namen des Kaisers de Witt mitzutheilen, „Leopold neige sehr dazu mit den Niederländern ein Schutzbündniss zu schliessen, müsse aber vorerst über die Entscheidung des Brandenburgers bestimmte Nachrichten haben, dann werde er seine Maassregeln treffen und vor allem darauf sehen, dass die Staaten nicht von einem oder anderen Stand des Reiches angegriffen werden."[2]

Während aber Leopold I. zögerte einen entscheidenden Schritt zu thun, war das Schicksal der Niederländer bereits besiegelt. Der grosse Plan, mit dem der König von Frankreich und seine Minister sich seit Jahren beschäftigten, näherte sich seiner Verwirklichung. Im Frühjahre 1672 war alles geschehen, was irgendwie nothwendig oder wünschenswerth erscheinen konnte, um den Einfall in die Niederlande mit der grössten Aussicht auf Erfolg zu wagen. Eine Armee von weit über 100 000 Mann, die jeden, der sie sah, entzückte,[3] deren Führer einen Weltruf besassen,[4] eine ausserordentliche Menge von Proviant und Munition, eine durch Louvois' und Colberts gemeinsame Thätigkeit gefüllte Kriegskasse stand ihm zu Gebote; eine mächtige Flotte sollte die Unternehmungen des Heeres, dem durch das Bündniss mit Maximilian Heinrich von Köln der Uebergang über den Rhein gesichert war, unterstützen. Unter den deutschen Fürsten waren überdies der Bischof von Münster und Johann Friedrich von Hannover Verbündete Ludwig XIV., der auf die Freundschaft der Kurfürsten von der Pfalz und von Baiern rechnen durfte. Die grosse Mehrzahl jener aber, welche die Gefahr erkannten, die dem deutschen Reiche von Frankreich drohte, fühlte sich zu schwach, in entschiedener Weise ihre Ansicht zu äussern

[1] Gutachten vom 21. April 1672. St.-A.

[2] Weisung an Lisola und Kramprich vom 28. April 1672. St.-A. (Holl.)

[3] Grana, der Gelegenheit hatte die Truppen bei Kaiserswerth zu sehen, schreibt: „Die Infanterie ist schöner, als ich mein Lebthag kheine noch in Niderlandt noch in Teutschland gesehen habe. Die ganze Guardia zu Pferdt ist unvergleichlich besser montirt, beritten und beofficirt als kheine unsere." Grana an den Kaiser, 5. Juni 1672. St.-A. Col.

[4] Für alle diese Dinge vergl. Camille Rousset, Louvois I, 321 ff; Lefèvre-Pontalis l. c. II, 250 ff. Mignet l. c. IV, 1 ff.

und suchte sich und ihren kleinen Besitz durch möglichst weitgehende Zugeständnisse an Frankreich zu retten; allen voran der Erzkanzler des Reiches, Johann Philipp von Schönborn, der den überlegenen Nachbar fürchtend, unter dem Scheine der Neutralität eine franzosenfreundliche Politik trieb. Der König von England war seit fast 2 Jahren Verbündeter Ludwig XIV.; im April 1672 wurde die Allianz zwischen Frankreich und Schweden abgeschlossen. Der Kaiser war gemäss den Bestimmungen des Vertrages vom 1. Nov. 1671 an der Unterstützung der Niederländer gehindert, und durch Frankreichs Vorgehen in Ungarn und in Polen an der vollen Entfaltung seiner Kräfte gehemmt. Die Portugiesen hatten eine gegen die Niederlande gerichtete Allianz mit Ludwig XIV. geschlossen[1] und selbst am spanischen Hofe hatte es die französische Diplomatie dahin gebracht, dass die Mehrzahl der maassgebenden Persönlichkeiten vorerst nur geringe Geneigtheit zeigte, in den Krieg mit Frankreich wirklich einzutreten. Eine der grössten diplomatischen Leistungen war damit vollzogen, eines der denkwürdigsten Beispiele dafür gegeben, dass einem festen Willen und einer unbeugsamen Energie unter günstigen Verhältnissen nichts unerreichbar ist.

Gegen Ende des Monates März 1672 war alles zum entscheidenden Schlage bereit. Der Verbündete Ludwig XIV., Karl II. von England, eröffnete unter nichtigem Vorwande die Reihe der Kriegserklärungen; bald darauf folgte die Ludwig XIV., welche besagte, der grosse König könne, ohne Nachtheil für seinen Ruhm, das anmaassende Benehmen der Niederländer nicht dulden.[2] Ende April brach Ludwig XIV. von St. Germain auf; im Mai eröffneten auch die deutschen Verbündeten der Franzosen, die Fürsten von Köln und Münster, die Feindseligkeiten. Ende Mai standen die Truppen Ludwig XIV. an den Grenzen der Republik.

Lisola befand sich in diesen Monaten im Haag; er sah tief bekümmert alles so kommen, wie er es vorhergesagt hatte. Aber verzweifeln wollte er auch jetzt nicht. „Die Lage ist eine derartige," schrieb er Ende Mai an Hocher, „dass wir das, was wir beabsichtigen, schnell leisten müssen oder niemals werden leisten können. Denn in wenigen Monaten wird es keine Hilfe für das Uebel geben. Schon ist der

[1] Legrelle l. c. I, 237.

[2] Die persönliche Gereiztheit Ludwig XIV. sprach sich auch sonst aus; vergl. z. B. Rousset, Louvois I, 517 ff.

Rhein, die Mosel, die Lippe, das Erzstift Köln und der Lütticher District der französischen Herrschaft unterworfen. Gegen die Holländer ist bis jetzt nichts unternommen worden und nach den ausgezeichneten Berichten, die ich habe, wird, wenn etwas gegen sie unternommen wird, dies vornehmlich am Rhein geschehen ..... E. Excellenz wird sich zu erinnern wissen, dass ich stets der festen Ueberzeugung war, dass das Hauptziel der Franzosen die Herrschaft des Rheines und die Wahl eines römischen Königs ist. Ich habe für die Richtigkeit dieser Ansicht Beweise, die keinen Zweifel aufkommen lassen. Die Engländer, von denen die Franzosen zum grossen Theile abhängen, wünschen zwar eine Erniedrigung der Holländer, aber nicht deren Unterdrückung. Es ist daher die natürliche Folge, dass nach der Einnahme von Rheinberg und Wesel und anderer am Rhein gelegener Orte, der König von Frankreich, den Sturm vorhersehend, der ihm von der protestantischen Partei droht und den Abfall der Engländer fürchtend, wenn dieselben die Holländer zu sehr unterdrückt sehen, mit den Holländern Frieden schliessen wird, um die Waffen nach dem Hauptziele, nach Deutschland zu wenden, was nicht zu verhindern sein wird, wenn sich nicht die Holländer durch ausgiebige und schleunige Hilfe unterstützt sehen." An eine solche Auffassung der Verhältnisse seitens der Niederländer sei aber im Hinblicke auf die Erklärungen des Wiener Hofes, fuhr Lisola fort, nicht zu denken. Die letzten Instructionen seien so, dass er nicht handeln könne; seit den drei Jahren, die er in Holland weile, wiederhole sich immer dasselbe Spiel der Unsicherheit und des Schwankens. Man verlange immer neue Mittheilungen, gebe aber die entsprechenden Befehle entweder zu spät oder gar nicht und verliere dadurch jeden Glauben. „Jetzt ist nichts mehr übrig, als sich in Wien ernstlich darüber zu entscheiden, ob man den Krieg zu Hause und allein, oder auswärts in Gesellschaft der Holländer, Spanier und anderer, welche sich anschliessen werden, führen will; ob es zweckmässiger ist, den Rhein und Lüttich den Franzosen zu überlassen, oder dem Könige von Frankreich zu missfallen. Ich werde mich fügen, was immer auch sie beschliessen mögen; wollen sie aber tapfere Entschlüsse fassen, dann erfordert die Lage, dass dies nicht auf Umwegen und durch Umschweife, sondern mit Ernst und Entschlossenheit geschieht."[1]

[1] Lisola an Hocher, 27. Mai 1672. Vergl. Grossmann l. c. 128 ff.

Die kräftigen Worte des kaiserlichen Gesandten, der auch seinem Herrscher gegenüber mit seinen Ansichten nicht zurückhielt, werden gewiss nicht verfehlt haben, Eindruck auf die maassgebenden Kreise in Wien zu machen; einen Bruch mit den bislang befolgten Grundsätzen vermochten sie aber nicht zu bewirken.

Als das Leitmotiv der kaiserlichen Politik stand, wie wir wissen, fest, nichts zu übereilen und sich erst dann zu entscheidenden Maassregeln zu verstehen, wenn man über die Gesinnung der anderen Mächte im Klaren und einer entsprechenden materiellen Unterstützung sicher war. Von diesem Grundsatze geleitet, hatte man noch in der zweiten Hälfte des Monates Mai die Forderung der Niederländer für die in der Schweiz geworbenen Truppen den Durchzug durch österreichisches Gebiet zu gestatten, auf das entschiedenste zurückgewiesen und allen Erklärungen der staatischen Deputirten gegenüber in der Conferenz ausdrücklich betont, dass zur Sicherstellung der österreichischen Vorlande nichts geschehen dürfe, was den Franzosen mehr oder minder berechtigten Anlass zum Bruche mit Leopold I. bieten könnte.[1] Im Laufe des Frühjahres war nun die Entscheidung wenigstens von einer Seite gefallen. Friedrich Wilhelm von Brandenburg hatte sich mit entschlossenem Muthe an die Spitze der Bewegung gestellt, die den Untergang des staatischen Gemeinwesens hindern sollte, und sich bereit erklärt, gegen entsprechende Subsidien ein Heer von 20000 Mann nach Westphalen zu senden. Mit Recht hat man diesen Schritt des Kurfürsten von Brandenburg als eine der grössten Thaten seines Lebens bezeichnet, mit Recht hervorgehoben, dass er der einzige unter den deutschen Fürsten war, der nicht nur die von Frankreich drohende Gefahr erkannte, sondern auch den Muth besass, offen für die Rettung der Niederlande einzutreten. Freilich eine mit Hintansetzung der brandenburgischen Interessen in bewusster Weise zur Rettung Deutschlands in's Werk gesetzte That war das, wozu sich Friedrich Wilhelm entschloss, keineswegs. An das Reich und an dessen Wohlfahrt hat auch er damals erst in zweiter Linie gedacht und nicht trotzdem er, sondern weil er Kurfürst von Brandenburg war, griff er gerade in diesem Momente zu den Waffen. Denn ihm als protestantischem Reichsstande drohte von dem katholischen nach der Kaiserkrone strebenden Könige von Frankreich die grösste Gefahr. Die Lockungen Ludwig XIV. täuschten

[1] Conferenzprotocoll vom 19. Mai 1672. St.-A. (Holl.)

ihn nicht; er wusste, dass der stolze König die Werkzeuge seiner Erfolge nach erfochtenem Siege zu schmachvoller Knechtschaft nöthigen oder unbarmherzig vernichten werde. Und wen anders als den Brandenburger musste der erste Streich der Franzosen treffen, wenn die vereinigten Niederlande, neben Brandenburg das mächtigste Bollwerk des protestantischen Glaubens am Festlande, unterworfen waren? Wen anders hätte auch Friedrich Wilhelm weniger gern als Oberhaupt des deutschen Reiches erblicken können, als den König von Frankreich? War ein mächtiges Oesterreich ein Hinderniss für die weitere Entwickelung des brandenburgischen Staates, so war es ein französisches Kaiserthum in Deutschland noch weit mehr. Als Protestant und als Brandenburger war Friedrich Wilhelm daher genöthigt, gerade in diesem Augenblicke die Waffen gegen Ludwig XIV. zu ergreifen, und wenn auch der Umstand, dass des Brandenburgers Interessen sich mit denen Deutschlands deckten, der That Friedrich Wilhelms ihre volle Bedeutung verleiht, den Muth, als erster den Kampf gegen den überlegenen Gegner aufzunehmen, hat er gewiss nur aus der Erkenntniss geschöpft, diesen Schritt als Brandenburger wagen zu müssen und auch wagen zu dürfen. Nicht Frankreich zu besiegen, sondern die Niederlande zu retten und Deutschland vor weiteren Eingriffen Ludwig XIV. zu schützen, hat er als den Zweck seiner Erhebung bezeichnet. Und wie sein kraftvolles Auftreten die bereits verzweifelnden Niederländer zu neuem Widerstande ermuthigte, so wurde durch die vorläufige Beschränkung der Action auf die Vertheidigung des Reiches das Uebereinkommen mit dem Wiener Hofe ermöglicht. Sowohl in den Unterredungen, die Friedrich Wilhelm mit Goess in Berlin pflog, als auch in den Briefen des Kurfürsten an den Kaiser und in den Aeusserungen des Fürsten Johann von Anhalt, der seit Ende Mai am Wiener Hofe weilte und hier eine Einigung zu Stande zu bringen suchte, wurde die Gefahr, die dem Reiche und dem Kaiser bei Ausserachtlassung der günstigen Gelegenheit zu energischem Widerstande drohe, in den Vordergrund gestellt[1] und die Absendung einer ansehnlichen Truppenzahl an den Rheinstrom zum Schutze des Reiches und zugleich zur Aufmunterung der schwankenden Reichsstände als eine dringende Nothwendigkeit im Interesse der Aufrechterhaltung des kaiserlichen Ansehens gefordert. Eine solche Abmachung zu treffen widersprach weder den Intentionen

[1] Vergl. auch Erdmannsdörffer l. c. I, 573.

des Kaisers, noch den Frankreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen wohl aber sprach für dieselbe sowohl der Wunsch, nicht hinter dem Brandenburger zurückzustehen, als auch die Befürchtung, im Falle der Weigerung Friedrich Wilhelm wider Willen zum Anschlusse an Frankreich zu nöthigen.[1]

Gewiss aber hat der persönliche Einfluss des von Leopold I. hochgeschätzten Fürsten von Anhalt, der in Folge seiner aussergewöhnlichen Stellung ungleich energischer als irgend ein anderer Diplomat auf den Kaiser zu wirken vermochte,[2] wesentlich dazu beigetragen, dass die von Friedrich Wilhelm gewünschte Entscheidung so rasch erfolgte. Bereits am 12. Juni 1672 war der Vertrag fertiggestellt,[3] der, obgleich in die Form einer blossen Erneuerung der Allianzen von 1658 und 1666 gekleidet, für die weitere Entwickelung des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Denn wenn auch in demselben nicht direct von einer Diversion zu Gunsten der Niederländer die Rede war, wenn sich derselbe auch lediglich auf das Reich bezog und alles vermieden war, was Frankreich berechtigten Anlass zum Bruche hätte geben können, so war doch durch die Hervorhebung der Unerlässlichkeit die Integrität des Reiches zu wahren, Köln zu schützen, insbesondere aber durch die beiderseitige Verpflichtung auf die Einhaltung der Bestimmungen der Verträge von 1659 und 1668 zu achten, der richtige Weg eingeschlagen, um Frankreichs Eroberungsgelüsten entgegenzutreten.

Aber irren würde man, wenn man glaubte, Leopold I. habe mit diesem Vertrage bewusst jene Grundsätze verleugnet, von denen er sich bis dahin hatte leiten lassen.

Dass dies nicht der Fall war, dass Leopold alles, was er gethan, für statthaft und durchaus mit allem, was er bisher als seine Ansicht bezeichnet hatte, vereinbar hielt, zeigte sich deutlich in den Verhandlungen, die in diesen bewegten Tagen zwischen der Wiener Regierung und dem französischen Gesandten stattfanden. Sowohl dem päpstlichen Nuntius gegenüber — dem „Johann Baptista" Gremonville's, wie man denselben mit Recht nannte — als in den Gesprächen mit Gremonville, der den Abschluss des Bündnisses mit Brandenburg als einen Bruch der mit Frankreich getroffenen Vereinbarungen

[1] Ueber Vauguions damalige Thätigkeit in Berlin Mignet l. c. IV, 89; Urk. und Act. XIII, 85 ff.

[2] Instruction für Anhalt. Urk. und Act. XIII, 199 ff.

[3] Die Acten in Urk. und Act. XIII, 198 ff und XIV, 529 ff.

bezeichnete, als eine That, die seinem Herrn „das Mosser an die Kehle setze", der mit seiner Abreise drohte und meinte, „das Beste wäre, dass sein Herr mit den Holländern noch nicht de facto impegnirt und noch frei wäre, die Impresa nach Gefallen anzutreten und wohl zu besorgen, dass sein König sich wider Kurbrandenburg und vielleicht auch anderswohin bei so beschaffenen Dingen wenden würde", erklärte Hocher im Namen des Kaisers, es handle sich lediglich um ein Defensivbündniss zur Sicherung des Reiches, das zu schliessen man dem Reichsoberhaupte nicht verwehren dürfe. Und ganz in diesem Sinne wurde den kaiserlichen Gesandten im Haag zugleich mit der Vollmacht ein Defensivbündniss mit den Generalstaaten abzuschliessen, das von Hocher verfasste Allianzproject übersendet, das in seiner Allgemeinheit wohl geeignet war den Kaiser vor jedem Vorwurfe der Franzosen zu schützen, und ihnen überdies auf das schärfste eingeprägt, vorsichtig und geheim zu verhandeln und das Allianzproject wie die Vollmacht nur dann vorzuweisen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnen sollten, dass die Generalstaaten bereit seien, unter den von dem Kaiser vorgeschlagenen Bedingungen abzuschliessen.[1] Allein bevor noch diese Weisung in die Hände der kaiserlichen Gesandten gelangen konnte, hatte sich im Haag die Situation gänzlich geändert. Das, was Lisola als unausbleibliche Folge eines längeren Zögerns bezeichnet hatte, war eingetroffen. In wenigen Tagen war die Macht der Niederlande gebrochen, der grösste Theil des Landes erobert. Eine Festung nach der andern ergab sich dem siegreich vordringenden Feinde, das Volk verlor die Fassung und forderte dringend von den leitenden Persönlichkeiten die Absendung Bevollmächtigter an die Herrscher von England und Frankreich, um demüthig den Frieden zu erbitten. Die Vertreter der auswärtigen Mächte hielten sich bereit, den Haag zu verlassen, da man an der Einnahme desselben durch die Franzosen nicht mehr zweifelte.

Lisola hatte besonderen Grund, auf der Hut zu sein. Er hatte zu wiederholten Malen von gut unterrichteten Freunden die Mahnung erhalten, auf sein Leben zu achten, und wir können, nach alle dem, was wir über die Schätzung Lisola's am Hofe Ludwig XIV. wissen, nicht zweifeln, dass der König von Frankreich die Nachricht von der Gefangennahme Lisola's nicht weniger freudig begrüsst hätte, als die von der Eroberung einer Stadt. Trotzdem blieb Lisola im

[1] Weisung vom 19. Juni 1672. St.-A. (Holl.)

Haag. Er hatte das Verderben herannahen sehen, hatte gewarnt und ermahnt und seine Worte waren verhallt. Zu spät erkannte man, wie richtig er prophezeit, wie ganz anders es hätte sein können, wenn man seinen Worten Glauben geschenkt hätte, seinen Rathschlägen gefolgt wäre. Aber auch jetzt verlor Lisola die Fähigkeit nicht, klar und ruhig der Gefahr in's Auge zu blicken, und seine Ruhe half in den Tagen der grössten Verzweiflung über eine Reihe bedenklicher Situationen hinweg. Für ihn bestand keinen Augenblick ein Zweifel darüber, dass die Verpflichtung für Leopold I., die Niederländer zu unterstützen, durch die Niederlagen, die diese erlitten hatten, nur gewachsen sei. Auch durfte er hoffen, jetzt beim Wiener Hofe Glauben zu finden, wenn er behauptete, der Kampf gegen die Niederländer sei nur ein Vorspiel für den grossen Krieg gegen den Kaiser und gegen das Reich.

Nicht darin, sondern in ganz anderen Dingen hat er denn auch die grösste Schwierigkeit bei den künftigen Verhandlungen gesehen. Die Niederländer hatten sich zum Abschlusse mit Leopold I. zu einer Zeit bereit erklärt, als sie der Hoffnung lebten, den Kampf gegen Ludwig XIV. mit Erfolg zu führen, und auch damals hatten sie Bedenken gezeigt, die von Lisola geforderten Subsidien zu bewilligen. Wie war also zu erwarten, dass sie sich jetzt, wo der Handel darniederlag, wo sie sich ausser Stande sahen, die bereits eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, zu den bedeutenden Geldsubsidien bereitfinden würden, die, wie Lisola wusste, der Kaiser als unerlässliche Bedingung bezeichnet hatte und die er — wie nicht zu zweifeln war — als solche auch in Zukunft bezeichnen werde. Gewiss dann nicht, wenn sie an die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes nicht glaubten. Daher schien es Lisola nicht nur im Interesse der allgemeinen Sache, die er vertrat, sondern auch in dem besonderen des Kaisers zu liegen, die Niederländer der Verzweiflung zu entreissen, die sich ihrer bemächtigt hatte, und ihnen die Ueberzeugung beizubringen, dass ein neuerlicher Aufschwung kein Ding der Unmöglichkeit sei.

Der Wechsel, der sich, nachdem der erste Schrecken vorüber war, in der Stimmung der Bevölkerung vollzog, kam ihm dabei sehr zu statten. Der Hass der Nation richtete sich weniger gegen den Feind, als gegen die leitenden Staatsmänner, die durch Nachgiebigkeit und Schwanken Ludwig XIV. den Muth zu solchem Vorgehen verliehen hatten. Man forderte ziemlich allgemein den Sturz de Witts und die Einsetzung des jugendlichen Prinzen

Wilhelm von Oranien als Statthalter. Und wenn etwas beitragen konnte, diese Stimmung zu fördern und der Partei des Oraniers den Sieg zu erleichtern, so war dies das Vorgehen Ludwig XIV. und des ihn berathenden Louvois. Vergebens hatte ihnen de Groot im Namen der Generalstaaten die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, vergebens erklärte sich de Witt bereit, das Schicksal der vereinigten von dem der spanischen Niederlande zu trennen, diese der Rache der Franzosen preiszugeben. Auch das genügte dem Könige von Frankreich nicht; er wollte die Niederländer züchtigen, in ihnen den übrigen Völkern ein warnendes Beispiel vorführen, wohin man komme, wenn man dem Mächtigen zu trotzen wage; er wollte der Handelsmacht der Niederländer ein Ende bereiten. Damit berührte er aber die empfindlichste Seite dieser Nation. Ihre Stellung als Handelsvolk in der Welt zu retten, waren die Kaufleute von Amsterdam bereit, ihr Letztes zu opfern; persönliche und Standesinteressen halfen hier ihrem Patriotismus um ein wesentliches nach. Wie mit einem Schlage war jedes Zaudern und Zweifeln vorbei. Man hatte die oligarchische Partei am Ruder gelassen, weil man den Frieden wollte, der allein eine ungestörte Berücksichtigung der Handelsinteressen ermöglichte; jetzt aber war es die oligarchische Partei, die durch den mit den Franzosen beabsichtigten Frieden die Handelsinteressen der Nation auf das empfindlichste zu treffen vorhatte. Gegen sie musste daher jetzt aus denselben Gründen vorgegangen werden, um derentwillen man sie früher unterstützt hatte.

Von allen diesen Bewegungen hatte Lisola, der, aller Gefahren ungeachtet, noch immer im Haag weilte, die genaueste Kenntniss. Er glaubte nun den Augenblick gekommen, die Stimmung des Volkes für seine Zwecke auszunützen. Ohne weiteren Befehl seiner Regierung abzuwarten, verliess er den Haag und reiste nach Amsterdam, von der richtigen Voraussetzung ausgehend, dass hier das Schicksal des ganzen Reiches entschieden werde. Er fand die Bevölkerung in der grössten Aufregung, dem bewaffneten Widerstande nicht abgeneigt. Es gelang ihm, ihren Hass gegen die Willkürherrschaft Ludwig XIV. zu mehren; er wies darauf hin, dass alles, was Ludwig XIV. jetzt fordere, nur der Anfang grösserer Ansprüche sei; dass sie gänzliche Unterdrückung und Abhängigkeit von den Franzosen zu erwarten hätten; er erzählte ihnen mit den beredtesten Worten von dem ausserordentlichen Steuerdrucke, der auf den französischen Bürgern laste, von der Arbeit von

Millionen fleissiger Hände zur Befriedigung der Lüste einiger Weniger. Die maassgebenden Persönlichkeiten erklärten sich einer Meinung mit ihm. Sie hätten die Sendung de Groots nicht gebilligt; sie seien zum Widerstande bereit, nur wünschten sie der Unterstützung des Kaisers sicher zu sein. Lisola hatte die Weisung vom 29. Juni noch nicht in Händen, trotzdem zögerte er nicht, obgleich die ihm früher zugegangenen Befehle nicht zu energischem Vorgehen ermutigen konnten, zu erklären, man könne auf die Unterstützung des Kaisers und des Brandenburgers rechnen. „Sagen Sie mir offen," meinte Lisola, „was Sie thun wollen, um die gemeinsame Sache zu fördern. Wir haben Soldaten, Sie haben Geld; mit vereinten Kräften ist uns viel möglich." Er berührte damit den entscheidenden Punkt, den er im Hinblicke auf die ihm wohlbekannten financiellen Verhältnisse des Kaisers nicht vergessen durfte. Die Antwort, die Lisola empfing, klang hoffnungsvoll genug. Die Bevölkerung, erklärten die Wortführer, ist zum Widerstande entschlossen, Wilhelm von Oranien muss Statthalter werden. Sie theilten ihm ihren Plan mit, den grossen Damm zu durchstechen, das Land bis Utrecht unter Wasser zu setzen; sie erklärten sich bereit, dem Brandenburger die versprochenen Subsidien zu bezahlen, mit dem Kaiser in Unterhandlungen zu treten.[1] Lisola war über die Gesinnung der Amsterdamer Bürger sehr erfreut; auch liessen die Ereignisse der nächsten Wochen erkennen, dass sie es nicht bei Worten bewenden lassen wollten. Die Schleussen wurden geöffnet, das Land überschwemmt und auf diese Weise den Franzosen das Vordringen erschwert. In der Nacht vom 2. auf den 3. Juli wurde das ewige Edict widerrufen; am Morgen des 4. der Prinz von Oranien zum Statthalter erwählt; am selben Tage wurden vornehmlich durch die Erklärung der Stadt Amsterdam die französischen Friedensbedingungen abgelehnt. Zu gleicher Zeit langte die Nachricht ein, dass Ruyter der vereinigten französisch-englischen Flotte Widerstand geleistet, dass der Kaiser mit dem Brandenburger einen Vertrag geschlossen habe, und Lisola hob, um den Werth des letzteren Bündnisses zu beweisen, hervor, dass es nun nicht schwer halten werde, Leopold I. durch einen besonderen Vertrag zur Unterstützung der Generalstaaten zu bewegen. In diesem Sinne hatte er auch seinen Bericht an den Kaiser abgefasst und um schleunige Vollmacht gebeten.

[1] Bericht Lisola's vom 4. Juli 1672; St.-A. (Holl.) vergl. Grossmann l. c. 29 ff. und Klopp l. c. I, 310 ff.

Um nach Einlangen desselben keinen Augenblick zu verlieren, begab er sich nach dem Haag. Er fand daselbst die erwünschte Vollmacht, aber auch das Hocher'sche Project vor, das, wie er gleich erkannte, den Wünschen der Niederländer nicht genügen konnte. Was ihn tröstete, war, dass dieses Project vor dem grossen Unglücke abgefasst war, das die Niederländer getroffen hatte. Und darin täuschte er sich nicht, dass die Kunde von dem Siegeszuge Ludwig XIV. einen Wechsel in der Gesinnung des Wiener Hofes hervorrufen werde. Kaiser Leopold I. hatte, wie alle Welt, einen längeren Kampf um jede einzelne Festung erwartet und gehofft, im Laufe des Jahres die Maassregeln treffen zu können, um einem allzu weitgehenden Umsichgreifen der Franzosen vorzubeugen. Dass Ludwig XIV. an der Spitze seines Heeres einen Siegeszug unternahm, wie er nur selten dagewesen, bewirkte, dass man die Gefahr, die dem Kaiser und dem Reiche drohte, für eine überaus nahe hielt.

Noch am Tage, da die Nachricht von dem grossen Erfolge der französischen Armee in Wien eintraf, wendete sich Leopold an Lobkowitz mit dem Befehle, alsogleich mit den maassgebenden Persönlichkeiten über die Mittel zu berathen, wie die von Frankreich drohende Gefahr abzuwenden sei.[1] Das Gutachten, das als Ergebniss dieser Verhandlungen dem Kaiser vorgelegt wurde, ist für die Gesinnung der Wiener Räthe überaus bezeichnend. Sie haben insgesammt die von Ludwig XIV. drohende Gefahr als eine ausserordentlich grosse erklärt, in ihrer überwiegenden Mehrzahl aber die neuen Erfolge der Franzosen als eine Mahnung aufgefasst, dem Kaiser jedes energische Vorgehen zu widerrathen, die Aufnahme der Fehde mit Ludwig XIV. ohne genügende Unterstützung seitens der übrigen Mächte als sicheren Untergang zu bezeichnen. Die Gefahr, die Leopold droht, erklärten sie, ist grösser, als jene, in der sich Ferdinand II. nach der Schlacht bei Leipzig befand,[2] „dann damalen wären gleichwohl die Reliquien von der Armada noch übrig verblieben und der General Altringen mit einer frischen Armee aus Wallischland und der Herzog Karl aus Lothringen mit 25 000 Mann ankommen; Kurbaiern hielte es damalen mit S. K. M., man hatte damalen im Reich die geistlichen Kur- und Fürsten auf dieser Seiten und zugleich

[1] Vergl. Gremonville's Bericht vom 30. Juni. Mignet l. c. IV, 82.

[2] Diese Stelle des Gutachtens stimmt ganz mit den Aufzeichnungen Montecuccoli's überein, Grossmann, Montecuccoli l. c. 408; es scheint die Aufzeichnung Montecuccoli's die Vorlage für das Gutachten gebildet zu haben.

viel feste Plätz im Reich innen; der Papst that auch das Seinige und hätte Schweden bei weitem nicht die Macht, die sie jetzo hat. Anjetzo wären E. K. M. nicht genugsam armiret, hätte keine exercirte Soldaten, das Reich wäre dividirt und, wie es scheint, ad servitutem natum und sehr viel von Frankreich mit Geld corrumpirt; Baiern wäre alienus; Brandenburg dubius und zu besorgen, er möchte wegen der von Frankreich inmittels durch Eroberung Orsoy's, Bürichs und Wesels überkommenen angenehmen pignorum seine consilia verändern und sich mit Frankreich vergleichen; die Geistlichen hätten ihme König anjetzo selbsten in das Reich berufen; andere Städte wären zwar armiret, aber fast mit lauter Bauern und wäre sich auf die Reichsverfassung zu Regensburg nichts zu verlassen, dann solche, wie gemelt, von so schlechtem Volk, die in der ersten Occasion die Waffen gestracks wegwerfen und davon laufen werden, sonderlich weilen sie auch anietzo so Generalen meistens haben, die gar nit im Feld gewesen und also keinen Feind gesehen, weniger einige Erfahrenheit überkomben haben. . . . Der Papst scheint auch auf des Königs in Frankreich Seiten zu sein, indeme der Nuntius allhie dessen vorhabende Impresa pro propagatione religionis sehr commendiret; hingegen hat der König von Frankreich anjetzo ein Haupt- und zwar zugleich ein victorieuse Armee und da er sich mit solcher in das Reich wenden sollte, würde man ihme aller Orten die Schlüssel alsobald vortragen und könnte darmit ganz in Böheimb rücken und melden, weilen E. K. M. noch der einige sein, welcher ihme in seinem dissegni noch etwas hindern könnten, dass sie sich dahero zu Entfliehung dessen disarmiren solle.

Man siehet seine vasti dissegni gar wohl und merket es, wohin sie gehen und ist dahero seinen falschen Versicherungen — dass seine dissegni weder wider E. M., noch wider das römische Reich angesehen — keineswegs zu glauben. . . . . Hat er nicht den pyrenäischen Frieden bald wiederumb gebrochen und selbigem zuwider Subsidien in Portugal geschickt? Hat er nicht sub specioso praetextu Niederland angefallen, hernach Lothringen wegen der mit Holland vorgehabten Allianz und andere wider den statum publicum eingebildete Machinationen weggejagt und dardurch die Gedanken gestraft? Hat er nicht anjetzo Holland wegen ihrer Hoffahrt anzugreifen und dardurch auch die mores zu strafen resolvirt, nicht weniger den Rheinstrom anjetzo zu ein Stücken versichert, alles zu dem Ende, dass er nach gedämpften Holländern, an sich gezogenen

Brandenburger und andere im Reich habenden guten Freunden, sodann ohne weitere Hinderung sein Vorhaben desto leichter und freier in's Werk setzen möge? Und dieses ist moderna tam periculosa rerum facies.“ Was ist aber dann zu thun? Man muss trachten, Freunde und Bundesgenossen zu gewinnen, lautet die Antwort. Der Hofkriegsrath muss sogleich ein Kriegsprogramm ausarbeiten, die Hofkammer über die Beschaffung der Mittel zur Kriegsführung berathen. Eine Resolution sei aber der Zeit noch nicht zu fassen, sondern die Entscheidung des Kurfürsten von Brandenburg und jene der Herrscher von Braunschweig und Hessen zu erwarten. „Dann ein für alle malen Menschlichunmöglich, dass E. K. M. allein Frankreich genugsambes contrapeso machen und dahero die ganze Hauptsach an dem gelegen, ob noch etliche Reichsstädte von Credit und Macht vorhanden, welche mit E. K. M. das ihrige redlich aufzusetzen begehren. Da nun einige vorhanden, so ist ohne Zweifel von E^r. K. M. ein Hauptforce zu gebrauchen und zu sehen, wie E. K. M. ein Hauptarmee wenigist von 50000 Mann in's Reich stellen können; wann man nur die Werbgelder bestreiten und in die Erbländer die Musterplätz geben könne, die Winterquartiere wirdet man schon selbsten suchen und finden, weillen unmöglich, dass solches die Erbländer ausstehen sollten. Seind aber keine solche Freund und socii aus dem Reich vorhanden, so ist es unmöglich und kann ohne miraculo nicht sein, dass I. K. M. nolente imperio seine des Königs von Frankreich vasti dissegni allein verhindern sollen. Es ist noch einige Hoffnung vorhanden, dass Dänemark, Brandenburg, Hessen und einige andere bei E^r. K. M. stehen möchten, in welchem Fall genug sein wirdet, wann E. K. M. nur 20000 Mann zu ihnen zu stossen schicken; denn dergestalt kombe eine Armee von 50—60000 Mann zusamben, welche denen Franzosen schon genugsam zu schaffen geben würde. Es ist auch der Schweden ihr Interesse gar nicht, dass Frankreich Holland gar zu viel abbaisire, oder sonsten gar zu potente und formidabel werde. Dies, dies eructat verbum, inner 8 Tagen wirdet man wissen, wessen Brandenburg, Braunschweig und Hessen intentioniret und folgends was weiters zu thun. Inmittels fiat unum et alterum non ommitatur, das ist, fiat interea auctio militum von dem Kriegsrat et fiat cum camera deliberatio de mediis in omnem eventum.“[1]

[1] Gutachten vom 21. Juni 1672. St.-A. (Vorträge.)

Die Auffassung, die aus diesem Schriftstücke hervorleuchtet, war das Ergebniss der in den Berathungen zu Tage getretenen verschiedenen Meinungen. Denn es gab auch in diesem Augenblicke am Wiener Hofe Männer, die für ein sofortiges, energisches Eingreifen des Kaisers stimmten, vor allen der Führer des kaiserlichen Heeres, Montecuccoli, der in beredter Weise darauf hinwies, dass Leopold I., falls er sich zu einer entscheidenden That emporraffen sollte, die grösste Aussicht auf Erfolg habe[1] und auf diese Weise die Idee zu fördern suchte, für deren Verwirklichung Lisola seit Jahren mit dem ganzen Aufwande seines Geistes und seiner Energie kämpfte. Allein nur wenige besassen den Muth des Wagens; auch jetzt hielt die überwiegende Mehrzahl der kaiserlichen Räthe, auch solche, die im Principe mit Lisola übereinstimmten, daran fest, dass die Gefahr, in die sich der Kaiser durch ein sofortiges, energisches Auftreten begebe, eine sehr grosse, die Hoffnung auf eine erfolgreiche Action ohne wesentliche Unterstützung des Kaisers durch fremde Mächte eine überaus geringe sei. Denn über das Ergebniss der Berathungen der Hofkammer konnte eigentlich von vorneherein kein Zweifel bestehen. Schon wiederholt hatte diese Behörde dem Kaiser die Mittheilung gemacht, dass die Kassen leer, die meisten Aemter verpfändet seien, dass vielen der Beamten ihr Gehalt Jahrelang nicht ausbezahlt worden sei, dass jeder Versuch den Ständen neue Steuern aufzubürden, von diesen zurückgewiesen oder mit Gegenforderungen erwidert werde, die zu erfüllen das Staatsinteresse verbiete. Zusammenstellungen, die gerade in dieser Zeit durch die Hofkammer gemacht wurden, ergaben ein überaus betrübendes Resultat, stellten die financielle Lage des Staates als eine verzweifelte dar.[2] Sollte Leopold es unter diesen Umständen wagen, mit neuen, unabsehbaren Forderungen an seine Unterthanen heranzutreten? Was er in diesem Falle zu erwarten hatte, konnte er schon auf das deutlichste den unaufhörlichen Klagen entnehmen, mit denen die Stände seiner verschiedenen Länder auf die ihnen zu Beginn des Jahres 1672 zugemutheten Abgaben geantwortet hatten. Geld aber bedurfte der Kaiser nicht nur zur Werbung und Erhaltung seiner Truppen, sondern

[2] Vergl. Grossmann Montecuccoli l. c. 407 ff., der zum ersten Male die Thätigkeit Montecuccoli's als Politiker richtig beurtheilte.

[1] Die Finanzgeschichte Oesterreichs in dieser Zeit ist noch zu schreiben; über die damalige Lage vergl. A. Wolf, Die Hofkammer unter Leopold I. Sitz. d. W. A. d. W. Bd. XI, 440 ff.

auch für jene Fürsten, die sich bereit erklärten, für die allgemeine Sache zu kämpfen. Der Brandenburger betonte die Unerlässlichkeit einer bedeutenden Geldsubsidie zur Erhaltung seiner Truppen; Pufendorf, der die Interessen des schwedischen Hofes in Wien wahrzunehmen hatte, erklärte, nur gegen Erlegung beträchtlicher Geldsummen zur Unterzeichnung des von Basserode verhandelten Vertrages bevollmächtigt zu sein;[1] von den Braunschweigern war gleichfalls nur gegen entsprechende Geldentschädigung auf die Ueberlassung einer grösseren Truppenzahl zu rechnen; am sächsischen Hofe arbeiteten noch immer die Vertreter Frankreichs und Schwedens mit Erfolg gegen Leopold I. und Karl Kaspar von Trier betonte zugleich mit der Betheuerung seiner guten Gesinnung die Nothwendigkeit, ihm bald zu Hilfe zu eilen.[2] Die wenigen Mächte aber, die ihrerseits den Kaiser zu unterstützen verpflichtet gewesen wären, zeigten nur geringe Neigung, die ihnen zur Verfügung stehenden Summen anders als für ihre eigenen Bedürfnisse zu verwenden. Leopold I. besass die genaueste Kenntniss von all diesen Verhältnissen und deshalb wagte er, der allein vermöge seiner Stellung im Stande gewesen wäre, die Zögernden mit sich fortzureissen, nicht, den Wenigen beizupflichten, die im Eifer für die grosse Sache, die sie vertraten, die Schwierigkeiten zu leicht nahmen, die sich der Durchführung ihrer Pläne in den Weg stellten. Sein Entschluss ging vielmehr in Uebereinstimmung mit der in dem Gutachten seiner Räthe zum Ausdrucke gelangten Auffassung dahin, das Vorgehen der Franzosen nicht ruhig mit anzusehen, den Widerstand gegen die Eroberungsgelüste Ludwig XIV. aber erst nach erfolgter Vereinbarung mit den gleichfalls interessirten Mächten zu wagen. Es entsprach dieser Ansicht, dass Leopold I. seine Einwilligung zum Abschlusse mit dem Brandenburger gab und diesen auffordern liess, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Fürsten von Braunschweig, Hessen und Dänemark für den Beitritt zum Bunde zu gewinnen,[3] dass er die ihm von dem Mainzer angetragene Mediation zwischen den Niederländern und den Franzosen zurückwies[4]

[1] Vergl. Pufendorfs, Memorialien vom 11. Juni und 1. Juli 1672. St.-A. (Suec.); Bericht Puf. bei Helbig l. c. 21 ff.

[2] Vergl. die Schreiben Grana's vom Juni und Juli 1672. St.-A. (Col.)

[3] Vergl. Urk. und Act XIV, 550.

[4] Gutachten über Meyernbergs Schreiben vom 17. Juni d. d. 28. Juni 1672. St.-A. (Mog.)

und Johann Philipp, trotz der sichtbaren Neigung dieses Fürsten an einer Frankreich freundlichen Neutralität festzuhalten, beauftragte, bei verschiedenen Fürsten des Reiches, zumal beim Württemberger im Sinne des Beitrittes zum Provisionalbündnisse zu wirken.[1] Es entsprach dieser Auffassung des Monarchen auch, dass Lisola am 29. Juni 1672 den Befehl erhielt, den Generalstaaten, falls dieselben zur Fortsetzung des Kampfes geneigt sein sollten, mitzutheilen, dass er Vollmacht habe, mit ihnen abzuschliessen und dass die kaiserliche Armee marschbereit sei.[2] Aber nach wie vor bezeichnete Leopold eine bedeutende Geldunterstützung als unerlässliche Vorbedingung jedes weiteren Schrittes. Und ebenso entschieden wie den Generalstaaten gegenüber, betonte Leopold in seinen Verhandlungen mit den Spaniern diesen Gesichtspunkt.

„Der Kaiser solle alles thun, schreibt er Mitte Juni an Pötting[3] und von Spanien nil hoffen. Sed haec hic per absurdas habendas und kann sich einmal der Kaiser mit Holland nit empenniren wann er nit mehr Gesellschaft auf seiner Seite haben wird. Und weillen Brandenburg durch den Fürsten von Anhalt gewisse propositiones (macht), also hat man ein gewisse Tractatus projectirt, so hernach Goess perficiren solle und ist es principaliter pro Spanien et defensione Belgii eingericht. . . . . Allein dies melde, dass ohne Geld nil gericht kann werden, dies aber kann der Kaiser allein nit bestreiten; . . . . ergo muss Spanien damit an die Hand stehen."

Und wenige Wochen später:[4] „Mich schmerzt nit wenig, dass man von da aus alle Schuld auf mich werfen will, da ich doch ja einmal allein nil thun kann und iezo in guten Stand bin Gehilfen zu bekommen; aber wann Ich auch mit einer Macht hinausgehe, so muss wider ein ander aufgericht werden, dass man wieder von neuem gefasst seie. Dies kann ich aus meinen Mittlen allein nit bestreiten, also solle ja billich von dort ein Hilfe haben, sed de hoc surdis canitur fabula; aber Ich bin vor Gott entschuldigt und hoffe, man werd es alda noch auch erkennen, aber Gott gebe, dass es nit zu spat seie. Also wolle Pötting alles wohl repraesentiren

[1] Gutachten vom 28. Juni 1672. St-A. (Mog.)

[2] Weisung an Lisola, 29. Juni. St.-A. Auch die Räte Leopold I. waren dieser Ansicht; vergl. ihr Gutachten vom 6. Juli 1672. St.-A. (Vorträge.)

[3] Leopold an Pötting, 15. Juni 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Leopold an Pötting, 29. Juni 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

und klar sagen, wann man von dannen kein Geldhilf zue hoffen, man ex ipsa rei impossibilitate nil wird thun können."

Und in dieser Auffassung vermochten den Kaiser weder die neuerlichen Berichte Lisola's, noch die Bitten der Generalstaaten und des Brandenburgers zu erschüttern. Der Vertreter des letzteren begegnete vielmehr am Wiener Hofe grösseren Schwierigkeiten als vorher und selbst Montecuccoli, ein eifriger Förderer des Krieges und ein Freund des Kurfürsten konnte nicht umhin, in seinem am 7. Juli 1672 abgefassten Gutachten auf die wesentliche Verschlechterung der Lage seit der ersten Anwesenheit Anhalts am Wiener Hofe, auf das Missverhältniss zwischen den Kräften Leopold I. und Ludwig XIV. und auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, auf irgend eine Art die zur Werbung und Erhaltung der kaiserlichen Truppen unerlässlichen Geldsummen herbeizuschaffen.[1]

Wenn sich daher auch Kaiser Leopold auf die neuerlichen Bitten des Fürsten von Anhalt entschloss, die Zahl der von ihm zum Schutze des Reiches zur Verfügung zu stellenden Truppen auf 16000 Mann und sobald die Furcht vor einem Türkeneinfalle beseitigt sein würde, um weitere 4000 Mann zu erhöhen, so glaubte er doch im Sinne der von ihm vertretenen Politik darauf achten zu müssen, dass die Absendung dieser Truppen nicht zu frühzeitig erfolge und dass den Spaniern die Möglichkeit geboten werde, noch zur rechten Zeit die nothwendigen Geldsummen zu senden. Nur so erklärt es sich, dass er daran festhielt, erst am 25. August seine Truppen zu Eger bereit halten, erst am 1. September ihre Vereinigung mit den kurfürstlichen vollziehen lassen zu können; dass er an den Brandenburger die Bitte richtete, unausgesetzt daran zu arbeiten, „damit man in dieses Bündniss I. K. M. in Dänemark, Kursachsen, das Haus Braunschweig, Hessen und andere darein, auch dahin bringe, auf dass sie inmittels dieser Zeit oder so viel und bald es immer möglich, ihre Völker anmarschiren und zu der kaiserlichen und brandenburgischen coniungirten Armee kommen lassen, dann sonsten beede allein und ohne den anderen zu operiren möchte vielleicht an Seiten J^r Ch. D. zu Brandenburg selbsten bei gegenwärtigen Umständen für zu gefährlich gefunden werden."[2] Und seinem Freunde in Madrid theilte er das Resultat dieser Verhandlungen mit den Worten

[1] Gutachten Montecuccoli's vom 7. Juli 1672; vergl. Urk. und Act. XIV, 560 ff.
[2] Vergl. Urk. und Act. XIV, 567.

mit[1] „Sind nun die Ministri noch nit mit dem Kaiser zufrieden, so kann Ich ihnen wohl nit helfen, allein muss man auch von daraus nit auf uns vergessen und die Assistenzien folgen lassen, dann sonsten würde der Kaiser impossibilitirt das Werk zu prosequiren."

Und wenige Tage später;[2] „Montecuccoli wird selbst in Person mit einer Armada von 15000 Mann in's Feld gehen. Dies aber kann in die Länge nit dauren und kann der Kaiser sich nit wieder in ein noch mehrer und notwendiger Postur setzen, wann man Ihne nit von da aus assistirt. Man kann alda wol einen antreiben und impegniren, aber wann man Hilf begehrt, so ist niemand nit zu Haus; also muss wohl Pötting continuirliche Instanz machen und klar sagen, wie gern auch der Kaiser wollte, so würde er impossibilitirt sein seine guten intentiones zue prosequiren, wann man Ihm nit helfen sollte. Und will Ich wol gern vernehmen, was man alda sagen wird und ob Penneranda noch was zu critisiren finden wird, so zwar bei sein humore sarcastico nit leicht manglen wird... Wann man alda diesmal auch noch nit mit mir zuefrieden sein wird, so weis Ich der Sachen nit zue helfen. Ich aber will ein bessers hoffen; cardo autem totius negotii hangt an den Assistenzien, so unfelbar von dorten folgen müssen."

Man wird es unter diesen Umständen begreiflich finden, dass der Kaiser auch Lisola gegenüber auf das schärfste den Geldstandpunkt betonte, zumal man in der Umgebung Leopold I. dem Entschlusse für die Generalstaaten einzutreten eine grosse Bedeutung für diese beimass. In der That hat denn auch die Kunde von dem Plane des Kaisers mit dem Brandenburger gemeinsam an den Rhein zu marschiren, dem Kriege die entscheidende Wendung gegeben.

König Ludwig XIV. entschloss sich, in Würdigung der Gefahr, die ihm von dieser Seite her drohte, einen grossen Theil seiner Armee unter dem begabtesten seiner Feldherrn, Turenne, an den Rhein zu senden und ermöglichte es auf diesem Wege den Niederländern, sich zu fassen und sich zu erneuertem Kampfe zu rüsten. Der Kaiser hatte also ein gewisses Recht darauf, für die Absendung und zur Erhaltung dieser Truppen eine entsprechende Subsidie zu fordern. Aber ebenso klar ist es, dass die Generalstaaten, im Hinblicke auf

[1] Leopold an Pötting, 13. Juli 1672. St.-A (Pött. Corr.)
[2] Leopold an Pötting, 15. Juli 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

die Verwirrung der Finanzen, auf den Verfall des Handels, auf das Misstrauen der Kaufleute in die Zahlungsfähigkeit der Regierung, auf die ausserordentlichen Lasten, die sie schon auf sich genommen hatten, um die verschiedenen Fürsten zur Leistung der versprochenen Hilfe zu bewegen, auf die zur Erhaltung ihrer Flotte und ihres Heeres nothwendigen grossen Mittel sich in der Geldfrage um so zurückhaltender zeigen mussten, je dringender und weitgehender die Forderungen Leopold I. waren.[1]

In der That hat denn auch die Subsidienfrage die grössten Schwierigkeiten bei dem Abschlusse des Vertrages geboten. Wir sind über den Verlauf dieser Verhandlungen und über die grenzenlosen Bemühungen Lisola's, das scheinbar unmögliche durchzusetzen, auf das genaueste unterrichtet.[2] Alles, was er in seiner vieljährigen Erfahrung an Mitteln kennen gelernt hatte, um ein Ziel zu erreichen, hat er in den Sommermonaten des Jahres 1672 angewendet, um das heissersehnte Bündniss zu Stande zu bringen.

Jede Persönlichkeit, von deren Einwirkung ein Erfolg zu hoffen war, wurde in Anspruch genommen, jedes Mittel, das seinen Zwecken dienen konnte, rücksichtslos ausgenutzt. Die im Haag weilenden Vertreter des Brandenburgers, in dessen Interesse es lag, dass die Einigung zwischen Oesterreich und den Generalstaaten erfolge, mussten den maassgebenden Personen im Haag eine möglichst grelle Schilderung der trostlosen finanziellen Verhältnisse des Wiener Hofes geben.

Lisola seinerseits war auf das eifrigste bestrebt, den Nachweis zu führen, dass die vom Kaiser zugesagte Unterstützung ausschliesslich im Interesse der Generalstaaten erfolge, dass Leopold I. seinerseits keinen Grund habe zu den Waffen zu greifen, und er that dies, obgleich er selbst, wie wir wissen, vollkommen davon durchdrungen war, dass der Kaiser nur im eigenen Interesse handelte, wenn er sich der zunächst bedrohten Niederländer annahm. Diese Ueberzeugung, an der er auch unter den schwierigsten Verhältnissen festhielt, war es auch, die ihn bei den Verhandlungen über den Allianzvertrag leitete, die in der zweiten Hälfte des Monates Juli 1672 im Haag geführt worden sind. Nur um seiner Pflicht zu genügen und um dem Unmuthe seiner vielen

[1] Ueber die finanzielle Lage der Niederlande in dieser Zeit, Grossmann l. c. 34 ff; Lefèvre-Pontalis l. c. II, a. v. O. und die sehr unterrichtende Schrift von Grossmann, Die Amsterdamer Börse vor 200 Jahren; 1876.

[2] Grossmann l. c. 40 ff.

Feinde am Wiener Hofe keine neue Nahrung zu geben, entschloss er sich zur Abfassung eines Vertragsprojectes im Sinne der kaiserlichen Weisung, nach welchem die Generalstaaten dem Kaiser für die Theilnahme von 12000 Mann kaiserlicher Truppen am Kriege, zu deren Stellung er sich dem Brandenburger gegenüber bereits verpflichtet hatte, 45000 Thaler monatlicher Subsidien und eine sofort zu erlegende Summe von 200000 Thalern zahlen sollten. Dass die Generalstaaten diesen Antrag mit einem Gegenprojecte beantworteten, das ebenso unannehmbare Bedingungen enthielt, dass sie von Leopold I. die Absendung eines Heeres von 24000 Mann forderten, die Entschädigung für die daraus erwachsenden Unkosten aber erst nach beendetem Kriege leisten wollten, befremdete und erschreckte Lisola nicht. Es kam ihm sogar in gewissem Sinne sehr gelegen, dass die Generalstaaten dem Kaiser eine Antwort gaben, aus der zu ersehen war, dass sie über den Werth des abzuschliessenden Vertrages für das Reich und für die Erbländer im Klaren waren. Denn nur auf diesem Wege durfte er hoffen, seiner Regierung gegenüber den entgegenkommenden Schritt rechtfertigen zu können, zu dem er von allem Anfange an entschlossen war, und dem wir auch den glücklichen Ausgang der ganzen Verhandlung werden zuschreiben müssen. Gegenseitige Nachgiebigkeit hat in den zwischen dem 22. und 24. Juli gehaltenen Sitzungen zur Einigung über die wesentlichsten Punkte geführt. Die Generalstaaten gaben sich — als Lisola die Unmöglichkeit der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Leopold I. und Ludwig XIV. nach erfolgtem Abschlusse des österreich-staatischen Bündnisses bewies — zufrieden, dass von einer directen Unterstützung der Niederländer durch den Kaiser in dem Vertrage nicht gesprochen, sondern blos die Aufrechterhaltung des clevischen und des westphälischen Friedensschlusses als Zweck des Bündnisses bezeichnet werden sollte[1] und verpflichteten sich zur Zahlung einer Summe von 45000 Thalern monatlich, falls der Kaiser die von Lisola gutgeheissene Bestimmung des Vertrages bestätigen würde,[2] nach der Leopold I. den Niederländern mit

[1] Die Staaten hatten gefordert, die augenblicklich zu leistende Hilfe solle gerichtet sein „gegen die, welche gegenwärtig die vereinigten Provinzen mit Krieg überziehen". Vergl. Grossmann l. c. 39.

[2] Dass Lisola, indem er sich zu diesem Zugeständnisse, dem einzigen wesentlichen, das er machte, bereit fand, nur im Sinne seiner Ziele handelte, da er ja eine möglichst ausgiebige Mitwirkung des Kaisers wünschte, ist auch von Grossmann l. c. 42 ff. richtig betont worden.

24000 Mann zu Hilfe kommen sollte. Bereits am 25. Juli erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages, die Lisola gewagt hatte, obgleich er davon überzeugt war, dass sein Herrscher manches Bedenken gegen diese oder jene Bestimmung desselben äussern werde. Um sich jedoch zu sichern, bestand er darauf, dass dem Kaiser das Recht Aenderungen an dem übersendeten Vertrage vorzunehmen ausdrücklich vorbehalten wurde.

Am Wiener Hofe waren unterdess die Berathungen über die in den bestehenden Conflicten zu beobachtende Haltung fortgesetzt worden. Man war dabei, vornehmlich durch Montecuccoli's Einwirkung zu der Ueberzeugung gelangt, dass der Kampf sich unvermeidlich aus der mit Brandenburg getroffenen Vereinbarung ergeben werde, dass man daher, wie Montecuccoli meinte, sich in das Unvermeidliche fügen und dem Feinde con amore, con risolutione e con forza begegnen müsse."

Wenn dagegen der Prinz von Oranien und Lisola im Interesse des Kaisers ein energisches offensives Vorgehen empfahlen, so widersprachen ihnen darin nicht allein Leopold I. und alle Gegner des Krieges, sondern auch Montecuccoli, ein eifriger Vertheidiger des Temperirens und Marschirens und im Hinblicke auf die ihm nur zu gut bekannten Schwächen des kaiserlichen Heeres ein entschiedener Gegner jedes Wagnisses. Er legte dem Kaiser einen Operationsplan vor, nach welchem das in Eger versammelte Heer nach Frankfurt am Main marschiren, sich am Rhein festsetzen, den Franzosen durch Sperrung des Stromes die Lebensmittel abschneiden, sich dann mit den aus den Niederlanden kommenden spanischen Truppen vereinigen, bei Mastricht festsetzen und den in Holland stehenden Franzosen den Rückweg nach Frankreich verlegen sollte. Sobald man aber der Durchführung dieses Planes näher trat, zeigte es sich, dass derselbe mit den Leopold I. zur Verfügung stehenden Mitteln nicht in's Werk zu setzen war, und dies bestärkte den ohnehin zaghaften Monarchen, dessen Ansicht von der Gefährlichkeit eines Krieges mit Frankreich von zahlreichen einflussreichen Männern seiner Umgebung getheilt wurde, in der Meinung, dass er seinen Pflichten als österreichischer Herrscher zuwider handeln würde, falls er sich ohne genügende Subsidien seitens der Verbündeten zum Kampfe gegen die Franzosen verstehen sollte.

Und was dann im Verlaufe des Monates August 1672 an Nachrichten von den an den verschiedenen Höfen Deutschlands und

Europa's gepflogenen Berathungen einlief, was Leopold I. den Conferenzen entnehmen konnte, die zu Wien mit den Vertretern der verschiedenen Mächte gehalten wurden, musste dazu beitragen, ihn in der Ansicht zu bestärken, dass es eine schwere Vernachlässigung seiner Pflichten als österreichischer Herrscher wäre, wenn er den Kampf mit dem übermächtigen Gegner in der von den Verbündeten gewünschten Weise sogleich beginnen würde. Die seit langem mit dem Kurfürsten von Sachsen geflogenen Berathungen hatten ein sehr zweifelhaftes Resultat ergeben. Eifersucht auf den Brandenburger und der Wunsch, der Subsidien nicht verlustig zu gehen, die er von Oesterreichs Gegnern empfing, nöthigten Johann Georg II. zur Vorsicht und gestatteten ihm nicht, dem Zuge seines Herzens folgend, sich offen und frei als Anhänger Leopold I. zu bekennen.[1] Furcht vor Conflicten mit Frankreich und Eifersucht auf den Brandenburger dürften denn auch die entscheidenden Gründe für den Kurfürsten von Sachsen gewesen sein, die Aufforderung des Fürsten von Anhalt abzulehnen, der ihn zum Eintritte in die zwischen Leopold I. und Friedrich Wilhelm zum Schutze des Reiches geschlossene Allianz einlud und dieselben Ursachen dürften ihn auch veranlasst haben, dem Defensivvertrage, den er auf die immer erneuerten Bitten des kaiserlichen Vertreters — des Abtes Otto von Banz — und des ihm zu Hilfe eilenden Grafen von Mansfeld am 28. August unterzeichnete, eine Form zu geben, in der er fast jede Bedeutung einbüsste.[2] Von dem Hofe des Mainzer Kurfürsten berichtete Meyernberg, dass Johann Philipp sich entschieden weigere, dem österreich-brandenburgischen Bündnisse beizutreten, dass seine Beziehungen zu Ludwig XIV. immer intimer würden, dass nunmehr kein Zweifel darüber bestehen könne, dass derjenige Mann, der das Provisionalbündniss ersonnen habe, jetzt auf geheimem Wege die Fürsten des Reiches, an die sich Leopold I. mit der Aufforderung des Beitrittes wende, von demselben abzuhalten suche.[3] Der Trierer aber betonte — indem er von den Umtrieben der Herrscher von Neuburg und Münster ausführlich berichtete[4] — dass er im Hin-

[1] Ueber die Parteiungen am sächsischen Hofe vergl. Auerbach l. c. 372 ff; die Berichte des kaiserlichen Gesandten, des Abtes Otto von Banz, gestatten manche wesentliche Ergänzung des dort Mitgetheilten.

[2] Vergl. Auerbach l. c. 372.

[3] Votum vom 3. Sept. über Meyernbergs Schreiben vom August. St.-A. Vergl. auch Urk. und Acten. XIV, 584.

[4] Schreiben Grana's vom Juli — Sept. 1672. St.-A. (Col.)

blicke auf die Lage seiner Länder und auf die ihm von Frankreich drohende Gefahr nur bei Sicherung seines Besitzes zu einer entscheidenden Action im Sinne der gegen Frankreich Verbündeten werde zu bewegen sein.

Ebensowenig hatten die vornehmlich durch Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit den Herrschern von Dänemark, Braunschweig und Hessen-Cassel geführten Verhandlungen das erwünschte Ergebniss gehabt. Die zu Beginn des Monates August aus Berlin einlaufenden Berichte des gut unterrichteten Goess liessen nur geringe Hoffnung auf eine ausgiebige Unterstützung durch diese Mächte übrig.[1] Aus Regensburg aber langte die Nachricht ein, dass die Mehrzahl der Reichsstände, theils von Frankreich bestochen, theils noch immer von der Furcht bewegt, der Kaiser könnte der Freiheit der einzelnen Stände im Falle grösserer Erfolge zu nahe treten, sich missbilligend über den Vorschlag des Wiener Hofes ausgesprochen habe, mit den Waffen einzugreifen und ein Heer an den Rhein zu senden. Trugen diese wenig erfreulichen Mittheilungen aus dem Reiche dazu bei, die Bedenken Leopold I. gegen einen offenen Kampf zu steigern,[2] so wuchsen diese noch mehr, als Ferdinand Maria, der Kurfürst von Baiern, gewiss im Einverständnisse, vielleicht sogar im Auftrage Ludwig XIV., zu eben dieser Zeit einen eigenen Boten nach Wien sandte, der in der dringendsten Form an Leopold I. das Begehren stellte, den Kriegszug an den Rhein zu unterlassen, zumal Ludwig XIV. die Bestimmungen des westphälischen Friedens auf das genaueste beobachte,[3] während Gremonville, von der Haltung des Kaisers auf das beste unterrichtet, die günstige Gelegenheit benützte, um durch Drohungen, Bitten und Anerbietungen die Umstimmung Leopold I. zu vollenden. Es ist für die Ansicht, die man am Hofe Ludwig XIV. von der Bedeutung des kaiserlichen Gesandten im Haag hatte, sehr bezeichnend, dass auch in diesen Unterredungen, wie in den früheren, Gremonville die Schuld an dem was geschehen, in erster Linie Lisola beimass. Auch diesmal wurde hervorgehoben, dass Lisola im Haag gegen den König von Frankreich agitire, dass er es sei, der die

[1] Vergl. Urk. und Act. XIV. 579.

[2] Man glaubte damals in Wien nicht einmal des Brandenburgers sicher zu sein, fürchtete noch immer einen Abfall desselben zu Ludwig XIV; vergl. Urk. und Act. XIV. 586 ff.

[3] Memoire Kleists, 7. August 1672. St.-A. (Bav.); Antwort des Kaisers vom 16. August; ebend.

Niederländer vom Abschlusse mit Ludwig XIV. abhalte, der mit ihnen im Namen des Kaisers ein Bündniss geschlossen habe, das diesem zwar reichliche Subsidien sichere, zweifelsohne aber sein Verderben herbeiführen werde. Man liest noch heute mit einem Gefühle der Beschämung die Reden, die Gremonville damals zu halten wagte, ohne in der gebührenden Weise zurechtgewiesen zu werden. Ja man muss sogar mit Kummer gestehen, dass Gremonville, der Leopold I. Schwächen sehr gut kannte, den richtigen Ton traf, um zu reüssiren, dass seine kühnen, jedes Maass der einem Herrscher gebührenden Rücksicht überschreitenden Aeusserungen gewiss sehr viel dazu beigetragen haben, Leopold I. immer wieder zu neuer Verzögerung und zu neuen Ausflüchten zu bestimmen.

„Ich muss fürchten," sagte Gremonville in einer seiner Unterredungen, nachdem er in der heftigsten Weise gegen des Kaisers Vorgehen protestirt hatte, „es wird aus diesen zu harten Steinen gross Feuer abgeben. Was wird der Pater Miller, Donellan und P. Emerich sagen, dass I. K. M. meinen König in der angefangenen Propagirung der katholischen Religion wegen des Kurfürsten zu Brandenburg Privatinteresse also verhindern wolle, sonderlich da zu Haus vor dem Türken noch keine Sicherheit ist."[1] Und wenige Tage darauf äusserte er sich dahin, der König von Frankreich habe im Vertrauen auf den mit dem Kaiser am 1. Nov. 1671 geschlossenen Vertrag das Unternehmen gegen die Niederländer gewagt; wenn der Kaiser jetzt etwas gegen ihn beginnen sollte, werde er — Gremonville — als Lügner dastehen und dem Kaiser keine Dienste mehr zu leisten vermögen, er, der doch das in der Stube hängende Crucifix zum Zeugen dafür nehmen könne, dass er nun in das achte Jahr nichts als die vollkommene Einigung des Kaisers mit seinem Herrn gesucht, gefördert, ermöglicht habe.[2] Es war nur eine natürliche Folge dieser Erklärungen, dass er im Namen seines Königs von Leopold I. Niederlegung der Waffen, ein bindendes Versprechen, dieselben weder gegen Frankreich noch gegen dessen Verbündete zu ergreifen, die sofortige strenge Bestrafung Lisola's und die Verzichtleistung auf die Allianz mit den Generalstaaten forderte.[3] Eine scharfe Abfertigung, eine entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung in die österreichischen Verhältnisse hätte die Erwiderung auf diese Aeusserungen Gremon-

[1] Conferenzprotocoll vom 13. Aug. 1672. St.-A. (Vorträge.)
[2] Conferenzprotocoll vom 25. Aug. 1672. St.-A. (Vorträge.)
[3] Gutachten vom 31. Aug. 1672. St.-A. (Vorträge.)

ville's sein müssen, wenn man sich schon nicht, wozu Lisola und die Spanier seit Jahren riethen, entschliessen wollte, Gremonville's Abberufung zu fordern. Allein die Beschwichtigungsräthe, die zum grössten Theile durch persönliche Interessen an den Vertreter des Königs von Frankreich gebunden und alle jene, welche von der Ansicht durchdrungen waren, dass der Kaiser nicht über die Mittel verfüge, den Kampf gegen Ludwig XIV. aufzunehmen, vereinigten sich in dem Bemühen, Leopold I. von jedem energischen Schritte abzuhalten. Und es gelang ihnen dies um so leichter, als der Kaiser nicht leugnen konnte, dass sie Recht hatten, wenn sie ganz im Sinne der von Gremonville gegebenen Erklärungen darauf hinwiesen, dass die rheinischen Fürsten den Zug kaiserlicher Truppen an den Rheinstrom nicht zugeben würden, dass die Niederländer es nicht ehrlich mit dem Kaiser meinten, Spanien grössere Subsidien zu leisten nicht geneigt sei, während die Türken immer bedrohlicher sich geberdeten und des Kaisers Versuch seiner Regierung in Ungarn Macht und Ansehen zu verschaffen, seine ganze Kraft in Anspruch nahm. Auf das deutlichste tritt diese Ansicht, dass es nothwendig sei, trotz der Erkenntniss des unleidlichen Benehmens Ludwig XIV. und Gremonville's, den Bruch zu vermeiden, in dem Gutachten hervor, das am 31. August 1672 abgefasst wurde. Man wisse, erklärten die Räthe, dass das was Gremonville sage, eine halbe Kriegserklärung sei und mit dem übereinstimme, was Gravel zu Mainz, Vauguion in Berlin, Chassan in Dresden, Feuquières an anderen Orten gemeldet hätten; es bestehe auch kein Zweifel darüber „dass wann man de justicia causae sollte reden, leichtlich zu remonstriren sein würde, dass Frankreich hierinnen keineswegs, wohl aber E. K. M. hauptsächlichen fundirt sein; wann man aber de facto zu reden, so hat es wohl das Ansehen, als ob die Sachen des Königs in Frankreich besser als Er. M. stehen thäten."[1] Mit diesem Gutachten der maassgebenden Minister war das Schicksal des Krieges so gut wie entschieden. Denn wenn man am Wiener Hofe in denselben Tagen, da Montecuccoli, der noch immer an dem Plane festhielt, den er im Juli ausgearbeitet hatte, an der Spitze der kaiserlichen Armee von Eger abmarschirte, um den Kampf mit dem Feinde zu beginnen, den Entschluss fasste, „wenn Frankreich ohne einige Ursache in das Reich eindringen sollte", den Schutz des letzteren der göttlichen Allmacht allein zu überlassen, wenn

[1] Gutachten vom 31. Aug. 1672. St.-A. (Vorträge.)

man dem Könige von Frankreich in Erwiderung seines energischen Schreibens vom 7. August „Friede, Freundschaft und Vermeidung jeder Feindseligkeit" versprach, dann war an eine energische Kriegsführung in der That nicht zu denken. Dass Montecuccoli von Eger aus wenig günstige Berichte über die Zahl der kaiserlichen und brandenburgischen Truppen nach Wien sandte, hattte nicht, wie Montecuccoli gehofft, eine neuerliche Truppensendung, wohl aber die Bekräftigung der Meinung zur Folge, dass der Krieg gegen Frankreich und gegen dessen Verbündete mit der grössten Vorsicht geführt werden müsse.

Bereits am 10. und 11. September wurden denn auch die Befehle an Montecuccoli ausgefertigt, durch die ihm mitgetheilt wurde, dass Leopold I. sich Ludwig XIV. gegenüber verpflichtet habe, die französische Armee nicht anzugreifen, solange diese die kaiserliche nicht angreife, und durch die ihm der Befehl zu Theil wurde, „die Ruptur soviel möglich zu evitiren und nichts vorzunehmen, was dieselbe verursachen könnte."[1]

Die veränderte Gesinnung Leopold I. zeigte sich auch sogleich in seinen Weisungen an Lisola. Solange der Kaiser gedacht hatte, den Krieg ernst zu führen, hatte er sich auch mit Lisola's Vorgehen einverstanden erklärt.[2] Er bezeugte aufrichtige Freude über Lisola's Rettung aus den ihm von den Franzosen bereiteten Gefahren, „dann sie freilich an seiner Person ein ziemliches Pignus hätten",[3] und gab ihm Vollmacht, die begonnenen Verhandlungen — selbstverständlich unter Wahrung der kaiserlichen Interessen — zum Abschlusse zu bringen. Wir haben gesehen, wie sich Lisola dieser Aufgabe entledigte, wie er unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen einen Vertrag zu Stande brachte, der die Gutheissung seiner Regierung zweifelsohne gefunden hätte, wenn dieselbe noch bereit gewesen wäre, den Kampf gegen Frankreich mit Eifer und Ernst zu führen. Dies war aber nicht mehr der Fall, und deshalb trat der Gegensatz zwischen der kampfesmuthigen Stimmung, die Lisola beseelte, und der friedliebenden des Wiener Hofes um so greller hervor; deswegen wurde Lisola, statt des vor wenig Wochen gespendeten Lobes, jetzt der schärfste Tadel darüber ausgesprochen, „dass er die ihm zuge-

[1] Grossmann, Montecuccoli l. c. 417.

[2] Rescripte vom 25. Juli und 11. Aug. 1672. St.-A. Vergl. Grossmann, Lisola l. c. 43 f.

[3] Grossmann, Lisola. 43.

gangenen Weisungen, wie so oft, auch diesmal überschritten und sich zur Gutheissung von Forderungen bereit erklärt habe, die mit den Interessen des Kaisers nicht vereinbar seien". Und ganz ausdrücklich wurde als Grundsatz für die Aenderungen, die an dem von ihm übersendeten Vertrage vorzunehmen seien, bezeichnet, „dass man auf den vorigen principiis und gefassten Maximen beständig verbliebe, welche darin beständen, dass der Kaiser hierin alles jedoch auch nicht mehr thun, als was der westphälische, clevische und aachische Frieden mit sich bringe und dass der Kaiser die Krone Frankreich, solange sie nicht offen bricht, nicht direct oder offen angreifen wolle". Man kann sich denken, was unter diesen Umständen aus dem Vertrage wurde, den Lisola seiner Regierung eingesendet hatte. Alles, was in irgend einer Weise den Kaiser verpflichten oder den Franzosen Anlass geben konnte, zu behaupten, Leopold I. habe seinen gegebenen Versprechungen zuwider gehandelt, wurde getilgt, das Begehren der Staaten, Leopold möge 24 000 Mann zur Unterstützung absenden, rundweg verworfen, und die Summe von 45 000 Thalern monatlicher Subsidien für 16 000 Mann gefordert, zu deren Stellung Leopold I. ja bereits gemäss der mit Friedrich Wilhelm getroffenen Vereinbarung verpflichtet war.[1] Ende August war der revidirte Vertrag fertig gestellt; er wurde Lisola mit dem Befehle übersendet, die Flüssigmachung der gleich zu erlegenden 200 000 Thaler zu beschleunigen und überdies von den Generalstaaten die Erhaltung der katholischen Religion in jenen Orten zu fordern, in denen dieselbe von Frankreich eingeführt worden sei.[2] Mit Sehnsucht harrte Lisola seit der Absendung des Vertrages nach Wien auf die Antwort seiner Regierung. Er hatte die Zwischenzeit in der sicheren Erwartung einer Billigung des Vertrages seitens des Wiener Hofes benutzt, um die zur Durchführung des geplanten Unternehmens nothwendigen Maassregeln zu ergreifen. Von der Voraussetzung ausgehend, dass das Gebiet des Kölner Erzbischofes das Operationsziel der Alliirten sein müsse, hielt er einen gesicherten Rheinübergang für ein dringendes Gebot und war zu diesem Behufe seit langem in lebhafte Correspondenz mit Grana getreten. Sein Plan, bedeutende Truppenmassen auf irgend eine Weise in die Stadt Köln zu werfen, scheiterte zwar, allein es gelang ihm wenigstens, Grana für seine Idee zu

[1] Grossmann. Lisola l. c. 44 ff.

[2] Weisung vom 28. Aug. 1672. St.-A. (Holl.)

interessiren und zu neuen Anstrengungen im Sinne der Wahrung der Sicherheit Kölns zu vermögen. Zu gleicher Zeit beschäftigte ihn auch der Plan, Lüttich, das vermöge seiner Lage besonders geeignet war, den Franzosen bei ihren Unternehmungen Abbruch zu thun, in den Besitz des Kaisers zu bringen und es gelang ihm in verhältnissmässig kurzer Zeit mit Hilfe seiner ausgezeichneten Verbindungen und seiner genauen Kenntniss des zwischen der ständischen Regierung, dem Domcapitel und dem Bischofe — Maximilian Heinrich von Köln — herrschenden Zwiespaltes, dem Unternehmen zahlreiche Theilnehmer zu sichern. Auch hatte er, von der Ueberzeugung durchdrungen, dass keine Bundesgenossenschaft so fest sei dass sie nicht im Laufe der Zeit gelöst werden könnte, und unterrichtet über die Missstimmung, die im englischen Volke über das schmähliche Vorgehen Ludwig XIV. herrschte, durch geeignete Kräfte am Hofe Karl II. auf den Wechsel der Verhältnisse hinweisen lassen, der durch den Tod de Witts und durch den Uebergang der Herrschaft auf den Prinzen von Oranien eingetreten war, und der Aussöhnung und Einigung mit den früheren Verbündeten das Wort geredet. Seine Bemühungen blieben in diesem Punkte vorerst ohne sichtbaren Erfolg, trugen aber doch wesentlich dazu bei, den Hass des englischen Volkes gegen den unzuverlässigen Bundesgenossen zu steigern. Aber nicht in diesen und ähnlichen Dingen lag das aufreibende der Thätigkeit Lisola's; hier arbeitete er mit Begeisterung, denn er wirkte für die Idee, die durchzuführen das Ziel seines Lebens bildete. Was ihn tief bekümmerte, war, dass er, der entschiedenste Anhänger eines Offensivkrieges gegen Frankreich, sich im Hinblicke auf die Gesinnung seiner Regierung genöthigt sah, dem ungeduldigen Oranier gegenüber, der von Leopold I. die Kriegserklärung an Frankreich und den Einbruch in die Champagne forderte, die Behauptung zu vertreten, dass der offene Bruch des Kaisers mit Ludwig XIV. weder Leopold I. noch den Interessen der Niederländer entspreche, dass der Einbruch der kaiserlichen Truppen in Frankreich unzweckmässig und belanglos sein würde. Und doch war er es ja, der seit Jahren unablässig bei seiner Regierung für den Bruch mit Frankreich, für die offene Kriegserklärung eintrat, der mit dem Herzoge von Lothringen seit langem über den Einfall in Frankreich berieth und seiner Regierung immer wieder die ausserordentlichen Vortheile der Unterstützung eines solchen Unternehmens klar zu machen suchte. Den jungen Oranier zu überzeu-

gen, vermochte er nicht; wohl aber gelang es ihm denselben zu beruhigen und zur Verschiebung der weiteren Berathungen bis zum Einlangen der ersehnten kaiserlichen Weisung zu vermögen.[1] Am 13. September traf der Courier mit den Briefen aus Wien ein. Man wird die Aufregung begreifen, mit der Lisola an die Entzifferung der kaiserlichen Weisungen schritt, und sich seine Enttäuschung vorstellen können, als er im Verlaufe seiner Arbeit immer deutlicher erkennen musste, dass der Wiener Hof kaum einen der vielen Artikel des eingesendeten Projectes unberührt gelassen hatte. Was aber thun? Von Neuem gegen die Entschliessungen seiner Regierung zu protestiren, musste ihm schon im Hinblicke auf das Drängen des Oraniers unthunlich erscheinen, selbst wenn er sich über die Wirkung seiner Argumentation einer Täuschung hätte hingeben können. Es blieb also nichts übrig als kühnen Muthes den Gefahren zu begegnen. Schon am 14. September übergab er dem Oranier das kaiserliche Project, überzeugt davon, dass es harte Kämpfe kosten werde, den Widerstand des Prinzen und seiner Umgebung zu besiegen. Dieser blieb denn auch in der That nicht aus.[2] Es war eine Woche übermenschlicher Arbeit, bei der Lisola alle seine Talente als Diplomat aufbieten musste, um an's Ziel zu gelangen. Denn er hatte nicht nur mit den in der Sache gelegenen Schwierigkeiten, nicht nur mit dem Misstrauen des Oraniers und seiner Anhänger, nicht nur mit dem Unmuthe der brandenburgischen und staatischen Deputirten, sondern auch mit der ganzen Partei der Franzosen zu kämpfen, die von dem Inhalte der kaiserlichen Weisung in Kenntniss gesetzt nicht müde wurden von Neuem ihre gleissnerischen Anerbietungen zu machen, die an den verschiedensten Orten von der Möglichkeit sprachen unter günstigen Bedingungen für die Generalstaaten den Frieden mit Ludwig XIV. zu schliessen und ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck verliehen, dass Leopold I. trotz aller mit Brandenburg und mit den Generaltaaten eingegangenen Verpflichtungen nicht zur ernstlichen Führung des Krieges zu bewegen sein werde. Ueber alle diese Schwierigkeiten siegte aber schliesslich das überlegene Genie Lisola's. Es gelang ihm den Prinzen von Oranien zur Unterzeichnung des vom Kaiser übersendeten Vertrages zu bewegen, ohne dass irgendwelche Aenderung vorgenommen

[1] Grossmann l. c. 53 ff.
[2] Grossmann l. c. 58 ff.

wurde. Und wenn er auch diesen Erfolg erst dann erzielte, als er sich zur Annahme eines Nebenrecesses bereit erklärt hatte, durch den die Generalstaaten ihre Ansicht kundgaben, an diesem Vertrage nur dann festhalten zu wollen, wenn Leopold I. wirklich mit ihren Feinden brechen sollte, und die dem Kaiser bewilligten Summen nur in Obligationen zahlen zu wollen, so konnte dies nur dazu beitragen, die Bedeutung dessen, was er durchgesetzt hatte, zu zeigen. Meinte es der Wiener Hof mit der Unterstützung der Niederländer ernst, dann mussten ihm die Bestimmungen des Nebenrecesses nur Recht sein; denn dass die Generalstaaten nicht verpflichtet werden konnten, bedeutende Subsidien zu zahlen, ohne dass ihnen eine entsprechende Unterstützung durch den Kaiser zu Theil wurde, war ebenso klar, wie dass im Falle eines energisch geführten Kampfes, mit der Vertreibung der Feinde aus den Niederlanden und mit der Wiederaufnahme des Handels, der Werth der staatischen Papiere steigen werde.[1] Lisola durfte mit seinem Werke zufrieden sein; er hatte in allen wesentlichen Stücken der kaiserlichen Ansicht zum Siege verholfen und nochmals in Leopold I. Hände die Entscheidung gelegt. Trotzdem empfand der kaiserliche Gesandte nur sehr geringe Freude über das gelungene Werk, denn er zweifelte an der aufrichtigen Gesinnung der maassgebenden Persönlichkeiten am Wiener Hofe und wurde in dieser Auffassung bestärkt, als Briefe des Fürsten Lobkowitz in seine Hände fielen, die bewiesen, dass derselbe noch immer der Meinung war, Leopold I. werde die Ordnung der strittigen Frage auf gütlichem Wege durchsetzen können. Der tiefe Kummer über die Verblendung des Wiener Hofes, der helle Zorn über seine Gegner, deren Vorgehen er sich nur aus verbrecherischen Absichten erklären konnte, zugleich aber auch die volle Begeisterung für seine Idee des ehrlichen Kampfes gegen Frankreich, drücken sich in seinen Schreiben aus, die er Ende September an Hocher gerichtet hat. Mit der ihm eigenen Klarheit

[1] Lisola hatte sich übrigens, um ganz sicher zu gehen, mit den Bankhäusern Amsterdams in Verbindung gesetzt und von denselben das bindende Versprechen erhalten, die Staatsschuldverschreibungen der Generalstaaten zu escomptiren; nur forderten sie statt der üblichen 4%, 6% vom Kaiser. Der Schaden, der dem Kaiser aus der Annahme dieser Obligationen erwachsen konnte, betrug also nur 2%. Vergl. für alle diese recht wichtigen Dinge und für Lisola's Thätigkeit in diesen Fragen die interessanten Ausführungen bei J. Grossmann. Die Amsterdamer Börse vor zweihundert Jahren. Haag. 1876.

hat er in denselben noch einmal alle Gründe zusammengefasst, die den Kaiser bestimmen konnten, ja mussten, den von Lisola unterzeichneten Vertrag gutzuheissen und ehrlich und zielbewusst in den Kampf gegen Frankreich einzutreten, und mit vernichtenden Schlägen hat er in diesen Briefen jene Männer getroffen, die in einer zögernden, vorsichtigen, jede offene Feindschaft vermeidenden Politik das wahre Heil des Kaisers zu erblicken glaubten. Allein mehr als je vorher hatten gerade damals diese Kreise das Ohr Leopold I. Dass es den Bemühungen der Gutgesinnten, vornehmlich dem unaufhörlichen Drängen des Kurfürsten von Brandenburg, gelungen war, die langersehnte Einigung mit den Herrschern von Dänemark, Braunschweig, Sachsen und Hessen-Cassel zu Stande zu bringen, vermochte nicht einmal vorübergehend die Entschliessungen des Wiener Hofes zu beeinflussen. Auf die aufmunternden Erklärungen, die seitens der Vertreter des Krieges im Hinblicke auf diesen Machtzuwachs erfolgten, erwiderten Leopold und die friedliebenden Räthe mit dem Hinweise auf die Bedeutungslosigkeit dieses Bündnisses[1] und betonten die üblen Erfahrungen, die man mit den rheinischen Fürsten gemacht habe.[2] Sie hoben auch die ablehnende Haltung der übrigen Reichsstände hervor, die in ihrer Mehrzahl eine drohende Stellung gegen Leopold einnahmen, Frankreichs Plan guthiessen, ein Bündniss in der Art des Rheinbundes von 1658 zu gründen,[3] dagegen entschieden gegen das von dem Kaiser zur Wahrung des Reichsfriedens mit Brandenburg getroffene Abkommen und für den Weg der Vermittelung eintraten; sie wiesen auf den neuerlichen Anschluss des Bischofes von Münster an Frankreich, auf die gefährliche Lage in Polen und Ungarn, vor allem aber auf die Haltung der Spanier hin, die noch immer zögerten den Franzosen den Krieg zu erklären und die ununterbrochenen Bitten Leopold I. um ent-

[1] In der That hatte dieses Bündniss vom 22. Sept. 1672 in Folge der geringen Truppenzahl, die zur Durchführung der eventuellen Unternehmungen festgesetzt wurde und durch die ausgesprochene defensive Tendenz nur sehr geringen Werth; Abgedruckt bei Mörner l. c. 367 ff. Vergl. auch Urk. und Act. XIII, 238 ff. XIV, 598 ff.

[2] Mit dem Mainzer stand Leopold I. damals in einer sehr regen Correspondenz; der erstere suchte seine Politik immer wieder als eine consequente Vertretung der Friedensidee hinzustellen. Sein ausführliches Schreiben vom 28. Sept. ist in dieser Hinsicht ein Meisterstück der Verdrehung und eigenmächtigen Deutung bestimmter Ereignisse. Vergl. auch Urk. und Act. XIII, 287 ff; XIV, 600 ff.

[3] Vergl. Urk. und Act. XIII, 477 f.

sprechende Geldunterstützungen nicht zu hören schienen. Und das was am Wiener Hofe in diesem Punkte geäussert wurde, entsprach der Wirklichkeit. Die Nachricht von dem Abschlusse des österreich-brandenburgischen Bündnisses hatte zwar auch am Madrider Hofe die freudigste Aufregung hervorgerufen und trotz des Widerstrebens Penneranda's zu dem Entschlusse geführt, den Kaiser, dessen selbsteigenem Entschlusse der am Wiener Hofe weilende spanische Gesandte die Entscheidung zuschrieb,[1] mit beträchtlichen Geldsummen zu unterstützen. Allein die dem Kaiser abgeneigten spanischen Räthe verstanden es so gut die Durchführung dieses Planes zu erschweren, dass den ersten 120000 Thalern, die Pötting als einen nicht üblen Anfang bezeichnen zu können glaubte,[2] Monate hindurch keine weitere Subsidienanweisung folgte.[3] Und selbst dann, als auf die Nachricht von dem Abmarsche der kaiserlichen Truppen aus Eger gegen den Rhein zu, im ersten Jubel über das gelungene Werk der Beschluss gefasst wurde, sofort eine Summe von 240000 Thalern nach Wien zu senden und dem österreich-brandenburgischen Bündnisse beizutreten,[4] wusste es Penneranda, mit dem Misstrauen der spanischen Bevölkerung rechnend, dahin zu bringen, dass statt 240000, bloss 60000 Thaler nach Wien abgingen.[5]

Will man sich nun überzeugen, in wie hohem Grade dieses Verhalten der Spanier auf die Entschliessungen Leopold I. eingewirkt hat, so braucht man nur seine Briefe aus jenen Tagen zu lesen. Man wird in denselben den unumstösslichen Beweis dafür finden, dass es in erster Linie Rücksicht auf die vom Osten drohende Gefahr und financielle Gründe waren, die den Kaiser zu jener den allgemeinen Interessen so nachtheiligen Zurückhaltung gegenüber den Franzosen genöthigt haben.

Zu Beginn des Monates August, als die ersten 120000 Thaler aus Madrid einlangten, schrieb Leopold seinem Freunde:[6] „Die Geldrimessa ist wol a proposito komben, dann der Geldmangel unser Armada Movirung bald in's Stecken gebracht hätte. Jetzo ligt an diesen, dass man von dortaus continuirt, dann sonst vor gewiss

[1] Pöttings Bericht vom 6. Juli 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Pöttings Bericht vom 21. Juli 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[3] Pöttings Bericht vom 17. Sept. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[4] Bericht Pöttings, d. d. 12. Oct. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[5] Bericht Pöttings, d. d. 26. Oct. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[6] Leopold an Pötting, 10. August 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

könnte Ich nit fortkommen und müsste man alles im besten liegen lassen. Wollen sie doch nit mehr geben, so halten sie doch mit den Mesaden richtig zue, dass der Montecuccoli sich darauf verlassen kann; weillen das Geld als zue diesen Feldzug deputirt wird. Er Montecuccoli reiset in zwei Tagen von hie aber zue der Armada auf Eger und sodann sich mit Brandenburg zue coniungiren; ob man aber bald grosse operationes wird fortsetzen können, ist eine Frag; dann diejenige, welche man pro colligatis halt, als Dänemark, Braunschweig, Hessen et alii wollen noch nit recht daran, also solle nur Pötting Instanz machen, dass die Subsidien richtig folgen, dann sine illis nil factum erit." Als aber das erhoffte Geld trotz der immer erneuerten Bitten Pöttings und Leopold I. ausblieb, äusserte sich der letztere so:[1] „Ich erindere Euch, dass der Montecuccoli schon den 29. passati von Eger aufgebrochen und in das Culmbachische gangen, um zue Halberstadt sich mit den Brandenburgern zue coniungiren. Er schreibt, er habe die Armada in floridissimo statu angetroffen, so wol 15000 Mann stark gewest ist und halt Hauptordre, dass man sich in Reich nit beschweren könne; dieses aber zue continuiren ist der Don Dinero von Nöten. Mit diesen aber wird sich in die Länge wol nit dauern können. Ligt also an deme, dass wann man alda wolle, dass der Kaiser in servitium Spaniens und Hollands operire, man vicissim von Spanien aus dem Kaiser mit Geld helfen muss." Aber auch jetzt blieben die Bemühungen des kaiserlichen Gesandten ohne Erfolg. Die Spanier entschlossen sich weder zur Uebersendung entsprechender Geldsummen noch zur Kriegserklärung an Frankreich, während Montecuccoli immer von Neuem die zur Kriegsführung nothwendigen Gelder forderte, die Drohungen der Franzosen immer lauter wurden und die Gefahr von Osten her immer näher rückte. In dieser erregten Stimmung befand sich Leopold I., als er am 21. September mit voller Offenheit seine Ansicht über die Lage und über die von ihm im Interesse der Niederländer zu beobachtende Haltung ausgesprochen hat.[2] Der Kaiser, heisst es in diesem bedeutungsvollen Schriftstücke, freut sich sehr, dass man in Spanien die Nachricht von seiner Verbindung mit Brandenburg so wohl aufgenommen habe; unterdess dürften neue Mittheilungen bereits in Madrid eingelangt sein. „Es ligt jezo alles an dem Geld, sine quo nihil und kann Ich allein dies peso nit

[1] Leopold an Pötting, 7. Sept. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Leopold an Pötting, 21. Sept. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

übertragen. Will man auch die Reichsfürsten nit gar aus der Wiegen werfend verursachen, dass sie sich noch mehr mit Frankreich ostrechiren, so kann man von ihnen kein Quartier fordern; also muss alles mit bar Geld bestritten werden. Hat also Pötting kein Instanz auszulassen, sondern allweil zue continuiren, dass mit der Assistenza ergiebig und richtig zugehalten werde ... Allein in publicis gehet es leider nit zum bösten; indem der Türk in Pohlen sehr grosse Progressen (macht); .... so sein auch aus Sübenbürgen einige dahin geflohene rebellische Ungern alda eingefallen, einige teutsche Cavallerie geschlagen und werden täglich durch die luterische und andere Malcontenten verstärkt, also dass mir nit gar recht wol um das Herz ist, dass mein böste Armada schon ein 100 Meil von hier und am Rhein ist. Also muss Ich ja einmal gemach thun und mich nit gar praecipitiren, dann kombe Ich auch mit Frankreich in die Har, und habe a tergo in Pohlen und Hungarn solche Unruhe, so würde ich ja einmal nit aller Orten bestehen können."

Man wird dieses Geständniss Leopold I. an seinen alten Freund als Ausfluss seiner ehrlichen Ueberzeugung auffassen dürfen. Er war wirklich davon durchdrungen, dass er nicht im Stande sei, unter diesen Umständen den Kampf zu wagen. Nicht also deshalb, weil Lobkowitz vom Kriege abrieth, sondern weil Leopold I. nach sorgfältiger Erwägung der ihm von Vertretern der verschiedenen Parteien geäusserten Ansichten das, was Lobkowitz empfahl, als das richtige ansah, hat er sich dem Gutachten der Mehrzahl seiner Räthe gefügt, unter denen Lobkowitz die entscheidende Rolle spielte. Es war nur eine nothwendige Folge dieses Entschlusses, dass jetzt in entschiedenerer Weise als am 11. September an Montecuccoli der Befehl erging, pro fixo scopo zu nehmen, jede Ruptur zu verhüten, davon abzustehen, den Franzosen die Lebensmittel durch Verhinderung der Zufuhr auf dem Rhein abzuschneiden und den Kurfürsten von Brandenburg von jedem Schritte abzuhalten, der zu entscheidenden Kämpfen führen könnte.[1]

Je weniger aber Leopold I. an die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes gegen Ludwig XIV. glaubte, je zweckmässiger es ihm schien, den Weg gütlicher Vereinbarung nicht ganz zu verlassen, desto weniger konnte ihm das Vorgehen Lisola's behagen. Dass dieser schon im August nach Madrid von dem Abschlusse der österreich-staatischen Allianz als von einer vollendeten Thatsache

[1] Vergl. Grossmann. l. c. 418.

geschrieben hatte, erregte des Kaisers heftigsten Unwillen, da er nicht mit Unrecht dadurch eine weitere Verzögerung in der Uebersendung der Geldsubsidien fürchtete. „Lisola hat sich ein wenig übereilt, schrieb er am 21. September an Pötting[1], dass er Euch so vor richtig geben hätte die ligam des Kaisers mit Holland, dann es hat noch allerlei Hakel dabei, indem der Kaiser es nit also hat ratificiren können, da er nit alsogleich mit Frankreich in apertum bellum hätte komben wollen, so der Zeit noch weder dem Kaiser, weder Spanien noch nit rathsam ist. Noch viel ein unrichtigere Zeitung aber ist, dass Schweden sich mit sein Truppen sollo mit der ligam conjungiren; indeme es leider noch ganz unrichtig ist und Schweden der Zeit noch publice mit Frankreich halten thuet. Also hat der gute Lisola immer einmal gar zu gähe Einfälle und man macht sodann Fundament auf falsche supposita."

Und ganz in diesem Sinne erging — bevor noch das staatisch-österreichische Vertragsdocument in Wien eingelangt war — am 28. September an Lisola die Weisung, seine Verhandlungen so einzurichten, dass man mit Frankreich nicht offen zu brechen brauche Conferenzen mit dem Oranier zu vermeiden, falls dieser den Kaiser zum offenen Bruche mit Frankreich nöthigen wolle, die Pläne auf Lüttich vorerst aufzugeben und den Staaten die Bedeutung des Zuges der kaiserlichen Truppen für ihre Befreiung recht klar vor Augen zu führen.[2]

So war die Stimmung, als der von Lisola unterzeichnete Vertrag in Wien einlief. Und trotzdem haben in der entscheidenden Conferenz vom 13. October 1672 die Räthe Leopold I. einmüthig für die Ratification des Vertrages gestimmt. Man hat darin einen neuen Beweis der unvergleichlichen Fähigkeiten Lisola's zu erkennen geglaubt, der auf „die in letzter Stunde noch schwankend gewordenen Räthe derartig wirkte, dass sie nun doch nicht mehr auf dem fast vollendeten Wege umzukehren wagten, sondern, wenn auch mit innerem Widerstreben, den letzten Schritt thaten".[3] Gewiss ist auch, dass die ausgezeichneten Auseinandersetzungen Lisola's mit dazu beigetragen haben, diesen scheinbar befremdenden Entschluss der Wiener Regierung hervorzurufen, dass insbesondere die starke Betonung der Gefahr, die sich für den Kaiser und für das ganze Haus Habsburg aus einem Separatvertrage zwischen den Niederländern und dem fran-

[1] Leopold an Pötting, 21. Sept. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Weisung Leopold I., d. d. 28. Sept. 1672. St.-A. (Holl.)
[3] Grossmann, Lisola l. c. 68.

zösischen Könige ergeben würde, auf die Räthe Leopold I., die von verschiedenen Seiten gleichlautende Mittheilungen empfingen, einen bedeutenden Eindruck machte. Aber alles, was Lisola in diesem Schreiben betonte, hatte er bereits zu wiederholten Malen fast mit denselben Worten gesagt, und was sich im Laufe der letzten Wochen ereignet hatte, sprach gewiss nicht zu Gunsten eines energischen Vorgehens. In der That waren es auch nicht Lisola's Erklärungen, sondern der Inhalt des Vertrages selbst, der die kaiserlichen Räthe zu dieser scheinbar mit ihren früheren Entschliessungen nicht übereinstimmenden Entscheidung vermochte. Der Vertrag, den Lisola übersendet hatte, wich ja in keinem Punkte, ja in keinem Worte von dem Projecte ab, das eben diese Minister, die jetzt über die Zweckmässigkeit desselben berathen sollten, vor zwei Monaten ausgearbeitet hatten. Sie konnten also, wollten sie nicht ihr eigenes Werk zerstören, sich selbst blossstellen, jetzt nicht Bedenken gegen dasselbe erheben. Und was sollten sie auch an einem Vertrage auszusetzen haben, in dem jedes Wort vermieden war, das den Franzosen hätte Anlass geben können, den Kaiser des Friedensbruches anzuklagen; durch den sich die Generalstaaten zur Leistung einer so bedeutenden Subsidie verpflichteten, ohne dass sich Leopold zu einer grösseren Truppensendung in's Reich genöthigt sah, als er im Interesse seiner Pläne gelegen hielt? Wollten die Gegner des Vertrages ihren Widerspruch geltend machen, so mussten sie ihre Kritik an dem Nebenrecesse üben, von dessen Acceptirung die Staaten ja das Inkrafttreten des Vertrages abhängig machten. Das haben Lisola's Feinde denn auch im vollsten Maasse gethan. Nicht einen einzigen dieser Artikel haben sie unverändert gelassen, und mit demselben Eifer, wie vor Monaten die Hauptartikel, jetzt den Nebenrecess in ihrem Sinne zu modificiren gesucht.

Wollten die Staaten die 200000 Thaler erst nach dem Beginne der wirklichen Action erlegen, so forderten die Kaiserlichen die sofortige Erlegung und die Berechnung der Subsidien vom 1. September an, obgleich dieser Termin bereits verstrichen war, die Operationen der kaiserlichen Truppen aber noch nicht begonnen hatten. Wenn ferner in dem Recesse für die künftige Bezahlung der Subsidien statt des baaren Geldes Obligationen versprochen wurden, so erklärten die kaiserlichen Räthe auf diese Art der Bezahlung nur dann eingehen zu können, wenn sich eine Anzahl angesehener Kaufleute für die betreffenden Zahlungen verpflichten würden. Mancher, der

den Abschluss mit den Staaten zu hintertreiben wünschte, mag durch die Zustimmung zu diesen Aenderungen gehofft haben, auf diesem Wege das Scheitern des ganzen Allianzplanes zu bewirken; die Gutgesinnten, aber Zögernden, mögen dagegen der Ansicht gewesen sein, dem Kaiser auf diese Weise möglichst weitgehende Zusicherungen gegen möglichst geringe Zugeständnisse zu erringen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man auch nicht, wie dies geschehen, von einer Aenderung in der Gesinnung der Wiener Minister sprechen können. Dieselben vertraten vielmehr in ihrer überwiegenden Mehrzahl dieselben Ideen, für die sie früher gewirkt hatten. Und Leopold I. selbst hat den Abschluss mit den Generalstaaten keineswegs als einen Widerspruch gegen sein früheres Verhalten angesehen. „Was die Liga mit Holland anlangt, schreibt er vielmehr zu Beginn des Monates November an Pötting,[1] so ist schon communicirt worden, dass der Kaiser endlich selbige ratificirt hat: doch cum aliquibus necessariis cautelis. Was man aber alda von der Ruptur mit Frankreich (spricht), kombt mir vor, wir machens wie die Schwaben, so einer dem andern zugeschrieen hat: Gang du voran. Ich sorge aber, et utinam sim vanus augur, wann wir in der Wäsch wol impennirt sein werden, so werde man uns stecken lassen. Dahero man je einmal nit alsogleich hinein plumpsen kann; wann aber dem spanischen Gesandten seine Befehle kommen werden circa haec in specie mit dem Kaiser zue handlen, so wird sich sodann schon alles schicken."

Leopold blieb eben auch nach dem Abschlusse mit den Niederländern der Ueberzeugung, den offenen Bruch mit Frankreich so lange vermeiden zu müssen, bis ihm durch eine entsprechende Unterstützung der Spanier die Möglichkeit geboten wurde, mit grösserer Aussicht auf Erfolg den Bruch mit dem überlegenen Gegner zu vollziehen. Das Verdienst Lisola's wird durch diese Darlegung der Verhältnisse durchaus nicht geschmälert; es bestand in diesem Falle darin, dass er die Generalstaaten, die Verhältnisse geschickt benützend, zur Gutheissung des Wiener Projectes bewog und damit den Räthen Leopold I. jede Möglichkeit nahm, gegen das Zustandekommen des Hauptvertrages zu opponiren. Zu Beginn des Monates November war die Weisung des Kaisers mit dem veränderten Nebenrecesse in den Händen Lisola's. Derselbe befand sich damals in Brüssel, unaus-

[1] Leopold an Pötting, 2. Nov. 1672. St.-A. (Pött. Corr.)

gesetzt bemüht, den spanischen Gouverneur für seinen Kriegsplan zu gewinnen, der eine gemeinsame Operation am Niederrhein bezweckte, zu welcher der Oranier nach langem Widerstreben seine Einwilligung gegeben hatte.[1] Die Schwierigkeit, Monterey zu einer entscheidenden Erklärung zu vermögen und eine heftige Erkrankung hinderten Lisola, sogleich nach Erhalt der kaiserlichen Weisung nach dem Haag zurückzukehren. Gegen den 20. November langte er daselbst an. Er fand die leitenden Kreise und die Bevölkerung in schlechter Stimmung. Es herrschte grosses Misstrauen in die Absichten Leopold I., der sein Heer an den Rhein zu senden zögerte, der sich weigerte den westphälischen Frieden als gebrochen zu erklären, obgleich die Truppen Frankreichs längst auf dem Reichsboden standen. Die neuerlichen Gerüchte von einer beabsichtigten Einigung der katholischen Mächte gegen die Protestanten fanden Glauben.[2] Die Schweden aber, die als Friedensvermittler auftraten, wurden nicht müde zu betonen, dass der grossmüthige König von Frankreich Gnade für Recht ergehen lassen und mit den Niederländern unter ausserordentlich günstigen Bedingungen Frieden schliessen wolle. Und sie machten mit diesen Erklärungen Eindruck auf die Masse der Bevölkerung, die vom Handel lebte und bei fortdauerndem Kriege den Untergang fürchtete und kühner geworden durch die Ereignisse immer lauter nach Frieden rief. Aber nicht nur bei den Kaufleuten, sondern auch in den leitenden politischen Kreisen gewann die Ansicht von der Zweckmässigkeit, sich mit dem überlegenen Gegner auszugleichen, immer weiteren Boden.[3] Nur mit Mühe vermochten die Anhänger des Krieges, unter ihnen der Prinz von Oranien, von den Vertretern des Brandenburgers und der Spanier unterstützt, die Forderungen der Friedenspartei zurückzuweisen. Immer wieder entgegnete diese auf die Erklärungen des Prinzen von Oranien von dem baldigen Abschlusse mit dem Kaiser und von dem Eintreffen

[1] Vergl. Grossmann l. c. 90ff.

[2] Ende October wurde durch die Franzosen im Haag ein Vertragsproject zwischen dem Kaiser und Frankreich verbreitet, nach welchem der Kaiser und die Spanier gegen entsprechende Bedingungen die Niederländer im Stiche lassen wollten. Vergl. Urk. und Acten XIV. 615. Anm., XIII. 349. Anm., auch Haller l. c. 38 ff.

[3] Sehr richtig kennzeichnet eine in jenen Tagen entstandene Carricatur die Auffassung des gewöhnlichen Niederländers: Dieselbe stellt einen Holländer dar, von einem Engländer hin und her gezerrt, während der Kaiser und der Brandenburger ihm die Taschen ausleeren, ein Spanier dabei steht und den Unglücklichen höhnt. Rousset, Louvois l. c., I. 444.

der kaiserlichen Truppen am Rhein, mit den bittersten Klagen über das Missverhältniss zwischen diesen Aeusserungen und den thatsächlichen Geschehnissen.

Von all' diesen Vorgängen hatte Lisola genaue Kunde erhalten. Er wusste, was auf dem Spiele stand, dass dem Abbruche der mit dem Kaiser geführten Verhandlungen unzweifelhaft der staatisch-französische Friede und diesem die Eröffnung directer Feindseligkeiten gegen den Kaiser seitens der Franzosen folgen würde. Es schien ihm daher von der grössten Bedeutung zu sein, die Bemühungen der Friedensfreunde zu durchkreuzen, den Nachweis zu führen, dass Frankreichs Erklärungen falsche, die Friedensbetheuerungen der Schweden unaufrichtige seien und den Abschluss der staatisch-österreichischen Allianz als eine Nothwendigkeit hinzustellen. Das erstere gelang ihm, dem Meister in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, auch diesmal in vollstem Maasse.

Durch geschickte Ausnützung der gegebenen Verhältnisse und durch richtige Verwerthung der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte gelang es ihm, das grosse Publicum von der Eigennützigkeit der Franzosen und von der Nothwendigkeit des Ausharrens und des Vertragsschlusses mit dem Kaiser zu überzeugen. Viel schwieriger war es die leitenden Kreise zu gewinnen; denn hier stellten sich ihm die in dem Nebenrecesse zum Ausdrucke gekommenen Wünsche des Kaisers hinderlich in den Weg. Wie sollte es ihm gelingen, die Gegner einer Allianz mit dem Kaiser von der Ehrlichkeit der Absichten Leopold I. zu überzeugen, wenn selbst die Freunde Oesterreichs bekennen mussten, dass des Kaisers neue Forderungen den deutlichen Beweis dafür lieferten, dass er bei dem Vertragsschlusse lediglich sein besonderes Interesse im Auge behalte? Wie sollte er auf die Klagen jener antworten, die behaupteten, Leopold denke nicht daran, den Generalstaaten zum Wiederbesitze der verloren gegangenen Provinzen zu verhelfen, wenn in dem von dem Kaiser ratificirten Vertrage ausdrücklich nur vom Schutze gegen weitere Verluste die Rede war? Wie sollte es Lisola zu Stande bringen, den Vorwurf der Eigennützigkeit des Kaisers zurückzuweisen, wenn in dem kaiserlichen Vertragsprojecte die Leistung der Gelduntersützung vom 1. September an und die Sicherstellung für die im Laufe der Jahre zu erlegenden Summen gefordert wurde, obgleich die kaiserlichen Truppen bis in den December hinein sich noch in keine grössere Action eingelassen hatten? Es

bedurfte auch in diesem Falle der unermüdlichen Ausdauer und des Talentes Lisola's, durch geschickte Wendungen einer schlechten Sache den Schein einer guten zu verleihen, um die Unwilligen zu besänftigen und die Forderungen des Kaisers in allen wesentlichen Punkten durchzusetzen.[1]

Am Abend des 12. December war das schwere Werk vollbracht. Die staatischen Deputirten fügten sich fast in allen Stücken der Deutung, die der Kaiser dem Nebenrecesse gegeben hatte, verpflichteten sich zur Zahlung der Subsidien vom 1. September an in Bankgeld, erklärten sich mit dem Versprechen des Kaisers zufrieden, sie vor weiteren Verlusten schützen zu wollen und gaben auch bezüglich der zu erlegenden 200000 Thaler Versprechen, die den weitgehendsten Anforderungen genügen konnten. Nur in einem Punkte weigerten sie sich, den Wünschen Leopold I. zu willfahren.[2] Sie erklärten, es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, den Zustand der religiösen Verhältnisse in den von den Franzosen eroberten Gebieten zu bestätigen und Lisola hielt es nicht für angezeigt, länger in sie zu dringen. Am 13. December wurden die Ratificationen ausgewechselt.

Am Wiener Hofe hatte man in den letzten Monaten des Jahres 1672 mit der grössten Spannung auf die Nachricht von dem Abschlusse des Vertrages gewartet, denn es hatten die Verhältnisse sich dermassen gestaltet, dass der offene Bruch zwischen Leopold I. und Ludwig XIV. unmittelbar bevorzustehen schien. Es war zwischen Gremonville und Hocher zu sehr erregten Debatten gekommen, man hatte sich gegenseitig die schwersten Vorwürfe in's Gesicht geschleudert und wenn es auch den vermittelnden Mächten gelang, einen offenen Bruch zu vermeiden, so zeigten doch auch die weiteren Verhandlungen, wie lose das Band war, das die beiden Nationen aneinander knüpfte und dass lediglich Misstrauen in die eigene Kraft den Wiener Hof noch abhielt, den Franzosen den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Jetzt wagte fast niemand mehr, den Franzosen und ihren Anerbietungen das Wort zu reden, nicht einmal die Jesuiten und der päpstliche Nuntius, die bisher die religiöse Frage nicht ohne Erfolg in den Vordergrund gerückt hatten.[3] In der Conferenz, die am

[1] Vergl. Grossmann, l. c., 75 f.

[2] Vergl. Grossmann, l. c., 76. ff.

[3] Auf die Thätigkeit der Geistlichen in diesem Sinne macht auch Pufendorf in seiner Finalrelation, Helbig, l. c. 75, aufmerksam.

19. October 1672 gehalten wurde, um über die Antwort auf Gremonville's Gutachten vom 17. desselben Monates zu berathen — in dem er im Hinblicke auf die Intention des Kaisers lediglich das Reich zu schützen und seines Herrschers das Reich nicht anzugreifen, die Möglichkeit einer gütlichen Vereinbarung hervorhob und das Versprechen gab, Frankreichs Truppen würden sofort Halt machen, sobald Gremonville sich davon überzeugt haben würde, dass auch Leopold I. nichts feindliches gegen seinen Herrn vorhabe — wurde seitens der versammelten Räthe der Beschluss gefasst, Gremonville mit allgemeinen Worten zu erwidern, „dann es bleibt ein für allemal darbei, dass Frankreich hierinnen nichts anders suche, als anjetzo ein Stillstand der Waffen und dardurch Zeit E. K. M. von ihren Conföderirten oder ihre Conföderirten von deroselben abzusündern, damit sie hernach entweder E. K. M. und die Kron Spanien allein oder die Holländer allein desto besser bekriegen mögen."[1] Und von dieser Ansicht liess man sich auch nicht abbringen, als Gremonville das äusserste wagend mit neuen Vertragsprojecten an Leopold I. heran trat und als er, da auch diese zurückgewiesen wurden, Ende November dem Hofkanzler mittheilen liess, sein Herr stelle dem Kaiser anheim, ob er Krieg oder Frieden wolle, bitte aber um eine Erklärung.[2] Es entsprach ganz der Ansicht Hochers, wenn er sich dahin äusserte, er hätte dem Gremonville am liebsten geantwortet „E. M. wollte dasjenige aus beiden erwählen, was Frankreich selbst beliebt."

Und wenn auch bei ruhiger Erwägung der Verhältnisse von einer solchen Antwort Umgang genommen und Gremonville gegen-

[1] Conferenzprotocoll vom 19. October 1672. St.-A. (Vorträge.)

[2] In dieser Zeit dürften die „Remarques sur le discours du Sieur de Gremonville" entstanden sein, die von Lisola vielleicht verfasst, wahrscheinlicher bloss beeinflusst waren. Sehr bezeichnend ist die Stelle, wo der Autor die Berechtigung des Kaisers nachweist, den Kampf gegen Ludwig XIV. zu führen, p. 78, Wiener Ausgabe. (Univ.-Bib. H. Franc I. 1120.) Et pourquoy est-ce, Mr. le Harangueur, que ces Allemans dénaturés et ces boutefeux de leur patrie peuvent bien faire des alliances et prendre de l'argent d'un ennemy de la Maison d'Autriche, pour attirer une armée formidable d'estrangers dans l'Empire pour le mettre à feu et à sang; et pourquoy n'est-il pas permis à l'Empereur, qui est le chef et à l'Electeur de Brandenbourg, qui est un de ses principaux membres, de faire des alliances pour esteindre ce feu, pour y establir le repos et pour en éloigner ceux qui ont interest de l'alterer et troubler et qui se sont deja mis en devoir pour cela plus d'une fois.

über geäussert wurde, der Kaiser werde, falls Frankreich an einen ehrlichen Frieden denke, gewiss nicht gegen einen solchen sein, so war es doch die allgemeine Ansicht am Wiener Hofe, dass der Bruch mit den Franzosen bevorstehe, zumal Montecuccoli, des Kaisers Feldherr, in ähnlichem Sinne berichtete.[1]

Was sollte nun aber geschehen, wenn der staatisch-französische Separatvertrag zu Stande kam? Musste sich dann nicht, wie die Verhältnisse lagen, der Kaiser wirklich auf den Krieg gegen Frankreich gefasst machen, nicht im fremden Lande, sondern innerhalb seiner Landesgrenzen, nicht mit, sondern ohne die Unterstützung der Niederländer? Auf wen hatte aber Leopold in diesem Falle zu rechnen? Von wem konnte er eine halbwegs genügende Hilfe, sei es an Geld, sei es an Truppen, erwarten? Noch immer hatte sich kein entscheidender Wechsel in der Gesinnung der deutschen und ausserdeutschen Mächte vollzogen. Nur der Erzbischof von Trier hatte sich entschieden für den Anschluss an den Kaiser ausgesprochen und einen Vertragsentwurf fertiggestellt,[2] durch den er sich bereit erklärte, dem österreich-brandenburgischen Bündnisse beizutreten die Mosel- und die Rheinbrücke bei Trier und Coblenz den Verbündeten zur Verfügung zu stellen. Aber auch er hatte sein Verbleiben an der Seite des Kaisers von der Zahlung beträchtlicher Geldsummen abhängig gemacht, deren grösseren Theil nach des Kaisers Wunsch die Generalstaaten übernehmen sollten. Es hing also auch das Zustandekommen dieses Vertrages von dem Abschlusse der staatisch-österreichischen Allianz ab. Von den übrigen rheinischen Fürsten war aber noch keiner gewillt, mit Leopold gemeinschaftliche Sache zu machen; der Kölner kämpfte noch immer offen als Gegner des Reiches an der Seite Ludwig XIV., der Mainzer wagte nicht, das Schicksal des Lothringers vor Augen, seinen Unwillen über das eigenmächtige Benehmen der

[1] „Ich habe eben heut von Montecuccoli Brief vom 10ten dies, schreibt Leopold am 16. November an Pötting (Copie; Pött. Corr.), dass er schon am Rhein stehe und selbigen negst bei Mainz passiren werde, so auch schon wie zu vermuthen geschehen sein wird und obwohlen ich auf alle Weise verlangt, nicht zum ersten die offene Ruptur mit Frankreich anzuheben, aus denen Ursachen so ich schon oft gemeldet habe und ihr euch leicht einbilden können, so sorge ich doch, in die Länge werde es kein Gut thuen, dann Turenne schon einige brandenburgische Völker attaquiret hat und also wohl besorglich einander wird in Haar gekommen werden; tali casu ist es wohl von Nöthen starke Assistentien zu haben" etc.

[2] Der Abschluss erfolgte am 31. Dec. 1671. Vergl. Mörner. l. c. 371 ff., für die Verhandlungen Urk. und Acten XIII. 30 ff., XIV. 618 ff.

Franzosen zu äussern und leistete durch seine Neutralität den Unternehmungen Ludwig XIV. Vorschub,[1] und der Pfälzer zeigte, trotz neuerlicher Verhandlungen mit dem Brandenburger,[2] noch immer Neigung mit Frankreich zu gehen. Von den übrigen deutschen Fürsten aber war der Herzog von Hannover Bundesgenosse des Franzosenkönigs, die übrigen braunschweigischen Fürsten waren aus ihrer passiven Haltung nicht herauszubringen, der bairische Hof blieb unter dem Scheine der Friedensliebe französisch gesinnt, wie er denn auch unter dem Vorwande, nicht „zur Partei" werden zu wollen, sich weigerte, ein von Leopold I. vorgeschlagenes Bündniss abzuschliessen.[3] Man wird es unter diesen Umständen begreiflich finden, dass der Wiener Hof die Nachricht von der erfolgten Auswechslung der Ratificationen, die zu Beginn des neuen Jahres in Wien einlief, mit Freuden begrüsste. Diesmal hatte man an dem, was Lisola gethan, nichts auszusetzen; wohl bedauerte man, dass die Wünsche der Katholiken nicht in vollem Maasse hatten berücksichtigt werden können, wohl äusserte man die Befürchtung, der Verkauf der Obligationen könnte Verluste bringen, aber man leugnete nicht, dass Lisola das unter den gegebenen Verhältnissen mögliche geleistet habe.

Und wie die kaiserlichen Räthe Leopold I. gegenüber meinten, sie könnten ihm nur zu dem so glücklichen Schlusse der mit den Generalstaaten vorgehabten Tractaten gratuliren,[4] so hielt sich der Kaiser verpflichtet, seinen Gesandten, in erster Linie Lisola, „für ihre eifrige und wohl vollführte Verrichtung den gebührenden gnädigsten Dank zu sagen."[5] Aber weniger der kaiserliche Dank — obgleich er in dieser Hinsicht nicht verwöhnt war — als das Bewusstsein, ein grosses Werk vollbracht zu haben, erfüllte Lisola mit Genugthuung. Denn mit dem Vertrage vom 13. December 1672 hatte eine Angelegenheit ihren Abschluss gefunden, mit der er sich mehr als 5 Jahre beschäftigt hatte, deren Durchführung er mit

[1] Vergl. Guhrauer, l. c. II. 16 f., Peter l. c. 85 f., Urk. und Act. III. 525; XIII. 287 ff.

[2] Urk. und Act. XIII. 314 ff; XIV. 624., Puf. l. c. XI. 64.

[3] Erklärung Ferdinand Maria's an Königsegg vom 11. Dec. 1672. St.-A. (Bav.) Sehr richtig klagt ein Zeitgenosse „Politische Betrachtung über den gegenwärtigen Zustand Europa's. Dir. Eur. XXV. 212. „Die übrigen Stände des Reiches (ausser Brandenburg und Münster) bringen ihre Zeit zwischen Hoffnung, Furcht und Sorglosigkeit für die Gegenwart und Zukunft als blosse Zuseher zu."

[4] Gutachten vom 7. Januar 1673. St.-A. Vergl. Grossmann, l. c. 86 f.

[5] Schreiben Leopold I. an die Gesandten, 17. Jan. 1673. St.-A. (Holl.)

vollem Rechte als einen Erfolg seiner rastlosen Bemühungen und seines hervorragenden Talentes bezeichnen durfte. Seitdem er gegen Ende des Jahres 1666 das Festland verlassen hatte, um am Hofe Karl II. die grosse Coalition gegen den gemeinsamen Gegner zu Stande zu bringen, war ihm die Einigung der Niederländer mit dem Kaiser als eines der wichtigsten Ziele erschienen, dem er zustreben müsse und der Gedanke, einer Verbindung dieser beiden Mächte die Wege zu bahnen, hatte ihn unaufhörlich mitten unter den verschiedensten Thätigkeiten beschäftigt. Nun war das erstrebte Werk nach unendlichen Mühen gelungen. Freilich nicht ganz in der Weise, wie er es gewünscht hätte. Nicht der offene Kampf für des Reiches und Europa's Befreiung von dem drückenden Joche des übermüthigen Franzosenkönigs, der ein Recht zu haben meinte, alle die für Feinde zu halten, die seinen Befehlen nicht gehorchen wollten, wurde in dem Bündnisse als oberster Zweck und letztes Ziel bezeichnet, vielmehr jedes Wort sorgfältig vermieden, das den Verdacht eines beabsichtigten Bruches des Kaisers mit Frankreich hätte erwecken können. Und auch darüber täuschte sich Lisola nicht, dass Leopold auch jetzt nicht das war, was der kaiserliche Gesandte von vorneherein erstrebt hatte und noch immer erstrebte, der Mittelpunkt einer grossen Einigung, der die Kräfte zur Verfügung standen, dem französischen Könige die Gesetze eines Friedens vorzuschreiben, durch den dem Uebergewichte einer Macht auf Kosten der übrigen ein für alle Mal ein Ende bereitet werden sollte.

Der König von England, dessen Mitwirkung dem kaiserlichen Gesandten unerlässlich schien, war noch immer auf das engste mit dem allgemeinen Feinde verbündet, trotz aller Bemühungen Lisola's, trotz der immer mächtiger werdenden antifranzösischen Bewegung unter dem englischen Volke. Und nicht bessere Aussicht war vorhanden, den anderen Theilnehmer der Tripleliga, den König von Schweden, als Bundesgenossen im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zu begrüssen. Erfüllt von ihrer Mission als Friedensvermittler und des französischen Geldes bedürftig, dachten die Schweden vorerst nicht daran, aus ihrer etwas parteiischen Neutralität herauszutreten. Und wie weit war man noch von der geplanten Einigung der Reichsstände, von einem gemeinsamen Vorgehen derselben gegen Frankreich entfernt.

Lisola wusste dies und trotzdem freute er sich über das, was er durchgesetzt hatte. Denn er sah in der österreich-staatischen

Allianz mehr als ein Particularbündniss, er sah darin den Kern der grossen Verbindung, die alle jene umfassen sollte, die bereit waren, für die Sache der Freiheit und der Gleichheit zu streiten. Und in diesem Sinne wird man die Bedeutung des österreich-staatischen Vertrages vom Jahre 1672 nicht gering schätzen dürfen. Denn die Idee, die demselben zu Grunde lag, war, obgleich sie in dem Vertrage selbst ihren Ausdruck nicht fand, jedem klar. Mochte Leopold I. noch vor der offenen Kriegserklärung an Frankreich zurückschrecken, mochten die Generalstaaten bei dem Abschlusse wirklich nur ihre besonderen Interessen im Auge gehabt, mochte auch keine der Vertragschliessenden Mächte an eine energische Zurückweisung der französischen Eroberungsgelüste, an eine Fortführung des Krieges auch nach Abwendung der unmittelbar drohenden Gefahr gedacht haben; in dieser Einigung des katholischen Reichsoberhauptes mit der mächtigsten protestantischen Macht Europa's lag der Keim jener grossen Völkerverbindungen, die im Laufe des 17. und 18. Jahrhundertes die Uebermacht Frankreichs brechen und das europäische Gleichgewicht wieder herstellen sollten. Den Wiener Hof gegen seinen Willen zur Theilnahme an diesem grossen Unternehmen veranlasst zu haben, wird man stets als eine der bedeutendsten Leistungen in dem thatenreichen Leben Lisola's bezeichnen müssen.

XX. Kapitel.

Die Entscheidung am Wiener Hofe und der zweite staatisch-österreichische Vertrag vom 30. August 1673.

„Die ganze Campagne hat mit Uneinigkeit begonnen, ist so fortgeführt worden und wird so enden; man fasste Pläne und führte sie nicht aus; man gab Befehle und widerrief sie; man vermutete falsch und begründete schlecht.“[1] So lautet das Urtheil des kaiserlichen Generals über den Feldzug des Jahres 1672. Er hat dieses Urtheil nicht öffentlich abgegeben, nur für sich, zu seiner Rechtfertigung glaubte er es niederschreiben zu müssen. Kein Wunder, dass man ihn für den Schuldigen hielt, dass er sich Jahrhunderte

[1] Sconcerti della campagna, 1. Dez. 1672. Grossmann, Mont. l. c. 433.

lang den Vorwurf gefallen lassen musste, in hinterlistiger Weise den Kurfürsten über die Intentionen des Wiener Hofes getäuscht und durch sein zögerndes Verhalten mit am meisten zu dem wenig erfreulichen Ausgange des mit so grossen Erwartungen begonnenen Kampfes beigetragen zu haben. Wir wissen heute, dass von alledem nichts wahr ist. Nur widerwillig und stets protestirend hat sich Montecuccoli den Befehlen seines Herrn gefügt, dem Kurfürsten gegenüber von den Absichten seiner Regierung nicht geschwiegen und alles für einen energischen Krieg gethan, was er nur irgendwie mit den ihm zugegangenen Weisungen vereinbar fand. „Gute Intelligenz mit dem Kurfürsten zu halten, die Holländer in gebührender Weise zu befriedigen, das kaiserliche Heer zu conserviren, das französische Heer zu consumiren, den Kaiser nicht in einen offenen und unversöhnlichen Krieg zu impegniren, die Kurfürsten von Mainz und Trier und die Spanier wohl zu disponiren, das kaiserliche Heer ausserhalb der Erbländer im Reiche und in feindlichen oder sozusagen aufständischen Gebieten zu ernähren, dabei aber die Magazine und Gegenden zu schonen, die man für den nächsten Feldzug noch brauchen wird,“[1] das war, wie er selbst behauptet, sein Streben. Und als er die Unmöglichkeit selbst das zu erreichen einsah, hat er in der bestimmtesten Form seine Abberufung gefordert und dieselbe auch erwirkt, trotz aller Betheuerungen seines Herrn, sich auf ihn wie auf keinen Zweiten verlassen zu können. Also nicht dem kaiserlichen General, sondern ausschliesslich der Wiener Regierung wird man die Schuld an dem ungünstigen Resultate des Feldzuges zuschreiben müssen, wenn man durchaus von einer Schuld reden will. Denn man wird bei der Beurtheilung der österreichischen Politik nicht vergessen dürfen, dass der Kaiser, als er das Bündniss mit Friedrich Wilhelm schloss, lediglich vorhatte, das Reich zu sichern und die Generalstaaten nicht untergehen zu lassen, keineswegs aber diesen zu einem vollen Siege zu verhelfen wünschte. Ganz ausdrücklich hatte der Kaiser damals betont, dass er nur durch grosse Truppen- und Gelduntersützungen und auch dann nur bei günstigerer Gestaltung der östlichen Verhältnisse zum offenen Kampfe gegen Ludwig XIV. zu bewegen sein werde. Aber weder das eine noch das andere war eingetroffen und darum glaubte der vorsichtige Leopold jeden Schritt, der zum Bruche

[1] Grossmann, l. c. 433.

führen konnte, vermeiden zu müssen, wie eifrig auch die Niederländer und die Spanier mahnten, wie sehr auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg drängen und schieben mochte. Und in dieser Ansicht musste Leopold I. durch die Thatsache bestärkt werden, dass die Spanier, die von Leopold den offenen Bruch mit Frankreich forderten, diesen selbst zu vollziehen unterliessen, dass selbst der Brandenburger, obgleich er entschieden die Sache der Niederländer vertrat, von einer offenen Kriegserklärung an Ludwig XIV. Abstand nahm. „Zugleich Krieg zu führen und Frieden zu halten," wie Ranke dieses System ausgezeichnet characterisirt, war auch die Ansicht der Wiener Regierung; nur dass dieselbe im Hinblicke auf ihre besonderen Interessen diesen Krieg noch etwas verhüllter führen zu müssen glaubte als der verbündete Kurfürst von Brandenburg, der durch das Vorgehen der Franzosen in seinen Besitzungen ungleich stärker bedroht war. Denn auch das wird man bei der Beurtheilung der Verhältnisse nicht ausser Acht lassen dürfen. Der Kurfürst war durch die Wegnahme seiner clevischen Besitzungen von Frankreich geschädigt worden; dem Kaiser aber drohte erst der Einmarsch französischer Truppen in österreichisches Gebiet für den Fall der Kriegserklärung.

Durch den Abschluss des Vertrages mit den Generalstaaten war nun die Wiener Regierung unzweifelhaft wieder um einen Schritt weiter auf der Bahn gelangt, die zum offenen Bruche mit Frankreich führen musste.

Aber noch immer lag ein weites Feld zwischen dem Ziele, das sich Ludwig XIV. Gegner gesteckt hatten und dem Punkte, auf dem sich der Kaiser befand; noch immer wollte der Wiener Hof von einem offensiven Kampfe gegen Frankreich nichts wissen und selbst Montecuccoli konnte nicht leugnen, dass im Hinblicke auf die Haltung der rheinischen Fürsten und auf die Stärke der Feinde die Fortsetzung des Krieges blos in defensiver Weise möglich sei, und dass es dem Interesse Leopold I. und der Sache, die er vertrat, am besten entspreche, sich reichliche Winterquartiere auf Kosten der feindlich gesinnten Reichsfürsten zu sichern und die für den kommenden Feldzug nothwendigen Vorbereitungen zu treffen. Das war denn auch die Meinung Leopold I. und seiner Umgebung. Der Abschluss mit den Generalstaaten hatte sie in der Ansicht bestärkt, den von Frankreich und Schweden angebotenen Separatfrieden oder Waffenstillstand zurückzuweisen, die mit den verschiedenen deutschen

und ausserdeutschen Mächten geführten Verhandlungen fortzusetzen und von dem Resultate derselben die weiteren Entschlüsse abhängig zu machen. Zur Zurückweisung eines Separatfriedens mit den Franzosen hielt sich der Wiener Hof moralisch verpflichtet, „weil E. M. erst vor wenig Monaten mit Brandenburg, mit Holland aber erst vor wenig Tagen geschlossen und gar schimpflich wäre dero so heilig gegebene Worte gleich wiederum zu brechen und sich hierin ohne Wissen und Einwilligung der Confoederirten einzulassen"; einen Waffenstillstand abzuschliessen, hielt aber die Räthe Leopold I. nicht nur das Misstrauen in die Versprechungen der Franzosen und der Schweden ab, sondern vielleicht noch mehr die Befürchtung, dass während der Waffenruhe weder die Niederländer noch die Spanier die versprochenen Subsidien zahlen würden, die Erhaltung der kaiserlichen Truppen auf Kosten der feindlich gesinnten Reichsfürsten sich aber als undurchführbar erweisen würde.

In diesem Sinne wurde dem unermüdlich thätigen Vertreter der Schweden, Esaias von Pufendorf, der zu Beginn des Jahres 1673 mit neuen Vollmachten an den Kaiser herantrat,[1] die Antwort zu Theil, Leopold I. wünsche einen beständigen Universalfrieden, keinen Waffenstillstand; zu einem dauernden Frieden sei aber die genaueste Beobachtung instrumenti pacis, die Erhaltung der deutschen Freiheit, die Restitution der clevischen und der anderen zum Reiche gehörigen Plätze, auch Lothringens, die Gutmachung der erlittenen Schäden, die Ordnung der elsässischen Frage, der Vergleich mit den Niederländern und überdies eine allgemeine Garantie von Nöthen.[2] Und ebenso ablehnend verhielten sich die massgebenden Kreise dem französischen Gesandten gegenüber, der im Auftrage seines Herrn die weitgehendsten Concessionen, völlige Unterwerfung der Fürsten von Münster und Köln, Befriedigung des Lothringers und des Brandenburgers versprach. Frankreich meint es nicht ehrlich, lautete die Ansicht der Räthe, es will den Kaiser nur von seinen Verbündeten trennen. Es entsprach der Absicht, den offenen Bruch zu vermeiden, dass von diesen Bedenken Gremonville gegenüber in einer milderen Form gesprochen wurde, dass Leopold in der dem Vertreter Ludwig XIV. ertheilten Antwort seine Friedensliebe sehr stark betonte, „um nicht das Odium der Kriegslust auf

[1] Vollmacht für Pufendorf d. d. 12. Dez. 1672. Berathung am 3. Jan. St.-A. (Suec.) Helbig l. c. 31 ff.

[2] Gutachten vom 22. Februar 1673. St.-A. (Vorträge.)

sich zu laden."[1] Wie wenig aber Leopold I. an eine friedliche Beilegung der mit Frankreich bestehenden Conflicte glaubte, zeigen die lebhaften Verhandlungen, die in seinem Auftrage in diesen Tagen an den verschiedenen deutschen und ausserdeutschen Höfen geführt wurden.

Und nicht ohne Erfolg sind dieselben geblieben. Die Einigung mit dem Kurfürsten von Trier, der wir schon gedachten, erhielt am letzten Tage des Jahres 1672 ihre feste Form. Bald darauf gelang es auch, Johann Georg II. für die Verbündeten und für die von ihnen vertretene Sache zu gewinnen. Gut gesinnt war der sächsische Kurfürst immer gewesen und er hatte dieser Gesinnung auch den deutlichsten Ausdruck verliehen.[2] Allein immer wieder hatten die Not der Zeit, das Geld und die Versprechungen der Franzosen und Schweden und ihrer zahlreichen Anhänger am kursächsischen Hofe den schwachen Herrscher von einer entscheidenden Abmachung mit Leopold I. abgehalten. So geschah es, dass Monate vergingen, ehe das Uebereinkommen, das bereits im August des Jahres 1672 getroffen worden war, seine endgiltige Form erhielt; dass die mit Gersdorf in Wien geführten Verhandlungen immer wieder in's Stocken gerieten und erst zu Beginn des Monates März 1673 der Vertrag zu Stande kam, durch den sich der Kurfürst von Sachsen verpflichtete, dem Kaiser gegen entsprechende Subsidien mit 3000 Mann zu Hilfe zu kommen, falls bis Ende Mai weder Waffenstillstand noch Frieden mit den Franzosen geschlossen sein sollte.[3] Aber auch sonst zeigten sich im deutschen Reiche Veränderungen, die eine wesentliche Besserung in der Zukunft hoffen liessen. Die Männer,

[1] Gutachten vom 13. Jan. 1673. St.-A. (Vorträge.) Ein Vertreter Englands, Bernhard Gascon, der seit dem April 1672 im Interesse der zwischen Herzog Jakob von York, Bruder Karl II., und Claudia Felicitas von Tirol geplanten Heirath in Innsbruck und Wien thätig war, betont in seinen Berichten immer wieder die ehrliche Friedensneigung Leopold I. Es wurden mit ihm seitens der Wiener Räthe auch Verhandlungen bezüglich eines holländisch-englischen Separatfriedens gepflogen. Berichte im Rec. Off.

[2] „Ich werde E. M. stets treu sein; ich bleibe treu, wie sie mich jeder Zeit werden erkannt haben, werde auch niemals von Er. M. aussetzen, sie lasse sich nur nicht irre machen, sondern traue ihrem ganz treuen Kurfürsten. Ich berufe mich auf meine Vorfahren, werde beständig zu Er. M. Dienst bleiben und es auch mit meinem Blute bezeugen." Schreiben vom 12. Jan. 1673. St.-A. (Sax.)

[3] Vertrag vom 8. März 1673, gedruckt in Du Mont. l. c. VII. 220. Vergl. Auerbach l. c. 384 ff.

die in Ludwig XIV. den Verderber des deutschen Reiches, seinen Todfeind erblickten, standen nicht mehr so einsam da, wie vor einem Jahre; unter den deutschen Fürsten begannen die weitsichtigeren, selbst unter denen, die sich an Ludwig XIV. angeschlossen hatten, zu empfinden, dass es diesem keineswegs um das Wohl des Reiches zu thun sei, dass er an die Beobachtung der eingegangenen Verpflichtungen nicht denke, dass er keinen Augenblick zögern werde, Bundesgenossen und Freunde zu opfern, wenn sein specielles Interesse es erfordern sollte. Vor allem aber gab der Wechsel in der Person des Reichserzkanzlers dem Wiener Hofe Hoffnung auf eine wesentliche Aenderung der Verhältnisse im deutschen Reiche. Denn Johann Philipp hatte bis an sein Lebensende sich entschieden gegen den Krieg mit den Franzosen ausgesprochen und noch zu Beginn des Jahres 1673 die Aufforderung Leopold I. für die gemeinsame Sache zu wirken, mit dem Anerbieten der Friedensvermittelung erwidert.[1] Mitte Februar 1673 war nun der vielerfahrene Mann, in dem wohl Liebe zur deutschen Sache aber in noch höherem Maasse persönlicher Ehrgeiz vorhanden war, gestorben, und die Vergangenheit des neuen Kurfürsten liess ein entschiedenes Eintreten desselben für die Sache des Kaisers und des Reiches hoffen. Viel mehr aber als alle diese Erfolge im Reiche bedeutete, dass die Verhandlungen, die im Laufe der ersten Monate des Jahres 1673 zwischen Wien und Madrid geführt wurden, es wahrscheinlich machten, dass die Spanier sich endlich zu einer entsprechenden Unterstützung Leopold I. und zu einem energischen Auftreten gegen Frankreich entschliessen würden. Die Kriegsoperationen der Verbündeten, insbesondere das Verhalten Oesterreichs hatte durchaus nicht den Beifall der Spanier gefunden. Man klagte über das zögernde Benehmen Montecuccoli's und drückte Pötting gegenüber immer von Neuem das Befremden darüber aus, dass der Kaiser mit den Franzosen noch nicht gebrochen habe. Allein der Wiener Hof liess sich durch diese Beschwerden durchaus nicht erschüttern. Mit voller Offenheit erwiderte er vielmehr auf die Klagen der Spanier, dass ohne eine grössere Geldunterstützung der Kaiser an einen dauernden Kampf gegen Ludwig XIV. nicht denken könne, und dass die Spanier am allerwenigsten Ursache hätten von dem Kaiser die Kriegserklärung

[1] Votum über Meyernbergs Schreiben vom 25. und 29. Januar 1673. St.-A. (Mog.)

an Frankreich zu fordern, solange sie, die näher berührten, sich zu diesem Schritte noch nicht entschlossen hätten. „Im Hinblicke auf den Mangel an Lebensmitteln für Menschen und Pferde, liess Leopold am spanischen Hofe verkünden, konnten die Truppen der Verbündeten am Rhein nicht länger bleiben und da eine Passirung des Rheines, auch wenn sie möglich, nicht zweckmässig wäre, weil daselbst alles aufgezehrt und die spanischen und holländischen Völker von ihnen so entlegen, dass sie sich mit diesen ohne eine Hauptschlacht wegen der inzwischen liegenden Condé- und Turennischen Armee nicht hätten conjungiren können, haben die verbündeten Truppen sich genöthigt gesehen, sich nach Westphalen zurückzuziehen und Winterquartiere daselbst zu nehmen". Ja Leopold I. nahm den Spaniern jede Hoffnung auf eine energische Action auch für den folgenden Feldzug, falls ihm nicht eine entsprechende Geldunterstützung zu Theil werden sollte. „Subsidien müssen in höherem Betrage erfolgen, sonst werde ich genöthigt sein, meine Pläne zu ändern", so lauten die kaiserlichen Weisungen an Pötting und die Erklärungen an den spanischen Gesandten am Wiener Hofe. Es klang sogar wie eine Drohung, wenn der Kaiser seinem Vertreter in Madrid befahl, den Spaniern vorzuhalten, dass, was sie thäten, in erster Linie ihnen zu Gute komme und nicht dem Kaiser, „der vielmehr alle Stund noch die Mittel habe sich mit Frankreich, wenn er nur seine Völker zurückrufen wollte, mit gar avantageusen Conditionen zu vergleichen, welches er aber bis dato nicht gethan habe, auch nachmals zu thuen nicht willens sei, wenn nur die Kron Spanien auch ihrerseits dasjenige, was zur Fortsetzung eines so wichtigen Werkes von Nöthen, in der That selbsten prästiren werde."[1] Aber weniger die Schreiben Leopold I. und die Reden Pöttings als die Erkenntnis der Gefahr, die den spanischen Niederlanden von dem französischen Könige drohte, trug dazu bei, die spanische Regierung zu entscheidenden Maassregeln zu veranlassen. Man konnte sich in Madrid gegen Ende des Jahres 1672 nicht verhehlen, dass der Kampf, den Ludwig XIV. mit den Generalstaaten führte, sich früher oder später auf den spanischen Besitz hinüberspielen werde und die Heftigkeit, mit der sich Ludwig XIV. über das Vorgehen Monterey's beschwerte, der doch, wie man in Paris wusste, im Auftrage seiner Regierung handelte; die Drohungen, die Villars im Namen seines Herrschers

[1] Weisung an Pötting, 14. Dez. 1672. St.-A. (Hisp.)

am spanischen Hofe fallen liess,[1] machten es wahrscheinlich, dass Ludwig XIV. seine Rachepläne gegen die Generalstaaten vorerst aufgeben und den Kampf gegen die spanischen Niederlande sogleich beginnen werde.[2] Daher der Wunsch der Spanier, den Kaiser und den Brandenburger von jedem Separatvertrage und von jedem Waffenstillstande abzuhalten. Der Rückzug der verbündeten Armee nach Westphalen hatte in Madrid unangenehm berührt; immerhin war noch das Aeusserste vermieden, der Rückmarsch in die Erbländer nicht angetreten. Aber auch dieser drohte nach den Mittheilungen Leopold I. und seines Vertreters, wenn seitens der Spanier nicht bessere Erklärungen erfolgen sollten. Alle diese und noch manche andere Erwägungen führten dahin, dass gegen Mitte Januar 1673 der Entschluss der spanischen Regierung erfolgte, etwas mehr als bis dahin geschehen war, für den Kaiser zu thun. Zwar Penneranda blieb nach wie vor ein entschiedener Gegner des Anschlusses an Leopold I. Allein seine Macht reichte nicht mehr so weit als vorher. Er konnte nicht hindern, dass die seit dem Herbste 1672 geführten Allianzverhandlungen ihren Fortgang nahmen, Projecte auf Projecte verfasst und ausgewechselt wurden. Und das Bestreben der Spanier, den Kaiser durch einen Vertrag zu binden, wurde ein umso lebhafteres, je beunruhigender die Berichte ihres Gesandten am Wiener Hofe, Balbases, über die Bemühungen der Franzosen lauteten, Leopold I. zu einem Separatbündnisse unter glänzenden Bedingungen zu vermögen. In der That hatte Ludwig XIV. zu Beginn des Jahres 1673, als er sich überzeugt hatte, dass der Friede mit den Generalstaaten nicht zu Stande kommen werde, dem Kaiser nicht nur die Rückgabe der clevischen Besitzungen an Brandenburg und der übrigen zum Reiche gehörigen Plätze an ihre Besitzer, sondern auch die Wiedereinsetzung des Lothringers gegen eine „kleine Submission" und die Ordnung der elsässischen Frage in Aussicht gestellt; zu gleicher Zeit aber im Falle der Ablehnung mit energischen Vorgehen gegen den Kaiser gedroht. Allein Ludwig XIV. und Gremonville's Drohungen wirkten jetzt ebensowenig als ihre lockenden Anerbietungen. Man glaubte eben nicht mehr an diese und nicht an jene. Die Zahl der Gegner Gremonville's am Wiener Hofe wuchs von Tag zu

[1] Mignet l. c. IV. 168 ff.

[2] Mignet l. c. IV. 168 betont sehr richtig, wie stark dies wirkte; vergl. auch Rousset l. c. I. 412 ff.

Tag und was viel bedeutungsvoller war, die Mehrzahl derselben wagte schon offen diese Gegnerschaft zu bekennen. In der Conferenz der maassgebenden Minister wurde jetzt ausdrücklich hervorgehoben, man finde es gefährlich, mit Gremonville weiter zu verhandeln, da man ihn schon so oft der Unwahrheit überführt habe und da er dasjenige morgen leugne, was er heute sage.[1] Gremonville täuschte sich nicht über den Wechsel der Stimmung: aber er war nicht der Mann, so leicht den Kampf aufzugeben. Von der Grösse der Gefahr überzeugt, wagte er das Aeusserste. Er drohte mit der Veröffentlichung des österreich-französischen Vertrages vom 1. Nov. 1671. Aber auch darauf war man, Dank den Bemühungen Lisola's und seiner Anhänger, gefasst. Bereits im Herbste 1672 hatte der Hofkanzler Hocher aufmerksam gemacht, dass sich die Nothwendigkeit ergeben könnte, diesen Vertrag zu veröffentlichen und zu Beginn des Jahres 1673 war der Beschluss gefasst worden durch eine wahrheitsgetreue Darlegung der Verhältnisse, unter denen Leopold I. sich zu diesem Schritte entschlossen habe, einer gehässigen Darstellung durch die Franzosen zuvorzukommen. In einem überaus geschickt gearbeiteten Memoire, dessen Werth vor allem darin liegt, dass es in allen wesentlichen Punkten der wirklichen Gesinnung des Kaisers Ausdruck verlieh, hat der Hofkanzler das Vorgehen Leopold I. zu rechtfertigen unternommen und den Nachweis zu liefern gesucht, dass lediglich die Not der Zeit, die von den Türken drohende Gefahr, der Aufstand der Ungarn, die Schwäche des kaiserlichen Heeres, die ablehnende oder schwankende Haltung der deutschen Fürsten, die Unentschlossenheit der Spanier und die Drohungen der Franzosen den Kaiser widerwillig vermocht hatten — um nicht in einen doppelten, überaus gefährlichen Krieg mit den Franzosen und den Türken zugleich

[1] In dem Gutachten vom 22. Febr. 1673 St.-A. (Vorträge) heisst es unter anderem: Gremonville habe ja unlängst geleugnet, jemals gesagt zu haben, dass er Vollmacht zu tractiren habe und habe doch solches vielfältig und auch dem Nuntius selbst angezeigt; jetzt sage er von Neuem, er habe Vollmacht. Es sei auch bekannt, wie falsch und unwahrhaft er die mit ihm im verwichenen Sommer bei Lobkowitz gehaltene Conferenz beschrieben und von Dingen gesprochen habe, davon nicht ein Wort geredet, deren gar nicht gedacht worden sei. Es sei ferner bekannt, wie geschwind er die mit dem Nuntius wegen eines Waffenstillstandes vor wenigen Monaten nur ein oder zweimal vorgehabten Discurse aller Orten ausgebreitet und dass er sogar nach Holland so geschrieben habe, als wenn der Waffenstillstand beim Kaiser bereits richtig wäre. Vergl. auch Crockow's Berichte aus Wien: Urkunden und Acten XIII. 578 ff.

verwickelt zu werden — diesen Vertrag, doch ohne Praejudiz für das Reich und Spanien, zu schliessen.[1] Allein den Mut, dieses Memoire den Spaniern mitzutheilen, hatte die Wiener Regierung in dem Augenblicke, da dasselbe verfasst wurde, nicht. So geschah es, dass die Mittheilungen Gremonville's und Villars auf den spanischen Hof und auf dessen Vertreter in Wien, eine ausserordentliche Wirkung ausübten. Balbases, ohnehin ungehalten über das Säumen des Wiener Hofes, über die Milde, die man Gremonville gegenüber zeigte, über den Einfluss, den Leopold I. noch immer dem Franzosenfreundlichen Lobkowitz gewährte, sprach in drohender Weise und erklärte das ganze Wiener Cabinet des Verrathes zeihen zu müssen, falls man sich nicht entschieden für das von ihm vorgeschlagene Vertragsproject aussprechen sollte. Nur mit Mühe vermochte Hocher den Aufbrausenden zu beruhigen. In Madrid aber waren es in erster Linie die dem Kaiser feindlichen Kreise, allen voran der unermüdliche Gegner Leopold I., Penneranda, die das Vorgehen des Kaisers als einen Vertragsbruch, als einen neuen Beweis der Eigennützigkeit der österreichischen Linie des Hauses Habsburg hinstellten. Aber auch die Königin fühlte sich im Grunde ihres Herzens über Leopold I. Haltung verletzt und betonte mit Recht, die Noth der Zeit habe Leopold vielleicht nöthigen können, den Vertrag mit Ludwig XIV. zu schliessen, aber niemals ihn abhalten dürfen, ihr, der Verwandten und Freundin, von demselben Mittheilung zu machen. Doch gelang es nicht allzuschwer, die Königin zu beruhigen, die Lobkowitz für den Schuldigen, den Kaiser für den Irregeleiteten hielt.[2] Gegen das feierliche Versprechen Leopold I. niemals wieder auf Spanien bezügliche Abmachungen zu treffen, ohne vorher mit der Königin berathen zu haben, erklärte sie sich bereit, die Verhandlungen mit dem Wiener Hofe fortführen zu lassen.[3] Zu einer Einigung kam es bei denselben vorerst freilich nicht. Man forderte beiderseits zu viel und bot beiderseits zu wenig[4]; auch war im Hinblicke auf den bereits erfolgten Rückmarsch der kaiserlichen Truppen in die Erbländer, an die sofortige Aufnahme

[1] Vortrag vom 3. Febr. 1673. St.-A. (Vorträge). Rationes cur S. M. C. foedus cum Gallia 1ª Nov. 1671. iniverit.

[2] Bericht Pöttings vom 16. März 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Bericht Pöttings vom 4. März 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Die Spanier wollten sich nicht verpflichten, Leopold I., falls er in Ungarn angegriffen werden sollte, zu unterstützen, während sie vom Kaiser Unterstützung forderten, wo immer — auch in Indien — die Spanier angegriffen werden sollten.

des Krieges nicht zu denken. Doch herrschte an beiden Höfen die Ueberzeugung, dass im Laufe der Zeit durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Einigung erfolgen werde. Das war viel und wenn es gelang, die Niederländer zur Fortsetzung des Krieges zu vermögen, wenn auch die Braunschweiger, wie es den Anschein hatte, zur Theilnahme an dem Kampfe gewonnen werden konnten, wenn der Brandenburger aushielt, dann war auf einen erfolgreichen Feldzug gegen die Franzosen zu rechnen. Allein all dies waren nur Hoffnungen, keine Wirklichkeit und wie oft hatte man ebenso begründete Hoffnungen unerfüllt bleiben gesehen. Warum nicht auch diesesmal? Auch jetzt glaubte daher der Wiener Hof jeden Schritt vermeiden zu müssen, der ihn nöthigen konnte, vorzeitig den Kampf mit Ludwig XIV. aufzunehmen. Es entsprach der Hoffnung auf eine gedeihliche Entwickelung der Verhältnisse, dass man Montecuccoli's Kriegspläne billigte, die einen energisch geführten Krieg bezweckten[1], es entsprach aber auch der Ueberzeugung von der Pflicht nicht auf Hoffnungen zu bauen, dass man nach wie vor auf das entschiedenste gegen jedes offensive Vorgehen protestirte, die Neigung Frieden zu schliessen ununterbrochen betonte, die Truppen in die Erbländer zurückzog und den von den Generalstaaten gewünschten Waffenstillstand dem Feinde zugestand.[2]

In den strengsten Gegensatz setzte sich der Wiener Hof mit diesen letzteren Verfügungen zu seinem Gesandten im Haag, der seiner Regierung weit voraus, die Wintermonate trefflich im Dienste der allgemeinen Sache ausgenützt hatte und dem Kaiser immer wieder Pläne vortrug, die den offenen Bruch mit Frankreich zur Voraussetzung und den Marsch der verbündeten Truppen nach Paris zum Ziele hatten. Aber auch jetzt war die Wiener Regierung nicht

Die Spanier forderten ferner gegen Erlegung einer Summe von 150 000 Thalern die Stellung von 12 000 Mann, wollten nur 30 000 Thaler monatlich und diese bloss dann zahlen, falls die kaiserlichen Truppen am Rhein operiren würden und in diese Summe auch die Bezahlung der 8000 Brandenburger inbegriffen wissen. Dagegen erklärten die Räthe Leopold I., die 8000 Brandenburger dürften nichts von den 30 000 Thalern monatlich erhalten; am Rhein operiren könne Leopold nur dann, wenn der Krieg es erheische. Auch forderten die kaiserlichen Räthe Anticipation der Subsidien von Halbjahr zu Halbjahr; statt 12 000 Mann 9- oder 10 000: als Subsidie in Friedenszeiten 20 000 Thaler monatlich. (Gutachten vom 17. April 1673.) St.-A. (Vorträge.)

[1] Vergl. Grossmann Mont. l. c. 438 f.

[2] Weisung an Kramprich d. d. 7. April 1673. St-A. (Holl.)

bereit, dem Vorwärtsdrängenden in allen Dingen zu folgen.[1] Man war ganz damit einverstanden, dass er zu Beginn des Jahres 1673 die Niederländer von dem Abschlusse mit den Franzosen, zu dem die Schweden dringend riethen, abzuhalten bestrebt war,[2] dass er den Bischof von Münster für des Kaisers Sache zu gewinnen oder unschädlich zu machen suchte,[3] dass er den Prinzen von Oranien bewog, mit Rücksicht auf die ausserordentlich erregte Stimmung des englischen Volkes gegen den König einen Gesandten nach London mit dem Auftrage zu schicken,[4] Karl II. den Waffenstillstand zur See anzutragen. Aber auf das entschiedenste wiesen die leitenden Kreise in Wien jeden Vorschlag Lisola's zurück, der den sofortigen Ausbruch des Kampfes mit Frankreich zur Folge haben konnte.[5] Mochte er in der unwiderleglichsten Weise darthun, dass Leopold und seine Feldherren die Kräfte der Franzosen weit überschätzten,[6] dass bei halbwegs günstigen Verhältnissen der Sieg über den erschöpften Ludwig XIV. mühelos zu erringen sein werde, die Wiener Regierung blieb taub gegen alle Gründe und wies seine den Krieg betreffenden Anträge auf das entschiedenste zurück. Vergebens war es, dass Lisola mit Wilhelm von Oranien, der in gleich entschiedener Weise für den Offensivkrieg eintrat, Berathung auf Berathung hielt, einen Kriegsplan ausarbeitete, nach welchem der Herzog von Lothringen von den Verbündeten unterstützt den Zug nach Frankreich unternehmen,[7] während die kaiserliche Armee gleichzeitig den Rhein überschreiten und gegen Lüttich avanciren sollte, um durch ihre Festsetzung daselbst dem in Holland stehenden feindlichen Heere durch Unterbrechung der Zufuhr aus Frankreich die Existenz unmöglich zu machen, und um dem Grafen Monterey die Möglichkeit zu bieten, von Norden, und der spanischen in Katalonien stehenden Armee von Süden her in Frankreich einzudringen, während die seetüchtigen Basken den französischen Seehandel der Westküste

[1] Vergl. Grossmann l. c. 89 ff.

[2] Ebendaselbst.

[3] Vergl. Dopping l. c. 150 ff.: Tücking l. c. 195 ff. Dass man auch seitens der Franzosen dem Bischofe nicht recht traute, zeigt das Schreiben Turenne's, Grimoard Coll. I. 163 u. a. O.

[4] Vergl. Grossmann l. c. 87 ff.; Klopp l. c. I. 321 ff.

[5] Ebenso ausweichend lauteten die Erklärungen der Wiener Regierung auf die wiederholten Gutachten des staatischen Deputirten. St.-A. (Vorträge.)

[6] Grossmann l. c. 92 f.

[7] Grossmann l. c. 93 ff.

ruiniren sollten. Der Wiener Hof wollte von alle dem nichts wissen, befahl Lisola in der entschiedensten Weise, seinen Lütticher Plan vorerst fallen zu lassen[1] und erklärte im Hinblicke auf die geringen zur Verfügung stehenden Mittel den Offensivkrieg gegen Frankreich nicht wagen zu können. Die üblen Folgen dieser zögernden Politik zeigten sich alsbald. Der Zustand der vereinigten Niederlande hatte sich — militärisch genommen — im Laufe des Winters von 1672 auf 1673 eher verschlechtert, als gebessert; die Franzosen behaupteten ihre Stellung zwischen Maas und Zuidersee mit Utrecht als Stützpunkt; die staatische Armee musste in erster Linie für die Vertheidigung Seelands und Hollands sorgen; die ansehnliche Macht der Verbündeten, die noch zu Ende des Jahres am Rhein zum Vortheile der Niederländer operirt hatte, war zurückgezogen worden; Frankreich beherrschte nicht bloss den Rhein, sondern auch einen grossen Theil Mitteldeutschlands. Nur mit grosser Mühe hatte Wilhelm von Oranien unter diesen Umständen die Friedensbestrebungen der Franzosen und Schweden zu durchkreuzen,[2] das Volk vornehmlich durch den Hinweis auf die von dem Brandenburger und vom Kaiser zu erwartende Unterstützung zu beruhigen vermocht. Lisola aber, an den sich der Prinz um Auskunft und um genaue Angabe über Truppenstärke und Kriegspläne des Kaisers wendete konnte, gebunden durch die ihm zugegangenen Weisungen, nur allgemeine Versprechen geben, und stimmte schliesslich selbst für die Aufnahme der Friedensverhandlungen zu Köln. Viel bedenklicher wurde aber die Lage, als die Befürchtungen der Generalstaaten, Friedrich Wilhelm könnte der gemeinsamen Sache untreu werden, sich bestätigten; als der Brandenburger, missmuthig über den geringen Erfolg des vorigen Feldzuges und besorgt um sein eigenes Interesse, sich von den Verbündeten zurückzog. Die öffentliche Meinung seiner Zeit hat sein Vorgehen überaus hart beurtheilt. „Wer im Gewinnen ist, mit dem halte ich es", liess man den Brandenburger schon früher sagen[3], und in den Niederlanden nannte man ihn jetzt einen Betrüger[4], seine Minister bestochene Männer, „die an der Geldsucht darniederlägen und in die Cur M. Verjus gerathen seien, der ihnen

[1] Weisung an Lisola d. d. 21. Febr. 1673. St.-A. (Holl.)
[2] Vergl. Urk. und Act. XIV. 651 ff.
[3] Das französische Traplierspiel. Vergl. Haller l. c. 55.
[4] Vergl. Haller l. c. 56.

die Puls und Herzgruben mit dem ungedestillirten auro numerabili ziemlichermassen praeserviret."

Bei ruhiger Erwägung der Verhältnisse wird man auch in diesem Falle anders urtheilen, als die voreingenommenen, durch momentane Eindrücke bestimmten Zeitgenossen. Der Kurfürst war, wie wir heute wissen, mit voller Begeisterung für die Sache, die zugleich seine und die des deutschen Reiches war, in den Kampf mit Ludwig XIV. eingetreten. Der glühendste Hass gegen den frechen Frevler an Deutschlands Ehre hatte ihn beseelt, als er, der erste unter den deutschen Fürsten, das Schwert zog, um an der Seite der Generalstaaten für die Sache des evangelischen Glaubens und für die Freiheit Europa's zu kämpfen. Nur langsam und in Folge äusserer Umstände, war in ihm dieser Eifer erkaltet und erst dann, als er die Unmöglichkeit erkannte, mit dem Franzosenkönige im gegenwärtigen Augenblicke abzurechnen, gewann der Plan, sich von dem Kriegsschauplatze zurückzuziehen, festen Boden bei Friedrich Wilhelm. Auch durfte dieser Fürst sich sagen, dass er das erreicht hatte, was er zu Beginn des Jahres 1672, als er gegen Ludwig XIV. die Waffen ergriff, erstrebt hatte. Der Untergang der vereinigten Niederlande war abgewendet, ebenso die Gefahr eines französischen Kaiserthums in Deutschland. Die Strafe an dem stolzen Gegner zu vollziehen, hielt sich Friedrich Wilhelm allein für zu schwach, seine Verbündeten nicht für geneigt. Hatten seine besonderen Interessen im Vorjahre ihn genöthigt, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, so forderten dieselben jetzt grössere Zurückhaltung, die Uebergabe der Leitung des Kampfes an den Kaiser. Und wollte oder konnte sich dieser nicht entschliessen, diese Rolle zu übernehmen, dann war Friedrich Wilhelm gewillt, den Verbündeten die Annahme des durch die Schweden vermittelten Waffenstillstandes zu empfehlen. Der Widerspruch, den er bei Leopold I. und bei den Generalstaaten fand, als er mit diesen Vorschlägen an sie herantrat, kam ihm nicht unerwartet. Er wusste, dass beide Mächte den Frieden mit den Waffen in der Hand zu erringen wünschten, vorausgesetzt, dass der Brandenburger den grössten Theil der Kriegslast auf seine Schultern nahm. Aber nichts war im Stande, Friedrich Wilhelm von seinem Entschlusse abzubringen, an dem er als brandenburgischer Landesherr festhalten zu müssen glaubte. Die Bitten und Drohungen Leopold I. und der Niederländer vermochten bei ihm nicht mehr, als die Rathschläge seiner kaiserlich gesinnten Räthe. Er glaubte ihnen

und der ganzen Welt gegenüber sein Verhalten rechtfertigen zu können. „Ich weiss und bin versichert, schrieb er in diesen Tagen, dass weder der Kaiser noch die Staaten bishero mit Fug nicht klagen kunnen, dass ich dem Tractat nicht nachgelebet. Dass Ich aber itzo, da Ich über die Wasser gehen müssen, von Tractaten Hoffnung gebe und auf einen Stillstand gedenke, kann mir niemands verdenken; weil Ich sonst besorgen muss, dass die Franzosen uns folgen, und damit Ursache geben würden, dass meine Lande alsdann totaliter ruiniret und meine Festungen verloren gehen würden und Ich einen schimpflichen Frieden machen müsste. I. K. M. und die Staaten können sonst wohl gedenken, dass Ich die gemeine Sache nicht verlassen werde. Aber Sie müssen mir Zeit und Mittel geben, damit ich meinen guten Vorsatz mit mehrer Sicherheit in's Werk richten kunne; dann mit meinen Ruin ist niemand gedienet; dahero Ich nicht sagen kann, was ich weiter thun will; sondern man muss mir erst sagen und in der That weisen, dass andere das Werk numehr unfeilbarlich antreten wollen; dann mit der Hoffnung kann ich mich länger nicht aufhalten lassen."[1] Auf das deutlichste hat mit diesen Worten Friedrich Wilhelm die Motive seiner Handlungsweise bezeichnet. Es war ihm Ernst um das Wohl des Reiches und um die Erhaltung der Niederlande; es war seine tiefinnerste Ueberzeugung, dass er verpflichtet sei, für dieselbe zu wirken. Aber ebenso gewiss ist, dass er seine Pflichten als Reichsfürst nicht um einen Schritt über jene Grenzen erweitert wissen wollte, die zu überschreiten ihm seine Stellung als brandenburgischer Territorialfürst verbot. Und da er durch ein ferneres Verbleiben auf dem im Vorjahre betretenen Wege seine Hausmacht auf's Spiel zu setzen fürchtete, hat er keinen Augenblick gezögert, sich mit Entschiedenheit von seinen bisherigen Verbündeten zu trennen und die ihm dargebotene Hand des Franzosen zu ergreifen. Die Wirkung, die der Entschluss Friedrich Wilhelms im Reiche und in Europa ausübte, war eine äusserst starke. Am Hofe Ludwig XIV. jubelte man über den errungenen Sieg, durch den der gefährlichste Verbündete der Niederländer unschädlich gemacht worden war. Auch zweifelte man jetzt nicht mehr daran, dass es gelingen werde, in verhältnissmässig kurzer Zeit den Brandenburger ganz zu gewinnen und ihn, den mächtigsten Reichs-

[1] Der Kurfürst an die Geheimen Räthe d. d. 16. März 1673. Urk. und Act. XIII. 420.

fürsten, neben dem Baiern und dem Kölner, dem Münsterer und dem Hannoveraner an dem französischen Siegeswagen ziehen zu sehen, hielt man mit keinem Preise zu theuer bezahlt. Ebenso unbegrenzt als die Freude am Hofe zu Versailles war die Trauer und der Verdruss im Haag. Solange das Abkommen noch nicht getroffen war, solange noch irgend eine Hoffnung bestand, Friedrich Wilhelm von diesem Schritte abzuhalten, hatte man ihn durch weitgehende Concessionen zu gewinnen gesucht; man hatte ihm die sofortige Erlegung der rückständigen und die pünktliche Bezahlung der laufenden Subsidien zugesagt, man hatte an seine Generosität appellirt und an die Bande der Freundschaft und Verwandtschaft erinnert, die ihn an die Niederländer und an den Oranier knüpften.

Als aber alle Bemühungen der Niederländer, in denen sie von Lisola eifrigst unterstützt wurden, erfolglos blieben, als sie erkennen mussten, dass des Kurfürsten Entschluss ein unwiderruflicher sei, verwandelten sich ihre Bitten in Schimpf, ihr Flehen in Verwünschungen. Ganz unzweifelhaft wuchs aber durch den Abfall Brandenburgs die Macht der Friedenspartei in den Niederlanden, zumal in den grossen Städten, die wie begreiflich am wenigsten für die Fortdauer des Krieges eingenommen waren, die aus dem Benehmen Friedrich Wilhelms auf das Leopold I. schlossen und auf die Gefahr hinwiesen, die den Niederlanden drohte, wenn der Kaiser, dem Beispiele Brandenburgs folgend, ohne Wissen und Willen der Generalstaaten ein Abkommen mit Ludwig XIV. treffen sollte. Und diese Gefahr schien um so grösser, als im deutschen Reiche der Abfall des Brandenburgers eine bedeutende Stärkung jener Mächte zur Folge hatte, die, von Schweden geführt, sich seit langem als Friedensvermittelnde aufspielten, den Plan einer bewaffneten Neutralität zwischen Frankreich und Oesterreich zu verwirklichen suchten und das Reichsoberhaupt fast in befehlendem Tone um Vermeidung eines ernsten Conflictes mit Frankreich ersuchten.[1]

Der ungeheuere Druck, den die Anhänger des Friedens in den vereinigten Niederlanden auf die Regierung übten, nöthigte denn auch den Prinzen Wilhelm, die Friedensverhandlungen mit den Franzosen zu beginnen. Aber auf das bestimmteste ist der Oranier doch auch in diesen bewegten Tagen für die Entscheidung mit den Waffen eingetreten, indem er immer wieder auf die Unzuverlässigkeit und

[1] Vergl. auch Haller l. c. 58.

auf den Uebermuth Ludwig XIV. hinwies. Dass der Marschall Luxembourg an der Spitze eines nicht allzu bedeutenden Heeres von Utrecht aus verheerende Züge in die Umgebung unternahm, erleichterte dem Oranier seine Aufgabe und bewies mehr als alle seine Worte, dass mit den Franzosen in der That eine friedliche Abmachung nicht getroffen werden könne.

Aber unbedingt nothwendig war, falls man auf die Dauer der Friedensneigung der wohlhabenden Bevölkerung begegnen wollte, eine entschiedene, zusagende Erklärung der Wiener Regierung. Nur unter dieser Bedingung glaubte der Oranier der Bewegung Herr werden zu können, die sich gegen ihn und seine Kriegspläne richtete. „Der Kurfürst von Brandenburg, sagte er zu Kramprich, hat seine Ehre in die Schanze geschlagen, hat den Vertrag mit uns schändlich gebrochen; dadurch ist das Band zerrissen, durch das die Generalstaaten mit dem Kaiser verknüpft waren. Es bedarf eines neuen Entschlusses, eines neuen Bündnisses. Wenn der Kaiser und die Krone Spanien die Republik nicht verlassen, so wird sie ausharren, wenn nicht, wird alles weichen.“[1] Niemand war von der Richtigkeit dieser Ansicht mehr durchdrungen, als Lisola. Er befand sich damals nicht im Haag. Mit Kriegsplänen beschäftigt, zu deren Durchführung die Genehmigung Monterey's erforderlich war, verweilte er seit Wochen in Brüssel, unablässig bemüht, dem Gouverneur der spanischen Niederlande den Nachweis zu führen, dass Frankreich in diesem Jahre den spanischen Besitz mit seinen Truppen zu überfluthen denke, dass es daher den Interessen Spaniens am besten entsprechen würde, den Kriegsplänen des Oraniers beizustimmen, die den Schutz der gesammten Niederlande bezweckten Die Verbindung mit dem Oranier hatte er jedoch keineswegs aufgegeben, und nicht versäumt, in seinen officiellen Berichten an den Kaiser und in seinen vertraulichen Schreiben an Hocher ohne Unterlass auf die Dringlichkeit eines energischen Entschlusses hinzuweisen. Aber noch immer hielt es die Wiener Regierung für zweckmässig, sich gegen jeden Plan auf das entschiedenste auszusprechen, der den sofortigen offenen Kampf des Kaisers mit den Franzosen zur Folge haben musste, und da man Lisola's gegentheilige Ansicht kannte, erhielt er Befehl, den Haag, wo vorerst seine Anwesenheit nicht dringend geboten sei, mit Köln zu vertauschen, um hier auf dem

[1] Berichte Kramprichs vom Mai und Juni 1673. St.-A. (Holl.)

Congresse als Vertreter Leopold I. dessen Interessen zu wahren. So ehrenvoll aber auch dieser Auftrag war, so wenig freute er den kaiserlichen Gesandten, der, wie so oft, auch in diesem Falle mit dem Vorgehen seines Hofes nicht einverstanden war. Denn er glaubte nicht an einen Erfolg des Congresses. „Ich bleibe noch immer dabei, schrieb er in diesen Tagen an Hocher, dass die Franzosen mit dem Congresse nichts anderes bezwecken, als alle von dem Anschlusse an den Kaiser abzuhalten und mit einigen Separatverträge zu schliessen, nicht aber einen allgemeinen Frieden. Es muss aber etwas geschehen, um die Niederländer von dieser Idee abzubringen".[1] Dagegen fürchtete er für den Kriegseifer des Oraniers im Falle seiner Abwesenheit und noch mehr für den Monterey's und entschloss sich, ohne weiteren Befehl seiner Regierung abzuwarten, dem höheren Gebote zu folgen und nach dem Haag zu reisen, um dort nochmals zur Ausdauer und zur Entschlossenheit zu rathen. Zu Beginn des Monates Juni 1673 langte er daselbst an. Er fand den Prinzen von Oranien und den Grosspensionär Fagel noch immer der guten Sache treu, fest entschlossen, die glänzenden Anerbietungen Frankreichs, die dieses für einen Seperatfrieden machte, zurückzuweisen und den Kampf fortzuführen, bis das Ziel desselben, die Restitution des ganzen verloren gegangenen Besitzes, eine entsprechende Genugthuung für das erlittene Unrecht und eine Garantie gegen künftige Ueberfälle, erreicht sei. Auch an der Kampfeslust des jungen Oraniers konnte sich Lisola erfreuen. Wilhelm war überzeugt davon, dass die Verbündeten die Macht Frankreichs im Vorjahre überschätzt hätten, dass es nicht schwer halten werde, in diesem Feldzuge entscheidende Vortheile zu erringen, falls der Kaiser und seine Verbündeten entsprechende Mittel aufwenden sollten. Er selbst erklärte sich bereit, mit 50000 Mann zum Schutze der brabantischen und flandrischen Städte herbeizueilen, sobald er vernehme, dass die kaiserlichen Truppen gegen den Rhein marschieren. Und ebenso energisch sprach der Grosspensionär, indem er zugleich die Bereitwilligkeit der Generalstaaten betonte, dem Kaiser, sobald dessen Truppen am Rhein angelangt sein würden, entsprechende Subsidien zu zahlen. Lisola war über das Verhalten der beiden Männer entzückt; er billigte alles, was sie sagten und zweifelte nicht an dem Erfolge, falls der Kaiser ihre Pläne gutheissen würde. Wiederum lag das

[1] Lisola an Hocher 12. Mai 1673. St.-A. (Holl.)

Schicksal Europa's in der Hand des Kaisers und wieder hielt sich Lisola für verpflichtet, seine Ansicht mit voller Offenheit seinem Herrn zu sagen. „Meine Privatansicht," schreibt er am 8. Juni, ist diese: „Wenn E. M. den Holländern keine Hilfe gewähren wollen oder blos eine verhüllte, wie im Vorjahre, und es nicht zweckmäfsig finden, ein Heer ausrücken oder über den Rhein marschieren zu lassen, oder irgendwelche Feindseligkeit mit den Franzosen zu haben, dann brauchen wir keine Instruction. Denn in diesem Falle werden wir auf dem künftigen Congresse keine andere Aufgabe haben, als die Gesetze anzunehmen und die Verträge, wie immer sie auch sein mögen, blindlings zu unterschreiben, denn dann werden wir weder im Stande sein, etwas zu fordern, noch zu verweigern; auch werden die Holländer nicht verpflichtet sein, für uns oder für die Spanier etwas ausdrücklich zu stipulieren, wenn wir keine Hilfe leisten in diesem Kriege. Und es wird dort auf Gründe nicht Rücksicht genommen werden, wenn wir nicht Waffen dort haben; vielmehr werden die Franzosen auf alle unsere Forderungen blos antworten, wir hätten ja keinen Streit mit ihnen, es würden gegenseitig keine Ansprüche erhoben; alles sei durch den westphälischen Frieden in die beste Norm gebracht; sie wollten darauf sehen, dass fremde Angelegenheiten mit den kaiserlichen nicht vermischt würden; Lothringen müsse seinem Fürsten zurückgegeben werden, aber durch einen besonderen Vertrag, da diese Angelegenheit mit den Reichsfragen nichts zu thun habe."

„Unterdes werden die Holländer, genöthigt den Krieg allein auf sich zu nehmen, nicht in der Lage sein, ihn zu führen und den Frieden nicht verzögert wissen wollen wegen Angelegenheiten, die sie nichts angehen; sie werden vielmehr genügend gethan zu haben glauben, wenn sie nur darauf sehen, dass wir durch eine allgemeine Clausel in den Frieden eingeschlossen werden und uns für künftig eine Garantie versprechen. Ich glaube aber bestimmt, dass es die Absicht der Franzosen ist, die Forderungen der Holländer zu erfüllen, um die Schweden zu befriedigen, die diesen Frieden dringend fordern; unseren Wünschen aber werden sie alle Schwierigkeiten in den Weg legen, damit der Abschluss des Friedens von uns allein abhänge und wir den Verdacht auf uns laden, ihn zu verhindern. Der Schwede wird bei den Holländern eifrigst dahin wirken, dass sie den Frieden schliessen; so dass wir nothwendig von dem Frieden ausgeschlossen oder genöthigt werden, alles nach Wunsch der Fran-

zosen und der Schweden zu ordnen. Dagegen wird der Kaiser, wenn er energisch zu den Waffen greift, Schiedsrichter über Krieg und Frieden sein und da die Kräfte sich bereits fast die Wage halten, ist es gewiss, dass des Kaisers Beitritt der guten Sache ein solches Gewicht geben wird, dass der Kaiser von den Holländern nicht ungestraft wird verlassen werden können, noch seine Forderungen zurückgewiesen von den Franzosen; zumal wenn seine Truppen mit denen Spaniens vereinigt würden, da diese gemeinsam den Feind bei weitem an Stärke übertreffen würden.[1]" Und ganz ähnlich lauteten Kramprichs Berichte, der in ununterbrochenem Verkehre mit dem Prinzen von Oranien und Fagel stand, ganz ähnlich äusserte sich auch der staatische Vertreter in Wien, der weitgehende Zugeständnisse im Falle der Unterstützung versprach, aber mit der Accomodation drohte, wenn der Kaiser nicht aushalten sollte. Allein diesmal waren Lisola's und der Generalstaaten Befürchtungen unbegründet. Der Wiener Hof liess sich weder durch den Abfall des Brandenburgers noch durch die drohenden Erklärungen der vermittelnden Mächte auch nur einen Augenblick in seinen Plänen schwankend machen. Der Schritt Friedrich Wilhelms hatte begreiflicher Weise auch am Wiener Hofe Bestürzung hervorgerufen und man suchte den Kurfürsten in jeder möglichen Weise zur Rückkehr zur guten Sache zu bewegen. Allein von allem Anfange an stand für Leopold und für seine Räthe fest, dass man auch ohne den Brandenburger den Kampf weiter führen müsse und dies auch thun könne, falls die übrigen Verbündeten das ihrige leisten sollten. Die Partei, die für eine energische Politik eintrat, gewann von Monat zu Monat an Bedeutung, wesentlich verstärkt durch den Einfluss der Kaiserinwittwe, des Markgrafen Herrmann von Baden und Montecuccoli's. Es war eine nothwendige Folge dieses Wechsels in der Stimmung der Mehrzahl der Räte, dass die Stellung jenes Mannes immer mehr erschüttert wurde, der mit Recht als der Vertreter der französischen Politik am Wiener Hofe galt. Schon seit der Veröffentlichung des Vertrages vom 1. Nov. 1671 war Lobkowitz' Stellung untergraben und wenn auch Leopold die directen Vorwürfe des spanischen Gesandten entschieden zurückwies, wenn er auch öffentlich erklärte, er könne dem Fürsten Lobkowitz nichts böses nachsagen, wenn er auch — wie wir wissen, der Wahrheit gemäss — behauptete, nicht Lobkowitz habe ihn ver-

[1] Lisola an den Kaiser 8. Juni 1673. St.-A. (Holl.)

leitet, sondern er selbst habe aus freien Stücken den Entschluss gefasst, sich mit den Franzosen über die Theilung des spanischen Erbes zu einigen;[1] wenn er sich auch damals noch auf das entschiedenste weigerte, den Fürsten zu entlassen, so hinderte dies nicht, dass dessen Ansehen in dem Augenblicke sank, wo der Kaiser sich für eine energische Kriegsführung gegen die Franzosen aussprach. Von einem unmotivierten Wechsel in der Gesinnung Leopold I. wird aber auch in diesem Augenblicke nicht gesprochen werden können. Er hatte schon seit langem erklärt, zum Kampfe gegen Ludwig XIV. bereit zu sein, wenn man ihm die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen sollte, und er betonte auch jetzt, er müsse seine Entscheidung über die Art und Weise der Kriegführung von den Entschliessungen der Niederländer und der Spanier abhängig machen. Auf das deutlichste treten die Absichten Leopold I. in der Weisung hervor, die er am letzten Mai an Lisola abgehen liess. Der Kaiser, heisst es in derselben, begreift den Kummer, mit dem die Generalstaaten die Nachricht von dem Abfalle des Brandenburgers aufnehmen werden; er aber wolle fest bleiben und sich nicht durch die Türken und durch die ungarischen Wirren irren lassen; doch könne er dies nicht thun ohne Geldunterstützung. „Wir haben daher dem hiesigen spanischen Gesandten mitgetheilt, die Lage sei so, dass wir allein im Reiche die sind, die den Franzosen Widerstand leisten wollen. Wir müssen dazu 30 000 Mann haben, diese zu erhalten genügen aber nicht die 30 000 Thaler, die Spanien, noch die 30 000 Thaler, welche die Generalstaaten zu zahlen versprochen haben. Man verlangt zweimal so viel Truppen, also muss man auch doppelt oder dreifach die Subsidien geben, zumal wir die tormentaria jetzt hergeben müssen, die früher Brandenburg herzugeben sich verpflichtete."[2] Und ganz in diesem Sinne lauteten die vielen Mittheilungen, die Hocher — damals eine der ausschlaggebenden Persönlichkeiten — an Lisola gelangen liess.[3] Es bedurfte daher keiner langen Ueberlegung, als Bruynincx, der Vertreter der Staaten, an die kaiserlichen Räthe mit der Frage herantrat, ob Leopold I. auch nach dem Abfalle des Brandenburgers die Generalstaaten unterstützen und ein neues Bündniss schliessen wolle. In der bestimm-

[1] Leopold an Pötting 20. April 1673. St.-A. (Pött. Corr.)
[2] Weisung Leopold I. vom 31. Mai 1673. St.-A. (Holl.)
[3] Hocher an Lisola 25. Mai 1673. St.-A. (Holl.)

testen Weise wurde Bruyninckx von der Neigung des Kaisers verständigt, mit den Generalstaaten weiter zu kämpfen und bereits am 11. Juni wurde die Instruction für Lisola und Kramprich ausgefertigt,[1] durch die sie ermächtigt wurden den Generalstaaten die Mittheilung zu machen, dass Leopold zum Abschlusse eines neuen Bündnisses mit ihnen bereit sei und sich verpflichte, eine Armee von 30 000 Mann in ihrem Interesse am Rhein oder wo es sonst nöthig sein werde, bis zum Ende des Krieges kämpfen zu lassen, vorausgesetzt, dass die Niederländer das ihrige leisten würden und Leopold I. nicht durch die Türken oder Polen von der Kriegsführung im Westen abgehalten werden sollte. Die Leistung aber, auf welcher der Wiener Hof bestand, war die sofortige Erlegung von 200 000 Thalern und eine monatliche Subsidie von 80—110 000 Thalern. Mit gemischten Empfindungen erfüllte den kaiserlichen Gesandten die Entscheidung seines Hofes. Es freute ihn ungemein, dass man sich entschlossen hatte, an dem Bündnisse mit den Generalstaaten festzuhalten und einen neuen Vertrag einzugehen, durch den der alte erneuert und erweitert werden sollte. Aber mit tiefem Kummer erfüllte es ihn, dass der Wiener Hof für eine Hilfe, die noch immer keinen offenen Bruch mit Frankreich bedeutete, Forderungen stellte, welche die Niederländer auch beim besten Willen nicht erfüllen konnten. In der That zeigte sich der Prinz von Oranien, dem Lisola rückhaltslos Mittheilung von den Entschlüssen seiner Regierung machte, über die Höhe der kaiserlichen Geldforderungen untröstlich, zumal Eile Noth that und das drohende Verhalten der Franzosen wie die immer leidenschaftlicher werdende Sehnsucht des niederländischen Volkes nach Frieden, den baldigen Anmarsch der kaiserlichen Truppen nothwendig erscheinen liess. In der grössten Eile wurden denn auch zwischen Lisola und dem Oranier die Abmachungen getroffen. Am 18. Juni erklärte Wilhelm von Oranien schriftlich: „die Staaten können sich unmöglich verpflichten, die Subsidien für die kaiserlichen Truppen baar zu zahlen, weil sie dies nicht leisten können, der Kaiser muss daher gestatten, dass die Summe in Obligationen gezahlt werde; doch wollen sich die Staaten gleich jetzt verpflichten, sobald die Finanzlage sich besser gestaltet, die betreffenden Summen in baarem Gelde zu zahlen. Doch sind die Staaten bereit, um dem Kaiser den Vormarsch zu erleichtern, eine bestimmte Geldsumme,

[1] Instruction vom 11. Juni 1673. St.-A. (Holl.) Vollmachten vom 10. Juni ebenda.

50 000 „Patagon", in Baarem innerhalb vier Wochen zu zahlen, im Falle die kaiserlichen Truppen sich am Rhein befinden werden, und sobald sie den Rhein überschritten haben und mit den Operationen beginnen, eine zweite ebenso grosse Summe."[1] Lisola erläuterte diese Erklärung des Oraniers mit den beredtesten Worten, schilderte den Zustand der Niederlande, die ausserordentlichen Mühen, die der Oranier habe und schloss seine Auseinandersetzung mit den Worten: „Damit wir aber Er. M. nichts verhehlen, müssen wir bekennen, dass die Lage der Dinge und die Gesinnung hier so ist, dass eine weitere Verzögerung der Truppensendung einem Verlassen der Sache gleich käme. Wenn aber E. M. auch zu einem Particularfrieden neigen, so muss ich bekennen, dass wir denselben niemals erreichen werden, wenn nicht unser Heer marschiert und sich in der Nähe der Franzosen zeigt denn sonst werden wir immer von ihnen verachtet werden." Um den Erklärungen des Prinzen und der Generalstaaten ein grösseres Gewicht zu verleihen, wurde im Einverständnisse mit Lisola der Beschluss gefasst zur Unterstützung Bruyncx' eine ausserordentliche Gesandtschaft an den Wiener Hof abgehen zu lassen. Heemskerk, der mit dieser schwierigen Mission betraut wurde, traf gegen Ende Juni in Wien ein. Was er hier vorbrachte, entsprach in allem dem was Lisola berichtet hatte, nur dass er in den Geldanerbietungen nicht einmal so weit ging, als der Oranier Lisola gegenüber gegangen war.[2] Für die Wiener Regierung waren damit heisse Tage gekommen. Vor die Entscheidung gestellt, nahmen sich die Dinge doch etwas anders aus, als vorher. Neue Bedenken tauchten auf; Schwierigkeiten, die man für behoben hielt, zeigten sich aufs neue. Aber bezeichnend für die Gesinnung Leopold I. war es doch, dass er zu den Berathungen, die so entscheidend für ihn und für ganz Europa werden mussten, Lobkowitz nicht berief. Man darf wohl sagen, dass der Kaiser schon dadurch die Richtung bezeichnet hat, in der er diese Berathungen gepflogen wissen wollte.

Zum offenen Kampfe gegen Ludwig waren Leopold und seine Umgebung freilich auch damals noch nicht entschlossen. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur das Gutachten Hochers zu lesen, das dieser, durch Krankheit gehindert an den Berathungen Theil zu nehmen, seinem Herrscher überreicht hat. „Ich

[1] Erklärung Wilhelms von Oranien vom 18. Juni 1673. St.-A. (Holl.)
[2] Conferenzprotocoll vom 25. Juni 1673. St.-A. (Vorträge.)

bekenne," schreibt Hocher,[1] „dass dies Werk, ob E. M. mit der Kron Spanien und den Generalstaaten wider Frankreich in communionem armorum eintreten und an diesem Ende alsobald ihre Völker auf das Rendez-vous nach Eger anziehen lassen sollen, von so viel contingentibus et eventibus dependiert, dass auch der Vernünftigste hierunter irren kann. Die Unbeständigkeit der Holländer, das Exempl mit Churbrandenburg, die divisio animorum im römischen Reich, die Gefahr von dem Erbfeind in Ungarn oder Polen, die erschöpfte Erblanden, der ungewisse Ausschlag der Waffen, die noch nit vorhandene männliche Succession, die grosse avantagi, so der König in Frankreich hat, die Pupillarjahr des Königs von Hispanien, die üble Administration sein Königs hazienda, die churbaierische und hannoverische starke Armatur und dass allein diese beide so viel Völker haben, dass sie ein iustum exercitum auf den Fuss stellen künden, das grosse Impegno, in welches E. K. M. sich auf viel Jahre lang einstecken künden, dörften auch ein vernünftigen und getreuesten Rath bewegen, dass derselbe omni modo den würklichen Krieg mit Frankreich misrathet; sonderlich weil man bekennen muss, dass Er. K. M. eigne Kammermittel zur Ausführung dieses Werks nit erklecklich, auch die Unruh in Ungern noch nit gestillt, und leicht geschehen kann, dass noch im Monat Augusto oder September der Erbfeind mit einer erschrecklichen Macht auf E. K. M. immediate oder mediate angehen möchte. Hingegen ist wahr, dass wann E. K. M. causam communem verlassen, die Generalstaaten sich zue Praeiudiz des gesammten Haus Oesterreich vergleichen und der Krieg nit evitirt, sondern auf ein kleine Zeit differirt werden möchte. Allein ist auch wahr, dass wann auch E. K. M. würklich in die communionem armorum eintreten sollten, sie dannoch der Holländer nit versichert, dass sie bei ihro und ihrem Haus beständig verbleiben werden. Non erubescunt respublicae plures numero tuti, et nihil magis stringit et luxat foedera quam propria sua cuique utilitas. Sie haben in der gestrigen Audienz bekennt, dass sie in die Länge den Krieg nit führen künden. An dem Tag, dass sie ein weiteres Foedus treffen, ist die Gefahr, dass sie sollichs zue brechen wiederumb suchen werden. Was sie anno 1647 oder 48 gegen Frankreich gethan, künden sie auch gegen Spania und Oesterreich practiciren. Die foedera cum calvinistis et inimicis dei haben selten ein Bestand; kein wahre Confidenz kann

[1] Gutachten Hochers vom 26. Juni 1673. St.-A. (Holl.)

nit sein, alwo tot semina diffidentiae sich täglich zeigen .... Ja und wann sie auch sich in einiges billichs Foedus einlasseten und würklichen subsidia zusageten, ist man deren nit versicheret, man wird mit ihnen alle Monat zue streiten haben .... Ein sehr gegefährliche Sach ist auf fremde Hülf Krieg zue führen. Dass aber Spania und Oesterreich zue Grund gehen sollen, wann man Holland nit assistirt, ist ein Vorgeben, so noch viel rationes in contrarium hat. Potentia non semper intenditur cum extenditur; die acquisti machen nit alle Zeit reich .... Es erbietet sich auch Gremonville mit Inclusion der Kron Spanien ein neues Foedus zu treffen und die guarantiam zue leiden. In omnem eventum bleibt wahr, dass wann E. K. M. sich zum Krieg wider Frankreich resolviren, dass sie anvor der Geldsmittel versicheret sein müssen; sine nervo rerum gerendarum ist nichts auszurichten, auch kein Kriegsdisciplin zue halten und das Reich wird völlig abalieniert werden. Non licebit bis peccare. Sollichen nach und so lang man der Mittlen nit assecurirt und bis man nit sieht, ob man des Türken heurigen Jahrs versicheret, kann Er. K. M. ich nit einrathen, dass sie mit Frankreich rumpiren wollen."

Unterdes, fährt er fort, könnte man die Truppen langsam nach Eger marschieren lassen und dem Reiche den Grund dieser Maassregel kundgeben; auch könnte man Lisola Befehl ertheilen auf der Subsidienzahlung zu bestehen, und ein gleiches dem hiesigen Vertreter der Niederländer sagen, über die eventuellen Kriegsoperationen berathen, mit Spanien Subsidienverträge schliessen u. a. m. „Bei allen diesen," schliesst Hocher, ist nit mein Meinung, dass man die Völker allein nach Eger oder in das Reich führen, aber nichts operiren solle, sondern mein wenigiste Meinung ist dahin gestellt, dass weilen gleich alsobalden noch dermahlen und vor der holländischen Declaration mit Frankreich zue rumpiren nit räthlich, dass man interea pro beneficio communi das thuen solle, so man sine periculo thuen kann. Die Zusambenführung der Völker erfordert ohne das ein Zeit und wird Turenne sich nit leicht anderwerts impegniren; inmittels wird auch aus anderen incidentibus und emergentibus zu ersehen sein, was E. K. M. zu thuen oder zu lassen haben."[1]

Die Ansichten, die Hocher in diesem merkwürdigen Schriftstücke zum Ausdrucke brachte, entsprachen ganz jenen des Kaisers. Leopold I. hätte nicht anders schreiben können, als sein Minister.

[1] Gutachten Hochers vom 26. Juni 1673. St.-A. (Vorträge.)

Zu einer Entscheidung kam es aber vorerst nicht. Der Kaiser hatte schon früher eine Wallfahrt nach Maria-Zell beschlossen, um für das Seelenheil seiner von ihm so heiss geliebten Gattin Margaretha Theresia zu beten, die ihm der Tod entrissen hatte. Die Reise sollte der Staatsgeschäfte wegen nicht verschoben werden. Man gab also dem staatischen Deputirten die beruhigende Versicherung, dass des Kaisers Vertreter im Haag die zur Beendigung der Verhandlungen nothwendigen Befehle erhalten werde[1] und beauftragte Lisola ganz im Sinne der bereits ergangenen Weisungen mit den Generalstaaten gegen entsprechende Subsidien abzuschliessen. Gegen Ende des Monates Juni begab sich Leopold I. auf die Reise nach Maria-Zell. In seiner Begleitung befanden sich der wieder genesene Hofkanzler Hocher, die Grafen Schwarzenberg und Montecuccoli; Lobkowitz blieb in Wien In Maria-Zell, dem Wallfahrtsorte, fand die entscheidende Berathung der Minister statt. Sie fiel ganz im Sinne des Hocherschen Gutachtens aus, da Montecuccoli einer Meinung mit dem Hofkanzler war und Schwarzenberg, obgleich für eine etwas energischere Führung eingenommen, sich dem Urtheile seiner beiden erfahrenen Freunde fügte; nur dass in dem Gutachten, das als Resultat ihrer Berathungen dem Kaiser überreicht wurde, die militärischen Gründe gegen den sofortigen Bruch mit den Franzosen — mangelnde Recrutirung und Remontirung, die Furcht vor einem Türkeneinfalle und ähnliches mehr — schärfer hervorgehoben wurden. Im übrigen erklärten die berathenden Minister einhellig, dem Kaiser den Marsch der Truppen nach Eger empfehlen zu müssen, jedoch mit Ausnahme der in Ungarn befindlichen Truppen, „weil dadurch die desperaten räuberischen Gemüther ein Herz fassen möchten; auch der kaiserliche Gouverneur daselbst bitte, die strassoldischen Regimenter von dannen nicht zu moviren. Man bleibe auf diese Weise noch in terminis defensionis, wenn gemeldet werde, der Kaiser könnte nicht erwarten, dass ihm die französische Armada in's Land falle und Schaden zufüge. Es wird auch den Staaten so viel Luft gemacht, dass ihnen Turenne mit anderen Alliirten nicht auf den Hals kommen kann, indem sonst, wenn der Kaiser sich nicht movirt, Frankreich mit den 40000 Mann ganz Holland ungehindert überschwemmen könnte. Unterdessen komme auch die Sache des Kaisers in keine solche Extremität, dass man nicht wieder zurück könnte; auch werde sich in

[1] Bescheid vom 28. Juni 1673. St.-A. (Holl.)

5—6 Wochen zeigen, was zur See erfolgt, wie sich die Sachen im Reiche anlassen, was von Dänemark und Braunschweig-Celle geschieht, was es mit den Türken und mit den ungarischen Rebellen für einen Ausschlag gewinnt."[1] Während die kaiserlichen Minister über das Schicksal des Reiches beriethen, flehte Leopold selbst den höchsten Herrn um Gnade für das Blut, das zu Ehren der gerechten Sache vergossen werden sollte. „Herr, mein Gott, so lautet die Ueberlieferung dieser Worte, dessen Bildniss ich hier in Händen habe, ich erkläre vor Dir, wie Du Herzenskundiger es weisst, dass ich mein Heer versammle nicht aus Begierde nach der Erweiterung meines Gebietes, sondern zufrieden mit dem, was Du mir gegeben und wofür ich Deiner göttlichen Güte danken werde. Ich hoffe zu Dir, dass mein gerechtes Vorhaben Dir nicht missfalle und betheuere, dass ich zu diesem Kriege gezwungen werde. Auf Dich, o Herr, vertraue ich."[2] Unter das Gutachten seiner Räthe aber schrieb Leopold I. die Worte: „Ich confirmire mich völlig mit diesem wohlausgeführten Gutachten und können die Völker in Gottes Namen zusammenziehen, indessen werde ich schon ein und anderes selbst wissen."

Die Nachricht von dem Entschlusse Kaiser Leopold I. seine Truppen nach Eger marschieren zu lassen, rief im Haag eine ausserordentlich freudige Stimmung hervor und hatte nicht nur eine erhebliche Steigerung des Curses der Obligationen, sondern auch eine wesentliche Stärkung der Kriegspartei zur Folge. Die nach allen Seiten geführten Verhandlungen wurden mit erneuertem Eifer aufgenommen, der Abschluss mit dem Kaiser als dringendstes Bedürfniss bezeichnet. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich nur bei wenigen Punkten, die grösste bezüglich der Subsidien. Vergebens bemühte sich Lisola den Oranier und die leitenden Persönlichkeiten der staatischen Regierung von der Unerlässlichkeit zu überzeugen, in diesen Dingen den Wünschen Leopold I. zu willfahren. Auf alle seine Auseinandersetzungen erwiderte man mit dem Hinweise auf die Unmöglichkeit des Kaisers Forderungen zu erfüllen. So verging Tag auf Tag mit nutzlosen Reden; auch das Drängen Lisola's, seine Drohung abzureisen, half nichts. 60 000 Imperialen monatlich für 30 000 Mann, die Zahlungsbedingungen, wie der Oranier sie früher festgesetzt, also

[1] Gutachten vom 6. Juli; die Conferenz fand am 5. Juli statt. St.-A. (Holl.)
[2] Basnage l. c. II. 439; Valckenier l. c. II. 116; Klopp l. c. I. 342.

Obligationen mit Ausnahme von 100000 Imperialen, deren Hälfte beim Einlangen der kaiserlichen Truppen am Rhein, deren andere Hälfte nach Beginn des Kampfes gezahlt werden sollten, das war das Aeusserste, wozu sich der Oranier bereit erklärte. Lisola hätte mit 1000 Händen zugegriffen, den Vertrag auf diese Bedingungen hin mit Freuden unterzeichnet; allein die stricte Weisung seiner Regierung, die am 6. Juli erneuert wurde, band ihm die Hände: der Wiener Hof erklärte, unter 80000 Thalern nicht abschliessen zu können. So blieb Lisola, der seine Abreise nach Köln nicht länger verzögern konnte, nichts übrig, als seinem Collegen die Durchführung des schwierigen Werkes zu überlassen, seinerseits aber nochmals seiner Regierung einen genauen Bericht über die Zustände und über die Stimmung im Haag zu übersenden und seiner Ansicht dahin Ausdruck zu geben, dass im Falle eines Abbruches der Verhandlungen mit den Niederländern, diese mit den Franzosen auch ohne Zustimmung des Kaisers Frieden schliessen würden.[1] Aber noch auf der Reise nach Köln beschäftigte ihn das unvollendet gelassene Werk unaufhörlich. Obgleich keineswegs dazu berechtigt, ertheilte er Kramprich den Befehl, den Vertrag mit den Generalstaaten auch mit 60000 Imperialen monatlicher Subsidien abzuschliessen, falls diese Summe in baarem Gelde gezahlt werden sollte[2] und an Hocher richtete er von Brüssel aus, auf die Kunde, dass Heemskerk neuerdings mit 2 Projecten nach Wien gesendet worden sei, die dringende Bitte mit dem Aufgebote seines ganzen Einflusses für den Abschluss zu wirken. „Alles hängt, schliesst er, von dem kaiserlichen Heere ab; kommt es nicht oder zu spät, so ist es um Belgien und folgends auch um das Reich geschehen."[3] Er fürchtete damals jeden Tag die Kunde von einem Vertragsschlusse der Generalstaaten mit den Franzosen zu hören, zumal Beverning, ein entschiedener Gegner des Krieges, aus Köln nach dem Haag zurückgekehrt war und, wie Lisola vermutete, glänzende Anerbietungen der Franzosen für den Fall der Annahme eines Separatfriedens mitbrachte. Ja seine Angst war so gross, dass er seine Reise nach Köln trotz eines neuerlichen ausdrücklichen Befehles nicht fortsetzte, sondern in Brüssel blieb,

[1] Lisola's Schreiben vom 15. Juli 1673. St.-A. (Holl.)

[2] Freilich nur provisorisch, um den Generalstaaten die Hände zu binden, dem Kaiser aber die Entscheidung frei zu geben.

[3] Lisola an Hocher 26. Juli 1673. St.-A. (Holl.)

um Bevernings Pläne von hier aus zu durchkreuzen.[1] In der That gelang es ihm nach langen Berathungen den spanischen Gouverneur zu vermögen, Lira mit dem Auftrage nach dem Haag zu senden, dort die feierliche Erklärung abzugeben, dass der spanische Hof mit dem französischen offen brechen wolle, falls der Kaiser sich in gleichem Sinne entscheide. Der kluge Schritt Lisola's hatte für den Augenblick den erwünschten Erfolg; Bevernings Pläne scheiterten. „Gott sei dank, schreibt Lisola am 7. August, dass wir dies verhindert haben. Aber alles hängt von den Erklärungen ab, die Heemskerk in Wien erhält. Wenn die Holländer irgend eine Verzögerung unsererseits oder härtere Bedingungen oder das geringste Schwanken unsererseits merken, wird man sie durch kein Mittel mehr abhalten können, Frieden zu schliessen. Wenn sie aber sehen, dass wir zu entschiedenem Vorgehen entschlossen sind, wird nichts sie von uns trennen. Die Entscheidung der ganzen Frage liegt darin. Unser Schicksal ist in unserer Hand. E. Excellenz möge glauben, dass ich die reine Wahrheit sage." Und ganz in diesem Sinne schrieb auch Kramprich, der aus unmittelbarer Nähe den Zustand der Niederlande sah. „Die Entscheidung muss in Wien fallen". war auch sein Schlusswort.[2] So war es denn auch. Heemskerk verlangte vom Kaiser eine sofortige bestimmte Erklärung darüber, ob derselbe unter den von den Generalstaaten vorgeschlagenen Bedingungen sich zum offenen Kampfe gegen Frankreich verstehen wolle oder nicht. Die Zeit des Wartens sei vorüber; eine weitere Zögerung unstatthaft. Die Entscheidung wurde dem Kaiser nicht leicht. Denn noch immer gab es in seiner Umgebung und im Reiche einflussreiche Persönlichkeiten, die vom offenen Bruche mit Frankreich entschieden abriethen. Gremonville war unermüdlich thätig, dem Kaiser persönlich[4] und durch den päpstlichen Nuntius oder durch den venetianischen Gesandten[5] nahe zu legen, dass es Wahnsinn sei, die glänzenden Anerbietungen Ludwig XIV. zurückzuweisen.[6] Von Baiern erschien Ende Juli Johann Baptist Leidl am Wiener

[1] Vergl. Peter. l. c. 172. Basnage II 452 ff.

[2] Lisola an Hocher 7. August 1673. St.-A. (Holl.)

[3] Schreiben Kramprichs vom 24. Juli 1673. St.-A. (Holl.)

[4] Vergl. Mignet l. c. IV. 189 ff.: Crockow's Berichte in Urk. und Act. XIII. 590 ff.

[5] Urk. und Act. XIII. 595 ff.

[6] Conferenzprotocoll vom 31. Juli 1673. St.-A. (Holl.)

Hofe,[1] um im Namen seines Herrn mit dem in Wien weilenden Kleist für eine friedliche Vereinbarung zwischen Leopold I. und Ludwig XIV. zu wirken.[2] Und zu gleichem Zwecke erschien in denselben Tagen Johann Ferdinand Yrsch im Namen des Neuburgers,[3] bemühte sich Pufendorf[4] und mit ihm viele andere. Aber weder die Bitten und Drohungen Gremonville's, noch die Betheuerungen der sogenannten Friedensfreunde, noch auch die Bemühungen der im Dienste der Franzosen stehenden kaiserlichen Räthe, vermochten die Wirkung jener Gründe zu erreichen, die bei Leopold I. für den Abschluss mit den Niederländern, für den Beginn des Krieges sprachen. Zu diesen zählte in erster Linie die feste Ueberzeugung, dass ein weiteres Dulden der dem Kaiser von den Franzosen angethanen Schmach, nicht nur eine empfindliche Einbusse an Macht und Ansehen für das Reichsoberhaupt zur Folge haben, sondern seine Stellung gänzlich untergraben müsste.

Was der König von Frankreich und seine Vertreter in dieser Zeit an Doppelzüngigkeit und Verhöhnung der kaiserlichen Autorität im Reiche leisteten, übertraf in der That alles, was man bisher erlebt hatte. Mit einer seltenen Unverfrorenheit forderte Gravel am 1. Mai 1673 zu Regensburg, während die französischen Truppen auf dem Reichsboden plünderten und raubten, die Stände des Reiches auf, den Kaiser zur Einhaltung des Friedens zu zwingen, den der König von Frankreich niemals gebrochen habe und niemals brechen werde, den Truppen Leopold I. — wenn es sein müsse auch mit Gewalt — den Durchzug durch ihr Gebiet zu verweigern. Und wenige Wochen darauf wagte Ludwig XIV. nicht nur an den Kaiser die Aufforderung zu richten, seinen Truppen den Abmarsch aus den Erbländern zu untersagen, sondern er stellte an die ihm günstig gesinnten mächtigen Reichsfürsten das Ersuchen, ihm durch Bildung eines Garantiebundes die Neutralität des Kaisers zu sichern, falls dieser sich nicht gütlich zur Beobachtung einer solchen verstehen sollte.[5] Die Erklärungen Lud-

[1] Credenzbrief vom 25. Juli 1673. St.-A. (Bav.)

[2] Vergl. Urk. und Act. XIII 598.

[3] Protocoll vom 22. Juli, Bescheid vom 31. Juli 1673. St. A. Der Stellung des Neuburgers und der Sendung des Yrsch gedenkt auch Lisola in der Schrift „Lettre d'un conseiller d'Estat d'un prince de l'Empire etc." 1673. Im August 1673 verfasst.

[4] Gutachten vom 7. Aug. 1673. St. A. (Suec.)

[5] Vergl. Haller l. c. 60. Dagegen richtete sich besonders heftig das Schreiben des reichsfürstlichen Rathes.

wig XIV. und seines Gesandten sind nicht unbeantwortet geblieben. In überaus treffender Weise erwiderte der Kaiser auf das Memoire vom 1. Mai mit dem Hinweise auf sein Amt und auf den von ihm geleisteten Eid das Reich zu schützen und den von Frankreich gebrochenen Frieden wiederherzustellen und noch schärfer war die Abfertigung, die dem Plane eines Garantiebundes zu Theil wurde. Das ganze Lügengewebe der französischen Auseinandersetzungen ist in dem Schreiben eines reichsfürstlichen Staatsrathes, das wohl zweifellos von Lisola herrührt, zerrissen, die Zweideutigkeit der französischen Politik blossgelegt und der Nachweis geführt worden, dass die von Frankreich vorgeschlagene Garantie nichts anderes als die Erneuerung des Rheinbundes bezwecke, „die Quelle und der Sauerteig alles vorhandenen Unheils". Und auch dafür ist der Beweis erbracht, dass Leopold I. nur seine Pflicht erfülle, wenn er die Truppen des Franzosen über den Rhein zurückjage, „der uns Maulschellen in unseren eigenen Häusern giebt und verspricht, damit aufzuhören, wenn wir uns nicht rächen.[1] Allein nicht nur der alle Zeit kampfbereite Vertreter der Ehre und der Interessen von Kaiser und Reich, nicht nur Lisola, erhob jetzt seine machtvolle Stimme. Mit der grössten Freude nimmt man vielmehr, wenn man die damalige Flugschriftenliteratur durchmustert, wahr, dass in jenen Tagen der Noth die Gegner der Franzosen wie Pilze aus der Erde wuchsen, dass die meisten der zahlreichen Flugschriften, die von allen Ecken und Enden Deutschlands ausgingen, für eine entschiedene Abwehr der Uebergriffe Frankreichs eintraten.[2] Schon forderte die „wohlmeinende Erinnerung" die Reichsfürsten auf, einmüthig

[1] Die ganze Stelle lautet: p. 28 „La France a mis tout en trouble, elle veut que nous dissimulions ce tort, qui ne se peut oublier. Elle nous vient donner des soufflets dans nos propres maisons et promet de ne pas continuer cet affront, pourveu que nous ne nous en ressentions pas. Et pour recompense de tous nos maux et de nos patiences, ce Ministre croid nous faire grace, quand il donne espoir parmy des conditions insupportables qu'on les retirera par delà du Rhin, en nous laissant appauvris par tant de vols, concussions, brigandages, violemens des femmes et filles et mille autres execrations semblables, qu'un guerre destituée de toute justice attire après soy. Bref, on veut que nous baisions la verge qui nous a fouetté, quoy qu'à tort, et que nous nous soûmettions à toute sorte d'oppressions sans nous en ressentir.

[2] Lisola macht auf diese Thatsache auch in der Schrift „Der französische Redner, das ist dess Herrn Ertz-Bischoffs von Ambrun Lob-Rede durch die Begebenheiten unserer Zeit erklärt etc." 1673, aufmerksam.

beizutragen, was zur Beschirmung des Reiches dienlich sei und in richtiger Erkenntniss des Nachtheiles, der den Deutschen aus dem ihnen eigenen Particularismus erwachse, wird denselben ein einmüthiges Vorgehen empfohlen, um den Bestrebungen der Franzosen zu begegnen, die dahin gerichtet seien, die Deutschen zu trennen, um sie dann um so leichter zu beherrschen, während Frankreich nur einen König hat, „der wie die Sonne allein regiert, seiner selbst mächtig ist und den Verstand sowohl als den Muth besitzt, Grosses zu erringen."[1] Schon wagte man auch die zu preisen, die den Franzosen widerstanden hatten, schon wagte man dem Trierer für seine deutsche Gesinnung das höchste Lob zu singen[2] und dem Kaiser zuzurufen: „Oh Kaiser Leopold zieh endlich doch vom Leder und lass Dein Heldenschwert jetzt blinken in der Not. Es wird der rechten Sache beistehn der höchste Gott. Gefochten hat man nun genugsam mit der Feder."[3] Kein Zweifel, dass das rücksichtslose Gebahren des Königs von Frankreich den mit ihm verbündeten deutschen Fürsten gegenüber, insbesondere die empörende Grausamkeit, mit der er gegen den Pfälzer loszog, weil dieser sich weigerte, die bisher beobachtete Neutralität zu Gunsten einer Action an der Seite der Franzosen aufzugeben, die Stimmung um ein wesentliches verschärft hat.[4] Ein Schrei der Entrüstung über das schändliche Vorgehen des nimmersatten Königs ging durch das deutsche Land und drang auch zu den Ohren Leopold I., um ihn daran zu erinnern, seines Amtes eingedenk zu sein und desselben auch zu walten.

Aber nicht nur als europäischer Fürst und als Oberhaupt des Reiches, sondern auch als österreichischer Herrscher hatte Leopold I.

---

[1] Eröffnete französische Rathstube; vergl. Haller l. c. 69.

[2] Lisola lobt den Trierer in den Flugschriften wiederholt, so im Apologiste refuté. Französische Ausgabe (Wiener Univ.-Bibl. H. Fr. I 1120) p. 25 ff.

[3] Vergl. Haller l. c. 72.

[4] Vergl. Häusser, Gesch. der Pfalz II. 627 ff. In diesem Sinne schrieb auch Lisola im „Schreiben des reichsfürstlichen Rathes" p. 38: „qui (les peuples) par les cruautez permises à ces armées, les sacrileges commis sur les lieux les plus sacrez, les violemens des femmes et des filles, au lieu de se laisser porter à quelque terreur ont conceus une alienation de la domination du roy Très-chrestien; telle, qu'ils choisiront plustost de perir et exposer la derniere maille et goûte de leur sang que de se soûmettre à la domination du roy Très-chrestien. Ainsi que feront tous nos peuples d'Allemagne, lesquels pour recompense de l'amitié que leurs Seigneurs ont pour ce roy, ont esté mis en chemise et ressentent des marques d'un roy vainqueur au lieu d'amy."

allen Grund Ludwig XIV. zu zürnen und den Bestrebungen dieses ehrgeizigen Fürsten entgegenzutreten. Der Nachricht von dem Falle Mastrichts, der in erster Linie das Interesse der gesammten Niederlande berührte,[1] war die von den furchtbaren Plünderungen gefolgt, welche die französischen Truppen im Gebiete des Kurfürsten von Trier verübten,[2] als Strafe für das neuerliche Eintreten desselben zu Gunsten der gegen Frankreich Verbündeten. Und zugleich mit dieser Meldung, die Leopold als Reichsoberhaupt verletzen musste, traf die Nachricht ein, dass Ludwig XIV. den alten Streit über die Zugehörigkeit der elsässischen Dekapolis mit den Waffen entscheiden, das Land mit französischen Truppen überschwemmen, die Widerstrebenden entwaffnen und die Festungen niederreissen wolle. Geschah dies, dann wurde die Gefahr, die den österreichischen Vorlanden drohte, eine imminente und zu der Pflicht, als europäischer Fürst und als deutscher Kaiser dem Treiben des westlichen Nachbars nicht mehr ruhig zuzusehen, gesellte sich jetzt für Leopold die Ueberzeugung, dass er als Vertreter der österreichischen Interessen am besten thue, zu den Waffen zu greifen. Trotzdem wagen wir die Behauptung auszusprechen, dass Leopold I. auch in diesem Augenblicke sich nicht zur Kriegserklärung an Frankreich entschlossen hätte, wenn nicht in den allgemeinen Verhältnissen ein Wechsel zu seinen Gunsten eingetreten, wenn es nicht seine Ueberzeugung gewesen wäre, dass er jetzt mit mehr Berechtigung als in den Vorjahren hoffen konnte, den Kampf gegen Ludwig XIV. mit Erfolg zu führen. In den wenigen Wochen, die seit der Conferenz zu Maria-Zell verflossen waren, hatte wirklich die Klärung stattgefunden, die man damals gewünscht und erwartet hatte.

Die Verhältnisse im Osten hatten sich überaus günstig gestaltet; man brauchte, nicht vorherzusehende Zwischenfälle abgerechnet, für dieses Jahr einen entscheidenden Kampf mit den Türken nicht zu fürchten.[3] Das autokratische Regiment, das Leopold I. in Ungarn eingeführt hatte, schien sich zu bewähren; die Berichte des Gouverneurs lauteten so günstig, dass man an die Verwen-

[1] Ueber den Eindruck, den die Nachricht in Wien machte, vergl. Crockow's Bericht vom 2. Juli. Urk. und Act. XIII. 594 f.

[2] Vergl. Marx, Gesch. des Erzstiftes Trier III. Bd. 142 ff.

[3] Lobkowitz, der wohl wusste, dass die Furcht vor einem Türkenkriege am meisten auf Leopold wirke, wurde auch in diesen Tagen nicht müde, zu betonen, dass die Gefahr eines solchen noch immer eine drohende sei. Vergl. Urk. und Act. XIII. 592.

dung der in Ungarn stehenden Regimenter für den Krieg gegen Ludwig XIV. denken konnte. Unter den Ständen des Reiches hatte die Bewegung zu Gunsten des Kaisers bedeutende Fortschritte gemacht. Der Mainzer hatte allen Drohungen der Franzosen widerstanden;[1] der Trierer trat dem Braunschweiger Bündnisse bei,[2] das am 25. August 1673 erneuert und erweitert wurde.[3] Mehrere Kreisstände erklärten sich zur Förderung der kaiserlichen Pläne bereit; der Pfälzer wartete nur auf eine günstige Gelegenheit seinen Uebertritt zum Kaiser zu vollziehen; von dem Sachsen war mit Sicherheit gegen entsprechende Subsidien auf eine grosse Zahl kriegsgeübter Truppen zu rechnen;[4] an dem Anschlusse der Mehrzahl der braunschweigischen Fürsten bei genügender Berücksichtigung ihrer Geldforderungen war nicht zu zweifeln. Die Niederländer versprachen mit 45000 Mann in's Feld zu rücken; die Spanier das seit langem im Haag verhandelte Bündniss zu unterzeichnen, sobald der Kaiser seinerseits mit den Generalstaaten abgeschlossen haben werde. Von dem Lothringer war nach dem bereits fertiggestellten Vertrage eine bedeutende Truppenzahl, von dem Brandenburger eine wohlwollende Neutralität, vielleicht auch eine neuerliche Schwenkung zu den Verbündeten zu hoffen. Ja selbst unter den ehemaligen Gegnern Leopold I. machte sich ein Wechsel der Gesinnung bemerkbar. Dem Bischofe von Münster begann es vor dem Manne zu grauen, der seine Bundesgenossen wie Unterthanen behandelte, sie gar nicht fragte, als er mit dem Brandenburger einen Vertrag schloss, der ihren Interessen geradezu widerstrebte,[5] und nur mit vieler Mühe gelang es den Fürstenbergern, den schwankenden, haltlosen Maxi-

[1] Den Mainzer ganz für die Interessen des Kaisers zu gewinnen, scheint mir eine der Hauptabsichten der Schrift „Lettre d'un conseiller" gewesen zu sein. (U. Bibl. H. Fr. I 1120. 53 ff.) S. 54 sagt der Verfasser: „Enfin, il ne manque à appliquer le fiel et le miel, l'aigre et le doux, la recompense et la peine pour l'intimider. Mais il faut sçavoir, qu'un exemple d'un Archi-Chancelier par la Gaule luy fera souvenir à quoy est obligé un Archi-Chancelier par la Germanie."

[2] Der Beitritt Triers zum Braunschweiger Bündnisse vom 12./22. Sept. 1672 erfolgte am 12./22. Juli 1673. Vergl. Mörner l. c. 377.

[3] Dieser neue Vertrag wurde geschlossen am 15./25. Aug. 1673. Vergl. Urk. und Act. XIV. 708 ff. Kaiserlicherseits fungirte dabei Graf Windischgrätz.

[4] Vergl. Auerbach l. c. 308 ff., insbesondere die bezeichnenden Worte Johann Georg II. „que les Allemands ne pourraient plus souffrir que les Français leur marchent sur le ventre."

[5] Vergl. Depping Gesch. des Krieges etc. 148 ff., 163 ff., Tücking Gesch. des Stiftes Münster 224 f.

milian Heinrich zu überzeugen, dass es in seinem Interesse liege, sich dem Könige von Frankreich auf Gnade und Ungnade zu ergeben, obgleich derselbe die Besitzungen des Freundes wie Feindesland behandelte.[1] Ja selbst der Herzog von Hannover weigerte sich, trotz des mit Frankreich neuerlich geschlossenen Bündnisses, missgestimmt durch den französisch-brandenburgischen Frieden,[2] die Verbündeten Frankreichs bei ihren Unternehmungen im deutschen Reiche zu unterstützen und der Baier beschränkte seine Thätigkeit im Interesse Ludwig XIV. auf Friedensvermittelung und that nichts, um dem mit Frankreich getroffenen Abkommen gemäss in des Kaisers Erbländer einzufallen, „sobald dieser etwas den Bestimmungen des westphälischen Friedens zuwiderlaufendes unternehmen sollte." Allein alles dies hätte Leopold nicht vermocht mit Ludwig XIV. offen zu brechen, wenn nicht jene Forderung sich erfüllt hätte, die er seit Jahren als die unerlässliche Vorbedingung eines energischen Kampfes bezeichnet hatte, wenn nicht die Spanier sich endlich entschlossen hätten, die Subsidien zu bewilligen, die Leopold I. seit Jahren als zur Kriegsführung unentbehrlich begehrt hatte. Wir erinnern uns, dass die Verhandlungen in Wien und in Madrid noch im Mai vornehmlich daran gescheitert waren, dass man sich gegenseitig nicht recht traute, dass jede der beiden Regierungen den Vortritt der anderen forderte und dass man sich über die Bedingungen nicht einigen konnte, unter denen ein gemeinsames Eintreten für die gemeinsame Sache erfolgen sollte. Je mehr aber die Gefahr wuchs, je drohender die Erklärungen und Maassnahmen Ludwig XIV. wurden, desto klarer ward es den leitenden Kreisen, dass die Noth der Zeit einen festen Entschluss erheische, dass man sich mit einem kühnen Sprunge über die Hindernisse hinwegsetzen müsse, die sich einer Verbindung noch immer in den Weg stellten. Die Nachricht von dem Falle Mastrichts und von der drohenden Haltung, die Frankreichs Truppen gegen Gent und Brüssel einnahmen, liessen keinen Zweifel daran aufkommen, dass Ludwig XIV. sein Hauptaugenmerk in diesem Feldzuge auf die spanischen Niederlande richten werde.[3]

[1] Vergl. Ennen, Frank. u. d. Niederrhein 293 ff.; Depping l. c. 166 f.; beim Kölner kam noch hinzu, dass Frankreichs Vorgehen auch dem Vertrage widersprach, den es zu Soest am 5. April mit Köln geschlossen hatte; vergl. Ennen l. c. 294.

[2] Depping l. c. 148 f.; Mignet l. c. IV, 137.

[3] Ueber den Eindruck dieser Nachrichten auf den spanischen Hof vergl. Pöttings Berichte und Villars' Mittheilungen bei Mignet l. c. IV. 180.

Aus dem Haag berichtete der spanische Gesandte, dass die Generalstaaten sich genöthigt sehen würden, falls die Spanier und der Kaiser ihnen nicht rasch bedeutende Hilfskräfte zur Verfügung stellen sollten, mit Frankreich abzuschliessen und die spanischen Niederlande der Rache des beleidigten Gegners zu überlassen.[1] Das in Madrid verbreitete Gerücht, Ludwig XIV. wolle die südlichen Generalitätslande gegen flandrische Plätze austauschen, steigerte die Bestürzung und die Besorgniss. Mit ungewohnter Hast wurden denn auch jetzt die Berathungen gepflogen. Der Schatzmeister erhielt den Befehl, drei bis vier Millionen bereit zu halten, die Recrutirungen wurden mit erhöhtem Eifer aufgenommen, alle Vorbereitungen für den Feldzug getroffen. Der grösste Theil der maassgebenden Kreise war bereits damals für die Kriegserklärung an Ludwig XIV., doch vermochte Penneranda die Königin vorerst noch von diesem äussersten Schritte abzuhalten;[2] zum Abschlusse mit Leopold I. war man aber fest entschlossen. Ronquillo, der sich in Brüssel befand, erhielt Befehl nach Wien zu eilen, um die von Balbases begonnenen Verhandlungen zu Ende zu führen.[3] Dass es ohne bedeutende Geldopfer nicht abgehen werde, wusste man in Madrid. Denn Balbases berichtete aus Wien immer wieder von der Hartnäckigkeit, mit der die kaiserlichen Minister auf ihren Forderungen bestanden und Pötting betonte unaufhörlich die Unerlässlichkeit bedeutender Geldsubsidien.[4] Leopold I. selbst aber erklärte auf die Nachricht von der Sendung Ronquillo's, es komme nicht auf die Person an, die sei wenig entscheidend; Ronquillo werde schwerlich andere Motive vorbringen können als Balbases; eine wesentliche Unterstützung thue Noth.[5]

Die Forderung der Spanier, Leopold möge den Franzosen den Krieg erklären, bevor der spanisch-österreichische Vertrag unterzeichnet sei, wies dieser als eine ungebührliche entschieden zurück. „Dass man aber alles auf den Kaiser schieben will, schreibt er am 9. August an Pötting, kombt mir vor, wie jene Schwaben, so ein Hasen umbringen sollen, und keiner das Herz gehabt, sondern alle einander zugesprochen

[1] Pöttings Bericht vom 5. Juli 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Mignet l. c. IV. 181.

[3] Pöttings Bericht vom 7. Juni 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[4] Pöttings Bericht vom 5. Juli 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[5] Leopold an Pötting 12. Juli 1673. St.-A. (Pött. Corr.) Ronquillo machte überdies keinen guten Eindruck auf den Kaiser. Schreiben vom 9. August.

„Gang Du voran, Gang Du voran"; also macheten es Spanier mit mir."[1] Die Festigkeit des Kaisers trug schliesslich den Sieg davon. Noch vor der Abreise Leopold I. nach Eger war der Vertrag in allen wesentlichen Punkten fertiggestellt, der dann am 28. August zu Rokycan unterzeichnet wurde und dessen wesentliche bisher durchaus nicht gewürdigte Bedeutung[2] darin zu suchen ist, dass Leopold I. erst durch die von den Spaniern übernommene Verpflichtung einer monatlichen Subsidienleistung von 50000 Thalern in die Lage versetzt wurde, sich für den Krieg zu entscheiden. Denn erst dann, als er dieser Summe sicher war, hielt er es mit seinen besonderen Interessen für vereinbar, mit den Generalstaaten unter Bedingungen abzuschliessen, die diesen annehmbar erschienen. Zu Beginn des Monates August fanden die entscheidenden Verhandlungen mit den staatischen Deputirten statt. Sie führten nach heftigen Debatten dahin, dass Leopold I. sich mit 45000 Thalern monatlicher Subsidien zufrieden gab, dagegen die Zahlung dieser Summe vom 1. Juni an, als theilweisen Ersatz für die Kosten der Recrutirung eine weitere monatliche Unterstützung von 15000 Thalern bis zur Begleichung der rückständigen Subsidien in der Höhe von 200000 Thalern und die sofortige Erlegung der 100000 Thaler in baarem Gelde forderte, zu deren Zahlung die Generalstaaten erst verpflichtet sein wollten, wenn die kaiserlichen Truppen am Rhein angelangt sein und den Kampf begonnen haben würden. Aber noch eine andere Aenderung wurde an dem von Heemskerk mitgebrachten Projecte vorgenommen, die für die Politik des Wiener Hofes ausserordentlich bezeichnend ist. Vermuthlich auf Lisola's Anregung, der die gänzliche Vernichtung der Franzosen erstrebte, hatten die Generalstaaten, um Leopold zur Erfüllung ihres Wunsches zu vermögen, der dahin ging, den Frieden mit Frankreich nur gegen Restitution aller — auch vor Abschluss des ersten österreich-staatischen Bündnisses — an die Franzosen verloren gegangenen staatischen Besitzungen zu schliessen, in einem Secretartikel dem Kaiser die Ordnung der elsässischen Streitfrage im Sinne der Rückgabe des Elsass an das Reich zugesagt.

Der Wiener Hof wollte sich aber zu einer solchen Verpflichtung.

[1] Leopold an Pötting 9. Aug. 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[2] Der spanisch-österreichische Vertrag vom 28. August ist bisher unbekannt geblieben; derselbe ist aber, wie bereits im Texte auseinandergesetzt wurde, einer der wesentlichsten für die weitere Entwickelung der Verhältnisse. Abdruck im Anhange.

die ihn auf Jahre hinaus an die Niederländer gebunden hätte, nicht verstehen und erklärte „ungern vernommen zu haben und es nicht begreifen zu können, dass der Kaiser bei so geringen und schlechten Subsidien auch die Obligation auf sich nehmen solle, den Generalstaaten zur völligen Restitution dessen, was ihnen vor der mit dem Kaiser gemachten Allianz entzogen worden, zu verhelfen und sich ihrer Willkühr den Frieden zu schliessen oder Krieg zu führen gänzlich zu unterwerfen." Die Anerbietungen bezüglich der elsässischen Frage wurden aber mit der Begründung abgelehnt, „es könnte den Anschein haben, als ob der Kaiser einen ewigen Krieg zu führen verlange, oder sich zu einer unmöglichen Sache verbünde, was ihm bei dem römischen Reiche und bei der ganzen Welt einen sehr grossen „Graus" verursachen würde, wenn er wider expressum tenorem instrumenti pacis die Restitution utriusque Alsatiae praetendiren würde."[1] Wir sehen, auch jetzt wollte Leopold I. nicht so weit gehen als sein Gesandter, auch jetzt wollte er alles vermeiden, was nur irgendwie den Schein der Eigennützigkeit oder der Ungerechtigkeit auf ihn werfen, was einen berechtigten Anlass zur Behauptung geben könnte, dass seine Friedenserklärungen nicht aufrichtig gemeint seien.

Denn zur Annahme eines allgemeinen, ehrlichen Friedens erklärte sich Leopold auch jetzt mit Freuden bereit. Ganz ausdrücklich wurde bei den Verhandlungen, die seitens der kaiserlichen Räthe in diesen bewegten Tagen über die Frage gepflogen wurden, wie man auf die Friedensanerbietungen Gremonville's und auf die der vermittelnden Mächte antworten solle, — an deren Ernst nicht zu glauben sei, — der Beschluss gefasst, im Hinblicke auf die ausgesprochene Friedensliebe des Kaisers und zur Vermeidung jeder Klage die principielle Geneigtheit zum Eingehen in die Friedensverhandlungen zu betonen.[2] Freilich lauteten die Bedingungen, die Leopold I. jetzt als unerlässlich für den Abschluss eines allgemeinen Friedens bezeichnete, anders als zuvor; Rückzug der französischen Truppen vom Reichsboden, Restitution Lothringens, Sicherung der Spanier gegen französische Einfälle, Erhaltung der vereinigten Niederlande, Ordnung der übrigen strittigen Fragen im Sinne der Gerechtigkeit und eine allgemeine Garantie des Friedens. Dass Frankreich diese

[1] Weisung Leopold I. an Kramprich 7. Aug. 1673. St.-A. (Holl.)

[2] Conferenzprot. vom 31. Juli 1673. St.-A. (Vorträge.)

Bedingungen nicht acceptiren werde, wusste man in der Umgebung Leopold I.; eben darum hielt man sich um so berechtigter, sie zu stellen. Am 15. August wurde von dem Grafen Zinzendorf das von Hocher auf dieser Grundlage entworfene Vertragsproject den Franzosen übergeben.[1] Leopold I. war damals nicht mehr in Wien. Einem bereits vor Monaten gefassten Plane gemäss hatte er schon am 4. August Wien verlassen, um seine zu Eger versammelten Truppen zu besichtigen.[2] Er befand sich damals in einer selten gehobenen Stimmung. Der Anblick der glänzend ausgerüsteten, erlesenen Truppenschaar, die vor ihm in Eger defilirte, das Lob, das er von den daselbst versammelten Fürsten zu hören bekam,[3] wirkten belebend auf ihn. Dass es gelang, den dort anwesenden sächsischen Kurfürsten zur Unterzeichnung eines Vertrages zu vermögen, durch den die Bestimmungen des am 8. März abgeschlossenen erneuert und bekräftigt wurden, dass die letzten Schwierigkeiten bezüglich der Einigung mit den Spaniern überwunden wurden, erhöhte die gute Laune Leopold I. Die Briefe, die er in dieser Zeit aus Eger an Pötting, seinen Gesandten in Madrid, richtete, sind erfüllt von dem Bewusstsein, im Interesse der Allgemeinheit gehandelt zu haben und spiegeln die Hoffnungsfreudigkeit des Kaisers wieder. „Ich muss bekennen, schreibt er am 25. August, dass Ich mein armada in solchem Stand gefunden habe, dass es wol nit viel bösser sein kündt, dann von der Zahl der 30000 werden wol nit viel manglen. Und sein also wol montirt, dass man die gemeine Truppen gar wol vor Officier halten kann. Und hoff Ich, sie sollen mit der Hilf Gottes wol operiren.[4]"

Und ebenso durchdrungen von dem Gefühle des Rechtes und von dem Bewusstsein der Pflichterfüllung zeigt sich Leopold in der Erklärung, durch die er den zu Regensburg versammelten Ständen die Gründe seines Vorgehens mittheilte. Nach langer Zeit wieder einmal eine der Würde und der Stellung des Kaisers entsprechende Aeusserung, die in ihrer Einfachheit, Sachlichkeit und Ehrlichkeit auf das vortheilhafteste von den gekünstelten, unwahren Erklärungen der

[1] Vergl. Mignet l. c. IV. 197 ff.

[2] Der Plan ist von Leopold ausgegangen; selbstverständlich griffen ihn jene, die noch immer den Einfluss Gremonville's und jenen seiner Anhänger fürchteten, mit Freuden auf.

[3] Vergl. Wolf, Lobkowitz 396.

[4] Leopold an Pötting 25. Aug. 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

Franzosen abstach und mit der Aufforderung an die Stände schloss, sich zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner zu einigen.[1]

Nur eine Sorge verliess Leopold I. und seine Räthe nicht, ob die Spanier und die Niederländer auch wirklich leisten würden, wozu sie sich verpflichtet hatten. „Die Armada gehet ins Reich und wird bald zue operiren finden, weillen der Turenne bei Würzburg schon sein solle. In diesem Punkte muss Ich Pötting erindern dahin fortiter zue insistiren, dass man alda 2 puntos beobachten solle, ohne welche meine Länder in gewissen Ruin komben thäten; als die Richtigkeit der Gelder und dass man auch ex parte Hispanica, id est in Berlin, fortiter operire. Dann sollte dies nit geschehen, so kombe das ganze Peso dem Kaiser allda auf den Hals."[2]

Und in eben diesem Sinne forderte Hocher von Lisola, indem er ihm freudig und stolz mittheilte, dass der Kaiser den „Rubicon überschritten" und vor seiner Abreise von Eger den Truppen Befehl ertheilt habe, in's Reich zu marschiren, die Niederländer zu ermahnen, sich mehr als Politiker denn als Kaufleute zu zeigen, indem er der Ansicht Ausdruck verlieh, dass Leopold, so gut er es auch meine, nur bei dauernder, ausgiebiger Unterstützung durch die Verbündeten an deren Seite ausharren werde.[3]

Die Besorgnisse Hochers und des Kaisers waren, soweit sie sich auf die Niederländer bezogen, grundlos; Kramprich, der an Stelle des in Köln weilenden Lisola die letzten Verhandlungen im Haag führte, fand keine bedeutenden Schwierigkeiten. Die von Frankreich drohende Gefahr und der glänzende Seesieg der holländischen über die englische Flotte[4] trugen in gleicher Weise dazu bei, den Generalstaaten den möglichst raschen Abschluss des Vertrages mit dem Hause Habsburg wünschenswerth erscheinen zu lassen und da die Wiener Regierung in den beiden wichtigsten Fragen — jener der Höhe und jener der Zahlungsmodalitäten der Subsidien — den Wünschen der Generalstaaten Rechnung trug, fügten sich die staatischen Politiker leicht den übrigen Forderungen des Wiener Hofes.[5] Am 30. August

[1] Erklärung vom 28. August 1673. Abgedruckt bei Mignet l. c. IV. 201 ff.

[2] Leopold an Pötting 25. Aug. 1673. St.-A. (Pött. Corr.)

[3] Schreiben Hochers vom 27. August 1673. St.-A. (Holl.)

[4] Gemeint ist der Seesieg bei Hijkduin vom 21. August 1673.

[5] Nur wurde festgesetzt, dass die Subsidien vom 1. August, nicht vom 1. Juni an gezahlt werden sollten.

1673 wurde der entscheidende Vertrag von den Vertretern Leopold I. und von jenen der Generalstaaten unterzeichnet.[1] Der Kaiser verpflichtete sich durch denselben, trotz Brandenburgs Abfall den Kampf an der Seite der Niederländer fortzusetzen, auf die Durchführung der Bestimmungen des westphälischen Friedens, sowie der Verträge von Cleve und Aachen zu achten, mit 30000 Mann an dem Kampfe theilzunehmen und die Truppen, wohin es die Lage erfordern sollte, vornehmlich an und über den Rhein marschiren zu lassen.

Als Entschädigung für die aus dieser Hilfeleistung erwachsenden Unkosten sollten die Niederländer dem Kaiser 45000 Thaler monatlicher Subsidien und 100000 Thaler gewähren, sobald die Truppen die böhmische Grenze überschritten haben würden. Ueberdies erklärten sich die Niederländer bereit, die Unternehmungen des Kaisers mit 12 bis 20000 Mann zu unterstützen und dem Kurfürsten von Trier zur Erhaltung seiner Truppen 3000 Thaler vierteljährlich zu zahlen. Im übrigen enthielt dieser bedeutungsvolle Vertrag alle jene Bestimmungen über gegenseitige Verpflichtungen, die in dem vor Jahresfrist abgeschlossenen Bündnisse Aufnahme gefunden hatten. Am selben Tage erfolgte im Haag die Unterzeichnung eines staatisch-spanischen Bündnisses, das Spaniens Eintritt in den Krieg zum Ziele hatte[2] und eines Vertrages der Oesterreicher, Spanier und der Generalstaaten mit dem Herzoge von Lothringen, der den Wiedergewinn des lothringischen Landes für das angestammte Herrscherhaus bezweckte.[3] Als eine wesentliche Ergänzung dieser Verträge war bereits am 25. August zu Eger das Abkommen zwischen Spanien, Oesterreich und Sachsen unterzeichnet worden, das die sächsische Truppenleistung

---

[1] Abgedruckt bei Du Mont l. c. VII. 242.

[2] Spanien verpflichtete sich, falls der Friede zu Köln nicht geschlossen werden sollte, gegen Frankreich zu kämpfen; vorerst wollte man sich gegenseitig mit 8000 Mann, wenn der Krieg andauern sollte, mit allen Kräften zu Hilfe kommen, die beiderseitigen Besitzungen wurden garantirt, den Staaten die Rückgabe aller im Kriege verloren gegangenen Besitzungen versprochen, den Spaniern der Besitzstand von 1668 garantirt; ja wenn der Krieg es gestatte, sollte Spanien in den Besitzstand von 1659 wieder eingesetzt werden. Du Mont l. c. VII. 240. Der Vertrag wurde auf den 1. Juli zurückdatirt.

[3] Die Mächte verpflichteten sich, unter dem Commando des Lothringers ein Corps von 18,000 Mann aufzustellen und keinen Frieden zu schliessen, bis Karl in sein Gebiet wieder eingesetzt wäre. Du Mont l. c. VII. 235 f., Mignet l. c. IV. 207 f.

genau festsetzte;[1] und am 28. August war in Rokycan die Ausfertigung des Vertrages erfolgt, der die Oesterreicher und Spanier nach langen Jahren wieder zu offenen Verbündeten im Kampfe gegen die Franzosen machte.

Allgemein wurde als der Zweck dieser grossen Vereinigung die Räumung des deutschen Gebietes und aller innerhalb desselben von Ludwig XIV. eroberten Plätze seitens der Franzosen, die Wiedereinsetzung Karls von Lothringen, der Schutz der deutschen Gerechtsame im Elsass und die Rückgabe aller von den Franzosen den Spaniern und den Niederländern weggenommenen Gebiete bezeichnet. Frankreich sollte auf den Besitzstand des Jahres 1660 zurückgedrängt, die Uebergriffe dieser Macht durch die vereinten Bemühungen der Verbündeten entschieden zurückgewiesen werden; eine grosse Aufgabe, des ernsten Strebens der Edelsten werth. Erreicht war freilich das Ziel, das die fähigsten Köpfe unter den damaligen Politikern sich gesetzt hatten, mit den Verträgen vom August 1673 durchaus nicht. Jahrzehnte mussten noch verstreichen und das Blut von tausenden und abertausenden fliessen, bis die Ansicht, dass das allgemeine und das besondere Interesse jedes einzelnen Fürsten die Abwehr der französischen Uebergriffe erfordere, Gemeingut der Gebildeten war. Aber einen wesentlichen Schritt weiter auf dieser Bahn hatte man unleugbar in den letzten Augusttagen 1673 gethan. Die erste grosse europäische Coalition, die gleichmässig protestantische und katholische Fürsten umfasste, war zu Stande gebracht und wenn dieselbe auch keineswegs die Idee verwirklichte, die ihre Urheber gehabt, wenn auch Frankreich den Kampf mit derselben ehrenvoll und siegreich bestand, weil die gemeinsamen Interessen im Laufe der Jahre hinter den besonderen zurücktraten; der Weg, den man einschlagen musste, um an's Ziel zu kommen, war damit gewiesen und auf ihm ist man auch schliesslich zum Ziele gelangt. Für Lisola, der sich damals in Köln im heftigsten Kampfe mit seinen erbittertesten Feinden befand, bedeutete die Unterzeichnung des staatisch-österreichischen Vertrages einen neuen Triumph. Er durfte sich mit Recht das grösste Verdienst an dem Zustandekommen desselben zuschreiben. War er es ja doch, der durch seine unermüdliche Thätigkeit, durch die Unterstützung, die er dem Prinzen Wilhelm von Oranien zu Theil werden liess, durch die erfolgreiche Bekämpfung des von den

[1] Vergl. Auerbach l. c. 390.

Franzosen unternommenen Versuches, die Bevölkerung der niederländischen Städte zum Kampfe gegen die Regierung aufzureizen, die maassgebenden Kreise zum Ausharren vermocht hatte. Er war es auch, der die spanische Regierung mit in erster Linie dazu gebracht hat, den Niederländern entgegenzukommen, indem er ihren Vertretern im Haag und in Brüssel die Ueberzeugung aufnöthigte, dass dem Hause Habsburg der Untergang drohe, wenn man die Niederländer im Stiche lasse; er war es auch, der Leopold I. zur Herabminderung seiner Forderungen veranlasste und auf diese Weise den Weg ebnen half, auf dem sich die von so verschiedenartigen Interessen bestimmten Mächte treffen mussten, wenn sie dem gemeinsamen Gegner mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten wollten. Als die grösste Leistung Lisola's möchten wir es aber bezeichnen, dass es ihm gelang, jene Kreise, die dem Kriege widerstrebten und in diesem Sinne den Kaiser bestimmten, für das Eintreten in den Kampf zu gewinnen. Den schwankenden, ängstlichen Hocher mit fortzureissen und Lobkowitz' Thätigkeit zu contrecarriren, war, wie uns scheint, eine ungleich schwierigere Aufgabe, als den gutgesinnten Oranier zum Ausharren, oder Monterey zu energischem Handeln zu vermögen. Auf Männer bestimmend eingewirkt zu haben, die über ihm standen und durchaus nicht in allen Stücken seiner Meinung waren, durch die Kraft seiner Rede und seiner Feder Leute, die jeder Verantwortung ängstlich aus dem Wege gingen, zu entscheidenden Entschlüssen veranlasst zu haben, wird man stets als eine der grössten Leistungen des ausgezeichneten Diplomaten bezeichnen müssen. Diese That allein sichert Lisola einen Platz unter den historischen Persönlichkeiten aller Zeiten.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Der Kölner Congress und die Einigung Deutschlands gegen Frankreich. 1673—1674.

Zu den bezeichnendsten Thatsachen der Kriege, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhundertes geführt worden sind, gehört unzweifelhaft das Bedürfniss der Kriegführenden, ihre Friedensneigung ununterbrochen zu betonen. Es ist als suche jeder, seines Unrechtes sich bewusst, berechtigten Klagen vorzubeugen, als wünsche jeder,

durch immer erneuerte Friedensbetheuerungen den Verdacht eigennützigen Strebens von sich abzulenken. Ja man wäre fast versucht, die Behauptung zu wagen, dass dieses Bedürfniss sich bei jenen Fürsten am stärksten äusserte, die allen Grund hatten, sich für die Schuldigsten zu halten.

Von Niemandem ist die Berechtigung dessen, was er gethan, nachdrücklicher betont worden, als von Ludwig XIV. Liest man die Erklärungen seiner Vertreter an den verschiedenen Fürstenhöfen Europa's, so sollte man meinen, er habe lediglich die Ruhe Deutschlands im Auge gehabt, als er seine Truppen gegen den Kaiser und gegen dessen Verbündete marschiren liess, als habe er ausschliesslich die Interessen der Spanier vertreten, als er die nimmersatten Generalstaaten zu züchtigen unternahm. Die Lehre, dass der Krieg nur eine Fortsetzung der diplomatischen Verhandlungen sei und nur zu dem Zwecke geführt werde, den Worten der Diplomaten Nachdruck zu verleihen, wurde im Laufe dieses ersten Coalationskrieges mit unermüdlicher Ausdauer von allen Parteien vertreten. Und wie die kriegführenden Mächte ununterbrochen ihre Friedensneigung betonten, so suchten die mehr oder minder interessirten Fürsten die Rolle der Friedensvermittler zu spielen.

Es dürfte in diesen Jahren im deutschen Reiche kaum einen Fürsten gegeben haben, der sich nicht berufen gefühlt hätte, der Urheber des europäischen Friedens und der deutschen Freiheit zu werden. Ernst zu nehmen waren freilich diese Bemühungen der kleinen und kleinsten Souveräne nicht und sie sind wohl auch nicht ernst genommen worden. Selbst den Bestrebungen des Mainzer Friedensfürsten, wie sich Johann Philipp am liebsten genannt hörte, wird man bei näherer Betrachtung keinen allzugrossen Werth beimessen können. Was ihm fehlte, war vor allem der grosse Besitz und die entsprechenden Hilfskräfte, seinen Worten Nachdruck zu verleihen, und wer dies nicht vermochte, hatte damals in Europa keine Aussicht, gehört zu werden. Eine erfolgreiche Vermittlerrolle hatte Frankreich in dem schwedisch-polnischen Kriege gespielt, weil es seinen Worten mit den Waffen Nachdruck verleihen konnte; eine solche Rolle suchten jetzt, freilich mit wesentlich geringerem Erfolge, die Schweden zu spielen. Hatte Mazarin, indem er Karl Gustav zu Hilfe eilte, den Kampf gegen das Haus Habsburg im Auge gehabt, hatte er den Schweden gestützt, um in ihm einen Verbündeten für den Wettstreit um die Weltherrschaft zu gewinnen, so waren es

zwar ebenso egoistische aber wesentlich andere Gründe, welche die Schweden jetzt zur Inangriffnahme des schweren Werkes bewogen. Die Schweden hatten sich an Frankreich angeschlossen, weil die inneren Verhältnisse ihres Staates die Erhaltung einer grösseren Truppenmacht auf eigene Kosten unmöglich machten, während die Abdankung der Truppen im Hinblicke auf die schwankenden Zustände der europäischen Staaten unzweckmässig, ja gefährlich erscheinen musste; sie hatten die vereinigten Niederlande der Rache des Franzosenkönigs preisgegeben, weil man dem Handelsvolke, das oft die Pläne der Schweden durchkreuzt hatte, eine Demüthigung gönnte, und mit einer gewissen Freude die Kunde von den ersten Erfolgen der Franzosen begrüsst. Als aber Ludwig XIV. seinen ungeahnten Siegeszug unternahm, als Festung nach Festung fiel, da begannen die Schweden mit Bangen ihrem neuen Bundesgenossen zu folgen. Besiegt, gedemüthigt, aber nicht vernichtet sollten die Niederländer werden. Nicht nur aus religiösen, sondern auch aus politischen Gründen konnten die Schweden ein unbegrenztes Anwachsen der französischen Macht nicht wünschen. Und wie wenig auch die Personen, die in diesem Augenblicke die Geschicke Schwedens lenkten, an Bedeutung Karl X. gleichkamen; an dem Grundsatze, dass man nicht blindlings den Franzosen folgen, dass man die Selbständigkeit nicht opfern dürfe, hielt die Mehrzahl unter ihnen fest. Es geschah also im wohlverstandenen eigenen Interesse, dass die Schweden im Frühherbste 1672 den Versuch wagten, den Frieden zwischen den sich Befehdenden herzustellen. Zu diesem Zwecke war Gardie nach Paris gereist, hatten sich Sparre und Ehrenstein nach dem Haag und nach London begeben, wurde Pufendorf beauftragt, am Kaiserhofe die Frage zu stellen, ob man einer friedlichen Vereinbarung im Principe geneigt sei. Keiner der Monarchen, an den diese Frage herantrat, konnte freimüthiger antworten als Leopold, denn keiner konnte mit grösserer Wahrhaftigkeit behaupten, dass sein Streben seit seinem Regierungsantritte die Erhaltung des Friedens in der Christenheit gewesen sei.[1]) Aber nicht auf einen sofortigen Frieden kam es den Schweden in dieser Zeit an; was sie wünschten, war vorerst ein Waffenstillstand. Einen solchen einzugehen, weigerte sich aber der Kaiser auf das entschie-

[1] Auf das schärfste hat Lisola in den von ihm verfassten Flugschriften auf diese Thatsachen hingewiesen; Sauce au Verjus 72 f.

denste. Und das mit Recht. Wenn Leopold I. einen allgemeinen Frieden aufrichtig wünschte und sich bereit zeigte, grosse Opfer zu bringen, um denselben zu ermöglichen, so geschah dies, weil er hoffte, nach erfolgtem Friedensschlusse den grössten Theil seiner Truppen abdanken und seine ganze Aufmerksamkeit den östlichen Provinzen seines Reiches zuwenden zu können. Was half ihm aber ein Waffenstillstand, den Frankreich nur einging, um neue Bundesgenossen zu werben, um neuen Unfrieden in Deutschland zu stiften, vielleicht sogar um nach einer Einigung mit den Niederländern zu suchen, um dann mit seiner ganzen Truppenmacht in die Erbländer einzurücken? Besorgniss vor einem französisch-staatischen Separatfrieden und vor Einstellung der Subsidienzahlung seitens der Verbündeten dürften die entscheidenden Gründe für die Zurückweisung der schwedischen Waffenstillstandsanerbietungen gewesen sein. Zugleich betonte aber der Kaiser Pufendorf und Gremonville gegenüber seine Bereitwilligkeit an einem Congresse zur Herstellung eines allgemeinen, dauernden Friedens theilzunehmen, und gab dieser Gesinnung dem Papste, dem Mainzer Erzbischofe und seinen Gesandten in Berlin, in Madrid und im Haag gegenüber Ausdruck.[1] Lisola, des Kaisers Vertreter im Haag, war mit dieser Auffassung der Verhältnisse, wie bereits erwähnt, durchaus nicht einverstanden. Er war ein viel zu scharfer Beurtheiler der Pläne Ludwig XIV., als dass er sich hätte darüber täuschen lassen, dass die Franzosen durch die Aufnahme der Congressverhandlungen lediglich zu einem Separatvertrage mit den Niederländern gelangen wollten. Es entsprach aber auch der Ansicht Lisola's von seiner Verpflichtung, die grosse Sache, die er vertrat, nie aus den Augen zu verlieren, dass er den Niederländern, solange es irgendwie anging, abrieth sich in Friedensverhandlungen einzulassen und auf das bestimmteste gegen die Annahme eines Waffenstillstandes protestirte. Wir haben gesehen, in wie weit es Lisola gelang, die Pläne der Schweden zu durchkreuzen, und wie er endlich, genöthigt durch die Weisungen seines Hofes, für die Abhaltung des Congresses eintrat.

Die vielfachen, ermüdenden Vorverhandlungen, die im Winter und Frühjahr 1673 im Haag geführt worden sind, brauchen wohl in diesem Zusammenhange nicht geschildert zu werden. Es wieder-

[1] Es ist daher unrichtig, wenn Pufendorf bei Helbig l. c. 34 erklärt, Leopold habe vom Congresse nichts wissen wollen.

holten sich dieselben Vorgänge, die sich im Jahre 1659 abgespielt hatten, als es galt, einen allen genehmen Ort für die Congressverhandlungen zu finden. Gegenseitiges Misstrauen und gegenseitige Eifersucht verzögerten diesmal wie früher die Entscheidung. Erst nach langen Verhandlungen einigte man sich auf Köln;[1] Ende Juni 1673 war die Mehrzahl der Bevollmächtigten daselbst eingetroffen. Schon die ersten Berathungen liessen das Zwecklose der Verhandlungen erkennen. Da Ludwig XIV. lediglich nach einer Einigung mit den Generalstaaten suchte, erhielten seine Bevollmächtigten den Befehl, nur die von den Niederländern gestellten Forderungen zu berücksichtigen, die Einmischung der lothringischen oder elsässischen, der spanischen oder österreichischen Angelegenheiten aber rundweg abzuweisen; während den Interessen des Kaisers und seiner Verbündeten nichts weniger entsprach, als eine Trennung dieser Fragen, als der vorzeitige Ausgleich der zwischen Frankreich und den Niederländern schwebenden Differenzen. Die Fortsetzung des Krieges, auch wenn derselbe zu keinem entscheidenden Erfolge führen sollte, musste dem österreichischen Herrscher ungleich zweckmässiger erscheinen, als der Abschluss eines französisch-staatischen Vertrages, dessen Folge für den Kaiser die Fortführung des Kampfes ohne die Unterstützung der Generalstaaten sein musste. Auf das dringendste wurde daher Lisola, von dessen Thatkraft man so viele Proben hatte, aufgefordert, den Verbündeten die Nothwenigkeit eines geschlossenen, einigen Vorgehens klar zu machen und eher für den Abbruch der Verhandlungen als für eine getrennte Erörterung der strittigen Fragen zu stimmen.[2] Lisola befand sich zur Zeit, da er diese Weisung seiner Regierung erhielt, noch nicht in Köln. Er hatte, wie wir wissen, damals noch im Haag und in Brüssel zu thun, um jene Verträge zu Stande zu bringen, die das bezweckten, was Leopold I. wünschte. Durch den Abschluss der Allianzen mit Oesterreich, Spanien und Lothringen sollten die Niederländer ausser Stande gesetzt werden, ohne Wissen und Willen der Verbündeten mit den Franzosen abzuschliessen. Und wenn auch Lisola weit davon entfernt war, Verträgen unbedingten Werth beizumessen, wenngleich er keinen Augenblick darüber im Unklaren war, dass die Niederländer sich den eingegangenen Verpflichtungen ungeachtet mit Frankreich einigen würden, wenn ihr In-

[1] Vergl. Ennen l. c. 304 ff.; Klopp l. c. I. 338.

[2] Weisung vom 15. Juli 1673. St.-A. (Holl.)

teresse es erfordern sollte, so hoffte er doch, dass nach dem Abschlusse dieser Verträge den Generalstaaten die Fortführung des Krieges wünschenswerth erscheinen werde und dies umsomehr, als Ludwig XIV., obgleich er den Frieden mit den Niederländern wünschte, an diese in Köln mit Forderungen herantrat, die selbst ein so entschiedener Anhänger der Friedensidee, wie Beverning war, als unerfüllbare bezeichnen musste.[1] Tot, der im Namen des Schwedenkönigs die Vermittelung zwischen Franzosen und Niederländern übernommen hatte, begab sich zu Beginn des Monates Juli in's Lager vor Mastricht, wo Ludwig XIV. und Louvois weilten. Es gelang ihm auch, den Franzosenkönig, dem an der Trennung der Verbündeten sehr gelegen war, zur Herabminderung seiner Forderungen zu vermögen. Unterdess hatten die übrigen Vertreter der Schweden mit gleichem Erfolge bei den Engländern gewirkt. Zufriedengestellt wurden die staatischen Deputirten zwar durch die neuen ermässigten Forderungen der Franzosen und der Engländer nicht, allein so viel glaubten sie doch erreicht zu haben, um Beverning mit den Friedensanträgen nach dem Haag senden zu dürfen. Es wurde bereits erwähnt, wie gefährlich die Reise des staatischen Gesandten Lisola schien, wie unermüdlich er war, dessen Friedenspläne zu durchkreuzen, allen einflussreichen Persönlichkeiten im Haag die Nothwendigkeit des Festhaltens an der bislang befolgten Politik klar zu machen. Seinem Bemühen wird es denn auch nicht in letzter Linie zugeschrieben werden müssen, dass die Antwort der Generalstaaten auf die Erklärungen der Mediatoren dahin lautete: Sie seien zum Friedensschlusse bereit, falls die Franzosen sich zur Rückgabe alles eroberten Gebietes entschliessen sollten, wenn seitens der Niederländer Mastricht, die Grafschaft Zütphen und die Stadt Hulst an die Spanier und von diesen als Aequivalent einige Städte in Artois an Frankreich abgetreten würden.[2] Den Engländern aber wurde lediglich Satisfaction für die Flagge, keine Kriegsentschädigung, keine Hafenabtretung, dem Kurfürsten von Köln Rheinberg, dem Bischofe von Münster gar nichts angeboten. Die Franzosen und die Engländer zeigten sich entrüstet über die Erklärungen der Generalstaaten; die vermittelnden Schweden betonten den Undank der Niederländer, der aus ihrer Antwort hervorleuchte und forderten die staatischen Deputirten auf, die neuen, ermässigten Ansprüche der Franzosen und

[1] Vergl. Mignet l. c. IV. 144 ff.
[2] Mignet l. c. 160 f.

Engländer gutzuheissen und mit Zugrundelegung derselben den allerseits sehnlichst erwarteten Frieden zu schliessen. Es geschah in diesen ereignissreichen Tagen, dass Lisola, der ausdrücklichen Weisung der Wiener Regierung Folge leistend, den Ort seiner neuen Bestimmung erreichte. Grosse Hoffnungen auf eine erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer friedlichen Vereinbarung brachte er nicht mit; was er in Köln zu erreichen wünschte, war, den Nachweis zu führen, dass Frankreich nicht an einen allgemeinen Frieden denke. Er hatte aus dieser seiner Absicht auch dem Wiener Hofe gegenüber kein Hehl gemacht, vielmehr rückhaltslos die Vereitelung jeder Machterweiterung Frankreichs und die Auflösung des Congresses als das wahre Ziel seiner Thätigkeit bezeichnet. Wie so oft entsprach aber auch diesmal das Vorgehen Lisola's nicht in allen Stücken den Wünschen seiner Regierung. Dieselbe war im Principe für den Fortbestand des Congresses, sie glaubte auf demselben die österreichischen Interessen wahren zu können und wünschte unter allen Umständen zu vermeiden, dass Leopold I. als der Störer des Congresses und der Herstellung eines dauernden Friedens angesehen werde. Die Erklärungen Lisola's erregten daher die Besorgniss des Wiener Hofes und führten dahin, dass ihm zu wiederholten Malen der Befehl zuging, alles zu vermeiden, was den Gegnern Oesterreichs Anlass geben könnte, auch nur mit einem Scheine von Berechtigung den Vorwurf gegen den Kaiser zu erheben, er habe die Fortführung der Verhandlungen, die den Frieden bezweckten, unmöglich gemacht.[1]

Es war eigentlich unnöthig, Lisola darauf aufmerksam zu machen: er kannte die Gesinnung des Kaisers und seiner Umgebung und wusste, dass scharfe Maassnahmen nicht nach ihrem Geschmacke waren. Seine Lage wurde aber durch diese fortwährenden Ermahnungen des Kaisers eine überaus schwierige. Im Interesse der allgemeinen Idee, die er vertrat, hielt er die Auflösung des Congresses für unbedingt nothwendig,[2] denn er war fest davon überzeugt, dass die Reichsstände, aus Furcht vor dem übermächtigen Franzosenkönige, ihre Neutralität solange nicht aufgeben und der Partei des Kaisers nicht beitreten würden, solange Frankreichs Vertreter in Köln und die französischen Truppen in der Nähe dieser Stadt weilten.

[1] Weisungen vom 16. und 27. Sept. 1673. St.-A.

[2] In der entschiedensten Weise vertritt er diesen Standpunkt auch in der Flugschrift „Sauce au Verjus" p. 61 ff.

Und ebenso klar war es ihm, dass die Fortdauer des Congresses, auf dem der Vertreter des englischen Königs mit jenem Frankreichs Hand in Hand ging, der im Interesse der allgemeinen Sache erwünschten Einigung der Niederländer mit den Engländern nur hinderlich sein konnte. Dazu kam, um seine Stellung zu erschweren, dass ihm eine genügende Vollmacht in die Verhandlungen einzugreifen fehlte, da der Wiener Hof auch in diesem Falle, um Vorwürfen aus dem Wege zu gehen, eine möglichst passive Haltung seines Vertreters wünschte. Trotzdem hat Lisola, sobald er in Köln angelangt war, die Leitung der Geschäfte in die Hand genommen und nichts spricht mehr für seine Bedeutung, als die Thatsache, dass die Franzosen in ihm, von dem Augenblicke an, da er in Köln weilte, den Urheber aller gegen sie gerichteten Pläne vermutheten. Und darin hatten sie so Unrecht nicht. Bedürfte es noch eines Beweises, wie gross seine Befähigung war, Mittel zu ersinnen, um ein von ihm erstrebtes Ziel ohne sichtbare Ueberschreitung der ihm von seiner Regierung vorgeschriebenen Thätigkeit, zu erreichen, so würde man denselben in der Art und Weise finden können, wie er die Pläne der Franzosen zu durchkreuzen, die Auflösung des Congresses vorzubereiten verstand, ohne den Kaiser irgendwie zu compromittiren. Er fand, als er in Köln anlangte, die beiden grossen Parteien im heftigsten Kampfe. Die Franzosen drängten die Vertreter der Generalstaaten, einen Seperatfrieden zu schliessen und die schwedischen Vermittler wurden nicht müde, sie darin zu unterstützen, der spanische Gesandte forderte dagegen unablässig und in der bestimmtesten Form den sofortigen Abbruch der Verhandlungen. Das erstere zu verhindern hielt sich Lisola im Interesse der grossen Idee für verpflichtet, die er vertrat, dagegen glaubte er die Forderung Lira's mit Rücksicht auf die Weisungen seiner Regierung nicht unterstützen zu dürfen. Es galt also, um keine der Parteien zu verletzen und doch das ersehnte Ziel zu erreichen, die Niederländer zu Forderungen an Ludwig XIV. zu vermögen, an deren Gutheissung seitens der Franzosen nicht zu denken war. Lisola war keinen Augenblick um solche verlegen. Er wusste, wie viel dem Könige von Frankreich an dem Besitze Lothringens gelegen war und er kannte den Stolz Ludwig XIV. viel zu gut, um nicht zu wissen, dass dieser sich auf das entschiedenste weigern werde, mit dem vertriebenen lothringischen Fürsten, der es verschmäht hatte, die Gnade des grossen Königs anzurufen, direct zu verhandeln. Er wies

daher in seinen Unterredungen mit den schwedischen Deputirten das Begehren eines Waffenstillstandes entschieden zurück, betonte aber die Geneigtheit des Kaisers den Frieden zugleich mit seinen Verbündeten zu schliessen und veranlasste die Generalstaaten als eine conditio sine qua non die Zulassung der Vertreter des Herzogs von Lothringen — als ihres Verbündeten — zu den Verhandlungen zu fordern.[1] Sein Plan gelang. Die Gesandten der Generalstaaten gaben — durch die Bestimmungen der Haager Tractate gebunden — ihre Einwilligung und in ihrem Namen verfasste Lisola die Denkschrift, durch die den schwedischen Vermittlern kundgethan wurde, dass die Niederländer nur mit ihren Verbündeten, zu denen auch der Lothringer zu rechnen sei, in weitere Verhandlungen mit den Franzosen eintreten könnten.[2] Damit war der Plan der Franzosen gescheitert, die Generalstaaten zu einem Separatvertrage zu vermögen. Vergebens suchten die schwedischen Vermittler die Niederländer zur Rücknahme dieser Forderung zu vermögen, vergebens versuchte Ehrenstein durch Schmeicheleien und Drohungen auf Lisola zu wirken, vergebens schlug er den Ausweg vor, man möge fordern, dass Ludwig XIV. die lothringische Angelegenheit unmittelbar nach Erledigung der übrigen beilege, indem er sich verpflichte über dieselbe durch Vermittelung der Kurfürsten von Mainz und Baiern verhandeln zu lassen und, falls in sechs Monaten eine Einigung nicht erzielt sein sollte, Schiedsrichtern die endgiltige Entscheidung zu überlassen, die dann Aufnahme finden sollte in den mit den Niederländern und deren Verbündeten zu schliessenden Vertrag. Von Lisola ununterbrochen gedrängt und an die Bestimmungen der Haager Verträge gebunden, erklärten

[1] Berichte Lisola's vom Sept. und Oct. 1673. St.-A. (Holl.), vergl. auch Sauce au Verjus. 62 f.

[2] Berichte Lisola's vom 9. und 12. Oct. und eine Relation, die sich im Wiener Staatsarchive vorfindet, und vermuthlich mit vielen anderen Acten aus dem Besitze eines spanischen Gesandten in Brüssel nach Wien gekommen ist. Der Titel dieser ausführlichen Relation über die in Köln geführten Verhandlungen lautet: Rélation de tout ce qui s'est passé au Congres établis a Cologne pour la Paix generale, depuis le commencement du mois de Juillet 1673 iusqu'au 16. Avril 1674 jour du depart des ambassadeurs de France. Verfasst von Lyra und Oudenhofens den spanischen Deputirten. Bd. VI der Sammlung. Pufendorf in seiner Finalrelation, Helbig l. c. 35, meint, „es kam auch der Einwurf mit Lothringen bloss darum für den Tag, damit man der Welt die Augen verkleistern und die Schuld des interrumpierten Tractats auf Frankreich wälzen könnte."

die Niederländer von ihren Forderungen nicht abstehen zu können und veranlassten ihre Vertreter, die immer erneuerten Anträge der schwedischen Vermittler entschieden abzulehnen.[1] Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass nicht Lisola's Mahnungen allein die niederländischen Staatsmänner bewogen haben, an den eingegangenen Verpflichtungen festzuhalten, dass es vielmehr in erster Linie die glänzenden Erfolge Montecuccoli's im Felde waren, welche die Niederländer veranlassten, der Alliirten in Köln zu gedenken. Es kann nicht unsere Aufgabe sein in diesem Zusammenhange den glänzenden Feldzug der verbündeten Truppen im Jahre 1673 zu schildern. Nur in wie weit Lisola auf die Entscheidungen im Felde, in wie weit diese wieder auf den Gang der diplomatischen Verhandlungen eingewirkt haben, möge in kurzem zu erörtern gestattet sein. Auch für das Jahr 1673 hatte Lisola einen möglichst energisch geführten Offensivkrieg als unerlässliche Bedingung einer günstigen Austragung der grossen Streitfrage bezeichnet, die damals die ganze Welt in Bewegung setzte und deren Lösung für die weitere Entwickelung der europäischen Staatengeschichte von so ausschlaggebender Bedeutung werden musste. Auch in diesem Jahre hatte er unablässig nach allen Seiten hin dieser seiner Ansicht Ausdruck verliehen und sich weder durch die ablehnende Haltung des Wiener Hofes, noch durch die Bedenken seiner Freunde — auch Montecuccoli's — irren lassen, die an der Durchführbarkeit seines Planes zweifelten. Und wenn auch nicht am Kaiserhofe, wenn auch nicht unter den österreichischen Generälen, so fand Lisola wenigstens unter den Verbündeten einen Mann, der die Bedeutung seiner Rathschläge vollauf würdigte, der einer Ansicht mit ihm war und den Muth besass, für diese Ansicht mit der ganzen Autorität, über die er verfügte, einzutreten. Mit aufrichtiger Freude berichtet Lisola von dem Entgegenkommen des Prinzen Wilhelm von Oranien, von dem jugendlichen Feuer, das ihn beseele, für das grosse Werk einzutreten, von der Bereitwilligkeit, mit der er auf den Plan eines Offensivkrieges eingegangen sei. Als dann Leopold I. sich nach langem Zögern entschloss, seinen Truppen den Marschbefehl in's Reich zu geben, kannte die Freude Lisola's keine Grenzen. Er sah in seinem Geiste die kaiserlichen Truppen bereits den Rhein überschreiten und zur selben Zeit den Marsch nach Paris antreten, da

[1] Lisola's Bericht vom 9. Oct. 1673. St.-A. (Holl.)

die vereinigten niederländisch-spanischen Truppen in Frankreich einrückten, während der Lothringer, durch das ihm geraubte, jetzt wiedergewonnene Gebiet den Uebergang nach Frankreich vollzog, die spanische Armee von Katalonien aus in Frankreich eindrang und die niederländische Flotte den französischen Kriegshäfen Schaden über Schaden zufügte. Diese weitgehenden Pläne, von denen er gelegentlich einem oder dem anderen seiner Freunde Mittheilung machte, hinderten Lisola aber nicht auf das naheliegende zu achten. Auf das eifrigste war er vor allem darauf bedacht, einer neuerlichen Täuschung der kaiserlichen Heerführer über die Absichten Turenne's vorzubeugen. „Turenne, schrieb er, wird in diesem Jahre ebenso vorgehen, wie im verflossenen; nämlich unser Heer zurückhalten und schwächen und ermüden, was unter allen Umständen vermieden werden muss, weil dies uns nachtheiliger sein würde, als eine verlorene Schlacht."

Was er mit diesen Mahnungen bezweckte, erreichte er freilich nicht; Montecuccoli blieb dabei, mehr durch geschicktes Manövriren als durch entscheidende Schlachten den Feldzug zu seinen Gunsten zu entscheiden und wollte von einem Zuge aller Armeen in das Herz Frankreichs ebensowenig wissen, als die Wiener Regierung. Trotzdem war Lisola voll des Lobes über die Leistungen Montecuccoli's, der dem kaiserlichen Heere alsbald Ansehen und Achtung zu verschaffen wusste und auf das unzweideutigste zeigte, dass die Fehler, die im Vorjahre begangen worden, nicht ihm, sondern der Wiener Regierung zuzuschreiben waren, der zu gehorchen er sich verpflichtet gefühlt hatte. In wie weit Lisola auf die Entschliessungen Montecuccoli's und dadurch auf den Gang des Krieges Einfluss genommen hat, wird schwer festzustellen sein; gewiss ist aber, dass es seiner vermittelnden Thätigkeit in erster Linie zu danken war, dass die so lange geplante Vereinigung der kaiserlichen Truppen mit denen der Niederländer und der Spanier wirklich erfolgte und dass er durch die Mittheilung einer Fülle wichtiger Nachrichten dem kaiserlichen Generale manchen werthvollen Dienst geleistet hat. Für die Schätzung Lisola's seitens Montecuccoli's spricht aber nichts mehr, als die Thatsache, dass der kaiserliche Feldherr, der Widerspruch und Rathschläge in militärischen Dingen sonst nicht vertrug, die Pläne seines Freundes reiflich erwogen und in manchen Stücken sich Lisola's Ansichten gefügt hat. Die Hoffnungen des Letzteren schienen in Erfüllung zu gehen. Das kaiser-

liche Heer stand gegen Ende des Jahres nach einem glänzenden Feldzuge bereit, mit den Verbündeten gemeinsam den entscheidenden Schlag gegen den gewaltigen Gegner zu führen. Aber auch diesmal sollte dem vielgeprüften Manne der Schmerz nicht erspart bleiben, nahe am Erfolge sein Werk scheitern zu sehen. Wenige Tage nach der Einnahme von Bonn war Lisola in Begleitung des spanischen Gesandten bei Montecuccoli erschienen, um dessen Ansichten über die Fortsetzung des Winterfeldzuges zu vernehmen. Zu einem Offensivkampfe war der kaiserliche Feldherr auch jetzt nicht zu bewegen; im übrigen aber zeigte er den festen Willen, alles zu thun, um der Sache der Verbündeten zum Siege zu verhelfen.[1] Um so grösser war das Staunen Lisola's, als er kurz nach seiner Rückkehr nach Köln die Nachricht empfing, dass Montecuccoli den Oberbefehl niederlegen wolle. An Krankheit, die Montecuccoli vorschützte, glaubte er nicht; er ahnte sogleich, dass hier andere Dinge mitspielen müssten. „Obstupui steterantque comae et vox faucibus haesit," schrieb er unter dem ersten Eindrucke dieses Ereignisses, das ihm verhängnissvoller dünkte, als eine verlorene Schlacht.

„Guter Gott, wohin soll das führen; in der Mitte der Siegeslaufbahn, bei der Entscheidung der Geschäfte, bevor die Winterquartiere festgestellt sind, verlässt der Schiffer, von dem unser aller Heil abhing, dem die Leitung zufiel, das Schiff; in dem Augenblicke, wo die Franzosen die letzten Versuche machen, alle ihre Kräfte vereinigen, die in Holland und in anderen Orten zerstreut sind, um die letzten verzweifelten Anstrengungen gegen uns zu machen."[2]

Aber nicht nur den schweren Verlust einer einheitlichen Führung fürchtete Lisola durch Montecuccoli's Abgang; er hörte schon im Voraus das Freudengeschrei der Franzosen, das Jauchzen ihrer Genossen über die Uneinigkeit im Lager der Verbündeten, über die Thoren, die sich in dem Augenblicke, wo der Sieg bereits der ihre schien, um den Erfolg brachten. Wenn Montecuccoli wenigstens im Lager blieb, dann war zu hoffen, dass sein Name die Feinde schrecken, die Truppen, die unter ihm gedient hatten, beruhigen werde. „So aber wird der Muth der Soldaten sinken, die Disciplin im Heere gelockert werden; die Feinde werden wieder Hoffnung fassen." Und um so grösser war die Angst, die sich Lisola's bemächtigte, als er Niemanden

[1] Bericht Lisola's vom 7. December 1673. St.-A. (Holl.)
[2] Bericht Lisola's vom 23. Nov. 1673. St.-A. (Holl.)

kannte, den er für fähig gehalten hätte, Montecuccoli's Stellung ganz auszufüllen. Seine Voraussicht bewährte sich auch in diesem Falle. Die Folgen des Abganges Montecuccoli's zeigten sich alsbald. Im Lager der Verbündeten stellte sich Uneinigkeit ein; das Vertrauen der Soldaten schwand; der Muth der Feinde wuchs. Die Vertreter Frankreichs in Köln traten entschiedener auf, die Niederländer wurden schwankend, die Vorwürfe über des Kaisers Verhalten mehrten sich. Am verhängnissvollsten erwies sich aber der Einfluss dieses Ereignisses auf die deutschen Fürsten, mit denen Lisola seit seiner Ankunft in Köln verhandelt hatte, um sie zum Anschlusse an das Reichsoberhaupt zu vermögen. Dem kaiserlichen Gesandten war die Unzufriedenheit der deutschen Anhänger Ludwig XIV. nicht entgangen. Schon in einer Zeit, da der Kurfürst von Köln und der Bischof von Münster noch an allen Höfen Europa's als entschiedene Vertreter der französischen Pläne galten, hatte Lisola die Möglichkeit betont, diese Fürsten zur Umkehr zu bewegen. Wiederholte Versuche, die er auf eigene Faust unternommen hatte, waren allerdings gescheitert, aber nicht aus principiellen Gründen, sondern vornehmlich an der Opposition der maassgebenden Räthe der beiden Fürsten und an der Weigerung der Niederländer, die geforderten Zugeständnisse zu machen. In der Zeit, da Lisola in Köln erschien, hatte die Unzufriedenheit dieser beiden Fürsten einen ausserordentlich hohen Grad erreicht. Zumal Christoph Bernhard von Galen, der ehrgeizige Bischof von Münster, grollte Ludwig XIV., und wenn er auch seinem Zorne Ausdruck zu verleihen nicht wagte, wenn er auch in Köln Hand in Hand mit den Franzosen ging, so hinderte dies nicht, dass er insgeheim mit Lisola über die Bedingungen eines Separatvergleiches mit seinen bisherigen Gegnern berathen liess. Schon Ende October 1673 trat Schmising an Lisola mit der Mittheilung heran, sein Herr sei bereit, unter gewissen Bedingungen einen Waffenstillstand mit den Generalstaaten zu schliessen und dem Kaiser die Versicherung zu geben, an keiner gegen ihn gerichteten Action theilzunehmen.[1]

Lisola hatte damals noch kein rechtes Vertrauen in die Aufrichtigkeit dieser Erklärungen;[2] auch war ihm das, was der Bischof

[1] Bericht Lisola's vom 26. Oct 1673. St.-A.

[2] In der wohl von Lisola verfassten Schrift „Appel de l'Angleterre touchant la secrete cabale ou assemblée a Withall" etc. 1673 heisst es p. 64 vom Bischofe von Münster: „L'Evesque de Münster comme tout le monde sçait et que nous l'avons

von Münster anbot, nicht genug; er hoffte nach einem neuerlichen Siege der kaiserlichen Waffen den Bischof zum offenen Bruche mit Frankreich und zum festen, dauernden Anschlusse an den Kaiser zu vermögen. Deshalb erklärte er Schmising, an einen Waffenstillstand sei nicht zu denken; nur ein offenes Bekenntniss des begangenen Unrechtes und ein rückhaltsloser Anschluss an den Kaiser könnten diesen bewegen, für den Bischof von Münster bei den Niederländern einzutreten, ihm annehmbare Friedensbedingungen auszuwirken. Auch darauf einzugehen, zeigte sich Christoph Bernhard, durch die Verhältnisse gedrängt, bereit. Zu Beginn des Monates November 1673 wurden Lisola die Bedingungen bekannt gegeben, unter denen der Bischof sich mit den Niederländern aussöhnen wolle. Was Christoph Bernhard forderte war freilich nicht wenig. Freie Religionsübung für die Katholiken in den Orten, die er in Besitz genommen hatte und nun zurückgeben sollte und die Uebergabe mehrerer Herrschaften, wie Borkelo's und anderer, sowie der Festung Zwolle. Lisola kannte die Stimmung im Haag; er wusste, dass man daselbst an keine Gebietsabtretung, höchstens an eine Geldabfindung denke. Nichtsdestoweniger wendete er sich an Beverning und beauftragte Kramprich, mit den leitenden Persönlichkeiten im Haag zu verhandeln. Die Antwort liess lange auf sich warten; als sie endlich kam, befriedigte sie weder Lisola noch den Bischof. Keine Gebietsabtretung und die Erlegung von nur 40000 Gulden nach erfolgtem Abzuge der münsterischen Truppen aus den besetzten Orten, das war alles, was die Niederländer boten.

Auf solche Bedingungen hin wollte Christoph Bernhard nicht abschliessen und sein Widerstreben wuchs, als die Kunde von dem Wechsel in dem Commando des kaiserlichen Heeres eintraf. Die Verhandlungen wurden für's erste abgebrochen.

Und ebenso vergeblich bemühte sich Lisola, den Kurfürsten von Köln zu einem endgiltigen Vergleiche mit dem Kaiser zu vermögen. Es waren besondere Schwierigkeiten, mit denen Lisola in

---

experimenté nous mêmes, fait tout pour argent et est si honnête, qu'il n'a point de honte de s'en glorifier. Il n'est en possession que durant sa vie, et n'a pour interest que ce qui remplit ses coffres. La Monarchie universelle ne supprimera point une grande authorité de ses parens: Mais de mourir riche en argent c'est l'unique principeauté qu'il leur peut laisser en heritage et veu aussi que ses sujets d'apresent sont déjà ruinés, il ne cherche que d'amasser des Thresors pour ses heritiers."

diesem Falle zu kämpfen hatte. Maximilian Heinrich selbst war zwar einem Ausgleiche mit Leopold I. durchaus nicht abgeneigt und die grossen Erfolge der kaiserlichen Waffen im Herbste 1673 trugen nur dazu bei, ihn in diesem Vorsatze zu bestärken. Allein ihn hinderten an einem raschen Wechsel der Politik mehr noch als den Bischof von Münster die Lage seines Besitzes und die mit Ludwig XIV. geschlossenen Verträge. Dazu kam, dass Maximilian Heinrich, seitdem er vor den heranziehenden Truppen der Verbündeten nach Köln geflüchtet war, im Pantaleonsstift sich verbarg,[1] sorgsam behütet von dem fürstenbergischen Brüderpaare, dessen Streben schon im eigenen Interesse dahin gerichtet war, Maximilian Heinrichs Verbindung mit den Franzosen aufrecht zu erhalten. Gegen diese beiden mächtigen Männer, insbesondere gegen Wilhelm Fürstenberg, der energischer als sein Bruder die Sache der Franzosen vertrat, musste Lisola kämpfen, wenn er sein Ziel erreichen wollte. Es entbehrt gewiss nicht des höchsten Interesses, das Ringen dieser beiden hochbegabten Männer um die Uebermacht zu verfolgen. Sie gehörten beide zu den erfahrensten Diplomaten ihrer Zeit, waren beide wohlbewandert in allen Künsten ihres Berufes, Meister der Intrigue, ausgezeichnete Kenner geheimer Wege. Sie hatten sich auch bereits zu wiederholten Malen als Feinde gegenübergestanden, sich mit der Feder auf das heftigste bekämpft, ohne äusserlich die Grenzen kühler Höflichkeit zu überschreiten. Jetzt trat an Lisola die Aufgabe heran, dem listigen Fürstenberger den Meister zu zeigen. Auf geheimen Wegen gelang es ihm, dem Kurfürsten Mittheilung von seinen Plänen zukommen zu lassen und um eine Unterredung unter vier Augen zu bitten.[2] Maximilian Heinrich giebt seine Einwilligung; die Begegnung findet statt. Aber Wilhelm Fürstenberg hat gleichfalls gute Verbindungen. Er erfährt, was geschehen, eilt zum Kurfürsten und nimmt ihm das Versprechen ab, mit Lisola nicht wieder zu verhandeln. Trotzdem fürchtet er bei dem Wankelmuthe seines Herrn eine neuerliche Unterredung. Um eine solche zu erschweren, ersinnt er den Plan einer Uebersiedelung des Kurfürsten, und weiss diesem klar zu machen, dass er in Köln nicht sicher sei. Um seiner Behauptung grösseren Nachdruck zu verleihen, lässt er in der Nähe der kurfürstlichen Behausung Bomben werfen.

[1] Ennen l. c. 319.

[2] Mittelspersonen waren der Beichtvater des Kurfürsten und ein Graf Königsegg, der Bruder des Reichsvicekanzlers.

Der erschreckte Kurfürst willigt in die Uebersiedelung; die Fürstenberger triumphiren. Aber schon hat Lisola Kunde von dem geplanten Unternehmen erhalten. Sofort eilt er zum Magistrat und bewegt diesen, eine Deputation an Maximilian Heinrich zu senden, die für des Kurfürsten Sicherheit Garantie leistet, Fürstenbergs Erklärungen als lügenhafte erweist und ein weiteres Verbleiben des Kurfürsten in Köln dringend fordert. Es gelingt, Maximilian Heinrich zu beruhigen, er erklärt sich bereit, in Köln zu bleiben.

Aber auch auf anderem Gebiete hatte der Kampf der beiden Männer bereits begonnen.

Lisola hatte in Erfahrung gebracht, dass Franz Egon von Fürstenberg nicht mehr so eifrig als früher die Interessen der Franzosen vertrete, dass ihm die Bundesgenossenschaft mit dem mächtigen Ludwig XIV. ein gewisses Grauen einflösse, dass er seinem Bruder Wilhelm in einem Augenblicke tiefer Erregung die Worte zugerufen habe:

„Mein Bruder, man handelt schlecht mit uns; es wird unglücklich enden; was glaubst du, sollen wir thun? Aber denke daran, dass wir Fürsten des Reiches sind."

Und je glänzendere Erfolge die Verbündeten errangen, je näher ihre Truppen heranrückten, desto deutlicher wurden die Anzeichen, dass Franz Egon nach einem Auswege, nach einer Vereinbarung mit dem Kaiser für sich und für seinen Herrn suchte. Schon lässt er bei Lisola anfragen, ob ein Ausgleich wirklich ausgeschlossen sei; er beruft den Baron Plittersdorf zu sich und bittet um Schonung des Erzstiftes. Lisola weist seine Anträge nicht schroff zurück; er betont, dass der Kaiser in seiner weithin bekannten Güte nicht den Tod, sondern die Bekehrung der Sünder wünsche. Das Erzstift zu retten, gebe es nur ein Mittel: die Lossagung des Kurfürsten von Frankreich und Sicherung gegen eine Wiederholung dessen, was sich ereignet habe. Auf dieser Grundlage begannen die Verhandlungen, die Plittersdorf vermittelte. Franz Egon forderte genaue Angabe der Bedingungen. Lisola entwarf ein Project, in dem er — mit der Nothwendigkeit eines Nachlasses rechnend — völlige Unterwerfung des Kurfürsten, Lossagung von Frankreich und offenen Anschluss an den Kaiser, Uebergabe zweier befestigter Orte zum Pfande der Treue forderte; wogegen er im Namen Leopold I. Schonung des Erzstiftes, Uebergabe Rheinbergs und Erledigung der übrigen Streitfragen durch Schiedsrichter versprach. Aber auch hier trat ihm

Wilhelm Fürstenberg hinderlich in den Weg, der von den Umtrieben seines Bruders hörte und mit allen Mitteln auf ihn einzuwirken suchte. Als Plittersdorf mit den Erklärungen Lisola's zu Franz Egon kam, fand er bei ihm Wilhelm und die Vertreter der Franzosen. ihn selbst vollkommen vernichtet; kaum fähig, aufzufassen, was Plittersdorf ihm mittheilte. Er stotterte Entschuldigungen und sprach von geänderten Verhältnissen. In der That hatten die Franzosen mitgetheilt, dass Condé heranrücke, dass eine entscheidende Wendung im Kriege bevorstehe. Aber auch jetzt gab Lisola seine Bemühungen nicht auf.

Schon seit langem hatte er durch das Kölner Kapitel auf den Erzbischof Einfluss zu nehmen, schon seit langem in diesem Sinne die maassgebenden Personen zu bearbeiten gesucht. Aber erst der Anmarsch der oranischen Truppen, erst die Gefahr einer Plünderung verlieh seinen Worten Nachdruck. Jetzt kamen die Vertreter des Adels und des Kapitels mit der Bitte, sie zu retten, den Prinzen von Oranien zu vermögen, von Plünderung und Contribution abzustehen. Lisola lehnte es nicht ab, zu vermitteln, aber er stellte seinerseits Bedingungen. Er forderte von den Mitgliedern des Domkapitels eine schriftliche Erklärung, dass die Verträge des Kurfürsten mit Ludwig XIV. ohne ihr Wissen und ohne ihre Zustimmung geschlossen worden seien; nur in diesem Falle versprach er Sicherheit gegen jede Plünderung.[1]

Aber auch diesmal durchdringt der scharfsichtige, wachsame Fürstenberger das Geheimniss und sucht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Verlesung der Lisola'schen Erklärungen im Kapitel zu verhindern. Der Versuch misslingt; Lisola's Schrift wird verlesen, gebilligt und die Erwiderung derselben beschlossen. Aber soviel vermag der Fürstenberger doch durchzusetzen, dass die Antwort etwas unklar gehalten ist, eine Reihe von Gründen zur Rechtfertigung des Kurfürsten eingefügt werden. Im übrigen nehmen aber die Verhandlungen den erwünschten Fortgang. Montecuccoli, zu dem sich die Deputirten des Kapitels begeben, erklärt, er könne sich ganz auf Lisola verlassen, was dieser festsetze, werde er thun.[2] Darauf übergiebt der kaiserliche Gesandte ein Vertragsproject, mit

[1] Auf diese Dinge hat Lisola auch in seiner Flugschrift „Sauce au Verjus" p. 47 aufmerksam gemacht.

[2] Lisola's Bericht, 23. Nov. 1673. St.-A. (Holl.)

dem sich das Kapitel und der Kurfürst bis auf einen Punkt, den der Quartiere, einverstanden erklären. Wilhelm Fürstenberg wagt nicht offen zu widersprechen, aber im geheimen sucht er noch jetzt Lisola's Pläne zu durchkreuzen. Er räth Maximilian Heinrich eine kurze Verzögerung des Abschlusses; unterdess werde die erwartete französische Hilfe kommen. Um so lebhafter drängt Lisola zum Schlusse; er fordert von Montecuccoli Annahme einer Geldsumme statt der Quartiere, einen Provisionalvertrag bezüglich der Differenzen zwischen der Stadt und dem Kurfürsten von Köln und die Uebergabe Rheinbergs an Maximilian Heinrich. Seine vermittelnde Thätigkeit scheint von Erfolg begleitet; zu Beginn des Monates December 1673 ist der Vertrag fertiggestellt, die Unterzeichnung bevorstehend. Da trifft die Nachricht ein, dass Montecuccoli den Oberbefehl niedergelegt habe, dass die staatischen und spanischen Truppen zurückgegangen seien. Die Rückwirkung zeigt sich sogleich, der Fürstenberger fasst neuen Muth; es gelingt ihm, unterstützt von den Vertretern Ludwig XIV., die mit Versprechungen nicht sparen, Maximilian Heinrich umzustimmen. Unterdess waren auch zahlreiche Mitglieder des Domkapitels durch Geld und gute Worte für Fürstenbergs Pläne gewonnen worden; die übrigen, eingeschüchtert, wagten nicht zu widersprechen. Lisola verhehlte sich keineswegs, dass er besiegt sei, dass seine Bemühungen, das deutsche Reich gegen Frankreich zu einigen, vorerst gescheitert seien. Dass nicht er, sondern andere an diesem Unglücke die Schuld hatten, tröstete ihn wenig. Zu sehr lebte er der Idee, die er vertrat, um sich seiner Leistungen zu freuen, wenn dieselben durch das Hinzuthun anderer erfolglos blieben. Muthlos wurde er aber deshalb doch nicht; wenn nicht jetzt, hoffte er das nächste Mal an's Ziel zu kommen. Nur hielt er es für angezeigt, einige Zeit verstreichen zu lassen. Sein Aufenthalt in Köln erschien ihm daher unnütz, zumal die Friedensverhandlungen keinen Fortgang nahmen. Dagegen glaubte er an einem anderen Orte die Interessen seines Herrschers und der allgemeinen Sache vertreten zu können.

Seit dem Beginn des Jahres 1672 hatte er, wie wir wissen, ununterbrochen die ausserordentliche Bedeutung Lüttichs für den Krieg gegen Frankreich betont und mit der ihm eigenen Ausdauer, allen Schwierigkeiten zum Trotze, die Lütticher zum Anschlusse an den Kaiser zu vermögen gesucht. Seine Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Die Mehrzahl der maassgebenden Persönlichkeiten der

Stadt zeigte Geneigtheit, den Schutz des Kaisers anzurufen. Aber immer wieder war das Unternehmen an dem Widerstande der Wiener Regierung und an dem des spanischen Gouverneurs gescheitert, der, eifersüchtig auf den kaiserlichen Gesandten, dessen Pläne zu durchkreuzen verstand. Lisola konnte unter diesen Umständen nichts thun, als die Lütticher vom Anschlusse an Ludwig XIV. abhalten. Dies gelang ihm auch. Auf sein Zureden rüsteten sich dann die Lütticher im Laufe des Sommers 1673 zum Widerstande, als die Nachricht von dem Anzuge französischer Truppen zu ihnen drang, und besetzten, als sie die Kunde von dem Marsche der staatischen und spanischen Soldaten erhielten, die Stadt Tongre, nicht ohne den französischen Residenten von ihrem Vorhaben zu verständigen. Trotzdem wendeten sich die Franzosen gegen die Stadt und zwangen sie nach heftiger Gegenwehr zur Uebergabe.[1] Jetzt sendeten die Lütticher neuerdings an Lisola und baten um Unterstützung. Der kaiserliche Gesandte empfahl die Sache dem Gouverneur der spanischen Niederlande, Monterey; aber auch diesmal machte dieser seine Hilfeleistung von der Theilnahme der kaiserlichen Truppen abhängig. Bournonville aber — der kaiserliche Feldherr — weigerte sich, wohl wissend, wie wenig der Wiener Hof den Plan Lisola's billigte, auch nur einen Mann abzuschicken. So verfloss Woche auf Woche. Endlich erschien ein Bote Monterey's mit der Meldung, sein Herr beabsichtige, gegen Lüttich zu ziehen; Lisola möge sich sogleich zu ihm begeben. Lisola fand Zeit und Gelegenheit zu einem so gewagten Unternehmen ungünstig gewählt, zumal die Feinde in der Nähe der Stadt standen, sich daher auf die erste Nachricht von dem Marsche der spanischen Truppen mit aller Macht gegen dieselbe wenden konnten. Trotzdem säumte er keinen Augenblick, dem Wunsche Monterey's zu willfahren. Es war eine mühsame Reise für den alten, kranken Mann, mitten durch feindliches Land in eisiger Kälte. Aber das waren nicht Gründe, Lisola abzuhalten. Es war nicht leere Phrase, wenn er auf die ihm von allen Seiten zukommenden Berichte von den Nachstellungen der Franzosen, die, wie wir heute wissen, der Wahrheit entsprachen.[2]

[1] Ueber diese Dinge enthalten die vielleicht von Lisola herrührenden „Remarques sur le discours du Commandeur de Gremonville; fait au conseil d'Estat de sa Majesté Imperiale." A la Haye 1673. 75 f. einige interessante Mittheilungen, ebenso die Schrift Sauce au Verjus. Franz. Ausgabe 1674. 23 ff.

[2] In dieser Zeit erging der Befehl Louvois' sich Lisola's zu bemächtigen;

erwiderte, er glaube sich vom Schicksal ausersehen, den Kampf gegen den übermüthigen Franzosenkönig zu führen und fühle sich sicher im Schutze des Allerhöchsten. Es war wirklich der Glaube an seine Sendung, der ihn stärkte in den Stunden der Gefahr und in jenen schwereren des Verzweifelns an dem Gelingen seiner grossen Aufgabe. Doch traf er alle Vorsichtsmaassregeln, um seinen Feinden nicht in die Hände zu fallen. Er bestieg zu Köln ein Schiff, verliess dasselbe aber bald, um seine Feinde zu täuschen und setzte den Weg zu Lande fort. 100 Reiter folgten ihm als Begleitung; er mied die Hauptwege, suchte auf Nebenwegen sein Ziel zu erreichen. Er ritt die ganze Nacht und den folgenden Tag durch; endlich kam er in die Stadt, die Monterey für die Zusammenkunft bestimmt hatte. Das spanische Heer hatte dieselbe aber bereits verlassen und war nach Namur gezogen. Obgleich todtmüde, giebt Lisola dem Pferde sogleich die Sporen, reitet es zu Tode, erreicht aber noch in der Nacht Namur. Ein Eilbote wird an Monterey, der in einer der Vorstädte wohnt, abgesendet; Lisola erklärt seine Bereitwilligkeit, sogleich zu berathen. Die Antwort Monterey's lautet kühl; solche Eile thue nicht Noth. Am nächsten Morgen begiebt sich Lisola zu Monterey; er findet ihn inmitten seiner Genossen, spielend und scherzend. Der Gouverneur begrüsst den kaiserlichen Gesandten ausserordentlich herablassend; kein Wort der Anerkennung für seine Leistung, kein Wort des Dankes für seinen Eifer.

Er wird gegen den Feind rücken und in Kürze mit dem ganzen Heere vor Lüttich stehen, lautet seine Entschliessung; Lisola möge vorauseilen und die Stadt für die Annahme der spanischen Besatzung gewinnen. Damit verlässt er den Gesandten des Kaisers, ohne ihn auch nur eines Grusses zu würdigen. Dieser empfindet die ihm angethane Kränkung bitter, aber er verbeisst den Schmerz, schweigt und eilt nach Lüttich. In dem Hause eines gewissen Dans, eines gut kaiserlich gesinnten Mannes, kann Lisola zwei Tage verborgen bleiben. Hier vernimmt er, wie aufgeregt die Mehrzahl der Bürger ist, wie gross ihre Furcht vor den Franzosen, ihre Ge-

wenn er dabei umkomme, wäre es auch kein Unglück, „parceque c'est un homme, fort impertinent dans ses discours et qui emploie toute son industrie contre les intérets de la France avec un acharnement terrible." Haller, Franz von Lisola, ein österreichischer Staatsmann des XVII. Jahrhunderts. Preussische Jahrbücher 1892. 527.

neigtheit, sich dem Kaiser in die Arme zu werfen, falls die Truppen der Niederländer und der Spanier heranrücken und die Zugänge zur Stadt besetzen sollten. Lisola giebt sogleich Monterey Kunde von dem, was er erfahren hat und betont die Dringlichkeit eines Entschlusses. Er erhält keine Antwort; dagegen erscheint ein Bote Monterey's in der Stadt, mit der Anfrage, ob die Bürger bereit wären, sich in den Schutz der Spanier zu begeben.

Auf das entschiedenste weisen dies die von den Spaniern oft Gepeinigten zurück. Lisola aber nimmt nun die Sache in die Hand Er sucht beim Domkapitel um eine Audienz nach; sie wird ihm gewährt; er hält den Versammelten vor, was Leopold I. für sie bereits gethan habe, was er ferner zu thun willens sei; dann spricht er mit den massgebenden Räthen, jedem mit den zweckmässigsten Waffen begegnend; er verhandelt auch mit dem Magistrate, dessen Mitglieder von vorneherein in ihrer Mehrzahl seiner Ansicht sind. Auch das Domkapitel entschliesst sich officiell, die Hilfe des Kaisers anzurufen. Man einigt sich über die Bedingungen: Uebergabe der Orte an den Kaiser, die dieser zur Vertheidigung der Stadt für unentbehrlich hält; Ernährung der kaiserlichen Truppen seitens der Lütticher. Aber auch jetzt weigert sich Monterey, im Namen und zu Gunsten des Kaisers zu operiren. Lisola's Boten werden mit Hohn und Spott entlassen; der Rückzug nach Brüssel angetreten. Unter diesen Umständen war an einen offenen Bruch der Lütticher mit den Franzosen nicht zu denken. Alles, was Lisola erreichen konnte, war, dass die Bürger der Stadt sich zur Zahlung von 50000 Imperialen an den Kaiser innerhalb dreier Wochen bereit erklärten, falls es demselben gelingen sollte, die Niederländer und die Spanier zu dem Versprechen zu bewegen. 6 Wochen im Gebiete der Lütticher nicht zu plündern.[1]

Am Wiener Hofe hatte man die Entfernung Lisola's vom Congressorte nicht gerne gesehen; eine Erlaubniss, nach Lüttich zu reisen, hatte man ihm nicht ertheilt, die vollzogene Thatsache aber gutgeheissen. Mit Bangen erwartete man nun die Nachricht von seiner glücklichen Rückkehr nach Köln, denn man fürchtete seine Gefangennahme durch die Franzosen, oder seine Auslieferung an dieselben seitens der enttäuschten Lütticher. „Wechselnd ist der Geist eines Volkes, schrieb ihm Hocher, und nichts so un-

[1] Berichte Lisola's vom December 1673 bis Februar 1674, insbesondere der zusammenfassende Bericht vom 9. Februar 1674. St.-A. (Lisolaniana.)

beständig und wandelbar, als die Liebe des römischen Volkes.“ Der Angelegenheit selbst legte man übrigens in Wien viel weniger Gewicht bei, als Lisola. Man hatte daselbst in den Wochen, da Lisola in Lüttich weilte, ernste Berathungen über die Wiederaufnahme des Kampfes mit den Franzosen gepflogen. Nicht dass die grossen Erfolge, die Montecuccoli in wenigen Wochen davongetragen, den Friedensgedanken vollkommen verdrängt hätten. Leopold I. war auch in dieser Zeit fest entschlossen und gerne bereit, einen Dauer versprechenden Frieden mit den Franzosen einzugehen. In diesem Sinne äusserten sich seine Vertreter in Köln, seine Gesandten in Regensburg, in diesem Sinne wurde Pufendorf auf seine fortwährende Mahnung, den Waffenstillstand anzunehmen, erwidert;[1] in diesem Sinne beantwortete Leopold I. die Anfrage Karl XI. von Schweden,[2] an dessen Hofe im Herbste 1673 Graf Adolf Wratislaw Sternberg erschien, um ihn für die Idee eines allgemeinen, dauernden Friedens, oder für die eines energisch geführten Kampfes zu gewinnen.[3] Aber alles, was des Kaisers Vertreter von den verschiedensten Orten über die Gesinnung der Franzosen und über die ihrer Genossen berichteten, liess keine Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich zu, und was Sternberg aus Stockholm meldete, konnte nur dazu beitragen, die Ansicht jener zu bekräftigen, die an ehrliche Absichten der Vermittler nicht glauben wollten. Denn trotz aller Versicherungen friedlicher Gesinnung und der Neigung, mit dem Reichsoberhaupte gemeinsam vorzugehen, blieben die Schweden in ihrer nach langen Verhandlungen erfolgten Antwort auf die Anfragen Leopold I. dabei, „da der Kaiser diesen Krieg ohne Consens des Reiches oder der sieben Kurfürsten — im Widerspruch mit der Capitulation — vorgenommen, müsse Schweden vor einer Entscheidung die Meinung des

[1] Eingabe Pufendorfs vom 7. Sept.; Antwort 16/26. Sept. 1673. St.-A. (Suec); diese Schreiben wurden publicirt und oft z. B. im Diarium Europ. abgedruckt; vergl. auch die vermuthlich von Lisola verfasste Schrift „Entretiens sur les affaires du temps.“ Strassburg 1674, z. B. die bezeichnende Stelle p. 37 „Den Waffenstillstand acceptiren, ce seroit vrayment donner dans le piege des plus subtilement tendu et de toutes ces belles persuasions il n'en resulteroit autre effet, que d'avoir rendu la paix plus difficile, que l'Empereur et tous les confederez demandent avec tant d'empressement, puisque toutes leurs ligues et armemens n'ont pas d'autre intention.“

[2] Schreiben Karl XI. vom 6. September; Antwort des Kaisers vom 3. October 1673. St.-A. (Suec.)

[3] Instruction vom 7. Sept. 1673. St.-A. (Suec.)

Reiches kennen lernen, von welcher sich der König alsdann niemals eximiren werde"; im übrigen wiesen sie auf den alten Basserode'schen Vertrag hin, dessen Ratification noch immer nicht erfolgt sei, und stellten die Forderung, der Kaiser möge den Protestanten in Schlesien Religionsfreiheit gewähren.[1]

Und zu gleicher Zeit erfuhr Sternberg von dem Memoire, das Schwedens Vertreter in Regensburg zur Verlesung gebracht hatte, in dem auf das entschiedenste gegen die Politik des Kaisers Stellung genommen wurde, erfuhr er von dem Abschlusse des schwedisch-brandenburgischen Bündnisses, das — wenigstens nach Wunsch der Schweden — seine Spitze gegen den Kaiser kehren sollte. Man wird es unter solchen Umständen begreiflich finden, dass Sternberg den friedlichen Erklärungen einzelner Räthe und der Königin keinen Glauben beimaass und dem Kaiser gegen Ende des Jahres seine Ansicht dahin kundthat, Leopold werde von den Schweden keine Resolution oder eine ihm wenig zusagende erhalten; auch sei es gewiss, dass an einem Hofe, welcher so tief mit den Franzosen verstrickt sei, nichts ausgerichtet werden könne.[2]

Die Mittheilungen Sternbergs kamen dem Wiener Hofe nicht unerwartet. Man hatte daselbst Kunde von den Bestrebungen der Schweden, eine starke Partei zu bilden, die den Kaiser zu einem seinen Interessen durchaus nicht förderlichen Frieden zwingen sollte. man wusste, dass die schwedischen Staatsmänner seit langem bemüht waren, Brandenburg, Baiern, Pfalz-Neuburg, Hannover und andere Mächte für die Idee einer bewaffneten Neutralität, wie sie es nannten, zu gewinnen.[3] Es wäre daher dem Wiener Hofe auch nicht schwer geworden, den Schweden die Doppelzüngigkeit ihrer Erklärungen nachzuweisen. Allein man glaubte auch jetzt den Bruch mit ihnen vermeiden zu müssen. Daher wurde Sternberg noch zu Beginn des Jahres 1674 beauftragt, dem Könige und den Ministern in Stockholm die Versicherung zu geben, dass der Kaiser einen beständigen Universalfrieden zu schliessen keineswegs abgeneigt sei, „denn es ist weltkundig, dass wir bei diesem Kriege nichts zu gewinnen, sondern allein dies verlangen und suchen, dass all das-

[1] Bericht Sternbergs vom 23. Dec. 1673. St.-A. (Suec.)

[2] Sternberg an Leopold, 27. Dec. 1673. St.-A. (Suec.)

[3] Die Bestrebungen dieser Partei auf ihre wahren Gründe zurückzuführen, ist die Aufgabe der erwähnten Lisola'schen Schrift „Entretiens sur les affaires du temps." Strassburg 1674.

jenige, was von der Krone Frankreich dem römischen Reich und dessen Zugethanen gewaltthätig abgenommen worden, von dero nicht allein wiederum restituirt, sondern jeder bei demjenigen, was ihm vermöge instrumenti pacis von Rechts und Billigkeit wegen zusteht, ruhig gelassen werde." Allein in demselben Schriftstücke erklärte Leopold I. ebenso bestimmt, dass er sich von seinen Verbündeten nicht trennen und nur dann den Frieden schliessen wolle, wenn die Spanier und die Niederländer entsprechende Genugthuung empfangen sollten.[1] Wie wenig man aber am Wiener Hofe an die Möglichkeit glaubte die Schweden zu gewinnen, ist am besten daraus zu ersehen, dass man sich gerade damals die grösste Mühe gab, jenen Fürsten, der am geeignetesten war, Schwedens Eroberungsgelüsten entgegenzutreten, den König von Dänemark, für einen engeren Anschluss an die Gegner Frankreichs zu gewinnen. Verbündeter Leopolds war zwar der Dänenkönig bereits, er war ja Mitglied des Braunschweiger Bündnisses vom September 1672 und er hatte gleich den übrigen Unterzeichnern des Vertrages kein Bedenken getragen, im Jahre 1673 für die Erneuerung desselben zu stimmen.

Allein war nicht auch der Brandenburger Mitunterfertiger des Braunschweiger Bündnisses, und hatte ihn dies vielleicht abgehalten, seinen Frieden mit Ludwig XIV. zu machen und neuerdings den Vertrag mit Karl XI. abzuschliessen? Dazu kam, dass die Versuche der Generalstaaten, die Dänen zu gewinnen, noch nicht gelungen waren, da finanzielle Schwierigkeiten die Ratification des bereits geschlossenen Vertrages verzögerten, während Franzosen, Engländer und Schweden alles aufboten, die Dänen vom Anschlusse an ihre Gegner abzuhalten. Die hohe Bedeutung, die man am Wiener Hofe in der Erkenntniss all' dieser Thatsachen der Entscheidung Friedrich III. beimaass, erklärt denn auch die weitgehende Vollmacht, die der nach Kopenhagen reisende kaiserliche Gesandte mitbekam.

Graf Windischgrätz fand Friedrich III. und seine Räthe in einer dem Abschlusse eines Bündnisses mit dem Kaiser ungleich günstigeren Stimmung, als man in Wien vermuthet hatte. Alles Drängen der Franzosen, Engländer und Schweden, alle Anerbietungen, die von den Vertretern dieser Mächte den Dänen für das Einhalten der Neutralität gemacht wurden, vermochten den König und die Einsichtigen seiner Rathgeber nicht davon zu überzeugen, dass

[1] Leopold an Sternberg, 10. Jan. 1674. St.-A. (Suec.)

Dänemarks Interesse mit jenem Frankreichs übereinstimme. Wohl aber bewirkten die Drohungen der Schweden und Franzosen, dass Friedrich III. von der Aufnahme des clevischen in die zu garantirenden Verträge nichts wissen wollte und die Forderung des kaiserlichen Gesandten, Angriffe der Schweden auf Bremen zurückzuweisen,[1] als eine unerfüllbare bezeichnete. Es bedurfte auch in diesem Falle langer Unterhandlungen, bis man zu einer beide Theile halbwegs befriedigenden Einigung gelangte. Dieselbe fand ihren Ausdruck in dem Vertrage vom 26. Januar 1674, durch den sich Friedrich III. nicht nur zur Beobachtung aller durch das Braunschweiger Bündniss übernommenen Verpflichtungen, sondern auch zur Garantie des clevischen Friedens bereit erklärte; freilich nur unter der Voraussetzung, dass die Spanier der allgemeinen Sache treu bleiben und die Generalstaaten das, was sie den Dänen versprochen, auch halten würden.

Friedrich III. sollte mit 20000 Mann auf die Seite der Verbündeten treten, sobald die Einigung über die Subsidienfrage erfolgt sein werde, von der die Ratification der bereits im Jahre 1673 geschlossenen staatisch-dänischen Verträge abhing. Indem nun Leopold sich bereit erklärte, alles aufzubieten, um die Niederländer und die Spanier zur Gewährung der von Dänemark geforderten Subsidien zu bewegen, verstand sich Friedrich III. dazu, die dem Kaiser zu gewährende Unterstützung nicht erst von dem Zeitpunkte der Ratification des staatisch-dänischen, sondern von dem Tage der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages an beginnen zu lassen.[2] Diese Sicherung gegen etwaige sofortige Angriffe der Schweden war aber auch der einzige Vortheil, den dieser Vertrag vorerst dem Kaiser brachte. Im übrigen blieb dieses, wie das mit den Braunschweigern geplante Bündniss von problematischem Werthe, solange keine bestimmten Erklärungen der Generalstaaten und der Spanier bezüglich der Subsidien vorlagen. Von solchen war aber damals noch keine Rede. Vergebens bemühte sich Kramprich im Haag und die kaiserlichen Räte in Wien, die leitenden Staatsmänner der Niederlande von der Nothwendigkeit dieses Opfers zu überzeugen. Auf alle Vorschläge erfolgte als Antwort die Erklärung, man könne

[1] Der Kaiser hatte vornehmlich auf den Wunsch der Braunschweiger diese Bedingung gestellt.

[2] Berichte des Windischgrätz vom Januar 1674. St.-A. (Dan.) Der Vertrag ist gedruckt u. a. bei Du Mont l. c., VII. 251 f.

nicht leisten, was der Kaiser begehre, zumal dieser nicht das geringste zur Befriedigung der dänischen Forderungen beitragen wolle. Und noch viel schroffer lehnten die Spanier das Begehren des Kaisers ab. Wiederholt bekam Graf Harrach, der Nachfolger Pöttings, zu hören, man sei nicht dazu da, sich für das Reich zu opfern, der Kaiser thue selbst zu wenig für die allgemeine Sache. Dass dieser betheuerte, sein möglichstes gethan zu haben, und von Tag zu Tag mehr zu erfahren, wie wenig zu dem von ihm unternommenen schweren Kriege die spanischen und holländischen Subsidien ausreichten, half nichts.[1]

Dagegen gelang es dem Kaiser noch im Monate Januar einen Fürsten, der während des ganzen Verlaufes des Krieges eine dem Kaiser schädliche Neutralität beobachtet und dadurch den Franzosen wesentlich Vorschub geleistet hatte, ohne etwas anderes als schnöden Undank zu ernten, für die Sache der Verbündeten zu gewinnen. Durch die Lage seines Besitzes und durch die glänzenden Anerbietungen Ludwig XIV. verleitet, hatte Karl Ludwig von der Pfalz sich zu Beginn des Krieges zu einer Neutralität verpflichtet, die seiner Würde als Reichsfürst nicht entsprach und, wie er später zu seinem Schrecken wahrnehmen musste, auch seinem besonderen Interesse durchaus nicht förderlich war. Denn zu Beginn des Jahres 1673 trat Ludwig XIV. an Karl Ludwig mit der Forderung heran, Oppenheim durch französische Truppen besetzen zu lassen. Dass der Plälzer zögerte, die Bitte des mächtigen Königs zu erfüllen, der ja auch befehlen konnte, erzürnte Ludwig XIV., der von dem Schwiegervater seines Bruders unbedingten Gehorsam erwartet hatte. Er beschloss, den Verwandten härter zu züchtigen, als die ihm ferner Stehenden. Schon im Frühjahr 1673 bedrängte Turenne auf königlichen Befehl bei seinem Marsche gegen den Main hin den pfälzischen Bauer, zwang ihn zu Schanzarbeiten und plünderte das Land. Als sich Karl Ludwig darüber beschwerte, erwiderte Ludwig XIV. ganz gelassen mit dem Hinweise auf die Weigerung des Pfälzers an der Seite der Franzosen zu kämpfen. Karl Ludwig bebte vor Zorn, aber er wagte nicht, denselben zu zeigen, zumal er nicht wusste, ob er beim Kaiser auf Verzeihung würde rechnen können.

Auch in diesem Falle war es Lisola, der über die pfälzisch-

[1] Leopold an Harrach, 20. Febr. 1674. St.-A. (Hisp.)

französischen Conflicte genau orientirt, der Rückkehr des Pfälzers zum Reichsoberhaupte die Wege ebnen half. Er liess Karl Ludwig mittheilen, Leopold werde in seiner Güte ihm nicht weniger verzeihen, wie allen anderen. Noch zögerte der Pfälzer, eingedenk der neuen Bande, die ihn an Frankreich fesselten, als aber im Herbste des Jahres die französischen Truppen unter lächerlichem Vorgeben wochenlang in der Pfalz lagerten und plünderten, brandschatzten und sengten, und statt der geforderten Rechenschaft leere Ausreden erfolgten, da entschloss sich Karl Ludwig die ihm dargebotene Hand des Kaisers zu ergreifen.[1] Zu Ende des Jahres erschien sein Vertreter Seiler am Wiener Hofe mit einem Vertrage, der die Bedingungen enthielt, unter denen der Pfälzer seinen Uebertritt zu vollziehen dachte. Leopold I. empfing den Boten Karl Ludwigs mit offenen Armen.[2] In Kürze einigte man sich über die wichtigsten Punkte. Noch im Januar 1674 war der Anschluss Karl Ludwigs an den Kaiser vollzogen, im Hinblicke auf die Lage des pfälzischen Besitzes ein nicht zu unterschätzender Gewinn für die Kriegspläne der Verbündeten.

Noch bedeutungsvoller aber als der materielle war der moralische Erfolg dieses Bündnisses, denn für alle jene, die auf die Grossmuth Ludwig XIV. bauend, sich in dessen Arme geworfen hatten, konnte es keinen deutlicheren Wink geben, was sie zu thun hätten, als die Umkehr des Pfälzers, der die Weigerung, an den blutigen Thaten der Franzosen theilzunehmen, so hart hatte büssen müssen. Was hatte der Bischof von Münster und was der Kurfürst von Köln zu hoffen, wenn Ludwig XIV. mit dem Pfälzer, mit dem er doch verschwägert war, in dieser Weise verfuhr? Die Schreckenskunde von der neuerlichen Plünderung der Pfalz zu Beginn des Jahres 1674 liess keinen Zweifel darüber aufkommen, was ihnen bevorstand, wenn sie es wagen sollten, dem Machtworte des allgewaltigen Herrschers zu trotzen. Und was hatten sie denn zu erwarten,

[1] In der wohl von Lisola verfassten Schrift L'Apologiste refuté heisst es p. 50: „Mais sçavés-vous la maniere dont la France use avec toute la maison Palatine de mesme que l'Oiseau de proye qui ayant plumé de ses griffes le petit Oiseau, commence à le piccóter pour le manger et devorer ensuite.“ Vom Pfälzer selbst ging die Schrift aus „Relation des violences exercées an Palatinat, à la fin de l'année 1673 et au commencement de 1674.“ Cologne 1674.

[2] Memoriale Seilers vom 18. December 1673; Antwort des Kaisers vom 19. Januar 1674. St.-A. (Pal.)

wenn sie dem Franzosenkönige treu blieben; was anderes als vollkommene Unterwerfung unter den Willen des überlegenen Nachbars? Am Wiener Hofe hatte man Kenntniss von dem Eindrucke all dieser Ereignisse auf die beiden Fürsten und man war auch gewillt, den entsprechenden Vortheil aus der veränderten Lage zu ziehen. Dass trotzdem die Verhandlungen vorerst nicht den erwünschten Fortgang nahmen, hatte bei dem Bischofe von Münster seinen Grund vornehmlich darin, dass die Generalstaaten die von ihm geforderten Zugeständnisse nicht gewähren wollten, vielmehr den Krieg gegen ihn um so sehnlicher zu führen wünschten, je grösser die Aussicht auf Erfolg wurde; dann aber auch in dem Misstrauen der Wiener Regierung in die Aufrichtigkeit der Gesinnung des schlauen, unzuverlässigen Fürsten. Etwas anders stand die Sache bei Maximilian Heinrich von Köln. Die Aussöhnung mit diesem Manne wünschte Leopold I. nicht allein wegen der Lage des kurkölnischen Besitzes, sondern auch wegen des Einflusses, den der Uebertritt des Kölners auf die politische Haltung des gesammten Hauses Wittelsbach üben musste. An der Neigung Maximilian Heinrichs, sich mit dem Reichsoberhaupte auszusöhnen, zweifelte man nicht, seitdem Lisola seiner festen Ueberzeugung dahin Ausdruck verliehen hatte, dass der Kurfürst es im Grunde seines Herzens gut mit dem Kaiserhause meine, dass er lediglich dem auf ihn, vornehmlich durch Wilhelm Fürstenberg, dem Sendlinge Frankreichs, ausgeübten Drucke weiche. Lisola hatte geflissentlich die Unschuld des Kurfürsten mit den beredtesten Worten betont, ihn als das bedauernswerthe Opfer der schändlichen Umtriebe des schlauen, verrätherischen Fürstenbergers hingestellt.[1] Dass er dem Kaiser direct den Rath gegeben hat, sich dieses Mannes zu bemächtigen, wird wohl nicht zu erweisen sein und insofern durfte er auch offen allen jenen, die ihn dieses Verbrechens ziehen, erwidern, er habe keine Schuld an dem, was geschehen. Allein ebensowenig wird wohl gezweifelt werden können, dass er mit einer der intellectuellen Urheber dieses Planes gewesen ist. Schon am 5. October 1673 hatte er in einem vertraulichen Schreiben an den Hofkanzler unter den Gründen, die für die Auflösung des zu Köln tagenden Congresses sprächen, auch die Thatsache her-

[1] So im Dénouement, so im Schreiben des reichsfürstlichen Rates p. 47. Ce prince, dont le genie est connu de tous d'estre porté à la douceur et au repos, qui n'a jamais aimé la guerre et qui de son naturel préfere la pieté aux intrigues du monde et bruit des armes.

vorgehoben, dass die Fürstenberger als Gesandte sicher seien, solang der Congress dauere, „welche wir sonst leicht fangen könnten und damit jene zwei Pestbeulen des Reiches vernichten, auf dass sie nicht den ganzen Körper anstecken.[1]“ Und nicht viel weniger deutlich als diesen Zeilen war die Ansicht Lisola's den zahlreichen Berichten zu entnehmen, in denen er immer wieder auf den verderblichen Einfluss Wilhelm Fürstenbergs und auf die Nothwendigkeit hinwies, den Kurfürsten von demselben zu befreien, sollte er jemals für die Sache des Kaisers gewonnen werden. Ob nun Hocher, durch Lisola's Andeutungen aufmerksam geworden, dem Kaiser den Vorschlag gemacht hat, sich des Fürstenbergers zu bemächtigen, oder ob von anderer Seite in gleichem Sinne wie von Lisola auf Leopold I. eingewirkt worden ist, vermögen wir auf Grund der vorliegenden Documente nicht zu bestimmen.[2] Mitte Februar schritt man an's Werk. Am 14. dieses Monats begab sich Wilhelm Fürstenberg von bewaffneten Dienern begleitet — er war wiederholt gewarnt worden, dass man böses gegen ihn im Schilde führe — zu seiner Maitresse, der Gräfin Marie Katharina Charlotte von der Mark. Auf der Rückfahrt zum Kurfürsten sprengten plötzlich Reiter des Regimentes Grana unter der Führung des Oberstwachtmeister Obizzi heran. Es entspann sich ein hartnäckiger Kampf, der mit der Niederlage der sich tapfer wehrenden Begleiter Fürstenbergs endete. Dieser selbst wurde genöthigt, seinen Wagen zu besteigen und unter militärischer Bewachung nach Bonn und von dort nach Wien gebracht.[3] Die That erregte ungeheueres Aufsehen; aller Orten erhob sich lebhafter Widerspruch gegen das Vorgehen des Kaisers. Die Franzosen forderten in den schärfsten Worten Genugthuung für die Beleidigung und nöthigten den Magistrat und das Domkapitel von Köln ein gleiches zu thun, die Schweden und alle jene, die es mit Frankreich hielten oder wenigstens den Schein wahren wollten, als seien sie nicht einverstanden mit dem Schritte, zu dem sich Leopold I. genöthigt gesehen hatte, schlossen sich an.

Leopold I. und seine Umgebung waren über die Bewegung, welche die That hervorrief, auf's äusserste bestürzt. Man hatte wohl auf Klagen der zunächst Betroffenen gerechnet, aber keineswegs geglaubt, dass die Gefangennahme des Fürstenbergers den Mittelpunkt aller

[1] Lisola an Hocher, 5. October 1673. St.-A.

[2] Ennen behauptet l. c. 326, Grana habe den Rath gegeben; möglich wäre es.

[3] Vergl. Ennen l. c. 327 f.

politischen Verhandlungen bilden werde. Nun galt es das Geschehene zu rechtfertigen. Rasch wurde eine dahin gerichtete Schrift entworfen. Sie genügte wohl für's erste, reichte aber nicht hin, die öffentliche Meinung ganz zu beruhigen. Dies zu thun, hielt man Niemanden für befähigter als Lisola, der gerade damals durch seine vortreffliche Flugschrift gegen Verjus[1] sein besonderes Talent für derlei Dinge bewiesen hatte. „Es ist von der grössten Bedeutung, schrieb Hocher an Lisola, dass sie ihre Meinung darüber äussern, wie man den

[1] Sauce au Verjus, vergl. über die Abfassungszeit etc. Haller l. c. 126f. Es sei gestattet, aus dieser vortrefflichen Schrift wenigstens zwei der bezeichnendsten Stellen anzuführen. Nachdem er Frankreichs Vorgehen genügend geschildert, schreibt er p. 42, Franz. Ausg. 1674, „Mais Mr. de Verjus me perdonnera s'il luy plaist, si je luy dis, que ces fanfares que l'on a fait retentir par toute l'Europe, se sont dissipées en l'air et que ceux qui l'avoient crû au commencement de bonne foy, rougissent a present de leur trop de credulité, que les effets ont démentis toutes ces paroles et que l'on a reconnu visiblement par les mesures que l'on a prises dans cette guerre, que cette correction prétendue estoit plus que fraternelle, qu'elle passoit les bornes d'une juste reprehension, que ceux qui tenoient les verges en main ne se contentoient pas d'escorcher la peau, mais alloient jusques à la moüelle et que le patient alloit enfin expirer sous les coups, si l'on n'eust accouru promptement au remede." Und gegen die Behauptung, dass der Kaiser die Armee sammle, um das Reich zu unterwerfen, wendet sich Lisola mit glänzend angebrachter Ironie, p. 74. ff. „En Effet, la conjuncture est fort propre, les affaires de Hongrie, celles de la Pologne, la minorité du Roy d'Espagne, le desmembrement du Pays-Bas par la paix d'Aix la Chappelle, les pratiques et les ligues que la France a dans l'Empire et l'Estat de son auguste famille, qui jusques a present est sans successeur luy donnent un beau jour pour former des pensées de cette nature et luy font voir de belles dispositions pour les executer, c'est prendre merveilleusement bien son temps et jamais les esprits ne furent mieux preparez a se soûmettre à son pouvoir absolu et se despoüiller de leurs privileges en sa faveur. Une armée de trente mille hommes seroit bien capable de subjuguer tout le vaste corps de l'Empire, qui seroit en ce cas assurément appujé de toutes les forces d'un Roy conquerant et victorieux. L'Empereur a parû jusques à present fort ambitieux et remuant, fort avide du bien d'autruy; il a fort estendu ses limites et s'est notablement enrichi des despouilles de ses voisins; il a suscité beaucoup de guerres au dehors et semé par tout des cabales et des corruptions; il a violé les loix et les constitutions imperiales; il s'est emparé du Rhin, de la Meuse et de la Moselle; il a fait d'horribles exactions sur l'Empire, de prodigieux magasins et de grands appareils de guerre, enfin il a parfaitement bien dressé tous les plans et pris toutes les dimensions avec beaucoup de justesse pour la consommation de ce grand ouvrage .... N'est ce pas se jouer de nous avec trop d'excez et mesme avec trop d'imprudence, en nous donnant lieu de mettre en parallele la conduite de l'Empereur avec la leur et de rehausser la moderation, la justice, la patience et la suavité de l'un en leurs opposant les violences et l'avidité de l'autre."

Schritt gegen Wilhelm Fürstenberg rechtfertigen kann.“[1] Lisola bedurfte dieser Aufforderung seines Freundes nicht. Er war zur Zeit, da die That geschah, nicht in Köln; als er bald darauf wieder in dieser Stadt anlangte, zögerte er nicht, seiner Zufriedenheit über das was geschehen war rückhaltslos Ausdruck zu verleihen. Er hat dem Magistrate, der ihn um seine Vermittelung anging, rundweg erklärt, er könne nichts für einen Mann thun, der schon vor Jahren verdient haben würde, hinter Schloss und Riegel gebracht zu werden. Aehnlich äusserte er sich auch zu den Mitgliedern des Domkapitels, die mit derselben Forderung an ihn herantraten.[2] Zugleich reifte aber in ihm der Entschluss, in einer für weitere Kreise bestimmten Schrift die That Leopold I. zu rechtfertigen. Obgleich krank und mit Geschäften aller Art überladen, stellte er in wenigen Tagen eine kleinere Schrift fertig,[3] in der er nachwies, dass Wilhelm Fürstenberg niemals vom Kaiser als Gesandter anerkannt worden sei, dass er durch sein Benehmen selbst einen so sanftmüthigen Mann, wie Leopold I. zur Raserei habe treiben müssen, und dass die Franzosen am allerwenigsten Ursache hätten, sich über des Kaisers Vorgehen zu beklagen, sie, die wiederholt Unternehmungen viel bedenklicherer Art gegen des Kaisers Gesandte geplant hätten und durchzuführen bemüht gewesen seien. Aber ungleich schärfer als in dieser lediglich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther verfassten Schrift ist der Angriff, den Lisola in der zweiten, umfassenden, Ende April fertiggestellten Flugschrift gegen Fürstenberg und seine Vertheidiger unternimmt. Liest man diese mitten unter den schwierigsten politischen Verhandlungen und unter körperlichen Leiden in unglaublich kurzer Zeit verfasste Schrift, dann gewinnt man eine richtige Vorstellung von der Tiefe des Hasses, den Lisola gegen Ludwig XIV. und gegen alle jene empfand, die sich zu willenlosen Werkzeugen des königlichen Hochmuthes hergaben. Vielleicht niemals ist Lisola mit solcher Begeisterung an eine Aufgabe herangetreten, wie diesmal und kaum eine hat er besser gelöst, wie diese. Ein schier unendliches Sündenregister hält er dem Fürstenberger vor.[4] Da ist nichts über-

[1] Hocher an Lisola, 28. Febr. 1674. St.-A. (Holl.)

[2] Ennen l. c. 330.

[3] Lettre d'un gentilhomme flamand à un chevalier Anglois de la Chambre des Communes du Parlement, au sujet de l'emprisonnement de Monsieur Guillaume de Furstemberg. L'An 74. Vergl. Haller 148f.

[4] Détention de Guillaume prince de Furstemberg. Traduit du Latin. Vergl.

sehen, was dazu beitragen kann, Fürstenberg in den Augen der Welt herabzusetzen, ihn als Betrüger und Verräther, als Meineidigen und Vertragsbrüchigen hinzustellen. Aus dem reichen Schatze seines Wissens holt er die Waffen für die vernichtenden Schläge, die er gegen seinen Feind von altersher führt, mischt treffend Witz und Ernst, indem er immer wieder die Idee der Vaterlandsliebe in den Vordergrund stellt. Die Rechtfertigungsschrift Lisola's verfehlte denn auch nicht, ausserordentlichen Eindruck zu machen. Sie gehörte zu den verbreitetesten der Zeit, wurde in alle Sprachen übersetzt, in jeder Form dem lesenden Publikum zur Verfügung gestellt. Dass Lisola der Verfasser war, galt, obgleich er sich als solchen nicht bezeichnete, als ausgemachte Sache. Der Kaiser dankte ihm, Hocher rühmte ihn und mit ihnen wetteiferten alle Feinde der Franzosen und Fürstenbergs.

Aber nicht das Lob dieser Männer, auch nicht die seltene Auszeichnung kaiserlicher Anerkennung hat Lisola für den besten Lohn seiner Bemühungen gehalten; was ihn am meisten freute, waren die Folgen der That. Die Franzosen hatten Genugthuung vom Kaiser gefordert und als dieselbe nicht in einer ihnen entsprechenden Weise erfolgt war, sich geweigert, die Verhandlungen zu Köln fortzuführen. Um ihnen nicht die erwünschte Gelegenheit zu bieten, den Kaiser als Urheber der Auflösung des Congresses zu bezeichnen, hatte Lisola die Generalstaaten vermocht, darüber Klage zu führen, dass Frankreich fünf Monate lang mit der Antwort wegen des Passes für den Lothringer gezögert habe und die Drohung auszusprechen, jeden Verkehr mit Ludwig XIV. abzubrechen, wenn innerhalb Monatsfrist keine Erklärung in dieser Frage erfolge. Was Lisola geplant und vorausgesehen, trat ein. Ludwig XIV. weigerte sich, dem Wunsche der Niederländer zu willfahren. Mitte April verliessen seine Vertreter Köln. Damit war erreicht, was Lisola sich als Ziel gesetzt hatte, als er im August 1673 nach Köln gekommen war. Der gefährliche Fürstenberger war aus der Umgebung Maximilian Heinrichs entfernt, die Bemühungen der Franzosen und der Schweden, einen Separatfrieden der ersteren

---

Haller l. c. 150 f., der auch aus den Berichten Lisola's einige bezeichnende Stellen abdruckt. Im Anhange zum 30. Bande des „Diarium Europaeum" 424 f. steht eine Copie der „Rechtfertigung des Herrn Baron von Lisola wegen einer Visite, so er Prinzen Wilhelm zu Köln gegeben." Lisola weist in diesem Schreiben die Behauptung Pufendorfs zurück, als habe er — Lisola — Wilhelm Fürstenberg als Gesandten des Kurfürsten von Köln anerkannt und behandelt.

mit den Niederländern zu Stande zu bringen, waren gescheitert, die Auflösung des Congresses war erfolgt und die Fortführung des Krieges, für die Lisola immer wieder eingetreten war, gesichert. Und mit um so grösserer Zuversicht sprach der kaiserliche Gesandte von dem voraussichtlichen Erfolge dieses Feldzuges, als Karl II. von England, dem Drängen seines Volkes weichend, mit den Niederländern Frieden schloss und damit diesen den Kampf um ein wesentliches erleichterte.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange die Gründe dieser Meinungsänderung Karl II. zu erörtern; nur darauf hinzuweisen möge gestattet sein, dass Lisola auch zu diesem Werke sein gut Theil beigetragen hat. Denn er war es, der von allem Anfange an den leitenden staatischen Politikern von der Nothwendigkeit sprach, die Feinde zu trennen, die Engländer durch möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu gewinnen; er war es, der für die Friedensidee Stimmung unter dem englischen Volke machte; von ihm ging der Plan aus, durch Absendung von Deputirten nach London directen Einfluss auf das Parlament zu nehmen und so mancher Parlamentarier mag durch die Schrift Lisola's, in der er in unübertrefflicher Weise die Eigennützigkeit der französischen Politiker bei ihrer Verbindung mit England nachwies, darauf geführt worden sein, wie sehr er seinem und dem Interesse seines Staates zuwiderhandle, wenn er sich nicht mit voller Kraft den verderblichen Bestrebungen seines Herrschers widersetze.[1] Mit Karl II verlor Ludwig XIV. seinen werthvollsten Bundesgenossen im Kampfe gegen die Niederländer; hilflos war er deshalb aber keineswegs. Nicht einmal das Reich stand noch geeint gegen ihn in Waffen. Noch waren die beiden Fürsten, die seit Beginn des Krieges an seiner Seite gefochten hatten, seine Genossen im Kampfe, noch trat eine Reihe mehr und minder mächtiger Fürsten in Regensburg für die Interessen Frankreichs ein. Aber das Erreichte war für Lisola ein Sporn, auszuharren auf dem betretenen Wege, in seinen Bemühungen nicht zu ermüden, das Werk der Einigung Deutschlands zu vollziehen. Der Plan, die Fürsten von Köln und Münster zum Uebertritte in das Lager der Verbündeten zu vermögen, war im Winter gescheitert, vornehmlich daran, dass Montecuccoli die Armee verlassen, die spanisch-staatischen Truppen sich zurückgezogen hatten, und dass Fürstenberg die Pläne

[1] Lisola's Schrift führt den Titel: „Appel de l'Angleterre touchant la secrete cabale ou Assemblée a Withael etc. 1673." Sie gehört zu den durchdachtesten und zugleich stilistisch besten Lisola's.

Lisola's durchkreuzt hatte. Jetzt aber, wo die Vorbereitungen für den kommenden Feldzug mit vollem Eifer betrieben wurden, wo die Verbündeten auf grosse diplomatische Erfolge hinweisen konnten, auf den Rücktritt der Engländer vom Kampfe, auf die Einigung mit dem Pfälzer, auf die bevorstehende Verbindung der Braunschweiger mit dem Kaiser; jetzt, wo Mainz, Trier und Pfalz sich zur Abwehr der französischen Uebergriffe verbunden hatten,[1] die öffentliche Meinung sich immer deutlicher zu Gunsten Leopold I. und der von ihm vertretenen Sache aussprach, Fürstenberg in Wien gefangen sass, glaubte er das begonnene Werk von Neuem aufnehmen zu sollen. In der That zeigten sich denn auch beide Fürsten bereit, mit den Generalstaaten abzuschliessen und mit dem Kaiser in nähere Beziehungen zu treten. Schon Ende Februar erklärte Schmising, der Vertreter des Bischofes von Münster, sein Herr wolle sich nicht nur von Frankreich trennen; er sei auch bereit, sich dem Kaiser anzuschliessen und mit 5000 Reitern und 5000 Mann zu Fuss am Kampfe gegen die Franzosen theilzunehmen.[2] Was die Verhandlungen erschwerte, waren auch jetzt nicht principielle Bedenken des Kaisers oder der Generalstaaten, sondern die Schwierigkeit, die letzteren zu entsprechenden Zugeständnissen, den ersteren zum Fallenlassen seines Misstrauens zu vermögen.[3] Aus diesen Gründen kam es Lisola sehr gelegen, dass Leopold I. seinen unter Spork stehenden Truppen Befehl gab, gegen die Besitzungen des Bischofes von Münster hin den Marsch anzutreten. Denn jetzt konnte er auf die Bitte des Bischofes um Schonung seines Gebietes mit der Forderung unanfechtbarer Beweise seiner guten Gesinnung erwidern[4] und die Bedingungen des Vertrages festsetzen. Der Bischof von Münster sollte Herstellung und Erhaltung des clevischen Friedens und Rückgabe der eroberten Orte an die Niederländer versprechen und neben Erhaltung der katholischen Religion in statu quo in diesen Orten, eine beträchtliche Summe Geldes, die directe Herrschaft über Borkelo, falls er dasselbe von dem Grafen Styrum erkaufe und zwanzig Imperialen für jeden Reiter erhalten, den er den Verbündeten zur Verfügung stellen würde.[5]

[1] Vertrag vom 10. März 1674.

[2] Lisola an Hocher, 1. März 1674. St.-A. (Holl.)

[3] Lisola an Leopold, 1. April 1674. St.-A.

[4] Lisola an Leopold, 5. April 1674. St.-A.

[5] Puncta pro pace concludenda cum episcopo Monasteriensi; Beilage zum Berichte Lisola's vom 8. April 1674. (St.-A. (Monast.)

Allein die ersehnte Antwort aus Münster blieb aus; dagegen drangen Mittheilungen an das Ohr des Gesandten, die bewiesen, dass sein und der Wiener Regierung Misstrauen in Christoph Bernhard kein unberechtigtes gewesen war. Man vernahm von Verhandlungen des Bischofes mit dem Herzoge von Hannover, dem Franzosenfreunde, von Bemühungen desselben, sich gegen Einfälle der kaiserlichen Truppen die Unterstützung der Franzosen und Schweden zu sichern.[1] Spork, der davon erfuhr, war für den sofortigen Vormarsch der Truppen; mit den Waffen in der Hand wollte er den ungehorsamen Bischof zur Einigung nöthigen. Allein diesmal war Lisola gegen die Gewalt. Er wollte drohen, aber nicht kämpfen, er wollte Krieg gegen Frankreich und in Frankreich, nicht die Befehdung eines Reichsstandes auf des Reiches Boden.

Auch diesmal erwies sich seine Ansicht als die richtige. Mitte April kam die Weisung Christoph Bernhards; sie enthielt das Bekenntniss der Bereitwilligkeit, sich mit dem Kaiser zu einigen, seine Festungen im Interesse der Verbündeten besetzt zu halten und Contribution zu zahlen; was er forderte, war lediglich Schutz gegen die heranziehenden Truppen.[2]

Lisola ging darauf nicht ein; er verlangte die Zustimmung des Bischofes zu dem kaiserlichen Vertragsprojecte, übersandte Christoph Bernhard ein neues in allen wichtigen Punkten gleichlautendes und verständigte ihn von dem Vormarsche der kaiserlichen Truppen. Schmising nahm die Sache sehr ernst; er begab sich sofort zu seinem Herrn. Seine Auseinandersetzungen, mehr aber noch die Noth der Zeit, brachen den Widerstand des Bischofes.[3] Er gab seine Einwilligung zum Abschlusse mit den Generalstaaten und zur Vereinbarung mit dem Kaiser. Es war auch die höchste Zeit, denn schon schwankten die Niederländer, ob sie nicht lieber den Kampf gegen den Bischof fortsetzen sollten, jetzt, wo ihnen die Hoffnung winkte, beträchtliche Vortheile zu erringen. Es bedurfte eindringlicher Ermahnungen Lisola's, sie zur Einhaltung des gegebenen Versprechens zu vermögen. Am 22. April wurde der staatisch-münsterische Vertrag unterzeichnet, der dem widernatürlichen Bündnisse eines deutschen Fürsten mit dem Reichsfeinde ein Ende machte.[4]

[1] Lisola's Bericht vom 14. April 1674. St.-A. (Lisolaniana.)

[2] Lisola's Bericht vom 17. April 1674. St.-A.

[3] Vergl. über des Bischofes damalige Lage, Tücking l. c. 233 f.

[4] Abgedruckt u. a. bei Du Mont l. c. VII. 259 ff.

Im Lager der Verbündeten herrschte darüber laute Freude; die Vertreter Christoph Bernhards und jene der Generalstaaten überboten sich in Lobeserhebungen über die glänzende Leistung des kaiserlichen Gesandten. Denn allgemein galt er — wie wir wissen, mit Recht — für den Urheber und eifrigsten Förderer dieses Vertrages. Bei dem Gastmahle, das man zur Feier des gelungenen Ausgleiches veranstaltete, wurde ihm der Ehrenplatz angewiesen. Die Niederländer erklärten, ihm den grossen Erfolg zu verdanken, den sie höher schätzten als einen Sieg im Felde; die Vertreter des Bischofes leerten ihr Glas auf das Wohl des Mannes, der ihren Fürsten wieder in die rechten Bahnen geleitet habe, dem es hoffentlich auch gelingen werde, ihn ganz für die Interessen des Kaisers zu gewinnen. Das war denn auch der Gedanke Lisola's. Mit dem Aufhören der Feindseligkeiten wäre ihm nicht gedient gewesen; ganz Deutschland musste einmal geeinigt in Waffen gegen den gemeinsamen Feind stehen. Eine Vollmacht im Sinne der Bundesgenossenschaft mit dem Bischofe zu verhandeln, hatte Lisola zwar nicht gehabt, aber wie oft hatte er, seiner Regierung die Wege weisend, abgeschlossen, bevor er noch den Befehl dazu besass.

„Ich danke Gott, schrieb er damals an Hocher, dass der staatisch-münsterische Vertrag geschlossen ist, denn ich hatte grosse Schwierigkeiten in dieser Sache; aber ich verehre den Kaiser und sein Glück, dem Niemand und nichts widerstehen kann. Ich werde aber die Gelegenheit benützen, um den Bischof von Münster ganz für uns zu gewinnen und hoffe, dass man mir dies, obgleich ich keine Vollmacht dazu habe, nicht übel nehmen wird, im Hinblicke auf den daraus erwachsenden Vortheil."[1] In der That gelang es ihm, sein Ziel zu erreichen. Christoph Bernhard konnte auf halbem Wege nicht stehen bleiben. Seine Einkünfte gestatteten ihm nicht, die Truppen, die er im Laufe der Jahre gesammelt hatte, auf eigene Kosten zu erhalten; sie abzudanken, schien ihm nicht rathsam; so entschloss er sich, dieselben gegen entsprechende Subsidien dem Kaiser zur Verfügung zu stellen.[2]

Der Uebertritt des Bischofes von Münster war aber nicht der einzige Erfolg, den Lisola in jener Zeit errang. Wenige Tage nach dem

[1] Lisola an Hocher, 22. April 1674. St.-A. (Holl.)

[2] Vertrag vom 22. April 1674. Ratif. vom 20. Mai 1674. Du Mont l. c. VII. 258 ff.

Abschlusse des staatisch münsterischen Friedens wurde der staatisch-kölnische Vertrag unterzeichnet. Und auch diesen zu Stande gebracht zu haben, durfte Lisola als sein fast ausschliessliches Verdienst in Anspruch nehmen. Die Verhaftung Wilhelm Fürstenbergs hatte den erwünschten und erhofften Erfolg. Maximilian Heinrich schalt und drohte, das Domkapitel und der Magistrat drohten gleichfalls, aber Thatsache blieb, dass sie alle, seitdem der unermüdliche Vorkämpfer der französischen Interessen hinter Schloss und Riegel sass, Lisola's Friedensanträgen ein geneigtes Ohr liehen.

Auch in diesem Falle bestand die grösste Schwierigkeit darin, die Generalstaaten zu den unerlässlichen Zugeständnissen zu vermögen, zumal Franz Egon von Fürstenberg — von dem Bestreben beseelt, die Niederländer in ihrer Concessionen abgeneigten Stimmung zu bestärken, um auf diese Weise Maximilian Heinrich von Neuem in die Arme der Franzosen zu treiben — ohne Willen und Wissen des Kurfürsten die kölnischen Besatzungen aus allen Orten, die dieser in Zutphen besass, gegen eine Summe Geldes herauszog, die er von Bürgern und Bauern erpressen liess. In der That erklärten die Generalstaaten, nun, wo alle wichtigen Orte wieder in ihrem Besitze waren, ihrem Interesse zuwider zu handeln, falls sie von der Fortsetzung des Krieges abstehen sollten, und es bedurfte der ganzen Energie des kaiserlichen Gesandten, sie zur Einhaltung der gegebenen Versprechen zu bewegen.[1] Aber auch jetzt gab Franz Egon, der seit dem Abgange seines Bruders, nur mit geringerem Geschicke, die Sache der Franzosen vertrat, den Kampf nicht auf.

Er versuchte Maximilian Heinrich zur Flucht nach Lüttich zu bewegen. Allein dieser, des Kampfes überdrüssig, blieb seinem Versprechen treu. Am 11. Mai wurde der Vertrag unterzeichnet, durch den der Kurfürst alle den Niederländern entrissenen Orte an diese zurückstellte, dafür aber Rheinberg erhielt.[2]

Schwieriger war es dagegen, Maximilian Heinrich zur Bundesgenossenschaft mit dem Kaiser zu bewegen; nicht etwa aus principiellen Gründen, sondern weil die Bedingungen, die der Kurfürst stellte, von Lisola nicht angenommen werden konnten. Es bedurfte langdauernder Unterhandlungen und der ganzen Beredtsamkeit Lisola's, um den hartnäckigen Fürsten, dem es eine Gewissenssache schien,

[1] Lisola's Bericht vom 26. April 1674. (Holl.)

[2] Vertrag vom 11. Mai 1674; abgedr. u. a. Du Mont l. c. VII. 262 f.

den Mann, der ihm so viele Dienste geleistet hatte, nicht auf Gnade und Ungnade dem beleidigten Kaiser zu überlassen, davon zu überzeugen, dass der Ausschluss der Brüder Fürstenberg von der Amnestie ein Gebot der Noth und zugleich in seinem Interesse gelegen sei. Schliesslich erlag aber auch er der Ueberredungskunst des kaiserlichen Gesandten. Dagegen leistete er einen unüberwindlichen Widerstand, als Lisola von ihm forderte, sich augenblicklich offen als Feind der Franzosen zu bekennen. Schon der blosse Gedanke an einen Kampf mit den französischen Truppen, deren Tüchtigkeit er schätzen gelernt hatte, versetzte den kriegsmüden, friedfertigen Fürsten in Schrecken. Auch konnte Lisola nicht leugnen, dass die vom Kurfürsten und von dessen Räthen zur Rechtfertigung ihrer Ansicht vorgebrachten Gründe: die Lage des Besitzes, die drohende Haltung der französischen Truppen und die ungenügende Unterstützung, die der Kölner vorerst von den Verbündeten zu erwarten habe, stichhaltige waren. Allein mit einer blossen Neutralität, zu der sich Maximilian Heinrich verpflichten wollte, war dem kaiserlichen Gesandten nicht gedient. Es galt also auch hier auf Umwegen das Ziel zu erreichen. Project auf Project wurde entworfen und in jedem ein Schritt weiter gethan. Zur Zeit, da Maximilian Heinrich mit den Generalstaaten abschloss, hatte er sich auch mit Lisola über die wesentlichsten Punkte der Allianz mit dem Kaiser geeinigt. Er sollte nach dem damals festgestellten Vertragsprojecte nicht offen dem Bündnisse mit Ludwig XIV. entsagen, wohl aber erklären, dasselbe sei durch den Frieden mit den Generalstaaten erloschen: er sollte das Versprechen geben, allen früheren Bündnissen ungeachtet in allen Fragen beim Reiche zu stehen und sich während der ganzen Dauer des Krieges den Feinden des Kaisers und des Reiches nicht anzuschliessen, noch ihnen Durchzug oder Truppenwerbung zu gestatten, dem Kaiser aber in beiden Punkten jede erwünschte Förderung zu Theil werden zu lassen. Zur Sicherung gegen einen neuerlichen Wechsel in der Gesinnung des Kurfürsten sollte Bonn, die Hauptfeste des Landes, in den Händen des Kaisers bleiben. Mit Recht betonte Lisola, indem er seiner Regierung Mittheilung von dem Geschehenen machte, dass die Zugeständnisse, zu denen sich Maximilian Heinrich bereit erklärt habe, gleichbedeutend mit dem völligen Uebertritte dieses Fürsten in das Lager der Verbündeten seien. Und ganz ausdrücklich hat er seine Einwilligung zur Unterzeichnung des staatisch-kölnischen Vertrages erst dann gegeben, als er die Versicherung erhalten hatte, dass die

Giltigkeit desselben von dem Zustandekommen der österreichisch-kölnischen Allianz abhängig sein sollte. Seine Regierung aber bat er in der dringendsten Weise, das Abkommen mit Maximilian Heinrich rasch zu treffen und von weiteren Forderungen abzusehen.

„Meine Ansicht geht dahin, schrieb er am 21. Mai 1674[1], dass es vortheilhaft ist, mit dem Kurfürsten so liberal und generös als möglich vorzugehen, sowohl um ihn aus der Abhängigkeit vom Kapitel zu befreien, als auch um des Kaisers Milde hervorleuchten zu lassen, nachdem man durch strenges und scharfes Urtheil des Kaisers Autorität und Macht genügend gezeigt hat. Denn das richtige Princip der Handlungsweise des Kaisers muss sein, sich in directen Gegensatz zum französischen Könige zu setzen, der durch seine Grausamkeit und durch seine übergrosse Habgier Jedem Schreck und Hass einflösst." Leopold I. war über den Erfolg Lisola's ausserordentlich erfreut und gerne bereit, in der von diesem geplanten Weise mit Maximilian Heinrich abzuschliessen. Die Verhältnisse hatten sich im Laufe des Frühjahres wesentlich geklärt und liessen die Bedeutung der Thätigkeit Lisola's schärfer hervortreten, als je vorher. Die Bemühungen, die Schweden umzustimmen, waren gescheitert. Wohl gaben der junge König und seine Räthe die beruhigendsten Versicherungen, wohl betonten sie die Festigkeit ihres Entschlusses, weder mit den Waffen gegen den Kaiser vorzugehen, noch die Ausbildung der dritten Partei zu versuchen, wohl fuhr Pufendorf in Wien fort, einer friedlichen Vereinbarung das Wort zu reden; aber das, was Schweden that, entsprach so wenig dem, was es thun zu wollen vorgab, dass Sternberg wie die Räthe Leopold I. in Wien die Resultatlosigkeit aller Verhandlungen einsahen. Aus diesem Grunde geschah es auch, dass der kaiserliche Gesandte in Stockholm zu Beginn des Monates April, des Wartens müde, eine bestimmte Erklärung forderte und seine Abreise in Aussicht stellte. Die Antwort, die ihm zu Theil wurde, lautete noch ungünstiger, als er erwartet hatte. Es klang schon höchst seltsam, dass man ihm gegenüber die Ansicht aussprach, Schweden werde ungebührliche Forderungen der Franzosen nicht unterstützen, aber auch nicht zugeben, dass Frankreich unterdrückt werde. Das Befremden des kaiserlichen Gesandten wuchs aber, als der schwedische Reichskanzler, nachdem er die Neigung Karl XI. betont hatte, auch

[1] Lisola an Leopold, 21. Mai 1674. St.-A. (Lisolaniana); vergl. Klopp l. c. 375.

fernerhin für die Aufrechterhaltung des Friedens zu sorgen und gerechten Forderungen der Verbündeten bei Frankreich das Wort zu sprechen, auch andere Mediatoren dulden und von jeder Unterstützung Ferdinand Maria's von Baiern absehen zu wollen, dem kaiserlichen Gesandten mittheilte, dass er gesonnen sei, schwedische Truppen nach Pommern und Bremen zu übersetzen und zugleich die Hoffnung aussprach, der Kaiser werde sich dadurch nicht beunruhigt fühlen, da diese Truppen nicht gegen Oesterreich, sondern lediglich gegen Dänemark und Braunschweig zu kämpfen bestimmt seien. Die Frivolität, die sich in diesen Reden kundgab, erfüllte Sternberg und den Wiener Hof mit gerechter Verbitterung, hatte aber auch den Erfolg, dass die Spanier und die anderen Mächte, denen man davon Mittheilung machte, in der Subsidienfrage dem österreichischen Herrscher etwas weiter entgegenkamen. Wir haben vernommen, dass das Inkrafttreten der dänisch-österreichischen Verträge von finanziellen Fragen abhing, deren Ordnung vorerst nicht gelungen war. Nicht viel anders gestalteten sich die Verhältnisse beim Abschlusse mit den Braunschweigern. Als Windischgrätz im Auftrage des Kaisers bei ihnen eintraf, waren die Verhandlungen bereits dem Ende nahe; Brasser, der staatische Deputirte, hatte alles in bester Weise geordnet, die braunschweigischen Fürsten zeigten sich — mit Ausnahme des Herzogs von Hannover — bereit, mit einer beträchtlichen Truppenzahl an der Seite der Verbündeten zu kämpfen, gegen Subsidien, deren Höhe Brasser festgesetzt und bezüglich deren Zahlung er sich bevollmächtigt erklärt hatte, im Namen der Generalstaaten, der Spanier und des Kaisers die Erlegung je eines Drittheils zu versprechen. Windischgrätz gerieth in die peinlichste Lage; er hatte keine Weisung der Wiener Regierung bezüglich der Geldfrage und sah sich daher genöthigt, in der entschiedensten Form die von Brasser gegebenen Zusagen zu widerrufen, soweit sie den Kaiser betrafen. Anderseits entging es ihm nicht, wie nothwendig die Einigung mit den Braunschweigern war. „Bei so gestalten Sachen, schrieb er in seiner Verzweiflung dem Kaiser,[1] bekenne ich gar gerne, dass, wann E. K. M. mir dieses Werk absolut anvertrauet hätten, ich mich dieser beeden Herrn durch einigen Tractat etiam quovis modo zu versichern trachten würde. Bei diesen Umständen aber kann ich ja nicht anderst als Gott zum höchsten danken, wann

[1] Windischgrätz' Bericht vom 19. Februar 1674. St.-A. (Dan.)

ich von dergleichen höchst gefährlichen Negociation durch Er. K. M. Gnad dereinst erledigt werde. Ich bin auf einige Particularität von Er. K. M. gar nicht instruirt, ich weiss gar nicht, was vor ein Quantum ich von ihnen weder in das Feld zu stellen, eo casu, wann sie Subsidien bekommen oder auch in illum, wann sie Er. K. M. zu Hilf kommen sollten, begehren solle. Die Sache drängt aber; Gefahr ist im Verzuge." Das wusste man auch am Wiener Hofe und je geringer die Aussicht auf eine Einigung mit den Schweden wurde, für desto nothwendiger hielt man es, sich der Braunschweiger und der Dänen zu versichern. „Der Kaiser ist erzürnt darüber, schreibt Hocher an Lisola zu Beginn des Monates März, dass noch nicht abgeschlossen wird; denn der Kaiser glaubt, dass dieses Bündniss die Schweden und den Herzog von Hannover von uns fern halten wird. Es streiten unter sich Spanier und Holländer, da sie nicht $^1/_2$, sondern nur $^1/_3$ der Subsidien geben wollen; so geht die Zeit unwiederbringlich vorüber."[1] Denn das galt am Wiener Hofe als unbestreitbare Thatsache, dass der Kaiser keine Subsidien zahlen könne. Um so energischer aber drangen er und seine Räthe in die in Wien weilenden Vertreter der beiden Staaten, um so bestimmter lauteten die Weisungen an Kramprich und an Harrach. Leicht wurde es allerdings nicht, die beiden widerstrebenden Mächte zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Kramprich ersann Ausweg über Ausweg, um den Niederländern begreiflich zu machen, dass man vom Kaiser alles, nur keine Geldunterstützung fordern dürfe und Lisola säumte nicht, auf privatem Wege dieselbe Ansicht zu vertreten. In der That gelang es ihren vereinten Bemühungen, die Niederländer zu dem Versprechen zu vermögen, die Hälfte der Subsidien, zu deren Zahlung die drei Mächte verpflichtet werden sollten, aufzubringen, falls die Spanier ein gleiches versprechen sollten und falls der Kaiser über die im Reiche befindlichen Truppen fernere 7500 ausrüsten und dieselben ohne jede weitere Subsidie auf eigene Kosten im Dienste der allgemeinen Sache kämpfen lassen wolle.[2] Allein die Spanier wollten von einer Erhöhung der von ihnen zu leistenden Zahlung nichts wissen. Der Kaiser, erklärten sie, sei auch ohne Dänemark, Braunschweig und Brandenburg mächtig genug, den Franzosen Widerstand zu leisten.[3] Leopold erwiderte schärfer, als man es von ihm

[1] Hocher an Lisola, 4. März 1674. St.-A. (Holl.)
[2] Berichte Kramprichs vom März und April 1674. St.-A. (Holl.)
[3] Bericht Harrachs vom 4. April 1674. St.-A. (Hisp.)

gewohnt war. Er wies auf die seinen Erbländern von den Türken, Franzosen und Schweden drohenden Gefahren und auf die grossen Opfer hin, die er im Interesse der allgemeinen Sache gebracht habe und schloss seine Auseinandersetzungen mit der Bemerkung: „Die Wahrheit zu sagen, thut mich auch nit wenig befremden, dass, nachdem ich zu diesen Tractaten mit so grosser Mühe und Unkosten solche gute Disposition gemacht und selbige drei Potenzen (unerachtet der französischen Machinationen in contrarium) auf diese Seite gezogen, dass die Erlangung der daraus verhoffenden so vorträglichen Effecten bloss an Spanien haften bleibe, da sie doch mit Zutragung eines ergiebigen Quanti nicht allein dem gemeinen Wesen, sondern ihnen selbst in particulari einen sehr grossen Nutzen schaffen können; im widrigen aber und wann diese drei Potenzen von Frankreich gewonnen werden sollten, die diesseitige Empresa ohne allen Zweifel weit schwerer und kostbarer, wo nicht gar unerheblich gemacht werden dörfte, maassen Frankreich keine Mühe noch Mittel spart, selbige Potenzen auf seine Seiten zu ziehen."[1] Das entschiedene Auftreten Leopold I. hatte den gewünschten Erfolg: die Spanier gaben ihre Einwilligung zum Abschlusse des Vertrages und verpflichteten sich eine gleich grosse Summe wie die Generalstaaten zu zahlen. Sofort erhielt Windischgrätz Befehl, mit den Braunschweigern abzuschliessen. Es war die höchste Zeit; der Herzog von Hannover, entschlossen, an der Seite Ludwig XIV. auszuharren, bot alles auf, seine Anverwandten umzustimmen und die Franzosen sparten nicht mit den weitgehendsten Versprechungen für eine blosse Neutralität.[2] Am 14./24. April 1674 wurde der Vertrag unterzeichnet, der 13000 Braunschweiger zu Theilnehmern an dem bevorstehenden Kampfe machte.[3] Die Vorbereitungen für denselben waren damit getroffen und Leopold I. durfte, wenn er übersah, was geschehen war, zufrieden sein. Mit grösserer Berechtigung als in den Vorjahren konnte er auf Sieg im Felde rechnen; zum ersten Male durfte er sich seinem Gegner überlegen fühlen. Denn auf seiner Seite fochten jetzt fast alle Fürsten des Reiches; unter ihnen die Braunschweiger und der Pfälzer; der

[1] Leopold an Harrach, 18. April 1674. St.-A. (Hisp.)

[2] Schreiben Windischgrätz' vom 20. und 23. April 1674. St.-A. (Brunsvic.)

[3] Vertrag vom 14./24. April 1674. Du Mont l. c. VII. 261 f.; es ist dies der Nebenrecess. Der Hauptrecess d. d. Celle 10./20. Juni 1674. Eb. 263 ff.

Neuburger war so gut wie gewonnen.[1] Von den alten Verbündeten fehlte zwar noch einer der mächtigsten, der Kurfürst von Brandenburg, aber auch auf seine Mitwirkung durfte man schon damals mit ziemlicher Gewissheit rechnen. Das Reich selbst erklärte im Laufe des Monates Mai 1674, unter dem Eindrucke der neuerlichen französischen Plünderungen, an Ludwig XIV. den Krieg; und die erregte Stimmung, die ihren Ausdruck in einer Reihe heftiger Flugschriften fand, nöthigte die wenigen deutschen Fürsten, die Bundesgenossen und Parteigänger der Franzosen waren, zur Vorsicht und Zurückhaltung. Unter den europäischen Fürsten aber hatte Leopold nur einen offenen Gegner, Ludwig XIV. Der König von England hatte sich vom Kriege zurückgezogen und an eine neuerliche Wendung in der Haltung desselben war vorerst wenigstens nicht zu denken; der Schwedenkönig wagte nicht, seiner thatsächlich vorhandenen Abneigung gegen den Kaiser Ausdruck zu verleihen und sprach im eigenen Interesse nach wie vor der friedlichen Lösung der herrschenden Conflicte das Wort. Hielten die neu gewonnenen und die alten Verbündeten ihr Versprechen und dauerte die kriegerische Gesinnung der Deutschen fort, dann waren wirklich die Aussichten auf einen erfolgreichen Feldzug sehr günstig. Das war denn auch die Ansicht Lisola's und daher drängte er jetzt, wo er die Fülle der den Verbündeten zur Verfügung stehenden Kräfte überblickte, eifriger denn je zur Offensive, zum Einfalle in Frankreich, um auf Feindes Kosten den Kampf zu führen, auf verschiedenen Wegen nach Paris vorzurücken und dem besiegten Gegner in seiner Hauptstadt die Friedensbedingungen zu dictiren. „Wenn wir vorgeben, Krieg zu führen, schrieb er im März 1674 auf die Nachricht vom staatisch-englischen Frieden, uns aber blos vertheidigen, und den Franzosen die Möglichkeit geben, den Krieg dort zu führen, wo sie wollen, werden wir nichts wesentliches ausrichten können."

„Es ist nothwendig, dass wir uns endlich losreissen von der alten Maxime defensiver Kriegsführung, die uns in den vergangenen Kämpfen zu Grunde gerichtet hat und die uns wieder zu Grunde richten wird, wenn wir nicht Achtung haben. Die Zahl unserer Truppen wird unter allen Umständen eine grössere sein, als die der Franzosen.

[1] Der Neuburger verhandelte schon seit Beginn des Jahres 1674 mit dem Wiener Hofe, von Lisola dazu ermuntert und dabei unterstützt, der insbesondere in seinen Unterredungen mit Stratmann viel zur Klärung der Verhältnisse beitrug. Der Abschluss erfolgte am 16. Juli 1674. Vertrag in St.-A.

trotzdem wird aber der Feind, wenn wir uns auf die Vertheidigung unserer Plätze und Ufer zurückziehen und dem Feinde die freie Verfügung über seine Kräfte ausserhalb Frankreichs lassen, im Felde stärker sein, als wir.[1] Denn man braucht wenigstens 40000 Mann zur Sicherung der niederländischen Plätze und Graf Monterey verfügt kaum über 30 000, ganz abgesehen davon, dass in diesem Falle die Franzosen den Krieg auf unsere Kosten führen werden, da derselbe in unseren Gegenden geführt wird, dass sie unsere Freunde und Bundesgenossen zu Grunde richten werden und dass wir, wenn sie alle Frankreich benachbarten Gegenden vernichtet haben, unsere Armee gar nicht mehr nach Frankreich werden führen können." Den grössten Vortheil eines Offensivkrieges sah Lisola übrigens auch jetzt noch in der zu erwartenden Erhebung der Franzosen und in dem Ruine des französischen Handels. „Ich halte diese Principien für so wichtig, dass ohne Berücksichtigung derselben weder ein günstiger Friede noch ein erfolgreicher Krieg zu hoffen ist, wir vielmehr auf die Dauer werden unterliegen müssen." Immer eingehender beschäftigte sich Lisola, je näher die Entscheidung rückte, mit den Operationen. Nach seinem Plane sollten drei grosse Armeen offensiv gegen Frankreich vorgehen; die eine, unter des Herzogs von Lothringen Führung, sollte von Lothringen aus nach Frankreich einfallen, die zweite unter dem Commando des obersten kaiserlichen Generals durch das Trierische über den Rhein marschiren, die dritte aus den vereinigten staatisch-spanischen Soldaten gebildete von der Picardie und von Brabant aus den Kampf gegen die Franzosen aufnehmen. Zur Förderung dieser Unternehmungen sollten die Niederländer eine grosse Flotte in die See stechen lassen, die Spanier von Katalonien aus einen Seeangriff gegen Frankreich unternehmen. Als unbedingte Voraussetzung einer raschen Durchführung all dieser Unternehmungen galt aber dem kaiserlichen Gesandten ein gutes Einvernehmen zwischen den Verbündeten und eine richtige Wahl der leitenden Persönlichkeiten. Immer wieder hatte Lisola in seinen Berichten an den Kaiser und an seine Freunde den ausserordentlichen Vortheil betont, den die Franzosen durch ihre einheitliche Kriegsleitung und durch die Bedeutung ihrer Feldherrn vor den Verbündeten voraus hätten. Mit der Thätigkeit des kaiserlichen Feldherrn

[1] Lisola an Hocher, s. d. St.-A. (Lisolaniana.) Vergl. auch „Conceptus quomodo exercitus Majestatis Caesareae hoc anno 1674 cum interessatis contra Gallos incipi et practicari possit. St.-A. (Lisolaniana.)

Bournonville war er durchaus nicht einverstanden. „Um nichts zu verhehlen, schrieb er Ende März 1674 an Montecuccoli,[1] muss ich bekennen, dass wir nichts gutes zu erwarten haben, wenn die Dinge in dem Stande bleiben, in dem sie sich befinden. Man wird nichts ohne Instructionen thun, die wiederum nie so genau abgefasst sein können, um alle eventuellen Fälle zu berücksichtigen. Man wird sie interpretiren, wie man will, stets genügend Vorwände haben, um nichts zu thun..... Man wird so spät als möglich in's Feld rücken, sich mit aller Welt verfeinden und unsere Sache so discreditiren, dass wir zu nichts mehr gut sein werden. Wir brauchen einen Führer, der Ansehen und Autorität geniesst in der Armee, der geliebt oder wenigstens gefürchtet ist von den Officieren und zu dem die Alliirten Vertrauen haben. Der Unsrige hat von alledem nichts, der Prinz von Oranien verhandelt nicht mehr mit ihm."

Am liebsten hätte er gesehen, wenn Montecuccoli wieder an die Spitze des Heeres getreten wäre. Er wurde auch nicht müde, auf directem und indirectem Wege dem alternden Manne die Ueberzeugung beizubringen, dass es seine Pflicht sei, das Schwert wieder in die Hand zu nehmen. Aber Montecuccoli blieb fest und Lisola musste sich begnügen, dass Bournonville, dessen Absetzung er nicht zu erwirken vermochte, in seinem Commando eingeschränkt wurde und dass Souches, den Lisola empfohlen hatte, eine leitende Stellung erhielt.[2] Was aber den kaiserlichen Gesandten am meisten betrübte, war das lange Zögern der Verbündeten, die Woche auf Woche verstreichen liessen, während Ludwig XIV. die Grösse der ihm drohenden Gefahr erkennend, mit bewunderungswürdigem Scharfblicke das nächste und wichtigste in's Auge fasste, mit einer auserlesenen Truppenschaar im April 1674 in die Franche-Comté einfiel, nicht nur um dieses Land zu besetzen, sondern um durch den Besitz desselben einem Einfalle der Verbündeten in Frankreich vorzubeugen.

Lisola war über den Ausgang dieser ersten Kämpfe entrüstet, aber nicht erstaunt; er hatte das Unglück kommen gesehen, hatte gewarnt, ohne gehört zu werden. Jetzt klagte und jammerte man am Wiener Hofe, that aber noch immer nicht, was die Einsichtigen riethen. Turenne hatte, solange sein königlicher Herr persönlich in der Franche-Comté kämpfte, seine Aufgabe darin gesehen, den Verbün-

[1] Lisola an Montecuccoli, 25. März 1674. St.-A. (Lisolaniana.)

[2] Vergl. Lisola's Schreiben an Hocher d. d. 27. März 1674. St.-A. (Holl.)

deten den Zugang zu dieser Provinz zu verlegen. Nachdem aber die Hauptfestung der Freigrafschaft gefallen war, wendete er sich nördlich nach den Neckargegenden und suchte in Eilmärschen die lothringische Armee vor ihrer Vereinigung mit den kaiserlichen Truppen zu erreichen. Lisola hatte Kenntniss von diesen Plänen Turenne's und daher drang er unaufhörlich in die Feldherren der Verbündeten, dem Feinde zuvorzukommen, sich rasch zu vereinigen und dann mit gesammter Kraft den Gegner zurückzuweisen. Allein wie so oft predigte er auch jetzt tauben Ohren. Wohl entschieden sich die Heerführer im Principe für die Vereinigung, allein man liess sich Zeit und ermöglichte es dadurch Turenne, der seine Soldaten in Eilmärschen vorrücken liess, frühzeitig genug einzutreffen, um die unter dem Lothringer und Caprara stehende Armee vor ihrer Vereinigung mit den kaiserlichen unter Bournonville dienenden Truppen bei Sinzheim anzugreifen. Einen entscheidenden Sieg erfocht er hier zwar nicht, aber die Verbündeten mussten das Schlachtfeld räumen. Erst dann erfolgte die Vereinigung ihrer Truppen mit denen Bournonville's. So war in der ersten Hälfte des Jahres nichts oder wenig erfreuliches geschehen, obgleich die Truppen der Verbündeten denen Frankreichs an Zahl überlegen, die Verhältnisse ihnen ausserordentlich günstig waren. Lisola empfand tiefen Kummer über das, was geschehen war. Wie anders hatte er sich den Kampf gedacht. Statt im Herzen Frankreichs auf Kosten des Feindes diesen zu bedrohen, musste man auch in diesem Jahre, wie in den früheren, in mühevollen Schlachten den vorwärtsdringenden Gegner zurückzuhalten suchen. Und was ihn am meisten quälte war die Ueberzeugung, dass die Sache auch in Zukunft sich nicht bessern werde, es sei denn, dass ein energischer Mann am Hofe des Kaisers seinen Ideen zum Siege verhalf. Einen solchen kannte Lisola aber nicht, zumal seitdem auch Montecuccoli nicht mehr so warm für eine energische Kriegsführung eintrat. Da kam ihm der Gedanke, selbst seine Ideen dem Kaiser gegenüber zu vertreten, von Person zu Person zu seinem Herrscher zu sprechen, ihm rückhaltslos die Wahrheit zu bekennen. Lisola gehörte nicht zu denen, die zu gering von ihren Fähigkeiten denken und die dadurch den Muth verlieren, mit ihrer ganzen Person für die Idee einzutreten, die sie als richtig erkennen; er wusste, wie oft es ihm bereits gelungen war, seiner Ansicht allen Schwierigkeiten zum Trotze zum Siege zu verhelfen, welche Wandlungen er bei Menschen der verschiedensten Stellung und Denkweise bewirkt hatte. Warum

sollte es ihm nicht bei seinem Herrn gelingen, an dessen redlicher Gesinnung, an dessen ehrlichem Willen die Interessen des Reiches zu wahren, soweit dies mit dem Schutze der eigenen vereinbar war, er keinen Augenblick zweifeln konnte? Was Leopold I. fehlte, war die Kraft sich rasch zu entschliessen. „Vermöchte man doch den Kaiser so leicht zum handeln zu vermögen, als man ihn zum Rath annehmen bewegen kann," hatte Hocher geschrieben. Lisola war entschlossen, das zu wagen. Sich seinem Herrn zu Füssen zu stürzen und mit aufgehobenen Händen um einen raschen, entscheidenden Entschluss zu bitten, hat er seinen Freunden gegenüber als den wahren Zweck seiner Reise nach Wien bezeichnet.[1]

Der erbetene Urlaub wurde ihm gewährt. Der Kölnisch-österreichische Vertrag war zwar noch nicht abgeschlossen, die Fortführung der Verhandlungen aber auch in Wien möglich. Im August trat Lisola die Reise nach der Hauptstadt Oesterreichs an, die er seit mehr als einem Decennium nicht gesehen hatte; körperlich gebrochen, aber geistesfrisch und kampfbereit.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Lisola's Ende. Rückblick.

Die Reise Lisola's von Köln nach Wien dauerte mehrere Wochen. Er sprach überall vor, wo er etwas zu erfahren oder auf irgend jemanden einwirken zu können hoffte. Er pflog vertrauliche Unterredungen mit den Kurfürsten von Trier und Mainz und mit deren Räthen. Immerhin hatte er auf der langen Fahrt Musse genug, sich mit dem zu beschäftigen, was ihn an den Wiener Hof führte, mit seiner Zukunft und mit dem Schicksal der grossen Sache, die er vertrat. Er konnte sich, wenn er dies that, nicht verhehlen, dass der Wiener Hof, den er jetzt wiedersehen sollte, ein ganz anderes Aussehen haben werde, als jener, den er vor 10 Jahren verlassen hatte. Von den drei Männern, die damals die entscheidende Rolle am Hofe Leopold I. gespielt hatten, war der eine, Fürst Portia, der Gönner und Förderer Lisola's, längst gestorben; der zweite, Fürst

[1] Schreiben Lisola's vom 13. und 26. April 1674. St.-A.

Weichard Auersperg, der entschiedenste Feind Lisola's, seit Jahren seines Amtes entsetzt, verbrachte grollend seine Tage fern vom Hofe, immer von Neuem mit Plänen beschäftigt, die verlorene Stellung wieder zu gewinnen; der dritte, Fürst Wenzel Lobkowitz, Lisola feindlicher gesinnt als er zu zeigen liebte, war nahe daran, den Weg Auerspergs zu wandeln. Und Lisola durfte sich sagen, dass er zum Sturze der beiden Männer, die nicht nur seine persönlichen, sondern auch Gegner der von ihm vertretenen Ideen waren, sein redlich Theil beigetragen hatte. Immer wieder hatte er in offener und verhüllter Weise auf die Unmöglichkeit hingewiesen, zu einer erfolgreichen Thätigkeit zu gelangen, solange Männer im Rathe des Kaisers sässen, die dessen Interessen nicht berücksichtigen wollten, und in unvergleichlicher Weise hatte er es verstanden, die feindlich Gesinnten in gegenseitigem Kampfe zu schwächen. Liest man Lisola's Schreiben an den Fürsten Lobkowitz aus den Jahren 1668 und 1669, so sollte man meinen, er habe von der Alleinherrschaft dieses Mannes, die dem Sturze Auerspergs folgen werde, das Heil Österreichs und die Förderung seiner Ideen erwartet. In der That aber kam es ihm lediglich darauf an, den Sturz Auerspergs herbeizuführen, um dann in noch heftigerer Weise den Kampf gegen den Sieger aufzunehmen. In all seinen Schreiben an Montecuccoli, Grana, Schwarzenberg, insbesondere aber in jenen an Paul von Hocher, den Hofkanzler, in dem Lisola schon frühzeitig die kommende Grösse sah, betont er mit aller Entschiedenheit die Nothwendigkeit, sich dieses gefährlichen Gegners zu entledigen. Dass seine Pläne nicht die erwünschte Unterstützung fanden, dass die Freunde zögerten, energisch vorzugehen, mehrte nur seinen Hass gegen Lobkowitz. „Seit den vier Jahren, die ich hier zubringe, schrieb er in einer Stunde gerechter Entrüstung zu Beginn des Jahres 1673,[1] habe ich immer bemerkt, dass die Sache nicht ernst geführt wird und ich habe die ganze Zeit damit zubringen müssen, die Scrupel zu benehmen, die fortwährend am kaiserlichen Hofe auftauchten. Und als der Kaiser schliesslich gezwungen durch die unerträglichen Insulten der Franzosen zu den Waffen griff, sollte er das Reich, die spanischen Niederlande, den Rhein und die Kaiserkrone selbst aufgeben, nur damit er den Franzosen nicht missfalle? Sollte er gestatten, dass die Holländer vernichtet werden, was die Herrschaft der Franzosen über ganz Europa

[1] Lisola an Hocher d. d. 21. Febr. 1673. St.-A. Vergl. Grossmann l. c. 107 f.

unvermeidlich zur Folge gehabt hätte? Oder sollte er warten, bis er nach Unterwerfung der anderen Fürsten, nach Verlust der Ehre und der Freunde, allein auf leichte Weise besiegt würde? Oder könnten etwa diese klugen Rathgeber mit gutem Gewissen rathen, dass er diese ganze Tragödie ruhig ansehe und seine ganze Sicherheit in die Treue und in die Versprechungen der Franzosen setze? Oder hätten dieselben Minister, wer sie auch seien, dem Kaiser Bürgschaft leisten wollen, dass die Franzosen nie etwas gegen ihn unternehmen werden, wenn er ihnen alles übrige zum Raube überlasse? Waren sie nicht selbst Zeugen so vieler Treulosigkeiten, welche die Franzosen bei geheuchelter Freundschaft ausübten? Oder ist ihnen unbekannt, mit welchen Kniffen sie die kaiserliche Autorität auf dem Reichstage angriffen, welche Intriguen sie schmiedeten mit dem pfälzischen Hause und mit anderen Reichsfürsten und namentlich mit Schweden? . . . . Etwas geheimes muss dahinter stecken, was uns bei den Verhandlungen mit den fremden Mächten hindert. Ich wage nicht mehr zu sagen in dieser Sache. . . . . Gebe Gott, dass, wenn etwas böses dahinter ist, es an's Licht komme. Man darf in solchen Sachen nicht erst den vollen Beweis abwarten; viele Anzeichen geben den Schein der Wahrscheinlichkeit, hinlänglich um wirksame Heilmittel zu suchen, zumal da, wo es sich um das Heil des Fürsten und des Staates handelt: denn sonst wird kein gewissenhafter Minister mehr wagen seinem Herrn zu sagen, was er denkt, noch thun, was er für gut hält. Unser heutiges Unglück rührt nicht von den neuesten Entschlüssen des Kaisers her, die den Beifall aller Guten gefunden haben, sondern von längst vorher gesehenen Irrthümern. Der Kaiser prüfe also, wer die Urheber waren, dass die spanischen Niederlande 1667 im Stiche gelassen wurden, während sie mit geringer Hilfe zu erhalten gewesen wären; er prüfe, wer ihm im folgenden Jahre gerathen hat, die Veteranen, den Kern und die Grundlage seiner Macht, zu entlassen, ... er prüfe mit welchen Schlichen das mit Schweden eingeleitete Bündniss hintertrieben wurde, woher die Uebel, die uns vom Norden drohen, allein herrühren. Jeder weiss, wer das Bündniss mit Mainz, Trier, Lothringen und mit den Generalstaaten verhindert hat u. s. w.“ Und in diesen Anklagen gegen Lobkowitz war er fortgefahren, bis derselbe das Vertrauen seines Herrn ganz verloren und im Sommer 1673 um seine Entlassung gebeten hatte. Leopold hatte sie ihm nicht gewährt; Lobkowitz trat von Neuem an die Spitze der Geschäfte, aber doch nur dem Namen nach. Seit dem

Frühjahre 1674 galt sein Rath fast nichts mehr; im Herbste, zur Zeit, da Lisola in Wien eintraf, schien die Katastrophe bevorzustehen.

Von den übrigen einflussreichen Männern, die im Jahre 1664 bereits eine hervorragende Rolle gespielt hatten, lebten und wirkten noch einige, zumeist persönliche Freunde Lisola's; der kaiserliche Feldherr, Raimund Montecuccoli, der, obgleich alt und gebrechlich und von Krankheit heimgesucht, ob seiner Erfahrung, ob seiner Talente, und ob seines im letzten Jahre neu erworbenen Ruhmes beim Kaiser in hohem Ansehen stand, der hochbegabte Johann Adolf von Schwarzenberg, der es meisterlich verstanden hatte, sich langsam aus der Reihe der nach Amt und Würden strebenden herauszuarbeiten und immer mehr an Ansehen gewann, Graf Lamberg, ein Freund Lisola's und ein vertrauter Rathgeber des Kaisers, dem er persönlich ausserordentlich behagte. Mehr aber als auf die Erneuerung seiner Bekanntschaft mit all diesen Männern freute sich Lisola auf die Begegnung mit Paul von Hocher, dem österreichischen Hofkanzler, der erst nach Lisola's Abreise von Wien zu Macht und Ansehen gelangt war, auf den Lisola einen so grossen Einfluss geübt, von dessen Begabung er eine so hohe Meinung hatte, der ihm vom Schicksale bestimmt schien, eine entscheidende Rolle in dem grossen Kampfe zu spielen, der ausgefochten werden musste. Und mit dem Wechsel der leitenden Persönlichkeiten war ein solcher auch in den Anschauungen des Wiener Hofes eingetreten. Die Idee, für die Lisola seit zehn Jahren mit dem Feuereifer des begeisterten Mannes kämpfte, hatte durch seine unermüdliche Thätigkeit bei den meisten Staatsmännern am Hofe Leopold I. Wurzel gefasst; jeder principielle Widerstand war beseitigt; und mit Lobkowitz Sturze und mit dem Abgange Gremonville's waren die thätigsten unter den Gegnern Lisola's kampfunfähig gemacht. So durfte dieser hoffen, sein Werk rasch fördern, sein Ziel in Kürze erreichen zu können. Am 10. September langte er in Wien an.[1] Der Empfang, der ihm bereitet wurde, übertraf seine Erwartungen. Leopold I. überhäufte ihn mit Lob, liess ihm 30000 Gulden als Lohn für seine Dienste anweisen und stellte grössere Auszeichnungen in Aussicht. Seine Freunde beeilten sich, ihn aufzusuchen; seine Gegner bemühten sich um eine Annäherung oder wichen ihm aus; offenen Widerstand, fand er nicht. Lisola säumte nicht, sogleich an's Werk zu schreiten. Er hatte, wie oft

[1] Diarium Europaeum, XXXI. Bd. p. 12.

vorher, auch diesmal Arbeitsmüdigkeit als Grund des geforderten Urlaubes bezeichnet und er war ruhebedürftig, aber er gönnte sich keine Rast. Galt es ja jetzt mehr denn je, an der Vollendung des grossen Werkes zu arbeiten, das ihm seines Lebens erstrebenswerthes Ziel schien. Die Verhandlungen mit den Vertretern Maximilian Heinrichs von Köln und Christoph Bernhards von Münster wurden fortgeführt; Frobenius von Fürstenberg und Hamm, die Bevollmächtigten dieser beiden Fürsten, zeigten sich bereit, bei Berücksichtigung ihrer Forderungen sich auf's engste mit dem Kaiser zu verbinden.[1] Die kriegerische Stimmung am Wiener Hofe nahm sichtbar zu; sie zeigte sich in der Entschiedenheit, mit der man Esaias Pufendorfs Anträge zurückwies;[2] sie zeigte sich noch mehr durch das am 15./25. September erlassene Verbot, französische Waaren zu verkaufen, das, in der schroffsten Form abgefasst, den Handelskrieg gegen Frankreich eröffnete,[3] den Lisola schon im Bouclier und seitdem immer wieder als eine unumgängliche Nothwendigkeit bezeichnet hatte.[4] Und wenige Wochen darauf vollzog sich die erwartete Katastrophe: Lobkowitz fiel.[5] Seine Stellung

[1] In den Abtheilungen Col. und Monast. sind die Acten über diese Verhandlungen enthalten.

[2] Vergl. dafür auch den Bericht Pufendorfs bei Helbig l. c. 36 f.

[3] Vergl. Diar. Europ., XXXI. p. 12.

[4] So im Traité politique etc. aus dem Jahre 1671; also zur Zeit, da Becher, der gleichfalls sehr energisch für diese Idee eintrat und Handelsverträge zwischen den Holländern und Österreichern abschliessen wollte, im Haag weilte; so im Jahre 1673, 8. Juni, als er nach Wien schrieb, das sicherste Mittel, gegen Frankreich mit Erfolg zu kämpfen, wäre, wenn Österreich, Spanien, Holland und England sich einigten „ad obstruendam divitiarum scaturiginem, quibus Gallia luxuriat. Haec enim est omnium bellorum radix et ambitionis fomes, qua rex iuvenis et mediis abundans ad quaevis audenda et patranda incitatur et cum illae opes (prout jam multoties decantavi) ex nostro tantum luxu et vana curiositate conflentur, facile exhauriri posset ille fons, si tantum desineremus illum nostris divitiis implere: Ideoque conveniendum inter nos fore videretur de modo et forma ad excludendas seu directe seu per indirectum merces gallicas.“ Haller l. c. 105 Anm. Auch Wassenberg in seiner „Aurifodina Gallica“ berichtet ausführlich in diesem Sinne; vergl. Haller l. c. 101 ff.

[5] Zu den abenteuerlichsten Mittheilungen über die Gründe des Sturzes des Fürsten Lobkowitz gehört die Nachricht eines gewissen Bilderbeck aus Köln, der am 6. Nov. 1674 nach London berichtete: „Les lettres de Vienne rencontent de Lobkowitz des choses horribles et presque incroyables, a savoir qu'il a taché de procurer a un de ses fils la couronne de Bohême, et d'oster la vie à l'Imperatrice par poison ou quelqu'autre moyen infame.“ Rec. Off.

nahm vorerst Niemand ein; aber jene, die seinen Sturz herbeigeführt hatten und die leitenden Aemter bekleideten, waren in ihrer grossen Mehrzahl entschiedene Anhänger Lisola's und seiner Ideen. Mit um so grösserem Eifer nahm dieser seine Arbeit auf. Zu Beginn des Monates November verfasste er ein Project, das dem Bischofe von Münster vollauf genügen konnte, dessen Hilfe dem Kaiser dauernd gesichert werden sollte; am 19. November finden wir ihn neben Montecuccoli, Abele und anderen ernstlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Neuerliche Ausstellungen Hamms veranlassten ihn, am 15. December 1674 ein neues noch entgegenkommenderes Project vorzulegen;[1] denn an der Einigung Deutschlands war ihm alles gelegen; nur wenn sie gelingen sollte, hoffte er auf einen entschiedenen Sieg über Frankreich. Und sein Drängen wurde um so lebhafter, je weniger die vom Kriegsschauplatze einlangenden Nachrichten ihn befriedigten.

Wir erinnern uns, dass sich die Wiener Regierung erst zu spät von der Nothwendigkeit hatte überzeugen lassen, die Vereinigung der unter dem Herzoge von Lothringen und Caprara stehenden Armee mit jener, die Bournonville leitete, zu vollziehen und dass Turenne, von diesem Plane unterrichtet, in Eilmärschen gegen den Lothringer gezogen war und ihn noch vor erfolgter Einigung bei Sinzheim zum Rückzuge gezwungen hatte. Die Vereinigung der beiden Armeecorps erfolgte dann zwar, aber Bournonville, auf dessen Unfähigkeit Lisola so oft hingewiesen hatte, ohne seine Absetzung erwirken zu können, wagte auch jetzt keinen entscheidenden Schlag gegen Turenne zu führen, liess sich vielmehr über den Main zurückdrängen, um bei Frankfurt auf neue Hilfstruppen zu warten. Lisola war noch am Rhein, als dies geschah; er erneuerte seine Vorwürfe gegen Bournonville; denn er sah durch dessen Vorgehen die Durchführung seiner Kriegspläne nicht nur verzögert, sondern überhaupt in Frage gestellt. Seine Hoffnung ruhte in dieser Zeit auf den Operationen der Nordarmee, wo neben Souches, dem Lisola mehr zutraute als Bournonville, die Spanier unter Monterey und die Niederländer unter dem Prinzen von Oranien den Kampf gegen die unter Condé's Führung stehenden Franzosen führen sollten. Insbesondere von des Oraniers Plänen, die in allen Stücken den seinen entsprachen und einen raschen Zug in's Innere Frankreichs zum Ziele

[1] St.-A. Vom 17. Dec. liegt ein auch von Lisola unterzeichnetes Protokoll vor,

hatten, hoffte Lisola das beste. Allein auch hier entsprach das Resultat nicht den Erwartungen. Wohl schrieben sich die Verbündeten den Sieg in der Schlacht bei Senef vom 11. August 1674 zu; allein der von ihnen gefasste Plan, die Franzosen aus den spanischen Niederlanden hinauszudrängen und in Frankreich den Krieg auf Kosten der Franzosen zu führen, erwies sich vorerst als undurchführbar. Streitigkeiten zwischen den Heerführern, unter denen de Souches eine seinen Leistungen durchaus nicht entsprechende Stellung forderte, hatten neue Verluste und später die Abberufung de Souches' zur Folge. So war die Lage der Dinge, als Lisola in Wien eintraf. Hier erfuhr er, dass man sich zu neuen Thaten emporgerafft, dass die Armee am Rhein bedeutenden Zuzug erhalten habe, dass sie etwa 34000 Mann stark sei und eine wesentliche Unterstützung von dem Brandenburger zu erwarten habe, der durch den am 1. Juli 1674 abgeschlossenen Vertrag[1] den lang ersehnten Wechsel vollzogen hatte und mit allem Eifer daran war, durch energisches Vorgehen den Beweis dafür zu liefern, dass er nur durch das Verhalten seiner Verbündeten zum Abschlusse mit Frankreich genöthigt worden, im Grunde seines Herzens aber immer ein Gegner des stolzen Franzosenkönigs geblieben sei. Lisola fasste von Neuem Hoffnung. Wenn die verbündeten Truppen zielbewusst und ohne Rücksicht auf ihre Sonderinteressen vorgingen, den Marsch über den Rhein in das Elsass forcirten, war im Hinblick auf die Ueberlegenheit ihrer Truppen das beste zu hoffen. Allein auch jetzt zeigte sich die Schwierigkeit, diese verschieden gearteten Truppen und ihre von besonderen Interessen bestimmten Führer zu einem geschlossenen Vorgehen zu vermögen. Der Pfälzer forderte die Belagerung von Philippsburg, der Herzog von Lothringen den Zug nach Lothringen, während die Braunschweiger für den Kampf auf des Reiches Boden eintraten. Einige Versuche gegen Turenne vorzugehen, wurden von diesem zurückgewiesen. Erst nach langen Berathungen einigte man sich, über Strassburg in das Elsass vorzudringen. Die Bürger der Stadt, in ihrer Mehrzahl gut deutsch gesinnt, unterstützten die Armee der Verbündeten; es gelang Caprara, die Rheinbrücke zu besetzen; ein Versuch der Franzosen, ihn von dort zu vertreiben, wurde zurückgewiesen; der Weg in's Elsass war offen. Ende September nahm Bournonville, der Führer der

[1] Mörner l. c. 383 ff.

kaiserlichen Armee zwischen Rhein und Vogesen eine äusserst günstige Aufstellung, die zweifellos die Besetzung des Elsass und den Marsch nach Lothringen oder in die Franche-Comté zum Ziele hatte. Aber auch diesmal durchschaute Turenne die Pläne seines Gegners und entschloss sich, da er wusste, dass Bournonville die Ankunft der Brandenburger abzuwarten wünsche, den Gegner alsbald zur Schlacht zu zwingen. Am 4. October fand dieselbe bei Enzheim — in der Nähe von Strassburg — statt. Sie blieb, nachdem von beiden Seiten lange und tapfer gestritten worden war, unentschieden; Bournonville hatte durch seine Schuld den Sieg verscherzt. Eine Aenderung der militärischen Verhältnisse trat aber nicht ein; die kaiserliche Armee blieb in der Gegend, in der sie sich befand und wartete auf die Ankunft der Brandenburger. Auf diese Truppen, deren Kriegstüchtigkeit in Europa weit und breit gerühmt und geschätzt wurde, setzte auch Lisola seine Hoffnung. Er kannte die Tapferkeit brandenburgischer Soldaten, er schätzte das Feldherrntalent Friedrich Wilhelms, der persönlich den Kampf zu führen entschlossen war und er erhoffte von dem entschiedenen Auftreten dieses Fürsten, dem seine Stellung und seine Bedeutung die Berechtigung gaben, die Führung zu beanspruchen, die lang ersehnte nothwendige Einheit, deren Mangel den Franzosen mehr als alles andere die Siege über den Gegner erringen half. Allein statt Nachrichten von entscheidenden Kämpfen langten im Laufe der Monate October und November nur Mittheilungen von heftigen Differenzen zwischen Friedrich Wilhelm und Bournonville und von der Weigerung des letzteren ein, einen offenen Kampf zu wagen. Lisola's Zorn wuchs; er war vollkommen durchdrungen davon, dass der Kurfürst von Brandenburg das richtige traf, wenn er in dem zur Rechtfertigung seiner Haltung verfassten Berichte die Behauptung aussprach, „wenn Raison hätte angenommen werden wollen, wäre der Feind in unseren Händen gewesen und vollkommen ruinirt worden."[1] Immer von Neuem drang Lisola direct und durch Montecuccoli in den Kaiser, Bournonville abzuberufen, oder demselben strengste Ordre zu geben, sich in allem und jedem den Befehlen des Kurfürsten zu fügen. In der That erfolgte zu Beginn des Monates December ein erfreulicher Wechsel. Gegen Ende November hatten die Truppen der

[1] Vergl. Erdmannsdörffer l. c. 604. Für die Kriegsereignisse Rousset l. c. II. 72 ff.; Peter l. c. 217 ff.; Erdmannsdörffer l. c. 596 ff.

Verbündeten die Winterquartiere bezogen; aber diese sollten nicht allein der Ruhe dienen; es galt das Land, in dem man sich niederliess, vor allem aber das Elsass, zu schützen. Weitere Pläne wurden gefasst; die Brandenburger sollten Breisach blokiren; andere Truppen Hünigen und Belfort cerniren; der Lothringer wollte in sein Land einfallen; braunschweigische und münsterische Truppen wollten den Zug in die Franche-Comté versuchen. Also wiederum neue Hoffnungen, neue Pläne, die im wesentlichen doch auf das hinausliefen, was Lisola und mit ihm alle Verständigen seit Jahren als Ziel aller Bestrebungen bezeichneten, die Führung des Krieges auf Feindes Boden und auf Kosten desselben. Lisola's leicht erregbare Phantasie arbeitete von Neuem und zwar um so lebhafter, als er gegründete Hoffnung hatte, in Kurzem eine Stellung zu erhalten, die ihm die Durchführung seiner Pläne wesentlich erleichtert hätte.

Allein schon war es zu spät; Lisola spürte seine Kräfte schwinden; wiederholt hatte er sich in den letzten Monaten vom Krankenlager aufgerafft, um zu wirken, zu schaffen; diesmal waren alle seine Bemühungen vergebens.

Die Mittheilung von der ihm zugedachten Verleihung der Geheimrathswürde traf ihn sterbend. Mit der Ruhe des Philosophen ging er an die Ordnung seiner Angelegenheiten. Am 18. December verfasste er sein Testament, im Bewusstsein „meinem mehr als mein Leben geliebten Kaiser so gedient zu haben, dass ich mich nicht entsinne bei irgend einer Sache oder bei irgend einem Rathe etwas anderes im Auge gehabt zu haben, als seinen Ruhm, seinen Vortheil und seine Sicherheit."[1] Er bat um ein einfaches Begräbniss bei den Schotten, ohne Pomp, ohne jene nichtssagenden Lobessprüche, die den Verstorbenen zu Theil werden, und empfahl seinem Kaiser das Wohl von Weib und Kind.

Schon vorher hatte er in einer Stunde der Schmerzlosigkeit sein politisches Testament verfasst, eine köstliche kleine Schrift, voll Geist und Witz.[2] Er vermacht in demselben u. a. seine Feder dem kai-

[1] Testament Lisola's vom 18. Dec. 1674. Hofbibliothek in Wien, Handschrift 12462. p. 76 f. Zum Testamentsexecutor bestellt er den Grafen Sinzendorf, den Hofkammerpräsidenten; Legate erhalten die Jesuiten und andere Orden.

[2] Das politische Testament Lisola's habe ich nach einem Manuscripte des British Mus. in London abgedruckt im 8. Bande der Mitth. des Institutes für öst. Gesch. p. 315 f.; wie aus dem Catalogue général des Manuscripts des bibliothèques publiques de France, Départements, Tome XII. Orléans p. 285 f. zu ersehen

serlichen Adler, der seit langem nur mehr mit einem Flügel schlägt, seinen Verstand dem guten van Beuningen „pour subvenir à sa necessité; er preist in demselben aber auch die hohen Fähigkeiten der beiden französischen Feldherrn, die noch in jüngster Zeit so deutliche Proben ihrer Begabung geliefert hätten und findet selbst für Ludwig XIV. Worte der höchsten Anerkennung. Am Morgen des 19. December verschied Lisola. Sein Tod wurde allgemein als ein schwerer Verlust für das ganze Haus Österreich aufgefasst. „Der Baron von Lisola, schrieb Francesco Michieli am 22. December, hat in einem Alter von 65 Jahren[1] der Natur den letzten Tribut gezollt; ein bedeutender Verlust für diesen Hof, da er in vielen Dingen sehr erfahren war und grosse Kenntnis erlangt hatte von den Interessen der Fürsten. Den Spaniern zumal muss um ihn sehr leid thun, da er, ein geborener Burgunder, eine aufrichtige Neigung für diese Krone bewahrte." Und ähnlich wie Michieli berichten die übrigen Zeitgenossen über den Tod Lisola's „der mit dem unsterblichen Lobe starb, dass er die Interessen und Belangen seines Herren allezeit mit unverdrossenem Eifer, sowol in Krieges Sachen als der Handelung des Friedens bei Hispanien und denen Herren Generalstaaten wahrgenommen."[2]

Der Kaiser zögerte nicht, seine Theilnahme an dem Schicksale Lisola's zu zeigen. Er nahm sich dem Wunsche des Sterbenden entsprechend der hinterlassenen Wittwe und Tochter an; er wies ihnen beträchtliche Summen an und sorgte, als sich der Auszahlung Schwierigkeiten in den Weg stellten, für die richtige Ausfolgung der bewilligten Summen.[3] Einen tieferen Schmerz empfand er

ist, befindet sich daselbst eine lateinische Version nebst der französischen. Ich glaube, Lisola hat das politische Testament lateinisch abgefasst.

[1] Bericht Francesco Michieli's vom 22. Decbr. 1674. Dispacci. St.-A. Il Baron dell' Isola pure in età di 65 anni ha reso l'ultimo tributo alla natura; perdita considerabile per questa corte; eruditosi in moltiplici manegi et era reso molto prattico degl' interessi de Prencipi et a' Spagnuoli pure deve rincrescere la di lui morte, mentre nato in Borgogna conservava divotione sincera per la corona. L'Imperatore all'hor che seppe disperato il suo caso mandò il Maresciallo di Corte à fargli la mercede del titolo di consigliero secreto; cosi pretendono i Prencipi di ricompensar la perseverenza con incensar i cadaveri de suoi fedeli ministri.

[2] Valckenier, Verwirrtes Europa, II. 556.

[3] Im Hofkammer-Archive liegen eine beträchtliche Zahl darauf bezüglicher Acten. Am 20. November 1674 waren Lisola 30 000 Gulden angewiesen worden; ausgezahlt waren sie, als er starb, noch nicht. Vom 16. Februar, 3. März

aber nicht. Er hatte Lisola geschätzt, geachtet, aber nicht geliebt; er verlor in ihm einen ausgezeichneten Diener, aber keinen Freund. Grosse Freude empfand aber über den Tod des kaiserlichen Gesandten der stolze König von Frankreich. Sein hartnäckigster, zähester und geschicktester Gegner, dessen verschiedenartige Thätigkeit immer dem einen Ziele gewidmet gewesen, war nicht mehr; der Tod Lisola's befreite ihn von seinem unerbittlichsten Feinde.

Wir haben das Wirken Franz von Lisola's, soweit dasselbe dem öffentlichen Leben gewidmet war, eingehend, für Manchen unserer Leser gewiss zu eingehend geschildert; wir sind ihm auf seiner Wanderung durch ganz Europa gefolgt, wir haben mit Bewunderung von den staunenswerthen Erfolgen erzählt, die er in verhältnissmässig jungen Jahren und in niederer Stellung erzielte, und des ausführlichen berichtet, wie allmählig sein Einfluss wuchs, seine Hingebung an die grosse Sache, die er vertrat, Früchte trug, so dass er am Schlusse seines Lebens, von einigen geliebt, von vielen geachtet, von den meisten gefürchtet, ein Hort seiner Freunde, ein Schrecken seiner Feinde, das grosse Werk, in dem und für das er lebte, um ein gutes Stück der Vollendung näher bringen konnte.

Jetzt am Ende dieser langen Wanderung, wo wir die Thätigkeit Lisola's in den 35 Jahren überblicken, die er dem Kaiser gedient hat, können wir uns der Aufgabe nicht entziehen, mit voller Unbefangenheit ein endgültiges Urtheil über die Bedeutung des Mannes und seiner Leistungen zu fällen.

Lisola war von Beruf Diplomat und als solcher zweifelsohne einer der bedeutendsten seiner Zeit. Alle jene Eigenschaften, gute wie schlechte, über die ein Diplomat jener Tage verfügen musste, um gegen seine Amtsgenossen nicht zurückzustehen, hatte ihm die Natur in reichlichstem Masse verliehen und er hatte in jahrzehntelangem Wirken diese natürlichen Gaben auf das trefflichste zu entwickeln verstanden. Er war aalglatt, wenn es sein musste und seiner Sache förderlich war und von unbeugsamer Härte, wenn er auf diesem Wege sein Ziel erreichen konnte. Mit der Wahrheit nahm er es nicht genau; es verursachte ihm nicht die ge-

1675 liegen die Weisungen der Regierung an die Aemter vor, diese 30 000 Gulden, sowie weitere 6000 Gulden, die als Guthaben Lisola's anerkannt wurden, nach und nach auszuzahlen. Allein auch jetzt kam es nicht zur Zahlung. Am 24. Juli urgiren die Wittwe Lisola's und seine Tochter, eine verwittwete Baronin von Sprang, worauf am 18. August eine neue Vertröstung erfolgt. H.-K.-A.

ringsten Scrupel lügenhafte Berichte in die Welt zu senden, oder durch falsch verbreitete Gerüchte von grossen Siegen ein Börsenmanöver schlimmster Art in Scene zu setzen. An Intriguen — auch an solchen niederer Gattung — fand er ein besonderes Vergnügen; Liebesabenteuer der bedenklichsten Art scheute er nicht, wenn es galt einen Plan seiner Gegner zu erfahren, oder diese zu Fall zu bringen. Nur seinem Herrn glaubte er treu und ehrlich dienen zu müssen; den Gegner zu schädigen, schien ihm kein Mittel unerlaubt. Er hat die Heuchelei eine Tugend der Fürsten genannt, und sein Talent in dieser Kunst immer wieder bewährt. Und wie in diesem Punkte ein Schüler Machiavelli's hat er auch in vielen anderen Dingen dessen Lehren vertreten und befolgt. Selbst unbestechlich,[1] zögerte er keinen Augenblick durch Geld für sich und seine Pläne zu wirken. Einen Bundesgenossen zu verrathen, nachdem er ihm ewige Treue gelobt, schien ihm unter Umständen gestattet. Ein Meister der Rede und ein seltener Dialectiker wusste er der schlechtesten Sache eine gute Seite abzugewinnen, auch das verwerfliche als Ausfluss edler Gesinnung hinzustellen. Dabei besass er, was den Diplomaten nicht in letzter Linie ausmacht, ein feines Gefühl für die Grenze des Zulässigen. Trotz seines heftigen Temperamentes wusste er doch immer im geeigneten Momente einzuhalten. Ein seltener Kenner menschlicher Schwächen und gerne bereit sie zu berücksichtigen, hatte er eine grosse Anzahl seiner Erfolge der geschickten Ausnützung derselben zu danken. Sein Talent, sich dort wo er wollte beliebt, ja unentbehrlich zu machen, anerkannten selbst seine Gegner. Wie kaum ein Zweiter kannte er die geheimsten Pläne nicht bloss jenes Hofes, an dem er gerade weilte, sondern fast aller Europa's, in der Umgebung fast aller bedeutenden Fürsten besass er wenigstens einen scharfblickenden, wohlunterrichteten Freund.

Allein nicht diese Eigenschaften sind es, die Lisola so besonders auszeichnen. Er war nicht bloss Diplomat in dem niederen Sinne eines guten Berichterstatters und geübten Höflings, der die Befehle seines Herren geschickt zu vollführen versteht und am Hofe, an dem er beglaubigt ist, eine gute Rolle spielt. Lisola war ein wirklicher Politiker, einer jener Auserlesenen, welche die Dinge nicht an

[1] Vergl. dafür die Stelle im Dénouement, wo es heisst: „Jedoch so weiss jedermänniglich im Grund, wie schlecht der Freiherr von Lisola auf sein Glück bedacht ist. . . . Es könnten etliche französische Ministri ein bewährtes Zeugniss über die Manier geben, womit er sothanige Anbietungen annimmt.

sich herankommen lassen, sondern auf den Gang derselben bestimmend einwirken; einer der wenigen, die nicht die Getriebenen, sondern die Treibenden sind, die, scharfen Auges und kühnen Geistes, ihren Zeitgenossen die Wege bezeichnen, die betreten werden müssen, um den drohenden Gefahren zu begegnen.

Wie der Dichter nichts neues sieht, nichts anderes als die übrigen Menschen, wohl aber die Gabe besitzt, dasselbe genauer und schärfer zu erfassen und in klarerer Weise zum Ausdrucke zu bringen, so ist es auch Aufgabe des wirklichen Politikers in dem Chaos der Erscheinungen das wichtige zu erkennen, es aufzufassen, von allen Umhüllungen zu befreien, die es umgeben und den weniger Scharfsichtigen so nahe an die Erscheinung zu führen, dass auch er sie erblickt. Und in diesem Sinne ist Lisola ein wirklicher Politiker gewesen. Denn er war es, der früher, schärfer und klarer als seine Zeitgenossen die grosse Gefahr erkannte, die Europa von dem übermächtigen Frankreich drohte und der den Muth besass, das als richtig erfasste, in allen Lebenslagen, in Wort und Schrift, seinen Zeitgenossen zum Bewusstsein zu bringen. Wo er immer auftreten und was er thun mag, es ist stets dasselbe Ziel, das ihm vorschwebt, dem er alles unterordnet, dem er dient. Ob er den Russen mit dem Polen, den Holländer mit dem Dänen, den Spanier mit dem Engländer auszusöhnen unternimmt, ob er religiöse, industrielle oder finanzielle Pläne erörtert, immer bleibt das letzte Ziel aller Dinge der Kampf gegen die überlegenen Franzosen, der Kampf um die Freiheit der Nationen, der Kampf um das europäische Gleichgewicht.

Dass Lisola dies gewollt und mit allen Mitteln seines Geistes für die Durchführung dieser Idee gewirkt hat, dass ihm daher ein ehrenvoller Platz unter den Gegnern Ludwig XIV. und unter den Vertretern der Gleichgewichtstheorie gebührt, wird nicht geleugnet. Wohl aber hat man ihm den Vorwurf gemacht, er sei nur ein ausgezeichneter Diplomat, aber kein Staatsmann gewesen: es habe ihm die nothwendigste Eigenschaft des letzteren, der Blick für das Erreichbare gefehlt. Ein schwerer Vorwurf, der — wenn er berechtigt wäre — Lisola's Verdienste und Bedeutung um ein wesentliches verringern würde. Denn ein wahrer Staatsmann wird nie das Unmögliche wollen, er wird stets den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend nur das Erreichbare erstreben.

Mirabeau hat einmal treffend bemerkt: „Zwischen einem Metaphysiker, der in der Stille seines Studirzimmers die Wahrheit in

ihrer Reinheit erfasst, und dem Staatsmanne, der verpflichtet ist auf die Vergangenheit, auf Schwierigkeiten, auf Hindernisse Rücksicht zu nehmen, zwischen dem Lehrer des Volkes und dem practischen Politiker ist der wesentliche Unterschied, dass der eine nur denkt an das was ist, der andere sich mit dem beschäftigt, was sein kann. Der Metaphysiker, der seine Reise auf einer Landkarte macht, springt ohne Mühe über alles hinweg, kümmert sich nicht um Berge und Wüsten, um Flüsse und um Abgründe. Macht man aber eine wirkliche Reise und will man sein Ziel erreichen, so muss man sich immer daran erinnern, dass man auf der Erde einhergeht und nicht in einer idealen Welt." Gehörte nun Lisola wirklich zu diesen Schwärmern, welche die Schwierigkeiten nicht gewahr werden, die im Wege liegen, oder leichten Sinnes über dieselben hinwegsetzen wollen, ohne zu wissen, welche Kraft nothwendig ist, sie hinwegzuräumen? Niemand, der die Thätigkeit Lisola's, wie sie in diesem Buche geschildert wurde, verfolgt hat, wird dies glauben. Lisola hatte eine vollkommene Kenntniss aller Kräfte, die für und wider Frankreich wirkten und wirken konnten. Aber man vergesse nicht, was er bezweckte und mit wem er zu handeln hatte. Wenn Lisola in seinen Berichten an den Wiener Hof die Schwierigkeiten eines Kampfes gegen Ludwig XIV. als geringere darzustellen suchte, als sie in Wirklichkeit waren, so geschah dies durchaus nicht aus Unkenntniss der Verhältnisse, sondern weil er wohl wusste, wie sehr der Kaiser, von seiner Umgebung beeinflusst, die Macht der Franzosen überschätzte und wie schwer es halten musste, Leopold I. zur Leistung dessen zu bewegen, was unerlässlich, aber auch möglich war. Indem der Gesandte die Chancen des Sieges als ausserordentlich günstige bezeichnete, indem er, im strengsten Widerspruche mit den maassgebenden Kreisen am Wiener Hofe, die Fortdauer eines faulen Friedens als das grösste Unglück für das deutsche Reich und für die Erbländer erklärte, hat er thatsächlich den Herrscher Oesterreichs zu entscheidenden Schritten vermocht. Und gerade darin möchte ich einen Beweis seiner staatsmännischen Begabung erblicken, dass er die Fähigkeit besass, immer das Mögliche und Erreichbare im Auge, die verschiedengearteten Menschen zu dem gleichen Ziele auf getrennten Wegen zu führen. Möglich und erreichbar war aber das, was Lisola wollte; eine Einigung aller interessirten Mächte zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner. Was Noth that, war nur ein augenblickliches Zurücktreten

der besonderen Interessen und die Anspannung aller Kräfte, und diesen beiden Dingen hat er immer wieder das Wort geredet. Dass man ihm nie die Möglichkeit bot, als leitender Staatsmann die Pläne durchzuführen, für die er seinen und die Herrscher Europa's zu gewinnen verstanden hat, wird ihm nicht als Schuld beigemessen werden können. Erst in diesem Falle, erst dann, wenn Lisola eine leitende Stellung am österreichischen Hofe erhalten hätte, wenn ihm die freie Entfaltung seiner Kräfte gestattet worden wäre und er trotzdem nichts ausgerichtet hätte, erst dann würde mit Berechtigung gegen ihn der Vorwurf geringer staatsmännischer Begabung erhoben werden können. Die geschichtliche Betrachtung hat es niemals mit dem zu thun, was geschehen wäre: sie begnügt sich damit zu erklären, wie das, was geschehen, geworden ist; sie muss daher auch in diesem Falle davon absehen die Frage der staatsmännischen Begabung Lisola's endgiltig zu lösen. Aber alles, was er in untergeordneter Stellung über sein Amt als Diplomat hinaus gethan hat, trägt die Merkzeichen grossen staatsmännischen Talentes an sich und gestattet uns die Behauptung auszusprechen, dass er in leitender Stellung die Hoffnungen derer nicht getäuscht hätte, die von ihm das Höchste erwarteten. Dass Lisola als Staatsmann oft andere Wege hätte einschlagen müssen, als die, auf denen er als Diplomat und Publicist wandelte, ist gewiss; allein es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass in allen wesentlichen Punkten die von ihm ausgesprochenen Grundsätze die richtigen waren. Lisola's Ernennung zum leitenden Minister wäre einem Programme der entschiedensten Abwendung von Frankreich gleichgekommen; um ihn hätten sich alle jene geschaart, die ihr Zögern mit der Unsicherheit und mit dem Wankelmuthe des Wiener Hofes rechtfertigten, unter seiner Leitung wäre der Krieg gegen Frankreich ohne Rücksicht auf das Sonderinteresse eines Staates im Sinne des allgemeinen Wohles geführt, der Einmarsch in Frankreich versucht worden; er hätte zweifelsohne den Handelskrieg mit aller Macht gegen den westlichen Gegner begonnen und alle jene Kräfte, die dem französischen Königthume ausserhalb und innerhalb Frankreichs widerstrebten, im Dienste der gemeinsamen Interessen zusammengefasst.

Lisola war durch und durch Politiker; einer jener Menschen, die bei allem was sie thun und denken, den Staat und seine Bedürfnisse im Auge behalten. Seine publicistische Thätigkeit, deren Bedeutung wir kurz zu kennzeichnen versuchten, wie seine finan-

ciellen Unternehmungen, die den gewiegten Kenner der Strömungen seiner Zeit verrathen, dienten politischen Zwecken. Lisola griff zur Feder, wenn es galt, einer politischen Idee Anhänger zu verschaffen, falsche Behauptungen seiner Feinde zu widerlegen, unwürdige politische Personen zu discreditiren und er stürzte sich in das Studium der Course, als es galt, durch Börsenmanöver das Zustandekommen wichtiger Staatsverträge zu ermöglichen. Die fortwährende Beschäftigung mit der Politik und der dauernde Aufenthalt unter Menschen, von denen er sich beobachtet wusste und denen er in den seltensten Fällen trauen zu können glaubte, haben auf die Lebensauffassung und auf die Lebensweise Lisola's bestimmenden Einfluss geübt, und Eigenschaften in ihm entwickeln helfen, die nicht dazu beitragen konnten, ihn zu einer allgemein beliebten Persönlichkeit zu machen. Starken Eindruck hat er auf jeden gemacht, dem er begegnete; aber dieser Eindruck war oft ein ungünstiger.

Und es waren nicht nur seine politischen Gegner, die an ihm etwas auszusetzen hatten. Auch österreichische und Politiker befreundeter Staaten mieden seinen vertrauten Verkehr, wollten ihn — was er von den Franzosen immer gesagt — lieber als Freund, denn als Nachbarn haben.[1] Er liess seine Ueberlegenheit fühlen, er machte sich über die Schwächen seiner Mitmenschen lustig und manchen mag ein Witzwort Lisola's tief verletzt haben. Diesen ironischen Zug des überlegenen Weltverachters zeigt auch das uns erhaltene Porträt Lisola's. Dasselbe weicht übrigens so durchaus von denen seiner Zeitgenossen ab, wie Lisola sich von ihnen in der That unterschied. Da ist nichts von dem Selbstbewusstsein, das aus den Gesichtern der namhafteren Staatsmänner jener Zeit hervorleuchtet, nichts von der Pose, von dem Bestreben, dem Körper die Bedeutung zu verleihen, die man geistig zu besitzen glaubt. Es liegt etwas bescheidenes, schüchternes in diesem feinen, zarten Gesichte, das einem Gelehrten anzugehören scheint, der fern vom Weltgetümmel sich mit abstracten Gegenständen beschäftigt und über die Kühnheit erschrickt, mit der er die Argumente seines Gegners widerlegt. Was man aber vor allem in diesem Gesichte vermisst, und was man doch am ehesten in demselben zu finden erwartet, ist der Ausdruck der Energie. Man sieht es diesem Manne, der uns entgegenblickt, nicht an, dass er in

[1] Gallum amicum habeas, non vicinum.

dem Kampfe mit Menschen sich gehärtet, dass er Jahrzehnte lang unter den schwierigsten Verhältnissen gegen den mächtigsten Herrscher Europa's gerungen, dass er allen Anfeindungen seiner Gegner und der Schwäche seiner Freunde ungeachtet seine Idee zum Siege geführt hat, unermüdlich in täglich erneuertem Kampfe. Und doch ist diese Energie, dieses Beharren auf dem einmal als richtig Erkannten mit eine der werthvollsten Gaben Lisola's gewesen. Denn nicht die Fülle der Ideen, sondern das bewusste energische Wirken im Interesse der einen, dem Zeitgeiste entsprechendsten macht die historische Persönlichkeit aus. In diesem Sinne war Lisola eine bedeutende historische Persönlichkeit, denn er hat diejenige politische Idee, die seine Zeit beherrschte, am schärfsten erfasst und am energischesten dahin gewirkt, dass sie Gemeingut seiner Zeitgenossen wurde.

In der österreichischen Geschichte gebührt ihm aber als einem der glänzendsten diplomatischen Vertreter dieses Staates, als einem der beredtesten Anwälte der Grösse des habsburgischen Hauses neben dem grossen Feldherrn, der demselben Manne gegenüber die Sache Leopold I. und zugleich die des Rechtes vertrat, neben Eugen von Savoyen, ein hervorragender Platz.

Anhang.

Der österreich-spanische Vertrag vom 28. August 1673. Original im Staatsarchive zu Wien.

In Nomine Sanctae et Individuae Trinitatis, Dei Patris, Filii et Spiritus Sancti, Amen. Quandoquidem Serenissima Hispaniarum Regina anno nuperrime defluxo promptitudinem suam animumque associandi vires, arma, nec non consilia Ser^mo^ D^no^ Imperatori, Fratri suo aliisque principibus, quêis se huic iungere lubuisset, iam patefecit; et ut propensio, promptitudo voluntasque indefessa magis magisque elucescat, qua tam ardenter indesinenterque promotioni institit, ut orbis Christianus quieta, tranquilla et secura fruceretur pace, ab ea tam enixe peroptata per tot tantaque media quaesita ultro se tunc temporis obtulit mentemque suam circa causae accessionem et Ser^mo^ D^no^ Imperatori, Fratri suo, iunctionem, postquam haud disparem huius animum esse discernebat, propalavit remotaque tractatuum formalitate S. M^ti^. Caes^ae^ in subministrandis subsidiis adesse voluit, annexa desuper declaratione, quod in quocunque discrimine rerum et molimine, cui sese accinctura forent arma confoederatorum, secutura quoque sint regia filii sui Caesarea castra cum omnibus viribus et copiis, sed adeo singula et omnia, ut nil exceptum intelligatur, haud futurum dijudicans praefata M^tas^ Catholica, ut opus tempestivum consentane umque magis amori (quem animitus tot tantisque mota rationibus inducta vinculis conservat ad ponderandum lance eadem causam, rem et commoda Regis Catholici filii et ea quae suam M^tem^ Cae^am^, fratrem suum, tangunt) amplecti queant; quare, cum et nunc huic dictamini ipsissimo constantiori firmiorique inhaereat mente, plusquam lubenti animo iis, quae in art^o^ 8° projecti Generalium Foederati Belgii Ordinum ad aulam Caes^am^ ablegato extraordinario Conrado de Heembskercken ultimo traditi et a dictis Generalibus Ordinibus (uti certo speratur) proxime ratificandi continentur annuit; ubi conventum, quod Ser^ma^ Hispaniarum Regina pro se, pro Serenissimoque Regi Catholico, filio suo, successoribusque in regna et ditiones suas in dicto tractatu proxime ratificando inclusa habeatur

et quod omnia et singula, quae utraque Mas Caesa et Catholica stipulatae pactaeque fuerint, aut super quibus transegerint, respectu memorati tractatus, quem Serenissimus Imperator et provinciae Foederati Belgii invicem pangent, eodem prorsus modo acsi omnes et singuli articuli praefato de verbo ad verbum inclusa forent, censenda sint, prout distinctius contenta memorati demonstrant articuli, quapropter ut felicius efficaciusque ad effectum pertingant ea, quae sibi proposuere utraque Majestas Caesarea et Catholica; ideo ambarum suarum Majestatum deputati plenipotentia idonea instructi, nempe ex parte Suae Caesae Mtis Excellmus atque Illustmus Dominus Joannes Paulus Hocher, Liber Baro de Hoehengran, dictae Suae Mtis Caesae consiliarius intimus et cancellarius aulicus, ex parte vero Suae Mtis Catholicae Excellmus Dominus Don Paulus Spinola Doria ex Proceribus Castellae, Balbaserorum, Pontis Curoni et Casalis Nocetae Marchio, Dux Sestii et Rocae Piperosae Ginosae Dinasta, Carrizosae ac Mestanzae ordinis, militiaeque Sti. Jacobi Commendator, Sermae Regiae Majestatis Cathcae apud Augustimam Caesam Mtem legatus et Illmus Dominus Don Petrus Ronquillo, Alcantarensis militiae eques a supremo Castellae et Indiarum consiliis militaris iustitiae supremus ac Generalis superintendens in provinciis sub circulo Burgundico comprehensis et a praelibata Regina Hispaniarum ad memoratam Caesam Mtem ablegatus, convenerunt, stipulatique sunt tractatum, ea quae sequitur forma et conditionibus.

Primo: Scilicet Sua Mtas Cathca cum consensu Imperatoris et Ordinum Foederatorum Belgii supra allegato foederi proxime a dictis Generalibus Ordinibus, uti certo speratur, ratificando accedit, illud in omnibus capitulis et articulis approbando pariterque promittendo, se cum omnibus viribus copiisque suis adstituram, imo ad omnia quae possibilitatis limites non excedant ultro sese offert, cuncta cum Ordinum Foederatorum copiis sociare et aperto Marte contra Galliam et ejus confoederatos, qui pacificationes Westphalicam, Clivensem et Aquisgranensem violarunt, violant aut violabunt, ut pars compaciscens et pariter principalis agere et se vel Caesareanis conjungere vel separatim, si occasio et ratio belli postulaverit, operari, vel prout inter Caesarem et Hispaniam et Ordines convenietur, arma hostium quovi meliori modo divertere velit et id quidem sine omni temporis mora et quamprimum exercitus Caesus ad finem reparandarum dictarum pacificationum Aegra moverit in Imperium.

Secundo: Similiter iisdem conditionibus et adminiculis spondet

Imperator, se Reginae Cathocae caeterisque confoederatis adfuturum cum omnibus et singulis viribus et copiis sibi parentibus, nisi Turca bellum moverit, promittendo, quod tam copiarum succursu quam caeteris modis omnibus virium officiorumque suorum possibilitatem non excedentibus adhibere velit singula et universa, quae vel maximi vigoris operationes producant finisque hoc in foedere propositi consecutioni favere videantur.

Tertio: Et ut eo facilius sit Imperatori promissa in articulo antecedente, sicut et in secundo confoederationis cum Generalibus Ordinibus stipulandae — quae et pro praesenti inserta habeatur — contenta adimplere, Caesareoque exercitui commodius ad magis strenue aperto Marte operandum pro manutentione pacificationis Westphalicae, Clivensis et Aquisgranensis et ad satisfactionem debitam et repulsionem injuriarum agere, spondet Ser^ma^ Hispaniarum Regina Imperatori solvere singulis mensibus Viennae quinquaginta thalerorum imperialium millia per totum annum tam aestivo quam hyberno tempore, sive in operationibus fuerit exercitus, sive in hybernis constiterit, quamdiu bellum durabit et usquedum pax conclusa fuerit, quae subsidia menstrua initium facient a prima die mensis Augusti, detractis tamen iis, quae iam in deductionem et defalcationem horum menstruorum quinquaginta millium Imperialium anticipato soluta sunt; omnis etiam adhibebitur diligentia, ut solutio horum subsidiorum menstruorum, quantum possibile est, uno alterove mense semper anticipato fiat.

Quarto: Quod si contingeret Caes^um^ exercitum in terris circuli Burgundici ad Suam M^tem^ Cath^cam^ pertinentibus illuc flagrante bello hocque separatim cum Hispanicis vexillis contra aggressorem prosequendi gratia appellentem subsistere, teneatur ista praeter subsidium menstruum quinquaginta millium thalerorum etiam militibus Caes^is^ panem et pro illorum equis pabulum in foeno et stramine sine diminutione memorati subsidii subministrare.

Praeterea conventum est, quod si in Imperio vel extra terras et dominia Regis Catholici bellum geretur, directio armorum sit penes illum, qui authoritate Caesaris exercitui praeest, si vero bellum gereretur in terris et dominiis Regis Catholici, directio armorum regio competat Belgicarum Provinciarum Generali Gubernatori omniaque fiant communicato consilio atque communi consensu.

Sexto: Unusquisque confoederatorum teneatur pro viribus alterius commoda promovere et damna impedire et vel maxime eo

incumbere, ut uno eodemque tempore contra communem hostem operentur quocunque modo possibili.

Septimo: Quae Sua Mtas Cathca et dicti Generales Ordines inter se paciscentur, paciscuntur aut forte iam pacti sunt, pro parte tractatus inter Imperatorem et memoratos Ordines Generales proxime uti speratur a dictis Ordinibus Generalibus ratificandi habeantur, ita tamen, ut nihil in his, quod nominato tractatu inter Caesarem et Ordines proxime, uti certo speratur, ab iis ratificando comprehensum est, sit contrarium, nec ad plus obligetur Imperator, quam memoratum foedus inter ipsum et Ordines continet.

Octavo: Quod attinet ad tractatus pacis, armistitiorum et induciarum, ea omnia repetita intelligantur, quae in modo memorato tractatu, qui inter Caesarem et Ordines proxime concludendus est, pacta sunt; et procedatur in his omnibus et singulis optima et sincera utrinque fide praeviaque communicatione et consensu omnium confoederatorum tam ad tractatum quam pacem, vel armistitium ipsum.

Nono: Nulli partium vigente praesenti foedere tractatum publicum aut secretum cum ullo alio rege, principe vel republica pangere liceat, qui parum multumve deroget, repugnet aut infringat hanc conventionem eamque inter Caesarem et Foederati Belgii Ordines proxime concludendam, utpote quae inviolabilis atque illaesa utrinque permanere debet et casu, quo aliqua tractatio dictae conventioni contraria et in eius praeiudicium fieret, non subsistat, prouti arteo 7° tractatus inter Sacam Mtem Caesam et Generales confoederati Belgii Ordines ab iis, uti certo speratur, proxime ratificandi, pluribus contenta reperiuntur et huic quoque minutissime inserta esse intelligantur.

Decimo: Serenissimus Imperator sicut et Mtas Cathca ex nunc prouti ex tunc spondent, paciscuntur et stipulantur, si contingeret finito et sopito hoc bello Imperatoris vel Regis Catholici provincias et regna a quopiam vel quibusdam invadi, unusquisque ex paciscentibus teneatur invaso praestare guarentigiam eo modo et ratione, prouti partes peculiariter inter se intra trimestre convenerint, cui guarentigiae Status Foederati Belgii Generales aliique reges, principes atque ordines etiam accedere poterunt. Ulterius promittunt Imperator et Regina Catholica omnibus illis, quae ad communem securitatem faciunt, omni meliore modo favere eaque promovere velle atque debere.

Undecimo: Duret hoc foedus in decennium etiam post factam pacem contra omnes sine discrimine, qui invadent unum ex con-

foederatis, secundum normam et conditiones intra trimestre tractandas, iuxta articulum antecedentem.

Duodecimo: Praesentem tractatum ratum habebunt Imperator et Regina Cathca Serenissimi Hispaniarum regis, filii sui, nomine dehinc tribus mensibus et prius, si fieri possit seque obligabunt, pro se et suis successoribus in regna et dominia contenta et accurate custodire, exequi et adimplere; interea tamen singula, quae in hocce tractatu continentur, bona fide adimplenda.

Conclusa sunt haec omnia inter praedictos ambarum Majestatum plenipotentiarios vigore plenae facultatis et mandatorum a suis clementissimis principalibus ipsis commissorum et reciproce commutatorum. In quorum fidem praesens hoc instrumentum a praenominatis dominis plenipotentiariis subsignatum et sigillis munitum est. Actum in civitate regia Bohemica Rochenzainii in festo Sancti Augustini 28. Augusti 1673.

Joan. Paul Hochr L. B. Paulus Spinola Doria.
Don Petrus Ronquillo.

Articulus secretus.

Cum Serenissima Corona Hispaniae in tractatione foederis inter Sacram Caesaream Majestatem et eandem ineundi, id vel maxime desideraverit, ut dicto tractatui inseratur, nullam faciendam cum hostibus pacificationem, nisi hi ab omnibus locis iniuste occupatis fuerint prius exclusi; et licet rationes obstent, cur Sacae Caesae Mti consentire in eiusmodi pactum non sit animus; nihilominus tamen Sua Mtas Caesa se declarat, quod si Deo Ter Optimo placeret arma sua et confoederatorum tanta felicitate beare, ut desiderio Serenissimi Regis Hispaniae, nepotis sui amantissimi, deferre eidemque occasio huius exequendi obtingeret, Suam Mtem Caesam nihil omissuram, quod ab illa iuste et pro ratione circumstantiarum desiderari et fieri poterit.

Ita conclusum inter praedictos ambarum Maiestatum plenipotentiarios vigore plenae facultatis et mandatorum a suis clementissimis principalibus ipsis commissorum et reciproce commutatorum. In quorum fidem praesens hoc instrumentum a praenominatis dominis plenipotentiariis subsignatum et sigillis munitum est.

Actum in civitate regia Bohemica Rochenzainii in festo S. Augustini 28. Augusti 1673.

Joan. Paul Hochr L. B. Pablo Spinola Doria.
Don Petrus Ronquillo.

Personenregister.

Abele, Christoph Freiherr von, Conferenzsecretär, später Hofkammerpräsident 687.

Adelaide, Gemahlin Ferdinand Maria's von Baiern 322. 382. 519.

Akakia, Roger, französischer diplomatischer Agent 205. 223.

Alba, Herzog von, spanischer Staatsrath 271.

Albans, St., Graf, englischer Gesandter in Paris 305 f. 426.

Albrecht, Herzog von Baiern 382.

Alexander der Grosse 1.

Alexei, Michailowitsch, Grossfürst von Moskau 59. 93. 106. 120. 164—167. 183. 221. 230.

Ali, Pascha 243.

Allegretti, Allegretto, kaiserlicher Gesandter in Russland 97 Anm.

Altringen (Aldringen), Johann Graf von, kaiserlicher Feldmarschall 560.

Anhalt, Johann Fürst von, Gesandter Friedrich Wilhelms von Brandenburg in Wien 246. 248. 250. 554. 566. 571.

Anna, Gemahlin Ludwig XIII., Königs von Frankreich 40. 42. 70. 284.

Anna, Henriette Julie, Gemahlin Heinrich Julius Herzogs von Enghien 231 Anm.

Apaffy, Michael, Fürst von Siebenbürgen 243.

Appelboom, schwedisch. Gesandter 462.

Aragon, Cardinal von, 466.

Arlington, Henry Bennet Graf von, englischer Staatssecretär 305. 309. 368 f. 396. 420 f. 430 f. 511 f.

Arpajon, Louis Graf später Herzog von, französischer Gesandter in Polen 61 Anm.

Arundel, Graf, Abgesandter Karl I. von England 12.

Aubery, d', französischer Publizist 362 f.

Auersperg, Joh. Weichard Fürst, österreichischer Minister 98 Anm. 120. 145. 151. 238. 256. 316 Anm. 330. 333 f. 392 f. 405. 407 f. 441 Anm. 448—451. 453. 471. 483 f. 489—494. 499 Anm. 683.

August von Holstein, Führer der brandenburgischen Truppen in Ungarn 247 Anm.

Avaugour, Charles Comte d', französischer Gesandter 93. 114. 129.

Balbases, Mes de los, spanischer Gesandter in Wien 601. 603. 614. 629.

Banz, Otto Abt von, Vertreter Leopold I. in Dresden 571.

Basserode, Herrmann von, kaiserlicher Gesandter in Schweden 319. 336. 343 f. 374—376. 400—402. 414. 432 Anm. 433 Anm. 440. 448 f. 452. 487. 564.

Becher, Joh. Joachim, öst. Commercienrath 686 Anm.

Bergeick, Baron, spanischer Gesandter 418.

Besmaux, Capitain der Garde Mazarins 73.

Beuningen, Conrad von, staatischer Gesandter 429. 691.

Beverning, Hieronymus van, staatischer Gesandter in Köln 621 f. 641. 649.

Bilderbeck, Diplomat 686 Anm.
Bjelke, Steen, schwedischer Reichsrath 402. 448 Anm.
Björnclaw, Matthias Mylonius, schwedischer Gesandter 90. 174. 199. 343.
Blum, Julius Heinrich Freiherr von, kaiserlicher Gesandter 336. 346 f. 383. 414.
Blumenthal, Christoph Caspar, brandenburgischer Gesandter 251. 381. 402.
Bonin, Vertreter Friedrich Wilhelms in Wien 87 Anm.
Borecl, Jakob, staatischer Gesandter in London 394—397.
Bouillon, Frédéric-Maurice de la Tour d'Auvergne duc de 20 f.
Bourbon, Louis de, Graf von Soisson 20 f. 26.
Bournonville, Alexander Herzog von, kaiserlicher Feldherr 654. 680 f. 687—689.
Boyneburg, Johann Christian von, mainzischer Minister 330. 501 Anm. 509. 518 Anm.
Brahe, N., schwedischer Minister 376 Anm.
Brandt, Chr. von, brandenburgischer Gesandter 437 Anm.
Brasser, Dietrich, staatischer Deputirter 675.
Bruyninex, Hamel, staatischer Gesandter in Wien 549. 614—616. 619.
Buckingham, Herzog von, Minister Karl II. von England 371. 398 f.
Burchacky, Wojwode 232 f.
Burkersrode, Joh. Fried. von, sächsischer Gesandter 322.
Buschmann, Kurtrier'scher Rath 384.
Caecilia Renata, österr. Prinzessin 61 Anm.
Caesar 1.
Caprara, A. S. Graf, österr. General 192 Anm. 681. 687 f.
Caracena, Mis de, spanischer Heerführer 265.
Caraffa, Cardinal, 330.
Carlingford, Taaffe Theobald Earl of, englischer Gesandter in Wien 276—278. 285. 290 f. 295 f. 298.
Castelar, Mis de Malagon Cte de, spanischer Gesandter in Wien 335. 341 f. 404. 438. 457 f. 468. 471—473. 481—484. 496. 500. 514—516. 526.
Castel-Rodrigo, Don Manuel de Moura, Markgraf von, Gouverneur der spanischen Niederlande 29 f. 51 f.
Castel-Rodrigo, Don Francisco, spanischer Gesandter, später Gouverneur der spanischen Niederlande 67 f. 71 f. 74 Anm. 259. 266. 275. 281. 308. 310. 314 Anm. 335—337. 339. 341. 367. 373. 394. 396. 398 Anm. 399. 417 f. 424—427. 430. 432 f. 435 f. 442 f. 449 Anm. 451—454. 457. 466. 475 Anm. 481. 500. 526.
Castrillo, Graf, spanischer Minister 265. 280. 284.
Champagne, Gaspar de, Cte de Suse 68. 71. 73 f.
Charlevois, Commandant der französischen Truppen in Breisach 67—70. 74.
Chassan, Frankreichs Gesandter am Hofe Johann Georg II. von Sachsen 347. 574.
Chavagnac, Graf 270. 294.
Chévreuse, Herzogin von, 42.
Chmielnicki, Bogdan, Kosakenhetman 61. 121.
Chmielnicki, Georg, Kosakenhetman 122.
Christian IV., König von Dänemark 21. 27. 46.
Christine, Königin von Schweden 63. 78. 93.
Christoph Bernhard, siehe Galen.
Clarendon, Eduard Hyde Earl of, englischer Minister 304 f. 337. 366—369. 420. 426.
Claudia, Erzherzogin von Österreich 61 Anm.
Claudia Felicitas, Erzherzogin, Gemahlin Leopold I. 598 Anm.
Clemens IX., Papst 473. 490.

Clemens X., Papst, 561. 639.
Coigneux, Präsident 42. 56 Anm.
Colbert, J.B., französischer Minister 550.
Colbert-Croissy, Charles, französischer Gesandter 198 Anm. 208. 213. 452. 474.
Collalto, kaiserlicher Gesandter 243.
Columni, Resident Johann Casimirs in Wien 144 Anm.
Condé, Heinrich Prinz von 40. 42.
Condé, Ludwig Prinz von 231 Anm. 236. 313. 323. 355. 425. 430. 566. 687.
Cottington, Francis Lord, Lordschatzmeister Karl I. 47.
Crequi, Franz Herzog von, französischer Marschall 505.
Cromwell, Oliver 86. 99. 118. 237. 301 f.
Czarnecki, Stefan, polnischer General 171.
Dans, Bürger von Lüttich 655.
David, Lisola's Secretär 232 f.
Digby, Lord, Minister Karl I. 49.
Dobrczenski, Joh. Ulrich, brandenburgischer Rath 107.
Dohna, Christoph D. Graf, schwedischer Gesandter in London 422. 428. 430-433 443 f. 456.
Donellan, Pater 573.
Douglas, Robert, schwedischer General 196.
Downing, Sir Georges, englischer Gesandter im Haag 507.
Ehrenstein, schwedischer Gesandter 638. 644.
Eleonore, Wittwe Ferdinand III. 613.
Eliot, John, englischer Parteiführer 237.
Elisabeth, Königin von England 422.
Elisabeth Charlotte, Tochter Karl Ludwigs von der Pfalz 525.
Emerich Sinelli, Pater, später Bischof von Wien 573.
Enghien, Heinrich Julius Herzog von 231. 236. 323.
Enkevort, Adrian Graf von, Generalwachtmeister 35.
Epernon, Nogaret Johann Ludwig Herzog von 16 f. 36.
Erlach, Jean Louis d', Gouverneur der Festung Breisach 67.
Ernst August, Bischof von Osnabrück 277.
Estrades, Comte d', französischer Gesandter im Haag 423. 429.
Estrée, Gabriele d', Gemahlin Heinrich IV. 26.
Eugen, Prinz von Savoyen 4. 698.
Fagel, Gaspar, Griffier der Gen. Staaten 611. 613.
Ferdinand II., deutscher Kaiser 11 f. 385. 511. 560.
Ferdinand III., deutscher Kaiser 10—15. 17—22. 24—30. 32. 34 f. 37 f. 41—45. 47. 49. 52—64. 67. 69. 75—118 passim, 135 f. 150. 214. 216 f. 257.
Ferdinand IV., deutscher König 257.
Ferdinand, Cardinalinfant, Gouverneur der spanischen Niederlande 17 f. 29.
Ferdinand Maria, Kurfürst von Baiern 169. 322. 349. 382—384. 403. 499. 508. 517—519. 531. 550. 561. 572. 609. 644. 675.
Fernemont, Franz von Barwitz Freiherr von 153. 155. 249.
Ferté, La, Gesandter Frankreichs in England 25.
Feuillade, Mis de la, Erzbischof von Embrun, französischer Gesandter in Madrid 259 Anm. 261. 264. 270. 280—284. 340. 342. 357—359.
Feuquières, Mis de, französischer Gesandter 574.
Foissote, Agent La Valette's 36. 37 Anm.
Forgatsch, Adam Graf, kaiserlicher General 249.
Fragstein, kaiserlicher Resident in Polen 122.
Friedrich II, König von Preussen 77. 389.
Friedrich III., König von Dänemark 120. 127. 138. 141. 153 f. 175 f. 180. 191. 196 f. 206. 209 f. 566. 659 f.

Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz, der Winterkönig 11. 30. 44.
Friedrich, Herzog von Holstein-Gottorp 181.
Friedrich Heinrich, Prinz von Oranien 18.
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 4. 59. 85—88. 96. 98 f. 101—113. 115 f. 120. 123. 126—156. 159 Anm. 169—177. 180—182. 189. 192. 195—198. 200. 203. 209—212. 239—252. 276. 319. 322—325. 336. 347 f. 377—383. 385. 388 f. 402—404. 412. 447. 525 f. 538. 544 Anm. 545. 550. 553—556. 559. 561 f. 564—573. 576. 580. 592. 595—597. 601. 604. 606—610. 613. 627. 678. 688 f.
Friquet, Johann, kaiserlicher Gesandter in Rom und im Haag 122. 182. 186. 305.
Frischmann, Dr. Joh., französischer Agent 192 Anm.
Fuensaldagne, François Perez Cte de, Befehlshaber der spanischen Truppen in den spanischen Niederlanden 71. 73.
Fuente, Graf La, spanischer Botschafter in Wien und Paris 192. 200. 213. 259. 331. 491.
Fürstenberg, Franz Egon Graf, Minister Maximilian Heinrichs von Köln 213. 321. 345. 358. 403. 499. 520. 535 f. 627. 650—652. 672 f.
Fürstenberg, Frobenius, Vertreter Maximilian Heinrichs in Wien 686.
Fürstenberg, Herrmann, kurbairischer Minister 382 f. 519.
Fürstenberg, Wilhelm Graf von, kurkölnischer Minister 7 Anm. 331—334. 345. 349 Anm. 358. 384. 390. 393. 403. 451 Anm. 499. 519 f. 535 f. 627. 650—653. 663—669. 672 f.
Galen, Christoph Bernhard von, Bischof von Münster 274. 276. 278. 297. 321. 380. 485. 521 f. 524 f. 550 f. 571. 580. 597. 605. 609. 627. 641. 648—650. 662 f. 668—671. 686 f.
Gamarra, Don Este de, spanischer Gesandter 456. 459. 461. 463. 475 f.
Gardie, Magnus Graf de la, schwedischer Kanzler 203. 205. 343. 374. 377. 430. 448. 516.
Gascon, Bernhard, englischer Gesandter 598 Anm.
Gaumont, französischer Gesandter 345.
Georg Wilhelm, Herzog von Lüneburg-Celle 277.
Gersdorf, Nicolaus, sächsischer Gesandter 403. 598.
Girardin, kaiserlicher Resident in Polen 154 Anm.
Goess, Johann Freiherr, österreichischer Gesandter in Dänemark und Brandenburg 121. 141. 153. 186. 197. 208. 210. Anm. 323. 347 f. 377—379. 381 f. 402. 414. 541. 554. 565. 572.
Gonsiewski, V. C., polnischer General 107. 125. 126 Anm. 132 f.
Gonzaga, Hannibal Fürst, 119. 212 Anm. 316 Anm.
Gourville, französischer Gesandter in Spanien 506.
Gramont, Herzog von, 82.
Grana, Mis de Caretto, Gesandter Leopold I. 61 f. 437 f. 466 f. 504. 519—522. 524. 536 Anm. 541. 576. 664 Anm. 683.
Gravel, Robert, Vertreter Ludwig XIV. an verschiedenen deutschen Höfen und in Regensburg 190 f. 198. 238. 348. 358. 382. 518. 623 f.
Gravel, Abbé, französischer Gesandter in Mainz 574.
Greiffenclau, Friedr., Gr. v. Vollraths. mainzischer Gesandter 332 f. 464. 485.
Gremonville, Jacques Bréthel Chevalier de, französischer Gesandter in Wien 6 Anm. 277. 314—316. 324 Anm. 325 Anm. 335. 337. 374. 387 f. 390—393. 405 f. 408 f. 411. 437. 441 Anm. 442 Anm. 448—450. 453. 467. 470 f. 483 f. 489 f. 494 f. 500. 503 Anm. 505. 513. 515 f. 524, 527—529. 541 f. 545. 547 Anm. 555 f. 572—574. 589 f. 597. 601—603. 618. 622 f. 631. 632 Anm. 639. 685.
Groot, Pieter de, staatischer Gesandter 462. 532. 558 f.

Guébriant, Jean-Baptiste Budes Cte de, französischer Marschall 68.
Guébriant, Renée de, Gemahlin des Marschalls Guébriant 68 f.
Güldenclaw, Andreas, schwedischer Bevollmächtigter in Oliva 203 Anm.
Guise, Heinrich Herzog von, 20 f. 56 Anm.
Gustav Adolf, König von Schweden 92. 389.
Habbaeus, schwed. Gesandtschaftssecretär 145 Anm.
Hamm, Vertreter Christoph Bernhards in Wien 686.
Hammerstein, Georg Chr., braunschweigischer Gesandter in Wien 403.
Hampden, John, englischer Parteiführer 23. 46. 51. 237.
Hannover, Herzog von; siehe Johann Friedrich.
Harcourt, Heinrich von Lothringen, Graf von 47 f. 67. 69—74.
Haro, Don Louis de, spanischer Premierminister 263.
Harrach, Ferd. Bon. Graf, kaiserlicher Gesandter in Spanien 661. 676.
Hatzfeld, Melchior Graf, kaiserlicher General 122. 124 f. 133. 140. 143. 144 Anm. 145 Anm.
Heemskerk, Conrad, staatischer Gesandter in Wien 616. 621 f. 630.
Heinrich IV., König von Frankreich 26. 216.
Herrmann, Markgraf von Baden 379. 547. 613.
Hippolitus a Lapide 77.
Hocher, Paul Baron, österreichischer Hofkanzler 492. 502. 524. 528 f. 546. 551. 556. 579. 589 f. 602 f. 610 f. 614. 616—618. 620. 633. 636. 656. 663—665. 667. 671. 676. 682 f. 685.
Honart, staatischer Diplomat 194.
Hoverbeck, Johann von, brandenburgischer Gesandter in Polen 109—111. 140 Anm. 148. 180. 203 Anm. 206 Anm. 231. 233 f.
Innocenz III., Papst 2.
Jakob I., König von England 11.
Jakob, Herzog von Kurland 181.
Jakob, Herzog von York, später König von England 225 Anm. 474. 517. 598.
Jaroschin, Salzgefällbeamter 230.
Jena, Gottfried von, kurbrandenburgischer Gesandter in Regensburg 385.
Jodoci, Johann Ch., kurmainzischer Rath 331.
Johann Casimir, König von Polen 58—65. 79—81. 86 Anm. 87. 91. 98. 101. 112—116. 122—126. 128. 131—134. 137. 140 f. 143—145. 147. 153 f. 157—161. 164—167. 172 f. 177—180. 183—188. 193. 195. 220. 223. 225—237. 323.
Johann Friedrich, Herzog von Hannover 323. 550. 592. 609. 628. 670. 675—677.
Johann Georg II., Kurfürst von Sachsen 169. 171. 174. 212 Anm. 322. 336. 347. 377. 379 f. 383. 385. 403. 412. 414. 521. 523—525. 571. 598. 627. 632.
Johann Philipp; siehe Schönborn.
Kanne, von, sächsischer Gesandter 403.
Karl der Grosse 1.
Karl V., deutscher Kaiser 75. 357.
Karl I., König von England 11—14. 17—19. 22—27. 29. 31—35. 43—50. 70. 301. 304. 369.
Karl II., König von England 266. 274—279. 283. 291 f. 295 f. 298. 300—306. 309 f. 313. 317. 336. 338. 350 f. 366—373. 394—396. 398 Anm. 399. 415 f. 419—426. 428. 430 f. 435. 441. 444 f. 447. 452 f. 455. 462. 474. 504. 507. 512—517. 530 f. 539. 551. 577. 593. 598 Anm. 605. 668. 678.
Karl II., König von Spanien 331. 342. 386—388. 400 Anm. 406. 411 f. 417. 419. 425. 441. 450. 461. 466. 471. 482 f. 500. 617.
Karl (X.) Gustav, König von Schweden 78—116. 118. 120—124. 127 f. 130. 132. 137—139. 142 f. 145 Anm. 147 f. 152—156. 159. 161 f. 164—167. 171 f. 174—184. 186. 189—192. 194—197.

200. 206. 214. 221. 241. 286. 302. 389. 637 f.
Karl XI., König von Schweden 319. 401 f. 478. 516. 521. 530 f. 593. 641. 657—659. 674. 678.
Karl, Erzherzog, Bruder Leopold I., 115 Anm. 226 f.
Karl, Bruder Johann Casimirs, Königs von Polen 58—62. 86 Anm.
Karl, Herzog von Lothringen 560.
Karl IV., Herzog von Lothringen 313. 464. 499—503. 505 f. 512. 525. 577. 591. 597. 601. 627. 634 f. 643 f. 646. 667. 679. 681. 687 f. 690.
Karl Kaspar von der Leyen, Kurfürst von Trier 169. 346. 464. 486. 499—505. 509. 520. 522. 524 f. 564. 571. 591. 595. 598. 625—627. 634. 669. 682.
Karl Ludwig, Sohn des Winterkönigs; Kurfürst von der Pfalz 11—13. 24 f. 27—29. 33 f. 43. 169. 385. 465. 525. 550. 592. 625. 627. 661 f. 669. 677. 688.
Khurtz, Ferdinand Graf, Reichsvicekanzler 35. 54. 57 f. 63. 117.
Khurtz, Maximilian, kurbairischer Minister 382.
Kinsky, Graf, österreichischer geheimer Rath 119.
Kittelmann, Lazarus, brandenburgischer Rath 136 f. 144 Anm.
Kleist, von, bairischer Gesandter in Wien 623.
Köprili, Achmed, Grossvezier 244.
Kolowrat, Franz Karl, Graf, österreichischer Gesandter 163 Anm. 189 f. 193—195. 204. 210 Anm. 225 f.
Kramprich, Johann, kaiserlicher Gesandter im Haag 400. 414. 426. 440. 445 f. 455 Anm. 457. 523. 610. 613. 620. 622. 633. 649. 660. 676.
Kufstein, Graf, kaiserlicher Gesandter 87.
Kyros, 1.
Lamberg, Johann Max Graf, österreichischer geheimer Rath 296 Anm. 315 Anm. 333. 405 Anm. 441 Anm. 685.
Lamboy, Wilhelm Graf, kaiserlicher General 20.
Lanckoronski, Graf, Abgesandter Johann Casimirs in Wien 230.
Laud, William, Erzbischof von Canterbury 23.
Ledebaur, brandenburgischer Rath 148.
Leibniz, 356. 518.
Leicester, Graf, Abgesandter Karl I. von England 12.
Leidl, Johann Baptist, bairischer Gesandter in Wien, 622 f.
Leopold I., deutscher Kaiser 115 Anm. 118—124. 129 f. 133—136. 138—148. 150—153. 155—157. 159—163. 167—180. 182—188. 190—202. 205—224. 226. 235. 237—239. 241—252. 254—269. 273—281. 284—299. 303. 307—311. 313—351. 355. 358—360. 363 Anm. 365. 368—370. 374—376. 378—396. 399—419. 426. 428—433. 435—443. 445. 447—450. 452—454. 456—473. 475. 477. 480—531. 533 f. 538—551. 553—557. 559—604. 606—634. 636—640. 642—645. 648—652. 654. 656—667. 669—679. 681—685. 690—693. 695. 698.
Leopold Wilhelm, österreichischer Erzherzog, Oheim Leopold I. 106. 119 f. 150. 227 Anm. 231.
Lesczynski, Bog., polnischer Gesandter, 98 Anm. 122 Anm.
Lesczynski, Johann, Wojwode von Posen 202. 205.
Lesczynski, Wenzel, Bischof von Ermeland 126. 128 f. 132 f.
Leslie, Graf, kaiserlicher General 291. 296.
Liechtenstein, Fürst, 252.
Lionne, Hugues de, französischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten 6 Anm. 281. 306. 331. 390. 420. 427 Anm. 449 Anm. 528.
Lira, Don Emanuel Franc de, spanischer Gesandter 622. 643. 644 Anm.
Lisola, Franz Paul Freiherr von, passim.
Lisola, Jerôme 5.

Lobkowitz, Eusebius Wenzel Fürst, österreichischer Minister 278. 296 Anm. 310 Anm. 316 Anm. 333 f. 339 Anm. 390—392. 395 Anm. 398 Anm. 405 Anm. 408. 448. 450 f. 453. 471. 484. 489. 493 Anm. 494. 499 Anm. 502—504. 509. 511. 524 f. 527. 529. 541. 547. 560. 579. 583. 602 Anm. 603. 613 f. 616. 619. 626 Anm. 636. 683—686.

Löben, Johann Freiherr von, brandenburgischer Gesandter 135. 145 Anm.

Longueville, Herzog von 40. 56 Anm.

Lorbacher, kaiserlicher Gesandter in Russland 97 Anm.

Louise Charlotte, Herzogin von Kurland 129. 131. 148.

Louise Henriette, Gemahlin Friedrich Wilhelms von Brandenburg 109. 129. 148. 379.

Louvois, François Michel Le Tellier Mis. de, französischer Kriegsminister 550. 558. 641. 655 Anm.

Lubomirski, Georg Fürst, polnischer Reichsmarschall 187 f. 193. 202 f. 205. 225 Anm. 233. 237. 323.

Ludwig XIII., König von Frankreich 12. 15. 17. 19. 36. 40—42. 70.

Ludwig XIV., König von Frankreich 3. 4. 43. 63. 124. 127. 129. 172. 199. 209. 219. 223. 237 f. 240. 242. 250. 255. 258—261. 266. 268—270. 272—279. 282—286. 288 f. 292. 295—297. 301—311. 313—322. 324—334. 337—340. 343—352. 355 f. 359—364. 366—370. 372—374. 377. 381—385. 387—396. 398—400. 402. 404—420. 422—425. 427—431. 434—441. 444. 447—455. 464. 467. 470—474. 477. 479. 481. 483 f. 490—492. 494. 497 f. 500 f. 504—508. 512—520. 524 f. 527. 529—532. 534—538. 540 f. 544 f. 548—554. 556—558. 560—562. 564. 566 f. 569. 571—575. 577 f. 583. 585. 587. 589—593. 595—597. 599—601. 603—606. 607—610. 614. 616 f. 622—629. 635. 637—641. 643 f. 648. 650—652. 654 f. 659. 661—663. 665 Anm. 666—668. 673 f. 677 f. 680. 691. 694 f.

Lumbres, Antoine de, französischer Gesandter 124 f. 158 Anm. 159, 164 f. 177. 179 f. 184. 187. 190. 205 f. 210. 218. 228 Anm. 232 Anm.

Lutiani, Sebastian de, spanischer Gesandter in Oliva 206.

Luxembourg, François H. de Montmorency-Bouteville, französischer Marschall 610.

Machiavelli, Niccolo 693.

Mainz, Kurfürst von, siehe Johann Philipp Schönborn und Lothar Friedrich von Metternich.

Mancera, spanischer Gesandter in Wien 259 f.

Mannsfeld, Franz Maximilian Graf 379. 571.

Marechal, schwedischer Gesandter im Haag 477.

Margaretha Theresia, Leopold I. Gemahlin 271. 273 f. 280. 284 Anm. 290. 328 Anm. 329. 412. 454. 619.

Maria Anna, Gemahlin Philipp IV., Königin-Regentin von Spanien 257. 263. 265. 271—274. 279—281. 284. 287—289. 292. 297. 299 f. 303. 307. 315 Anm. 340—342. 393. 404. 411. 418. 438. 459. 462. 466. 470. 472. 477. 500. 507. 515. 549. 603. 629.

Maria Henriette, Gemahlin Karl von England 46 f.

Maria Louise, Gemahlin Johann Casimirs 63. 124. 126. 147. 158—160. 178. 184. 187 f. 193. 220. 222 f. 225—228. 230—236. 323.

Maria Theresia 76 f.

Maria Theresia, Gemahlin Ludwig XIV. 197. 257—259. 310. 315 Anm. 361 f. 364. 388. 411.

Mark, Marie Katharina Charlotte von der 664.

Masini, polnischer Gesandter am Kaiserhofe 145 Anm. 235 Anm.

Maximilian I., Kurfürst von Baiern 24. 28—30. 34. 43—45.

Maximilian Heinrich, Kurfürst von Köln 169. 172. 199. 321. 331 f. 345. 380. 383 f. 412. 447. 497. 499. 508. 512. 517. 519 f. 524 f. 531. 533. 535—537. 542. 545. 550 f. 577. 591. 597. 609. 628. 641. 648—653. 662 f. 667—669. 672—674. 686.
Mazarin, Premierminister Ludwig XIV. 40—42. 56. 64. 69 f. 72—74. 82. 92. 99. 118. 124. 168. 190—192. 198 f. 205. 222. 228. 232 Anm. 268. 637.
Medina, Herzog von, spanischer Staatsrath 264 f. 269. 271 f. 279 f. 289.
Meel, Vertreter des Kurfürsten von Mainz in Wien 213.
Meermann, staatischer Deputirter in London 372. 397—399.
Melo, Don Francisco de, Gouverneur der spanischen Niederlande 37. 39.
Metternich, Lothar Friedrich von, Kurfürst von Mainz 599. 627. 639. 644. 669. 682.
Meyernberg (Mayern), August, kaiserlicher Gesandter 230. 318. 571.
Miaskowski, Andreas, polnischer Gesandter am Wiener Hofe 115. 122 Anm.
Michieli, Francesco, venetianischer Gesandter in Wien 691.
Miller, Pater, Beichtvater Leopold I. 573.
Millet, Jeure, Gesandter Ludwig XIV. 347. 380.
Mirabeau 694.
Mohamed IV., Sultan 243. 409.
Molina, Graf, spanischer Gesandter in London 306. 337. 366. 369 f. 373. 395. 397. 399. 417. 419. 430—433. 435 f. 442—444. 456. 512.
Montagu, Eduard, Earl of Sandwich, englischer Admiral 191.
Montault, Henri de, Mis de Saint-Geniez 74 Anm.
Montecuccoli, Raimund Graf, kaiserlicher General 144 Anm. 145 Anm. 146—149. 151—153. 155—157. 161. 171. 187 Anm. 192. 195 f. 235. 316. 479. 496. 499. 504 f. 511. 526. 547. 562. 566 f. 570. 574 f. 582 f. 591. 594—596. 599. 604. 613. 619. 645—648. 653. 657. 668. 680 f. 683. 685. 687. 689.
Monterey, Graf, Gouverneur der spanischen Niederlande 587. 600. 605. 610 f. 622. 636. 654—656. 679. 687.
Montpensier, Prinzessin von 63.
Montresor, Claude de Bourdeille Graf 42.
Morstein, Joh. Andreas Graf, polnischer Staatsmann 98 Anm. 122 Anm. 203.
Mortara, spanischer Rath 466.
Napoleon I. 1. 3. 389.
Nardin, Genosse Lisola's in Besançon 7.
Naruczewicz, Vicekanzler Littauens 188—190.
Neidhart, Joh. Eberhard, Beichtvater Philipp IV. von Spanien 264. 272. 280 f. 289. 292. 298 f. 307. 340—342. 411. 447. 466.
Neuburg, Pfalzgraf, siehe Philipp Wilhelm.
Nostitz, J. H. Graf, österreichischer geheimer Rath 119.
Obizzi, Oberstwachtmeister im Regimente Grana 664.
Oettingen, Graf, österreichischer geheimer Rath 98 Anm. 117. 119.
Ognate, spanischer Gesandter 512.
Olszewski, polnischer Gesandter in Wien 185 f.
Opalinski, polnischer Woiwode 237.
Orival, Franz von, Gouverneur der Stadt Besançon 8.
Orleans, Herzog von 40.
Ostau, Albert von, brandenburgischer Gesandter in Oliva 203.
Oudenhofen, spanischer Diplomat 644 Anm.
Oxenstjerna, Axel, schwedischer Kanzler 82.
Oxenstjerna, Benedict Graf von 83 f. 203.
Oxenstjerna, Erich, schwedischer Reichskanzler 93.
Pac, Christoph, Kanzler Littauens 202. 234. 237.

Palbitzki, Matthias, schwedischer Gesandter 318.
Pamphield, staatischer Officier 512.
Parcevich, Peter Freiherr von, kaiserlicher Gesandter 121 f.
Penneranda, Graf, spanischer Gesandter und Minister 55. 150. 256. 264. 271 f. 279—282. 284. 286 f. 289. 292 f. 298 f. 303. 307. 331. 335. 340—342. 386—388. 405. 438 f. 447. 459. 477. 482. 491. 500. 567. 580. 601. 603. 629.
Philipp II., König von Spanien 357.
Philipp IV., König von Spanien 17 f. 20. 173. 192. 195. 197. 255—267. 269—273. 330 f. 362.
Philipp Wilhelm, Pfalzgraf von Neuburg 276. 322. 346. 355. 380 f. 497. 511. 517. 525. 571. 678.
Plettenberg, Georg, kaiserlicher Gesandter in Stockholm 81 f.
Plettenberg, Vertreter Leopold I. in Dresden 322.
Plittersdorf, Baron, kaiserlicher Diplomat 652.
Pöllnitz, G. B., brandenburgischer Gesandter in Paris 382.
Pötting, Eusebius Graf, kaiserlicher Gesandter in Polen und Spanien 87 f. 90—92. 94—96. 255. 260—262. 265. 267—269. 272. 275. 277. 279. 284—286. 290. 293 f. 297—299. 302. 307 f. 331. 339—342. 386 f. 404 f. 407. 411. 437—439. 447. 458. 472 f. 477. 481 f. 491—494. 503. 506 f. 515. 526. 544. 549. 565—567. 581—584. 586. 599—601. 629. 632 f. 661.
Pomponne, Arnauld d'Andilly Mis de, französischer Gesandter in Stockholm 376. 430. 448. 474.
Portia, Joh. Ferd. Graf später Fürst, erster geheimer Rath Leopold I. 119. 235 Anm. 238. 256. 268. 329 f. 392. 491. 493. 682.
Prazmowski, Nicolaus, polnischer Grosskanzler 190. 202. 234.
Pufendorf, Esaias, Vertreter der Schweden in Wien 215 Anm. 516. 544. 564. 597. 623. 638 f. 644 Anm. 657. 667 Anm. 674. 686.
Pym, John, englischer Politiker 23. 46. 51. 237.
Radolt, Vertreter Ferdinand II. in England 12 Anm.
Radziejowski, Hieronymus, polnischer Unterkanzler, am Hofe Karl X. lebend 84. 88.
Radziwill, Bogislaw Fürst, Statthalter von Preussen 246.
Rákoczy II., Georg, Fürst von Siebenbürgen 59. 65. 96. 98. 104. 108. 114. 116. 122. 244.
Ranke, L. Geschichtsschreiber 596.
Reninger, kaiserlicher Resident bei der Pforte 162.
Renswoude, Baron Reede van, staatischer Gesandter 459.
Rey, Wladislaw, polnischer Hofschatzmeister 203.
Rezy, Susanne, Mutter Franz Pauls von Lisola 6.
Richelieu, Herzog von, Premierminister Ludwig XIII. 12. 14—17. 19—21. 24. 26 f. 35 f. 38—41. 82. 301. 393.
Risaucourt, lothringischer Gesandter 512.
Robert, Prinz, siehe Ruprecht.
Roe, Thomas, Abgesandter Karl I. von England 22. 28—31. 34. 43 f. 47.
Rôhan, Benjamin de, Seigneur de Soubise 16—18. 20 f. 24. 26. 41.
Rôhan, Henry Duc de 16.
Ronquillo, Don Pedro de, spanischer Gesandter 629.
Rothal, Graf, österreichischer geheimer Rath 117.
Rousseau, Jean Jacques 356.
Roxas, Don Christoval de, Bischof von Stephania in Ungarn 329 f.
Ruprecht von der Pfalz, Sohn des Winterkönigs 23 f. 26. 431.
Ruvigny, Mis de, französischer Gesandter in London 367. 370 f. 420. 423. 426. 452.
Ruyter, Michael Adriaanszoon de, niederländischer Admiral 559.

Saal, Johann von, Rath Johann Philipps von Mainz 328.
Sandwich, Graf, englischer Gesandter in Madrid 282 f. 299.
Schlippenbach, Chr. Karl Graf, schwedischer Staatsmann 105. 107. 112. 131. 148. 203 Anm. 222 f.
Schmising, Abgeordneter Christoph Bernhards von Galen 648 f. 669 f.
Schönborn, Johann Philipp, Kurfürst von Mainz 169. 171 f. 174. 199. 277. 313. 321. 328—333. 344 f. 380. 383 f. 393. 403. 412. 447. 464 f. 485 f. 496 Anm. 499—505. 508. 520—525. 543 Anm. 544. 551. 564 f. 571. 580 Anm. 591. 595. 599. 637.
Schönborn, Melchior Friedrich, Rath des Kurfürsten von Mainz 328.
Schwarzenberg, Johann Adolf Fürst, kaiserlicher geheimer Rath 291. 316 Anm. 484. 486. 493. 502. 527. 547. 619. 683. 685.
Schwerin, Otto Freiherr von, brandenburgischer Minister 107. 109. 111. 129. 135. 138. 147. 252. 276. 378. 402.
Sehestedt, Hannibal, Gesandter Friedrich III. von Dänemark in Wien 120. 141.
Seiler, Vertreter Karl Ludwigs von der Pfalz am Wiener Hofe 662.
Sigmund, Erzherzog von Tirol 227 Anm.
Silverkron, schwedischer Gesandter 462.
Sinzendorf, Rudolf Graf, kaiserlicher Gesandter 323. 336. 344. 346. 383. 403.
Sinzendorf, Graf, Hofkammerpräsident 690 Anm.
Somnitz, Lorenz Christoph von, brandenburgischer Gesandter in Oliva 203 Anm.
Souches, Ludwig Ratwic, Graf de, kaiserlicher General 184. 195. 680. 687 f.
Sparr, brandenburgischer General 138. 247 Anm.
Sparre, schwedischer Gesandter 638.
Spork, kaiserlicher General 669 f.
Sprang, Baronin, Tochter Franz Pauls von Lisola 692 Anm.
Starhemberg, Graf, österreichischer geheimer Rath 119.
Sternberg, Adolf Wratislaw Graf, kaiserlicher Gesandter in Schweden 657 f. 674 f.
Stockmann, Peter, Vertreter Spaniens in Regensburg 253 Anm.
Styrum, Graf, 669.
Tasselt, Johann, Vertreter Ferdinand III. in London 14. 18. 36 Anm.
Taylor, Abgesandter Karl I. von England 12.
Temple, William, englischer Gesandter im Haag 337. 398 Anm. 416. 420—422. 424—427. 455 Anm. 456. 457 Anm. 459 f. 462. 507.
Terlon, Hugues Chevalier de, französischer Gesandter 94. 190.
Thiren, Georg Abraham von, österreichischer Bevollmächtigter in Oliva 163 Anm.
Thomas, Prinz von Savoyen 40.
Thun, Graf, Erzbischof von Salzburg, Principalcommissär Leopold I. zu Regensburg 253. 349. 384 f. 403.
Tilladet, Gabriel de Cassagnet Mis de 67 Anm.
Tot, Claudius Graf, schwedischer Diplomat 641.
Trachstein, kaiserlicher Resident in Polen 228 Anm.
Traun, Graf 21.
Trautson, Graf, geheimer Rath, Statthalter von Niederösterreich 61 Anm., 119.
Trauttmannsdorff, Maximilian Graf, Premierminister Ferdinand III. 10 f. 14. 18. 32 f. 42. 52—56. 62 f. 257.
Trevor, englischer Gesandter 429.
Trier, Kurfürst von, siehe Karl Kaspar von der Leyen.
Tromp, Martin, Admiral der Niederländer 13.
Trzebicki, Andreas, Bischof von Krakau 188.
Turenne, Henri de la Tour d'Auvergne Comte de, französischer Marschall 430. 439. 567. 619. 633. 645. 661. 680 f. 687—689.

Ulysses 366.
Valette, La, Nogaret Bernhard, Herzog von, 16–18. 20 f. 24. 26. 35–37. 39. 41 f.
Variceville, Secretär La Valette's 36 f.
Vauguion, Graf de la, französischer Gesandter in Berlin 574.
Velasco, Don Inigo de, Gouverneur der spanischen Niederlande 454–457. 459 f. 462 f. 470. 473–478. 487.
Vendôme, Herzog von, Sohn Heinrich IV. von Frankreich 26.
Verjus, Louis de, Comte de Crécy, französischer Gelehrter und Diplomat 354. 357 f. 606. 665.
Villalobos, Don Diego de, polnischer Gesandter am Hofe Ferdinand III. 80.
Villars, Peter von, französischer Gesandter in Madrid 600. 603.
Visconti, Giovanni Baptista, Gesandter Johann Casimirs 59.
Volmar, Isaac Graf, kaiserlicher Gesandter in Regensburg 122.
Waldeck, Georg Friedrich Graf, brandenburgischer Minister 107. 129. 147. 377.
Walderndorf, Wilderich Freiherr von, Reichsvicekanzler 500 f. 503 f. 508.
Walderode, Joh. v. Eckhusen, kaiserlicher Rathssecretär 245. 251. 482.
Waldstein, Graf, kaiserlicher Gesandter am kurbairischen Hofe 382 f.
Wassenberg, deutscher Schriftsteller 686 Anm.
Weimann, Dor. Daniel, brandenburgischer Gesandter im Haag 182 Anm.
Wentworth, Thomas, Earl of Strafford 23. 369.
Wicka, J. F. v., kaiserlicher Gesandter in Paris 390. 393. 439 f.
Wilhelm von Oranien 4. 367. 371. 460. 532. 558 f. 570. 577 f. 584. 587. 605 f. 609–611. 613. 615 f. 620 f. 635 f. 645. 680. 687.
Wilhelm, Herzog von Baiern 31 Anm.
Windischgrätz, Graf, kaiserlicher Gesandter in Frankreich und Dänemark 513. 659 f. 675–677.
Witt, Jean de, holländischer Staatsmann 305 f. 308 f. 311. 367 f. 370–373. 399 Anm. 404 Anm. 418. 420–423. 426. 429–431. 434–436. 445 f. 455–457. 459 f. 463 f. 469. 470 Anm. 474 f. 476 Anm. 478. 495. 503. 507. 512. 514. 536. 539 f. 546. 550. 557 f. 577.
Wladislaw IV., König von Polen 58. 61 Anm.
Wolfenbüttel, August, Herzog von 277.
Yrsch, Johann Ferdinand, Gesandter Philipp Wilhelms von Neuburg 623
Ysbrandt, Johann, staatischer Gesandter 179.
Yuan, Don, Sohn Philipp IV. 264 f. 270 f. 298. 405. 411. 425. 431. 435. 443 f. 447. 455. 466 f. 470 f. 480–482.
Zinzendorf, Albrecht Graf, Oberstthofmeister der Kaiserinwitwe 632.
Zrini, Peter, ungarischer Magnat 505.

Berichtigungen.

S. 61 Anm. 5 lies statt „Lonis", „Louis".
S. 62 ist Anm. 1 eine Wiederholung der Anm. 5 auf S. 61.
S. 91 Überschrift, lies statt „Meditation", „Mediation".
S. 165 Anm. lies statt „boitu", „obitu".
S. 166 Z. 3 von oben lies statt „nach dem kinderlosen Tode Johann Casimirs", „nach dem Tode des kinderlosen Johann Casimir".
S. 233 Z. 17 von unten lies statt „getangen", „gefangen".
S. 401 Z. 17 von oben lies statt „praes craiptam", „praescriptam".
S. 418 Anm. 2 ist nach „Douai" ein Komma zu setzen.
S. 455 Anm. 2 lies statt „tincturaa", „tinctura".
S. 584 Z. 18 von oben ist nach „brauche" ein Komma zu setzen.

Verlag von VEIT & COMP. in Leipzig.

Deutsche Reichsgeschichte

im Zeitalter

Friedrich III. und Max I.

Mit besonderer Berücksichtigung

der österreichischen Staatengeschichte.

Von

Adolf Bachmann,

o. ö. Professor der österreichischen Geschichte an der deutschen Universität zu Prag.

Erster Band.

gr. 8. 1884. geh. 13 *M*.

Der zweite (Schluß)-Band erscheint im Frühjahr 1894.

Die Entwickelung des Rheinbundes

vom Jahre 1658.

Acht Jahre reichsständischer Politik.

1651—1658.

Von

Dr. Erich Joachim,

K. Staatsarchivar zu Königsberg.

gr. 8. 1886. geh. 13 *M* 50 *Pf*.

Lehrbuch

der

Deutschen Rechtsgeschichte.

Von

Richard Schröder,

Geh. Hofrat und o. ö. Professor der Rechte an der Universität Heidelberg.

Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage.

Mit einer Abbildung im Text und vier Karten.

gr. 8. 1894. geh. 20 *M*; geb. in Halbfr. 22 *M*.

Der römische Staat und die allgemeine Kirche

bis auf Diocletian.

Von

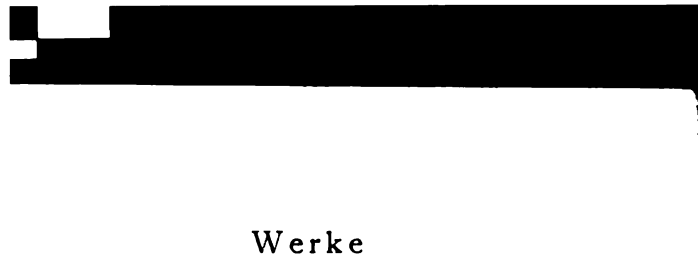
Karl Johannes Neumann,

o. ö. Professor an der Universität Strassburg.

Erster Band.

gr. 8. 1890. geheftet 7 *M*.

Der zweite Band erscheint im Laufe des Jahres 1894.



Werke

von

Johann Gustav Droysen

aus dem

Verlag von VEIT & COMP. in Leipzig.

Geſchichte

der

preußiſchen Politik.

Fünf Theile in 14 Bänden.

gr. 8. geh. 116 ℳ 70 ₰.

(mit dem Gerſtenberg'ſchen Index zum erſten bis vierten Theil 118 ℳ 50 ₰).

Abhandlungen. Zur neueren Geſchichte. gr. 8. 1876. geh. 8 ℳ.

Inhalt: I. Zur Geſchichte der Politik in den Jahren 1830—1832. — II. Preußen und das Syſtem der Großmächte. — III. Zur Geſchichte der deutſchen Partei in Deutſchland. — IV. Ein hiſtoriſcher Beitrag zur Lehre von den Congreſſen. — V. Der Nymphenburger Vertrag von 1741. — VI. Friedrichs des Großen politiſche Stellung im Anfange des ſchleſiſchen Krieges. — VII. Die Wiener Allianz vom 5. Februar 1719. — VIII. Zur Kritik Pufendorf's. — IX. Das Strahlendorff'ſche Gutachten.

Des Ariſtophanes Werke. Überſetzt. Dritte [umgearbeitete] Auflage. 2 Theile. gr. 8. 1881. geh. 12 ℳ; geb. in Ganzl. 13 ℳ 60 ₰.

Das Leben des Feldmarſchalls Grafen York von Wartenburg. Zehnte Auflage. Mit Yorks Bildniß, geſtochen von L. Jacoby und 8 Plänen. Zwei Theile in einem Band. gr. 8. 1890. geh. 7 ℳ, elegant gebunden 8 ℳ.

Grundriss der Historik. Dritte umgearbeitete Auflage. gr. 8. 1882. geh. 2 ℳ.

Kleine Schriften zur alten Geschichte. Zwei Bände. Mit dem Bildniss J. G. Droysens. gr. 8. 1893/94. geh. 20 ℳ.

Druck von Otto Dürr, Leipzig.

Verlag von VEIT & COMP. in Leipzig.

Handbuch der Urkundenlehre

für

Deutschland und Italien.

Von

Harry Bresslau,

o. ö. Professor an der Universität Strassburg.

Erster Band.

gr. 8. 1889. geh. 20 ℳ.

Das vollständige Werk wird aus zwei Bänden bestehen. Der zweite (Schluss-) Band wird die Spezialdiplomatik der Papst- und der deutschen und italienischen Königsurkunden enthalten.

DIE LEHRE

von den

PRIVATURKUNDEN.

Von

Dr. Otto Posse,

Kgl. sächs. Archivrath.

Mit 40 Tafeln,

nach den Aufnahmen des Verfassers in Lichtdruck ausgeführt.

4. 1887. cart. Preis 36 ℳ.

REGESTA PONTIFICUM ROMANORUM

AB CONDITA ECCLESIA

AD ANNUM POST CHRISTUM NATUM MCXCVIII

EDIDIT

PHILIPPUS JAFFÉ

EDITIONEM SECUNDAM CORRECTAM ET AUCTAM

AUSPICIIS

GULIELMI WATTENBACH

PROFESSORIS BEROLINENSIS

CURAVERUNT

S. LOEWENFELD, F. KALTENBRUNNER, P. EWALD.

Duo volumina. 4. 1885—1888. cart. 94 ℳ.

Deutsche Rechtsquellen des Mittelalters.

Gesammelt und herausgegeben von

Herrmann Wasserschleben.

Doctor der Theol. und der Rechte, Geheimrath.

gr. 8. 1892. geh. 8 ℳ.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

CANCELLED

JAN 17 '65 H

DUE APR 66 H

7051180

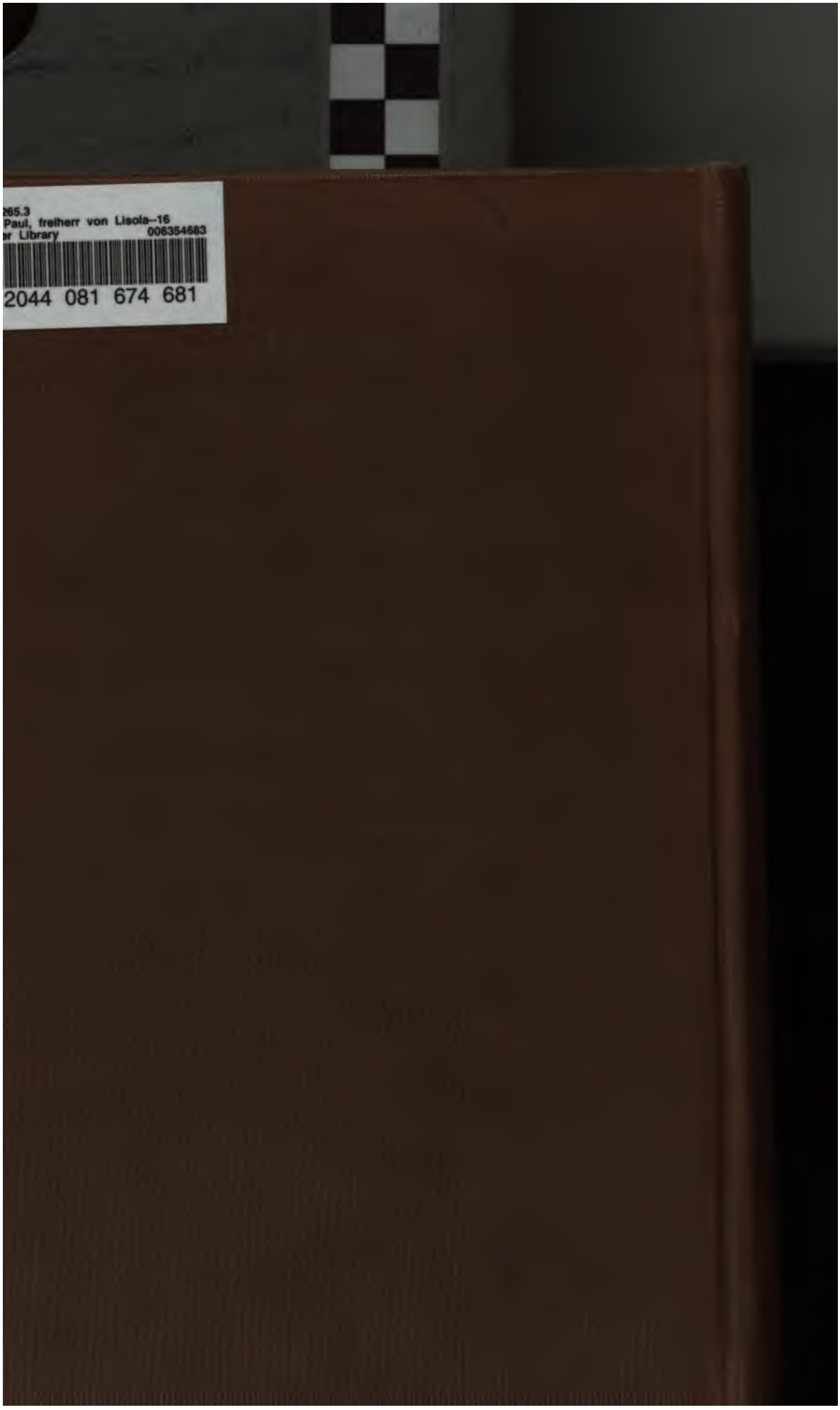
WIDENER

CANCELLED

JUL 2 1987

APR 2 1987

2141733


265.3
Paul, freiherr von Lisola--16
er Library
006354683
2044 081 674 681